

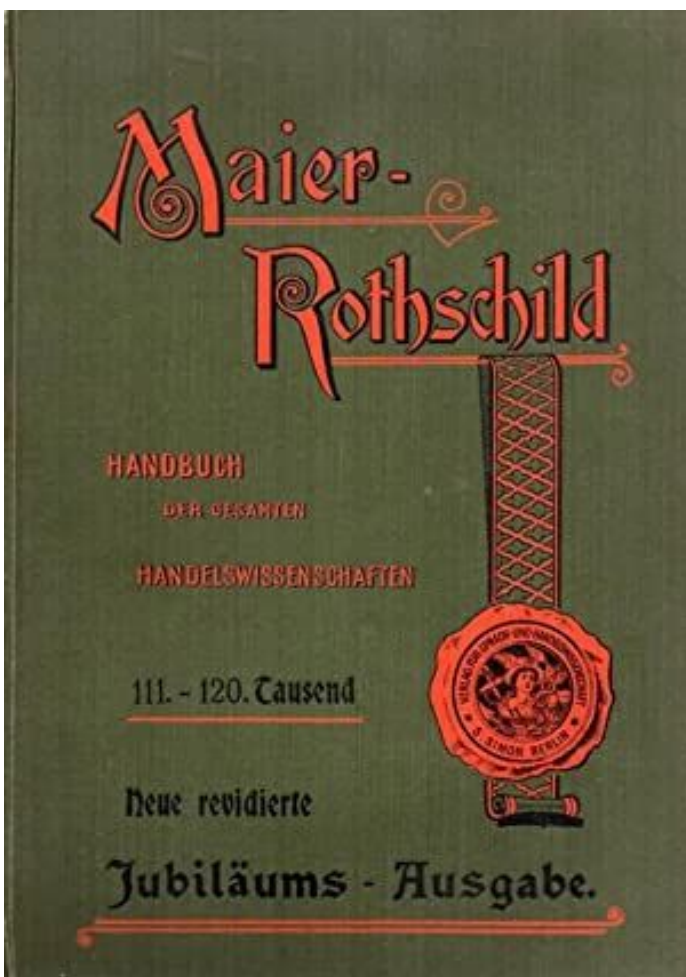
Kurt Pritzkeleit

Wem gehört Deutschland

Eine Chronik von Besitz und Macht

Verlag Kurt Dasch

Wem gehört Deutschland



Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung, vorbehalten
Copyright (c) 1957 by Verlag Kurt Desch München • Wien • Basel
Gedruckt in der Buchdruckerei Georg Wagner, Nördlingen
Gebunden in der Grossbuchbinderei Georg Gebhardt, Ansbach
Schutzumschlag-Entwurf von Wilhelm Heinold, München
Printed in Germany 1957

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

INHALT

<i>Vorwort: Wem gehört Deutschland?</i>	11
Macht und Reichtum im Kaiserreich	13
Die Rückkehr der toten Kaiserin – Rinderbrust und Brühkartoffeln an der Hoftafel – Der Kaiser liebte grobe Spässe – Das Daily-Telegraph-Interview – Der Tanz in den Tod – Bülow's Entlassung – Die Macht der Junker – Wer sass eigentlich im Herrenhaus? – Das Dreiklassen-Wahlrecht als Stütze von Thron und Altar – 12 Mark Wochenlohn bei täglich 12stündiger Arbeit – Die Kluft zwischen Reichtum und Armut – Preussische Einkommen in Stadt und Land – War das Leben damals billig? – Der Schritt über die Schwelle des Hungers – Die Heraufkunft des industriellen Reichtums – Wo steckten die grossen Vermögen? – Der neue und der alte Adel – Giesche Erben zahlten keine Steuern – Die Vorrechte des Herzogs von Arenberg – Standesvorrechte finden nicht statt – Wirtschaftsgeschichte eines Junkers – Die Reichsten der Reichen in Preussen – Grossgrundbesitzer werden Industrielle – Die zehn grössten Berliner Vermögen – Verleger machen Millionen – Alfred Krupp verbietet Zeitungen – Das Vermögen der Haniels – Der Aufstieg der Familie Waldthausen – Biographie der Essener Credit-Anstalt – Die Waldthausen heute – König Stumm, Herrscher von Saarabien – Das Sozialistengesetz der Saarindustrie – Stumm erteilte die Heiratserlaubnis – Adlige Ehen der Wirtschaftsführer – Das Geschlecht der Oppenheim – Alldeutsche machen Opposition – Die Urform des Nationalsozialismus	
Die Herren der Presse	123
Redaktionen «mit relativ leichten Mitteln aufzuziehen» – Inserate wichtiger fürs Geschäft	

<i>Hugenberg oder das Trojanische Pferd</i>	127
Auch Hugenberg begann mit dem Inserat – Wie Scherl saniert wurde – Die Gruppe Hugenberg tritt ins Leben – Die Expansion des Hugenberg-Konzerns – Stinnes ist interessiert – Die zwölf Weisen des Scherl-Konzerns – Wem gehörte die August Scherl GmbH? – Und was gehörte dem Scherl-Konzern? – Mit Matern macht man Meinung – Hugenbergs Opriba lebt immer noch	
<i>Industrielle Pressemäzene</i>	149
Nach Stinnes die Gutehoffnungshütte als Pressemäzen – IG-Farben nimmt Interesse	
<i>Phönix aus der Asche</i>	153
Theorie und Praxis der Lizenzpresse – Amerikanische Kredite – Aus Lizenzträgern werden Eigentümer – Verleger bestimmen die Grundlinie der Zeitung – Wurde das Lizenzmonopol missbraucht? – Vom Lizenzmonopol zur Pressefreiheit	
<i>Keine triumphale Rückkehr der Heimatpresse</i>	170
Die Angst war nicht gerechtfertigt – Wieviel Zeitungen gibt es eigentlich? – Echte und unechte Zeitungen – Konzentration im Zeitungsgewerbe	
<i>Die Hamburger Zeitungslords</i>	175
Hamburger Presse bietet ein buntes Bild – Axel Springers Weg zur Macht – Der lesende Analphabet – Springer geht nach Berlin – Gerd Bucerius und seine Blätter – Wie der Spiegel gemacht wurde – Sie halten der Welt den Spiegel vor – Augsteins Ekel an der Welt – Die Inserate des Nachrichtenmagazins – Film, Funk und Frau in einer Hand – Ein Blick nach Lübeck	
<i>Kleiner Mann, was willst du lesen</i>	196
Zeitungen im Ruhrgebiet – Zuerst der WAZ-Komplex – Die Gruppe Ruhr-Nachrichten – Von den Westfälischen Nachrichten bis zur Eleganten Welt – Auch Düsseldorf hat Zeitungen – Die Handelsblatt-GmbH – Die Deutsche Glocke läutet in Köln	
<i>Emporium der Presse am Main</i>	209
Die Frankfurter Tageszeitungen – Die Frankfurter Rundschau damals und heute – Der Verlag der Neuen Presse – Die Frankfurter Societäts-Druckerei – Bintz-Verlag nicht nur	

in Frankfurt – Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die Stimme Deutschlands – Die Herausgeber der Frankfurter – Der Weg des Verlagsleiters – Wem gehört eigentlich die Zeitung?

Auch München exportiert Zeitungen.....228

Expansiver Süddeutscher Verlag – Der Münchner Merkur

Wieviel eine Zeitung wert sein kann.....232

Papierpreise und Druckkosten – Der Anteil des Anzeigengeschäfts – Anzeigen kosten Geld – Markenartikel sind meinungsbildend

Die unbezahlte Presse 241

63 Millionen Exemplare Hausmitteilungen und Kundenzeitschriften – Das Phänomen der Werkzeitschrift – Presse als Werbemittel der Wirtschaft

Versicherungen stärker als jemals244

Der Krach bei der Favag – Die Allianz springt ein – Der Werdegang des Allianz-Konzerns – Die Münchner Rück gehört dazu – Allmächtige Konzernverwaltung – Wie man es machen muss – Die Rheinische Gruppe – Als Hansemann noch Direktor war – Bündnispolitik der Grossen – Der Führungsstah der Aachen-Münchner Gruppe – Die Oppenheim und ihre Leute – Kölner Familien in der Versicherungswirtschaft – Strenge Sitten für Aktionäre – Verbindung zum Agrippina-Ring – Wandlungen der Anlagepolitik – Umschichtung im Prämienaufkommen – Der Grundbesitz der Versicherungsanstalten

Geflickt wie neu: Der Flick-Konzern302

Als Flick die Vereinigten Stahlwerke verkaufte – Spekulant oder Unternehmer – Vom Werkstudenten zum Industrie-Kapitän – Motor des Konzentrationsprozesses – Zwischen-spiel hei Harpen – Göring wird schwierig – Was Flick nach dem Krieg blieb – Harpen an Frankreich verkauft – Die Struktur des Flick-Konzerns – Flicks Anlagen im Ausland – Konzernwillkür in Reinkultur

Stumm – aber nicht blind.....324

Der Stumm-Konzern nach dem Ersten Weltkrieg – Verdauungsschwierigkeiten eines Konzerns – Der Aufbau des Stumm-Konzerns – Wer ist Vicco von Bülow-Schwante? – Verbindungen zur Kohlensäure-Gruppe und zur Michel-Gruppe – Alles noch im Fluss

Nicht jeder Thyssen ist Baron..... 342

Baron von Thyssen verschenkt ein Schloss – Der alte August Thyssen und seine Söhne
 – Fritz Thyssen emigriert – Das Erbe Friedrich Thyssens – Biographie der Phönix-
 Rheinrohr – Gräfin de Zichy lässt sich beraten – Den Kuchen essen ohne ihn zu verzehren
 – Josef Thyssen und seine Erben – Die Thyssen-Bornemisza-Gruppe – Die Kohlenfelder
 der Thyssen-Erben – Nicht mehr Geist vom Geiste Thyssens

Die vom Niederrhein..... 375

Hugo Stinnes d. J. auf der Anklagebank – Der Freispruch des Erben – Sohn eines grossen
 Vaters – Der ältere Stinnes in der Politik – Beziehungen zu rheinischen Politikern – Der
 Drei-Tage-Müller – Konsequenzen des Ruhrkampfes – Schlimmstenfalls ausserhalb des
 Reichsverbandes – Die Jugend machte nicht mit – Köln glaubte nicht an die Rentenmark
 – Schachts Waffengang für die Reichseinheit – Wer war eigentlich Louis Hagen? – Im
 Taumel der Milliarden – Wäre Schacht nicht gewesen ... – Der treue Hagen – Dr. Luthers
 Weinkrämpfe – Jarres unter den Rettern des Reiches – Hugo Stinnes tot – Die Kinder des
 Kaufmanns aus Mülheim – Hugo Stinnes d. J. rettete das Familienvermögen – Der ameri-
 kanische Stinnes-Konzern, damals und heute – Was der Familie verblieb – Hugo Stinnes
 auf eigenen Füßen – Ein Wirtschaftsjournalist als Prophet

Krupp ist immer noch der Reichste431

Endlich geschieden – Freudloser Weg des Krupp-Erben – Das Erbrecht der Krupp-
 Dynastie – Die Geschichte der Familie Bohlen – Ein Krupp kraft kaiserlicher Gnade
 – Alfried hatte es nicht leicht – Der Sohn in Sippenhaft – Herr von Bohlen und Halbach
 – Umgang mit einem Schwiegersohn – Unter dem Druck der Verkaufsaufgabe – Es geht
 um den Hütten- und Bergwerksbesitz – Wenner-Gren kommt und geht – Fried Krupp
 im Ausland – Exportieren um jeden Preis? – Lohn-Preis-Spirale erklärt nicht alles
 – Seltsame Duplizität des Geschehens

Auf der Woge der Motorisierung467

Der alte Benz – Ich verkauf' Ihne kei' Wage – Mit einem halben PS in die Zukunft – Die
 Entwicklung des deutschen Kraftwagenbestandes 1923 bis 1956 – Arbeiter fahren Auto
 – Wer baute vor 20 Jahren Automobile? – Und wer baut sie heute? – Drei Unternehmen
 investieren D/4 Milliarde – Zwei Drittel wurden abgeschrieben – Stottern ist ein

schlechtes Geschäft – Müssen Autos so teuer sein? – Das Beispiel des Volkswagenwerks – Opel: von der Nähmaschine zum Kapitän – Die Ford-Werke in Köln – Fiat in Deutschland – Wem gehört die Auto-Union? – Daimler-Benz in der Hand von Grossaktionären – Carl F. Borgward macht seinen Weg

Motoren brauchen Öl..... 516

Erdöl im Dritten Reich – Wiederbeginn am Nullpunkt – Der Aufstieg der deutschen Erdölförderung – Handelsbilanz unserer Erdölwirtschaft – Erdölpreise politisch sensibel – Grossunternehmen der Erdölförderung – Deilmann macht von sich reden – Die Deutsche Erdöl-AG – Elwerath und ihre Gewerke – Die Wintershall-Gruppe – Führend im Kali- und Rohöl-Geschäft – Wintershall-Elwerath Glieder in der Kette des Quandt-Konzerns – Quandt steht im Dienst der Motorisierung – Die öffentliche Hand im Erdölgeschäft – Auslandsanteil an der Erdölförderung – Die Expansion der Raffination – Macht das Ausland das Rennen? – Pipelines von Marseille bis Wilhelmshaven

Chemie kehrt in die Macht zurück548

Der allmächtige IG-Farben-Trust – IG Farben stellt Minister – Die Entstehung des Trusts – Der Dreibund im Chemiegewerbe – Höchster Farbwerke stehen ausserhalb – Die Nachkriegsgeschichte des Farbentrusts – Was kam bei der Entflechtung heraus? – Die Nachfolgegesellschaften repräsentieren ein Drittel der Arbeitskapazität und Umsatzleistung – Vergleich der Bilanzen 1940 und 1955 – Die Sachkenner der Wirtschaft im Bundeskabinett – Chemische Werke Hüls AG – Aufhebung der Demontage – Die Dynamit AG – Schleichbusch-Sprengstoffe – Die Wasag Chemie AG Essen – Der Bruder Krupp von Bohlen und Halbach – Verzahnung zwischen Chemie und Montanindustrie – Die Wiederaufbaukosten trägt der Verbraucher – Exportanteil am Umsatz stark gewachsen

Textilindustrie im Konjunkturschatten 570

Textilindustrie beschäftigt fast 10 Prozent aller industriellen Arbeitnehmer – Niedrige Durchschnittslöhne – Verschlechterung der Situation – Das Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft – Abschreibungen sind echte Kosten – Auslandsanteil an den Umsätzen – Die unbekannt grossen Familien der Textilindustrie – F.A. Kumpers-Rheine – Die Familie van Delden und ihre Besitztümer – Die Fa. Chr. Dierig – 75 Mill. Kriegesfolgeverluste – Im Schatten der Konjunktur

Vom Kaufladen zum Kaufhaus	595
Tietz fängt in Gera an – Die ersten Warenhäuser in Deutschland – Oskar Tietz erzählt – Widerstände und schwere Zeiten – Die Sanierung des Hertie-Konzerns gegen Hitlers Willen – Leonhard Tietz – Der Ehape-Konzern – Der Kaufhof kam wieder – Karstadt kommt aus Mecklenburg – Der Hang zur vertikalen Organisation – Die Krise der dreissiger Jahre – Verbindung zu Opel – Deutschniederländischer Schmuggel während der Kontinentalperre – Die Hollandloopers – C. & A. Brenninkmeyer, ein fast reinblütiges Auslands-Unternehmen – Barkauf ist <i>doch</i> vorteilhafter – Vorsorge für die Vollschlanken	
«Der grösste Baukonzern Deutschlands»	616
Erich Lübbert, der Mann der AG für Verkehrswesen und Industrie – Der fragwürdige Kolonialimperialismus – Die deutschen Vermögen in Südwestafrika – Angliederung von Lenz & Co – Sanierung von Dyckerhoff und Widmann – Dr. Lübbert rettet den Konzern zum zweitenmal – Die acht Töchter als Kommanditisten – Die Verbindung zu v. Bülow-Schwante	
Unsere Zukunft auf dem Wasser	629
Anwachsen der Menschheit, Vermehrung der Ernten – Ausweitung der industriellen Tätigkeit – Das wirtschaftliche Geschehen und die Bedeutung des Schiffsraums – Welthandel und Welthandelsflotte – Die second hand-Schiffe – Das Problem der deutschen Seeschifffahrt – Zu wenig Schiffe – Die billigen Flaggen – Restlose Zertrümmerung der deutschen Schifffahrt – Das Petersberg-Abkommen von 1949 – Steuerprivileg für die Schifffahrt – Die Hapag zwischen den Kriegen – Fracht- und Tankschiffe statt Passagierdampfer – Die Legenden um die Schuchmanns – Der Norddeutsche Lloyd und seine Sorgen – Die Flotte des Persilkonzerns und die Backpulverflotte – Rudolf Oetker, ein Wirtschaftsvirtuose – Umsatz des deutschen Schiffbaus – Willy Schlieker immer bei den stärksten Bataillonen	
Gestern – Heute – Morgen	663
Die Pläne zur Privatisierung des Volkswagenwerkes – Modellfall Zeche Viktoria – Die Bodenreform – Der Roman des § 7 c – Der Stahlverbrauch einst und jetzt – Die Konzentration im Baugewerbe – Die Radio-Industrie – Verminderte Konzentration in der Zigarettenindustrie – Bier gehört zu Zigaretten – Die Sehnsucht nach der Idylle – Wem gehört nun Deutschland wirklich? – Wer gibt die Antwort?	

Wem gehört Deutschland?

Vor ein paar Jahren, es war wohl im Jahre 1954, schrieb ein hochangesehener Professor für eine hochangesehene Zeitung einen Artikel, eine Sonderseite sogar, unter dem Stichwort: Es gibt keine reichen Leute mehr.

Hier wurde bewiesen, erstens, dass dem so sei; zweitens, dass dem so sein müsse.

Früher, ja, da gab es noch Reiche; da hatten wir den feudalen Grossgrundbesitz; da sonnten sich die Fabrikanten im Glanz der Millionen; da lebte in den deutschen Kurorten, Wiesbaden zum Beispiel, eine Rentnerschicht, die jährlich ein Vermögen zu verzehren hatte. Aber heutzutage? Was lässt denn die Steuer noch von den hohen Einkommen übrig; wer kommt denn überhaupt noch dazu, die Früchte seiner Arbeit zu einem Vermögen zu akkumulieren? Nein, nein – es gibt keine reichen Leute mehr, und am allerwenigsten kann man sagen, dass in unseren Tagen der Wirtschaftsfreiheit, um nicht zu sagen: der wirtschaftlichen Demokratie, Deutschland den Reichen gehöre.

Nun, schön: das ist eine These, die sich auf einem Blatt Zeitungspapier mit aller nur wünschenswerten Brillanz darbieten, mit sprühendem Witz abwandeln und mit lustigen Seitenhieben wider den nimmersatten Staat, den scheeläugigen Neid der Habenichtse und den Gesinnungsterror der Funktionäre verteidigen lässt. Umso leichter sogar, als die ausserordentliche Vielgestaltigkeit und Wandlungsfähigkeit der wirtschaftlichen Realität, in der wir leben, es fast unmöglich macht, eine derartige These, aber auch eine Behauptung, die das Gegenteil aussagt, exakt zu beweisen.

Wer freilich Augen hat, die ungeheure Aufwendigkeit der Lebenshaltung zu sehen, die sich eine gar nicht so kleine Bevölkerungsschicht leistet; wer die Pracht der Verwaltungsgebäude wahrnimmt, in die «die Wirtschaft» seit der Währungsreform eingezogen ist; wer das Steigen der Grundstückspreise beobachtet, die dennoch die Käufer nicht abschrecken, sondern eher anziehen scheinen; wer einmal erlebt hat, wie unglaublich hohe Summen heute mit leichter Hand für dubiose Kunstwerke gezahlt werden, so dass man schon angefangen hat, von der «Inflation im Kunsthandel» zu sprechen; wer sich Rechenschaft darüber ablegt, wieviel reicher unsere Wirtschaft heute als vor dem Krieg mit Produktionsmitteln ausgestattet ist und wieviel wirkungs-

voller diese Produktionsmittel eingesetzt werden als damals; vollends aber, wer erkannt hat, wie günstig die Zeit dem Streben starker Persönlichkeiten ist, immer grössere Wirtschaftsmacht in ihrer Hand zu konzentrieren, der wird der professoralen These etwas skeptisch gegenüberstehen.

Was wir tatsächlich erleben oder erlebt haben, ist vielmehr dies: die alten reichen Familien von den Krupps und den Thyssens bis zu den Stumms, den Quandts und den Werhahns sind in ihre wirtschaftsbeherrschenden Positionen zurückgekehrt; einige junge, mit grossem Scharfsinn und schöpferischer Energie begabte Männer – wie Rudolf Oetker, Willy Schlieker, Max Grundig, Helmut Horten usw. – haben sich den grossen Konzerngründern hinzugesellt. Brillante Manager von der Art, wie wir sie in der Leitung der montanindustriellen Unternehmen, der Grossbanken, der Versicherungsanstalten und der Interessenvertretungen antreffen, treiben den Konzentrationsprozess – die Akkumulierung wirtschaftlicher Macht in der Hand kleiner Gruppen – weiter. Die Konjunktur des Wiederaufbaus, die unterdessen in eine fast allumfassende Investitionskonjunktur umgeschlagen ist, hat den «Vermachtungsprozess» unserer Wirtschaft ermöglicht, wird andererseits aber von ihm weitergetrieben. Bis zu einem gewissen Grad hat auch der Arbeitnehmer, das heisst zugleich: der Verbraucher, an der Produktivitätssteigerung unserer Wirtschaft partizipiert, ohne sich über das Woher und Wohin des Wirtschaftswunders den Kopf zu zerbrechen. Erst das allgemeine, oft schwer erklärliche Steigen der Preise – namentlich solcher Preise, die nicht in Zusammenhang mit dem Steigen der Löhne gebracht werden können – hat die Öffentlichkeit in dem Masse alarmiert, dass ihr die Frage aufdämmerte: Wem gehört eigentlich Deutschland, wer übt die Wirtschaftsmacht aus in unserer Bundesrepublik, wer hat die Macht, über jene Produktionsfaktoren zu verfügen, die nicht nur, wie das Kapital, relativ knapp, sondern die wie der Boden und die Bodenschätze, die Grundlagen unseres Energiehaushalts und unserer Ernährung, unvermehrbar, also absolut knapp, sind? Freilich diese Frage, die Grundfrage: wem gehört Deutschland, entfaltet sich sogleich zu einer schier unübersehbaren Vielfalt von Einzelfragen, die zu beantworten, ja, nur zu stellen die Kraft eines Einzelnen übersteigt. Das Höchste, was der einzelne Autor in einem Buch zu leisten vermag, beschränkt sich darauf, die öffentliche Meinung zur Diskussion unserer Grundfrage anzuregen: Wem gehört Deutschland? Dieser Art ist auch unser Beitrag zur Lösung der Aufgabe, der die Problematik unserer Zeit ins Bewusstsein heben und so dem Unbehagen, der tiefen Angst, begegnen soll, die hinter der Fassade des Wirtschaftswunders lauert.

MACHT UND REICHTUM IM KAISERREICH

«Wer dem Geringen Gewalt tut, der lästert desselben Schöpfer, aber wer sich des Armen erbarmt, der ehrt Gott.» Sal. Spr. 14. 31

April 1921.

Schwarze Reichswehr und Fememorde, soziale Unrast, Streiks, Reparationen, riesige Inflationsgewinne und Opfer der Inflation, verschämte Arme und ungeratene Töchter, «kleiner Gigolo, armer Gigolo, denkst du noch vergangner Zeiten». Werkstudenten als Bergleute, Schüttler und Kriegsblinde an den Strassenecken, vergebliche Hamsterfahrten, Hunger, Notgeld und immer wieder Hunger.

Das alte Reich war versunken, die schimmernde Wehr zerbrochen, die Führungsschicht der herrlichen Zeiten ihrer Würden entkleidet, aus ihren Ämtern geschieden, ihrer gesellschaftlichen und politischen Funktionen beraubt.

Wen würde da, inmitten aller Sorgen, Ängste und Nöte, die jeder Tag in neuer Abwandlung brachte, die Nachricht vom Tode der Kaiserin tiefer treffen als eine beliebige andere Hiobspost? Nur eben, dass jede andere wohl fühlbarer in das Leben zahlloser Deutscher eingegriffen hätte als die Nachricht aus Doom.

So hätte es scheinen können.

Die Kaiserin war im Exil gestorben. Ehre ihrem Andenken. Sie hatte im Ausland als korrekte, aber farblose Persönlichkeit gegolten. In der Vorstellungswelt der Deutschen hatte sie gelebt und lebte sie fort als ebenso erfolgreiche Mutter wie erfolglose Gattin: Sie hatte dem Kaiser sechs stattliche Söhne und eine Tochter geboren; aber sie hatte das Temperament des Gemahls nie nachhaltig zu zügeln vermocht, nie Einfluss auf seine Haltung gewonnen und kaum einen seiner impulsiven Entschlüsse verhindern können, die soviel politisches Porzellan zerschlagen hatten.

Gewiss würden ein paar Zeitungen nicht nur die Nachricht vom Tode Auguste Viktorias bringen, sondern der Kaiserin auch in einem freundlichen Nachruf gedenken. Ein stärkeres Echo war von der verbrannten Erde der Nachkriegsjahre nicht zu erwarten.

Wer so nach den Regeln der politischen Wahrscheinlichkeitsrechnung völlig korrekt kalkuliert hatte, sah sich jedoch durch die Wirklichkeit ad absurdum geführt. Es kam ganz anders, als selbst ein so gewiegter Taktiker wie der erste Reichspräsident voraussehen konnte, der gegen den Rat mancher Parteigenossen die Heimkehr der toten Kaiserin bereitwillig gestattet hatte. Die Überführung der sterblichen Überreste der hohen Frau vom niederländischen Doom zum preussischen Potsdam erwies sich als ein nationales Ereignis, dem mehr als allem, was seit dem Waffenstillstand geschehen war, die Kraft innewohnte, Hunderttausende, ja, Millionen Deutscher in einer starken Gefühlsaufwallung zusammenzuführen.

Über die Leichenfeier, die am Morgen des 12. April in Potsdam stattfand, berichtet Marie v. Bunsen:

«Obwohl es eine Januarnacht hätte sein können – das Thermometer stand nur eben über dem Gefrierpunkt –, haben scharenweise aus Berlin Angekommene auf den Parkbänken im Freien die Nacht verbracht. Am Abend vorher sah Ilse Örtzen am Bahnhof einfach angezogene Männer und Frauen, die mit Decken und Fusssäcken nach dem Park hinzogen. Trotz der drückenden Teuerung wurden immer neue Blumenkränze vorbeigetragen. Ein Bekannter von mir las auf einem roten Kranzband die Inschrift: «Unserer Kaiserin, Potsdamer Arbeiters auf einem anderen: «Von einem Verwundeten der Orangerien Als ich auf die Terrasse gelangt war, befanden sich dort schon seit halb sechs Uhr die Potsdamer, aber auch Berliner Damen. Ich sprach die achtundsiebzigjährige Hausministerin Wedel. Sie war in Berlin um vier Uhr früh aufgestanden und stand seit sechs Uhr dort. Viele Stunden vergingen. Sonnenheller Frühlingmorgen, hellgrünleuchtende Bäume, Vogelgesang. Hinter mir das Schloss Friedrichs des Grossen.

Die letzte Herrin hatte bereits ihr Ziel erreicht. Graf Rantzau schilderte mir die Fahrt. An der holländischen Grenze der Abschied des Kaisers. Er war wie vernichtet. Er hatte der Toten versprochen, sie bei ihrem «geliebtem Neuen Palais beisetzen zu lassen. In jeder Stadt, in jeder Ortschaft standen am Bahngleis trauernde Menschenmengen, Sängervereine sangen Choräle, Deputationen und städtische Behörden brachten Kränze. Auch in den röttesten Städten, wie in Braunschweig, läuteten die Kirchenglocken. Immer wieder lagen frische Blumen auf dem Zug, von den Brücken hatte man sie niederfallen lassen.

Nachts warteten die Angehörigen am Wildparkbahnhof. «Wie ein Schatten» so beschrieb es mir ein anwesender Herr, «fuhr lautlos der Zug in die Halle.» Da traten aus der Dunkelheit die Königin-Kürassiere in ihren leuchtenden Helmen hervor und hoben – sie hatten es sich ausbedungen – den Sarg heraus. Mit Tränen in den Augen beschrieb mir einer der unmittelbar neben dem Sarg stehenden Schwarzen-Adler-Herren, General v. Boehn, den Zug durch die Allee: «Eine tausendköpfige Menge, aber so tiefes Schweigen, dass ich leises Schluchzen hörte. Sehr viele, vermutlich katholischen Verbänden angehörig, knieten nieder, als wir an ihnen vor-überzogen.» Auf der Terrasse erblickten wir die mit violetterm Samt gedeckten Wagen. Zu beiden Seiten schritten die Grosswürdenträger, Hindenburg monumental, die Augen auf sich ziehend. Es folgten die Prinzen, die Prinzessinnen in schwarzen schleppenden Gewändern.

Am antiken Tempel warteten die Hofdamen, die Palastdamen und einzelne Geladene. Eine von diesen, Frau Cornelia Hoetzsch, schilderte mir die Ankunft: «Mit frischen Blumen war der Weg bestreut; Gräfin Brockdorf, die vor vierzig Jahren die Prinzessin-Braut begrüsst hatte, trat mit einer tiefen Verbeugung vor und verrichtete zum letztenmal der toten Herrin den Dienst. Die Domknaben sangen, vernehmbar sangen aber auch die Amseln in den Bäumen. Alte Lakaien und Hofbeamte, die darauf bestanden hatten, trugen den Sarg. Als man den violetten Samtbehang entfernte, sah

man als einzigen Blumenschmuck einen Rosenkranz vom Kaiser auf der Königinnen-Standarden.

Langsam zerstreute sich die auf eine drittel Million geschätzte, schwarzgekleidete stille Schar.»

Was hatte die vielen Hunderttausend, die von der Grenze bis zur Gruft Spalier gebildet hatten, bewogen, die eigenen Sorgen zu vergessen, und der Verstorbenen den letzten Gruss zu entbieten?

Handelte es sich um eine Demonstration der Königstreue? Waren die Trauergäste gekommen, um jenseits aller Politik der Landesmutter ihre Anhänglichkeit zu bezeigen? Galten die Kränze der edlen, gütigen Frau? Oder wurden die Blumen einer Epoche ins Grab gestreut, die unwiederbringlich dahingegangen war?

Auguste Viktoria, Prinzessin zu Schleswig-Holstein, ehe der dreiundzwanzigjährige Kronprinz Wilhelm sie 1881 zur Frau nahm, war nicht von der Art gewesen, die sich beschwingt und leicht unters Volk mischt. Gewiss, sie war leutselig, von Herzen freundlich, reifer und gütiger als der Kaiser, bescheiden und niemals launenhaft, aber sie war doch immer die Kaiserin gewesen. «Irrtümlicherweise», erinnert sich Marie v. Bunsen, «hat man ihre Anspruchslosigkeit gepriesen. Wie ich aus ihrer Umgebung weiss, legte sie im Gegenteile grossen Wert auf ihre Stellung und wachte auf ihre ihr zukommenden äusseren Ehrungen.»

Der Kaiser konnte sich so jovial geben – schulterklopfend, witzelnd, berlinernd –, wie ihm die Laune danach stand. Die Kaiserin konnte es nicht.

Wenn am Tage des Ordensfestes, das alljährlich am 18. Januar, dem preussischen Krönungstage, gefeiert wurde, die Leute aus dem Volk, Postschaffner etwa und Strassenbahnführer, Polizei-, Gerichts- und Steuerbeamte, sich zur Entgegennahme der Dekorationen einstellten, wurden sie freilich zwischen zwei hohe Würdenträger an der kaiserlichen Tafel placiert. Es gab Gerichte, die ihnen vertraut waren – nie durfte Rinderbrust mit Brühkartoffeln fehlen –, aber die kaiserliche Hausfrau tat nichts, die höfische Sitte zu mildern: Sobald der Kaiser mit einem Gericht fertig war – und er war gefürchtet als Schnellesser –, wurden den verblüfften Gästen die Teller weggenommen. «Sie waren», erzählt Eugen Schiffer, «deshalb befangen und verlegen und wagten kaum, sich mit ihren Nachbarn zu unterhalten.»

«Nach der Tafel hielt die Kaiserin Cercle», heisst es weiter in dem Erinnerungsbuch des späteren Reichsministers. «Leute der unteren Stände wurden ihr vorgestellt und von ihr in ein liebenswürdiges nichtssagendes Gespräch gezogen: «Sie sind verheiratet?» – «Jawohl, Majestät.» – «Haben Sie auch Familie?» – «Jawohl Majestät, sieben Kinder.» – «Oh, das ist schön; auch Knaben?» – «Sechs, Majestät!» – «Da wird sich der Kaiser aber über so viele Rekruten freuen, ich werde es ihm erzählen!» – Ein freundliches Neigen des Kopfes: «Grüssen Sie Ihre liebe Frau», und mit hochrotem Gesicht und ungeschickter Verbeugung zog sich der glückliche Vater zurück.»

Sicherlich, «die Freundlichkeit der hohen Frau kam aus echter Herzensgüte» – das wird niemand in Abrede stellen. Aber die befangene Verlegenheit, der hochrote

Kopf, die ungeschickte Verbeugung blieben keinem der Männer der unteren Stände erspart, die die kaiserliche Huld ins Gespräch gezogen hatte.

Die Leute aus dem Volk empfanden das kaum als Demütigung oder sie vergassen die Qual der Befangenheit und wussten im Kreis der Familie nur noch vom Glanz des grossen Augenblicks zu berichten, da die Kaiserin sie mit einem Kopf-nicken begrüsst hatte. Anders jedoch, wenn die Majestät ihren Anspruch auf die «ihr zukommenden äusseren Ehrungen» rücksichtslos auch denen gegenüber geltend machte, die, wie wohl bürgerlich, doch schon zu den oberen Ständen zählten. Ihnen blieb der Stachel im Fleisch.

So geschah es einer Frau, die der kaiserlichen Einladung zu einer Galaoper gefolgt war, ohne sich an die Kleidervorschrift zu halten, die den zum Hofe gehörenden Damen Robe mit tiefem viereckigem Ausschnitt und ganz schmalen Schulterbändern zur Pflicht machte. «Die Frau des Kultusministers Falk», berichtet wieder Eugen Schilfer, «war mit einem Spitzeneinsatz in ihrem Dekolleté erschienen. Darauf wurde sie im Auftrag der Oberhofmeisterin von einer Hofdame ersucht, den Einsatz entfernen zu lassen. Die Schere hatte sie gleich mitgebracht. Als sie sich weigerte, wurde ihr höflich bedeutet, dass sie das Theater verlassen müsse. Der Minister, der spartanisch einfach lebte, war über die Behandlung seiner Frau so erregt, dass er nur unter Tränen davon sprach.»

Die Szene mutet gespenstisch an, und doch wird man sich hüten müssen, über den Mangel an Takt und Charme, den die Kaiserin nicht nur bei dieser Gelegenheit zeigte, bedenkenlos den Stab zu brechen.

Auguste Viktoria war es nicht gegeben, eine Atmosphäre heiterer Geselligkeit zu verbreiten. In ihrer Gegenwart durfte nur der Kaiser zur Zigarette greifen; den Herren ihrer Umgebung und auch den Gästen war es nicht gestattet, zu rauchen. Sie war kühl, reserviert und doch wieder unklug genug, dem kaiserlichen Gemahl, der oft unter der Monotonie des Familienlebens litt, ihre Gesellschaft auch dann zu oktroyieren, wenn er schon allzu deutlich gezeigt hatte, dass er allein zu sein oder seiner Wege zu gehen wünschte. Im intimen Verhältnis zum Gatten und zu den Söhnen mochte sie die fürstliche Reserve und manchmal wohl auch die Würde vergessen – ohne einen Lohn für ihr Opfer zu finden. Als Fürstin jedoch, als die Gemahlin des deutschen Kaisers und Königs von Preussen, wusste sie stets, was sie und die Welt ihrer Würde schuldeten.

Sie fand es peinlich, wenn der Kaiser seine groben Spässe mit den Herren seiner Umgebung trieb – wenn er den kleinen Herzog von Sachsen-Coburg puffte und kniff, ja regelrecht verprügelte, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob dessen Braut oder Eltern der tückischen Harlekinade beiwohnten; wenn er dem alten Generalleutnant v. Eglofstein das Getränk mit dem Finger umrührte, kostete und erklärte, nun sei es nicht mehr zu kalt; wenn er den Major v. Neumann als eine Art Hofnarr behandelte, einen Kapitänleutnant, dessen Schwäche er kannte, kitzelte, «bis er die merkwürdigsten Laute» aussties, mit dem einen oder dem anderen Flügeladjutanten auf die gleiche Weise verfuhr, den Finanzminister v. Rheinhaben bei Tisch am Ohr zog oder den Eisenbahnminister v. Breitenbach nicht mehr ganz freundlich auf die Schulter schlug.

«Man sieht ihr an» trug der Hofmarschall Wilhelm II., Graf Robert Zedlitz-Trützschler, unter dem 30. Dezember 1908 in sein Tagebuch ein, «und sie hat es auch schon ausgesprochen, wie peinlich und bedenklich ihr das alles ist. Aber ihr Einfluss in den für den Kaiser wirklich wichtigen Dingen hat eben auch immer versagt.»

Der Öffentlichkeit blieb die unterschiedliche Eigenart der kaiserlichen Gatten nicht verborgen. Der Kaiser legt sich keinen Zwang auf, weder vor fürstlichen Gästen noch vor den Herren seiner Umgebung und zu allerletzt vor den Lakaien. Durch Hunderte von Kanälen wurde die Wissbegier des Publikums gespeist. Man wusste alles jenseits der Bannmeile; man wusste, dass, als im Jahre 1900 die Berliner Strassenbahner streikten und es zu Unruhen auf dem Dönhoffplatz gekommen war, der Kaiser an das Generalkommando des Gardekorps telegraphiert hatte: «Ich erwarte, dass beim Einschreiten der Truppen mindestens fünfhundert Leute zur Strecke gebracht werden»; man erfuhr draussen sehr bald jene Äusserung, die er zurzeit des Eulenburgskandals getan hatte: «Wenn es jetzt in den Zeitungen nicht aufhört, schicke ich einen Flügeladjutanten hin und lasse einen Redakteur totschiessen»; es sprach sich aber auch herum, wie die Kaiserin darauf reagierte, dass ihr Gemahl seine Jagdpassion – die Freude an der reichhaltigen Strecke – auf das Gebiet der Politik übertrug: «Ja, aber wenn auch die Regierung jetzt die Oberhand behält, was wird nach dem Schiessen?» fragte sie ihn, als im Dezember 1904 der Kaiser die aus Russland eintreffenden Aufstandsnachrichten zum Anlass nahm, um darzulegen, wie der Zar rein militärisch mit dem Aufbegehren seiner Untertanen fertig werden könne.

Das alles blieb kein Geheimnis. Und wenn der Kaiser auch nicht eigentlich unbeliebt war – er hatte als Regent wie als Mensch ja auch seine guten Seiten –, sein unruhiges Autokratentum inmitten einer mit schweren sozialen Problemen und wirtschaftlichen Wachstumsschwierigkeiten ringenden Welt machte ihn als Souverän ungläubwürdig. Der zur fürstlichen Würde berufene, am Gottesgnadentum partizipierende Ehepartner war nicht der Hohenzoller, sondern die Prinzessin zu Schleswig-Holstein gewesen. Ihr Charisma überdauerte Thron und Tod. Sie hatte weder die Kraft noch die Macht gehabt, sich Verdienste um ihre Landeskinder zu erwerben. Was bedeutete das? Sie hatte die Gnade gehabt, den Purpur des Gottesgnadentums getragen, noch im Exil: die Hunderttausende waren am 12. April 1921 zur Leichenfeier gekommen, um die letzte Kaiserin zu Grabe zu tragen.

Die Erschütterung über das Dahinscheiden der letzten fürstlichen Persönlichkeit, die in Charakter, Haltung und Leben die Würde und Grösse des Reiches verkörpert hatte, nicht die Sehnsucht nach jenen «herrlichen Zeiten», zu denen der Kaiser sein Volk hinführen wollte, hatte die Trauergäste bewegt. Und in der Tat, die Sehnsucht wäre auch kaum oder nur bei wenigen gerechtfertigt gewesen. Wie sehr auch der durch den Krieg und durch das Elend der Nachkriegsjahre erweiterte Abstand die Vergangenheit verklären mochte, sie war für die Masse des Volkes alles andere als herrlich gewesen.

Sicherlich kann man manches für die Auffassung anführen, dass es mit dem Autokratentum Wilhelms II. gar nicht so schlimm gewesen sei. Noch kürzlich soll es geschehen sein, dass eine Botschafterin der Bundesrepublik auf dem Recht bestand, sich von den Damen der Botschaft – notabene: nicht von den Sekretärinnen, sondern von den Ehefrauen des diplomatischen Personals – die Hand küssen zu lassen. Warum sollte man es also dem Kaiser verübeln, dass er sich von den Romintener Förstern mit Handkuss begrüßen liess – zumal das auf Anordnung des Fürsten Dohna, ohne Dazutun des Herrschers, geschah? Bedenklich war schon, dass Wilhelm II. es offenbar nicht nur duldete, sondern recht gern geschehen liess, wenn sich auch Offiziere zu dieser Ehrenbezeugung verstanden; wenn jener Major von Neumann-Cosel, der später seine Eignung zum Hofnarr erwies, die Beförderung vom Gardeoffizier zum Flügeladjutanten geradezu der Begabung verdankte, «aus eigenem Impuls dem Kaiser bei jeder Gelegenheit die Hand» zu küssen, und vollends wenn Seine Majestät sich auf dem Danziger Bahnhof von dem damaligen Generalleutnant v. Mackensen, dem späteren Generalfeldmarschall, bei der Meldung die behandschuhte Rechte küssen liess.

Äusserlichkeiten? Freilich – aber Äusserlichkeiten eines Byzantinismus, dem hohe und höchste Offiziere, Hofprediger, Gelehrte und Minister sich ergaben – beseelt von der Wunschvorstellung, durch ein Übermass der Devotion sich in die allerhöchste Gnade emporzudienen.

Nur wer im Schatten des Thrones stand, hatte teil an der Macht. Denn ungeachtet der Vielgestaltigkeit des inneren Machtgefüges, in welchem Reichstag und Bundesrat, Könige und Fürsten, Reichskanzler und Staatssekretäre ihren Platz hatten, verhielt es sich doch so, dass die Fülle der Regierungsrechte sich in der Person des Monarchen zusammenfasste.

Das war nicht immer so gewesen.

Wilhelm I., der erste «Deutsche Kaiser», hatte klein angefangen. Das Reich, das im Januar 1871 durch den Zusammenschluss von fünfundzwanzig Bundesstaaten – vier Königreichen, sechs Grossherzogtümern, fünf Herzogtümern, sieben Fürstentümern und drei freien Städten – entstanden war (später gesellte sich noch das «Reichsland» Elsass-Lothringen hinzu), hatte dem Kaiser keine echte monarchistische Macht, sondern eher die Befugnisse eines Bundesvorsitzenden oder Präsidenten, um mit Wilhelm I. zu sprechen: eines «Charaktermajors», zugebilligt.

Der Reichskanzler, regelmässig der preussische Ministerpräsident, wurde vom Kaiser ernannt und leitete zunächst auch das einzige «Reichsamt», das seit 1870 bestehende Auswärtige Amt. Die gesetzgeberische Initiative lag praktisch ausschliesslich beim Bundesrat – dem Vertretungsorgan der Bundesstaaten – und dem aus gleichen, freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Reichstag.

Diese ursprünglich einfache Konzeption wandelte sich allmählich. Neben das Auswärtige Amt, dessen Leitung seit 1873 einem besonderen Staatssekretär übergeben wurde, trat eine Reihe neuer Reichsämt: 1873 das Reichseisenbahnamt, 1876 das Reichspostamt, 1879 das Reichsamt des Innern und das Reichsschatzamt, 1889

das Reichsmarineamt, 1907 das Reichskolonialamt, 1916 das Kriegsernährungsamt und in der letzten Phase des Ersten Weltkrieges zwei weitere Ämter, im August 1918 das Reichswirtschaftsamt, im Oktober das Reichsarbeitsamt.

Tatsächlich handelte es sich um Reichsministerien, rechtlich aber um Reichsämter, deren Leiter als Staatssekretäre keine parlamentarische Verantwortung trugen, sondern nur dem Reichskanzler verantwortlich waren. Dieser, wie schon gesagt, wurde vom Kaiser ohne Dazutun irgendeiner dritten Instanz ernannt und war auch nur dem Monarchen Rechenschaft schuldig.

Dieses ohnehin komplizierte System wurde noch dadurch kompliziert, dass das 1878 ergangene Stellvertretergesetz dem Kaiser die Möglichkeit zuspielte, die Staatssekretäre in ihrem Arbeitsbereich mit der Stellvertretung des Kanzlers zu betrauen, wodurch die De-facto-Erhöhung ihrer Ämter zu Ministerien eine gewisse juristische Rechtfertigung erfuhr; ferner dadurch, dass, ausser Bayern, Württemberg und Sachsen, alle Bundesstaaten ihre «Kontingentsherrlichkeit», d.h. die Verfügung über ihren militärischen Beitrag, auf Preussen übertrugen; vor allem aber dadurch, dass der Kaiser, je länger, je mehr, die gesetzgeberische Initiative an sich riss, indem er die von den Reichsämtern ausgearbeiteten Vorlagen im Bundesrat, wo die preussischen Stimmen dominierten, als Präsidialvorlagen einbringen liess. Was wieder zur Folge hatte, dass der Machtvollkommenheit des Reichsmonarchen weder in der Vertretung der Bundesstaaten, dem Bundesrat, noch in der Volksvertretung, dem Reichstag, ein hinreichend schweres Gegengewicht gegenüberstand: Der Automatismus der staatsrechtlichen Entwicklung, den Bismarck entfesselt hatte, hatte so dahin geführt, dass der gleichzeitig schwache und zur Selbstüberschätzung neigende Kaiser, gestützt auf die Schlüsselstellung Preussens, ein persönliches Regiment errichten konnte, das in seinen Wirkungen durch den Byzantinismus der hohen und höchsten Würdenträger des Reichs noch verschärft wurde.

Erstaunlicherweise brach die mit Notwendigkeit zu erwartende Krise erst 1908, nach zwanzigjähriger Regierungszeit des Kaisers, über das System herein. Dann freilich mit solcher Wucht und unter so bizarren, ja, gespenstischen Nebenerscheinungen, dass man fast schon von einer Existenzkrise sprechen konnte.

Der Anlass war scheinbar geringfügig: eine Reihe von Unterhaltungen, die der Kaiser in England mit Privatleuten geführt hatte – instinkt- und verantwortungslos monologisierend, wie es seine Art war – und die der britische Oberst Stewart Wortlay zu einem «Interview» zusammengefasst hatte. Ehe er sein Elaborat zur Veröffentlichung an den *Daily Telegraph* gab, sandte er im Oktober 1908 dem Kaiser das Manuskript zur Prüfung zu.

Der Monarch, der in Rominten zur Jagd weilte, liess den Text – «ein umfangreiches, mit ganz unleserlicher Schrift auf dünnem und schlechtem Durchschlagpapier geschriebenes Manuskript» durch den Gesandten von Jenisch mit einem Begleitbrief an den Fürsten v. Bülow schicken, der seit Oktober 1900 das Amt des Reichskanzlers versah. Bülow sass, «mit Arbeit überhäuft», wie er in seinen Denkwürdigkeiten be-

richtet, in Norderney; der Staatssekretär des Äusseren, Wilhelm Freiherr von Schoen, hielt sich, für den Kanzler offenbar unerreichbar, in Berchtesgaden auf. Die Verantwortlichen der aussenpolitischen Führung also – das verdient immerhin festgehalten zu werden – weilten, ohne Kontakt miteinander zu halten, in jenen schicksalsschweren, von innen- und aussenpolitischer Problematik bedrängten Tagen an den entlegensten Punkten des Deutschen Reichs: der eine im äussersten Osten, der andere im äussersten Norden, der dritte im äussersten Süden.

So war die Grundsituation.

«Völlig ahnungslos», berichtet von Bülow weiter, «was das Schriftstück enthielt, und bei meiner damaligen Überlastung mit dringenden Fragen der Politik nicht in der Lage, das Elaborat selbst zu lesen, liess ich den Brief des Gesandten von Jenisch mit Anlage dem Auswärtigen Amt ... zugehen» – mit der Anweisung natürlich, den Artikel sorgsam zu prüfen, wünschenswerte Korrekturen, Zusätze und Weglassungen vorzunehmen und das entgiftete Manuskript an den Kanzler zurückzugeben.

Später, als das Unheil seinen Lauf genommen hatte, von Bülow zur Rede gestellt, meinte der Legationsrat Klehnert, der die «sorgsame Prüfung» angestellt hatte, er habe den entschiedenen und bestimmten Eindruck gehabt, dass Seine Majestät der Kaiser die Veröffentlichung des Artikels und gerade die jetzt von Bülow beanstandeten Kraftstellen lebhaft gewünscht habe. Worauf ihm Bülow in die Parade fuhr: «Haben Sie noch nicht erfasst, dass die persönlichen Wünsche Seiner Majestät bisweilen Narreteien sind?»

Bülow freilich hatte das längst begriffen; aber das war kein Grund für ihn gewesen, das korrigierte, «auf gebrochenem Bogen mit Kanzleihand» abgeschriebene Manuskript, das auf kürzestem Weg an ihn zurückgelangt war, doch noch zu lesen. Er gab es ungelesen an den in seiner Begleitung weilenden Gesandten von Miller, der die Frage nach der Ratsamkeit der Veröffentlichung «mit Emphase bejahte».

Das Schicksal nahm seinen Lauf: Am 28. Oktober erschien das Interview im *Daily Telegraph* – wer es heute noch lesen will, greife zum zweiten Band von Bülows *Denkwürdigkeiten*; er wird dort Faksimile und Übersetzung des Artikels finden.

Und nun möge Herr von Valentini, der als Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts Augen- und Ohrenzeuge der Ereignisse war, das Wort nehmen:

«Am 27. Oktober», heisst es in seinen Memoiren, «begleitete ich den Kaiser nach Wernigerode zur Einführung der Gräfin Magdalene Stolberg als Äbtissin von Drübeck. Als wir am 29. vormittags auf der Rückfahrt von dort im Speisewagen die neuesten Zeitungen durchblättern, fanden wir darin den Abdruck des Artikels, den der englische *Daily Telegraph* über Äusserungen des Kaisers zu seinem englischen Gastfreunde in Highcliffe Castle (dein Obersten Stewart Wortlay) veröffentlicht hatte. In diesem Interview, eingegeben von dem Bestreben, die Engländer von ihrer ablehnenden Haltung gegen die deutsche Politik zu bekehren, fanden sich Stellen, die den Groll

einer ganzen Reihe von Staaten, nicht zum mindesten aber des eigenen Volkes, mit Notwendigkeit heraufbeschwören mussten. So die Behauptung, dass der Kaiser seinerzeit Russland und Frankreich verhindert hätte, «England bis in den Staub zu demütigen, dass er für England den Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet hätte, und dass wir die Flotte mit dem Hintergedanken bauten, sie im Stillen Ozean, d.h. gegen Japan, zu verwenden.

Unser Erschrecken war allgemein, aber der Kaiser, der mitten unter uns sass und den Artikel ebenfalls las, verhielt sich völlig stumm.»

Wie recht die Herren des kaiserlichen Gefolges daran taten, aufs Tiefste zu erschrecken, lässt aber eigentlich erst der Wortlaut des Artikels erkennen. «Ihr Engländer» lässt der Interviewer den Kaiser beginnen, «seid verrückt, verrückt, verrückt wie die Märzhasen – mad, mad, mad as March hares. Was ist über euch gekommen, dass ihr euch so völlig einem Argwohn überlassen habt, der einer grossen Nation ganz unwürdig ist? Was kann ich mehr tun, als ich schon getan habe? Ich habe mit allem Nachdruck, der mir zu Gebote steht, in meiner Rede in Guildhall erklärt, dass das Ziel meines Herzens der Friede ist und einer meiner teuersten Wünsche, in den besten Beziehungen zu England zu leben. Habe ich jemals mein Wort nicht gehalten? Falschheit und Ränke sind meiner Natur immer fremd gewesen ...

Ich wiederhole», fuhr Seine Majestät fort, «dass ich Englands Freund bin, aber Sie erschweren mir die Dinge. Meine Aufgabe ist keine von den leichtesten. Die vorherrschende Empfindung in grossen Teilen der mittleren und unteren Klassen meines eigenen Volkes ist England nicht freundlich. Ich bin also sozusagen in einer Minderheit in meinem eigenen Land, aber sie ist eine Minderheit der besten Elemente, geradeso wie in England gegenüber Deutschland ...»

So ging es in herzerfrischem Freimut weiter: starker Tobak für die Deutschen, da der Kaiser das Recht in Anspruch nahm, aus eigener Machtvollkommenheit als Sprecher einer Elite die grossen Linien der Aussenpolitik festzulegen – notabene: sie vor der Weltöffentlichkeit zu proklamieren; stärkerer Tobak noch für das Ausland: für die Engländer, denen er den Feldzugsplan gegen die Buren gemacht haben wollte; für die Russen und Franzosen, die er offenbar von den Briten zu trennen trachtete; für die Japaner, denen er mit der Flotte drohte.

«Nach unserer Ankunft in Berlin», berichtet von Valentini weiter, «brach der Sturm los ... Ein ungeheurer Lärm erhob sich bis nach China und Japan, und die deutschen Zeitungen aller Parteien, voran die *Kreuzzeitung* und die Konservativen, überboten sich in zorniger Kritik und Verurteilung des kaiserlichen Politikers.

Inmitten dieser leidenschaftlichen Erregung verliess der Kaiser am 3. November Potsdam und ging zunächst zum (österreichischen Thronfolger) Erzherzog Franz Ferdinand nach Eckartsau und von da über Wien nach Donaueschingen zur Jagd. Ich blieb in Berlin zurück und wurde dort Zeuge der weiteren tragischen Entwicklung.

Mein Zimmer wurde nicht leer von Besuchern, die von mir eine Aufklärung erhofften, zu der ich bei dem absoluten Schweigen des Kaisers nicht in der Lage war ... Endlich verdichtete sich der Sturm zu einer Interpellation im Reichstage, die am 10. und 11. November vor vollzähligem Hause und brechend vollen Tribünen verhandelt wurde und deren wahrhaft erschütternden Verlauf ich in der Hofloge verfolgte. Das Objekt des unerhörten Scherbengerichts war nicht irgendein «verantwortlicher Minister, sondern der Träger der Krone selbst. Keiner der Redner machte den Versuch, den Schild vor den Kaiser zu halten; ohne Einspruch von der Rechten konnten (die Sozialdemokraten) Singer und Heine ihr ungeheures Anklageregister gegen das «persönliche Regiment und seine Träger herunterspielen, ja (der konservative Parteiführer) Herr v. Heydebrand selbst liess es nicht an lebhaften Worten des Tadels fehlen. Und der «verantwortliche» Kanzler, der doch manches zur Sache wusste, was die unten nicht wissen konnten, und für den es mindestens eine schöne Geste bedeutet hätte, wenn er sich vor den Kaiser stellte und die Schuld auf sich nahm, begnügte sich mit einer knappen Erklärung, in der er im Wesentlichen die Berechtigung der erhobenen Anschuldigungen zugestand und versprach, für Abhilfe zu sorgen.»

in diesem Stadium der Ereignisse hielt es der Kaiser doch für geboten, den chef seines Zivilkabinetts nach Donaueschingen zu beordern. Valentini traf am 13. November ein. Er fand den Kaiser, den Fürstenberg und der chef des Militärkabinetts, Graf Hülsen-Haeseler, schon über den Grund und den Umfang der Missstimmung des Volks unterrichtet hatten, blass und angegriffen vor, von einer «Stimmung verständnisloser Enttäuschung beherrscht, sehr niedergedrückt und besorgt, was nun werden solle».

Aber er liess sich beruhigen.

«Wenn ich erwartet hatte», lesen wir weiter bei Valentini, «dass der Kaiser die Entlassung Bülows verlangen würde, so hatte ich mich getäuscht. Die Frage wurde natürlich angeschnitten, aber als ich ihm sagte, dass ich hierzu bei der Haltung der Parteien und angesichts der Reichssteuerreform im Staatsinteresse zunächst nicht raten könne, schien er erleichtert und ganz bereit, dem Kanzler seinerseits Erklärungen abzugeben, die zur Beruhigung der Missstimmung dienen könnten. Zum Schluss bat ich den Kaiser dringend, seine Rückkehr nach Berlin tunlichst zu beschleunigen und dem Kanzler die erbetene Aussprache zu gewähren. Beides sagte er zu und erschien abends, nachdem ich im Schloss einen fast zweistündigen Vortrag gehabt hatte, so wesentlich erleichtert und beruhigt, dass die ganze Jagdgesellschaft aufatmete.

Der nächste Tag – 14. November – sollte der letzte Jagdtag sein, und der Kaiser wollte dann Donaueschingen sofort verlassen. Ich wurde von dem Flügeladjutanten v. Senden und dem Fürsten mit Jagdkostüm und Waffe ausgestattet und machte die Treiben auf Füchse im Wartenburger Revier mit. Da mir Fürstenberg aus Courtoisie den Platz neben dem Kaiser gegeben hatte, kam ich auf zwei Füchse zu Schuss und brachte sie glücklich zur Strecke, obschon ich einen grossen Teil des Triebes mit meinem Nachbar Grafen Hülsen-Haeseler in eifrigem politischem Gespräch zusammen-

stand, wobei mir das harte Urteil über den Kaiser und die ernste Sorge um die Zukunft bei diesem dem Monarchen so nahestehenden General auffiel.

Dieser letzte Jagdtag wurde des Abends durch ein besonders festliches Diner gefeiert, zu dem sich alles in gehobener Stimmung versammelte. Die glänzend geschmückte Tafel mit den Damen in hellen Kleidern zwischen den hellgrünen Fracks der Fürstenbergischen Jagdgäste bot ein besonders farbenprächtiges, heiteres Bild. Nach aufgehobener Tafel begab sich der Kaiser mit der ganzen Gesellschaft in die grosse Halle, wo die Freiburger Regimentskapelle muntere Weisen spielte. Ein Walzer ertönte, und herein trat eine groteske Figur: Graf Hülsen hatte sich eine helle Ballrobe der Hausherrin angezogen, einen grossen, mit Straussenfedern geschmückten Hut aufgesetzt, und so tanzte er, den Fächer kokett in der Hand, in seiner graziösen Weise ein Solo nach den Klängen der Musik. Rauschender Beifall lohnte ihm, wie er, rückwärts schreitend und den Damen Kuschhände zuwerfend, die Halle durch eine Glastür verliess. Da plötzlich ein rasches Laufen, ein Raunen und Flüstern, alles drängt nach jener Tür, und hinter ihr liegt lang ausgestreckt, der noch soeben lebenslustig atmete und tanzte – tot! Die Maskerade war entfernt, der Leibarzt Dr. Niedner kniete über ihm, um alles zu tun, was die ärztliche Kunst erfordert, um den Atem wieder zu wecken – umsonst. Zu Häupten der Leiche stand tief erschüttert der Kaiser. Unmittelbar nach den seelischen Eindrücken der letzten Tage, die den stolzen Mann an der empfindlichsten Stelle gepackt hatten, musste er nun an der Leiche des Mannes stehen, zu dem er vielleicht die wärmste menschliche Sympathie empfunden hatte und dem er – wie ich bestimmt versichern hörte – die erste ernste Aufklärung über das angerichtete Unglück verdankte.

Am nächsten Morgen fand zunächst eine Andacht an der aufgebahrten Leiche statt, der der Kaiser ganz fassungslos beiwohnte; dann fuhren wir nach Baden-Baden, wo der Kaiser bei der Grossherzogin Luise mit der Kaiserin zusammentraf, von wo wir aber schon abends wieder nach Donaueschingen zurückkehrten. Dort war inzwischen die Gräfin Hülsen eingetroffen, mit der der Kaiser den Abend bis nach ein Uhr zusammen war. Bei der Leichenfeier am folgenden Morgen kniete der Kaiser neben der Witwe an dem Sarge, der daraufhin in feierlichem Zuge zum Bahnhof überführt wurde. Dann endlich verliessen wir den Ort, in dem sich diesmal die krassesten Gegensätze abgespielt hatten, und fuhren über Baden-Baden, wo die Kaiserin zu uns stieg, nach Potsdam zurück.

Als wir am 17. November acht Uhr morgens in Station Wildpark ankamen, bat mich der Kaiser, mich im Neuen Palais bereitzuhalten für den Fall, dass er meiner bedürfe. Um zehn Uhr kam Fürst Bülow und hatte eine mehr als zweistündige Unterredung mit dem Kaiser unter vier Augen. Ich sah und sprach den Kanzler nicht und erfuhr auch vom Kaiser, als er mich um dreiviertel ein Uhr zu sich berief, im Wesentlichen nur, dass er sich mit jenem auf eine formulierte Erklärung, die veröffentlicht werden solle, geeinigt habe. Er war blass und erregt, und ich hatte den Eindruck, dass

er nur momentan unter einem schweren seelischen Druck nachgegeben habe, dem Kanzler aber diese Stunde nie vergeben werde.»

So schloss sich der Kreislauf der Krise, deren Höhepunkt – dem Blick der Öffentlichkeit entzogen – der grausig-groteske Tod des Grafen Hülsen-Haeseler gebildet hatte. Wilhelm II. hatte das Menetekel nicht verstanden: den Sinn der makabren Szene, die den Mann, der der freundschaftlich-kritische Vertraute des Monarchen hätte sein können, im Flitter des Ballettrock über die Bühne führte – bar jeder Würde, deren er sich zur Erheiterung des Autokraten begeben hatte, und in erschütternder Konsequenz um die Würde des Sterbens betrogen.

Der Kanzler blieb, wenngleich der Kaiser später erklärte, er habe «das Luder» davongejagt. Mit Sorge beobachtete der Kronprinz, «dass seitdem das Selbstvertrauen des autokratischen Herrschers gebrochen und seine bis dahin unverzagte Entschlussfreudigkeit und Willenskraft geknickt waren ... Es traf zu, dass nun die Geschäfte noch mehr an die unverantwortlichen Ratgeber in den Kabinetten übergingen, während die eigene kaiserliche Stimme leiser und leiser wurde» (Paul Herre).

Der Kaiser war nicht mehr der Herr, sondern der Gefangene des persönlichen Regiments. Er – der ja allein dazu die Macht hatte – stürzte den Kanzler nicht; er liess es jedoch zu, dass Bülow – das geschah erstmalig in der Geschichte des Reiches – zurücktrat, weil das Parlament ihm die Gefolgschaft versagte.

Nicht als ob damit, wie manche Historiker glauben, der erste Schritt in der Richtung einer Parlamentarisierung des Regimes getan worden wäre. Der Reichstag hatte von eh und je das Recht gehabt, eine Gesetzesvorlage abzulehnen, und die Regierung die Macht, ihn dann aufzulösen. Als im Sommer 1909 die Konservativen mit der Ablehnung der Nachlasssteuer die Reichsfinanzreform zu Fall brachten, wurde der Reichstag nicht nach Hause geschickt, weil Einvernehmen zwischen dem Souverän und den treuesten Stützen von Thron und Altar bestand, dass die Gelegenheit genutzt werden könne und müsse, den Fürsten Bülow loszuwerden. Dem Kaiser war «das Luder» verhasst; den Konservativen aber war der Mann suspekt, seitdem der Kaiser in seiner Thronrede vom 20. Oktober 1908 «eine organische Fortentwicklung» des preussischen Wahlrechts gefordert hatte, «welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortungsgefühls» entspräche. Dergleichen hätte der Kaiser nicht ausgesprochen und schon gar nicht in der verpflichtenden Form einer Thronrede, wenn er sich nicht mit seinem Reichskanzler und Ministerpräsidenten beraten hätte. Hinter der Kennzeichnung der Wahlrechtsreform als einer «der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart» stand Bülow, zweifellos, obwohl er sich öffentlich oft und vernehmlich genug für die Beibehaltung des alten Wahlrechts ausgesprochen hatte. Darum liessen die Konservativen, geführt von Herrn v. Heydebrand und der Lasa, den Fürsten fallen: Das preussische Wahlrecht, das inmitten des sich schnell industrialisierenden Deutschland und seiner wirtschaftlichen und sozialen Problematik ein ebensolcher Anachronismus war wie das persönliche Regiment des kaiserlichen Autokraten, durfte

nicht angetastet werden. Es war die Machtbasis derer, die, im Schatten des Thrones stehend, die Macht wirklich ausübten.

Bismarck hatte für das Reichstagswahlrecht die demokratische Konzeption der Paulskirche übernommen – allgemeine, freie, direkte und geheime Wahl der Volksvertretung –, nicht um damit den Forderungen des Liberalismus entgegenzukommen, sondern um die Vormachtstellung zu untergraben, zu der die liberalen Parteien dank dem plutokratischen Dreiklassenwahlrecht in der Frühzeit des Parlamentswesens zu kommen pflegten. Unter den Bedingungen des gleichen und geheimen Wahlrechts, kalkulierte der Politiker, würde die Masse der kleinen Leute den Konservativen zulaufen und die zahlenmässige Überlegenheit der liberalen Fraktionen abbröckeln.

Was die Liberalen im Reichstag anlangte, behielt Bismarck recht: Die Partei, die zunächst freilich als stärkste in die Volksvertretung eingezogen war und sich in dieser Position zu behaupten vermochte, bis der vom Freihandel zum Schutzzoll bekehrte Kanzler das Bündnis der grossagrarischen und schwerindustriellen Interessen stiftete (1879), verlor seit Beginn der achtziger Jahre schnell an Bedeutung: 1874 hatten 152 von insgesamt 402 Reichstagsabgeordneten auf den Plätzen der Nationalliberalen gesessen (37,8 Prozent), 1912 zogen 45 Nationalliberale und 42 Freisinnige, insgesamt also 87 Erben der liberalen Tradition, in den Reichstag ein, der damals 406 Mitglieder zählte (21,4 Prozent). Doch den Gewinn hatten nicht die Konservativen gemacht. Nicht ihnen, sondern den Sozialdemokraten waren die kleinen Leute zugelaufen, die mit 110 Abgeordneten (27,1 Prozent) im Jahre 1912 die stärkste Reichstagspartei stellten.

Das war nun freilich nicht allzu schwerwiegend; denn das gesetzgeberische Mitspracherecht des Reichstags beschränkte sich auf wenige, wenngleich für das nationale Schicksal entscheidend wichtige Materien: Aussen- und Kolonialpolitik, Heer und Marine, Rechtswesen und Sozialpolitik. «Regiert» aber wurde der Untertan von den einzelstaatlichen Obrigkeiten, den Trägern der täglich ins Leben jedes Einzelnen eingreifenden Verwaltung, von Bürgermeistern und Landräten, Regierungs- und Oberpräsidenten, von den landesherrlichen Ministerien und von «der Krone» – König, Grossherzog, Herzog oder Fürst. Den Parlamenten, die hier das gesetzgeberische Mitspracherecht ausübten, kam in der Praxis des Alltags eine weit höhere Bedeutung zu als dem Reichstag. Und vollends galt das für Preussen mit seinem Herren- und dem Abgeordnetenhaus; denn Preussen bedeutete nicht nur die Personalunion von König, Kaiser und Oberstem Kriegsherrn, von Ministerpräsident und Reichskanzler, sondern es bedeutete auch: zwei Drittel der deutschen Bevölkerung, Berlin, die Schwerindustrie und die agrarischen Überschussprovinzen. Wer in Preussen regierte, sass in der Schlüsselstellung der Macht.

Am 23. Juli 1909 schrieb die *Frankfurter Zeitung* in ihrem Leitartikel: «Bei der dominierenden Stellung, die Preussen in Deutschland einnimmt, ist es natürlich, dass die, die in Preussen herrschen, gewissermassen auch die Herren von Deutschland sind. Wer aber herrscht in Preussen? Die Junker.»

Die Junker?

Aber hatte denn nicht der Zentrumsabgeordnete Erzberger – der nämliche übrigens, der kaum acht Jahre später nach einer unerhörten Hetzkampagne von rechtsradikalen Mördern, ehemaligen Offizieren des Kaisers, niedergeschossen werden sollte – hatte denn nicht Erzberger ein halbes Jahr nach dem Erscheinen dieses Artikels in einer Reichstagsrede gesagt: «Wie kann man mit solchen Behauptungen im Reichstag kommen, dass dreitausend Junker sechzig Millionen beherrschen! Das wäre das grösste politische Armutszeugnis für das deutsche Volk.» Hatte nicht der Kriegsminister von Einem – wie Erzberger gegen den aufsässigen Freisinnigen Dr. Müller-Meinungen gewandt – darauf hingewiesen, dass von den 302 Offizieren des Grossen Generalstabs nur 170 Adlige waren?

Richtig, es gab nicht nur Adlige in den Führungspositionen der Verwaltung und des Heeres. Es gab sogar hohe bürgerliche Beamte und Offiziere. Bloss eben: Der Adel dominierte, er setzte die Norm, er gab den Ton an. Und wenn ein Bürgerlicher hoch genug gestiegen war, um in den Kreis der gesellschaftlichen und politischen Elite einzutreten, wurde er eben geadelt: Im Reichsschatzamt wurden Adolf von Scholz und Emil Emanuel von Burchard 1883, Rudolf von Jacobi 1888 und Reinhold von Sydow noch 1918 in den Adelsstand erhoben, im Auswärtigen Dienst wurde Paul von Hintze 1906 geadelt, der Staatssekretär des Inneren Karl Hofmann erfuhr freilich erst zwei Jahre nach seinem Rücktritt, 1882, die verdiente Ehrung, und auch Klemens von Delbrück, der sieben lange Jahre als Vizekanzler und Leiter des Inneren seines Amtes gewaltet hatte, wurde erst anlässlich seines Ausscheidens mit dem Wappenschild bedacht. Das sind indessen nur einige Beispiele der Praxis, Beamte, Politiker und Offiziere, Industrielle und Bankiers, sei es als Lohn für ihre Verdienste, sei es als Ansporn oder sei es auch, um ihrem Wirken grössere Chancen zu geben, in den Adelsstand aufzunehmen. Ganz allgemein wird man sagen können, dass mit der Vorstellung des Adels sich diejenige eines natürlichen Privilegiums, einer gottgewollten Anwartschaft auf das Regiment, die Herrschaft in Staat und Wirtschaft verband und dass eben darin, in der naiven Anerkennung des aristokratischen Führungsanspruchs, der innere Kern der «Junkerherrschaft» sich darstellte.

Aber galt das denn auch für die parlamentarischen Körperschaften?

Was das Preussische Herrenhaus anlangte, war der Fall ziemlich klar: Unter dem Dach dieses Hohen Hauses fand sich eine illustre Gesellschaft zusammen. Nach dem Stand von 1913 verteilten sich seine 402 Mitglieder – besser sollte man sagen: Mitgliedschaften; denn 45 Sitze «ruhten» im Jahre 1913, sie waren unbesetzt, ohne dass jedoch das Recht der Besetzung erloschen gewesen wäre – auf drei grosse Klassen. Da waren zunächst die 117 «erblichen Berechtigungen»: ein Haupt des fürstlichen Hauses Hohenzollern, 22 Häupter der vormals deutschen reichsständischen Häuser in den königlich preussischen Landen, 51 Fürsten, Grafen und Herren und 43 Angehörige adliger Familien, denen durch besondere königliche Verordnung das erbliche

Recht auf einen Herrenhaussitz verliehen worden war. Es folgten die 105 Berechtigungen auf Lebenszeit: die Inhaber der vier grossen Landesämter im Königreich Preussen und 101 Persönlichkeiten, die aus Allerhöchstem Vertrauen berufen waren. Den Beschluss machten die 180 Präsentationsberechtigungen, die gleichfalls auf Lebenszeit galten: drei dieser Mitglieder waren von den Domstiftern, acht von den Provinzialverbänden der mit Rittergütern angesessenen Grafen, 18 von Verbänden der durch ausgebreiteten Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter, 90 von den Verbänden des alten und des befestigten Grundbesitzes, 10 von den Landesuniversitäten und 51 von den Städten mit Allerhöchst verliehenem Präsentationsrecht dem König zur Ernennung vorgeschlagen worden.

Das also war das Herrenhaus, in dem die Landwirte (71), die Offiziere a.D. (59), und die aktiven Offiziere (47) knapp die Hälfte, die Herren, die das sechzigste Lebensjahr überschritten hatten – man zählte 108 Sechzig- bis Siebzigjährige, 77 Siebzig- bis Achtzigjährige und 19 Achtzigjährige und Ältere – annähernd drei Fünftel des wirklichen Mitgliederbestandes ausmachten. Nur 17 Mitglieder standen im blühenden Alter von dreissig bis vierzig Jahren, und nur sechs Gewerbetreibende und Industrielle, ein Arzt und ein Handwerker sassen unter den ordensgeschmückten Vertretern des Adels, des Grossgrundbesitzes, des Offizierskorps und der hohen Beamtschaft.

Nun gut – das Herrenhaus trug eben seinen Namen zu Recht. Der König von Preussen machte kein Hehl daraus, dass er eine Körperschaft von «Herren» dazu aussersehen hatte, beim Werk der Gesetzgebung mitzumachen.

Aber da gab es doch noch das Abgeordnetenhaus – die parlamentarische Vertretung des preussischen Staatsvolks, im engeren Sinne des Wortes, zustande gekommen nach einem Wahlrecht, von dem erst im November 1908 die *Konservative Korrespondenz* in ihrer Polemik gegen die zaghaft geäusserten Reformanregungen der Thronrede geschrieben hatte: es sei «ein Hort der besitzenden Arbeit, aufgebaut auf dem Masse der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen». Freilich, «der Herrschaft der Massen (sei) es nicht günstig». Doch habe «das preussische Abgeordnetenhaus sich in seinen positiven Leistungen zum Wohle des Staates und zur Vertretung des preussischen Volkes seit langer Zeit so völlig auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt, dass Änderungen in seiner Zusammensetzung diesen Erfolg nur gefährden, nicht aber fördern könnten».

Das waren grosse und schöne Worte, die auch dadurch nicht unbedingt entwertet werden mussten, dass Bismarck schon 1867 im Norddeutschen Reichstag geurteilt hatte, «ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz (sei) nicht in irgendeinem Staat ausgedacht worden». Er dachte gar nicht daran, auf eine Wahlrechtsreform hinzuwirken, sobald er erkannt hatte, dass unter gewissen Umständen – unter den Bedingungen nämlich, die mit seiner Schutzzollpolitik ins Leben getreten waren – sich mit dem preussischen Wahlrecht trefflich regieren liess. Es musste also doch wohl seine Meriten für die Schichten haben, die ihren Regierungsanspruch auf die «besitzende Arbeit» oder vielmehr auf den Besitz gründeten, der seinen Ursprung zwar in der Ar-

beit, aber nicht notwendig in der eigenen, sondern vornehmlich in der Arbeit anderer hatte, deren Lohn zu einer nennenswerten Besitzbildung nicht ausreichte.

Auf den ersten Blick scheint das Dreiklassenwahlrecht, wie es in Preussen von 1849 bis 1918 gehandhabt wurde, auf eine ganz einfache Weise im Sinne der wirtschaftlich herrschenden Schichten zu funktionieren – und in der letzten Konsequenz verhielt es sich auch so. Aber es hatte doch auch seine bizarren Auswirkungen. Es schuf, wie wir noch sehen werden, ein wohlgeordnetes Chaos; eine Verwirrung von der Art, die denjenigen immer ins Recht setzt, der das Gesetz des Handelns sich nicht von der Umwelt aufzwingen lässt, sondern überzeugt ist, es in sich selbst zu tragen.

Folgendermassen ging es bei den Wahlen zu: Die Urwähler – die Masse der Wahlberechtigten, heisst das – wurden nach Massgabe der von ihnen entrichteten direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geschieden. Die erste Klasse bildeten die Höchstbesteuerten eines Bezirks, die das erste Drittel der Gesamtsteuersumme leisteten; die zweite Klasse die Zweithöchstbesteuerten, die das zweite Drittel aufbrachten; die dritte Klasse alle übrigen, diejenigen also, die das dritte Drittel der Steuersumme zahlten, einschliesslich jener, die überhaupt keine direkten Steuern entrichteten. Diese letzten der letzten nannte man «Dreimarkwähler», da unterstellt wurde, dass sie drei Mark Einkommensteuer zahlten. Jede dieser drei Klassen wählte ohne Rücksicht auf die Zahl der ihr zugeordneten Wähler die gleiche Anzahl von Wahlmännern, und zwar in der Weise, dass jeder Urwähler sich namentlich für den Wahlmann oder die Wahlmänner seiner Partei eintrug. Die Wahl war also nicht geheim, sondern sie geschah öffentlich. Sie erfolgte auch nicht direkt, sondern indirekt, da erst die Wahlmänner die Abgeordneten wählten. Da sie nicht geheim war, war sie auch nicht frei, denn die Entscheidung zahlloser abhängiger Wähler, die für ihr Fortkommen, ihre Existenz oder ihre gesellschaftliche Stellung fürchteten, richtete sich nach der politischen Meinung der Vorgesetzten, derjenigen, die sie wirtschaftlich dominierten, oder nach der opinio communis, der herrschenden Meinung, die namentlich in engen Lebensverhältnissen den Aussenseiter zu Tode drangsalieren konnte.

Die normale Wirkung dieses Wahlsystems stellte sich in der Besetzung der drei Klassen dar: Im Jahre 1908 wählten von 10'000 Wahlberechtigten in der ersten Klasse 582, in der zweiten Klasse 1586 und in der dritten Klasse 8252 Urwähler. Da jede Klasse die gleiche Zahl von Wahlmännern wählte, anders gesagt: die gleiche Stimmzahl repräsentierte, errechnet sich leicht, dass auf einen Urwähler erster Klasse einundzwanzig- bis zweiundzwanzigmal soviel Stimmen entfielen wie auf einen Wahlberechtigten dritter Klasse.

Das lag in der Natur der Dinge, und es wird auch niemanden überraschen, wenn er hört, dass in 2214 Urwahlbezirken von insgesamt 29028 die erste Abteilung von nur je einem Urwähler gebildet wurde, mit anderen Worten: dass in jedem dreizehnten Urwahlbezirk die erste Klasse eine «Ein-Mann-Klasse» war. Erstaunlicher ist schon, dass in fünfundneunzig Fällen auch die zweite Klasse von nur einem Urwähler besetzt

war – wahrscheinlich weil dieser arithmetische Wundermann nur etwas weniger als der Steuerkräftigste, aber immer noch etwas mehr aufbrachte als alle anderen Steuerzahler seines Bezirks.

Ungereimt ging es zuweilen aber auch am anderen Ende der Skala, bei den sogenannten Dreimarkwählern, zu: Von diesen Wählern konnten 1908 trotz ihrer Befreiung von der Entrichtung der Einkommensteuer 8'993 in der ersten Abteilung und 128'709 in der zweiten Abteilung wählen, während 3,4 Millionen von ihnen in der dritten Abteilung verblieben.

So griff die ausgleichende Gerechtigkeit aber wohl nur in den ärmsten Landgemeinden ein. Welch sonderbare Effekte das Wahlsystem im Allgemeinen und in Berlin im besonderen zeitigen konnte, zeigt ein Bericht des statistischen Landesamts, in dem es heisst: «Bezüglich der sozialen Zusammensetzung der einzelnen Abteilungen erhellt aus den Zahlenunterschieden, dass im Staatsgebiete überhaupt wie auch in Stadt und Land offenbar «plutokratische» Gestaltungen mit «demokratischem abwechseln. Um aus der dritten Abteilung herauszukommen, sind in 18 Urwahlbezirken über 100'000 Mark, in 145 Bezirken 30'500 bis 100'000 Mark, in 834 Bezirken 9'500 bis 30'500 Mark Einkommen erforderlich. Diesen Bezirken standen aber 420 andere, fast durchweg ländliche gegenüber, in denen das höchste Einkommen der dritten Abteilung 900 Mark nicht überstieg, und 742 Bezirke, in denen die Obergrenze zwischen 900 und 1'050 Mark lag. Wenn im ersten Falle selbst Millionäre in der dritten Abteilung verbleiben müssen, so kann in den Bezirken der zweiten Art schon der leidlich bezahlte Arbeiter in die zweite Abteilung aufrücken. Ob und wann das eine oder das andere geschieht, ist zumeist von der «Steurnatur» der einzelnen Orte bedingt; hiervon macht selbst Berlin nicht eine Ausnahme. Denn wengleich es hier 11 Urwahlbezirke gab, in denen die «Obergrenze» der dritten Abteilung über 100'000 Mark hinaus lag, so bleibt andererseits in 25 Bezirken die Grenze hinter 1'500 Mark Einkommen zurück. Nicht allein der buntgemischte «Mittelstand», sondern auch viele qualifizierte Arbeiter können demnach trotz des «plutokratischen» Wahlrechts der zweiten Abteilung angehören.»

Das mag nun sein, wie es will: In Berlin konnte es geschehen und geschah es tatsächlich auch, dass ein Minister mit seinem Kutscher und Gärtner in der dritten Klasse wählte, weil ein paar schwerreiche Bankiers mit ihm im gleichen Wahlbezirk wohnten. In vielen grossen Städten gehörten mittlere Fabrikanten und Briefträger der gleichen Wahlklasse an. So konnte es einem Gutsbesitzer in keinem Falle ergehen. Der Gutsbesitzer war immer Nummer eins. Wenn schon die Göttin der Gerechtigkeit auf dem Lande eingriff, um den Prinzipien einer demokratischen Wahlgestaltung Geltung zu verschaffen, so geschah es in der Weise, dass kleine Bauern in die erste oder die zweite Klasse aufrückten – was sicherlich nicht zum Nachteil der Konservativen ausfiel. Wenn sie sich dagegen in der Stadt einschaltete, so war die Folge, dass die Vertreter des bürgerlichen Wohlstands in ihrem politischen Gewicht gemindert wurden. Der Zuzug eines einzigen reichen Mannes genügte unter Umständen schon, ein paar Dutzend Gewerbetreibender, die bisher in der ersten Klasse gewählt hatten, in die zweite zurückzusetzen. Kurzum – wenn jemand ein Wahlrecht hätte ersinnen wol-

len, das sich zugunsten des agrarischen Grundbesitzes und zuungunsten des aufstrebenden gewerblichen Wohlstands auswirken sollte, er hätte kein besseres konstruieren können als das preussische Dreiklassenwahlrecht, mit dessen Hilfe noch in das letzte (von 1913 bis 1918 amtierende) Abgeordnetenhaus 139 Landwirte (31,4 Prozent aller Abgeordneten), aber nur 28 Gewerbetreibende und 9 Kaufleute (zusammen knapp 8,4 Prozent) und, borribile dictu, ein Arbeiter gewählt wurden.

Aber es ist gar nicht einmal so abwegig, von einer absichtlichen Bevorzugung des flachen Landes, im Effekt also des adligen Grossgrundbesitzes oder des Junkertums, zu sprechen. Denn zu den schon im System liegenden Momenten, die in dieser Richtung wirkten, gesellten sich die historischen, die darin gegeben waren, dass niemals die von den Liberalen vielfach geforderte Revision der Wahlkreiseinteilung erfolgte. Man liess die Wahlkreiseinteilung, wie sie war, ohne das rapide Bevölkerungswachstum der grossen Städte, namentlich der Industriegebiete, in Rechnung zu stellen. So kam es denn dahin, dass 1913 auf jeden der vier im Regierungsbezirk Stralsund gewählten konservativen Abgeordneten nur 56'287 Einwohner und auf jeden der zehn konservativen «Volksvertreter», die der Regierungsbezirk Köslin stellte, bloss 61'985 Einwohner entfielen; dass dagegen im Stadtkreis Berlin auf jeden der sieben fortschrittlichen Volksparteiler und fünf Sozialdemokraten, die dort ins Abgeordnetenhaus gewählt wurden, 172'605 Menschen gezählt wurden und dass die entsprechenden Zahlen für die industriereichen Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnberg 155'381 bzw. 149'991 lauteten.

Man wusste bei den Regierenden schon, was man tat, und der Lohn der staatspolitischen Klugheit war denn auch nicht gering. Das zeigt sich deutlich an dem Abstand zwischen der parteipolitischen Entscheidung der Urwähler und der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Nicht weniger als 23,8 Prozent der Urwähler hatten sich 1908 für die Sozialdemokraten entschieden, doch deren Anteil an den Sitzen im Abgeordnetenhaus erreichte nur knapp 1,4 Prozent. Umgekehrt verhielt es sich bei den Konservativen: Die 16,6 Prozent der Urwähler, die konservativ gestimmt hatten, wurden durch 48,2 Prozent der preussischen Abgeordneten vertreten. Und dieses System, das in der Tat auf eine ungeheuerliche politische Bevorzugung des Junkertums, eine fühlbare Benachteiligung des an Menschenzahl und Wirtschaftskraft stark aufstrebenden Bürgertums und die politische Entrechtung der Arbeiterschaft, und zwar gerade der dicht gedrängt siedelnden, gross- und schwerindustriellen Arbeiterschaft, hinauslief, deren Gewerkschaften schon Millionen Mitglieder zählten, konnte sich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs konservieren.

Es war schon so, wie Friedrich Naumann 1909 in der *Neuen Rundschau* geschrieben hatte. «Das bisherige preussische Wahlrecht bedeutet die fast vollständige Ausschliessung der unteren Volksschichten vom Regieren. Neuerdings zwar sitzen 7 Sozialdemokraten im Landtag, aber was ist das für eine Vertretung der zahlreichsten Partei? Deshalb kann die Masse selbst als Entscheidungsfaktor zwischen zwei Regierungsmöglichkeiten nicht in Betracht kommen.

Mitgliederzahl der Fraktionen in den Legislaturperioden 9-22 des Preussischen Landtages

Namen	9. [866-67	10. 1867-7	11. F0 1870-7	12. '3 1873-7	13. '6 1877-7	14. 79 1879-1	15. B2 1882-i	16. B5 1886-	17. 88 1889-	18. 93 1894 -	19. 98 1899-	20. 031904-	21. 08 1908-	22. 13 1913-'
Konservative	119	125	114	50	41	110	122	133	129	144	144	144	155	148
Freikonservative	17	48	41	35	35	51	57	62	64	65	58	64	59	54
Nationalliberale	34	99	123	174	169	85	66	72	86	84	75	76	65	75
Zentrum	15	—	58	88	89	97	99	98	98	95	100	96	103	103
Deutsche Fortschrittspartei 1881 bis 1884, Deutsch-Freisinnige Partei 1893 bis 1910, Fortschrittliche Volkspartei ab 1910	61	48	49	68	63	38	53	40	29	14	26	24	28	40
Freisinnige Vereinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	10	9	8	—
Linkes Zentrum.	53	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fraktion der Altliberalen 1867 bis 1868, Rechtes Zentrum 1868 bis 1689, Zentrum 1869-1870, Liberales Zentrum 1871-1872	24	15	11	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Liberales Zentrum	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Liberaler Vereinigung	—	—	—	—	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—
Polen	21	17	19	18	15	19	18	15	15	17	13	13	14	12
Sozialdemokraten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	10
Welfen	—	—	2	2	3	2	2	1	—	—	—	—	—	—
Dänen	—	2	2	2	2	2	1	1	2	2	2	2	2	2
Litauer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Bund der Landwirte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	1	—
Bei keiner Fraktion	8	45	17	16	21	14	18	15	12	8	7	7	—	—
Insgesamt	352	434	436	456	458	437	436	455	435	435	439	437	440	443

MITGLIEDERZAHL DER LANDTAGSFRAKTIONEN

Ja es ist fast ausgeschlossen, dass sich zwei Regierungsmöglichkeiten gegenüberstehen. Alles ist in festen Händen. Das Wahlgesetz, die Wahlkreiseinteilung, das Herrenhaus, die Minister, alles arbeitet zusammen. Hier ist die Frage, von wem wir regiert werden, höchst einfach zu beantworten: vom grossgrundbesitzenden Adel! Er besitzt diesen Staat, und weil er Preussen besitzt, beherrscht er den Bundesrat und damit in vielen Fragen das Reich. Der Kampf um die Verfassung ist hier die Form, in der die vorhandenen Kräfte miteinander ringen. Kann Arbeiterschaft und Bürgertum noch einmal den Grundadel aus der Macht werfen?

Das Schachspiel des preussischen Grundadels ist gut aufgestellt, es hat in der Mitte den König, der der grösste Grundbesitzer ist und der es gewöhnt ist, seine Springer, Läufer und Türme um sich zu sehen. Auch die Bauern werden mit unleugbarem Geschicke vorgeschoben. Alles, was nicht konservativ ist, fühlt sich als kaum geduldet. Der Liberalismus zahlt die meisten Steuern, aber zu sagen hat er wenig. Die Sozialdemokratie stellt die meisten Soldaten von allen Parteien, aber mitzureden hat sie noch weniger. Die «geborene Herrschaft» hat sich so viele politische Kastelle und Mauern gebaut, dass eine lange, schwere Belagerung nötig sein wird, um sie Schritt für Schritt zurückzudrängen. Hier hilft nichts als eine neue politische Leidenschaft, die zu neuen Rechten führt.»

Was Naumann freilich noch nicht absehen konnte, war die Verflechtung der sozialen und politischen Wirkungsreihen zu einem nationalen Verhängnis: war die zerstörende Kraft, die das ständisch-obstinale Jakobinertum des grossgrundbesitzenden Adels ausstrahlte, das sich mit der Energie eines in Jahrhunderten gereiften Zynismus gegen die Reformbereitschaft selbst der wenigen Einsichtigen in der Umgebung des Kaisers und Königs stemmte und so beim Besitzbürgertum endlich jenen Zynismus der Staatsverachtung weckte, der nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs seine verhängnisvollen Früchte zeitigte; bei der Arbeiterschaft aber die Skepsis, um nicht zu sagen Verzweiflung gegenüber dem Staat, die, durch das Erlebnis von Krieg und Inflation noch vertieft, bis auf den heutigen Tag nicht überwunden werden konnte.

Der Erinnerung jedenfalls an die herrlichen Zeiten, die die feierliche Bestattung der letzten deutschen Kaiserin wachgerufen hatte, war für die grosse Masse der Trauergäste manch bitterer Tropfen beigemischt. Wenn sie zurückdachten, so tauchte vor dem geistigen Auge der Deutschen nicht nur die würdige Gestalt der Herrscherin, das glänzende Bild der Höfe und der Paraden, der Jagdgesellschaften und der Ordensfeste auf. Die Vorkriegszeit lebte im Gedächtnis des Volkes fort als eine Ära ungeheurer Spannungen, als eine Epoche schmerzlich fühlbarer Verzerrungen des inneren Machtgefüges und des verzweifelten und vergeblichen Bemühens, sie zu überwinden. Die Zeit war nicht gar so hell, wie die Taler klangen, die die einen in die Sparruhe, die anderen über den Wirtshaustisch rollen liessen. Niemand, der sie erlebt hat, wird vergessen, dass am Horizont immer die Wolken dunkelten. Obwohl, das sei zugegeben, der Wohlstand wuchs – nicht nur bei einer Handvoll Reicher, sondern auch bei der Masse des Volks.

Wenn sich die Arbeiter der späten Kaiserzeit die Berichte der Grosseltern ins Gedächtnis zurückriefen, die diese von ihrer Jugend gegeben haben mochten, so stand ihnen ein Bild vor Augen, das kaum noch glaubhaft wirkte. Und doch war es so gewesen, dass in jenen fernen Tagen – um von den schlesischen Hungergebieten und der Not der Thüringer Waldtäler zu schweigen – beispielsweise in den Kölner Fabriken der Tagelohn der Kinder drei bis vier Pfennig betragen hatte. Und als endlich zu Beginn der fünfziger Jahre die Düsseldorfer Regierung sich entschloss, das Minimalalter der arbeitenden Kinder auf zwölf Jahre herauf-, die Arbeitszeit der Zwölf- bis Vierzehnjährigen aber auf sieben Stunden herabzusetzen – eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde 1853 vom König unterschrieben und passierte unverändert das Herren- und das Abgeordnetenhaus –, da stellte sich «namentlich im Aachener Bezirk ... die grosse Mehrzahl der Fabrikanten mit den Gemeindebehörden und der katholischen Geistlichkeit gegen die Ausführung des Gesetzes». «Auf Grund genauer Studien», so heisst es weiter bei M. Schwann, dem hervorragenden Historiker der rheinischen Wirtschaftsgeschichte, «gelangte der Geschichtsschreiber der preussischen Fabrikgesetzgebung zu dem Urteil, dass infolge der allgemeinen reaktionären Zeitstimmung, das Gesetz vom 16. Mai 1853 im Allgemeinen nicht zur Durchführung gelangte.» Es blieb auf dem Papier stehen, und elend bezahlte Kinderarbeit – freilich als Heimarbeit betrieben – hat es selbst in Berlin bis in die frühen dreissiger Jahre unseres Jahrhunderts gegeben. Aber die normalen Arbeits- und Lebensbedingungen der Werkstätigen, die 1913 auf ein Menschenalter zurückblicken konnten, hatten sich doch schon erheblich gebessert.

Aus seiner Jugend berichtet der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Rossmann, der 1884 in Pössneck (Thüringen) geboren und 1953 als Träger vieler Ämter und Würden gestorben ist, über das Leben im mitteldeutschen Elternhaus: «Zu Beginn seiner Tätigkeit betrug der Lohn meines Vaters monatlich 45 Mark. Im Laufe von vierzig Jahren war er auf nur 60 Mark gestiegen. Zehn bis zwölf, oft gar vierzehn Stunden musste täglich gearbeitet werden. Selbstverständlich gab es in jenen Zeiten nie Urlaub. Nur die kirchlichen Feiertage unterbrachen den strengen Arbeitsrhythmus, bei dem Woche sich an Woche hängte. Im vierundsiebzigsten Lebensjahr traf den Vater der erste Schlag auf dem Arbeitsplatz nach der Vollendung der siebenten Arbeitsstunde des dreissigsten Arbeitstages. Demgemäss lautet der letzte Eintrag in das Lohnbuch: für 29^{7/10} Arbeitstage 59,40 Mark. Man wollte damals den gelähmten Mann auf dem Schubkarren nach Hause fahren. Dagegen bäumte sich aber das Ehrgefühl der Kollegen auf, die eine Kutsche bestellten und aus ihrer Tasche bezahlten ... Wenn die ganze Familie sich einmal an einem Tisch hätte versammeln können, wären es neun Köpfe gewesen, doch waren die älteren Geschwister längst aus dem Hause, als ich, ein verspäteter Nachzügler, zur Welt kam. Aber auch fünf bis sechs Köpfe, die sich zuletzt auf vier verringerten, waren mit 50 bis 60 Mark im Monat nicht zu ernähren. Da musste die Mutter zuerst mit Fabrikarbeit, später als Aufwarte- und

Waschfrau und als Krankenpflegerin mitverdienen. Oft arbeitete sie Tag und Nacht Jahre hindurch, bis die Hände zitterten und die Füße schwach wurden. Und auch so mussten sogar die Kinder für den Erwerb mit eingespannt werden. Zeitungen und Backwaren wurden ausgetragen und Holz und Beeren in den nahen Wäldern gesammelt, nur um wenigstens das Brot jeden Tag in genauest bemessener Zuteilung für den Einzelnen auf den Tisch zu bringen.»

So war es um die Jahrhundertwende zugegangen. Doch Erich Rossmann schildert da keinen Einzelfall; auch Paul Lobe, der 1875 in Liegnitz geboren, während vieler Jahre der Weimarer Republik als Präsident des Reichstags amtierte, erinnert sich aus seiner weiter zurückliegenden Jugend: «Am Tisch sass die Mutter und nähte bis in die tiefe Nacht hinein auf Holzrahmen mit Eisenstiften wollene Mützen und Kapuzen, bis ihr die müden Augen zufielen. Oder sie häkelte Umhängetücher, womit sie zwei bis drei Mark in der Woche verdiente. War am Sonnabend das geforderte Pensum in der Wollwarenfabrik von Beer abgeliefert, dann begann die Reinigung der kleinen Wohnung, das Waschen und Flickern von Kleidern und Unterzeug, das auch ihren Sonntag, den «Feiertag», meist ausfüllte. Es lag ein stilles unbewusstes Heldentum über diesen Proletarierfrauen im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts, deren Hände nie ruhten und denen das Leben nur wenig Freude schenkte. Wir Kinder mussten bald bei der Heimarbeit helfen, doch die eintönige, langweilige Näherei im engen Gelass trieb die älteren von uns auf die Suche nach einer abwechslungsreicheren Tätigkeit. Morgens, ehe die Schule begann, trugen wir Frühstücksgebäck aus, nachmittags Zeitungen, zwiischendurch schlichen wir zum Bahnhof, um den Dienstmännern unlautere Konkurrenz zu machen, indem wir Reisenden ihre Koffer in die Stadt brachten. Wir waren glücklich, wenn wir dabei mit zwanzig Pfennig fürstlich belohnt wurden, aber auch zufrieden, wenn nur ein mageres Fünfpfennigstück die Mühe lohnte.

Mit zwölf Jahren machte ich bereits den wohlbestallten Laufburschen in dem Scheiblerschen Schuhgeschäft in der Bäckerstrasse, reinigte morgens um sechs Uhr den Laden und den Bürgersteig, putzte die Schuhe, holte das Frühstück ein, um dann gegen sieben Uhr in die Schule zu traben. In den Mittagstunden galt es, Schuhreparaturen zu den Kleinmeistern zu tragen und abzuholen, Gänge in die Stepperei zu machen, Sohlenleder zu schneiden und mächtige Langschäfter, halb so gross wie ich selbst, aus dem Braun der ursprünglichen Farbe des Leders bis zu glänzender Schwärze zu wiernern. Diese Tätigkeit setzte sich nach der Schule bis zum Ladenschluss um acht Uhr und auch am Sonntagvormittag fort. Dafür gab es pro Woche eine Mark «Lohn», und diese Mark spielte eine recht ansehnliche Rolle im Gleichgewicht des Haushaltes. Jüngere Geschwister fuhren gelegentlich Kohlen mit mir aus. Bald vermochte ich einen Zentnerkorb auf dem Rücken in die Keller zu schleppen und so die Mutter auch bei dieser schweren Arbeit, die sie für das im Hause befindliche Kohlengeschäft übernommen hatte, zu entlasten. Schneeschippen und Eishacken gingen im Winter noch nebenher.

Wir verrichteten alle diese Arbeiten nicht widerwillig, waren im Gegenteil stolz,

wenn wir der Mutter, die doch für alles sorgen musste, ein paar Groschen bringen konnten. Nur wenn wir in schönen Sommerabendstunden gleichaltrige Kinder im Spiel frohlocken hörten, während wir unserer «Berufsarbeit» nachgingen, beschlich uns manchmal ein leises Weh.»

Dennoch klingen die Erinnerungen der alten Männer der SPD, die in den Jahren der Weimarer Republik den Zenit ihres Lebens und Schaffens durchschritten, keineswegs wehleidig. Sie hatten das grosse Glück gehabt, sich zu geistiger Freiheit, zur Einsicht in die Notwendigkeit selbst tiefgehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Differenzen emporzuarbeiten, so dass sie zeitlebens vor dem Schicksal bewahrt blieben, jenem doktrinärem Radikalismus zu verfallen, der es vorzieht, die historisch gewordene Wirklichkeit zu zerschlagen, statt die Reformen, welche er anstrebt, aus den Bedingungen der Wirklichkeit zu entwickeln.

Doch von so hoher Warte vermochten nur wenige den historischen Prozess zu überblicken. Die Masse der Arbeiter, die, in enge Wohnungen zusammengedrängt, selbst bei schwerer zehn-, zwölfstündiger Arbeit nicht genug verdienten, um ohne die Heimarbeit der Frau und die Arbeitsgroschen der Kinder auszukommen, empfand in dumpfer, auswegloser Empörung die ungeheuren Spannungen, die im sozialen Gefüge des Kaiserreichs walteten. Gewiss, sie kamen nicht weit über die Mietskaserne und die Fabrikmauer hinaus. Aber sie hatten doch wenigstens in ihrer Soldatenzeit gesehen, wie «die da oben», die Offiziere, lebten. Nicht viel anders als der junge Oldenburg-Januschau gelebt hatte, der uns in seinen Memoiren berichtet, in den acht Jahren seines Offiziersdaseins habe sich sein Leben «in dauernder Abwechslung von Theater, Konzerten, Bällen, Parforcejagden und Dinern» abgespielt, was ihm durch eine hohe Zulage des gütigen Vaters ermöglicht worden sei.

Das Bewusstsein, wie abgrundtief die Kluft zwischen Reichtum und Armut klaffte, war quälend genug. Der Qual gesellten sich jedoch Hass und Empörung hinzu, wenn ein Mann wie eben dieser Elard von Oldenburg-Januschau, nicht etwa um seiner persönlichen Meinung Ausdruck zu geben, sondern als Sprecher der herrschenden Junkerschicht, im Reichstag «die ganze sozialdemokratische Agitation eine Spekulation auf die Dummheit der Massen» nannte; wenn er als konservativer Abgeordneter die These vertrat, Preussen sei nicht zur grössten Vormacht des Reichs auf gestiegen, indem man populärer Volksanschauung Rechnung getragen (habe). Trommel und Krückstock das sind die grossen Träger der Kultur gewesen, mit denen die Hohenzollern die Autorität stabilisiert haben wie einen rocher de bronze», und vollends wenn er sich zu der staatsrechtlichen Auffassung bekannte: «Der König von Preussen und der deutsche Kaiser muss jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schliessen Sie den Reichstag.»

So etwas, von der Rednertribüne des Reichstags dem deutschen Volk ins Gesicht gesprochen, in der bewussten Absicht, die Millionen zu provozieren, deren Frauen als Wasch- und Aufwartefrauen mitarbeiten mussten, damit das Brot zur kargen Sättigung reichte: so etwas tat weh. Das brannte und sollte auch brennen, damit die Masse,

der es von Jahr zu Jahr besser ging, ja nicht vergesse, wer hier der Herr sei und Hausherr zu bleiben gedachte.

Das war ja gerade das Erstaunliche, das, was die Redensart von der guten alten Zeit zu rechtfertigen scheint: nach einem Jahrhundert der Not und zwei Jahrzehnten krisenhafter Erschütterungen des Wirtschaftslebens war die Kurve des Wohlstands ununterbrochen gestiegen. Im Jahre 1896 entfielen in Preussen nach der Berechnung des Königlichen Statistischen Landesamtes von 1'000 der Gesamtbevölkerung 964 Personen – Haushaltsvorstände nebst ihren Angehörigen und selbständige Einzelpersonen – auf die Einkommensklassen bis zu 3'000 Mark; im Jahre 1913 waren es etwas weniger, nämlich 934 von je 1'000 Menschen, die auf die kleinsten und kleinen Einkommen angewiesen waren. Das heisst: es waren nur 30 von Tausend in die Stufen der mittleren und höheren Einkommen hinübergewechselt.

Das war nicht aufsehenerregend. Dagegen hatte innerhalb der kleinen Einkommen eine spektakuläre Umschichtung stattgefunden; denn 1896 zählten 672, 1913 aber bloss noch 381 von 1'000 Personen zu jener Klasse der Haushaltungen, in welcher der Hauptverdiener der Familie im besten Fall auf ein Jahreseinkommen von 900 Mark kam, während andererseits der Anteil der Bessergestellten, d.h. derjenigen, deren Haushalt über ein Einkommen von 900 bis 3'000 Mark verfügen konnte, von 292 auf 553 je 1'000 gestiegen war.

Es scheint jedoch, dass diese Berechnung der Wirklichkeit nur unzulänglich gerecht wird. Legt man der Betrachtung die Einkommensträger zugrunde, wie es in unserer Tabelle geschieht, so zeigt sich nämlich, dass auch noch 1913 mehr als die Hälfte der Einkommen im preussischen Staatsgebiet – genau waren es 54,31 Prozent – in die Kategorie der Kleinsteinkommen fielen und dass deren Summe nur gut ein Fünftel (20,49 Prozent) aller Einkommen erreichten. Ferner, dass in den Landgemeinden und Gutsbezirken mit w'eniger als 2'000 Einwohnern annähernd drei Viertel aller Verdienener auf höchstens 900 Mark im Jahr kamen, und schliesslich, dass die Einkommensträger dieser Klasse auch in den Städten recht zahlreich waren. Erst in den höheren Einkommensklassen griff die Differenzierung eindeutig zugunsten der Städte ein. Was allerdings auch darauf zurückzuführen ist, dass viele Grossgrundbesitzer ihr Einkommen in der Stadt, namentlich in Berlin und jenen Vororten der Reichshauptstadt versteuerten und verzehrten, die damals noch nicht eingemeindet waren, sondern zum Regierungsbezirk Potsdam gehörten.

Wie weit das Bild, das wir bei oberflächlicher Betrachtung aus diesen Unterlagen gewinnen, von der Realität entfernt ist, erkennt man aber erst, wenn man sich die Mühe macht, die Durchschnittseinkommen in jeder Kategorie zu errechnen. Gewiss ist der «Durchschnittspreusse», der seiner Frau 1'276,88 Mark im Jahr oder 106,41 Mark monatlich auf den Tisch zählen konnte, eine statistische Fiktion – wie sich schon aus der starken Einkommensdifferenzierung zwischen Stadt und Land und auf dem Land zwischen den Gemeinden mit mehr und mit weniger als 2'000 Einwohnern ergibt. Geht man indessen so vor, dass man die Durchschnittseinkommen für jede

Einkommensträger und Einkommen in Preussen 1913

Einkommens gruppe	Überhaupt		In den Städten	
	Zahl	Einkommen Mill. Mark	Zahl	Einkommen Mill. Mark
bis 900 Mark	8 698 666 <i>54,31</i>	4 189,89 <i>20,49</i>	4 112 823 <i>46,77</i>	1 956,24 <i>14,66</i>
900- 3 000 Mark	6 489 373 <i>40,52</i>	9 205,25 <i>45,01</i>	4 066 578 <i>46,23</i>	5 921,80 <i>44,38</i>
3000- 6 500 Mark	603 716 <i>3,77</i>	2 422,30 <i>11,84</i>	434 966 <i>4,94</i>	1 763,23 <i>11,21</i>
6500- 9 500 Mark	94 027 <i>0,59</i>	729,04 <i>3,56</i>	7 5109 <i>0,85</i>	583,26 <i>4,17</i>
9500- 50 500 Mark	104 280 <i>0,65</i>	1 615,91 <i>7,90</i>	86 015 <i>0,98</i>	1 335,45 <i>10,01</i>
30500 - 100 000 Mark	22 239 <i>0,14</i>	1 117,96 <i>5,47</i>	18 054 <i>0,21</i>	903,08 <i>6,77</i>
über 100 000 Mark	4 747 <i>0,03</i>	1171,50 <i>5,73</i>	3 692 <i>0,04</i>	881,26 <i>6,60</i>
Insgesamt	16 017 048 <i>100,00</i>	2 0451,86 <i>100,00</i>	8 797 237 <i>100,00</i>	13 344,31 <i>100,00</i>

In den Landgemeinden und Gutsbezirken

mit über 2000 Einwohnern mit unter 2000 Einwohnern

Zahl	Einkommen Mill. Mark	Zahl	Einkommen Mill. Mark
1 030 248 <i>44,81</i>	509,95 <i>17,92</i>	3 555 595 <i>72,26</i>	1 723,70 <i>40,44</i>
1 173 446 <i>71,01</i>	1 635,52 <i>77,47</i>	1 249 549 <i>27,40</i>	1 647,93 H <i>38,67</i>
74 525 <i>3,24</i>	294,18 <i>10,34</i>	94 225 <i>1,91</i>	364,89 § <i>5,75 3</i>
9 555 <i>0,42</i>	73,86 <i>2,60</i>	9 363 <i>0,19</i>	71,91 S <i>1,69 E</i>
9 396 <i>0,41</i>	142,71 <i>7,02</i>	8 869 <i>0,18</i>	137,76 <i>3,23</i>
1 750 <i>0,08</i>	88,55 <i>3,10</i>	2 435 <i>0,07</i>	126,54 <i>2,97</i>
420 <i>0,02</i>	101,09 <i>3,55</i>	635 <i>0,01</i>	189,16 <i>4,44</i>
2 299 340 <i>100,00</i>	2 845,66 <i>100,00</i>	4 920 471 <i>100,00</i>	4 261,89 <i>100,00</i>

Kategorie errechnet, so kommt man der Wirklichkeit doch wohl so nahe, wie es mit den Behelfsmitteln der Statistik möglich ist. Jedenfalls sehen wir, dass gerade in jenen Schichten, welche die Basis der Einkommenspyramide bildeten, die Geldeinnahmen der Hauptverdiener meist tief unter der obersten Grenze der betreffenden Kategorie lagen: Für die Gruppe der Einkommen bis 900 Mark im Jahr errechnet sich beispielsweise ein Durchschnittseinkommen von 481,67 Mark, für die nächste Gruppe, welche die Einkommen von 900 bis 3'000 Mark umfasst, kommen wir auf einen Jahresdurchschnitt von 1'418,51 Mark und für die Gruppe der bereits gutbürgerlichen Einkommen von 3'000 bis 6'500 Mark erhalten wir einen Durchschnittsbetrag von 4'012,32 Mark. Auf Monatsbeträge umgerechnet bedeutet das, dass 54,31 Prozent aller preussischen Haushaltungen 1913, im Jahre des fünfundzwanzigjährigen Kaiserjubiläums, mit «durchschnittlich» 40,14 Mark und 40,52 Prozent mit 118,21 Mark auskommen mussten, dass nur 3,77 Prozent über ein Monatseinkommen von durchschnittlich 334,36 Mark verfügten, während die reichen Leute, die ihrem Haushalt 650 Mark oder mehr im Monat zuwenden konnten, ganze 1,4 Prozent der Hauptverdiener ausmachten.

Preussen: Durchschnittseinkommen (i. M.) im Jahre 1913

Einkommens gruppen	Überhaupt	In den Städten	In den Landgemeinden	
			mit über 2'000 Einw.	mit weniger als 2'000 Einw.
bis 900 M	481,67	475,64	494,98	484,79
900-3000 M	1418,51	1456,21	1393,78	1319,03
3000-6 500 M	4012,32	4053,72	3947,40	3872,54
6500-9500 M	7753,52	7765,51	7729,98	7680,23
Insgesamt	1276,88	1516,88	1237,60	866,15

Nun wird man angesichts dieser Zahlen allerdings einwenden können – und nicht ganz mit Unrecht –, sie seien das Ergebnis einer Milchmädchenrechnung. Nicht nur weil es doch klar auf der Hand liegt, dass kein Mensch, und sei er noch so bescheiden gewesen, seine Familie, vier, fünf hungrige Mäuler oder vielleicht noch mehr, mit 40 Mark monatlich habe unterhalten können. Sondern auch darum, weil unsere Statistik, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Dienstboten und die Jugendlichen als Hauptverdiener in die Berechnung einbezieht, obwohl sie als Haushaltungsvorstände nicht mitzählen dürften. Das trifft freilich zu. Aber es schlägt nicht sehr hoch zu Buch. Denn auf die Dienstboten entfielen allenfalls 3 Prozent, auf die Jugendlichen etwa zehn Prozent der in unselbständiger Arbeit stehenden Einkommensträger. Diejenigen, die in der niedrigsten Einkommenskategorie als Familienväter in Frage kamen, werden immerhin 40 Prozent aller Hauptverdiener repräsentiert haben, und man wird eher zu hoch als zu niedrig greifen, wenn man ihr Monatseinkommen mit 60 Mark – entsprechend einem Tageslohn von 2,40 Mark – einschätzt.

Gewiss, die «Arbeiteraristokratie» verdiente mehr. Ein oberschlesischer Bergmann – natürlich ein Untertagarbeiter – konnte 1912 auf einen Schichtlohn von 4,35 Mark, sein niederschlesischer Kollege auf 3,57 Mark, der westfälische Bergmann (im Oberbergamtsbezirk Dortmund) sogar auf 6,02 Mark kommen, und für den Durchschnitt der bergmännischen Belegschaft dieser Reviere errechnete sich ein Schichtlohn von 3,50, 3,29 bzw. 5,03 Mark. Die Löhne der Reichsbahnwerkstättenarbeiter, um einen anderen Typ des «gehobenen» Arbeiters zu nennen, lagen zwischen 3,50 bis 3,90 Mark. Der westpreussische Forstarbeiter dagegen brachte es im Sommer allenfalls auf 1,90, im Winter auf 1,60 Mark am Tag und der Textilarbeiter kam kaum an diese Sätze heran, sicherlich aber nicht darüber hinaus. Ein Tagesverdienst von durchschnittlich 2,40 Mark, wie er sich nach den steuerstatistischen Angaben für gut zwei Fünftel der Familienväter in Preussen errechnet, wird also der Wirklichkeit ziemlich nahekommen.

Dabei war das Leben längst nicht so billig, wie es sich im Traum von der guten alten Zeit mancher Hausfrau heute darstellen mag.

Die Preise waren in der Kaiserzeit beträchtlich gestiegen. Für ein Kilogramm Weizenmehl hatte man 1888 31 Pfennig, 1900 sogar etwas weniger: 30 Pfennig, 1913 dagegen 37 Pfennig zu zahlen; der Preis für Roggenmehl war von 25 Pfennig zunächst auf 26 Pfennig und schliesslich auf 30 Pfennig – immer je Kilogramm – gestiegen. Kartoffeln hatten im Jahr der kaiserlichen Thronbesteigung 6 Pfennig, zu Beginn des Jahrhunderts 5 Pfennig, im Jahre 1912 aber 10 und 1913 8 Pfennig gekostet. Der Butterpreis war in dem Vierteljahrhundert der «herrlichen Zeiten» von 2,21 auf 2,74 Mark gestiegen; besonders aber die Fleischpreise hatten kräftig angezogen: Rindfleisch von 1,12 auf 1,81 Mark, Kalbfleisch von 0,99 auf 2,01 Mark, Hammelfleisch von 1,07 auf 1,97 und Schweinefleisch von 1,14 auf 1,73 Mark; für Eier hatte man 1888 3,28 Mark, 1900 schon 3,88 Mark und 1913 5,40 Mark je Schock (= 60 Stück) gezahlt. Die Hausfrau musste den Groschen schon einige Male umdrehen, ehe sie ihn ausgab, sonst war mit dem Haushaltsgeld nicht auszukommen.

Dennoch ist eine Errungenschaft nicht aus der Welt zu reden: Die Masse der kleinen Leute hat in der Kaiserzeit die Schwelle überschritten, die das Zeitalter des Hungers von der Epoche der Sättigung scheidet. Das geht ziemlich klar aus der Tabelle über den Je-Kopf-Verbrauch in Deutschland hervor, die nach den Angaben von Arthur Spiethoff zusammengestellt wurde: In den etwa fünfundsiebzig Jahren, die dem Ersten Weltkrieg vorausgingen, ist zwar der Verbrauch von Fleisch und vermutlich auch von tierischen Fetten konstant geblieben; dagegen hat sich der Konsum der kohlehydratreichen Nahrungsmittel erheblich gesteigert: Der Weizenkonsum konnte sich mehr als verdoppeln; der Roggenverbrauch nahm um ein Viertel zu; der Kartoffelverbrauch, der sich für das Jahrzehnt 1878/1888 mit 377,3 kg je Kopf errechnete, hatte im Vorkriegsjahrzehnt 1904/1914 die stattliche Menge von 602,4 kg erreicht – das waren 60 Prozent mehr, als im letzten Regierungsdezennium des guten Kaisers Wilhelm I. auf den Tisch und in den Futtertrog gekommen waren; der Zuckerver-

Je-Kopf-Verbrauch in Deutschland¹

	Weizen	Roggen	Kar-Heringe toffeln		Fleisch	Reis	Zucker	Süd früchte	Kakao	Kaffee	Ge würze	Brannt wein 1 zu 100 Prozent	Bier	Tabak	Baum- woll- waren kg	Woll waren	Eisen	Stein kohle	Braun kohle
	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg		l	kg	kg	kg	kg		kg
1840	40,49	121,58		1,27	43,09	0,29	2,35	0,27	0,017	1,22	0,088	3,5	11,77 ³	1,31	0,65	0,56	8,1	111	-
1850	44,53	130,41	-	1,27	35,78	0,37	3,16	0,29	0,017	1,23	0,083	2,5	-	1,39*	0,76	0,55	10,9	171	-
1860	51,86	114,01	-	1,51	38,39	0,90	3,69	0,27	0,025	1,95	0,092	3,5	9,80	1,1 ⁵	1,44	0,56	19,3	337	-
1870	-	-	-	2,10	-	1,43	-	0,39	0,038	2,5	0,091	3,8	81,8 ^o	1,0	1,32	0,66	1,9	618	211
1880	62,2	107,9	170,1	2,47	-	1,66	6,8	0,55	0,053	2,1	0,099	4,3	84,6	1,3	1,42	0,62	39,3	938	341
1890	70,5	113,0	354,2	4,01	-	1,92	9,5	1,07	0,127	2,4	0,15	4,4	105,8	1,6	2,38	1,12	79,3	1320	117
1900	91,0	147,6	604,6	2,97	-	2,88	13,7	2,09 ²	0,35	2,86	0,16	4,3	125,0	1,6	2,78	0,93	134,1	1801	862
1910	87,6	139,3	565,8	2,93	43,8	2,68	17,5	3,94	0,64	2,60	0,15	2,8	110,8	1,5	2,80	0,99	113,7	2117	1186
1911	87,6	140,1	438,8	2,71	44,8	2,71	19,0	4,09	0,75	2,79	0,16	3,0	118,7	1,5	3,17	0,96	110,1	2199	1231
1912	93,6	145,2	656,1	2,71	43,4	2,43	16,9	4,52	0,81	2,53	0,16	2,9	113,1	1,7	3,72	1,13	119,8	2321	1328
1913	95,8	153,1	700,2	2,89	42,7	3,56	19,2	4,44	0,77	2,44	0,16	2,8	114,2	1,5	3,54	0,85	129,2	2470	1401

Für Weizen, Roggen, Kartoffeln, Heringe von 1880 ab Wirtschaftsjahr: 1.7.1880 – 30.6.1881 usw. bis 1913 14.

¹ Nach Arthur Spiethoff: *Die wirtschaftlichen Wechsellagen, II. Lange statistische Reihen*,

² 1899.

³ 01837-39.

⁴ 1847.

⁵ 1861,

⁶ 1872.

brauch vollends war 1915 reichlich achtmal so gross wie 1840 und hatte noch in der Regierungszeit Wilhelms II. eine Verdopplung erfahren; der Reichtum der tropischen und subtropischen Überschussgebiete wurde erschlossen: Reis, Südfrüchte, Kakao und Gewürze dienten nicht mehr ausschliesslich dazu, an hohen Feiertagen die festliche Tafel zu bereichern, sondern wurden auch zwischendurch, freilich nicht jeden Tag, verzehrt. Entsprechend fiel auch die Sterblichkeit, die zum grossen Teil ja nur die Folge mangelhafter Ernährung gewesen war. Sie hatte in Preussen bis zum Beginn des letzten Jahrhundertviertels Jahr für Jahr zwischen 27 und 30 je 1'000 Lebende gelegen. Im Jahre 1880 zählte man 27,1 Sterbefälle je 1'000 in der Mitte des Jahres Lebende, 1890 schon etwas weniger: 25,3; im Jahre 1900 war man bei 22,9, zehn Jahre später bei 14,6 und 1912 endlich bei 16,4 angelangt: Das bedeutete, dass die Sterblichkeit in drei Jahrzehnten – «in einem Menschenalter», wie man bezeichnenderweise früher gesagt hatte – um rund zwei Fünftel gesunken war. Ein gewaltiger Fortschritt, gewiss; doch sollte man über dieser Feststellung nicht vergessen, dass die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Werktätigen entscheidend dazu beigetragen hatten, dem Hungertod soviel Boden abzugewinnen; dass aber auch jetzt noch das Leben, an unseren Massstäben gemessen, überaus karg war; dass der Aufstieg auf der Leiter des Wohlstands im Zeichen einer tiefgreifenden industriellen Revolution geschah und dass die technisch-wirtschaftlichen Umwälzungen, die das Wirtschaftszeitalter kennzeichneten, zur Bildung neuer Machtpositionen führten, die zunächst freilich noch tief im Schatten der herkömmlichen Machtverhältnisse standen.

So eindrucksvoll aber die Zahlenreihen auch sein mögen, in denen sich der Aufstieg des Verbrauchs vom Hungerdasein zur physiologischen Sättigung abbildet – viel aggressiver muten jene Zahlenkolonnen uns an, die den Vormarsch der Wirtschaft in eine grundsätzlich neue Epoche, ins Zeitalter der Kohle und des Eisens, markieren.

Man braucht nur unsere Tabelle zu Ende zu lesen, um zu sehen, um was es geht. Die Steigerung des Eisenverbrauchs, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, von 8,5 auf 129,2 Kilogramm im Jahr und diejenige des Kohlenverbrauchs von 111 auf 2'470 Kilogramm, d.h. die Verfünfzehn- und Verzwanzigfachung des Verbrauchs dieser elementaren industriellen Produktionsgüter in einem Zeitraum von fünfundsiebzig Jahren: das ist kein Vorgang mehr, der sich zutreffend in den Kategorien der quantitativen Messung ausdrücken lässt. Hier sehen wir, wie «die Quantität in die Qualität umschlägt». Das ungeheure Wachstum des Eisen- und Kohleverbrauchs – das übrigens hinter der Entwicklung der berg- und hüttenmännischen Erzeugung noch zurückbleibt – lässt uns erkennen, dass sich die Art des Bedarfs gewandelt hat; dass neben und an die Stelle der handwerks- und manufakturmässig betriebenen Gewerbe neue Kohlen- und Eisenverbraucher getreten sind – die Industrie, die Eisenbahnen, der Schiffbau usw. – deren Bedarf nicht nur der Grösse, sondern der Art nach ein anderer ist als derjenige, der bisher gedeckt werden musste.

Im Jahre 1820 betrug die Roheisenerzeugung der Erde 1,65 Millionen Tonnen – etwa halb soviel, wie heute in Luxemburg erblasen wird. Die Menge genügte damals noch, um Waffen, Geräte, Hausrat und die wenigen mit Wasser- und Windkraft angetriebenen Maschinen herzustellen, die die Technik des achtzehnten Jahrhunderts in den Dienst der Menschheit gestellt hatte. Aber man hatte doch schon die Schwelle eines neuen Zeitalters überschritten: Bis 1850 verdreifachte, bis 1870 versiebenfachte sich die Roheisenproduktion, und 1913 wurden rund 80 Millionen Tonnen oder annähernd fünfzigmal soviel hergestellt wie 1820.

Die Erfindung der Dampfmaschine hatte diese technische Revolution ins Werk gesetzt. Erst mit Hilfe der Dampfmaschine konnte man die Schächte des Steinkohlenbergbaus tief in die Erde hinabtreiben, ohne das Ersaufen der Bergwerke befürchten zu müssen. Mehr Kohle und Erze bedeutete mehr Eisen: Die ersten Schienenwege entstanden, auf denen die «Eisenbahnen» freilich oft noch von Pferden gezogen wurden. Doch auch im Verkehrswesen war der Siegeszug der Dampfkraft nicht aufzuhalten. Die Dampflokomotive trat an die Stelle der tierischen Zugkraft, und damit begann eine neue Epoche nicht nur der Verkehrswirtschaft, der Güterbewegung und des Personenverkehrs, sondern der Erzeugung und des Verbrauchs überhaupt, die nur dank der Anwendung der dampfgetriebenen Maschine denkbar war, zugleich aber ihrer Verwendung immer neue und grössere Provinzen eröffnete.

*Rohstahlerzeugung im deutschen Zollgebiet
in 1000 Tonnen*

	Schweiss- stahl	Flussstahl	Rohstahl insgesamt
1870	1'000 ¹	170	1'170 ¹
1880	1'267	783	2'050
1890	1'487	2'232	3'719
1900	946	6'646	7'592
1910	345	13'699	14'044
1913	213	18'935	19'148

geschätzt

In den Zahlen der Stahlerzeugung bildet die Entwicklung sich am schlüssigsten ab. Das Schienennetz der deutschen Eisenbahnen war in der Ära der Kaiserzeit von 19'575 km (im Jahre 1870) auf 63'062 km (im Jahre 1910) gewachsen, hatte sich also reichlich verdreifacht; im gleichen Zeitraum aber war die Rohstahlerzeugung auf das Zwölfwache emporgeschnellt und wuchs während der nächsten drei Jahre nochmals um fast das Fünffache der Menge, die 1870 erzeugt worden war: Ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass die verkehrswirtschaftliche Erschliessung des Reichs nur die Initialzündung für jenen Industrialisierungs- und Verstädterungsprozess abgab, in dem sich die «Industrierevolution» manifestierte.

Klein und bescheiden waren die Anfänge der Entwicklung gewesen, seit Fried-

rich Krupp nach dem Tode der Mutter, der Wittib Friedr. Jod. Krupp, im Jahre 1810 auf der «Walkmühle» wieder anfang, Eisen und Stahl zu schmelzen. Im Bergischen Land pochten noch die Hunderte der Hämmer, die die Schlacke aus dem Roheisen herauschlugen und die Eisenluppen zu Schweisstahlknüppeln veredelten. Caspar Piepenstock und sein Sohn Hermann Diedrich, der später den Hörder Verein gründen sollte, schmiedeten noch von Hand ihre Haarnadeln, Haken und Ösen, die Mutter Piepenstock aus der Kiepe von Haus zu Haus verkaufte. Die Brüder Haniel, Franz und Gerhard, die seit 1803 eine Kohlenhandlung unter der Firma Franz Haniel & Cie. betrieben hatten, waren eben erst zu dem folgenschweren Entschluss gekommen, zusammen mit ihren Schwägern, dem Essener Kaufmannssohn Heinrich Huysen und dem von der Mosel zugewanderten Julius Gottlob Jacobi, in Oberhausen jene «Hüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel und Huysen» zu errichten, aus der die Gutehoffnungshütte hervorgegangen ist.

Aber es war doch schon die neue Zeit, die Epoche der grossen Umwälzungen, welche dem Streben der jungen Hüttenmänner ihren hinreissenden Schwung mitteilte.

Bereits im Jahre 1789 hatte der Graf von Reden im schlesischen Malapane versucht, nach dem englischen Vorbild statt Holzkohle Steinkohlenkoks zur Roheisenerzeugung zu verwenden. Er hatte Erfolg. Fünf Jahre später begann er mit dem Bau der Eisenhütte zu Gleiwitz, die im November 1796 den ersten dauernd betriebenen Kokshochofen Deutschlands anblies und gleichzeitig eine moderne Giesserei mit zwei «englischen» Kaporöfen und einem Flammofen eröffnete. Wenige Jahre später, am 25. September 1802, wurde auf der Königshütte der erste mit einem Dampfgebläse ausgestattete Hochofen in Betrieb genommen: Schlesien war dem Ruhrgebiet, was die Fortschrittlichkeit der Methoden angeht, um fast ein halbes Jahrhundert voraus.

Aber auch im Westen rührte es sich. 1803 hatte der achtundzwanzigjährige Zimmermann Franz Dinnendahl, der vor gar nicht so langer Zeit noch die Schweine der Gemeinde Horst bei Steele gehütet hatte, seine erste Dampfmaschine erbaut und an die Zeche Wohlgenut bei Kupferdreh verkauft. Damit war der erste Schritt zur Einführung des Tiefbaus im Ruhrkohlenbergbau getan, denn nur mit Hilfe der Dampfkraft vermag der Mensch der ungeheuren Schwierigkeiten der Wasserhaltung Herr zu werden. Mit Unterstützung der alten Frau Krupp-Aschersfeld, der Grossmutter Friedrich Krupps, gründete er 1807 seine Maschinenfabrik in Essen, die in der Firma Westfalia Dinnendahl Gröppel AG weiterlebt. Und auch seine letzte Gründung, jene Mülheimer Giesserei, aus der er seinen Eisenbedarf selbst zu decken versuchte, erwies sich als ein sorgfältig überlegtes Unternehmen: Sie wurde der Grundstock der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim.

Freilich, Franz Dinnendahl starb, fünfzigjährig, arm und vergrämt. Das Ruhrgebiet ist genialen Erfindern und ideal gesinnten Pionieren seiner Art niemals günstig gewesen: Auch Friedrich Harkort kam nicht zu Reichtum; Jakob Mayer, jener schwä-

bische Uhrmacher, der als der eigentliche Erfinder des Stahlformgusses gelten muss, sah «sein» Werk, den Bochumer Verein für Bergbau und Stahlfabrikation, ständig bedroht durch die ihm kaufmännisch hoch überlegene Konkurrenz des brutalen, vor keiner Intrige zurückschreckenden Alfred Krupp; Heinrich Elhard, der Schlossergeselle aus Zella-Mehlis, dem die Lösung des Problems gelang, nahtlose Hohlkörper und Röhren aus Stahl zu pressen – just zur gleichen Zeit, als die Mannesmanns ihr Verfahren zur Walzung nahtloser Röhren erfanden –, der Gründer der «Rheinmetall», der gegen den heftigen Widerstand der Krupps sich für die Einführung des von Konrad Haussner erfundenen und von ihm weiterentwickelten Rohrrücklaufgeschützes bei der deutschen Armee einsetzte, ist arm und verlassen – «als Unternehmer und Erfinder mit Ehren und Auszeichnungen überhäuft, der an Patenten reichste Mann seiner Zeit» – am 20. November 1928 in der thüringischen Heimat gestorben. Und auch die Gründung der Brüder Mannesmann – die Deutsch-Österreichische Mannesmannröhren-Werke AG – hätte sich wirtschaftlich kaum behaupten können, wären die Pioniere der Herstellung nahtloser Röhren nicht 1893 bzw. 1896 aus der Leitung ihres Unternehmens ausgeschieden.

Anders als im schlesischen Montangebiet, in Berlin und im Süden des Reichs waren es im Westen nicht eigentlich die Erfinder, die kühnen Pioniere der Technik, deren Werk in stattlichen Familienvermögen weiterlebte, sondern die geschickten Auswerter fremder, schon lange bewährter Errungenschaften, die kaufmännisch versierten Unternehmer, die «Sanitätsräte», die sich, wie namentlich Peter Klöckner, darauf verstanden, kranke Betriebe gesund zu machen, und oft auch die Erben ausländischer Avantgardisten der Industrialisierung. Aus der Frühzeit der Entwicklung sind etwa zu nennen die mittelrheinischen Remys, die schon 1763 in Rasselstein bei Neuwied ein Blechwalzwerk in Betrieb genommen und 1824 das erste deutsche Puddelwerk errichtet hatten – notabene: nachdem das Puddeln oder Flammofenfrischen schon seit den frühen achtziger Jahren des vorausgegangenen Jahrhunderts in England erfunden und betrieben worden war. Nur eben, dass die Remys zur rechten Zeit kamen: Sie erhielten alsbald den Auftrag, die Schienen für die erste deutsche Eisenbahn (Nürnberg-Fürth) zu liefern. Auch den Hoeschs war die Entwicklung gewogen: Das Puddel- und Stabeisenwalzwerk, das sie 1830 in Lendersdorf bei Düren auf den grünen Rasen gestellt hatten, wurde schon 1838 mit der Schienenlieferung für die Rheinische Eisenbahn Köln-Aachen betraut; die Gutehoffnungshütte endlich, die 1836 ein grosses Puddel- und Walzwerk in Betrieb genommen hatte, erhielt 1844 die Schienenlieferung für die Köln-Mindener Eisenbahn.

Aus der Frühzeit der eisenindustriellen Geschichte Westdeutschlands ist nur der Name der Remys nicht mehr auf unsere Zeit gekommen. Die Söhne der alten Töpferfamilie aus dem Kannenbäckergebiet sind zum Werkstoff der Väter zurückgekehrt: Sie stellen Baustoffe aus dem vulkanischen Bimsstein ihrer Heimat her. Der Name der Hoeschs ist immer noch mit der eisenschaffenden Industrie verbunden.

Doch freilich beschränkt sich die Beziehung der Familie zu den Hoesch-Werken heute auf diesen Ehrentitel. Das war vor dem Ersten Weltkrieg noch anders; denn bis zu seinem Tode (1895) war der Konsul Albert Hoesch, der eigentliche Gründer des Dortmunder Unternehmens, noch Vorstandsvorsitzender und Mehrheitsaktionär und bis zum Ersten Weltkrieg galt der Geheimrat Wilhelm Hoesch in Düren mit einem Drittelanteil immerhin als der Hauptaktionär der Gesellschaft. Der Reichtum ist der Familie erhalten geblieben; doch spielen sie heute nicht mehr in der Montan-, sondern in der Papier- und der chemischen Industrie, wenngleich keine führende, so doch eine recht bedeutende Rolle.

Im Gegensatz hierzu sind die Krupps, die Haniels und die Stumms dem Gesetz treu geblieben, nach dem sie vor mehr als einem Jahrhundert angetreten waren: unternehmerisch hervorragend begabte Verwerter erprobter Errungenschaften der Technik, treffliche Kaufleute, geschickt in der Begründung lukrativer Verbindungen, konservative Individualisten, denen die Mehrung des eigenen Vermögens als Leitstern allen Handelns und Handels vorleuchtete, dazu berufen, im Laufe weniger Generationen in die Reihen des grossen Reichtums aufzurücken.

Zu ihnen gesellten sich später die Poensgens, die Thyssens und die Stinnes', die Klöckners und die Wolffs – um zunächst nur bei der westdeutschen Montanindustrie zu bleiben: ein Geschlecht, das von der Woge des fliessenden Stahls zu ungeheurer Wirtschaftsmacht emporgetragen worden war.

So hoch wie einige der schwerindustriellen Familien schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Hierarchie des Reichtums gestiegen waren, waren freilich die Repräsentanten von Bank und Börse und die Schöpfer der verarbeitenden Industrien nicht gelangt. Doch auch in ihren Reihen fanden sich grosse Vermögen: zahlreicher, breiter gestreut als bei den Montangewaltigen, oft schon in vielen Generationen gemehrt und vererbt, vielfach aber auch die Frucht bedeutender technischer und wirtschaftlicher Pionierleistungen.

Am bekanntesten waren vor dem Ersten Weltkrieg vielleicht die Familien Siemens und Rathenau, deren Namen aufs Engste mit der staunenerregenden Entwicklung der elektrotechnischen Industrie und des deutschen Effektenkapitalismus verknüpft waren, Träger jenes unternehmerischen Pioniergeistes, der in der Weiträumigkeit der Reichshauptstadt trefflich gedeihen und wirken konnte.

Aber sie waren bei Weitem nicht die Reichsten, wenngleich sie zu den Vornehmsten der neuen Geldaristokratie zählten.

Den ersten Platz in der Kategorie des Wohlstands, der nicht in der Montanindustrie erworben worden war, nahmen vielmehr zwei Fabrikanten aus der Provinz ein: der Geheime Kommerzienrat Carl Henschel, dessen Firma Henschel und Sohn in der Kasseler Lokomotivfabrik etwa 6'000 Arbeiter und in der 1904 erworbenen Henrichshütte zu Hattingen a. d. Ruhr weitere 5'000 Arbeiter beschäftigte, und der Geheime Kommerzienrat Carl Ziese, der als Inhaber der Schichauwerft über ein Heer von schätzungsweise 10'000 Arbeitern und Angestellten gebot. Jener verfügte 1908 über

ein steuerlich ausgewiesenes Vermögen von 49 und ein Einkommen von 3,5 Millionen Mark, dieser hatte 47 Millionen Mark im Vermögen und versteuerte 5,5 Millionen als Jahreseinkommen.

Die Brüder Kommerzienrat Ernst von Borsig und Kommerzienrat Conrad von Borsig, wie Henschel und Ziese nicht die Begründer, sondern schon die Erben gewaltigen Reichtums, wurden als Inhaber der Tegeler Maschinenfabrik A. Borsig auf ein Vermögen von 42 bis 45 Millionen und auf ein Einkommen von 3,70 Millionen Mark geschätzt: In ihrem Tegeler Betrieb, der 1903 die 5'000. Lokomotive seit dem Bestehen des Unternehmens (1837) erbaut hatte, in der Hedwig-Wunsch-Grube bei Zabrze (Oberschlesien) und in dem Steinkohlenbergwerk Ludwigsglück I bei Biskupitz, das sie von den Ballestrems gepachtet hatten, waren mehr als 8'000 Arbeiter für sie tätig.

Der Berliner Verleger Rudolf Mosse, Begründer und Inhaber des gleichnamigen Verlags, hatte vornehmlich mit seiner Annoncenexpedition, doch auch mit seinen Zeitungen – *Berliner Morgenzeitung*, *Berliner Volkszeitung* und *Berliner Tageblatt*, welch letzteres 1910 von 200'000 Abonnenten bezogen wurde – viel Geld verdient. Sein Vermögen wurde auf 40 Millionen, sein Jahreseinkommen auf 2,5 Millionen Mark geschätzt. Kein Wunder, dass er es sich leisten konnte, in der Umgebung Berlins die Rittergüter Dyrotz und Schenkendorf sowie das Gut Gallun mit insgesamt 1'138 Hektar zu erwerben und sein Besitztum von einem Palais am Leipziger Platz aus zu regieren.

Die Chancen, zu bürgerlichem Reichtum zu kommen, waren zahlreich und von vielerlei Art. Sie wuchsen beständig: mit der Bevölkerung, mit der Erschliessung der Bodenschätze, der Intensivierung der Landwirtschaft, der Verdichtung des Verkehrsnetzes, der Erweiterung der Schifffahrt, der Entwicklung der Technik, der industriellen Erzeugung der Massengüter, der Rationalisierung der Verteilung und der Steigerung der Ansprüche am Leben. Fritz von Friedländer-Fuld hatte seine 40 Millionen als Kohlenhändler gemacht; der Kölner Geh. Kommerzienrat Emil vom Rath war als Zuckerraffineriebesitzer, der Geh. Kommerzienrat Selve als Inhaber der in Altena ansässigen Metallfabrik Basse & Selve zu 30 Millionen gelangt. Der Geh. Kommerzienrat Georg Haase hatte es als Bierbrauer in Breslau zu zwei Dutzend Millionen gebracht, der Berliner Kommerzienrat Julius Böttzow war im gleichen Gewerbe auf immerhin 20 Millionen gekommen. Die Geh. Kommerzienräte Leopold Koppel und Richard Pintsch konnten innerhalb weniger Jahre an der Einführung des Gasglühlichts viele Millionen verdienen. Und neben ihnen stiegen junge Unternehmer, oft aus kleinsten Anfängen, zu Reichtum und Wirtschaftsmacht auf: Benno Orenstein und Arthur Koppel wurden als Fabrikanten von Feldbahnen und Lokomotiven weltbekannt. Ludwig Loewe, der 1886 erst neunundvierzigjährig starb, begründete eine Dynastie von Maschinen- und Waffenfabrikanten, deren Erbe zwischen den beiden Weltkriegen an Günther Quandt fiel. Wilhelm Herz, ursprünglich Oelmüller, bewährte sich als Pionier der Gummifabrikation, und Julius Berger, der als Dreizehnjähriger bei einer Berliner Ledergrosshandlung die Lehrzeit begonnen hatte, sie aber abbrechen musste, um als Fuhrknecht in Pommern für die Familie Geld zu verdienen, entwickelte sich zum ersten Tiefbau-

meister der Welt», dessen Name in der Firma Julius Berger Tiefbau AG bis auf den heutigen Tag weiterlebt.

An die Karrieren dieser Art, den Aufstieg der Fabrikanten und Bankiers, der Reeder, Grosskaufleute und Warenhausbesitzer, denken die Älteren unter uns zurück, wenn sie wehmütig von den guten alten Zeiten sprechen. Gewiss, das Glücksrad der Wirtschaftsgeschichte hatte einige Tausend innerhalb weniger Generationen oder Jahrzehnte in die Schicht des grossen Reichtums emporgetragen und viele Zehn-, ja Hunderttausende waren zu dauerndem Wohlstand gelangt, die ihre Laufbahn hinter der Ladentheke, auf dem Kontorbock oder an der Werkbank begonnen hatten. Wie die Masse der Werktätigen in der Ära des Kaisertums die Schwelle vom nackten Hunger zur physischen Sättigung überschreiten konnte, so hatte eine breite Schicht des Bürgertums das Tor zum echten Wohlstand passieren können. Aber man irre sich nicht: So tief auch der Wandel der Verhältnisse, den die Industrierevolution heraufgeführt hatte, in das soziale und wirtschaftliche Gefüge eingegriffen hatte, es konnte doch kein Zweifel darüber bestehen, dass die in Handel, Gewerbe und Bergbau investierten und überwiegend wohl auch in diesen Bereichen verdienten Vermögen an Bedeutung weit hinter den sogenannten Kapitalvermögen, d.h. den Rentnervermögen zurückstanden, deren Träger ihr Einkommen aus dem Besitz festverzinslicher Schuldverschreibungen des In- und des Auslandes zogen, und dass sie, soweit es sich um Preussen handelt, allenfalls mit einem Drittel des Betrages zu Buch schlugen, der sich für den Gesamtwert des Grundvermögens einschliesslich des landwirtschaftlichen Anlage- und Betriebskapitals, summarisch gesagt also: für die grossen Agrarvermögen, errechnet. Sicherlich waren zahlreiche Industrie- und Bankiersvermögen zu märchenhafter Höhe emporgewachsen; aufs Ganze gesehen aber konzentrierte sich der weitaus grössere Anteil an den Vermögen, welche die Träger der Einkommen von mehr als 3'000 Mark besaßen, noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg in den Händen des feudalagrarischen Grundbesitzes und der ihm nahestehenden Rentnerschicht, die entweder dem otium in dignitate lebte oder im Offiziers- und Beamtenkorps ihr standesgemässes Dasein führte.

Nach den Angaben des Königlich Statistischen Landesamts für das Jahr 1911 errechnet sich, dass von der Gesamtsumme der namhaften preussischen Vermögen, die mit rd. 96,2 Milliarden Mark beziffert wurde, annähernd 45 Prozent auf die Kapitalvermögen, gut 41 Prozent auf die Grundvermögen einschliesslich des landwirtschaftlichen Anlage- und Betriebskapitals und nur 14 Prozent auf die in der Sphäre der gewerblichen Wirtschaft angelegten Vermögen entfielen. (Siehe Tabelle: Bruttovermögen der Ergänzungssteuerzahler in Preussen.) In diesen Zahlen ist die ökonomische und soziale Grundstruktur des preussischen Staats angedeutet, der vor dem Ersten Weltkrieg zwei Drittel der reichsdeutschen Bevölkerung, fast die gesamte Schwerindustrie, den weitaus grössten Teil der verarbeitenden Industrien und die Zentren des Geld- und Kapitalmarktes in seinen Grenzen umschloss. Mehr als zwei Fünftel der preussischen Vermögen – vornehmlich solche, die der grundbesitzende Reichtum in

Bruttovermögen der Ergänzungssteuerzahler in Preussen mit über 3000 Mark Einkommen

Nach dem Stand des Jahres 1911

Regierungsbezirke 1911	Steuerbares Gesamt- Bruttovermögen	Kapitalvermögen	Grundvermögen einsdil. des landwirtschaftl. Anlage- u. Be- triebskapitals	Anlagekapital beim Handel, Gewerbe und Bergbau	Selbständige Redite und Gerechtigkeiten	Gesetzt, abzugsfä- higer Kapitalwert d. Sdmlen					
M	M	M	M	M	M	M					
1	2	3	4	5	6	7					
1. Potsdam	14 574 319 563 <i>15,15</i>	<i>100,00</i>	7 115 833 314 16,57	48,83	6 141 536 125 15,50	42,14	1 300 179 991 9,65	8,92	16 770 133 10,54	0,11	4 096 703 733
2. Stadtkreis Berlin	10 918 700 637 <i>11,35</i>	<i>100,00</i>	7 664 310 520 10,86	42,72	4 477 843 319 11,30	41,01	1 758 324 279 13,05	16,10	18 222 519 11,45	0,17	3 117 035 447
3. Düsseldorf	9 291 698 305 9,66	<i>100,00</i>	4 316 497 264 10,05	46,46	3 217 238 685 8,12	34,62	1 754 378 366 13,02	18,88	3 583 990 2,25	0,04	1 725 508 560
4. Wiesbaden	7 613 023 126 7,91	<i>100,00</i>	4 545 768 806 10,59	59,71	2 093 670 020 5,28	27,50	969 602 435 7,20	12,73	3 981 865 2,50	0,06	1 000 000 311
5. Köln	5 020 907 848 5,22	<i>100,00</i>	2 538 149 790 5,91	50,55	1 867 704 289 4,71	37,20	613 358 847 4,55	12,21	1 694 922 1,07	0,04	831 733 135
6. Breslau	4 594 077 888 4,78	<i>100,00</i>	2 087 713 915 4,86	45,44	1 883 148 678 4,75	40,99	606 189 954 4,50	13,20	17 025 341 10,70	0,37	1 150 467 304
7. Schleswig	3 528 827 006 3,67	<i>100,00</i>	1 415 334 544 3,30	40,11	1 606 175 332 4,05	45,52	497 871 221 3,69	14,11	9 445 909 5,94	0,26	827 718 296
8. Magdeburg	3 322 061 747 3,45	<i>100,00</i>	1 387 004 062 3,23	41,75	1 475 334 126 3,72	44,41	455 724 622 3,38	13,72	3 998 937 2,51	0,12	594 772 058
9. Arnsberg	3 300 991 971 3,43	<i>100,00</i>	1 317 436 250 3,07	39,91	1 300 469 470 3,28	39,40	677 507 561 5,03	20,52	5 578 690 3,51	0,17	678 423 263
10. Merseburg	2 872 961 629 2,99	<i>100,00</i>	1 147 433 744 2,67	39,94	1 354 802 220 3,42	47,16	369 190 275 2,74	12,85	1 535 390 0,96	0,05	563 070 364
11. Oppeln	2 312 666 301 2,40	<i>100,00</i>	904 303 103 2,11	39,10	967 636 412 2,44	41,84	438 264 757 3,25	18,95	2 462 029 1,55	0,11	566 091 311
12. Liegnitz	2 255 313 876 2,34	<i>100,00</i>	1 052 463 714 2,45	46,67	861 531 723 2,17	38,20	338 993 695 2,52	15,03	2 324 744 1,46	0,10	499 530 833
13. Hannover	2 091 710 306 2,17	<i>100,00</i>	994 732 269 2,32	47,55	828 518 532 2,09	39,61	266 306 976 1,98	12,73	2 152 529 1,35	0,11	421 669 843
14. Kassel	1 908 774 234 1,98	<i>100,00</i>	934 535 815 2,18	48,96	636 187 386 1,61	33,33	336 226 449 2,50	17,61	1 824 584 1,15	0,10	288 596 833
15. Frankfurt	1 760 528 455 1,83	<i>100,00</i>	685 255 393 1,60	38,93	776 641 655 1,96	44,11	296 273 890 2,20	16,83	2 357 517 1,48	0,13	429 556 219
16. Posen	1 758 680 393 1,83	<i>100,00</i>	455 716 430 1,06	25,91	1 140 209 669 2,88	64,83	155 798 503 1,16	8,86	6 955 791 4,37	0,40	559 352 818
17. Münster	1 665 113 424 1,73	<i>100,00</i>	563 329 609 1,31	33,83	812 414 390 2,05	48,79	255 012 299 1,89	15,31	34 357 126 21,59	2,07	249 553 928
18. Stettin	1 600 057 007 1,66	<i>100,00</i>	605 241 063 1,41	37,82	820 650 327 2,07	51,29	171 148 409 1,27	10,69	3 017 208 1,90	0,20	496 437 925
19. Königsberg	1 492 403 741	<i>100,00</i>	551 359 293	36,95	793 553 621	53,18	145 136 444	9,72	2 354 383	0,15	494 932 706

BRUTTOVERMÖGEN DER ERGÄNZUNG S STEUERZÄHLER IN PREUSSEN

20. Aachen	1 189 952 511 1,55	100,00	826 725 641 1,93	55,49	453 691 191 1,14	30,45	208 735 519 1,55	14,01	800 160 0,50	0,05	201 315 692
21. Koblenz	1 187 206 317 1,23	100,00	583 495 004 1,36	49,15	429 510 445 1,08	36,18	172 555 131 1,28	14,54	1 645 737 1,03	0,13	145 019 756
22. Hildesheim	1 143 963 180 1,19	100,00	456 263 007 1,06	39,89	537 860 563 1,36	47,02	148 818 012 1,10	13,01	1 021 598 0,64	0,03	181 784 313
23. Minden	1 005 161 830 1,13	100,00	427 688 538 1,00	39,41	466 510 463 1,18	42,99	190 132 012 1,41	17,51	830 817 0,52	0,07	167 794 029
24. Trier	1 027 021 265 1,07	100,00	448 387 425 1,04	43,66	385 618 208 0,97	37,55	192 958 542 1,43	18,78	57 090 0,04	0,005	163 294 255
25. Danzig	1 006 758 746 1,05	100,00	412 364 338 0,96	40,96	450 451 858 1,14	44,75	142 349 185 1,06	14,13	1 593 365 1,00	0,16	298 327 850
26. Erfurt	1 002 889 656 1,04	100,00	471 008 447 1,10	46,96	352 090 207 0,89	35,11	179 551 134 1,33	17,91	239 868 0,15	0,02	167 741 728
27. Köslin	887 598 146 0,92	100,00	251 420 140 0,59	28,32	535 845 590 1,36	60,36	98 371 556 0,73	11,09	1 960 860 1,23	0,22	283 860 392
28. Marienwerder	862 926 512 0,90	100,00	225 382 889 0,52	26,12	530 179 835 1,34	61,44	105 131 349 0,78	12,18	2 232 439 1,40	0,26	313 924 281
29. Bromberg	850 697 342 0,88	100,00	200 995 102 0,47	23,63	540 024 112 1,36	63,48	107 693 911 0,80	12,16	1 984 217 1,25	0,23	318 281 487
30. Lüneburg	842 368 682 0,88	100,00	324 713 940 0,76	38,55	424 444 748 1,07	50,39	92 041 561 0,68	10,92	1 168 433 0,73	0,14	135 638 095
31. Stade	568 475 791 0,59	100,00	214 247 526 0,50	37,69	271 125 533 0,68	47,69	82 961 657 0,62	14,59	141 075 0,09	0,03	99 686 324
32. Aurich	524 737 407 0,55	100,00	175 724 876 0,41	33,48	275 464 800 0,70	52,51	71 683 711 0,53	13,66	1 864 020 1,17	0,35	101 514 756
33. Gumbinnen	518 676 097 0,54	100,00	139 614 152 0,33	26,91	297 192 616 0,75	57,30	79 466 354 0,59	15,33	2 402 975 1,51	0,46	178 034 764
34. Stralsund	474 792 812 0,49	100,00	184 779 907 0,43	38,92	237 240 988 0,60	49,97	52 710 167 0,39	11,10	61 750 0,04	0,01	146 073 468
35. Osnabrück	433 891 656 0,45	100,00	195 363 639 0,46	45,03	155 628 516 0,39	35,86	82 718 331 0,61	19,06	181 170 0,11	0,05	49 742 594
36. Alienstein	336 634 435 0,35	100,00	85 712 954 0,20	25,46	204 817 465 0,52	60,84	45 667 077 0,34	13,58	436 939 0,27	0,12	131 460 977
37. Sigmaringen	66 251 244 0,07	100,00	26 921 425 0,06	40,63	23 169 861 0,06	34,97	15 298 887 0,11	23,10	861 071 0,54	1,30	7 009 217
Staat 1911	96 192 821 086 100,00	100,00	42 933 227 448 100,00	44,63	39 626 132 978 100,00	41,19	13 474 333 069 100,00	14,01	159 127 191 100,00	0,17	21 681 658 865 100,00
in den Städten	69 515 305 183 72,27	100,00	33 899 589 149 78,96	48,77	24 139 438 528 60,92	34,72	11 395 418 890 84,57	16,39	80 858 616 50,81	0,12	15 383 289 368
i. d. ländl. Gemd. über 2000 Einw. bis 2000 Einw.	8 246 925 263 8,57	100,00	3 494 038 200 8,14	42,37	3 791 325 269 9,57	45,97	953 567 568 7,08	11,56	7 994 226 5,03	0,10	1 888 131 492
auf dem Lande zu- sammen	18 430 590 640 19,16	100,00	5 539 600 499 12,90	30,06	11 695 369 181 29,51	63,46	1 125 346 611 8,35	6,11	70 274 349 44,16	0,38	4 410 238 005
Staat 1908	26 677 515 903 27,73	100,00	9 033 638 699 21,04	33,86	15 586 694 450 39,08	58,05	2 078 914 179 15,43	7,79	78 268 575 49,19	0,30	6 298 369 497
davon: Land	85 498 718 071 22 749 580 096 26,61	100,00	38 053 008 313 7 608 763 398 20,00	44,51	35 217 523 167 13 330 374 933 37,85	41,19	12 095 703 699 1 740 505 102 14,39	14,15	132 482 892 69 936 663 52,79	0,15	19 092 888 874 5 295 935 867

Jahrhunderten aus dem Ertrag seiner Felder, Weiden und Wälder akkumuliert hatte – waren in rentetragenden Titeln, Schuldverschreibungen öffentlicher und privater Körperschaften angelegt. Bei rund zwei Dritteln dieser Obligationen wird es sich um preussische Wertpapiere gehandelt haben, das letzte Drittel entfiel auf Anleihen reichsdeutscher Schuldner ausserhalb Preussens und auf Kredite an ausländische Staaten, Eisenbahn- und andere Erwerbsgesellschaften. Sind doch zum Beispiel die amerikanischen Eisenbahnen zum grossen Teil aus europäischen, darunter auch deutschen Krediten finanziert worden: Aus den Revenüen dieses Kapitalvermögens bestritten die Rentiers, die sich in Wiesbaden zur Ruhe gesetzt hatten, die Offiziere und Beamten in Potsdam und Berlin und die hohe Geistlichkeit am Sitz der katholischen Kirchenfürsten die Kosten ihrer Lebenshaltung.

<i>Schuldverschreibungen in</i>	<i>Preussen (in 1'000 Mark)</i>
Stand 31.12.1912	4 358 788,3
Stadt- und Land-Gemeinden B odenkreditinstitute Aktiengesell- schaften	8 088 706
	<hr/>
	15 545 913
	9 428 874
Staat Preussen Staatseisenbah- nen	<hr/>
	7 670 900
	17 099 774
	32 645 687
Zusammen:	

Weitere zwei Fünftel der in Preussen nachgewiesenen Vermögen lagen in den Händen derjenigen Schichten, die den Grund und Boden besaßen und landwirtschaftlich nutzten, weitgehend also des adligen Grossgrundbesitzes; denn unter den mittleren und kleinen Bauern dürfte es nicht allzu viele gegeben haben, die als Ergänzungssteuerzahler mit einem Mindesteinkommen von 3'000 Mark von der Vermögensstatistik erfasst worden waren. Nur ein Siebentel der grösseren Vermögen endlich arbeitete im Bereich der bürgerlichen Wohlstandsbildung: in Handel, Gewerbe und Bergbau.

Dem feudalen Charakter der Vermögensstruktur entsprach die geographische Verteilung der Vermögen: Im Regierungsbezirk Potsdam und im Stadtkreis Berlin, dort also, wo die gesellschaftlich führenden Schichten dem Hof, der Leitung der Staatsgeschäfte und der Heeresführung nahestanden, wohin die Mitgift der reichen Töchter floss, die ins Offiziers- oder ins diplomatische Korps eingeheiratet hatten, wo auch ein guter Teil der grundbesitzenden Aristokratie seinen ständigen Wohnsitz hatte, war mehr als ein Viertel aller preussischen Vermögen beheimatet. Und zwar verhielt es sich so, dass in Potsdam vor den Grundvermögen die rentetragenden Kapitalvermögen, in Berlin die gewerblichen Vermögen von überdurchschnittlicher Bedeutung waren. Auf die sieben Regierungsbezirke des rheinisch-westfälischen Indu-

striegebietes dagegen entfiel weniger als ein Viertel der grösseren Vermögen. Freilich war hier ein grösserer Teil der gewerblichen Kapitalien konzentriert als in Berlin und Potsdam. So stattlich diese aber auch in ihrer Gesamtheit und so märchenhaft gross sie in einzelnen Fällen sein mochten, sie vereinigten doch nur rund vier Prozent aller in Preussen nachgewiesenen Vermögen auf sich.

Es entfielen 1911 in Prozent aller preussischen Vermögen

1. auf den Reg.-Bez. Potsdam und den Stadtkreis Berlin

	Ges.-Verm.	Kap.-Verm.	Grundverm.	Gewerbverm.	Rechte usw.
Reg.-Bez. Potsdam	15,15	16,57	15,50	9,65	0,11
Stadt-Kreis Berlin	11,35	10,86	11,30	13,05	0,17
Zusammen	26,50	27,43	26,80	22,70	0,28

II. auf das Rhein-Westfälische Industriegebiet

Reg.-Bez. Münster	1,73	1,31	2,05	1,89	21,59
Reg.-Bez. Minden	1,13	1,00	1,18	1,41	0,52
Reg.-Bez. Arnsberg	3,43	3,07	3,28	5,03	3,51
<i>Westfalen</i>	<i>6,29</i>	<i>5'38</i>	<i>6,51</i>	<i>8,33</i>	<i>25,62</i>
Reg.-Bez. Düsseldorf	9,66	10,05	8,12	13,02	2,25
Reg.-Bez. Köln	5,22	5,91	4,71	4,55	1,07
Reg.-Bez. Trier	1,07	1,04	0,97	1,43	0,04
Reg.-Bez. Aachen	1,55	1,93	1,14	1,55	0,50
<i>Rheinland</i>	<i>16,10</i>	<i>18,93</i>	<i>14,94</i>	<i>20,11</i>	<i>3,86</i>
Rhein.-Westf. Industriegebiet	25,79	24,31	21,45	28,88	29,48

Es hiesse nun allerdings das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man einfach das Grund- und Kapitalvermögen schematisch dem Adel zuordnen. So einfach lagen die Dinge nicht. Denn einerseits hatte ein beträchtlicher Teil des Reichthums, den namentlich die grossen Bankiersfamilien des 18. und 19. Jahrhunderts gesammelt hatten, dazu gedient, die Wappenschilder des Adels zu vergolden, war in der Form von Mitgift Offiziers- und Beamtenfamilien zugeflossen oder dazu verwandt worden, den eigenen Söhnen eine kostspielige Laufbahn im Dienst des Landesvaters und Obersten Kriegsherrn zu ermöglichen – einerseits also war ein guter Teil der rententragenden Kapitalvermögen in letzter Instanz bürgerlichen Ursprungs, selbst wenn er sich in den Händen adliger Besitzer befand. Andererseits aber beobachten wir beim bürgerlichen Reichthum die Neigung, landwirtschaftlichen Grundbesitz zu erwerben. Nicht so sehr, um Gewinn aus dem Erwerb der Rittergüter zu ziehen, deren Bewirtschaftung meist ja mehr oder minder getreuen Administratoren überlassen bleiben musste, sondern um

es in der äusseren Lebensform dem grundbesitzenden Adel gleichzutun. Als Beispiele seien nur die Familien Krupp, Haniel, Hansemann, Schichau und Mosse genannt – zu schweigen von jener oberschlesischen Grossindustriellenfamilie Tiele-Winckler, die, in der weiblichen Linie noch bürgerlicher Herkunft, durch die Stiftung mehrerer Majorate die Voraussetzung dafür schuf, in den Grafenstand aufgenommen zu werden.

So förderlich der Erwerb adligen Grundbesitzes für denjenigen war, der es darauf anlegte, an gesellschaftlicher Wertschätzung zu gewinnen, sehr viel wertvoller war der förmliche Eintritt in die Reihen der Aristokratie.

Schon unter Friedrich Wilhelm III. waren die Frankfurter Bethmanns, unter Friedrich Wilhelm IV. der Berliner Bankier Magnus in den Adelsstand erhoben worden. Wilhelm I. zeichnete den Inhaber des Berliner Bankhauses Schickler mit dem Freiherrntitel aus und liess die Nobilitierung Adolf Hansemanns, des derzeitigen Leiters der Disconto-Gesellschaft, des Weinhändlers und Bankiers Friedrich Wilhelm Krause und, wenn auch nur halben Herzens, Gerson Bleichröders geschehen, der als Bismarcks Bankier und politischer Vertrauter hohes Ansehen genoss. Unter den zahlreichen Vertretern der Geschäftswelt, die in der kurzen Regierungszeit des liberalen Kaisers Friedrich I. geadelt wurden, fanden sich die Stumms und die Mendelsohns.

Wilhelm II. endlich war besonders freigebig. Unter seiner Regierung, am 6. September 1903, wurde der k.u.k. Österreich-Ungarische Generalkonsul Maximilian Goldschmidt in Frankfurt a.M., der Schwiegersohn Friedr. Wilh. von Rothschilds, in den erblichen Adelsstand erhoben. Schon zweieinhalb Jahre später erfolgte die Erhebung in den preussischen Freiherrnstand nach dem Rechte der Erstgeburt und geknüpft an den Besitz des Fideikommisses Wroniawy (2'123 ha), das Herr von Goldschmidt-Rothschild im Kreise Bomst gestiftet hatte. Der älteste Sohn des neuen Freiherrn schlug die diplomatische Karriere ein. Da aber die Familie dem Glauben der Väter treu geblieben war – die einzige preussische Freiherrnfamilie israelitischer Rasse und Konfession –, tat Bülow Anfang 1908 dem alten Grafen Zedlitz-Trützschler gegenüber die Äusserung: «Nun haben wir diesen netten und arbeitsamen Menschen in der diplomatischen Karriere. Ich habe ihn nach London geschickt, und er hat immer die besten Informationen, aber zum Reserveoffizier kann man ihn in Deutschland nicht machen. →»

Doch um zum Schluss zu kommen: Unter den vielen, die noch unter dem letzten Kaiser die Huld der Nobilitierung erfuhren, fanden sich auch die Frankfurter Bankiers Metzler und Grunelius, der Bleichröder-Partner Schwabach, Rudolf Koch von der Deutschen Bank, die Chemiefabrikanten Meister und Weinberg sowie die oberschlesischen Kohlenindustriellen Caro und Friedländer.

Die Standeserhöhung zahlreicher Vertreter des grossbürgerlichen Wohlstands war sehr viel mehr als ein Zugeständnis an die Eitelkeit des Bürgertums, das sich nicht selbst genug war, sondern danach verlangte, zur sozialen Geltung der Aristokratie aufzusteigen: Es bedeutete die Zulassung zu jener Schicht, die, um es noch einmal zu

sagen, die politische Macht fest in Händen hielt. Nicht nur die grosse Mehrzahl der preussischen Staatsminister und sämtliche Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger – ausser den Vertretern des Deutschen Reichs in Siam, Peru und Venezuela – gehörten dem Adel an, auch die hohe Verwaltungstätigkeit war ja eine Domäne der Aristokratie. Nach einer Zusammenstellung der Frankfurter Zeitung vom 1. August 1909 fanden sich

unter 12 preussischen Oberpräsidenten	11 Adlige (darunter 1 Graf, 3 Freiherren)
unter 36 Regierungspräsidenten	25 Adlige (darunter 1 Prinz, 2 Grafen, 5 Freiherren)
unter 12 Oberpräsidialräten	6 Adlige
unter 131 Oberregierungsräten	35 Adlige (darunter 1 Graf, 3 Freiherren)
unter 69t etatsmässigen Regierungsmitglie- dern*	140 Adlige (darunter 1 Prinz, 8 Grafen, 17 Freiherren)
unter 540 ausseretatsmässigen Regierungs- mitgliedern ²	217 Adlige (darunter 16 Grafen, 41 Freiherren)
unter 278 Regierungsassessoren	121 Adlige (darunter 7 Grafen, 28 Freiherren)
unter 467 Landräten	271 Adlige (darunter 28 Grafen, 51 Freiherren)

¹ einschl. Oberregierungsräten, 36 Verwaltungsdirektoren

² Regierungsräte und -assessoren

Die Ämterpatronage, die die preussischen Könige zugunsten des Adels übten, war, wenn auch längst nicht mehr zeitgemäss, doch immerhin historisch zu verstehen. Sie mochte als Entgelt für die Hingabe ständischer Rechte des Adels gedeutet werden, zu der sich ja beispielsweise die mecklenburgischen Standesherrn bis zum Ausgang des Ersten Weltkrieges nicht verstehen wollten. Bedenklich war aber, dass die Privilegierung zuweilen bis hart an den Rand der Korruption geriet. So hatte es etwa die hocharistokratische Firma von Tippelskirch & Co. verstanden, sich 1895 das Monopol der Lieferungen an die deutschen Kolonialtruppen für die Dauer von fünf- undzwanzig Jahren zu sichern. Sehr zum Schaden des immer wieder übervorteilten Fiskus und der Moral der Offiziere und Kolonialbeamten, die durch Bestechung zum Schweigen gebracht wurden. Der Umstand, dass die Gattin des preussischen Landwirtschaftsministers, Generalleutnants à la suite des Husarenregiments von Zielen Nr. 3 und Rittergutsbesitzers Viktor A.T. von Podbielski, Margarethe geb. von Twardowska, mit 40 Prozent bei Tippelskirch beteiligt war, macht die Sache nur schlimmer. Der Minister erhielt aber nicht seinen Abschied, als der junge Zentrumsabordnete Erzberger im Laufe der Haushaltsdebatte von 1906 die Dinge im Reichstag zur Sprache gebracht hatte. Er schied erst drei Monate später aus dem Amt, nicht ohne ein huldvolles Handschreiben des Kaisers und die Brillanten zum Grosskreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe entgegengenommen zu haben. Auch Freiherr von Mirbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, der durch einen schwunghaften Handel mit Orden und Adelstiteln in fünfzehn Jahren 12 Millionen Mark für die Kirchenbaukasse der hohen Herrin aufgebracht hatte, blieb im Amt, (??)

wandter beschuldigt wurde, es sei nicht alles Gold, das durch seine Hände geflossen war, auch wirklich dem heiligen Verwendungszweck zugute gekommen. Und vollends unbegreiflich blieb das Verhalten 4er Staatsführung in der Affäre Holstein. Denn dass die »Graue Eminenz« des Auswärtigen Dienstes, der Mann, der die Aussenpolitik des Kaiserreichs aufs Nachhaltigste beeinflusste, jede Infonnation an das Bankhaus Meyer-Cohn weitergab und mit einem der Firmeninhaber, dem Bankier Heymann, sich in die gewagtesten Spekulationen einliess, wird den politischen Aufsichtsinstanzen kaum verborgen geblieben sein. Umso weniger, da Meyer-Cohn gerade die Hocharistokratie und die Hofgesellschaft zu seinem Kundenkreis zählte.

Damit soll nicht gesagt sein, dass die Herrschaft der Junker, die sönlichen Regiment des Kaisers das besondere Gepräge gab, von Hause aus korrupt oder etwa korrupter gewesen sei als irgendeine andere Herrschaftsform aber, dass ein systematisches Durchgreifen gegenüber allen Vorgängen, die wir heute als Pflichtwidrigkeiten empfinden würden, von vielen Standesgenossen der Betroffenen als ein Einbruch verderblicher demokratischer Grundsätze in das System verliehener, geduldeter oder angemasseter Privilegien abgewehrt worden wäre, das sie in die Gegenwart hinübergerettet hatten.

Wie weit wir uns in weniger als einem Menschenalter von der Vorstellungswelt jener Jahre entfernt haben, da man noch mühelos in den Kategorien einer mit vielerlei Vorrechten ausgestatteten Standesherrschaft zu denken verstand – auch dann, notabene, wenn die Privilegien hart mit den Interessen von Staat und Wirtschaft kollidierten –, erweist sich etwa am Beispiel der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben, eines Konzerns, der vor dem Ersten Weltkrieg mit seinen rd. 30'000 Arbeitern und Angestellten in der ersten Reihe der oberschlesischen Kohle- und Zinkproduzenten stand. Dieses mächtige und blühende, völlig in Privathand liegende Unternehmen war dank einem Privileg, das der Kaiser des Hl. Römischen Reichs Deutscher Nation im Jahre 1703 dem reisenden Tuchkaufmann Georg Giesche erteilt hatte – geadelt wurde er erst 1712 –, bis zum Jahre 1914 von der Leistung sämtlicher Reichs- und Staatssteuern befreit.

Georg von Giesche hatte auf seinen Reisen durch Skandinavien erfahren, dass Schweden vom Niederrhein Galmei (Zinkspat) zur Messingfabrikation bezog, und entdeckte 1702 auf einer Reise durch Oberschlesien, dass sich ungenutzte Galmeivorkommen im Beuthener und Tarnowitzer Gebiet fanden. Er brachte die beiden Enden zusammen. Mit Genehmigung des Besitzers der Standesherrschaft, des damaligen Grafen Max Henckel von Donnersmarck, liess er sich vom Kaiser das Recht zum alleinigen Galmeigraben in Oberschlesien erteilen, begann alsbald den Abbau in Scharley, Bobrek, Stillendorf und Randsdorf, entwickelte den Export und setzte es gegen den Willen des Standesherrn durch, dass sein Privileg im Jahre 1723 erneuert wurde. Das Unternehmen ging an die drei Töchter Georg von Giesches über und blieb auch später im Besitz der drei «Linien» – der von Teichmannschen, von Wildensteinischen und von Pogrellschen Linie –, die durch die Eheschliessung der jungen Damen

zur Würde eines privilegierten Montanunternehmertums aufrückten. Auch die 1860 als Gewerkschaft gegründete Bergwerksgesellschaft, die eigene Zink- und Bleierzgruben, Zinkhütten und Kohlenbergwerke in Oberschlesien, Polen und Ungarn betrieb, deren 10 000 Anteile 1896 einen Wert von 100 Millionen repräsentierten und 1911 schon mit 270 bis 300 Millionen Mark bewertet wurden, hielt streng am Charakter der Familiengesellschaft fest: Gewerke konnte nur werden, so forderte es das Statut, wer einer der drei Linien angehörte, Mitglied, des Repräsentantenkollegiums der Bergwerksgesellschaft, wer von einer der Linien vorgeschlagen wurde. Durch Verkauf konnten Anteile wohl von einer zur anderen Linie gelangen; das kam aber selten vor. Im allgemeinen wurden die Anteile im Erbgang weitergegeben. Doch konnte es freilich geschehen – das zeigte sich im Falle Ulrichs Freiherrn von Richthofen, der in direkter Linie von der ältesten Giesche-Tochter, zugleich aber auch von der zweitältesten abstammte, während seine Gemahlin, Helene geb. von Koschenibahr, ihre Herkunft in direkter Linie auf die jüngste Tochter zurückführte –, dass sich in einer Hand zahlreiche Anteile vereinigten. Doch wie dem nun sei; am Steuerprivileg dieser adligen Bergwerksgesellschaft nahm bis zum Ersten Weltkrieg niemand Anstoss, weder die Konkurrenz noch die öffentliche Meinung, die Parteien, die Gewerkschaften oder die Rechtswissenschaft. Der durch den kaiserlichen Privilegienbrief geschaffene Zustand galt als unantastbar.

Ähnlich verhielt es sich im Fall des Herzogs von Arenberg – nur freilich noch etwas komplizierter als bei den Giesche-Erben.

Die Arenbergs oder Arembergs entstammen einem Geschlecht Kölner Burggrafen, die in der Eifel begütert waren. Da sie schon 1280 im Mannesstamm ausstarben, kamen ihre Besitzungen 1298 durch Heirat an die Grafen von der Mark. Dreieinhalb Jahrhunderte später gelangten, wieder durch Heirat, Titel, Name und Besitzungen an Johann von Barbençon aus dem Hause Ligne. Johanns Sohn Karl erwarb durch seine Ehe mit Anna von Croy das Herzogtum Aarschot, das Fürstentum Chimay und die Grafschaft Beaumont, wurde 1576 Reichsfürst und erhielt 1582 Sitz und Stimme im Reichstag. Sein Enkel Philipp Franz wurde 1645 zum Herzog erhoben; worin sich erweist, dass die Herzöge mit den Burggrafen, die Arenbergs neuer mit den Arenbergs alter Art nicht eben viel mehr zu tun haben.

Im Frieden von Luneville (1802) verlor der Herzog Engelbert Ludwig wie alle deutschen Fürsten seine linksrheinischen Besitzungen. Aber er wurde durch die Übergangung der münsterländischen Ämter Meppen und der ursprünglich kurkölnischen Grafschaft Recklinghausen reich entschädigt, die nun, obwohl geographisch weit auseinander gelegen, das Herzogtum Arenberg bildeten. Der Beitritt seines Sohnes Prosper zum Rheinbund (1806) und dessen Verheiratung mit einer Nichte der Kaiserin Josephine schien die Beziehungen zum napoleonischen Frankreich noch zu festigen. Der Schein jedoch trog. Schon 1810 nahm Napoleon dem Herzog seine Länder ab: Meppen wurde französisch, ein Teil von Recklinghausen dem Grossherzogtum Berg

zugeschlagen. Im Jahre 1815 erhielt der Herzog ohne Land seine Besitzungen zwar zurück, aber nur als »Staudesherrschaften«, von denen Meppen (seit 1826 »Herzogtum Arenberg-Meppen«) der hannoverschen, Recklinghausen der preussischen Hoheit unterstellt würden.

Das muss man wissen, um zu verstehen, warum in unserer Übersicht über die »Bruttovermögen der preussischen Ergänzungssteuerzahler« der Regierungsbezirk Münster in der Spalte »Selbständige Rechte und Gerechtigkeiten« so besonders hohe Werte ausweist. Hier ging es nämlich nicht wie sonst in der Regel um die Jagd-, Fischerei-, Wege- und andere Rechte, die mit geringen Summen zu Buche standen, sondern um das Bergregal, das Recht, die Bergwerksabgaben zu erheben, das dem Arenberger verblieben war und in seinem Herrschaftsbereich, je länger, je mehr, einen beträchtlichen Wert repräsentierte.

Der Staat hatte zwar die Bergwerksabgaben, die von den Zechen mit Recht als eine diskriminierende Steuer bekämpft wurden, im neunzehnten Jahrhundert schrittweise abgebaut, und Preussen hatte sie endlich mit Wirkung vom 1. April 1895 «ausser Hebung» gesetzt, ohne sie theoretisch ganz abzuschaffen. «Dieser Weg und nicht der einer völligen Aufhebung der Bergwerksabgaben wurde gewählt », heisst es im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, IV. Aufl., «weil die Rechte der Inhaber von Privatregalen durch das erwähnte Gesetz (vom 14.7.1893) unangetastet bleiben sollten, für manche dieser Berechtigten aber eine Beschränkung dahin besteht, dass die von ihnen erhobenen Abgaben den Betrag der entsprechenden staatlichen Bergwerksabgaben nicht übersteigen dürfen. Während somit die auf dem Regalrecht des Staates beruhenden Bergwerksabgaben in Preussen nicht mehr zur Einziehung gelangen, haben die von den Inhabern privater Bergregale erhobenen Abgaben bis in die jüngste Zeit praktische Bedeutung behalten. Art und Höhe dieser Bergwerksabgaben richten sich nach den Bedingungen, unter denen die Regalherren im Einzelfalle das Recht zum Bergwerksbetriebe vergeben haben. Auf Grund des Art. 155, Abs. 4, Satz 2 der Reichsverfassung vom 11. August 1919», schliesst der Verfasser, «sind in Preussen durch Gesetz vom 19. Oktober 1920 die Bergregale der früher reichsunmittelbaren Standesherrn auf den Staat übergeführt worden, wobei die Berechtigten auch ihren Anspruch auf die zum Teil recht erheblichen Bergwerksabgaben durch Vertrag gegen Entschädigung dem Staate übertragen haben, der nunmehr an ihrer Stelle die Abgaben einzieht.» Aber so weit sind wir noch nicht; wir halten noch in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, als der damals «regierende» Engelbert, IX. Herzog von Arenberg, XV. Herzog von Aarschot und Croy, IV. Herzog zu Meppen, IV. Fürst zu Recklinghausen, der 1872 in Salzburg geboren und seit dem Jahre 1897 mit Hedwige, Prinzessin von Ligne, verheiratet war, in der Tat recht ansehnliche Erträge aus seinem Bergregal ziehen konnte.

Der preussische Fiskus zahlte für die Zechenanlagen Schlegel und Eisen (Berechtmässige 26,3 Mill. qm) und General Blumenthal (Berechtmässige 19,7 Mill. qm) seiner Bergwerksgesellschaft Hibernia jährlich etwa 200'000 Mark an den Herzog; die Bergwerksgesellschaft Bismarck hatte 125'000 bis 130'000 Mark zu entrichten. Dazu kamen dann

noch seit 1909 die Regalien, die wiederum der preussische Staat für den Betrieb des Eisenbergwerks Uhlenbrock und des Solquellenbergwerks Ottoshall, seit 1910 die Abgaben, die er für die Nutzung des Solquellenbergwerks Waltrop – alle drei im Kreise Recklinghausen-Land gelegen – an seinen Standesherrn abzuführen hatte.

Alles in allem dürften diese Abgaben um das Jahr 1910 sich zu einem Gesamtbetrag von 500'000 Mark summiert haben. Ein Jahresertrag von einer halben Million aber entspricht, wenn man eine durchschnittliche Verzinsung von 4 Prozent zugrunde legt, einem Vermögen von rd. 12,5 Mill. Mark. Soviel war das Bergregal der Arenberger sicherlich wert, das ihnen auf dem Wiener Kongress zugestanden worden war. Daneben aber bestanden mindestens in der gleichen Höhe noch andere private Bergregale im Regierungsbezirk Münster: Überbleibsel aus dem Jahrtausend des Feudalismus, die den Standesherrn erst nach der Revolution nicht etwa genommen, sondern zu guten Preisen abgekauft wurden.

Ein Staat, der einer Gruppe privater Konzernbesitzer keine Steuern abnimmt, der in gewissen Fällen die Steuerhoheit privater Untertanen anerkennt und sich ihr selbst unterwirft – das sich nur vorzustellen, übersteigt fast die Kräfte unserer an den Kategorien des rechtsstaatlichen Denkens geschulten Phantasie.

Preussen, das Preussen der Hohenzollern, war ein Staat dieser Art.

Freilich sagt der Artikel 4 der Preussischen Verfassung vom 31. Januar 1850: «Alle Preussen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind, unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.» So hiess es auf dem Papier der Verfassungsurkunde. Dennoch bestand ganz unangefochten die Doppelgleisigkeit der parlamentarischen Verfassung, die für die Repräsentation der Herren vom Stande das Herrenhaus, für die Vertretung des Volks das Abgeordnetenhaus und für die Wahl zur Volksvertretung das Dreiklassenwahlrecht vorsah. Dennoch durften zahlreiche Standesvorrechte weiterbestehen. Dennoch blieb es dabei, dass bei der Besetzung der hohen Verwaltungsämter und Offiziersstellen ganz ungescheut eine beinahe lückenlose Patronage zugunsten des Adels geübt wurde. Und die Rechtswissenschaft verstand es vortrefflich, die Praxis der Diskriminierung zu rechtfertigen.

In seinem grossen Kommentar zur Verfassungsurkunde für den Preussischen Staat, sagt der Berliner Professor Gerhard Anschütz beispielsweise hinsichtlich der im Grundgesetz niedergelegten Gleichheitsforderung: «Der Satz ist eine Maxime nicht für den, der das Gesetz gibt, sondern für den, der es *handhabt*; Gleichheit vor dem Gesetz ist in Wahrheit Gleichheit vor dem Richter und der Verwaltung». Und weiter: «Satz 1 verbietet dem Richter, *nicht aber dem Gesetzgeber*, Unterschiede zu machen. Die Freiheit des Gesetzgebers, das, was ihm verschieden erscheint, verschieden zu behandeln, wird durch den Satz nicht geschmälert und ebensowenig das Recht der Legislative, durch «Privilegien und Dispensationen Ausnahmen von der allgemeinen

Regel zu statuieren» – Ausnahmen welcher Art wird jedermann klar sein, der sich vergegenwärtigt, dass die gesetzgebende Gewalt gemeinsam vom König und den beiden Kammern, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, ausgeübt wurde.

Was den zweiten Satz des Artikels 4 angeht – «Standesvorrechte finden nicht statt» –, so konnte der Kommentator sich auf ein verfassungsänderndes Gesetz «betreffend die Deklaration der Verfassungsurkunde, in Bezug auf die Rechte der mittelbar gewordenen Deutschen Reichsfürsten und Grafen» vom 10. Juni 1854 berufen. Dieses Gesetz lief eindeutig auf die Feststellung hinaus, dass die Bestimmung über die Standesvorrechte «die im vorkonstitutionellen preussischen Recht begründeten Privilegien der Standesherrn unberührt» lasse.

Am leichtesten machte der Jurist es sich – oder vielleicht sollte man sagen: hatte es der Jurist –, die Bestimmung über die allgemeine Zugänglichkeit der öffentlichen Ämter für die zu ihrer Wahrnehmung Befähigten im Sinne der herrschenden Übung zu deuten: «Die *praktische* Bedeutung des dritten Satzes als Beschränkung des Anstellungsrechts der Staatsregierung darf nicht überschätzt werden», kommentierte Professor Anschütz: «Denn das Recht der anstellenden Staatsorgane, vorab des Königs und der Minister, auf freie Auswahl unter denen, die, nach Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen, insbesondere nach Lieferung des Befähigungsnachweises, sich zum Eintritt in den Staatsdienst erbieten, ist durch Satz 3 nicht im mindestens angetastet worden. Die gleichmässige Zugänglichkeit der öffentlichen Ämter gibt allen Befähigten das gleiche Recht, sich um die Ämter zu bewerben, keinem der Bewerber aber den Anspruch, erhört zu werden.»

Weiter liess der Zynismus in dem Bemühen, den Buchstaben des Grundgesetzes mit der dem Geist der Verfassung schnurstracks zuwiderlaufenden Praxis in Einklang zu bringen, sich kaum noch treiben. Wahrhaftig, wenn jemand Illustrationsmaterial für die These brauchte, dass es den Rechtsgelehrten immer gelinge, das Recht, wie klar es auch formuliert sei, im Sinne der herrschenden Klasse zu interpretieren: in den Schriften der preussischen Staatsrechtler und den Reden ihrer parlamentarischen Freunde fände er mehr als genug. Die herrschende Klasse waren die Junker. In ihrem Sinne wurde das Recht gehandhabt – um nicht zu sagen: wurde es systematisch gebeugt. Das geschah ganz unverhohlen, ohne dass einer der vielen an dieser Praxis und ihrer wissenschaftlichen Rechtfertigung beteiligten Staatsmänner, Politiker, Richter, Verwaltungsfachleute und Professoren das subjektive Bewusstsein gehabt hätte, die feierlich verbrieften Rechte des Volkes zu verraten. Die Rechtsstaatlichkeit Preussens – und nicht nur dieser Domäne des Junkertums – stand bloss auf dem Papier. Entscheidend dafür, welcher Inhalt das leere Gefäss des Rechts erfüllte, waren die Machtverhältnisse: die materiellen Machtverhältnisse, die in der politischen und gesellschaftlichen Machtverteilung ihr Abbild besaßen.

Um es ganz klar zu sagen: Die Fülle der materiellen Macht lag noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg beim grundbesitzenden Adel. Das war umrisshaft schon aus der

summarischen Statistik der preussischen Vermögen abzulesen. Recht deutlich aber wird der Tatbestand erst, wenn die Träger der grossen Vermögen persönlich vorgestellt werden.

Freilich schrieb Richard Levinsohn (Morus), man habe «im Preussen der Vorkriegszeit Adel und Reichtum nicht mehr gleichsetzen» können – entweder weil ihm die amtlichen Angaben nicht gegenwärtig waren, denen zufolge im Jahre 1911 nicht mehr als 14 Prozent der preussischen Vermögen in Handel und Gewerbe arbeiteten, 85 Prozent dagegen im Grundbesitz steckten und vom alten Reichtum zum Erwerb rententragender Titel verwandt worden waren, oder auch weil er 1930 schon zu stark unter dem Eindruck der Agrarkrise stand, um die Tatsachen rückblickend klar erkennen zu können. Immerhin fährt er fort: «Unter den 3'074 preussischen Steuerzahlern, die kurz vor dem Krieg ein Vermögen von 2 Mill. Mark versteuerten, gehören 856 dem Adel an. Von den 747 Steuerzahlern mit mehr als 5 Mill. Mark Vermögen sind 319 adlig; 49 Herzoge und Fürsten und 77 Grafen zählen zu dieser vordersten Millionärsreihe.»

Das klingt schon anders. Und wenn man sich vergegenwärtigt, was eine Ahnenreihe wirtschaftlich tüchtiger Grossgrundbesitzer zuwege bringen konnte, nimmt der Reichtum des Adels nicht mehr wunder. Elard von Oldenburg-Januschau beispielsweise, «der alte Januschauer», berichtet in seinen 1936 in hoher Auflage erschienenen Erinnerungen, sein Urgrossvater, der nach dem Siebenjährigen Krieg als armer Offizier das Gut Astrawischken bei Insterburg erheiratete, habe schon kurz darauf die bei Königsberg gelegenen Güter Beydritten und Mischen für 30'000 Taler hinzukaufen können. Aus seiner Ehe gingen dreizehn Kinder hervor: Jedem seiner überlebenden Söhne hinterliess er ein grosses Gut und jeder seiner fünf Töchter ein Barvermögen von 30'000 Talern.

Der Grossvater allerdings machte «schlimme Zeiten» durch. Aber «er wirtschaftete mit grosser Umsicht und brachte es sogar fertig, einige bankerotte Güter in seiner Nachbarschaft zu übernehmen, indem er den Vorbesitzern eine Leibrente gewährte.» Bei seinem Tode hinterliess er das Gut Beisleiden in einer Grösse von 6'000 Morgen. Ausserdem vermachte er seinen beiden Töchtern je ein hinzuerworbenes Gut.

Elards Vater übernahm sein Erbe mit einer Schuldenlast von 50'000 Talern. Doch gelang es ihm nicht nur, die Schulden auf Heller und Pfennig zu tilgen, er kaufte noch andere Güter hinzu und hinterliess sie 1888 bei seinem Tode in anerkannt gutem Zustand. Er brachte es sogar fertig, ein grosses Barvermögen zu erwerben, so dass meine vier Schwestern», berichtet der Januschauer, «bei seinem Tode je 150'000 Mark erhielten.»

Der preussische Kammerherr Elard von Oldenburg übernahm, als er den Rock des Garde-Ulanen-Offiziers ausgezogen hatte, das vom Vater für ihn erworbene Gut Januschau-Beisleiden fiel an den älteren Bruder und als dieser gestorben war, an dessen Sohn –, mit der Verpflichtung, dem alten Herrn jährlich 9'000 Mark zu zahlen. Das war keine schwere Last, denn das lebende Inventar allein erbrachte schon 27'000

Mark, der Verkauf der jährlich anfallenden 160 Zentner Wolle reichte aus, um die Pachtsumme zu decken, und der Getreideverkauf belief sich auf 33'000 Mark.

Was Wunder, dass Oldenburg zu seinem Gut Januschau (1'400 Hektar) schon zwei Jahre später das angrenzende Gut Brausen (1'090 Hektar) und das Waldgut Zollnick (677 Hektar) hinzuwarb. Er tat sich zunächst etwas schwer mit der Bewirtschaftung des auf immerhin 3' 167 Hektar oder 12'668 Morgen angewachsenen Besitzes, zumal er für den verwaisten Neffen auch noch Beisleiden verwaltete. Aber das hinderte ihn nicht, im Jahre 1905 das zwar nur kleine, doch sehr ertragstarke Gut Sardinien (236 Hektar) im Kreis Preussisch-Eylau und 1910 das Gut Lichterfelde (1'020 Hektar) bei Eberswalde zu kaufen. «Lichterfelde kostete mich», schreibt er in seinen Erinnerungen, «300'000 Mark Anzahlung. Den Rest von 700'000 Mark nahm ich gestrost als Schulden auf, weil die Lage dieses Guts in der Nähe Berlins und einer Reihe von Fabrikanlagen einen günstigen Absatz gewährte und weiterhin verhieß, dass hier zu Siedlungszwecken Baustellen abgegeben werden konnten. Diese Voraussicht erfüllte sich, so dass ich die auf Lichterfelde aufgenommenen Schulden durch Abverkäufe an die Industrie und Siedlungsgesellschaften abzahlen konnte.» In Lichterfelde wurde die letzte Hypothek 1919 getilgt, Januschau und Sardinien wurden 1922 schuldenfrei – nicht zuletzt dank der Entwertung des Geldes, die dem agrarischen und industriellen Sachwertbesitz trotz des verlorenen Krieges ein Reich neuer Möglichkeiten aufat. Einige Jahre später kaufte Oldenburg-Januschau, «da die Katze das Mäusen nicht lässt», noch das bei Frankfurt a.d. Oder gelegene Gut Biegen. «Erst das Anziehen der Steuerschraube durch die Regierungen der Weimarer Republik», resümierte er bitter, «zwang mich zur Neuaufnahme von Krediten.»

Mit seinen auf fünf Güter verteilten 4'423 Hektar oder 17'692 Morgen wurde Herr von Oldenburg-Januschau kurz vor dem Ersten Weltkrieg, wahrscheinlich viel zu niedrig, auf ein Vermögen von 2 bis 3 Mill. geschätzt. Freilich gehörte er zu der grossen Zahl der kleineren Agrarmagnaten, zur mittleren Schicht in der Pyramide des landwirtschaftlichen Reichtums, deren breite Basis die kopfstärke Klasse der Grundbesitzer mit einem steuerlich greifbaren sechsstelligen Vermögen bildete. Aber das zeigt seine und die Geschichte seines Hauses denn doch: dass ein tüchtiger Landwirt von Rang und Namen in guten wie in schlechten Zeiten seinen Grundbesitz mehren und kräftig zur Bildung jenes Kapitalvermögens beitragen konnte, von dessen Zinsen nicht nur die Rentner, sondern auch die hohen Staatsdiener in Uniform und Gehrock die Kosten ihrer aufwendigen Lebenshaltung bestritten.

Wir werden Männer von der Art des Januschauer zwar nicht in der Liste der einhundert reichsten Preussen der spätwilhelminischen Ära finden, die zum überwiegenden Teil Namen der hohen Geburts- und Finanzaristokratie aufweist. Elard von Oldenburg gehörte der zahlenmässig schon ziemlich starken Mittelschicht der preussischen Millionäre an, deren Reichtum aber keineswegs spektakuläre Ausmasse besass.

Aber man kann es auch anders und wahrscheinlich zutreffender formulieren: in

dem man feststellt, dass der preussische Kammerherr, Rittmeister a.D., Reichstagsabgeordneter und mehrfacher Rittergutsbesitzer der Führungsschicht jener überaus kopfstarken Kategorie des vorwiegend adligen Grundbesitzertums angehörte, deren Repräsentanten im Einzelfall zwar nur Vermögen von 100'000 bis zwei oder drei Millionen Mark ihr eigen nennen mochten, in ihrer Masse aber einen beträchtlichen Teil, gewiss nicht weniger als die Hälfte bis zwei Drittel der in Grundbesitz und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln sowie in rentetragenden Titeln angelegten Vermögen, das aber heisst, grob geschätzt, etwa die Hälfte «des Reichtums» im wilhelminischen Preussen besaßen.

Das muss man im Gedächtnis behalten, wenn man die nachstehende Zusammenstellung der einhundert Reichsten in Preussen liest. Denn diese Liste, so charakteristisch sie auch für die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der späten Kaiserzeit sein mag, zeigt doch bereits Merkmale, welche die elementare Rolle der «landed gentry» verdunkeln könnten.

Die 100 Reichsten im Preussen des Jahres 1910

	Vermögen Mill. Mark	Einkommen
<i>Frau Bertha Krupp v. Bohlen und Halbach</i> , auf dem Hügel bei Essen (Ruhr)	187	17
<i>Grundbesitz:</i> 2335 ha Betriebsgelände und 3-4000 ha land- und forstwirtschaftlicher Besitz.		
<i>Fürst Henckel von Donnersmarck</i> , auf Schloss Neudeck, Reg.-Bez. Oppeln	177	12
13. freier Standesherr auf Beuthen, Fideikommissherr auf Tarnowitz-Neudeck, Stifter und Herr der Fideikommission Zyglin und Repten, Herr der Herrschaft Zabrze und auf Makoschau, Kreis Zabrze, ferner' auf Chropaczow und Schwientochlowitz, Kreis Beuthen. <i>Grundbesitz:</i> In Preussen insgesamt 23 295 ha. Ausserdem die Güter Tapkowitz und Dobierzowice (zus. 1125 ha) in Russisch-Polen die Herrschaft Lipowiec (3076 ha) in Galizien, Aktienbesitz in der Montanindustrie (Schlesische AG für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb in Lipine, OS, Eisenwerk Kraft bei Stettin). Beteiligungen an Terrainunternehmungen, Banken und Warenhäusern. Eigene Bergwerke: Deutschlandgrube, Schlesiengrube und Donnersmarckgrube. Mit 4500 Arbeitern, einer Kohlenförderung von 1,75 Mill. t und einem Jahresgewinn von über 5 Mill. Mark.		
<i>Christian Kraft Fürst zu Hohenlohe-Oehringen</i> , Herzog von Ujest, auf Schloss Slawentzitz, Reg.-Bez. Oppeln	151	7
<i>Grundbesitz:</i> In Oberschlesien 42 698 ha. Die 1905 gegründete AG Hohenlohe-Werke zahlte dem Fürsten für die Einbringung seiner Bergwerksanteile,		

	Vermögen Mill Mark	Einkommen Mill Mark
Bergwerke, Grubenfelder, Industrieanlagen usw. zunächst 44 Mill. Mark in bar und löste einige Jahre später eine ewige und vererbliche Rente von jährlich 3 Mill. Mark durch Barzahlung von 32 Mill. Mark ab.		
<i>Freiherr Max v. Goldschmidt-Rothschild</i> in Frankfurt am Main. <i>Grundbesitz:</i> Fideikommiss Wroniawy (2123 ha), Kreis Bomst.	107	3-4
<i>Hans-Heinrich XV. Fürst von Pless</i> , auf Schloss Fürstenstein, Reg.-Bez. Breslau	84	1,9
<i>Grundbesitz:</i> I. Majoratsherrschaft Fürstentum Pless (OS), mit etwa 60 Gütern und Rittergütern und einer Gesamtfläche von 40 437 ha. XI. Freie Standesherrschaft Fürstenstein mit den Erblehen und Majoratsherrschaften Fürstenstein, Waldenburg, Friedland, Neuhaus und Dittersbach; Gesamtfläche von 10 068 ha. Die Standesherrschaft Pless besitzt das Bergregal über ein privilegiertes Bergbauggebiet von 680 430 000 qm. Auf den Waldenburger Kohlengruben des Fürsten arbeiteten 5800 Arbeiter und wurden täglich 4152 t Kohle gefördert. Die Zahlen für den Oberschlesischen Bergwerksbesitz lauten: 2400 Arbeiter, 3120 t Tagesförderung.		
<i>Hans-Ulrich Graf von Schaffgotsch</i> , verheiratet mit Johanna geb. Gryzik von Schomberg-Godulla, Kgl. Kammerherr auf Kopnitz, Reg.-Bez. Oppeln	79	4-5
<i>Gundbesitz des gräflichen Ehepaares:</i> 6 Güter mit einer Gesamtfläche von 4343 ha. Das 50-Mill.-Mark-Kapital der 1904 gegründeten gräflich Schaffgotschen Werke lag bis auf 20 000 Mark in der Hand der Gräfin Schaffgotsch.		
<i>Freifrau Mathilde verw. von Rothschild</i> , Schloss Grüneburg in Frankfurt am Main	76	2-3
Tochter des Chefs des Wiener Bankhauses, Freiherrn Anselm von Rothschild, Witwe des Chefs des Frankfurter Bankhauses, Wilhelm Freiherrn von Rothschild.		
<i>Kommerzienrat Eduard Beit von Speyer</i> , Mitinhaber des Bankgeschäfts Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt am Main; verehelicht mit Hanna Lucie Speyer	76	2-3
Seit 1896 Teilhaber des Frankfurter Bankhauses Lazard Speyer-Ellissen, das auch in London und New York seinen Sitz hatte. Inhaber der Firma waren ausser dem Kommerzienrat Eduard Beit: James Speyer, New York, Sir Edgard Speyer, London, Lucienne Piccard und Albert Bing, beide in Frankfurt a. M.		
<i>Franz-Hubert Graf Tiele-Winchler</i> , auf Schloss Moschen, Reg.-Bez. Oppeln	74	3-4
Beteiligt an der Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, in die sein Vater bei der Begründung Steinkohlenbergwerke, Eisenerzgruben und Eisenhütten im Ge-		

	Vermögen	Einkommen
	Mill. Mark	Mill. Mark
samtwert von 19 Mill. Mark einbrachte. Ferner an der Preussengrube AG, in die er sein gleichnamiges Steinkohlenbergwerk (31,1 Mill. Mark) eingebracht hatte. Die Hälfte der Preussenaktien kam an die Kattowitzer AG. <i>Grundbesitz:</i> In Schlesien insgesamt 45 989 ha.		
<i>Engelbert Herzog von Arenberg</i> , Schloss Nordkirchen, Reg.-Bez. Münster.....	59	2,6
Bergregal namentlich im Regierungsbezirk Münster. <i>Grundbesitz:</i> Insgesamt 27 842 ha.		
Wirklicher Geh. Rat <i>Graf Franz von Ballestrem</i> , auf Plawniowitz, Krs. Tost-Gleiwitz, Reg.-Bez. Oppeln, gest. Dezember 1910	56	2-3
Gräflich von Ballestremsche Montanwerke: Konsolidierte Brandenburggrube bei Ruda, konsolidierte Wolfganggrube bei Ruda, Castellengogrube bei Biskupitz. 6 Förderschächte mit 4500 Arbeitern und 6700 t Steinkohle täglicher Förderung. Gewerkschaft Steinkohlenbergwerk Hedwigswunsch bei Biskupitz-Borsigwerk an die Finna A. Borsig, Berlin, verpachtet. <i>Grundbesitz:</i> In Preussen 11 355 ha, in Ungarn 15 000 ha.		
Fabrikbesitzer <i>August Thyssen</i> , auf Schloss Landsberg bei Kettwig		
Geh. Kommerzienrat Fabrikbesitzer <i>Carl Henschel</i> , i. Fa. Henschel & Sohn, Lokomotivenfabrik, Kassel	55	2,6
Geh. Kommerzienrat Ingenieur Ziese	49	3,5
Inhaber der Schichau-Werft in Elbing, in der Landgemeinde Lärchwalde bei Elbing, Reg.-Bez. Danzig. Schwiegersohn und Erbe des Begründers der Schichau-Werft, die wenige Jahre vor dem Krieg etwa 10 000 Arbeiter beschäftigte. Dem Einkommen nach reicher als der reichste Mann Berlins (Ernst von Mendelssohn-Bartholdy).	47	5,5
Geh. Kommerzienrat <i>Franz Haniel</i> , Düsseldorf.....		
Vor dem Kriege der reichste Mann in Düsseldorf. Aufsichtsratsvorsitzender der Gutehoffnungshütte, Vorsitzender des Grabenvorstandes der Gewerkschaften Rheinpreussen, Neumühl und Zollverein, Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Niederrhein, die alle vier damals noch zum Vermögen der Haniels gehörten. Mitinhaber und Seniorchef der Maschinenfabrik Haniel & Lueg, Düsseldorf, Mitinhaber der Schiffsreederei und Brikettfabriken Hans Haniel & Co, Duisburg. Das Familienvermögen im Gesamtbetrag von schätzungsweise 400 Mill. Mark verteilte sich auf 22 Personen.	46	2-3
Frau <i>Franziska verw. Bankier Georg Speyer</i> , geb. Gumbert, Frankfurt am Main (gest. 1909).....		
Witwe des 1902 verstorbenen Frankfurter Bankiers Georg Speyer, der Seniorchef des Bankhauses Lazard Speyer-Ellissen in Frankfurt am Main war.	45	2-3

Stiftete das unter der Leitung des geheimen Obermedizinalrates Prof. Paul Ehrlich stehende Königliche Institut für experimentelle Therapie sowie das Ehrlichsche Institut zur Erforschung therapeutischer Methoden.

Ernst von <i>Mendelssohn-Bartholdy</i> , Wirklicher Geheimer Rat, Berlin (gest. Dezember 1908).....	43	3,27
Galt als der reichste Mann in Berlin. Das Bankhaus Mendelssohn & Co, begründet 1795, stand im Ruf, die bedeutendste Privatbank im Deutschen Reich zu sein. (Inhaber nach dem Tode Ernst von Mendelssohn-Bartholdy, sein Sohn Paul, seine Vettern Robert und Franz von Mendelssohn sowie Artur Fischei.)		
Frau <i>Adeline</i> verw. Geh. Kommerzienrat <i>Theodor Böninger geb. Haniel</i> , Duisburg	42	1,9
Tochter des 1868 verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Franz Haniel in Ruhrort; Schwester des Geheimen Kommerzienrats Franz Haniel in Düsseldorf. Mitinhaberin der Firma Franz Haniel & Co.		
<i>Fritz von Friedländer-Fuld</i> , Berlin	40	2,58
Vertragskohlenhändler der Gräfllich-Schaffgotschen Unternehmungen, des Fürsten Henckel von Donnersmarck und anderer ober-schlesischer Kohlenmagnaten. Hauptbeteiligter der 1890 gegründeten Oberschlesischen Koks werke und Chemischen Fabriken. Mitbegründer und Hauptbeteiligter der Braunkohlen- und Brikettindustrie AG, Berlin. Grossaktionär der AG für Teer- und Erdölindustrie, die in der Rütgerswerk AG aufging. Wahrscheinlich auch an der Hohenlohe-Werk AG, deren Aufsichtsrat er seit 1905 als Mitglied, später als stellvertretender Vorsitzender angehörte. Begründer der Norddeutschen Kohlen- und Kokswerke AG in Hamburg und der Russischen Montan-Industrie AG. Besitzer der Dampfschiffahrtreederei Emanuel Friedländer & Co, KG, Breslau. <i>Grundbesitz</i> : Fideikommiss Gross-Gorschütz (670 ha), Minderstandesherrschaft Loslau (699 ha), das Rittergut Lanke, auf dem der Geheimrat zeitweise lebte, war von dem verstorbenen Grafen Wilhelm von Redern gepachtet.		
Verlagsbuchhändler <i>Rudolf Mosse</i> , Berlin	40	2,54
Inhaber der gleichnamigen Verlagsanstalt, die Annoncenbüros in allen grösseren Städten Deutschlands und in den Hauptstädten des Auslands besass, sowie das <i>Berliner Tageblatt</i> , die <i>Berliner Morgenzeitung</i> und die <i>Berliner Volkszeitung</i> herausgab. <i>Grundbesitz</i> : Rittergut Dyotz (78 ha), Rittergut Schenkendorf (555 ha), Gut Gallun (350 ha).		
Frau verw. Wirkl. Geh. Rat <i>Alfred Krupp, geb. Freiin am Ende</i> , Exzellenz, auf dem Gutsbez. Hügel bei Essen (Ruhr) . .	40	
Witwe des 1902 verstorbenen Friedrich Alfred Krupp.		

Vermögen Einkommen
Mill. Mark

Lebte nach wie vor auf dem Hügel (Villa Hügel), einem Gutsbezirk, der durch den Zusammenkauf von 64 bäuerlichen Grundstücken entstanden war.

Rittergutsbesitzer <i>Julius Schottländer</i> , (gest. 1. Januar 1911) auf Schloss Hartlieb bei Breslau, Reg.-Bez. Breslau	58	1,2
Mehrheitsaktionär der Oberschlesischen Portlandzementfabrik in Oppeln und der Schlesischen Immobilien-AG. Besitzer des Weltbades Karlsbad.		
<i>Grundbesitz</i> : 35 Häuser in Breslau, gemeinsam mit seinem Sohn Dr. Paul Schottländer, Rittergutsbesitzer auf Wessig, Besitzer der Herrschaft Hartlieb, die aus rund 11 Rittergütern, Erbscholtiseien und Bauerngütern bestand. Insgesamt 1846 ha.		
<i>Freiherr Albert von Goldschmidt-Rothschild</i> , im Jahre 1908		
Attaché an der Deutschen Botschaft in London	38	
Ältester Sohn des in Frankfurt ansässigen Generalkonsuls Freiherrn Maximilian von Goldschmidt-Rothschild.		
<i>Freiherr Rudolf von Goldschmidt-Rothschild</i> , Frankfurt ...	37	1,6
Zweitältester Sohn des Freiherrn Maximilian von Goldschmidt-Rothschild. Lebte als Kunstmaler in Frankfurt am Main.		
Geh. Kommerzienrat <i>Arnhold</i> , Berlin.....	35,2	
Nach dem Tode Cäsar Wollheims (1910) einziger Inhaber der grossen Kohlenhandlung Cäsar Wollheim. Die Gründer und Inhaber des Bankgeschäfts Gehr. Arnhold in Dresden waren seine beiden Brüder Max und Georg.		2,5
Frau <i>Lucy Fleischer</i> , verw. gew. Gräfin Adelman von Adelmansfelden, geb. <i>Cockerill</i> in Wiesbaden.....	35-36	
Als Tochter einer geborenen Haniel war Frau Lucy Fleischer, die in zweiter Ehe den Herausgeber der <i>Deutschen Revue</i> , Richard Fleischer, geheiratet hatte, sehr hoch, vermutlich mit 25 Mill. Mark, am Hanielschen Familienvermögen beteiligt. Richard Fleischer gehörte dem Grubenvorstand der Gewerkschaften Rheinpreussen, Neumühl und Zollverein an.		2,5
<i>Ludwig von Knoop</i> , Wiesbaden.....	34-35	2,49
Leiter des Grosshandlungshauses Jersey & Co in Manchester.		
<i>Fugen von Kulmiz</i>	32-33	1,0
Besitzer der Gewerkschaften von Kulmiz, konsolidierte Segen-Gottes-Grube und Neue konsolidierte Cäsar-Grube, 2801 Arbeiter, tägliche Förderung 2070 t, der AG Silesia, Verein Chemischer Fabriken, Ida- und Marienhütte, der GmbH E. Kulmiz, Ida- und Marienhütte (Maschinenbau) und der Vereinigte Chamottefabriken (vorm. C. Kulmiz) GmbH, aus deren Eindringen in die Stettiner Chamottefabrik AG, vorm. Didier, er einen starken Anteil am Grundkapital dieser Gesellschaft erhielt.		
<i>Grundbesitz</i> : 6 Rittergüter mit insgesamt 2819 ha.		

	Vermögen Mill	Einkommen Mark
Verw. <i>Freifrau von Stumm-Halberg</i> , auf Schloss Halberg, Reg.-Bez. Trier.....	32-33	1-2
Witwe des 1901 verstorbenen Freiherrn Carl von Stumm-Halberg. Zum Familienvermögen gehörten die Gebrüder Stumm GmbH, die Dillinger Hüttenwerke AG und die Halberger Hütte.		
Bankier <i>Hans von Bleichröder</i> , Berlin.....	30,8	2,5
Mitinhaber des Bankhauses S. Bleichröder. Die drei anderen Inhaber der Firma waren im Jahre 1910: James von Bleichröder, Dr. Paul von Schwabach und Albert Blaschke. <i>James Simon</i> , Berlin		
	30,2	2,3
Seniorchef des 1882 unter der Firma Gebr. Simon gegründeten grössten deutschen Handelshauses in Baumwoll- und Leinengeweben, dessen Umsatz mit 60 Mill. Mark wahrscheinlich sogar den Umsatz der Firma A. Wertheim übertraf.		
Geh. Kommerzienrat <i>Emil vom Rath</i> , Köln	29-30	1,5
Aufsichtsratsvorsitzer der GmbH vom Rath, Schöller & Skene, Klettendorf bei Breslau, einer der grössten deutschen Zuckerfabriken mit eigenen Gütern (4110 ha), Aufsichtsratsvorsitzer des Rheinischen Aktienvereins für Zuckerfabrikation in Köln und Alten bei Dessau.		
Geh. Kommerzienrat <i>Selve</i>	29-30	1,6
<i>In Fa. Basse & Selve</i> (Okt. 1909 gest.), damals in Bonn. War der einzige Inhaber der Firma Basse & Selve in Altena, damals der grössten privaten Firma auf dem Gebiet der Metallindustrie.		
<i>Hugo Stinnes</i> , Mülheim a. d. Ruhr.....	28-29	0,85
Der bekannte Schwerindustrielle.		
Wirkl. Geh. Rat <i>Dr. jur. Willi von Dirks en</i> , Gröditzberg, Reg.-Bez. Liegnitz.....	28-29	2
<i>Grundbesitz</i> : Gut Jessen mit 750 ha, Herrschaft Gröditzberg, Reg.-Bez. Liegnitz, 6 Rittergüter mit insgesamt 2568 ha.		
<i>Christian-Ernst Hermann Fürst zu Stolberg-Wernigerode</i> , auf Schloss Wernigerode, Reg.-Bez. Magdeburg	27-28	0,40
Stammgut der fürstlichen Familie, bestehend aus 10 Domänen im Kreis Grafschaft Wernigerode, Reg.-Bez. Magdeburg, mit insgesamt 14 060 ha.		
Rittergutsbesitzer <i>Dr. Herbert von Meister</i> auf Sindlingen, Reg.-Bez. Wiesbaden	27-28	1,8
Sohn des Begründers der 1863 errichteten Firma Meister, Lucius & Co, aus der 1879 die ^Aktiengesellschaft Farbwerke Meister, Lucius & Brüning in Höchst bei Frankfurt j am Main hervorging.		
Geh. Reg.-Rat <i>Wilhelm von Siemens</i> , Charlottenburg	26-27	1,1
Zweiter Sohn des Begründers der Firma Siemens & Halske, Dr. Werner von Siemens.		

	Vermögen Mill. Mark	Einkommen
Gell. Kommerzienrat <i>Louis Ravené</i> , Berlin..... Alleiniger Inhaber der Firma Jakob Ravené Söhne, Berlin. Aufsichtsratsvorsitzer der Aktiengesellschaft Deutscher Eisenhandel, Berlin, und der Heinr. Aug. Schulte, Eisenhandlung in Dortmund. Besitzer von 7 Häusern und des Rittergutes Marquardt (324 ha), Kreis Osthavelland.	25,4	2,1
	25-26	1,7
Ökonomierat <i>Fritz von Dippe</i> Mitinhaber (zu $\frac{3}{5}$) der Fa. Gehr. Dippe in Quedlinburg, Reg.-Bez. Magdeburg. Besitzer des Rittergutes Haus Neindorf (760 ha), Kreis Quedlinburg, und des Rittergutes Wedlitz (599 ha), Kreis Bernburg, Herzogtum Anhalt. Die Firma Dippe bebaute insgesamt 2910 ha, wovon sie aber nur 238 ha als Eigentum besass.		
<i>Oskar Huldshinsky</i> , Berlin..... Die Huldshinskyschen Hüttenwerke (AK 20 Mill. Mark) wurden 1905 mit der Oberschlesischen Eisenbedarfs AG in Friedenshütte verschmolzen. Seither lebt Huldshinsky als Privatier in Berlin.	25	1,79
Kgl. Sachs. Generalkonsul <i>Freiherr Albert von Oppenheim</i> , Köln War Inhaber des Bankhauses .Sal. Oppenheim jun. & Cie, Köln	24-25	1,5
K. K. österr. Generalkonsul a.D. <i>Freiherr Eduard von Oppenheim</i> , Köln (gest. 15. Jan. 1909) War wie sein jüngerer Bruder Albert Inhaber des Kölner Bankhauses Sal. Oppenheim jun. & Cie.	24-25	1,5
Kommerzienrat <i>Julius Bötzwow</i> , Berlin..... Besitzer der grössten, noch in Privatbesitz befindlichen Berliner Brauerei sowie zahlreicher Häuser und Grundstücke in Berlin (insgesamt etwa 200 ha).	20	1,25
<i>Albert Maria Lamoral Fürst von Thum und Taxis in Regensburg</i> Be- sitzer des Fürstentums Krotoschin im Kreise Krotoschin und im Kreise Adelnau (zusammen 25 641 ha).	20-21	0,67
<i>Friedrich Reichsgraf von Schaffgottsch</i> auf Warmbrunn, Reg.-Bez. Liegnitz <i>Grundbesitz</i> : Freie Standesherrschaft Kynast (18 534 ha), Kreis Hirschberg, Reichsgräflicher Schaffgotscher Allodialbesitz (1966 ha), Kreis Hirschberg, Allodialherrschaft Greiffenstein (10 350 ha) im Kreise Löwenberg, zusammen also 30 850 ha.	20-21	1,5
<i>Lazarus Graf Henckel von Donnersmarck</i> auf Naklo, Krs. Tarnowitz, Reg.-Bez. Oppeln* Graf Lazarus, sein jüngerer Bruder Graf Arthur und sein Neffe Graf Edgar besaßen gemeinsam das im Jahre 1624 gestiftete, 1701 bestätigte Fideikommiss Minderstandesherrschaft Beuthen mit einer Gesamtfläche von 14*916 ha, grossen Kohlenbesitz und bedeutender Industrie. Kohlenförderung der Gruben Hugo und Zwang, Gottesegen- und Radzionkau-Grube mit 5*200 Arbeitern auf 8 Förderschächten täglich et-	20-21	1,5

	Vermögen Mill	Einkommen . Mark
wa 5'500 t. Graf Lazarus besass ferner das Allodialrittergut Naklo (570 ha), Krs. Tarnowitz, das nicht zu der Standesherrschaft Beuthen gehörte.		
<i>Viktor Herzog von Ratibor</i>	20-21	0,78
<i>Grundbesitz:</i> Majoratsherrschaft Herzogtum Ratibor mit 33 393 ha.		
<i>Freiherr Erich von Goldschmidt-Rothschild</i> , geb. 1894, Frankfurt am Main	20-21	
Jüngster Sohn des Freiherrn Maximilian von Goldschmidt-Rothschild.		
Geh. Kommerzienrat Sigmund <u>Achrott</u> , Bankier, Berlin Alleiniger Inhaber des Berliner Bankgeschäfts H. S. Aschrott. Legte wie der Breslauer Bankier Julius Schottlander den Grundstock seines Vermögens als Armeelieferant im Deutsch-Französischen Krieg.	20	1,38
Geh. Justizrat <i>Eduard Carp</i> , Düsseldorf.....	23-24	2
Verheiratet mit Alma, geb. Haniel. Dadurch in starkem Mass am Hanielschen Vermögen beteiligt.		
Geh. Kommerzienrat <i>Karl Lueg</i> , (gest. 1908)	22-23	1-1,5 (gesch.)
Bruder Heinrich Luegs, war Direktor der Gutehoffnungshütte. Seine Gattin entstammte der Familie der Düsseldorfer Druckereibesitzer Bargel.		
<i>Freifrau Reg.-Assessor Tilo v. Wilmowski</i> , geb. <i>Barbara Krupp</i> , Bonn, dann Grunewald bei Berlin	22-23	0,8
Jüngere der beiden Töchter des 1902 verstorbenen Friedrich Alfred Krupp.		
<i>Ernst von Borsig</i>	22-23	2,15
Inhaber der Maschinenfabrik A. Borsig, Tegel bei Berlin.		
Frau verw. <i>Louis Haniel</i> , geb. <i>de Greiff</i> , Düsseldorf (gest. im Jahre 1909)	22-23	1,4
<i>Conrad von Borsig</i>	21-22	2,05
Jüngerer Bruder Ernst von Borsigs und Inhaber der Firma A. Borsig, Tegel bei Berlin.		
Kgl. Schwed. Generalkonsul <i>Robert von Mendelssohn</i> , Berlin . Mitinhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co.	21,38	1,58
Geh. Kommerzienrat <i>Leopold Koppel</i> , Berlin	21,26	1,54
Begründer und alleiniger Inhaber des Berliner Bankhauses Koppel & Co. In den Jahren 1890 bis 1910 einer der bestverdienenden Berliner, verdankte seinen Aufstieg wesentlich der Ausbreitung des Gasglühlichts. Aufsichtsratsvorsitzer der Deutschen Gasglühlicht AG (Auer-Gesellschaft) und der Hotelbetriebsgesellschaft in Berlin.		
Frau verw. Kommerzienrat <i>Emmi von Dippe</i> , geb. Maikath, Mitinhaberin (zu ³ /s) der Firma Gebr. Dippe in Quedlinburg, Reg.-Bez. Magdeburg.....	21-22	1,4
Als Witwe des 1900 verstorbenen Kommerzienrats Karl von Dippe Mitinhaberin der berühmten Saatgutfirma Dippe.		

	Vermögen Mill.	Einkommen Mark
<i>Dr. jur. James von Bleichröder</i> , Berlin.....	23,06	1,52
Der jüngste der drei Söhne Gerson von Bleichröders. Mitinhaber des gleichnamigen Bankhauses. <i>Grundbesitz</i> : Rittergut Klein-Dehsa hei Löbau, Königreich Sachsen.		
Geh. Kommerzienrat <i>Dr. jur. Eduard Simon</i> , Berlin	23,02	1,6
Mitinhaber des Handlungshauses Gehr. Simon, Berlin (s. o.).		
<i>Freiin Lucy von Goldschmidt-Rothschild</i> , Frankfurt am Main .	23-24	0,8
Tochter des Generalkonsuls Maximilian Freiherrn von Goldschmidt-Rothschild.		
Geh. Kommerzienrat <i>Heinrich Lueg</i> , Düsseldorf.....	23-24	2 (gesell.)
Verheiratet mit einer Schwester des Kommerzienrates Hugo Jacobi und der Gattin Franz Handels, d.h. mit einer Angehörigen der Gründerfamilien der Gutehoffnungshütte, war Teilhaber und Leiter der Maschinenfabrik Haniel & Lueg in Düsseldorf.		
Geh. Kommerzienrat <i>Georg Haase, Brauereibesitzer in Breslau</i> .	23-24	0,98
Alleiniger Inhaber der Lagerbierbrauerei E. Haase in Breslau, wo er insgesamt 35 Häuser besass.		
<i>Freiherr Ferdinand von Stumm</i> , Botschafter z. D., Schloss Holzhausen, Kreis Kirchhain, Reg.-Bez. Kassel	23-24	1,8
Vermählt mit Pauline Freiin von Hoffmann, aus der Familie des bedeutenden Leipziger Bankiers Freiherrn Louis von Hoffmann. Teilhaber der Firma Gebr. Stumm GmbH und Vorsitzender des Grubenvorstandes der Gewerkschaft des konsolidierten Steinkohlenbergwerks Minister Achenbach, Brambauer. <i>Grundbesitz</i> : Rittergut Holzhausen (700 ha), Kreis Kirchhain, Reg.-Bez. Kassel, und Rittergut Rohlstorf (1500 ha), Kreis Seegeberg, Schleswig-Holstein.		
Rentier <i>August Haniel</i> , Düsseldorf	22-25	1,5
Besass einen besonders grossen Anteil des Hanielschen Familienvermögens.		
<i>Eugen von Waldthausen</i> , Essen (Ruhr)	18-19	1,1
Erhielt 1902 von Preussen die Bestätigung seines Adelsstandes. Aufsichtsratsmitglied und Hauptaktionär der Arenbergischen AG für Bergbau und Hüttenbetrieb in Essen. Ferner Aufsichtsratsmitglied der Essener Creditanstalt und des Wasserwerks für das nördliche westfälische Kohlenrevier.		
<i>Albert von Waldthausen</i> , Essen (Ruhr)	18-19	0,79
Erhielt 1900 von Preussen die Bestätigung seines Adelsstandes. Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaften Friedrich der Grosse und Orange in Gelsenkirchen.		
<i>Generalkonsul Karl von Weinberg</i> , Waldfried bei Schwanheim, Reg.-Bez. Wiesbaden	18-19	2,0
Gesellschafter und Geschäftsführer der Leopold Casella & Co, GmbH, an der die Höchster Farbwerke eine namhafte		

	Vermögen Mill. Mark	Einkommen
Minderheitsbeteiligung besaßen. Stammkapital seit 1908 25 Mill. Mark.	18-19	2,0
<i>Dr. phil. Arthur von Weinberg</i> , Frankfurt am Main		
Wie sein jüngerer Bruder Karl Gesellschafter und Geschäftsführer bei Casella & Co. Beide Brüder, namentlich aber Karl, als Rennstallbesitzer und Züchter bekannt geworden.		
<i>Jost Christian Fürst zu Stoiberg-Rossla</i> , Rossla, Kreis Sangerhausen, Reg.-Bez. Merseburg	18-19	0,54
<i>Grundbesitz</i> : Herrschaft Rossla mit 10 Domänen von insgesamt 9154 ha. Ferner die Herrschaft Ortenberg, Grossherzogtum Hessen, von unbekannter Grösse.		
<i>Arnold von Siemens</i> , Berlin.....	18,00	1,19
Ältester Sohn des geheimen Regierungsrates Dr. Werner von Siemens, der die Firma Siemens & Halske begründete.		
Geh. Kommerzienrat <i>Richard Pintsch</i> , Berlin.....	17,4	1,16
Vorstandsmitglied der Julius Pintsch AG und Mitbesitzer der Firma F. W. Körner & Co.		
<u>Geh. Justizrat <i>Eduard Uhles</i>, Berlin.....</u>	19,8	1,31
Geh. Kommerzienrat <i>Max von Guillaume</i> , Köln.....	19-20	1,1
Aus der Gründerfamilie der Velten & Guillaume Carlswerk AG, Köln.		
Geh. Kommerzienrat <i>Richard Pintsch</i>	19-20	1,13-1,14
Ältester Sohn des Julius Pintsch. War Mitinhaber der Firmen Julius Pintsch, Gas-Apparatefabrik, und der Glühlampenfabrik Gebr. Pintsch, bis zu deren Umwandlung in die Julius Pintsch AG, als deren Aufsichtsratsvorsitzer er sodann amtierte. Mitinhaber der Britzer Kies- und Sandgruben-Gesellschaft F.W. Körner & Co.		
<i>Wilhelm Ernst Grossherzog von Sachsen-Weimar</i>	19-20	0,79
Besitzer seiner in Preussen gelegenen Güter, insonderheit der in der Provinz Posen gelegenen Rittergüter und der schlesischen Herrschaft Heinrichau (zusammen 14 187 ha), Reg.-Bez. Breslau.		
<i>Generalkonsul Dr. jur. Paul von Schwabach</i> , Berlin.....	18,7	1,7
Mitinhaber des Bankhauses S. Bleichröder.		
	18-19	0,87
Geh. Kommerzienrat <i>Gerhard L. Meyer</i> , Hannover.....		
Mitglied des Herrenhauses, Aufsichtsratsvorsitzer der Useder Hütte AG und der Peiner Walzwerk AG, als deren Hauptaktionär er galt, ferner Aufsichtsratsvorsitzer der Hannoverschen Bank und Aufsichtsratsmitglied der Hannoverschen Maschinenbau AG, vorm. Georg Egestorf (heute Hanomag).		
Geh. Kommerzienrat <i>Dr.-Ing. Rudolf Wolf</i>	18-19	1,4
In Fa. R. Wolf Maschinenfabrik, Magdeburg. Begründer und bis zu seinem Tode (Ende 1910) Hauptteilhaber der Maschinenfabrik R. Wolf in Buckau (heute Maschinenfabrik Buckau, R. Wolf AG, Grevenbroich/Neuss, Werhahn-Konzern).		

DIE 100 REICHSTEN IN PREUSSEN 1910

	Vermögen MiB	Einkommen Mark
<i>Arthur Graf Henckel von Donnersmarck</i> , k. u. k. Kämmerer und Geheimer Rat, wohnhaft auf Schloss Wolfsberg in Kärnten sowie in Wien Jüngerer Bruder des Grafen Lazarus. Wie schon erwähnt, Mitbesitzer der Standesherrschaft Beuthen.	17-18	1,1
<i>Theodor Fleitmann</i> Bis 1902 Mitbesitzer und Hauptinhaber des Westfälischen Nickelwalzwerks Fleitmann, Witte & Co in Schwerte an der Ruhr, sodann Aufsichtsratsvorsitzer der Ver. Deutschen Nickelwerke AG, vorm. Westfälisches Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte & Co.	17-18	0,6
Geh. Kommerzienrat <i>Theodor von Guillaume</i> , Köln Aus der Gründerfamilie Guillaume und mit dem Velten & Guillaume-Komplex eng verbunden.	17-18	1,1
Kommerzienrat <i>Arnold von Guillaume</i> , Köln Alleiniger Inhaber der Firma Velten & Guillaume, mech. Hanfspinnerei und Bindfadenfabrik, Köln, die sich schon vor vielen Jahren von der Firma Velten & Guillaume getrennt hatte. Besitzer von 18 Häusern, vorwiegend im Zentrum Kölns. Eng verwandt mit den reichsten Kölner Familien.	17-18	0,9
<i>Leopold Sonnemann</i> , Frankfurt am Main (gestorben 1909) Begründer (1856) und seit 1867 alleiniger Eigentümer und Herausgeber der <i>Frankfurter Zeitung</i> , die später von der Frankfurter Sozietätsdruckerei GmbH herausgegeben wurde.	17-18	1,1
Bankier <i>Carl von Metzler</i> , Seniorchef der Fa. B. Metzler seel. Sohn & Co, Frankfurt/M Vermählt mit Anna Luise Grunelius, so dass zwei der grössten Frankfurter Bankiersfamilien sich in seiner Hand zusammenfassten.	17-18	0,75
Maler <i>Professor Georg Oeder</i> , Düsseldorf Sohn des Bankiers Ludwig Oeder. Durch seine Ehe mit Tsnelda Haniel, der Tochter Louis Haniels, in namhaftem Ausmass am Familienvermögen der Haniels beteiligt.	17-18	0,9
Frau <i>Berta verw. Hugo Haniel</i> , geb. Bömnger, Düsseldorf .	17-18	0,9
Geh. Kommerzienrat Webereibesitzer <i>Otto Müller</i> , Görlitz (verstorben 1908)..... Begründer und Hauptinhaber der Firma Otto Müller & Co, Seiden-, Halbseiden- und Baumwollweberei in Görlitz, Seidenberg (O.-L.) und Ebersdorf in Böhmen.	17-18	0,6
Fabrikbesitzer <i>August von Waldthausen</i> , Düsseldorf..... Erhielt den Adel in Preussen 1901 bestätigt. Verheiratet mit Helene, Elisabeth Schiess, einer der beiden Töchter des bekannten Düsseldorfer Maschinenfabrikanten Geh. Kommerzienrat Ernst Schiess. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer des Grubenvorstandes der Zeche Eintracht Tiefbau, der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Altendorf und der Gewerkschaft Friedrich der Grosse sowie Mitglied	17-18	0,9

		Vermögen Mill. Mark	Einkommen
des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Unser Fritz, die alle in erster Linie der Familie Waldthausen gehörten.			
Generaldirektor ,L)r. <i>Gustav von Brüning</i> , Frankfurt am Main Generaldirektor der massgeblich von seinem Vater Adolf von Brüning begründeten Hoechster Farbwerke.	17-18		0,82
<i>Franz von Mendelssohn</i> , Generalkonsul, i. Fa. Mendelssohn & Co, Grünewald bei Berlin	17-18		0,89
Mitinhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co.			
<i>König Friedrich August von Sachsen</i>	17-18		0,75
Besitzer der schlesischen Güter, welche der Güterdirektion in Öls unterstehen. Gesamtfläche 22 312 ha.			
<i>Fürst zu Solms-Baruth</i> , Oberstkämmerer des Kaisers und Königs, Besitzer der Standesherrschaft Baruth, Reg.-Bez. Potsdam, auf Klitschdorf, Kreis Bunzlau, Reg.-Bez. Liegnitz . . . 17-18 Sohn des ersten Fürsten Friedrich. <i>Grundbesitz</i> : Standesherrschaft Baruth (12 213 ha), Kreis Jüterbog-Luckenwalde, des Ritterguts Golsen (3216 ha), Kreis Luckau, und der Herrschaft Klitschdorf-Werau (23 278 ha) mit zahlreichen industriellen Betrieben im Regierungsbezirk Liegnitz. Insgesamt also 38 707 ha.			
Bankier <i>Wilhelm von Krause</i> , Berlin	16,38		0,81
1873 in den preussischen Adelsstand erhoben. Hauptinhaber und Seniorchef des Bankgeschäfts F. W. Krause. <i>Grundbesitz</i> : Rittergüter Buchwald (1617 ha) und Wurchow B. (516 ha) im Kreise Neustettin.			
Geh. Kommerzienrat <i>Leo Gans</i> , Frankfurt/M	16-17		1,5
Aufsichtsratsmitglied der Hoechster Farbwerke und Beiratsmitglied der Leopold Casella & Co, GmbH.			
Bankier <i>Albert Mumm v. Schwarzenstein</i> , Frankfurt am Main . 16-17 Seniorchef des 1805 gegründeten Frankfurter Bankhauses A. Mumm & Co. Vermählt mit der sehr vermögenden rheinischen Industriellentochter Eugenie Scheibler.			0,78
Frau <i>Sophie</i> verw. Geh. Kommerzienrat <i>Max von Guaita, geb. Levé</i> , in der Stadt Cronberg, Reg.-Bez. Wiesbaden . . . 16-17 (gest. zu Cronberg a. Taunus am 1. Juli 1909).			0,75
<i>Ferdinand Fürst Radziwill</i>	16-17		0,6
Besitzer der Grafschaft Przygodzice in den Kreisen Adelnau und Ostrowo, auf Schloss Antonin, Kreis Ostrowo, Reg.-Bez. Posen. <i>Grundbesitz</i> : Insgesamt 15 262 ha.			
Majoratsherr <i>Anton Graf von Magnis</i> , auf Eckersdorf, Kreis Neurode, Reg.-Bez. Breslau	16-17		0,68
Vorsitzender des Grubenvorstandes und (wahrscheinlich alleiniger Besitzer der Gewerkschaft Neuroder Kohlen- und Tonwerke zu Neurode: ca. 2500 Arbeiter, Tagesförderung: 1326 t Steinkohle, 280 t Ton und 8,3 t Eisensteine. <i>Grundbesitz</i> : Insgesamt 9634ha, bestehend aus einer Reihe von Rittergütern, Forstbezirken und Bauerngütern in den Kreisen Neurode, Glatz und Habelschwerdt.			

Wären die Krupps nicht gewesen, deren Familienvermögen im Jahre 1901 das bis dahin grösste Vermögen in Preussen, jenes der Frankfurter Rothschilds, überholt hatte, so wäre die Spitze der preussischen Reichtumspyramide von zwei hocharistokratischen Vermögen gebildet worden. Aber sie waren nun einmal da: nicht eigentlich Schwerindustrielle, sondern Waffenschmiede, die mit Preussens Gloria und im internationalen Rüstungsgeschäft zur stärksten wirtschaftlichen Einzelmacht im wilhelminischen Deutschland emporgewachsen waren. Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach wurde 1908, sehr bescheiden, auf das gleiche Vermögen von 187 Mill. Mark geschätzt, das steuerlich schon 1902 nachgewiesen werden konnte. Inzwischen aber war die Zahl der Krupp-Arbeiter, die 1880 erst 13'000 betragen hatte, beträchtlich gewachsen: Im Jahre 1900 zählten die Betriebsstätten der Firma 46'679 Angestellte und Arbeiter; fünf Jahre später waren es 55'816 und nach einem weiteren Jahrfünft 68'191, die für die Herren auf dem Hügel tätig waren. Man kommt der Wahrheit schon näher, wenn man das Vermögen der Mutter Berta Krupps, der Witwe des 1902 auf Capri verstorbenen Wirklichen Geheimen Rats Alfred Krupp, das 1910 auf 40 Mill. Mark geschätzt wurde, und die 22 bis 23 Mill. Mark, die ihre jüngere Schwester Barbara dem Regierungsassessor Tilo von Wilmowski in die Ehe mitgebracht hatte, zum Kruppschen Familienvermögen hinzuschlägt. Aber auch diese rund 250 Mill. Mark stellen nur den unzulänglichen Geldausdruck einer Wirtschaftsmacht dar, die ihresgleichen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa kaum mehr hatte. Selbst der Kaiser und seine Söhne hatten aus den Einkünften der Zivilliste nicht mehr zu verzehren als Berta Krupp mit ihrer Familie. Das will freilich nicht viel sagen. Doch immerhin zeigt es den Abstand, der den Hügel von den Niederungen der misera plebs trennte. Damals schon.

Im Gegensatz zu den üppig ins Kraut schiessenden Industrievermögen, die seit der Jahrhundertwende mehr und mehr von sich reden machten, schwanden Glanz und Grösse des legendären Rothschildschen Reichtums schnell dahin. Freiherr Wilhelm von Rothschild, der letzte der Frankfurter Dynastie, der mindestens der Form nach bis zu seinem Tode (1901) das Bankgeschäft betrieb, besass im Jahre 1896 ein Vermögen von 216 Mill. Mark. Infolge von Kurssteigerungen seines Wertpapierbesitzes wurde es 1899 mit 266 Mill. Mark bewertet und wird bis zu seinem Hinscheiden wohl noch um 30 bis 35 Mill. Mark gewachsen sein. Als Einkommen versteuerte er jedoch in den fünf Jahren von 1896 bis 1900 nur jeweils 7 Mill. Mark. Das heisst, die Rendite, die er mit seiner «bankmännischen» Tätigkeit erwirtschaftete, lag zwischen $2\frac{2}{3}$ und $3\frac{3}{4}$ Prozent des eingesetzten Kapitals – zur gleichen Zeit, als grosse industrielle Gesellschaften Dividenden von 10, 20 und mehr Prozent verteilten. Das grösste deutsche Vermögen war in einem Jahrhundert gealtert; es arbeitete kaum noch ertragbringend, und nach den Gesetzen der Erbteilung verteilte es sich auf eine schnellwachsende Zahl von Familien. Wilhelm von Rothschilds 300 Mill. Mark gingen in drei Teile: ein Teil kam an seine Witwe, Freifrau Mathilde aus dem Wiener Hause der Rothschilds, ein

Teil an seine Tochter Minna, deren Gatte Maximilian Benedikt Freiherr von Rothschild-Goldschmidt 1902 ein Vermögen von 139 Mill. Mark auswies, der dritte Teil an die Pariser Rothschilds. Der Freiherr von Goldschmidt-Rothschild zählte im Gegensatz zu seinem Schwiegervater, der dem risikolosen otium in dignitate bei Weitem den Vorzug gab, zwar schon zu den modernen Geschäftsleuten, die sich zu spekulativen Geldanlagen verstanden. so stieg er in Verbindung mit der Firma Wernher, Beit & co. in das südafrikanische Goldminengeschäft ein und soll damit sogar Erfolge erzielt haben. Dennoch wuchs sein Vermögen nicht mehr und blieb mit einer Rendite von 4 bis höchstens 5 Prozent auf dem Niveau der Verzinsung, auf dem sich im Allgemeinen die «goldgeränderten» Wertpapiere, die Schuldverschreibungen der Staaten, Gemeinden, Eisenbahnen usw. behaupteten, die ihren Besitzern ein sicheres und müheloses Einkommen garantierten.

Wie anders stellte die neue Zeit, das Zeitalter der tief eingreifenden industriellen Umwälzungen, sich für die schlesischen Magnaten dar. Gewiss, sie waren in erster Linie Grundbesitzer. Die fünf Reichsten aus ihren Reihen hatten allein in Preussen ein Areal von 166'830 Hektar oder 667'320 Morgen ererbt und erworben. Nicht eben wenig für das Volk ohne Raum, zu dessen Elite sie zählten, aber doch längst nicht genug, um die enorme Grösse und das Wachstumstempo ihres Reichtums zu erklären. Das wäre heute anders. in unserer Zeit «mit dem gewaltigen, schnell und beständig wachsenden Holzbedarf des Bergbaus, der Bauwirtschaft, der Kunststoff- und der Papierindustrie gäbe der Waldbesitz der Hocharistokratie einen völlig ausreichenden Erklärungsgrund ab, sowohl für die Grösse wie für die Entwicklung ihrer Vermögen. Damals war es der Reichtum schlesiens an Bodenschätzen, vornehmlich an Kohle, aber auch an Zink-, Blei- und in geringem Umfang an Eisenerzen, nicht zuletzt aber die Verfügung über ein riesiges Reservoir billiger Arbeitskräfte, denen sie ihren Aufstieg verdankten. An erster Stelle unter den blaublütigen Schwerindustriellen in der Südost-ecke Preussens stand Fürst Guido Henckel von Donnersmarck, ein spekulativer und

Entwicklung schlesischer Magnatenvermögen

In Mill. Mark

	H-D	U	PI	Sch	T-W	Zusammen
1895	71	45	84	21	19	240
1899	72	54	85	48	30	289
1902	96	59	92	39	31	317
1905	120	100	91	64	47	422
1908	177	151	84	79	74	565

- H-D = Fürst Henckel von Donnersmarck
 U = Christian Kraft Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest
 PI = Hans Heinrich XV. Fürst von Pless
 Sch = Hans-Ulrich Graf von Schaffgotsch
 T-W = Franz-Hubert Graf Tiele-Winckler

fortschrittlicher Geist, der es keineswegs darauf anlegte, in jedem seiner zahlreichen Betriebe der Herr im eigenen Haus zu bleiben, sondern vielmehr darauf bedacht war, zu gelegener Zeit zu verkaufen, um den Erlös in neuen, mehr versprechenden Anlagen zu investieren: So stiess er 1906 die Bethlen-Falva-Hütte an die benachbarte Bismarckhütte ab, brachte einen guten Teil Aktien des Eisenwerks Kraft unter das Publikum und verkaufte 1908 an die AG für Bergbau und Zinkhüttenbetriebe in Lipine, die ein halbes Jahrhundert zuvor aus dem Besitztum des gräflichen Vaters hervorgegangen war und bei der dann der fürstliche Sohn dank seinem Aktienbesitz als Aufsichtsratsvorsitzer amtierte, das noch im Ausbau befindliche Steinkohlenbergwerk Andalusien für 15 Mill. Mark. Er selbst beschränkte sich auf den Betrieb von drei Steinkohlenbergwerken – der Deutschland-, der Schlesien- und der Donnersmarck-Grube – die ihm immerhin mehr als 5 Mill. Mark im Jahre abwarfen. Später wandte er sich dem neuen Gebiet der Kunstfaserindustrie zu. Anscheinend nicht mit allzuviel Glück; denn obwohl sein Werk Sydowsaue nach dem damals noch neuen, wirtschaftlich recht ergebigen Viskoseverfahren arbeitete, wurde es schon im Jahre 1911 an den Glanzstoffkonzern verkauft. Den Ausgleich fand der Fürst in seinen stillen Bank- und Warenhausbeteiligungen. Nehmt alles nur in allem: Er war ein Mann, der, anders als viele Bürgerliche, die Heraufkunft des Massenkonsums und seiner Gesetze ahnte. Was ihm als Ruhelosigkeit ausgelegt werden könnte, die Leichtigkeit, mit der er sich vom erbten Besitz trennte und grosse Summen in neue, kaum erst bewährte Anlagen investierte, entstammt eher der emotionalen Einsicht in die Eigenart einer neuen Ära als etwa mangelnder Prinzipientreue. Der Unternehmer, der mit geringem Kapitalaufwand gearbeitet hatte, konnte es sich leisten, individuelle Bedürfnisse durch die Produktion wirklich dauerhafter Güter zu befriedigen. Wer nun aber Millionen in die Werke investiert hatte, die für den Massenverbrauch produzierten, trug die Verantwortung dafür, dass die Räder nicht aufhörten, sich zu drehen. Anders wäre die kontinuierliche Verzinsung der angelegten Kapitalien nicht möglich gewesen. Er durfte nicht auf jene dauernde und solide Befriedigung des Verbraucherbedarfs hinarbeiten, die der handwerkliche oder manufakturmässig arbeitende Unternehmer angestrebt hatte. Die Befriedigung des Massenbedarfs durfte nie bis zum Sättigungspunkt kommen; der Wechsel der Mode musste dafür sorgen, die Masse der Konsumenten in Unruhe zu halten – immer bereit, nach dem Neuen zu greifen. Wer da aber mithalten wollte, musste über flüssige Mittel verfügen oder mindestens über Anlagen, die schnell «realisiert» werden konnten.

Bis zu einem gewissen Punkt entsprach Fürst Guido schon dem neuen Unternehmertypus, der mit der Schicht der Massenverbraucher im Rahmen der industrialisierten Gesellschaft heranwuchs. Er partizipierte an beidem: sowohl an der Wertsteigerung der elementaren Produktionsgüter – Kohle, Metalle und Eisen –, die in den Aufbau des industriellen Produktionsapparats eingingen, als auch an der mit allen Mitteln der Werbung und der Mode in Unruhe gehaltenen Expansion der Verbraucherbedürf-

nisse. Er blieb der Sphäre der Montanindustrie treu, aber er versuchte sein Glück auch schon im Bereich der Verbrauchsgütererzeugung und -Verteilung. Er sorgte dafür, liquide zu bleiben, d.h. immer über flüssiges Kapital zu verfügen, um es anzulegen, wo nur eine lohnende Investition sich bot. Aber er blieb bei alledem der Grossgrundbesitzer, dessen Boden mit der wachsenden Bevölkerung im Werte stieg und, wenn es Not tat, die beste Sicherheit für die Aufnahme von Krediten bot, die ein Bankier verlangen konnte.

Sein Vermögen wuchs in weniger als anderthalb Jahrzehnten auf das Zweieinhalbfache, von 71 auf 177 Mill. Mark. Das scheint uns fast unvorstellbar. Und doch muss man sich fragen, ob der Fürst, der mit seinen progressiven Ideen und Methoden seiner Zeit vorausgeeilt war, nicht besser daran getan hätte, sich auf den Bezirk der Montanindustrie zu beschränken.

Wir sehen nämlich, dass seine Standesgenossen, die so verfuhrten, mit einer Ausnahme, noch üppiger prosperierten als Guido von Henckel-Donnersmarck. Freilich, er war und blieb bis zum Ersten Weltkrieg der Reichste unter den schlesischen Magnaten. Aber der aus Württemberg stammende Christian Kraft Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest – erbliches Mitglied des Preussischen Herrenhauses und der Württembergischen Kammer der Standesherrn –, kam 1908 mit seinem Vermögen von 151 Mill. Mark schon nahe an Henckel-Donnersmarck heran. Und was noch wichtiger war, sein Reichtum war wesentlich schneller gewachsen als der des Fürsten: nämlich von 45 Mill. Mark im Jahre 1895 auf 151 Mill. Mark im Jahre 1908 oder um 235,6 Prozent, während die Wachstumsrate des fürstlichen Vermögens sich «nur» mit rd. 150 Prozent errechnete. Nicht etwa weil der Herzog besser zu wirtschaften verstanden hätte als der Fürst, sondern weil sein industrieller Ehrgeiz sich darauf beschränkte, Grossaktionär der Hohenlohe-Werke zu bleiben, in die er seine Bergwerke und Industrieanlagen eingebracht hatte.

Ähnlich stand es mit den Grafen Schaffgotsch und Tiele-Winckler. Das von der Adoptivtochter des oberschlesischen Zinkkönigs Godulla, Johanna Gryczik, von Schörnberg-Godulla, als Heiratsgut eingebrachte Erbe – vier Rittergüter und je 40 Zinkerz- und Kohlengruben – war 1904 von der Gräfin Schaffgotschen Verwaltung auf die Gräflin Schaffgotschen Werke GmbH übertragen worden, aus der später die heute noch existierende Schaffgotsch-Bergwerksgesellschaft mbH entstand. Dank der Mitarbeit hervorragender Fachleute – von denen die Generaldirektoren Köhler, Erbs und Dr. Stephan der älteren Generation noch bekannt sind – entwickelten sich die Gräflin Schaffgotschen Werke zu einem unternehmerischen Zentrum des südostdeutschen Bergbaus: Die Paulus-Hohenzollern-Grube und die Gräfin-Johanna-Grube galten als die bedeutendsten Zechenanlagen Oberschlesiens, die letzte sogar bis 1945 als die grösste Kohlengrube Europas. Die knappe Vervierfachung des Schaffgotschen Vermögens in einem Zeitraum von dreizehn Jahren reflektiert die ungewöhnliche Gunst der Verhältnisse, die in der wilhelminischen Ära dem konsequenten und zielbewussten Montanindustriellen zur Seite stand.

Annähernd vervierfachen konnte sich in den Jahren 1895-1908 auch das Vermö-

gen des Grafen Franz-Hubert Peter von Tiele-Winckler. Schon der Vater des Grafen hatte 1889 den grössten Teil des reichen Montanbesitztums der Familie auf die «Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Kattowitz» übertragen, die zweiundvierzig Jahre lang (1889-1931) von dem hervorragenden, technisch für den gesamten oberschlesischen Bergbau wegweisenden Generaldirektor Gustav Williger geleitet wurde. Der Sohn ging noch einen Schritt weiter, indem er die im Familienbesitz verbliebene Preussengrube in die gleichnamige Aktiengesellschaft einbrachte, deren Anteile zur Hälfte von der Kattowitzer AG übernommen wurden. Hier wie dort bekleidete er das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden. Den unternehmerischen Impulsen, die dieser konsequent und modern – d.h. in den Kategorien des Gesellschaftsrechts – denkende Montanindustrielle auf seine Mitarbeiter übertrug, ist es zu danken, dass das Familienvermögen sich in einem selbst für jene Jahre staunenerregenden Tempo vermehrte.

Umso stärker befremdet es, dass die Fürsten Pless nicht an dem säkularen Trend teilhatten, der die schlesischen Magnatenvermögen zu schwindelnder Höhe emportrug. Sie waren mit insgesamt 50'505 Hektar die landreichsten Standesherrn im Südosten und besaßen daneben noch gute Kohlengruben in Oberschlesien und freilich weniger ergiebige Zechen im Waldenburgischen. Ob sie nun zu patriarchalisch wirtschafteten; ob der Verzicht darauf, durch die Übertragung ihres montanindustriellen Eigentums auf Aktiengesellschaften, die sie ja weiterhin hätten dominieren können, Anschluss an den Kapitalmarkt und solcherart auch an den technischen Fortschritt zu finden, den Ausschlag gegeben hatte – jedenfalls ihr Vermögen stagnierte. Es war 1895 das grösste der schlesischen Magnatenvermögen gewesen; 1908 stand es an dritter Stelle – es war in diesen dreizehn Jahren nicht mehr gewachsen.

Aufs Ganze gesehen bleibt die Entwicklung gleichwohl frappierend, der die schlesischen Montanmagnaten in dreizehn Jahren eine Verdrei- und Vervielfachung ihrer Vermögen verdankten – wenn der Geldausdruck überhaupt hinreicht, die wirkliche Grösse ihres Reichtums zum Ausdruck zu bringen. Freilich, auch die Krupps und die Henschels konnten zufrieden sein; sie hatten ihre Vermögen immerhin verdoppeln können. Der Geh. Kommerzienrat Carl H. Ziese, der als der Schwiegersohn des genialen Erich Schichau 1896 die Werft übernommen und seine Schwäger «ausgezahlt» hatte, hatte es gar zuwege gebracht, den Geldwert seines Besitztums – Maschinenfabrik, Eisen- und Stahlgiesserei, Werften und Schwimmdocks, Lokomotivfabrik und Kesselschmiede in Elbing, Schiffswerft für Schiffe jeder Grösse in Danzig, Schwimmdocks und Reparaturwerkstätten in Pillau – von 8 Mill. Mark im Jahre 1896 auf 47 Mill. Mark im Jahre 1908 zu bringen, ihn also in zwölf Jahren beinahe zu versechsfachen. Aber das war wohl ein Einzelfall; denn Schichau wuchs mit der deutschen Seegeltung. Schichau baute grosse und grösste Schnelldampfer für die Handelsschifffahrt; die Werft lieferte für die deutsche Kriegsmarine im Laufe der Jahre 306 Torpedoboote und versorgte auch das Ausland, Russland, China, Argentinien u.a.m. mit den von Ziese in maschineller Hinsicht entwickelten schnellsten Kriegs-

fahrzeugen; endlich war Schichau massgeblich am Bauprogramm der Hochseeflotte beteiligt: Die Linienschiffe «Schlesien», «Oldenburg», und «König Albert», der grosse Panzerkreuzer «Lützow», die kleinen Panzerkreuzer «Elbing» und «Pillau» entstanden auf den Werftanlagen der Firma. Schichau gehörte zu den grossen Waffenschmiedern des Kaiserreichs – wie die Essener Krupps. Nur dass niemand so recht wusste, wie gross eigentlich Ziese, der Erbe des Firmengründers, in wenigen Jahren geworden war.

Verglichen mit den grossen Montanvermögen im Westen und Südosten des Reichs war die Höhe, verglichen mit den zahlreichen Industrievermögen, die ihre Entstehung der Entwicklung der Verkehrswirtschaft, der Anwendung von Gas und Elektrizität, der Bauwirtschaft, kurzum dem Auftrieb des Massenbedarfs verdankten, der mit der Industrialisierung und Verstädterung des Lebens einherging, war das Wachstum der Berliner Bankiers- und Händlervermögen, an die sich gemeinhin die Vorstellung überwältigend grossen Reichtums knüpfte, ins Hintertreffen geraten.

Erinnern wir uns: die Summe der fünf grössten schlesischen Magnatenvermögen hatte 1895 240 Mill., 1908 aber 565 Mill. Mark betragen. Und verglichen wir nun: die zehn reichsten Männer der Reichshauptstadt hatten 1895 insgesamt 210 Mill. Mark im Vermögen, die zehn reichsten Berliner – es waren nicht mehr alle dieselben wie dreizehn Jahre vorher – besaßen im Jahre 1908 insgesamt 316 Mill. Mark.

Die zehn grössten Berliner Vermögen¹

in Mill. Mark

Jahr	1895	1899	1902	1905	1908
Ernst v. Mendelssohn-Bartholdy	(25,00)	(39,76)	(35,02)	40,00	43,00
Fritz v. Friedländer-Fuld	(25,00)	(32,02)	(32,02)	35,02	40,02
Rudolf Mosse	(25,00)	(28,02)	(32,02)	34,02	40,02
Kommerzienrat Arnhold	(24,00)	(27,52)	(27,32)	31,24	35,52
Hans v. Bleichröder	(21,92)	(23,94)	(24,72)	31,10	30,88
James Simon	(19,72)	(21,52)	(24,04)	24,72	30,28
Geh. Kommerzienrat Louis Ravene	(18,08)	(20,02)	(22,56)	24,26	25,44
Oskar Huldshinsky	(17,28)	(19,84)	(21,86)	(22,18)	25,00
Dr. James v. Bleichröder	(17,00)	(19,70)	(21,62)	21,12	23,06
Geh. Kommerzienrat Dr. Ed. Simon	(17,00)	(18,90)	(21,36)	21,10	23,02
zusammen	210,00	251,24	262,54	284,76	316,24

¹ Ohne das Vermögen des Geh. Reg.-Rats Werner v. Siemens, das mit 26-27 Mill. Mark im Jahre 1908 an siebenter Stelle stand.-Den nebenstehenden Vermögenträgern können nur die nicht in () stehenden Vermögen zugeordnet werden.

Strenggenommen können die beiden Berliner Zahlen nicht miteinander verglichen werden, obwohl sich auch schon aus ihnen ablesen lässt, wieviel geringer das Wachstumstempo des Berliner Reichstums als jenes der provinziellen Montanvermögen war. Wohl aber scheint die Feststellung statthaft, dass im Jahre 1895 die fünf grössten schlesischen Magnaten nur um ein Siebentel, im Jahre 1908 dagegen um fast vier Fünftel reicher waren als die zehn reichsten Berliner. Woraus natürlich gefolgert werden kann, dass die schlesischen – und selbstverständlich nicht nur die schlesischen – Montanvermögen bedeutend üppiger ins Kraut geschossen waren als die Vermögen der für die Hauptstadt charakteristischen Bankiers- und Händlervermögen. Das hätte übrigens der Antisemitismus von Stöcker bis Sombart berücksichtigen müssen, der aus der Häufung der grössten Berliner Vermögen in jüdischen Händen – 1908 waren es acht von zehn – völlig unzutreffende Schlüsse zog. Die blaublütigen und bürgerlichen Industrievermögen in der Provinz, aber auch viele aristokratische Agrarvermögen waren in den goldenen Tagen des Kaiserreichs erheblich schneller gewachsen als die «typisch jüdischen» Vermögen in der Hauptstadt des Reichs.

Geht man die Berliner Liste der Reihe nach durch, so überrascht es nicht, dass sie von einem Bankier angeführt wird. Auch dass an zweiter und vierter Stelle ein Kohlenhändler steht, scheint uns durchaus verständlich. Dass aber der Zeitungsverleger Rudolf Mosse im Jahre 1908 über das gleiche Vermögen von reichlich 40 Mill. Mark verfügte wie der Kohlengrosshändler und -industrielle Fritz von Friedländer-Fuld, dass er 1905 der drittreichste Berliner war und in den folgenden drei Jahren sein Vermögen um weitere sechs Millionen vermehren konnte, so dass er nun mit den Zweitreichsten auf einer Stufe stand, will uns einigermassen schwer eingehen. Es gab ja noch nicht jene Massenpresse für die lesenden Analphabeten, die in unseren Tagen das Glück und die Millionen des prominentesten deutschen Zeitungsverlegers gemacht hat. Mosse gab seit 1872 das *Berliner Tageblatt* heraus, ein sehr respektables, in den liberalen Kreisen von Politik und Wirtschaft hochgeschätztes Blatt, das zu Beginn des Jahrhunderts 70'000, 1905 schon 106'000, 1908 gar 150'000 und 1911 seine 200'000 Abonnenten zählte. Er hatte für die Bewohner der Portierslogen, der Gartenhäuser im alten Westen und der Mietskasernen im Norden und Osten Berlins 1889 die *Berliner Morgenzeitung* gegründet und später war aus dem Besitz der mit den Mosses verwandten Familie Kohn noch die *Berliner Volkszeitung* hinzugekommen.

Das Zeitungsgeschäft prosperierte in jener pressefreudigen Zeit, da die Zeitung noch eine Macht war. Aber nicht mit der Zeitung, sondern im Annoncengeschäft hatte Rudolf Mosse den grösseren Teil seines Geldes gemacht.

Er war, 1843 zu Grätz in Posen geboren, in jungen Jahren nach Berlin gekommen und hatte knapp vierundzwanzig jährig ein Annoncenbüro eröffnet. Bald hatte er Zweigniederlassungen in allen grösseren Städten Deutschlands und in den Hauptstädten des Auslands. Das ermöglichte ihm seine erste Zeitungsgründung. Aber das An-

noncengeschäft wurde über der verlegerischen Aufgabe nicht vernachlässigt. Es blieb wohl immer, jedenfalls bis zum Ersten Weltkrieg, das Rückgrat der Mosse-Betriebe.

Im Jahre 1884 hatte Rudolf Mosse den jüngeren Bruder Emil in die Firma aufgenommen. Auch Emil wurde reich. Er besass 1908 ein Vermögen von annähernd 11 Mill. Mark. Als er zum 1. Januar 1910 ausschied, trat an seine Stelle Rudolfs Schwiegersohn Hans Lachmann-Mosse, ein junger Mann aus alter Berliner Familie, zwar nur einfacher Millionär, doch vielfacher Hausbesitzer, der Rudolf Mosses Adoptivtochter gehehlicht hatte. Zweifellos, die Mosses und ihr Chefredakteur Theodor, genannt Teddy, Wolff waren eine Macht in Berlin, wenngleich sie aus guten – lies: geschäftlichen – Gründen sehr sparsam von der Möglichkeit Gebrauch machten, ihre Macht fühlbar zu machen.

Hinter ihnen standen die Ullsteins, die Verleger der *Morgenpost*, der *J5Z am Mittag* und der *Berliner Illustrirten*, an Reichtum und Ansehen noch weit zurück. Doch auch sie gehörten, als Familie genommen, schon zu den reichsten Leuten in Berlin. Die Witwe des Firmengründers Leopold Ullstein, Else geb. Pintus, versteuerte 1908 ein Vermögen von 4 bis 5 Mill. Mark. In der gleichen Grössenordnung rangierten ihre vier Söhne, die Teilhaber der Firma Ullstein & Co: Louis (4,74 Mill. Mark), Dr. Franz (4,42 Mill. Mark), Hermann (4,34 Mill. Mark) und Rudolf Ullstein (4 bis 5 Mill. Mark), so dass sich als Familienvermögen, das wahrscheinlich identisch mit dem Firmenvermögen war, ein Betrag zwischen 21,5 und 23,5 Mill. Mark errechnet.

Mosse und Ullstein vertraten den Liberalismus jener Art, der zwar viele aufmerksame Leser, begeisterte Zuhörer und eifrige Diskussionspartner fand – und bis zum heutigen Tage noch findet –, aber niemals genügend «hinter sich hatte», weder gouvernementale Auftraggeber noch organisierte Interessentenhäufen, um eine gruppenbildende Kraft zu entfalten.

Anders der in der Hierarchie des Reichtums an dritter Stelle stehende Berliner Zeitungsverleger August Scherl mit seinem *Berliner Lokalanzeiger*: Scherl war der Mann der Regierung, wenn ihm der Kaiser auch nicht den heissersehnten Adel verlieh, da er zu Köln in seiner Jugend Sündenblüte als Händler mit wohlfeiler Kolportageliteratur regelrecht Pleite gemacht hatte.

Nun, das war lange her. Und Scherl, dem selbst ein Gegner wie Richard Lewinsohn (Morus) zubilligte, er sei der «zweifellos genialste Mann unter den deutschen Zeitungsverlegern» gewesen, hatte manches getan, um den Fehlschlag vergessen zu machen, mit dem seine verlegerische Karriere begann.

Mit 30'000 Mark, die ihm die Schwester geliehen hatte, war er ins Zeitungsgeschäft eingestiegen. Das war Mitte der achtziger Jahre gewesen. Aber schon damals waren 30'000 Mark zu wenig, um selbst ein Blättchen wie den bescheidenen *Berliner Lokalanzeiger* am Leben zu halten. In der höchsten Not fand Scherl einen Buchdrucker, der, so schwer es auch war, an das Genie des jungen Mannes glaubte. Denn dieser sonderbare Geschäftsmann aus der Provinz verschenkte monatelang die hohe Auflage seiner Zeitung an die Berliner. Er wartete geduldig, bis das Publikum sich in den aus

der Kölner Konkursmasse geretteten Sensationsroman *Pistole und Feder* festgelesen hatte und heiss hungrig auf jede Fortsetzung wartete. Erst dann liess er sich das Abonnement bezahlen, mit sage und schreibe 10 Pfennig im Monat. Das geschah nur der Form halber. Denn wichtiger als die Vertriebs-einnahmen schien ihm im Augenblick, dass er sich notariell bestätigen lassen konnte, mehr als hunderttausend zahlende Abonnenten zu beliefern. Einem Blatt dieser Verbreitung musste es leichtfallen, lohnende Inseratenaufträge zu erhalten. Und in der Tat, die Berechnung erwies sich als richtig. Scherl machte seinen Weg.

Er war ein fleissiger und ideenreicher Gründer: Am 20. September 1894 wurde die August Scherl GmbH ins Handelsregister eingetragen (Verlagsobjekte: *Berliner Lokalanzeiger*, *Berliner Abendpost*, *Die Woche*). Sie war 1910 mit einem Stammkapital von 16,25 Mill. Mark ausgestattet, das ein oder zwei Jahre vor dem Krieg auf 20 Mill. Mark erhöht wurde: Fast alle Stammanteile – genau 11,92 von insgesamt 12,00 Mill. Mark – behielt August Scherl in der Hand. Sie waren allein stimmberechtigt. In die nichtstimmberechtigten Vorzugsanteile, zum Gesamtwert von 8 Mill. Mark, die mit 6 Prozent verzinst werden mussten, teilten sich 18 Gesellschafter: Mosse hatte sich mit U/2 Mill. Mark am stärksten engagiert (was Scherl später die Möglichkeit gab, unter Hinweis auf die «jüdische Gefahr» besonders günstige Verkaufsbedingungen bei den gouvernementalen Vertretern des «nationalen Interesses» herauszuhandeln); die Disconto-Gesellschaft, die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt und die Norddeutsche Bank besaßen für je 1 Mill. Mark Vorzugsanteile; der Best war bei einem Dutzend anderer Banken untergebracht. Ausserdem waren durch Karl Fürstenbergs Berliner Handelsgesellschaft im Jahre 1906 für 72 Mill. Mark Schuldverschreibungen des Hauses Scherl begeben worden, die ihren Käufern 42 Prozent im Jahre einbrachten. Als Treuhänderin der Obligationen gläubiger fungierte ebenfalls die alles andere als arische Handelsgesellschaft: Sie hatte das Recht, zwei Mitglieder für den vierköpfigen Verwaltungsausschuss der Scherl GmbH zu benennen. Scherl allerdings konnte diese Vertrauensleute ablehnen, abgesehen davon natürlich, dass er die beiden anderen Mitglieder in den Verwaltungsausschuss delegierte, die von der Handelsgesellschaft nicht abgelehnt werden konnten. So blieb er unter allen Umständen der Herr im eigenen Haus: einer der ersten publizistischen Vertreter des kleinbürgerlichen Antisemitismus; doch keineswegs abgeneigt, sich, wenn er Geld brauchte, der Repräsentanten der jüdischen Hochfinanz zu bedienen.

Scherls zweite Gründung war die GmbH Ernst Keils Nachfolger (August Scherl, Leipzig), die 1910 über ein Stammkapital von 2 Mill. Mark verfügte; es folgten: 1901 die August Scherl Deutsche Adressbuch GmbH (StK. 1,75 Mill. Mark), 1905 die GmbH Praktischer Wegweiser in Würzburg (StK. 1,4 Mill. Mark) und die Deutsche Sport-Verlag GmbH, Berlin (StK. 250'000 Mark), 1908 die Bibliothek August Scherl GmbH, Berlin (StK. 2 Mill. Mark) und die Bäder-Nachrichten-Schnelldienst GmbH, Berlin (StK. 20'000 Mark).

Auf nicht weniger als sieben Gesellschaftsgründungen im publizistischen Raum,

die etwa im Jahre 1910 ein Stammkapital von insgesamt 23,67 Mill. Mark repräsentierten, hatte es dieser fruchtbare und unruhige Geist gebracht. Er war ein sonderbarer Kauz, in dessen Brust mehr als zwei Seelen wohnten: ein routinierter Geschäftsmann, kenntnisreicher Experte des Inseratengeschäfts, raffinierter Exploiteur der grundsatzlosen Kleinbürgerlichkeit seiner Leser, geriebener Finanzmann und brutaler Vertreter des Herr-im-Hause-Standpunkts; ein rastloser Experimentator, der mit mancherlei phantastischen Projekten – Einschienen-Schnellbahn, Emporlese-Bibliothek, Lotteriesparkassensystem – viel Geld verlor; ein menschenscheuer Sonderling, der das Verlagsgebäude durch einen verborgenen Sondereingang betrat und seinen Redakteuren, von denen er kaum einen persönlich kannte, seine höchst eigenwilligen Befehle durch seinen Sekretär, vorzugsweise aber durch seinen Leibbarbier übermitteln liess; ein eifersüchtiger Liebhaber, der seine zweite Frau, eine Postmeisterstochter aus Oberbayern, erbarmungslos von der Aussenwelt abspernte – und bei alledem einer der reichsten Berliner. Denn schon im Jahre 1908 versteuerte er ein Vermögen von 14,74 Mill. Mark, das ihm ein Jahreseinkommen von 925'000 Mark einbrachte: alles in allem ein Mann, der in der kurzen Spanne von drei Jahrzehnten aus dem Nichts in die erste Reihe des grossen Reichtums emporgestiegen war.

Da wir nun einmal bei den Verlegern halten: Scherl war zwar sehr reich, aber er gehört noch keineswegs zu den ganz grossen Verlegern. Den Rang machten ihm die Kölner Neven Du Monts und der Frankfurter Sonnemann streitig.

Der Geheime Kommerzienrat Josef Neven Du Mont und Alfred Neven Du Mont, die Herausgeber der *Kölnischen Zeitung* (1908 mit etwa 20'000 Exemplaren), des *Stadtanzeigers* (etwa 90'000 Exemplaren) und der *Wochenausgabe der Kölnischen Zeitung*, vertraten schon die vierte Generation einer reichen Verlegerfamilie. Die im achtzehnten Jahrhundert aus dem Lüttichschen zugewanderten Du Monts waren in der Tabak-, namentlich der Schnupftabakfabrikation zu grossem Wohlstand gekommen. Das Vermögen des Hauses wurde zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts auf eine halbe Million französische Franken, die Jahreserzeugung der achtzig Arbeiter auf 300'000 Franken geschätzt. Da aber abzusehen war, dass unter Napoleon die private Tabakindustrie dem Staatsmonopol weichen müssen – der Fall trat 1810 ein –, wandte der 1783 geborene Marcus Du Mont, nachdem er in Münster Philosophie, in Würzburg und Göttingen die Rechte studiert hatte, sich einem ganz neuen Gewerbe zu: Er erwarb im Jahre 1805 aus dem Erbe seiner Braut, Maria Katharina Jakobine Schauberg, und ihrer Geschwister die altberühmte Schaubergsche Druckerei und die *Kölnische Zeitung*.

Damit begann die eigentliche Geschichte des Blattes, das erst 1802 an die Erben Schauberg gekommen war und seinen Namen seit 1798 trug. Es war aus der 1763 gegründeten *Kaiserlichen Reichs-Ober-Post-Amts-Zeitung* hervorgegangen, die Ende 1795 in *Post-Amts-Zeitung* umbenannt worden war: Im verarmten Köln jener Jahre

kein sehr hoffnungsvolles Unternehmen, doch in den Händen der Du Monts, namentlich Josefs, der den 1831 verstorbenen Vater Marcus in der Leitung der Geschäfte ablöste, ein sehr ertragreiches Objekt. Die Urenkel Marcus Du Monts, Josef und Alfred Neven Du Mont, besaßen jeder ein Vermögen von 11 bis 12 Mill. Mark. Ungeachtet den Hausbesitz der Firma, der aus zehn Grundstücken im Herzen der Stadt (Breite Strasse und Langgasse) bestand.

Im Frankfurt a.M. der Kaiserzeit begegnen wir schliesslich drei Zeitungsverlegern von Bedeutung und Reichtum. Da ist zunächst, wie schon gesagt, Leopold Sonnemann, der 1856 als junger Kaufmann die *Frankfurter Zeitung* gegründet und das Blatt, das ihm seit 1867 allein gehört, zunächst auch geleitet hatte. Später wurde die *Frankfurter Zeitung* in die 1893 errichtete Frankfurter Sozietätsdruckerei GmbH (StK. 1 Mill. Mark) eingebracht. Ihre Auflage war nicht hoch (1908 etwa 25'000 Exemplare). Dennoch besass Leopold Sonnemann 1908, ein Jahr bevor er starb, ein Vermögen von 17 bis 18 Mill. Mark und versteuerte ein Einkommen von 1,1 Mill. Mark. Das Erbe, der grösste Teil des Vermögens mitsamt der Zeitung, fiel an seine einzige Tochter, die mit dem Berliner Rentier Felix Simon verheiratet war.

Leopold Sonnemanns Verdienst hatte darin bestanden, eine Zeitung von überregionaler, nicht nur reichsdeutscher, sondern europäischer Verbreitung und Bedeutung zu schaffen. Aber in Frankfurt las man die Frankfurter nicht. Am Ort, wo sie gemacht wurde, zählte die Frankfurter vor dem Ersten Weltkrieg allenfalls vier- bis fünftausend Abonnenten. Die Bürger der Stadt, Arbeiter und Mittelstand, lasen den *Frankfurter Generalanzeiger*, das typische Familienblatt mit starkem Inseratenteil, das in 125'000 Exemplaren von der Firma M. & G. Horstmann herausgebracht wurde. Georg Horstmann hatte nicht wie Sonnemann ganz unten anfangen müssen. Er hatte das 1836 begründete Geschäft ererbt. Aber er stieg auch nicht ganz so hoch wie sein publizistisch vornehmerer Konkurrent. Immerhin aber zählte er als elffacher Millionär zu den Reichsten in Frankfurt: Sein Sohn wurde durch die Vermittlung des Reichskanzlers Fürsten Bülow in der diplomatischen Karriere untergebracht, und seine Tochter Elise ging 1905 die Ehe mit dem Burggrafen und Grafen Fabian zu Dohna-Schlodien ein.

Gesellschaftlich weniger ehrgeizig, vielleicht auch weniger reich als Horstmann, doch für die Entwicklung der deutschen Tagespresse von ungleich grösserer Bedeutung war August Huck, der dritte in Frankfurt ansässige Zeitungsverleger.

Ursprünglich hatte Huck unter der Firma J. M. Huck & Co eine Schriftgiesserei in Offenbach a.M. betrieben. Doch schon im Jahre 1888 brachte er das Unternehmen für annähernd 900'000 Mark in die gleichnamige Aktiengesellschaft ein, übersiedelte nach Frankfurt und lebte nur noch dem Zeitungsgeschäft.

Der *Breslauer Generalanzeiger*, den er bereits erworben hatte, war ihm bei Weitem nicht genug. Er gründete von Frankfurt aus den *Nürnberger Generalanzeiger*, den *Münchener Generalanzeiger*, aus dem die *Münchener Zeitung* hervorging, den *Gene-*

ralanzeiger für Halle, den Würzburger Generalanzeiger und war mindestens führend beteiligt an der Gründung der *Dresdner Neuesten Nachrichten*, der *Württembergischen Zeitung* und des *Neuen Tagblatts* in Stuttgart. Durch seine Verbindung mit der Madsack & Co KG gewann er Einfluss auf den *Hannoverschen Anzeiger*, über Fuchs & Co brachte er die *Danziger Neuesten Nachrichten* unter seine Herrschaft. Auch die *Vossische Zeitung*, die 1911 vom Bankhaus Lazard Speyer-Ellissen aus dem Nachlass des Geheimen Justizrats Landgerichtsdirektors a.D. Carl Robert Lessing erworben worden war, soll eine Zeitlang seinem Einflussbereich angehört haben. Alles in allem hat der Huck-Konzern, der von Waldemar und Wolf gang Huck, zwei der vier Söhne des Gründers noch ausgebaut wurde, dreissig Zeitungen kontrolliert: Blätter vom Typ der Generalanzeigerpresse, die sich hervorragend eigneten, jedes echte politische Interesse, das bei den kleinen Leuten, Arbeitern, Handwerkern, Beamten hätte erwachen können, unter dem Mantel der Parteilosigkeit im Keim zu ersticken. Er verdiente dabei recht gut, zuletzt eine halbe Mill. Mark im Jahr, und konnte seinen Erben ein Vermögen von schätzungsweise 10 Mill. Mark hinterlassen. Nur den Adel erhielt er nicht, der ihm gewiss mit besserem Recht zugestanden hätte, als manchem Kohlenhändler, Bankier oder Industriellen, den die kaiserliche Huld in die Reihen der Finanzaristokratie erhoben hatte.

Überschlägig gerechnet vereinigten die sieben grössten Zeitungsverleger der späten Kaiserzeit eine Vermögensmasse von reichlich 150 Mill. Mark auf sich; die drei grössten unter ihnen, die Mosses, Ullsteins und Neven Du Monts, hatten es auf insgesamt 100 Mill. Mark gebracht; die vier kleineren, Sonnemann, Scherl, Horstmann und Huck, teilten sich in einen Gesamtbetrag von 50 bis 55 Mill. Mark. Einige von ihnen hatten ganz klein, andere schon mit einem ererbten Vermögen angefangen, das in die Hunderttausende ging. Dennoch kann man summarisch sagen: die 150 Mill. Mark waren in drei, vier Jahrzehnten – zwischen dem Deutsch-Französischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg – verdient worden. In der Tat, kein schlechtes Ergebnis für einen jungen Gewerbebezweig, ein grosser Erfolg sogar, der sich nur daraus erklärte, dass die tägliche Zeitung nicht nur beim Kleinbürgertum, sondern auch für die Masse der Industriearbeiter kein Luxusartikel mehr war, sondern zum selbstverständlichen Komfort gehörte.

Im Ausland war das anders. Der Wiener zum Beispiel las seine Zeitungen im Kaffeehaus oder kaufte sie auf der Strasse. In Berlin konnte man die Zeitungscafés vor dem Ersten Weltkrieg an den Fingern einer Hand abzählen, und was den Strassenverkauf betraf, so wurde etwa die *Vossische Zeitung* von drei Händlern, die *Tägliche Rundschau* und die in einer Auflage von immerhin 100'000 Exemplaren erscheinende *Deutsche Tageszeitung* an je einem Kiosk feilgehalten.

Und noch etwas anderes war schon den zeitgenössischen Beobachtern aufgefallen. «An der Spitze der grossen Wiener Zeitungen», schrieb 1914 der Journalist Dr. Ernst Friedegg, «stehen Journalisten, also Männer, die selbst die Feder führen oder lange

geführt haben. Auf die Gestaltung der Berliner Zeitungen haben nicht die Journalisten, sondern die Verleger den bestimmenden Einfluss. Die Richtung des *Berliner Tageblattes* wird bis in tausend Einzelheiten nicht so sehr vom Chefredakteur Theodor Wolff bestimmt wie von dem Alleininhaber Rudolf Mosse, der bekanntlich kein Tagesschriftsteller ist, sondern ein Inseratenfachmann. Auch die Besitzer des Verlags Ullstein schreiben nicht selbst und haben nie für ihre Blätter geschrieben. Und vollends im *Berliner Lokalanzeiger* war bis zu Beginn des Februars 1914 nur der Wille des Herrn August Scherl massgebend, der ebenfalls niemals eine Zeile für seine Blätter verfasst hat.»

Wo aber das Herz des für die Zeitungsgestaltung massgebenden Mannes – in Berlin nicht anders als in der Provinz – im Rhythmus des Inseratenaufkommens schlug, musste sich das Prinzip der Prinzipienlosigkeit schliesslich durchsetzen. Grundsätze verdarben das Geschäft. Und da das Geschäft für den Geschäftsmann, als welcher der Verleger in letzter Instanz zu denken gewohnt war und «seinen» Redakteuren gegenüber argumentierte, die Hauptsache blieb, sehen wir damals schon jene Inseratenplantagen entstehen, die in den Jahren der Weimarer Republik das Gesicht der deutschen Presse bestimmten und heute fröhliche Urständ feiern. Damals wurde die Entwicklung angelegt, die sich in unseren Tagen überschlägt. Damals entstand das böse Wort, dass die Inseratenabteilung das Geld verdiene, welches die Redaktion ausgeben. Damals fing es an mit der Selbstunterwerfung der Presse unter das Machtwort der Interessenten, die ja das Geld für die Inserate hergaben. Denn was bedeutete schon dieser Typus der auftragshungrigen, von smarten Kaufleuten dirigierten Tages-Publizistik, gemessen am materiellen Gewicht der industriellen Mächte, die inmitten der feudalistischen Umwelt heranreiften? Eine einzige Grossaktionärin – um die Fiktion der Aktiengesellschaft für bare Münze zu nehmen –, Frau Berta Krupp, kommandierte mehr Millionen als alle bedeutenden Zeitungsverleger des Reiches zusammen. Freilich, die Enkelin war nicht mehr vom gleichen reinblütig autokratischen Schlag, den der Grossvater verkörpert hatte. Alfred Krupp hatte noch im letzten Regierungsjahr des alten Kaisers Wilhelm I. durch Rundschreiben dekretiert: «Die in Essen erscheinenden Tagesblätter, der *Rheinisch-Westfälische Volksfreund* und die *Essener Volkszeitung* sind nach meiner Überzeugung eine Gefahr für den Frieden zwischen den Religionsbekenntnissen ebenso wie zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter. Geleitet von dieser Überzeugung und in Ausführung eines Wunsches, welcher mir von einer grossen Zahl meiner treuen Meister und Arbeiter ausgesprochen worden ist, sehe ich mich verpflichtet, meine sämtlichen Angehörigen vor dem Halten und Lesen dieser Blätter zu warnen, denjenigen aber, welche in meinen Wohnungen wohnen, das Halten und Lesen derselben zu untersagen. Die Betriebs-Vorstände wollen für geeignete Bekanntmachung dieser Verfügung sorgen.

Gussstahlfabrik Essen, 15. März 1887

pr. pa. Fried. Krupp:
Jencke. Gussmann.»

So ging es in Essen ein paar Jahre vor dem Ersten Weltkrieg also doch nicht mehr zu. In den Wohnungen der Krupp-Arbeiter und -Pensionäre fanden keine von der Werksleitung befohlenen und von den Werksbeamten durchgeführten Haussuchungen mehr statt, die, wenn ein paar Nummern der inkriminierten Blätter gefunden wurden, zu den peinlichsten Folgen für die Betroffenen geführt hatten.

Aber man resignierte durchaus nicht. Die Presse wurde, je mehr sie wuchs, durch die Gewährung oder Versagung von Inseratenaufträgen bei der Stange gehalten. Und schon begann die später soviel geübte Praxis, dass die Industrie Zeitungen in Bausch und Bogen erwarb. König Stumm machte kein Hehl daraus, dass ihm die *Post* als Sprachrohr diene, und die Industriellen des Saargebiets übernahmen in den neunziger Jahren den *Saarbrücker Generalanzeiger*, der seit 1896 als *Neue Saarbrücker Zeitung* erschien.

Man brauchte die Presse, doch man verachtete sie, je willfähriger sie ihre Brauchbarkeit erwies.

Wie hätte das aber auch anders sein können? Im Osten überstrahlte der Glanz der Wappenschilder und der Magnatenvermögen den Alltag mit so blendendem Licht, dass das gedruckte Wort die Kraft der Aussage verlor. Im Westen wuchsen die Industrievermögen ins Gigantische, deren materielles Gewicht dazu herausforderte, jegliches Streben und jeden Erfolg an der Norm des Reichtums zu messen. Von früh auf klangen den Kindern die Namen der Industriedynasten im Ohr, nach denen Strassen und Plätze der Städte benannt waren. Die grossen Familien lebten freilich soweit den profanierenden Blicken der Menge entrückt, dass sie ihr zur Legende wurden: umso stärker die Faszination, die von ihnen ausging. Wie hätte ein Zeitungsschreiber es wagen können, seine Feder am Namen der Grossen zu wetzen? Sie waren sakrosankt, unvorstellbar reich, durch unsichtbare Fäden mit der Welt der politisch Mächtigen und gesellschaftlich Tonangebenden verbunden, unfassbar, im Dunkel der Anonymität geborgen.

Von den Krupps wusste man natürlich, wie reich sie waren. Sicherlich nicht auf die Million genau. Doch es genügte ja schon der Anblick der Gussstahlfabrik, der Kruppsiedlungen, der Villa Hügel, um selbst dem Laien die Vorstellung ihrer Wirtschaftsmacht sinnfällig zu machen. Neben den Krupps aber gab es doch noch viele andere grosse Familien, von denen die Öffentlichkeit wenig wusste; zuwenig jedenfalls, um mehr als ein dämmriges Bild vor Augen zu haben, wenn ihr Name genannt wurde.

Da waren, um gleich heim Ruhrgebiet zu bleiben, zum Beispiel die Haniels, Nachfahren der Brüder Franz und Gerhard Haniel, die 1808 gemeinsam mit ihren Schwägern Jacobi und Huyssen die Gutehoffnungshütte oder vielmehr jene «Hüttengewerkschaft und Handlung» errichtet hatten, aus der die Gutehoffnungshütte erwuchs. Die Mitglieder der Familie wohnten nicht nur in den Städten des Ruhrgebietes Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, sondern auch in Berlin, im Elsass, in Bayern und Mecklenburg. Wer also gehörte dem Clan an, und welchen Reichtum verkörperte er nach Art und Grösse des Vermögens? Die Frage ist zwar nicht rethorisch gemeint, doch war sie

schon damals, vor einem halben Jahrhundert, schwer, wenn auch noch nicht so schwer zu beantworten wie heute. Immerhin gibt es einige Anhaltspunkte, die es uns möglich machen, uns eine ungefähre Vorstellung von der Grössenordnung des Haniel-Vermögens zu machen.

Fürs erste kennen wir die Unternehmungen und annähernd ihren Wert, an denen die Familie mehrheitlich oder ausschliesslich beteiligt war. Es handelte sich um die Gutehoffnungshütte mit ihren Betrieben in Oberhausen, Sterkrade, Ruhrort, Walsum und ihren lothringischen Erzgruben, um die Gewerkschaften des Steinkohlenbergbaus Rheinpreussen, Neumühl, Zollverein und Niederrhein, die Reederei und Kohlenhandlung Franz Haniel & Co und die bedeutende Maschinenfabrik Haniel & Lueg in Düsseldorf. Diese Unternehmungen wurden von zeitgenössischen Interpreten auf einen Gesamtwert von 394 Mill. Mark veranschlagt. Wahrscheinlich lag diese Schätzung zu niedrig; während andererseits zu bedenken ist, dass ausser den Daniels bei der Gutehoffnungshütte auch Nachfahren der beiden anderen Gründerfamilien – Jacobi und Huyssen –, bei Haniel & Lueg auch Angehörige der Familie Lueg beteiligt waren.

Der Verfasser des 1912 erschienenen *Jahrbuchs der Millionäre*, Rudolf Martin, stellte die unwidersprochen gebliebene Behauptung auf, dass «unmittelbar berechtigt auf den Ertrag des Familienvermögens von 390 Mill. Mark» – gemeint sind die oben genannten sieben Unternehmungen – ein Kreis von nicht mehr als zweiundzwanzig Personen gewesen sei. Er nennt sie nicht namentlich, aber er gibt in einem andern Zusammenhang eine Übersicht über die dreizehn «grössten Vermögen der Familie Haniel in Preussen», die einen zweiten Anhaltspunkt für das Bemühen abgeben könnte, sich ein zutreffendes Bild von Grösse, Art und Verteilung des Hanielvermögens zu machen.

Es besaßen etwa im Zeitraum 1908-1910:	Vermögen Mill.	Einkommen Mark 2-3
<u>Geh. Kommerzienrat Franz Haniel, Düsseldorf</u>	46	
Frau Adeline verw. Geh. Kommerzienrat Theodor Böninger, geb. Haniel, Duisburg	42	1,9
Frau Lucy Fleischer, verwitwet gewesene Gräfin Adelman von Adelmansfelden geb. Cockerill, deren Mutter eine geborene Haniel war. Wiesbaden	35-36	2,5
<u>Geh. Justizrat Eduard Carp, vermählt mit Alma geb. Haniel, Düsseldorf</u>	25-24	2
August Haniel, Vorsitzender des Grubenvorstands der Gewerkschaft Niederrhein, stellv. Vors. des Grubenvorstandes der Zeche Eintracht Tiefbau, der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Heinrich und der Gewerkschaft Fröhliche Morgensonne, Aufsichtsratsmitglied der Düsseldorfer Röhren- und Eisen-Walzwerke (vorm. Poenseen),	22-23	1,5
Frau verw. Louis Hagen geb. de Greift († 7.7.1909), Düsseldorf (Franz Haniel, Louis Hagen und Heinrich Lueg waren Inhaber der Maschinenbaufirma Haniel & Lueg. Ferner gehörte Louis Haniel dem Aufsichtsrat der Gutehoffnungshütte an)	22-23	1,4
	Übertrag 190-194	11,3-12,3

	Vermögen Einkommen Mill. Mark	
	190-194	11,3-12,3
	Übertrag	
7. <u>Geh. Justizrat <i>Emil Uhles</i>, vermählt mit Klara geb. Haniel, verw. Maximilian Haniel, Berlin</u>	19,8	1,3
8. <u>Kunstmaler Prof. <i>Georg Oeder</i>, vermählt mit Thusnelda geb. Haniel, einer Tochter Louis Haniels, Düsseldorf ...</u>	17-18	0,9
9. <u>Frau <i>Berta</i> verw. <i>Hugo Haniel</i> geb. Bönninger (Hugo H. war ein Sohn Louis Haniels), Düsseldorf</u>	17-18	0,9
10. <u>Assessor <i>Dr. Kurt Eichwede</i>, Sohn des Ingenieurs Heinrich Eichwede, der mit <i>Elvira</i> geb. Haniel vermählt war, die ihrerseits zu den Inhabern der Firma <i>Franz Haniel & Co</i> zählte, Berlin</u>	15	0,905
11. <i>Dr. Bruno Eichwede</i> , Bruder <i>Dr. Kurt Eichwedes</i> , Berlin.	15	0,905
12. <u><i>Alfred Haniel</i>, Düsseldorf</u>	14-15	0,8
13. <u><i>Rudolf Haniel</i>, Düsseldorf</u> (<i>Alfred</i> und <i>Rudolf H.</i> waren als Söhne <i>Hugo Haniels</i> Enkel <i>Louis Hagens</i> und des Geh. Kommerzienrats <i>Theod. Bönninger</i>)	14-15	0,8
	302-310	17,8-18,8

Erweitert man diese Liste um diejenigen Mitinhaber der Familienfirma *Franz Haniel & Co*, die in ihr, der Aufzählung nämlich, nicht figurieren, so kommt man der Wahrheit schon einen Schritt näher. Es handelt sich um drei Persönlichkeiten: die Gräfin *Eugenie von Holnstein*, Frau *Else v. Michael* und den Rentier *Richard Haniel*.

Die in Bayern lebende Gräfin *Holnstein* geb. *Haniel* aus Ruhrort war in erster Ehe verheiratet mit dem Grossherzoglich-Badischen Kammerherrn Grafen *Eckbrecht von Dürkheim-Montmartin*. Dieser geschiedenen Ehe entstammte als einziges Kind ein Sohn, *Hartwich*, Leutnant im Regiment der Gardes du Corps, der im September 1910 die Ehe mit *Pauline Gräfin von Bismarck-Bohlen* einging. Das Vermögen der Gräfin *Holnstein* wurde auf mindestens 30 Mill. Mark geschätzt.

Frau *Else* verheh. Rittergutsbesitzer von *Michael* geb. *Haniel* auf *Gross-Plasten* in *Mecklenburg-Schwerin* galt mit einem Vermögen von gleichfalls 30 Mill. Mark (oder mehr) als die reichste Persönlichkeit ihrer Wahlheimat.

Richard Haniel auf *Schloss Walburg* im *Elsass*, Mitglied des Grubenvorstands der Gewerkschaften *Rheinpreussen*, *Neumühl* und *Zollverein*, soll ein Vermögen von 35 Mill. Mark besessen haben.

Auf diese drei Clanmitglieder allein entfiel also ein Gesamtvermögen von mindestens 95 Mill. Mark. Schlägt man es zur Summe der dreizehn grössten preussischen *Hanielvermögen* hinzu, so errechnet sich schon für sechzehn Familien aus dem Stamme *Franz Planiels* ein Gesamtbetrag von 387 oder eher 390 Mill. Mark.

Mit dieser Feststellung könnte man es genug sein lassen, wenn es nur darum ginge, die Grössenordnung des *Haniel-Vermögens* zu ermitteln. Jedenfalls weist sie sie aus,

dass der Reichtum dieser heute noch dominierenden rheinischen Familie – die sich inzwischen freilich von einem Teil ihres Zechenbesitzes getrennt hat (Zollverein und Niederrhein) – denjenigen der Krupps weit übertraf. Es lohnt sich jedoch, um das Bild auch nach der gesellschaftlichen Seite hin abzurunden, die Ermittlung noch etwas weiterzutreiben.

Wir kennen nämlich, das ist das Interessante, nicht nur bürgerliche, sondern auch adlige Haniels. Die eine, von Gerhard Haniel abstammende Hauptlinie derer von Haniel wurde allein durch die Familie des 1904 in den preussischen Adelsstand erhobenen Oberleutnants a. D. Eugen v. Haniel repräsentiert, der in München ein zurückgezogenes Leben führte. Die zweite Hauptlinie ging auf Franz Haniel zurück und gabelte sich in drei Äste – zugegeben, das scheint ziemlich kompliziert, aber versuchen wir dennoch, uns die Dinge ganz klarzumachen.

Max Haniel, Herr auf Bellinghoven, der Sohn jenes legendären Franz Haniel (1779-1868), der als einer der Gründer der Gutehoffnungshütte und der Gewerkschaft Zollverein in die Geschichte des Reviers eingegangen ist, war in erster Ehe mit Friederike geb. Cockerill vermählt. Dieser Ehe entstammten drei Söhne: Maximilian, Eduard und John.

Der älteste, Maximilian, heiratete seine Kusine Klara geb. Haniel, die nach seinem frühen Tod – er starb, erst zweiundvierzigjährig, im Jahre 1883 – eine zweite Ehe mit dem Geh. Justizrat Emil Uhles einging. Eduard, gleichfalls mit einer Kusine vermählt, wurde 1893 als Eduard Haniel von Haimhausen in den bayerischen Adelsstand erhoben. Er verstarb kinderlos im Jahre 1904. Seine Witwe, Henriette geb. Haniel, verband sich 1908 in zweiter Ehe mit dem Grafen Anton von Monts de Mazin, der nach längerer diplomatischer Laufbahn preussischer Gesandter in Oldenburg (1894-95) und München (1895-1903) gewesen und dann zum deutschen Botschafter in Rom (1903-1908) aufgerückt war. John endlich, seit 1879 vermählt mit Fanny Stinnes, wurde als Landrat in den Adelsstand erhoben und sass seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst als Herr auf dem Landgut Landonvillers (500 ha) im Landkreis Metz. Da er dem Aufsichtsrat der Gutehoffnungshütte sowie dem Grubenvorstand der Gewerkschaften Rheinpreussen, Zollverein und Niederrhein angehörte, kann man getrost annehmen, dass er, wie auch seine Brüder, einen erheblichen Anteil am Familienvermögen ererbt hatte.

Sicherlich hat der älteste von ihnen, der in so jungen Jahren verstorbene Maximilian, einen Teil seines Vermögens seiner Witwe hinterlassen. Der weitaus grössere Teil aber dürfte an seine Kinder gefallen sein: Frieda, die den Berliner Professor Dr.med. Adolf Brentano heiratete, und den mit Margarete von Brauchitsch vermählten Edgar, Legationsrat an der deutschen Botschaft zu Washington, der 1905 als Edgar Haniel von Haimhausen in den preussischen Adelsstand erhoben wurde.

Das also sind die drei Äste der auf Franz Haniel zurückgehenden zweiten Hauptlinie derer von Haniel. Der allein durch Eduard vertretene Ast der bayerischen Haniel von Haimhausen ist erloschen. Die beiden anderen blühen fort. Nimmt man beschei-

denerweise an, dass die Vermögen dieser Haniel-Abkommen (Gräfin Monts, John von Haniel, Frau Frieda Brentano, Legationsrat Edgar Haniel von Haimhausen) sich zu einem Gesamtbetrag von 50 bis 60 Mill. Mark summieren, so erhöht sich die Zahl der uns bekannten Haniel-Vermögen auf zwanzig, die insgesamt 440 bis 450 Mill. Mark – gute Goldmark der Kaiserzeit – auf sich vereinigen. Das war fast das Doppelte dessen, was die Krupps damals besaßen. Freilich verteilt auf zwanzig Persönlichkeiten, Familienhäupter, Ehefrauen, Witwen und Junggesellen, doch verbunden durch gemeinsamen Besitz und identische Interessen: eine gewaltige Macht, die durch die engen Beziehungen der Familie zur politischen Führungsschicht noch gesteigert wurde.

Die Haniels waren nicht die einzigen im Revier, die, in der Stille wirkend, nachhaltigen Einfluss auf die Gestaltung der westdeutschen Wirtschaft ausgeübt hatten. Neben ihnen spielten und spielen die Waldthausens eine bedeutende, wenn auch natürlich bescheidenere Rolle als die Herren von Rheinpreussen und Gutehoffnungshütte.

Im Jahre 1856 waren der Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgische Kanzler Jobst Waldthausen und seine Vettern, die Brüder Heinrich, Conrad und Hans Waldthausen, in den Reichsadelsstand erhoben worden. Ob die Standeserhöhung nun in Vergessenheit geraten war oder ob die Nachfahren, ehrbare Wollhändler und Färber, es für geschäftsklüger hielten, sich bürgerlich zu geben, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls vergingen mehr als drei Jahrhunderte, ehe in den Jahren 1887 bis 1908 den in Preussen ansässigen Mitgliedern der Familie von Fall zu Fall das Recht zur Führung des Adelsprädikates vom König bestätigt wurde.

Heute noch betreibt der bürgerliche Zweig des Geschlechts in Bremen das Wollhandelsgeschäft: Georg und Herbert Waldthausen sind die Inhaber der bedeutenden Firma Lohmann & Co, deren Aussen- und Grosshandelsumsätze bei einem Kapital von mindestens 1 Mill. DMark schon 1951 über der 50-Mill.-D-Mark-Grenze lagen. In Essen, wo die Brüder Justus und Wilhelm Waldthausen 1779 ein «Woll-Transitogeschäft» gegründet hatten, das, wie die Steigerung der Umsätze von 4 Ballen im Gründungsjahr auf 215 im Jahr 1787 zeigte, sehr bald prosperierte, erinnert noch die Firma Willi. & Conr. Waldthausen an die Frühzeit der Familie. Auch sie betreibt die Einfuhr von roher und gewaschener Schafwolle, ferner die Veredelung wollener Spinnstoffe und selbstverständlich den Grosshandel mit allen diesen Erzeugnissen. Aber sie gehört nicht mehr unmittelbar den Waldthausens, sondern zwei Mitgliedern der Familie Krawehl, die durch Heirat mit ihnen verwandt ist; alleiniger Inhaber und Geschäftsführer ist Hans Krawehl – der übrigens auch zu den Kommanditisten des Essener Bankhauses Waldthausen & Co zählt –, einziger Kommanditist Ernst Krawehl.

Blicken wir zurück, so sehen wir, dass die Wollhändler und Färber schon frühzeitig im öffentlichen Leben der Stadt eine führende Rolle spielten. Ob bereits zu der Zeit, als Essen noch unter der Regierung der Äbtissin Maria Cunegunda von Sachsen

und Polen stand, ist nicht bekannt, aber wahrscheinlich. Denn als die Abtei – andert-halb Quadratmeilen und 13'000 Seelen, von denen 3'519 auf die Stadt Essen, 1'459 auf die Stadt Steele entfielen – durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 dem preussischen König zugesprochen worden war, begegnen wir gleich einem Spross des ehemals adligen Geschlechts: Gottfried Wilhelm Waldthausen gehörte zur Zahl jener vier «der vorigen Verfassung kundigen Männer», die dem 1804 von der preussischen Regierung errichteten «Justiz- und Polizei-Magistrat» der Stadt beige-ordnet worden waren.

Später geriet das «rathäusliche Wesen» der Stadt stark unter den Einfluss klein-bürgerlich-bäuerlichen Elements. In Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Duisburg, kurzum in allen rheinischen Städten, die sich vom idealen Überschwang des liberalen Geistes tragen liessen, sah man darin keinen Nachteil. In Essen dachte man anders – sehr realistisch und nicht eben bauernfreundlich; denn unter den Äckern lagen die Flöze, um die es dem aufstrebenden Bürgertum ging. Die einflussreichen Wähler drangen 1847 darum auch mit ihrer Forderung nach Verleihung der Rheinischen Städteord-nung von 1843 durch, die ihnen die Möglichkeit gab, diejenigen Bürger von der Aus-übung des aktiven Wahlrechts auszuschliessen, die nicht in der Lage waren, ein Grundvermögen von 700 Talern oder ein Einkommen von 350 Talern nachzuweisen. Das Besitzbürgertum griff nach den Zügeln der Stadtregierung. Und einer aus seinen Reihen war jener liberale Blaufärber und Gewerke Friedrich Wilhelm Waldthausen, der sogleich in die fünfzehnköpfige Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde.

Schon 1856 erging eine neue Städteordnung für die Rheinprovinz, die neben der Bürgermeisterverfassung auch das Dreiklassenwahlrecht brachte. «Dass damals die Mehrheit der Stadtverordneten dem Liberalismus zugetan war », sagt der Autor der *Essener Geschichte*, Robert Jahn, «lag in der Konsequenz des Dreiklassenwahlrechts, das die besitzenden und unternehmenden Schichten in das Stadtparlament brachte: den Gewerken Gustav Adolf Waldthausen, den Kaufmann Louis Huyssen, den Eisen-giessereibesitzer Ewald Hilger, den Eisenhändler und Gewerken Friedrich Grillo, den Rechtsanwalt Wilhelm Loerbrocks, den Dr. jur. Friedrich Hammacher. Diese Leute und ihr Kreis, fast alle erprobte Pioniere des wirtschaftlichen und technischen Fort-schritts, waren, soweit sie nicht wie Alfred Krupp die öffentliche politische Beteili-gung überhaupt ablehnten, dem freieren, durch keine staatliche Aufsicht und Vor-schrift eingeengten Wirtschaftsdenken zugeneigt, auch ohne parteimässig gebunden zu sein. Ein starkes geeintes Deutschland galt ihnen als Vorbedingung weiterer Er-folge. Sie erhofften es aber vom Wirtschaftlichen her, in der Richtung des Deutschen Zollvereins, und misstrauten dem Ministerpräsidenten Bismarck, von dem sie annah-men, er werde die Machtmittel des Staates nur einsetzen, um ein reaktionäres, die freie Initiative unterdrückendes, industriefeindliches Preussen hochzubringen. So kam es, dass die Essener Stadtverordnetenversammlung eindeutig gegen die Bis-marcksche Politik Stellung nahm und von ihr nachteilige Folgen für die wirtschaftli-

chen und moralischen Interessen Essens und unabsehbares Elend für Preussen und Deutschland befürchtete.»

Was die Einstellung zu Bismarck und selbst zu jenem «reaktionären, die freie Initiative unterdrückenden» Preussen anging, das sich in der politischen Herrschaft des Junkertums zuweilen sogar gegen den Kanzler durchsetzte, so sollte sich nach der Herstellung der Reichseinheit allerdings einiges ändern. Darin jedoch, dass «die besitzenden und unternehmenden Schichten» des Reviers, die «erprobten Pioniere des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts» «vom Wirtschaftlichen her» dachten und hofften, auch wo es um die Erreichung weitgesteckter politischer Ziele ging, hat sich seither kaum etwas geändert.

Man muss sich die Anfänge, aus denen die grossen Vermögen erwachsen, freilich noch recht bescheiden vorstellen. Zwar heisst es in der *Geschichte des Fürstenthums und der Stadt Essen*, die 1847 von dem Essener Bürgermeister Pfeiffer in Gemeinschaft mit dem Oberlehrer Dr. Philipp Funcke herausgegeben wurde: «Die Bevölkerung hat in der neuesten Zeit einen Hauptzweig der Industrie im Betrieb des Bergbaues gefunden und einen Wohlstand zu begründen angefangen, wie er in der früheren Ackergegend, was das Fürstenthum doch meist war, nicht zu finden gewesen. Es ist eine Wonne, die Reihe von Steinkohlenzechen, die sich in hiesiger Gegend dem Auge darbieten, zu überschauen und Tausende von Händen beschäftigt zu sehen, die ohne sie um Arbeit verlegen sein würden.» Doch wenn man dann die Statistik überfliegt, gewinnt man nicht gerade den Eindruck, dass Essen schon damals nach unseren Begriffen eine Industriestadt gewesen sei: Die Stadt zählte 923 Privatwohnhäuser und 19 Fabrik-, Mühlen- und Magazingebäude. Das ackerbürgerliche Element ist aber noch überaus stark, vielleicht sogar charakteristisch für die «Metropole» des Ruhrkohlenbergbaus; denn es werden auch 387 Ställe, Scheunen und Schuppen im Stadtgebiet verzeichnet. Die drei Bergwerke mit zusammen sieben Dampfmaschinen und die Kruppsche Gussstahlfabrik mit einer Dampfmaschine waren der Stolz der Stadt. Daneben gab es eine Eisengiesserei, eine Lederlackierfabrik, eine Glas- und Sodafabrik, zwei Tuchfabriken, eine Kratzenfabrik, zwei Baumwollwebereien, fünf Leinenwebereien, sechs Wassermühlen, eine Windmühle und eine Dampfmühle. Das sind 22 «industrielle» Unternehmungen, mehr also, als die Stadt überhaupt Fabrikgebäude besass. Mindestens zwei, wahrscheinlich aber mehr Fabriken wurden also noch hausgewerblich betrieben. Dasselbe gilt von der Essigbrauerei, den zwanzig Bierbrauereien und sechs Brennereien, die die Statistik weiterhin aufzählt.

Höher entwickelt als die Industrie war wahrscheinlich der Handel, der durch eine Buchhandlung, drei Wollhandlungen, zweiundzwanzig Manufakturwarenhandlungen, sechsundvierzig Material-, Färb- und Spezereiwarenhändler, acht Eisen-, Stahl- und Messingwarenhändler sowie zwei Galanterie- und Nürnberger-Waren-Händler vertreten war. Offenbar verhielt es sich so wie heute noch vielfach im Ruhrgebiet, dass Essen der Markt für ein grosses ländliches Hinterland war. Dafür spricht auch die grosse Zahl der Gaststätten: elf Gasthöfe, ein Speisewdr, sechsundfünfzig Schenkwirte und

fünfundfünfzig Bäcker und Konditoren waren doch wohl mehr, als die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung damals erforderten.

Noch also blühte der Handel, in dem auch die Waldthausens zu Wohlstand, Rang und Name gekommen waren, üppiger als die Industrie. Aber schon meldete sich die neue Zeit. Die Zahl der Zechen und ihre Förderung wuchsen. Freilich gab es noch zahlreiche bäuerliche Gewerkschaften, wie etwa das «Brächtersche Consortium», das aus den Bauern Wusthoff und Brächter aus Bredeney und Kammann und Montag aus Rüttenscheid bestand, das Bremersche oder Neuwieser Consortium, zu dem sich die Bauern Bremer, Walleney, Kreutzenbeck und Hückelkotten zusammengeschlossen hatten. Aber schon an dieser Gewerkschaft hatte sich der Kaufmann G. Stinnes aus Ruhrort beteiligt. Und je weiter der Kohlenbergbau nach Norden vorrückte, desto mehr erwies sich die kostspielige Methode des Tiefbaus als notwendig, desto höher wurden die Kapitalanforderungen – und schliesslich so hoch, dass ihnen die bäuerlichen Gewerken nicht mehr gewachsen waren. Der Bauer hatte nur seine Arbeitskraft und wenige Gerätschaften einbringen müssen, um die Kohle aus dem flach einfallenden Stollen des südlichen Abbaugebiets zu fördern. Jetzt, da in mühseliger, langwieriger und kostspieliger Arbeit die Mergelschicht durchstossen und das Problem der Wasserhaltung bewältigt werden musste, um an die Kohle heranzukommen, war Kapital in grossem Umfang vonnöten. So viel, wie eben nur der in Generationen gehäufte städtische Reichtum zur Verfügung stellen konnte.

Es entstanden damals:

- 1839 die Zeche Ver. Helene und Amalia, die 1851 351 Mann, 1858 730 Mann Belegschaft hat.
- 1843 Victoria Mathias, 1850 mit 333, 1858 mit 732 Mann.
- 1844 Wolfshank, 1858 mit 439 Mann.
- 1845/51 und 1845/53 die beiden Schächte des Kölner Bergwerksvereins
Neu-Cöln und Anna, 1858 mit 592 und 408 Mann.
- 1846 Carolus Magnus.
- 1847/59 Königin Elisabeth, 1858 mit 298 Mann.
- 1848/51 Zollverein, 1855 mit 498, 1858 mit 741 Mann.
- 1850/60 Ver. Bonifacius.
- 1854/59 Hercules (Grillo).
- 1855/58 Heinrich Theodor (Neu-Essen).
- 1856 Prosper, als Tiefbauzeche der Arenbergschen Bergbau- und Hüttengesellschaft.
- 1857 Christian Levin (Kölner Bergbauverein).

An welchen dieser Neugründungen die Waldthausens als Gewerken beteiligt waren, wissen wir nicht. Dass sie aber an der Entwicklung partizipierten, ist bekannt. Seit der Mitte des Jahrhunderts gibt es kaum noch eins der Familienhäupter, die als Wollhändler und Färber die Tradition weiterführten, das nicht auch zugleich als Gewerke bekannt war. Später sehen wir klarer. So kann zum Beispiel kein Zweifel daran bestehen, dass die Gewerkschaften Orange und Friedrich der Grosse, Gelsenkirchen, schon frühzeitig zum Einflussbereich der Familie Waldthausen gehörten. Bei beiden Gewerkschaften sass Albert von Waldthausen, dessen Adel am letzten Tage des Jahres 1900 bestätigt worden war und der wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg auf

ein Vermögen von 18 bis 19 Mill. Mark geschätzt wurde, als Mitglied im Grubenvorstand. Als stellvertretender Vorsitzter des Grubenvorstandes amtierte bei der Gewerkschaft Friedrich der Grosse der nach Düsseldorf übersiedelte August von Waldthausen, der 1908 beinahe ebenso reich war wie sein Onkel Albert. Der dritte Mann war, als Vertreter der Familie Poensgen, die auch in anderen Montanunternehmungen mit den Waldthausens zusammenarbeitete, der Rittmeister a.D. von Burgsdorf, verehelicht mit Luzie Poensgen, einer Tochter des Geheimen Kommerzienrats Gustav Poensgen. Auch bei den Gewerkschaften des Steinkohlenbergwerks Altendorf und Eintracht Tiefbau wie bei der Bergwerksgesellschaft Trier mbH bekleidete August von Waldthausen im Grubenvorstand das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Womit zwar ebensowenig wie hinsichtlich der Gewerkschaft Friedrich der Grosse gesagt sein soll, dass die Familie Waldthausen allein geherrscht habe. Denn beispielsweise bei Eintracht Tiefbau begegnen wir als Gewerken August Haniel. Nur dürfte feststehen, dass hier wie auch bei der Gewerkschaft Unser Fritz, dessen Grubenvorstand August von Waldthausen als Mitglied angehörte, der Einfluss der Essener Grossfamilie sich auf einen hohen Besitzanteil stützen konnte.

Vermutlich erst später dehnten die Waldthausens ihren Einflussbereich auf die Gewerkschaften des Steinkohlenbergwerks Ewald und König Ludwig aus, die 1935 zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen und 1942 in dieser Gestalt durch Abschluss eines Organschaftsvertrages (d.h. eines Gewinn- und Verlustübernahmevertrags) von der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten übernommen wurden. Jedenfalls gehörten dem Grubenvorstand bei Ewald Heinrich von Waldthausen als stellvertretender Vorsitzter und Wilhelm von Waldthausen als Mitglied an, während im Grubenvorstand von König Ludwig Heinrich gleichzeitig als Mitglied amtierte.

Dass Mitglieder der Waldthausen-Familie im Laufe der Zeit ihr Interesse an den Geschicken der Montanindustrie durch die Erwerbung noch sehr vieler anderer, mehr oder minder hoher Beteiligungen bekundeten – wir nennen bloss die Deutsche Erdöl-AG, die Magdeburger Bergwerks-AG, die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, die Mannesmannröhrenwerke AG, die Klöckner-Werke AG und die Kali-Industrie AG, die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff AG, aus der im Zweiten Weltkrieg die heute über Berthold von Bohlen und Halbach zur Krupp-Domäne gehörende Wesag-Chemie AG ausgegründet wurde, und die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff AG – sei nur nebenbei bemerkt. Gewiss, es ist wichtig. Es muss auch verzeichnet werden, dass durch die Ehe August von Waldthausens mit Helene Elisabeth Schiess, einer der beiden Töchter des rühmlich bekannten Düsseldorfer Maschinenfabrikanten Geh. Kommerzienrats Ernst Schiess, die Maschinenindustrie – vertreten durch die Schiess-Defries AG, die Maschinenbau-Unternehmungen AG und die Schüchtermann & Kreymer-Baum AG für Aufbereitung – in den Umkreis der Waldthausen-Interessen einrückte; dass der Radius dieses Interessenkreises durch Otto Krawehl, den Sohn des Aachener Kommerzienrats Georg Krawehl und seiner Gattin Amalie von Waldthausen, Inhaber der Handelsfirma Wilhelm & Conrad Waldthausen und gleichzeitig Vor-

standsmitglied des Essener Vereins für die bergbaulichen Interessen, noch wesentlich erweitert wurde (Demag, Vereinigte Kesselwerk AG u.a.m.), und schliesslich, dass der Fideikommiss- und Bergwerksbesitzer Hugo von Gallien, der mit Angelika Waldthausen verheiratet war, nicht nur die Beziehungen des Waldthausen-Clans zur Maschinenindustrie (Demag AG, Maschinenbau-Unternehmungen AG, Voigt & Haeffner AG, Maschinenfabrik Meer AG [heute: Mannesmann-Konzern], Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken AG [heute: Klöckner & Co-Konzern] und Julius Pintsch AG) vervielfachte, sondern auch das Verhältnis zur Montanindustrie – namentlich zum Mannesmann-Konzern und zur Deutschen Erdöl AG – enger gestaltete. Mit höchst nachhaltiger Wirkung übrigens; denn Ferry von Berghes, durch die Verheiratung Herta von Gahlens mit dem Major von Berghes, ein Enkel Hugo von Gahlens und seiner Gattin Angelika geb. Waldthausen, ist kommanditistisch an der Essener Bankfirma Waldthausen & Co beteiligt und zählt als einer der wenigen Grossaktionäre der Mannesmann AG und der Deutschen Erdöl AG zu den Aufsichtsratsmitgliedern beider Gesellschaften. Robert Korte andererseits, Mitinhaber der Firma Düsseldorfer Bergwerks- und Hüttenbedarf, der Edith von Waldthausen, eine Tochter jenes August von Waldthausen ehelichte, der zu Beginn der neunziger Jahre in die Familie Schiess eingeheiratet hatte, sitzt gleichfalls unter den Aufsichtsratsmitgliedern der Deutschen Erdöl AG und gehört wie schon sein Schwiegervater dem Aufsichtsrat der Essener Aktien-Brauerei Carl Funke AG an. Freilich, damals firmierte sie noch als «Aktienbierbrauerei in Essen an der Ruhr». Sie brachte ihr Bitterbier mit dem Sprüchlein «Erst mach dein Sach, dann trink und lach!» an den Kumpel und dachte noch nicht an Expansion. Damit begann es erst 1923. Heute beherrscht sie durch Mehrheitsbeteiligung oder Organschaftsvertrag eine stattliche Gruppe von Brauereien (Phoenix-Brauerei GmbH, Essen, Kronen-Brauerei AG, Essen-Borberk, Dortmunder Stifts-Brauerei Carl Funke AG, Dortmund-Hoerde, Hitdorfer Brauerei AG, Köln, Dom-Brauerei AG, Köln, und Brauerei Bollert GmbH, Köln).

Doch wie gesagt – das alles nur nebenbei.

Wichtiger für die Entwicklung und kennzeichnender für die regionale Bedeutung des Waldthausen-Reichtums waren zwei andere Momente: der Anteil, den die Familie am Geschick und füglich an den Erfolgen der Essener Credit-Anstalt nahm und ihre massgebliche Beteiligung an der Arenbergschen AG für Bergbau und Hüttenbetrieb.

Die Gründung der Essener Credit-Anstalt im Jahre 1874 ging auf die Initiative des Bergwerks- und Hüttenbesitzers Friedrich Grillo, eines der angesehensten Essener Gewerken, zurück. Ihre Bedeutung lag wesentlich darin, dass sie, nachdem das Auslandskapital nicht mehr das gleiche Interesse an der Entwicklung der deutschen Montanindustrie zeigte wie bisher und, offengestanden, nach den vielerlei trüben Erfahrungen der zwei bis drei letzten Jahrzehnte auch nicht mehr zeigen konnte, tatkräftig in den Prozess der Kapitalbeschaffung eingriff. Nach anfänglichen Rückschlägen entwickelte sich die Bank recht gut. Im Durchschnitt der Jahre 1872-1875 halte ihre Ge-

samtsumme 23,5 Mill. Mark betragen. Im Jahre 1886-1890 lag sie erst um knapp 170'000 Mark höher, dann allerdings begann ein fast jäher Aufstieg: 71,8 Mill. Mark im Durchschnitt der Jahre 1896-1900, 242,9 Mill. Mark in der Periode 1906-1910, 330,5 Mill. Mark im darauffolgenden Jahrfünft.

Und an dieser Entwicklung hatten auch die Waldthausens ihren gerüttelten Anteil genommen. Von der älteren Generation hatten Friedrich Wilhelm Waldthausen, Gustav Waldthausen, Heinrich von Waldthausen und Oskar Waldthausen, von der jüngeren Eugen, August und Wilhelm von Waldthausen, dieser zuletzt noch als Vorsitzender, dem Aufsichtsrat angehört; Wilhelm von Waldthausen hatte von 1904-1922 als einer der Direktoren des Instituts gearbeitet. Obschon aus dieser Zeit seine Beziehungen zur Kaliindustrie stammen (Wintershall AG, Kaliwerke Adolfs-Glück AG u.a.m.), soll dahingestellt bleiben. Jedenfalls steht fest, dass die Beziehungen der Familie Waldthausen zur Essener Creditanstalt denkbar eng waren: Wie sich auch darin erweist, dass nach der Fusionierung der Bank mit der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft-(1925) Wilhelm von Waldthausen den Vorsitz im Ausschuss für die Niederlassungen der ehemaligen Essener Creditanstalt übernahm, dem als Mitglieder ferner August und Eugen von Waldthausen, Otto Krawehl und Herr von Gahlen angehörten. Allerdings waren zum Zeitpunkt der Fusionierung schon drei Viertel des Aktienkapitals in die Hände der Deutschen Bank gelangt. Welchen Portefeuilles diese Anteile entstammten, ist jedoch leicht zu vermuten, wenn man in Rechnung stellt, dass Wilhelm von Waldthausen, Eugen von Waldthausen, Otto Krawehl und Hugo von Gahlen in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank übernommen wurden. Die Bankfirma Waldthausen & Co, die 1923 als Kommanditgesellschaft errichtet worden war – persönlich haftender Gesellschafter war damals nur Fritz von Waldthausen; der im Juni 1956 tödlich verunglückte Ernst von Waldthausen trat ihm erst 1946 zur Seite –, hat aus der Verbindung der Familie erst zur Essener Creditanstalt, dann zur Deutschen Bank sicherlich keinen geringen Nutzen ziehen können.

Von noch erheblich grösserer Bedeutung für die Familie aber war wohl der Umstand, dass sie sich schon frühzeitig an der Arenbergschen AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb beteiligt hatte. Als Hauptaktionär dieser reichen Bergbaugesellschaft galt seit Ende des vorigen Jahrhunderts Eugen von Waldthausen, ein Mann, der einige Jahre vor dem Krieg auf ein Vermögen von 18 bis 19 Mill. Mark geschätzt wurde und später auch der Deutschen Erdöl AG, der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff AG, der Magdeburger Bergwerks AG, der Deutschen Bank und einer Reihe von Versicherungsgesellschaften nahestand. Oskar von Waldthausen war der Vertreter der Arenbergschen AG im Ruhrgebiet. Als er im Jahre 1906 verstarb, war sein Vermögen gross genug, um jedem seiner vier Kinder – eines von ihnen war der eben erwähnte Dr. Ernst von Waldthausen – je 2-3 Mill. Mark zu hinterlassen. Das ist freilich nicht erstaunlich, wenn man berücksichtigt, dass die Gesellschaft in den Jahren 1890 und 1891 je 80 Prozent, 1899 75 Prozent, 1906 und 1907 je 45 Prozent, 1890 bis 1907 nur ein einzi-

ges Mal weniger als 35 Prozent, nämlich 30 Prozent Dividende verteilte. Als dann im Jahre 1908 das Kapital von 7,4 auf 14,4 Mill. Mark erhöht wurde, trat freilich ein fühlbarer Rückgang der Ausschüttung ein. Aber auch dann lohnte es sich noch, zu den Aktionären der Gesellschaft zu zählen.

Nach dem Kriege, im Jahre 1919, wurde zuerst die Gewerkschaft Arenberg Fortsetzung, Bottrop, drei Jahre später die Arenbergsche AG für Bergbau und Hüttenbetrieb von den Rheinischen Stahlwerken übernommen. Aus dieser Zeit datiert die wohl auch heute noch recht bedeutende Beteiligung der Familie Waldthausen an den Rheinischen Stahlwerken, die damals wie heute ihren Ausdruck darin fand, dass Mitglieder der Familie den Aufsichtsratsvorsitz oder doch mindestens einige Mandate im Aufsichtsrat übernahmen. –

Waldthausen & Co KG, Essen

Pers. haft. Gesellschafter: Dr. Fritz von Waldthausen, Essen

Dr. Ernst von Wadthausen, Essen († 14. 6.1956) *Kommanditisten:*

	RMark
Bergassessor Carl Fellingner, Essen.....	16 000
Frau Adelheid von Halem, Prag	75 000
Frau Berta Schmitz-Waldthausen, Aachen.....	6 000
Kommerzienrat August v. Waldthausen, Düsseldorf	75 000
Georg von Waldthausen, Bremen.....	65 000
Bergassessor a. D. Heinrich von Waldthausen, Essen.....	30 000
Frau Helene von Waldthausen, Wührden.....	25 000
Dr. Helmuth Freiherr von Waldthausen, Bassenheim	135 000
Reg.-Rat Robert Waldthausen, Sigmaringen.....	10 000
Frl. Olga von Waldthausen, Aachen.....	10 000
Frau Marie-Luise Witte, Essen.....	10 000
Kaufmann Hans Krawehl, Essen.....	50 000
Frau Ursula Braune, Essen	3 000
Frau Edith Korte, Düsseldorf	5 000
Frau Asta von Kretschmarin, Essen	5 000
Gottfried von Waldthausen, Gilarhof hei Borken.....	5 000
Reg.-Assessor a. D. Ferry von Berghes in Bergfeld bei Eisenschmitt,	
Reg.-Bez. Trier.....	10 000
Frau Herta Huber, Karlsruhe.....	10 000
Frau Irma Huber, Essen.....	10 000
Stiftung Clara von Waldthausen, Essen	80 000
Frau Helga von Waldthausen, Hersfeld.....	20 000
Frl. Maria von Waldthausen, Müggenburg bei Norf	10 000
Frau Renate Böhmer, Essen	10 000
Rechtsanwalt Karl Heinrich von Waldthausen, Müggenburg-Norf .	40 000
Frau Jutta Gräfin Pfeil geb. von Waldthausen, Müggenburg-Norf	10'000
Bergassessor Rudolf von Waldthausen, Essen	95 000
Kommanditistische Einlagen insgesamt:	800'000

(Nach dem Stand der Handelsregister-Eintragung vom September 1956. Die letzte Eintragung war am 10.11.1948 erfolgt.)

Wie nur noch wenige andere «ganz grosse» Familien wurden die Waldthausens im Laufe eines Jahrhunderts von der Woge der Industrialisierung emporgetragen. Ihr

Reichtum wuchs mit der Montanindustrie, ihr Einfluss mit dem Erfolg ihrer Heiratspolitik, die sie mit vielen Geschlechtern von Rang und Namen, sowohl der wirtschaftlichen als auch der politischen Führungsschicht, in enge Beziehung brachte: mit den Pastors in Aachen, den Krawehls und Astliöwers in Essen, den Schiess' und von Gahlens in Düsseldorf, zu der Familie des derzeitigen preussischen Kriegsministers von Gossler, der Grafen Pfeil usw. Sie vertraten, wenn man die Grossfamilie mit all ihren Linien, Ästen, Zweigen und Häusern als Einheit nimmt, schon vor dem Ersten Weltkrieg eine Vermögensmasse, die mit 150 Mill. Mark eher zu klein als zu gross eingeschätzt ist. Über die Grenzen des Reviers hinaus aber waren sie wenig bekannt. Ähnlich wie heute, obwohl ihre industriellen Beteiligungen – klug verteilt auf viele und bedächtig akkumuliert bei wenigen sehr grossen Unternehmungen – die Stürme der Zeit überstanden haben. Zu schweigen von ihren Bankhäusern – der Waldthausen & Co KG, Essen, und der Waldthausen & Co KG, Düsseldorf, an welcher letzterer das Essener Haus und die Münchner Privatbank Merck, Finck & Co zu gleichen Teilen beteiligt sind –, blühenden Unternehmungen, die freilich nicht so sehr dem breiten Publikumsgeschäft als den Anlageinteressen der Gesamtfamilie dienen.

Gab es dergleichen Erscheinungen eines fast märchenhaft anmutenden Aufstieges zu Reichtum, Macht und gesellschaftlicher Geltung, wie sie uns in den Revierfamilien Krupp, Haniel, Waldthausen, Thyssen, Stinnes, Klöckner u.a.m. begegnet, auch jenseits der Grenzen des Ruhrgebiets? Die Frage liegt nahe, aber die Antwort kann so bündig, wie man es wünschen möchte, doch nicht gegeben werden. Nur soviel steht fest: selbst die grossen Vermögen, die in der Kaiserzeit mit dem rastlosen Ausbau des Verkehrswesens, den Anforderungen der Rüstung zu Lande und zu Wasser, dem Aufblühen der jungen Energiewirtschaft und der Expansion des Versicherungswesens entstanden waren, reichten an die Familienvermögen der Ruhrmagnaten nicht heran: weder was das Tempo ihres Wachstums anging noch was die Endsummen der Vermögensbilanzen, noch gar was die in den Händen weniger «Wirtschaftsführer» vereinigte Macht betraf. Den Vergleich mit dem im Schwarzen Revier akkumulierten Reichtum der grossen Industriellenfamilien halten nur die schlesischen Magnatenvermögen aus, von denen schon die Rede war, und etwa noch die im Saargebiet entstandenen Montanvermögen, von denen dasjenige der Familie Stumm aus mancherlei Gründen unser besonderes Interesse verdient.

Stumm, die «Ära Stumm», «König Stumm», «Herrscher von Saarabien»: das waren zu seiner Zeit Stichworte für Diskussionen gewesen, die weiteren Widerhall fanden und leidenschaftlicher geführt wurden als die Erörterungen, die Worte und Taten des Essener Kanonenkönigs wachrufen mochten. Und das mit Recht. Denn was in der Südwestecke des Reichs vor sich ging, an der Saar, nicht weit entfernt vom wiedergewonnenen und mühsam domestizierten Lothringen, das war allerdings beispielhaft für die innere Situation des Reiches, dessen soziale und wirtschaftliche Problematik hier reproduziert: auf engstem Raum und in Reinkultur dargestellt wurde.

Am Aufstieg der Familie Stumm war eigentlich nichts Ungewöhnliches. Eher könnte man sagen, ihr Aufstieg vollzog sich ruhiger, mutete den Beobachter normaler an als das rapide Wachstum der grossen Montanvermögen des Ruhrgebiets. Und doch war da etwas, was auch den Unvoreingenommensten zur Stellungnahme herausforderte: für oder wider das Haus Stumm und seine Herrschaftsmethoden, die darauf angelegt schienen, den Strom des historischen Geschehens durch ein System von Dämmen und Schleusen in einem höchst eigenwilligen Sinne zu bändigen.

Der Name Stumm taucht in der Wirtschaftsgeschichte des Saarlandes zum erstenmal im Jahre 1715 auf, als Johann Nikolaus Stumm das Recht erhielt, auf dem Birkenfeld bei Rhaunen Waffenschmiede und Eisenhammer zu errichten.

Der Begründer der industriellen Dynastie hatte Erfolg. «Am 24. August 1737», berichtet die Firmenchronik, «schloss er mit seinen beiden Söhnen Johann Nikolaus und Johann Heinrich einen Kompagnie-Kontrakt zur Übernahme der beiden Eisenhämmer bei Sensweiler, für den die Konzession Anfang des nächsten Jahres erteilt wurde. Nach dem Tode des Johann Nikolaus Stumm, 1742, erweiterten die beiden Söhne ihre Tätigkeit, indem sie 1743 gemeinsam die Asbacher Hütte erwarben, während Johann Nikolaus mit seinem Schwiegersohn König zusammen 1746 die Veldenzer Hütte und Johann Heinrich 1747 zusammen mit Remy aus Bendorf die Röderbacher Hütte übernahm. 1758 erbauten beide Brüder zusammen den Katzenlocher Hammer, und am 9. Dezember 1763 erwarb Johann Heinrich Stumm das bedeutende Hüttenwerk zu Abentheuer.

Nach einem Familiengesetz gingen bei Erbteilungen die Hüttenwerke immer nur an die männlichen Familienmitglieder über, so dass 1783 wieder alle Hütten und Hämmer im gemeinsamen Besitz der Brüder Friedrich Philipp, Christian Philipp und Johann Ferdinand Stumm waren. Als letzte grosse Erwerbung auf dem Hunsrück ersteigerten sie 1785 die Gräfenbacher Hütte bei Kreuznach, wozu als kleinere Erwerbungen noch die Hämmer zu Weiperath 1790, zu Weitersbach 1793 und zu Allenbach 1802 traten, die jedoch wegen Kohlholzmangels bald stillgelegt werden mussten.

So waren die Stumms im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts das erste Eisenhütten-geschlecht auf dem Hunsrück geworden.»

Sie fanden denn auch beim Hof die ihnen gebührende Beachtung.

Johann Heinrich Stumm (1710-1783 trug schon den Titel eines markgräfllich-badischen Kommerzienrats, und sein Sohn Christian (Philipp), der als Hofrat in Mannheim lebte, war in der Gunst des Landesherrn so hochgestiegen, dass er als erster des Geschlechts das Adelsprädikat vor den Namen setzen konnte.

So kann es denn nicht wundernehmen, dass die drei Söhne und Erben des Kommerzienrats Friedrich Philipp, Johann Ferdinand und Christian Philipp, die sich im Jahre 1806 zur Gründung der Firma «Gebr. Stumm» vereinigt hatten, im gleichen Jahr jenen Schritt tun konnten – von den verkehrsfernen Höhen des Hunsrücks hinab ins

Saartal, an den Wasserweg und die Kohle heran –, der über die Zukunft des Hauses entschied: Sie erwarben von der französischen Regierung das Neunkirchener Eisenwerk, die Halberger und die Fischbacher Hütte und legten damit den Grundstein des vielgliedrigen Unternehmens, das sich im Lauf der Jahrhunderte zu stattlichen Leistungszahlen entwickelte.

Schon ein Jahrzehnt später, im Jahre 1817, war die junge saarländische Firma in der Lage, aufs Neue einen Stein aus dem französischen Montanbesitz an der Saar herauszubringen: Sie beteiligte sich mit 40 Prozent an der Dillinger Hütte, die sich soeben mit einem Kapital von 1 Million Franc als Kommanditgesellschaft auf Aktien konstituiert hatte. Wieder acht Jahre später – inzwischen war die Firma in den Alleinbesitz Friedrich Philipps und seines Sohnes Karl Friedrich übergegangen – gelang es den Stumms, die Aktienmehrheit der Dillinger Hütte an sich zu bringen: sie verkauften das Hüttenwerk Geislautern, das sie für 450'000 Franc vom preussischen Staat erworben hatten, unverzüglich und ohne Preisaufschlag an die Dillinger Hütte. Diese zahlte in Anteilen ihres auf 1,5 Mill. Franc erhöhten Aktienkapitals dergestalt, dass die Stumms nun 900'000 Franc oder sechzig Prozent des Grundkapitals besaßen.

Aber nun kamen schwere Jahre für die Firma. Die Einführung der Puddelstahl-Erzeugung und die Umstellung vom Holzkohlen- auf den Kokseinsatz kostete Geld und immer mehr Geld, die heimischen Eisensteinvorkommen gingen schnell ihrer Erschöpfung entgegen, die Erwerbung und Erschliessung neuer Erzfelder an der Lahn verursachte abermals gewaltige Unkosten, und wenn auch die Erze auf dem Wasserweg – über Rhein, Mosel, Saar – bis nach Saarbrücken geführt werden konnten, so dass mit Pferdefuhrwerken nur noch das kleine Wegstück Saarbrücken-Neunkirchen zu bewältigen war, kam doch der Transport im Vergleich zu der guten alten Zeit recht teuer. Karl Friedrich, der nach dem Tode des Vaters (1835) die Gebrüder Stumm allein zu repräsentieren hatte, tat sich schwer. «Neunkirchen mit seinen hohen Erzeugungskosten schien verloren», resümiert der Chronist der Firma. «Nach dreizehnjährigem Ringen um die Erhaltung seines Werks gab Karl Friedrich Stumm den Kampf auf». Er starb, knapp fünfzigjährig, nachdem er vierundzwanzig Jahre in der Firma gearbeitet und dreizehn Jahre allein die Verantwortung getragen hatte.

Friedrich Philipp Stumm hatte seinem einzigen Sohn die OHG Gebrüder Stumm hinterlassen; die Hunsrücker Werke hatte er seinen Enkeln Rudolf, Gustav und Eduard vermacht, die aus der Ehe Charlotte Stumms mit dem Oberbergrat Heinrich Böcking hervorgegangen waren; die Anteile an der Dillinger Hütte waren als gemeinsames Erbe an seine drei Kinder, Friedrich Karl, Charlotte Böcking und Henriette gefallen, die einen Oberst von Strantz geheiratet hatte.

Als Friedrich Karl starb, war keines seiner acht Kinder volljährig. Emma, die älteste der vier Töchter, zählte vierzehn, Karl Ferdinand, der älteste der vier Söhne, erst zwölf Jahre. Gemäss der Haustradition waren die Stummschen Eisenwerke in den Alleinbesitz der Söhne Karl Ferdinand (*1836), Friedrich(geb.1838), Ferdinand

(*1843) und Hugo (geb.1845) – übergegangen, unmündige Kinder, die kaum erst lesen und schreiben gelernt hatten. Da war guter Rat teuer. Wäre nicht der Bruder der Witwe Marie Louise Stumm gewesen – der eben erst dreiunddreissigjährige Karl August Bernhard Böcking – so hätte die Firma schwerlich weitergeführt werden können.

Zehn Jahre lang, von 1848 bis 1858, lag die Leitung der Werke allein auf den Schultern Böckings: Dann trat ihm der zweiundzwanzigjährige Karl Ferdinand zur Seite, der schon zwei Jahre später – wieder mit einer Böcking: Ida, der Enkelin des Oberbergrats – seinen eigenen Hausstand begründete. Für die Firma und für das Saargebiet war eine neue Zeit angebrochen: die «Ära Stumm» hatte begonnen.

Zunächst freilich mochte der junge Stumm sich zurückhalten. Dem fast doppelt so alten Onkel Böcking blieb in der Leitung der Werke ein weiter Spielraum. Die Zeiten waren schwer genug, um die Erfahrung des Älteren voll zu beanspruchen, und überdies gingen die Gedanken und Bestrebungen des jungen Herrn schon bald über den engen Umkreis des Familienunternehmens hinaus. Die Energien, die er an der Seite Karl Böckings nicht der Entwicklung der Werke zuwenden konnte, suchten den Ausweg in die Politik: Nachdem er zunächst bei den Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus mit 200 gegen 340 Stimmen dem freisinnigen Professor Virchow unterlegen war, wurde Karl Ferdinand 1867 als Abgeordneter für Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim in den konstituierenden Reichstag und bald darauf – diesmal mit 9'000 gegen 1'500 Stimmen, die Virchow erkämpft hatte – in den ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg, an dem Karl Ferdinand Stumm an der Spitze der 2. Schwadron des 7. Res.-Ulanenregiments, teils auf dem Schlachtfeld, teils im Wachtdienst, teilgenommen hatte, trat Böcking von der Leitung der Firma zurück. Die Brüder blieben zwar Teilhaber des Unternehmens, verzichteten aber auf die aktive Mitarbeit. Der Herr im eigenen Haus war und blieb bis zu seinem Tod (1901) Karl Ferdinand: «König Stumm», Unternehmer und Politiker in einem, Begründer und Leiter mächtiger Interessenverbände, ein Mann, so singt der Barde des Hauses, in dem «sich eine seltene kristallklare Geistigkeit mit weitgespannter und tiefgründiger Lebenserfahrung, angeborenes Herrscherbewusstsein mit der lebendigen Liebe des positiven Christen und der immer wachen Sorge des Hausvaters» verband. Kurzum, ein trefflicher Vertreter des Menschenschlages, dem das Schicksal das Bewusstsein seines natürlichen Rechts auf Besitz und Herrschaft in die Wiege gelegt hat: Glühende Verfechter ihrer Interessen und fanatische Hasser jedes Gegners, der ihnen die Verwirklichung ihres Rechtsanspruchs auf Macht, Glück und Gelingen gefährden könnte.

Wie sich das Neunkirchener Eisenwerk unter der Leitung des neuen Herrn entwickelte, zeigen die Zahlen. Es bildete den Kern des Stumm'schen Besitztums, aber es war doch eben nur ein Teil des Königreiches Stumm.

Im Jahre 1875 hatte Stumm – seit 1874 Geheimer Kommerzienrat – die Halberger Hütte zurückerworben, die er in Neunkirchens schwerer Zeit an die Firma Gebr. Bö-

cking verkauft hatte. Und zwar geschah das in der Weise, dass Karl Ferdinand Stumm als Kommanditist vier Fünftel des Kapitals der zu Rudolf Böcking & Co umgegründeten Firma übernahm und seinem Schwager Rudolf Böcking die Geschäftsführung überliess. Ferner war da noch die Beteiligung an der Dillinger Hütte, die immerhin gross genug war, dass Stumm – lange bevor er das Amt des Präsidenten übernahm (1883) – entscheidenden Einfluss auf das Produktionsprogramm der Gesellschaft nehmen konnte. Er war es, der ihr die Anregung zur Panzerplattenfabrikation vermittelte, und dank seiner Freundschaft mit dem ersten Chef des Reichsmarineamts, dem Bismarck-Gegner Albrecht von Stosch, kam es denn auch dahin, dass, kaum war die Admiralität von der Güte der Dillinger Panzerplatten unterrichtet worden, die Hütte den Auftrag erhielt, das Material für den Bau von zwei Panzerkorvetten zu liefern.

Die Entwicklung des Neunkirchener Eisenwerks

	Arbeiter	Erzförderung t	Roheisenerzeugung t	Roheisenverbrauch t
1861	1'200	-	16'000	26'000
1869	1'350	-	20'000	36'000
1874	2'000	10'000	35'000	52'000
1880	2'100	180'000	68'000	92'000
1890	3'100	279'000	112'000	170'000
1900	4'200	1'031'000	278'000 ²	289'000

¹ Dazu rechnet Dr. Fritz Hellwig: 500 Mann in Ueckingen, 1'900 Mann auf den Stumm'schen Erzgruben und (wahrscheinlich zu hoch): 1'700 Mann auf der Zeche Min. Achenbach – insgesamt also 8'300 Mann.

² Einschliesslich Erzeugung in Ueckingen.

Tatsächlich also umschlossen die Grenzen des Königsreichs Stumm schon bald einen viel weiteren als den angestammten Neunkirchener Bezirk. «Der Aufbau des Stummschen Industrieunternehmens», sagt zutreffend der offizielle Stumm-Biograph Dr. Fritz Hellwig (MDB), «zeigte grosse Ähnlichkeit mit den Trustbildungen amerikanischen Stiles. Die drei Stummschen Werke in Neunkirchen, Dillingen und Brebach (Halberger Hütte) waren sämtlich sogenannte gemischte Werke, das heisst, sie umfassten den Eisenproduktionsprozess von den Rohmaterialien Erz und Kohle bis zum Fertigprodukt. Dagegen waren sie in der Art ihrer Fertigerzeugnisse streng spezialisiert: Das Neunkirchener Eisenwerk stellte Stab- und Fassoneisen, Schienen und Draht her, die Dillinger Hütte Bleche, Platten und Panzerplatten, die Halberger Hütte endlich Gusswaren I. und II. Schmelzung, besonders Röhren. So machten sich die drei Werke untereinander keine Konkurrenz, während sie doch zugleich miteinander den Markt mit allen Fertigprodukten beherrschen konnten. Daraus ergab sich der ausserordentliche Einfluss der Stummschen Unternehmungen auf die übrigen südwestdeutschen

Werke, der sich seit 1880 in zunehmendem Masse im Zusammengehen mit den anderen Werken auswirkte.»

So eindrucksvoll die unternehmerische Leistung Karl Ferdinand Stumms auch war, die er, mit dem Strome der Zeit, der Industrialisierung und der Flottenrüstung, schwimmend, vollbrachte, nicht ihr, sondern seinem politischen Wirken und seiner gesellschaftlichen Haltung verdankt er den ehrenden Zunamen «König» Stumm.

Kaum war der erste sozialdemokratische «Agitator» im Saargebiet aufgetaucht, kaum war am 1. Juli 1877 die *Freie Volksstimme*, ein sozialdemokratisches Wochenblatt mit einer Auflage von 1'000 Exemplaren, gegründet worden, da vereinigten sich sämtliche Werke des Saargebiets am 6. Juli – man beachte die blitzhafte Schnelligkeit der Reaktion – zu einem «Komitee der Arbeitgeber zur Bekämpfung der Sozialdemokratie». Führer der Bewegung und Leiter des Komitees waren Stumm und der Vorsitzende der staatlichen Saarbrücker Bergwerksdirektion, Achenbach, ein Bruder jenes Handelsministers Achenbach, nach dem der Freiherr Karl Ferdinand von Stumm die westfälische Zeche benannte, die er in seinem letzten Lebensjahr für sein Unternehmen erwarb.

Der Aufruf des Komitees an die Arbeiterschaft, später als «Sozialistengesetz der Saarindustrie» bezeichnet, lautete schlicht und einfach:

- «1. Es sollen keine Arbeiter auf den Werken geduldet werden, welche sich an sozialdemokratischen Agitationen direkt oder indirekt beteiligen, insbesondere
- a) sozialdemokratische Blätter halten oder verbreiten,
 - b) an sozialdemokratischen Versammlungen oder Vereinen teilnehmen,
 - c) Wirtshäuser frequentieren, in welchen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten oder Blätter dieser Richtung aufliegen.
2. Arbeiter, welche in Ausführung dieses Beschlusses entlassen werden, sollen auf keinem anderen Werke Aufnahme finden.»

«Die Geschlossenheit dieses Vorgehens», berichtet wieder Fritz Hellwig, «hatte unmittelbaren Erfolg; die angesagten sozialdemokratischen Versammlungen konnten nicht mehr stattfinden, teils aus Mangel an Besuchern, teils in Ermangelung von Versammlungslokalen. Die Hauptträger der Agitation, Kaulitz und Hackenberger, wurden wegen verschiedener Reden, die ein Stenograph im Auftrag des Arbeitgeberkomitees niedergeschrieben, verhaftet und zu je 2^½ Jahren Gefängnis verurteilt.»

Um die Schlagkraft der von Stumm ins Leben gerufenen Kampforganisation zu stärken, beschloss das Arbeitgeberkomitee am 17. Oktober, durch eine Umlage von 1 Pfennig je Kopf der Belegschaft einen Fonds zu bilden. Das hätte insofern bedenklich stimmen können, als ja im Komitee auch Staatsbetriebe, staatliche Bergwerksunternehmungen und die staatliche Eisenbahn vertreten waren. Aber dergleichen Skrupel kamen weder den Vollzugsorganen an der Saar noch den Ministerien in Berlin. Im Gegenteil. Die neuen Beschlüsse der Unternehmer erfuhren die ausdrückliche Billigung des preussischen Handelsministers Heinrich von Achenbach, «der damit nicht

nur die Beteiligung der staatlichen Betriebe des Saarreviers an den Repressivmassnahmen gegen die Sozialdemokratie genehmigte, sondern auch die Verwendung von Mitteln der staatlichen Verwaltungen, also von Staatsgeldern, für diesen Kampf zulässig.» (Fr. Hellwig).

Stumm führte den einmal begonnenen Kampf unentwegt weiter. In seiner Zeitung, der *Post*, empfahl er, als wenige Monate später Bismarcks Sozialistengesetz zur Erörterung stand, das Vorgehen der Saarindustriellen als beispielhaft für die gesamte deutsche Industrie. Mit dem Erfolg immerhin, dass zunächst der Langnamverein auf seiner von Mulvany geleiteten Sitzung vom 24. Juni 1878 ganz ähnliche Richtlinien wie die Saarindustrie beschloss und dann die Rheinpfalz dem Vorbild folgte. «Damit war die gesamte westdeutsche Industrie auf dem Wege der Selbsthilfe gegen die sozialdemokratische Agitation führend vorangegangen», resümiert Dr. Hellwig, der zurzeit, als er seine panegyrische Stumm-Biographie schrieb, Geschäftsführer der Saarbrücker Handelskammer war, heute aber als geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrieinstituts amtiert und als CDU-CSU-Abgeordneter im Bundestag die Interessen der Volksgemeinschaft vertritt.

Die Selbsthilfe der Industriellen wurde wenig später, am 21. Oktober 1878, dadurch suspendiert, dass auf Grund des Sozialistengesetzes der Staat die Verfolgung der «roten Unruhestifter» in die Hand nahm. Aber Stumm war durchaus nicht gewillt, auf die Weiterführung seines Privatkrieges zu verzichten. Als am 27. Oktober 1880 – zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, das bis 1890 immer wieder in seiner Geltung bestätigt wurde – das liberale *Neunkirchener Tageblatt* ein zuvor in der satirischen Wochenschrift *Die Wahrheit* erschienenes Gedicht «Der alte Arbeiter» abdruckte, griff Stumm wieder ein. Er fühlte sich angegriffen, obwohl er als Vorkämpfer der Altersversicherung dergleichen Ressentiments nicht zu hegen brauchte. Immerhin, das Blatt stand der Hirsch-Dunckerschen, also gewerkschaftsfreundlichen Richtung des Liberalismus nahe. Also verbot er seiner Arbeiterschaft noch am gleichen Tag Bezug und Lektüre des *Neunkirchener Tageblatts* und forderte von seinem, «auf den 1. November einberufenen Arbeitgeberkomitee», sich dem Verbot anzuschliessen. Dort zögerte man zunächst; doch schliesslich beugten sich die Vertreter sowohl der privaten Unternehmungen als auch der Staatsbetriebe dem übermächtigen Einfluss Karl Ferdinand Stumms. Das Verbot wurde für alle Werke und Staatsgruben des Neunkirchener Bezirks ausgesprochen und auch auf den Bahnhöfen angeschlagen. «König Stumm» – das Wort stammt übrigens von Bismarck – hatte wieder einmal gesiegt.

Freilich, der Sieg war nicht von Dauer.

Obwohl Herr von Maybach, Achenbachs Nachfolger, das Vorgehen des selbstherrlichen Industriellen in einer persönlichen Aussprache gebilligt hatte, wich er später vor den publizistischen und parlamentarischen Angriffen der Liberalen zurück, verfügte für die Staatsbetriebe die Aufhebung des Zeitungsverbots und empfahl zwei Mitgliedern des Arbeitgeberkomitees, auf Stumm in der gleichen Richtung einzuwirken.

ken. Der Erfolg liess nicht auf sich warten: Nach stundenlanger erregter Diskussion erklärten Stumm und der Glasindustrielle Ernst Wagner ihren Austritt aus dem Komitee. Am nächsten Tage stauten sich die Arbeiter des Neunkirchener Eisenwerks vor den Fabrikatoren, von denen herab ein Aufruf ihres Arbeitgebers ihnen mitteilte:

«Höheren Ortes ist die Kgl. Bergwerksdirektion veranlasst worden, die Massregeln, welche sie in Gemeinschaft mit den übrigen grösseren Arbeitgebern des Saargebietes gegen sozialdemokratische Agitation ergriffen hatte, erheblich zu modifizieren. Dem im Jahre 1877 geschlossenen Verbände ist dadurch die Grundlage entzogen, ich erachte dessen fernere Aufrechterhaltung für unmöglich und bin bereits aus dem Komitee ausgeschieden. Angesichts der jetzt geschaffenen Situation halte ich es für aussichtslos, in hiesiger Gegend den Kampf gegen sozialistische und sonstige rechtsfeindliche Bestrebungen in seiner Allgemeinheit mit dem bisherigen Erfolge weiterzuführen. Ich bin deshalb entschlossen, vom politischen Leben zurückzutreten. Losgelöst von so manchen Rücksichten allgemeiner wie lokaler Natur, werde ich mich für die Folge umso wirksamer der Förderung Eures geistigen und materiellen Wohles widmen können. Ich werde dieser Aufgabe meine ganze Kraft in der freudigen und unerschütterlichen Zuversicht zuwenden, dass, was auch sonst sich ereignen möge, das Band des Vertrauens zwischen uns ebensowenig gelockert werden wird als die unwandelbare Treue zu Kaiser und Reich, die zu betätigen von jeher die Ehre des Neunkirchener Werkes gebildet hat. Das seitens meiner Firma gegen das Halten des *Neunkirchener Tageblattes* gerichtete Verbot bleibt unverändert in Kraft. Dagegen ziehe ich das gegen den Besuch gewisser Wirtschaften gerichtete Verbot in seiner bisherigen Form hiermit zurück, weil ich vereinzelt nicht mehr imstande bin, diese Massregel ohne schwere Belästigung auch loyaler Wirte und Eurer selbst durchzuführen. Ich behalte mir vor, dieses Verbot in einer den veränderten Verhältnissen angemessenen Weise zu ersetzen.»

Stumms mit Emphase verkündeter Entschluss, «vom politischen Leben zurückzutreten», liess sich allerdings nicht realisieren. Zunächst einmal wurde er schon 1882 ins Preussische Herrenhaus und 1883 in den Landeseisenbahnrat berufen, und schliesslich liess er sich 1889 – nach einer Unterredung mit Bismarck – auch wieder in den Reichstag wählen.

Sein Hass gegen die Sozialdemokratie war inzwischen nicht kleiner geworden. Als am 9. Januar 1895 im Reichstag die Umsturzvorlage der Regierung diskutiert wurde, führte er namens der Reichspartei aus:

«Ein prinzipieller Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten existiert nicht. Den Sozialdemokraten gegenüber kann man mit geistigen Waffen nicht auskommen, man muss den eisernen Besen anwenden, und zwar richtet man mit geistigen Waffen deswegen nichts aus, weil sie jedesmal, wenn sie widerlegt sind, sich sofort mausern und von Neuem widerlegt, nochmals sich mausern, und so natürlich nicht zu fassen sind. Wir brauchen deshalb ein schärferes Gesetz, und hätte ich das

Gesetz zu machen, so würde ich vorschlagen, § 1: Jedem Sozialisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder interniert! – Ich halte es für die Pflicht der Selbsterhaltung, für eine Pflicht gegen die Monarchie und die Gesellschaft, die Arbeiter von dem roten Banne der Sozialdemokratie und der ungesetzlichen Tyrannei zu befreien, die ihnen von den sozialdemokratischen Agitatoren auferlegt wird ...»

Nun, die Arbeiter wurden «vom roten Bann» erst im Dritten Reich befreit, dessen Machthaber dann auch gleich der Forderung Stumms genügten, die sozialistischen Agitatoren zu internieren. Der König von Saarabien war eben seiner Zeit voraus. Er machte auch schon dem Antisemitismus gewisse Konzessionen: «Man sagt, wir machten mit den reichen Juden Geschäfte und schimpften auf die kleinen. Merkwürdig ist doch aber, dass meines Wissens bei keiner Fraktion ausser der sozialdemokratischen Juden Mitglieder sind.» Er fand es unverständlich, «wie ein solches aufreizendes Stück wie *Die Weber*» vom Oberverwaltungsgericht freigegeben werden konnte». Und er wettete gegen die Kathedersozialisten – jene Herren, von denen «auch die Phrase von dem berechtigten Kern der Sozialdemokratie stammt».

Mit jedem seiner Argumente und Forderungen hätte Stumm die Zustimmung der Nationalsozialisten gefunden – wenn es sie nur schon gegeben hätte. Aber er blieb auch damals nicht ohne Beifall. Er kam – *horribile dictu* – aus den Reihen des Zentrums, dem namentlich der wütende Ausfall gegen die Professoren aus der Seele gesprochen war. Als sein aggressivster Sprecher erhob sich in der nämlichen Reichstags-sitzung der Abgeordnete Gröber zu der Anklage: «Die Redner in den kleinen Volks-versammlungen sind nicht zum hundertsten Teil so gefährlich und so schuldig wie die Redner auf dem Katheder. Das Beispiel von oben ist viel verführerischer. Was ein Professor mit einem ganzen Wust von Zitaten, einem Heuwagen voll Belegen vor-bringt, das imponiert dem Deutschen viel mehr, als was ein einfacher Mann mit blos- ser Volks-Schulbildung spricht... Würde die Vorlage Gesetz, so müsste sie zunächst auf die vom Staat bezahlten Professoren angewandt werden. Die Rettung liegt darin, dass die Religion dem Volke erhalten bleibt. Wir treten auch gern mit in die Schranken für Religion, Sitte und Ordnung gegen den Umsturz. Zuvor verlangen wir aber, dass für diesen Kampf unsere gebundenen Hände frei gemacht werden ... Sorgen Sie für die Religion! Wenn die Leute nicht mehr an die Unsterblichkeit, an Gott glauben, wie wollen Sie sie veranlassen, opferwillig und gehorsam zu sein?»

Opferwilligkeit und Gehorsam – das waren präzise auch die Tugenden, die der positive Christ Karl Ferdinand Stumm von seinen Leuten erwartete. Wenn man dem Bio-graphen glauben darf, zahlte er allerdings gute Löhne – d.h. Löhne, die damals als gut galten. Zahlen oder gar Vergleichszahlen haben wir freilich nicht; doch nehmen wir ruhig an, die Löhne waren auskömmlich. Stellen wir selbst die zwei Flaschen Wein in Rechnung, die er bei der Geburt seiner ersten Tochter den Arbeitern spendierte oder das Festessen, das er bei ihrer Vermählung für 4'200 Mitglieder der Belegschaft gab

– so bleibt doch noch genug, was den Stumm-Arbeitern an heute kaum noch begreiflichen Opfern zugemutet wurde. Es sei denn, man sehe im Verzicht nicht nur auf jede politische Tätigkeit, die den Vorstellungen des Fabrikherrn zuwiderlief, sondern auch auf jedes selbständige politische Denken, ja, selbst auf die selbstgewählte Lektüre kein Opfer oder doch nur ein Opfer, das bloss die Mitglieder der gehobenen Schicht als ein solches empfinden würden.

Wie dem nun sei – wer bei Stumm nicht blindlings aufs Wort gehorchte, der flog. Und wem gekündigt wurde, der hatte am gleichen Tag auch die Wohnung zu räumen. Bei Krupp wurde dem gekündigten Arbeiter immerhin eine Frist von vierzehn Tagen gelassen, ehe er aus der Wohnung gesetzt wurde. Doch freilich, um den Einwand vorwegzunehmen, beispielsweise bei der Harpener Bergbau-AG und den Rheinischen Anthrazitwerken ging es im Punkte Wohnung noch strenger zu als bei Stumm. Dort nämlich hiess es im Mietvertrag: «Der Mieter übernimmt für sich und seine bei ihm wohnenden, dem Bergmannsstande angehörigen Söhne die Verpflichtung, während der Dauer des Mietsvertrages (ein Vierteljahr) auf der Zeche Preussen für den daselbst üblichen Schichtlohn oder Gedingsatz zu arbeiten. Er verzichtet also für sich und erwähnte Söhne ausdrücklich auf das Recht, während dieser Periode die Arbeit zu kündigen und die Abkehr zu fordern. Sollte der Mieter diesen Verpflichtungen nicht nachkommen oder er selbst oder einer seiner dem Bergmannsstande angehörigen Söhne willkürlich drei oder mehr aufeinanderfolgende Schichten von der Arbeit ausbleiben, so ist die Vermieterin berechtigt, den Mietsvertrag aufzuheben und die Wohnung sofort räumen zu lassen, unbeschadet aller Ansprüche insbesondere auf den Mietzins bis zum Ablauf der Kündigungsfrist für diesen Mietsvertrag.»

Die grössere Milde, die er in der Wahrnehmung seiner Hausherrrechte walten liess, wurde aber völlig wettgemacht durch die Art, wie er seinem Grundsatz Geltung verschaffte, dass, wenn ein Fabrikunternehmen gedeihen solle, es «militärisch, nicht parlamentarisch organisiert sein» müsse.

Vor allem nahm er das Recht für sich in Anspruch, seine Arbeiter nicht nur für Verstösse gegen das Betriebsreglement mit Strafen zu belegen, sondern eine Art patrimonialer Gerichtsbarkeit auch hinsichtlich ihres ausserbetrieblichen Verhaltens auszuüben. Und als durch die Arbeiterschutzgesetzgebung von 1891 dem Arbeitgeber das Recht genommen wurde, seine Arbeiter für Vergehen ausserhalb des Betriebs oder für blosse Verstösse gegen das Wohlverhalten, wie sie in der Atmosphäre einer Industriestadt sich leicht ereignen können, in Strafe zu nehmen, gab er auch noch nicht nach. Im Gegenteil, dadurch, dass er an die Stelle der Geldstrafe die Strafe der Kündigung setzte, verstärkte er noch die Wirkung der willkürlich geübten Sanktionen. Im Reichstag gab er zunächst einmal zu: «Es versteht sich also ganz von selbst, dass alle diese Punkte, die sich auf Vergehen ausserhalb des Betriebes beziehen, nicht bloss in meiner Arbeitsordnung, sondern auch in allen übrigen Ordnungen wegbleiben müssen ... Aber daraus folgt noch lange nicht», führte er weiter aus, «dass ich die Bestimmungen, die ich – ich wiederhole es: in meinem Gewissen gezwungen – in Bezug auf die

Disziplin, das Wohlverhalten, die sittliche Haltung der Arbeiter auch ausserhalb des Betriebes für notwendig halte, nicht nach wie vor durchführe, und zwar mit derselben Entschiedenheit wie bisher und auch, wie ich hoffe, mit demselben Erfolge, nur dass ich gezwungen bin, in schärferer Weise als bisher diese Dinge zu ahnden. Ich bin also nicht mehr in der Lage zu sagen: derjenige Arbeiter... wird bestraft; niemand wird mich daran hindern können, *neben* der Arbeitsordnung in einer besonderen Bekanntmachung zu sagen: Ich werde mich nach wie vor um die Haltung meiner Arbeiter ausserhalb des Betriebes kümmern; wer in der Beziehung meinen Anforderungen nicht entspricht, wird zunächst verwarnt, und wenn das nicht hilft, wird ihm gekündigt werden.» Wie weit Stumm in der Praxis ging, sich um das ausserbetriebliche Verhalten seiner Arbeiter zu kümmern, zeigt auch die Tatsache, dass er sich die Entscheidung darüber vorbehielt, «ob einer seiner Untergebenen gegen einen anderen Betriebsangehörigen eine Privatklage erheben konnte». Das mochte eben noch hingehen, wenn man ihm zubilligte, dass es ihm da um die Erhaltung des innerbetrieblichen Friedens gegangen sei. Aber die Rechtsanmassung des Unternehmers ging noch viel weiter, und beinahe unerträglich scheint uns heute das Hausgesetz, welches gebot, dass keiner der Arbeiter Stumms ohne seine Genehmigung heiraten durfte. «Stumm machte die Erteilung des «Heiratskonsens» davon abhängig, dass der betreffende Arbeiter das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und so viel erspart habe, dass er die Kosten eines eigenen Haushalts aufbringen könne; ausserdem musste er eine gewisse Mindestlohnhöhe erreicht haben. Auch die zukünftige Frau des Arbeiters liess Stumm sich vor der Erteilung der Heiraterlaubnis vorstellen.»

Das war schon kein patriarchalisches oder, wie Stumm formulierte, «persönliches» Unternehmer-Arbeiter-Verhältnis mehr. Auf den patriarchalisch geführten Gütern Osteibiens ging es vergleichsweise liberal zu. Was wir bei Stumm sehen, entspricht schon der Konzeption einer totalitären «Erfassung» des werktätigen Menschen, nur dass nicht der Staat, sondern der Unternehmer als Usurpator hervortrat: Es begann damit, dass das Arbeiterkind die werkeigene Kleinkinderschule, der Sohn sodann die Hütterschule und bis zum Werkeintritt, d.h. bis zum sechzehnten Lebensjahr, die Stummsche Fortbildungsschule, die Tochter aber nach dem Verlassen der Schule die zum Werk gehörige Näh- und Handarbeitsschule und schliesslich die Haushaltsschule besuchte. Erhielt der Arbeiter den Heiratskonsens, so wurde ihm eine Werkswohnung zugewiesen. Seine Abhängigkeit vom Werk wuchs dadurch noch. Hatte er 900 Mark erspart, konnte ihm ein Vorschuss bis zu 2'400 Mark zum Bau eines Eigenheimes bewilligt werden. Er war als Hausbesitzer also keineswegs freier denn als Mieter einer Werkswohnung – wenigstens nicht während der vielen Jahre, die er brauchte, um seinen Vorschuss abzahlten. Im Werk unterlag sein Verhalten dem Richtspruch des Unternehmers nach den in eigener Rechtsvollkommenheit gesetzten Regeln des Dienstreglements; in seinem Privatleben unterstand er der patrimo-

nialen Gerichtsbarkeit des Fabrikherrn, die nach dem Verbot der Geldstrafen nur noch die härteste Sanktion, Dienstentlassung und Hinauswurf aus der Wohnung, kannte. Der Arbeiter war zu regelmässigem Kirchenbesuch verpflichtet; seine politische Gesinnung wurde beschnüffelt; seine Lektüre, sein Wirtshausbesuch, seine Freundschaften wurden überwacht. Den ehrbaren Denunzianten, die ihren Dienst für Gebr. Stumm, Thron und Altar um Gotteslohn oder ein Schulterklopfen freiwillig taten, blieb nichts, aber auch gar nichts verborgen: Sie blickten dem Zeitungsleser über die Schulter, dem Ehepaar ins Schlafzimmer, dem Mädchen unter den Rock. Bei Stumm hielt man auf Sitte und Anstand; wer in Neunkirchen hinausflog, hatte keine Chance mehr an der Saar.

Weiss Gott, es herrschte ein strenges Regiment im Königreich Stumm. Aber Thron und Altar lohnten denn auch die Strenge. Am 28. Mai 1888, knapp drei Wochen, bevor die neunundneunzigtägige Regierungszeit Kaiser Friedrichs endete, wurde Karl Ferdinand Stumm in den erblichen Freiherrnstand erhoben. Im Jahre 1890 berief das Vertrauen Wilhelms II. Stumm in den Staatsrat; 1891 erhielt der Freiherr das Recht, sich nach seinem Schloss Stumm-Halberg zu nennen; 1892 widerfuhr ihm die hohe Ehre des Kaiserbesuchs. Dass Stumms Verhältnis zu dem Monarchen sich 1897 abkühlte, lag lediglich daran, dass der Kaiser Stumm erst veranlasst hatte, das Parlament über seine, des Kaisers, Staatsstreichabsichten zu unterrichten, den Reichstag aufzulösen und die Minister davonzujagen, falls ihm nicht seine Marine Vorlage bewilligt werde – dann aber unter dem Einfluss des Kanzlers Hohenlohe eine halbe Stunde später all die gefährlichen Pläne aufgab. Die Desavouierung kränkte den Freiherrn tief. Doch sie tat seinem Ansehen beim Kaiser und in der Öffentlichkeit keinen Abbruch. Als im Mai 1897, zwei Monate nach der Panne im Reichstag, der Oberkirchenrat Stumms Kampf gegen die christlich-sozialen Pfarrer des Saarreviers beendete, geschah es in der Weise, dass sich die Pfarrer der Stummschen Richtung zu unterwerfen hatten. «Die Antwort des Evangelischen Oberkirchenrats an Stumm», kommentierte der Hofprediger Stöcker, «ist scham- und ehrlos, die klirrende Kette am Bein des Staatskirchentums». Doch was half's. Drei Wochen später, nach der Besichtigung der Bodelschwingschen Anstalten in Bielefeld, erhob der Monarch «den Pokal in der Hoffnung, dass Westfalens Söhne nicht zurückstehen werden mit ihrer Hilfe zur Unterstützung in der Ausführung Meines Programms: Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.» Das war nicht nur an die Adresse des christlich-sozialen Pfarrers Naumann und der Professoren Baumgarten, Herkner, Lehmann und Tönnies gerichtet, deren Namen im Januar unter dem Aufruf zur Sammlung für die streikenden Hamburger Hafendarbeiter gestanden hatten, sondern auch eine Vertrauenserklärung an König Stumm, der in den kaiserlichen Worten unschwer sein eigenes Programm wiedererkennen konnte.

Aber Stumm war des Treibens müde geworden. Anfang der Sechzig begann er zu

altern. Im Sommer 1900 erkannten die Internisten der Universität Heidelberg, dass die Beschwerden des Freiherrn die Auswirkungen eines Magenmundkrebses seien, der durch operativen Eingriff nicht mehr behoben werden konnte. Ein Anfall von Herzschwäche setzte am 8. März 1901 dem Leben Karl Ferdinands Freiherrn von Stumm-Halberg ein Ende: drei Wochen bevor er sein fünfundsechzigstes Jahr vollendet hatte.

Stumm war als Spross eines grossen und reichen Geschlechts zur Welt gekommen. Er hatte nicht so klein angefangen wie etwa Thyssen, Klöckner oder gar Otto Wolff. Sein Vermögen stellte sich, als er in die väterliche Firma eintrat, schon in einer siebenstelligen Ziffer dar. Dennoch wird man annehmen dürfen, dass gegen neun Zehntel des auf 38 bis 40 Mill. Mark geschätzten Vermögens, das er seinen Angehörigen hinterliess – seiner Witwe Ida geb. Böcking und seinen Töchtern: Ida von Schubert, deren Gatte, Generalleutnant v. Schubert, die Vermögensverwaltung der verwaisten Familie übernahm; Elisabeth verw. Rittmeister a. D. Willi Braun, auf die der Zweig Braun von Stumm zurückgeht; Helene, Gattin des Majors a. D. Kurt von Heimburg, und der geschiedenen Freifrau Hedwig von Lucius, der nachmaligen Gräfin Sierstorpf –, von dem erfolgreichen Industriellen «verdient» worden war. Während der nächsten sieben bis acht Jahre wuchs das Familienvermögen des Stammes Stumm-Halberg, soweit es in der Gebr. Stumm GmbH, der Halberger Hütte – die 1907 in die GmbH Rudolf Böcking & Co, Erben Stumm-Halberg und Rudolf Böcking eingebracht worden war –, der Dillinger Hütte und der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Minister Achenbach angelegt war, auf etwa 81 Mill. Mark.

Die Mehrung des Stummschen Reichtums war nicht mehr so sehr das Ergebnis schöpferischer Unternehmertätigkeit als vielmehr Abbild und Resultat des rastlos fortschreitenden Industrialisierungsprozesses. Die Werke wuchsen mit den Anforderungen des wachsenden Markts. Im Jahr 1902 hatte die Gebr. Stumm GmbH mit einer Belegschaft von 4'474 Köpfen 284'011 t Roheisen, 5'627 t Gusseisen zweiter Schmelzung und 250'229 t Halb- und Fertigfabrikate erzeugt; für das Jahr 1909 lauteten die Zahlen: 5'140 Belegschaftsmitglieder, 406'047 t Roheisen, 8'432 t Gusseisen und 347'675 t Halb- und Fertigfabrikate, wobei noch berücksichtigt werden muss, dass 1909 ein konjunkturell schwaches, wenn nicht sogar ein schlechtes Jahr war.

Auf der Zeche Minister Achenbach war 1900 die Förderung mit einem Ergebnis von 1'173 t erst angelaufen; 1902 wurden 196'304 t und 1909 schon 649'697 t gefördert; die Arbeiterzahl war von 762 im Jahre 1901 auf 2'403 im Jahre 1909 gestiegen (Vergleichszahlen für 1954: 6'422 Arbeiter und Angestellte; 1'736'793 t Kohle, 528'830 t Koks usw.).

Die Dillinger Hütte gedieh, dank ihrer Spezialisierung auf den Panzerplattenbedarf der Marine, aufs Beste. Sie hatte 1899 eine Dividende von 23 Prozent, 1900 sogar 30 Prozent und den nächsten neun Jahren regelmässige Gewinne in der Grössenordnung von 14 bis 19 Prozent ausschütten können.

Für die Halberger Hütte-Gusswaren und Röhren besitzen wir keine Erzeugungs-

zahlen. Immerhin wurde das Stammkapital 1907 bei der Gründung der «GmbH Rudolf Böcking & Co, Erben Stumm, Halberg und Rudolf Böcking, Halberger Hütte bei Brebach» auf 12 Mill. Mark festgesetzt, wovon 10 Mill. Mark auf die vier Töchter des Freiherrn Karl Ferdinand von Stumm und nur 2 Mill. Mark auf Rudolf Böcking entfielen. Der wirkliche Wert jedoch betrug ein Vielfaches dieser Summe, so dass man auch hier mit einem Jahresertrag von vielen hunderttausend Mark rechnen muss, wenn nicht gelegentlich sogar die Millionengrenze überschritten wurde. Kein Wunder, dass unter diesen Umständen das Vermögen des Stammes Stumm-Halberg sich in weniger als einem Jahrzehnt mehr als verdoppeln konnte.

Die Brüder hatten den Freiherrn Karl Ferdinand geraume Zeit überlebt, und selbstverständlich hatten auch für sie, die ja zu den «Gebrüdern Stumm» gehört hatten, König Stumm und die Gunst der Zeitläufte gearbeitet.

Der älteste, Adolf Friedrich Freiherr von Stumm, der mit Mathilde geh. de Backer vermählt gewesen war, starb 1914 in Neunkirchen. Sein Vermögen – Genaueres wissen wir freilich nicht – mochte in der Grössenordnung von 12 bis 15 Mill. Mark rangieren. Sicherlich ist es 1908 nicht kleiner, sondern eher grösser gewesen.

Der Ehe des Freiherrn Adolf Friedrich entstammten zwei Söhne: Fritz von Stumm, vermählt mit Gecile geh. von Behr, hatte als Major im Generalstab den Abschied genommen und lebte seither auf seinem mecklenburgischen Rittergut Wendelstorf oder im alten Westen Berlins, in der damals noch recht feudalen Brückenallee, nahe dem grossen Stern. Er versteuerte 1908 ein Einkommen von 445'000 Mark. Da sein Vermögen auf 6,78 Mill. Mark veranschlagt wurde, entspricht der Ertrag einer Rendite von annähernd 6,6 Prozent – was darauf schliessen lässt, dass das Kapital des Rittergutsbesitzers mindestens teilweise in der Industrie investiert war.

Der nur ein gutes Jahr jüngere Wilhelm August, der eine Gräfin von Platen-Haltermund geheiratet hatte, war im diplomatischen Dienst nach London, Washington, Paris, Wien, St. Petersburg, Madrid und wieder nach London gekommen. 1908 lebte er als Wirklicher Legationsrat in Berlin, wo er später zum Unterstaatssekretär aufrückte. Sowohl Fritz als auch Wilhelm zählten zu den Gesellschaftern der Gebr. Stumm GmbH und gehörten dem Grubenvorstand der Gewerkschaft Minister Achenbach an. Gewiss also war das Vermögen Wilhelms nicht kleiner als dasjenige Fritz von Stumms.

Auf Adolf Friedrich folgt in der Reihe der Brüder König Stumms: Ferdinand Freiherr von Stumm, Exzellenz, Wirklicher Geheimer Rat, 1875-1877 preussischer Gesandter in Darmstadt, 1877-1879 in gleicher Eigenschaft in Kopenhagen, 1879-1890 Kaiserlicher Botschafter in Madrid, nach langem Ruhestand verstorben im Jahr 1925.

Seine Gattin Pauline war die Tochter des 1909 zu Paris verstorbenen Bankiers Louis Freiherrn von Hoffmann, der als der Sohn des reichen Leipziger Bankiers Ludwig Ferdinand von Hoffmann zur Welt gekommen war. Durch ihre Mutter war die Freifrau Pauline nahe verwandt mit dem früheren konservativen Reichstagsabgeord-

neten von Frege-Abtnaudorf und den beiden Inhabern des 1739 gegründeten Leipziger Bankhauses Frege & Co.

Wie König Stumm – der durch die Böckings mit der Familie Krupp, den Aachener Tuchfabrikanten Claus, den links und rechts des Niederrheins sitzenden (von) Scheiblers, die gleichfalls in der Textilindustrie zu Reichtum und Ansehen gekommen waren, und mit den Waldthausens verschwägert war – hatte auch Ferdinand in eine weitverzweigte Familie der europäischen Finanzaristokratie eingeheiratet. Das erklärt, warum er als Angehöriger eines Berufsstandes, in dem man gemeinhin nichts verdient, sondern viel Geld zusetzen muss, zu wesentlich grösserem Wohlstand gelangen konnte als seine beiden Brüder Friedrich und Hugo: Im Jahr 1908 besass er zwei Rittergüter: Holzhausen (Kreis Kirchhain) mit 700 ha und Rohlstorff über Segeberg (Schleswig-Holstein) mit annähernd 2500 ha. Sein Vermögen wurde auf 23 bis 24 Mill. Mark, sein Einkommen auf 1,9 Mill. Mark geschätzt – was der sehr hohen Rendite von 7,9 bis 8,3 Prozent entspricht. Von seinen drei Söhnen schlug der älteste, Ferdinand Carl, wieder die diplomatische Karriere ein: Er war 1909 Geschäftsträger in Belgrad und 1918, ehe er den Abschied nahm, Dirigent der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt. Seine einzige Tochter, Maria, vermählte sich 1918 mit dem Fürsten Hermann von Hatzfeld-Wildenburg, den sie wenige Monate zuvor als Begleiterin der Kronprinzessin als deutschen Gesandten in Ägypten kennengelernt hatte. Damals war er noch Graf; als dann im Juni 1911 sein Onkel Fürst Hatzfeld-Wildenburg starb, erbte er neben dem Titel die Standesherrschaft Wildenburg-Schönstein im südlichen Westfalen und die Herrschaft Kalkum bei Düsseldorf.

Hugo Rudolf Freiherr von Stumm-Ramholz, der jüngste der legendären Gebrüder Stumm, hatte sich schon frühzeitig als Rittmeister a.D. auf Schloss und Gut Ramholz (Kreis Schlüchtern, 979 ha) zur Ruhe gesetzt, was freilich nicht hindern konnte, dass er im Jahr 1908 ein Vermögen von 14 bis 15 Mill. Mark und ein Einkommen von einer guten Million zu versteuern hatte. Seiner Ehe mit Maria geb. von Rauch entstammten zwei Töchter und ein Sohn.

Margarete, die älteste, vermählte sich 1906 mit Richard von Kühlmann, einem Sohn des ersten Generaldirektors der Anatolischen Eisenbahn, Otto von Kühlmann; Richard, schwerer Bamberger Reiter, war übrigens der Mann gewesen, der als Geschäftsträger in Tanger die hervorragende Idee gehabt hatte, den Kaiser zu seiner berühmten Landung in Tanger zu bewegen. Zurzeit seiner Vermählung sass er als Botschaftsrat in London, 1915 kam er als Gesandter in den Haag, 1916 als Botschafter nach Konstantinopel. Doch nur für kurze Zeit. Im August 1917 trat er als Nachfolger Zimmermanns das Amt des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt an, den die schwere und undankbare Aufgabe erwartete, den Frieden von Brest-Litowsk mit Russland und den Frieden von Bukarest mit Rumänien zu schliessen.

Von Hugo, dem Sohn, ist nur zu berichten, dass er, erst dreiundzwanzigjährig, 1910, im gleichen Jahr wie sein Vater, zu Heluan in Ägypten starb.

Das also waren vor dem Ersten Weltkrieg die «Gebrüder Stumm»: die Witwe des

Freiherrn Karl Ferdinand, ihre Töchter und, als Sachwalter der Familie, der Generalleutnant z. D. Conrad von Schubert – dessen Schwiegersohn, Botschafter a. D. Vicco von Bülow-Schwante, übrigens in seinem Familienamt nachfolgte; die Freiherrn Friedrich, Ferdinand und Hugo und ihre Kinder. Die untere Grenze des Vermögens, das sich in ihren Händen gesammelt hatte, lag bei 150 Mill. Mark, war vermutlich aber viel höher zu veranschlagen. Doch das allein ist es nicht, was unser Interesse beansprucht.

Bewundernswürdig ist vielmehr, mit welcher Konsequenz diese Industriellenfamilie, deren Vorfahren vor gar nicht so langer Zeit von den Schmiedehämmern des Hunsrück hinabgestiegen waren, schon vor ihrem Avancement in den Adelsstand und erst recht natürlich nachher sich mit der Aristokratie von Geblüt identifizierte: Die Männer nahmen adlige Mädchen, Freiinnen, Baronessen und Gräfinnen, zur Frau; die Mädchen heirateten hoch hinauf in die Reihen des Adels, des Offiziers- und des Diplomatischen Korps, der grundbesitzenden Aristokratie und der Standesherrn. Nach König Stumm, der auch schon als einziger von vier Brüdern sich an den Schreibtisch des Fabrikherrn gesetzt hatte, finden wir keinen der Stumms mehr in einem bürgerlichen Beruf. Ferdinand, Vater und Sohn, und Wilhelm von Stumm schlugen die diplomatische Laufbahn ein; andere wurden Offizier oder lebten als Gutsbesitzer und Rentner dem otium in dignitate. Doch freilich trieben sie es nicht soweit, einen Sitz in den hochdotierten Kontrollinstanzen der Stummschen Unternehmungen auszuschlagen.

Der Sog der «höheren» Lebensform erwies sich als stärker als das Selbstbewusstsein des wirtschaftsmächtigen Erwerbsbürgertums, das immerhin einige der westdeutschen Montangewaltigen, Thyssen und Stinnes, Kirdorf, Klöckner und Wolff, erfüllte. Diese waren die Ausnahme, die Stumms bestätigten die Regel, nach der die Reichen und Reichsten der wilhelminischen Ära zu leben trachteten. Politisch waren sie konservativ; aber ob ihnen ihr Konservativismus nach dem preussischen Muster geriet, in dem sich doch noch ein Einschlag von Humanität, der Achtung vor der Würde des Christenmenschen findet, auf die auch dem letzten Tagelöhner ein Anspruch zugebilligt wird, ist eine offene Frage. So etwas zu lernen kostet ja ebenso lange Zeit, wie ein Rasen braucht, um zu wachsen. Und die Stumms hatten es eilig. König Stumm hatte niemals das jus primae noctis ausgeübt, das die jagdfreudigen Aristokraten noch gern praktizierten; aber er regierte seine Werke wie – so mochte er glauben – ein preussischer Grande seinen Gutshof regieren würde. Das ostelbische Gutsregime indessen war eine Idylle, verglichen mit dem totalitären Regiment, das Stumm über seine Leute bis in die Stunden der Abendlektüre und des Wirthausbesuchs, in die Schlafzimmer, Nähstuben, Küchen und Gärten hinein ausübte. Kein Bericht aus Russland oder einer der Volksdemokratien könnte trostloser klingen als eine Darstellung des Alltags, wie König Stumm ihn seinen Untertanen bereitete; zunächst totale Erfassung des Kindes durch Kindergarten, Werkschule, werkeigene Berufs-, Näh- und Haushaltsschule; dann Lehrzeit unter den Augen des Fabrikherrn und seiner Meister; Kontrolle des heranwachsenden Arbeiters auf Ordnungsliebe und auf Ord-

nungsliebe und Sparsamkeit; Heirat nur mit Genehmigung des Unternehmers; Verschärfung der Abhängigkeit durch Miet-, Pacht- und Abzahlungsverhältnisse bis zur völligen Domestizierung des Arbeitnehmers; Verbot von Privatklagen; Überwachung des Kirchgangs, der Zeitungslektüre, der politischen Gesinnung, der persönlichen Beziehungen und des Verhaltens ausserhalb der Fabriken, kurzum, des gesamten Privatlebens durch König Stumm und seine Zuträger. Was fehlt da noch, um das Bild einer »totalen Erfassung« des Arbeiterdaseins zu komplettieren? Möglich sogar, dass das Regime der Kolchose den Schein der Freiheit noch besser konserviert hat als das hart-händige Reglement der Gebrüder Stumm.

*Liste der Gesellschafter und ihrer Beteiligungen nach dem Stand
vom 31.12.19H*

	Beteiligung Franc
I. <i>Stamm Carl Ferdinand Freiherr V. Stumm-Halberg</i>	
1. Andreas v. Schubert, Grünhaus, Bez. Trier	39620 000
2. Irmgard Gräfin v. Roedern, Espelkamp-Mittwald	12020 000
3. Frau Erda Doertenbach geb. Gräfin v. Roedern, Stuttgart, Böblinger Strasse 72	5000 000
4. Ida Maria Gräfin v. Roedern, Espelkamp-Mittwald	5000 000
5. Frau Irmi v. Goetz geb. Gräfin v. Roedern, Espelkamp/Post Rahden	5 000 000
6. Hubertus Graf v. Roedern, Stuttgart, Feuerleinstrasse 2b ...	5 000 000
7. Max Erdmann Graf v. Roedern, Michelstadt, Odenwald	2000 000
8. Frau Helene v. Bülow-Schwante geb. v. Schubert, Düsseldorf Cecilienallee 37/38	4648 100
9. Frau Gabriele-Luise v. Arnim geb. v. Bülow-Schwante, Braunschweig, Guntherstrasse 25	62 865 400
10. Bolko Graf v. Roedern, Düsseldorf, Cecilienallee 33	5715 000
11. Frau Margarethe v. Graevenitz, Bonn, Joachimstrasse 9	5714 900
12. Conrad Graf v. Roedern, Romsthal, Kr. Schlüchtern	5714 900
13. Erika Gräfin v. Roedern, Wächtersbach, Kr. Schlüchtern, Am Dieterichsberg 3	5 714 900
14. Frau Christa Hentschel v. Gilgenheim geb. Braun v. Stumm, München, Lampadiusstrasse 12	31240 200
15. Botho Braun v. Stumm, Düsseldorf, Rosstrasse 15	30 840 200
16. Karin Braun v. Stumm, Grünwald über München 2, Nördliche Münchener Strasse 41	30 239 600
17. Gustav Braun v. Stumm, Brebach, Saar, Stummstrasse 1	82200 000
18. Dr. Joachim v. Heimburg, Gollenshausen, Post Gstadt, Chiemsee .	53 727 550
19. Ulrich Braun v. Stumm Erben, Brebach, Saar	11100 000
20. Frau Ilse Bowen geb. v. Heimburg, Reinbek b. Hamburg, Kückallee	563 100 000
21. Fräulein Hildegard Bowen, Reinbek bei Hamburg	8000 000
22. Frau Helene Bredow geb. v. Heimburg, München 13, Hohenstaufenstrasse 8 IV	36300 000
23. Fräulein Elisabeth v. Heimburg, München, Habsburgerstrasse 2 II bei v. Zwehl	36300 000
24. Frau Irma v. Lucius, Eltville a. Rh., Eltviller Aue	71143 500
25. Fräulein Francesca Schinzinger, do	3600 000
26. Frau Jutta v. Lucius, Frankfurt a. M., Forsthausstrasse 53 ...	8628 000
Übertrag	630'432'250

Beteiligung

Franc

Übertrag 630 432 250

27. Ferdinand. Ritter v. Mart, Frankfurt a. M., Miquell-Allee 62 494 050
 zus. 1.-27. 692 926 300

II. *Stamm Adolf Friedrich Freiherr V. Stumm*

28. Ulrike v. Stumm, München, Kaulbachstrasse 56, gesetzlich vertreten
 durch Frau Dr. F. v. Stumm 62844 000
 29. Baroness Waltraut v. Stumm, Oberkassel-Siegbkreis, Hauptstrasse 266 41 598 000
 30. Baroness Cecilie v. Stumm, Oberkassel-Siegbkreis, Hauptstrasse 266 . 41 598 000
 31. Elisabeth Freifrau v. Saurma-Jeltsch geb. v. Stumm,
 Kreilhof, Post Huglfing, Obb 181800 000
 zus. 28.-31. 327 840 000

III. *Stamm Ferdinand Eduard Freiherr v. Stumm*

32. Carl v. Stumm (Frau Ursula v. Stumm), Bremen, Comarstrasse 1444 438 000
 33. Nora Gräfin v. Strachwitz geb. v. Stumm, Ottenburg, Post Günzen
 hausen, Bez. Freising/Obb 48112700
 34. Nicolaus v. Stumm, Grafenachau bei Mumau/Obb 51555700
 35. Ferdinand v. Stumm, Rohlstorf über Bad Segeberg 35592000
 36. Johann Michael v. Stumm, do 6000000
 37. Friedrich Nicolaus v. Stumm, do 6000000
 38. Fräulein Huberta v. Stumm, Rohlstorf über Bad Segeberg.... 40404000
 39. Frau Alice v. Schenck geb. v. Stumm, Paderborn, Leostrasse 49 ..25800000
 40. Christina v. Schenck, Paderborn, Leostrasse 49 7 200000
 41. Gabriele v. Schenck, do 7200000
 42. Ursula Gräfin v. Hatzfeldt-Wildenburg, Schönstem über Wissen, Sieg 39 141 800
 43. August Hermann Graf v. Dönhoff, Schönstein 24165100
 44. Johann Christoph Graf v. Dönhoff, Schönstein 20459200
 45. Maria Christine Gräfin v. Dönhoff, Schönstein 24165100
 (zu 42.-44. p. A. Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Pohle, Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz
 13)
 46. Frau Baronin Barbara v. Bruemmer-Glaunenstein geb. Gräfin Hatzfeldt-Wildenburg,
 Wiesbaden-Sommerberg..... 27871 100
 47. Baroness Anya v. Bruemmer-Glaunenstein, Wiesbaden-Sommerberg . 46 109 000
 zus. 32.-47. 454 213 700

IV. *Stamm Hugo-Rudolf Freiherr v. Stumm-Ramholz*

48. Frau Ulrike v. Kühlmann-Camprubi, Box 202 Times Square Station,
 New York, USA 88200 000
 49. Knut v. Kühlmann Freiherr v. Stumm-Ramholz, Schloss Ramholz bei
 Vollmerz, Kreis Schlüchtern..... 197 160 000
 zus. 48.-49. 285 360'000

V. *Nicht-Familienangehörige*

50. Firma Otto Wolf, Köln, Unter Sachsenhausen 37 204'000'000
 51. Firma Eisen- u. Hüttenwerke AG, Köln..... 87'660'000
 52. Gebrüder Stumm GmbH, eigene Geschäftsstelle 108'000'000
 zus. 50.-52. 399 660'000

Zusammen I. 1.-27. Franc 692 926 300
 II. 28.-31. Franc 327 840 000
 III. 32.-47. Franc 454 213 700
 IV. 48.-49. Franc 285 360 000
 V. 50.-52. Franc 399 660 000

Franc 2 160 000 000

Nach dem Tod des ungekrönten Königs von Saarabien hat sich natürlich manches gemildert. Die Nachfahren des Autokraten waren noch weniger in der Lage, den Aufstieg der Arbeiterschaft zur politischen Mündigkeit zu verhindern, als Stumm es gewesen wäre. Nachdem die Werktätigen die Schwelle des physiologischen Hungerdaseins überschritten hatten, vollzog sich mit eherner Konsequenz ihr Zusammenschluss in Partei und Gewerkschaft. Und zwar umso unwiderstehlicher, da dem Besitzbürgertum die Fähigkeit abging, seinen politischen Status mit demjenigen Nachdruck zu formulieren, der notwendig gewesen wäre, den Kampf um die Kommandohöhen in Staat und Gesellschaft aufzunehmen. Im Gegenteil, sie abdizierten als soziale Schicht eigener Prägung und eigener Gesetzlichkeit; sie legten es darauf an, buchstäblich zu verschwinden, ihre Substanz aufzulösen, sie an die stärkere aristokratische Umwelt zu verlieren. Unter den achtundvierzig Namen, die die Gesellschaftsliste der Gebrüder Stumm GmbH heute aufweist, finden sich nur mehr fünf bürgerliche, von deren Trägerinnen aber wieder drei adliger Herkunft sind. Das ist bezeichnend für die Verteilung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Macht im wilhelminischen Deutschland.

Denn die grundsatzlose Masse des Grossbürgertums drängte damals noch nicht zur Errichtung eigener Machtpositionen, sondern begnügte sich damit, zur Macht in ihren altüberkommenen Erscheinungsformen zu gravitieren: eben sich aufzulösen in der politisch und gesellschaftlich dominierenden Schicht. Dass die Ironie der Geschichte es dennoch vermocht hat, zwischen den beiden Weltkriegen die Firma Otto Wolff in die illustre Schar der Stumm-Teilnehmer einzuschmuggeln, ist nur geeignet, die Tiefe des Wandels zu zeigen, der sich seither vollzogen hat. Sind doch die Firmeninhaber – die Halbbrüder Otto Wolff-Niederbieber und Otto Wolff von Amerongen, die beide den Vornamen des Vaters tragen – nicht nur bürgerlicher Herkunft, sondern befristeten Lebensgemeinschaften entsprossen, welche die souveräne Verachtung ihres Erzeugers selbst für das bürgerliche Institut der Ehe beweisen.

Es verhielt sich nun keineswegs so, wie man allenfalls aus der Familiengeschichte der Stumms folgern könnte: dass zwischen bodenständigen Bürgergeschlechtern deutschen Bluts und den Familien vom Adel eine natürliche Affinität bestanden, dass etwa die geheimnisvoll waltenden Gesetze von Blut und Boden diese Elitemenschen deutschen Geblüts mit unwiderstehlicher Kraft zusammengeführt habe. Weit gefehlt. Die keineswegs deutschblütigen Oppenheims, Bankiers von kurfürstlichen Gnaden, die nach der Aufhebung des Judenbanns von Bonn nach Köln zugewandert waren, verstanden sich ebensogut wie die Söhne und Töchter der hammerschwingenden Stumms darauf, den Weg durchs Leben an der Hand eines Ehegemahls von blauem Blut zu gehen.

Simon Oppenheim, den die K.u.K. Gunst Franz Josefs im März 1867 in den Stand eines österreichischen Freiherrn erhoben hatte – die preussische Genehmigung zur Führung des Titels folgte ein Jahr darauf –, hatte noch schlicht und einfach eine bürgerliche geehelicht: Henriette Obermayer aus Augsburg. Auch seine freiherrlichen

Söhne strebten in der Wahl ihrer Frauen noch nicht über den bürgerlichen Stand der Vorfäter hinaus. Eduard, später K.u.K. Generalkonsul, von evangelischer Konfession, wählte unter den Töchtern des Landes die Protestantin Amalie Heuser zur Lebensgefährtin; Albert, der es zum Königlich Sächsischen Generalkonsul brachte, entschied sich als einziger Katholik unter den Kindern des Freiherrn Simon von Oppenheim für die Katholikin Paula Engels aus Köln; Felix, der jüngste, heiratete eine Französin und lebte glücklich mit ihr in Paris. Nur Emma, die einzige Tochter, heiratete standesgemäß: Sie wurde die Gattin des Begründers der Dresdner Bank, Felix Freiherrn von Kastell.

Ganz anders die Abkommen der Kölner Freiherrn der zweiten Generation. Über das Eheschicksal der sechs Kinder des K. u. K. Generalkonsuls Eduard Freiherrn von Oppenheim berichtet die folgende Liste:

Maria, geboren am 15. Mai 1860, verheiratet seit 15. April 1882 mit George

Comte des Plancy, französischer Gesandter a. D. zu Plancy;

Ada, geboren zu Köln am 11. März 1862, verheiratet seit 1. Oktober 1885 mit

Gisbert Grafen von Bredow, Kgl. Preuss. Oberstleutnant a. D. auf Farchau,

Kr. Herzogtum Lauenburg, Provinz Schleswig-Holstein;

Simon Alfred, geboren am 26. Juni 1864, verheiratet mit Florence Hutchins

zu London am 21. Januar 1890, Mitinhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim

jun. & Cie, Köln, Kaiser-Friedrich-Ufer;

Emmy, geboren am 16. Oktober 1869, verheiratet am 1. Oktober 1892 mit dem katholischen Grafen

Maximilian von Arco Valey, Kgl. Bayrischen Kämmerer und Oberstleutnant à la suite der

Armee in St. Martin bei Ried, Oberösterreich;

Viktoria, geboren zu Köln am 20. Juni 1871, verheiratet am 29. Oktober 1890

mit Alexander von Frankenberg und Ludwigsdorf, Grossherzoglich Hessischem

Kammerherrn in München;

Henriette (Etta), geboren am 22. Oktober 1872, verheiratet zu Köln am

30. November 1897 mit Adolf Freiherrn von Hammerstein-Loxten,

Landrat in Bernkastel, geschieden.

Von den fünf Kindern des Kgl. Sächsischen Generalkonsuls Albert Freiherrn von Oppenheim blieb Max, Diplomat, rastloser Forschungsreisender, Orientalist von hohen Graden und fruchtbarer Schriftsteller, unverheiratet. Die anderen verbanden sich mit Mitgliedern der Aristokratie

Paul, geboren am 26. Mai 1859, verheiratet zu Paris am 5. Dezember 1891 mit

Viktoria Gräfin Sogheb, wohnt in Baden-Baden;

Max, Dr. jur. Kaiserl. Kaiserl. Deutscher Legationsrat, früher attachiert dem

Generalkonsulat in Kairo, dann Ministerresident, geboren am 15. Juli 1860;

Emil, Dr. jur. Kommerzienrat, verheiratet mit Maria Freiin Pergier von Perglas, derzeitiger Seniorchef des Hauses Sal. Oppenheim jun.;

Klara, geboren am 17. März 1870, verheiratet zu Ramersdorf am 2. August 1892 mit Guido Graf von Matuschka, auf Schloss Vollrads im Rheingau;

Wanda, geboren am 14. November 1871, verheiratet am 24. April 1897

mit Franz Grafen Pocci, Kgl. Bayerischen Kämmerer, Schloss Ammerland am Starnberger See.

Die Tendenz, der die jungen Freiherrn und Freiinnen Oppenheim bei der Wahl des Ehepartners folgten, ist nicht so sehr als individualpsychologisches denn als soziologisches Phänomen von Interesse. Es bestätigt nur, was wir im Falle Stumm feststellten und durch zahllose andere Verbindungen zwischen Nachfahren bürgerlicher und aristokratischer Geschlechter erwiesen finden könnten: die einer gewissen poli-

tischen Avitalität entsprungene Sucht des Grossbürgertums, in die Sphäre der staats-tragenden, politisch herrschenden, gesellschaftlich normsetzenden und auch wirtschaftlich noch überaus mächtigen Adelschicht aufgenommen zu werden.

Das ökonomisch allzu schnell herangereifte Bürgertum – ehemals vertreten durch kämpferische Liberale vom Schlage Hansemanns, Camphausens, Mevissens, Bekkeraths und Bambergers – hatte seine Stunde verpasst. Das Rad der Geschichte war über die Alten hinweggerollt. Die Jungen hatten nicht mehr den Mut und die geistige Kraft, zu einer eigenen Staatskonzeption zu kommen. Es fror sie im Schatten ihrer Fabriken, an deren Werkbänken Millionen Arbeiter standen, die das Parteibuch der SPD oder die Mitgliedskarte einer Gewerkschaft in der Tasche trugen. Da war es schon besser, neben den Junkern sich der Sonne der Allerhöchsten Huld zu erfreuen, die schimmernde Wehr des Reserve-Kavallerie-Offiziers zu tragen, die vielerlei Orden, die man allenfalls auch um kirchliche Spenden kaufen konnte, aus der Hand des Monarchen entgegenzunehmen, Grossgrundbesitz zu erwerben, Rennställe zu halten, sich hinauf zu heiraten und nach alledem nicht nur in gesellschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht als guten Ton zu akzeptieren, was der Erhaltung der verfassungsrechtlich sanktionierten Ungleichheit frommte.

Freilich es gab auch andere. Da waren die grossen Industriellen, die dem Zentrum nahestanden – die Thyssen, Peter Klöckner, Werhahn, um nur einige Beispiele zu nennen –, Männer, die keineswegs bereit waren, für das Linsengericht der Teilnahme an der Macht ihre Eigenständigkeit hinzugeben. August Thyssen stand den vornehmen Passionen seiner Söhne August und Heinrich durchaus ablehnend gegenüber. Er war empört, als August sich in die Leibschwadron des Garde-Husarenregiments hatte aufnehmen lassen, die bisher keinen bürgerlichen Offizier zugelassen hatte; er wandte sich gegen die Bestrebungen des Sohns, Aufnahme in den feudalen Unionklub zu finden, und vollends gegen seine Bemühungen, in den Adelsstand erhoben zu werden. Als August jun. kurz vor dem Ersten Weltkrieg mit 11 Mill. Mark Schulden in Konkurs ging, versuchte August sen., der 1886 anlässlich seiner Scheidung eingewilligt hatte, sein Vermögen auf seine Kinder, drei Söhne und eine Tochter, zu überschreiben, den Scheidungsvertrag durch Nichtigkeitserklärung aus der Welt zu schaffen. Und als das nicht gelang, obwohl er dem Sohn eine Jahresrente von 130'000 Mark in Aussicht gestellt hatte, strengte er 1913 einen Prozess mit dem Ziel an, August jun. entmündigen zu lassen. Der alte Thyssen war trotz seines Reichtums auch als Schlossbesitzer ein einfacher Mann geblieben, der lieber die Trennung von Frau und Kindern in Kauf nahm – auch vom Sohn Heinrich, der als Adoptivsohn eines ungarischen Grafen den Namen Baron Thyssen Bornemisza de Kaszon angenommen hatte –, als nur eine Handbreit vom Wege bürgerlicher Selbstbeschränkung auf die Erfordernisse und Erfolge des Erwerbslebens abzuweichen.

So dramatisch wie bei den Thyssens ging es zwar selten her. Aber so einfach wie der bedeutendste Konzernbauherr seiner Zeit war, doch auch und noch viel einfacher als jener lebte vor dem Krieg der Neusser Handels- und Bankherr Peter Werhahn, der

schon 1908 – wahrscheinlich viel zu niedrig – auf ein Vermögen von 14 bis 15 Mill. Mark geschätzt wurde und ein Jahreseinkommen von mehr als einer Million versteuerte: Als Werhahn um die Jahrhundertwende in Paris eine Presse für seine Ölmühle besichtigte, überraschte er seinen Werkmeister mit der Aufforderung «Jetzt woll mer mal wat Leckeres esse jonn», sprach's und zog im nächsten Bistro ein Paket Butterbrote aus der Schosstasche des Gehrocks. Worauf der biedere Begleiter den Mund wieder zuklappte, der ihm vor Verwunderung offengeblieben war. Dabei besass die OHG Wilhelm Werhahn – von ihren Fabriken und Braunkohlengruben zu schweigen – damals schon im Zentrum Berlins (Unter den Linden, in der Friedrichstrasse, der Chausseestrasse, der Mittelstrasse usw.) zwölf der grössten Häuser der Hauptstadt im Schätzwert von 8 bis 10 Mill. Mark und in den besten Geschäftsvierteln Kölns insgesamt 39 Häuser, die sehr bescheiden auf 7 bis 8 Mill. Mark geschätzt wurden. Heute noch sitzt Peter Wilhelm Werhahn, das Haupt eines der grössten und reichsten gemischten Konzerne der Bundesrepublik, in einem bescheidenen Zimmer an einem bescheidenen Schreibtisch – das Stehen am fichtenen Stehpult ist ihm wohl doch zu beschwerlich geworden – und macht seine Eintragungen ins Hauptbuch. Das also gab's auch: die glaubensstarken, selbstbewussten Bürger, treue Söhne der Mutter Kirche, die den feudalen Glanz des Kaiserreichs verachteten. Aber auch sie hatten keine echte politische Konzeption, die sie befähigt und beflügelt hätte, den Kampf dafür aufzunehmen, dass ihnen ein Mitspracherecht in der Führung der Staatsgeschäfte eingeräumt würde. Sie gingen nicht grundsätzlich in die Opposition, sondern nur, wenn die kirchlich orientierte Schaukelpolitik des Zentrums dergleichen opportum erscheinen liess. Opposition? Der Opportunismus der bürgerlichen Parteien liess den Gesichtspunkt des grundsätzlichen Widerstands gegen persönliches Regiment, Junkerherrschaft und Dreiklassenwahlrecht gar nicht zu: Er identifizierte sich selbst mit dem in Mecklenburg bestehenden ständischen Regiment – das ein Drittel der Untertanen von der politischen Vertretung ausschloss –, jenem verfassungsrechtlichen Leitfossil, das der Grossherzog nur zu gern im Landesmuseum abgestellt hätte, wäre nicht der Widerstand der Rittergutsbesitzer und Magistrate ihm immer wieder in den Arm gefallen.

Sieht man von den Freisinnigen ab, die als politischer Faktor kaum noch zählen, so blieb als Träger der bürgerlichen Opposition nur der Alldeutsche Verband des Justizrats Heinrich Class – notabene: keine Partei, sondern eine «Bewegung» –, der durch die Vermittlung Hugenbergs, weiland Generaldirektor bei Krupp, Präsidialmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Vorsitzender des Zechenverbands und des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Rheinland und Westfalen, sowie Emil Kirdorfs, Gründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats, vieljähriger Vorstandsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und Organisator der schwerindustriellen Interessenvertretungen, gute Beziehungen zur westdeutschen Montanindustrie unterhielt, seine «Massenbasis» aber im gebildeten Mittelstand und in der nach

vielen Tausenden zählenden Schicht der kleinen und mittleren Fabrikanten Westdeutschlands besass.

Die Glaubenssätze der Alldeutschen – zitiert nach der erstmals im Jahre 1912 erschienenen Schrift des Justizrats *Wenn ich Kaiser war* – lauteten in einer uns später recht vertraut gewordenen Diktion:

«Die Träger und Lehrer des heute herrschenden Materialismus sind die Juden; seine deutschgeborenen Anhänger sind den angeborenen Instinkten entfremdete Verführte.» Also: Wider «die Zersetzung durch jüdisches Blut und jüdischen Geist».

«Die Forderung muss sein: die landansässigen Juden werden unter Fremdrecht gestellt.» Im Einzelnen bedeutete das:

«Den Juden bleiben alle öffentlichen Ämter verschlossen, einerlei ob gegen Entgelt oder im Ehrenamt, einerlei ob für Reich, Staat und Gemeinde.

Zum Dienst in Heer und Flotte werden sie nicht zugelassen.

Sie erhalten weder aktives, noch passives Wahlrecht. Der Beruf der Anwälte und Lehrer ist ihnen versagt; die Leitung von Theatern desgleichen.

Zeitungen, an denen Juden mitarbeiten, sind als solche kenntlich zu machen; die andern, die man allgemein «deutsche» Zeitungen nennen kann, dürfen weder in jüdischem Besitz stehen noch jüdische Leiter und Mitarbeiter haben.

Banken, die nicht rein persönliche Unternehmen Einzelner sind, dürfen keine jüdischen Leiter haben. Ländlicher Besitz darf in Zukunft weder in jüdischem Eigentum stehen noch mit solchen Hypotheken belastet werden.

Als Entgelt für den Schutz, den die Juden als Volksfremde geniessen, entrichten sie doppelte Steuern wie die Deutschen.»

«Das allgemeine Wahlrecht ist nicht die Form, durch die eine Volksvertretung geschaffen wird, wie sie ein grosses Volk in schwierigster Lage braucht. Deshalb muss grundsätzlich die Forderung erhoben werden, dies Wahlrecht zu beseitigen.»

Diese Forderung, die sich gegen das Reichstagswahlrecht sowie gegen das Verfahren richtete, nach dem in Bayern und Württemberg die zweite Kammer gewählt wurde, fand ihre Ergänzung in dem Vorschlag, ein Fünfklassenwahlrecht einzuführen, jedenfalls aber nach dem Grundsatz zu verfahren:

«Wer gar keine Steuern zahlt, hat auch kein Wahlrecht.»

Hinsichtlich der Sozialdemokratie: «Es heisst der Masse die Gelegenheit zur Umkehr oder zum Haltmachen dadurch zu bereiten, dass man sie von der jetzigen Führerschaft befreit, indem alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Parteichefämten, alle Herausgeber, Verleger, Redakteure sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften, alle sozialistischen Gewerkschaftsführer – kurz alle im Dienst der sozialistischen Propaganda Stehenden aus dem Deutschen Reich ausgewiesen werden.» «Man wird mit vollem Recht den Satz auf stellen können, dass kein Krieg dem Volk so schwere Verluste gebracht hat wie die Freizügigkeit.» Der Führer der Alldeutschen forderte daher, im Zusammenhang mit einer etwaigen Agrarform die Frage zu prüfen, ob das bisherige Recht der Freizügigkeit, d.h. auf freie Wahl des Wohnsitzes «in seiner Schrankenlosigkeit bestehen bleiben könne». «Man muss das ständige Verbot der Warenhäuser verlangen.»

«Das fest ins Auge zu fassende Ziel heisst: unter allen Umständen die nicht germanischen Volksfremden so schnell wie möglich aus dem Reichsgebiet zu entfernen und sie dann dauernd fernhalten.»

Dieser Satz wird während der ersten Kriegsmonate dahin erweitert, dass nach der Wegnahme Kongresspolens und der Ukraine, «was aus militärischen Gründen und zu Siedlungszwecken für Deutschland anzustreben sei», die «Forderung, frei von Menschen für das zu erwerbende Land,... als notwendig» anerkannt werden müsse.

«Wer... sein Volk liebt und die Krisis der jetzigen Krankheit beschleunigen möchte, wird den Krieg

herbeisennen als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke.»

«Das Bedürfnis lebt heute noch in den Besten unseres Volks, einem starken, tüchtigen Führer zu folgen; alle, die unverführt gehliehen sind von den Lehren undeutscher Demokratie, sehnen sich danach, nicht weil sie knechtisch gesinnt wären oder charakterschwach, sondern weil sie wissen, dass Grosses nur bewirkt werden kann durch die Zusammenfassung der Einzelkräfte, was sich wiederum nur durch die Unterordnung unter einen Führer erreichen lässt.»

Die Vaterschaft jenes Denkens in den Kategorien des Staatsstreichs, das später, in den Jahren der Weimarer Republik von der Hugenberg-Presse und ihren wirtschaftlich mächtigen Förderern sorgfältig gepflegt, aber erst von den Nazis in handfeste Regeln des praktischen Verhaltens umgesetzt werden sollte, ist nach alledem nicht mehr fraglich. Was der begeisterte Treitschke-Schüler Heinrich Class da geschrieben hatte – sein Buch *Wenn ich Kaiser war* wurde in weniger als zwei Jahren fünfmal aufgelegt und erreichte bis Anfang 1914 eine Verbreitung in 25'000 Exemplaren – war freilich nicht die Frucht seines einsamen Denkens, sondern das Ergebnis von hundert und aberhundert mündlichen und schriftlichen Erörterungen, die er im Laufe von zwei Jahrzehnten im Kreise seiner Gesinnungsfreunde geführt hatte. Die Thesen des alldeutschen Führers, entstanden im Schoss der aufblühenden Industriegesellschaft, brachten die Forderungen einer Schicht zum Ausdruck, die dem historisch gewordenen Staatswesen fremd gegenüberstand und die auch keinen Weg sah, der sie nach den Regeln der Rechtsstaatlichkeit zur Teilnahme an der Handhabung der politischen Macht hätte führen können. Was den Alldeutschen unklar vorschwebte, war ein innerer Umsturz, der die «vertrottelten, mutlosen, verjudeten» Ratgeber des Kaisers beseitigt hätte, um an ihrer Stelle «Aktivisten» aus den Reihen der Wirtschaft und des gebildeten Mittelstands zu setzen; die Ausrufung, wenn möglich, aber nicht notwendigerweise, des Kaisers oder eines Mitglieds der Kaiserfamilie zum «Führer» der Deutschen; die Unterdrückung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft; die «Überwindung des liberalistischen Parlamentarismus» zugunsten einer vielfach gestuften ständischen Volksvertretung mit lediglich beratender Funktion; die Bindung der Werk tätigen an Wohnort und Arbeitsplatz, d.h. die rücksichtslose Beschränkung der Freizügigkeit. Nach aussen hin eine «sagen wir ruhig aggressive» Politik, die Provokation des Präventivkrieges; Eroberungen im Westen und im Osten, und zwar im Westen mit politischer Entrechtung der erbeuteten Bevölkerung, während im Osten Siedlungsraum «frei von Menschen» gewonnen werden sollte.

Bis tief in die Reihen der liberalen Wählerschaft war dieses Denken eingesickert, das publizistische Vertreter selbst in der *Neuen Rundschau* fand, der nämlichen Zeitschrift, in welcher der christlich-soziale Naumann und der alte Sozialdemokrat Eduard Bernstein schrieben. Wen konnte es da noch verwundern, dass die Parolen der «nationalen Opposition», wie sie sich selber nannte – in Tat und Wahrheit der anarchisch gegen das Junkerregime aufbegehrenden Opposition des Bürgertums, das nie

den Mut gefunden hatte, noch je die Courage haben würde, auf die Barrikaden zu steigen – starken Widerhall in allen Schichten, von den grossen industriellen Managern bis hinab zum kleinsten Mittelstand, fanden? Freilich, ob König Stumm mitgemacht hätte, wenngleich er viele der alldutschen Kernsätze hätte unterschreiben können, ist doch noch fraglich. Denn, wenn auch Hugenberg und Kirdorf zu den Initiatoren der Bewegung zählten, die Träger des grossen montanindustriellen Reichtums blieben bis zu dem Augenblick immun gegen die Verführung, da es um die Kriegsziele ging. Dann allerdings taten sie mit: Die an den Reichskanzler gerichtete Kriegszieleingabe vom 20. Mai 1915 wurde von den Führern des Bundes der Landwirte, des Deutschen Bauernbunds, des Westfälischen Bauernvereins als «Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine», des Zentralverbands Deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes unterschrieben. Sie deckte sich in der Sache mit der Alldutschen Kriegsziel-Eingabe vom 5. Mai 1915.

Aber noch sind wir nicht soweit. Wir stehen noch vor dem Ersten Weltkrieg. Und damals verhielt es sich so, dass die politische Macht und der grössere Teil der Vermögen den Junkern gehörte; dass die Träger des grossen bürgerlichen Reichtums in ihrer Mehrzahl bereit waren, ihre Identität aufzugeben, d.h. in die aristokratische Herrschicht einzuschmelzen – weit entfernt davon, sich die Forderungen der «nationalen Opposition» zu eigen zu machen; dass die bürgerliche Opposition, die in der Form der Alldutschen Bewegung auftrat, nicht die Kraft besass, eine rechtsstaatliche Konzeption zu entwickeln und folglich mit ihren zügellos emotionalen Forderungen das Sicherheitsbedürfnis derjenigen schockierte, die nach den Grundsätzen feudaler Solidarität in die Führung des Staats kooptiert worden waren.

Noch hielt sich das Regiment der Junker.

Was aber sollte danach kommen? Der «Führerstaat», den die Alldutschen proklamierten? Oder die «Diktatur des Proletariats», an die die Sozialdemokraten nicht einmal mehr als ein Fernziel ihres Kampfes dachten?

Weder diese noch jene hatten eine klare Vorstellung vom Staat, der das Verlangen des Volks, in Freiheit und Sicherheit zu leben, hätte befriedigen können. Die Probe aufs Exempel sollte das bald bestätigen.

So blieb im Gedächtnis von Millionen deutscher Menschen die Vorstellung haften, dass die Ära, in der ihre Eltern die Schwelle vom Hunger zur Sättigung überschritten hatten, im Regiment der Junker doch noch eine ihrer selbst so sichere Autorität besessen habe, dass sich das Gefühl der Sicherheit, der Geborgenheit unter dem Schutz einer von fern waltenden Macht, bis in die Hütten der Ärmsten fortpflanzte.

Das mochte so unlogisch und wirklichkeitsfremd sein, wie es wollte: die Unzähligen, die der Landesmutter in diesen Tagen der Nachkriegszeit das Totengeleit gaben, verehrten in ihr den Inbegriff der Sicherheit, die sie verloren hatten.

DIE HERREN DER PRESSE

«Einem jeglichen dünken seine Wege rein,
aber der Herr wägt die Geister.»

Sal. Spr. 16, 2

Vor gar nicht langer Zeit, im Winter 1955/56, schrieb ein Verleger an einen Journalisten, der das schwellende Wachstum der Inseratenplantagen zum Anlass einer kritischen Untersuchung genommen hatte: «Es ist ein vollkommen falscher Standpunkt, wenn Sie glauben, dass zu viele Inserate den Leser stören ... Ich stehe auf dem Standpunkt – meine jahrzehntelangen Erfahrungen haben mir das bewiesen, und das Verhalten der Leserschaft beweist es von Tag zu Tag –, dass der Anzeigenteil einen ausserordentlich wertvollen *Textteil* darstellt. Über die Bedeutung des Anzeigenteils für die Wirtschaft des Verbreitungsgebiets brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Aber lassen Sie sich eines gesagt sein: Sie können mit relativ leichten Mitteln einen guten redaktionellen Teil aufziehen. Dazu gehört nur das Geld, um sich eine entsprechend grosse Anzahl wertvoller Redakteure, Mitarbeiter und Korrespondenten zu halten. Einen hochwertigen und an der Spitze des Verbreitungsgebiets stehenden Anzeigenteil können Sie jedoch nur in mühseliger, jahrzehntelanger Arbeit aufbauen.»

Man kann dem Fachblatt des Deutschen Journalisten-Verbandes nicht dankbar genug dafür sein, dass es diese Briefstelle abdruckte. Denn Selbstbekenntnisse, die, wie dieses, noch in der Diktion, in der Wahl der Worte bemüht sind, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen, finden sich selten, wo zwei Meinungen miteinander im Widerstreit stehen.

Es lohnt schon die Mühe, ganz genau hinzuhören. «Sie können mit relativ leichten Mitteln einen guten redaktionellen Teil aufziehen», muss sich der naseweise Journalist «gesagt sein» lassen, der mit dem Zeitungsunternehmer in diesem Punkte wahrscheinlich nicht einer Meinung war. Und wenn man's bei Licht besieht, mit Recht nicht einer Meinung sein konnte. Denn wenn schon ein Verleger, der sich womöglich noch «Herausgeber» seines Blattes nennt, so wenig Sprachgefühl hat, dass er von «leichten» statt von «geringen Mitteln» spricht, woher sollen dann die Journalisten, die logisch denken und richtig schreiben können, in solcher Zahl kommen, dass man nur ins volle hineinzugreifen braucht, um die Redaktionsstühle mit «wertvollen» Leuten zu besetzen? Nein, nein – so einfach ist's doch wohl nicht, qualifizierte Journalisten zu finden. Zumal ja das schriftstellerische Talent nicht genügt, sondern sich mit vielerlei anderen Fähigkeiten, mit guter Allgemeinbildung, fachlichen Kenntnissen und einer gewissen Erfahrung verbinden muss, um eine anständige Zeitung zustande zu bringen.

Aber hören wir weiter zu: Einen guten redaktionellen Teil kann man – «mit relativ leichten Mitteln», wie gesagt – «aufziehen». «Dazu gehört nur das Geld, um sich eine entsprechend grosse Anzahl wertvoller Redakteure usw. ... zu halten.» Dagegen: «ei-

nen hochwertigen ... Anzeigenteil» muss man «aufbauen» und an die Aufbautätigkeit «mühselige, jahrzehntelange Arbeit» wenden.

«Aufziehen», wo haben wir das doch schon gehört? War's nicht beim Kommiss, wo man von jedem Vorgesetzten erwartete, dass er imstande sei, seinen Laden richtig «aufzuziehen» – einen Appell etwa, einen Stubendurchgang, ein Geschützexerzieren oder einen Bierabend so «hinzukriegen» –, dass der nächsthöhere Vorgesetzte die Unzulänglichkeit der Mittel nicht mehr merkte, mit denen der Effekt erzielt worden war? Der «Laden stand», wenn er richtig «aufgezogen» war. Freilich, er konnte und sollte nicht auf die Dauer «stehen»; das lag nicht in der Natur der Dinge. Der Behelfsmässigkeit der Mittel, mit denen gearbeitet wurde, entsprach die Flüchtigkeit der Wirkung, die zu erzielen war. Wichtig war nur, dass in dem Augenblick alles klappte, in welchem es – unter dem kritischen Blick des Vorgesetzten – darauf ankam. Das wusste dieser natürlich auch. Jedoch der Vorgesetzte, der es darauf angelegt hätte, den Dingen auf den Grund zu gehen, statt sich mit dem makellosen Schein des Dargebotenen zufriedenzugeben, hätte aufs Schwerste gegen die militärische Konvention verstossen, die den «Betrieb» zusammenhielt.

Was braucht nun aber unser Verleger, um seine Redaktion mit leichter Hand oder vielmehr: «mit relativ leichten Mitteln» aufzuziehen? «Dazu gehört», so meint er schlicht, «nur das Geld, um sich eine entsprechend grosse Anzahl wertvoller Redakteure, Mitarbeiter und Korrespondenten zu halten.»

So ist das also. Es gibt offenbar im Volk der Dichter und Denker «wertvolle» Journalisten genug, um jederzeit über «eine entsprechend grosse Anzahl» zu verfügen. Man muss «nur das Geld» haben, um sie sich zu «halten».

Das ist überraschend. Denn in allen anderen Fällen, in denen man sich unter Geldopfern etwas zu halten pflegt – seien es nun Mätressen, Rennpferde oder Rassehunde –, stösst man schnell auf die natürlichen Grenzen des Markts. Der Sprung eines guten Hengstes kostet schon 1500 Mark und dabei mutet man dem Pferd nicht mehr als monatlich zwei oder drei Tête-à-Têtes mit einer erstklassigen Partnerin zu. Mehr ist auch um Geld nicht zu haben. Wer sich darauf einlässt, Pferde, Hunde oder Mätressen zu halten, die seinen Ansprüchen auf Rasse, Charakter, Temperament und Leistung genügen, muss sich dem ökonomischen Gesetz der Natur unterwerfen, das selbst mit den höchsten Schecks nicht korrumpiert werden kann.

Weiss Gott, unser Gewährsmann ist beinah ein Herrenmensch. Den redaktionellen Laden getraut er sich aufzuziehen, wie weiland der Wachtmeister seinen Gewehrappell. Und Journalisten will er sich halten, wie ein Aristokrat sich Pferde und Frauen hielt.

Aber, aber.

Ein Unteroffizier mag er ja sein, vielleicht sogar ein Reserveoffizier. Ein Aristokrat ist er nicht, so sehr er sich bemüht, den richtigen Ton zu treffen. Sonst wüsste er nämlich, dass Geld keineswegs ausreicht, in jedem Fall eine «entsprechend grosse Anzahl» der Kreaturen zu finden oder hervorbringen zu lassen, die sich die Herren von Geblüt zu halten pflegten.

Er ist, nehmt alles nur in allem, ein Unternehmer, der mit den wirtschaftlich Schwächeren im Kasernenhofton umgeht, denen er für ein Nichts, nein, schlimmer, für jenen Teil der Zeitung, der nur Geld kostet, auch noch Gehälter zu zahlen hat; der aber warm wird, wo es ums Geschäft, um das einzige Anliegen geht, das ihm von Herzen wichtig ist.

Wie anders klingt das Lied, das er vom Anzeigenteil singt, als die schnarrende Prosa, die er auf den redaktionellen Teil, dieses notwendige Übel der Zeitung, verwendet. Da hört man ein Menschenherz klopfen: den Pulsschlag des Mannes, der sich «in jahrzehntelanger, mühseliger Arbeit» verzehrte. Hier wird kein Laden «aufgezogen», wozu nur Geld und allenfalls ein Köpfchen gehört. Hier wird «aufgebaut»: der «hochwertige und an der Spitze des Verbreitungsgebiets stehende Anzeigenteil» ist das Ergebnis harter, ehrlicher, vieljähriger Männerarbeit – ganz anders als der redaktionelle Teil, den man mit «relativ leichten Mitteln» aufziehen kann.

Beschämt kehrt der Journalist, der sich das alles gesagt sein lassen musste, zu seiner windigen Tätigkeit zurück. Wenn er abends am Umbruchtisch steht, wird er schon sehen, was die Anzeigenleute ihm an Inseraten in den Text gestellt haben. Vielleicht werden ihm dann die Ohren von dem Zuruf des amerikanischen Verlegers klingen, mit dem sich dieser von den deutschen Journalisten verabschiedete: «Ach – ihr armen Teufel.»

Wie klar sich aber auch die heutige Zeitungssituation in dem enthüllenden Brief unseres Verlegers darstellt, man sollte nicht in den Fehler verfallen, sie für ein völliges Novum zu halten. Sie ist nicht erst gestern und heute, sondern in einem historischen Prozess entstanden, der viele Jahrzehnte zurückreicht.

DIE GENERALANZEIGER-PRESSE

Am Anfang der Entwicklung stand der Generalanzeiger, der seine erste Blüte in der Gründerzeit nach dem Deutsch-Französischen Krieg erlebte. Er war in der Tat eine Zeitung, die ihren Namen verdiente, ein «Anzeiger» nämlich, ein Blatt, das vornehmlich Anzeigen brachte, aus dem Inseratenertrag lebte und zu einem lächerlich geringen Preis, oft auch umsonst, vertrieben wurde. Der *Münchener Anzeiger* beispielsweise wurde an den Strassenecken angeschlagen und enthielt lediglich Inserate. In Regensburg, Nürnberg und Speyer bestanden *Plakat-Anzeiger*, die, mit oder ohne Unterhaltungsteil geliefert, in erster Linie der Geschäftsvermittlung dienten. Der *General-Anzeiger für Harburg* kostete ganze 3,60 Mark, der *Birnbaumer General-Anzeiger* 3,80 Mark im Jahr – nicht mehr als eine Anerkennungsgebühr, während das Inseratengeschäft den eigentlichen Ertrag ahwarf. Das *Schlesische Pfennigblatt* in Liegnitz war noch billiger, für 60 Pfennig im Quartal oder für jährlich 2,40 Mark zu haben. Wieviel die seit dem 1. Oktober 1882 herausgegebene *Billigste Zeitung für Arm und Reich* gekostet hat, die der fleissige Aachener Zeitungsgründer Josef La Ru-

elle alsbald auf eine «gesamtdutsche» Auflage von 20'000 Exemplaren zu bringen vermochte, ist leider nicht mehr zu ermitteln. Bekannt und sehr aufschlussreich jedoch ist die Niederlage, die er in Köln einstecken musste.

Zunächst freilich hatte der *General-Anzeiger der Stadt Köln*, den er seit dem 29. September 1875 in einer Auflage von 15'000 Exemplaren herausbrachte, sich prächtig angelassen. Umso schlimmer für ihn; denn obwohl die *Kölnische Zeitung* nur knapp ein Fünftel ihrer Abonnenten in Köln sitzen hatte, als «Weltblatt» also den Wettbewerb des *General-Anzeigers* kaum zu fürchten brauchte, war man doch sehr verstimmt im Hause Neven Du Mont. Nicht eigentlich wegen der geringen Einbusse, die die *Kölnische Zeitung* trotz allem zu spüren bekam, als vielmehr wegen der schönen Chance, die man sich hatte entgehen lassen. Schliesslich rang August Neven Du Mont sich doch noch zu einem Gegenschlag durch. Er gründete den *Stadt-Anzeiger der Kölnischen Zeitung*. «Das Blatt, welches am 12. November 1876 in 35'000 Exemplaren erschien», heisst es bei dem Historiker der Generalanzeigerpresse Albert Tenbergen, «konnte nur durch billigste Bezugs- und Insertionspreise Fuss fassen. So unterbot es den Annoncensatz mit nur 10 Pfennig für die Zeile um die Hälfte. Es wurde gratis verteilt und der *Kölnischen Zeitung* unentgeltlich beigelegt. Die Folge davon war, dass La Ruelle schon fünf Tage später sein Blatt eingehen lassen musste.»

Der totale Sieg war dem Verleger teuer zu stehen gekommen. Aber der Einsatz lohnte sich. Im Jahre 1911 überschritt der *Stadt-Anzeiger*, der längst nicht mehr gratis verteilt zu werden brauchte, die Grenze der Hunderttausend. Nach fünfjähriger Unterbrechung 1949 wieder ins Leben gerufen, wird er heute – «raumbeherrschend, mit höchster Auflage und den weitaus meisten Klein- und Gelegenheitsanzeigen» – in 140'000 bis 150'000 Exemplaren verbreitet.

Was Dr. Rolf Ippen 1926 als Generalsekretär des Niederrheinischen Westfälischen Zeitungsverleger-Vereins zur Frage des inseratewimmelnden Massenblatts schrieb, könnte er heute als Verlagsleiter der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* getrost wiederholen: «Man tut dieser neuen Zeitung unrecht, wenn man sie in Grund und Boden verdammt ... Viele würden ohne jede Lektüre bleiben, wenn für sie nicht durch diese billigen Massenblätter die Möglichkeit einer wenn auch kargen Beteiligung am geistigen Besitz der Nation gegeben würde, denn Billigkeit und die Einstellung auf Massenkonsum sind die Hauptwaffen des *General-Anzeigers* in seinem Kampf um den Abonnenten. Ohne diese grossen Anzeigenblätter wäre nun gar die Erzeugung eines Massenkonsums an Markenartikeln und ähnlichen Dingen unmöglich. So hat der *General-Anzeiger* ohne Zweifel auch zur Hebung der proletarischen Lebenshaltung indirekt beigetragen» ... und, so darf man wohl fortfahren, zur Blüte der Markenartikelindustrie, zur Verbreitung jener Erzeugnisse, in deren Produktionskosten die Werbung mit den höchsten Beträgen zu Buch schlägt, zur Nivellierung der Ansprüche und der Lebenshaltung, zur Schaffung des despotisch herrschenden Massengeschmacks, kurzum zum Entstehen und Fortbestehen der Vermassung, als deren literarisches Ve-

hikel die Massenzeitung, der *General-Anzeiger*, das inseratenschwere «Familienblatt» sich täglich aufs Neue bewährt. Nicht zum Schaden des Verlegers – wie die Zahl der 350'000 WAZ-Bezieher verrät, die Dr. Ippens Redakteure täglich zur «wenn auch kargen Beteiligung am geistigen Besitz der Nation» anleiten.

Aber nicht nur die Generalanzeigerpresse, auch die grossen Blätter, die schon zu Zeiten des Kaisers und in den Jahren der Weimarer Republik den Stolz des Bürgertums bildeten, wurzelten tief im Inseratengeschäft. Vergessen wir nicht, dass Rudolf Mosse in jungen Jahren mit einem Annoncen-Bureau anfing – viele Jahre bevor er sich das *Berliner Tageblatt* und einen Chefredakteur von den Fähigkeiten und Ansprüchen eines Theodor Wolff leisten konnte; dass auch die Ullsteins, die ja die alte, vornehme und kostspielige *Vossische Zeitung* erst seit dem 1. Januar 1914 herausbrachten, ihr 25-Millionen-Vermögen zum grössten Teil dem Betrieb grossartiger Inseratenplantagen verdankten: der *Berliner Morgenpost*, die vor dem Ersten Weltkrieg schon fast 400'000 Abonnenten zählte, der *BZ am Mittag* mit täglich 150'000 Käufern, der *Berliner Illustrierten Zeitung*, die in annähernd einer Million Exemplaren verbreitet war, der *Berliner Allgemeinen Zeitung* mit etwa 200'000 Abnehmern und der *Berliner Abendpost*; wozu sich dann noch die Zeitschriften: *Musik für alle*, *Die Bauwelt*, *Die praktische Berlinerin*, *Dies Blatt gehört der Hausfrau* und *Die Dame* gesellten, die auch nicht eben arm an lohnenden Inseraten waren. Und erinnern wir uns schliesslich, wie August Scherl angefangen hatte: als Habenichtss mit 10'000 Talern Kredit von der Schwester, aber mit dem Mut, seinen *Lokalanzeiger* – auch wieder einen «Anzeiger» – monatelang ganz oder fast umsonst abzugeben, bis er sich – wie er auch später zu tun pflegte – die Zahl von 100'000 zahlenden Abonnenten (10 Pf. im Monat) notariell bestätigen lassen und auf diesem rocher de bronze sein Inseratenimperium errichten konnte.

HUGENBERG ODER DAS TROJANISCHE PFERD

Dramatisch aber wird die Sache erst, wenn unsere Erzählung zu der Gestalt Dr. Hugenbergs kommt, der, was den Umfang seines Werks und die Wirkungsweite seiner verlegerischen Tätigkeit angeht, zweifellos alle anderen Vertreter des deutschen Pressegewerbes um Haupteslänge überragt hat.

Auch der Geheime Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg – gelernter Verwaltungsjurist, der über die Genossenschaftsbewegung ins preussische Finanzministerium gekommen war, nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst zunächst der Direktion der Berg-Metallbank (Frankfurt a.M.) angehört und im Jahre 1909 den Vorsitz der Krupp-Direktion übernommen hatte, Schwiegersohn des mächtigen Frankfurter Oberbürgermeisters, Wirklichen Geheimen Rats Adickes, und neben dem Justizrat Class führender Kopf der Alldeutschen Bewegung – auch dieser kenntnis-, beziehungs- und listen-

reiche Repräsentant des schwerindustriellen Managements hatte sich seine ersten Verdienste um die Presse im Inseratengeschäft erworben.

Freilich hatte er gleich in einer höheren Grössenordnung und auf eine ganz andere Art begonnen, als dreissig, vierzig Jahre vorher Rudolf Mosse, Leopold Ullstein und August Scherl angefangen hatten. Hugenberg war ja kein kleiner Verleger, sondern, wie schon gesagt, Generaldirektor der Fried. Krupp AG und seit 1912 Vorsitzender sowohl des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Rheinland und Westfalen als auch des Zechenverbands, dem die Wahrnehmung der montanindustriellen Arbeitgeberinteressen und die Generalstabsarbeit im Kampf gegen die sozialpolitischen Forderungen der organisierten Arbeitnehmer oblag. Er war nicht darauf angewiesen, mit der Vermittlung von Inseraten Geld zu verdienen. Im Gegenteil: die am 6. März 1914 dank seiner Initiative gemeinsam mit Emil Kirdorf, Hugo Stinnes, Wilhelm Beukenburg u.a.M. gegründete «Ausland GmbH», die schon am 30. April 1914 zur «Ausland-Anzeigen GmbH», Essen, umgegründet wurde, hatte die eindeutige Aufgabe, Geld unter die Leute zu bringen.

Als Zweck der Ausland GmbH war noch etwas vage definiert worden: «Die Förderung der Beziehung und Stellung der heimischen Industrie zu den wichtigen ausländischen Wirtschafts- und Kulturgebieten durch Verbesserung des Nachrichtenwesens und sonst geeignet erscheinender Massnahmen.» Was neben der Lancierung deutscher Firmennachrichten in dem Textteil willfähriger Auslandszeitungen geeignet erscheinen möchte, die Beziehungen der heimischen Industrie zu den wichtigen Wirtschafts- und Kulturgebieten jenseits der Reichsgrenze zu verbessern, sagt ausdrücklich aber erst der Name der Nachfolgesellschaft «Ausland-Anzeigen GmbH»: die Steuerung der industriellen Annoncenpatronage mit dem Ziel, sich die im Textteil bekundete Freundschaft wichtiger Auslandszeitungen zu erhalten und neue Freundschaften zu stiften, namentlich aber «der Vergebung deutscher Inserate an notorisch deutschfeindliche Zeitungen im Ausland entgegenzuwirken, sofern deren Berücksichtigung geschäftlich vermieden werden kann.»

Während des Krieges war die Förderung der industriellen Auslandsbeziehungen weniger von der Insertionsfreudigkeit der Industrie als von ihrer Findigkeit abhängig, die Erfolge der deutschen Waffen zu nutzen. Man konnte den Inserateneinsatz im Ausland nicht völlig vernachlässigen, aber man konnte dort kürzertreten. Dagegen schien es sich, je länger, desto dringlicher, zu empfehlen, vom Strom der industriellen Kriegsgewinne einige Rinnsale in die ausgedorrten Inseratenteile der vaterländischen Presse zu leiten. Tatsächlich hatten ja gerade die auf das Anzeigengeschäft angewiesenen Blätter vom Generalanzeiger-Typus schwer gelitten. Wer inserierte denn noch gross? Die Familien, die ihre Väter, Männer und Söhne auf dem Felde der Ehre verloren hatten. Schön und gut. Aber was brachte das schon? Nicht genug jedenfalls, um die Inserate der Warenhäuser, Markenfabrikanten, Möbelhändler und Grundstücksmakler zu ersetzen, zu schweigen von den kleinen Anzeigen, die viele Hausfrauen überhaupt erst zur Lektüre ihres Blatts angeregt hatten. Sollte der Notstand der Presse

nicht noch grösser werden, sollten nicht immer mehr Zeitungen verstummen, die bisher zum Durchhalten gemahnt hatten, so musste etwas geschehen.

Hugenberg wusste, wie Abhilfe zu schaffen sei: Am 9. März 1916 wurde die Ausland-Anzeigen GmbH zur «Ala» Allgemeine Anzeigen GmbH umgegründet; gleichzeitig wurde das Stammkapital von 200'000 auf 1 Mill. Mark und schon am 8. Juli 1917 weiter auf 2 Mill. Mark erhöht. Die Zeitungsverleger griffen begierig nach der ihnen so überraschend gebotenen Chance: Im Laufe des Jahres 1917 gingen ihrer vierzig vertragliche Bindungen mit der Ala-Organisation ein. Die Industrie hatte zwar nichts zu verkaufen; was produziert wurde, frass der Krieg, und was der Krieg nicht verschlang, wurde gehortet. Sachwerte galten schon damals mehr als das Produkt der hemmungslos tätigen Notenpresse. Der Geldüberhang aber, der dennoch verblieb, da die rapide wachsenden industriellen Gewinne sich nicht restlos unterpflügen liessen, konnte nicht besser angelegt werden als in der über das Inseratenkonto laufenden Subventionierung der Presse. Fürs erste wurden so die Durchhalteparolen der vaterländischen Blätter finanziert; zum zweiten kaufte man «goodwill», die Freundschaft der Presse, die nicht so sehr jetzt, sondern künftig von Wert sein würde; zum dritten blieben die Firmen im Gedächtnis des Publikums, das nach der Rückkehr normaler Zustände wieder die Masse der Käufer stellen würde.

Kurzum, das Geld für Inserate war durchaus nicht hinausgeworfen; man musste nur weiter denken und vor allem berücksichtigen, dass die Zeitungen, die der Generosität der Industrie heute ihr Leben verdankten, sich künftig nicht sperren würden, dem Interessenstandpunkt ihrer Auftraggeber gerecht zu werden.

Hugenberg liess es denn auch beim ersten Schritt nicht bewenden. Er baute die Ala grosszügig aus und erwarb noch Anfang des Jahres 1918 das älteste deutsche Annoncenbureau, die 1855 in Hamburg gegründete Haasenstein & Vogler AG, in deren Besitz sich ferner die Anteile der Firma Daube & Co befanden. Jetzt war die Ala gross. Grösser wahrscheinlich als Rudolf Mosse und der Invalidendank, die beiden einzigen Firmen, die als Konkurrenten noch in Betracht kamen. Sicherlich aber war die Ala einflussreicher; denn Einfluss, politischer Einfluss: darum ging es dem Alldeutschen Hugenberg und seinen industriellen Freunden in erster Linie. Das wurde zielbewusst angestrebt. Das Geldverdienen kam erst an zweiter Stelle.

Der Kreis um den Geheimen Finanzrat sah darin nichts Ehrenrühriges. «Politischer Einfluss eines Annoncenbureaus bedeutet nicht Inseratenbestechung», schrieb 1928 Professor Ludwig Bernhard, einer der ältesten und vertrautesten Freunde Hugengeburs. «Politischer Einfluss eines Annoncenbureaus bedeutet auch nicht Untreue gegen den Auftraggeber, der mit seinem Inserate nicht Politik treiben, sondern den grösstmöglichen geschäftlichen Nutzen erzielen will. Politischer Einfluss eines Annoncenbureaus bedeutet vielmehr eine suggestive Wirkung, die notwendig ausströmen wird von einem Unternehmen, das erstens bedeutende Inseratenaufträge zu ver-

geben hat, zweitens Verfügungsrecht über den Annoncenteil von zahlreichen Zeitungen hat und drittens mitten in einer entschieden politischen Sphäre steht.»

Nun scheint es dem Unvoreingenommenen freilich nicht ganz so selbstverständlich wie dem ordentlichen Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, dass ein Werbeunternehmen «mitten in einer entschieden politischen Sphäre» steht. Aber die Ala tat's nun einmal und nutzte die Möglichkeit, suggestive Wirkungen hervorzubringen, d.h. mit dem Instrument der Inseratenvergebung den Textteil der wirtschaftlich und charakterlich schwachen Presse zu steuern, konsequent aus.

Unser Bericht ist den Ereignissen jedoch vorausgeeilte. Im gleichen Monat nämlich, März 1916, als Hugenberg die Ala gründete, fast zwei Jahre vor der Übernahme der Haasenstein & Vogler-Majorität, war der Generaldirektor der Fried. Krupp AG als Nachfolger August Scherls in die Reihe der grossen Zeitungsverleger eingetreten. Er gehörte also, als er die Apparatur seines Inseratengeschäfts aufbaute, einerseits schon der Unternehmerelite des Pressegewerbes an, obwohl er andererseits noch die grösste Rüstungsfirma Europas leitete und auch später dem schwerindustriellen Management in führender Stellung verbunden blieb.

Dahin war es auf die folgende Weise gekommen:

August Scherl, ein genialer Sonderling, hatte mit allerlei Projekten viel Geld verloren. Wenn sich jemand die Mühe machen würde, seine 1909 erschienene Broschüre «Ein neues Schnellbahnsystem» auszugraben, würde er finden, dass Scherl der Vater der Einschienenbahn-Idee war, die heute in der Alwegbahn des schwedischen Krupp-Freundes Axel Wennergren verwirklicht ist. Jedenfalls, der passionierte Erfinder und Reformator steckte mehr Geld in seine Pläne, als der gerissene Geschäftsmann verantworten konnte. Er hatte zwar Kredit, namentlich bei der Berliner Handels-Gesellschaft, aber die seit 1906 immer stärker beanspruchte Geduld des alten Fürstenberg riss endlich im Jahre 1911.

Scherl musste für Deckung sorgen. Er tat das in der Weise, dass er einem aus Banken und privaten Persönlichkeiten gebildeten Konsortium für 10 Mill. Mark stimmrechtlose, mit 6 Prozent verzinsliche Vorzugsanteile verkaufte, von denen jährlich nominell 400'000 Mark ausgelost und zu 110 Prozent zurückgezahlt werden sollten. Zum 2. Januar 1921 waren alle übrigen, sechs Monate zuvor gekündigten Vorzugsanteile zum Kurs von 110 Prozent einzulösen. Mit seinem alten Konkurrenten Rudolf Mosse schloss er überdies am 24. April 1911 einen Sondervertrag, auf Grund dessen Mosse für 1,5 Mill. Mark Vorzugsanteile und für 750'000 Mark stimmrechtige Stammanteile der August Scherl GmbH übernahm.

Das half eine Weile. Anfang 1913 aber, als der Kassenschrank wieder leer war, entschloss sich Scherl zu einer Radikalkur: Er liess den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg wissen, dass er entschlossen sei, für nom. 8 Mill. Mark Stammanteile, d.h. die Herrschaft über den Scherl-Verlag, abzugeben. Nicht ohne die Tatsache zu

erwähnen, «dass Rudolf Mosse für die 8 Mill. Mark Seherischer Stammanteile 11/ Mill. Mark geboten habe, während Scherl diese Anteile Freunden der Regierung zum Preise von nur 10 Mill. Mark anbiete.» Nur musste die Offerte bis zum 30. Juni 1913 akzeptiert sein.

Da der Kanzler jedoch, so ernsthaft er sich um zahlungsfähige Käufer bemühte, keinen Erfolg hatte, trat Mitte Juni der preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer an seine Stelle. Scherl gab ihm Zeit bis zum 1. Oktober, vorausgesetzt, dass ihm bereits am 28. Juli 1,5 Mill. Mark vorgestreckt würden, die, falls der Vertrag nicht spätestens am 1. Oktober 1913 geschlossen sei, zurückgezahlt werden würden.

«In dem Druck dieser geschäftlichen Zange wuchs die Erregung», berichtet wieder der Hugenberg-Freund und -Historiker Bernhard. «An hoher und allerhöchster Stelle sah man das Gespenst einer Beherrschung der Berliner Presse durch «Mosse-Ullstein», wie man sich ausdrückte, und sprach von der «jüdischen Gefahr». Dieser Gefahr entgegenzutreten unternahm schliesslich Baron Simon Alfred von Oppenheim in Firma Sal. Oppenheim jr. & Co in Köln und der Kölner Finanzmann Louis Hagen. Oppenheim und Louis Hagen brachten einen Kreis von Leuten zusammen, die kein anderes Band miteinander hatten, als die Tatsache, dass sie alle wohlhabend und alle von dem Ehrgeiz beseelt waren, zur Erfüllung eines an hoher Stelle gehegten Wunsches beizutragen.»

Nun muss man wissen, dass die Führer im Kampf gegen die jüdische Gefahr beide Juden waren: Nicht nur der Freiherr von Oppenheim, sondern auch sein Mitarbeiter, der bei der Wahl des Namens gleich unter die Nibelungengefellschaft geraten war und sich den grimmen Tronje zum Adoptivvater erwählt hatte. Louis Hagen, alias Louis Levy, Erbe und Inhaber des Kölner Bankhauses A. Levy – sein Bruder Carl war Inhaber des Berliner Bankgeschäfts Wiener, Levy & Co –, erfreute sich damals schon des Vertrauens der Schwerindustrie und war gemeinsam mit dem Fürsten Henckel von Donnersmarck an einigen russischen Unternehmungen beteiligt. Er war also hervorragend geeignet, Oppenheim bei der Suche nach wohlhabenden, der allerhöchsten Stelle ergebenen Leute zu unterstützen.

Der Freiherr von Oppenheim legte das Geld vor: die 1,5 Mill. Mark, die Scherl sich zum 28. Juli ausbedungen hatte, ferner am 1. Oktober eine Baranzahlung von 6 Mill. Mark auf jene 10 Mill. Mark, für die August Scherl nom. 8 Mill. Mark Stammanteile verkaufen wollte, und schliesslich verpflichtete er sich durch Vertrag vom 1. Dezember 1913 und 31. Januar 1914: «falls Herr Scherl zum 2. Juni 1921 mit mehr als 2 Mill. Mark Vorzugsanteilen in Anspruch genommen werde, ihn von dem Mehranspruch zu befreien.»

Inzwischen hatten Oppenheim und Hagen die präsumtiven Scherl-Nachfolger gefunden: 59 «wohlhabende Herren», die sich in Düsseldorf zum «Deutschen Verlagsverein» zusammengeschlossen hatten, als dessen satzungsmässiger Zweck «Erwerb und Verwaltung von Stammanteilen, Vorzugsanteilen und Genusschein der August Scherl GmbH zu Berlin» ins Vereinsregister eingetragen wurde.

Den Vorsitz im geschäftsführenden Ausschuss des Vereins, der insbesondere das Stimmrecht der Stammanteile auszuüben, den Verwaltungsausschuss der August Scherl GmbH zu besetzen und die politische Linie des Verlags zu bestimmen hatten, übernahm der Stumm-Schwiegersohn Generalleutnant a.D. von Schubert; Mitglieder waren Simon Alfred von Oppenheim, Geh. Kommerzienrat Louis Hagen, Walter vom Rath, Graf Thiele Winckler und Geh. Regierungsrat von Krüger, welcher, nachdem Scherl am 5. Februar 1914 seine Ämter als Geschäftsführer und Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der August Scherl GmbH niedergelegt hatte, vorläufig zum Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft delegiert wurde.

So weit war alles in Ordnung. Aber schon bald – der Verlagsverein hatte erst vier Wochen vorher die ministerielle Bestätigung seiner Rechtsfähigkeit erhalten –: am 29. Mai 1914 musste sich die Vereinsleitung mit ein paar peinlichen Eröffnungen an die Mitglieder wenden, aus denen klipp und klar hervorging, dass Scherl seine jüdischen Vertragspartner grausam über den Löffel halbiert hatte.

Zum ersten waren in nächster Zeit 3 Mill. Mark Bankschulden zu zahlen, da durch Kapitaleinlagen bisher erst 7 Mill. Mark des, wie erinnerlich, mit 10 Mill. Mark ausgehandelten Kaufpreises für nom. 8 Mill. Mark Stammanteile aufgebracht worden waren.

Zum zweiten hatte Scherl es verstanden, einige harmlos scheinende Klauseln in die Verträge einzubauen, die ihn in die Lage setzten, die Abnahme von weiteren nom. 1 250'000 Mark Stammanteilen, von nom. 1,9 Mill. Mark Vorzugsanteilen zum Preis von 1,85 Mill. Mark und von nom. 5,31 Mill. Mark Genussscheinen zu erzwingen, für die er bare 1,45 Mill. Mark in Rechnung stellte.

Zum dritten waren noch 200'000 Mark an notariellen Gebühren zu zahlen.

In summa: ausser den 7 Mill. Mark, die mit Mühe und Not aufgebracht worden waren, mussten noch annähernd 8 Mill. Mark herbeigeschafft werden, um den listenreichen Scherl zufriedenzustellen und den Vertrag am Leben zu halten.

Vielleicht wäre das möglich gewesen, wenn der Krieg mit seinen katastrophalen Auswirkungen auf das Annoncengeschäft die Lage der Scherl-Gesellschaft nicht misslicher gestaltet hätte, als sie jemals gewesen war. Unter den gegebenen Umständen jedenfalls dachten die 59 «wohlhabenden Herren» nicht daran, gutes Geld dem schlechten nachzuwerfen: Im Juni 1915 wandte sich Herr von Schubert im Namen der zuvor von der Regierung «umworbene» Mitglieder des Verlagsvereins an den Kanzler und den preussischen Landwirtschaftsminister. Der Ausschuss erlaubte sich «anzuregen», dem Deutschen Verlagsverein «aus irgendwelchen uns nicht bekannten Fonds» einen unverzinslichen Vorschuss von 8 Mill. Mark auf mindestens zehn Jahre zu gewähren.

Das war auch noch der Stand der Dinge, als nach einem halben Jahr fruchtlosen Verhandeln Herr von Schorlemer sich in vertraulichen Briefen an Kirdorf, Beuken-

burg und Müser – namhafte Träger des montanindustriellen Managements an der Ruhr – und ferner an Krupp von Bohlen und Halbach mit der besonderen Bitte wandte, seinen Generaldirektor Hugenberg für den Notstand im Hause Scherl zu interessieren. Denn es sei notwendiger als je, nicht nur den Zusammenbruch des Verlags, sondern den Übergang der Scherl-Anteile in «unerwünschte Hände» zu verhindern.

Hugenberg handelte blitzschnell. Er stellte fest, dass zur Sanierung des Deutschen Verlagsvereins die Abtragung einer Bankschuld von 7 Mill. Mark, zur Sanierung der August Scherl GmbH die Aufbringung weiterer 10 Mill. Mark notwendig sei. Sodann erweiterte er mit äusserster Vorsicht, unter Verwendung von Decknamen usw., den zunächst von Schorlemer gezogenen Kreis der Interessenten. Schliesslich gründete er, hervorragender Taktiker der Verschleierung, der er war, zur Abwicklung der juristischen Formalitäten die «Hanseatische Treuhand GmbH», deren Sitz er weit weg vom Schuss verlegte: nach Lübeck, wo sein alldeutscher Freund Bürgermeister Dr. Johann Neumann ihm wertvolle Dienste leisten konnte. «Ferner», sagt Bernhard, «wurden einige unbekannte Privatpersonen in den Vordergrund gestellt.»

Am 25. März 1916 war es dann soweit.

Die «Gruppe Hugenberg» brachte 6,1 Mill. Mark ein, von «Unbekannt» wurde 1 Mill. Mark und von «privater Seite» ein Betrag von 66 500 Mark gegeben. Dadurch stieg das stimmfähige Kapital des «Deutschen Verlagsvereins», das am Stichtag mit 7'112'500 Mark genau der Summe seiner Bankschulden entsprochen hatte, auf 14,279 Mill. Mark. Die Gruppe Hugenberg wäre in der Minderheit geblieben, hätte nicht eine Satzungsänderung des Verlagsvereins dem Verwaltungsausschuss das Recht gegeben, «bestimmt zu bezeichnende neue Einlagen» mit dem doppelten Stimmrecht auszustatten. Das Privileg keim ausschliesslich den 6,1 Mill. Mark der Gruppe Hugenberg zugute: Ihr Stimmrecht entsprach einer Einlage von 12,2 Mill. Mark, dasjenige aller anderen Mitglieder des Verlagsvereins einer Beteiligung von 8,179 Mill. Mark. Das Trojanische Pferd war in der Festung. Hugenberg kommandierte die Stimmenmehrheit im Verlagsverein, der nach der Tilgung seiner Schulden sich endgültig die Herrschaft über die August Scherl GmbH gesichert hatte. Der Geheime Finanzrat, Generaldirektor der Fried. Krupp AG und Vorsitzender der stärksten montanindustriellen Verbände war seit dem 25. März 1916 der autokratisch gebietende Herr im Hause Scherl, das damals die folgenden Presseerzeugnisse herausgab:

Berliner Lokal-Anzeiger, in 241'500 Exemplaren gedruckt. – *Der Montag*, in 232'200 Exemplaren gedruckt. – *Die Woche*, in 256'250 Exemplaren gedruckt. – *Der Tag*. – *Täglicher Vergnügungsanzeiger und Fremdenführer*. – *Die Gartenlaube*. – *Die weite Welt*. – *Vom Fels zum Meer*. – Die Wochenschriften *Praktischer Wegweiser* und *Allgemeiner Wegweiser*. – *Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik*. – *Berliner Wohnungsregister*. – *Export-Trade*. – *Sport im Wort*. – *Sport im Bild*. – Fast alle diese Zeitschriften gehörten zu den verbreitetsten ihrer Art, ferner gehörten der August Scherl GmbH Buchverlage, insbesondere die Mehrheit der Au-

gust Scherl, Deutsche Adressbuch GmbH, welche die Adressbücher von Berlin, Breslau, Frankfurt a.M., Halle a.d.S., Leipzig, Magdeburg, Stettin herausgab. – Die Bibliothek August Scherl GmbH (zusammengestellt von Ludwig Bernhard).

In der Tat, die Fülle und Vielseitigkeit der Publikationen, die Scherl unter dem Dach seines Verlagshauses versammelt hatte, lohnte – gerade unter dem Aspekt der politischen Wirkungsmöglichkeiten, die sich in ihnen darbot – die kostspielige Sanierung. Als sie beendet war, übernahm am 1. Januar 1920 Ludwig Klitzsch die geschäftliche Leitung der August Scherl GmbH. Unter seiner Führung wurde das Verlagsprogramm noch wesentlich bereichert: die *Nachtausgabe*, das Massenblatt der alldeutsch orientierten Rechten, machte mit der schreiend rot unterstrichenen headline und ihren kämpferischen Artikeln gegen «Das System» Furore auf dem heißen Asphalt Berlins; *Scherls Magazin* tat es nicht ohne Erfolg den Vorbildern der Ullstein-Konkurrenz nach; der *Kinematograph* eröffnete die lange Reihe der Filmrevuen und die Herausgabe des Bundesorgans der Berliner Haus- und Grundbesitzer, *Das Grundeigentum* legitimierte den Scherl-Verlag als publizistischen Waffenträger des durch die «rote» Mieterschutzgesetzgebung schwer verärgerten Bürgertums: derjenigen Schicht, notabene, die durch die industriellen und agrarischen Nutzniesser der Inflation erbarungslos expropriert worden war. Zu diesen Publikationen kamen dann noch die Zeitschriften der von Klitzsch gegründeten Auslandsverlag GmbH: *Die Exportwoche*, *Das Echo* und die *Revue des Exports und Imports*, die in fünf Sprachen – Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch und Französisch – erschien.

Die ehrfurchtgebietende Heerschau der Zeitungen, Zeitschriften, Magazine und Fachblätter, die in der «entschieden politischen Sphäre» des Scherl-Verlags entstanden – selbst der Inseratenteil der Adressbücher konnte und sollte der guten Sache dienen –, stellte aber nur den sichtbaren, unmittelbar mit der Öffentlichkeit kommunizierenden Teil des Hugenberg-Imperiums dar. Viel nachhaltiger, weitgreifender und unkontrollierbarer waren die Wirkungen, die von den unsichtbaren Formationen ausgingen.

Schon als Hugenberg die Ausland GmbH gründete, hatte er im Sinn gehabt, die Nachrichtengebung in den Kreis seines publizistischen Wirkens einzubeziehen. Der Krieg durchkreuzte zunächst seinen Plan. Angesichts des Notstands der patriotischen Presse schien es vordringlicher, jenen als Annoncenbureau getarnten schwerindustriellen Reptilienfonds, die «Ala», zu schaffen, die mit der Vergebung oder Verweigerung lukrativer Inserate über Leben und Sterben der deutschen Zeitungen gebot.

Im Sommer 1916 konnte er das Versäumte nachholen.

Die Telegraphen-Union des erfindungsreichen Legationsrats Fr. A.v. Schwerin – 1913 durch die Zusammenfassung von vier kleineren Unternehmungen entstanden («Louis Hirschs Telegraphisches Bureau», «Herold Depeschsbureau GmbH», «Deutscher Telegraph Dr. Rudolf Dämmert GmbH» und «Press Centrale Telegraphen

Agentur») – war in Not geraten. Herr von Schwerin entschloss sich also, Hilfe bei der gutverdienenden Industrie zu suchen, war aber vorsichtig genug, zur Tarnung der nachgesuchten industriellen Beteiligung, im Juni 1916 die «Westend Verlag GmbH» zu errichten, in welche die Anteile der Telegraphen-Union eingebracht wurden. Daran hatte er recht getan; denn an der harmlosen Westend Verlag GmbH konnte Hugenberg sich beteiligen, ohne viel Aufsehen zu erregen. Ja, es war ihm sogar möglich, im Jahre 1919 die Westend Verlag-Majorität und damit die Verfügung über die TU zu erwerben, ohne die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen.

In Fachkreisen horchte man erst auf, als das Tauziehen um die «Dammert Verlag GmbH» begann, die der hervorragende Nachrichtenjournalist Dr. Rudolf Dammert im April 1919 neugegründet hatte. Mit seinen 250 Angestellten und 75 Journalisten leistete das Unternehmen gute Arbeit, stellte an seinen Inhaber aber Ansprüche, denen er finanziell nicht gewachsen war. Infolgedessen gab Dammert alsbald 60 Prozent seiner Anteile an Ottmar Strauss ab, den Partner des mächtig aufstrebenden Kölner Eisenhändlers und Schwerindustriellen Otto Wolff, der seinerseits die *Kölnische Volkszeitung*, das führende rheinische Zentrumsblatt, und die *Zeit* Gustav Stresemanns unterstützte. Der katholische Organistensohn Otto Wolff und der von jüdischen Eltern aus Mühlhausen im Elsass stammende Strauss waren umso weniger nach dem Herzen des Alldeutschen Hugenberg, als sie – wenn auch nicht enthusiastisch, so doch im Gegensatz zur übrigen Montanindustrie – die Politik der Weimarer Republik mitmachten. Ein zusätzlicher Grund auf der einen Seite für Hugenberg, sich um die Erwerbung des Dammert-Verlags zu bemühen, auf der anderen Seite für Strauss und Wolff, die Offerten des deutschnationalen Presselords abschlägig zu bescheiden.

Was ihm jedoch in offener Verhandlung misslang, erreichte Hugenberg «hinten herum»: Er gründete eigens zu diesem Zweck die «Patria Literarische Verlags-GmbH», der es im Frühjahr 1921 gelang, sämtliche Anteile des Dammert-Verlags für die Hugenberg-Gruppe zu erwerben.

Jetzt erst begann der Ausbau der Telegraphen-Union: Mit den grossen internationalen Nachrichten-Agenturen, der amerikanischen United Press und Associated Press sowie dem englischen Exchange Telegraph, wurden Austauschverträge geschlossen, mehrere Parlamentskorrespondenzen – so in Berlin das Büro von Beckler und Gutmann – erworben und eine Reihe neuer Dienste geschaffen, deren Kommentare die Linie der Nachrichtengebung weiterführten: Die *Kulturbeiträge*, der *Berliner Dienst*, der *Deutsche Handels dienst* in Berlin und der *Westdeutsche Handelsdienst* in Essen, nicht zu vergessen der *Deutsche Pressedienst*, in dem «Rumpelstilzchen», alias Adolf Stein, ein ehemaliger Offizier, geschickt und wirkungsvoll die satirische Denunziation des roten Berlin, der korrupten Systempolitiker, der unfähigen republikanischen Minister usw. betrieb.

Die Legion der kleinen und kleinsten Zeitungen aber, vom Kreisblatt hinab bis zur Einmannzeitung war aber selbst mit druckreifen Artikeln und Nachrichten nicht ganz

zu «erfassen». Sie brauchten «Matern» – massgerecht zugeschnittene Presspappen, in die der Text so eingeprägt ist, dass mit ihrer Hilfe die fertige Druckplatte gegossen werden kann, die dann nur noch in die Druckmaschine eingespannt zu werden braucht. Matern – das war die Zauberformel, nach der sich der riesige Heerbann der Provinzpresse politisch beherrschen liess, der zahllosen Blättchen, die mindestens dies vor den Grossestadtzeitungen voraushatten: dass sie von der ersten bis zur letzten Zeile geduldig durchbuchstabiert wurden.

Hugenberg mit seinen grossen Erfahrungen, die er als Siedlungskommissar und genossenschaftlicher Bankdirektor im Umgang mit dem gemeinen Mann hatte sammeln können, wäre der letzte gewesen, die grosse Chance der Maternkorrespondenz ungenützt zu lassen. Er gründete 1922 die «Wirtschaftsstelle der Provinzpresse», abgekürzt «Wipro», und erwarb – übrigens auch aus Wolff-Strauss-Besitz – das gut eingeführte Zentralbüro für die Deutsche Presse, das Anton Levin wider alles Erwarten der Fachleute schon lange vor dem Ersten Weltkrieg als Maternversandzentrale ausgebaut hatte. In Kürze war der Geheime Finanzrat soweit, dass zwei Drittel der deutschen Zeitungen ihr Material, seien es Nachrichten, Glossen, Leitartikel, Feuilletons, Karikaturen, Silbenrätsel und Rösselsprünge, seien es Bilder oder Matern, von den Betriebsabteilungen und Tochterunternehmungen des Scherl-Konzerns bezog.

Hugenbergs publizistisches wurde durch ein wirtschaftliches Herrschaftssystem glücklich ergänzt. Dazu gehörten ausser der «Ala»: die «Vera-Verlagsgesellschaft mbH», die «Mutuum-Darlehngesellschaft AG» und die «Alterum-Kredit AG».

Die schon im Jahre 1917 gegründete Vera schloss jeweils für die Dauer von drei Jahren Revisions- und Fachberatungsabkommen mit Zeitungsverlagen ab, denen zufolge sie Sachverständige «zur Besprechung von Verlagsfragen, kaufmännischen und drucktechnischen Fragen, zur Vornahme von Revisionen usw.» zum Verlag der Provinzzeitung entsandte. Sie arbeitete später auch mit der nationalsozialistischen Presse zusammen, und ihre Angestellten sassen oft jahrelang, mit allen Vollmachten ausgestattet, als Verlagsleiter bei einer Parteizeitung.

Die Mutuum und die Alterum waren im Inflationsjahr 1922 als Finanzierungsinstitute gegründet worden; jene von der Neuland AG, der Ostdeutschen Privatbank, der August Scherl GmbH und einigen Scherl-Angestellten, diese nur von der Neuland, der August Scherl GmbH und den Geschäftsführern der von Klitzsch im Rahmen des Scherl-Konzerns gegründeten Auslands-Verlag GmbH. Bei der Mutuum führte Hugenberg und als sein Vertreter der deutschnationale Oskar Hergt den Vorsitz im Aufsichtsrat; bei der Alterum präsidierte im Aufsichtsrat Dr. Albert Vogler, der derzeitige Generaldirektor der zum Stinnes-Konzern gehörenden Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft, während Hugenberg dem Aufsichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks-AG angehörte. Da beide Unternehmungen später in den Vereinigten Stahlwerken aufgingen, die Dr. Vogler als Vorstandsvorsitzender (1926-1936) lei-

tete und dann als Vorsitzter des Aufsichtsrats beriet, standen sie einander auch als Repräsentanten des schwerindustriellen Managements nahe.

Die drei Institute – Vera, Mutuum und Alterum –, die nach der gleichen Methode, welche der «Sanitätsrat» Peter Klöckner mit bestem Erfolg anzuwenden pflegte, die Sanierung wirtschaftlich schwacher Verlage betrieben, beherrschten schon Mitte der zwanziger Jahre vierzehn Zeitungen in München, Stuttgart, Darmstadt, Elberfeld, Magdeburg, Halle u.a.m. Aber sie waren keineswegs die einzigen Kreditanstalten, über die Hugenberg gebot. Zum Konzern gehörten vielmehr noch die Deutsche Credit-Verein AG, eine 1922 gegründete und keineswegs unbedeutende Industriebank, bei der Hugenberg als Aufsichtsratsvorsitzer und Heinrich Droste, der Verleger der *Bergwerkszeitung*, als Mitglied des Aufsichtsrats amtierte, wodurch eine gewisse Beziehung zu der Drosteschen Familienbank, der Bochumer Firma Droste & Tewes, hergestellt wurde. Von ungleich grösserer Bedeutung für den Scherl-Konzern wurde die gleichfalls im Jahre 1922 errichtete und tatsächlich von ihrem Aufsichtsrats-Vorsitzenden Hugenberg geleitete Ostdeutsche Privatbank AG, die statutengemäss zwar die Geschäfte der zu Beginn des Jahrhunderts in Posen begründeten und bis 1903 von Hugenberg geleiteten Landesgenossenschaftsbank abwickeln sollte, tatsächlich aber die Rolle einer Holdinggesellschaft des Scherl-Konzerns übernahm. Sie war massgebend an der Landbank AG, einer Siedlungsgesellschaft in der Provinz Grenzmark, und an der Ostbank für Handel und Gewerbe beteiligt. Jene geriet 1925, diese 1929 in Schwierigkeiten, aus denen sie, den kleinen Gläubigern zuliebe, der rote preussische Staat unter Einsatz bedeutender Mittel retten musste. Ferner gehörte die Neuland AG – Aufsichtsratsvorsitzer wiederum Hugenberg – zum Scherl-Konzern, die ihrerseits bei vier agrarischen Kreditinstituten – Roggenrentenbank, Preussische Pfandbriefbank, Agrar- und Commerzbank, Getreiderentenbank für Landwirtschaft – massgeblichen Einfluss ausübte. Und schliesslich war da noch die mit einem Kapital von 11 Mill. Mark ausgestattete «Deutsche Gewerbehau AG», Besitzerin des Zollernhofs in Berlin, und nach dem Wortlaut der Satzung errichtet, um grossindustriellen Unternehmungen «ein repräsentatives Verwaltungsgebäude» in der Hauptstadt des Reiches zu schaffen, tatsächlich aber eine Holdinggesellschaft der Hugenberg-Gruppe. In ihrem Aufsichtsrat sassen unter dem Vorsitz des Geheimen Finanzrats, um nur diese zu nennen: Albert Vogler, Generaldirektor bei Hugo Stinnes' «DeutschLux», Walther Fahrenhorst, Generaldirektor der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, Emil Kirdorf, Begründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats und vieljähriger Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks AG, Fritz Winkhaus, Generaldirektor des Köln-Neuessener Bergwerksvereins, Friedrich Springorum, Generaldirektor der Eisen- und Stahlwerke Hoesch AG und Dr. Kurt Sorge, Mitglied des Krupp-Direktoriums und Direktionsvorsitzender des Krupp-Gruson-Werkes in Magdeburg – in der Tat, eine illustre Schar schwerindustrieller Manager, die als Verbindungsleute zwischen Presse und Montanindustrie hervorragende Dienste zu leisten vermochten.

Wir kennen nun schon das Getriebe, aber wir kennen immer noch nicht den tief verborgenen Kern, den geheimen Motor, der das komplizierte Räderwerk des Hugenberg-Konzerns in Bewegung setzte.

Erinnern wir uns: Im Frühjahr 1916 war die Hugenberg-Gruppe in den «Deutschen Verlagsverein» eingezogen und hatte sogleich 9 der 17 Sitze in der Verwaltung des Verlagsvereins und 4 der 7 Sitze der Scherl-Verwaltung okkupieren können.

Damit hatte die Aushöhlung des Verlagsvereins begonnen; aber die Gruppe Hugenberg, das Trojanische Pferd in der Festung, hatte sich noch nicht endgültig konsolidiert.

Das geschah erst im Jahre 1919 mit der Gründung der geheimnisumwitterten «Wirtschaftsvereinigung», eines nicht rechtsfähigen Vereins, dessen Zweck nach § 1 des Statuts «nicht auf Gewinn seiner Mitglieder gerichtet, sondern gemeinnützig» war. Die Wirtschaftsvereinigung war in letzter Instanz die Trägerin des riesigen Konzernvermögens, so dass Ludwig Bernhard im Jahre 1928 durchaus im Recht war, «das den Hugenberg-Konzern beherrschende Vermögen als ein «Zweckvermögen» (zu bezeichnen».

Wer aber waren denn nun die zwölf gemeinnützig Denkenden und Handelnden – die 12-Zahl sollte grundsätzlich beibehalten werden –, die sich im ersten Jahr der Weimarer Schmach zusammengefunden hatten, um die publizistische Waffe zum Kampf gegen den roten Gewerkschaftsstaat zu schmieden? Ludwig Bernhard sagt es uns nicht; er begnügt sich damit, sie durch die Feststellung zu charakterisieren, die Hälfte von ihnen sei «an führender Stelle praktisch im Wirtschaftsleben tätig» gewesen, «während die andere Hälfte durch Gelehrte, Beamte und im Politischen stehende Personen gebildet» wurde. Freilich, soviel verrät er uns doch – und das ist immerhin aufschlussreich –: «Die Vereinigung der 12 Männer (war) aber keineswegs als ein kollegiales Verwaltungsorgan gedacht ... Die Leitung durch einen hervorragend geeigneten Mann (war) daher nach Ansicht des 12-Männer-Kollegiums die ideale Lösung, und es (bestand) Übereinstimmung, dass Hugenberg ein solcher Mann sei».

Tatsächlich, Hugenberg war der Kopf, der autokratisch herrschende Leiter des Konzerns. Er war aber auch der primus inter pares der 12-Männer-Gruppe, die ihre Entstehung seiner zähen, zielstrebigem Energie verdankte.

Lange hat man herumgerätselt, wer die zwölf Weisen wohl seien. Einen ersten Fingerzeig erhielt der Interessierte, als auf der Ausschusssitzung des Verlagsvereins, die am 5. Mai 1919 im Hotel Adlon stattfand, Herr von Schubert als Vorsitzender durch den Lübecker Bürgermeister Dr. Johann Neumann, einen bewährten Alldutschen, abgelöst wurde und Dr. Friedrich Swart, Direktor der Genossenschaftsbank Poznan, unter den Mitgliedern hervortrat. Aber erst im Jahre 1930 konnte Richard Lewinsohn (Morus) es wagen, ohne einen Widerspruch fürchten zu müssen, die Liste der zwölf Mitglieder der «Wirtschaftsvereinigung» zu veröffentlichen.

Sie nannte folgende Herren:

1. Geh. Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg
2. Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. E.h. Emil Kirdorf
3. Generaldir. Dr.-Ing. E.h. Dr. phil. h.c. Dr. rer. mont. G. h. Albert Vogler
4. Bergrat Dr.-Ing. E.h. Fritz Winkhaus
5. Bergassessor a. D.Dr.-Ing. E. h. Eugen Wiskott
6. Bergassessor a. D.Dr.-Ing. E. h. Hans Louis Ferdinand von Loewenstein zu Loewenstein
7. Senator Franz Heinrich Witthoefft
8. Kapitän a.D. Mann
9. Bürgermeister Dr. Johann Neumann
10. Hessischer Finanzminister und Reichswirtschaftsminister a.D.Dr. Joh.Becker
11. Dr. Leo Wegener, früher Direktor der Posenschen Landesgenossenschaftshank
12. Univ.-Professor Dr. Ludwig Bernhard

In dieser Liste ist die rheinisch-westfälische Schwerindustrie durch sechs Namen vertreten, von deren Trägern nicht weniger als vier – Hugenberg, Winkhaus und Wiskott als Vorsitzende, von Loewenstein als Geschäftsführer – dem Führungsgremium des Zechenverbandes angehört haben. Für alle sechs aber ist charakteristisch, dass sie dem montanindustriellen Management entstammen, als Generaldirektoren und prominente Verbandsführer zu hohen Ehren und auch bedeutendem Wohlstand gekommen waren, aber nie das grosse Spiel mit Eigentumstiteln und um montanindustriellen Besitz mitgemacht haben, das die Namen der Krupp, Thyssen, Stinnes, Flick, Klöckner, Wolff usw. bekanntgemacht hat.

Das gleiche gilt cum grano salis von Dr. Johann Becker, der von 1916 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs als hessischer Finanzminister amtiert, vom November 1922 bis zum August 1923 als Wirtschaftsminister im Kabinett Cuno gewesen und in der Zwischenzeit (1919-1922) dem Vorstand der Rheinischen Stahlwerke, gleichzeitig aber auch als volksparteilicher Abgeordneter der Verfassungsgebenden Nationalversammlung sowie dem Reichstag angehört hatte.

Leo Wegener, Hugenbergs Freund und Amtskollege in den Jahren, die dieser in wechselnder Funktion – als Mitglied der Ansiedlungskommission, Raiffeisendirektor und Direktor der neugegründeten Posenschen Landesgenossenschaftsbank – im Osten verbracht hatte, war das geistige Haupt eines Kreises patriotischer, für die Sache des Deutschtums im Osten begeisterter junger Leute gewesen, eine widerspruchsvolle Natur: Schüler Max Webers und Alldeutscher, verstandesklar und leidenschaftlich, von zartester Gesundheit, körperlich anfällig und im tiefsten Herzen denjenigen zugetan, die in naivem Selbstbewusstsein der eigenen Kraft vertrauten.

Senator Witthoefft war unter den zwölf der einzige, der als Mitinhaber der Hamburger Import- und Exportfirma Arnold Otto Meyer das selbständige Unternehmertum repräsentierte. Wenn er auch nicht zu den führenden Männern des hanseatischen Reichtums gehörte, besass er als Aufsichtsratsvorsitzer der Commerz- und Privatbank doch enge Beziehungen zur Hamburger Finanzwelt.

Von dem Kapitän a.D. Mann wissen wir nur, dass er ein persönlicher Freund

Alfred Hugenbergs war und später in der Geschäftsleitung einiger Konzernunternehmen eine Rolle spielte.

Der Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann endlich war ein bewährtes Mitglied der Alldeutschen Bewegung: der Mann, den Hugenberg und der Justizrat Class als Vorsitzender des mit diktatorischen Vollmachten auszustattenden «Reichsdirektoriums» für den Fall vorgesehen hatten, dass ein Staatsstreich wider die Weimarer Republik glücken sollte.

Alldeutsch waren sie alle, ob sie der «Bewegung» – auch mit diesem Begriff wurde die politische Technik des Nationalsozialismus vorweggenommen – nur als fellow travellers anhängen oder ob sie, wie Hugenberg, Kirdorf, Neumann, Wegener, Mann und Ludwig Bernhard, der ideologischen und organisatorischen Führerschicht angehörten.

Das war das eine der beiden Wesensmerkmale, die den Rat der Zwölf kennzeichneten. Das andere war in der Tatsache gegeben, dass keiner von ihnen reich genug war, dass sie aber auch nicht als Gruppe über die Eigenmittel verfügten, um ein Unternehmen von der Wirtschaftsmacht und der Vielgestaltigkeit des Scherl-Konzerns aufzubauen. Sie waren die Vertrauensleute, die politischen Sachwalter mächtiger Geldgeber, die immer im Dunkel der Anonymität blieben; erst sehr viel später kam es dahin, dass die Gruppe Hugenberg auch in das Eigentum an den Konzernunternehmungen hineinwuchs.

Aber soweit sind wir noch nicht. Fürs erste müssen wir mit Bewunderung feststellen, dass in dem Augenblick schon, als die Republik aus dem Zusammenbruch des Kaiserreichs sich zum Leben durchrang, eine Gruppe entschlossener, mit reichen Mitteln ausgestatteter Männer bereitstand, die unter der Führung eines eiskalt kalkulierenden Kopfs den publizistischen Krieg gegen den Bestand des Staates eröffnete: brutale Manager der wirtschaftlichen Macht, gerissene Geschäftsleute, brillante Techniker der Tarnung, hervorragende Kenner der Massenpsychologie, Erben der alldeutschen Tradition und so lange unwiderstehlich, als sie, die zwar in den Kategorien des Staatsstreichs dachten, im sicheren Gehäuse der Rechtsstaatlichkeit nisteten.

Es verstand sich von selbst, dass sie die Aushöhlung des «Verlagsvereins», in dem noch Männer wie der Freiherr von Oppenheim und sein Geschäftspartner beim Bankhaus Levy, Louis Hagen (Levy), den Kampf gegen die «Verjudungsgefahr» in der Presse aufgenommen hatten, konsequent weiterführen würden. Anfang 1927 war der Prozess abgeschlossen: Der «Deutsche Verlagsverein», Düsseldorf, der bisher nom. 18,75 Mill. Mark oder 93,75 Prozent des stimmberechtigten Stammkapitals gehalten hatte, verschwand aus der Gesellschafterliste der August Scherl GmbH. An seine Stelle traten: die Ostdeutsche Privatbank AG mit 16,75 Mill. Mark und die Deutsche Aussendienst GmbH – auch eine Gründung der Hugenberg-Gruppe – mit 2 Mill. Mark. Im Übrigen änderte sich nichts gegenüber dem Zustand, der sich im Lauf der letzten sieben Jahre hergestellt hatte.

Die Gesellschafter der August Scherl GmbH seit Anfang 1927¹

I. Stimmberechtigte Stammanteile von insgesamt 20 Mill. Mark:

Ostdeutsche Privatbank AG, Berlin, Viktoriastr. 30, mit einem Anteil von 16³/₄ Mill. Mark. Im Hause Viktoriastrasse 30 befindet sich auch die Wohnung Hugenbergs, ebenso ist dort die Deutsche Gewerbehause AG (vgl. Nr. 14) und die Aussendienst GmbH, Berlin (vgl. Nr. 2) untergebracht. Aufsichtsratsmitglieder sind Hugenberg, ferner Swart (vgl. Nr. 5), Wegener (vgl. Nr. 4) und andere Kollegen Hugenbergs von der Roggenrentenbank und der Ostbank für Handel und Industrie; Direktoren sind Dr. Fritz Tetens (vgl. Nr. 2) und I. B. Mann (vgl. Nr. 2 und Nr. 16).

Deutsche Aussendienst GmbH, Berlin, mit einem Anteil von 2 Mill. Mark. Die Gesellschaft hat, trotz dieses Besitzes von 2 Mill. Mark Scherl-Anteilen, nur ein Eigenkapital von 15'000 Mark. Geschäftsführer sind Dr. Fritz Tetens (vgl. Nr. 1) und I. B. Mann (vgl. Nr. 1 und Nr. 16).

Bürgermeister Dr. Johann Neumann, Lübeck, mit einem Anteil von 175'000 M. Neumann ist auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Gewerbehause AG (vgl. Nr. 14).

Familienverwaltung Rohbraken GmbH mit einem Anteil von 225'000 Mark. Diese Gesellschaft ist die Hugenbergsche Gutverwaltung.

Bankdirektor Dr. Swart, Posen, mit einem Anteil von 128'000 Mark. Swart ist Direktor der Bank Podznan, Posen. Er ist Aufsichtsratsmitglied der Ostdeutschen Privatbank AG (vgl. Nr. 1). Auch gehört er dem Aufsichtsrat der «Ostbank für Handel und Gewerbe» an, deren Aufsichtsratsvorsitzender Hugenberg ist. Ferner ist er mit Hugenberg und dem gegenwärtigen Reichsinnenminister von Keudell Aufsichtsratsmitglied der Roggenrentenbank.

Landesökonomierat Dr. Wegener, Kreuth/Oberbayern, mit einem Anteil von 72'000 Mark. Wegener ist auch Aufsichtsratsmitglied der Ostdeutschen Privatbank AG (vgl. Nr. 1), ferner der Hugenbergschen Ostbank für Handel und Industrie und der Roggenrentenbank, deren Aufsichtsrat Hugenberg angehört.

W. Niemann, Barmen, mit einem Anteil von 100'000 Mark.

Regierungsrat Rösner, Erbach im Odenwald, mit einem Anteil von 100'000 Mark.

Reichswirtschaftsminister a. D. Dr. Johann Becker, Darmstadt, mit einem Anteil von 100'000 Mark. Becker ist auch Aufsichtsratsmitglied des Wölfischen Telegraphen-Bureaus.

August Scherl GmbH, mit einem Anteil von 100'000 Mark. Die Gesellschaft ist hier offenbar durch Umstände, in denen das gesetzlich erlaubt ist, ihr eigener Gesellschafter geworden.

Ludwig Klitzsch, Berlin, mit einem Anteil von 100'000 Mark. Klitzsch ist Generaldirektor der August Scherl GmbH, ferner Aufsichtsratsmitglied der Ostdeutschen Privatbank AG (vgl. Nr. 1) und der Mutuum Darlehens AG (vgl. Nr. 16). Ausserdem gehört er dem Aufsichtsrat der Hugenbergschen Ostbank für Handel und Gewerbe an und ist Generaldirektor der Ufa.

I. Windeck, Berlin, mit einem Anteil von 75'000 Mark. Windeck ist Geschäftsführer der August Scherl GmbH.

R. Schanz, Berlin, mit einem Anteil von 75'000 Mark. Auch Schanz ist Geschäftsführer der August Scherl GmbH.

I. Nicht stimmberechtigte Vorzugsanteile von insgesamt 10 Mill. Mark:

Deutsche Gewerbehause AG, Berlin, mit einem Anteil von 5,5 Mill. Mark. Die Gesellschaft domiziliert in dem Hause Viktoriastrasse 30, in dem auch Hugenberg persönlich wohnt und in dem die Ostdeutsche Privatbank AG, sowie die Aussendienst GmbH untergebracht sind.

¹ Nach Angaben des – Tagebuch – 1928, S. 528 f. (anonym).

Vera GmbH mit einem Anteil von 5,7 Mill. Mark. Die Gesellschaft domiziliert in einem Hause Seherischen Besitzes, Markgrafenstrasse 4, ebenso wie die Mutuum AG (vgl. Nr. 16).

Mutuum Darlehens AG, mit einem Anteil von 800'000 Mark. Die Gesellschaft domiziliert in demselben Haus wie die Vera GmbH (vgl. Nr. 15). Aufsichtsratsvorsitzender ist Hugenberg. Zum Aufsichtsrat gehören ferner Ludwig Klitzsch (vgl. Nr. 11), der deutschnationale Abgeordnete Lindeiner-Wildau und der Reichsjustizminister Hergt. Direktor ist I.B. Mann (vgl. Nr. 1 und Nr. 2).

Das bedeutete, dass die «Wirtschaftsvereinigung», die Hugenberg-Gruppe im engeren Sinne des Wortes, die morsche Hülle der Fiktion durchstossen hatte, die der «Deutsche Verlagsverein» zuletzt nur noch darstellte. Sie war, wenn auch noch immer als Treuhänderin ihrer Geld- und Auftraggeber, die Herrin des Konzerns. Gewiss, ein paar Herren der Wirtschaftsvereinigung – Hugenberg (= Familienverwaltung Rohbraken), Dr. Neumann, Dr. Joh. Becker und Dr. Leo Wegener – besaßen auch persönlich kleinere Anteile der Scherl-Gesellschaft; aber der Löwenanteil an den Konzernunternehmungen – mitsamt der Ufa AG, die 1927 hinzugekommen war – lag in den Händen jener 12-Männer-Körperschaft, die der Öffentlichkeit allenfalls unter dem nichtssagenden Namen «Wirtschaftsvereinigung», nicht aber nach ihrer personalen Zusammensetzung bekannt war.

Wie das Kontrollsystem der Wirtschaftsvereinigung funktionierte, hat Ludwig Bernhard am Beispiel der fünf wichtigsten Konzerngesellschaften dargestellt.

1. *August Scherl GmbH*

Von den insgesamt 20 Mill. Mark nom. betragenden stimmberechtigten Anteilen (Stammanteile) kontrollieren die

Ostdeutsche Privatbank..... 16'750'000 Mark nom.

und eine andere Gesellschaft des Konzerns 2'000'000 Mark nom.

Die Ostdeutsche Privatbank wird von der «Wirtschaftsvereinigung» kontrolliert und auch die andere Gesellschaft untersteht der Kontrolle der «Wirtschaftsvereinigung».

Folglich kontrolliert die «Wirtschaftsvereinigung» über 18'750'000 Mark nom., d.h. über 93,75 Prozent des stimmberechtigten Kapitals der August Scherl GmbH in Berlin.

2. *Provinzpresse: Vera-Verlagsanstalt GmbH*

Von dem insgesamt 1'500'000 Mark nom. betragenden stimmberechtigten Kapital der

Vera-Verlagsanstalt GmbH kontrolliert die

Ostdeutsche Privatbank AG..... 446'000 Mark

andere Gesellschaften des Konzerns 764'000 Mark

1'210'000 Mark

Da die «Wirtschaftsvereinigung» die Ostdeutsche Privatbank direkt und die anderen Gesellschaften indirekt kontrolliert, so ergibt sich,

dass die «Wirtschaftsvereinigung» zirka 80 Prozent des stimmberechtigten Kapitals der Vera-Verlagsanstalt GmbH kontrolliert.

3. *Ala-Anzeigen AG in Berlin*

a) Von dem insgesamt 2 Mill. Mark nom. betragenden stimmberechtigten Kapital der Ala-Anzeigen AG kontrolliert die

Ostdeutsche Privatbank	1'169'000 Mark
andere kleinere Gesellschaften des Konzerns . . .	607'000 Mark
	1'776'000 Mark

Da die «Wirtschaftsvereinigung die Ostdeutsche Privatbank kontrolliert und auch die kleineren Gesellschaften indirekt von der «Wirtschaftsvereinigung» abhängen, so ergibt sich: dass die «Wirtschaftsvereinigung» über 89 Prozent des stimmberechtigten Kapitals der Ala-Anzeigen AG kontrolliert.

4. *Telegraphen-Union. Internationaler Nachrichtendienst GmbH in Berlin*

Von dem insgesamt 1'400'000 Mark nom. betragenden stimmberechtigten Kapital der

Telegraphen-Union kontrollieren

Ostdeutsche Privatbank.....	937'000 Mark nom.
Westend-Verlag GmbH.....	166'000 Mark nom.
andere Gesellschaften des Konzerns ...	125'000 Mark nom.
	1 228'000 Mark nom.

Da die «Wirtschaftsvereinigung» die Ostdeutsche Privatbank kontrolliert und auch die Westend-Verlag GmbH und die anderen Gesellschaften indirekt von der «Wirtschaftsvereinigung» abhängen, so ergibt sich,

dass die «Wirtschaftsvereinigung» zirka 87 Prozent des stimmberechtigten Kapitals der Telegraphen-Union GmbH kontrolliert.

5. *Universum-Film-AG (Ufa)*

Das Aktienkapital der Ufa beträgt 45 Mill. Mark. Die Aktien sind in zwei Serien eingeteilt, von denen Serie A 42 Mill. Mark, Serie B 3 Mill. Mark umfasst. Die Aktien der Serie A haben einfaches Stimmrecht, die Aktien der Serie B dreissigfaches Stimmrecht. Sämtliche Aktien der Serie B und 10,5 Mill. Mark nom. der Serie A sind auf Ostdeutsche Privatbank und einige andere Gesellschaften des Konzerns verteilt.

Da die «Wirtschaftsvereinigung» die Ostdeutsche Privatbank kontrolliert und auch die anderen Gesellschaften indirekt von der «Wirtschaftsvereinigung» abhängen, so ergibt sich,

dass die «Wirtschaftsvereinigung» die gesamten Ufa-Aktien mit dreissigfachem Stimmrecht und etwa 25 Prozent der Aktien mit einfachem Stimmrecht kontrolliert, d.h. 75 Prozent der Stimmen. Ausserdem ist durch besondere Vereinbarungen eine Erhöhung der Verfügung über Aktien mit einfachem Stimmrecht gesichert.

Im Endergebnis kontrolliert also die «Wirtschaftsvereinigung»:

93,75	Prozent der Stimmen in der August Scherl GmbH
80	Prozent der Stimmen in der Vera-Verlagsanstalt GmbH
89	Prozent der Stimmen in der Ala-Anzeigen AG
87	Prozent der Stimmen in der Telegraphen-Union GmbH
75	Prozent der Stimmen in der Ufa AG

Man kann auch diese Darstellung nur mit vielerlei Vorbehalten hinnehmen. Professor Bernhard hatte sie gegeben, um den Vorwurf der Verdunklung zu entkräften.

der seit Jahr und Tag gegen den Hugenberg-Konzern gerichtet wurde. Ist ihm das auch nur annähernd gelungen? Ehrlicher Weise muss man sagen: nein.

Das vereinfachende Schema zeigt weder die ungeheure Vielgestaltigkeit des Konzerns und die lianenhafte Verflechtung, die die Konzerngesellschaften zur Einheit eines schier undurchdringlichen Dschungels zusammenfasste, noch auch die Weite und Intensität der Wirkungen, die von der Phalanx der Hugenberg-Unternehmungen ausstrahlte. Es lässt den Leser im Dunkeln über die Hunderte von Verbindungen Hugenbergs und seiner Mitarbeiter zu den Kommandohöhen der Industrie und der Agrarwirtschaft, des Verbandswesens, der Wirtschafts- und der Tagespolitik. Es verrät nichts über die Geldgeber des 12-Männer-Kollegiums, nichts über die zwölf Weisen selbst und nichts über die Beziehungen der einen wie der anderen zur Prominenz der alldeutschen Bewegung, obwohl sattem bekannt war, dass Hugenberg als der Führer des intransigenten alldeutschen Flügels der Deutschnationalen auf die Spaltung der eigenen Partei hinarbeitete. Es diente eher der Verdunklung als der Aufhellung der Zusammenhänge, die den Geheimen Finanzrat in die Lage setzten, Verlags-, Agrar- und Gewerbekredite zu vergeben, Zeitungen zu sanieren oder abzuwürgen, die politische Meinungsbildung weit über das bürgerliche Lager hinaus publizistisch und wirtschaftlich zu steuern – kurzum, eine Macht auszuüben, die kein vergleichbares Unternehmen diesseits und jenseits des Atlantik jemals in seinen Händen vereinigen konnte.

Schade eigentlich. Denn hätte der Berliner Universitätsprofessor Ludwig Bernhard der Pflicht genügt, die ihm sein Lehramt auferlegte: die Wahrheit, nichts als die Wahrheit, die Wahrheit, soweit sie ihm zugänglich war, zu sagen, so hätte er einen Beitrag von unschätzbarem Wert zur Psychologie des Grossbürgertums, zur Soziologie der alldeutschen Bewegung, zur Geschichte der Weimarer Republik und zur Vorgeschichte des Dritten Reichs geliefert. Mindestens hätte er verhindern können, dass nach dem Zweiten Weltkrieg das verantwortungslose, alberne, selbstgefällige Geschwätz von der Finanzierung Hitlers durch die Schwerindustrie sich hätte breitmachen können.

Die Tatsache, dass dieser oder jener Schwerindustrielle oder Verbandssyndikus den Nazis, als sie schon vor der Machtergreifung standen, mit ein paar vielstelligen Schecks unter die Arme griff, ist ebenso uninteressant wie der Umstand, dass der alldeutsche Führer Class auch einmal enge Beziehungen zur «Organisation Consul» des Kapitänleutnants Erhard unterhalten und einigen eifrigen jungen Leuten der O.C. gegenüber die Ansicht ausgesprochen hatte, es sei an der Zeit – man schrieb das dunkle Jahr 1923 – den Reichwehrgeneral von Seeckt zu «beseitigen».

Von entscheidender Bedeutung aber ist der Umstand, dass der vieljährige Mitstreiter des alldeutschen Führers, Justizrat Class, Alfred Hugenberg, der selbst dem schwerindustriellen Management entstammte und ihm bis zum Jahre 1933 aufs Engste verbunden blieb, durch die Vermittlung prominenter, ihm freundschaftlich und

politisch nahestehender Manager der Montanindustrie unmittelbar vor und gleich nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs mit den bedeutenden Mitteln versehen wurde, die ihn in die Lage setzten, seinen Pressekonzern aufzubauen. Nicht die unsäglich talentlos gemachten Naziblätter, die von den Parteigenossen ebensowenig gelesen wurden wie die *Rote Fahne* von den kommunistischen Arbeitern, sondern die Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichten, Korrespondenzen und Matern des Scherl-Konzerns, die zwei Drittel der deutschen Zeitungsläser, und gerade die kleinen und kleinsten, täglich mit geistiger Kost versorgten, können das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die parlamentarische Demokratie zum Popanz gemacht, die Republik ausgehöhlt und endlich «dem System» das Rückgrat gebrochen zu haben, längst ehe Hugenberg die Fanfaren zum Aufmarsch der Harzburger Front blasen liess. Der Presselord besass das Vertrauen seiner industriellen Freunde in solchem Mass, dass sie ihm noch 1927 die Möglichkeit gaben, die Ufa-Mehrheit zu erwerben, und dass sie in den «vierzehn Jahren der Schmach» niemals in ihrer Überzeugung schwankend wurden, es sei die ideale Lösung, ihm, und zwar ihm allein, die autokratische Führung des einzigartigen Konzerns zu überlassen, der seinen Namen trug. Mit diesem Beitrag zur deutschen Geschichte – nicht mit der Handvoll Millionen, die Hitler in letzter Stunde kassieren liess – hat die Montanindustrie sich ein unvergängliches Denkmal gesetzt.

Die innere Geschichte des Hugenberg-Konzerns ist namentlich während der dreissiger und vierziger Jahre in tiefes Dunkel gehüllt. Immerhin aber sind einige Daten bekannt, die die als Konzernspitze fungierende Ostdeutsche Privatbank AG betreffen.

Diese Firma, die ja tatsächlich nicht den Charakter einer Bank, sondern, je länger, desto ausschliesslicher, den einer Holdinggesellschaft trug, sah sich im Jahre 1935 in der Zwangslage, die Konsequenzen aus dem Reichsgesetz über das Kreditwesen (vom 5. Dezember 1934) zu ziehen, demzufolge die Bezeichnung «Bank» nur genau definierten Kreditinstituten gestattet war. Infolgedessen beschloss die Hauptversammlung vom 28. Juni 1935 die Umgründung der Gesellschaft zur «Opriba Privatverwaltungs AG», deren sämtliche Aktien in den Besitz der Hugenberg & Co KG übergingen.

Das Nebeneinander der zwei Gesellschaften, das wenigstens der Theorie nach fort dauerte, wurde durch den Beschluss der Hugenberg & Co KG vom 4. September 1937 beendet, die Opriba Privatverwaltungs-AG in der Weise «umzuwandeln», dass sie deren Vermögen an sie selbst übertrug. Damit hatte die Opriba aufgehört zu bestehen; ihre Gesamtrechtsnachfolgerin war die Hugenberg-Gesellschaft.

Genau einen Monat später, am 4. Oktober 1937, erfolgte die Umbenennung der Firma Hugenberg & Co KG in «August Scherl Handels- und Verwaltungs-KG» und dabei fand es für die nächsten sieben Jahre sein Bewenden. Als dann aber Hugenberg im Jahre 1944 gezwungen worden war, den Scherl-Verlag an die von der NSDAP eigens gegründete Firma Max Winkler & Co KG zu verkaufen, entfiel die Vorausset-

zung zur Führung des Namens «August Scherl» in der wider alle Gesetze der Dankbarkeit und Treue geplünderten Firma. So beschloss denn die Gesellschaft, die die Rechtsnachfolge der Ostdeutschen Privatbank AG durch so viele Wandlungen gerettet hatte, am 28. September 1944, die Firma in «Opriba Handels- und Verwaltungs-KG» zu ändern, unter der sie noch heutigen Tages besteht. Der Scherl-Verlag wurde nach dem Krieg in die August Scherl Nachfolger KG eingebracht, die bis 1954 unter Treuhänderschaft gestellt wurde und seither wieder zum Interessenbereich der Opriba gehört.

Die Odyssee, die 1934 begann, hat die Ostdeutsche Privatbank zu einem friedlichen Ithaka zurückgeführt: nach Rohbraken, im Hügelland zwischen Lemgo und Hameln gelegen, wo Hugenberg sein Gut bewirtschaftete und wo heute noch, ausser der Familienverwaltungs-GmbH der Hugenberg-Erben und der Opriba, die Alterum Verwaltungs-GmbH seligen Angedenkens und die Tornado Verwaltungsgesellschaft mbH ihren Sitz hat.

Freilich, die Verwaltung der Opriba, die über kommanditistische Einlagen in Höhe von annähernd 13[^] Mill. DMark verfügt, domiziliert in Hannover: Denn diese Holdinggesellschaft ist immer noch ein recht bedeutendes Unternehmen, und sie steht allzu tief im Getriebe unseres industrialisierten Zeitalters, um in der Rohbrakener Landschaft auch nur annähernd so gut zu gedeihen wie die Schweine des Hugenbergschen Familienguts.

Persönlich haftende Gesellschafter, d.h. Inhaber der Firma, sind Hugenbergs Witwe Gertrud geb. Adickes und der älteste Sohn seiner einzigen Tochter, der vierundzwanzigjährige Dankwart von Knobloch; als Geschäftsführer amtieren Theodor Rosenbeck, Berlin, und Dr. Rudolf Haus in Detmold. Die Liste der Kommanditisten aber ist eine wahrhaft atemberaubende Lektüre; lässt sie uns doch beinahe mit Sicherheit vermuten, wer in letzter Instanz die Eigentümer des Hugenbergschen Presseimperiums waren.

Opriba Handels- und Verwaltungs-KG, Rohbraken

Liste der Kommanditisten

	DMark	Prozent
1. Wwe. Gertrud Hugenberg ¹ geb. Adickes 277400		2,07210
2. Dankwart v. Knobloch ¹	288 200	2,15277
4. Gerhard Hugenberg (vermisst)	1 457 150	10,88451
4. Frau Hanna Boehmer geb. Hugenberg, Hiddesen/Lippe . .	860 400	6,42695
5. Frau Ursula Hartmann geb. Hugenberg, Hannover	864 500	6,45758
6. Dipl.-Ing. Architekt Jürg Hartmann, Hannover 6700		0,05005
7. Frau Alkea Amoneit 50000		0,22409
8. Wwe. Friederun Bang geb. Knöpfei 16850		0,12586
9. Frau Brigitte v. Boehmer geb. Poensgen, Ddf-Lohausen . .	40 200	0,50028
10. Wwe. Charlotte Borbet geb. Gessner, Bochum	321 550	2,40189
11. Dr. med. Ingeborg Böttger geb. Tetens	184 850	1,58078
12. Dipl.-Ing. Hermann Brandl, Miilheim/Ruhr	270 300	2,01907
13. Frau Käte Brandl geb. Klinkenberg, Wittbrauke über Dorsten	46 500	0,34585
14. Wwe. Barbara v. Braunschweig geb. von und zu Loewenstein, Rittergut Wickershof-Reptich, Post Borken-Land	100_000	0,74697
¹ Komplementäranteil	Übertrag 4 /64 400	55,58875

	DMark	Prozent
	Übertrag 4 764 400	35,58875
15. Frl. Ursula Brenning, Berlin-W	6550	0,04895
16. Frau Ursula von Bülow geb. Noelle, Wittmold bei Plön . .	25000	0,18674
17. Dr. Otto de la Chevalerie, Berlin-Zehlendorf	16100	0,12026
18. Frau Annelies Class, Berlin-Zehlendorf	32150	0,24015
19. Wwe. Maria Eckhard geb. Becker	201000	1,50141
20. Wwe. Elly Eisenlohr geb. Eisenlohr, Höfen a. d. Enz	8 000	0,05976
21. Wwe. Erika Eisenlohr geb. Adickes, Frankfurt/M	58150	0,45436
22. Paul Fölik, Kurort Ratlien, Kr. Pirna	16100	0,12026
23. Frau Ursula Rogge geb. Freundt, Amorbach	361950	2,70367
24. Landwirt Hans v. Goldacker, Geismar über Göttingen . . .	32 150	0,24015
25. Jürgen Haux, Tübingen.....	19 300	0,14417
26. Assessor Clemens Hayessen, Jever	16100	0,12026
27. Egbert Hayessen, Bremen	30400	0,22708
28. Frl. Emma Hayessen, Naumburg/Saale	3200	0,02390
29. Frau Hildegard Heise geb. Neumann, Hamburg-Blankenese .	46891,67	0,35027
30. Dr. Heinz Huber, Kettwig/Ruhr	16400	0,12250
31. Dr. Wille Huber, Essen-Bredeney	16400	0,12250
32. Dr. Wolfgang Huber, Essen-Bredeney	16400	0,12250
33. Fabrikant Egon Jaeger, Wittbräuke*	13100	0,09785
34. Fran Ingeborg Kähler geb. Noelle, Kassel-Harleshausen . .	25000	0,18674
35. Georg von Kameke-Erben	132650	0,99086
36. Verlagsdirektor Hans v. Karmainsky	16100	0,12026
37. Bergwerksdirektor Herbert Kanert, Gelsenkirchen-Horst, Gelsenkirchen Benzin AG	160800	1,20115
38. Dr. Werner Klinkenberg, Wittbräuke	46200	0,34510
39. Dr. Ludwig Klitzsch-Erben		
DMark 2119 150 = 15,82947 Prozent		
a) Frau Anna Klitzsch, Ruigsee, PostBad Wiessee	529787,51	3,95737
b) Christa Klitzsch	264893,75	1,97868
c) Gisela Klitzsch	264893,75	1,9786»
d) Ludwig Klitzsch	264893,75	1,9786»
e) Frau Marianne Mattner geb. Klitzsch	264893,75	1,97868
f) Frl. Traute Klitzsch, Hannover	264893,75	1,9786»
g) Regina Klitzsch, Post über Mutter: Ilse Klitzsch, Wuppertal-Vohwinkel	132446,87	0,98934
h) Renate Klitzsch	132446,87	0,98934
40. Frau Gertrud Kleist geb. Noelle, Göttingen-Land, Luisenhall	25 000	0,18674
41. Burkhard v. Knobloch, vertreten durch Gertrud Hugenberg .	288 150	2,15240
42. Gudrun v. Knobloch	288 150	2,15240
43. Frau Hildegard Körner geb. Kehl, Kirchheim-Teck ...	24 125	0,18021
44. Frau Gerda Lanschütz geb. Huber, Essen-Bredeney	16'400	0,12250
45. Otto F. Lehmann	291 150	2,17481
46. Bergassessor a. D. Dr. Hans von und zu Loewenstein, Ritter- gut Wickershof-Reptich, Borken-Land, Bez. Kassel	645 700	4,80826
47. Friedrich Wilhelm von und zu Loewenstein, ebd	125000	0,93372
48. Fabrikdirektor Dr.-Ing. Heinz van der Loo, Freudenberg/Ruhr	39 350	0,29393
49. Wwe. Edith Malec geb. Thorndicke, Hannover	92250	0,68908
50. Nachlass Joh. Bern. Mann, Pfleger Dr. Christian Freiherr von Hammerstein, Göttingen	1128 600	8,45053
51. Frau Dr. med. Gudrun Mathis	46891,66	0,35027

	DMark	Prozent
Übertrag	11208 408,33	83,72865
52. Dr. Otto Meesmann, Berlin-Schlachtensee.....	19 700	0,14715
53. Oberpräsident Hans v. Meibom, Berlin-Nikolassee . . . Dir. Otto	19 300	0,14417
54. Mejer, Köln-Lindenthal.....	22 950	0,17143
55. FrI. Ingeborg v. Meyer, Köln-Marienburg.....	3 200	0,02390
56. Gymnasialdirektorin Hedda Mohr geb. Neumann, New York	46 891,66	0,35027
57. Landgerichtsrat Hans-Martin Neumann, Lübeck.....	23 491,67	0,17548
58. Studienrätin Dr. Käthe Neumann, Heide/Holstein Frau Dr.	46 891,67	0,35027
59. med. Hanna Neumann-Kollibay, Lübeck Wwe. Charlotte	11 700	0,08740
60. Noelle geb. Kehl, Kassel-Harleshausen . . Kindergärtnerin Jutta	75 975	0,56751
61. Noelle, Berlin-Lichterfelde-West . . FrI. Gertrud Noelle, Berlin-	25 000	0,18674
62. Lichterfelde West.....	16100	0,12026
63. Gottfried Noelle, Kassel-Harleshausen.....	25 000	0,18674
64. Frau Elise Nolte geb. Launicke, Bremen.....	50 000	0,37549
65. Dr. Georg Poensgen, Heidelberg.....	401950	5,00246
66. Studienrat Gerrit Poensgen, Düsseldorf.....	40 200	0,50028
67. Legationsrat Gisbert Poensgen, Düsseldorf.....	40 200	0,50028
68. Referendar Helmuth Poensgen, Düsseldorf.....	40 200	0,30028
69. Frau Magdalene Riedesel Freifrau zu Eisenbach geb. von und zu Loewenstein, Schloss Altenburg über Alsfeld/Ott. . . Landrat i. R. Dr. August Roesener, Balkhausen, Post Darmstadt-Land..... Wwe. Lydia Saxe geb. Lessner, Berlin-Zehlendorf Wwe.	100 000	0,74697
71. Maria Scheibe geb. Heidenreich, Engen, Baden . . . Otto	160 800	1,20113
72. Schmidt, Westerland/Sylt.....	8 200	0,06125
73. Dr. Georg Schultze (vermisst).....	40 250	0,30065
74. Wwe. Hedwig Sempell geb. Hasenclever, Langenfeld/Immi-	16 400	0,12250
75. grath.....	160 800	1,20113
Dr. Willy Springorum, Wetter a. d. Ruhr.....	160 800	1,20113
76. Bergwerksdirektor Dr. Emil Stein.....	80 400	0,60057
77. Gerhard Harald Stock, Hamburg.....	26 250	0,19608
78. Irmgard Stock, Hamburg.....	11 500	0,08590
79. Jutta Stock, Hamburg.....	11 500	0,08590
80. Wwe. Hedwig Storck geb. Neumann, Hamburg-Blankenese .	11 500	0,08590
81. Landwirt Dr. Friedrich Swart, Westermarsch I, Post Nor-	46 891,67	0,35027
82. den/Ostfriesland.....		
Landwirt Haiko Swart, ebd.....	40 800	0,30476
83. Studentin Swantje Swart, ebd.....	30 000	0,22409
84. FrI. Tjalda Swart, ebd.....	30 000	0,22409
85. FrI. Ilse Thorndike.....	30 000	0,22409
86. Wwe. Helene Vogler geb. Wolf, Herd ecke- <u>Ende</u>	46 125	0,34454
87. Post an: Fa. Popper & Co KG, Dortmund.....		
88. Frau Catho Wenzel geb. Küchen, Rüthen a. d. Mohne . . .	16 850	0,12586
10. 3.1955	241 150	1,80132
	15 387 375	100,00000

Wir finden da zunächst die Erben Hugenbergs und seiner nächsten Mitarbeiter und Freunde – Class, Neumann, Klitzsch, Loewenstein, Tetens, Thorndicke, Mann, Swart und Noelle. Dann aber stossen wir auf einen zweiten Kreis von Namen, deren Träger alle einmal in enger Beziehung zu den Vereinigten Stahlwerken standen oder heute noch Verbindung zu den Nachfolgesellschaften dieses ehemals grössten europäi-

schen Montankonzerns haben: Die Poensgen-Erben – Ernst Poensgen, der sich um den Zusammenschluss besonders verdient gemacht hatte, war bis 1935 stellvertretender Vorsitzender, dann Vorsitzender des Vorstands der Vereinigten Stahlwerke; Witwe Helene Vogler – Dr. Albert Vogler, bis 1935 Vorstandsvorsitzender, wechselte dann in den Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke hinüber; drei Mitglieder der Essener Familie Huber, die aufs Engste mit der Raab Karcher GmbH, der Kohlenhandlung der Gelsenkirchener Bergwerks AG verbunden sind, in welcher die «Kohlenseite» des Stahlvereins zusammengefasst war; Dipl.-Ing. Hermann Brandl, technisches Vorstandsmitglied der Phoenix-Rheinrohr AG, die gleichfalls dem Verband der Vereinigten Stahlwerke entstammt.

Möglicherweise handelt es sich bei den kommanditistischen Anteilen dieser Persönlichkeiten nur noch um Reste grösserer Beteiligungen, die im Laufe der Jahre durch Erbgang und vielerlei andere Arten des Besitzwechsels zerrieben wurden. Immerhin liegt der Schluss so nahe wie möglich, dass die Vereinigten Stahlwerke zu Hugenbergs grossen Geldgebern gehörten, oder eher, dass sie das für den Scherl-Konzern ergiebigste Mäzenat ausübten; zumal ja auch Kirdorf, der grand old man der Gelsenkirchener Bergwerks AG, und Vogler, der erste Generaldirektor des Stahlvereins, zu den zwölf Männern der «Wirtschafts-Vereinigung» zählten.

Als die Hugenberg-Gruppe von Goebbels gezwungen wurde, sich vom Scherl-Verlag und der Ufa zu trennen, erhielt sie – sicherlich nicht ganz zufällig – ein Aktienpaket der Vereinigten Stahlwerke. Es war nicht sehr gross, doch immerhin ausreichend, um der Opriba die Möglichkeit zu geben, im Zuge der Stahlvereinsentflechtung eine 25-30prozentige Beteiligung an der bedeutenden «Stahlwerke Südwestfalen AG» (GK: 40 Mill. DMark) zu erwerben – womit sich der magische Kreis Presse-Schwerindustrie oder Hugenberg-Stahlverein wieder geschlossen hat. –

Daneben besitzt die Opriba, ausser der August Scherl Nachfolger KG, immer noch die Majorität bei der Gewerbehäus AG, ferner die Tornado Fabrik elektrischer Maschinen und Apparate GmbH und wahrscheinlich auch einen Anteil an der Vereinigten Zunder- und Kabelwerke AG in Lage.

Worin sich erweist, dass die Stürme der Zeit das Imperium Hugenbergs zwar kräftig geschüttelt, es aber schliesslich doch nicht zerstört haben.

INDUSTRIELLE PRESSEMÄZENE

Obwohl Stinnes mit Hugenberg in enger Verbindung stand – Albert Vogler war ja, als die «Wirtschaftsvereinigung» gegründet wurde, Stinnes' bedeutendster Mitarbeiter – hat doch dieser Konzerngewaltige und grösste Nutzniesser der reichsdeutschen Inflation sich auch persönlich um das Gedeihen der Presse verdient gemacht. Als erstes publizistisches Unternehmen hatte er 1920 aus dem Nachlass Reimar Hobbing die «Norddeutsche Buchdruckerei», d.h. den Verlag der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* – des auf der Rechten mit der Frankfurter Zeitung konkurrierenden

«Weltblatts» – sowie der *Industrie- und Handelszeitung*, der amtlichen Halbmonatschrift *Wirtschaft und Statistik*, des *Reichsverkehrsblatts*, des *Reichsarbeitsblatts* und des *Kladderadatsch* erworben – ein blühendes Unternehmen übrigens, dem das Reich nicht nur durch die Erteilung des Druckauftrags für den *Reichs- und Staatsanzeiger*, sondern auch durch die Abnahme vieler tausend Exemplare der DAZ grosszügig zu verdienen gab. Später kaufte Stinnes nach seiner Art noch vielerlei hinzu: so 1922 die *Frankfurter Nachrichten*, eine Reihe von Korrespondenzbüros, den Leipziger Mode-Verlag Vobach, die grosse Berliner Druckerei Büxenstein, zahlreiche Provinzdruckereien, Zellstoff- und Papierfabriken und selbst Wälder, um die Papierfabrikation mit Rohstoffen zu versorgen.

Der vertikale Pressetrust zerstob im Jahre 1925, nach der Auflösung des Stinnes-Konzerns, in alle Winde. Immerhin aber kehrte die DAZ nach einem Zwischenspiel, das sie unter der Obhut des Reiches geführt hatte, in den Besitz einer Gruppe zurück, die sich, wie das Blatt am 3. Februar 1927 meldete, «aus Industrie, Handel und Schifffahrt zusammensetzt». Die Berliner D-Banken waren mit je vier Prozent beteiligt. Cuno, Reichskanzler der Ruhrkampfperiode und Generaldirektor der Hapag, hatte einen grösseren Anteil übernommen, die Mehrheit aber hatte sich die rheinisch-westfälische Schwerindustrie gesichert, die dann auch in der Verwaltung dominierte und den Verleger der *Bergwerkszeitung*, Heinrich Droste – einen alten Bekannten und Vertrauten des Presselords Hugenberg –, mit der Reorganisation des Verlages beauftragte.

Ob die Montanindustrie direkt in die redaktionelle Führung der Zeitung eingriff, ist allerdings fraglich. Nicht weil dergleichen Hineinregieren ihr inopportun erschienen wäre, sondern weil sich, namentlich im Wirtschaftsteil der DAZ, ein Kreis von Journalisten zusammengefunden hatte, für welche die Identität von nationalem und schwerindustriellem Interesse zum publizistischen Credo gehörte. So unbedingt, dass man noch heute mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit sagen kann, wer aus der kleinen Zahl unserer «Montanjournalisten» die Schule der DAZ genossen hat.

Das war nicht überall so. Der Verlag Knorr & Hirth beispielsweise, Herausgeber der einflussreichen *Münchener Neuesten Nachrichten* und der *Münchener Illustrierten Presse*, bekam die Herrschaft der Schwerindustrie, unter die er in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre geraten war, fühlbar zu spüren. Wenigstens sagt Erwein von Aretin, der viele Jahre das innenpolitische Ressort der Zeitung geleitet hat, in seinen Erinnerungen: «Die Grenzen jeder wirklichen Politik waren bei den *Münchener Neuesten Nachrichten* durch die äusseren Umstände ziemlich eng gezogen. Schliesslich waren die Hauptbesitzer der Zeitung, die «Gute-Hoffnungs-Hütte», und der zweitstärkste Aktionär, die «Vereinigten Stahlwerkes Schwerindustrielle, die politisch ungefähr den Weitblick der Generäle hatten. Sie hatten natürlich ein Recht darauf, dass die Zeitung wirtschaftlich ihr Interesse vertrat. Politisch war ihr Recht auch unbeschränkt, und es muss anerkannt werden, dass sie (dem Chefredakteur) Büchner und mir ziemlich freie Hand liessen, trotzdem sie natürlich von dem ihnen als ehemaliger Generaldirektor von Krupp nahestehenden Hugenberg, der früher selbst Aktionär von Knorr & Hirth

gewesen war, bestürmt wurden, uns das Handwerk zu legen. Nur die Erwägung, dass ein Hugenberg-Blatt in München sehr rasch an Auszehrung sterben würde, wovor ja nur beträchtliche Zuschüsse die *München-Augsburger Abendzeitung* bewahrten, mag bei dieser Zurückhaltung der Besitzer uns gegenüber eine Rolle gespielt haben. Im Übrigen lebten sie in der grossen braunen nationalen Sauce. Hitler war «national», also nur mit Glacehandschuhen anzurühren, und alles «Schwarze», wohl mich inklusive, war nicht «national» «und hatte nur aus Münchner lokalen Geschäftsrücksichten Schonzeit.»

Die innere Widersprüchlichkeit, die, wie so oft, die Klarheit auch dieses Berichts des Freiherrn von Aretin trübt – einerseits waren der Zeitung die ««Grenzen jeder wirklichen Politik ... ziemlich eng gezogen», andererseits wurde den Redakteuren politisch «ziemlich freie Hand» gelassen –, verschwindet allerdings an dem Punkt, wo die Erzählung zur Darstellung der Wiederwahl Hindenburgs gelangt». Mit dem Generaldirektor der «Gutehoffnungshütte», «Reusch», heisst es da nämlich, «schloss Hitler in diesem Wahlkampf eine Abmachung, dass die *Münchner Neuesten Nachrichten* ihn nicht bekämpfen dürften.»

Erstaunlicherweise aber verschwieg Reusch den Redakteuren seines Blattes den Pakt, den er mit Hitler geschlossen hatte, so dass diese, als sei nichts geschehen, weiter gegen die Präsidentschaftskandidatur des Herrn im Braunen Hause zu Feld zogen. Erst zwei Tage vor der Wahl, am 11. März, also Freitag abend, wurde «Büchner ... plötzlich von Reusch telefonisch mit dem kategorischen Befehl angerufen, in der Samstagnummer noch einen Artikel *für* Hitler zu bringen, d.h. die ganze bisherige Haltung der Zeitung gerade in ihr Gegenteil zu verkehren». Wer da an den Fäden gezupft hatte, die «aus dem Braunen Haus zu Reusch und Karl Haniel, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Gutehoffnungshütte und des Verwaltungsrats von Knorr & Hirth liefen», ist nicht bekanntgeworden. Aber wie dem auch sei: die Redakteure widersetzten sich dem Befehl des allmächtigen Reusch, wobei sie übrigens der Solidarität der Verlagsleitung sicher sein konnten. Mit bestem Erfolg. «Reusch zog die Folgerung und trat seinerseits aus dem Verwaltungsrat von Knorr & Hirth aus, was durch die Art seines Geheimvertrags mit Hitler wohl für ihn die einzige Möglichkeit war, mit sauberer Weste aus der Geschichte herauszukommen.» Zu Deutsch heisst das wohl: so «aus der Geschichte herauszukommen», dass er sowohl für den Fall gedeckt wäre, dass Hitler schliesslich das Rennen machte, als auch für den weniger wahrscheinlichen Fall, dass die Kräfte und Mächte der Demokratie sich zu behaupten vermöchten. Die Geschichte gab ihm dann ja auch recht. Die Redakteure Büchner und Aretin sowie die Herren der Verlagsleitung, Professor Cossmann und Dr. Betz, wurden nach Hitlers Machtantritt verhaftet, «während die Herren Reusch und Haniel», schreibt Aretin bitter, «die durch ihren Geheimvertrag die Sache angerührt hatten, sich die Hände in Unschuld wuschen und praktisch keinen Finger für uns rührten.»

Was hatte die bürgerliche Linke, die staatsstreuen Liberalen, dem publizistischen Heerbann der Rechten entgegenzusetzen?

Man muss sich vergegenwärtigen, unter welchen politischen Voraussetzungen die presse damals überhaupt arbeitete.

Die Unternehmungen, die unter dem Einfluss Hugenbergs und der Schwerindustrie standen, hatten ein fest umrissenes Ziel: Sie forderten – die einen mit wüsten Drohungen, die anderen suaviter in modo, fortiter in re – die «Überwindung» der parlamentarischen Demokratie, die Zerstörung «des systems», die Ablösung der Weimarer Republik durch einen starken, lies: autoritären, staat. Dank ihrer Anfälligkeit für die staatsstreichideologie der Alldeutschen waren sie einig in der Negation und schon dadurch stärker als die Gegenseite. Denn die Erhaltung des Bestehenden bedeutete für die kritiklose Masse bis tief hinein sowohl ins proletarische als auch ins grossbürgerliche Lager: Konservierung der Arbeitslosigkeit, der Tributpflichtigkeit, der Lebensunsicherheit, der Saal- und Strassenschlachten, des Bonzenregimes und des Bombenkampfs gegen die Bonzen.

Freilich, die grosse demokratische Presse – die Blätter des Mosse-Verlags, der Brüder Ullstein und die *Frankfurter Zeitung* – hatte ihre treuen Leser. Aber es konnte doch schon geschehen, dass (1931) bei Ullstein der Filmkritiker Heinz Pol hinausflog, weil er der Ufa nicht passte und dieser überaus wichtige Kunde mit der Inseratensperre drohte.

Die hohe fachliche Qualität, die namentlich den Wirtschaftsteil und das Feuilleton der alten demokratischen Zeitungen auszeichnete, schützte sie lange Zeit vor der Abwanderung grösserer Leserkontingente, bewahrte sie aber nicht vor der Krise, die mit verheerender Wirkung in die Reihen des intellektuellen Mittelstands einbrach und auch im Schwinden des Anzeigenvolumens fühlbar wurde. In dieser Situation gewann die IG-Farbenindustrie – nicht als Gesellschafter, sondern als Anzeigenkunde – stärkeren Einfluss auf die *Frankfurter Zeitung*, was umso leichter geschehen konnte, da der demokratische Reichstagsabgeordnete Minister und Staatspräsident a.D. Prof. Dr.-Ing. E.h. Hermann Hummel, der 1922 zur Verwaltung der Badischen Anilin- und soda-Fabrik gestossen und seit der Gründung der IG-Farbenindustrie Mitglied ihres Aufsichtsrats war, sich 1929 am Verlag der *Frankfurter Zeitung*, der Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, beteiligt hatte und in den Aufsichtsrat der Societäts-Druckerei gewählt worden war.

Auch hier erwies sich der Industrielle als geschickter Presseemann: Während der *Reichsdienst für die deutsche Presse*, der samt den *Vertraulichen Nachrichten* und der *Konjunktur-Korrespondenz* vom Verlag «Neuer Staat» – einer Gemeinschaftsgründung der drei grossen demokratischen Verlage – herausgegeben wurde, nicht leben und nicht sterben konnte und schliesslich nach der Angliederung an die «Deutsche Nachrichten- und Korrespondenz GmbH» in den Besitz des preussischen Staats übergang, hatte ein von tiermann Hummel kontrolliertes Unternehmen entschieden mehr Glück.

Es handelt sich um die «Deutsche Provinz-Verlag GmbH», in der die drei Matern-

korrespondenzen «Arens», «Wiemann» und «Frankfurt am Main», aufgegangen waren. Sie belieferten schliesslich mehrere hundert Provinzzeitungen. Aber damit war es nicht mehr zu machen; denn Hugenberg verfügte nicht nur über Maternkorrespondenzen, sondern auch über die leistungsfähigste deutsche Nachrichtenagentur mit zahlreichen publizistischen Nebenbetrieben, über die grösste Filmgesellschaft und nicht zuletzt über das Geld, welches die «Ala», die «Vera», die «Mutuum» und die «Alterum» der notleidenden Presse zuführten.

Seit Hugenberg sich der Hilfe seiner schwerindustriellen Freunde zur Aufrichtung des mächtigsten publizistischen Imperiums versichern konnte, das die Welt bis dahin gesehen hatte, standen ihm die himmlischen Heerscharen jenes Gottes zur Seite, der immer bei den stärkeren Bataillonen ist. Freilich, als dann der «Gewerkschaftsstaat» zerstört war, den er mit dem umsichtigen Hass des kalten Fanatikers bekämpft hatte, schlugen sich die himmlischen Heerscharen auf die Seite der braunen Bataillone: Seine Amtszeit als erster Wirtschafts- und Ernährungsminister des Dritten Reichs währte nur fünf Monate. Der Verlag und der Film wurden ihm – allerdings nicht entschädigungslos – im letzten Kriegsjahr genommen. Aber er konnte sich immer noch auf sein Gut Rohbraken zurückziehen.

Aus der Feder des einundzwanzigjährigen Hugenberg, der damals zum Freundeskreis um Otto Erich Hartleben gehörte, stammen die Zeilen:

*«Mächtiger ist als jegliche Macht,
Gewaltiger ist als jede Gewalt
Im Herzen des Menschen die Liebe,
Welche die Schwester des Lichtes ist,
Herrin der Welt ist die Liebe.»*

Der Siebzigjährige, der nach Rohbraken zurückgekehrt war, hatte andere Mächte als Herrin der Welt verehren gelernt als die Liebe. Gewalten, die als Gegenstand lyrischer Gedichte wenig herzugeben pflegen. Viel schlimmer jedoch, als dass er das Dichten verlernt hatte, empfand er die Unbill des Schicksals, das keine Verwendung mehr für den Kämpfer wider das System hatte. Nur seine Prozesse blieben ihm: endlose Prozesse, die er mit den Nachbarn um die Fischereigerechtsame im Gemeindebezirk Rohbraken führte. Nachdem er, sechsundachtzigjährig, im März 1951 das Zeitliche gesegnet hat, haben auch die Prozesse aufgehört.

PHOENIX AUS DER ASCHE

Reichlich sechs Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs, im September 1951, richtete der Verband der Berufsjournalisten in Bayern – vertreten durch seine Vorsitzenden – einen Offenen Brief an den derzeitigen Hochkommissar der Vereinigten Staaten in Deutschland, Mr. John J. McCloy.

Das Schreiben hebt höflich, kalt und zornbebend an: «Wenn auch glücklicherweise noch kein eiserner, so hat sich doch bereits ein sehr undurchsichtiger dunkler Vorhang vor die inneren Verhältnisse der westdeutschen Presse gesenkt, um sie den Augen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt jenen der amerikanischen Beobachter zu entziehen. Diese Verdunkelung hat ihren Grund in dem Wunsche, eine Entwicklung zu verschleiern, die ursprünglich gehegte Erwartungen nicht erfüllt, weil zu viele der mit einer hohen Aufgabe betrauten Verleger den gestellten Anforderungen nicht entsprochen haben ...»

«Den Anlass zu unserem Schreiben», heisst es nach den einleitenden Bemerkungen, «gab die auch von uns begrüßte Mitteilung, dass Sie erneut einen Betrag von 15 Mill. DMark bereitgestellt haben, um demokratischen Zeitungen in Westdeutschland und West-Berlin zur finanziellen Unabhängigkeit zu verhelfen. Wir möchten uns in diesem Zusammenhang die Anregung erlauben, dass mit der Vergebung dieser Mittel bestimmte Auflagen verbunden werden, die sich auf die Beziehung der begünstigten Verleger zu den Journalisten erstrecken und im Interesse ihrer geistigen Unabhängigkeit und sozialen Sicherheit dringend geboten sind. Es handelt sich dabei Im Einzelnen um

1. die Einhaltung der zwischen dem Deutschen Journalisten-Verband und den Verlegerverbänden (Gesamtverband deutscher Zeitungsverleger und Verein Deutscher Zeitungsverleger eV.) abgeschlossenen Tarifverträge und Vereinbarungen;
2. die Anpassung der aus dem Jahre 1926 stammenden Bestimmungen des Manteltarifvertrags an die veränderten Verhältnisse und die in fortschrittlichen Ländern, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten von Amerika, erreichte Sicherung der sozialen Stellung der Journalisten;
3. die Anerkennung des Anspruchs der ausscheidenden Journalisten auf eine Beteiligung an dem Erlös aus dem Verkauf oder der Abwicklung eines ursprünglich lizenzierten Verlags oder eines Anteils an einem solchen Verlag.

Die Empfänger der erwähnten Kredite sollten verpflichtet werden, diese billigen Forderungen zu erfüllen und sollten laufend auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen überprüft werden.»

Zur Begründung ihrer Forderung verwiesen die Briefschreiber auf die im deutschen Zeitungsgewerbe bestehende Konzentrationstendenz, die dahin wirke, dass «einer immer geringeren Zahl von Verlegern, deren wirtschaftliche Machtstellung ständig wächst ... eine zunehmende Zahl von arbeitslosen und oder unterbeschäftigten Journalisten» begegne. Angesichts steigender Druck- und Papierkosten und der Unmöglichkeit, die Mehrbelastung durch eine Erhöhung der Abonnementsgebühren auszugleichen, fanden die Verleger «den für sie nächstliegenden Ausweg aus diesem Dilemma ... regelmässig in Einsparungen am Etat der Redaktion auf Kosten der Qualität des Inhalts der Zeitungen und der Lebenshaltung der Journalisten.» Es bedürfe keines besonderen Nachweises, dass die Gehälter der Redakteure «zum grossen Teil unter dem Existenzminimum eines geistig arbeitenden Menschen liegen, jedenfalls aber

keine ausreichende Sicherung dafür gewähren, dass Journalisten auf die Dauer allen an sie herantretenden Versuchungen widerstehen».

Mit Argumenten dieser Art, die sich noch vorwiegend der Kategorien des Arbeitnehmerdenkens bedienen, glaubten die Autoren des Offenen Briefs der besonderen Situation der Presse jedoch nicht gerecht werden zu können. Die journalistische Berufsmisere war freilich ihr vornehmstes Anliegen; aber wie es dazu hatte kommen können, war durch die simple Feststellung des Tatbestandes noch keineswegs geklärt. Um das Ineinandergreifen von Ursache und Wirkung sinnfällig zu machen, mussten sie den «sehr undurchsichtigen dunklen Vorhang», der sich vor die inneren Verhältnisse der deutschen Presse gesenkt hatte, eine Hand breit beiseite schieben – soweit, dass der Aussenstehende die Existenzbedingungen wenigstens umrisshaft wahrnahm, unter denen sich die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Presse vollzogen hatte. Das taten sie denn auch, obgleich nicht mit der gebotenen Schärfe der juristischen Diktion, indem sie fortfuhren:

«In der Lizenzierung einzelner Verleger sehen wir die Grundlage für ein publizistisches und soziales Treuhandverhältnis, das zwar eine neue privatrechtliche Machtbefugnis über die Produktionsmittel der Presse begründet, jedoch der öffentlichen Aufgabe eindeutig den Vorrang vor dem persönlichen Gewinnstreben zuweist. Wir wissen uns in dieser Auffassung einig mit den Grundsätzen, von denen die Pressepolitik der amerikanischen Behörden geleitet war.

Nun kann freilich auch ein Verlagsunternehmen auf die Dauer nicht mit Verlust arbeiten, weil es dann eines Tages seinen Betrieb einstellen muss. Doch ist die Frage wohl berechtigt, ob ein Geschäftsgebaren zu vertreten ist, das den Verlegern innerhalb weniger Jahre Riesenvermögen einträgt, was offenbar doch nur auf einem Missverhältnis zwischen Leistung und Entgelt, sowohl im Verhältnis zum Leser wie zum Mitarbeiter, beruhen kann.

Solange indessen das angesammelte Kapital im Zeitungsverlag arbeitet, erfüllt es seine Bestimmung: Wird es jedoch durch Abfindung eines ausscheidenden oder Befriedigung eines liquidierenden ehemaligen Lizenzverlegers seinem ursprünglichen Zweck entfremdet, so widerspricht dies offenkundig der Zielsetzung der Pressepolitik.

Hinzu kommt, dass regelmässig aus der Auszahlung von Anteilen ehemaliger Lizenzverleger und der damit verbundenen Verknappung der Mittel Einsparungen am Haushalt der Zeitungsredaktionen resultieren. Sie führen zu Kündigungen und zur Kürzung der Gehälter und Honorare. Dadurch werden die Journalisten, die einen entscheidenden Anteil am Aufbau der Zeitung hatten, zugunsten des seiner publizistischen Aufgabe entsagenden Verlegers benachteiligt.»

Soviel hatte der Brief immerhin klargemacht: zwischen der Praxis der Lizenzierung, der Umwandlung des durch die Lizenz geschaffenen «publizistischen und sozialen Treuhandverhältnisses» in «privatrechtliche Machtbefugnis über die Produk-

tionsmittel», einfacher gesagt, der Ausmünzung der Lizenzen zu Eigentumstiteln, dem Verkauf von Verlagsanteilen durch eine Reihe namhafter Lizenzträger und dem Berufselend der Journalisten bestand ein enger kausaler Zusammenhang. Weniger eindringlich hatten sie die pressepolitische Unzulänglichkeit der Lizenzmethode, die juristische Fragwürdigkeit der aus den Lizenzen abgeleiteten Eigentumsansprüche und die wirtschaftliche Problematik gekennzeichnet, die sich aus dem Bedürfnis mancher Lizenzträger ergab, ihr Verlageigentum in lachendes Bargeld umzusetzen.

Das tat mit aller gebotenen Offenheit, mit der Furchtlosigkeit des kampfgeübten Liberalen und mit der Sachkenntnis des Mannes, der am Wiederaufbau der westdeutschen Presse massgeblich beteiligt gewesen war, der derzeitige Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes, Chefredakteur Dr. Helmut Cron. Er schrieb, zur gleichen Zeit etwa, als der Offene Brief der bayerischen Berufsjournalisten die Runde machte, in der von ihm herausgegebenen *Deutschen Zeitung*: «Tatsache ist, dass verschiedene für kreditwürdig angesehene Zeitungen den Kredit keineswegs «im deutschen Interesse sondern nur deshalb erhalten müssen, weil sie unzweckmässig gewirtschaftet haben und zum Teil heute noch unzweckmässig wirtschaften. Es ist kein Geheimnis, dass manche der nach 1945 von den Besatzungsmächten zur Herausgabe von Zeitungen eingesetzten Lizenzträger keinerlei Verlagserfahrung mitbrachten. Sie haben sich erst mühsam in die ihnen fremde Zeitungswelt einleben müssen. Die Bemühungen, mit der Zeit wirtschaftlich selbständig zu werden, also das fehlende Maschineninventar und die Gebäude zu kaufen, sind in mehreren Fällen noch besonders erschwert worden durch die hohen Abfindungen für ausscheidende Mitlizenzträger. Wenn Zeitungsbetriebe mit Auflagen von 100'000 Exemplaren an ausscheidende Teilhaber nach drei oder fünf Jahren der Teilhaberschaft plötzlich 1 Mill. oder 350'000 oder 200'000 DMark als Abfindung bezahlen mussten, sind damit Betriebsmittel in einem Umfang entzogen worden, die kein anderer Betrieb mit gleichem Umsatz in so kurzer Zeit verdienen kann.

Es wäre bei der ganzen Kreditaktion wohl zunächst einmal zu prüfen gewesen, mit welchem Recht diese Teilhaber, die mit keinem Pfennig Einlage begonnen haben, in so kurzer Zeit überhaupt in den Genuss dieser Abfindungen auf Kosten des Betriebs und damit der Allgemeinheit kommen müssen. Wären allein diese Gelder den Betrieben erhalten geblieben und nicht als Privatvermögen der Lizenzträger behandelt worden, müssten wahrscheinlich keine Kredite oder doch nur Kredite in Ausnahmefällen aufgenommen werden. Ein «deutsches Interesse» kann an der Legitimierung dieser Verhältnisse gewiss nicht bestehen.»

Freilich kann man berechtigte Zweifel daran geltend machen, ob die vierunddreissig westdeutschen Blätter, welche in der von Cron aus der Auslandspresse übernommenen und nur mit Vorbehalt veröffentlichten Liste der kreditnehmenden Zeitungen figurierten, samt und sonders den Vorwurf verdienen, sie hätten unzweckmässig gewirtschaftet und seien dadurch in Schwierigkeiten oder mindestens in die Lage ge-

kommen, sich um Kredithilfe bemühen zu müssen. Auf die eine oder die andere Zeitung mag das zutreffen, und tatsächlich haben auch zwei Blätter, die damals noch mühsam ihr Leben fristeten – der *Südkurier* und die *Hamburger Freie Presse* – später ihr Erscheinen eingestellt. Bei der Mehrzahl der von den Amerikanern bedachten Organe aber handelte es sich um Unternehmungen von praller Vitalität und robuster Gesundheit, die, wenn überhaupt, nur deshalb Geld brauchen konnten, um den Aufbau ihres Produktions- und Verteilungsapparats zu beschleunigen oder höher – durch niedriger verzinsliche Investitionskredite abzulösen.

Zeitung	Kredit in DMark
<i>Frankfurter Rundschau</i> , Frankfurt ...	1 600'000
<i>Die Welt</i> , Hamburg.....	1'000'000
<i>Westdeutsche Allgemeine Zeitung</i> , Bochum	600'000
<i>Hessische Nachrichten</i> , Kassel.....	600'000
<i>Süddeutsche Zeitung</i> , München.....	500'000
<i>Südkurier</i> , Konstanz.....	500'000
<i>Hamburger Morgenpost</i> , Hamburg .	450'000
<i>Hannoversche Presse</i> , Hannover	400'000
<i>Kölnische Rundschau</i> , Köln.....	400'000
<i>Die Rheinpfalz</i> , Neustadt.....	400'000
<i>Schwäbisches Tagblatt</i> , Tübingen	400'000
<i>Weserkurier</i> , Bremen.....	400'000
<i>Darmstädter Echo</i> , Darmstadt.....	300'000
<i>Flensburger Tageblatt</i> , Flensburg	300'000
<i>Fuldaer Volkszeitung</i> , Fulda.....	300'000
<i>Freie Presse</i> , Bielefeld.....	250'000
<i>Hamburger Freie Presse</i>	250'000
<i>Main-Echo</i> , Aschaffenburg.....	250'000
<i>Neue Ruhr-Zeitung</i> , Essen.....	250'000
<i>Nordwest-Zeitung</i> , Oldenburg.....	250'000
<i>Lübecker Nachrichten</i> , Lübeck.....	250'000
<i>Trierischer Volksfreund</i> , Trier.....	250'000
<i>Westfalenzeitung</i> , Bielefeld.....	250'000
<i>Westfälische Rundschau</i> , Dortmund .	250'000
<i>Der Allgäuer</i> , Kempten.....	230'000
<i>Giessener Freie Presse</i> , Giessen.....	160'000
<i>Braunschweiger Zeitung</i> , Braunschweig	150'000
<i>Das Folk</i> , Freiburg.....	150'000
<i>Der Volkswille</i> , Schweinfurt.....	150'000
<i>Rheinische Post</i> , Düsseldorf.....	150'000
<i>Neue Württembergische Zeitung</i> , Göppingen	125'000
<i>Die Freiheit</i> , Mainz.....	100'000
<i>Schwäbische Post</i> , Aalen.....	100'000
<i>Aachener Volkszeitung</i> , Aachen.....	50'000

Man tut also gut daran, den relativ geringfügigen Anlass zu vergessen – knapp 12 Mill. DMark für vierunddreissig bundesrepublikanische und reichlich 3 Mill. DMark Kredite für das runde Dutzend der West-Berliner Blätter waren ja kaum mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein – und die Darlegungen des Stuttgarter Chefredakteurs als eine ganz generell geübte Kritik sowohl an der Pressepolitik der Alliierten als auch an der Praxis der westdeutschen Zeitungs-Verleger zu lesen, die von Anfang zielbe-

wusst darauf ausgegangen waren, die Chancen des Lizenzsystems in ihrem Sinne zu nutzen.

Wie war es denn beim Wiederaufbau oder eher: bei der Neuschöpfung der westdeutschen Presse eigentlich zugegangen, die buchstäblich aus dem Nichts, in der Retorte des alliierten Umerziehungslabors, geschaffen worden war?

Zunächst waren da nur ein paar Zeitungen der Besatzungsmächte gewesen, die von alliierten Offizieren redigiert und unter ihrer Aufsicht gesetzt und umbrochen wurden.

Dann kam die Zeit der Lizenzierung: Seit 1946 vergaben die Militärregierungen zu treuen Händen einer Einzelperson oder eines zwei- bis vierköpfigen Gremiums das Privileg der Zeitungsherausgabe. Die mit dieser Aufgabe Betrauten mussten sich als politisch einwandfrei ausweisen und wenn schon keine fachlichen, so doch gewisse bildungsmässige Voraussetzungen mitbringen. Nicht etwa, dass sie gehalten waren, bei «ihrer» Zeitung Verlags- oder Redaktionsarbeit zu verrichten. In der Regel freilich fand sich einer bereit, sich in den Sessel des Verlagsleiters oder des Chefredakteurs oder sich auch auf beide Stühle zu setzen. Notwendig war das nicht. Ihre Aufgabe war vielmehr, als Treuhänder der Alliierten und im Interesse der deutschen Öffentlichkeit jeweils an ihrer Zeitung das Amt der internen Presseüberwachung zu versehen. Sie hafteten dafür, dass gemäss den in der Kontrolldirektive Nr. 40 erhobenen Forderungen das Wiederaufleben nationalsozialistischer und militaristischer Ideologien verhindert wurde, dass nicht mehr zum Krieg gehetzt wurde, dass keine Gerüchte zu dem Zweck verbreitet werden konnten, Misstrauen gegen die Alliierten zu säen oder Uneinigkeit unter den Besatzungsmächten zu stiften und schliesslich auch dafür, dass keine Kritik an den Siegern geübt wurde. Kurzum, sie waren verantwortlich für das politische Wohlverhalten ihrer Blätter. Wobei allerdings zu bedenken ist, dass nach den zerschmetternden Schicksalsschlägen des letzten Kriegsjahres sich damals noch niemand hätte einfallen lassen, seine Stimme im Sinne der Renazifizierung zu erheben, vor allem aber niemand von denen, die durch das engmaschige Sieb der Fragebogenkontrolle in eine Redaktionsstellung gelangt waren. Mit anderen Worten: dass das treuhänderisch geübte Amt der Lizenzträger mit einem nah an der Nullgrenze liegenden Risiko und – namentlich in der britischen Zone – nur für die wenigen unter ihnen mit einer Arbeitsleistung verbunden war, die eine verlegerische oder redaktionelle Tätigkeit ausübten.

Die Einlagen, mit denen sich die Lizenzträger an den Gesellschaften mit beschränkter Haftung beteiligten, als welche die Verlagsunternehmungen regelmässig konstituiert wurden, hatten kaum mehr als symbolische Bedeutung. Sie beliefen sich auf jeweils 10'000 bis, 20'000 Papiermark – Beträge, die allenfalls das Äquivalent von zweihundert Pfund Rinderfett oder von zwei- bis dreitausend Zigaretten darstellten. Viel wichtiger als das Geld war der Umstand, dass den Zeitungen Redaktions- und Verwaltungsräume mit Telefonanschluss zugewiesen und dass ihnen Papier, Kraftfahrzeuge und Sprit bewilligt wurden, nicht zuletzt aber, dass ihnen der Ab-

schluss vorteilhafter, meistens auch langfristiger Druckverträge möglich gemacht wurde – wobei es nicht immer ohne sanften Druck auf die Drucker zugegangen sein mag. Am allerwichtigsten aber war das Monopol, das ihnen zugestanden worden war: in jener sachwerthungrigen Zeit ein bezugsscheinfreies Wirtschaftsgut zu liefern – die Nachrichten, nach denen jedermann fieberte, die amtlichen Bekanntmachungen, mit denen die Hausfrau vertraut sein musste, um ihre Lebensmittelkarten auszunutzen, das Papier, das man zum Einwickeln und Feuermachen brauchte, und den Inseratenraum, auf den der Zimmersuchende, der Gelegenheitsverkäufer, der einen Radioapparat zu Geld machen wollte, um «schwarze» Butter zu kaufen, und der Gelegenheitskäufer angewiesen war, der das Elend der RMark-Zeit besser zu nutzen verstand.

Die Auflagen wuchsen im Handumdrehen. Freilich nicht ins Ungemessene. Denn in der britischen Zone, wo im Gegensatz zur amerikanischen zunächst nur parteinahe Zeitungen zugelassen wurden – die Amerikaner lizenzierten grundsätzlich bloss überparteiliche Blätter, die Franzosen dagegen Blätter von beiderlei Typus –, wurde die Auflagenhöhe nach den Stimmzahlen festgesetzt (25'000 bis 375'000 Exemplare), die bei den Landtagswahlen auf die Parteien entfallen waren: Ein schweres Handicap für die FDP-nahen Zeitungen, die dann auch später nie mehr recht hoch kamen, ein grosser Vorteil für die der SPD verbundenen Blätter, deren Gesellschafter freilich im Auftrage oder im Einvernehmen mit der Partei handelten, vermutlich also kaum in die Lage kommen konnten, wesentlichen Gewinn für sich selber zu ziehen, und eine grossartige Chance für die der CDU nahestehenden Lizenzträger: Sie besaßen dank der britischen Lizenzierungspraxis eine hervorragend günstige Ausgangsposition. Notabene: obwohl England bis zum Oktober 1951 von einer reinen Labourregierung geführt wurde, der man den Vorwurf nicht erspart hat, die innerdeutschen Verhältnisse im Sinne der Gewerkschaften zu beeinflussen. So hat man beispielsweise geglaubt, die Einrichtung des Arbeitsdirektorats und des Mitbestimmungsrechts der Initiative der britischen Besatzungsmacht zuschreiben zu sollen. Ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt. Ebensogut aber hätte man gerade den Kreisen, die nicht müde wurden, das Mitbestimmungsrecht als «Feindrecht» zu charakterisieren, in Erinnerung bringen können, dass die privilegierte Stellung der CDU-Lizenzträger unter den ersten, die mit dem Privileg einer Lizenz bedacht wurden, der britischen Handhabung der Lizenzverleihung zu verdanken war.

Während unter den Journalisten, die ihre Reichsmarkgehälter durch den Verkauf ihrer persönlichen Habe aufbessern mussten, lange Zeit noch die Hoffnung bestand, das Eigentum an den Zeitungen, die sie in mühevoller, opfer- und entbehrungsreicher Arbeit aufgebaut hatten, werde später einmal an Stiftungen überführt werden, bei deren Verwaltung sie ein Mitspracherecht haben würden, waren mächtige Kräfte am Werk, die Umwandlung der von den Lizenzträgern ausgeübten Treuhandschaft in Eigentum zu bewirken. Schon im Oktober 1946 hatten die im «Verein Bayerischer Zeitungsverleger» zusammengeschlossenen Lizenzträger in einer Entschliessung die

Auffassung vertreten, die geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Presse sei «nur gesichert, wenn die Lizenzträger, denen die persönliche Verantwortung übertragen ist, ihre Entscheidung frei und unbeeinflusst von äusseren Einwirkungen treffen können. Daher müssen sie», so lautete die zielstrebige Folgerung, «auch wirklich Inhaber ihrer Betriebe sein, nicht nur Treuhänder eines fremden Vermögensträgers mit allen daraus notwendig hervorgehenden Gefahren, wie Verbeamtung und Bürokratisierung sowie Lähmung der persönlichen Initiative in geistiger und wirtschaftlicher Hinsicht.»

Freilich, so avantgardistisch dachte man nicht überall im Westen jener Jahre. Dr. Friedrich Vogel – heute alleiniger Gesellschafter der Handelsblatt GmbH – sah immerhin noch Probleme, wo sich dem geistigen Auge der bayerischen Zeitungsverleger der Weg von der Treuhandschaft zum individuellen Eigentum als die bequeme Heerstrasse vom Anfangs- zum Enderfolg darbot. Im Zusammenhang mit den Problemen des Besitzstandes, schrieb er 1947 in der ersten Ausgabe des Handbuchs *Die Deutsche Presse*, «taucht als Sonderfrage der britischen Zone das Verhältnis der Herausgeber untereinander auf, da man hier bekanntlich im Zuge der Schaffung des Typs der sogenannten parteinahen Zeitung zwei Gruppen von Männern Lizenzen erteilte, einmal Verlegern und Journalisten, die die tägliche Last der Arbeit tragen, zum anderen Mit-Herausgebern, die als Treuhänder einer bestimmten Partei Bat und Mitwirkung zu geben haben, ihren eigentlichen Beruf aber ausserhalb der Presse ausüben. Sollen sie alle gleiche Rechte untereinander haben, d.h. gleiche Verantwortung, gleichen Besitzanteil und gleichen Gewinnanspruch, obwohl sie doch offenbar ganz verschiedenen Arbeitsaufwand haben?»

Die kleinen und grösseren Politicos unter den Lizenzträgern, von denen einige, wie Karl Arnold, Dr. Friedrich Middelhaue, Dr. Artur Sträter, Anton Storch, Heinrich Peter Hellwege, Dr. Theodor Heuss, alsbald in bedeutende Ämter aufstiegen, und die mit Massen politisierenden Rechtsanwälte, Kaufleute, Ärzte, Verbandsführer, Handwerker usw., die – übrigens nicht nur in der britischen Zone – so unversehens zum Zeitungsvolk gestossen waren, mochten für einen so hart am Aufbau seines Verlags und seiner Zeitung arbeitenden Mann wie Friedrich Vogel – bis 1948 einer der vier Lizenzträger der *Rheinischen Post*, die ihr Erscheinen am 2. März 1946 begann, und neben Dr. Erich Potthoff Lizenzträger des seit dem 16. Mai 1946 erscheinenden *Handelsblatts* – in der Tat ein Problem darstellen. Im Allgemeinen wurden sie nicht als Belastung, sondern dank ihrer vielfältigen politischen Verbindungen nach oben und unten als wertvolle Mitglieder des Verlagsunternehmens empfunden.

Friedrich Vogel war eben ein Verleger-Journalist, der in den Jahren des Aufbaus eine doppelte Arbeitslast trug und folglich jene Distanz zur Problematik des Nur-Treuhänders gewann, die nun einmal notwendig war, um den Bestrebungen, Treuhandschaft in gewinnbringendes Eigentum umzuwandeln, mit einigem Vorbehalt zu begegnen. Aber auch seine Stellung war von Problemen umwittert: hervorgegangen aus einer vieljährigen journalistischen Laufbahn, obwohl Verleger, dennoch von 1946 bis

1949 Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Journalistenverbandes, identifizierte er sich noch 1947 so weit mit den Kollegen von gestern, dass er deren Meinungen, Hoffnungen und Wünsche zur Diskussion stellte: «Die Journalisten sind der Auffassung», schrieb er im Handbuch *Die Deutsche Presse*, «dass die Zeitung vorwiegend ein geistiges Produkt ist, deren Bild sie vor allem zu formen und zu bestimmen haben. Sie wünschen, wie die Grundsätze des Nordwestdeutschen Journalistenverbandes für das neue Presserecht zeigen, infolgedessen grössere Hechte für die geistige Gestaltung, als sie sie in der Republik hatten. Mit ähnlicher Begründung wünschen sie Gewinnanteil, und zwar nicht nur für sich, sondern für alle in dem Unternehmen Arbeitenden je nach der besonderen Leistung des Einzelnen.»

Dr. Vogel nimmt zu diesen «Auffassungen» und «Wünschen», die ihm als prominentem Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen Journalisten und Führer ihrer Standesvertretung ja innig vertraut waren, keinerlei Stellung. Er beschränkt sich darauf, zu referieren. Und wie hätte er auch anders verfahren können, da er ja gleichzeitig Mitglied eines Verlegerverbandes war? Genau wie viele andere Verleger-Journalisten – wie auch Dr. Hans Rörig, sein Nachfolger im Amt des journalistischen Verbandsvorsitzenden –, die noch viele Jahre nach der Währungsreform gleichzeitig der Standesvertretung der Journalisten und der Verleger, einem Arbeitnehmer- und dem mit ihm kontrahierenden Arbeitgeberverband angehörten: Sie konnten die Konflikte, die sich aus ihrer Zwitterstellung ergaben – den Konflikt etwa zwischen der Neigung, die Gehaltsforderungen der Redakteure gutzuheissen, und dem Bedürfnis, die aus Rentabilitätsgründen erfolgte Ablehnung der Arbeitnehmerwünsche zu billigen; zu schweigen von dem Konflikt, der sich angesichts der journalistischen Wünsche erhob, am Verlageigentum und an der tatsächlichen Leitung der Zeitung zu partizipieren – nur immer tief in der eigenen Brust austragen.

Wohin die Reise tatsächlich aber ging, machte schon 1947 der Aufsatz («Der neue Verleger») deutlich, den Dr. Anton Betz – Lizenzträger und Verlagsleiter der *Rheinischen Post* – zum Textteil des Handbuchs *Die Deutsche Presse* beisteuerte; denn er enthält einige über die Situation der Lizenzpresse weit hinausweisende Thesen. Fürs erste schrieb Dr. Betz: «Da der Verleger (= Herausgeber) die letzte Verantwortung trägt, muss im Falle der zwiespältigen Meinung die Entscheidung bei ihm liegen. Ist der Chefredakteur anderer Meinung, dann steht ihm der Wechsel zu einer ihm besser passenden Zeitung frei.»

Zum zweiten sagt er: «Es ist ... ein Merkmal der Unabhängigkeit einer Zeitung, dass sie sich ihre wirtschaftliche Grundlage selbst schafft und von fremden und erst recht staatlichen Zuschüssen sich freihält.»

Drittens vertritt er die Auffassung: «Die Grundlinie, die sich eine Zeitung selbst gibt» – weiter oben hiess es: «die vom Herausgeber (Lizenzgremium) bestimmt wird» – «und die für den Chefredakteur verbindlich ist, ist eine viel sicherere Gewähr für die Erfüllung der journalistischen Aufgabe als irgendeine in der Luft hängende Verpflichtung an die Öffentlichkeit.»

Während die Journalisten noch glaubten, in letzter Instanz für die geistige Gestaltung – das kann doch nur heissen: für die Bestimmung der «Grundlinie» – ihrer Zeitung zuständig zu sein, wird hier das kompromisslos durchgreifende Hausherrnrecht des Verlegers nicht etwa gefordert, sondern als selbstverständliche Voraussetzung aller publizistischen Arbeit, als eine kraft Naturrecht geltende Norm, konstatiert. Dabei ist bemerkenswert, dass beide ihre Argumente der historischen Situation entnehmen: Der Journalist führt die ihm auferlegte Pflicht ins Feld, vermittels geistig schöpferischer Leistung die öffentliche Meinung nach demokratischen Gesichtspunkten wiederherzustellen – aus dem Nichts also, das der Zusammenbruch zurückliess, den Organismus der staatsbürgerlichen Meinungsbildung neu zu erschaffen: kraftvoller, zielbewusster, hellhöriger und kritischer als er jemals gewesen sei. Der Verleger leitet sein Hausherrnrecht aus dem monopolistisch geltenden Privileg ab, eine Zeitung herauszugeben, und gleicherweise aus dem Auftrag, treuhänderisch für die politische Makellosigkeit des Blattes zu bürgen. Er war der Stärkere, einmal als monopolistischer Beherrscher eines Markts, dann auch, weil ihm seine Treuhandschaft das Recht gab, «seine Redakteure nach freiem Ermessen einzustellen und zu entlassen».

Die zweite These des Lizenzträgers Dr. Betz verdeutlicht, wie sich die unabhängige, im Eigentum der Privilegierten verbleibende Zeitung als Unternehmen durchsetzen wird; indem «sie sich ihre wirtschaftliche Grundlage selbst schafft». Hier ist schon frühzeitig der Weg der Eigenfinanzierung ins Auge gefasst; zumal ja auch die Unternehmensform – in aller Regel die GmbH – die Aufnahme dinglich nicht gesicherter Kredite ausschliesst.

Die dritte These endlich lehnt kategorisch jede «in der Luft hängende Verpflichtung an die Öffentlichkeit ab». Noch steht der Lizenzträger als Treuhänder zwischen Besatzungsmacht und deutscher Öffentlichkeit – in einem Amt von eminent öffentlichem Charakter. Doch schon schlägt er die Brücke hinüber zur marktwirtschaftlichen Zukunft, die nur noch den pressegewerblichen Unternehmer kennen wird.

Aber so rabiate Marktwirtschaftler sind die Verleger nun doch nicht, dass sie den Lizenzierungszwang missen möchten, der ihnen – die vor zwei, drei Jahren tatsächlich mit nichts angefangen haben – ein einzigartiges Privileg unter den deutschen Unternehmern sichert: die staatlich geschützte Monopolstellung, die ihren Markt gegen jegliche Konkurrenz abschirmt.

Die Währungsreform ist schon über die Szene gegangen. Die Stimmen, welche die völlige Marktfreiheit, Aufhebung der Preisbindungen, Beseitigung der Bewirtschaftung fordern, schwellen zu mächtigen Chören an. Das Wirtschaftswunder schützt sein Füllhorn auch über die Presse aus. Die Konkurrenz um den DMark-Kunden zwingt die Warenhäuser, Lichtspieltheater, Markenartikelhersteller in den Inseratenteil. Das Anzeigengeschäft blüht auf und bringt knisternde DMark-Scheine in die Kasse: gutes Geld, das die Erfüllung längst gehegter Wünsche ermöglicht. Die Zeitungen sehen sich in der Lage, «sich ihre wirtschaftliche Grundlage selbst» zu schaf-

fen, aus Eigenmitteln zu bauen, Maschinen zu kaufen, den Autopark zu vergrössern. Freilich, dank dem Walten des freien Wettbewerbs, der endlich wieder beginnt, in seine Rechte einzutreten. Begeisterte Artikel feiern die schöpferische Kraft der Marktwirtschaft. Aber das ist doch kein Grund, sie um den Preis des Lizenzmonopols auch für die Presse zu fordern.

Im Gegenteil.

Der Pressebeirat für die britische Zone, der gleichzeitig mit den entsprechenden Länderbeiräten durch die Verordnung Nr. 108 der Militärregierung (vom 18. Oktober 1947) geschaffen worden war, sprach sich am 23. Oktober 1948 auf einer Sitzung in Bielefeld *verbis expressis* gegen die Absicht aus, den Lizenzierungszwang für Zeitungen und Zeitschriften aufzuheben. Er traf sich in diesem Punkt mit der Auffassung der Engländer, die das Lizenzgeschäft durch jene Verordnung dergestalt an die Deutschen delegiert hatten, dass die Prüfung der Lizenzanträge von den Beiräten und die Lizenzerteilung jeweils von dem zuständigen Landesbeirat gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten vorgenommen werden sollte, während die Besatzungsmacht sich nur das Recht vorbehält, innerhalb einer Frist von dreissig Tagen ihr Veto einzulegen.

So schien alles in bester Ordnung: Die zwölf- bis zwanzigköpfigen Beiräte sollten paritätisch, jedenfalls aber in der Weise zusammengesetzt sein, dass auf die Vertreter der anerkannten Lizenzträgerverbände, der journalistischen Standesorganisationen und der Öffentlichkeit mindestens je ein Viertel der Mitglieder entfiel. Doch sicherlich hatten die Autoren der Verordnung daran gedacht, dass man sich deutscherseits dahin einigen werde, jeder der beteiligten Gruppen annähernd die gleiche Stimmenzahl zuzubilligen.

Die Öffentlichkeit erfuhr praktisch nichts von den Vorgängen, die sich in den Beiräten abspielten. Wenn man aber Gelegenheit fand, mit dem einen oder dem anderen Mitglied einer dieser Ausschüsse zu sprechen, bekam man durchaus den Eindruck, dass der Betreffende davon überzeugt war, dass das System tadellos funktioniere und die Aufrechterhaltung des Lizenzzwangs ihre Legitimation in der politischen Situation finde. Denn, hiess es regelmässig, man könne doch nicht zugeben, dass der «Verkauf von Gift» in die Hände Unberufener gelange, die keiner Kontrolle unterworfen seien.

Umso allgemeiner und grösser war das Erstaunen nicht nur der fachlich, sondern ganz allgemein der politisch Interessierten, als die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen am 23. Dezember 1948 ihre Absicht ankündigte, den beratenden Ausschuss für das Pressewesen aufzulösen, da sich die zahlenmässige Zusammensetzung seiner Mitglieder zugunsten der Lizenzträger verschoben habe.

Dass freilich hinter der unerwarteten Aktion mehr steckte als nur ein Kabinettsbeschluss, erfuhr das Publikum nicht aus der deutschen Presse, sondern erst zwei Wochen später aus der von der amerikanischen Militärregierung herausgegebenen *Neuen Zeitung*.

In Nr. 1 des 5. Jahrgangs vom 5. Januar 1949 brachte die in den drei Westzonen verbreitete, damals noch viel gelesene und einflussreiche Zeitung auf ihrer ersten, den

grossen politischen Ereignissen vorbehaltenen Seite jenen Artikel über die Vorgänge im Pressebeirat des Landes Nordrhein-Westfalen, der eine wahre Sturmflut der Empörung auslöste:

LIZENZ-MONOPOL MISSBRAUCHT

Militärregierung wünscht Neuordnung der Presseräte

Düsseldorf (NZ). – Fast gleichzeitig mit der Ankündigung der amerikanischen Militärregierung, die Lizenzierung von periodischen Druckschriften und Zeitungen in der amerikanischen Zone einzustellen, ist das System der Lizenzierung in der britischen Zone durch einen Präzedenzfall in Frage gestellt worden.

Ende Dezember 1948 – also nach den amerikanischen Erklärungen zu diesem Thema – hat der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, seinen Landespresserat auf Empfehlung des Gouverneurs, General W. H. Bishop, aufgelöst. Diese deutsche Institution, die auf Grund der Verordnung Nr. 108 der britischen Militärregierung vom 18. Oktober 1947 in den Ländern der britischen Zone geschaffen worden war, hatte die Aufgabe, die Lizenzierung von Druck-Erzeugnissen zu prüfen und gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des betreffenden Landes vorzunehmen. Der Militärregierung war nur ein auf dreissig Tage begrenztes Vetorecht gegenüber den deutschen Entscheidungen vorbehalten.

Lizenzen für Ausschuss-Kollegen

Die Praxis hat gezeigt, dass die Arbeit dieser Beratungsausschüsse in der britischen Zone zwar ein wesentliches Recht der Besatzungsmacht auf deutsche Instanzen übertragen, jedoch die Pressefreiheit einer Beschränkung unterworfen hatte, die mit dem demokratischen Prinzip der Unabhängigkeit der Presse nicht zu vereinbaren war. Aus den Presseberatungen wurden mit der Zeit Interessentenvereinigungen, die mehr oder weniger der Versuchung erlagen, das ihnen übertragene Monopol für eigene Zwecke und zur Verhinderung des wettbewerblichen Zuzugs auszunutzen. Während die Verordnung Nr. 108 vorschreibt, dass mindestens ein Viertel der Mitglieder aus Vertretern der Lizenzträger, ein anderer Teil aus Vertretern der Öffentlichkeit bestehen soll, hat sich das Verhältnis dieser Gruppen im Lande Nordrhein-Westfalen so verschoben, dass seit Monaten die *Lizenzträger* mit elf Mitgliedern von zwanzig die absolute Majorität bildeten. Die vertretenden Lizenzträger hatten die Gelegenheit benutzt, ihren nichtprivilegierten Ausschuss-Kollegen gleichfalls Lizenzen zu verschaffen, um dann mit ihnen gemeinsam alle Anträge von Aussenstehenden als lästige Konkurrenz abwehren zu können. Wie aus einer Statistik hervorgeht, erhielten zum Beispiel der Vorsitzende des nordrheinisch-westfälischen Ausschusses, J. Noe (Journalist) zwei Lizenzen, H. Wrietzner (Journalist) zwei Lizenzen, E. Silier (Journalist), drei Lizenzen, D. Oppenberg (Lizenzträger) drei weitere Lizenzen, E. Gross (Lizenzträger) eine weitere Lizenz und Dr. R. Heinen (Lizenzträger) eine Zusatzlizenz. Ausserdem bedachten die Ausschussmitglieder reichlich ihren engeren Freundeskreis.

«Zu sehr privat interessiert»

Gegen diese Verhältnisse war schon seit Monaten von allen Seiten Sturm gelaufen worden. Auch im Ausschuss selbst stellte ein Mitglied auf einer der letzten Sitzungen fest, dass er grosse Bedenken habe, weiter in diesem Ausschuss mitzuwirken, da die Mitglieder des Landespresserats viel zu sehr privat an den Dingen interessiert seien. Der Ministerpräsident, selbst Mitlizenzträger einer CDU-Zeitung, sah sich schliesslich zur Auflösung des Presserats veranlasst, nachdem der Gouverneur ihm in einem Brief geraten hatte, für eine repräsentative Zusammensetzung des Ausschusses im Sinne der Verordnung Nr. 108 zu sorgen. Er hat nun auch die Initiative ergriffen, um von seinem Sonder-

recht, in Notfällen selbst Lizenzen zu erteilen, Gebrauch zu machen und will die abgelehnten Anträge der *Kölnischen Post* und des bekannten Düsseldorfer Verlegers Droste zur Herausgabe einer Gastwirtszeitung persönlich genehmigen.

Ob auch der Zonenpresseausschuss, von dessen zwanzig Mitgliedern inzwischen vierzehn Lizenzträger geworden sind, ein ähnliches Schicksal erleidet, ist noch nicht entschieden. Man will aber, wie von britischer Seite verlautet, auf einer Neuzusammensetzung der Ausschüsse nach der Verordnung 108 bestehen. —

Der Aufruhr der Gefühle nahm freilich eine andere Richtung, als die Autoren des Artikels erwartet haben mochten: nicht etwa gegen den beratenden Presseausschuss des Landes Nordrhein-Westfalen, dessen Mitglieder dem Publikum als die grauen Eminenzen der Lizenzpolitik vorgestellt worden waren, sondern mit einer Wut ohnegleichen gegen die *Neue Zeitung*, das Besatzungsblatt, das die Ehre verantwortungsbewusster deutscher Männer angegriffen hatte.

Nicht nur die Verleger protestierten, auch der Rheinisch-Westfälische Journalistenverband, der seit seiner Gründung von dem Verleger-Journalisten Dr. Friedrich Vogel geführt wurde (Lizenzträger des seit dem 16. Mai 1946 erscheinenden *Handelsblatts* und der erstmals im Januar 1948 herausgegebenen Wochenzeitschrift *Der Betrieb*), erhob nach einer bewegten Mitgliederversammlung seine Stimme zum Einspruch. Verständlicherweise; denn vier der sechs von der *Neuen Zeitung* als Nutznießer der Lizenzierungspraxis genannten Männer waren alte Mitglieder des Journalistenverbandes: der Presseausschuss-Vorsitzende Josef Noe, der freilich der *Rheinischen Post* seit dem Frühjahr 1948 nicht mehr als stellvertretender Chefredakteur, sondern als stellvertretender Verlagsleiter angehörte, Hugo Wrietzner, Mitinhaber des Becker & Wrietzner Verlags, der nach dem Krieg mehrere Jahre die *Rheinisch-Westfälische Wirtschafts- und Industriekartei* und die *Westdeutsche Wirtschaftskorrespondenz* herausgebracht hatte, nun aber seit dem 13. Oktober 1948 den *Industriekurier* herausgab, der als Verkehrs- und Versicherungsfachmann rühmlich bekannte Egon Silier und der Lizenzträger, Verlagsleiter und Chefredakteur der *Kölnischen Rundschau*, Dr. R. Heinen.

Wie sollte der Journalistenverband da nicht protestieren, zumal das Vertrauen der Mitglieder zwei der Betroffenen, Josef Noe und Egon Silier, vor Jahr und Tag sogar in den Vorstand der Standesvertretung berufen und bei jeder Neuwahl bestätigt hatte?

Wie gesagt, das war verständlich. Und umso begreiflicher, da für die schon allzu zahlreichen Journalisten, die sich weder damals noch künftig getrauten, für eine Angleichung ihrer Gehälter an die Progression der Buchdruckerlöhne zu kämpfen, ein beinahe selbstmörderischer Mut vor Fürstenthronen dazu gehörte, Kritik gerade an denjenigen Prominenten der Verlegerhierarchie zu üben, die ein gewichtiges Wort bei der Vergabe der Redaktionsstellungen mitzureden hatten. Ganz davon abgesehen, dass es doch wohl in keiner Weise bedenklich war, wenn etwa der stellvertretende Verlagsleiter der *Rheinischen Post* die Doppellizenz für die *Abz*, eine (seit dem 16. Oktober

1948) selbständig und als Zeitungsbeilage erscheinende *Illustrierte* und der Verlagsleiter der *Rheinischen Post* die Lizenz für die (seit dem 23. Oktober 1948) als Zeitschrift des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler herausgegebene *Eisenwaren-Zeitung* erhalten hatte: Die eine wie die andere mussten sich im Wettbewerb mit schon bestehenden Organen durchsetzen, und schliesslich war nicht zu übersehen, dass sie ein paar Kollegen wieder in Lohn und Brot brachten.

Wenn man zum Schluss noch bedachte, dass der Düsseldorfer Vertreter der *Neuen Zeitung*, obwohl er mit der Attacke der Münchner Redaktion nicht das mindeste zu tun gehabt, weder die Meldung verfasst noch das Material zu dem Angriff auf den Presseausschuss geliefert, sondern ebenso überrascht wie jeder andere Kollege am Morgen des 5. Januar 1949 den als schamlos verschrienen Artikel gelesen hatte, dass also dieser Mann von einem in jeder Hinsicht hervorragenden Verleger-Journalisten zu hören bekam: es sei Vorsorge getroffen, dass er nie mehr ein Wort bei einer deutschen Zeitung loswerden könne, dann kam man doch zu dem Ergebnis, dass es klug, um nicht zu sagen, ein Akt der Selbsterhaltung gewesen war, nicht nur zu schweigen, sondern lauthals zu protestieren.

Zu alledem kam, dass zweifellos das Recht auf Seiten der attackierten Ausschüsse war. Denn wenn Verleger-Journalisten, Lizenzträger also, Mitglieder der anerkannten Journalisten-Verbände sein und sogar ihren Vorständen angehören konnten, wer wollte da den Führungsgremien der journalistischen Standesvertretungen das Recht streitig machen, diese ihre prominentesten Mitglieder für die Lizenzausschüsse zu delegieren? Als Vertreter der journalistischen Interessen natürlich. Wer wollte es dem Journalisten verwehren, der unbeschwert von jedem Verlegerinteresse in den Pressebeirat eingezogen war und erst dann eine Lizenz erhalten hatte, auf der Bank seiner alten Kollegen sitzen zu bleiben? Formaljuristisch war das alles in Ordnung: ein unangreifbarer Trick, um die materiellen Belange der Lizenzträger zur einzigen Norm der Lizenzvergebung zu machen. Bis die Engländer kamen und mit dem Holzhammer zuschlugen und die Amerikaner, die die Affäre auch noch an die grosse Glocke hängten.

Freilich, nicht alle Deutschen waren den Grundsätzen der Lizenzpolitik und der Praxis ihrer Handhabung so aufrichtig und von Herzen zugetan wie die Zeitungsleute in Nordrhein-Westfalen. Schon Ende 1948 hatte Thomas Dehler in der *Freien Deutschen Presse*, Bayerische Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kommunales und Kultur, geschrieben: «Das Schicksal der deutschen Demokratie wird weitgehend von der Güte ihrer Presse abhängen. Sie wurde durch ein System der Lizenzierung geschaffen, das für den Übergang und für Monate sinnvoll war, durch die Weiterführung aber zu einem schwer erträglichen, notwendig schädlichen Monopol der mehr oder minder zufällig Privilegierten wurde, deren hauptsächliches Bestreben es nun ist, ihre Position zu behaupten und auszubauen ... Wird der Lizenzierungszwang durch die Besatzungsmacht aufgehoben, dann haben sich die bisher Begünstigten so breit ins Nest gesetzt, dass kein anderer mehr Platz haben wird. Von einer wirklichen Freiheit und

der Möglichkeit des Wettbewerbs der Presse wird nur schwerlich die Rede sein können.»

So verhielt es sich in der Tat. Als die Journalisten unter den Spätheimkehrern, etwa seit 1947, den Stacheldraht der Gefangenenlager hinter sich gelassen hatten, fanden sie eine Klondyke-Stimmung von flackernder Vitalität daheim vor: Männer, die klug genug gewesen waren, den Krieg in UK-Stellungen zu überstehen, ohne sich politisch zu kompromittieren, alte Politicos, die ein paar Monate bei den Nazis in Haft gesessen hatten oder die mindestens eine Vergangenheit als Arbeitersekretär nachweisen konnten, smarte Anwälte, die den hakenkreuzgezierten Rechtswahrer-Aufdruck im Kopf ihrer Briefbogen überdruckt hatten, hellhörige Geschäftsleute, kleine Geschäftemacher und biedere Handwerker hatten sich aufgemacht, das Gold aus dem Flussbett des trübe rinnenden Geschehens zu waschen. Sie brachten faustgrosse Nuggets heim, Zeitungsauflagen, die jäh in die Hunderttausende sprangen. Man kann nicht einmal sagen, es wäre gefährlich gewesen, ihre Kreise zu stören. Man konnte sie einfach nicht stören. Sie hielten zusammen und sie besaßen ein schlechthin totales Monopol. Sie kontrollierten nicht nur die Lizenzpresse und die Erteilung neuer Lizenzen, die öffentliche Meinung und bis zu einem gewissen Grad die Parteien, sondern – vielfach sogar in Personalunion – als Vertrauensleute sowohl der berufsständisch organisierten Journalisten wie der Verleger auch die Fragebogen derjenigen, die, um überhaupt wieder arbeiten zu können, um Aufnahme in ihren Berufsverband nachsuchten. Ihre Herrschaft war so absolut, wie nicht einmal das Regiment des Reichsverbandes der Deutschen Presse und der aufgeklärte Despotismus nationalsozialistischer Verlagsleiter gewesen war, und sie verstanden es so trefflich, ihre Macht zu nutzen, dass Helmut Cron sich veranlasst sah, rückblickend auf das erste Jahr des Deutschen Journalistenverbandes, Anfang 1951 zu sagen: «Man halte uns Journalisten nicht für unbescheiden, wenn wir es als einen Vertrauensverlust der gesamten Presse ansehen, dass Lizenzdilettanten mit Hilfe ihres politischen Papiers nach wenigen Jahren zu grossen Privatvermögen gekommen sind. Diese Art der Kommerzialisierung unseres Berufes ist das Traurigste, was es in der deutschen Presse gegeben hat.»

Die verklärende Heilkraft der Zeit hat uns freilich vergessen lassen, was es an Traurigem und Traurigstem in der deutschen Presse gegeben hat, und hat aus den skandalumwitterten Geschäftsleuten von gestern die Helden des publizistischen Wiederaufbaus gemacht. Aber ein Gutes hat die Überspitzung der Lizenzierungspraxis, die schliesslich zur Auflösung des nordrhein-westfälischen Pressebeirats geführt hatte, doch wohl gehabt. Sie hat den historisch notwendigen Prozess der Rückkehr zur Pressefreiheit wahrscheinlich beschleunigt.

In der britischen Zone sah es zunächst zwar so aus, als sollte das System des Lizenzzwanges auch nach dem Willen der Besatzungsmacht unangefochten weiter dauern. Aber schon die Zusammensetzung des Presseausschusses in NordrheinWestfalen – zehn Vertreter der Öffentlichkeit und je fünf Verleger und Journalisten –, der am

15. März 1949 neugebildet und dem Vorsitz des Lizenzträgers und Chefredakteurs der *Kölnischen Rundschau* Dr. Reinhold Keinen, unterstellt worden war, liess den Beobachter aufmerken. Nicht etwa, dass am Horizont die faustgrosse Wolke aufgezogen wäre, die das Herannahen des Sturmes anzeigte. Nur dass eben ein Luftzug sich regte, der zum reinigenden Wind anschwellen könnte. Und in der Tat, der Beschluss des Pressebeirats der britischen Zone vom 24. April 1949, den Zeitungen das tägliche Erscheinen zu empfehlen, der sowohl im öffentlichen wie im Interesse der Journalisten lag – da eine Zeitung ihrer Chronistenpflicht ja nur genügen kann, wenn sie mit den Ereignissen Schritt hält –, legte die Vermutung nahe, dass der Interessenstandpunkt der Verleger sich nicht mehr mit der gleichen Ausschliesslichkeit durchzusetzen vermöchte wie bisher. Die Verleger indessen gaben nur zögernd und höchstens ein Schrittmchen nach. Sie kalkulierten ganz richtig: So stark würde der Anzeigenanfall, sicherlich aber der Bezugspreis, nicht gesteigert werden können, dass die Mehreinnahme den höheren Aufwand an Papier-, Druck- und allgemeinen Betriebskosten ausgleichen könnte, der beim Übergang vom wöchentlich drei- bis viermaligen zum sechsmaligen Erscheinen nicht zu vermeiden war. Drei- oder höchstens viermal in der Woche, das war in jedem Fall das bessere Geschäft: Am 14. Juni 1949 beschloss der Nordwestdeutsche Zeitungsverlegerverein, frühestens am 1. September zum täglichen Erscheinen überzugehen. Mochten die Redakteure zusehen, wie sie ihren Textraum gegen das Wachstum der Inseratenplantagen verteidigten; sollte der Chefredakteur eines Blatts mit einem oder zwei Dutzend Nebenausgaben sich damit abfinden, seine Arbeitskraft auf die Sisyphusarbeit zu verwenden, jedem Ressort – ausser der Politik – in jeder Ausgabe seinen Platz abzugrenzen und die Verteilungspläne von Stunde zu Stunde wieder umzustossen, wenn der Leiter der Inseratenabteilung ein Mehr in dieser oder ein Weniger in jener Ausgabe meldete. Ohnehin würden die Journalisten sich in der hohen Kunst, etwas ins Blatt zu bringen, eher noch verfeinern müssen. Denn da das Papier teuer war, die Zuteilung an jede Ausgabe also limitiert wurde, die Inserate aber auf jeden Fall mitgenommen werden mussten, blieb es auch nach dem täglichen Erscheinen beim Kampf der Redaktion um ihren Textteil. Nur fand er jetzt täglich statt und umso erbitterter, da der geschäftskluge Verlagsleiter genau errechnen konnte, wie hoch die mit bewegten Worten beim Publikum erflachte Einsicht in die zeitbedingte Notwendigkeit der Textverknappung zu Buch schlug: eine Einsparung von zwei oder drei Blatt gleich namentlich bei grossen Zeitungen die Steigerung des Papierpreises nicht nur aus, sondern liess noch einen hübschen Gewinn in der Kasse.

Während noch um die Frage des täglichen Erscheinens gerungen wurde und die Lizenzträger der westdeutschen Tagespresse jede Handbreit des Bodens verteidigten, auf dem trotz hoher Papierpreise das Zeitungsgeschäft unter der Sonne des Wirtschaftswunders prächtig gedieh – bis auf die wenigen Fälle, in denen verlegerische Unfähigkeit, politische Intrige oder das Handikap einer zu kleinen Anfangsausgabe das Unternehmen zu Fall gebracht hatte –, kündigte sich im amerikanischen Besatzungsgebiet ein grundsätzlicher Wandel der Dinge an.

Obwohl Oberst Textor, der Leiter der Informationsabteilung der amerikanischen Militärregierung, erst im Januar 1949 die Hoffnung aller derjenigen in ihre Schranken zurückgewiesen hatte, die damit rechneten, dass die Einführung der Gewerbefreiheit auch der Presse zugutekommen, d.h. zum automatischen Abbau des Lizenzzwanges führen werde, konnte er schon dreieinhalb Monate später, am 4. Mai, die Generallizenz Nr. 3 verkünden. Diese Verlautbarung gab, ganz im Sinne jeder Gewerbefreiheit, die nach dem feierlich bekundeten Willen der Besatzungsmacht grundsätzlich herrschen sollte, jedem Einwohner der amerikanischen Zone – mit Ausnahme des amerikanischen Sektors von Berlin – das Recht, «Zeitungen, Zeitschriften, periodisch erscheinende Druck-Erzeugnisse, Bücher und Broschüren zu verlegen sowie Plakate, Noten und andere gedruckte und sonstwie mechanisch hergestellte Veröffentlichungen herauszugeben». Vorausgesetzt allerdings, dass in dem Land, in dem der verlegerisch Interessierte tätig werden wollte, ein von den Amerikanern genehmigtes Pressegesetz in Kraft gesetzt worden war.

Den Reigen eröffnete das Land Württemberg-Baden, wo das schon im März verabschiedete Pressegesetz am 23. Mai 1949 in Kraft treten konnte. Als erste Heimatzeitung erschien am 2. Juni die *Leonberger Kreiszeitung*, bis zum 11. Juni gab es bereits sechzehn Heimatzeitungen mit Auflagen von ein- bis viertausend Exemplaren: Sie hatten sich sogleich zur «Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Heimatzeitungen GmbH» zusammengeschlossen, die von der Stuttgarter Zentralredaktion aus die Mitglieder mit Matern belieferte. Als zweites Land trat Hessen (22. Juli), als drittes Bayern (22. August) in die Ära der Pressefreiheit ein: Bayern, nachdem auf Verlangen der Militärregierung Artikel 5, Absatz 2 des Pressegesetzes gestrichen worden war, wonach der verantwortliche Schriftleiter einer Publikation seinen Wohnsitz in Bayern haben und mindestens fünfundzwanzig Jahre alt sein musste.

Eigentlich hätte nun die amerikanische Besatzungsclaque Bremen zum Zuge kommen müssen. Das Pressegesetz, das die Bürgerschaft am 25. August verabschiedet hatte, wurde jedoch von der Militärregierung zurückgewiesen, da sein Artikel 4 erstaunlicherweise forderte, dass die Bestimmungen des Reichspressegesetzes in Geltung bleiben oder vielmehr: wieder in Kraft treten sollten. Mindestens ebenso erstaunlich aber war das Überleitungsgesetz, das der niedersächsische Landtag mit 68:64 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen im Interesse der Lizenzpresse am nämlichen Tage beschloss, an dem die Bremer Bürgerschaft versucht hatte, den Geist der nationalsozialistischen Pressepolitik mit den Prinzipien der Pressefreiheit auszusöhnen: Es sah nämlich vor, die Lizenzpresse vor übertriebenen Forderungen der Druckereien zu schützen und die Verlängerung der für die Lizenzträger günstigen Druckverträge bis zu zwei Jahren zu ermöglichen.

Vier Wochen später ging die Epoche des Lizenzzwanges zu Ende: Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Am gleichen Tage unterzeichneten die Hohen Kommissare sechs Gesetze, von denen

vier aus Gründen der Dringlichkeit sogleich nach ihrer Veröffentlichung im amtlichen Verordnungsblatt der Alliierten, die beiden anderen, wie es der Regel entsprach, erst fünf Tage später in Kraft treten sollten. Das wichtigste der vier privilegierten Gesetze war das alliierte Presse-, Rundfunk- und Publikationsgesetz, das den Lizenzierungszwang in allen drei Zonen abschaffte. Soweit die deutsche Presse weder das Ansehen noch die Sicherheit der alliierten Besatzungsmächte gefährdete, sollte sie alle Freiheit genießen, die ihr das Grundgesetz der Bundesrepublik zugestanden hatte.

Doch wer nun etwa erwartet hatte, am x-Tag der nach endlosen sechzehn Jahren wiedergewonnenen Pressefreiheit werde ein neues Pressewunder geschehen, sah sich enttäuscht: der eine angenehm, der andere bitter enttäuscht.

Das Wunder war bereits geschehen; es wiederholte sich nicht, doch seine Kraft wirkte zugunsten derjenigen fort, in deren Händen es sich materialisiert hatte.

Dehler hatte recht gehabt: Als der Lizenzierungszwang, den die Besatzungsmacht uns zudiktiert hatte, den die «mehr oder minder zufällig Privilegierten» dann freilich als eine staatspolitische Notwendigkeit und als ein heiliges Recht verteidigt hatten, von der Besatzungsmacht wieder aufgehoben worden war, hatten «sich die bisher Begünstigten so breit ins Nest gesetzt, dass kein anderer mehr Platz» darin fand.

KEINE TRIUMPHALE RÜCKKEHR DER HEIMATPRESSE

Die Lizenzpresse hatte keinen Grund gehabt, den Tag zu fürchten, der jedermann das Recht gab, eine Zeitung zu gründen. Sie hatte die zwei, drei Jahre vor der Währungsreform nutzen können, um unbehelligt von jeder unerwünschten Konkurrenz sich einen Leserstamm zu schaffen, der nicht vergass, dass es damals gar nicht so leicht gewesen war, zum Bezug dieses bezugsscheinfreien, zum Leben aber absolut notwendigen Sachwerts zugelassen zu werden; sie hatte ihren Titel zu einem Begriff gemacht – die Lizenzzeitung war und blieb für die Mehrzahl der Leser eben «die» Zeitung; sie hatte sich die fähigsten Journalisten gesichert; sie hatte einen neuen Typus der Zeitung, das «grosse», über den Heimatbereich hinausgreifende Blatt entwickelt, das den Männern, die im Kriege Norwegen und Griechenland, Russland, Frankreich, Italien und Afrika gesehen hatten, mehr zu sagen hatte als die Lokalblätter von gestern und vorgestern. Sie hatte ihren Besitzstand dann in dem Jahr der Schonzeit, das ihr ein gütiges Geschick nach der Währungsreform geschenkt hatte, zu konsolidieren vermocht: Ihren Redaktionen standen die notwendigen Nachrichtenmittel, Telefone und Fernschreiber, deutsche und ausländische Pressekorrespondenzen, Berichte eigener Korrespondenten, das Material der eigenen und fremden Bildreporter zur Verfügung. Einige hatten auch schon angefangen, Setzmaschinen und Rotationsmaschinen zu erwerben, mit deren Hilfe ein Teil der Nebenausgaben draussen in der Provinz gedruckt wurde. Andere hatten gebaut, zunächst nur, um Redaktion und Verlag unter dem ei-

genen Dach zu haben; aber es gab auch schon solche, die daran denken konnten, eigene Druckereien zu errichten oder, was meist noch vorteilhafter war, Baulichkeiten aus dem Bestand der beschlagnahmten Pressebauten des Dritten Reichs zu erwerben. Kurzum, die Lizenzpresse war auf dem fetten Boden des Monopols zu einer publizistischen und wirtschaftlichen Macht herangereift, die durch die Rückkehr der schon von Goebbels unterdrückten und seither nicht mehr zugelassenen Heimatpresse nicht zu erschüttern war.

Verdeutlichen wir uns in Zahlen, wie die Dinge seit dem Zusammenbruch verlaufen sind, so erhalten wir das folgende Bild: Ungerechnet die Nebenausgaben oder Kopfblätter gab es in der ersten Hälfte des Jahres 1947 in den drei westlichen Besatzungszonen 113, in West-Berlin 7 und im Saargebiet 5 lizenzierte Zeitungen; bis zur ersten Hälfte des Jahres 1949 stieg ihre Zahl in Westdeutschland auf 137, in West-Berlin auf 8 und im Saargebiet auf 6 – wobei es sich, wie gesagt, immer nur um Hauptausgaben handelte. Soviel über die zahlenmässige Entwicklung der Lizenzpresse.

Was seither, will sagen: nach der Aufhebung des Lizenzierungszwanges, geschehen ist, ergibt sich auf den ersten Blick aus den Angaben des Instituts für Publizistik der Freien Universität Berlin (im Handbuch *Die Deutsche Presse 1956*), wonach etwa um die Mitte des Jahres 1955 im Bundesgebiet 675 Hauptausgaben mit 757 Bezirksausgaben, in West-Berlin 15 Hauptausgaben mit 17 Bezirksausgaben erschienen.

Die Progression 113 – 137 – 675 vermittelt uns einen vorläufigen Eindruck vom Wachstum der westdeutschen Presse. Fügen wir hinzu, dass die 774 in der Bundesrepublik und West-Berlin erscheinenden Nebenausgaben sich auf nur 183 Hauptausgaben verteilen, dass also 507 Blätter oder 73,4 Prozent aller Zeitungen im Jahre 1955 ohne Nebenausgaben, dagegen 26,6 Prozent unserer Zeitungen in 2 bis 37 Ausgaben erscheinen, so differenziert sich dieser Eindruck noch ein wenig; aber doch bei Weitem nicht genug, um uns die Situation der Presse klar vor Augen zu stellen.

Es verhält sich ja keineswegs so, dass die Hauptausgaben, die in der stolzen Zahl von 690 Titeln auftreten, nun alle selbständig arbeitende Zeitungen wären. Schon gleich als im Sommer 1949 die ersten lizenzfreien Heimatzeitungen den Bürgern und Bauern im Kinzigtal und im Wasgau, im Illertal und auf der Badischen Hardt, in Leonberg, Bietigheim, Oggersheim usw. unter die Haustür geschoben wurden, schlossen die Verleger sich zur «Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Heimatzeitungen» zusammen, deren Stuttgarter Gemeinschaftsredaktion die Mitglieder mit Matern versorgte. Heute bestehen in Stuttgart drei Zeitungsringe: Der «Südwestdeutsche Zeitungsverband GmbH» versorgt 17 zum Teil ganz stattliche Zeitungen, die über eine Gesamtauflage von 115'000 Exemplaren verfügen, mit Seitenmatern für Politik, Wirtschaft, Feuilleton, Sport, Unterhaltung und Beilagen mit Abteilung für gemeinsame Kleinanzeigen. Die 34 Heimatzeitungen mit einer Gesamtauflage von 78'000 Exemplaren, die der «Zentralredaktion Süddeutsche Heimatzeitungen GmbH» angeschlossen sind, bekommen täglich das gematerte Nachrichtenmaterial und, ebenfalls gematert, die

vierseitige Sonntagsbeilage ins Haus geschickt. Und schliesslich gibt es da noch den «Ring Württembergischer Heimatzeitungen GmbH», der für 16 Blätter (Gesamtauflage 54'800) das Geschäft der Anzeigenannahme und -Verwaltung ausübt.

Das nur als Beispiel.

Insgesamt zählen wir heute, wie Professor Dovifat im Handbuch *Die Deutsche Presse 1956* berichtet, «im Gebiet der Bundesrepublik 62 Zeitungsgemeinschaften, denen insgesamt 726 Zeitungen angeschlossen sind. Sie haben eine Gesamtauflage von 4,6 Millionen, also etwa 28 Prozent der deutschen Gesamtauflage. Von diesen Zeitungsringen sind 28 Redaktionsgemeinschaften, 20 Anzeigenringe; 14 Unternehmen dienen beiden Aufgaben. Von den errechneten 42 Redaktionsgemeinschaften versenden 34 Matern.»

An einer anderen Stelle des Handbuchs heisst es, dass den 42 Redaktionsgemeinschaften 445 Zeitungen (Haupt- und Bezirksausgaben) mit einer Auflage von 2,8 Millionen angeschlossen sind. Da die Gesamtzahl der westdeutschen und West-Berliner Zeitungen – wieder Haupt- und Nebenausgaben – 1'464 und ihre bekanntgegebene Auflage 16,1 Millionen beträgt, bedeutet das, dass 30,4 Prozent aller Tageszeitungen und 17,5 Prozent der Gesamtauflage zur Kategorie der Blätter gehören, denen nicht nur die Nachrichten, sondern auch ihre politische Meinung, ihre Stellungnahme zu den kulturellen Ereignissen und ihre erbaulichen Beiträge zur Feier der kirchlichen Festtage fertig gematert auf den Umbruchtisch geliefert werden. Gleichzeitig erklären diese Angaben, wie es möglich war, dass die Mitarbeiter des Instituts für Publizistik an der Universität Münster für die Stichtage 4. bis 7. Dezember 1954 unter allen westdeutschen Blättern nur 225 Zeitungen auszählten, die «in ihren wesentlichen Teilen publizistisch selbständig gestaltet» waren.

Mit anderen Worten: Die sieghafte Rückkehr der Heimatzeitungen hat nicht stattgefunden – wenigstens nicht in dem Sinne, in dem sie die einen erhofft, die anderen gefürchtet hatten. Die grosse Masse der Blätter, die im Zeichen der Pressefreiheit neu oder wieder gegründet werden konnten, verdankt ihr Fortbestehen nur der in weiser Erkenntnis der Marktlage geübten Selbstbescheidung, die ihr den Verzicht auf die redaktionelle Eigenarbeit, vielfach auch auf das in eigener Regie betriebene Anzeigen-geschäft oder auf das eine wie auf das andere nahelegte. Die Mehrzahl der Heimatzeitungen, oder vielmehr ihrer Verlage, ist also geblieben, was sie schon früher waren: bescheidene Druckereien, die allenfalls einen Lokalredakteur beschäftigen, der mit Hilfe der eingesessenen Intellektuellen – des Lehrers, des Buchhändlers, des Amtschreibers und des fotografierenden Drogisten – und ausgestattet mit einem Etat, der ihm die Zahlung eines Zeilenhonorars von drei bis fünf Pfennig ermöglicht, die lokale Seite herstellt.

Recht besehen lassen die Zahlen der verschiedenen statistischen Reihen kaum mehr als die Deutung zu, dass die Anzahl der grossen, in redaktioneller Eigenarbeit gestalteten Blätter seit der Währungsreform nur relativ wenig, jedenfalls um weniger als hundert Titel gewachsen ist. Die Zahl der Neugründungen ist allerdings grösser;

dafür sind einige Lizenzzeitungen verschwunden, und ein paar Blätter, die in der Ära der Pressefreiheit entstanden sind, haben ihr Erscheinen eingestellt oder sind in anderen Zeitungen aufgegangen. Der grösste Teil der schon frühzeitig zur Marktbeherrschung gelangten Lizenzzeitungen – in der britischen Zone namentlich die den beiden Massenparteien nahestehenden Organe, in der amerikanischen und der französischen Zone vorzugsweise die überparteilichen Blätter – hat sich gut zu behaupten vermocht. Ihnen hat sich eine Reihe von Neugründungen hinzugesellt – Boulevardzeitungen, Blätter vom General- und Stadtanzeigertypus, überparteiliche Zeitungen -, die neben den im Schutz des Lizenzmonopols entstandenen Zeitungen ihr gutes Auskommen finden.

Alles in allem kann man sagen, dass nicht so sehr die im Zeichen der Pressefreiheit erfolgten Neugründungen, als vielmehr das Fortbestehen der wirtschaftsstarke Monopolzeitungen unserer Pressesituation das charakteristische Gepräge geben. Die Neigung zur Machtkonzentration in den Händen weniger, der Hausherrnstandpunkt der Verleger, die innerbetriebliche Gewichtsverschiebung, die der früher gar nicht so selten erreichten oder doch mindestens ernsthaft erstrebten Partnerschaft zwischen Verlag und Redaktion ein Ende gesetzt hat – «Ist der Chefredakteur anderer Meinung (als der Verleger)», schrieb Dr. Betz schon 1947, «dann steht ihm der Wechsel zu einer ihm besser passenden Zeitung frei» -, die Abwertung der geistigen Leistung, entsprechend der von Helmut Cron beklagten «Kommerzialisierung» des publizistischen Berufs, und die damit zusammenhängende Überbewertung des Anzeigengeschäfts, scheinbar legitimiert durch die Notwendigkeit, Mittel zum technischen Ausbau der ehemaligen Lizenzverlage zu beschaffen, die gleichzeitige soziale Herabminderung und der publizistische Prestigeverlust des journalistischen Berufs – das alles sind Momente, die aus der guten alten Zeit des Lizenzmonopols in die Ara der Pressefreiheit übernommen wurden. Sie sind das Erbe, an dem die alten wie die neuen Presselords, die Treuhänder, die ihr politisches Amt in Eigentum umwandelten, die Wiederbeleber publizistischer Familientraditionen und die newcomers unter den Zeitungsverlegern, bereitwillig partizipieren.

Professor Dovifat, der Altmeister der Zeitungswissenschaft, bestreitet freilich den tragenden Teil unserer These: die Konzentrationsneigung, die, je länger, desto spürbarer, das Wirtschaftsbild der deutschen Publizistik kennzeichnet. In diesem Punkt wird man ihm nicht folgen können. Schon der Umstand, dass es Zeitungen mit zwei, drei Dutzend Nebenausgaben gibt, volkstümliche Blätter, die sich an eine räumlich so weit gestreute, sozial und wirtschaftlich so verschieden geartete Leserschaft wenden, wie es Bauern und Industriearbeiter, Erzeuger und Verbraucher, Hausbesitzer und Mieter, Industrielle und Handwerker nur sein können, spricht gegen seine Auffassung. Noch entschiedener aber argumentiert gegen seine allzu kategorisch vertretene Meinung die schlichte Tatsache, dass zwanzig grosse Tageszeitungen, die von 14 Verlagen oder Verlagsgruppen herausgegeben werden – eine solche Verlagsgruppe wird beispielsweise durch die Süddeutscher Verlag GmbH (*Süddeutsche Zeitung*) und der

KONZENTRATIONS-NEIGUNG

Konzentration im Zeitungsgewerbe Stand 1955

	Auflage	Anzeigenpreis je Seite DM
1. <i>Bild-Zeitung</i>	2 456 000»	-
2. <i>Hamburger Abendblatt</i>	504 9082	9 957,20
	sa: 436 323	sa: 14196
5. <i>Die Welt</i>	198 358'	12 312
Bereich Axel Springer.....	2 939 266	-
4. <i>Berliner Morgenpost</i>	212 356	6 442,80
5. <i>BZ</i>	240 000	4 187,50
Bereich Ullstein AG.....	452 356	-
6. <i>Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)</i>	358 538	15 260
7. <i>Hessische Nachrichten</i>	81 097	1 794
Bereich WAZ.....	439 635	-
8. <i>Süddeutsche Zeitung</i>	205 415	9 300
9. <i>Abendzeitung</i>	86 035	5 069
Bereich Süddeutsche Zeitung ⁴	291 450	-
10. <i>Frankfurter Neue Presse</i>	119 025	5 200
11. <i>Frankfurter Nachtausgabe</i>	115 280	3 744
Bereich Neue Presse	234 305	-
12. <i>Neue Ruhrzeitung</i>	259 000	-
15. <i>Westfälische Rundschau</i>	248 695	17 250
14. <i>Hamburger Morgenpost</i>	239 525	3 567
15. <i>Rheinische Post</i>	219 053	12 655,60
		Neb.-Ausg. 2 520
16. <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> .	166 000	
	sa: 210 900	7 280
17. <i>Münchener Merkur</i>	164 154	-
18. <i>Kölnische Rundschau</i>	156 046	6 909
		Neb.-Ausg. 4 441,50
19. <i>Kölner Stadtanzeiger</i>	145 440	4 536
		sa: 5 292
20. <i>Stuttgarter Zeitung</i>	132 201	4 459
Zusammen	6 085 104	—

¹ 1956: 2,9 Mill. ⁵ 1956: 370 000

['] 1956: 230000

Verlag *Die Abendzeitung* GmbH gebildet, da die Gesellschafter der letzteren gleichzeitig Gesellschafter und leitende Angestellte der ersteren sind – nach dem Stand von 1955 nicht weniger als eine Gesamtauflage von 5,85 Millionen Exemplaren vertreten. Da wir im Gebiete der Bundesrepublik und West-Berlins 690 Hauptausgaben und eine errechnete Gesamtauflage von 17,3 Millionen Exemplaren besitzen, bedeutet das, dass 2,9 Prozent der als Hauptausgaben erscheinenden Zeitungen 35,2 Prozent der Gesamtauflage unserer Tageszeitungen repräsentieren. Wenn angesichts dieser Zahlen die Tatsache der Konzentration in Abrede gestellt wird, kann leicht der Eindruck entstehen, dass hier ein Spiel mit Worten getrieben wird.

Eins allerdings wird man dem Ordentlichen Professor der Publizistik an der Freien Universität Berlin einräumen müssen: eine Konzentration von der Art und der Reichweite, wie sie das publizistische Imperium Plugenbergs darstellte, gibt es nicht mehr. Dafür fehlen weniger die wirtschaftlichen als die politischen Voraussetzungen: die echte, in der Atmosphäre einer politischen Tradition lebende Hauptstadt, der Zentralismus der Reichspolitik, die aggressive Staatsfeindlichkeit einer an Wirtschaftsmacht alles überragenden Gruppe, die, von politischer Vitalität geladen, täglich in den Ablauf des öffentlichen Geschehens einzugreifen trachtete, vor allem aber der Mann, der hervorragende Organisator, verbissene Kämpfer und listenreiche Intrigant, dem es in erster Linie um den politischen Erfolg und dann wieder um den Erfolg seiner politischen Ideen und erst zuletzt um den geschäftlichen Gewinn ging.

Dergleichen also gibt es nicht mehr. Die Konzentrationsneigung verteilt sich heute – beides ein Ausdruck der Provinzialisierung unseres Daseins – auf eine Reihe überwiegend geschäftlich interessierter Persönlichkeiten und eine Anzahl publizistischer Emporien, die jedes für sich geringere Bedeutung besitzen als Berlin, aber einen höheren Rang einnehmen als vor 1933 die Erscheinungsorte der «grossen» Provinzpresse.

DIE HAMBURGER ZEITUNGLORDS

An der Spitze der westdeutschen Pressestädte und auch weit vor Berlin steht dank einer wahrhaft spektakulären Entwicklung seit einigen Jahren Hamburg, das mit seinen reichlich 1,76 Millionen Einwohnern zwar bei Weitem die grösste Stadt der Bundesrepublik ist – fast doppelt so volkreich wie das an zweiter Stelle stehende München –, aber früher doch nie zu den Städten gerechnet wurde, deren intellektuelles Klima und politisches Interesse dem Gedeihen der Presse sonderlich zuträglich waren.

Die Zahlen des Berliner Instituts für Publizistik vermitteln in der Tat ein staunenerregendes Bild: an den 2'593 Tageszeitungen, die 1932 in einer Auflage von 22,499 Millionen Exemplaren im Gebiet der heutigen Bundesrepublik und West-Berlins erschienen, war Hamburg mit 41 Blättern und 900'000 Exemplaren, Berlin mit 110 Zei-

tungen und 6 Millionen Exemplaren beteiligt. Der Leserschaft Westdeutschlands und West-Berlins standen 1955 bloss noch 1'464 Zeitungen mit 17'345'300 Exemplaren zur Verfügung. An dieser Masse partizipierte Hamburg mit 33 Zeitungen und einer Gesamtauflage von 3'689'000 Stück, West-Berlin nurmehr mit 32 Blättern, die es auf insgesamt 1'443'400 Exemplare brachten. Oder um es noch deutlicher zu sagen: Hamburgs Anteil an der Gesamtauflage der Tageszeitungen diesseits des Eisernen Vorhangs ist von 4 Prozent im Jahre 1932 auf 21,3 Prozent im Jahre 1955 emporgeschwollen; der Anteil Berlins dagegen ist von 26,7 Prozent auf 8,3 Prozent abgestürzt. In Hamburg entfielen 1955 auf 100 Haushaltungen 519, in Berlin nur noch 145 Zei-

In Hamburg erscheinende Blätter

Auflage ¹ <i>Bild-Zeitung</i> ²	2436'000
<i>Hamburger Abendblatt</i> ²	304 908
<i>Die Welt</i> ²	198 358
<i>Hamburger Anzeiger</i>	52'371
<i>Hamburger Echo</i>	63'218
<i>Hamburger Morgenpost</i>	239'525
<i>Norddeutsche Nachrichten</i>	17'185
<i>Hamburger Mittag</i>	6'000
<i>Bergedorfer Zeitung</i>	11'000
<i>Billstedter Anzeiger</i>	6'000
<i>Bramfelder Lokalanzeiger</i>	10'000
<i>Eimsbütteler Lokal-Anzeiger</i>	10'000
<i>Harburger Anzeiger und Nachrichten</i>	19'000
<i>Rahlstedter Brücke</i>	5'800
<i>Wandsbeker Post</i>	10'000
<i>Wandsbeker Zeitung</i>	10'000
<i>Wilhelmsburger Zeitung</i>	3'500

Tageszeitungen zusammen 3 402 863

<i>Bild am Sonntag</i> ²	700000
<i>Welt am Sonntag</i> ²	404'248
<i>Das neue Blatt</i> ²	264'986
<i>Die Zeit</i> ³	65'021
<i>Der Spiegel</i> ⁴	230'000
<i>Sonntagsblatt</i>	69 150
<i>Das Parlament</i>	30 000
<i>Die andere Zeitung</i>	-
<i>Hör zu</i> ²	2'550'528
<i>Der Stern</i> ³	844 234

Wochenblätter mehr als 5 155 967

<i>Constanze</i> ⁵	582445
<i>Film und Frau</i>	341500
<i>Kristall</i> ²²	595 375
<i>Star-Revue</i> ⁴	121901

Vierzehntätig erscheinende Blätter 1 441 221

¹ Auflage nach dem Stand von 1955

² Axel Springer-Verlage

³ Verlage, bei denen Dr. Gerd Bucerius dominiert

⁴ Spiegel-Verlag

⁵ Gehört zu V3 A. Springer, zu 2/3 einem Spiegel-Gesellschafter

tungen eigener Produktion. Das heisst: die Hansestadt hat den Zeitungsexport zu einem Geschäft grössten Stils entwickelt. Die Zeitungsausfuhr der alten Reichshauptstadt spielt daneben nur noch eine unbedeutende Rolle. Dass es aber dahin kommen konnte, verdankt Hamburg – wie unsere Übersicht über die wichtigsten Hamburger Presseerzeugnisse ausweist – ganz wesentlich dem Wirken von drei Männern: Axel Springer, Dr. Gerd Bucerus und Rudolf Augstein.

Axel Caesar Springer, der erste unter den Presselords der Bundesrepublik, ist kein Berufsfremder. Er kam im Mai 1912 als Sohn des Verlegers und Druckers Hinrich Springer zur Welt, dem es genügte, ein Lokalblatt mittlerer Grösse, die *Altonaer Nachrichten*, herauszubringen und den Erben auf die Weiterführung des väterlichen Betriebs vorzubereiten. Der Junge lernte setzen und drucken, mit den Papier- und Farbenlieferanten korrespondieren, die notwendigen Bücher führen, den Vertrieb überwachen, die Werber kontrollieren, gelegentlich auch eine kleine Werbekampagne arrangieren – kurz, was der Zeitungsverleger braucht, um sich in jedem Winkel seines Betriebs auszukennen. Er tat sich auch im journalistischen Handwerk um, für dessen Ausübung ihm die Nazis allerdings nur eine beschränkte Zulassung gaben.

Als er nach dem Kriege heimkehrte, glühender Pazifist, erfüllt von sozialen Idealen, politisch aber nicht so scharf profiliert, dass ihm daran gelegen hätte, sich an eine Partei zu binden: ein charmanter Junge, der mit dem Kapital seiner dreiunddreissig Jahre, seiner guten Erscheinung und seiner gesellschaftlichen Fähigkeiten trefflich zu wirtschaften verstand, lag die Welt vor ihm offen.

Er fing ziemlich klein an; aber auch nicht ganz unten. Denn die erstmals im April 1946 erschienenen *Nordwestdeutschen Hefte*, für die Hinrich und Axel Springer die Lizenz Nr. 68 erhalten hatten, konnten als «Herausgeber» schon zwei Journalisten nennen, Axel Eggebrecht und Peter von Zahn, die als Presse- und Rundfunkleute rühmlich bekannt waren. Das Blatt wurde redaktionell von Walter Hansemann geleitet – heute Feuilletonredakteur an Axel Springers *Hamburger Abendblatt* – von der Hammerich & Lesser-Verlag GmbH zum Vierteljahrespreis von 3,30 RMark an die Abonnenten geliefert, deren Zahl noch viel grösser gewesen wäre, wenn es nur mehr Papier gegeben hätte, und von der Firma Broschek & Co gedruckt, die in alten Zeiten das vornehme *Hamburger Fremdenblatt* herausgebracht hatte. Seit dem 1. Januar 1948 hörte dieser Erstling unter Springers Presseschöpfungen auf den Namen *Kristall* und brachte es unter dem zugkräftigen Titel zu schönen Erfolgen, wenngleich die Auflage von 447'000 Exemplaren, die der vierzehntäglich erscheinenden Zeitschrift unterhaltsam behrenden und prickelnd plaudernden Inhalts 1956 nachgesagt wurde, für Springer nicht eben viel bedeuten mag.

Den ersten ganz grossen Erfolg brachte den Springers, Vater und Sohn, die Lizenz Nr. 67 ins Haus, die ihnen für *Hör zu!* (*Rundfunkzeitung des NWDR*) erteilt wurde. Ob, wie die niedrigere Nummer vermuten lässt, diese Lizenz schon früher als jene für

die *Nordwestdeutschen Hefte* erteilt wurde, muss dahingestellt bleiben: Jedenfalls erschien die Zeitschrift, für welche Hinrich und Axel Springer als «Herausgeber» und Eduard Rhein als Chefredakteur zeichneten, erstmals am 15. Dezember 1946. Auch sie im Hammerich & Lesser-Verlag und gedruckt von Broschek & Co. Der Chefredakteur und der Verlag sind immer noch der gleiche – Axel Springer besitzt 90 Prozent, sein engster Mitarbeiter Karl Voss 10 Prozent der Hammerich & Lesser-Anteile und alle drei: Springer, Voss und Rhein amtieren als Geschäftsführer der GmbH – nur der Druck der 2,675 Millionen-Auflage erfolgt heute bei der Firma Axel Springer & Sohn KG (persönlich haftende Gesellschafter Axel Springer und Karl Voss, einziger Kommanditist mit 2 Mill. DMark die als Konzernspitze dienende Axel Springer Verlag GmbH) und der Rahmen der redaktionellen Arbeit hat sich geweitet: Assiiert von ihren Totemtieren – dem urheberrechtlich geschützten Redaktionsigel Mecki mit seiner Familie und seinem Freund Charly Pinguin – sind Redakteure in Hamburg, Köln, Stuttgart und Berlin unermüdlich am Werk, um die wöchentlich fünfzig, sechzig oder auch achtzig Seiten des Blatts mit Nützlichem, Erbaulichem und Erfreulichem zu füllen, die Tränen der unverständenen Liebenden zu trocknen, die Hausfrauen mit modischen Anregungen und Kochrezepten, die Film- und Jazz-Fans mit den Biographien und den aufregendsten oder lustigsten Erlebnissen ihrer Lieblinge und sie alle, jung und alt, Mann und Frau mit dem grossen Roman zu versorgen, dessen Erlebniskurven von einem erfahrenen Team sorgfältig errechnet und im Koordinatennetz der zulässigen Leidenschaften eingetragen werden, ehe der Text in Auftrag gegeben wird.

Die Legende, die an einem jungen Mann wie Axel Springer nicht müssig Vorbeigehen kann, hat sich auf eine heitere, doch recht summarische Art auch der Vorgeschichte seiner glückhaften Hör-zu-Lizenz bemächtigt. Er verdanke, berichtet sie, dieses Geschenk des Schicksals seinem jugenhaften Charme. Denn auf die Frage des britischen Gouverneurs, ob auch er wie seine Mitbewerber – Kellner, Marktrechner, Partisekretäre und Klempnergesellen, die, wie die eigensinnige Sage will, gleich im Plural auftraten – von den Nazis verfolgt worden sei, habe er geantwortet: Och, eigentlich hätten ihn nur die Frauen verfolgt.

Natürlich kann die Geschichte zutreffen. Sie ist vielleicht sogar nach dem Leben gezeichnet; aber sie scheint fast zu schön, um auch wahr zu sein. Der nüchterne Beobachter wird eher vermuten, dass die den beiden Springers verliehenen Lizenzen Nr. 67 und Nr. 68 einander nicht zufällig benachbart sind, und zwar umso weniger, da wir bei der Lizenz Nr. 68 – *Nordwestdeutsche Hefte* – den Abteilungsleitern beim NWDR Hamburg Axel Eggebrecht und Peter von Zahn als Herausgebern – das kann wohl nur heissen: als publizistischen Beratern – begegnet sind und die Lizenz Nr. 67 eben auf «Hör zu! (Rundfunkzeitung des NWDR)» lautete. Wenn Frau Fortuna dem Charme ihres Liebblings erlag, so sicherlich nicht erst, als Axel Springer im Amtszimmer des Gouverneurs sass. Wenigstens sollte man das aus den nüchternen Tatsachen und aus der Natur der weiblichen Seele folgern.

Das Glück blieb Axel Springer treu. Im Jahre 1948 erhielt der Sechszunddreissigjährige die Lizenz für eine Tageszeitung, obwohl es den Engländern hätte scheinen können, dass der Bedarf mit der *Hamburger Allgemeinen Zeitung*, dem *Hamburger Echo*, der *Hamburger Freien Presse*, der *Hamburger Volkszeitung* und Heinrich Hellweges *Niederdeutscher Zeitung* schon gedeckt sei. Immerhin konnte er geltend machen, dass eine Abendzeitung etwas anderes sei als die bestehenden Morgenblätter. Sie decke einen echten Bedarf; denn wenn der Mann von der Arbeit heimkehre, habe er keine Lust mehr, zu der zerlesenen Morgenzeitung zu greifen, abgesehen davon, dass sie oft schon von der Frau zum Feuermachen oder zum Einwickeln verbraucht worden sei. Überdies, das liege in der Natur der Sache, werde die Abendzeitung den Morgenblättern wenig Abonnenten wegnehmen, zumal sie zum grossen Teil im Strassenhandel, vor den Fabrikatoren, auf Bahnhöfen, an den U-Bahn-Zugängen und den Bus-Haltestellen, verkauft werden würde.

Jedenfalls erhielt er seine Lizenz, und der Erfolg gab ihm recht. Nach einer Werbekampagne, wie Hamburg sie noch nicht erlebt hatte, begann Mitte Oktober 1948 – zur rechten Zeit, um die vielen DMark-Kunden zu gewinnen, die in den BMark-Jahren nicht den Vorzug eines Abonnements gehabt hatten – das *Hamburger Abendblatt* (Verlag: Axel Springer & Sohn KG) zu erscheinen.

Die Auflage stieg schnell und nun bekam die Konkurrenz doch zu spüren, dass ein Mann die Szene betreten hatte, der sein Publikum besser kannte als sie. Das Blatt gab sich ganz schlicht – so schlicht, wie ein altes Hotel am Jungfernstieg gewesen war. Aber hinter der bieder-grauen Hotelfassade war es vergnüglich zugegangen, wie man vom Hamburger Hafen bis ins tiefste Mecklenburg gewusst hatte. Und so bot auch das Innere des Abendblatts manches für Herz und Gemüt, ganze Seiten Unterhaltung, nette Prozesse und unaufdringliche Belehrung, was die alten Lizenzblätter für unter ihrer Würde gehalten hatten. Sie kamen mit dem neuen Zeitungstyp nicht mehr mit. Das Abendblatt, dessen Auflage im Jahre 1955 mit rund 305'000 Exemplaren, 1956 aber schon mit 370'000 Stück beziffert wurde, liegt an der Spitze der Hamburger Zeitungen – in weitem Abstand gefolgt von der *Morgenpost*; die *Hamburger Freie Presse*, deren Chefredaktion ein so fähiger Journalist wie Alois Winbauer versah, ist längst verschwunden und Winbauer ist an den Neckar (*Heidelberger Tageblatt*) zurückgekehrt; alle anderen der Lizenzzeit entstammenden Blätter sind weit unter die Hunderttausend-Grenze abgesunken.

Zur vollen Entfaltung seines schöpferischen Genies gelangte der junge Presselord, wie man ihn jetzt wohl schon nennen darf, aber erst mit der Gründung der *Bild-Zeitung*. Das Blatt erschien im Verlag Axel Springer & Sohn erstmals im Juni 1952 und sprang auf der Auflagentreppe spielend von einem zum nächsten Hunderttausend hinauf. Denn Bild war etwas ganz Neues: die Wiederbelebung des Moritatengesangs mit den modernsten Mitteln der Nachrichten- und Vervielfältigungstechnik; der Einbruch in die Masse der Nichtabonnenten, des lesenden Analphabetentums, der seelisch Ungeformten, sozial Unorientierten und politisch Uninteressierten, der Heimat- und

Glücklosen, denen es zwar auch darum geht, in der Lektüre von Mord- und Skandalaffären, Kurzgeschichten, Starreportagen und Sportnachrichten flüchtige Minuten des Vergessens zu finden, denen Springer aber viel mehr bietet als das: die Aufnahme in die grosse Familie der *Bild-Leser*. Für sie, an denen die Frauen blicklos Vorbeigehen, wurde Lilli, das Redaktionsmädchen, geschaffen: das herrliche Geschöpf aus der Retorte, das niemand ihnen nehmen kann, fast nur bestehend aus sekundären Geschlechtsmerkmalen, Beinen, Bäckchen, Busen und Pferdeschwanz, ewig jung, immer lächelnd, niemals müde und stets bereit, auch dem Geringsten unter den Lesern, dem jungen Mann mit den Pickeln auf der Stirn und dem alten Herrn, der sich nicht mehr getraut, dem Gegenüber in der Strassenbahn auf die Beine zu blicken, ein freundliches Wort zu sagen. Und auch die weiblichen Leser gehen nicht leer aus: Die Jungen können von *Bild* für eine Karriere entdeckt werden, die Alten haben die Chance, mit ihren Sorgen zur *Bild*-Redaktion zu kommen. Und sie alle dürfen an ihr Blatt schreiben, können sich gedruckt sehen, einander Ratschläge oder Nasenstüber geben – kurzum sich endlich zu Hause fühlen.

Verständlich, dass *Bild* in der Frist von vier Jahren beinahe bis an die 3-Millionengrenze gelangt ist; gut zu verstehen aber auch, dass uns das Ausland um diese Manifestierung des deutschen Pressewunders beneidet. Denn welches andere Gefühl als schwarze Missgunst mag die Schweizer *Weltwoche* bewogen haben, in einem Aufsatz über die «Halbstarken» den Passus zu dulden: «In den jugendlichen Banden, die sich spielend gebildet haben, scharen sich die Mitglieder um den «Boss». Er ist der Stärkste, dessen Befehlen sie bedenkenlos folgen, zum Bösen wie zum Guten, wenn man ihnen solche Ziele setzen würde. Er ist auch tonangebend für ihren Geschmack. Wie er, lesen alle das gleiche weit verbreitete Groschenblatt. Es füttert sie täglich mit einem bestimmten Quantum an Morden, Skandalen, Nacktfotos und Unwichtigkeiten, die wichtig genommen werden. Dank dieser Lektüre entsteht in Westdeutschland jetzt eine neue Form des Analphabetentums. Denn es gibt bereits Millionen Menschen, die nur von dieser «geistigen» Kost leben: ein paar Bilder, ein paar Schlagzeilen, ein paar billige Ressentiments. Alles wird so mühelos serviert, dass eigenes Denken und anstrengendes Lesen überflüssig sind. Eine Bildersprache von der Primitivität der Trommelsignale afrikanischer Buschneger sorgt für die Übertragung gewisser Emotionen.» Aber mögen sie nur ihrem Ärger Luft machen, diesseits und jenseits der Bundesgrenze – Springer hat doch recht gehabt und wird weiter recht behalten: Seine *Sonntags-Ausgabe* war auch ein prächtiges Blatt und hatte es bis Ende 1955 gleichwohl nur auf 287'500 Exemplare gebracht. Seit dem 29. April 1956 erscheint die Sonntagsausgabe als *Bild am Sonntag*. Und siehe da: im Mai war eine Auflage von 700'000 Exemplaren, Mitte des Jahres 1956 wurde die erste Million erreicht, der als Lohn der publizistischen Erziehungsarbeit, auf die sich die Hamburger SpringerZentrale so exemplarisch versteht, sicherlich bald die zweite und dritte Million folgen werden.

Axel Springer war, einundvierzigjährig, schon der primus inter pares unter den

deutschen Zeitungsverlegern, als er die Hand nach einer Trophäe ausstreckte, die ihm besonders kostbar erscheinen mochte: der von den Engländern begründeten *Welt* und der *Welt am Sonntag*. Und auch diesmal konnte die Legende Wissenswertes berichten. Wenn die Barden des Pressewunders am Stammtisch in die Leier griffen, sangen sie gern das Lied von den Rosen. Da hatte doch dieser charmante Junge der Gattin des Mannes, auf dessen Wort es beim Besitzwechsel der *Welt* einmal ankommen würde, jede Woche einen Strauss Rosen geschickt. Nichts Übermässiges, bloss nach dem Grundsatz «Schenkt sie mässig, aber schenkt sie regelmässig». Nun, war er etwa kein Teufelskerl? Auf jeden Fall hatte er doch das Rennen gemacht. Und wenn die Geschichte vielleicht auch nicht stimmte, in einem höheren Sinne entsprach sie der Wahrheit getreuer als die banale Realistik eines juristisch getesteten Tatsachenberichts.

Zur Aufnahme der *Welt*, der *Welt am Sonntag* und des *Neuen Blatts*, das in dem von den Besitzern gegründeten Agira-Verlag auf 250'000 Exemplare gekommen war, wurde im Herbst 1953 *Die Welt* Verlagsgesellschaft mbH, Hamburg, mit Niederlagen in Essen und Berlin errichtet. Ein interessantes Unternehmen; denn als Gesellschaftern begegnen wir einmal der Axel Springer Verlag GmbH mit einer Beteiligung von 2,1 Mill. DMark, zum andern der «Stiftung *Die Welt* zur Förderung und Unterstützung der Zeitungswissenschaften sowie des verlegerischen und journalistischen Nachwuchses in Hamburg» mit einer Einlage von 700'000 DMark.

Offenbar hat Springer, als ihm auf die Frage: «Was kostet *Die Welt*?» ein relativ hoher Preis genannt und ihm von seinen Experten vorgerechnet wurde, dass ihn die Unterhaltung der *Welt*-Redaktion teuer zu stehen kommen werde, nicht nur ans Geschäft, sondern auch an sein Prestige gedacht. *Die Welt*, in den führenden Positionen besetzt mit alten Berliner Journalisten – Hans Zehrer, dem grossen Aussenpolitiker der *Vossischen Zeitung* (Ullstein), der später als Führer des Tatkreises und Chefredakteur der *Täglichen Rundschau* zu den Vertrauten des Generals von Schleicher gehörte, Professor Ferdinand Fried, alias Zimmermann, ebenfalls früherer Ullstein-Mann, Mitglied des Tatkreises, publizistischer Gefolgsmann Hjalmar Schachts, Kämpfer wider den niedergehenden Kapitalismus, und Willy Haas, der mit Kafka in Prag zur Schule gegangen war, in Berlin die *Literarische Welt* herausgab und als Autor von achtzehn Drehbüchern bekannt wurde, um nur diese drei zu nennen – *Die Welt* also würde sich nicht nur als ein schätzenswerter Aktivposten in Bonn erweisen, sondern im Fall einer Wiedervereinigung die Berliner Basis für die publizistische Durchdringung der ehemaligen Sowjetzone bilden können. Schliesslich musste *Die Welt* ja kein Zuschussbetrieb bleiben und dürfte denn auch mit ihren 230'000 Abonnenten und ihrem hochentwickelten Anzeigengeschäft spätestens 1956 aus den roten Zahlen herausgekommen sein. Ganz davon abgesehen, dass die *Welt am Sonntag* inzwischen bei 480'000 Exemplaren und entsprechend hohen Überschüssen angelangt ist und dass das *Neue Blatt*, dessen Auflage in knapp drei Jahren auf 490'000 Stück gesteigert, also beinah verdoppelt werden konnte, auf dem Humus des Pressewunders aus-

nehmend prächtig gediehen ist und noch weit grössere als die bisher erreichten Erfolge verspricht. Man sehe sich nur den Inhalt einer Nummer an (25. Oktober 1956):

- S. 1: Soraya weint streng bewacht im Hotel.
- S. 2: Im Auge sah er meine Krankheit.
Sind vor Gericht nicht alle gleich?
- S. 3: Cecilie und der Kronprinz (zwei grosse Schicksale im Glanz und Schatten der deutschen Kaiserkrone).
- S. 4: Sondergesetz für Liebe / Onkel Theodor weiss alles (Briefkasten).
- S. 5: Atom-Tod greift nach uns.
- S. 6: Kleine Anzeigen «Von Herz zu Herz».
- S. 7: Die Prüfung (Die bezaubernde Erzählung von E. Mann).
- S. 8: Radio-Worte.
- S. 9: Ein Haar beweist es: Er war der Mörder.
- S. 10: Horoskope.
- S. 11: Die Flucht ins Dunkel. – Roman einer Ehe ohne Gnade.
- S. 12: Sophia (Loren) will heiraten / Unfreiwilliges Bad in der Todeskammer.
- S. 13: Eine Mutter wollte ihr Töchterchen verkaufen / Der Hausarzt rät.
- S. 14: Dämon der Frauen – das Leben des grössten Heiratsschwindlers unserer Zeit.
- S. 15: Vertraulich! Frau Dr. Marie Burg antwortet unsern Lesern.
- S. 16: Flucht in eine späte Liebe. – «Toter» lebte im Luxushotel.
- S. 17: Frauenarzt Dr. Rochat. Aus der Praxis des berühmten Geburtshelfers.
- S. 18: Jetzt noch eine kurze Frist für Soraya (Fortsetzung von S. 1).

Liebe, Mord und Heiratsschwindel, Verbrechen, Film, gekrönte Häupter, Leserbriefe und Antworten von Frau Dr. Burg: derselbe Cocktail, den die *Bild-Zeitung* serviert, nur dass das *Neue Blatt* ihn wöchentlich einmal, dafür aber im Bierglas anbietet. Kein Zweifel, dass das Volksgetränk sein Kundenpotential noch lange nicht erschöpft hat.

Die Lawine der Expansion, die der Hamburger Zeitungslord ins Rollen gebracht hat, wird weiterrollen, die Auflagen seiner Massenblätter werden wachsen, und er wird nicht aufhören, bereits bestehende Unternehmungen oder Verlagsobjekte für seinen Konzern zu erwerben.

Axel Springers Unternehmungen

Axel Springer Verlag GmbH,
 Hammerich & Lesser Verlag GmbH,
 Axel Springer & Sohn KG,
 Die Welt Verlagsgesellschaft mbH,
 Press Photo Radio GmbH,
 Bücherdienst für Handel & Industrie Voss & Co KG,
 Berliner Zeitungsdruck GmbH,
 Constance-Verlag GmbH (33,3 Prozent), Ullstein AG (26 Prozent).

In Hamburg hat Springer seinen Markt dadurch zu sichern versucht, dass er nach dem Zusammenbruch des wiedergegründeten *Hamburger Fremdenblatts* – im November 1954 – von der Besitzerin der Verlagsrechte, der Firma Broschek & Co, den

Fremdenblatt-Titel erwarb, der jetzt als Untertitel des *Abendblatts* figuriert. Um aber ganz sicherzugehen, dass die alte (Firma nicht noch einmal in die Versuchung geraten könne, sich am Einbruch in einen der Märkte zu beteiligen, in denen er dominiert, hat Springer vom Hause Broschek die Verpflichtung eingehandelt: «von der Herausgabe einer Zeitung oder einer Rundfunkzeitung im eigenen Namen oder im Namen Dritter Abstand zu nehmen und auch die bei ihm vorhandenen Druckeinrichtungen für die Herstellung dieser Objekte nur nach vorheriger Zustimmung des Verlagshauses Springer zur Verfügung zu stellen.»

War dies eine defensive Massnahme, die das Terrain für weitere Expansionen abschirmen sollte, so ging Axel Springer in Berlin offensiv vor, als er im Sommer 1956 die 26prozentige Sperrminorität der Ullstein-Aktien aus der Hinterlassenschaft Louis Ullsteins erwarb. 26 Prozent des 6 Mill.-DMark-Kapitals der Ullstein AG machen 1,56 Mill. DMark aus; Springer aber zahlte die 2 Mill. Mark – das sind 128 Prozent des Nennwerts – bar auf den Tisch, die Martha Ullstein – «Tante Martha» – weder bei Dr. Rolf Ippen, Verlagsleiter der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* und Mitgesellschafter der zum WA Z-Komplex gehörenden Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH, noch bei dem Münchner Revue-Verleger Kindler hatte heraushandeln können, die jedoch Ernst Dietrich-Troeltsch wahrscheinlich gezahlt hätte, wäre der Stuttgarter Verleger (*Das Auto / Motor und Sport*, *Motor-Revue*, *Das Motorrad*) nicht einem Hufschlag erlegen, bevor der Vertrag perfekt geworden war.

Jetzt also besitzt Axel Springer die Sperrminorität bei den Ullsteins, die dadurch nicht schlechter, sondern eher besser wird, dass sein Hamburger Verlegerkollege Dr. Gerd Bucenius – wie es heisst: mit Hilfe der Klöckner-Erben – schon 1953 10 Prozent der Ullstein-Aktien (zum Kurs von 106 $\frac{2}{3}$ Prozent) an sich zu bringen vermochte. Gesetzt den Fall, dass die beiden handelseins werden könnten, Springer also eines Tages über 36 Prozent des Ullstein-Kapitals verfügte, so wäre der Weg zur einfachen Majorität nicht mehr weit. Er würde damit entscheidenden Einfluss auf die mit seinen eigenen Blättern im Wettbewerb stehenden Verlagsobjekte der Ullsteins gewinnen – *Berliner Morgenpost* (223'000 Exemplare), *BZ* (239'000), die vierzehntäglich erscheinende Frauenzeitschrift *Brigitte*, die der *Neuen Ruhr-Zeitung* im Herbst 1956 den Chefredakteur Klaus Besser wegengagierte hat, mit Wirkung vom 1. April 1957 jedoch an den Constanze-Verlag (ein Drittel: Axel Springer; zwei Drittel: John Jahr vom Spiegel-Verlag) verkauft wurde, und die wöchentlich erscheinende *Radio-Revue* (231'000) –; aber viel wichtiger wären doch wohl zwei andere Momente; zum ersten, dass er seine Ausgangsstellung auf breitester Basis gefestigt hätte, wenn Berlin endlich Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland wird; zum zweiten, dass ihm dessen Massenblätter die eigenen Auflagenrekorde immer noch geschlagen haben, alsbald auch die technische Kapazität der Tempelhofer Grossdruckerei zur Verfügung stände – und zwar zu einem geringeren Preis als dem, den er auch heute noch zahlen müsste.

So ist also die Ratio des Expansionsstrebens, das für den jüngsten und erfolgreichsten Zeitungslord der Nachkriegsjahre so überaus charakteristisch ist, schliesslich

doch politischer Art? Sicherlich, Axel Springer sähe die Wiedervereinigung, die ihm den ausgehungerten Markt der Sowjetzone öffnen und die Reichshauptstadt wieder zum lebendigsten Umschlagplatz unserer Zeitungs- und Zeitschriftenproduktion machen würde – vergessen wir nicht, dass die Berliner Blätter 1932 eine Auflage von 6 Millionen erreichten –, lieber heute als morgen kommen. Insofern lässt seine nach Osten ausgreifende Expansion eine politische Deutung zu. Im Übrigen braucht man sich Springers Programm nur anzusehen: Neben der *Welt* überwiegen die politisch indifferenten, kulturell nivellierenden Massenblätter in solchem Masse, dass man der Wahrheit doch wohl erheblich näher kommt, wenn man nicht das zweifellos vorhandene politische Interesse, sondern das materielle Erfolgsstreben, den Willen zur Wirtschaftsmacht für den stärksten Impuls hält, dem Axel Springer bisher gefolgt ist.

Anders verhält es sich mit dem Hamburger Verleger Dr. Gerd Bucerius, der, auch noch recht jung an Jahren, im Hamburger Zeitungsleben eine bedeutende Rolle spielt. Der heute fünfzigjährige Rechtsanwalt amtierte gleich nach dem Zusammenbruch als Bausenator der gründlich zerstörten Stadt Hamburg, gehörte dann dem Zonenbeirat an, war von 1947 bis 1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats und zog als CDU-Abgeordneter sowohl in den ersten wie in den zweiten Bundestag ein. Dem Bundestagsausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen gehört er als Mitglied, dem Ausschuss, der den Fall John untersuchen soll, als Vorsitzender an; ferner versieht er seit 1952 das Amt des Bundesbeauftragten für die Förderung der Berliner Wirtschaft. Vor allem also ist Dr. Bucerius ein zoon politikon: Politiker von ausgeprägt gesamtdeutscher Neigung, die wohl auch beim Erwerb seines Ullstein-Pakets eine Rolle gespielt hat.

Abgesehen davon aber ist er ein Verleger und als solcher ein höchst erfolgreicher Unternehmer; denn am Verlag der Wochenzeitschrift *Die Zeit* ist Dr. Bucerius, der 1946 als einer von vieren mit der Lizenz Nr. 6 bedacht wurde, heute mit 67,5 Prozent, am Henri Nannen-Verlag, der den *Stern* in einer Auflage von ca. 850'000 Exemplaren (Anzeigenpreis je Seite: 15'000 DM) herausbringt, ist er mit 75 Prozent beteiligt. Das will schon etwas heissen. Immerhin ist der *Stern* ja die zweitgrösste illustrierte Zeitung der Bundesrepublik, die nur von *Quick* um ca. 150'000 Exemplare übertroffen wird. Und wenn die *Zeit* auch das viel kleinere Geschäft ist, übt sie trotz ihrer inneren Widersprüchlichkeit – vorn CDU, hinten Schwerindustrie und in der Mitte literarischer Avantgardismus – doch einen gewissen politischen Einfluss aus, der wieder ihrem Anzeigengeschäft (die Seite zu 8208 DMark) aufs Erfreulichste zugute kommt.

Zeit-Verlag E. Schmidt & Co GmbH, Hamburg

Geschäftsführer: Gertrud Bucerius geb. Müller Rechtsanwalt Wilh.
Güssfeld Kaufmann Robert Streitberger

<i>Gesellschafter:</i>	Ewald Schmidt-di Simoni .	6 500 DMark
Richard Tüngel		6 500 DMark
Dr. Gerd Bucerus		9 000 DMark
dgl.....		9 000 DMark
dgl.....		2 500 DMark
dgl.....		2 500 DMark
dgl.....		4 000 DMark

Verlag Henri Nannen GmbH, Hamburg

Geschäftsführer: Henri Nannen Dr. Gerd Bucerus Richard Grüner

<i>Gesellschafter:</i> Dr. Gerd Bucerus		5 000 DMark
dgl		2 500 DMark
dgl.....		2 500 DMark
dgl.....		5 000 DMark
Deutsche Warentreuhand AG		2 500 DMark
Richard Grüner		2 500 DMark

Ein Blick in den *Spiegel* zeigt uns den dritten der Hamburger Presselords, die im letzten Jahrzehnt wo nicht Geschichte, doch mindestens Zeitungs- und auch ein bisschen Wirtschaftsgeschichte gemacht haben, den Herausgeber des deutschen Nachrichten-Magazins *Der Spiegel*, Rudolf Augstein, das dreiunddreissigjährige Wunderkind der deutschen Nachkriegspublizistik.

Wie «dieser mit einer rasiermesserscharfen Intelligenz ausgestattete junge Mensch, von kleiner, aber vollkommen harmonischer Gestalt... erfüllt von Trauer und Pessimismus» – so schildert ihn Erich Kuby – auf den Gedanken kam, eine Zeitschrift zu machen, war eine höchst einfache Sache: Sein Freund, der in Hannover stationierte tschechisch-britische Sergeant Harry Bohrer, brachte im Winter 1945/1946 den Gedanken auf, wies aber Augstein, wie es auch gar nicht anders sein konnte, zunächst nur eine dienende Rolle bei der Verwirklichung der kühnen Idee zu, das amerikanische Vorbild von *Time* oder *News Week* ins Deutsche abzuwandeln. Augsteins Jugend wäre kein Hindernis gewesen: Der Mann, der sich mit dem vierzigjährigen Bohrer zusamm tat, um das Projekt des Nachrichten-Magazins zu realisieren, der britische Major Chaloner, zählte auch erst dreiundzwanzig Jahre, ein knappes Jahr mehr als Rudolf Augstein, der am 5. November 1923 in Hannover zur Welt gekommen war. Der Haken war vielmehr der, dass die beiden britischen Enthusiasten ihr Unternehmen ohne Autorisierung von oben, beinahe illegal, auf eigene Gefahr begonnen hatten. An dem Ergebnis ihrer Arbeit, einem Heft von zweiunddreissig Seiten, das sie unter dem Titel *Diese Woche* nicht etwa an die Öffentlichkeit, sondern am 29. März 1946 bei ihren Freunden in Umlauf brachten, war Augstein als einer von mehreren englischen und deutschen Mitarbeitern wohl schon mit Beiträgen und Anregungen beteiligt gewesen, durfte aber nicht genannt werden.

Das geschah erst ein halbes Jahr später: Die Zeitschrift *Diese Woche*, die am 16. November 1946 zum erstenmal an den Kiosken der britischen Zone aushing, nannte

im Impressum als ersten der vier deutschen Redakteure Rudolf Augstein, Hannover. Das, notabene: britische, Blatt lebte jedoch nicht länger als knappe fünf Wochen. Drei Tage vor Weihnachten erging die kategorische Weisung, die Zeitschrift entweder unverzüglich einzustellen oder sie, ausgestattet mit einer Lizenz, in deutsche Hände zu überführen. Das war die Geburtsstunde des *Spiegels*; den neuen Titel hatte Rudolf Augstein gefunden – «binnen zwei Stunden», sagt die Legende. An die Vergangenheit erinnerte nur noch die Telegrammanschrift, die nach wie vor «diwo» lautete – Di(ese) Wo(che).

Die drei mit der Lizenz Nr. 123 Privilegierten, der Chefredakteur Rudolf Augstein, sein Vertreter: der Rildredakteur Roman Stempka und der Verlagsleiter Gerhard Barsch, fingen gar nicht so klein an, wie es uns heute, da wir an anderen Massstäben messen, scheinen könnte. Sie hatten ihr Nest im *Anzeiger*-Hochhaus, einem der wenigen repräsentativen Gebäude, die die Zerstörung Hannovers überlebt hatten. Sie nannten im Impressum fünf auswärtige Redaktionen in Deutschland – Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und eine in London: für die ganze westdeutsche Presse ging erst spät im Jahr 1947 eine dpa-Korrespondentin nach London; sie leisteten sich drei kostspielige Nachrichtendienste: einen deutschen, dpa; einen amerikanischen, ap (Associated Press) und einen englischen, Reuter-Exclusiv. Das konnte keine andere deutsche Zeitung, wo in der Regel nur ein deutscher und ein amerikanischer Dienst gehalten wurde (so bei der auflagestarken *Rheinischen Post*) und nur im Ausnahmefall ein zweiter amerikanischer Dienst hinzukam. Bloss das *Handelsblatt*, das die Tradition erschöpfender Nachrichtengebung frühzeitig begründete, fand sich bereit, neben ap auch den wirtschaftlichen Spezialdienst des Reuter-Büros zu halten.

Aber der Aufwand lohnte sich. Mit 30'000 Exemplaren hatte *Der Spiegel* um die Jahreswende 1946-1947 angefangen; 91'600 waren es um die Jahreswende 1950-1951: eine Verdreifachung der Auflage im Lauf von vier Jahren – von denen fast drei allerdings in die Zeit des Lizenzmonopols fielen – war eine höchst beachtliche Leistung.

Sie war das Ergebnis geduldiger, sorgfältiger und, wenn das auch sonderbar klingt, grosszügiger Einzelarbeit: die Feinstruktur der eigenwilligen redaktionellen Gliederung, weitgehend bestimmt durch die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten der Mitarbeiter, begann sichtbar zu werden, oder, um nochmals im Paradoxon zu reden, das Geheimnis des *Spiegels* trat damals schon sichtbar in die Erscheinung. Denn mehr als alles andere hat zum Erfolg des *Spiegels* die Fähigkeit eines Chefredakteurs beigetragen, der spezifischen Begabung seiner Mitarbeiter die vollste Entfaltungsfreiheit zu geben und ihnen dadurch ein Gefühl ihres Werts und ihrer Würde zu vermitteln, wie es sich heute seltener denn je im journalistischen Berufsstande findet.

Aber es war doch noch alles im Fluss. Die Zahl der deutschen Vertretungen hatte sich um zwei (Stuttgart und Hamburg) vermindert und um eine (Bonn) vermehrt. Die Londoner Redaktion war schon genügend weit ausgebaut worden – hier sassen Dr.

H.G. Alexander und Harry Bohrer, der alte Freund, der *Diese Woche* gemacht hatte – um auf Reuter verzichten zu können. In Rom, Paris, Zürich und New York waren neue Vertreter gewonnen worden – provisorisch aber nur; denn ein Jahr später sind die um zwei vermehrten Auslandsbüros (hinzugekommen sind Brüssel und Barcelona) durchweg mit Ausländern besetzt.

Die Leute, die ihrer Mitwelt den Spiegel vorhalten, sind selbstbewusst, jung, leidenschaftlich an ihre Sache hingegeben, aber auch klug genug, um zu wissen, dass es gerade bei ihnen aufs Detail ankommt. Eine lächerliche Kleinigkeit, eine falsche Hausnummer, eine unzutreffende Altersangabe, ein Name, der nicht genau stimmt, kann ihnen den Hals brechen. Das liegt einmal an der Leserschaft, an die sie sich wenden – ein Publikum, das weder grosse Kenntnisse noch die Fähigkeit besitzt, in Zusammenhängen zu denken, und das eben darum auftrumpfen oder sich enttäuscht abwenden würde, wenn «sein» Blatt sich dabei ertappen liesse, nicht alles, und alles ganz genau, zu wissen; zum zweiten liegt es daran, dass sie aggressiv sind – wenn man schon angreift, darf man dem Gegner nicht die Chance geben, hohnlachend zu erwidern: da habe *Der Spiegel* doch eine falsche Telefonnummer genannt; wenn er sich darin schon irre, wie solle man ihm denn überhaupt glauben.

Freilich, sie wenden diese Technik selbst an, um Missliebige «fertigzumachen». Aber sie vergessen darüber nicht, ihr Archiv auszubauen, mit dessen Hilfe nicht nur der Text erarbeitet, sondern in letzter Stunde noch, am Tage des Umbruchs, jede, auch die kleinste Tatsachenangabe «verifiziert» wird.

Als sie anfangen, füllten die Leitz-Ordner des Archivs ein paar Waschkörbe; die Zahl der Ordner wuchs bald in die Tausend; als *Der Spiegel* Anfang Oktober 1952 von Hannover nach Hamburg übersiedelte, hatte der Fahrstuhl zwei Nächte lang zu tun, um allein die 3260 Leitz- und Soennecken-Ordner des Wortarchivs ins Parterre hinabzufahren.

In Hannover hatte Maria Rank, das Zupfgeigengretel, (26) erst eine Handvoll Archivmädchen zur Verfügung gehabt, um nach dem Grundsatz «Das Unmögliche machen wir sofort, aber für Wunder brauchen wir etwas mehr Zeit» die anspruchsvolle Redaktion zufriedenzustellen; in Hamburg hantierten alsbald ihrer vierzehn mit den 150'000 Blättern der Personalkartei; heute wird im Archiv nicht viel mehr am zweiten Dutzend der Angestellten fehlen: die Telefonspesen für Auskünfte – 60 Mark für ein Auslandsgespräch, um etwa den Kosenamen eines Stars zu verifizieren (heisst er nun Peperl oder Peterle?) – gehen ins Ungemessene; das Redaktionskonto ist mit monatlich 200'000 bis 250'000 Mark kaum zu hoch eingeschätzt.

Und wofür der Aufwand – bei dessen Vorstellung dem armen Zeitungsredakteur, den sein Verleger gelehrt hat, mit dem Pfennig zu rechnen, die Tränen des Selbstmitleids kommen – wofür die eher drei als zwei Millionen für die Redaktion, wofür die den Mitarbeitern grosszügig zugestandene Freiheit, viele Wochen lang einer Spur zu folgen, die sich zum Schluss im Sande verläuft?

Der Münchner Journalist Erich Kuby, der Augstein 1953 in Hamburg besuchte,

schrieb dann in den *Frankfurter Heften* (Juli), völlig davon überzeugt, dem *Spiegel-Geheimnis* auf die Spur gekommen zu sein, «dass im selben Augenblick, in dem den *Spiegel* nicht mehr so sichtbar der Ekel an der Welt erfüllen würde, also genau gesagt: Augsteins Ekel an der Welt, des Blattes Position – und sein Erfolg dahin wären». Und er mag damit gar nicht so unrecht gehabt haben: der Ekel eines klardenkenden, geistig vitalen, ästhetisch verfeinerten jungen Mannes, der Recht und Unrecht sehr wohl unterscheiden kann, am Treiben unserer Zeit, an der Provinzialisierung unseres Daseins, die der politische Klüngel so eifrig gewollt und freudig begrüsst hat, an den vielen Beispielen ungeahnter Rechtsbeugung, an undurchsichtigen Wahlgeldmanipulationen, Bestechungsaffären, Schiebungen, Eitelkeiten, in die Wolken gelobten Unzulänglichkeiten, am Willkürregiment der Funktionäre usw., das ist schon etwas, was den Leser fasziniert: die Übertragung seines eigenen wortlosen Unbehagens in aggressiv-geschliffene Formulierungen.

Aber, ist es denn nun dageblieben, wie es nach Kubys Bericht noch 1953 war? Ist *Der Spiegel*, der vor zehn Jahren zum erstenmal aufblitzte, derselbe, in den wir heute allwöchentlich blicken: das Instrument in der Hand Rudolf Augsteins, um seinen tiefen degout, seinen Ekel, sein Unbehagen über die Welt, in der wir zu leben gezwungen sind, eben dieser Welt in Stories und Bildern vor Augen zu führen?

Der Glanz der Leitartikel, in denen Jens Daniel seine Thesen wider den Kanzler verfiicht, ist keineswegs blind geworden. Die Stories von der Art, wie sie dem Schatzmeister der CDU gewidmet wurden, sind so aggressiv wie je; die Seitenhiebe, die die Bundesregierung, die reisebesessenen Monarchen, die Eitelkeit der Funktionäre treffen, so genau gezielt, wie man's beim *Spiegel* immer gewohnt war. Und dass das Publikum mit seinem *Spiegel* zufrieden ist, erweist sich ja darin, dass die Auflage in schnellem Tempo stieg: von 91'600 Anfang des Jahres 1951 auf 151'350 im zweiten Quartal 1953 und weiter auf 230'000 Ende 1955.

Dennoch will uns scheinen, dass Rudolf Augstein – der übrigens niemals Besitzer der Kapitalmajorität bei der Spiegel Verlag GmbH war (ist dieser Hickhack seines Kurzbiographen Kuby jemals berichtet worden?) – in aller Stille begonnen hat, seinen Frieden mit dieser Welt zu machen.

Spiegel Verlag GmbH, Hamburg

Geschäftsführer: John Jahr

Rudolf Augstein

Gesellschafter: John Jahr 10'000 DMark

Rudolf Augstein 10'000 DMark

Roman Stempka 10'000 DMark

Sicherlich pflegt er sein universelles *taedium vitae* wie eh und je – kurz vor dem Einschlafen etwa, wenn andere Leute den Nettoertrag ihrer Arbeit überschlagen, im Freundeskreis oder am stillen Erholungsort, eher privatim als vor der Öffentlichkeit,

der er im *Spiegel* begegnet. Denn so kritisch das Blatt sich auch immer noch gibt, sind doch schon breite Sektoren der Kampfbahn ausgespart, in denen nicht mehr gefochten, sondern vor oleanderumgrüntem Büsten dem Wirtschaftswunder Weihrauch gestreut wird. Das tut dem schauspielerischen Wert der wöchentlich stattfindenden Kampfspiele keinen Abbruch, sondern erhöht eher noch die szenische Wirkung der Darbietungen.

Die Selbstbescheidung, die der ekelbedrängte Wahrheitsucher gerade den elementaren Tatbeständen gegenüber übt, die den Daseinsgrund seines Ekels wie auch des wortlosen Unbehagens der Allgemeinheit am öffentlichen Leben bilden – gegenüber den Tendenzen der Vermachtung und der Vermassung, der ständig fortschreitenden Machtkonzentration in den Händen einer kleinen Unternehmerschicht und der ihr vielfach durch Personalunion verbundenen Verbandshierarchie auf der einen Seite, der ebenso beständig anschwellenden Lebensangst der wirtschaftlich Abhängigen andererseits, die schon wieder bereit scheinen, ihre Freiheit für das Linsengericht der Sicherheit zu verkaufen – kommt freilich nicht von ungefähr.

Die Spiegel Verlag GmbH hat durch die Herausgabe der Film- und Fernseh-Illustrierten *Die Star-Revue* (Auflage Ende 1955: etwa 122'000 Exemplare) ihre geschäftliche Basis wesentlich verbreitert und wohl auch ihre Geneigtheit manifestiert, das Filmgeschehen an anderen Masstäben als jenen des universellen Lebenskells zu messen, das ihren Geschäftsführer und publizistischen Initiator Rudolf Augstein beseelt. Was ihr wahrhaftig hoch anzurechnen ist, denn gerade die Filmindustrie – um nur ein Beispiel zu nennen: der Kampf gewisser Filmindustrieller gegen die Freiheit der Publizistik – böte ja Anlass genug, sich vor kritischem Ekel zu schütteln. Nicht der Spiegel-Verlag, aber sein geschäftsführender Gesellschafter John Jahr, hat ferner zwei Drittel der freien Stammanteile der Constanze Verlag GmbH im Besitz, (Auflage der *Constanze* Ende 1955: 582'445; Anzeigenpreis je Seite: 10'800 DMark; Farbrechte je Seite: rechts 8'000 DMark; links 7'400 DMark; Rückseite 9'000 DMark) – 25 Prozent befinden sich im Eigenbesitz des Constanze-Verlags, weitere 25 Prozent, also ein Drittel der freien Anteile, gehören Axel Springer – was gleichfalls die Deutung herausfordert, dass die *Spiegel-Leute* dem Treiben dieser Welt nicht mehr so unversöhnlich gegenüberstehen wie damals, als sie noch in Hannover Goseriede 5/6 nisteten.

Die Zeiten haben sich eben gewandelt. Das Wirtschaftswunder ist zum fruchtschweren Baum herangewachsen. Wer einen Korb voll mitnehmen will, muss den Baum schon schütteln, und wer mit hohen Aufwendungen ein gutinformiertes, auflagenstarkes Blatt und grosse Gewinne machen will, muss eben ins Anzeigengeschäft einsteigen – was freilich voraussetzt, dass er seine Inserenten nicht ohne Not oder gar systematisch vergrämt.

Es scheint, dass die Wahl zwischen Anzeigen und kompromisslosem Ekel, Inseraten und erbarmungsloser Kritik, frühzeitig in der ersten Hälfte des Jahres 1953, des Jahres der zweiten Bundestagswahl, entschieden, und zwar zugunsten der Anzeigen entschieden wurde. *Der Spiegel* näherte sich bereits der Auflage von 150'000; er war

schon fast ein Massenblatt und stand dennoch im wohlverdienten Ruf kritischer Unabhängigkeit. Das eben machte ihn so wertvoll: diese Fähigkeit, auf dem Instrument der Massenseele zu spielen und gleichwohl kritisch zu bleiben, diese unheimliche Begabung, die dumpfen kritischen Instinkte der Masse anzusprechen. So war er gross geworden, so sollte er bleiben. «Augsteins Ekel an der Welt», mit dem «des Blattes Position – und sein Erfolg dahin wären», sollte weiter die *Spiegel-Seiten* füllen, je mehr Seiten, desto besser. Wenn stillschweigend eine Basis der Koexistenz gefunden werden könnte, auf der *Der Spiegel* und seine Inserenten friedlich nebeneinanderleben, sich gelegentlich auch zu einem das Publikum unterhaltenden und belehrenden Gespräch zusammenfinden würden, so wäre beiden Teilen gedient. *Der Spiegel* könnte noch mehr verdienen und folglich noch mehr Nachschlagewerke anschaffen, noch mehr Archivblätter ausfüllen, noch mehr auswärtige Redaktionen gründen und noch mehr Seiten mit Augsteins Ekel an der Welt füllen, die Industrie ihrerseits könnte noch intensiver am Werk der Machtkonzentration arbeiten – im Dienst des Gemeinwohls, versteht sich – und so noch intensiver als bisher darum bemüht sein, dem deutschen Wirtschaftswunder zur Materialisierung zu verhelfen. Damit aber just in einem Wahljahr zu beginnen, in dem der Feind, Sozialdemokraten und Gewerkschaften, ante portas stand, bereit, wenn er sich der Bundestagsmehrheit bemächtigte, seine Entscheidungen gegen das Abendland zu fällen, musste besonders verdienstvoll sein.

So kam es denn dahin, dass Augsteins Ekel an der Welt wenigstens in der Wahl seiner Gegenstände behutsamer zu verfahren begann, als man es seinen intellektuellen Fähigkeiten, seiner moralischen Begabung und seinem Temperament Zutrauen sollte. Dementsprechend entwickelte sich das Anzeigengeschäft. Die Inseratenpreise stiegen. 1947 hatte eine Seite schäbige 2'000 Papiermark gekostet; 1953 zahlte man 2'700 DMark, 1955 musste man schon 3'800 DMark anlegen: übrigens wenig genug, wenn man berücksichtigt, dass eine Anzeigenseite im *Handelsblatt* bei einer Auflage von 32'000 Exemplaren 6'720 DMark, im *Industrie-Kurier* (23'000 Exemplare) 5'040 DMark kostet.

Viel wichtiger als die Steigerung des Anzeigenpreises – eine notwendige Folge der Auflagenentwicklung – war aber natürlich das erfreuliche Wachstum des Inseratenvolumens, das dahin geführt hat, dass man gegenwärtig mit einem Anfall von jährlich 1'000 bis 1200 Seiten Anzeigen rechnen kann. Die Zahl ergibt sich aus dem Anzeigenaufkommen im Monat September 1956: die beiden ersten je 52 Seiten starken Hefte hatten 21,20 bzw. 20,17 Seiten Inserate, die nächsten drei Nummern von jeweils 60 Seiten Umfang brachten es auf 23,70, 23,70 bzw. 24,20 Anzeigenseiten – das heisst, es errechnet sich ein Wochendurchschnitt von 22'594 Seiten, die natürlich keinen geschlossenen Anzeigenteil füllen, sondern sich über das ganze Heft verteilen. Diesen Durchschnitt zugrunde gelegt, kommt man auf ein Jahresvolumen von 1'175 Seiten, wobei vielleicht noch berücksichtigt werden sollte, dass der als Basis genommene September ein schwacher Anzeigenmonat zu sein pflegt. Und, da wir schon,

einmal dabei sind: theoretisch ergäbe dieses Anzeigenpaket eine Einnahme von 4,465 Mill. DMark – wenn davon nicht die Rabatte und Provisionen abgingen. Aber selbst unterstellt, dass nur 60 Prozent für den Verlag übrigblieben, machte das noch einen Betrag von ca. 2,68 Mill. DMark aus.

Auf die Frage, was denn den *Spiegel-Lesern* vorzugsweise angepriesen wird, versteht sich die Antwort, scheint uns, von selbst: die Erzeugnisse der Konsumgüterindustrie, namentlich aber Markenartikel, Autos und Treibstoffe, Kosmetika, Strümpfe, Zigaretten, Schnaps, Uhren, Rundfunkgeräte usw.

Inserate der Automobil- und Zubehör-Industrie im Jahre Oktober 1911 bis September 1916

Seiten	
Lloyd ¹	13
Borgward ¹	5
Ford	8
Opel	4
Mercedes-Benz ²	3,17
BMW	1
DKW (Auto-Union GmbH)	1
NSU	1
Volkswagen	1
Dunlop	6
Bosch	2
Zusammen	45,17

Dgl. der Treibstoffindustrie

Shell	6
Esso	4
Veedol	3
BP	1
Migrol-Öl	0,33
Zusammen	14,33

¹ Borgward und Lloyd gehören zusammen ² Hauptaktionär Flick ³ Hauptbeteiligter Flick

Das ist völlig verständlich und folglich durchaus legitim. Die Fabrikanten sprechen mit ihren Anzeigen zwar keinen sozial geschlossenen oder einigermaßen homogenen Leserkreis, sondern ein Publikum an, das bestenfalls einen Längsschnitt durch das soziale Gefüge der westdeutschen Bevölkerung darstellt: Bankangestellte, Beamte, Ärzte, Arbeiter, Lehrer, Studenten, Kaufleute, Hausfrauen, Handwerker, Schüler, Pfarrer, Abgeordnete, Fabrikanten usw., ein buntes Mengengemisch von jederlei Alter und Beruf, das nicht einmal durch gemeinsame Interessen materieller oder politischer Art zusammengehalten ist, sondern sich nur im Zeichen brennender Wissbegier findet, rastlos danach suchend, was denn nun eigentlich hinter den Erscheinungen steckt, das sie im Angesicht der glatten, bunten, strahlenden Oberfläche mit diesem tiefen Unbehagen erfüllt.

Gewiss werden einige unter ihnen sich ein Auto, die Mehrzahl auch Zigaretten, Haarwasser, Schnaps und, alle Jubeljah, ein Rundfunkgerät leisten können. Sicherlich aber werden die meisten im Stillen bedauern, dass die Anpreisung selbst derjenigen Artikel, die ihnen begehrenswert oder notwendig erscheinen – die sie aber auch anderwärts zu lesen bekommen – Augstein und seinen Mitarbeitern den Raum schmälert, ihren Ekel an der Welt und den Zeiten auf aggressive und eingängige Formeln zu bringen.

Vollends verständnislos aber muss die überwältigend grosse Masse der Leser, die ihren Eisenbedarf mit einem Pfund Nägel im Jahr zu decken pflegt, die niemals einen Hochdruckbehälter oder ein nahtloses Rohr zu sehen bekommt und beim Anblick ei-

Inserate der Basisindustrien im Jahre Oktober 1955 bis September 1956

	Seiten
Mannesmann	21
Phoenix-Rheinrohr	16
Farbwerke Hoechst.....	13
Hoesch-Werke.....	7
Otto Wolff.....	6
Ruhr stahl	3 ² / ₃
AEG	3
Beratungsstelle für Stahlverwendung	3
Fried. Krupp	3
Farbenfabriken Bayer, Leverkusen.....	2
Eternit AG.....	2
Kali-Industrie (ohne nähere Angabe)	2
Klöckner-Werke.....	2
Siemens	2
Duisburger Kupferhütte	1 1/6
Badische Anilin- und Sodafabrik	1
Chemische Werke Bergkamen ²	1
Demag	1
Eisenwerk Hilden AG ¹	1
Estahlech, Düsseldorf.....	1
Fichtel & Sachs	1
Franz Kirchfeld GmbH.....	1
Lorenz AG	1
Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte ²	1
Metallhüttenwerke Lübeck ²	1
Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG ³	1
Rheinisches Braunkohlenrevier.....	1
Ruhr gas	1
VKW Vereinigte Kesselwerke Düsseldorf	1
Schrottag ²	1
Bochumer Verein	1/2
Gerrix Glas	1/2
Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH	1/2
Stahlwerke Bochum	1/2

ner der Riesenmaschinen, welche die Demag erzeugt, allenfalls von irrationalen Schauern des Staunens, wenn nicht des Schreckens, überrieselt würde, den Inseraten der Basisindustrien gegenüberstehen. Das sollen sie doch wohl nicht kaufen: Mannesmann-Röhren, T-Träger von Hoesch, Kaltband bei Otto Wolff, Stahlkonstruktionen der Firma Fried. Krupp oder Dampfkessel der VKW, Vereinigte Kesselwerke?

Hand aufs Herz: Wer von den *Spiegel-Lesern* kommt schon in die Verlegenheit, ein paar Ballons Schwefelsäure bei Hoechst, Salpetersäure bei Bayer-Leverkusen oder Ammoniak bei der BASF zu kaufen? Und wem ein Medikament verschrieben wird, der fragt auch nicht nach der Herstellungsfirma, sondern nimmt eben das, was auf dem Rezept steht. Gewiss, Kali ist gut und notwendig für den Boden. Das weiss jeder Bauer und erst recht jeder Landwirt, der so hell ist, den *Spiegel* zu studieren. Darauf braucht ihn das anonyme Inserat der Kali-Industrie nicht erst zu bringen. Die Inserate der Beratungsstelle für Stahlverwendung werden von wenigen Stahlverarbeitern gelesen werden, die diese Beratungsstelle nicht schon längst kennen – es sei denn von Fabrikanten im Ausland, die fachmännischen Rat aber eher in der einschlägigen Fachzeitschrift als im *Spiegel* suchen dürften. Und was hat's mit der Anpreisung von Ruhrgas und der Bodenschätze des rheinischen Braunkohlenreviers auf sich? Die Inserate werden kaum zur Folge haben, dass ein Kubikmeter Gas oder ein Eimer Braunkohlenbriketts mehr verkauft werden, als es ohnehin geschehen wäre.

Offenbar geht es den inserierenden Firmen der Schwer-, Chemie-, Maschinen- und Elektroindustrie aber auch gar nicht darum, den normalen Werbungseffekt der Absatzsteigerung zu erzielen. Ihre Inserate dienen der Pflege der «human relations»: der «Menschlichen Beziehungen» einerseits zu dem Blatt, das sie mit Inseratenaufträgen bedenken, andererseits zum Publikum der politisch wichtigen Zeitschrift, bei dem zunächst allerdings nicht mehr erreicht wird, als dass sich die Vorstellungen «Mannesmann», «Phoenix-Rheinrohr», «Hoechst», «Hoesch» usw. als bleibende, wenn auch nichtssagende Begriffe dem Gedächtnis einprägen. Mit der Folge freilich, dass diese Vorstellungen virulent werden, wenn ein Artikel über einen der Grossinserenten ins Blatt kommt. Schwer denkbar, dass die notorisch intelligenten *Spiegel*Leser – mögen ihre wirtschaftlichen Interessen auch nicht schwer ins Gewicht fallen und ihre wirtschaftskritischen Einsichten dem Gewicht ihrer materiellen Interessen entsprechen – dann schweigend den Affront hinnehmen würden, die ihnen im Anzeigenteil überschwenglich gepriesenen Firmen mit Augsteins Ekel an der Welt behandelt zu sehen. Das ist wohl der tiefere Sinn der schwerindustriellen Inserate im *Spiegel*, die auf den ersten Blick als wirtschaftlich sinnlos erscheinen: Die kritische Marschroute des Blatts wird gebunden – ein Erfolg, der den hohen Einsatz schon lohnt. Umso mehr, da Augsteins fechterisches Ingenium – er ist in der Tat ein intellektueller Florettfechter von hohen Graden – in den kommerziell nicht beanspruchten Teilen der Arena nach wie vor die brilliantesten Kampfspiele bietet: ein romantischer Presselord, aber ein Lord vom Wirbel bis zur Zehe.

Es gibt Lords, die ihren Lebensunterhalt aus dem Verkauf der Äpfel und Tomaten ihrer Gärten gewinnen; andere veranstalten Führungen (mit Tee) durch ihre angestammten Schlösser; unser Lord verkauft seine rabiate Melancholie: ein weit begehrteres Gut als Britanniens landed gentry zu bieten hat.

Zum Schluss muss unter den Hamburger Verlegern noch ein Mann erwähnt werden, der sozusagen ein literarisches Doppelleben führt: Kurt Ganske, gleichermassen bewährt als Buch- wie als Zeitschriftenverleger, auf beiden Gebieten weit über den Durchschnitt hinausragend.

Der Hoffmann und Campe Verlag, als dessen Inhaber Kurt Ganske in der Fachwelt bekannt ist, vertritt eine alte Tradition von hohen literarischen Graden. Er war – damals lebte freilich Kurt Ganske noch nicht – der Verleger Heinrich Heines, von dessen Gedichtbüchern es einige zum Rang von Bestsellern brachten. Aber auch heute noch ist dieser Hamburger Buchverlag eifrig darauf bedacht, sich im Ruf eines literarisch anspruchsvollen Unternehmens zu behaupten.

Das gilt ebenso für seine Zeitschriften- wie für seine Buchproduktion.

Die 1949 gegründete *Deutschland-Revue* hatte es bis 1955 allerdings nur auf eine Auflage von 16'000 Exemplaren gebracht. Umso eindrucksvoller aber ist die Entwicklung des *Merian*, der 1948 begründet wurde und schon sieben Jahre später eine Auflage von 83'500 Stück auswies.

Dabei ist der *Merlan* alles andere als ein Kompendium der Sensationen; vielmehr eine Folge von Heften, die Monat für Monat das Thema wechseln und doch beim Thema bleiben; denn jede Nummer des *Merian* ist der Darstellung einer deutschen Stadt oder Landschaft gewidmet. Und da in deutschen Ländern nichts so billig zu haben ist wie die Arbeitskraft namhafter Autoren, sind die *Merian*-Beiträge regelmässig gut, manchmal sogar brillant geschrieben; überdies sind sie reich, wenn nicht üppig illustriert: für den Leser ein Genuss und für die wachsende Zahl derer, die's mit dem Lesen erst gar nicht versuchen, eine Augenweide. Vom verlegerischen Standpunkt aber ist die Zeitschrift das, was man in der Branche eine «glückliche Lösung» nennt: den Druck- und Papierkosten steht ein wechselndes, oft aber beträchtliches Inseratenaufkommen gegenüber, der Honoraraufwand fällt bei der Höhe der Auflage und der Wohlfeilheit der geistigen Leistung kaum fühlbar ins Gewicht, der Vertrieb stützt sich auf die Organisation des Buchhandels, und der Verbreitung kommt die Neigung des materiell saturierten Publikums entgegen, auch mal etwas für die Bildung zu tun und von der Reise gediegenes Andenkenmaterial mitzubringen. Fast in jedem Punkt also, den der Verlagskaufmann zu bedenken hat, ist diese Zeitschrift dem Buch überlegen – ein Stück deutscher Wertarbeit, das wenn nicht seinen, so doch einen Mann ernährt. Dass dieser Mann, Kurt Ganske, im Hoffmann und Campe Verlag auch noch das *Weltwirtschaftliche Archiv* verlegt, das vierteljährlich in 1'600 Exemplaren erscheint, dafür allerdings 16 Mark je Einzelnummer kostet, weist ihn als unverbesserlichen Idealisten aus. Denn wer anders als ein Idealist würde nur um der Ehre Willen ein so undankbares Geschäft übernehmen?

Freilich, Idealismus muss man sich leisten können. Aber Kurt Ganske kann ihn sich leisten; denn neben dem Hoffmann und Campe Verlag besitzt er als einziger Gesellschafter auch noch die Jahreszeiten Verlag Gesellschaft mbH (StK 20'000 DM), deren Verlagsprogramm uns einen Mann am Werk zeigt, der seine Zeit und ihre literarisch-künstlerischen Bedürfnisse aufs Trefflichste versteht.

Der Jahreszeiten-Verlag gibt (nach dem Stand von Mitte 1955) heraus:

Titel	Auflage	Erscheinungsweise	Preis je Einzelnummer Pf	Anzeigenpreis je Seite DM
<i>Film und Frau</i>	341'500	14täglich	70	5'984
<i>Film und Frau</i> – Modeheft	200'000	halbjährlich		4'800
<i>Stimme der Frau</i>	134'250	14täglich	75	2'960
<i>Funk und Film</i>	463'500	wöchentlich	40	4'482

Wahrhaftig, das Programm kann sich sehen lassen: Mit feinstem Spürsinn hat der Verleger erkannt, dass die drei grossen «F», Frau, Film und Funk, ein Feld schier unausschöpflicher kommerzieller Möglichkeiten abstecken. Sie flattern fröhlich im Morgenwind der Epoche, die drei grossen «F», jenen Zeichen vergleichbar, mit denen die Goldgräber ihre Claims markieren. Aber schliesslich ist es ja auch Gold, was auf dem Tätigkeitsfeld des Jahreszeiten-Verlags gefördert wird: die ewigen Anliegen der Frau, die sich im Spiel mit der Mode und in der Sorge für Heim und Leben manifestieren, und die ewigen Werte der Kunst, die nur durch Film und Funk vermittelt werden. Allenfalls könnte man beunruhigt sein, dass nicht auch Sport und Automobil ihren Platz im Verlagsprogramm haben. Doch wie dem auch sei: die drei «F» genügen – wie sich in den Zahlen erweist – einen Mann in Atem zu halten.

Neben Hamburg gibt es im norddeutschen Raum kein Presseemporium von überragender Bedeutung mehr. Nur Lübeck besitzt in der Person Leonhard Ehrlichs einen Verleger, dessen Wirken über die engen Grenzen der Stadt und des Landes hinausreicht.

Leonhard Ehrlich, Verlagsleiter und geschäftsführender Gesellschafter der Lübecker Nachrichten GmbH, die mit der gleichnamigen Zeitung (Auflage: etwa 45'000) die Tradition des früheren *Generalanzeigers* fortsetzt, hat sein eigentliches Tätigkeitsfeld nicht hier, sondern bei der Norddeutschen Verlagsgesellschaft mbH, Lübeck, gefunden. Diese Gesellschaft – nicht zu verwechseln mit der Norddeutsche Verlags-GmbH, Hannover – ist mit einem Stammkapital von 360'000 DMark ausgestattet, das sich restlos in Ehrlichs Besitz befindet. In ihrem Verlag erschienen Ende 1955:

1. *Schulfunk-Bilderdienst und Westdeutsche Schulfunkpost* (Auflage: 100'000),
2. *Frau im Spiegel* (163'000),
3. *Reichsbund* Zentralorgan des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebener (650'000),

4. *Der Ruhestandsbeamte*, Bundesorgan des Gesamtverbandes Deutscher Ruhe- und Wartstandsbeamter und Hinterbliebener e.V. (42 500),
5. *Der Grenzjäger*, Zentralorgan des Bundesgrenzschutzverbandes e.V. (10'000),
6. *Die Gemeinde*, Evangelisch-lutherisches Sonntagsblatt für Lübeck & Umgebung (10'000),
7. *Deutsches Rotes Kreuz*, Zentralorgan des DRK (25 500),
8. *Der Kleingärtner*, Verbandsorgan der schleswig-holsteinischen Kleingärtnerverbände und -vereine (41'000).

Das *Sport-Megaphon*, das mit einer Auflage von 29'500 in Schleswig-Holstein verbreitet wird, ist kürzlich von der Norddeutschen Verlagsgesellschaft an die mit ihr in Personalunion stehende Ehrlich & Sohn KG, Lübeck, abgegeben worden, die auch das bis Hamburg und Bremen verbreitete Wochenblatt *Der Sport* (42'750) herausgibt.

KLEINER MANN, WAS WILLST DU LESEN?

Zeitungen im Ruhrgebiet

Das Gebiet der grössten Zeitungsdichte ist nach Hamburg, das seine Presseerzeugnisse freilich zum allergrössten Teil exportiert, Nordrhein-Westfalen und hier natürlich das Ruhrgebiet. Erstaunlicherweise hat diese – wenn man so sagen darf – wirtschaftlich prominenteste und weitaus volkreichste Industrielandschaft der Bundesrepublik aber kein eigentliches Pressezentrum, keine führende Zeitungsstadt von überregionaler Bedeutung hervorgebracht. Das entspricht einem eigentümlichen Wesenszug des Reviers: Die grossen Firmen des Ruhrgebiets stellen veritable Städte und riesige Hüttenwerke in Indien und Brasilien «auf den grünen Rasen», seine Maschinen- und Eisenhändler stehen mit der ganzen Welt in Verbindung, die Energierohstoffe des Reviers – Kohle, Gas und elektrischer Strom – werden nicht nur im Bundesgebiet, sondern auch jenseits der Grenzen abgesetzt. Und doch ist das Schwarze Revier bis auf den heutigen Tag tiefe Provinz geblieben: der Stammtisch, der Skatklub, der Spar-, der Taubenzüchter- oder der Sportverein, der Klatsch in den werkseigenen Siedlungen, getrennt nach Arbeiter- und Beamtenwohnungen – kurzum die kleinräumigen Lokalinteressen, die sich scharf gegeneinander abgrenzen, von Ort zu Ort, von Werk zu Werk und von Stand zu Stand, setzen dem Leben die Norm. Ein zählebiger Traditionalismus beherrscht das Dasein der Menschen, der sich beständig in Widerspruch zu den Entwicklungsgesetzen der Technik bringt; sie verkriechen sich ins enge Gehäuse ihrer Siedlungen, Strassen und ländlichen Kotten und fühlen sich doch nicht geborgen inmitten dieser Landschaft, die ihre Ruhe und Schönheit, die Sonne, den blauen Himmel, die Lebensluft, die Flüsse und Bäche und selbst die Stabilität des von den Bergwerken unterminierten Bodens dem industriellen Fortschritt geopfert hat. Doch desto beharrlicher suchen sie Schutz vor der inneren Widersprüchlichkeit ihres Lebens im engsten Kreis, auf den die Lampe daheim und im Wirtshaus ihr Licht wirft. Sie bleiben zu Hause, auch wenn sie der Reisebus hordenweise nach Italien verfrach-

tet. Sie wollen es nicht anders. Sie wollen auch keine «grosse» Zeitung lesen; die Werkszeitschriften, die ihnen von Gedenktagen und Jubiläen, von «ihrem» Werk, «ihren» Gemeinschaftsausflügen, «ihrem» Erholungsheim berichten, werden eifriger gelesen – vornehmlich von den Frauen und Töchtern der Arbeiter – als die Gewerkschaftspresse; von ihrer Tageszeitung aber erwarten sie wenig grosse Politik, keine profunden Wirtschaftsberichte noch auch ein brillantes Feuilleton, sondern lokalen Stoff von der derben, eingängigen Art, über den sich am Abend leicht plaudern lässt.

Die Männer, die das frühzeitig erkannt haben, allen voran die Verleger der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* – der WAZ, wie sie im Revier genannt wird –, sind heute die Zeitungskönige an der Ruhr.

Erich Brost – bis 1936 Redakteur der *Danziger Volksstimme* und Mitglied des Volkstages der Freien Stadt Danzig, später als Journalist in England, Polen, Schweden und Finnland tätig – hatte im Frühjahr 1948 die Lizenz für eine Tageszeitung erhalten, die seit dem 3. April 1948 unter dem Titel *Westdeutsche Allgemeine, Die unabhängige Zeitung des Ruhrgebiets*, von der Westdeutsche Allgemeine Zeitung Verlagsges. mbH, Bochum, verlegt wurde. Brost übernahm die Chefredaktion: er zeichnete als «Herausgeber»; als Verlagsleiter trat ihm Jakob Funke zur Seite, dem sich später Dr. Rolf Ippen hinzugesellte, der 1926 als Generalsekretär des Niederrheinischen Westfälischen Zeitungsverleger-Vereins so warme Worte für die Generalanzeigerpresse gefunden hatte.

Die Zeitung entwickelte sich schnell zum auflagenstärksten Blatt des Reviers: 1953 verteilte sich eine Gesamtauflage von 280'000 Exemplaren auf die Hauptausgabe und 14 Nebenausgaben; 1955 war die Zahl der Neben- und Bezirksausgaben auf 17, die Gesamtauflage auf annähernd 360'000 Exemplare gestiegen, während sich gleichzeitig der Anzeigenpreis je Seite (der Gesamtausgabe) von 12'155 auf 13'260 DMark erhöhte.

Sie ist eine Volkszeitung im undoktrinären Sinne des Worts: die Zeitung, die die Bergleute und ihre Frauen, die Hüttenarbeiter und die Angestellten der Industrie, aber auch die grosse Zahl der Gewerbetreibenden und Beamten mit Behagen lesen. Bescheiden in der Aufmachung, in der Handhabung des Formats (Rheinisches Format) an die gute alte Generalanzeigerpresse erinnernd, journalistisch gekonnt, insofern als der Stoff so stark komprimiert wie nur möglich und graphisch geschickt dargeboten wird, reich bebildert, unabhängig in dem Sinn, dass sie sich die Freiheit vorbehalten hat, milde Kritik nach jeder Seite zu üben, wohlversehen mit Anzeigen, namentlich auch mit Familienanzeigen, und durch ihren Reichtum an Nebenausgaben in der Lage, dem lokalen Interesse mitsamt den publizistischen Ansprüchen aller Vereine, Arbeits- und Ehejubilare vollauf zu genügen – genau das also, was die vom Tempo des technischen Fortschritts und von der Anonymisierung des öffentlichen und des Wirtschaftslebens bedrängten und geängstigten Kumpels in der Ruhe ihrer vier Wände lesen wollen, um die Illusion eines gesicherten, im lokal überschaubaren Umkreis verlaufenden Daseins zurückzugewinnen.

Was die geschäftliche Entwicklung der WAZ angeht, so ist zweierlei interessant. Einmal der Umstand, dass der Verlag sich im Herbst 1949 gewissermassen geteilt hat; dergestalt, dass die Westdeutsche Allgemeine Zeitung Verlagsges. mbH, Essen, die rheinischen Ausgaben, ihr nachgeborenes Schwesterunternehmen, die Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH in Bochum – an der auch Dr. Ippen mit 5 Prozent beteiligt wurde – die westfälischen Ausgaben herausbringt. Zum zweiten sehen wir, dass die ungemünzte günstige Ertragslage – nicht zuletzt das Erbe des Lizenzmonopols – die WAZ-Verleger in die Lage versetzt, um nicht zu sagen: vor die Notwendigkeit gestellt hat, eine grosszügige Expansion zu finanzieren.

DER WA-Komplex

I. *Westdeutsche Allgemeine Zeitung Verlagsgesellschaft mbH Bochum-Essen, Essen*

Geschäftsführer: Erich Brost, Hauptschriftleiter, Essen

Jakob Funke, Verlagsleiter, Essen

<i>Gesellschafter:</i> Erich Brost	10 000 DMark
Jakob Funke	10 000 DMark

II. *Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH, Bochum*

Geschäftsführer: Verleger Jakob Funke in Essen

Verleger Dr. Rolf Ippen in Essen

<i>Gesellschafter:</i> Erich Brost, Hauptschriftleiter und Verleger, Bochum	5 000 DMark
Jakob Funke, Verleger, Essen	5 000 DMark
Firma Laupenmühlen & Dierichs, Bochum	9 000 DMark
Dr. Rolf Ippen, Verleger, Essen	1 000 DMark

III. *Hessische Druck- und Verlagsanstalt GmbH, Kassel*

Geschäftsführer: Redakteur Wolfgang Bartels, Kassel

Redakteur Wolfgang Pöschl, Kassel

Verleger Gustav Römer, Kassel

<i>Gesellschafter:</i> Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH, Bochum	70 000 DMark
dgl	70 000 DMark
Chefredakteur Dr. Wolfgang Pöschl, Kassel	70 000 DMark

IV. *> Welt am Sonnabends: GmbH, Düsseldorf*

Geschäftsführer: Kaufmann Peter Preiss

<i>Gesellschafter:</i> Zeitungsverleger Johannes Becker, Winterberg	150 000 DMark
Frau Joh. Becker, Winterberg	50 000 DMark
Westdeutsche Allgemeine Zeitung	
Verlagsges. mbH, Essen.....	100 000 DMark
Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH, Bochum	100 000 DMark

Ganz still schluckte die WAZ im Sommer 1954 die *Essener Allgemeine Zeitung*, d.h. die 52'500 Abonnenten des Blatts, das W.Girardet, Graphische Betriebe und Verlag KG in Fortführung der Generalanzeigertradition 1949 wieder begründet hatte. Der Handel war – wie es im deutschen Zeitungswesen üblich geworden scheint und sich beispielsweise auch im Fall des *Hamburger Fremdenblatts* und der *Neuss-Greven-*

broicher Zeitung ereignet hat – ohne Wissen der Redakteure, selbst des Chefredakteurs, zum Abschluss gebracht worden. Die Männer, die das Blatt in wenigen Jahren zu einem bedeutenden Erfolg, mit anderen Worten: zu einem wertvollen Handelsobjekt gemacht hatten, erhielten am Abend des Wahltags in Nordrhein-Westfalen, dem 27. Juni 1954, die schlichte Mitteilung, dass sie die Montagausgabe nicht mehr zu machen brauchten. Sie wurden – verständlicherweise – von der *WAZ* nicht übernommen. Sie wurden von einer Stunde zur anderen Stunde auf die Strasse gesetzt; natürlich mit dem unangefochtenen Anspruch in der Tasche, ihre Gehälter bis zum vertraglich vorgesehenen Kündigungstermin weiter zu beziehen. Dennoch mochten sie es als Härte empfunden haben, dass die Girardets mit Rücksicht darauf geschwiegen hatten, dass «ein Verlagsobjekt, das man verkaufen wolle, an Wert verliere, wenn vorher Verlautbarungen an die Konkurrenz oder an die breite Öffentlichkeit gelangen». Und sicherlich haben sie ihren Sturz umso schmerzlicher empfunden, da sie mit Recht der Auffassung sein konnten, dass ihr Verlag – im Ruhrgebiet eines der reichsten und leistungsfähigsten Druck- und Verlagsunternehmen – zur nahezu achtzigjährigen Zeitungstradition des Hauses Girardet stehen würde.

Darin irrten sie sich nun freilich. Sowohl die Altverleger Girardet wie auch die jungen Verleger der Gegenseite – deren primus inter pares Erich Brost seinen Weg als Verleger-Journalist gemacht hat – handelten in der klaren Erkenntnis der seit den

W. Girardet, Graphische Betriebe und Verlag, Essen

Stand 1954/55	Auflage
Verlegt und druckt	
<i>Industrie-Anzeigen</i>	25' 170
<i>Elektro-Anzeigen</i>	14'000
<i>Feld und Wald</i>	87'450
<i>Brennstoff-Chemie</i>	2'500
<i>Komm mit!</i>	100'000
<i>Kunden-Illustrierte</i> ¹	100'000
<i>die neue mode</i> ¹	140'000
<i>Hochtief-Nachrichten</i> ²	
(Hausmitteilungen der AG für Hoch- und Tiefbau, Essen)	3-5'000
<i>Das Beste aus Readers Digest</i>	681'000
<i>hobby</i>	323'000
<i>Walt Disneys Micky Maus</i>	300'000
<i>Die neue Hauszeitung</i> (Karstadt) ²	-
<i>Die Barmer Ersatzkasse</i> ²	1'500'000
<i>Canterbumm erzählt euch</i> ¹ (Brenninkmeyer).....	300'000
<i>Der kleine DEFAKA-Kurier</i> ²	-
<i>Die Kugellager-Zeitschrift</i> (SKF) ²	6'000
<i>Photographie und Wissenschaft</i> ² (Agfa)	-
<i>Bleyle-Post</i> ¹	350'000
<i>Charlott</i> ¹ (NORD-WEST Schuheinkaufsgenossenschaft GmbH)	125'000
<i>Der Strom</i> ¹ (Energie-Verlag GmbH, Heidelberg)	1'800'000
<i>Der Elektrohaushalt</i> ¹ (Energie-Verlag GmbH, Heidelberg)	180'000

¹ Kundenzeitschrift ² Hausmitteilungen

Tagen der Monopolpresse datierenden Situation des journalistischen Berufsstandes: seine organisatorische Schwäche, seine wirtschaftliche Degradierung und sein sozialer Prestigeverlust liessen es möglich und so auch wirtschaftlich richtig erscheinen, die Rücksicht auf das Gelingen des Geschäfts höher einzuschätzen als die Anteilnahme am Schicksal der betroffenen Redakteure.

Glücklicherweise verlief im Übrigen die Expansion der WAZ ohne nachteilige Folgen für die beteiligten Journalisten. Die ehemaligen Lizenzträger der *Hessischen Nachrichten*, die auf Grund der Lizenz Nr. 15 im September 1947 ihre Zeitung als Nachfolgerin der schon 1945 entstandenen *Hessischen Post* gegründet hatten – Wolfgang Bartels, Dr. Wolfgang Pöschl und Gustav Römer – versehen heute bei der Hessischen Druck- und Verlagsanstalt GmbH das Amt von Geschäftsführern. Dr. Wolfgang Pöschl ist Chefredakteur der Nachrichten geblieben und ist auch weiterhin am Gesellschaftskapital, das 1950 von 21'000 RMark auf 210'000 DMark heraufgesetzt wurde, mit einem Drittel beteiligt. Die Zeitungsverlag Ruhrgebiet GmbH hat sich damit begnügt, zwei Drittel der Stammanteile – nominell 140'000 DMark – zu erwerben. Ob sich die Investierung gelohnt hat, mag dahinstehen: die Gesamtauflage der mit sieben Nebenausgaben erscheinenden *Hessischen Nachrichten* ist von annähernd 94'000 Anfang 1951 auf 81 100 Anfang 1955 zurückgegangen.

Ähnlich verhält – vielleicht auch: verhielt – es sich mit der *Welt am Sonnabend*. Der erste Lebensabschnitt dieses Blatts fällt in die Jahre 1931 bis 1944. Es hatte schon damals grossen Erfolg; nicht zuletzt dank dem gemeindebildenden Wirken Tante Klaras – wahrscheinlich der ersten und damals noch einzigen Repräsentantin der heute so zahlreich vertretenen Spezies –, deren psychologische Delikatesse bei der Behandlung leicht exhibitionistischer Leserbriefe dem Blatt viele Freunde und Freundinnen gewann. Sehr bald nachdem der unentwegte Johannes Becker im November 1948 seine Zeitung unter dem Titel *Diese Woche – Welt am Sonnabend* wieder herausbringen konnte, erlebte er mit freudiger Genugtuung, dass ihm das Publikum die Legitimität seines Unternehmens bestätigte. In nicht viel weniger als einem Jahr war eine Auflage von mehr als 400'000 Exemplaren erreicht, und die auf produktive Anlage drängenden Gewinne machten es ihm möglich, nach Ablauf der mit dem Droste-Verlag, Düsseldorf, und der Industriebank AG in Essen abgeschlossenen Druckverträge sich eine eigene Druckerei einzurichten. Die 553'000 Exemplare der Auflage von 1953 wurden schon in der waso-Druckerei gedruckt. In summa, es war ein blühendes Unternehmen, in das sich die WAZ-Gruppe mit ihrer 50prozentigen Beteiligung einkaufte. Ein solides Geschäft, sicher gegründet auf den Lesehunger der Analphabeten nach den Moritaten auf Liebe und Mord, nach Horoskopen und nach den psychologischen Delikatessen aus Tante Klaras Redaktionsküche: so sicher, dass der kleine Auflagerückgang auf 503'000 Exemplare im Jahre 1955 die Zuversicht der Gesellschafter kaum zu erschüttern vermochte. Mindestens kann man das daraus schliessen, dass sie ungeachtet des 10prozentigen Auflageverlustes den Anzeigenpreis von 12'096 DMark je Seite im Jahre 1953 auf 13'440 DMark im Jahre 1955 hinaufsetzten. Denn

sicherlich hätten sie sich nicht dazu verstanden, wenn sie, ebenso wie ihre Anzeigenkunden, die leichte Rückläufigkeit der Auflageentwicklung nicht für eine temporäre Erscheinung gehalten hätten.

Doch wie dem nun sei: der Aufstieg der WZ-Gruppe vom Nullpunkt, bei dem Erich Brost im April 1948 begonnen hatte, zur Herrschaft über die auflagestärkste Zeitung des Ruhrgebiets und zur Ausweitung ihres Dominiums bis Kassel und Düsseldorf, ist ein schönes Beispiel dafür, wie weit es tüchtige Zeitungsverleger im Nachkriegsdeutschland bringen konnten.

Den Gegentypus zu Brost verkörpert Lambert Lensing: tief in der westfälischen Landschaft wurzelnd, traditionsgebunden, als alter Zentrumsman, Mitbegründer der CDU und Landtagsabgeordneter seiner Partei politisch eindeutig festgelegt, ein politischer Verleger also, wie er sich schärfer profiliert kaum vorstellen lässt. Gemeinsam haben die beiden aber die publizistische Witterung für den engräumig-kleinbürgerlichen Charakter des Ruhrgebiets, der so gar nicht zu den landläufigen Vorstellungen von der heroischen Natur dieser Industrielandschaft passt. Und ebenso konsequent wie Brost hat Lensing dem Rechnung getragen: Die im März 1949 in Dortmund begründeten *Ruhr-Nachrichten* haben es bis 1955 auf 14 Bezirks- und 5 Nebenausgaben und eine Gesamtauflage von 150'000 Exemplaren gebracht. Die *Ruhr-Nachrichten* mit dem Untertitel *Essener Tageblatt* sind aus der dem Zentrum nahestehenden *Rhein-Ruhr-Zeitung* hervorgegangen, die schon im Mai 1946 begründet wurde. Das Ausscheiden der Lizenzträger, Dr. Carl Spiecker (später Minister und Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund), Dr. Heinrich Steffensmeier und Dr. Wilhelm Hamacke, machte die Überführung des Blattes in einen der CDU nahestehenden Verlag möglich: eben den Tageblatt-Verlag. Vom 1. Oktober 1949 bis zum 14. Oktober 1955 erschien die Zeitung mit dem Titel *Essener Tageblatt*, der seit dem 15. Oktober endgültig unter den Haupttitel *Ruhr-Nachrichten* gerückt ist (Auflage 31'440): eine unaufdringliche Anerkennung der Führungsrolle, die die *Ruhr-Nachrichten*, Dortmund, im Essener Kondominium spielen.

Ruhr-Nachrichten GmbH, Dortmund

<i>Geschäftsführende Gesellschafter:</i> Verleger Lambert Lensing	10'000 DMark
Verleger Otto Rippei	10'000 DMark

Tageblatt Verlag GmbH, Essen

<i>Geschäftsführer:</i> Dipl.-Kaufmann Max Vester, Essen	<i>Gesellschafter:</i> Industriedruck AG, Essen	25'000 DMark
Ruhr-Nachrichten GmbH, Dortmund		25'000 DMark

Unter einem neuen und höchst eigenartigen Aspekt sehen wir das Ruhrgebiet, wenn wir uns einer dritten Gruppe, und zwar einer Gruppe zuwenden, die sich, wie eine Ellipse um ihre beiden Brennpunkte, um zwei Männer unterschiedlicher Art gebildet hat, von denen jeder in seiner Sphäre eine hervorragende Rolle spielt.

Die beiden Männer sind der sozialdemokratische Stadtrat Paul Sattler und der Unternehmer – Fabrikant, Grosshändler und Verleger – Rolf Krawehl.

Paul Sattler, hauptberuflich Vorstandsmitglied der VEW Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG und Mitglied des Grubenvorstands der VEW-Zechen Gewerkschaft Alte Haase und Gewerkschaft Gottessegen, Aufsichtsratsmitglied der Dortmunder Stadtwerke AG und der Dortmunder Hafen AG einerseits, der August Thyssen Hütte AG andererseits, amtiert gleichzeitig als geschäftsführender Gesellschafter der Westfälischen Verlagsgesellschaft mbH, bei der die grosse, der SPD nahestehende *Westfälische Rundschau* (Auflage: annähernd 250'000) erscheint, sowie der Westfalendruck GmbH und als Geschäftsführer der Westfalendruck GmbH & Co KG, die beide in Dortmund ihren Sitz haben. Als Prominenter der Dortmunder Wirtschaft gehört er dem Beirat der Industrie- und Handelskammer an. Aber man kann ihn dort nicht als Unternehmer im eigentlichen Sinne des Wortes qualifizieren, der, obwohl weltanschaulich dem Sozialismus zuneigend, doch eben aus privater Initiative handelnder Geschäftsmann wäre. Gewiss gibt's das auch. Auf Sattler träfe die Kennzeichnung nicht zu: Er gehört zur Spezies der Manager, die als Vertrauensmann ihrer Partei an der Leitung der öffentlichen Versorgungsbetriebe teilhaben – ein Mann also, der im Boden der Parteipolitik wurzelt.

Rolf Krawehl dagegen, der wirtschaftsmächtigen Essener Familie entstammend, die mit den Waldthausens liiert ist, ist schlicht und einfach Unternehmer: Inhaber der drei Dortmunder Firmen Eisen & Krawehl Schirmfabrik, Rolf Krawehl Papiergrosshandel und Max Hopp & Co Papiergrosshandel sowie Gesellschafter der Bumkes Tabellenverlag GmbH.

Unternehmerischer Art sind ferner die Funktionen, die er als Treuhänder der ihm verwandtschaftlich verbundenen Generalanzeiger-Familie Krüger in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der folgenden Firmen wahrnimmt:

Westfalendruck GmbH, Dortmund,
 Westfalendruck GmbH & Co KG, Dortmund,
 Westfalenverlag GmbH, Dortmund,
 Ardey Verlag, Dortmund,
 Elegante Welt Verlags-GmbH, Düsseldorf,
 Generalanzeiger Krüger KG, Dortmund,
 Krüger Grundstücksgesellschaft mbH, Dortmund,
 Deutscher Wochenzeitschriftenverlag GmbH, Dortmund.

Schliesslich bestätigt auch die Fülle der Ehrenämter, die er in seiner Hand vereinigt – Rolf Krawehl ist Vorsitzender des Verbands der graphischen Betriebe, Bezirk Dortmund, und des Prüfungsausschusses der IHK Dortmund, Vorstandsmitglied des Verbands der graphischen Betriebe Westfalen-Lippe e.V., Dortmund, und der Gemeinschaft der Schirmwirtschaft (Modeausschuss), Frankfurt a.M., sowie Mitglied der Vollversammlung der IHK Dortmund und der Westfälischen Kaufmannsgilde Dortmund – dass die Standesgenossen dieses Mannes, der noch nicht in sein fünfzigstes Lebensjahr eingetreten ist, seine unternehmerischen Qualitäten und Leistungen

durchaus zu schätzen wissen. Mögen sie auch auf so verschiedenen Gebieten liegen, wie denen der Schirmfabrikation, des graphischen Betriebs, des Verlagswesens und des Papierhandels.

Westfälische Verlagsgesellschaft mbH, Dortmund

(Verlag der Westfälischen Rundschau)

Geschäftsführer: Stadtrat Paul Sattler Kaufmann Ernst Vay

<i>Gesellschafter:</i> Ministerpräsident Fritz Steinhoff, Hagen.....	56'000 DMark
Stadtrat Paul Sattler.....	48'000 DMark
Heinrich Sträter, MdB	56'000 DMark

Stammkapital 160'000 DMark

Deutsche Wochenzeitschriftenverlag GmbH, Dortmund

Das Grüne Blatt, Europa-Funk, Funk-Uhr

Geschäftsführer: Rolf Krawehl

<i>Gesellschafter:</i> Westfälische Verlagsgesellschaft mbH	25'000 DMark
RA Dr. Heinrich Becker	25'000 DMark

Stammkapital 50'000 DMark

Westfalendruck GmbH, Dortmund

Geschäftsführer:

Rolf Krawehl, Dortmund
Paul Sattler, Dortmund

Gesellschafter: DMark

Frau Aenne Hasenclever geb. Krüger, Nassau/L	468 400
Rudolf Krüger, Dortmund	468 400
Erben von Gustav Krüger:	
1. Frau Margarete Krüger geb. Jacobs, Dortmund	234 200
2. Frau Inge Krawehl geb. Krüger, Ruhpolding	234 200
Erben v. Frau Auguste Krüger, Witten:	
1. Hermann Krüger, Witten	234 200
a) Frau Irmgard Kölsch geb. Krüger, Witten .	117 100
h) Horst Krüger, Witten	117 100
Frau Käthe Richter, Witzhelden	235 200
Karl Richter, Witzhelden.	116 600
Frau Anne-Dorothea Schnuck geh. Richter, Witzhelden	116 600
Paul Sattler, Dortmund	328 000

Westfalendruck GmbH & Co KG, Dortmund

Pers. haft. Ges.: Westfalendruck GmbH *Geschäftsführer:* Rolf Krawehl, Dortmund

Paul Sattler, Dortmund <i>Kommanditisten</i>	DMark
Frau Aenne Hasenclever geb. Krüger, Nassau/L	10'000
Rudolf Krüger, Dortmund	10'000
Erben von Gustav Krüger:	
1. Frau Margarete Krüger geh. Jacobs, Dortmund ...	5'000
2. Frau Inge Krawehl geb. Krüger, Ruhpolding .	5'000
Erben v. Frau Auguste Krüger, Witten: 1. Hermann Krüger, Witten .	5'000
a) Frau Irmgard Kölsch geh. Krüger, Witten ...	2 500
b) Horst Krüger, Witten	2 500
Frau Käthe Richter, Witzhelden	5'000
Karl Richter, Witzhelden	2 500
Frau Anne-Dorothea Schnuck geb. Richter, Witzhelden	2 500
Komm.-Einlagen.....	50'000

Westfalen-Verlag GmbH, Dortmund

5'000 DMark

Geschäftsführer: Rolf Krawehl

Gesellschafter: Westfalendruck GmbH

*Ardey Verlag GmbH, Dortmund**Geschäftsführer:* Rolf Krawehl, Dortmund

A. Hillen-Ziegfeld, Bad Godesberg Dr. Adolf Potthoff, Dortmund

Gesellschafter: Westfalendruck GmbH & Co KG, Dortmund 24'000 DMark

Verlag Soziale Welt GmbH, Dortmund..... 10'000 DMark

Westfälischer Heimatbund eV, Münster..... 6'000 DMark

Landesverkehrsverband Westfalen eV, Dortmund 6'000 DMark

Westfälische Verwaltungsakademie eV, Mün-
ster 12'000 DMarkSozialforschungsstelle an der Universität Münster,
Dortmund 10'000 DMark

Stammkapital 80'000 DMark

Um diese beiden Männer nun hat sich, wie schon gesagt, eine Gruppe von Unternehmungen formiert, die auf die eine oder die andere Weise im Dienste der Publizistik stehen. Mit der Westfälischen Verlagsgesellschaft, bei der Paul Sattler als einziger der drei Gesellschafter auch als Geschäftsführer amtiert, hat Rolf Krawehl unmittelbar nichts zu tun. Wohl aber mittelbar. Denn diese Gesellschaft, der Verlag der SPD-Zeitung *Westfälische Rundschau*, war bis zum 16. April 1956 mit 75 Prozent und ist seither noch mit 50 Prozent an der Deutsche Wochenzeitschriftenverlag GmbH, Dortmund (früher Union-Verlag GmbH) beteiligt. Hier aber amtiert Krawehl als Geschäftsführer. Abgesehen davon druckt die Tochtergesellschaft der Westfalendruck GmbH, die Westfalendruck GmbH & Co KG, zwei der drei Verlagsobjekte des Deutschen Wochenzeitschriftenverlags, nämlich *Das Grüne Blatt*, *Deutschlands grosse Wochenzeitung* (Herausgeber: Rolf Krawehl und Dr. Heinrich Becker; Auflage 1955 340'000) und *Europa-Funk*. *Europa hört und sieht sich* (Verlagsleiter: Rolf Krawehl, Auflage 30'000-40'000); das dritte Verlagsobjekt, *Funk-Uhr* (Auflage 100'000) wird bei der Firma Emil Griebisch Graphische Betriebe KG in Hamm gedruckt.

Dazu kommt, dass Paul Sattler – wie erinnerlich, der führende Mann der Westfälischen Verlagsgesellschaft – geschäftsführender Gesellschafter der Westfalendruck GmbH ist: auf ihn entfallen, nachdem im Jahr 1955 das Vermögen der nationalsozialistischen *Westfälischen Landeszeitung*, in die am 30. Januar 1934 der *Dortmunder Generalanzeiger* umgewandelt worden war, an die Berechtigten zurückgegeben wurde, 12,29 Prozent des Stammkapitals – und dass er ferner als Geschäftsführer der Westfalendruck GmbH & Co KG amtiert. Mit der Folge, dass der Verlag der sozialdemokratischen Zeitung des östlichen Ruhrgebiets nicht nur mit dieser Westfalendruck-Tochter, mit der ja eine unmittelbare personale Beziehung besteht, sondern auch mit den anderen Töchtern mindestens mittelbar verbunden ist: mit

der Westfalen-Verlag GmbH, Dortmund,
der Ardey Verlag GmbH, Dortmund,
der Elegante Welt Verlags-GmbH, Düsseldorf,

bei denen Rolf Krawehl das Amt des Geschäftsführers versieht, sowie bei der Rheinische Druckerei GmbH, M.-Gladbach, bei der nur eine massgebliche Beteiligung besteht. Schliesslich ist die Westfalendruck GmbH mit einem Anteil von 162'500 DMark (= 5,42 Prozent des Stammkapitals) auch an der Focke-Wulf GmbH in Bremen beteiligt: dem letzten Glied einer Kette von Unternehmungen, die, durch Personalunion und Beteiligung untereinander verbunden, vom Verlag der Westfälischen Rundschau bis zum Flugzeugwerk Focke-Wulf reicht.

Natürlich geht es nicht an, diese Kette als «Konzern» zu bezeichnen. Die Westfälische Verlagsgesellschaft und der durch Beteiligung mit ihr verbundene Deutsche Wochenzeitschriftenverlag sind absolut selbständige Unternehmungen. Ungeachtet der Tatsache, dass zwischen ihnen und dem Komplex der Unternehmungen, der sich um die Westfalendruck GmbH gebildet hat, enge und dauerhafte Beziehungen sachlicher und personeller Art bestehen. Doch darin erweist sich schliesslich nur, dass das Leben in einem Gebiet so ungeheurer ökonomischer Verdichtung, wie es das Schwarze Revier ist, zuweilen auch Wege geht, die in den Lehrbüchern der politischen Doktrinäre nicht vorgesehen sind.

Man sollte nun annehmen, dass mindestens Düsseldorf – diese Stadt der anpruchsvollen Epitheta: Hauptstadt Nordrhein-Westfalens, Tochter Europas, Klein-Paris usw. – eine Hochburg der westdeutschen Presse sei. Weit gefehlt. Am Schreibtisch des Ruhrgebiets – so wird Düsseldorf auch genannt – hat niemals ein Publizist gegessen, den der Ehrgeiz trieb, eine «grosse» Zeitung zu machen. Die *Rheinische Post, Zeitung für christliche Kultur und Politik* (1955 etwa 220'000 Exemplare) ist zwar ein auflagestarkes, mit einem überreichen Anzeigenteil gesegnetes, wirtschaftlich höchst ertragreiches Blatt, das mit seinen 18 Bezirksausgaben, einer Nebenausgabe und einer Redaktionsgemeinschaft das Gebiet von Kleve und Goch am linken Niederrhein bis Lennep und Radevormwald im Bergischen Land mit politischem und lokalem Lesestoff versorgt, nach dem Willen seiner Herausgeber aber doch ein «Familienblatt» vom Typ der Ruhrgebietszeitungen: kleinbürgerlich-traditionalistisch, sozial- und wirtschaftspolitisch farblos, darauf bedacht, durch Nebenleistungen, wie den Reisedienst der *RP* gemeindebildend zu wirken – kurzum, eine Goldgrube in der Hand der christlichen Politiker – des Verlagsleiters Dr. Anton Betz, des Ministerpräsidenten a. D. Karl Arnold und des Rechtsanwalts Dr. Erich Wenderoth – die seit dem Tag der Lizenzerteilung (1. März 1946) als Gesellschafter beieinander geblieben sind.

Dr. Friedrich Vogel, der bis zum Jahre 1948 gleichfalls dem Herausgeberteam der *RP* angehörte, ist – wenigstens im Sektor der Fachpresse – die Ausnahme auf die Regel, die für die Pressestadt Düsseldorf gilt.

Dr. Vogel, von 1926 bis 1944 Handelsredakteur, seit 1934 Leiter des Wirtschaftsteils der *Düsseldorfer Nachrichten*, die heute wieder von W. Girardet, Düsseldorf, bzw. von der dem Hause Girardet zu 83,7 Prozent gehörenden Firma Westdeutscher Zeitungsverlag GmbH herausgegeben wird, übernahm nach dem Zusammenbruch zu-

nächst die Chefredaktion der (britischen) *Neuen Rheinischen Zeitung* und gehörte zunächst auch zu den Lizenzträgern der *Rheinischen Post*. Aber stärker als zur politischen Tagesjournalistik zog es ihn doch zu dem erlernten Beruf des Wirtschaftsjournalisten, den damals freilich nur derjenige einigermaßen befriedigend ausüben konnte, der über ein eigenes Fachblatt verfügte.

Die Lizenz Nr. 42, die Ende April 1946 erteilt wurde, bot die Möglichkeit dazu: Sie ermächtigte Dr. Friedrich Vogel und Dr. Erich Potthoff, das *Handelsblatt* wöchentlich einmal, im Umfang von acht Seiten und in einer Auflage von 10'000 Exemplaren, herauszugeben.

Ein siebenköpfiges Personal, darunter drei Redakteure, stand zur Verfügung, um nach einer Vorbereitungszeit von drei Wochen am 16. Mai 1946 die erste Ausgabe herauszubringen. Der publizistische Ertrag des ersten Erscheinungsjahres schlug sich auf 291 Seiten nieder. 1955 zählte das Handelsblatt-Personal 100 Mitarbeiter in der Zentrale und 90 Korrespondenten und Unterleiter an allen wirtschaftlich wichtigen Plätzen diesseits und jenseits der Bundesgrenze, deren publizistische Tätigkeit 1901 Textseiten füllten.

Dazwischen lag ein Jahrzehnt harter und sauberer Aufbauarbeit, die Dr. Vogel nach dem im Jahre 1949 erfolgten Ausscheiden Dr. Potthoffs in verlegerischer Hinsicht allein zu leisten hatte.

Der Ausbau des Handelsblatts, das seit der Währungsreform zweimal, seit 1950 dreimal in der Woche erschien, zu einer lückenlosen Chronik des deutschen und ausländischen Wirtschaftsgeschehens, war eine eindrucksvolle Leistung, die vom Verleger und seinen redaktionellen Mitarbeitern ein Höchstmass von Arbeit forderte. Der Erfolg hat dann allerdings den Aufwand an Mühe und Kosten gelohnt. Nicht so sehr hinsichtlich der Auflage, die mit ihren 32'000 Exemplaren (1955) weit hinter den Rekordziffern der Tagespresse zurückblieb, als hinsichtlich des qualitativ Erreichten. Denn bis auf den heutigen Tag ist das Handelsblatt das einzige Nachrichten- und Auskunftsmittel geblieben, das erschöpfend über das wirre und wechselvolle Wirtschaftsgeschehen der Nachkriegsjahre berichtet. Um den Preis freilich, dass die Pflege der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung oft hinter die Erfüllung der wirtschaftspublizistischen Chronistenpflicht zurücktreten musste.

Neben der Arbeit am *Handelsblatt* entfaltete Dr. Vogel – seit 1949 einziger Gesellschafter der Handelsblatt GmbH – eine überaus rege verlegerische Tätigkeit, deren Ertrag ihn in die erste Reihe der Verleger periodischen Wirtschafts-Schrifttums geführt hat. Noch in der Lizenzzeit, kurz nachdem der Presseausschuss des Landes Nordrhein-Westfalen seine später so heiss umstrittene Tätigkeit auf genommen hatte, konnte die Wochenzeitschrift *Der Betrieb* dem Publikum vorgelegt werden, und auch die *Chemische Industrie*, die repräsentative und reichhaltige Zeitschrift, die eine ähnliche Rolle spielt wie *Stahl und Eisen* und *Glückauf* für die Montanindustrie, wurde noch vor der Wiederherstellung der Pressefreiheit gegründet. Alle anderen Verlagsobjekte hatten sich sogleich unter den harten Bedingungen des freien Wettbewerbs durchzusetzen. Mit dem Erfolg, dass nicht so sehr allerdings die Höhe der Auflagen

als die Qualität der Leistung, die sie erreichten, mehr für den Ruf der Pressestadt Düsseldorf zu bewirken vermochte, als das üppige Auflagenwachstum seiner Tageszeitungen.

Im Verlag der Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, erscheinen:

Handelsblatt, Deutsche Wirtschaftszeitung. Seit 16. Mai 1946. Auflage¹ 32'000.

Der Betrieb, Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht. Seit Januar 1948. Auflage 10'000.

Chemische Industrie, Zeitschrift für die deutsche Chemiewirtschaft. Herausgegeben im Auftrag des Verbandes der chemischen Industrie e.V. Seit Juli 1949. Auflage 7800, Spezialausgaben 10'000.

Der Schrottbetrieb, Verbandsorgan des Bundesverbandes der Deutschen Schrottwirtschaft, seit Januar 1950. Auflage 2'000.

Progressus, Fortschritte der deutschen Technik. Erschien 1920-1945, dann wieder seit November 1950. Auflage 9'000.

Wirtschaft und Wettbewerb, Zeitschrift für Kartellrecht, Wettbewerbsrecht und Marktorganisation. Seit November 1951. Auflage 2'000.

Die Atomwirtschaft, Zeitschrift für alle wirtschaftlichen Fragen der Kernspaltung. Seit 1956. Auflage unbekannt.

¹ Auflageangaben für 1955

Übrigens hat Friedrich Vogel auch eine glückliche Hand als Buchverleger bewiesen. Er teilt sich mit Erwin Barth von Wehrenalp in den Besitz der Econ Verlag GmbH, bei der sie beide die Aufgabe der Geschäftsführung wahrnehmen: eines ebenso rührigen wie erfolgreichen Unternehmens, das in der kurzen Zeit seines Bestehens schon einige Bestseller auf den Markt bringen konnte.

Daneben hat Dr. Vogel aber noch Zeit gefunden sich auf einem verlagsfremden Gebiet zu betätigen: Er gründete im Herbst 1951 die Progress-Reisebüro GmbH in München, an deren 20'000-DMark-Kapital die Handelsblatt GmbH mit 12'000, der Düsseldorfer Verlagskaufmann Peter Conraths und die Münchner Geschäftsstellenleiterin Centa Hafenbrädl mit je 4'000 DMark beteiligt sind. Es handelt sich dabei wohl kaum um eine Sinekure; sonst würde Dr. Vogel nicht neben Frau Hafenbrädl als Geschäftsführer in München fungieren. Vielmehr scheint es, dass man das Reisebüro als ein Pendant zu den reich mit Inseraten versehenen Reise- und Bäderbeilagen des Handelsblatts auffassen darf, das, ebenso wie diese, den von Managerleiden befallenen *Handelsblatt-Lesern* als Wegweiser zum Paradies der Urlaubsfreuden dienen kann.

In einer gewissen Beziehung also – notabene: nur was die wirtschaftliche Fachpresse, nicht was die eigentliche Tagespublizistik betrifft – hat Düsseldorf schliesslich doch noch die alte Zeitungsstadt Köln überholt: Weder die liberale *Kölnische Zeitung* noch das grosse Zentrumsblatt *Kölnische Volkszeitung* haben Nachfolger gefunden. Und der von Reinhold Heinen, Verlagsleiter und Chefredakteur der vom Verlag Deutsche Glocke herausgegebenen *Kölnischen Rundschau* (156'000), unternommene Ver-

such, unter hohem Aufwand an Kapital und Arbeit die Kölner Tradition der «grossen» Zeitung mit der *Allgemeinen Kölnischen Rundschau* Wiederaufleben zu lassen, scheiterte alsbald – weniger freilich an der Unmöglichkeit, einen Markt für ein Blatt dieser Art zu finden oder zu entwickeln, als an der Interesselosigkeit, wenn nicht sogar am Widerstand der CDU-Führung.

Verlag Deutsche Glocke GmbH, Köln

Geschäftsführer: Landrat a.D. Dr. Reinhold Heinen

Dr. Erich Vaternahm

Dipl.-Kaufmann Winand Meertens

<i>Gesellschafter</i> ¹ Rechtsanwalt Dr. Fritz Fuchs	10'000 DMark
Oberpostpräsident a.D. Josef Baumhoff	10'000 DMark
Dr. Reinhold Heinen	10'000 DMark
Kölnische Verlagsdruckerei GmbH	20'000 DMark

¹ Die drei persönlichen Gesellschafter waren auch Lizenzträger.
Ausgeschieden sind: Justizrat Dr. Hugo Mönnig und Dr. med. Fritz Wester.

Die Pressegeschichte der britischen Zone, so reich an Namen politisch prominenter Persönlichkeiten unter den ehemaligen Lizenzträgern und den heutigen Zeitungsverlegern – Bundesminister Anton Storch (*Hannoversche Neueste Nachrichten*), Bundesminister a.D. und Ministerpräsident Heinrich Hellwege (*Niederdeutsche Zeitung*) Ministerpräsident a. D. Karl Arnold (*Rheinische Post*), Wirtschaftsminister a. D. Dr. Arthur Sträter (*Westfalenpost*) Wirtschaftsminister a.D. Dr. Friedrich Middehauve (*Westdeutsche Rundschau* und Nordwestdeutscher Zeitungs- und Zeitschriftenverlag mit der *Deutschen Zukunft*, dem *Fortschritt* und der *Mode-Illustrierten*), Finanzminister Willi Weyer, Dr. Erich Mende MdB und Walter Scheel MdB (alle drei: Nordwestdeutscher Zeitungs- und Zeitschriftenverlag) und Ministerpräsident Fritz Steinhoff (*Westfälische Rundschau*) – die Pressegeschichte der volkreichsten und wirtschaftlich führenden Landschaft also kennt eigentlich nur eine Tageszeitung, die es bewusst darauf angelegt hat, sich zum journalistischen Rang eines Blattes von echter überregionaler Bedeutung zu erheben – und dieses Blatt wurde von den Engländern begründet und stand sieben Jahre verlegerisch unter englischer Regie.

Süddeutschland zählt viel weniger politische Prominente unter den Zeitungsverlegern. Theodor Heuss, der 1945 gemeinsam mit Professor Rudolf Agricola und Dr. Hermann Knorr die Lizenz Nr. 9 für die *Rhein-Neckar-Zeitung* erhielt, ist längst aus dem Verlag ausgeschieden. Der ehemalige Justiz- und Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Professor Süsterhenn, ist am Verlag des Rheinischen Merkur nur mit 9 Prozent beteiligt, und Bundestags-Präsident Dr. Gerstenmaier besitzt auch bloss 9'000 DMark, das sind 30 Prozent des Stammkapitals der Christ und Welt Verlag GmbH. Dafür könnte man allerdings leicht sechs oder sieben süddeutsche Zeitungen nennen, die es in journalistischer Hinsicht durchaus mit dem Weltblatt Nord- und Nordwest-

deutschlands aufzunehmen vermöchten. So dass man fast auf die Vermutung kommen könnte, es bestehe ein innerer Zusammenhang zwischen dem publizistischen Interesse der politischen Prominenz und dem journalistischen Rang ihrer Blätter. Doch mag das nun sein, wie es will – jedenfalls weht eine andere Luft im süddeutschen Blätterwald als über die herbe norddeutsche Heide.

EMPORIUM DER PRESSE AM MAIN

Wenn man dem Zahlenwerk der Statistik auch keine allzuhohe Bedeutung zumesen sollte – denn Zahlen setzen sich ja aus unterschiedslosen Einheiten zusammen, sagen also nichts über qualitative Unterschiede aus –, kann man doch auch nicht einfach an den zwischen Nord- und Süddeutschland bestehenden Differenzen vorübergehen, die die Statistik ausweist. Im Gegenteil, was sich da herausrechnen lässt, verdient die Aufmerksamkeit jedes publizistisch und politisch Interessierten.

Es zeigt sich nämlich, dass die Zeitungsproduktion im Süden erheblich schwächer ist als im Norden. Auf 1'000 zeitungslisende Einwohner – d.h. Menschen von über einundzwanzig Jahren – entfielen im Norden 528, im Süden nur 408 Exemplare; auf 1'000 Haushaltungen kamen in Norddeutschland 1'093, auf 1'000 Normalwohnungen 1'580, in Süddeutschland aber bloss 866 bzw. 1'168 Zeitungsexemplare. Nun kann man daraus nicht etwa folgern, dass der Norddeutsche – der einzelne Mann oder die einzelne Familie – mehr Zeitungen liest als der Süddeutsche. Vielleicht ist das Zeitungsinteresse des typischen Süddeutschen eher noch grösser als das Interesse des norddeutschen Normalverbrauchers geistiger Kost. Die Konsequenz, die man aus der

Bezieherdichte (I), Bezieherhaushaltsdichte (II) und Verbreitungskoeffizient (III) der Tagespresse¹

	Gedi	*uckte Exempl	are
	I auf 1'000 Einwohner ab 21 Jahre	II auf 100 Haushaltungen	III auf 100 Normalwohnungen
N or ddeutschland	17'571,8	8'491	5'875
Süddeutschland	16'241,1	7'643	5'671
Bundesgebiet	33'812,9 (33'813,3) ² (16228) ²	16'134	1'1546
West-Berlin	1'665,8	993	692
			9'279,9528
			6'622,0408
			15'901,9470
			1'443,4866,5
			(866) ²
			109,3
			86,6
			98,6
			(97)2
			145,4
			(145)2
			158,0
			116,8
			137,7
			(137)2
			208,6
			(208)2

¹ Berechnet nach Angaben des Handbuchs *Die Deutsche Presse 1956*: Norddeutschland = Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen; Süddeutschland = Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern.

² So abweichend *Die Deutsche Presse 1956*.

Statistik ziehen muss, scheint vielmehr die zu sein, dass der Norden einen Exportüberschuss, der Süden einen Zuschussbedarf an Tageszeitungen hat. Anders gesagt: dass in tagespublizistischer Hinsicht Süddeutschland von Norddeutschland oder, um es so drastisch wie möglich zu formulieren, von Hamburg miternährt wird. Und das ist in der Tat ein bedenkeneregendes Symptom.

Allerdings hat auch Süddeutschland seine Presseemporien, deren Wirkung sich auf ganz Westdeutschland und darüber hinaus erstreckt. München beispielsweise ist führend auf dem Gebiet der illustrierten Wochenblätter und Frankfurt spielt als Zeitungsstadt eine Rolle, die auch in quantitativer Hinsicht – von der Qualität ganz zu schweigen – einen Vergleich mit Hamburg aushalten kann. Das zeigen ganz klar die Zahlen, die sich für die Bezieherdichte (I), die Bezieherhaushaltsdichte (II) und den Verbreitungskoeffizienten (III) der Tagespresse in den «Pressehauptstädten» Hamburg, Frankfurt und West-Berlin errechnen lassen.

Tageszeitungen der drei Pressehauptstädte

1955: Gedruckte Exemplare¹

	I. auf 1'000 Einwohner über 21 Jahre	II. auf 100 Haushal- tungen	III. auf 100 Normalwoh- nungen
West-Berlin	866	145	208
Hamburg	2'880	519	856
Frankfurt a.M.	2'182	591	564
Bundesgebiet und West-Berlin	488	100	141

¹ Für Frankfurt: errechnet; im Übrigen Angaben des Handbuchs *Die Deutsche Presse 1956*.

Die quantitative Überlegenheit der Hamburger Zeitungsproduktion steht natürlich ausser Frage. Die Bezieherdichte, die besagt, wieviel gedruckte Zeitungsexemplare auf je tausend wahlmündige Einwohner entfallen, ist in Hamburg fast sechsmal so gross wie in der Bundesrepublik (einschl. West-Berlin); aber sie ist doch nur um ein knappes Drittel grösser als in Frankfurt a.M.; hinsichtlich der Bezieherhaushaltsdichte leistet die Hamburger Zeitungserzeugung mehr als das Fünffache dessen, was die Produktion der Bundesrepublik hervorbringt, doch wiederum nur ein Drittel mehr als die Frankfurter Zeitungsverlage. Der Verbreitungskoeffizient endlich, der die Zahl der gedruckten Exemplare zur Zahl der Normalwohnungen in Beziehung setzt, ist weniger geeignet als die beiden anderen Relativgrössen, der Zeitungssituation gerecht zu werden, da in ihn zwei unabhängige Variable eingehen – die Versorgung der Bevölkerung mit Zeitungen von sehr unterschiedlicher Auflagenhöhe und mit Wohnungen von sehr unterschiedlicher Knappheit. Aber auch er soll, ungeachtet seiner Problematik, hier genannt sein, um das Bild abzurunden: Der für die Hamburger Presse errech-

nete Verbreitungskoeffizient ist viermal so hoch wie derjenige der westdeutschen Tagespresse in ihrer Gesamtheit, aber bloss um knapp die Hälfte grösser als derjenige, den die Frankfurter Zeitungen erreichen. Summa summarum: die Gipfelstellung, die Hamburg, allerdings nur rein mengenmässig, im deutschen Zeitungswesen erreicht hat, ist nicht ganz so einzigartig, wie sie dem ersten Blick scheinen möchte; neben Hamburg hat Frankfurt in der Skala der Presseproduktion eine beachtliche Position erreichen und bisher auch behaupten können.

Aber das lässt, wenn man die Dinge zu Ende denkt, die Sache des Südens eher noch schwächer erscheinen. Denn was wir da errechnet haben, läuft schliesslich auf die Feststellung hinaus, dass wie Hamburg so auch Frankfurt Zeitungsexport grossen Stils betreibt. Was Frankfurt nach Norden exportiert, geht der Versorgung des süddeutschen Markts verloren; so dass Norddeutschland nicht nur das durch die geringere süddeutsche Erzeugung bedingte Defizit, sondern den durch die Ausfuhr noch vergrösserten Zuschussbedarf zu decken hat. Mit anderen Worten: die publizistische Überfremdung des Südens durch die norddeutschen Massenblätter – namentlich aber

In Frankfurt a.M. erscheinende Tageszeitungen

	Auflage 1955	Anzeigenpreis je Seite in DM
<i>Abendpost</i> , gegr. 1. Oktober 1948	165'012	2'700 sa:3'375
<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland</i> , gegr. 1. November 1949	166'000 sa: 210 900	7'280
<i>Frankfurter Nachtausgabe</i> , gegr. 15. April 1946	115'280	3'744
<i>Neue Presse</i> , gegr. 1. September 1949	119'025	5'200
<i>Neue Presse GmbH</i>	234'305	
<i>Frankfurter Rundschau</i> , gegr. 1. August 1945	120'000 sa: 160'000	5'200
	zusammen 919'622	
<i>Bischofsheimer Anzeiger</i>	500	270
<i>Fechenheimer Anzeiger</i>	3'600	516
<i>Frankfurter West Stadt-Anzeiger</i>	1'500	-
<i>Griesheimer Lokalanzeiger</i>	1'400	516
<i>Hessische Zeitung</i> (SPD, 3 Mal wöchentlich)	-	4'080
<i>Höchster Kreisblatt</i>	11'000	-
<i>Schwanheimer Zeitung</i>	-	-

durch ein Massenblatt – ist wesentlich grösser, als schon das zahlenmässige Gefälle der Bezieherdichte von Norden nach Süden anzeigt.

Die Nachkriegsgeschichte der Frankfurter Tagespresse ist reich an Erfolgen und Existenzkämpfen, an Bemühungen, einen hohen journalistischen Standard zu halten und Versuchen, den Wettbewerb mit der gebildeten Massenpresse zu bestehen, die, täglich oder wöchentlich erscheinend, neue Märkte erschloss und in alte Absatzgebiete einbrach.

Davon ist auch die Zeitung, die nach dem Zusammenbruch als erste in Frankfurt gegründet werden konnte, die *Frankfurter Rundschau*, nicht unberührt geblieben.

Ausgestattet mit der amerikanischen Lizenz Nr. 2 hatten am 1. August 1945 Arno Rudert, Karl Gerold und Emil Carlebach mit der Herausgabe des Blattes begonnen. Sie fungierten einträchtig als «Herausgeber», d.h. als Verleger – der Verlag nannte sich schlicht «Verlag Frankfurter Rundschau» – und konstituierten sich gleicherweise als kollegiale Chefredaktion: in der Weise, dass Rudert die Politik, Gerold das Feuilleton und Carlebach das Lokale übernahm.

Nachdem Carlebach aus dem Team ausgeschieden war, fand Ende 1947 eine Neuorganisation statt: durch Gesellschaftsvertrag vom 6. Dezember 1947 wurde die «Druck- und Verlagshaus Frankfurt a.M. GmbH» mit einem Stammkapital von 40'000 RMark – geschäftsführende Gesellschafter Karl Gerold und Arno Rudert – errichtet und als Zweck des Unternehmens damals schon «Verlag, Druck und Vertrieb der *Frankfurter Rundschau*, sowie der Betrieb eines Verlagsgeschäfts und einer Druckerei im Allgemeinen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die damit Zusammenhängen» genannt.

Gestützt auf die eigene Druckerei – zu so früher Zeit eine einzigartige Errungenschaft für ein Lizenzträgerenteam – entwickelte sich das Blatt sehr erfreulich. Am 29. März 1950 beschlossen die Gesellschafter, das Stammkapital auf 500'000 DMark umzustellen. Ende des Jahres konnten sie eine Auflage von wochentäglich 145'000 Exemplaren verbuchen, die an den Samstagen bis nah an die 300'000-Grenze empor-schnellte – mindestens wurde in dieser Höhe die illustrierte Wochenend-Beilage *Zeit und Bild* gedruckt. Aber damit war der Zenit der Auflagenentwicklung wohl schon durchschritten: Für das dritte Quartal 1953 wurde die Auflage mit 120'000 an den Wochentagen und 167'000 am Samstag angegeben, die entsprechenden Zahlen für das zweite Quartal 1955 läuteten 120'000 bzw. 160'000. Doch wurde der Abstieg der Auflage dadurch mindestens ausgeglichen, dass die *Frankfurter Allgemeine* von der Druckerei der Mainzer Verlagsanstalt zur Druckerei der Druck- und Verlagshaus Frankfurt a.M. GmbH hinüberwechselte.

Erst zweiundsechzigjährig starb im März 1954 Arno Rudert, der seine Kraft darin au [gezehrt hatte, neben der Arbeit im eigenen Verlag an verantwortlicher Stelle am Aufbau des Nachrichten- und des Verbandswesens mitzuwirken. Die Kapitalmehrheit des Unternehmens, das aus der 1945 erteilten Lizenz hervorgegangen ist, liegt heute in den Händen Karl Gerolds.

In der Erscheinungen Flucht, als die sich dem Chronisten die Geschichte der zwei-

Druck- und Verlagshaus Frankfurt a.M. GmbH

<i>Geschäftsführer:</i> Redakteur Karl Gerold Verleger Karl N. Anders	
<i>Gesellschafter:</i> Karl Gerold.....	200'000 DMark
Friedel Rudert (Erbin Arno Ruderts).....	100'000 DMark

ten in Frankfurt lizenzierten Zeitung, der *Frankfurter Neuen Presse*, darstellt, gab und gibt es nur einen ruhenden Pol: die Persönlichkeit Dr. Hugo Stenzels.

Hugo Stenzel war's, dem im Frühjahr 1946 die Lizenz Nr. GH 201 zur Herausgabe einer Zeitung erteilt wurde. Er brachte das Blatt erstmals am 15. April 1946 heraus. Er wurde Gesellschafter und Geschäftsführer der durch Gesellschaftsvertrag vom 15. Juni 1946 gegründeten «Verlag Neue Presse GmbH» – und er blieb auf seinem Platz. Chefredakteure, Geschäftsführer und Verlagsleiter kamen und gingen: Der Chefredakteur Dr. Berning wurde schon 1947 durch Leopold Goldschmidt abgelöst, der bis 1950 zugleich als Geschäftsführer des Verlags amtierte. An seine Stelle trat der Verleger Walter Reckmann; als neuer Chefredakteur stiess erst später Marcel Schulte zur *Neuen Presse*. Reckmann blieb bis 1954 neben Dr. Stenzel Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft; sein Nachfolger, Dipl.-Kaufmann Dr. Paul Winter, schied nach einjähriger Tätigkeit im Sommer 1955 wieder aus.

Jeder Wechsel in der Besetzung der führenden Positionen aber überdauerte Dr. Stenzel: als geschäftsführender Hauptgesellschafter der Verlag Neue Presse GmbH und als «Herausgeber» der *Frankfurter Neuen Presse* sowie der *Frankfurter Nachtausgabe*, die sein Verlag seit dem 1. September 1949 herausgibt. Unter seiner Amtsführung erreichte die *Neue Presse* schon 1947 eine Auflage von 153'000 Exemplaren, die nach der Währungsreform allerdings rückläufig wurde: 127'000 um die Jahreswende 1950/51, 120'000 im ersten Viertel des Jahres 1953, 119'000 im zweiten Quartal 1955. Anders entwickelte sich die *Nachtausgabe*, die 15-Pfennig-Zeitung unter den Boulevardblättern (98 Prozent Strassenverkauf), von der drei Viertel in Hessen abgesetzt und ein Viertel ins Bundesgebiet, aber auch nach West-Berlin, Österreich und ins Saargebiet exportiert wird: Aus den knapp 76'000 Exemplaren, mit denen die Jahreswende 1950/51 überschritten wurde, waren Anfang 1953 105'000 und sind bis zum Sommer 1955 115'300 Stück geworden.

Die jüngste Entwicklung des *Neue Presse*-Komplexes ist durch die enge wechselseitige Beziehung gekennzeichnet, die die Verlag Neue Presse GmbH und die Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH – der traditionsstolze Verlag der früheren *Frankfurter Zeitung* – eingegangen sind: Werner Wirthle von der Societäts-Druckerei ist als Geschäftsführer in die Verlag Neue Presse GmbH eingetreten; Dr. Hugo Stenzel andererseits zählt neben Werner Wirthle und Hans A. Kluthe zu den Geschäftsführern der Societäts-Druckerei GmbH, die ihrerseits an einer Reihe von Verlagsunternehmungen – Die Gegenwart GmbH, Frankfurter Illustrierte Wirthle, Kluthe & Co. KG, Frank-

Verlag Neue Presse GmbH, Frankfurt a.M.*Geschäftsführer:* Hauptschriftleiter¹ Dr. Hugo Stenzel, Frankfurt a.M.

Verleger Werner Wirthle, Frankfurt a.M.

Gesellschafter: Dr. Hugo Stenzel 220'000 DMark

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH 180'000 DMark

¹ So lautet der Eintrag ins Handelsregister.

furter Verlag für illustrierte Zeitschriften GmbH, Verlag «Die Zeit» GmbH – führend beteiligt ist. In der Tat, man muss die Arbeitskraft des erst fünfundfünfzigjährigen Verleger-Journalisten bewundern, die nicht nur die Last der aufs Neue gewachsenen verlegerischen Tätigkeit, sondern auch die Bürde verantwortungsschwerer Ehrenämter trägt; denn Dr. Stenzel amtiert gleichzeitig als Aufsichtsratsvorsitzer der Deutschen Presse-Agentur (dpa), als Aufsichtsratsmitglied der DENA-AG und als Verwaltungsratsmitglied der Vereinigten Wirtschaftsdienste (VWD) sowie als Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Zeitungsverleger eV und als Vorstandsvorsitzender der Wirtschaftlichen Genossenschaft der Presse GmbH. Wahrhaftig, der Lizenzträger des Jahres 1946 hat einen steilen Weg zurückgelegt – vom Nullpunkt bis zu den Kommandohöhen der westdeutschen Tagespublizistik.

In der Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, um auch diesen Punkt noch zu erwähnen, lebt die Tradition der alten *Frankfurter Zeitung* tatsächlich weiter fort: Die Hauptgesellschafterin (IMPRIMATUR) verdankt ihr Entstehen den Versuchen des ehemaligen hessischen Staatspräsidenten und IG-Farben-Vertrauensmanns Hermann Hummel, die staatstreue Presse der Weimarer Republik zu stützen, die zum nicht geringen Teil der *Frankfurter Zeitung* zugute kamen. Mit 35 Prozent sind ferner die Erben jenes Felix Simon am Stammkapital beteiligt, dessen Gattin als einzige Toch-

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Frankfurt a.M.

Geschäftsführer:

1. Verlagskaufmann Werner Wirthle, Frankfurt, seit November 1949
2. Verleger Hans A. Kluthe, Eschwege, seit Juli 1955
3. Verleger Hugo Stenzel, Frankfurt, seit Dezember 1955

1. IMPRIMATUR Gemeinnützige Gesellschaft mbH
«Hermann Hummel Gesellschaft», Frankfurt a.M. 247'400 DMark

Gesellschafter:

Dr. Kurt Semon, New York City, N. Y., USA	50'000 DMark
3. Frau Irma Simon Wwe., in Erbengemeinschaft mit Tochter Josefa, Washington, D. C., USA	88'750 DMark
4. Frau Annemarie von Klenau geb. Simon, Post Söllhuben hei Rosenheim/Obb	36'250 DMark
5. Werra-Verlag GmbH, Eschwege	67'400 DMark
6. Erben Dr. Wendelin Hecht, in Erbengemeinschaft Raimund Hecht und Amalie Hecht, München-	
Denning	10'000 DMark
Stammkapital	500'000 DMark

ter Leopold Sonnemanns das grosse Vermögen des Gründers der *Frankfurter Zeitung* geerbt hatte. Und schliesslich begegnen wir unter den Gesellschaftern noch den Nachfahren Dr. Wendelin Hechts, der bis zum Herbst 1943 zu den Geschäftsführern der Frankfurter Societäts-Druckerei gezählt hatte.

Als dritter unter den bekannten Verlegerpersönlichkeiten, die, noch der Ära des Lizenzzwangs entstammend, das Antlitz des neuen Presseemporiums am Main geprägt haben, ist Udo Bintz zu nennen.

Im Jahre 1947 erhielt Udo Bintz die Lizenz Nr. H 203, die ihn ermächtigte, die Tradition des 1773 gegründeten *Offenbacher Privilegirten Tag- und Nachrichtenblatts*, der späteren *Offenbacher Zeitung* wieder aufleben zu lassen. Das geschah mit der Gründung der *Offenbach-Post* – Lizenzträger, Verlagsleiter, Herausgeber und Chefredakteur in einer Person: Udo Bintz – die zum erstenmal am 3. Juni 1947 von den Zeitungsbotinnen ausgetragen wurde.

Sechzehn Monate später, am 1. Oktober 1948, erschien Udo Bintz am Frankfurter Zeitungsmarkt: als Lizenzträger und Herausgeber der *Abendpost*, die vom Verlag der (durch Gesellschaftsvertrag vom 2. Februar 1948 errichteten) Bintz-Verlag GmbH, Offenbach a.M., herausgegeben wurde. Auch diese im ganzen Bundesgebiet verbreitete Zeitung – hervorragend durch prompte Nachrichtengebung, treffsichere politische Glossen und ein Feuilleton, dessen

Bintz-Verlag GmbH, Offenbach a.M.

Geschäftsführer: Udo Bintz, Offenbach a.M.

Otto Eberitsch, Offenbach a.M.

Gesellschafter: Udo Bintz

Frau Saskia Bintz

Otto Eberitsch

15'000 DMark

5'000 DMark

5'000 DMark

Aktualität, Lebendigkeit und kritischer Mut der *Abendpost* eine Sonderstellung im deutschen Blätterwald zuweist – hat am Auf und Nieder der für die Frankfurter Presse so typischen Nachkriegsentwicklung ihren Anteil gehabt. Bis zum Beginn des Jahres 1951 war eine Auflage von 110'000 Stück erreicht, die nächsten zwei Jahre brachten eine Vermehrung um fast zwei Drittel, auf 181'390 Exemplare im Dezember 1952, im zweiten Quartal 1955 wurden rund 165'000 Zeitungen verkauft: Der Einbruch der Groschenpresse war – wenn auch nicht ohne Verluste – abgeschlagen worden. Nicht zuletzt dadurch wahrscheinlich, dass beide von Bintz begründeten Blätter von der im Januar 1955 gegründeten Gemeinschaftsfirma Bintz-Verlag GmbH Dohany-Druck OHG, Offenbach a.M. und Frankfurt a.M. (Inhaber: Betz-Verlag GmbH), in Regie genommen wurden. Heute amtieren neben dem alten Gespann Udo Bintz und Otto Eberitsch Werner und Ernst Dohany als Verlagsleiter der *Abendpost*. Aber immer noch zeichnen, wie seit vielen Jahren, Udo Bintz als Verlagsleiter und Emil Frotscher als Chefredakteur verantwortlich für die Zeitung, deren politisch und kulturell interessierter Leserstamm nach vielen Hunderttausenden zählt.

Der gebürtige Hamburger Udo Bintz – er kam im Januar 1905 zur Welt – hat in der südwestdeutschen Heimat Wurzel geschlagen, sicher und tief wie wenige andere. Denn nicht nur im Frankfurter Presseleben spielt er eine führende Bolle; er gehört über die Bintz-Verlag GmbH auch zu den Gesellschaftern der Neue Verlags-GmbH, die das Bundesgebiet von Karlsruhe aus mit einer bunten Reihe volkstümlicher Zeitschriften versorgt.

Neue Verlags-GmbH, Karlsruhe

Geschäftsführer: Verlagsleiter Otto Eberitsch, Offenbach a.M., Buchdruckereibesitzer

	und Verleger Karl Fritz, Karlsruhe	
<i>Gesellschafter:</i>	1. Bintz-Verlag GmbH, Offenbach	440'000 DMark
	2. Condor-Verlag GmbH, Karlsruhe	440'000 DMark
	3. Rechtsanwalt Dr. Hellmuth Krengel, Bielefeld	110'000 DMark
	3. Verlagskaufmann Julius Mundhenke, Karlsruhe	110'000 DMark
	Stammkapital	1'100'000 DMark

Verlagsprogramm der Neue Verlags-GmbH, Karlsruhe

7 Tage, Wochenzeitung (Auflage 201'000),

Populäre Mechanik (monatlich, Auflage 150'000),

Deutscher Film, Exportzeitschrift für die deutsche Filmwirtschaft (monatlich, Auflage 2'000), *Die Filmwoche*, Fachblatt für das deutsche Filmwesen (wöchentlich, Auflage 5'200), *Film-Revue* (vierzehntäglich, Auflage 305'000), *Sport-Illustrierte* (monatlich, Auflage 40 300).

Die *Frankfurter Rundschau*, die *Frankfurter Neue Presse* und die *Abendpost* sind sicherlich – wie allein schon die Höhe ihrer Auflage ausweisen würde – Blätter von überregionaler Bedeutung. Ganz davon abgesehen, dass ihre journalistischen Qualitäten und ihr publizistischer Mut sie in die Rangstufe der führenden Zeitungen einordnen.

Dennoch sind sie von der jüngsten Frankfurter Zeitungsgründung, sowohl was die Auflage, als auch was die Wirkungsweite angeht, überholt worden: Die *Frankfurter Allgemeine*, die sich den Untertitel «Zeitung für Deutschland» gegeben hat, nimmt schlicht und einfach für sich in Anspruch «Die Stimme Deutschlands» zu sein. Da es ja so ist, verrät uns ein Werbetext vom 27. Oktober 1956, «dass die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* heute die grösste Auslandsauflage von allen deutschen Tages- und Wirtschaftszeitungen hat». Weshalb sie denn «auch in 79 Ländern und in allen Weltstädten als die deutsche Tages- und Wirtschaftszeitung unter den Weltblättern zu haben» sei.

Nun pflegt die Werbeabteilung eines Unternehmens den Mund immer reichlich voll zu nehmen, wenn es sich um das eigne Erzeugnis handelt; doch es berührt etwas peinlich, wenn eine deutsche Zeitung sich als «die» deutsche Tages- und Wirtschaftszeitung unter den Weltblättern anpreist, zumal sie so hohes Lob aus eigenem Mund gar nicht nötig hat. Denn niemand wird es der *Frankfurter Allgemeinen* bestreiten,

dass sie trotz ihrer Jugend über einen redaktionellen Stab samt Mitarbeitern, Inlands- und Auslandskorrespondenten verfügt, der sie in die Lage setzt, in der Nachrichten-gebung und in der Darbietung des Stoffes gediegene Arbeit zu leisten.

Ihre Entwicklung stand freilich unter einem guten Stern. Als sie gleich nach der Wiederherstellung der deutschen Pressefreiheit – am 1. November 1949 – zu erscheinen begann, verfügten nur die beiden Blätter der Besatzungsmächte – die amerikanische *Neue Zeitung*, die ihr Erscheinen inzwischen eingestellt hat, und die britische *Welt*, die 1953 in deutsche Hände übergang – über einen voll entwickelten Nachrichtenapparat von der Art, wie er für ein Weltblatt früher für unerlässlich gehalten wurde. Die deutschen Zeitungen dagegen standen noch mitten im Ausbau, so dass die *Frankfurter Allgemeine* keine allzu harten Wettbewerbsbedingungen vorfand. Überdies kamen ihr zwei oder drei andere Momente zugute: der Hunger des Publikums nach einer «grossen» deutschen Zeitung, nach einem Blatt also, das sich über das Niveau der Lokalpresse erhob; das Wirtschaftswunder, das die Belastung mit einem zusätzlichen Abonnement kaum als untragbar erscheinen liess, und die in weiten Kreisen bestehende Vermutung, die *Frankfurter Allgemeine* werde die Tradition der *Frankfurter Zeitung* fortsetzen – die, wenn sie auch keineswegs zutraf, in ihrer Berechtigung von der Zeitung sogar bestritten wurde, doch eine gewisse werbende Wirkung entfaltete.

Während die Hüterin der *Frankfurter-Zeitungs-Tradition*, die Frankfurter Societäts-Druckerei, eine wechselseitige Bindung zur Neue Presse GmbH eingegangen ist, wie man sie sich enger schwerlich vorstellen kann, ging der Anstoss zur Gründung der *Frankfurter Allgemeinen* von der Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei Will und Rothe KG aus, die schon im November 1946 die *Allgemeine Zeitung* (französische Lizenz Nr. 217) in Mainz gegründet bzw. in Fortsetzung des *Mainzer Anzeigers* wieder gegründet hatte: Nicht nur wurde die *Frankfurter Allgemeine* während der ersten Zeit ihres Bestehens bei der Mainzer Verlagsanstalt gedruckt, die führenden Männer des Mainzer Unternehmens beteiligten sich auch kapitalmässig an der Neugründung, die durch die Errichtung der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH am 12. Dezember 1949 ihre juristische Bestätigung erfuhr, und bis auf den heutigen Tag amtiert als einer der vier «Herausgeber» der *Frankfurter Allgemeinen*, der Chefredakteur der *Allgemeinen Zeitung*, Erich Dombrowski.

Namentlich diese Personalunion zeigt, wie eng die Verbindung der beiden Verlagshäuser war und immer noch ist; denn bei der *Frankfurter Allgemeinen* spielt die Institution des «Herausgeber»-Teams eine ganz besondere Rolle.

Während sich als «Herausgeber» – gemäss der von Dr. Betz im Jahre 1947 gegebenen Definition – vielfach der oder die Verlagsigner bezeichnen oder auch nur der geschäftsführende oder der mit der Verlagsleitung betraute Gesellschafter den Anspruch auf diese Kennzeichnung erhebt, bilden bei der *Frankfurter Allgemeinen* die Herausgeber das redaktionelle Führungsgremium, die kollegial amtierende Chefredaktion der Zeitung. Sie stehen nicht im Impressum, wo nur die Ressortleiter, d.h. die

Redakteure genannt sind, die für die einzelnen Sachgebiete (Politik, Wirtschaft, Feuilleton, Nachrichten, Sport und Lokales) verantwortlich zeichnen, sondern «gross herausgestellt» im Kopf, unmittelbar unter dem Titel der Zeitung. Ihre Namen werden dem Leser täglich mit so viel Nachdruck vor Augen geführt, dass er schliesslich gar nicht mehr anders kann, als das Blatt mit diesem illustren Kollegium zu identifizieren – wenn er nicht gar auf den nicht einmal abwegigen Gedanken kommt, die «Herausgeber» für die Eigentümer der Zeitung zu halten.

Nun, das sind sie gerade nicht. Im Gegenteil, möchte man sagen. Sie haben eine durchaus dienende Funktion – insofern nämlich, als sie dem Verlag dazu dienen, den hohen publizistischen Standard, die sachliche Qualität und die journalistische Integrität der Zeitung zu plakatieren. Dergestalt, dass das Publikum angesichts so klingender Namen «sein» Blatt vom ersten bis zum letzten Wort für das Ergebnis ausschliesslich journalistischer Bemühungen und publizistischen Verantwortungsbewusstseins halten muss. Wovon die Leserschaft sicherlich noch herzhafter überzeugt sein würde, wenn sie auch nur ahnte, dass die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH im Sommer 1956 die bisher sehr allgemein gehaltene Formulierung der Eintragung ins Handelsregister, die den Gegenstand ihres Unternehmens definierte, durch den Zusatz erweitert hat: «Insbesondere gibt die Gesellschaft die *Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland* heraus, die in voller Unabhängigkeit von Regierung und Parteien und Interessengruppen auf freiheitlich-staatsbürgerlicher Grundlage geführt wird.»

Den Lesern indes sind die Namen der Herausgeber genug, um ihre Zeitung zu schätzen, wenn nicht zu lieben, und, in der Tat, sie gehören Journalisten von Tradition und Rang.

Als erster im Alphabet steht Hans Baumgarten in der Kopfleiste: promovierter Jurist, geboren im Berlin der Jahrhundertwende, Lehrbeauftragter für Publizistik an der Universität Mainz und als vielseitiger Leitartikler Interpret der Regierungspolitik.

Es folgt Erich Dombrowski: der grosse alte Mann der deutschen Tagespublizistik, denn dieser Vierundsiebzigjährige hat von Danzig aus, wo er 1882 zur Welt kam, als Journalist seinen Weg quer durch Deutschland gemacht. Mit knapp dreissig Jahren war er schon Chefredakteur des *Geraer Tageblatts*, ging dann aber 1916 nach Berlin, um unter Theodor Wolff ein gutes Jahrzehnt als Leitartikler und stellvertretender Chefredakteur an Mosses *Berliner Tageblatt* zu arbeiten. In Berlin hatte er das Ende des Ersten Weltkriegs, den Zusammenbruch des Kaiserreichs, die Inflation und den Aussenminister Stresemann in der ersten Hälfte seiner Amtsführung erlebt. In der südwestdeutschen Wahlheimat, die er 1926 fand – Dombrowski amtierte von 1926 bis 1956 als Chefredakteur des *Frankfurter Generalanzeigers* – war er Chronist und Zeuge der schnellebigen Hochkonjunktur der zwanziger Jahre, der grossen Wirtschaftskrise, des Endkampfes, den Hugenberg wider den Weimarer Systemstaat führte und der nationalsozialistischen Machtübernahme, die ihn 1956 das Amt kostete. Auf zwei Jahrzehnte journalistischer Tätigkeit in verantwortlicher Stellung folgte nun ein

Jahrzehnt wissenschaftlicher Vertiefung und publizistischer Gelegenheitsarbeit. Es endete 1946 mit der Gründung der *Allgemeinen Zeitung* (11. November 1946) in Mainz. Seither ist Erich Dombrowski als Chefredakteur dieses Mainzer Blatts tätig, das mit seiner Hauptausgabe und sechs Nebenausgaben etwa 100'000 Abonnenten beliefert. Neben dieser Tätigkeit aber nimmt er bei der *Frankfurter Allgemeinen* die Aufgabe eines der Herausgeber wahr: ein Repräsentant der alten und ein Deuter der neuen Zeit – Träger des Grossen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, Inhaber der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt, Ehrenbürger der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz im Verein Deutscher Zeitungsverleger eV, wozu den Rechtsgrund einerseits sein Herausgeberamt, andererseits aber die Tatsache abgegeben hat, dass er zu den Gesellschaftern! der Mainzer Zeitschriftenverlag Dr. Bilz und Fraund GmbH zählt.

Der dritte und jüngste unter den Herausgebern, Karl Korn, Jahrgang 1908, kommt aus Wiesbaden: aus dem Rheingau, dem seine schriftstellerisch oft erklärte Liebe gilt. Studierter Altphilologe und geprüfter Lehramtskandidat ging er als Lektor für Deutsch im Jahre 1932 an die Universität Toulouse. Zwei Jahre später trat er in die Redaktion des *Berliner Tageblatts* ein, übernahm 1937 unter den lehrerhaft wachsamen und etwas eifersüchtigen Augen Peter Suhrkamps die Leitung der *Neuen Rundschau* und ging 1940 als Feuilletonredakteur zum *Reich*. Nach dem Krieg freier Schriftsteller – mit achtunddreissig schon Autor eines autobiographischen Buchs (*Die Rheingauer Jahre*) stiess er dann doch wieder zur Tagespublizistik: 1948 übernahm er das Feuilleton der *Allgemeinen Zeitung* und gelangte aus dieser Ausgangsposition in das Herausgeber-Team der *Frankfurter Allgemeinen*.

Last but not least begegnen wir dem primus inter pares des Kollegiums, Erich Weiter, einem Mann, der schon dadurch bemerkenswert ist, dass ihn, obwohl Journalist von Beruf und Berufung, sein Schutzengel nie von der Hand gelassen, sondern ihn allen angenehm gemacht hat, die im Deutschland der letzten drei oder vier Jahrzehnte die staatliche Autorität verkörperten.

Er wurde 1900, im selben Jahr wie sein Kollege Baumgarten, in Strassburg geboren. Nach Berlin kam er erst später als Gymnasiast und dann wieder nach der Zwischenstation Glogau 1918 als Student der Staatswissenschaften. Noch ehe er 1922 mit einer Arbeit über das höchst aktuelle Thema der «Devaluation» – d.h. der Abwertung des Geldes – zum Dr.rer.pol. promovierte, hatte er angefangen, journalistisch zu arbeiten: zuerst 1920/21, beim *Deutschen Handelsdienst*, seit 1921 in der Berliner Handelsredaktion der *Frankfurter Zeitung*. Als Handels- bzw. Wirtschaftsredakteur blieb er bis 1932 bei diesem Blatt, dessen Wirtschaftsteil unter der Hand Albert Oesers – mit seinen nahezu acht Jahrzehnten heute noch Mitherausgeber der *Gegenwart* – zum weitaus Bedeutendsten gediehen war, was die Tagespresse des Kaiserreichs und der Weimarer Republik hervorgebracht hatte. Doch als dann durch das Ausscheiden Georg Bernhards bei Ullstein der Posten des Chefredakteurs der *Vossischen Zeitung*

vakant wurde, trat Weiter dessen Nachfolge an. Die Würde blieb ihm freilich nur kurze Zeit. Die *Vossische Zeitung* wurde 1934 liquidiert. Aber Weiter wurde dadurch nicht arbeitslos. Fürs erste, da er ohnehin seit 1931 als Privatdozent an der Universität Frankfurt lehrte, zum zweiten, da er 1935 bei der *Frankfurter Zeitung*, und zwar als Leiter des Wirtschaftsteils, wieder eintrat. Dies Amt versah er bis zur Stilllegung der Zeitung im Herbst 1943; die Chefredaktion der gleichfalls im Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei herausgegebenen *Wirtschaftskurve* blieb ihm bis zum Zusammenbruch.

Ein Journalist, der, wie Weiter, ein Vierteljahrhundert hindurch bei den Blättern arbeitete, die von den Nationalsozialisten als jüdisch-demokratische Zeitungen gehasst und bekämpft wurden, hat es in den zwölf Jahren des Dritten Reichs sicherlich nicht immer leicht gehabt. Er liess sich dadurch aber weder beeinflussen noch nahm er Schaden an seiner beruflichen Laufbahn. Im Gegenteil. Ungeachtet der politischen Vorbelastung seiner Zukunft, die man ihm hätte nachrechnen können, wurde er noch im Jahre 1944 zum ausserplanmässigen Professor der Universität Frankfurt ernannt. Und in der Tat: die Wahl hatte keinen Unwürdigen getroffen. Denn dieser Mann, der als Publizist in der Tradition der freien Marktwirtschaft, der privaten Initiative des unabhängigen Unternehmertums herangewachsen war, hatte mitten im Krieg (1943) nachzuweisen vermocht: an wenigen Kontroversen könne man so deutlich ablesen als an der, die sich an der Frage der Verstaatlichung entzündet hatte, «dass die nationalsozialistische Revolution wirklich eine «Achsendrehung menschlicher Erkenntnis» hervorgerufen hat, wie es der Reichspressechef Dr. Dietrich in einer Rede am 26. Oktober 1938 ausgedrückt hat.»

Hochauf rauschen die Saiten, wenn der Hymniker der braunhemdärmigen Industriepolitik die Harfe schlägt: «Wer interessiert sich heute noch dafür, wem das Eigentum an den Produktionsmitteln zusteht, ausser allenfalls den paar in irgendeinem Einzelfall unmittelbar Beteiligten?» fragt er in seinem Buch *Der Weg der deutschen Industrie*. Eine rethorische Frage. «Denn das Volk», heisst es eine Seite später, «das dieser Staat repräsentiert, ist ohnedies der oberste Lehnsträger jeglichen Eigentums. Der Einzelne, dem dieses Eigentum gehört, hat es ebenso wie die Arbeitskraft im Dienste der Gesamtheit zu verwenden. Der Staat braucht ein Unternehmen nicht zu besitzen, um ihm seine Direktiven gehen zu können ... Viele von den zahlreichen Reglementierungen, denen Arbeiter und Unternehmer heute unterworfen sind, mögen sich eines Tages als überflüssig heraussteilen. Eines aber wird bleiben und sich mehr und mehr festsetzen: die Überzeugung, dass der Staat der legitime Teilhaber an allen Unternehmungen ist ... Er als das Fundament der neuen Wirtschaft partizipiert daran kraft eines höheren Rechts – auch ohne Viertel-, Halb- oder Vollsozialisierung. Die Teilhaberschaft des Staates ist allumfassend.» Deshalb nimmt auch die Industrie die Last der beständig steigenden Steuern gelassen hin. «Wenn die früheren Klagen verstummt sind, obwohl sich das Gewicht der Steuern noch erheblich erhöht hat, so ist das ... vor allem auf das Gefühl einer echten Partnerschaft zurückzuführen.» Es verhält sich eben

so, «dass die Industrie kein unabhängiges Eigenleben mehr führt, sondern ganz und gar den Charakter eines Instruments in der Hand des Staates angenommen hat», dass «in Deutschland ganz von selbst, ohne Sozialisierung, die Industrie zu einer Waffe, zu einem Bestandteil des Staates geworden» ist.

So Erich Weiter im nämlichen Jahr, als Stalingrad gefallen, die Donfront geborsten war und die Alliierten auf italienischem Boden landeten. Man hört den Flügel-schlag seines Schutzengels. Wem ein Gott gegeben hat, so zu sprechen, mit männlichem Ernst, den Jubellaut mühsam verhaltend, ist unabkömmlich an der Heimatfront. Erich Weiter erhält 1944, im Jahr der Invasion, seine ausserplanmässige Professur an der Frankfurter Universität.

Ein paar Jahre verschnauft der Schutzengel nun. Er hat genug zu tun, seinen Schutzbefohlenen über die Zeit des Zusammenbruchs und der rabiaten Besatzungsära der Nonfraternisation, der Entnazifizierung und des Hungers hinwegzubringen. Aber dann erlebt er 1948 die Genugtuung, dass Erich Weiter als ordentlicher öffentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an die Universität Mainz berufen und 1951 mit der Leitung des von ihm mitbegründeten Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik betraut wird.

Inzwischen jedoch war Weiter auch zum Herausgeberkollegium der *Frankfurter Allgemeinen* gestossen, in dem sich die Tradition der guten demokratischen Presse, weithin sichtbar, verkörpert. Nur ein Name fehlt seit dem 21. September 1955 – es waren ihrer ursprünglich fünf – in der Kopfleiste der Zeitung: der Name Paul Sethe. Der historisch gründlich gebildete Journalist hatte es gewagt, seiner Meinung, die sich in Fragen der Aussenpolitik nicht immer mit der Auffassung der Bundesregierung deckte, in vorsichtig formulierten Leitartikeln Ausdruck zu geben. Er musste gehen, verständlicherweise, damit die Unabhängigkeit der Zeitung nicht durch das geistige Unabhängigkeitsbedürfnis eines Einzelnen gefährdet werde.

Freilich war der Gerechtigkeit insofern Genüge getan, als man ihm den Posten des Wiener Korrespondenten angeboten hatte. Aber Sethe war eigensinnig. Er ging zur *Welt*, wo er heute für die Politik verantwortlich zeichnet.

So blieb denn kein Fleck auf dem blanken Schild des Herausgeber-Teams zurück. Der Glanz ihrer Namen leuchtet wie eh und je von der Frontseite der Zeitung ins Publikum, und er hat nichts von der magischen Kraft verloren, die jeder Glanz ausstrahlt, an dem die Zeit mit tausend Händen poliert.

Das ist der Aspekt, unter dem der Leser, von aussen her, die *Frankfurter Allgemeine* sieht.

Aber es genügt nicht, um die Eigenart und Bedeutung der Zeitung ganz zu erfassen, die ja nicht von ungefähr «da ist», sondern von einem Verlagsunternehmen hervorgebracht, verbreitet und propagiert wird.

Wie steht es eigentlich damit?

Ganz einfach scheint uns. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH verdankte ihre Entstehung der Initiative und der kapitalmässigen Beteiligung der Mainzer Verlagsanstalt. Wir holen nun nach, und schon das ist nicht uninteressant, dass das junge

Unternehmen als ersten Geschäftsführer den Preussischen Finanzminister a.D. Otto Klepper, vordem Präsident der Preussischen Genossenschaftskasse, bestellt hatte. Klepper hatte sich nach fast fünfzehn Emigrationsjahren – die ihn über China, die USA, Palma de Mallorca und Paris endlich nach Mexiko geführt hatten – als Anwalt in Frankfurt niedergelassen und war alsbald in die Position des stellvertretenden Vorsitzenden der «Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947» aufgerückt (Vorsitzender ist Rechtsanwalt Dr. Rudolf Müller, Spezialist für die Vertretung ausländischer Kapitalinteressen: Svenska Tändsticks Ass, Dunlop, Esso Otis Elevator Co). Das war natürlich eine gute Empfehlung, denn diese Vereinigung wirtschaftspolitisch interessierter Persönlichkeiten vertritt just den Standpunkt der Unabhängigkeit – der unternehmerischen Unabhängigkeit im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft – zu dem sich der Verlag der Frankfurter Allgemeinen von jeher und neuestens sogar in feierlicher Form bekannt hat.

Doch ob nun dem von der Odyssee der Emigration ermüdeten Sechziger die Last des Geschäftsführeramtes zu schwer wurde, ob der Verlag den Wunsch hegte, die Aufbauarbeit einem jüngeren Mann von stärkerer Dynamik anzuvertrauen – genug, im Herbst 1950 schied Klepper schon wieder aus. An seine Stelle trat Werner G. Hoffmann, der alle Voraussetzungen mitbrachte, den weitgespannten Erwartungen des Verlagshauses zu genügen.

Der im besten Alter stehende Volljurist – Jahrgang 1907 – entstammt einer Görlitzer Zeitungsverlegerfamilie und war später selbst an der Hoffmann & Reiber KG beteiligt, deren *Neuer Görlitzer Anzeiger*, ein tapferes demokratisches Blatt, unter den kleinen Leuten in und um Görlitz verbreitet war und eine treue Leserschaft namentlich unter den Arbeitern auf dem Lande besass, die es nie wagen konnten, sich zu ihrer sozialdemokratischen Gesinnung offen zu bekennen. Das Unternehmen verfiel 1945 der Enteignung. Paul Henke, der letzte Chefredakteur des *Neuen Görlitzer Anzeigers*, der sich als Versammlungsredner der LDP bei den kommunistischen Machthabern missliebig gemacht hatte, wurde verhaftet und ging in der Gefangenschaft elend zugrunde. Werner G. Hoffmann setzte sich nach dem Westen ab. Er fand ein Unterkommen als Direktor bei der Zellstofffabrik Waldhof – dem führenden Unternehmen seiner Art, das durch seine Schifffahrts- und Transportbeteiligungen zur Dyckerhoff Portlandzementwerke AG und zur (amerikanischen) Hugo Stinnes GmbH in enger Beziehung steht – und hatte 1947 seine Position in der industriellen Honoratiorenschicht Westdeutschlands immerhin schon soweit gefestigt, dass er in den Verwaltungsrat des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft kooptiert wurde.

Werner G. Hoffmann brachte also alles mit, was ein junges Zeitungsunternehmen, das sich an «ganz Deutschland», d.h. an eine gesellschaftlich doch recht schmale, dafür aber geographisch weit gestreute Leserschicht wandte, von seinem Geschäftsführer füglich erwarten konnte – abgesehen von seinen persönlichen Qualitäten: juristische Kenntnisse, verlegerische Erfahrung, solide gegründete Einsichten in die Lebensbedingungen des industriellen Grossbetriebs und einen tiefen Hintergrund industrieller Verbindungen.

Wir begegnen dem jungen Dynamiker denn auch alsbald als alleinigem Gesellschafter eines zweiten Unternehmens seiner angestammten Branche, der »Allgemeinen Verlagsgesellschaft mbH«, die durch Gesellschaftsvertrag vom 18. Oktober 1951 begründet worden war und als Domizil das Haus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Börsenstrasse 2 – nomen est omen – gewählt hatte.

Mit dieser Allgemeinen Verlagsgesellschaft hatte es eine eigene Bewandtnis. Sie definierte als »Gegenstand des Unternehmens« – mit denselben Worten, die auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH gebraucht hatte – »Druck und Verlag von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Druckerzeugnissen sowie Beteiligung an Verlagsunternehmen und Druckereien«. Nur dass sie, im strikten Gegensatz zum Verlag der Frankfurter Allgemeinen, nie daran dachte noch jemals gedacht hatte, gemäss dem ersten Teil der Definition eine eigene Zeitung herauszugeben, sondern immer bloss daran, entsprechend dem zweiten Teil der Begriffsbestimmung sich an einem Verlagsunternehmen – nämlich der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH – zu beteiligen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt a.M.

Geschäftsführer: Direktor Werner G. Hoffmann, Wiesbaden

Stellv.

Geschäftsführer: Verlagsdirektor Dr. Viktor Muckel, Frankfurt a.M.

Gesellschafter: Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurt	.. 51 000 DMark
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt ..	29 000 DMark
Adolf Fraund, Wiesbaden	10 000 DMark
Ludwig Strecker, Wiesbaden.....	10 000 DMark
Willy Strecker, Wiesbaden.....	10 000 DMark
Heinz Schneider-Schott, Wiesbaden	10 000 DMark

Das geschah alsbald, und seither finden wir die Allgemeine Verlagsgesellschaft unter den Gesellschaftern der Frankfurter Allgemeine Zeitungs GmbH. An die Frühgeschichte des Unternehmens erinnern nur noch die beiden Minoritätsgesellschafter, Alfred Fraund, Persönlich haftender Gesellschafter der Mainzer Verlagsanstalt, und die Gruppe Ludwig Strecker, Willy Strecker, Heinz Schneider-Schott, deren unter der Firma B. Schott's Söhne OHG in Mainz betriebener Musikverlag (mit einer Einlage von 30'000 RMark) zu den Kommanditisten der Mainzer Verlagsanstalt zählt. Auf die einen und den andern entfällt ein Stammanteil an der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH von 10'000 DMark, der unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die Gesellschaft für 29'000 DMark eigene Stammanteile besitzt, einer Beteiligungsquote von 14,0845 Prozent entspricht. Die Mehrheit in Höhe von 51'000 DMark oder tatsächlich 71,831 Prozent befindet sich in den Händen der Allgemeinen Verlagsgesellschaft.

Ganz offenbar: in unternehmerischer Hinsicht ist die Allgemeine Verlagsanstalt die Seele des Weltblatts, und da die *Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland* die Stimme Deutschlands ist, die «in voller Unabhängigkeit von Regierung und Par-

teien und Interessengruppen» ausspricht, was ihre Herausgeber, die Blüte der deutschen Tagespublizistik, zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen zu sagen haben, ist es von höchstem Interesse zu erfahren, wer sich nun eigentlich zu wem in dieser Allgemeinen Verlagsanstalt gefunden hat.

Der nächstliegende Gedanke wäre natürlich der: die Herausgeber hätten versucht, durch ihren kollegialen Eintritt in die Gesellschaft sich ihre publizistische Entscheidungsfreiheit ökonomisch zu sichern. Aber man könnte auch vermuten, die Allgemeine Verlagsgesellschaft wäre von Männern gegründet worden, die einen repräsentativen Querschnitt durch unser öffentliches Leben verkörpern – von Politikern nicht nur einer Richtung, Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, Vertretern der Wirtschaft, Repräsentanten der wirtschafts- und sozialpolitischen Verbände usw. –, sei es, dass sie vom Verlag mobilisiert worden wären, sei es, dass die Initiative von anderer Seite ausgegangen wäre. Mit der Zielsetzung natürlich, eine wirklich für Deutschland repräsentative Zeitung zu schaffen.

Aber nichts von alledem.

Die Allgemeine Verlagsgesellschaft ist die Gründung einer Industriellengruppe, die ihrer Zusammensetzung nach allerdings so repräsentativ für die deutsche Industrie oder vielmehr: für das in Westdeutschland tätige Industriekapital ist, dass der Zufall schon sonderbar gespielt haben müsste, wenn ihrer Zusammenführung nicht ein sorgfältig erwogener Organisationsplan zugrunde gelegen hätte.

Auf den ersten Blick sieht man: kein einziger der neuen Gesellschafter der Allgemeinen Verlagsgesellschaft ist selbständiger Unternehmer; sie gehören, vom ersten

Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurt

Geschäftsführer: Verlagsdirektor Werner G. Hoffmann

Gesellschafter:

1. Karl Blessing, Vorstand der Margarine Verkaufsunion GmbH, Hamburg
2'000 DMark
2. Dr. Alexander Haffner, Vorsitzter des Vorstands
der Salamander AG, Stuttgart 3'000 DMark
3. H. H. Matthiessen, Vorsitzter des Vorstandes der
Deutschen Vacuum Oel AG, Hamburg 2'000 DMark
4. Dr. Kurt Pentzlin, Prokurist in H. Bahlsen's
Keksfabrik KG, Hannover 2'000 DMark
5. Albrecht Pickert, Vorstandsmitglied der Hein,
Lehmann & Co AG, Düsseldorf 2'000 DMark
6. Max H. Schbinid, Vorstand der Zellstoffabrik Waldhof,
Wiesbaden 3'000 DMark
7. Dr. Otto Seeling f,¹ Vorsitzter des Vorstandes
der Deutschen Tafelglas AG, Fürth/Bayern 2'000 DMark
8. Otto A.H. Vogel, Präsident der Industrie- und
Handelskammer Augsburg 2'000 DMark
9. Bergassessor a.D. Dr. F.W. Ziervogel, Vorstand

¹ Verstorben am 28. Februar 1955. Der in seinem Nachlass enthaltene Gesellschaftsanteil sollte im Laufe des Jahres 1956 auf einen neuen Gesellschafter übertragen werden. Eine entsprechende Berichtigung der Gesellschaftsliste lag bis September 1956 noch nicht vor.

bis zum letzten Mann, der Spezies der grossindustriellen Manager an. Man muss aber schon ins Einzelne gehen, um der Bedeutung dieses Umstandes innezuwerden:

Karl Blessing, der Reichsbankkarriere entstammend, war von 1930 bis 1934 zur BIZ, Bank für Internationale Zahlung in Basel, von 1934 bis 1937 als Generalreferent ins Reichswirtschaftsministerium delegiert, gehörte von 1937 bis 1939 dem Reichsbankdirektorium, von 1939 bis 1941 und dann wieder seit 1948 dem Vorstand der Margarine-Union AG Hamburg (Kapital: 130 Mill. DMark) an. Er ist ferner Vorstandsmitglied der Margarine-Verkaufs-Union GmbH, Hamburg (Kapital: 30 Mill. DMark).

Die Margarine-Union, Spitze eines in Westdeutschland weitverzweigten Konzerns, ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des britisch-niederländischen Unilever-Konzerns, der auch die Sunlicht-Gesellschaft samt den ihr angeschlossenen Unternehmungen (Elida, Kleinol, Pepsodent, Solidox usw.) beherrscht.

Dr. Alexander Haffner. Die Salamander AG befindet sich zur Hälfte im Besitz der Gründerfamilie Sigle. Die andere Hälfte entfällt auf Restitutionsansprüche der Familien Weil und Levi.

H.H. Matthiessen. Die Deutsche Vacuum Oel AG (jetzt: Mobil Oil AG in Deutschland, Kapital: 90 Mill. DMark) gehört restlos der Socony Mobil Oil Co. Inc., New York. Diese grosse amerikanische Ölgesellschaft arbeitet eng mit der Standard Oil Co of New Jersey (Rockefeller-Trust; deutscher Ableger Esso AG) zusammen: Sie besitzen zu gleichen Teilen die Standard-Vacuum Oil Company, New York, die Gesellschaften in England und Holland, namentlich aber in Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Indonesien und Japan besitzt.

Dr. Kurt Pentzlin. H. Bahlsen's Keksfabrik KG ist ein Familienunternehmen mit mehr als 3'000 Beschäftigten und Fabriklagern in allen grösseren Städten des Bundesgebiets. Dem Verwaltungsrat gehören u.a. an: der Kölner Bankier Dr. h.c. Robert Pferdmeiges, Vertrauensmann der Schwerindustrie und Berater des Bundeskanzlers; ferner der ehemalige Stahltruhänder Senator und Oberbürgermeister a. D. Dr. Arthur Menge.

Albrecht Pickert. Die Mehrheit der Hein, Lehmann & Co AG, Düsseldorf (Kapital: 3 Mill. DMark) liegt bei der Deutsche Gerätebau GmbH, die ihrerseits zu 75 Prozent der Gebr. Stumm GmbH gehört. Beherrschend ist also der Stumm-Einfluss. 25 Prozent der Hein, Lehmann & Co-Aktien befinden sich im Besitz der Kohlensäure Industrie AG, bei der neben deutschem Bankkapital (Berliner Handelsgesellschaft 25 Prozent, Bankhaus C.G. Trinkaus 30 Prozent) auch schweizerisches Kapital beteiligt ist. Aufsichtsratsvorsitzender bei Hein, Lehmann & Co ist der Düsseldorfer Handelskammerpräsident Dr. Ernst Schneider: Kommanditist der Trinkaus-Bank und führender Kopf der sogenannten Michel-Gruppe (Niederrheinische Bergwerks AG und Braunkohlenbergwerk Neurath AG). *Max H. Schmid* war bis zum 10. August 1955 Vorstandsvorsitzer der Zellstofffabrik Waldhof (Kapital: 62,4 Mill. DMark; ca. 7'000 Angestellte und Arbeiter). Er gehört jetzt als «älterer Staatsmann» dem Aufsichtsrat seines Unternehmens an; Aufsichtsratsvorsitzer: Hermann J. Abs, Süddeutsche Bank.

Dr. Otto Seeling, – 28. Februar 1955. Die «DETAG» Deutsche Tafelglas AG, Fürth (Kapital: 12 Mill. DMark), wurde vor dem Krieg mehrheitlich von der «DELOG» Deutsche Libbey Owens Ges. für maschinelle Glasherstellung beherrscht, an der der belgische Solvay-Konzern über die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch und die «Sofina» (Société Financiere de Transport et d'Entreprises Industrielles, Bruxelles) massgeblich, die Libbey-Owens-Fow Glass Co, Toledo/Ohio (USA) mit 20 Prozent beteiligt ist. Die Beteiligung der Delog an der DETAG ist teilweise wiederhergestellt; daneben sind bei der DETAG beteiligt: die Dr. Hugo-Henkel-Erben, Düsseldorf (Henkel, Persil, Dr. Thompson, Fewa usw.), die Familie von Vopelius und die fürstliche Vermögensverwaltung Thurn und Taxis.

Otto A.H. Vogel ist Vorstandsmitglied der Julius Schürer AG, Augsburg (Kapital: 1 Mill. DMark), deren Kapitalmehrheit bei der Zwirnerei und Nähfadefabrik Göggingen (Kapital: 9,75 Mill. DMark) liegt, und Aufsichtsratsvorsitzer der Neuen Augsburger Kattunfabrik (Kapital: 10,2 Mill. DMark).

Otto A. H. Vogel gehört dem Bayerischen Senat,
dem Aussenhandelsbeirat,
dem Bundeswirtschaftsministerium,
dem Beirat des Industrie- und Handelstages und
dem Vorstand des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft an.

Er ist ferner Präsident der Industrie- und Handelskammer Augsburg, Vizepräsident des Landesverbandes der bayerischen Industrie und Vorsitzender des Vereins der südbayerischen Textilindustrie.

Bergassessor a.D. Dr.jur. Friedrich Wilhelm Ziervogel: Die Ruhrgas AG, Essen (Kapital: 50 Mill. DMark), ist ein Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrkohlenbergbaus; ihr Hauptaktionär (mit 27,18 Prozent des Aktienkapitals) die Gelsenkirchener Bergwerks AG, Essen (Kapital: 588 Mill. DMark). Dr. Ziervogel amtiert bei der Kohlenverwertungsgesellschaft mbH, Essen (Kapital: 36 Mill. DMark), an der die Ruhrgas mit einem Drittel beteiligt ist, als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer. Er ist ferner Präsident der Industrie- und Handelskammer für die Stadtkreise Essen, Mülheim/Ruhr und Oberhausen, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmungen in Nordrhein-Westfalen, Essen, und Vorstandsmitglied der Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Wie man sieht, sind die Gewichte gerecht auf die einzelnen Industrien verteilt worden: Die Schwerindustrie einschliesslich der Treibstoff-Wirtschaft – Ruhrgas, Stumm-Gruppe (Hein, Lehmann) und Deutsche Vacuum – hat, wie nur billig, ihren wohlbemessenen Anteil erhalten; die Bekleidungs- und Textilindustrie – Salamander und die Göggingen-Gruppe – ist zum Zuge gekommen; die Nahrungsmittelindustrie – Margarine-Union und Bahlsen – kann zufrieden sein, und schliesslich sind noch die Glasindustrie – DETAG – und die Papierindustrie – Zellstoff Waldhof – berücksichtigt worden, beide kapitalintensive, der Grundstoffherzeugung nahestehende Industrien. Auch die chemische und die Maschinenindustrie sind nicht – wie es scheinen möchte – ganz leer ausgegangen. Fürs erste, da Max H. Schmid stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Farbwerke Hoechst AG und Aufsichtsratsmitglied der Deutsche Erdoel AG ist; zum zweiten, da Dr. Ziervogel dem Aufsichtsrat der DEMAG und der BP Benzin- und Petroleum-GmbH angehört. Davon abgesehen, dass die Ruhrgas AG selbst zwei Ofenbauunternehmungen kontrolliert und an der Kohleverwertungsgesellschaft beteiligt ist. Drittens endlich, da Karl Blessing im Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG und der Howaldtswerke AG sitzt.

Der Gerechtigkeitssinn derjenigen, die diese Gruppe grossindustrieller Manager, Aufsichtsratsmitglieder und -vorsitzer, Handelskammerpräsidenten, Unternehmer- und Arbeitgeberverbandsführer organisiert haben, hätte aber nicht sein Genüge gefunden, wenn in das unternehmerische Gremium, welches «die» deutsche Tages- und Wirtschaftszeitung unter den Weltblättern kontrolliert, nur die Vertreter des deutschen

Industriekapitals Aufnahme gefunden hätten. Denn tatsächlich ist ja viel industrielles Auslandskapital am deutschen Wirtschaftswunder – sowohl an seiner Hervorbringung, wie am Genuss seiner Früchte – beteiligt.

Dieser Sachlage entspricht es, dass zwei der neuen Gesellschafter der Allgemeinen Verlagsgesellschaft – Karl Blessing (Margarine-Union) und H.H. Matthiessen (Deutsche Vacuum Oel bzw. Mobil Oil AG) – Repräsentanten rein ausländischer Unternehmungen sind. Und dass an zwei weiteren Unternehmungen, deren Vertreter unter den Gesellschaftern der Allgemeinen Verlagsgesellschaft sitzen bzw. sasssen, Auslandskapital beteiligt ist: unmittelbar und in erheblichem Ausmass an der DETAG (Dr. Otto Seelingf), mittelbar und nur in geringem Mass an der Hein, Lehmann & Co AG.

Angesichts all dieser Tatsachen kommt man zu einer Reihe untereinander freilich im Widerstreit stehender Schlüsse:

1. Der Hauptgesellschafter der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH ist, mit annähernd 72 Prozent der freien Anteile, die Allgemeine Verlagsgesellschaft GmbH. Sie übt im Verlagshaus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland die absolute Herrschaft aus.
2. Das Gesellschaftergremium der Allgemeinen Verlagsgesellschaft setzt sich aus grossindustriellen Managern zusammen, die die Unternehmer- und Arbeitgeberinteressen des deutschen und des in Deutschland tätigen ausländischen Industriekapitals vertreten.
3. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH hat im Handelsregister niedergelegt, dass ihre Zeitung «in voller Unabhängigkeit von Regierung und Parteien und Interessengruppen auf freiheitlich-staatsbürgerlicher Grundlage geführt wird».
4. Das Kollegium der Herausgeber, die in unternehmerischer Hinsicht nicht am Verlag ihrer Zeitung beteiligt sind, entstammt der demokratischen Presse der Weimarer Republik. Ein Mitglied des ursprünglich fünfköpfigen Kollegiums ist ausgeschieden, da es aussenpolitische Auffassungen vertrat, die von denen der Bundesregierung abwichen. Ein anderer Herausgeber hat noch während des Krieges (1945) eine Formulierung der industriepolitischen Ideologie des Dritten Reiches gegeben, die sich durch Präzision, Logik und beschwingte Sprache auszeichnete.

Doch wird man, was diesen Punkt betrifft, Erich Weiter vielleicht zugutehalten müssen, dass er beabsichtigte, gerade durch die scharfe Pointierung seiner Aussage die Wirtschaftsideologie des Nationalsozialismus in den Augen der betroffenen Unternehmer ad absurdum zu führen. Denn schliesslich ist er ja, wenn schon nicht den Lenden Leopold Sonnemanns, so doch den Spalten der guten alten *Frankfurter Zeitung* entsprossen.

Wie dem aber auch sei: Es bleibt genug des Widersprüchlichen, was sich dem Blick hinter die Kulissen zeigt, aus denen uns «Die Stimme Deutschlands» entgegenklingt. Möge jeder zusehen, wie er – um den dem nahen Moseltal entsprossenen Nikolaus von Kues zu bemühen – mit dieser neuen «coincidentia oppositorum», dem

Ineinanderfallen der Gegensätze, fertig wird, die für den Kardinal in einer höheren Wesenheit geschah. Aber freilich, der Mystiker konnte sich da auf die «docta ignorantia», das wissende Nichtwissen, verlassen. uns Armen im Geist, denen nur die Logik blieb, ist es schwerer gemacht, die Versöhnung der Gegensätze zu vollziehen.

Von keiner anderen deutschen Tageszeitung kann man im gleichen Sinne behaupten, dass sie von «der» Industrie, d.h. von einem Managergremium kontrolliert wird, welches für das in Westdeutschland tätige industriekapital durchaus repräsentativ ist, wie man das von der *Frankfurter Allgemeinen* nicht nur sagen kann, sondern sagen muss.

Freilich, wir haben noch das Beispiel der *Stuttgarter Zeitung*: Die Stuttgarter Zeitungsverlag GmbH wird mittelbar – durch die Dazwischenkunft der Deutsche Verlagsanstalt GmbH – und unmittelbar von der Industriellenfamilie Bosch kontrolliert. Aber da handelt es sich eben doch nur um eine Familie, und zwar um eine Familie von politischer Tradition und literarischer Neigung, die zu ihrem industriellen Eigentum in aller Offenheit das Eigentum an zwei grossen publizistischen Objekten hinzu erworben hat, und eben nicht um ein Managergremium, das sich die Vertretung industrieller Kapitalinteressen zur Lebensaufgabe gemacht hat: auch in der Weise, dass es sich als Gesellschafterkollegium einer in der Tat sehr allgemeinen Verlagsgesellschaft um das wirtschaftliche Wohl und Wehe gerade der Zeitung bemüht, die sich die Stimme Deutschlands nennt.

Die Dinge liegen in Frankfurt und Stuttgart sehr verschieden, und wieder anders liegen sie in Schleswig-Holstein: das Stammkapital (25'000 DM) der Flensburger Zeitungsverlag GmbH, die das *Flensburger Tageblatt* (Gesamtauflage 1955: knapp 41'500 Exemplare) herausgibt, liegt zu 64 Prozent in den Händen von vier Privatleuten – eines Steuerberaters, eines kaufmännischen Direktors, eines Verlegers und eines Baurats. In den Rest teilt sich eine grössere Zahl von Einzelkaufleuten, Landwirten und Firmen, von denen nur zwei von überlokaler Bedeutung sind: die als «Flensburger Privatbank» firmierende Filiale der Schleswig-Holsteinischen Westbank (mit einem Anteil von 9,2 Prozent des Stammkapitals) und die zum Thyssen-Bornemisza-Konzern gehörende Flensburger Schiffsbaugesellschaft (mit einem Anteil von 1,84 Prozent). Weit davon entfernt, von einer Kontrolle der Zeitung durch die lokale Wirtschaft zu sprechen, kann man gerade diese Verteilung des Eigentums und des Mitspracherechts an der Zeitung für eine glückliche Lösung des Problems halten, das Interesse des Publikums an «seiner» Zeitung zu mobilisieren.

AUCH MÜNCHEN EXPORTIERT ZEITUNGEN

Erstaunlicherweise rechnet München, diese Hochburg der Illustrierten Zeitungen (*Quick* 1 Mill. Exemplare, *Revue* 593'000 Exemplare, *Weltbild* 500'000 Exemplare, *Münchner Illustrierte* 372'000 Exemplare), nicht zu den grossen westdeutschen Exporten der Tagespresse – wenigstens nicht in quantitativer Hinsicht.

Sieht man von den wöchentlich erscheinenden Lokalblättern ab – nur der *Würrn-tal-Bote* erscheint dreimal in der Woche –, so ist die Gesamtauflage der Münchner Zeitungen verhältnismässig niedrig. Auf 1'000 erwachsene Einwohner der Stadt (ab 21 Jahre) entfallen in München 721 Zeitungen; die «Bezieherdichte» ist also nur wenig kleiner als in Berlin (866), aber sehr viel geringer als in Frankfurt oder Hamburg.

Münchner Tageszeitungen (Stand Mitte 1955)

	Auflage	Anzeigenpreis je Seite DM
<i>Münchner Merkur</i>	164'154	-
<i>Süddeutsche Zeitung</i>	205'415	9'300
<i>Abendzeitung</i>	86'035	3'069
zusammen	455 604	-
	München	Bundesgebiet ¹
Bezieherdichte	721	488
Bezieherhaushaltsdichte	135	100
Verbreitungskoeffizient	184	141

¹ mit Berlin

Das gleiche gilt von der «Bezieherhaushaltsdichte» (Zeitungen je 100 Haushaltungen) und dem «Verbreitungskoeffizienten» (Zeitungen je 100 Normalwohnungen). Ziehen wir etwa Frankfurt zum Vergleich heran, so sehen wir, dass jeder der drei für München errechneten Indizes um zwei Drittel kleiner ist, als die entsprechende Frankfurter Relativzahl. Sicherlich hat auch München einen Zeitungsüberschuss, der exportiert wird; aber seine Ausfuhr fällt sehr viel weniger ins Gewicht als die Menge der Tageszeitungen, die Hamburg und Frankfurt exportieren.

Als erste deutsche Zeitung in München wurde nach dem Zusammenbruch die *Süddeutsche Zeitung* begründet, in der die Tradition der *Münchner Neuesten Nachrichten* weiterlebt. Ausgestattet mit der Lizenz Nr. 1 brachten die Lizenzträger Edmund Goldschagg, Dr. Franz Josef Schöningh, August Schwingenstein und Werner Friedmann die erste Ausgabe am 6. Oktober 1945 auf den Markt, der nicht weniger begierig als nach den Nachrichten und Kommentaren nach dem für vielerlei Zwecke unentbehrlichen Zeitungspapier griff. Als Verlagsleiter amtierte zunächst August Schwingenstein, als Chefredakteur Goldschagg, als seine Vertreter Schöningh und Friedmann – ein gutes Team, das die Gunst der Stunde zu nutzen verstand: Im Jahre 1947 war eine Auflage von 285'000 Exemplaren erreicht.

Das Lizenzträger – später: Herausgeberkollegium blieb auch weiter zusammen;

nur dass seit Beginn der fünfziger Jahre Schöningh und Friedmann gleichberechtigt neben den Chefredakteur traten, bis 1952 Dr. Schöningh ganz aus der Redaktion ausschied, um sich gemeinsam mit Hans Dürrmeier der Verlagsleitung zu widmen.

Etwa im Jahre 1953 konsolidierten sich die Verhältnisse in der Weise, dass auch Hans Dürrmeier dem im Übrigen unveränderten Gremium der Herausgeber beitrug, Werner Friedmann die Chefredaktion übernahm, Dr. Schöningh und Dürrmeier sich der Verlagsleitung widmeten. Auch die Auflagenentwicklung – 212'500 Anfang 1951; 200'000 im Jahre 1953; 205'500 im Jahre 1955 – lässt erkennen, dass das Blatt seine endgültige Form gefunden hat: in Tat und Wahrheit eine unabhängige Zeitung von hohem publizistischem Standard – obwohl sie ohne Not die Chance ungenutzt lässt, die ihr die gute Besetzung ihrer Wirtschaftsredaktion bietet – ein Blatt, das, so oft man es aus dem Chor der für Deutschland sprechenden Stimmen heraushört, dann auch wirklich etwas zu sagen hat. Nicht die «Stimme Bayerns», noch die «Stimme Süddeutschlands», sondern eine der deutschen Stimmen, die sich hüben und drüben der Bundesgrenze Gehör zu verschaffen wissen.

Süddeutscher Verlag GmbH München

Süddeutsche Zeitung, Auflage 1955: etwa 205'500

Münchner Illustrierte, Auflage 1955: etwa 372'000

Geschäftsführer: Hans Dürrmeier

Dr. F. J. Schöningh

<i>Gesellschafter</i> : Chefredakteur Werner Friedmann	67 500 DMark
Verlagsleiter Dr. F. J. Schöningh	67 500 DMark
Verleger Edmund Goldschagg	67 500 DMark
Generaldirektor H. Dürrmeier	30'000 DMark
Verleger August Schwingenstein	60'000 DMark
GmbH-Anteil	7'500 DMark

¹ Gesellschaftsvertrag vom 25. Juli 1947.

Eng mit der Süddeutschen Zeitung verbunden ist *Die Abendzeitung*, die Werner Friedmann als Lizenzträger seit dem 16. Juni 1948 herausgeben konnte. Verlagsleiter war zunächst Direktor Hans Heinrich, der damals noch einer der beiden Lizenzträger des bei der Neuen Münchner Verlags-GmbH erscheinenden *Münchner Merkur* war. Diese Beziehung wurde jedoch durch die Errichtung des Verlags «Die Abendzeitung GmbH» gelöst, die durch Gesellschaftsvertrag vom 1. Juni und 23. August 1950 erfolgte. Ein bemerkenswertes Dokument übrigens; denn die dem «Zweck des Unternehmens» gewidmete Eintragung ins Handelsregister sieht nicht nur die Herausgabe der *Abendzeitung* und sonstiger Publikationen vor, sondern auch «die Förderung des journalistischen Nachwuchses in Deutschland durch finanzielle Zuwendungen an das «Werner-Friedmann-Institut München e.V.» in München im Sinne der in § 2 der Sat-

zung dieses Vereins vom 26. April 1949 näher erläuterten Zwecke und Ziele. Erinnern wir uns, dass die Zweckbestimmung der «Welt»-Stiftung zwar weiter gefasst, andererseits aber die Verwendung der Stiftungsmittel auf Hamburg beschränkt wurde («Förderung und Unterstützung der Zeitungswissenschaften sowie des journalistischen und verlegerischen Nachwuchses in Hamburg»), so erscheint die Auflagenentwicklung der *Abendzeitung* von 58'900 Anfang 1951 über 80'000 im Jahre 1953 auf 86'000 im Jahre 1955 besonders erfreulich.

Verlag Die Abendzeitung GmbH, München

Geschäftsführer: Hans Dürrmeier, Verlagsdirektor in München

Gesellschafter: Chefredakteur Werner Friedmann 40'000 DMark

Verleger Hans Diirrmeier..... 20'000 DMark

Der *Münchner Merkur*, *Münchner Zeitung für Politik, PVirtschaft, Kunt, Wissenschaft, Sport und Alpines*, so lautet der volle Titel des Blattes, das sich als einzige bedeutende Zeitung neben der *Süddeutschen* und der mit dieser durch Personalunion verbundenen *Abendzeitung* in der bayerischen Landeshauptstadt durchzusetzen vermochte, wurde auf Grund der Lizenz Nr. 21 im November 1946 als *Münchner Mittag. Unabhängige Tageszeitung* gegründet. Den als Herausgebern zeichnenden Lizenzträgern, Dr. Felix Buttersack und Hans Heinrich, stand eine eigene Druckerei zur Verfügung – das Verlagsgeschäft besorgte die Neue Münchner Verlags GmbH –, so dass die Entwicklung der Auflage (von 114'000 Exemplaren im Jahre 1947 auf über 156'600 Anfang 1951), die unter der fachkundigen Direktion des Verlagsleiters Ludwig Vogl erzielt werden konnte, jedenfalls nicht unter den technischen Schwierigkeiten zu leiden hatte, mit denen sich viele andere Lizenzträger auseinandersetzen mussten. Nachdem die Zeitung am 1. Januar 1948 zum erstenmal unter dem Titel erschienen war, den sie heute noch führt, liessen die Dinge sich, wie schon gesagt, recht erfreulich an. Aber es blieb nicht lange beim Alten. Ob persönliche Spannungen oder sachliche Überlegungen den Ausschlag gaben, mag dahingestellt bleiben: Jedenfalls wurde im Jahre 1952 eine innere Reform an Haupt und Gliedern durchgeführt, die darauf hinauslief, dass der Mitbegründer und –herausgeber Hans Heinrich mit einer sicherlich nicht geringen Abfindung und der Verpflichtung ausschied, sich an keinem wie immer gearteten Konkurrenzunternehmen zu beteiligen, und dass Dr. Felix Buttersack und Verlagsdirektor Ludwig Vogl unter Einbringung des *Münchner Merkur* als persönlich haftende Gesellschafter in die seit 1911 bestehende «Münchener Zeitungs-Verlag KG» eintraten. Seit Anfang 1953 also erscheint der *Merkur* bei der Münchener Zeitungs-Verlag KG, unter deren Inhabern Dr. Wolfgang Huck, Gesellschafter der bedeutenden F. Bruckmann KG, Graphische Kunstanstalten, München – eines Kunst-, Buch- und Zeitschriftenverlags von internationalem Ruf – die Rolle des primus inter pares spielen dürfte. Umso mehr, da auch der einzige Kommanditist der Gesellschaft seiner Familie entstammt.

Münchener Zeitungs-Verlag München

- Persönlich haftende Gesellschafter:*
1. Dr. Wolfgang Huck, Strub bei Berchtesgaden,
 2. Andreas M. Huck, Druckereibesitzer in München,
 3. Dr. Felix Buttersack, Zeitungs Verleger und Druckereibesitzer in München,
 4. Ludwig Vogl, Zeitungsverleger und Druckereibesitzer in München.
- Kommanditist:* Harald Huck, Druckereibesitzer in Wiesbaden, mit einer Einlage von 583'300 DMark.

Im Handelsregister eingeschrieben am 12. Januar 1953.

Eine gewisse Konzentration hat also auch in München stattgefunden: Die Gruppen Süddeutscher Verlag GmbH – Verlag Die Abendzeitung GmbH auf der einen Seite, Münchener Zeitungs-Verlag KG-Bruckmann KG auf der anderen Seite repräsentieren, jede für sich, in publizistischer und in ökonomischer Hinsicht beachtliche Machtgebilde. Wenn sie auch hinter den Konzentrationsergebnissen, die die Presseemporien Hamburg und Frankfurt, Ruhrgebiet und Berlin hervorgebracht haben, weit zurückstehen.

WIEVIEL EINE ZEITUNG WERT SEIN KANN

Nach einem Jahrzehnt des Aufbaus, der uns die Presse und der Presse die Verlagsgebäude und die Maschinen, die Abonnenten und die Anzeigenkunden, die ersten Konzerne, die Zeitungslords und die Journalisten wiedergegeben hat, werden schon wieder Klagen über die elende Lage der Presse laut.

In einem Beitrag zum «Forum der Welt», das die *Welt* vom 27. Oktober 1956 der Frage der Pressefreiheit widmete, stellt Ferdinand Fried – alias Professor Fried Zimmermann, Axel Springers Wirtschaftspolitiker – erbittert fest: «Die Zeitung hängt am Papier». Unter dieser Überschrift schreibt er: «Die Zeitung ist zwar wieder politisch frei und unabhängig; aber sie wurde abhängig vom Staat, in einem Masse, wie man es sich kaum vorstellen kann – wieder durch das Papier. Man kann sogar behaupten, dass eine Abhängigkeit der Presse etwa von Inseraten oder wirtschaftlichen Interessengruppen nicht gegeben sein kann, weil sie ja in tausend Gruppen aufgesplittet ist. Sie hebt sich also gegenseitig auf.

Die Dinge liegen so, dass der Papierpreis vom Staat manipuliert wird, und zwar durch den Zoll und durch sehr scharfe Einfuhrbestimmungen. Dabei berücksichtigt der Staat stets das Interesse der Papierindustrie, so wie er es gewohnt ist, die Interessen aller anderen Industriezweige mehr oder weniger zu berücksichtigen, während die Presse als Papierverbraucher für den Staat nicht die Rolle einer wirtschaftlichen Interessengruppe spielt, sondern die einer staatspolitischen Funktion ... Gerade die grossen, überregionalen Blätter sind am heftigsten davon betroffen worden; denn ihre Preise liegen durchschnittlich noch um 20 Prozent unter dem Vor-

kriegsstand, während es den kleineren Provinzblättern immerhin gelungen ist, ihre Preise stärker heraufzudrücken. Beides kommt aber nicht an die Steigerung der allgemeinen Grosshandelspreise um etwa 75 Prozent heran – und schon gar nicht an die Verdreifachung der Papierpreise.

Mit anderen Worten: die Presse ist wirtschaftlich entrechtet. Auf der einen Seite erhöht der Staat ihre Kosten über das Papier, auf der anderen Seite drückt ein politischer Preis ihre Erlöse. Und weil die Presse wirtschaftlich entrechtet ist, ist sie auch politisch nicht mehr so mächtig wie ehemals. Manchmal scheint es sogar, als wenn sie die Behörden mit einer souveränen Verachtung behandeln.»

Was die Verachtung angeht, so hat Ferdinand Fried allerdings recht – mehr sogar, als er wahrhaben möchte; denn mit Verachtung wird die Presse nicht nur von den Behörden behandelt. Was aber den sachlichen Kern der Auslassungen angeht, die aus so berufenem Munde kommen, so verdienen sie mindestens eine ernsthafte Prüfung.

Die Papierpreise sind hoch – das muss dem Kritiker zugegeben werden; höher sind nur noch die NE-Metallpreise und die Preise für Stahl und Eisen, und ebenso teuer wie das Zeitungspapier sind unsere Bodenschätze, beispielsweise die Stein- und Braunkohle geworden.

Was den Klagen der Zeitungsverleger nun aber ein besonderes Gewicht gibt, ist ein historisches Moment: Die grosse Aufbauzeit der deutschen Presse, nicht die kurze Ära ihres Wiederaufbaus, sondern jenes halbe Jahrhundert, in welchem die grossen deutschen Zeitungen – von der *Frankfurter* bis zum *Lokalanzeiger* – entstanden, war eine Epoche sinkender Papierpreise. Im Jahre 1860 hatten 100 kg Zeitungspapier 60 Mark, 1870 sogar 70, 1880 aber nur noch 45 Mark gekostet. Nun ging es unaufhaltsam abwärts: 1890 zahlte Mosse nur noch 28,50 Mark, im ersten Jahr des neuen Jahrhunderts 23 Mark, im Jahre 1910 21 Mark und 1914, als der Erste Weltkrieg ausbrach, 20,50 Mark für den Doppelzentner. Damit ging aber auch die gute alte Zeit zu Ende, in der das gesamte Verlagswesen, Presse und Buch, seinen Nutzen daraus zu ziehen vermochte, dass unsere Wälder kahlgeschlagen wurden und die Papierfabriken sich gegenseitig zu Tode konkurrierten. Zwischen den beiden Weltkriegen war der «säkulare Preistrend» zwar wieder abwärtsgerichtet. Der Preisfall wiederholte sich; aber die Preisbildung verlief auf einer höheren Ebene: 1925 zahlte man 33 bis 34 RMark, 1930, als schon das Unwetter der Krise heraufzog, durchschnittlich 31 RMark und in der ersten Hälfte des Katastrophenjahrs 1932 auch noch 21,50 bis 23,50 RMark für den Doppelzentner Papier. Aber dann begann auch schon bald die Ära des Tausendjährigen Reichs, in der die Zeitungsverleger andere und schwerere Sorgen hatten, als ihnen die Papierpreise jemals bereiten konnten.

Die Erinnerung an die Jahrzehnte der tendentiell sinkenden Papierpreise, in denen mindestens die Auflagen der Tagespresse müheloser emporkletterten als heutzutage, mischt der Sorge um die Umkehr des säkularen Preistrends viel Bitterkeit bei. Aber

ein Publizist vom Range Ferdinand Frieds sollte sich doch darüber klar sein, dass die Entwicklung der deutschen Papierpreise nicht etwa das Ergebnis bössartiger Manipulationen ist, sondern einen ganz anderen Sachverhalt abbildet.

Papierpreise und Druckkosten

	Zeitungspapierpreise DM je 100 kg		Index der Erzeugerpreise 1938 = 100		Errechnete Einfuhrpreise für Zeitungspapier ¹
	I	II	Papierherzeugung		
				Druck	
1948	51,80	—	—	—	—
1949	53,10	—	—	—	—
1950	54,10	—	247	169	51,13
1951	77,40	—	404	198	130,88
1952	87,00	72,50*	396	204	62,70
1955	69,00	69,00 ⁵	326	192	52,56
1954	72,25 ²	64,21	323	191	58,00
1955	75,00 ²	70,46	337	196	61,59
1956	77,00 ⁷	70,46	336 ⁶	198 ⁶	63,68

I. Angaben des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, B. Godesberg.

II. Angaben des Stat. Bundesamts.

¹ Jeweils im Juli. ² Ab 1. Dezember. ³ Ab 1. September. ⁴ Nordrhein-Westfalen.

⁵ Nordrhein-Westfalen und Bayern. ⁶ Juni bis August 1956.

Nach einem Jahrhundert des Raubbaus ist das Holz knapp geworden – auf der ganzen Welt, in Kanada und Schweden wie in Österreich und Deutschland –, und um die schmalere Ernte konkurrieren nicht nur die Zulieferanten der Papierfabriken. Neben ihnen sind die Werke der Kunststoffindustrie in den Wettbewerb eingetreten; abgesehen davon, dass auch die Holznachfrage des Bergbaus und der Bauwirtschaft sprunghaft gestiegen ist. Gelichtete Wälder einerseits – rapide steigende Holznachfrage andererseits: in dieser Situation macht der Urproduzent sein Faustrecht nach besten Kräften geltend. Das heisst, die Holz- und Papierpreise steigen natürlich, und es ist gar nicht abzusehen, wann die Entwicklung sich wieder wenden sollte. Es geht hier nicht anders zu als im Kohlenbergbau, in der Metallverhüttung und in der Stahlindustrie. Und – Ferdinand Fried weiss das auch. Sein Angriff, wenn er überhaupt Sinn und Erfolg haben sollte, müsste schon dahin zielen, den Urproduzenten die Handhabung ihres Faustrechts zu erschweren – aber das hiesse ja, gegen Verbände, parlamentarische und politische Instanzen und selbst gegen einen Teil der Presse zu Felde ziehen. Der Stossseufzer selbst eines prominenten Journalisten genügt nicht – wie Fried sich aus seiner antikapitalistischen Kampfzeit erinnern wird –, Männer von der Art zu erschüttern, die heute die Hand auf die deutsche Papierindustrie gelegt haben.

Ganz abwegig ist Frieds Attacke gegen den Zoll. Der Zollsatz für Zeitungsdruckpapier betrug bis zum 15. August 1950 10 DMark je Doppelzentner, vom 16. August 1950 bis zum 13. Oktober 1951 12 Prozent des Einfuhrwerts; seit dem 14. Oktober

1951 geschieht die Einfuhr zollfrei. An der Deckung unseres gesamten Papier- und Papperverbrauchs war die Einfuhr 1951 mit nur 2,5 Prozent, 1955 dagegen mit 12,3 Prozent beteiligt. Bei steigendem Bedarf hatte sich also die auf den Import entfallende Deckungsquote verfünffacht.

Woher Ferdinand Fried auch die Inspiration gekommen sein mag, auf dem «Forum der Welt» zum Wochenendpublikum der *Welt* über die Papierpreise zu sprechen, er hätte es gedämpfter tun sollen. Denn, wenn man sich die Mühe nimmt, die betroffenen Zeitungen kritisch durchzublättern, kommt man sehr schnell dahinter, dass die Papierpreise zwar schwer ins Gewicht fallen, aber bei Weitem nicht schwer genug, um unter den gegebenen Bedingungen die Rentabilität der grossen Zeitungen zu gefährden. Obwohl – das kann nicht oft und nicht klar genug gesagt werden – die Abonnementpreise gerade der überregionalen Blätter, die durchweg niedriger sind als vor dem Krieg, keineswegs ausreichen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Presse in dem Mass zu garantieren, dass sie ihre staatspolitischen Funktionen im wünschenswerten Umfang erfüllen könnte.

Die Einnahmen der Zeitungen fliessen aus dem Verkaufs- und aus dem Anzeigengeschäft; ihre Ausgaben verteilen sich auf Papier, Druck, Verwaltung (einschliesslich Vertrieb) und Redaktion.

Über den Bruttoerlös aus dem Zeitungsverkauf kann man sich eine ungefähr zutreffende Vorstellung machen, da ja die Auflage und der Abonnementpreis bekannt sind. Allerdings schliesst die Rechnung zwei Unsicherheitsfaktoren ein. Ein Teil der Auflage geht in den Strassenverkauf, für den nicht der Abonnementpreis gilt, und die bekanntgegebene Auflage bezieht sich auf die normalen Wochentage; am Wochenende ist die Auflage höher. Bei den Zeitungen, die wir unserer Untersuchung zugrunde legen – *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt*, *Frankfurter Allgemeine* und *Rheinische Post* – kommt man, wie Berechnungen ergeben haben, der Wirklichkeit ziemlich nahe, wenn man die angegebene Auflage um 4,4 Prozent erhöht.

Anteil der Anzeigen am Gesamtumfang führender Blätter 1.-29. September 1956

Zeitung	Auflage 2. Vierteljahr 1955	Gesamt- umfang in Seiten	Inserate in Seiten	Auf die Inserate entfallen Prozent des Gesamtum- fangs	Anzeigenpreis je Seite DM Stand von 1955
<i>Rheinische Post</i> (Ausgabe A)	219'033	640	369	57,66	12'633 (2520) ¹
<i>Süddeutsche Zeitung</i>	205'415	484	227	46,90	9'300
<i>Frankfurter Allgemeine</i>	166'000	386	164	42,52	7'280
<i>Die Welt</i>	198'358	352	129	36,86	12'312

¹ Nebenausgaben.

Um den Anteil des Inseratengeschäfts an den Bruttoeinnahmen zu ermitteln, musste zunächst der Umfang des Anzeigenteils festgestellt werden. Eine Auszählung für den September 1956 – einen Monat mittleren Inseratenanfalls – ergab, dass die Relation zwischen Text und Anzeige selbst bei den grossen Blättern ziemlich stark schwankt. Immerhin wurden Zahlen gewonnen, mit denen sich rechnen lässt.

Was die Kostenseite der Ertragsrechnung angeht, so konnte von einer in den dreissiger Jahren geltenden Faustregel ausgegangen werden, die besagte, dass die Papierkosten ein knappes Viertel der Gesamtkosten ausmachten. Nun hat sich zwar das innere Gefüge des Kostenetats wesentlich verschoben, da die Papierkosten sich im Vergleich zur Vorkriegszeit mehr als verdreifacht, die Druckkosten sich aber nur verdoppelt haben und die Personalkosten der Redaktion höchstens um 70 Prozent gestiegen sind. Gleichwohl wurde für unsere Berechnungen die alte Faustregel als Arbeitshypothese genommen; was freilich darauf hinausläuft, dass wir auf viel zu hohe Kosten kommen. Doch da wir nun einmal mit Hypothesen arbeiten müssen, die uns zu keinem getreuen Abbild der Wirklichkeit verhelfen, sondern bloss zu einem Scheinbild, das allenfalls zeigen kann, wie die Wirklichkeit wäre, wenn unsere Voraussetzungen zuträfen, wurde jene alte Kostenrelation als immer noch zutreffend unterstellt: um keinesfalls ein Ergebnis herauszurechnen, das die Lage der Zeitungen zu günstig erscheinen lassen könnte; sondern eher ein Resultat, das höchstwahrscheinlich geringer ist als der tatsächlich erzielte oder erzielbare Gewinn der grossen Zeitungsverlage.

Angenommen also:

1. dass das Produkt aus Abonnementpreis (Postbezug) und der um 4,4 Prozent erhöhten Auflageziffer den Bruttoverkaufserlös ergibt,
2. dass vom Anzeigenerlös 40 Prozent für Provisionen und Rabatte abgesetzt werden müssen,
3. dass die Gesamtkosten des Zeitungsbetriebs das Vierfache der Papierkosten ausmachen,
4. dass während der zwölf Monate eines Jahres die gleichen Bedingungen gegeben sind wie in dem unserer Kalkulation zugrunde gelegten Monat (September 1956), so ergibt sich das folgende Bild (in Mill. DMark):

	Frankfurter Allgemeine	Die Welt	Süddeutsche Zeitung
1. Bruttoerlös aus dem Zeitungsverkauf	8'235	9'922	10'877
2. Nettoerlös aus dem Inseratengeschäft	9'242	11'502	15'200
3. Summe 1 und 2	17'477	21'424	26'077
4. Kosten	16'012	17'828	22'500
5. Ertrag	1'465	3'596	3'577

Obwohl man vermuten kann, dass in den Kosten die Abschreibungen bereits enthalten sind, soll doch unterstellt werden, dass der Ertrag teilweise wieder «untergepflügt», d.h. reinvestiert wird. Was dann verbleibt, unterliegt der Besteuerung. Erst der Rest steht als Gewinn zur Verteilung an die Gesellschafter zur Verfügung.

Aber, wie gesagt, das vorstehende Zahlenschema beruht auf Voraussetzungen, die erwiesenermassen nicht zutreffen. Es deutet nur die Richtung an, in der sich unsere Vorstellung bewegen muss, um ein allgemeines: ein ungefähr zutreffendes Bild der Ertragslage im Zeitungsgewerbe zu erhalten. Doch wenn es nur eins zu zeigen vermöchte – dass nämlich die Einnahmen aus dem Verkauf der Zeitungen bloss einen Bruchteil, schätzungsweise zwei Drittel bis die Hälfte, der Kosten decken – so hätte die Mühe der Kalkulation sich schon gelohnt. Denn das ist ja die Crux unserer Zeitungssituation, die Hypothek, die seit der Währungsreform mitgeschleppt wird, dass die Zeitungspreise zu niedrig sind: so niedrig, dass eine Zeitung nur «gemacht» werden kann, wenn ihr aus dem Inseratengeschäft mindestens der gleiche Erlös zufließt wie aus dem Zeitungsverkauf.

Vollends aussichtslos scheint das Bemühen, sich ein Bild der Ertragslage bei einer Zeitung zu verschaffen, die, wie die *Rheinische Post*, mit etwa zwanzig Nebenausgaben erscheint; denn hier kostet eine Anzeigenseite in der Hauptausgabe rund fünfmal soviel wie die Seite in einer Nebenausgabe – abgesehen davon, dass auch die Herstellungskosten nicht nur für Haupt- und Nebenausgaben, sondern auch für die einzelnen Nebenausgaben differieren. Immerhin kann – wobei der Wirklichkeit freilich noch mehr Gewalt angetan wird, als bisher schon geschehen musste – eine Reihe hypothetischer Fälle durchgerechnet werden, indem man unterstellt, dass das Mischungsverhältnis zwischen den «teuren» und den «billigen» Anzeigenseiten sich stufenweise von 1 zu 3 in 3 zu 1 verkehrt. Man kommt dann zu der Feststellung, dass erst, wenn ebenso viele «teure» – in der Gesamtauflage durchlaufende – Anzeigen wie «billige» Inserate anfallen, die Zeitung anfängt, Erträge abzuwerfen. Mit anderen Worten, dass die mit vielen Neben- und Bezirksausgaben erscheinende Tagespresse unter wirtschaftlich schwierigeren Bedingungen arbeitet als die grosse überregionale Presse. Aber auch das ist *cum grano salis* zu nehmen: Die Chance, das Mischungsverhältnis zwischen teuren und billigen Anzeigen zu verbessern, gibt der Zeitung vom Typus der *Rheinischen Post* eine Elastizitätsreserve, die den überregionalen Blättern abgeht; und alles deutet darauf hin, dass die Zeitungen dieses Typus – *Rheinische Post*, *Westdeutsche Allgemeine (WAZ)*, *Westfälische Rundschau*, *Mannheimer Morgen* u.a.m. – tief in die Gewinnzone vorgestossen sind.

Die materiellen Daseinsbedingungen der Tagespresse sind, wenn man nur die Abonnementserlöse und die Papierkosten berücksichtigt, so ungünstig wie nur möglich – in dem Punkt hat Ferdinand Fried recht. Bezieht man aber das Anzeigengeschäft in die Kalkulation ein, bedenkt man, dass gerade in den «grossen» Zeitungen rund die Hälfte des Umfangs – um genau zu sein, waren es im September 1956 bei vier Blättern

37 bis 58 Prozent des Volumens – vom Anzeigenteil in Anspruch genommen wird und dass eine Anzeigenseite von 7'280 bis 12'633 DMark in der Gesamtausgabe der *Westfälischen Rundschau* sogar 17'250 DMark – kostet, so lichtet das Bild sich ganz erheblich auf. Das Zeitungsmachen ist, alles in allem, doch kein so schlechtes Geschäft. Im Gegenteil: unter dem warmen Regen des Wirtschaftswunders hat es sich sehr erfreulich entwickelt. Die Kehrseite der Medaille ist allerdings die Abhängigkeit der Presse von der in Interessenverbänden organisierten Wirtschaft im Allgemeinen, und von ihren Anzeigenkunden im Besonderen. Welcher Redakteur – vom Lokalen über die Wirtschaft und die Kultur bis zur hohen Politik – wüsste davon nicht ein bitterböses Lied zu singen.

Wahrscheinlich stehen wir aber erst im Anfang einer Entwicklung, die unter der Voraussetzung gleichbleibender Konjunkturbedingungen weiter fortschreiten wird. Ein Seitenblick auf die illustrierte Presse zeigt, wie weit die Dinge gediehen sind. Der Anfall von Inseraten der Markenartikelproduktion – der Zigaretten-, Schnaps-, Sekt-, Strumpf-, Automobil-, Rundfunk- und kosmetischen Industrie, um nur einige Beispiele zu nennen – ist so gross, dass die illustrierten Blätter ihren Umfang sprunghaft steigern und den Anteil der Anzeigen am grösseren Volumen beständig erhöhen können. Eine Analyse, der die letzte Oktoberausgabe 1956 von elf dem Typ nach recht verschiedenen Illustrierten zugrunde gelegt wurde, ergab, dass sich der Anteil der Anzeigen am Gesamtumfang auf einer Skala bewegt, die von 16,4 Prozent bis hart an die 50-Prozent-Grenze reicht, und dass die auflagestärksten Blätter auch die höchsten Anzeigenanteile aufweisen: *Quick* 45,8 Prozent, *Neue Illustrierte* 47,1 Prozent, *Stern* 48,3 Prozent. *Hör zu!* hatte dem Inseratenteil zwar nur ein Drittel seines Umfangs eingeräumt; aber schon

	1953		1955			
	Auflage	Anzeigenpreis je Seite	Auflage	Anzeigenpreis je Seite	Gesamtumfang in Seiten	Anzeigen-Seiten
		DMark		DMark	Letzte Oktobernummer 1956	
<i>Hör zu!</i> ¹	1 707 210	20 400	255 032	33 600	72	24,10
<i>Quick</i> ²	800 000	12 800	1 000 000 ⁴	12 800	76	34,80
<i>Der Stern</i> ²	736 000	11 520	844 234	15 000	76	36,89
<i>Neue Illustrierte</i> ²	-	-	745 227	14 400	80	37,70
<i>Revue</i> ²	603 565	10 000	592 967	11 200	60	24,72
<i>Frankfurter Illustrierte</i> ²	533 250	8 600	520 000	9 800	64	27,97
<i>Deutsche Illustrierte</i> ²	403 336	6 400	403 000	6 400	36	12,00
<i>Kristall</i> ³	329 029	4 960	395 375	7 200	56	21,06
<i>Münchner Illustrierte</i> ²	350 000	5 984	372 000	5 984	44	14,15
<i>Feuerreiter</i> ³	275'000	4 000	280 900	5 200	40	15,49
<i>Star-Revue</i> ³	-	-	121 907	1 980	36	5,91

¹ Nr. 44 vom 28. Oktober 1956.² Nr. 43 vom . Oktober 1956.³ Nr. 22.⁴1956.

dafür haben die Anzeigenkunden – wenn man die Rabatte ausser Betracht lässt, die ja nur einigen grossen Dauerinserenten zugutekommen – mehr als 800'000 DMark zu zahlen, wovon ein Betrag zwischen 600'000 und 700'000 DMark dem Verlag zufließen dürfte.

Allein die Zigarettenfirma Reemtsma füllte mit ihren Reemtsma-, Astor- und Senoussi-Inseraten zwölf Seiten der elf illustrierten Blätter, die doch nur einen kleinen Sektor der illustrierten Wochen- und Wochenendpresse, der Mode-, Sport-, Film- und Automobilrevuen repräsentieren, in denen die grossen Markenartikelhersteller ihre Erzeugnisse anzupreisen pflegen. Dafür wurde der Firma eine Rechnung über 123'518 DMark präsentiert, wovon sie dann freilich die in ihrem Falle besonders hohen Rabatte absetzen konnte. Aber mindestens 100'000 DMark blieben doch wohl zu zahlen – ein Bruchteil, wahrscheinlich nicht einmal die Hälfte dessen, was insgesamt an Anzeigenkosten aufzubringen ist. Woraus sich errechnet, dass die untere Grenze des von Reemtsma in der Presse getriebenen Werbeaufwands bei 10 Mill. DMark liegen dürfte.

Aber weiter: die British-American Tobacco (Deutschland) GmbH braucht sieben Seiten, um dem Publikum ihre Golddollar, North State und Players schmackhaft zu machen. Austria kommt mit ihrer Nilreklame auf 6,75 Seiten nahe an die Bemühungen der BAT heran. Die Unilever-Firmen bringen es auf immerhin 5,75 Seiten; die Karlsruher Parfümerie- & Toilettenseifenfabrik F. Wolff & Sohn GmbH verwendet auf ihre Kaloderma-Werbung zehn halbe, zusammen also fünf ganze Seiten. Es folgen Philips mit 4,5, Beiersdorf mit 4,11, Schwarzkopf mit 3,29, Maggi mit zwar nur zwei, dafür aber farbigen Rückseiten, die annähernd doppelt soviel kosten wie normale Anzeigen, und dann kommt das Heer der Inserenten, die sich mit ein, zwei, drei Seiten oder auch nur einer halben begnügen.

Der Anzeigenumsatz nur dieser elf Blätter, von denen acht wöchentlich und drei vierzehntäglich erscheinen, erreichte in der letzten Oktoberwoche des Jahres 1956 einen Nennwert von über 3,4 Mill. DMark. Das erlaubt die Prognose, dass im laufenden Jahr (1956/1957) sicherlich nicht weniger als nominell 150-160 Mill. DMark erreicht werden – wovon freilich ein Viertel bis ein Drittel in den Reusen der Provisions- und Rabattempfänger hängenbleiben.

Nun haben wir gegenwärtig – ungerechnet die Werk- und Kundenzeitschriften – rund 5'000 Zeitschriften auf dem Markt. Darunter 90 Illustrierte und Familienblätter allgemeinen Inhalts, 61 Frauenzeitschriften, 48 Rundfunk-, Fernseh- u.ä. Zeitschriften, 141 periodische Publikationen für Musik, Theater, Film, Tanz und Artistik: und alle laden ihr Publikum ein, sich in den Anzeigenplantagen zu ergehen, deren fruchtenschwere Alleen die Seiten hinauf und hinab sich durch das ganze Heft hinziehen. Nicht Hunderte: Tausende von Millionen werden alljährlich dafür ausgegeben, die Anlage und Pflege dieser Inserateplantagen zu finanzieren, deren Früchte man mit den Augen pflückt.

Ist das notwendig?

Nun, Tatsache ist jedenfalls, dass kein Markenartikel ohne Pressewerbung, also ohne die Presse, dass aber auch die Presse eines bestimmten Typs, namentlich die grosse, populäre Illustrierte, nicht ohne Markenartikel auskommen kann: Sie stellen in ihrer Symbiose eine Welt für sich dar, ein insulares Märchenland, in dem es nach eigenen und höchst eigenartigen soziologischen, ökonomischen und psychologischen Gesetzen zugeht.

Ein Waschmittel etwa mag einen Substanzwert von fünf oder acht Pfennig haben; als Markenartikel repräsentiert es, nachdem Millionen in die Werbung gesteckt worden sind, den durchaus realen Wert von vierzig oder fünfzig Pfennig. Nur muss es dann «im Gespräch bleiben». Kein Produzent kann es sich lange leisten, auf die Werbung für eine Marke zu verzichten. Sie welkt unwiderstehlich dahin und stirbt, wenn man aufhört, von ihr zu sprechen. Die Marke ist nicht ein für allemal da, sondern sie existiert – wie der Chemiker sagt – «in statu nascendi»: im Zustand des Geboren- und immer wieder Geborenwerdens. Sie muss stets aufs Neue, in neuen Wendungen und mit den neuesten werbepsychologischen Mitteln angepriesen werden – als etwas, was das Leben verlängert, den sexuellen Reiz des Daseins erhöht, den gesellschaftlichen Wert des Verbrauchers steigert usw. – doch wiederum so, dass der Eindruck entsteht, hier werde zum unveränderten Preis eine Ware von unwandelbar gleichbleibender Art und Güte angeboten.

Die Tatsache, dass in dieser kostspieligen Märchenwelt viele Marken friedlich koexistieren können – Körperpflegemittel, Strümpfe, Zigaretten, Schnäpse und Automobile – von nachweislich gleicher Qualität, hat seinen Grund darin, dass der kleine Mann den auch ihm eingeborenen Hang zum Snobismus auf keine andre Art mehr, aber relativ leicht dadurch befriedigen kann, dass er auf «seine» Marke schwört.

Snobs nannte man im vergangenen Jahrhundert die adligen Studenten der vornehmen englischen Universitäten, die den Kommentar durchsetzten, dass ihre nichtadligen Kommilitonen unter ihre Unterschrift den Zusatz «sine nobilitate» – ohne Adel – abgekürzt «s.nob.» setzen mussten.

Nun also: wer heutzutage nur «seine» Zigarettenmarke raucht, wer bloss Strümpfe «seiner» Marke trägt, wer lieber rauchende Salpetersäure als den Steinhäger trinken würde, der die «falsche» Marke trägt, und wer als das einzig mögliche Waschmittel bloss dasjenige akzeptiert, das «seine» Firma herstellt, der hat immerhin die Möglichkeit auf die, die andere Marken bevorzugen, mit stiller Verachtung hinabzublicken. Sie sind zwar auch Geschöpfe Gottes – aber Menschen «sine nobilitate», snobs: Kreaturen, die die Verachtung der Snobs verdienen.

Die Markenartikelindustrie lebt zum nicht geringen Teil vom Exklusivitätsbedürfnis des gesellschaftlich heimatlos gewordenen Menschen. Sie bietet ihm die Möglichkeit, dieselbe Badeseife zu benutzen wie der Filmstar, oder die Chance, bei jedem Glas Sekt das Bild des rauschenden Fests vor Augen zu haben, zu dem nun einmal dieser, gerade und ausschliesslich dieser Schaumwein gehört. Sie baut ihm die Brücke

zu einer Traumwelt, die ihm im harten Leben unerreichbar ist. Er ist stolz darauf, seinen X-Weinbrand oder seine Y-Zigarette zu geniessen. Er ist ein Markensnob, der auf die anderen hinabsieht.

Gelegentlich wechselt er auch die Marke.

Doch ob er nun der Dame seiner Marke treu bleibt oder ob er dem verführerischen Lächeln des Mädchens von der Konkurrenz erliegt – ohne permanente Werbung, ohne die Presse, bliebe keine Marke im Spiel. Und je eindrucksvoller sich die ökonomischen Vorteile der Markenproduktion empfehlen, je zahlreicher die Marken werden, desto stärker werden die Inseratenteile anschwellen und desto teurer werden die Anzeigenseiten werden, ob nun die Auflagen steigen oder nicht.

Die Verbraucherschaft in ihrer Gesamtheit zahlt eine inoffizielle Steuer, die heute schon in die Milliarden geht, lediglich dafür, dass der Snob – das ist in Wahrheit: der heimatlose, gesellschaftlich abgewertete, der echten Lebenssicherheit und der auf sie gegründeten Würde beraubte Mensch seine Potemkinschen Fassaden errichten kann; mit Kühlschrank, Auto, Fernsehgerät und dem Schnaps seiner Wahl, selbst wenn er nur im Gespräch damit paradiert, geschweige denn, dass er die Raten abgestottert hat. Wie anders sollte er auch ausweisen, dass er «dazu»gehört, als dadurch, dass er die Märchenwelt der Markenwerbung ernst nimmt. So bitter ernst, wie er einmal Grimms Märchen genommen hat.

DIE UNBEZAHLTE PRESSE

An den 5'630 deutschen Zeitschriften, die nach den Ermittlungen des Berliner Instituts für Publizistik 1955 in einer Gesamtauflage von 119,143 Millionen Exemplaren erschienen, waren die Illustrierten und Wochenendblätter mit 12,4 Millionen, die Zeitschriften kirchlichen, theologischen und religiösen Inhalts mit 16,9 Millionen, die Rundfunk- und Fernsehblätter mit 5,8 Millionen, die Frauenzeitschriften mit 4,3 Millionen und die Zeitschriften des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit mehr als 7,5 Millionen beteiligt.

Diese Angaben sind sicherlich exakt.

Nicht zutreffend dagegen sind die Zahlen, die für zwei andere Gruppen von Publikationen genannt werden.

Das Institut gibt die Zahl der Werkzeitschriften – die Erik Reger schon 1929 «die wirkliche Arbeiterpresse» genannt hat – mit 274 und ihre Gesamtauflage mit 2,02 Mill. Exemplaren an.

Das ist viel zu niedrig.

Tatsächlich konnten 395 Zeitschriften ausgezählt werden, von denen 302 ihre Auflage mit insgesamt 2,5 Millionen angaben. Nimmt man an, dass auch die 93 Werkzeitschriften, von denen wir zwar nicht die Auflage, wohl aber die ungefähre Grösse des Leserkreises kennen, mit etwa der gleichen Durchschnittsauflage erschienen wie jene 302, so kommt man auf eine Gesamtauflage von 3,3 Millionen.

Weiter: nach den Feststellungen des Instituts gab es 1955 insgesamt 348 «Kundenzeitschriften» mit 25,96 Millionen Exemplaren. Das scheint in der Tat überwältigend viel, bleibt aber wiederum weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Nach eigenen Ermittlungen existierten vielmehr:

584 «Hausmitteilungen»,	davon 377 mit 22,12 Millionen Exemplaren
180 «Kundenzeitschriften»,	davon 133 mit 21,85 Millionen Exemplaren
764 Hausmitteilungen und Kundenzeitschriften,	davon 510 mit 43,97 Millionen Exemplaren

Zur ersten Gruppe gehören etwa *Hallo – Hier Gasag* (Berliner Gaswerke), die *Hörex-Hauspost* oder *Das Lebenslicht* der Allianz Lebensversicherungs-AG; zur zweiten Gruppe zählen Blätter wie *Esst mehr Fisch*, *Die Früchte-Post*, die Bäckerei-Zeitschrift *Komm wieder!*, *Der Milchfreund*, *Nimm mich mit* usw. Die Grenzen zwischen den beiden Kategorien sind aber so fließend, dass man sie nach dem Vorbild des Instituts ruhig zusammenfassen kann. Das Ergebnis ist verblüffend: Legt man die Durchschnittsauflage zugrunde, die sich für die der Auflage nach bekannten Titel errechnet – 58'662 Exemplare bei den «Hausmitteilungen», 146'271 Stück bei den «Kundenzeitschriften», so kommt man auf insgesamt

584 Hausmitteilungen	mit 34,26 Millionen Exemplaren
180 Kundenzeitschriften	mit 28,72 Millionen Exemplaren
764 Hausmitteilungen und Kundenzeitschriften	mit 62,98 Millionen Exemplaren

Um es noch einmal zu sagen, wir kennen von 510 Zeitschriften der «unbezahlten Presse», wie sie der Hausfrau beim Metzger, Bäcker und Fischhändler mitgegeben oder vom Gasmann ins Haus gebracht und wie sie den Interessenten von ihren Lieferfirmen zugeschickt werden, aufs Stück genau die Auflage: sie beträgt 43,97 Millionen. Für weitere 254 Titel, die uns bekannt sind, musste die Auflage geschätzt werden. Das Schätzungsergebnis lautet auf 19,01 Millionen Exemplare. Insgesamt also gibt es – das wird man sagen können, ohne sich allzuweit von der Wahrheit zu entfernen – oder vielmehr gab es im Jahre 1955: 764 Kundenzeitschriften und ähnliche periodische Publikationen mit einer Gesamtauflage von 62,98 Millionen Exemplaren.

Durch diese Korrektur erhöht sich die Gesamtauflage der in Deutschland erscheinenden Zeitschriften auf 157,44 Millionen, wovon auf die Masse der unbezahlten Presse, nämlich die Hauszeitschriften, 40 Prozent, auf die Werkzeitschriften weitere 2,1 Prozent entfallen.

Die Zahlen sind symptomatisch.

Wenn vorher nur gesagt wurde, dass ein grosser, vermutlich sogar der weitaus grösste Teil der deutschen Presse mitsamt zahlreichen Fachblättern nur deshalb leben kann, weil sich der Verkauf von Anzeigenraum zu einem überaus einbringlichen Geschäft entwickelt hat, müssen wir jetzt feststellen, dass zwei Fünftel der in Deutsch-

land erscheinenden Zeitschriften auf die im Verborgenen wuchernde «unbezahlte» Presse entfallen, in deren Blättern die Wirtschaft, vertreten durch Privatfirmen, Versorgungsbetriebe der öffentlichen Hand und Interessenverbände, sich ohne Dazwischenkunft des Inserats, direkt im Textteil, an die Leserschaft wendet.

Die Konzeption, die in der Presse ein Werbemittel der Wirtschaft sieht, hat über die Vorstellung, die in ihr eine moralische Anstalt und ein Mittel zur Unterrichtung sehen möchte, endgültig triumphiert. Und dem entspricht auch die moralische Abwertung, der soziale Prestigeverlust und die organisatorische Ohnmacht des Journalisten-Standes, die den Chronisten des Zeitgeschehens zum Stiefkind des Wirtschaftswunders gemacht haben.

Wie sagte doch unser Gewährsmann: Um einen guten redaktionellen Teil «aufzu ziehen» braucht man nur Geld; «einen hochwertigen ... Anzeigenteil können Sie jedoch nur in mühseliger, jahrzehntelanger Arbeit aufbauen».

VERSICHERUNGEN STÄRKER ALS JEMALS

«Gehe hin zur Ameise, du Fauler; siehe ihre Weisheit an und lerne. Ob sie wohl keinen Fürsten noch Hauptmann noch Herrn hat, arbeitet sie doch ihr Brot im Sommer und sammelt ihre Speise in der Ernte -
Sal. Spr. 6, 6-8

So etwas sei in der deutschen Wirtschaftsgeschichte noch nicht dagewesen, schrieben die Zeitungen, als im Sommer 1929 der Bankerott der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG offenbar wurde; denn bei der «Favag», um im Jargon der Börse zu reden, ging es immerhin um den zweitgrössten deutschen Versicherungskonzern.

Drei Jahre später, als wir den Nordwolle- und den Schultheiss-Skandal, den Krach bei Lindener Samt, Wicking, Miag Mühlenbau und Heinicke Ladenbau, die Krise im Linoleumtrust, bei Karstadt und den Vereinigten Stahlwerken hinter uns hatten oder eben noch erlebten, wäre das Urteil der Presse vielleicht etwas milder ausgefallen. Trotz der vierhundert Seiten starken Anklageschrift, in denen der Staatsanwalt die Sünden des Favag-Vorstandes, des toten Konzerngenerals Paul Dumcke und seiner lebenden Mitarbeiter Becker, Kirschbaum und Mädje, registriert hatte. Das «Schlitzohr-Kommando» hatte es freilich böse getrieben; aber andere Wirtschaftsführer hatten die Prüfung auf den juristischen Feingehalt ihrer Handlungen ebensowenig bestanden und wieder andere hatten einfach das Glück, dass, da sich kein Kläger, sich auch kein Richter fand, der ihre Konzerne auf die Karatwage der Justitia gelegte hätte.

Man warf den Herren der Favag keineswegs vor, dass sie Jahresgehälter von 175'000 bis 600'000 RMark bezogen hatten, und man hätte es vielleicht auch hingehen lassen, dass sie daneben noch fünf- und sechsstellige Tantiemen und Sondervergütungen bei ihren Gesellschaften vereinnahmten. Zumal im Laufe des Prozesses selbst so illustre Zeugen wie der Geheimrat Kastl vom Reichsverband der Deutschen Industrie und der Geheimrat Kisskalt von der Münchener Rückversicherung nicht eindeutig von dieser Praxis abrückten. Aber dass sie schon gleich die Goldmarkeröffnungsbilanz gefälscht hatten und 1928, statt einen Verlust von 29 Mill. Mark zuzugeben, einen Gewinn von 3 Mill. RMark errechneten, dass sie der Favag Garantieleistungen in Höhe von insgesamt 240 Mill. RMark aufbürdeten, die zum grossen Teil für ihre eigenen Finanzierungsgesellschaften erhalten mussten, dass sie die Frankfurter mit einem Kranz überaus riskanter bankgeschäftlicher Beteiligungen umgeben hatten – bei der inzwischen zu Bruch gegangenen Südwestdeutschen Bank, bei der Berliner Bankfirma F.W. Krause & Co, der Montanindustrie AG, der schweizerischen Chemie-Trust AG usw. – und dass sie aus all dieser leichtsinnigen und unsachgemässen Verwendung der ihnen anvertrauten Versicherungsgelder selbst dann noch riesige Privatgewinne zogen, als sie einsehen mussten, dass der Krug nicht lange mehr

zum Wasser gehen werde, bis er brach: das war doch mehr als die skandalgewohnte Öffentlichkeit hinzunehmen und die Justiz zu entschuldigen bereit war. Nur freilich – der Favag-Skandal blieb nicht der einzige jener Krisenjahre, die der nationalsozialistischen Machtergreifung vorausgingen; er war bloss einer der ersten und sozusagen der populärste, da ja die Zahl der Versicherungsnehmer, mit deren Geld eine unerhörte Misswirtschaft getrieben worden war, in die Hunderttausende ging. Es würde vielleicht zu weit gehen, wollte man sagen, dass sich die krisenbedrängte Öffentlichkeit allmählich an dergleichen unliebsame Geschehnisse gewöhnte. Aber das wird man doch feststellen dürfen: Der Brunnen, in den ein Kind ums andere hineingefallen war, wurde nicht etwa zugedeckt. Kein Mensch – weder Gesetzgeber noch Richter – dachte daran, die Kontrollpflichten des Aufsichtsrats, deren skrupulöse Wahrnehmung allein die Katastrophe hätte verhindern können, tatsächlich ernst zu nehmen, geschweige denn, sie wirksam zu verschärfen. Eher könnte man das Gegenteil sagen. Nachdem die Nationalsozialisten in konsequenter Ausdeutung des Führerprinzips die Stellung des Vorstands gegenüber allen anderen Organen der Aktiengesellschaft noch wesentlich gestärkt hatten, schrieb 1940 der Autor der Allianz-Festschrift, Professor Wilhelm Kisch, rückblickend auf den Favag-Skandal: Den schuldigen Vorstandsmitgliedern sei zwar zustatten gekommen, «dass man, wie schon ihrem verstorbenen Vorgänger, so auch ihnen selbst ein allzu grosses Mass von Vertrauen einräumte und dass es auch seitens der im Aufsichtsrat vertretenen Institute an einer scharfen Kontrolle gebrach». Wer nun aber erwartet hatte, der akademische Vertrauensmann des grössten deutschen Versicherungskonzerns werde aus dieser Feststellung die Folgerung ziehen, es sei eben mehr und strenger geübte Aufsicht vonnöten als bisher, sah sich enttäuscht. Vielmehr fährt der Professor in dem so vielversprechend begonnenen Text mit der Abschwächung fort: «Übrigens darf man von dem Aufsichtsrat einer Versicherungsunternehmung billigerweise zwar eine sorgfältige Auswahl und eine allgemeine Beobachtung der leitenden Persönlichkeiten nach der fachlichen und moralischen Seite, nicht aber eine – praktisch ja auch kaum zu verwirklichende – fortlaufende, ins Einzelne gehende Revidierung der gesamten Geschäftsgebarung erwarten, weshalb denn auch die ihm obliegende Aufsicht vielfach gegenüber geschickt getarnten Machenschaften gewissenloser Gesellschaftsorgane wirkungslos bleiben muss und niemals einen Ersatz für die anständige und pflichttreue Gesinnung der zu Beaufsichtigenden bieten kann.»

Das klingt nun wirklich nicht gerade verheissungsvoll, und der einzige Entschuldigungsgrund dafür, dass ausgerechnet der Lehrer künftiger Richter und Anwälte diese Meinungsäusserung tat, liegt in dem Umstand beschlossen, dass die Allianz Versicherungs AG, deren Chronik er schrieb, tatsächlich von so ehrenfesten Männern geleitet wurde, dass sie die Favag wenigstens insoweit zu retten vermochten, als die Interessen der Versicherungsnehmer im Spiel waren.

Die Aktion erfolgte blitzschnell: Am 16. August 1929 hatte der Hilferuf des Favag-Aufsichtsrats, der eben erst Kenntnis vom Ausmass der drohenden Katastrophe erhalten hatte, die Allianz erreicht. Am nächsten Tag, Samstag, den 17. August,

trat um zehn Uhr morgens der Allianz-Vorstand zur Beratung zusammen; um zwölf Uhr war – ohne Befragung des Aufsichtsrats – der Beschluss gefasst und der Favag übermittelt worden, durch Übernahme von Garantien gegenüber den Versicherten einer Panik vorzubeugen; zwei Tage später, am 19. August – dazwischen lag der sonntag –, wurde für die wesentlichen Punkte der Rettungsaktion das Einverständnis des Vorstands und des Aufsichtsrats der Frankfurter eingeholt.

«Die entscheidenden Grundgedanken», berichtet Professor Kisch, «waren diese: Es musste sofort gehandelt werden, da schon nach kürzester Frist infolge der einsetzenden Panik und des Eingreifens der Konkurrenz das ganze Versicherungsgeschäft zerflattert und nicht mehr verfügbar gewesen wäre. Es konnte daher keine Prüfung und keine Bewertung stattfinden; deshalb konnte nur das reguläre, dem Fachmann ungefähr bekannte Portefeuille im normalen Versicherungsgeschäft übernommen werden; alles andere musste seinem Schicksal überlassen bleiben. Das hatte auch, von der anderen Seite gesehen, seine moralische Berechtigung, weil auf diese Weise die Versicherten in ihrer breiten, vielfach nicht kaufmännischen Schicht vor Schaden und Unruhe bewahrt blieben; die übrigen Gläubiger, Banken, Finanz- und Versicherungsgesellschaften konnte man durchaus für ihren Geschäftsverkehr mit der Frankfurter und für dessen Folgen verantwortlich machen. Und so wurde das Aktivum des Kaufpreises für die Gesamtheit der Gläubiger gerettet, wobei die Ungewissheit der schiedsgerichtlichen Kaufpreisfestsetzung für die Allianz eine schwere Belastung bedeutete, die aber bei Abschätzung aller Umstände in Kauf genommen werden musste.»

Nachdem mit der Übernahme der Versicherungsgarantien – ausgeschlossen von der Garantie blieben nur die mit der Absatzfinanzierung zusammenhängenden Geschäfte, eine Reihe von Kreditversicherungen, die Hypothekenversicherungen, Finanzgarantien und Rückversicherungen jeder Art – die Rettungsaktion angelaufen war, wurde am 21. August von der Allianz – der «Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs AG», wie sie damals firmierte – und der Münchener Rückversicherungsgesellschaft die «Neue Frankfurter Allgemeine Versicherungs AG» gegründet, deren Anteile zu fast zwei Dritteln (62,5 Prozent) von der Allianz übernommen wurden. Damit war der gute Name der Frankfurter Allgemeinen gerettet, die Stadt Frankfurt vor schwerem wirtschaftlichem Schaden bewahrt worden und dem Interesse der Favag-Aktionäre Gerechtigkeit widerfahren; denn die Allianz zahlte für den «goodwill», den Unternehmungswert der Favag, nach dem Schiedsspruch des Nordstern-Generaldirektors Geheimrat Riese 18 Mill. RMark, wogegen allerdings die 25 Mill. RMark zu verrechnen waren, die die Frankfurter für die Abnahme ihrer eigenen Risiken zu entrichten hatte.

Nun – das sind Einzelheiten, die heute nicht mehr interessieren. Von bleibender Bedeutung ist jedoch, dass es einen Versicherungskonzern gab, der inmitten der allgemeinen Entschlisslosigkeit, von der die Hochfinanz, Versicherungsgesellschaften, Grossbanken und Reichsbank, befallen war, schnell und entschlossen zu handeln ver-

mochte: Ein Grossunternehmen, das sich der Panik entgegen warf, die Interessen der Versicherungsnehmer schützte und damit nicht wenig dazu beitrug, den Glauben an die Versicherung überhaupt, den Versicherungsgedanken, zu retten, und das in dieser Stunde der Not stark genug war, die Neue Frankfurter zu gründen, die Aktien der Frankfurter Lebensversicherungs-AG zu kaufen, diese grosse Gesellschaft mit der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG zu fusionieren und in Gemeinschaft mit der Münchener Rückversicherung die im Portefeuille der Favag liegenden Anteile der Karlsruher Lebensversicherungsbank, der Vereinigten Berlinischen und Preussischen Lebensversicherungsgesellschaft sowie der «Hammonia», einer alten hochangesehenen Hamburger Sachversicherungsgesellschaft, zu erwerben.

Mit dem Kauf allein war es ja nicht getan; der Erwerb wollte verdaut werden: Die übernommenen Verwaltungsapparate mussten den vorhandenen eingegliedert, viele Angestellte entlassen, die Arbeitsbezirke sachlich und regional neu abgegrenzt, die zugewachsenen Risiken geprüft und auch hier die Spreu vom Weizen gesondert werden. Das brauchte viel Zeit und setzte grosse Erfahrung und eine Abgeklärtheit des Urteils voraus, wie sie wohl nur eine alte, solide, ihrer Macht und ihres Werts bewusste Organisation besass. Eben das aber war «die» Allianz, die grösste europäische Versicherungsgesellschaft.

Sie gehörte freilich nicht zu den ganz alten Jahrgängen unter den Versicherern, jenen, die zu Beginn oder in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts entstanden waren und noch auf Namen hörten, in denen das Porzellan des Biedermeier klingelt. Sie stand im besten Mannesalter, im vierzigsten Jahr gerade, denn sie war 1890 gegründet worden: alt genug, um sich an einer grossen Aufgabe zu bewähren, aber noch nicht unter die Last einer Tradition gebeugt, die dem Blick den Horizont verengt und den Schritt unsicher macht.

Vor allem, sie war stark. Das war bei ihr nicht nur das Ergebnis eines Wachstumsprozesses, sondern die Erfüllung der Bestimmung, die ihr von ihren Schöpfern – den Gründern der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft – mit auf den Lebensweg gegeben war. Sollte sie doch das Pendant, die notwendige Ergänzung, zu dieser Anstalt bilden, die längere Zeit in Deutschland die einzige ihrer Art war und sich binnen weniger Jahrzehnte und unter schweren Schicksalsschlägen zu einer der führenden Unternehmungen im Rückversicherungsgeschäft der Welt emporarbeitete.

In den siebziger Jahren waren jährlich Dutzende von Millionen ins Ausland gegangen – eine einzige Berliner Agentur gab Jahr für Jahr 20-25 Mill. Mark deutscher Prämienfelder nach England, praktisch also an Lloyds, weiter – um dem von der Woge der Industrialisierung getragenen Sachversicherungsgeschäft die notwendige Rückdeckung zu verschaffen. Aber, wie es so oft geschieht: es fand sich nur *ein* Mann, der von der vagen Vorstellung, dass man da Abhilfe schaffen müsse, zur Klarheit des schöpferischen Gedankens und vom Gedanken zur Tat fortschritt. Dieser Mann war Carl Thieme, 1844 als Sohn eines Direktors der altangesehenen, in Erfurt beheimateten Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft «Thuringia» zur Welt gekommen

und zu der Zeit, als in ihm der Plan einer deutschen Rückversicherung heranreifte, neununddreissigjähriger Generalagent des Erfurter Unternehmens.

Thieme ging mit seiner Idee zu dem grossen Nürnberger Industriellen Theodor Freiherrn von Cramer-Klett, der die Anregung alsbald an den ihm eng befreundeten Chef des Münchner Bankhauses Merck, Finck & Co, Wilhelm Finck, weitergab. Dort fiel sie auf fruchtbaren Boden. Im April 1880 wurde die «Münchener Rück» von Merck, Finck & Co, der Darmstädter Bank und der Vermögensverwaltungsfirma des Freiherrn, Klett & Co, begründet. Vorstandsvorsitzer wurde und blieb für zweieinhalb Jahrzehnte Carl Thieme; der Vorsitz im Aufsichtsrat fiel an Wilhelm Finck, der ihn vierundvierzig Jahre lang innehatte. Diese beiden später in den Adelsstand erhobenen Männer, der warmherzige, impulsive, instinktsichere und ideenreiche Versicherungsmann und der nüchterne, bedächtige, pflichttreue und scharfsinnige Bankier führten die Gesellschaft zur Grösse: Der Brand von Baltimore im Februar 1904 kostete die Münchener Rück 4 Mill. Goldmark, dennoch konnte sie auch im Geschäftsjahr 1903/04 eine Dividende von 25 Prozent ausschütten; das Erdbeben von San Francisco, April 1906, kostete sie 11 Mill. Mark: In diesem Unglücksjahr konnte sie zwar «nur» 15 Prozent an ihre Aktionäre verteilen, aber schon im nächsten Geschäftsjahr stieg die Dividende auf 20 und im darauffolgenden Jahr wieder auf 25 Prozent. Ungeachtet dessen, dass im Geschäftsjahr 1906/07 aus dem Reingewinn ein Katastrophenfonds geschaffen worden war, der bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf 15 Mill. Goldmark anwuchs.

Zwei Faktoren, sagt der Chronist des Hauses Merck, Finck & Co, hätten die Münchener bis 1914 zu einer der grössten Rückversicherungsgesellschaften der Welt werden lassen: die baldige Aufnahme anderer Versicherungsbranchen neben dem zunächst fast ausschliesslich betriebenen Feuergeschäft sowie die Gründung oder Angliederung von Direktversicherungsgeschäften im In- und Ausland – mit dem Ziel natürlich, der Rückversicherung ein ständigfliessendes, vertraglich garantiertes «Aliment» zu sichern.

Da das alles aber nicht genügte, kam man Ende der achtziger Jahre auf den Gedanken, eine «Tochtergesellschaft im Direktgeschäft» zu gründen, die unter der Firma «Versicherungs-AG Allianz» «vor allem Unfall-, Haftpflicht- und Einbruchversicherung betreiben und an deren Geschäft die Münchener mit 50 Prozent beteiligt sein sollte».

Zwar kam es zunächst nicht dazu, dass die Münchener Rück sich an der Allianz beteiligte, die durch notariellen Vertrag vom 17. September 1889 begründet wurde – Merck, Finck & Co übernahm damals 1[^] Mill. Mark, die Deutsche Bank 1 Mill. Mark und die Rheinische Schwerindustrie, vertreten durch den Industriellen Lueg, wohl auch einen beträchtlichen Teil des 4-Millionen-Kapitals –, so dass die Behauptung, die Allianz sei eine «Tochtergesellschaft» der Münchener Rück, mindestens mit dem Scheine des Rechts bestritten werden konnte.

Der Schein indessen war durchsichtig genug. Nicht nur hatte die Allianz ihre Entstehung den Bedürfnissen der Münchener Rückversicherungsgesellschaft verdankt,

sondern beide waren auch durch die Bande der Personalunion verbunden; zweieinhalb Jahrzehnte gehörte Carl von Thieme dem Vorstand beider Gesellschaften an, und bis zu seinem Tod im Jahre 1924 sass Wilhelm von Finck hüben und drüben im Sessel des Aufsichtsratsvorsitzers: bei der Münchener Rück vierundvierzig, bei der Allianz vierunddreissig Jahre lang. An beiden Unternehmungen war das Haus Merck, Finck & Co vom Tage der Gründung an mit namhaften Beträgen beteiligt, und schliesslich verbanden sie sich auch durch wechselseitige Beteiligung, die gegenwärtig ein knappes Drittel ihres Grundkapitals binden dürfte, wie überdies dadurch, dass sie sich bei zahlreichen Versicherungsunternehmungen brüderlich in den Besitz des Grundkapitals oder der Aktienmehrheit teilten. Beide Unternehmungen entsprangen der Konzeption des gleichen Kreises starker, im Herkommen wurzelnder, dem mitteldeutschen Raum entstammender Unternehmerpersönlichkeiten, die während der ersten Jahrzehnte auch die Leitung der Gesellschaften in Händen hielten. Die Erinnerung an den gemeinsamen Ursprung ist in den nahezu sechs Jahrzehnten des Hand-in-Hand-Arbeitens lebendig geblieben. Und wenn die Personalunion auch nicht mehr so eng ist wie ehemals – immerhin besteht sie noch heute insofern, als der Vorstandsvorsitzende der einen Gesellschaft regelmässig im Aufsichtsrat der anderen sitzt –, ist doch die sachliche, durch wechselseitige und gemeinschaftliche Beteiligung hergestellte Gemeinschaft der beiden Unternehmen so eng, dass sie in geradezu klassischer Schlichtheit das Bild einer *concordia discors* zeigen: den Konzernzusammenhang zweier mächtiger, juristisch und wirtschaftlich selbständiger Wirtschaftsgebilde, wie er enger und harmonischer nicht denkbar ist, oder, um bei der Metapher zu bleiben, das Zusammenschlagen zweier Herzen, das weder Kriege noch Umstürze aus dem Rhythmus zu bringen vermochte.

Als die Allianz 1929 beim Krach der Frankfurter Allgemeinen Versicherung einsprang, hatte sie ihre Expansionsperiode schon hinter sich. Die Ausweitung aber ging nicht so sehr auf die Initiative der Gründer zurück, sondern war vielmehr das Werk der später Hinzugekommenen. Im ersten Zeitabschnitt hatte Paul von der Nahmer – Vorstandsmitglied der Allianz seit 1894, Generaldirektor von 1916 bis 1921 – die Entwicklung beeinflusst: ein Spross der niederrheinischen Industrielandschaft und «folglich», ist man versucht beim Gedanken an den warm- und weichherzigen Mitteldeutschen Carl Thieme zu sagen, «der geborene Wirtschaftsführer ..., der Mann, der Entschlossenheit und der Tatkraft, nicht des bedenkenlosen Zweifels und der weichen Gemütsart, der Träger eines starken, zuweilen bis zur westfälischen Härte gesteigerten Willens». Aber Paul von der Nahmer hatte doch bloss den ersten, beinahe noch zögernden Anfang gemacht; offiziell datiert die Konzentrationsperiode der Allianz, seit der gebürtige Heidelberger Dr. Kurt Schmitt, der 1917 als stellvertretendes Vorstandsmitglied aufgenommen und 1918 als ordentliches Mitglied des Vorstands bestätigt worden war, im Jahre 1921 die Nachfolge von der Nahmers übernommen hatte. Unterstützt von seinem Stellvertreter Dr. Hans Hess und getragen von der Gunst des Schick-

sals, die sich in den Jahren der Inflation und der darauffolgenden Deflationskrise vorzüglich den stärkeren Bataillonen zuneigte, leitete der glänzend begabte Dr. Schmitt noch zu Lebzeiten von der Nahmers jene Ausweitungskampagne ein, die etwa mit der Übernahme der «Kraft» Versicherungs-AG begann, mit der Einschmelzung der Gruppe Stuttgarter Verein ihren ersten Höhepunkt erreichte, mit der Einverleibung der Favag ihren Scheitelpunkt durchschritt und ihre letzten Triumphe 1938-39 mit der massgeblichen Beteiligung an der Wiener Allianz Versicherungs-AG, der Übernahme des sudetendeutschen Bestandes der «Slavia gegenseitigen Versicherungsbank» in Prag und dem Eindringen in den Bereich der polnischen Versicherungswirtschaft feierte.

Der Konzern Münchener Rück-Allianz

VERSICHERUNGS-AG

München-Berlin

Vorstand:

Dr. Hans Goudefroy (Vors.)

Dr. Franz Bohl

Friedrich Borchers

Rudolf Wilhelm Eversmann

Alfred Haase

Dr. Heinrich Hagmaier

Dr. Alfons Herrmann

Ernst Meyer

Dr. Ernst Pohl

Karl Friedrich von Schlayer

Dr. Hans-Herbert Wimmer

Martin Herzog

Dr. Heinz Müller-Lutz

Dr. Henning Wegener

(ord. Vorst.-
Mitglieder)

(stellv. Vorst.-
Mitglieder)

Aufsichtsrat:

Kommerzienrat

Dr. Karl Butzengeiger (Vors.)

Dr. Alois Alzheimer (stellv. Vors.)

Carl Goetz (stellv. Vors.)

Dr. Walter Tron (stellv. Vors.)

Vicco von Bülow-Schwante

Dr. D. Hans Leonhard Hammerbacher

Dr. Günter Henle

Hermann Schlosser Dr.

Ernst von Siemens

Wilhelm Zangen

Julius Berger

Alfons Hooffacker

Heinz Krimpmann

Max Mertens

Ernst Steiner

(von der HV.
gewählte
Mitglieder)

(Arbeitneh-
mervvertreter)

MÜNCHENER RÜCKVERSICHE-

RUNGS GESELLSCHAFT, München

Vorstand:

Dr. Alois Alzheimer (Vors.)

Walter Meuschel

Dr. Otto Burbach

Otto Kling

Werner Nierhaus

Robert Schneider

Dr. Theodor Wand

(ord. Vorst.-
Mitglieder)

Dr. Franz Buchetinann

Dr. Herbert v. Denffer

Carl Friedrich Hütz An-

ton Kottmeier

Dr. Ernst-Justus Ruperti

(stellv. Vorst.-
Mitglieder)

Aufsichtsrat:

Dr. h.c. Wilhelm Kisskalt (Ehren-Vors.)

Dr. h.c. Ludwig Kastl (Vors.)

Carl Goetz (stellv. Vors.)

Fritz Berg

Dr. Hans Goudefroy

Dr. Kurt Hamann

Dr. Leonhard Hammerbacher

Max H. Schmid

Johann Lachemayr

Valentin Martin

Hans Rösch

Richard Wirthmiller

(von der HV.
gewählte
Mitglieder)

(Arbeitneh-
mervvertreter)

Allianz Versicherungs-AG Berlin-München AK 52,2 Mill. DMark		ca. 50 % ca. 50 %	Münchener Rückversicherungs- Gesellschaft, München AK 15,005 Mill. DMark ¹
53,45 %	Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, AK 12,25 Mill. DMark	←	55 %
	25,2 % Stahlwerke Bochum AG, Bochum, AK 24,2 Mill. DMark		
50 %	Bayerische Versicherungsbank AG, München AK 9,4 Mill. RMark	←	50 %
50 %	Badische Pferde-Versicherungs-Anstalt, München, AK 0,6 Mill. RMark	←	50 %
14 %	Berliner Hagel-Assecuranz-Ges. von 1852, Berlin, AK 5 Mill. RMark	←	14 %
46,86 %	Frankfurter Versicherungs-AG, Frankfurt AK 6,6 Mill. RMark	←	46 %
42,51 %	Karlsruher Lebensversicherungs-AG, Karlsruhe, AK 2,25 Mill. DMark	←	42 %
49,25 %	»Kraft« Versicherungs-AG, Berlin, AK 2 Mill. RMark	←	49 %
41,61 %	Assecuranz Compagnie Mercur, Bremen, AK 1 Mill. RMark	←	41 %
49,191 %	Union Allgemeine Deutsche Hagel-Versicherungs-Ges., Hannover, AK 4,08 Mill. RMark	←	49,191 %
41,88 %	Berlinische Lebensversicherungs-AG, Berlin-Wiesbaden, AK 1,2 Mill. DMark	←	40 %
35 %	Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, AK 1 Mill. RMark	←	55 %
	Verwaltungs- gemein- schaft		
	94 % Deutsche Krankenversicherungs-AG, Berlin-Schöneberg, AK 2 Mill. DMark		
	Hansa Lebensversicherung a. G., Hamburg		
14,7 %	Constellation Insurance Company, New York, AK 1 Mill. Dollar	←	15 %
98,8 %	Globus Versicherungs-AG, Hamburg, AK 5 Mill. RMark	←	
100 %	Frigga Grundstücksverwertungs-GmbH, Berlin, StK 6500 DMark	←	
	Vereinigte Krankenversicherungs-AG Berlin-München, AK 5 Mill. RMark	←	25 %
	Rheinische Garantie- und Kautionsversicherungs-AG, Mainz, AK 2 Mill. RMark	←	76 %
	Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, AK 5 Mill. DMark	←	58 %
	Europäische Güter- & Reisegepäckversicherungs-AG, Berlin, AK 1,5 Mill. DMark	←	100 %
	Reaseguradora de las Americas, Havanna, Cuba		
	Münchener Vermögensverwaltungs-GmbH, München, StK 5000 DMark	←	100 %
	Grundbesitzverwaltung Münchener Rück GmbH, München, StK 5000 DMark	←	100 %
25 %	Schieß AG, Düsseldorf, AK 20 Mill. DMark	←	
ca. 28 %	Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, Frankfurt a.M., AK 56 Mill. DMark	←	
7 %	Isarwerke GmbH, München, StK 50 Mill. DMark	←	
	Wegal Vermögensverwaltungs GmbH, Köln StK 10 Mill. DMark	←	48 %
	Mehr. → Gußstahlwerk Bochumer Verein AG, Bochum, AK 69 Mill. DMark		

¹ Erhöhung auf 51 Mill DMark auf d. HV v. 13.12.50

Wieweit Dr. Schmitt noch an dem grossdeutschen Abschnitt der Allianz-Expansion beteiligt war, mag dahinstehen. Er hatte sich schon vor der Machtübernahme Adolf Hitlers mit wachsendem Interesse dem öffentlichen Leben zugewandt: als Mitglied des Reichswirtschaftsrats (seit 1931) und Vorsitzender des Reichsverbands der Privatversicherer. Das erste Jahr der nationalsozialistischen Regierung überschüttete ihn mit Ämtern: Er wurde Vizepräsident der Berliner Handelskammer, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank, Bevollmächtigter Preussens in der Reichsregierung, Preussischer Staatsrat, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, vor allem aber, als Nachfolger Alfred Hugenbergs, Reichswirtschaftsminister. Er hat dieses hohe Amt tatsächlich aber nur ein Jahr – vom 29. Juni 1933 bis zum 28. Juni 1934 – ausgeübt. In dem vergeblichen Bemühen, die Forderungen des autoritären Führerstaats mit der Logik der freien Wirtschaft und den seit Moses bekannten Geboten zu vereinbaren, nach denen der verantwortungsbewusste Unternehmer handelt, stiess Dr. Schmitt bald auf die physischen Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Er brach bei einem öffentlichen Auftreten am 28. Juni 1934 – notabene: eine Woche nach der Niederschlagung des «Röhm-Putschs» – just am gleichen Tage ohnmächtig zusammen, als Vizekanzler von Papen auf einem für die Aussenhandelskammern veranstalteten Tee-Empfang erklärte, es bestehe in deutschen Landen kein Zweifel, dass der Kanzler und Führer das Werk der geistigen und materiellen Wiedergeburt der Nation siegreich zu Ende führen werde; dem Führer gehöre das ganze und ungeschmälerte Vertrauen der Nation.

So robust war Dr. Schmitt nicht, sich zu dergleichen Glaubensartikeln zu bekennen, die ihm gegen die Natur gingen. Er flüchtete in die Krankheit. Vom 3. August 1934 bis zum 30. Januar 1935 wurde er «beurlaubt». Sein Nachfolger wurde, zunächst de facto, dann auch de jure, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der das Amt des Reichswirtschaftsministers bis Ende September 1937, mehr als drei Jahre also, verwaltete.

Zur Allianz zurückgekehrt, übernahm der Mann, der es mit fünfunddreissig Jahren zum Generaldirektor dieser grössten deutschen Versicherungsgesellschaft gebracht hatte, alsbald den Vorsitz im Aufsichtsrat, während sein Mitarbeiter Dr. Hess in die Position des Vorstandsvorsitzenden einrückte. Auf diesem Hintergrund vollzog sich die grossdeutsche Expansion der Allianz – wahrscheinlich nicht ganz mehr so freudig und freiwillig, wie ähnliche Aktionen zu Zeiten des schmachlich zugrunde gerichteten Systemstaats vor sich gegangen waren.

Jedenfalls war mit dem Ausbruch des Krieges für die Allianz eine Epoche zu Ende gegangen: das Zeitalter ihrer Expansion, das zwischen den beiden Weltkriegen im Zeichen der gleicherweise dynamischen und sensitiven Persönlichkeit Dr. Kurt Schmitts gestanden hatte. Jetzt begann die Epoche der Konsolidierung: der Pflege und Erhaltung des versicherungswirtschaftlichen Konzernbestandes. Dr. Schmitt hat die Heraufkunft der neuen Zeit noch erlebt; er starb, erst vierundsechzigjährig, am 22. November 1950 in seiner Vaterstadt Heidelberg, wo er am 7. Oktober 1886 die Reise in die Welt angetreten hatte.

Als die Allianz im Jahre 1940 auf ein halbes Jahrhundert ihres Bestehens zurück

blickte, konnte sie mit Genugtuung feststellen: Im Gründungsjahr 1890 hatte die Gesamt-Bruttoprämie der Gesellschaft weniger als eine halbe Million, genau: 495 042 Mark, betragen; im Jahre 1900 wurde bereits die 10-Millionen-Grenze überschritten, 1910 die 40-Millionen-Grenze nahezu erreicht. 1913, im letzten Friedensjahr, dessen das Reich sich freuen durfte, während es auf dem Balkan im Gebälk des europäischen Staatensystems schon bedrohlich knisterte, wurde die 50-Millionen-Grenze der Bruttoprämie zum erstenmal leicht überschritten; doch das geschah erst wieder 1918 mit einer Prämieinnahme von brutto 57,3 Mill. Mark. Immerhin, der Krieg, mit seinem Verlust des Auslandsgeschäfts, hatte das solide gegründete Unternehmen nicht zu erschüttern vermocht, und es überstand auch die Ära der grossen Inflation besser als die grosse Zahl der deutschen Versicherungsgesellschaften. Mit 1,68 Millionen Policen und einer Bruttoprämie von 80,4 Mill. RMark begann sie, stärker und unternehmungsfreudiger als jemals zuvor, den Start in die Hochkonjunktur der Ära Stresemann, das heisst – für die, die es nicht mehr wissen – der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts.

Wie die Dinge dann weiterverliefen, zeigen die Zahlen:

Jahr	Policenzahl In 1'000	Brutto	Gesamtprämie der Allianz in Mill. RMark/DMark Netto
1924	1'676	80,42	36,97
1928	3'370	178,05	109,52
1930	4'526	196,23	118,31
1933	4'364	145,67	90,38
1938	5'450	204,60	119,38
1948/49 ¹	4'490	219,26	147,37
1950	4'831	194,96	129,98
1951	5'238	235,07	158,33
1952	5'738	287,90	195,80

¹ 18 Monate

In den ersten sechs Jahren der Reichsmarkära, die an die Stelle der buchstäblich zu Nichts zerronnenen «Gold»-Mark endlich wieder ein stabiles Geld gesetzt hatte, stieg das Prämieeinkommen von Jahr zu Jahr. Die Spitze der Entwicklung wurde 1930 mit einem Anfall von Bruttoprämien im Gesamtbetrag von annähernd 200 Mill. RMark erreicht, dann aber erfolgte ein Absturz, der bis zum Jahre 1933 – dem Jahr des Krisentiefs und der nationalsozialistischen Machtergreifung – das Bruttoprämienaufkommen um reichlich, das Nettoaufkommen um knapp ein Viertel des konjunkturellen Höchststandes dezimierte. Doch sogleich nach der Talwanderung begann auch wieder der Aufstieg, zögernd zuerst, aber Jahr für Jahr in schärferem Tempo – bis

1938, im Jahr des Österreich-Anschlusses, das bis dahin höchste Prämienaufkommen der Allianz erreicht wurde.

Wie gross auch die Verluste waren, die die Allianz im Gefolge des Kriegsausgangs in der Sowjetzone, in Ostdeutschland und im Ausland und später im Zusammenhang mit der Währungsreform hinnehmen musste, fast noch bemerkenswerter war das Stehvermögen, das diese grösste deutsche Versicherungsgesellschaft gegenüber allen Schicks als Schlägen bekundete: Die Zahl der Versicherungsnehmer im engen Raum der Bundesrepublik war 1950 grösser, als sie 1930 im Deutschen Reich gewesen war; die Summe der Bruttoprämien lag nur um ein Prozent unter dem Betrag, der im Spitzenjahr der Vorkriegskonjunktur erreicht worden war. Seither ist die Entwicklung steil aufwärtsgegangen. Vergleichen wir etwa die Jahre 1938 und 1952, so sehen wir, dass die Zahl der Policen zwar nur um 5,28 Prozent, die Summe der Bruttoprämien dagegen um 40,71 Prozent gestiegen ist, dass also im Zeichen des Wirtschaftswunders nicht nur der Radius des Versicherungsgeschäfts – die Zahl der Policen – sondern auch, und zwar in weit höherem Mass, seine «Substanzhaltigkeit» – die Prämie je Police – gewachsen ist.

Gehen wir den Dingen einmal nach, so stossen wir auf einen hochinteressanten Tatbestand, den man vielleicht auf die Formel bringen kann: Die Zahl der Policen bzw. der Versicherungsnehmer folgt der konjunkturellen Entwicklung mit einem gewissen Schlepp Verzug; die Entwicklung der Prämie je Police nimmt den konjunkturellen Trend vorweg. Von 1928 bis 1930 beispielsweise stieg die Zahl der Policen noch um 34,3 Prozent. Das schien auf ein Fortdauern der günstigen Konjunktur auch im Versicherungsgewerbe hinzudeuten. Allerdings, die Summe der Bruttoprämien war langsamer, nämlich nur um 10,2 Prozent gewachsen. Diese Feststellung schien geeignet, den Optimismus etwas zu dämpfen. Sah man nun aber genau hin, so erwies sich, dass zu einem gleich wie gearteten Optimismus überhaupt kein Anlass bestand. Während nämlich die Zahl der Policen, dem Trägheitsgesetz folgend, noch um ein gutes Drittel zugenommen hatte, war die Prämienleistung je Police, in Vorwegnahme der konjunkturellen Entwicklung, um ein reichliches Sechstel geschrumpft. Die Versicherer wussten, dass sie sich auf Sturmzeiten einzurichten hatten.

Anders in den Nachkriegsjahren 1950-1952. In dieser Zeitspanne des Wirtschaftswunders nahm die Zahl der Policen zwar um 18,8 Prozent, die Prämienleistung je Police dagegen erheblich fühlbarer, um 24,3 Prozent, zu. Und diese beiden Bewegungen, die konjunkturell träge Entwicklung der Policenzahl und die konjunkturell viel sensiblere Entwicklung der individuellen Prämienleistung, addierten sich zu einer fast fünfzigprozentigen Steigerung des Bruttoprämienaufkommens, die, in die kurze Zeitspanne 1950-1952 zusammengedrängt, ein getreues Abbild der Konjunktur darstellte.

Das so erfreuliche Wachstum der Bruttoprämie darf nun freilich nicht voll als bare Münze genommen werden. Entscheidend ist, was von der Bruttoprämie nach Abzug der «Nettoprämie» – d.h., um die Definition des Versicherungswissenschaftlers Wer-

ner Mahr zu gebrauchen, was nach Abzug «des den Schadenaufwendungen gleichkommenden Teils der Prämieinnahmen» – übrigbleibt. Und das scheint, sagen wir es gleich, von Jahr zu Jahr weniger zu sein.

Greift man ganz weit zurück, auf das Jahr 1902 etwa, als die Sachschadenversicherung noch in den gleichen Kinderschuhen steckte wie das technische Zeitalter, so errechnet sich, dass die Nettoprämie bei der Allianz erst 35,70 Prozent der Bruttoprämie ausmachte, mit andern Worten, dass fast zwei Drittel des gesamten Prämieaufkommens für Betriebskosten, Sicherheitsleistungen usw. zur Verfügung standen. Im Jahre 1912 nahm die Nettoprämie schon 43,82, 1924 allerdings erst wenig mehr, nämlich 45,98 Prozent der Bruttoprämie in Anspruch. Woraus man sicherlich folgern kann, dass die Jahre 1912 und 1924 in technischer Hinsicht einander enger benachbart waren, als die Jahre 1924 und 1928. Denn in dieser kurzen Zeitspanne, die freilich eine Ära umfassender und tiefgehender Mechanisierung, namentlich auch der Motorisierung, umschliesst, stieg der Anteil der Netto- an der Bruttoprämie auf über 60 Prozent, um sich, mit kleinen Schwankungen nach oben und unten, etwa auf dieser Höhe bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu halten. Nach dem Krieg hat sich die Entwicklung auf höherer Ebene fortgesetzt. Schon für die ersten zwei und drei DMark-Jahre errechnete sich der Anteil der Netto- an der Bruttoprämie mit etwa 67 Prozent; 1952 war er auf über 68 Prozent gestiegen und, wenn nicht alles trügt, hält die Bewegung mit der zunehmenden Mechanisierung, Automatisierung und Motorisierung einigermassen Schritt.

Dem technisch-wirtschaftlichen Wachstumsprozess wohnt zweifellos die Tendenz inne, die Ertragsspanne einzuengen, aus der die Versicherungsgesellschaften ihre Betriebskosten, Sicherheitsleistungen, Gewinne usw. zu decken haben. Sie können den Auswirkungen dieser Tendenz durch Prämien erhöhungen entgegenwirken (und tun es auch); die Tendenz aus der Welt zu schaffen, ist nicht in ihre Hand gegeben. Daraus aber folgt, dass die Unternehmungen des Versicherungsgewerbes durch einen Entwicklungsprozess, der keiner Steuerung oder Beeinflussung zugänglich ist, gezwungen sind, jede Chance der Rationalisierung zu nutzen, die zur Minderung der Betriebskosten beitragen könnte. Selbstverständlich werden sie, was die innerbetriebliche Ordnung des Geschäfts laufs angeht, die schärfsten Massstäbe anlegen. Aber das genügt nicht, um mit dem elementaren Tatbestand fertig zu werden, dass die Versicherungswirtschaft sich einer in der Natur des technischen «Fortschritts» begründeten unaufhaltsamen Steigerung des Risikos gegenüber sieht, die es zu kompensieren gilt. Wie aber soll das geschehen, wie soll die Kompensation ins Werk gesetzt werden? Nun – nicht anders, als es seit Jahrzehnten zu geschehen pflegt: durch Zusammenschluss stärkerer und schwächerer Unternehmen, mehr oder minder risikobelasteter Versicherer; mit dem Ziel, den Verwaltungsapparat zu verkleinern, Doppelarbeit zu vermeiden und nach den Gesichtspunkten der Arbeitsteilung und Spezialisierung das Optimum aus Arbeits- und Kapitalaufwand zu erzielen.

Die Versicherungswirtschaft ist darauf angelegt, die Konzentration ihrer Kräfte

zu betreiben. Das liegt in der Natur der Dinge. Zugleich heisst das aber in der Welt, in der wir leben, sie ist wie wenige andere Gewerbe auf Machtkonzentration angelegt; nicht nur darauf, dem wachsenden Risiko, das in der zunehmenden Technisierung unseres Daseins beschlossen liegt, mit einer vielgliedrigen, an Reservemitteln reichen Organisation zu begegnen, sondern auch auf eine unternehmerische Verfassung, die ein Höchstmass – sagen wir ruhig: autokratischer Handlungsfreiheit verbürgt.

Was das besagen will, zeigt mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gerade die Nachkriegsgeschichte des Allianz-Konzerns.

Zu den Gründern der Allianz gehörte, wie erinnerlich, das Münchner Bankhaus Merck, Finck & Co, das nicht nur mehr als ein Drittel des erforderlichen Grundkapitals zeichnete, sondern in der Person seines Inhabers Wilhelm von Finck länger als drei Jahrzehnte hindurch den Aufsichtsratsvorsitzer stellte: Das Freundespaar Wilhelm von Finck und Carl von Thieme, jener Aufsichtsratsvorsitzer, dieser Vorstandsmitglied sowohl der Münchener Rück wie der Allianz, verkörperten in der Personalunion ihrer Ämter die als unauflöslich gedachte Zusammengehörigkeit der beiden Gesellschaften, die durch mehrere Gemeinschaftsverträge (1917, 1921, 1940) nur noch bestätigt und durch die wechselseitige Beteiligung befestigt wurde.

Nach dem Tode Wilhelm von Fincks (1924) wurde zunächst der Präsident des Norddeutschen Lloyd, Dr.-Ing. E.h. Philipp Heinecken, im Jahre 1927, aus Anlass der Verschmelzung Allianz-Stuttgarter Verein, der bisherige Generaldirektor der Stuttgarter, Dr. Georgii, zum Aufsichtsratsvorsitzer der Allianz gewählt. Der Sohn des Gründers, August von Finck, wurde zwar mit dem Vorsitzeramt im Aufsichtsrat der Münchener Rück bedacht, begnügte sich aber bei der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs AG wie bei der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG – d.h. bei der Allianz und der Allianz Leben – mit der Position des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Im Jahre 1932 rückte er aber auch bei der Allianz in den Aufsichtsratsvorsitz auf.

Nach dem Krieg schied August von Finck aus dem Aufsichtsrat der Allianz aus und trat – als stellvertretender Vorsitz – im Frühjahr 1954 auch bei der Münchener Rück aus dem Aufsichtsorgan aus. Freilich war er noch Grossaktionär; er besass nach der Währungsreform immerhin 6 Prozent der Allianz-Aktien und sicherlich keinen geringeren Anteil am Grundkapital der Münchener Rück. Aber das ehemals so herzliche Verhältnis zwischen dem Inhaber des Bankhauses und der Leitung des Allianz-konzerns hatte sich fühlbar abgekühlt.

Dem Vater hatte man nachgerühmt, dass er «seine wirtschaftlichen Verwaltungsposten nie als blosser Sache des äusseren Machteinflusses und des sozialen Geltungsbedürfnisses, sondern stets als Sache ernster Pflicht und tiefster Verantwortung betrachtete, sich daher um die sachlichen Belange und um die Fortentwicklung bis in die letzten Einzelheiten bemüht zeigte». Dem Sohn begegnete der stark verjüngte Allianz-Vorstand – neun der fünfzehn Mitglieder sind erst nach 1945 in den Vorstand

aufgenommen worden – bei Weitem nicht mehr mit dem gleichen Wohlwollen, dessen der alte Herr sich erfreut hatte. Wobei ganz dahingestellt bleiben mag, wer wem den Anlass zu dieser Abkühlung der Beziehungen gegeben hatte.

Die Entfremdung ging schliesslich so weit, dass einerseits August von Finck in aller Stille seinen Bestand an Allianz-Aktien durch Zukäufe, die sich über das Jahr 1954 und bis ins Jahr 1955 erstreckten, um zehn auf 16 Prozent und einschliesslich der von befreundeter Seite für ihn erworbenen Anteile auf 20 Prozent erhöhte, dass andererseits aber die Allianz-Verwaltung sich weigerte, die Umschreibung der neuerworbenen Namensaktien auf das Haus Merck, Finck & Co vorzunehmen. Mit der Begründung: In diesen Aktienkäufen müsse die Gefahr erblickt werden, «dass die grösste deutsche Versicherungsgesellschaft unter den beherrschenden Einfluss einer einzelnen Persönlichkeit, August von Fincks, geraten könnte».

Lange Zeit sah es so aus, als könne der Widerstreit der Meinungen und Interessen nur noch im ordentlichen Gerichtsverfahren geschlichtet werden. Doch kam, buchstäblich in letzter Stunde, noch eine Einigung zustande: Die Firma Merck, Finck & Co gab über das Düsseldorfer Bankhaus Heinz Ansmann ihre neuerworbenen Allianz- und Münchener Rückaktien an ein den beiden Versicherungsgesellschaften fernstehendes Konsortium ab, das die Anteile Weiterverkaufen sollte. Die Allianz händigte Heinz Ansmann ihre 25prozentige Beteiligung an der «Stahlwerke Südwestfalen AG» mit der Weisung aus, das wertvolle Paket – nominell 10 Mill. DMark, dem Börsenwert nach 17,9 Mill. DMark – an das Bankhaus Merck, Finck & Co weiterzuleiten.

Zum ersten Teil dieser Transaktion kommentierte *Der Volkswirt* mit entwaffnender Naivität: «Wie verlautet, werden die (Versicherungs-)aktien ... bei Kleinaktionären untergebracht werden. Mit einer solchen Streuung ist dem Wunsch der beiden Versicherungen Rechnung getragen, von einem beherrschenden Einfluss eines Grossaktionärs frei zu werden.

Die alten Stammbeteiligungen der Münchener Bank an den beiden Versicherungen blieben erhalten. Die Hergabe des Neubesitzes ist gleichsam der Preis, den Merck, Finck & Co für die Wiederherstellung der alten freundschaftlichen Beziehungen zur Allianz und Münchener Rück gezahlt haben. Andererseits dürfte es auch den beiden Versicherungsunternehmen genehm gewesen sein, endlich den die Öffentlichkeit stark bewegenden Streit aus der Welt geschaffen zu haben.»

Die Macht der Enthüllung, die der Sprache gegeben ist, erweist sich als unwiderstehlich. Indem der Kommentator feststellt, dem Wunsch «der beiden Versicherungen» sei mit der Regelung der Dinge Rechnung getragen worden, und ein andermal sagt, «den beiden Versicherungen» sei es genehm gewesen, den Streit mit der Bank aus der Welt geschaffen zu sehen, statt sprachlich richtig oder mindestens exakter im einen wie im anderen Fall von «der Verwaltung der beiden Gesellschaften» zu sprechen, identifiziert er auf das Naivste die Verwaltung der Versicherungsgesellschaften mit den Versicherungsgesellschaften selbst. Ganz ohne Hintergedanken natürlich, und

in gewissem Sinne auch zutreffend. Denn nicht nur, dass diese Identifizierung durchaus im Sinne der doppelgleisigen Konzernverwaltung liegt; wahrscheinlich kommt man der Wahrheit so nah wie nur möglich, wenn man unterstellt, dass im Allianz-Konzern Verwaltung und Gesellschaft praktisch identisch sind.

Da sind fürs erste die wechselseitigen Beteiligungen: Die Allianz ist bei der Münchener Rück, die Münchener Rück bei der Allianz mit 30 Prozent beteiligt. Die Rechte des Grossaktionärs aber werden natürlich von der Verwaltung vertreten.

Da ist zum anderen die Kette der Versicherungsunternehmen, die den beiden Gesellschaften gemeinsam gehören.

Ist es nicht denkbar, ja, scheint es nicht denkwürdig, dass bei diesen vielen Beteiligungsgesellschaften auch noch Anteile der beiden Versicherungen liegen, die die Konzernspitze bilden? Hier ein Perzentchen Allianz, dort ein Perzentchen Münchener Rück, und wiederum hier ein halbes, dort vielleicht sogar mehr als ein Prozent der einen oder der anderen Versicherung? Schliesslich aber: gewinnt die Vermutung nicht gerade dadurch die Farbe des Lebens, dass der Streit August von Fincks mit der Konzernspitze sich daran entzündet hatte, dass er glaubte, der Münchener Rück-Verwaltung vorwerfen zu können oder vielmehr zu müssen, sie habe 1954 aus ihrem Bestand an Allianz-Aktien nicht weniger als den Gegenwert von 12 Prozent des Grundkapitals abgestossen? Und zwar, ohne sie den Aktionären anzubieten, zu einem Kurs, der den Erwerb im Zeitraum von nur sechs Monaten die Realisierung eines Kursgewinns in Höhe von 4 Mill. Mark ermöglichte.

Man kann sich durchaus vorstellen, dass die Münchener Rück auf diese Weise – der Verkauf wurde ja nicht bestritten – zu flüssigen Mitteln hätte kommen wollen. Schwer vorzustellen indessen, dass sie, wenn schon die Aktionäre übergangen wurden, ihre Käufer ausserhalb des Konzernumkreises gesucht hätte. Ganz natürlich hingegen, wenn sie die Allianz-Aktien dahingegen hätte, wo sie immer noch ihrer Kontrolle zugänglich waren: an die Beteiligungsgesellschaften, wo ohnehin schon Splitter des Allianz- und Münchener Rück-Kapitals lagen. Der Umstand, den die Münchener Rück-Verwaltung später geltend machte, dass nämlich «mit den Erwerb der Aktien weder direkte noch indirekte Stimmrechtsbindungen noch eine Rückoption noch eine dieser gleichkommende Regelung vereinbart worden» seien, widerstreitet keineswegs der inneren Wahrscheinlichkeit dieser Auffassung. Es wäre geradezu unsinnig gewesen, Käufer, die sowieso der Machtsphäre des Konzerns angehörten, auf dergleichen zusätzliche Bindungen zu verpflichten. Ja, man kann sagen: die Annahme, dass die Allianz-Aktien an konzerneigene Unternehmungen abgegeben wurden, gewinnt dadurch, dass die Auferlegung der Stimmrechtsbindungen usw. mit soviel Nachdruck bestritten wurde, eher noch an Wahrscheinlichkeit.

Wie dem nun sei: die Gegner kämpften mit verdecktem Visier. Es ist niemals – auch von dem Rechtsvertreter August von Fincks – ganz klar ausgesprochen worden, warum und an wen die Münchener Rück 1954 ihr etwa zwölfprozentiges Allianz-Pa-

ket verkauft hat, noch auch, was das Haus Merck, Finck & Co von dieser Transaktion etwa hätte befürchten müssen – denn den gesellschaftsschädigenden Effekt des Geschäfts hat ja die Münchener Rück-Verwaltung in Abrede stellen können. Ebensovornig aber haben die Herren der Münchener glaubhaft machen können, dass ein Paket von 16 oder 20 Prozent der Allianz-Aktien in der Hand August von Fincks notwendig eine Gefahr für die Allianz bedeute.

Sichtbar geworden ist nur, dass die Konzernverwaltung keine Einschränkung, selbst nicht die entfernteste Möglichkeit einer Einschränkung ihrer Macht hinnehmen wollte, die ihr die wechselseitige Beteiligung Allianz-Münchener Rück und das Vorhandensein von Splitterbeteiligungen der Konzernmitglieder an der Konzernspitze garantierten; dass ihr also die Chance gegeben war, ihre Macht über den Konzern autokratisch auszuüben. Wie ernst sie die Gefahr nahm, der Grossaktionär August von Finck könne einen beherrschenden Einfluss auf den Konzern gewinnen, mag dahingestellt bleiben. Dass das Bankhaus die Verwaltung ausmanövrieren könnte, hat sie wohl selbst nie geglaubt, sondern höchstens, dass der Grossaktionär gelegentlich un bequem werden könnte. So kam ihr denn, wie auch der Münchener Bankfirma mit ihren grossen Ruhrgebietsinteressen – Waldthausen & Co KG, Düsseldorf, Gussstahl Witten AG und vermutlich auch Rhein Stahl – die Endlösung zupass. Zumal kein Wort des Pakts sie darauf festlegt, auf den Erwerb von Allianz- und Münchener-Rück-Aktien, in Tat und Wahrheit also: der eigenen Aktien, für alle Zukunft zu verzichten. Im offenen Markt kann sie kaufen, was sie will; sicherlich auch, wenn es sich um Stücke handelt, die ein Kleinaktionär zu verkaufen für vorteilhaft oder notwendig hält, obwohl er sie erst kürzlich von einem Mitglied jenes Konsortiums erworben hat, dem die Unterbringung des ominösen Pakets der Finckschen Neuerwerbungen im offenen Markt übertragen worden war?

Der Kreis, der die Ära der Konsolidierung umschirmt, hat sich geschlossen. Die Unternehmungen des grössten deutschen Versicherungskonzerns sind durch ein kunstvolles System wechselseitiger Kapitalbeteiligungen und personaler Beziehungen dergestalt ineinander verschränkt, dass Verwaltung und Gesellschaft praktisch identisch sind, d.h. dass die Verwaltung in allen Fragen, in denen es nicht geradezu um Sein oder Nichtsein des Allianz-Konzerns geht, autokratisch entscheiden kann. Mag sein, dass das System sich erst im labilen Gleichgewicht hält. Die Einschätzung der Bemühungen August von Fincks, als Grossaktionär von Gewicht aufzutreten, als einer ernsthaften Gefahr, würde für diese Annahme sprechen. Nun aber die Gefahr gebannt ist, scheint der Weg vom labilen zum stabilen Gleichgewicht nicht mehr weit zu sein – wenn wir nicht überhaupt schon am Ende des Weges stehen: an jenem Punkt, der das Gesetz des Handelns unwiderruflich in die Hand der Verwaltung gelegt und die Partnerschaft des freien Aktionärs – über dem bei der Versicherungsgesellschaft ohnehin das Damoklesschwert der Nachschusspflicht zu hängen pflegt – darauf reduziert ist, die Entscheidung über seinen Gewinnanteil entgegnzunehmen.

Ob man das nun gutheissen will oder nicht, es steckt viel Zwangsläufigkeit in der Entwicklung, die zu diesem Zustand der Dinge geführt hat: Substanz und Würde des Eigentums beginnen fragwürdig zu werden; die autokratische Machtfülle, die den Händen weniger Männer überantwortet ist, die unendlich vielen kleinen und grossen Versicherungsnehmern verpflichtet sind, kann sich als gefährlich erweisen. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt das sausende Getriebe des technischen Zeitalters, mit dessen Tempo täglich das Risiko, die Angst vor dem Risiko und der Zwang zur Versicherungsnahme wächst, während der Spielraum der Entscheidungsfreiheit, der den Versicherern gegeben ist, im gleichen Masse schwindet.

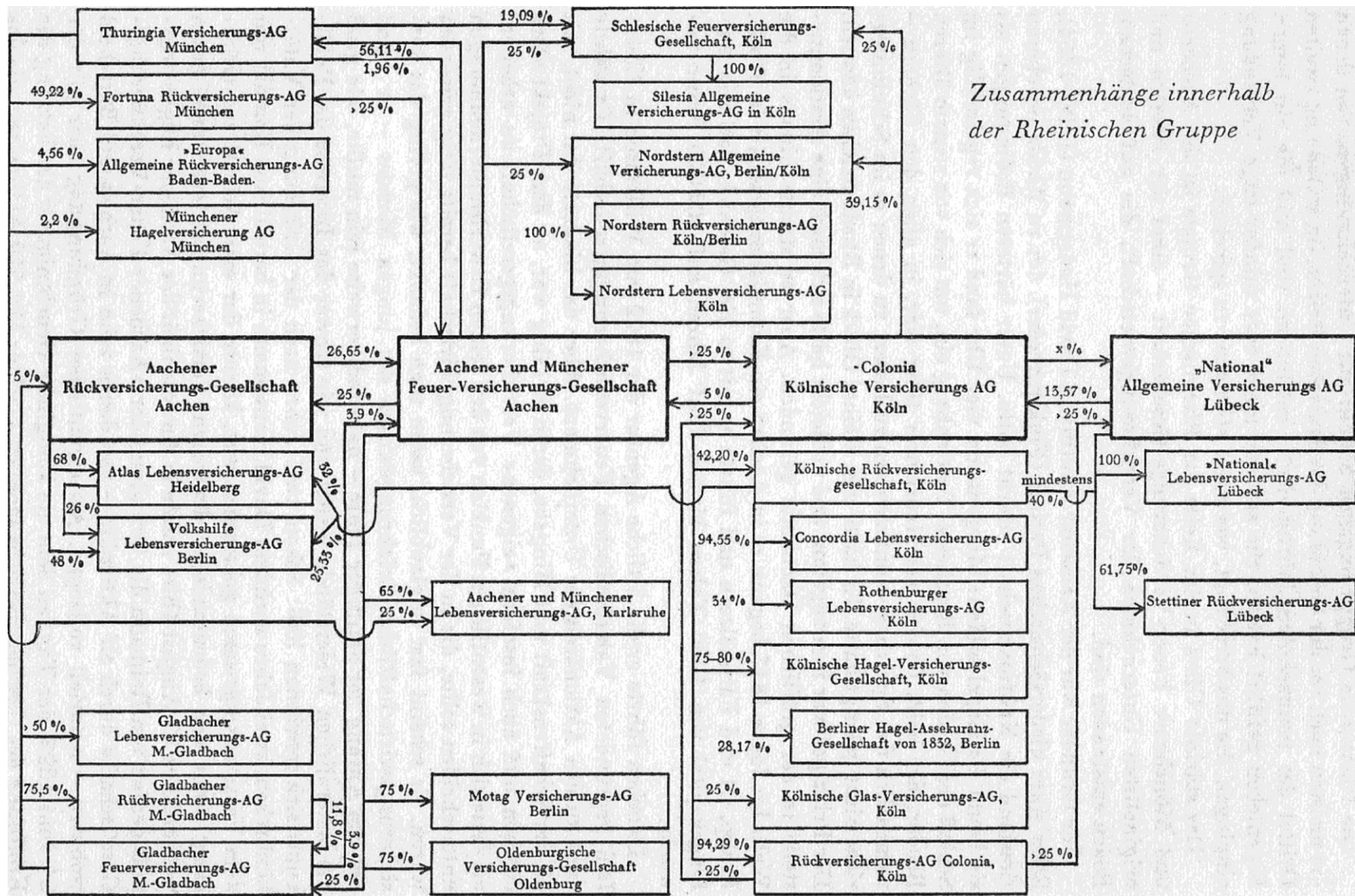
Es mag, wie gesagt, gefährlich sein, aber es ist kein Wunder, dass die Kommandohöhen, auf denen die leitenden Männer der Versicherungswirtschaft stehen, steil aus der Ebene der Hauptversammlungsdemokratie hinausragen.

Erinnern wir uns an das Bild des Allianz-Münchener Rück-Konzerns, so erstet eine Figur von grosser architektonischer Schlichtheit vor dem geistigen Auge: zwei Versicherungsgesellschaften, beide führend in ihrem Arbeitsgebiet, einander verbunden durch wechselseitige Beteiligung, Gemeinschaftsverträge und Personalunion in den Führungsstäben, besitzen gemeinsam eine grössere Anzahl von Versicherungsunternehmen, deren jedes vermutlich ein paar Aktien – ein, vielleicht auch zwei Prozent des Grundkapitals – der beiden Spitzengesellschaften im Portefeuille hält. Das ist wunderbar einfach und einfach wunderbar: Es gibt kein Gesetz, das die doppelgleisige Konzernspitze daran hindern könnte, so viel eigene Aktien zu erwerben, wie sie will oder wie sie benötigen würde, um die Omnipotenz der Verwaltung zu begründen. Denn es braucht ja nur die Allianz Münchener-Rück-Aktien oder die Münchener Rück Allianz-Anteile zu kaufen, oder der Erwerb kann durch eine oder mehrere der zu 80, 90 oder 100 Prozent beherrschten Gesellschaften geschehen, ohne dass ein Buchstabe des Gesetzes verletzt oder die Klarheit der Konzernarchitektur beeinträchtigt wird: Nicht anders als in Natur und Technik scheint auch hier das Gesetz zu walten, dass das Zweckmässige schön ist; dass also, wo ein ästhetisches Optimum erreicht ist, ein Maximum ökonomischer Effizienz vermutet werden kann. –

Umso schwieriger ist es, sich Klarheit über den Aufbau der zweitgrössten Gemeinschaft im deutschen Versicherungswesen, der «Rheinischen Gruppe», zu verschaffen, in der – obwohl sie nicht als «Konzern» im engeren Sinne gilt – zahlreiche Unternehmen von teilweise ehrwürdigem Alter zusammengeschlossen sind.

Die Unübersichtlichkeit der Rheinischen Gruppe hat ihre guten Gründe.

Der Aufbau des Allianz-Münchener-Rück-Konzerns war das Werk eines Teams, streckenweise sogar eines Mannes: das Ergebnis zentraler Planung und einheitlichen unternehmerischen Wollens; nicht zu vergessen auch: das Geschöpf einer Epoche, die hinsichtlich der juristischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, von denen Gründung und Bestand grosser Gesellschaften abhängig sind, dem Zeitalter der Kinderkrankheiten längst entwachsen war.



Die Rheinische Gruppe dagegen besteht aus Unternehmungen, von denen die meisten noch vor der Gründung des deutschen Reichs, im ersten und zweiten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts, entstanden sind und die ein langes Eigenleben geführt hatten, ehe sie jene mehr oder minder enge Verbindung eingingen, die uns berechtigt, von einer «Gruppe» zu sprechen.

Das stärkste Glied in der Kette der Rheinischen Gruppe ist die Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft – eines der ältesten und originellsten Unternehmen der Versicherungswirtschaft, die auf deutschem Boden entstanden sind.

Ihr Gründer war der Aachener Kaufmann David Hansemann (1790-1864), Sohn eines niedersächsischen Pastors (Finkenwerder), der zu Rheda im oberen Emsland die Kaufmannschaft erlernt hatte. Unter härteren Bedingungen als sie heute die Regel bilden: Morgens um vier Uhr fand er sich regelmässig im Schloss des Grafen von Bentheim-Tecklenburg ein, um sich von seinem älteren Bruder, der beim Grafen als Hauslehrer tätig war, in allen den Fächern – namentlich den Sprachen – unterweisen zu lassen, zu denen es im Schulunterricht nicht gelangt hatte. Er hätte sein kleines Glück in Rheda machen können. Der Prinzipal war ihm zugetan, und vielleicht hätte sich auch eine Amtmannsstelle in der gräflichen Ökonomie gefunden. Aber er strebte hinaus in die Welt. Im Jahre 1817 begann er in Aachen ein Kommissionsgeschäft in Wolle, Krapp, Öl und Farbhölzern und führte es mit so viel Geschick, dass sein Anfangskapital von 1'000 Talern binnen fünf Jahren auf 100'000 Franc anwuchs.

Daneben führte er die örtliche Agentur der 1822 von Willemsen in Elberfeld gegründeten Vaterländischen Feuerversicherungsgesellschaft. Er zählte auch zu den Aktionären des Unternehmens. Aber das hinderte ihn nicht, mit all der Schaffenskraft und Hingabe, deren er fähig war, an dem Projekt einer eigenen und auch insofern «eigenen» Versicherungsgesellschaft zu arbeiten, als diese sich in wesentlichen Punkten von den reinen Erwerbsunternehmungen unterscheiden sollte, die in der Versicherungswirtschaft bereits tätig geworden waren. Es scheint fast unglaublich, wenn man bedenkt, wie gering das versicherungswirtschaftliche Erfahrungswissen des jungen Mannes – er stand erst am Anfang der dreissiger Jahre – notwendigerweise sein musste, wie gross die behördlichen Widerstände waren und wie schwer das Interesse des Publikums sich gewinnen liess: Schon zwei Jahre nach der Gründung der Vaterländischen, zwei Jahre nachdem David Hansemann in beruflichen Kontakt mit dem Versicherungswesen gekommen war, konnte der erste Schritt zur Gründung eines der bedeutendsten deutschen Versicherungsunternehmen getan werden. Am 13. August 1824 wurde in Anwesenheit des Aachener Regierungspräsidenten von Reimann die Gründung der «Aachener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft» durch elf Aktionäre – von denen zehn in Aachen und Burscheid wohnten – notariell vollzogen. Als eigentlicher Gründungstag aber gilt der 24. Juni 1825, der Tag, an dem die königliche Genehmigung der Satzung die Eröffnung des Geschäftsbetriebs möglich machte: Mit

510 Aktionären, die das Aktienkapital von 1 Mill. Talern gezeichnet hatten, war die Gesellschaft nun wirklich ins Leben getreten. Vorläufig noch als «Aachener Feuer». 1834 jedoch wurde ihr als erster deutscher Gesellschaft das Recht erteilt, ihr Geschäft in Bayern zu betreiben. Sie führte den Wittelsbacher Löwen im Firmenschild und firmierte, wie König Ludwig I. es wünschte, als «Münchener und Aachener Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft». Seither nannte sie sich jenseits der weiss-blauen Grenzpfähle «Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft» – bis auf den heutigen Tag.

Inwiefern nun aber das Unternehmen Hansemanns «eigenes» Geschöpf in dem besonderen Sinne war, dass es nicht nur die Züge eines neuen Erwerbsbetriebs trug, soll uns Ricarda Huch berichten. «Im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts», schreibt sie in ihrem Buch über *Die Revolution des 19. Jahrhunderts in Deutschland*, «breitete sich das Versicherungswesen in Deutschland aus; nach dem Beispiel von Frankreich und England entstanden in Berlin, Leipzig und Elberfeld Feuerversicherungen auf Aktien, im Jahre 1821 gründete der Kaufmann Arnold in Gotha eine Feuer- und Lebensversicherungsbank. Vier Jahre später gründete Hansemann, nachdem er das Versicherungswesen aufs Gründlichste studiert hatte, eine ebensolche in Aachen, die er in origineller Weise mit einem Wohltätigkeitsinstitut verband, so nämlich, dass der zu erzielende Gewinn zwischen den Teilhabern und eben dem Institut geteilt werden sollte. Er reiste selbst nach Berlin, um die Gründung der Bank zu betreiben und erlangte auch die Sanktion des Königs; aber erst neun Jahre später kam der Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit, dem die Hälfte der Einnahmen übergeben werden sollte, zustande. Unterstützt sollten nach Hansemanns Absicht nicht die ganz Hilflosen, Schwachen, Untauglichen werden, sondern die Fleissigen sollten zu erhöhtem Fleiss und zu Sparsamkeit angeleitet werden, indem sie, was sie erübrigen konnten, in einer Spar- und Prämienkasse anlegten. Der Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit begann sein Dasein im Jahre 1834 und verfügte im Jahre 1850 bereits über hunderttausend Taler. Die grossen Summen, die ihm zuflossen, wurden indessen durchaus nicht in der Hauptsache für Arbeiter ausgegeben, sondern zum Teil für «gemeinnützige Zwecke», zum Beispiel für Errichtung einer technischen Hochschule. Den Arbeitern kam die Errichtung mehrerer Kinderbewahranstalten zugute. Hansemann war durchaus nicht ohne Wohlwollen für die Arbeiter und Armen, nur mussten sie in ihrer bescheidenen Dunkelheit bleiben. Er war überhaupt weder ungebildet noch unliebenswürdig; wie seine Eltern war er fröhlich und witzig und ein angenehmer Gesellschafter, sofern man ihm in geschäftlichen oder politischen Dingen nicht in die Quere kam. Im Gegensatz zu vielen Rheinländern war er als echter Niedersachse ohne Pathos, ohne ausladende Gesten und erging sich nicht in hochtrabenden Reden. Geld nannte er Geld und Geschäft Geschäft und führte weder den Namen Gottes noch das Menschheitswohl noch die Heiligkeit des Fortschritts überflüssig im Munde. Merkwürdigerweise vertrug er sich besonders gut mit Beckerath und Mevissen, die beide sogar das Bankwesen mit Tränen der Begeisterung benetzen konnten. Seine Nüch-

ternheit und Schlichtheit zeigte sich auch in seinem Auftreten und in seiner Erscheinung; wenn er Kleidungsvorschriften und andere Formen nicht beachtete, so lag darin keine Plumpheit, sondern die Sachlichkeit des grossen Geschäftsmannes, der sich mit unwesentlichen Dingen nicht abgibt und den Mangel durch natürliche Sicherheit reichlich ersetzt.»

Bis 1848 blieb Hansemann als Direktionspräsident an der Spitze der Aachen-Münchener. Im Frühjahr des Revolutionsjahres aber ging er nach Berlin – nachdem er seit 1845 schon dem rheinischen Provinziallandtag und seit 1847 dem Vereinigten Landtag angehört hatte –, um als Finanzminister dem liberalen Kabinett Camphausen beizutreten. Er blieb nur kurze Zeit (29.3.-7.9.1848) im Amt, übernahm dann die Leitung der Preussischen Bank und gründete 1851 die Disconto-Gesellschaft, eine der ersten deutschen Grossbanken, an deren Spitze sein Sohn Adolf in den Adelsstand erhoben wurde.

Hansemann konnte seine Schöpfung, die Aachen-Münchener, getrost ihrem Schicksal überlassen. Das Unternehmen war so sicher gegründet, dass es schon 1842 seine Feuerprobe im wahrsten Sinne des Wortes bestanden hatte. Als damals ein grosser Teil Hamburgs einer Brandkatastrophe zum Opfer gefallen war, hatte sich unverzüglich der Generalagent Brüggemann an Ort und Stelle begeben und innerhalb einer Woche die für jene Zeit unerhörte Summe von annähernd 1 Mill. Mark ausgezahlt. Mit dem Erfolg, dass das Vertrauen des Publikums sich umso mehr der Aachen-Münchener zugewandt und der Umfang ihres Geschäfts die deutsche Konkurrenz bald weit überflügelte hatte.

Es dauerte indessen noch ein Jahrzehnt, bis die Gesellschaft mit der Gründung der Aachener Rückversicherungsgesellschaft die Lehre aus dem Geschehenen zog. Und auch das geschah zunächst bloss in der Weise, dass die Tochtergesellschaft, die übrigens keine eigenen Beamten besass, nur für die Muttergesellschaft, in der Rückversicherung des Feuergeschäfts, tätig wurde. Darin trat erst 1895 ein Wandel ein. Seither ist die Aachener Rück mit gutem Erfolg, namentlich auch im Ausland, ihre eigenen Wege gegangen – freilich ohne die kapital- oder personalmässige Beziehung zur Aachen-Münchener Feuer jemals zu lösen.

Während sich zu den linksrheinischen Versicherungszentren, Köln mit der Colonia-Gruppe und Mönchen-Gladbach mit der Gladbacher Feuer, schon frühzeitig enge Beziehungen herstellten – ein förmlicher Interessengemeinschaftsvertrag mit der Colonia kam allerdings erst 1921 zustande –, gelangte die Thuringia mit der Fortuna Rückversicherung erst 1924, im Gefolge der Inflation, unter den Einfluss der Aachen-Münchener Feuerversicherung. Im gleichen Jahr wurde die Aachen-Potsdamer Lebensversicherungs-AG, in der die 1868 gegründete Potsdamer Lebensversicherung a. G. aufgegangen war, näher an den Konzern herangeholt und auf die Firma «Aachener und Münchener Lebensversicherungs-AG» umgetauft.

Die Versicherungs-AG Globus in Wien stiess 1928, die Oldenburgische Versicherungs-Gesellschaft kam 1929 zur München-Aachener Gruppe. Man ging mit der

Zeit und mit der befreundeten Colonia Kölnische Versicherungs-AG, um dem Trend zur Konzentration zu genügen: Im Jahre 1929 erwarben die Aachen-Münchener und die Colonia die Mehrheit der Schlesischen Feuerversicherungs-Gesellschaft, zwei Jahre später, als schon die Wirtschaftskrise ihrem Höhepunkt zueilte, brachten sie die Nordstern-Majorität unter Dach und Fach. Die 1934 erfolgte Erwerbung der «Mogtag»-Mehrheit durch die Aachener Konzernspitze diente dem Zweck, die Basis der Kraftfahrzeugversicherung zu verbreitern: Sie markierte das Auslaufen der Konzentrationsbewegung, die zwischen den beiden Weltkriegen die Masse der Unternehmungen zusammengeführt hatte, die heute die Aachen-Münchener Gruppe bilden.

Wie die Aachen-Münchener Feuerversicherung so blickt auch die Colonia Kölnische Versicherungs-AG auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurück. Als Gründungstag gilt der 5. März 1839, die Vorarbeiten der Gründung aber liegen weiter zurück. Sie setzten ein, als ein preussisches Gesetz im Jahre 1837 das Mobiliar-Feuerversicherungswesen auf sichere privat- und öffentlich-rechtliche Grundlagen gestellt hatte, auf denen der Wettbewerb der einheimischen mit den älteren und kapitalstärkeren ausländischen Unternehmungen nicht unwesentlich erleichtert wurde. Die Initiative zur Gründung der Versicherung ging aber nicht, wie in Aachen, von einem weitblickenden, unternehmungslustigen Einzelgänger aus – obwohl der derzeitige Handelskammerpräsident Merkens sich grosse Verdienste um das Zustandekommen der Gesellschaft erworben hat –, es waren vielmehr die Kölner Banken, unter denen Sal. Oppenheim jr. & Cie, J.H. Stein, Abr. Schaaffhausen, Leopold Seligmann und A. & L. Camphausen schon eine bedeutende Bolle spielten, die mit Hilfe des Hauses Rothschild die Colonia ins Leben riefen. Nicht zuletzt auch, wie der Oberpräsident empfehlend bemerkte, um der überlegenen Konkurrenz der französischen Gesellschaften zu begegnen.

In Aachen und Elberfeld waren die Gründungskapitalien von einem verhältnismässig kleinen Kreis alteingesessener Fabrikantenfamilien gezeichnet worden, zu denen die eigentlichen Gründer – dort Willemsen, hier Hansemann – gute persönliche Beziehungen besaßen. In Köln, dem Emporium des rheinischen Bankwesens, schöpfte man aus dem «Kapitalmarkt». Das hatte schon 1838/39 nicht soweit gereicht, die Hilfe der Rothschilds überflüssig zu machen. Und erst recht erwies sich die Unterstützung des Auslands als notwendig, als man nach den bitteren Erfahrungen des Hamburger Brandes begann, den Gedanken einer Rückversicherung zu erörtern. Der Plan wurde 1843/44 ausgearbeitet, die Gründung 1844 beschlossen und die formelle Gründung der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft im April 1846 vollzogen. Die Frage der Finanzierung aber blieb ungeklärt, bis – im Laufe von fünf, sechs Jahren – die Bankhäuser Oppenheim und Schaaffhausen die Pariser Rothschilds für das Versicherungsobjekt erwärmt hatten. Was freilich zur Folge hatte, dass 1852 mehr als zwei Drittel des Aktienkapitals in französische Hände übergingen. Aber vergessen wir nicht, dass damals auch der rheinisch-westfälische Bergbau hoch überfremdet war, weil sich in Deutschland nicht die flüssigen Mittel fanden, die zum Auf-

bau moderner Grossunternehmungen nötig waren. Die Auslandsbeteiligung am Versicherungswesen ist praktisch geschwunden; geblieben aber ist der Einfluss der Banken bei den alten Kölner Versicherungen, vor allen anderen der Oppenheimer Bank, im weiten Abstand gefolgt vom Bankhaus Stein, der aus den armen Jahren der Gründungsära datiert.

Um es gleich zu sagen: eine Beteiligung der Colonia an der «Ältesten Rückversicherungs-Gesellschaft der Welt», wie sich die Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft nennt, bestand ursprünglich und lange Zeit nicht. Dagegen wurde die Rückversicherungs-AG Colonia im Dezember 1879 als ein reines Tochterunternehmen der Colonia begründet und ist bis zum heutigen Tag in diesem engen Verwandtschaftsverhältnis zur Mutter geblieben: Diese besitzt annähernd 95 Prozent der Rückversicherungsaktien, die Rückversicherung mindestens ein Viertel der Colonia-Anteile.

Diese beiden Kerngesellschaften der Colonia-Gruppe nun – Colonia Kölnische Versicherungs-AG und Rückversicherungs-AG Colonia – gingen im Jahre 1930 einen Interessengemeinschaftsvertrag (abgekürzt: IG-Vertrag) mit einem ostdeutschen Unternehmen ehrwürdigen Alters ein: der «National» Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, die 1845 von Stettiner Kaufleuten unter der Firma «Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin» als erste Privatversicherung der Provinz Pommern gegründet worden war. Die «National» – sie führt die heutige Firma seit 1919 und wurde 1945 nach Lübeck verlagert – war ein bedeutendes Unternehmen, das sich schon 1879 seine eigene Rückversicherung, Stettiner Rück, geschaffen und 1924 die «National» Leben gegründet, ferner im Jahre 1933 die Norddeutsche See- und Flussversicherungs-AG, Stettin sowie 1936 das Vermögen der Stettiner Kreditanstalt AG und der «Orion» Versicherungs-AG in Hamburg übernommen hatte, später aber auch im Ausland – so 1938 in Ungarn («Fonciere», Allgemeine Versicherungs AG, Budapest), 1942 in Belgien («Unitas», Ligue des Propriétaires, Hasselt) und 1943 in den Niederlanden (N.V. Autorisks, Algemeene Verzekering Maatschapij, Amsterdam) – massgebliche Beteiligungen erwerben konnte.

Inzwischen, d.h. im Jahrzehnt 1930-1940, war aber auch die Zusammenarbeit mit der Colonia-Gruppe immer enger geworden: Der IG-Vertrag war ausgebaut und die wechselseitige Beteiligung dadurch hergestellt worden, dass die einander gegebenen Austauschaktien 1938 ins Eigentum der Vertragspartner übergingen, so dass die «National» nunmehr mit 13,6 Prozent an der Colonia, diese mit einem unbekanntem, vermutlich aber nur kleinen Anteil, ihre Tochter, die Rückversicherungs-AG Colonia, hingegen mit mehr als der 25prozentigen Sperrminorität an der National beteiligt war. Ein Konzernzusammenhang besteht allerdings nicht zwischen Colonia und National, ebensowenig wie er, der offiziellen Lesart nach, zwischen Colonia und Aachen-Münchener gegeben ist. Doch mag das nun sein, wie es will – der Ausdruck «Konzern» ist ohnehin fliessend –, die Colonia und die National sind juristisch zwar selbständig, so selbständig wie nur möglich, andererseits aber ist ihre Zusammenarbeit so eng wie

nur denkbar. Zumal sie – nun kommen wir wieder zu der «Ältesten Rückversicherungs-Gesellschaft der Welt» – im Jahre 1933 die Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft gemeinsam mit dem Erfolge sanierten, dass deren Aktien zu mehr als 80 Prozent in ihren Händen zurückblieben: bei der einen wie der anderen mehr als 40 Prozent der Substanz des Patienten. Und mit dem Nebenerfolg, dass dadurch auch die Beziehung zur Aachen-Münchener Gruppe etwas enger wurde – da ja die Kölnische Rückversicherungsgesellschaft an den beiden Töchtern der Aachener Rück nicht unwesentlich beteiligt ist: an der Atlas Lebensversicherungs AG mit 32 und an der Volkshilfe Lebensversicherungs-AG mit reichlich 25 Prozent.

Das ganze nach den Regeln des Puzzlespiels kunstvoll gefügte System, zu dem sich die Aachen-Münchener mit der Kölner, der Lübecker und der Gladbacher Gruppe zusammengefunden hat – die Gladbacher Feuer wurde auch schon 1861, Gladbacher Rück 1877 und Gladbacher Leben im Dezember 1923 gegründet –, wird überdies dadurch zusammengehalten, dass viele Führungsämter durch Personalunion in den Händen weniger Persönlichkeiten vereinigt sind. Und zwar in der Weise, dass auch hier ein System sichtbar wird – ein Schema, das allerdings mit dem System der Beteiligungen keineswegs deckungsgleich ist.

Da sind zunächst die Herren, die den Führungsstab der Aachen-Münchener Gruppe vertreten:

Walter Schmidt, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Feuerversicherungs- und der Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft amtiert als Aufsichtsratsvorsitzer bei zwei Tochtergesellschaften der Aachener Rück: der Atlas und der Volkshilfe; als stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats bei der Thuringia und der Fortuna Rück, der Aachen-Münchener Leben, der Motag und der Oldenburgischen Versicherungs-Gesellschaft sowie als Aufsichtsratsmitglied der Schlesischen Feuer und der Silesia, die alle der Gruppe der Aachener und Münchener Feuerversicherung angehören; er sitzt ferner im Aufsichtsrat der drei Nordstern-Gesellschaften und der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft, und er gehört dem Beirat der Concordia Lebens-Versicherung an. Er verwaltet also sechzehn Führungsämter in vier mehr oder weniger eng zusammengehörenden Versicherungsgruppen, wobei das Schwergewicht natürlich bei den Aachen-Münchener Gruppen liegt.

Dr. Carl Arthur Pastor entstammt einer reichen und alten Familie von Nadelfabrikanten, deren Beziehungen zum Versicherungsgewerbe ein Stück Lokal- und Familientradition bilden. Der ehemalige Bankmann versieht das Amt des Aufsichtsratsvorsitzers bei der Aachen-Münchener Feuer, der Aachener Rück und der Aachen-Münchener Leben, bei der Thuringia, der Fortuna Rück, der Oldenburgischen Versicherungs-Gesellschaft und der Nordstern Lebensversicherungs-AG; er amtiert als stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats bei der Schlesischen Feuer und der Silesia, bei der Motag sowie bei der Nordstern Allgemeine Versicherungs-AG und der

Nordstern Rückversicherungs-AG, und schliesslich gehört er dem Aufsichtsrat der Colonia Kölnische Versicherungs-AG als Mitglied an. Obwohl Dr. Pastor in der Öffentlichkeit nicht hervorzutreten pflegt, ist er neben Generaldirektor Schmidt doch sicherlich der wichtigste Mann der Aachener Gruppe und einer der führenden Köpfe der westdeutschen Versicherungswirtschaft überhaupt.

Auch bei Oberbürgermeister *Heusch*, Inhaber der vom Urgrossvater begründeten Kratzen- und Treibriemenfabrik August Heusch & Söhne, Präsident der Industrie- und Handelskammer Aachen sowie der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer in Brüssel, liegt die Neigung für das Versicherungswesen in der Familie. Heuschs Vater, Albert Heusch, gehörte dem Aufsichtsrat der Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft und der Colonia an, die damals noch als Kölnische Feuer- und Kölnische Unfallversicherungsgesellschaft AG firmierte. Hermann Heusch amtiert als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer bei der Aachen-Münchener Feuer und der Aachener Rück, und er gehört dem Aufsichtsrat nicht nur der Colonia, sondern auch der Thuringia und der Fortuna Rück, der Oldenburgischen Versicherungs-Gesellschaft, der Volkshilfe Lebensversicherung und der Nordstern Allgemeine Versicherungs-AG an. Worin sich erweist, dass das Familieninteresse am Versicherungswesen möglicherweise noch gewachsen ist. Doch ist es charakteristisch, dass all diese drei, die den engeren Führungsstab der Aachen-Münchener Gruppe vertreten, bei der Colonia-Gruppe nur den Fuss zwischen Tür und Rahmen gesetzt haben und bei den «National»-Gesellschaften überhaupt fehlen.

Bei der Colonia-Gruppe liegen die Dinge insofern anders als bei der Aachen-Münchener, als einmal die Führung weitgehend in der Hand von zwei Männern liegt, die nicht in erster Linie «die Versicherung», sei es den Vorstand der Konzernspitze, sei es die industrielle Elite der Versicherungsnehmer, sondern ein Drittes: das spezifische Interesse eines Bankhauses vertreten, zum andern aber, als diese beiden Männer ihren Einfluss fast gleichmässig bei allen Gruppen ausüben – der Aachener, der Kölner und der Lübecker – die sich zur Zusammenarbeit gefunden haben.

In der Tat, die überragende Bedeutung, die das Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie schon in den frühesten Zeiten der Kölner Versicherungswirtschaft für diesen Wirtschaftszweig gewonnen und seither mit mehr oder minder grossem Erfolg behauptet hat, doch freilich auch die Bedeutung, die das Versicherungswesen für das Bankhaus besass und besitzt, die Deckungsgleichheit der Interessen von Versicherung und Bank auf der einen, das unternehmerische Übergewicht der Bank auf der anderen Seite, wird nach aussen hin nur in dem Anteil an der Verwaltung sichtbar, den die Bankherren bei einer Reihe führender Versicherungsgesellschaften in ihrer Hand vereinigen konnten.

Man muss diese Feststellung freilich mit einem Korn Salz geniessen. Denn tatsächlich verhält es sich ja so, dass Dr. h.c. Pferdenges – der eine der beiden, um

die es hier geht – zahlreiche Aufsichtsratsämter bei rheinischen Versicherungsgesellschaften schon versah, als er noch im Vorstand des Schaaffhausen'schen Bankvereins sass, und vollends, dass Konsul Karl Haus – der andere der beiden – ehe er als Mitinhaber zu den Oppenheims kam, von 1930 bis 1936 dem Vorstand der Gladbacher Feuer und ihrer beiden Tochtergesellschaften angehört hatte, dann in den Vorstand der Colonia und ihrer Rückversicherungsgesellschaft hinübergewechselt und von 1939 bis 1953 Vorstandsvorsitzender dieser beiden Gesellschaften gewesen war. Die beiden also brachten ihre Verbindungen zur Versicherung mit; sie brachten sie in das Bankhaus ein: als ein Kapital, dessen Wert die Inhaber, die sie zur Mitarbeit in den Kreis der persönlich haftenden Gesellschaften kooptierten, vermutlich hoch veranschlagt haben.

Mit Recht, denn keine andere deutsche Bank besitzt heute einen so sicher gegründeten und weitreichenden Einfluss bei grossen Versicherungsgesellschaften wie die Oppenheim-Bank.

Dr.h.c. Robert Pferdenges, dem Bankhaus Oppenheim, das in der Nazizeit seinen Namen trug, auch nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Bankiertätigkeit als eine Art «älterer Staatsmann» attachiert, Ehrenpräsident der Kölner Handelskammer, Vorstandsvorsitzender im Bundesverband des privaten Bankgewerbes, Bundestagsabgeordneter, Kanzlerberater und Kirchenältester seiner Gemeinde, ist namentlich mit der Colonia-Gruppe eng verbunden. Er führt den Vorsitz im Aufsichtsrat der Konzernspitze, der Colonia Kölnische Versicherungs-AG, ferner bei der Rückversicherungs-AG Colonia, der Kölnische Glas-Versieherungs-AG, der Kölnische Rückversicherungsgesellschaft und ihrer Tochter, der Concordia Leben sowie bei der Nordstern Allgemeine Versicherungs-AG und bei der Nordstern Rückversicherungs-AG. Aber er amtiert, wengleich nur als einfaches Aufsichtsratsmitglied, auch in der Verwaltung der Aachen-Münchener Feuer und der durch wechselseitige Beteiligung mit der Aachener Gruppe verbundenen Gladbacher Feuerversicherungs AG. Für einen siebenundziebjährigen, der, um nur dies zu erwähnen, auch bei der August Thyssen-Hütte AG, der Demag, der Kabelwerke Rheydt AG und der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank im Sessel des Aufsichtsratsvorsitzers sitzt, kein eben kleines Programm!

Und nun *Karl Haus*: siebenundfünfzig Jahre, seit 1953 Mitinhaber der Oppenheim Bank, spanischer Vizekonsul zu Köln, Ehrenbürger der Kölner Universität, Bundeschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes, Vorsitzender des Kreditausschusses im Deutschen Industrie- und Handelstag, der Dachorganisation der westdeutschen Handelskammern, und Verwaltungsratsmitglied des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, in dem sich die crème de la crème der Wirtschaftskapitäne unter dem Vorsitz Dr. h.c. Richard Mertons (Metallgesellschaft) zur Unterstützung der vom Standpunkte der Wirtschaft aus förderungswürdigen Vorhaben der Wissenschaft zu-

sammengeschlossen haben – Karl Haus ist sicherlich der universellste Versicherungs-
experte unter den deutschen Bankiers.

Er kam, wie schon gesagt wurde, über die Gladbacher und die Colonia-Gruppe zum
Bankhaus Oppenheim, ist also von Grund auf vertraut mit den Feinheiten des Versi-
cherungsgeschäfts, mit der Leistungskraft und den besonderen Anliegen der Versi-
cherungsunternehmen, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, die ihnen anvertrau-
ten Prämieingelder sicher, aber zugleich ertragbringend oder sogar mit dem grösst-
möglichen ökonomischen Effekt anzulegen. Kein Wunder, dass er nach seinem Über-
tritt ins Bankgeschäft doch auch persona grata bei der Versicherungs-Wirtschaft ge-
blieben ist, deren Vertrauen ihn in zahlreiche Führungsämter berief.

So amtet er denn bei den drei Gladbacher Gesellschaften, deren Vorstand er sechs
Jahre lang angehört hat, heute als Vorsitzter des Aufsichtsrats und bekleidet das glei-
che Amt bei der Kölnischen Hagel Versicherung, der «Europa» Allgemeine Rück-
versicherungs-AG, an der die Thuringia geringfügig beteiligt ist, sowie bei der Schle-
sische Feuerversicherung und ihrer reinblütigen Tochter, der «Silesia» Allgemeine
Versicherungs-AG. Die Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft, die zu gleichen
Teilen der Colonia- und der «National»-Gruppe gehört, und ihre beiden Tochterge-
sellschaften, Concordia Leben und Rothenburger Leben, die Kölnische Glasversiche-
rung und die Nordstern Lebensversicherung haben den Konsul zum stellvertretenden
Aufsichtsratsvorsitzer gewählt. Bei den beiden anderen Nordstern-Gesellschaften, bei
der Colonia Kölnische Versicherungs-AG, der Rückversicherungs-AG Colonia und
den drei Lübecker Gesellschaften, der «National» Allgemeine Versicherungs-AG,
«National» Lebensversicherungs-AG und Stettiner Rückversicherungs-AG, sitzt er
als schlichtes Mitglied im Aufsichtsrat: Als Aufsichtsratsvorsitzer bei sieben, stell-
vertretender Aufsichtsratsvorsitzer bei fünf und Aufsichtsratsmitglied bei weiteren
sieben Versicherungsgesellschaften nimmt dieser Oppenheim-Bankier tatsächlich
eine Sonderstellung ein, die ihresgleichen im Bank- und Versicherungswesen kaum
noch hat. Umso mehr da seine neunzehn Ämter innerhalb der Kette der Aachen-
Gladbach-Köln-Lübecker Unternehmungen, die man als das Kernstück der Rheini-
schen Interessengemeinschaft ansprechen kann, die weiteste Streuung aufweist. Jen-
denfalls aber sehen wir, dass die durch Dr. Pferdmeiges und Konsul Haus vertretene
Personalunion der Verwaltungsämter sich als ein einigendes Band von nicht geringe-
rer Bedeutung bewährt als die wechselseitige Beteiligung der Gesellschaften.

Darüber sollte ein anderes Phänomen nicht vergessen werden: die führende Rolle,
die die Firma Pfeifer & Langen KG Zuckerfabriken und Raffinieren, Köln, immer
noch im westdeutschen Versicherungswesen und, mit Abstand, auch in der Kredit-
wirtschaft spielt.

Schon der Urgrossvater des heutigen Mitinhabers Eugen Gottlieb von Langen,

der Kommerzienrat Johann Jacob Langen, der 1830 zusammen mit Carl Joest in Köln eine Zuckerfabrik gegründet hatte – im gleichen Jahr als die Firma vom Rath & Bredt entstand –, hatte als Aufsichtsratsvorsitzer des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins wesentlich zur Entwicklung der rheinischen Grossbanken beigetragen.

Auch sein genialer Sohn Eugen Langen, der Ruhm der Familie, der zusammen mit dem Erfinder N. A. Otto und unter Kapitalbeteiligung des Kommerzienrats Emil Pfeifer 1864 die Gasmotorenfabrik Deutz – die Keimzelle der Klöckner-Humboldt-Deutz AG – sowie 1870 die Offene Handelsgesellschaft Pfeifer & Langen und 1878 gemeinsam mit dem Ingenieur Hundthausen die Maschinenfabrik Grevenbroich – heute eine Organgesellschaft der Maschinenfabrik Buckau R. Wolf AG – gegründet hatte, sass viele Jahre im Sessel des Aufsichtsratsvorsitzers der damals grössten rheinischen Bank, eben des Schaaffhausen'schen Bankvereins.

Die Tradition setzte Eugens Sohn Johann Gottlieb – der lange vor dem Ersten Weltkrieg in den erblichen Adelsstand erhoben worden war – gewissenhaft fort: Er war Aufsichtsratsvorsitzer, sein Bruder Arnold Langen, Generaldirektor der Aktiengesellschaft Motorenfabrik Deutz, Maschinenbauanstalt Humboldt und Motorenfabrik Oberursel, Aufsichtsratsmitglied des Schaaffhausen'schen Bankvereins; und als der Bankverein mit der Disconto-Gesellschaft verschmolzen wurde, trat Johann Gottlieb dem Aufsichtsrat auch dieser Gesellschaft bei. Überdies aber amtierte er als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer bei der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank, der Colonia Kölnische Feuer- & Kölnische Unfallversicherungs-AG, der Rückversicherungs-AG Colonia und der Kölnische-Hagelversicherungs-Gesellschaft und sass im Aufsichtsrat der Schlesisch-Kölnische Lebensversicherungsbank AG, Berlin. Sein Bruder Hans Rudolf andererseits, der mit ihm die Umwandlung der väterlichen Zuckerfirma (1907) zur GmbH und (1926) zur AG ins Werk gesetzt hatte und noch im Herbst 1917 geadelt worden war, gehörte dem Aufsichtsrat des Barmer Bankvereins Hinsberg, Fischer & Comp, an und übernahm als Mitbegründer des Gerling-Konzerns bei allen Konzerngesellschaften das ehrenvolle, doch damals noch mühselige Amt des Aufsichtsratsvorsitzers.

Die alte, reiche Kölner Familie von Langen also, die in der industriellen Entwicklung der Stadt eine so hervorragende Rolle gespielt und sich durch Heirat mit anderen führenden Industriellenfamilien – mit den vom Raths und den van der Zypens zum Beispiel – verbunden hat, gehört gewissermassen zum Inventar der rheinischen Versicherungs- und Kreditwirtschaft. Die Verbindung ist freilich nicht mehr so eng wie in der vorhergehenden, bei den Vätern der heute lebenden Generation. Aber immer noch sitzt Eugen Gottlieb von Langen im Aufsichtsrat der Colonia Kölnische Versicherungs-AG, der Rückversicherungs-Gesellschaft Colonia und der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft; während August von Joest, der als der Nachfahre jenes Carl Joest, mit dem zusammen Johann Jacob Langen 1830 seine Zuckerfabrik gründete, einerseits den Vorsitz im Geschäftsführungsausschuss der Firma Pfeifer &

Langen innehat, andererseits aber die versicherungswirtschaftliche Tradition des Hauses fortführt: als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Kölnischen Hagelversicherungs-Gesellschaft und als Aufsichtsratsmitglied der Colonia Kölnische Versicherungs-AG, der Rückversicherungs-AG Colonia, der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft, der Nordstern Allgemeine Versicherungs-AG und der Nordstern Lebensversicherungs-AG. Er gehört ferner dem Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Boden-Credit-Bank an; Gustav Brecht endlich, einer der vier persönlich haftenden Gesellschafter der Pfeifer & Langen KG – die drei anderen sind: E. Gottlieb von Langen, Ottmar von Loessl und Dr. Helmut Börner –, setzt die durch die alte Verbindung zum Schaaffhausen'sehen Bankverein begründete Tradition der Firma im Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG, West, in Düsseldorf fort; denn, wie schon gesagt, der Bankverein ist ja in der Disconto-Gesellschaft und diese ist später in der Deutschen Bank aufgegangen. Mag die grosse Zeit der zum rheinischen Industrieadel zählenden Familie Langen auch vorbei sein – denn selten geschieht es, dass ein Geschlecht zwei Männer von so universeller Begabung hervorbringt, wie Eugen Langen es war –, sie und ihre Firma gehören doch noch zur Tradition des Kölner Versicherungsgewerbes, den führenden Männern der Versicherungs-Wirtschaft durch alte Freundschaft verbunden und diesen auch dadurch wertvoll, dass sie die Verbindung nicht nur zur Industrie und zu den alten Industriellenfamilien, sondern auch zum intensivsten Teil der rheinischen Landwirtschaft herstellen.

Es scheint in der Tat, dass das Geflecht der persönlichen Beziehungen, das uns als Hintergrund des Versicherungswesens aufscheint, so etwas wie das soziologische Gesetz des Gewerbes sichtbar werden lässt. Die ohnehin starke Konzentrationstendenz, die seit der Jahrhundertwende, namentlich aber im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts fühlbar wurde, wird durch Neigung der Konzernverwaltungen bestärkt und bestätigt, immer nur wenige Männer zur letztinstanzlichen Ausübung der Macht zu kopieren. Das geschieht natürlich nicht von ungefähr, sondern es hat seinen Grund – freilich nicht den letzten und ausschliesslichen Grund – in der aktienrechtlichen Situation der Versicherungsgesellschaften.

Überlegen wir einmal, was ein Versicherungsunternehmen grundsätzlich von jeder industriellen Unternehmung unterscheidet: Eine Aktiengesellschaft, die gegründet wird, um etwa eine Maschinenfabrik zu betreiben, braucht mindestens den vollen Betrag des Aktienkapitals, um Grund und Boden zu erwerben, Fabrikationsgebäude zu errichten, Maschinen aufzustellen, Rohstoffe zu kaufen, Konstruktionsbüros einzurichten usw. Keine mit diesen vergleichbare Anforderungen treten an die Versicherungsgesellschaft heran, da sie ja keine Waren – Maschinen, Kohlen, Textilien oder Nahrungsmittel – sondern Prämien «produziert». So lautet tatsächlich der terminus technicus: die Versicherung «produziert» Prämien, Geldeinnahmen, die sie derart verwaltet – z.T. werbend anlegt, z.T. ihren Rücklagen und Rückstellungen zuführt –, dass sie in der Lage ist, die Forderungen ihrer Kunden im Versicherungsfall zu befrie-

digen. Um ihren Betrieb anlaufen zu lassen, braucht sie ein Bürogebäude – vielen grossen Gesellschaften genügte in der Anfangszeit sogar eine gemietete Etage –, Werbemittel und einen Fonds zur Bezahlung ihrer Angestellten und Agenten. Weiter nichts.

Das heisst: da sie der Notwendigkeit grosser Investitionen in dauerhafte Produktionsmittel enthoben ist, kann sie sich darauf beschränken, ein kleines Grundkapital in Anspruch zu nehmen.

Theoretisch liesse sich denken, dass die Gründer einer Versicherungsgesellschaft sich dahin bescheiden, Aktien zum vollen Nennwert, aber in einem sehr geringen Gesamtbetrag zu begeben, so dass tatsächlich nicht mehr einkommt als die Summe, die das Unternehmen als vorläufigen Garantiefonds und zur Betriebsaufnahme unbedingt braucht.

In der Regel aber wird ein anderer Weg beschritten: Die Gesellschaft nimmt ihre Aktionäre nur mit einem Teil des Nennbetrages – meist mit dem gesetzlich zulässigen Minimum von 25 Prozent – in Anspruch, auf den die Aktie lautet. Das hat zweierlei zur Folge. Zum ersten kann sie natürlich, wenn die Notwendigkeit auftreten sollte, die Differenz zwischen der geleisteten Teilzahlung und dem Nennbetrag – wiederum ganz oder teilweise – nachfordern. Zum zweiten aber greift nun die Bestimmung des § 10 Ziffer 2 des Aktiengesetzes ein, wonach die Aktien «auf Namen lauten (müssen), wenn sie vor der vollen Leistung des Nennbetrages oder des höheren Ausgabebetrag aus gegeben werden».

Schon damit ist eine Machtstärkung der Verwaltung verbunden. Denn da es hinsichtlich der Namensaktie in § 62 Ziffer 3 des Aktiengesetzes heisst, «im Verhältnis zur Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienbuch eingetragen ist», ist sie immer darüber im Bild, in wessen Händen sich die auf den Namen lautenden Gesellschaftsanteile befinden, und kann durch anonyme Börsenmanöver nicht überpelt werden.

Darüber hinaus bietet das Aktienrecht noch die Möglichkeit, «vinkulierte» Namensaktien, d.h. auf den Namen lautende Aktien zu schaffen, deren Übertragbarkeit durch Statut ausgeschlossen oder von der Zustimmung der Gesellschaft abhängig gemacht ist. In § 61 des Aktiengesetzes, der die Buchung und Übertragung der Namensaktie regelt, heisst es nämlich unter Ziffer 3: «Die Satzung kann die Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft binden. Die Zustimmung gibt der Vorstand, wenn die Satzung nichts anderes bestimmt. Die Satzung kann ferner bestimmen, dass die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigert werden darf.»

Offenbar ist dieser Aktientypus für den Fall vorgesehen worden, dass ein bestimmter Kreis von Gesellschaftern unter sich bleiben und keinen Aussenseiter zulassen will: Mitglieder einer Familie etwa, die das gemeinsam betriebene Unternehmen in eine AG umwandeln wollen, oder eine begrenzte Zahl von Unternehmungen, die beabsichtigen, aus Wettbewerbsgründen gemeinschaftlich die Erzeugung eines bestimmten Artikels zu betreiben. So hat z.B. die Süddeutsche Zellwolle AG, die 1935

von sieben grossen Baumwollspinnereien und Webereien als «Süddeutsche Spinnfaser AG in Kulmbach» begründet wurde, aus gutem Grund nur vinkulierte Namensaktien ausgegeben, um der Konkurrenz keinerlei Chance zu lassen, das Gemeinschaftsunternehmen im Stillen zu überfremden und die Verarbeiter dann doch unter das Preisdiktat zu beugen, das sie um jeden Preis vermeiden wollten.

Aber auch in der Versicherungswirtschaft haben viele Unternehmungen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, nicht nur die Übertragung, sondern – indem sie den Begriff der Übertragung weitherzig auslegten – auch den dauernden Besitz ihrer Namensaktien an bestimmte Voraussetzungen zu binden.

Das Statut der Allianz Versicherungs-AG beispielsweise gibt dem Vorstand das Recht, für den nicht eingezahlten Betrag – zurzeit 11,8722 Prozent des auf 200 DMark lautenden Nennwerts der Namensaktien – Sicherheit zu verlangen, wenn der Anspruch der Gesellschaft auf weitere Einzahlung durch eine Veränderung in den Verhältnissen des Aktionärs gefährdet erscheint. Ist also ein Aktionär durch eigenes oder fremdes Verschulden wirtschaftlich so schwach geworden, dass er nur noch tiefer sinken kann und wahrscheinlich dem Bankerott entgegengetrieben, so schwach jedenfalls, dass man sich sagt, wenn das so weitergeht, wird er morgen bestimmt nicht mehr in der Lage sein, seiner Nachschusspflicht zu genügen, so kann die Gesellschaft ihm die Pistole auf die Brust setzen: Sie kann für den Fall, dass er, sagen wir, hundert Allianz-Aktien im Nennwert von 20'000 DMark besitzt, die Aufforderung an ihn richten, für den Betrag von 2'374,44 DMark, den er theoretisch noch schuldet, eine Sicherheit zu leisten. Sei es, indem er die entsprechende Summe hinterlegt, sei es, indem er einen Eigentumstitel verpfändet. Vielleicht wird er einen Teil seiner Aktien verkaufen, um für den Rest die geforderte Sicherheitsleistung aufbringen zu können. Doch möglicherweise wird er es vorziehen – verärgert, wie er nun einmal ist –, sich ganz von seinem Päckchen Allianz-Aktien zu trennen. Wie dem nun sei, jedenfalls gibt das Statut dem Vorstand die Vollmacht, bis zu einem gewissen Grade unter den Aktionären die Spreu vom Weizen zu trennen.

Der Grundsatz der Selektion, der hier nur schattenhaft sichtbar wird, tritt umso deutlicher aber zutage, wenn ein Aktionär beabsichtigt, sich freiwillig von seinen Allianz-Anteilen zu trennen. Er hat durchaus nicht das Recht, sie an Herrn Jedermann zu verkaufen. Die Übertragung der Aktien kann laut Statut nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats erfolgen. Gibt dieser seine Zustimmung, ist alles in Ordnung. Verweigert er sie, so ist nichts zu machen. Denn Gründe für die Verweigerung braucht der Aufsichtsrat nicht anzugeben.

Auch bei der Aachener und Münchener Feuer-Versicherung ist der Aktionär, der eine Aktie übertragen will, von der Zustimmung der Gesellschaft abhängig. Nur dass hier nicht der Aufsichtsrat, sondern der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der Gesellschaft ermächtigt ist, seine Zustimmung zu geben oder sie – ohne Angabe von Gründen – zu verweigern.

Bei der Gladbacher Feuer-Versicherung, um ein drittes Beispiel zu nennen, ist auch der Eigentumswechsel im Todesfall besonders geregelt. Die Erben können nicht

einfach die Anteile unter sich teilen, die ein guter Onkel ihnen hinterlässt. Vielmehr sind sie verpflichtet, in einer Frist von sechs Monaten der Gesellschaft einen neuen Erwerber zu benennen. Ist dieser dem Aufsichtsrat genehm, erfolgt die Zustimmung zu dem Besitzwechsel. Wird er vom Aufsichtsrat abgelehnt, so erhalten die Erben eine neue Frist, jetzt aber nur von drei Monaten, um ihren Anwärter auf den Erwerb der Anteile zu bestimmen. Wird auch der wieder abgelehnt, so werden die Aktien auf Rechnung der Erben an den oder diejenigen Kauflustigen veräussert, den oder die der Aufsichtsrat für geeignet hält, Aktien der Gladbacher Feuer-Versicherung zu besitzen.

So streng sind da die Sitten.

Den grossen Versicherungsgesellschaften, präziser gesagt: Verwaltung, Vorstand und Aufsichtsrat der Unternehmungen, ist keineswegs jedermann als Aktionär erwünscht. Der Erwerb der Aktien, die bei der Gründung gegeben werden, ist allerdings frei. Aber schon der dauernde Besitz der Anteile versteht sich nicht von selbst – wie sich am Beispiel des Allianz-Statuts erweist. Und vollends die Übertragung der Anteile ist dank den vielfältigen Möglichkeiten, die sich dem geschickten Juristen im Institut der vinkulierten Namensaktie darbieten, der von der Verwaltung scharfäugig geübten Reglementierung unterworfen. Die *corporatio dominorum iustorum*, die Körperschaft der rechtmässigen Eigentümer, wie sie sich anlässlich der Gründung gebildet hat, wird allenfalls hingenommen, wenn auch nicht immer und für alle Zeiten unverändert geduldet; Änderungen in der Zusammensetzung der Aktionärmasse aber unterliegen bei den grossen Versicherungsgesellschaften grundsätzlich der Zustimmung «der Gesellschaft»: Die Verwaltung hat sich das Recht der Selektion vorbehalten. Sobald und sofern der Besitzwechsel oder vielmehr eine geplante oder im Erbgang notwendig gewordene Übertragung der Anteile ihr die Möglichkeit gibt, entscheidet sie ohne Angabe von Gründen, wer ihr als Aktionär erwünscht ist. Sie sondert, wie weiland die Patriarchen, die Böcke von den Schafen. Sie entscheidet patriarchalisch, um nicht zu sagen: autoritär, wer zur Herde der Aktionäre zugelassen wird, die im sicheren Geleit der Hirten auszieht, die grünen Triften des Versicherungsgeschäfts abzuweiden.

Und eben derselbe Patriarchalismus waltet bei der Kooptation der Verwaltung.

Die Domestizierung der Einzelaktionäre ist mit Hilfe der vinkulierten Namensaktie verhältnismässig leicht zu erzwingen, selbst wenn aus historisch weit zurückliegenden Gründen der eine oder andere in die Reihe der Grossaktionäre aufsteigen oder sich unter den Grossaktionären behaupten konnte. Oft aber ist schon im Statut Vorsorge getroffen, dass nur juristische Personen, Firmen, die nicht notwendig dem Versicherungsgewerbe angehören, ihm meist aber nahestehen werden, grössere Aktienpakete in ihrem Besitz vereinigen können: Die natürliche Neigung zur Konzentration, für die die Versicherungs-Wissenschaft gute Gründe zu nennen vermag, soll durch die Dazwischenkunft versicherungsfremder Grossaktionäre nicht gestört werden. Die Versicherungen wollen unter sich bleiben. Die Praxis der vinkulierten Namensaktie

bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass der Verwaltung das Recht zugestanden ist, den numerus clausus für die Zulassung zum Stamm der Aktionäre einzuführen. Die Aktionäre werden gesiebt, gelegentlich auch in ihrem Stimmrecht beschränkt, individuelle Grossaktionäre nur selten zugelassen, die Konzentration von Aktienbesitz in der Hand befreundeter Unternehmungen gefördert, die wechselseitige Beteiligung einander ergänzender Versicherungsgesellschaften gepflegt: Da kann es natürlich nicht fehlen, dass die Verwaltung, unabhängig vom turbulenten Treiben der Hauptversammlungsdemokratie, sich nach der Technik der «Kooptation», d.h. dadurch ergänzt, dass die Träger der Macht die ihnen geeignet erscheinenden Herren in ihren Kreis berufen. Wobei nicht notwendig die Tendenz obsiegen wird, den Vorstand zur autoritären Spitze der Verwaltungshierarchie auszugestalten, wohl aber sehr häufig die Neigung auftritt, die Fülle der Entscheidungsgewalt in den Händen sehr weniger zu konzentrieren.

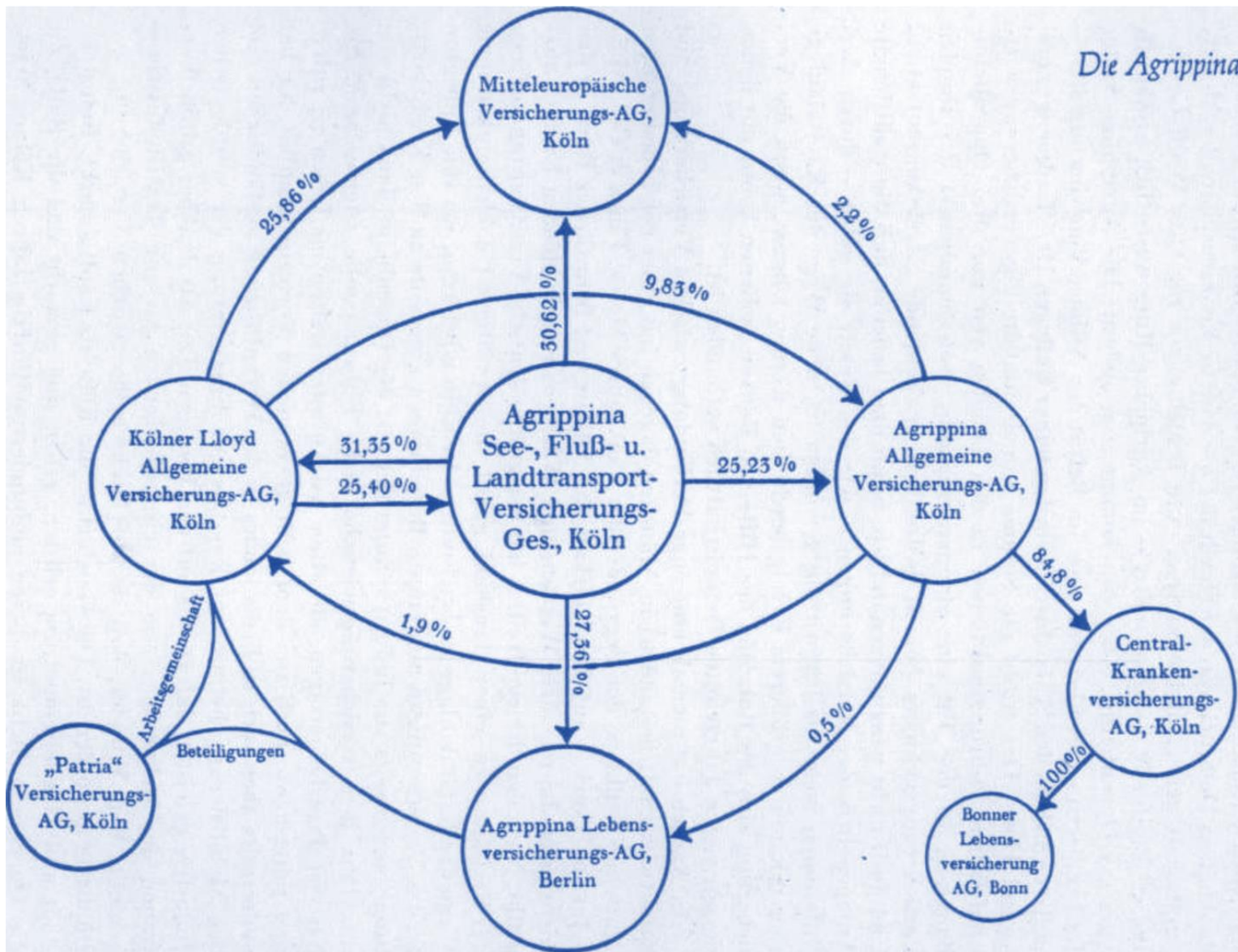
So sehen wir denn, dass bei der Aachen-Münchener Gruppe drei Männer – der Vorstandsvorsitzende Walter Schmidt, als Vertreter der Konzernspitze, Dr. Carl Arthur Pastor und Oberbürgermeister Hermann Heusch, als Repräsentanten der lokalen Grosswirtschaft und ihrer versicherungswirtschaftlichen Tradition, insgesamt siebenunddreissig versicherungswirtschaftliche Führungsämter innehaben: davon sechszwanzig innerhalb der eigenen Gruppe (der auch die Schlesische Feuer zugezählt wird), sieben in der Nordstern- und vier in der Colonia-Gruppe.

Bei der Colonia-Gruppe liegen die Dinge insofern anders, als kein Vorstandsmitglied einer der zum Konzern gehörenden Gesellschaften eine Rolle spielt, die mit derjenigen des Generaldirektors Schmidt auch nur annäherungsweise verglichen werden kann.

Die grösste Machtfülle fasst sich vielmehr bei den Herren der Oppenheim-Bank – Dr. Robert Pferdmenes und Konsul Haus – zusammen, die ihre achtundzwanzig Aufsichtsratsämter in vierzehn Fällen als Vorsitz, in fünf als stellvertretende Vorsitz und in neun als Mitglieder des Kontrollorgans ausüben. Allerdings sind ihre Ämter weit gestreut: zwölf liegen bei der Colonia-Gruppe, fünf bei der Nordstern-, drei bei der National-, vier bei der Aachen-Münchener Gruppe und gleichfalls vier bei der Gladbacher Feuer-Gruppe, die durch ein System von Beteiligungen freilich alle untereinander verbunden sind:

Die heimische Industrie und Landwirtschaft sind überdies durch die Herren der Firma Pfeifer & Langen – August von Joest und E. Gottlieb von Langen – vertreten, die sieben Aufsichtsratsmandate bei der Colonia- und zwei bei der Nordstern-Gruppe wahrnehmen.

Das erstaunlichste Phänomen aber ist und bleibt die Führungsrolle, die das Bankhaus Oppenheim in der rheinischen Versicherungswirtschaft spielt. Denn diese Rolle erschöpft sich ja keineswegs in den Funktionen der Bankherren Pferdmenes und Haus. Ein drittes Mitglied des Hauses Oppenheim, Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim, gehört dem Führungsstab des Agrippina-Rings an. Zwar sitzt er nur als Mit-



glied bei vier Gesellschaften im Aufsichtsrat (Agrippina See-, Fluss- und Landtransport-Versicherungs-Ges., Agrippina Allgemeine Versicherungs-AG, Kölner Lloyd Allgemeine Versicherungs-AG und Mitteleuropäische Versicherungs-AG), und sicherlich ist der Einfluss des Bankhauses Delbrück von der Heydt & Co – das zur Konzernsphäre der Metallgesellschaft gehört und seinerseits gute Beziehungen zur Otto Wolff-Gruppe und zu Pfeifer & Langen besitzt – im Agrippina-Ring wesentlich grösser als jener der Oppenheims. Aber eins kommt zum andern: Die Agrippina-Ämter des Freiherrn – der übrigens auch im Beirat der Allianz-Versicherung sitzt – addieren sich zu den Aufsichtsratswürden seiner Kollegen Dr. Pferdmenes und Konsul Haus. Das ergibt die Summe von dreiunddreissig versicherungswirtschaftlichen Führungspositionen in den Händen von nur drei Oppenheim-Bankiers. In der Tat eine staunenerregende, vom Standpunkt des simplen Versicherungsnehmers beinahe bedrohlich erscheinende Machtkonzentration. Und doch nicht ganz unverständlich, wenn man bedenkt, dass die traditionelle Anlagepolitik der Versicherungen – wie das Gesetz sie gebot – durch zwei Inflationen mehr als fragwürdig geworden ist, neue Wege der Kapitalanlage aber mit umso grösserem Erfolg beschritten werden können, wenn die Versicherung sich des Rats und der Hilfe von Banken bedienen kann, mit denen sie seit vielen Jahrzehnten freundschaftlich verbunden ist.

In Aachen hat niemals eine enge Verbindung zwischen Versicherungs- und Kreditwirtschaft bestanden; in München dagegen hat einer der bedeutendsten deutschen Bankiers, der Begründer des Bankhauses Merck, Finck & Co – Wilhelm von Finck – auf das Schicksal der Allianz und Münchener Rück in den wichtigsten Jahren ihres Werdens und Wachsens entscheidenden Einfluss ausgeübt. Nach dem Kriege freilich hat der grösste deutsche Versicherungskonzern das Verhältnis zu seiner Hausbank gelöst, um in völliger Unabhängigkeit neue Wege der Kapitalanlage zu beschreiten. In Köln wiederum, wo von Anbeginn an das Versicherungswesen engste Beziehungen einerseits zu den Kreditinstituten, andererseits zur Industrie unterhielt, ist der Oppenheim-Bank nicht von ungefähr ihre versicherungswirtschaftliche Führungsrolle zugewachsen. Sie hat viel dazu beigetragen, die alten Assekuranstalten ins Leben zu rufen, und zehrt heute noch von dem früh gesammelten Vertrauenskapital. Sie hat andererseits aber auch so Bedeutendes in der Heranführung ausländischen und der Mobilisierung heimischen Kapitals zur Finanzierung der westdeutschen Industrie geleistet, dass sie bis auf den heutigen Tag das denkbar grösste Vertrauen der Industrie – von der eisenschaffenden bis zur Textilindustrie – genießt. Was Wunder, dass sie zur Drehscheibe zwischen Versicherung und Industrie geworden ist. Die Geschichte, die Köln als Kapitalmarkt, Industriestadt und Handelsemporium erlitten, erlebt und gemacht und die Rolle, die die Oppenheim-Bank in diesen einhundertundfünfzig Jahren Kölner Wirtschaftsgeschichte gespielt hat, prädestinieren sie zu dieser Aufgabe. Namentlich, da sie es immer noch verstanden hat, sich die Mitarbeit der Männer zu sichern, die das Geschäft von Grund auf beherrschten.

Die Versicherung «produziert» Bruttoprämien und Nettoprämien: jene stellen die Gesamtheit der Zahlungen dar, die die Versicherungsnehmer in periodischen Abständen – monatlich, vierteljährlich, jährlich – leisten, diese den Teil der Prämieinnahmen, der für die Schadenregulierung in Anspruch genommen wird. Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoprämien ist natürlich nicht einfach «Gewinn», sondern aus dieser Spanne werden die Betriebsaufwendungen bestritten, Reserven gebildet und erst zuletzt ein Gewinn ausgeschüttet.

Die Erträge, die endgültig in die Reservebildung eingehen, werden zum Teil in flüssigen Mitteln gehalten, damit plötzlich auftretende Schäden sofort reguliert werden können. Ein anderer Teil wird werbend, d.h. ertragbringend angelegt: in Grundbesitz, Hypotheken, Schuldverschreibungen öffentlicher Körperschaften, in jüngerer Zeit – wie wir am Beispiel der Allianz-Gesellschaften gesehen haben – auch in industriellen Beteiligungen, d.h. in Aktien usw.

Soweit die Versicherungsgesellschaften ihr Vermögen langfristig in Industriepapieren, vornehmlich in Aktien, und hier sogar in der Weise anlegen, dass sie den steuerlichen Vorteil des Schachtelprivilegs in Anspruch nehmen können (was den Besitz der 25prozentigen Sperrminorität voraussetzt), werden sie natürlich den Rat ihrer Bankverbindungen in Anspruch nehmen.

Wenn sie aber aus den Mitteln, die sie mit minimalem Zinsertrag bei Banken eingelegt haben, kurzfristige Industriekredite, etwa mit einer Laufzeit von drei Monaten, geben, aus denen sie statt, sagen wir, 1 Prozent vielleicht 5 Prozent Zinsen erzielen können, so sind sie auf die Intervention einer bankmännischen Instanz geradezu angewiesen.

Diese Instanz kann ein Kreditmakler von der Art des genialen Rudolf Münemann sein, der in jungen Jahren das System der «revolvierenden», richtiger: der «revolvierten», Kredite erfunden hat, d.h. der Dreimonatskredite, die am Fälligkeitstag vom einen zum anderen Kreditgeber weitergewälzt werden. Dergestalt, dass der Gläubiger, obwohl er nur ein kurzfristiges Darlehen gegeben hatte, einen Zinsgewinn heimbrachte, als ob er einen langfristigen Kredit gegeben hätte, und dass der Schuldner, obwohl die einander folgenden Geldgeber ihre Kredite nur auf drei Monate zu geben pflegten, doch in den ruhigen Genuss eines langfristigen Darlehens kam.

Erst recht aber bedarf es der bankmännischen Intervention, wenn ein Industrieunternehmen um die Gewährung eines Kredits von der Grössenordnung nachsucht, dass mehrere Versicherungsgesellschaften sich zusammentun müssen, um den Kreditbetrag gegen Hergabe eines dinglich (hypothekarisch) gesicherten Schuldscheins verfügbar zu machen.

Auch dieser Typus des Versicherungskredits, das dinglich gesicherte Schuld-scheindarlehen, verdankt seine Entstehung dem finanziellen Ingenium des jungen Münemann, der dem Reichsaufsichtsamt schon 1931 die grundsätzliche Genehmigung derartiger Transaktionen zum Segen der Industrie, der Versicherungswirtschaft und der Allgemeinheit abzurufen verstand.

Heute, d.h. seit 1955, ist diese Art von Kreditgeschäften durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen prinzipiell und in aller Form geregelt. Und wie es im Leben nun einmal zu gehen pflegt: die Banken, die sich nicht genug tun konnten, gegen den einfallreichen Pionier zu wettern, der seine Maklergeschäfte zuerst in Berlin, dann in München betrieb, und die noch 1954 «mit Besorgnis» feststellten, «dass über Finanzmakler, die der Kontrolle der Bankenaufsicht nicht unterworfen sind, kürzerfällige Gelder, die zum Teil bisher bei den Banken als Einlagen gehalten wurden, direkt als revolvingierende längerfristige Kredite ausgeliehen worden sind ...» – die Banken haben sich in aller Stille in das Geschäft eingeschaltet.

Schon die WFG, Westdeutsche Finanzierungsgesellschaft mbH, die 1948 unter kapitalmässiger und personaler Beteiligung des Hauses Oppenheim von einer Reihe ihm nahestehender Versicherungsgesellschaften in Köln gegründet wurde, betreibt – nach ihren Berichten zu urteilen – haargenau die gleiche Art von Geschäften, die Vermittlung revolvingierender Kredite und dinglich gesicherter Schuldscheindarlehen, wie Münemann – und zwar mit gutem Erfolg. Aber sie hält sich dabei in ziemlich engem Rahmen: Die Durchschnittshöhe der 1953 von ihr besorgten Kurzkredite betrug 200'000, diejenige der langfristigen Darlehen 400'000 DMark. Die Vermittlung der grossen Industriekredite aus dem beständig überfliessenden Reservoir der Versicherungsmittel gehören unbestritten zur Domäne der Oppenheim-Bank, die in Vergangenheit und Gegenwart als die Vertrauensinstanz der Versicherungs-Wirtschaft wie der Grossindustrie legitimiert war.

Köln – Aachen – München: soviel Zentren, soviel Typen der versicherungswirtschaftlichen Tätigkeit. Und wenn man die Differenzierung nach regionalen und sachlichen Gesichtspunkten weitertriebe, würde man sehen, dass es fast vermessen ist, von «der» Versicherungswirtschaft zu reden, so vielgestaltig ist sie in ihren Erscheinungsformen, so verschiedenartig ordnen die einzelnen Versicherungszweige sich hier und dort in den Strom des wirtschaftlichen Geschehens ein.

Aber einiges ist den Versicherungsträgern doch gemeinsam: das Anschwellen der Nettoprämie, was gleichbedeutend mit dem Wachsen des versicherten Risikos ist, die Neigung zur Konzentration, die Domestizierung des Einzelaktionärs, die Steigerung der Verwaltungsmacht, das Aneinanderrücken von Kredit- und Versicherungswirtschaft und die Tendenz zur Beschreitung neuer Wege in der Vermögensanlage.

Vor allem anderen kann man wohl sagen, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen: die Unternehmungen des Versicherungsgewerbes haben gemeinsam, dass es ihnen, ungeachtet der Schwierigkeiten, unter denen sie nach der Währungsreform wieder anfangen, recht gut, ja sogar besser geht als jemals zuvor. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, nicht einmal die glänzenden Strassen entlang zu bummeln, an denen in Köln, Frankfurt, München und Stuttgart die Versicherungen ihre himmelstürmenden Verwaltungspaläste errichtet haben. Das haben schon die ‚Bild‘Reporter

getan, denen es aufgefallen war, welch grosse Mittel in die Repräsentation des Assekuranzwesens investiert werden konnten, während etwa für den Neubau von Schulen so wenig Geld da war, dass heute noch, zwölf Jahre nach dem Krieg, die Schüler zahlreicher höherer Lehranstalten – zum Nachteil für ihre Gesundheit, zum Schaden für ihre Ausbildung und zum Leidwesen für die überlasteten Mütter – die Schulgebäude in mehreren Schichten, eine Woche nur vormittags, die andere am Nachmittag, benutzen müssen. Es genügt vielmehr, darauf hinzuweisen, dass das Prämienaufkommen seit der Währungsreform in staunenerregendem Umfang gestiegen ist.

Dafür zunächst nur zwei Zahlen: Während die privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Deutschen Reiches in den letzten sieben Vorkriegsjahren (1933-1939) an Prämien insgesamt 13'583,7 Mill. RMark einnahmen, betrug in der Bundesrepublik das Prämienaufkommen der ersten sieben Jahre nach der Währungsreform 22'166,8 Mill. DMark.

Nun wird man allerdings einwenden, dass diese Steigerung um 63,2 Prozent nur knapp der Preissteigerung entspreche, die gegenüber der Vorkriegszeit mit mindestens 70 Prozent angesetzt werden müsse.

Richtig! Aber wenn man schon rechnet, sollte die Rechnung auch den Umstand einkalkulieren, dass die Bundesrepublik nur etwa fünf Siebtel der Bevölkerung zählt, die vor dem Krieg in den Grenzen des Deutschen Reiches siedelten. Sicherlich war der Prämienertag im Gebiet der heutigen Bundesrepublik je Kopf der Bevölkerung grösser als etwa in den Ostprovinzen; doch selbst wenn man diese Unterschiedlichkeit berücksichtigt, kommt man zu dem Ergebnis, dass das westdeutsche Prämienaufkommen in den Nachkriegsjahren sich mindestens verdoppelt, die Preisentwicklung also längst überholt haben muss und der Tendenz folgt, auch weiterhin schneller zu steigen als das Realeinkommen unseres Volks.

Mit der Frage, warum – wie doch ganz offensichtlich ist – die Neigung beständig wachse, sich gegen die tausenderlei Risiken des Lebens zu versichern, haben sich die erleuchteten Geister vieler Disziplinen beschäftigt. Namentlich die Philosophen, die mit der Lehre von der Existenz- oder Lebensangst, die den modernen Menschen bedrängt, nicht gar so unrecht haben mögen, vielleicht aber auch dazu beigetragen haben, das unbestimmte Angstgefühl, die Angst vor dem Namenlosen, zu steigern.

Im nüchternen Licht der Statistik scheinen die Dinge freilich nicht gar so weit ins Dunkel des Unbegreiflichen entrückt, wie der spekulative Geist zu vermuten geneigt ist. Nimmt man sich einmal die Mühe, zu untersuchen, mit welchen Anteilen die grossen Versicherungszweige in den siebenjährigen Beobachtungsperioden vor und nach dem Krieg an den Prämieinnahmen beteiligt waren, so wird ein bemerkenswerter Strukturwandel sichtbar. In den Jahren 1933-1939 entfiel reichlich die Hälfte, in der Periode 1949-1955 nur noch ein gutes Drittel aller Prämien auf die Lebensversicherung. Dem steht gegenüber, dass die sogenannten HUK-Versicherungen – Haftpflicht-, Unfall-, Kraftverkehr- und Rechtsschutz-Versicherung – ihren Prämienan-

teil von einem Siebtel auf ein Viertel zu steigern vermochten und dass auch die Sachschaden- und die Krankenversicherung, gemessen an ihrem Prämienanteil, Terrain gewinnen konnten.

Was bedeutet das nun?

Einerseits scheint uns, dass die Vorsorge für das Alter und die Nachkommenschaft, der die Aufnahme einer Lebensversicherung zu dienen pflegte, bis zum gewissen Grad einer Nach-uns-die-Sintflut-Stimmung gewichen ist. Wozu noch sparen, auch in der Form des Versicherungssparens, nachdem sich zweimal erwiesen hat, 1923 und 1948, dass Inflation und Währungsreform schonungslos über das Interesse des Sparers hinweggehen? Wozu sparen, da offenbar die Tendenz dahin geht, dem Staat die Sorge für das erwerbslose Alter zu überbürden? Und schliesslich, warum sparen mit dem Ziel, einen Anspruch auf eine Geldleistung, sei es auf eine Kapitalzahlung oder eine Geldrente, zu begründen – angesichts der Tatsache, dass die tendentielle Preissteigerung notwendig dahinführt, dass man im Erlebensfall weniger erhält, als man gespart hat? Ist es da nicht vorteilhafter, Sicherheit in Sachwerten zu suchen, das Geld im eigenen Betrieb zu investieren, oder, statt Prämien zu zahlen, hier und da ein Stück Land am Stadtrand zu erwerben, das bei steigender Einwohnerzahl und wachsendem Wohlstand gar nicht anders kann, als seinen Wert zu vervielfachen? Wie es nun sei – die in langen Zeiträumen denkende Vorsorge, die sich herkömmlicherweise des Versicherungssparens bediente, um in den Genuss sowohl des Ersparten wie der Risikosicherung zu kommen, hat viel an Boden verloren, und es scheint fast, dass die Tendenz anhält. Während das Vertrauen auf den rentenzahlenden Staat, den grossen Unbekannten, dem die Verantwortung für die wirtschaftlich Schwachen, die Kranken und Alten überbürdet wird, eher noch wächst, schwindet das Vertrauen nicht einmal in den guten Willen, sondern in die Fähigkeit des Staats, über lange Zeiträume hinweg die Werthaltigkeit eines mit bitterem Schweiß begründeten Geldanspruchs zu garantieren. Der Wert des Geldes ist grundsätzlich zweifelhaft geworden in unserer Zeit, die ganz unter das Zeichen des technischen Fortschritts und der Produktionsausweitung getreten ist; denn jeder Produzent will die tausend Mark, die er sich lieh, um eine Maschine zu kaufen, nach Möglichkeit erst zurückzahlen, wenn die Maschine fünfzehnhundert Mark kostet. Der Gläubiger ist grundsätzlich der Schwächere. Immer mehr wendet das Kapital sich der unmittelbaren Sachwertanlage zu; es wird folglich knapper und teurer, und dennoch schwindet – mindestens der Tendenz nach – die Neigung zum Geldsparen dahin: weiss Gott, ein Paradoxon, das gar keines ist.

Der gleiche Vorgang der Produktionsausweitung, der Technisierung und Motorisierung, der die in langen Zeiträumen denkende Vorsorge nicht mehr dem Geldsparen bzw. der Begründung von Geldansprüchen überlassen möchte, hat dahin geführt, dass auch die Sachschaden- und Krankenversicherung an Boden verliert, während umso gebieterischer die Risiken, die sinnfällig greifbar mit der Überantwortung unseres Daseins an die unkontrollierbaren Kräfte der Technik gegeben sind, auf Versicherung drängen.

*Prozentanteil der grossen Versicherungsweige
am gesamten Prämienaufkommen*

Versicherungsweige	1933-1939	1949-1955
Leben	50,96	34,16
Kranken	13,81	17,41
HUK	14,63	25,04
Sach	14,49	17,89
Zusammen	93,89	94,50

Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, dass die Kranken- und Sachschadenversicherung im Durchschnitt der sieben Nachkriegsjahre höher am gesamten Prämienaufkommen beteiligt waren als in der Vorkriegszeit: In beiden Versicherungsweigen hat der Prämienanfall 1949 auf relativ hohem Niveau eingesetzt, in beiden aber ist er unter das Gesetz des tendentiellen Fallens getreten. Die absoluten Prämienbeträge sind zwar von Jahr zu Jahr gestiegen und werden gewiss auch weitersteigen; ihr Anteil am gesamten Prämienaufkommen aber ist bisher noch von Jahr zu Jahr gesunken: im Jahre 1949 waren die Sachschadenversicherungen noch mit 20,12, 1950 mit 18,50 Prozent an der Gesamtsumme der Prämieinnahmen beteiligt, im Jahre 1955 betrug ihr Anteil nur noch 16,54 Prozent. Die entsprechenden Zahlen lauten für die Krankenversicherungen noch eindrucksvoller: 20,49, 19,32 bzw. 15,74 Prozent. Das heisst, dass – gemessen am Prämienaufkommen – im Laufe von sieben Jahren die Sachschadenversicherung nahezu ein Fünftel, die Krankenversicherung annähernd ein Viertel ihrer Bedeutung eingebüsst hat.

Für diese Entwicklung sind vielerlei Gründe verantwortlich. Mancher Unternehmer, der vor der Frage stand, seine Feuerversicherung zu erhöhen oder eine Maschinenversicherung aufzunehmen, wird stattdessen der Überlegung nachgegeben haben, angesichts des beständigen Preisauftriebs heute noch eine Investition zu finanzieren, die ihn morgen erheblich mehr kosten würde. Was aber die Krankenversicherung angeht, so wirkte sich hier das Hinaufrücken der für die Pflichtversicherung geltenden Einkommensgrenze nachteilig aus, vielfach auch die Praxis der Versicherer, die Prämienforderungen aus laufenden Versicherungserträgen willkürlich zu erhöhen, die Leistungen dagegen zu verschlechtern, abgesehen von der Übung, den Leistungstarif und die allgemeinen Geschäftsbedingungen schon aus Prinzip zum Nachteil der rechtsunkundigen Versicherten auszulegen. Wozu dann noch – wie bei der Lebensversicherung – die Neigung des Publikums kam, eher ein Risiko in Kauf zu nehmen, als eine Gelegenheit zur Sachwertanlage zu verpassen. Ganz grundsätzlich also auch

Gesamtprämien der einzelnen Versicherungszweige

in 1'000 DMark

								Gliederung der Prämien auch nach Versich.-Zweigen		Summe Gliederung der Prämien 1000 DM		
	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1950	1955	1949-1955	1949-1911	
Leben	719'000 <i>100,00</i>	792'000 <i>110,1/</i>	920'000 <i>127,96</i>	1 052'000 <i>146,31</i>	1 188'000 <i>165,23</i>	1 365'000 <i>189,85</i>	1 536'000 <i>213,63</i>	35,52	33,64	7 572'000	34,16	Q C ü
HUK ¹	341'000 <i>100,00</i>	490'000 <i>143,69</i>	615'000 <i>180,35</i>	784'000 <i>229,91</i>	943 900 <i>276,80</i>	1 090 910 <i>319,91</i>	1 286 400 <i>377,24</i>	21,97	28,17	5 551 210	25,04	>
Sach ²	386 119 <i>100,00</i>	412 533 <i>106,84</i>	501 950 <i>130,00</i>	580 672 <i>150,39</i>	640 887 <i>165,98</i>	688 703 <i>178,37</i>	755 094 <i>195,56</i>	18,50	16,54	3 965 958	17,89	ü w <
Kranken	393 200 <i>100,00</i>	430 900 <i>109,59</i>	487 900 <i>124,08</i>	555 755 <i>141,34</i>	603 041 <i>153,37</i>	668 400 <i>169,99</i>	718 799 <i>182,81</i>	19,32	15,74	3 857 995	17,41	Ä
Transport	76 556 <i>100,00</i>	101 371 <i>132,41</i>	141 460 <i>184,78</i>	178 501 <i>233,16</i>	rd. 200'000 <i>261,25</i>	rd. 220'000 <i>287,37</i>	rd. 255 100 <i>333,22</i>	4,55	5,59	1 172 988	5,29	n m a Q N
Kredit	2 950 <i>100,00</i>	3 050 <i>103,37</i>	4 660 <i>157,94</i>	6 180 <i>209,46</i>	7 002 <i>237,32</i>	7 878 <i>267,01</i>	10 310 <i>349,44</i>	0,14	0,22	42 030	0,19	Q tu
Luftfahrt							4 584	-	0,10	4 584	0,02	
Insgesamt	1 918 825 <i>100,00</i>	2 229 854 <i>116,21</i>	2 670 970 <i>139,20</i>	3 157 108 <i>164,53</i>	3 582 830 <i>186,72</i>	4 040 891 <i>210,59</i>	4 566 287 <i>237,97</i>	100,00	100,00	22166 765	100,00	

¹ Haftpflicht-, Unfall-, Kraftverkehr-, Rechtsschutz-Versicherung

² Feuer-, Betriebsunterbrechungs-, Sturm-, Einbruch-, Diebstahl-, Beraubung-, Leitungswasser-, Glas-, Maschinen-, Schwachstrom-, Hagel-, Tierversicherung

hier die Tendenz, die Aufwendungen für die langfristige Vorsorge zugunsten der Forderungen zu drosseln, die das schnelle Tagesgeschehen mit sich bringt.

Zu ihnen aber, den Forderungen des Tages, gehören auch solche, deren Befriedigung der Assekuranz zugute kommen: diejenigen nämlich, die mit der fortschreitenden Technisierung, der anschwellenden Motorisierung, der rapide wachsenden Unfallhäufigkeit, der damit zusammenhängenden Notwendigkeit, Rechtsschutz zu suchen, aber auch mit der Demokratisierung des technischen Komforts, der Neigung zur überhöhten Repräsentation und der allzu leichtherzigen Kreditaufnahme an den modernen Menschen herantreten. Die wachsende Bedeutung der Haftpflicht-, Unfall-, Kraftverkehrs- und Rechtsschutzversicherung, der sogenannten HUK-Versicherungen, ferner der Transport-, Kredit- und Luftfahrtversicherung sind das getreue Abbild der Risiken, die der technische Prozess in unser Leben getragen hat. Sie dulden kein Ausweichen. Sie fordern mit schärferem Nachdruck als die «natürlichen» Risiken der Krankheit, der Hagel-, Sturm- und Feuerschäden die Versicherungsvorsorge der Gefährdeten. Die Prämieinnahmen aus diesen Versicherungszweigen wachsen zwangsläufig schneller als das Aufkommen aus den klassischen Sparten: Lebens-, Kranken- und Sachschadenversicherung. Was hier an Boden verloren wird, wird dort an Terrain gewonnen. Mit der Folge jedoch, dass Brutto- und Nettoprämien enger aneinanderrücken und so die Spanne sich verringert, aus der die Reserven gebildet und die Gewinne ausgeschüttet werden.

Diese Vorgänge wirken sich natürlich auch auf die Überlegungen aus, die die Versicherungen darüber anstellen, wie sie die ihnen anvertrauten Mittel ertragbringend anlegen sollen.

Vor dem Krieg galt als die klassische Anlageform die Hypothek; von ihr erwartete der Geldgeber das Höchstmass an Sicherheit. Wir sehen also, dass die Versicherungen im Jahre 1930 nicht weniger als 56,7 Prozent ihrer für die Anlage verfügbaren Mittel, 1935 auch noch 47,1 Prozent, jedoch im Jahre 1939 nur mehr 35,7 Prozent in Hypotheken investiert hatten. Warum aber dieser Abfall vom klassischen Anlageideal? Ganz einfach, weil das Dritte Reich sich seine Rüstungsaufwendungen auch von den Versicherungsanstalten finanzieren liess: Die Versicherungsunternehmen nahmen von Jahr zu Jahr grössere Bestände von Schuldtiteln des Reichs ins Portefeuille. Sie sind enthalten in der Position «Wertpapiere», und diese wuchs von 19,5 Prozent der Kapitalanlagen im Jahre 1930 über 27,6 Prozent im Jahre 1935 auf 38,7 Prozent im letzten Friedensjahr 1939, später, im Krieg, natürlich noch weiter.

Nach der Währungsreform ging die Entwicklung ganz andere Wege.

Um die Versicherungsunternehmen, die unter Zwang den grössten Teil ihrer Anlagemittel in Schuldtiteln des Reichs angelegt hatten, überhaupt arbeitsfähig zu machen – denn Forderungen gegen das Reich verfielen ja der völligen Entwertung –, bestimmte das Umstellungsgesetz in § 24 Ziffer 2: die Länder seien dafür verantwortlich, dass nach der Währungsneuordnung jedes Versicherungsunternehmen über Aktiven in Höhe von 105 Prozent seiner Verbindlichkeiten (mit Ausnahme des Eigen-

Bestände an Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen in Millionen DMark

Jahresende	Grundstücke	Hypothekendarstellungen	Schuldscheinforderungen und Darlehen ¹	Wertpapiere	Darlehen auf Versicherungsscheine	Beteiligungen	Ausgleichsforderungen	Summe	Wachstum der Vermögensanlagen
<i>Lebensversicherungen</i>									
1950	206.6	385.0	311.7	118.1	38.7	2.6	1 604.7	2 667.4	
	7.74	14.43	11.69	4.43	1.44	0.10	60.16	100.00	100.00
1951	264.0	565.5	441.5	156.1	76.8	2.5	1 806.6	3 513.0	
	7.97	17.06	13.33	4.71	2.32	0.08	54.53	100.00	124.20
1952	323.5	747.2	639.0	208.2	114.6	4.5	1 896.9	3 933.9	
	3.22	18.99	16.25	5.30	2.91	0.11	48.22	100.00	147.48
1955	472.6	1 008.3	996.7	317.5	152.6	9.3	1 970.8	4 927.8	
	9.59	20.46	20.23	6.44	3.10	0.19	39.99	100.00	184.74
195+	544.5	1 250.9	1 405.5	453.6	171.5	26.1	1 938.4	5 790.5	
	9.40	21.60	24.27	7.83	2.96	0.46	33.48	100.00	217.08
1955	657.4	1 494.0	1 844.8	619.7	191.9	56.6	1 930.2	6 774.6	
	9.70	22.05	27.23	9.16	2.83	0.54	28.49	100.00	253.98
<i>Sachversicherungen²</i>									
1950	112.0	28.3	45.6	53.4	0.0	16.6	428.1	684.0	
	16.37	4.14	6.67	7.81	—	2.43	62.58	100.00	100.00
1951	142.2	41.8	79.4	91.9	0.1	16.6	445.1	817.1	
	17.40	5.12	9.72	11.25	0.01	2.03	44.47	100.00	119.46
1952	176.5	65.4	131.9	143.0	0.4	16.8	510.7	1 044.7	
	16.89	6.26	12.63	13.69	0.04	1.61	48.88	100.00	152.73
1953	239.1	86.0	158.4	252.5	1.9	19.8	552.8	1 310.5	
	18.24	6.56	12.09	19.28	0.14	1.41	42.18	100.00	191.59
1954	312.5	94.9	169.8	432.7	2.9	23.0	558.7	1 574.5	
	19.85	6.03	10.79	27.48	0.18	1.46	34.21	100.00	230.19
1955	377.0	99.5	190.1	590.4	5.0	36.6	526.5	1 825.1	
	20.66	4.44	10.41	32.35	0.27	2.01	28.85	100.00	266.83
<i>Rückversicherungen</i>									
1950	25,8	4,3	23,2	19,4	—	13,1	115,8	197,6	
	12.04	2.16	11.74	9.82	—	6.63	57.59	100.00	100,00
1951	28,9	7,7	42,9	26,5	—	15,3	113,3	234,6	
	12.32	3.28	18.29	11.30	—	6.52	48.29	100.00	118.72
1952	35,2	12,4	85,9	39,5	—	16,6	114,5	302,1	
	10.99	4.11	28.43	13.08	—	5.49	37.90	100.00	152.88
1953	37,5	17,1	101,3	90,8	—	20,2	115,8	380,5	
	9.80	4.49	26.63	23.86	—	4.41	29.91	100.00	192.56
1954	44,7	17,2	112,9	176,2	—	29,4	122,7	503,1	
	8.88	2.44	22.44	35.02	—	5.84	24.39	100.00	254.61
1955	51,1	20,5	119,3	228,6	—	54,0	115,8	569,3	
	8.99	3.60	20.95	40.15	—	5.97	20.34	100.00	288.11
<i>Alle Versicherungsunternehmen</i>									
1955	1 205,5	1 842,6	2 258,7	1 668,5	196,9	108,7	4 459,0	12 404,8'	—
	9,72	14,85	18,21	13,45	1,49	0,88	35,95	100,00	—

¹ Schuldscheinforderungen und Darlehen an den Bund und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, an öffentlichen Unternehmungen, Industrieunternehmen sowie Geld- und Kreditinstitute.

² Nur grössere Unternehmungen; einschliesslich Haftpflicht- und Unfallversicherung.

³ Die Summe der Einzelanlagen ergibt den Betrag von 11 739,9 Mill. DM.

kapitals) ausgestattet sei. Zu diesem Zweck sollten den Versicherungsanstalten verzinlich «Ausgleichsforderungen» zugeteilt werden, die nach Ziffer 4 von den Landeszentralbanken beliehen, erforderlichenfalls auch angekauft werden konnten.

Die Ausgleichsforderungen stellten Ende 1950 rund zwei Drittel, Ende 1955 aber nur noch ein gutes Drittel der Aktiven dar – nicht freilich, weil sie dem absoluten Betrag nach abgenommen hatten, sondern weil die günstige Entwicklung des Versicherungsgeschäfts die für die Kapitalanlage verfügbaren Mittel über Erwarten schnell vermehrt hatte. Ein am 14. Juli 1956 verkündetes Bundesgesetz hat nunmehr die von den Versicherern seit Jahren geforderte Tilgung der Ausgleichsforderungen angeordnet, mit der rückwirkend vom 1. Januar 1956 begonnen wird, so dass der Aktivposten «Ausgleichsforderungen» bald nur noch historischen Erinnerungswert haben dürfte.

Wie haben sich unterdessen die echten Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen entwickelt?

Nun, eins kann man gleich auf den ersten Blick feststellen: Die Hypotheken sind weit davon entfernt, in ihre Führungsrolle zurückzukehren; sie repräsentierten 1955 nur noch 14,85 und selbst, wenn man von den Ausgleichsforderungen absieht, bloss 25,31 Prozent der Kapitalanlagen. Fühlbar verstärkt hat sich dagegen die Neigung zum Grundstückserwerb. Mit gutem Grund. Denn Grundstücke – von Natur aus nicht vermehrbar – sind wohl die rarste Mangelware unserer Zeit, die unter dem Druck der Bevölkerungsvermehrung, des Flüchtlingszustroms und des steigenden Volkswohls schneller als jeder andere Sachwert im Preise steigt. Im Gegensatz zur Hypothek, die alles andere als eine sichere Anlage ist, da ja ihr Wert in einem Zeitalter tendentiell steigender Preise mit der Kaufkraft des Geldes dahinschwindet.

Nicht weniger spektakulär ist die Entwicklung zweier anderer Anlageposten: der Position «Schuldscheinforderungen und Darlehen», die namentlich bei den Lebens- und Rückversicherungsanstalten einer steil aufstrebenden Kurve gefolgt ist, und der Aktivposten «Wertpapiere», der bei den Sach- und Rückversicherungsunternehmungen zu enormer Bedeutung gelangt ist. Unter jenen dürften die Schuldtitel der öffentlichen Hand keine sehr grosse Rolle spielen, eine umso grössere aber die revolvingierenden Kredite und die dinglich gesicherten Schuldscheindarlehen, die beide der Industriefinanzierung dienen und die zu ihrem Zustandekommen der Intervention einer bankmännischen Instanz bedürfen. An der Position «Wertpapiere» werden – neben den Obligationen öffentlich-rechtlicher Körperschaften – mit steigenden Anteilen die Aktien gross- bzw. schwerindustrieller und natürlich auch befreundeter Unternehmen der eigenen Branche beteiligt sein. So dass in der Tat der Eindruck entsteht: die Versicherungsanstalten haben mit scharfem Instinkt die Zeichen der Zeit erkannt, einer Zeit der Produktionsausweitung und der technischen Umwälzungen, die nur den im Vollbesitz seiner Vermögenssubstanz belässt, der schnell zu manövrieren, am industriellen Gewinn zu partizipieren und sein Kapital, soweit wie möglich und vertretbar, in sachwerthaltige Investitionen zu stecken versteht.

So gehen nebeneinander her: die Konzentrationsbewegung in der Versicherungswirtschaft, die ihre Unternehmungen durch wechselseitige Beteiligung und Personalunion der Befehlsstäbe zu mächtigen und immer selbstbewusster auftretenden Gruppen und Konzernen zusammenführt, die Machtsteigerung der Verwaltung, die Domestizierung des Einzelaktionärs, das Hand-in-Hand-Arbeiten führender Versicherungs- und Kreditinstitute und der Strukturwandel der Anlagepolitik, der bewirkt, dass die Versicherungsunternehmen nicht mehr wie früher oder längst nicht im gleichen Mass wie dereinst Gefahr laufen, die Substanz ihrer Kapitalanlagen mit der schwindenden Kaufkraft des Geldes dahinschmelzen zu sehen, sondern über Investitionen verfügen, deren Wert mit dem säkularen Auftrieb der Preise mindestens Schritt hält.

Die Versicherungsanstalten – in der Hand von Verwaltungen, die der Kontrolle durch die Masse der Aktionäre und der Versicherungsnehmer praktisch entrückt sind, zu sich selbst genügenden Mikrokosmen erstarkt – erhalten ihr volles Mass aus dem Füllhorn des Wirtschaftswunders. Sie können nur stärker werden. Die Masse der Versicherten dagegen, die nur den Anspruch aus einer in Geld fixierten Forderung hat, ist grundsätzlich in die Position des Schwächeren gedrängt: Was sie an Sicherheit erkaufte, bezahlt sie um den Preis des Substanzverlustes.

Denn was ist wohl besser, ein Grundstück am Stadtrand oder, sagen wir's gleich, in der Hauptgeschäftsstrasse der Stadt zu besitzen oder eine Versicherungspolice?

Die Frage ist beinah müssig. Nur kann nicht jedermann, der allenfalls seine Versicherungsprämien aufzubringen vermag, eine gute Ecke in der Stadt kaufen, deren Wert sich in einem Jahrzehnt vervielfacht. Er kann, wie gesagt, ein Quentchen Sicherheit erwerben und Herr Jedermann ist froh, wenn es wenigstens dazu reicht.

Die guten Ecken aber kaufen die Versicherungen.

ANHANG

Grossstädtischer Grundbesitz einiger Versicherungsgesellschaften

AACHEN

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Aachen	Aureliusstrasse 8,10, 12, 13, 14-16 einschl. Borgasse Alexianergraben 20-32, 40-44 Rolandstrasse 34 Wallstrasse 27 Kurbrunnenstrasse 50, 52 Zollernstrasse 2 Elsa-Brandström-Strasse 5
Aachen-Leipziger Versicherungs-AG	Theaterstrasse 7 und 9 Alfonsstrasse 28 und 30 Eymattenerstrasse 46 und 48

Aachen-Leipziger Versicherungs-AG	Oppenhof-Allee 81 Thomashofstrasse 37 Friedrichstrasse 55 Elsa-Brandström-Strasse 8 Wirichsbongardstrasse 62 Vaalser Strasse 112
Aachen er Rückversicherungs-Gesellschaft	Lothringer Strasse 55 Preussweg 7
Volkshilfe Lebensversicherungs-xAG	Markt 48/50

BERLIN

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Berlin	Fichtestrasse 21
Aachen-Leipziger Versicherungs-AG	Saarlandstrasse 35
Agrippina Lebensversicherungs-AG, Berlin	Mackensenstrasse 16-20 (Verwaltungsgeb.) Prinzregentenufer 78 Hohenstaufenstrasse 66 Bendlerstrasse 4 Mehringdamm 42 Kaulstrasse 74 Soldiner Strasse 55 Yorkstrasse 1 Rankestrasse 5 und 6 W 15, Schaperstrasse 17 und 18
»Agrippina« See-, Fluss- und Landtransport-Versicherungs-Gesellschaft, Köln	Schulzendorfer Strasse 25
»Albingi« Versicherungs-AG	Zehlendorf, Berliner Strasse 51 Potsdamer Strasse 78 Neukölln, Leinestrasse 18/19 Neukölln, Okerstrasse 55 (Am Runden Platz) Eichhornstrasse 4 Eichhornstrasse 6 / Linkstrasse 56 Eichhornstrasse 8, 9 Linkstrasse 55 Linkstrasse 37 / Eichhornstrasse 7 Linkstrasse 59 Potsdamer Strasse 21, 25 Am Waldhaus 10 / Strasse A 20, 22, 24 Anhalter Strasse 9 Ankogelweg 76 Bayernallee 15/16 Bellevuestrasse 14 Berliner Strasse 17 / Landhausstrasse 21 Bethaniendamm 59 Beusselstrasse 42 (25,89%) Bismarckstrasse 50 Fasanenstrasse 26 Im Dol 25 a Joachimstaler Strasse 10, 11, 12 (1/3 Anteil) Klopstockstrasse 4 Lohengrinstrasse 26
Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG	
Allianz Versicherungs-AG	

Allianz Versicherungs-AG	Pariser Strasse 4 Waldemarstrasse 27 Wildspitzweg 12-46 (gerade) Eingang 2 Wildspitzweg 12-46 (gerade) Eingang 1 Wildspitzweg 27-37 (ungerade) W 55, Potsdamer Strasse 81b
Anstalt für Rückversicherung Deutscher Tierversicherungsvereine AG	Stresemannstrasse 4 Schöneberger Strasse 13 Dahlem, Spinozastrasse 6, 10, 12 Grüne- wald, Kunz-Buntschuh-Strasse 1-3 mit Hobrechtstrasse 13 und 15
Atlas Lebensversicherungs AG	Lützowufer 1
Berliner Feuer-Versicherungs-Anstalt	
Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft von 1832	SW 68, Lindenstrasse 77, 78, 79, 80, 81 Markgrafenstrasse 11
Berlinische Lebensversicherung AG	Berlin-Friedenau, Eisastrasse 1 Sarra- zinstrasse 10 Ortrudstrasse 2 Südwestkorso 74 Grünewald, Seebergsteig 6 Schöneberg, Hauptstrasse 23, 24 Aka- zienstrasse 31 Wilmerdorf, Burgunderstrasse 2 Homburger Strasse 4 Ran- kestrasse 19 Achenbachstrasse 11, 12 Zeh- lendorf, Berliner Strasse 27, 29, 31, 33, 35, 35a, 37 / Winfriedstrasse 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 17 Schöneberg, Innsbrucker Strasse 26/27 Schöneberg, Innsbrucker Strasse 28 Lich- tenrade, Angermünder Strasse Parzelle 14 und 15 W 9, Linkstrasse 17 und W 57, Potsdamer Strasse 152
Deutsche Kranken-Versicherungs-AG	Kaiserallee 103, 103a Rheinstrasse und Bomstrasse 1 Hasenheide 61/62 Lichterfelde, Gardeschützenweg 44 Berlin W, Einemsrlasse 4
Deutscher Lloyd Versicherungs-AG	Kurfürstendamm 32 Charlottenburg, Meineckestrasse 3 Schöne- berg, Vorbergstrasse 3
Deutscher Lloyd Lebensversicherungs-AG	NW 87, Beusselstrasse 42 (52% Anteil)
Gladbacher Feuerversicherungs-AG	Mackensenstrasse 9 Rankestrasse 7
Hamburg-Mannheimer Versicherungs -AG	Berlin-Schöneberg, Leberstrasse 84 Tor- gauer Strasse 7
Hermes Kreditversicherungs-AG	
Kölnische Glas-Versicherungs-Actien-Ge- sellschaft	
Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt	

Magdeburger Allgemeine Lebens- und Rentenversicherungs-AG	Schöneberg, Bamberger Strasse 44 Heilbronner Strasse 29 Tempelhof, Kaiserkorso 3 Wilmersdorf, Kufsteiner Strasse 18 Jenaer Strasse 19 W 50, Nürnberger Platz 1 (Anteil)
Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	Charlottenstrasse 81 Charlottenburg, Windscheidstrasse 11 Schöneberg, Aschaffener Strasse 6a Schöneberg, Bozener Strasse 4
Magdeburger Rückversicherungs-Actien-Gesellschaft	
Mannheimer Lebensversicherungs-Gesellschaft AG	NW 87, Tile-Wardenberg-Strasse 15
»National« Allgemeine Versicherungs-AG	Friedrichstrasse 51 Zillestrasse 91-93 Charlottenburg, Gervinusstrasse 10 NW, Cuxhavener Strasse 15 und 16 Ansbacher Strasse 31 Fritsch estrasse 59 Schöneberg, Merseburger Strasse 9 Halensee, Georg-Wilhelm-Strasse 21 Neukölln, Schillerpromenade 42 Charlottenburg, Knesebeckstrasse 6/7 Leibnizstrasse 31
»National« Lebensversicherungs-AG	Schöneberg, Hochkirchstrasse 1 Schöneberger Ufer 51/53 Nürnberger Strasse 37/38 Fürther Strasse 2 Kochstrasse 59 Schöneberg, Fritz-Elsas-Strasse 9/10 Stresemannstrasse 48, 50, 52 An der Apostelkirche 9 Nürnberger Platz 1 Neue Wilhehnstrasse 1 W'ichmannstrasse 10 Neue Ansbacher Strasse 12a und 14 Schaumburgallee 6 Schöneberg, Bülowstrasse 106 und 5 SW 68, Ritterstrasse 72 NO 55 Hosemannstrasse 16/21 Mendelstrasse 3, 5, 7, 9 Ostseestrasse 74/116 (gerade Zahlen) Friedenau, Sarrazinstrasse 17 Grünewald, Kronberger Strasse 11/15 Lankwitz, Calandrellistrasse 26d Wilmersdorf, Rankestrasse 20/21 Achenbachstrasse 10 Rankestrasse 22 / Ecke Eislebener Str. 11 Nassauische Strasse 49
Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft Rückversicherungs-AG Colonia	
Thuringia Versicherungs AG	
Transatlantische Versicherungs-AG	
Union und Rhein Versicherungs-Akt.-Ges.	
Vereinigte Krankenversicherung AG	
Victoria Rückversicherungs-AG	
Volkshilfe Lebensversicherungs-AG	
Württembergische und Badische Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften AG	

Württembergische Feuerversicherung AG
 Zentraleuropäische Versicherungs-AG

Lützowstrasse 80/90
 Hildebrandstrasse 25

DÜSSELDORF

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Aachen
 Allianz Versicherungs-AG

Königsallee 19

Blumenstrasse 11, 13, 15
 Grabenstrasse 24, 26
 Königsallee 21, 23, 25
 Schwerinstrasse 62
 Mittelstrasse 3

Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft
 Agrippina Allgemeine Versicherungs-AG
 Berliner Feuer-Versicherungs-Anstalt
 Berlinische Lebensversicherung AG
 Colonia Kölnische Versicherungs-AG
 Deutscher Lloyd Versicherungs-AG
 Eos Volks- und Lebensversicherungs-AG
 Gilde Deutsche Versicherungs-AG, Düsseldorf

Liesgangstrasse 17
 Hohenzollernstrasse 7 und 9
 Wilhelmplatz 12
 Oststrasse 56, 54, 52
 Klosterstrasse 28
 Gräfenberger Allee 30-34
 Graf-Recke-Strasse 82

Gladbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft
 Gladbacher Lebensversicherung Aktien-Gesellschaft
 Gladbacher Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft
 Hamburg-Mannheimer Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
 Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft
 Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft
 Thuringia Versicherungs-Aktiengesellschaft
 Vereinigte Krankenversicherung AG

Prinz-Georg-Strasse 103

Brehmstrasse 75
 Granachplatz 4
 Fischerstrasse 59

Berliner Allee 29

Alt Pempelfort 9
 Eckstrasse 15
 Kais erstrasse 44
 Schadowplatz 12

FRANKFURT

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Aachen
 Aachen-Leipziger Versicherungs-AG
 »Albingia« Versicherungs-AG
 Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG
 Allianz Versicherungs-AG

Gallusanlage 1

Eschersheimer Landstrasse 6
 Liebigstrasse 6 (³A Anteil)
 Weberstrasse 4
 Schillerstrasse 4

Alte Schlesingerstrasse 20
 Düsseldorfer Strasse 12
 Gerauer Strasse 92, 92a, 92b, 92c, 94, 96, 96a, 96b, 96c
 Kettenhofweg 3, 5, 7, 119
 Max-Reger-Strasse 25
 Mel einst. rasse 11
 Taunusanlage 20
 Wittelsbacherallee 25

Berliner Feuer-Versicherungs-Anstalt
 Berlinische Lebensversicherung AG

Central-Krankenversicherung-AG
 Colonia Kölnische Versicherungs-AG

Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG
 Gladbacher Feuerversicherungs-Aktien
 Gesellschaft
 Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs
 Gesellschaft
 Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG
 Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt

Magdeburger Allgemeine Lebens- und Ren-
 tenversicherungs AG
 Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft
 Magdeburger Rückversicherungs-Actien-
 Gesellschaft
 »National« Allgemeine Versicherungs-AG
 Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft
 Transatlantische Versicherungs-Aktiengesell-
 schaft
 Württembergische Feuerversicherung AG

Hauffstrasse 2 und 4
 Georg-Speyer-Strasse / Franz-Rücker-Al-
 lee und Bernu sstrasse
 Bockenheimer Anlage 7
 Oberlindau 1 / Bockenheimer Landstrasse
 (unbebaut)
 Altbuchschlag
 Scheffelstrasse 1
 Oederweg 2-4
 Eschersheim, Neumannstrasse 14
 Platz der Republik 16
 Erlenstrasse 20
 Reuterweg 34
 Dantestrasse 9
 Langheckenweg 33
 Holbeinstrasse 38 / Passavantstrasse 1

Bockenheimer Landstrasse 15
 Schwarzburgstrasse 77
 Westendstrasse 82
 Bockenheimer Landstrasse 55
 Bockenheimer Landstrasse 45
 Goethestrasse 9

Bockenheimer Landstrasse 59, Ecke Feuer-
 bachstrasse 49

HAMBURG

»Agrippina« See-, Fluss- und Landtrans-
 port-Versicherungs-Gesellschaft, Köln
 Allianz Versicherungs-AG

Deutsche Kranken-Versicherungs-AG
 Deutscher Lloyd Versicherungs-AG

Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG

Eigenhilfe Sachversicherung AG

Alter Steinweg 73

Ballindamm 13 / Ferdinandstrasse 32
 (All. Vers. ³/s; All. Leben ²/s)
 Bergstrasse 28
 Bohnenstrasse 7, 9, 11, 13, 15
 Grosser Burstah 5, 5
 Catarinenstrasse 15
 Düsternstrasse 22-24 / Michaelisstrasse
 2
 Ferdinandstrasse 36
 Grandweg 97a
 Lokstedter Steindamm 58a und b
 Rathaus strasse 12
 Feldbrunnenstrasse 45 und 45
 /Yltona, Platz der Republik 6 und 8
 Bahnhofstrasse 15 und 17
 Museumstrasse 16 und 18
 Bundesstrasse 44
 Poststrasse 21-25, 35
 Alstertor 21
 Hamburg 1, Steinstrasse 27

Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft

Hamburg-Bremer Rückversicherungs-AG
Flamburger Lebensversicherung AG

Hamburg-Mannheimer Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft
»National« Allgemeine Versicherungs-AG
»National« Lebensversicherungs-AG

Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft

Transatlantische Versicherungs-Aktiengesellschaft

Vereinigte Krankenversicherung AG
Volkshilfe Lebensversicherungs-AG

Heuberg 2-6 / Hohe Bleichen 47/49
Heuberg 8-12 / Hohe Bleichen 50
Grosse Bleichen 60-66 / Heuberg 14-22
Harvestehuder Weg 21
Altona, Ehrenbergstrasse 53
Wandsbek, Ahornstrasse 5
Alsterglaciis 5 (Verwaltungsg.)
Bahrenfeld (Buchwert 478 600 DMark)
»Normannenhof« in Hamburg-Altstadt
(Buchwert 568 000 DMark)
Alsterglaciis 11, 12, 13
Alsterufer 1 (Verwaltungsg.)
Alsterterrasse 8
Auguststrasse 3
Averhoffstrasse 6
Carl-Petersen-Strasse 104
Curtiusweg 20, 22, 24/ Sievekingsalle 106
Flemingstrasse 5
Hammerhof 12, 12a, 13, 14, 15 / Horner
Weg 25, 25a, 27, 29, 31
Kleine Johannisstrasse 9-11 / Schauenburger
Strasse 40
Köppenstrasse 18
Koppel 14, 14 Hs. 2, 16 /Langereihe 21,
25, 25
Mühlendamm 51, 53
Oben Borgfelde 49
Sievekingsallee / Rhiemsweg
Warburgstrasse 6
Wartenau 5
Blankenese, Kösterbergstrasse 46
Altona, Stresemannstrasse 126, 128, 130
Wandsbek, Ahrensburger Strasse 149
Hamburg 15, Oberstrasse 5
Heimhuder Strasse 9
Fehlandtstrasse 42-44
Altona, Kaltenkirchener Strasse 2/4
Rahlstedt, Rahlstedter Strasse 124
Hamburg 11, Alterwall 12
Hartwicusstrasse 11
Hamburg 1, Hermannstrasse 32 / Ecke
Bergstrasse
Bergstrasse 7 / Ecke Mönckebergstrasse 25
Schauenburgerstrasse 55/57

HANNOVER

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Aachen
m Schiffgraben 11

»Albingia« Versicherungs-AG	Oststrasse 90
Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG	Hildesheimer Strasse 70 und 258
Allianz Versiclierungs-AG	Aegidientorplatz 5
	Grosse Packhofstrasse 26 / Schillerstrasse 25
	Schillerstrasse 23a
	Hildesheimer Strasse 242
Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG	Schlegelstrasse 12
Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	Prinzenstrasse 1 A
»National« Lebensversicherungs-AG Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft	Von-Emmich-Platz 4
	Theaterstrasse 15
	Arnswaldtstrasse 9
	Arnswaldtstrasse 32
Thuringia Versicherungs-AG	Friedrichswall 10
Vereinigte Krankenversicherung AG	Lange Laube 16

KÖLN

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Aachen Aachen-Leipziger Versicherungs-AG Agrippina Allgemeine Versicherungs-AG Agrippina Lebensversicherungs-AG, Berlin Agrippina See-, Fluss- und Landtransport- Versicherungs-Gesellschaft, Köln	Ebertplatz 21
	Riehlerstrasse 1
	Kaiser-Wilhelm-Ring 16
	Hohenstaufenring 57
	Worringer Strasse 11 und 13
	Riehler Strasse 90
	Oppenheimstrasse 4
	Worringer Strasse 3/5 (2/a; restl. 1/5 Kölner Lloyd)
	Worringer Strasse 7/9 und 30
	Hohenstaufenring 33
Albingia Versicherungs-AG	Auer strasse 11
Allianz Versicherungs-AG	Brucknerstrasse 2, 4, 6, 8, 10
	Ehrenstrasse 45-47 / Benesisstrasse 64
	Benesisstrasse 66
	Eichstrasse 39
	Gladbacher Strasse 6
	Hermann-Becker-Strasse 1, 3
	Kaiser-Wilhelm-Ring 31-43 (ungerade)
	Gladbacher Strasse 2, 4
	Lindenthalgürtel 82-84 / Baeherner Strasse 156
	Friedrich-Ehert-Platz 2
Bayerische Versicherungsbank Aktiengesellschaft, vormals Versicherungsanstalten der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank	Kaiser-Friedrich-Ufer 37 (Ruinengrundstück)
Berliner Feuer-Versicherungs-Anstalt	Neumarkt 33
Central-Krankenversicherung-AG	Hansaring 40/46 (Direktionsgehäude)
	Katharinenhof 8-10
	An St. Katharinen 8-10
	Landsbergstrasse 17-19a

Central-Krankenversicherung-AG	Arnulfstrasse 28 (zerstört)	
	Salierring 18 (Ruine)	
Colonia Kölnische Versicherungs-	Hohenstaufenring 49 (unbebaut)	
	Hohenstaufenring 61 (unbebaut)	
	Kaiser-Friedrich-Ufer 107	
	Oppenheimstrasse 9	
	Elsa-Brandström-Strasse 8	
	Sieboldstrasse 6	
	Von Werth-Strasse 15 (unbebaut)	
	Worringer Strasse 11 (unbebaut)	
	Holweide, Rodfeldweg (unbebaut)	
	Lindenthal, Theresienstrasse 98	
	Marienburg, Leyboldstrasse 9	
Concordia Lebensversicherungs-AG	Maria-Ablass-Platz 15 (Hauptverw.-	
Deutsche Kranken-Versicherungs-AG	Geb.)	
	Mohrenstrasse 22/24, 18-20	
	Jahnstrasse 12	
	Paulstrasse 2	
Deutscher Lloyd. Lebensversicherung AG	Cardinaistrasse 2	
Gladbacher Feuerversicherungs-Aktien-	Adolf-Fischer-Strasse 6	
Gesellschaft	Mozartstrasse 1	
Gladbacher Lebensversicherung Aktien-	Beethovenstrasse 2	
Gesellschaft	Sülz, Mommsenstrasse 2, 4, 6	
Gothaer Transport- und Rückversicherung AG		
Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG	Göbenstrasse / Werderstrasse 34	
	Kaiser-Wilhelm-Ring 3-5 / Bismarck-	
	strasse 2-4	
	Hohenzollernring 53	
	Limburgstrasse 12, 14, 16, 18 und 20	
	Wey erstrasse 75 und 116	
	Venloer Strasse 238	
	Bonner Strasse 10 und 18	
	Hohenzollernring 57, 63 und 65	
	Luxeinburgstrasse 20	
	Ehrenstrasse 49 und 80/82	
	Marzellenstrasse 1	
	Am Rinckenpfehl 28	
	Worringer Strasse 22	
Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft	Hohenstaufenring 74-76	
	Mauritiuswall 45	
	Riehler Strasse 90	
	Oppenheimstrasse 4	(Vs Anteil)
Kölner Lloyd Allgemeine Versicherungs-AG	Worringer Strasse 3/5 und 7/9	(Vs Anteil)
	Deutscher Ring 11	(Vs Anteil)
Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft	Breite Strasse 161/167	
	Gertrudenstrasse 30-36	
	Mörsdorfer Hof 19	
	Friedrich-Schmidt-Strasse 42	
	Fürst-Pückler-Strasse 8	
	Kastanienallee 9	
	Stadtwaldgürtel 23	
	Nonnenwerthstrasse 54-58	

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	Hansaring 11 Gereonsdriesch 25
Münchener Lebensversicherungsanstalt AG »National« Lebensversicherungs-AG Rheini- scher Merkur Versicherungs-AG Rückversi- cherungs-AG Colonia	Hansaring 80 Apostelstrasse 15-17 Herwarthstrasse 4 Braunstrasse 21 Elsa-Brandström-Strasse 10/12 Wörthstrasse 32
»Securitas« Bremer Allgemeine Versiche- rungs-AG Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft	Landgrafenstrasse 114 Hohenlind, Dorfstrasse 2, 4, 6 Deutscher Ring 4 Hansaring 6 Hohenstaufenring 48, 50, 52 und 54 Neumarkt 36/38 Kaiser-Wilhelm-Ring 46
Thuringia Versicherungs-AG Transatlantische Versicherungs-AG Union und Rhein Versicherungs-AG	Sachsenring 91/99 / Lothringer Strasse 78 Lindenthal, Lothringer Strasse 25 Wüllnerstrasse 104a Sülz, Dauner Strasse 16 Merlostrasse 6
Volkshilfe Lebensversicherungs-AG	
Württembergische und Badische Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften AG Württember- gische Feuerversicherung AG	Zeughausstrasse 10

MÜNCHEN

Aachener und Münchener Feuer-Versiche- rungs-Gesellschaft, Aachen	Brienner Strasse 51
»Agrippina« See-, Fluss- und Landtransport- Versicherungs-Gesellschaft, Köln	Kaulbachstrasse 83
»Albingia« Versicherungs-AG Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Ren- tenversicherungs-AG Allianz Versicherungs-AG	Maximilianplatz 14 Sonnenstrasse 20 Haydnstrasse 7 Bannwaldseestrasse 22 Delpstra sse/Donaustrasse Felix-Dahn-Strasse 8 Ferdinand-Maria-Strasse 33, 25 (⁷ /io; M. Rück ^s /io) Friedrichstrasse 32 (⁷ /io; M. Rück ^s /io)
	Georgenstrasse 108 Giselastrasse 22, 26, 28 Hehntrudenstrasse 4, 6 Innstrasse 1 (⁷ /io; M. Rück ³ /io) Kaufingerstrass e 22 Kaulbachstrasse 48, 50, 52, 54, 60a Keuslinstrasse 8 Königinstrasse 28 und 95, 55, 57, 61, 63, 65, 67, 99 Königsdorf er Strasse 10 (⁷ /io; M. Rück ^s /io) Ludwigstrasse 4, 5

Allianz Versicherungs-AG

Maria-Theresia-Strasse 4, 18
 ('/io; M. Rück »/io)
 Niedermayerstrasse 2, 4, 6, 8, 10
 Oskar-von-Miller-Ring 29
 Osterwaldstrasse
 Schotthäuser Strasse 15 ('/io; M. Rück ³/io)
 Schraudolphstrasse 15, 15a
 Tristanstrasse 2 / Hörwarthstrasse 6, 8
 Ungererstrasse 124, 126-128 / Brandenburger Strasse 2
 Brandenburger Strasse 4, 6, 8, 10, 12, 14,
 16, 18, 20, 22, 24 (⁷/io; M. Rück ³/io)

Bayerische Rückversicherung AG

Leopoldstrasse 4
 Hiltenspergerstrasse 42-44, 49 Kohlstrasse
 3a
 Spruner Strasse 11 Maistrasse 33
 Theatinerstrasse 49 Franziskanerstrasse 9
 Lindwurmstrasse 11 und 175 Obermaierstrasse 2 Pappenheimstrasse 1 Adlzreiterstrasse 15 Hessesstrasse 96 Häberlstrasse 13
 Eggerstrasse 7 Hohenzollernstrasse 74-76
 Isartalstrasse 34
 Herzogstrasse 50
 Nördliche Auffahrtsallee 20-21, Boschetsrieder Strasse 81-83 Tengstrasse 19
 Bergmannstrasse 62 Valleystasse 30-32
 Ainmillerstrasse 26 Adelheidstrasse 14
 Franz-Joseph-Strasse 7a
 Ludwigstrasse 12
 Theresienstrasse 2, 4, 6 (Betriebsgebäude)
 Osterwaldstrasse 22/24, 20
 Mommsenstrasse 1/3
 Theresienstrasse 20 (Betriebsgebäude), 22
 Amalienstrasse 27, 29, 31, 33
 Theresienstrasse 26, 28, 30 (unbebaut)
 Franz-Joseph-Strasse 16 Ludwigstrasse
 17*/2 Hubertusstrasse 25 Schackstrasse 4
 Gundelindenstrasse 2 Agnesstrasse 9 Reinekestrasse 32

Bayerische Versicherungsbank, Aktiengesellschaft, vormals Versicherungsanstalten der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank

Berliner Feuer-Versicherungs-Anstalt

Berlinische Lebensversicherung AG

Kardinal-Faulhaber-Strasse 15
 Senefelderstrasse 3

Berlinische Lebensversicherungs AG	Promenadeplatz 10 Konradstrasse 10
Colonia Kölnische Versicherungs-AG	Königinstrasse 25
Deutscher Lloyd Versicherungs-AG	Thierschstrasse 25 und 54 Brahmstrasse 10, 10a, 12, 14 Zaubzerstrasse 53
Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG	Karlstrasse 10
Frankona Rück- und Mitversicherungs-AG	Brahms-Liszt-Strasse (unbebaut) Maria-Theresia-Strasse (unbebaut) Herzog-Heinrich-Strasse 14
Gladbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft	
Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG	Maximilianstrasse 20b Lindenschmit-/Dänkel-/Aberlestrasse
Hermes Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft	Sonnenstrasse 5-6 Herzog-Wilhelm-Strasse 28-29 Josef-Spital-Strasse 10a (12,5 ‰) Schweigerstrasse 10
Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	Mau erkirch erstrasse 10
Magdeburger Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft	Gaiglstrasse 25 Adelheidstrasse 6
Mitteeuropäische Versicherungs-AG	Ohmstrasse 13
Münchener Lebensversicherungsanstalt AG	23, Leopoldstrasse 6 Adelheidstrasse 24, 26, 28 Franz-Josef-Strasse 9 Hohenzollernstrasse 61 Kaiserplatz 9 Königinstrasse 107 (Geschäftsgeb.) u.a. Pettenkofenstrasse 21
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft	Nordendstrasse 50
»National« Allgemeine Versicherungs-AG	Widenmay erstrasse 16
Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft	Edlinger strasse 8
Thuringia Versicherungs-AG	Hofenfelstrasse 48 Äussere Prinzregentenstrasse 92-94 Leopoldstrasse 24-26 Mozartstrasse 19
Vereinigte Krankenversicherung AG	Theresienstrasse 5-5 Widenmayerstrasse 29
Württembergische Feuerversicherung AG	

M.-GLADBACH

Gladbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft	Hohenzollernstrasse 155, 201 und 203 Gneisenaustrasse 26 und 44 Ferdinands trasse 1 Neuhofstrasse 4a Wallstrasse 30/32 und 34/36 Croonsallee 39 Kaiserstrasse 26
Gladbacher Lebensversicherung Aktien-Gesellschaft	Hohenzollernstrasse 150 Yorcks trasse 16

Gladbacher Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft	Beethovenstrasse 59
Württembergische Feuerversicherung AG	Kaiserstrasse 153

STUTTGART

Aachen-Leipziger Versicherungs-AG	Schlossstrasse 80
Aachener und Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft, Aachen	Rotebühlstrasse 93
Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft	Neckarstrasse 77
Agrippina Allgemeine Versicherungs-AG	Urbanstrasse 28
»Albingia« Versicherungs-AG	Marienstrasse 50
Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG	Tübinger Strasse 22, 24/28 und 32 Paulinenstrasse 22, 24 und 26 Sophienstrasse 21 A und B Olgastrasse 93 B Reinsburgstrasse 152 Immenhofer Strasse 53 Markeistrasse 30/32 Relenbergstrasse 37 Röterstrasse 60 und 62 Seestrasse 66, 92, 94, 96 Traubenstrasse 39 und 41 Werastrasse 6 und 8
Allianz Versicherungs-AG	Archivstrasse 8», 12*, 14*, 16*, 18 Olgastrasse 18 * Charlottenstrasse 11 *, 13 *, 15 *, 15 I * Im Lerchenhain 11 Olgastrasse 20, 22*, 24, 28*, 30*, 32* Umlandstrasse 3, 2 B *, 5, 6, 8 Urbanstrasse 6*, 10
Berliner Feuer-Versicherungs-Anstalt	Ossietzkystrasse 8
Berlinische Lebensversicherung AG	Böheimstrasse 81 Rosenbergstrasse 144 Rossbergstrasse 30, 32
Gladbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft	Schlossstrasse 59 A und 59 B
Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG	Am Kräherwald 261 A und B / Leibnitzstrasse 88, 90 Rosenbergstrasse 137, 139, 141 /Claudius-Strasse 24 Marienstrasse 42
Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	Mörikestrasse 1
Thuringia Versicherungs-AG	Schlossstrasse 73b und c Johannesstrasse 22. 22 I Schlossstrasse 76

Transatlantische Versicherungs-AG	St.-W, Schlossstrasse 96
Vereinigte Krankenversicherung AG	Jägerstrasse 40-46
Württembergische und Badische Vereinigte Versicherungsgesellschaften AG	Azenbergstrasse 80-82
Württembergische Feuerversicherung AG	Johannesstrasse 1, 3, 5 und 7 Gutenbergstrasse 28, 32a und b, 34, 36, 38 Ludwigstrasse 27 Senefelderstrasse 38 Am Kräherwald 233, 235 und 237 Leibnitzstrasse 62, 64, 66 Rosenbergstrasse 125 Vogelsangstrasse 8, 10

GEFLICKT WIE NEU: DER FLICK-KONZERN

«Wer mit Schuld beladen ist, geht krumme Wege; wer aber rein ist, des Werk ist recht.» Sprüche Salomonis 21, 8.

Man schrieb den 20. Juni 1952. Drei Wochen zuvor hatte das von Papen geführte «Kabinett der Barone» die zweite Regierung Brüning abgelöst. Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Zusammenbrüche, Pleiten, Strassenkämpfe, Saalschlachten: die politische und wirtschaftliche Krise marschierten. Niemand wusste wohin. Da erschien in den Abendblättern Berlins eine amtliche Erklärung, mit der kein Mensch ausserhalb eines kleinen Kreises von Bank- und Börsenleuten etwas anzufangen wusste. Die Erklärung lautete: «Zu den Pressemeldungen über Finanztransaktionen bei Gelsenkirchen bzw. den Vereinigten Stahlwerken erfahren wir von zuständiger Stelle, dass es sich hierbei lediglich um private Banktransaktionen handelt.»

Die «zuständige Stelle» und die von ihr beratenen Autoren der Erklärung irrten sich jedoch in der Annahme, dass ihre Verlautbarung unwidersprochen bleiben werde. Schon am nächsten Tage erklärten sie also das Gegenteil dessen, was sie am Tage zuvor gesagt hatten. Und zwar mit den Worten: «Bei den Transaktionen betreffend Gelsenkirchen handelt es sich um ein Geschäft, das von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich persönlich im Laufe dieses Frühjahrs vorbereitet und durch einen von ihm am 51. Mai 1952 für das Reich unterzeichneten Vertrag zum Abschluss gebracht worden ist. Die neue Regierung hat dieses Abkommen vorgefunden. Anlass, die Rechtsgültigkeit zu bezweifeln, besteht nicht.»

Auch diese Version stimmte nicht ganz. Reichskanzler Brüning und mit ihm der Reichsfinanzminister Dietrich waren schon am 50. Mai zurückgetreten, so dass Dietrich sich kaum noch am 51. hätte bevollmächtigt glauben können, einen Handel von grösster Tragweite für das Reich durch seine Unterschrift zu legitimieren – ganz davon abgesehen, dass er sie tatsächlich schon am 6. Mai geleistet hatte. Zum zweiten hatte nicht der «Finanzminister persönlich», sondern sein Partner, Dr. h.c. Friedrich Flick, das Geschäft vorbereitet – und zwar nicht erst im Frühjahr 1952, sondern schon im Herbst 1951. Am 51. Mai war nur das von der praktisch reichseigenen Dresdner Bank kontrollierte Bankhaus Hardy & Co als Vertragspartner an die Stelle des Mutterinstituts getreten – weil es, im Gegensatz zur Dresdner Bank AG, als GmbH nicht zur Veröffentlichung seiner Bilanzen verpflichtet war. Aber ungeachtet aller Versuche, die Wahrheit zu korrigieren und selbst noch die korrigierte Wahrheit zu verschleiern, griff das Interesse der Öffentlichkeit jetzt zu und enthüllte, was tatsächlich vorgegangen war.

Und das war in der Tat interessant genug.

Dr. h.c. Friedrich Flick hatte dem Reich, der so oft und kräftig geschmähten «öffentlichen Hand», sein Paket Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien verkauft, mit dessen Hilfe

er seit Anfang 1930 die Vereinigten Stahlwerke beherrscht hatte, den Konzern, in welchem mehr als zwei Fünftel der deutschen Eisen- und Stahlproduktion konzentriert waren.

Er hatte sich die Preisgabe seiner Machtposition gut bezahlen lassen. Denn während die inoffizielle Börsennotierung für «Gelsenberg» auf wenig mehr als 20 Prozent lautete, hatte er sein Paket – 110 Millionen Reichsmark, die ihm die «Präsenzmehrheit» bei der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und von dieser Machtposition aus die Herrschaft über den Phoenix-van der Zypen-Komplex, in summa also die Verfügung über 470 Mill. RMark Stahl-Vereinsaktien, sicherten – zum Kurs von 90 Prozent, d.h. also: zum Vierfachen des Marktwerts, an das Reich losschlagen.

Wie war das aber möglich gewesen?

Nun ganz einfach, indem er oder ihm nahestehende Kreise das Schreckbild der Überfremdung an die Wand malten.

Das hatte schon im November 1931 begonnen.

Damals ging das Gerücht, der Mendelssohn-Teilhaber Dr. Fritz Mannheimer, dessen Bankhaus enge Beziehungen zum Credit Lyonnais unterhielt, sondiere im Auftrag dieser grössten französischen Bank, ob Flick nicht geneigt sei, sich von Gelsenberg zu trennen. Dann, als die Flüsterparole dementiert worden war, hiess es, das Amsterdamer Bankhaus Rhodius-Koenigs, von dem allgemein bekannt war, dass es dem Flick-Konzern nahestand, verhandle mit den Franzosen. Der Erbfeind, der welsche Verführer, war sehr geschickt ins Spiel gebracht worden, der pferdefüssige Kavalier, der Gretchen 100 Prozent offerierte, in einem Augenblick, als die Tugend des von Hütten und Zechen verkörperten Deutschtums nur noch mit 20 Prozent von der Börse bewertet wurde.

Gretchen aber blieb fest. Schon darum freilich, weil der Verführer nicht etwa in Fleisch und Blut an sie herangetreten war, sondern nur im Gerücht existierte. Doch das genügte bereits, die Preiswürdigkeit ihrer Tugend zu erweisen. Die Regierung, Reichskanzler und Finanzminister, waren von der Leibhaftigkeit des Leibhaftigen so fest überzeugt, dass sie Flick nur zu gern 90 statt 20 oder allenfalls 30 Prozent zubilligten, um die Vereinigten Stahlwerke für Deutschland zu retten. Und zwar umso lieber, da der Erlös des einträglichen Geschäfts von Flick darauf verwendet werden sollte, seine hohen Schulden bei der Dresdner Bank, die nach dem grossen Bankenkraich vom Reich übernommen worden war, und übrigens auch bei der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, seiner eigenen Gesellschaft erstaunlicherweise, sowie bei ausländischen Geldgebern abzudecken.

So gross die nationale Genugtuung über die Rettung des Stahlvereins hätte sein sollen, schien doch nicht jedermann überzeugt, dass hier das Gute über das Böse, deutscher Opfersinn über welsche List triumphiert hätte. Zwar das Reich hatte das Dreifache draufgezahlt und Dr. Flick hatte sich immerhin mit 90 begnügt, während der imaginäre Erbfeind ihm doch 100 hatte zahlen wollen. Beide Teile also hatten Opfer gebracht. Dennoch schrieb Ferdinand Fried, vulgo Professor Friedrich Zimmermann, der

heute als Wirtschaftspolitiker der *Welt* amtiert, in der dem General von Schleicher nahestehenden Zeitschrift *Die Tat*: «Die einzig mögliche Antwort auf diese Vorgänge wäre gewesen, dass die Reichsregierung den Schachtelkonzern Charlottenhütten-Gelsenkirchener Bergwerks-AG-Phoenix-AG für Bergbau-Vereinigte Stahlwerke umgehend verstaatlicht hätte. Flick und die anderen Aktionäre hätten allenfalls eine langfristige Abfindung durch Staatsobligationen auf der Basis des Börsenkurses erhalten können, der bei Gelsenkirchen im Februar um 20 Prozent lag. Darüber hinaus hätte der vorliegende Tatbestand Anlass genug geboten, Herrn Flick als Schädiger der Interessen des deutschen Reichs zu enteignen.

Selbstverständlich haben Brüning-Dietrich genau umgekehrt gehandelt, wie es die Interessen des Staates nach unserer Ansicht erfordert hätten ...»

Der Zorn war in der *Tat* recht gross, aber wohl nicht nur in der *Tat*, sondern im überwiegenden Teil der deutschen Öffentlichkeit, die damals noch in der Lage war, dem Zeitgeschehen mit allen Kräften des Bewusstseins zu folgen. Jedenfalls dürfte Ferdinand Fried wenig Widerspruch gefunden haben, als er im Juliheft seiner Zeitschrift – die übrigens, wie heute seine Zeitung, die *Welt*, von Hans Zehrer geleitet wurde – unmissverständlich schrieb: «Der Fall Flick hat besonders deutlich gezeigt, dass der Staat trotz der scheinbaren Ausdehnung seines Machtbereichs nicht der eigentliche Gewinner ist. Die Sozialisierung der Verluste ist keine wirkliche Sozialisierung. Es fehlt ihr nicht nur jegliche Konsequenz, sondern sie rückt hart an die Grenze der Sozialisierung der Korruption.

Friedrich Flick ist der Typ eines Spekulanten. Die grossen internationalen Skandalfälle dieses Frühjahrs haben auch der breiten Öffentlichkeit das Bild «des Spekulanten überaus deutlich gemacht. Der Spekulant steht im Hintergrund und ist bis zum Tage seiner Entlarvung von geheimnisvollen Schleiern umwoben, die auf den sentimentalischen Zug der rationalisierten Gesellschaft berechnet sind. Der eigentliche Unternehmer, der mit seinem Werke verbunden ist, steht meist im Innenverhältnis in scharfem Kampfe mit ihm, für den das Werk nur insoweit Interesse hat, als es sich in Aktien und Obligationen ausdrücken lässt. Im Aussenverhältnis fühlt sich der Unternehmer jedoch mit dem Spekulanten verbunden und ist sogar bereit, ihn in der bezahlten Presse als nationalen Heros feiern zu lassen. Das war in Schweden genauso wie jetzt in Deutschland, wo man in den Zeitungen der Schwerindustrie lesen kann, dass Friedrich Flick viel zu national ist, als dass er wirklich die Schlüsselstellung bei den Vereinigten Stahlwerken an Frankreich abgetreten hätte.

Der «Spekulant» und der «Unternehmen sind auch im Endstadium der kapitalistischen Epoche noch nicht dasselbe. Aber der Spekulant bestimmt allmählich völlig die Mentalität der Industrie. Das ist schlimm genug. Nunmehr hat in den letzten Jahren der Spekulant auch schon begonnen, die Mentalität des Staates zu bestimmen. Damit hört der Staat auf, Staat zu sein. Unter der formalen Rechtsordnung bildet sich ein Zustand heraus, bei dem die öffentlichen Finanzen den Interessen des Monopol-

kapitals dienstbar werden. Die ... Notverordnung Papens ist der eine, der Skandal Flick der zweite krasse Fall der letzten beiden Wochen.»

Es wäre sicherlich reizvoll, zu wissen, ob der ausgezeichnete Publizist, der Friedrich Flick in der *Tat* so hart beurteilte, das Porträt des Wirtschaftskapitäns in der *Welt* mit der gleichen «entlarvendem» Technik zeichnen würde, oder ob ihn die Erfahrungen eines Vierteljahrhunderts milder gestimmt haben. Doch wie dem auch sei, man kann mit Sicherheit unterstellen, dass er sein Urteil auch damals nicht allein auf den Vorgang des Gelsenberg-Verkaufs gegründet, sondern es aus dem Rückblick auf den Werdegang des Kritisierten gewonnen hat.

Der Aufstieg Friedrich Flicks vom unbekanntem Studenten der Kölner Handels-Hochschule, der sich das Studium mit gelegentlichen Artikeln für die *Kölnische Zeitung* verdiente und 1906 die Prüfung als Diplomkaufmann «Mit Auszeichnung» bestanden hatte, zum Herrn über den mächtigsten Konzern der europäischen Wirtschaft, war weder der Art noch der Grössenordnung nach etwas völlig Einzigartiges. Otto Wolff und Peter Klöckner, Albert Vogler, Emil Kirdorf und August Rosterg haben die Stufenleiter zum Erfolg auch auf den untersten Sprossen betreten und keiner Freundeshilfe bedurft, um sehr hoch zu steigen. Was Flicks Laufbahn auszeichnet, ist nicht die Schnelligkeit, mit der er Karriere machte, auch nicht die Steilheit des Aufstiegs, die ihn auf den Gipfel montanindustrieller Macht führte. Es ist eher die Fähigkeit, alle in der Eigenart unseres Gesellschafts-, namentlich aber des Aktienrechts liegenden Chancen zu erkennen und an sich zu reissen: Macht zu erlangen und von der gewonnenen Machtposition aus die Sphäre der absolut geübten Herrschaft auszuweiten. Eben jenes Moment, das ihn befähigt hatte, sich mit relativ kleinem Kapitaleinsatz in die beherrschende Stellung beim Stahlverein zu bringen – wo er mit wenig mehr als 100 Mill. RMark, die er zum grössten Teil auch noch geliehen hatte, mehr als 1,2 Milliarden RMark kommandierte –, das ihn zugleich aber auch in den Stand setzte, im Augenblick der Gefahr sich kaltblütig und mit Gewinn von seiner Machtposition zu trennen.

Das hatte Friedrich Flick nicht bei seinen Kölner Professoren Eugen Schmalenbach, Christian Eckert und Kurt Wiedenfeld lernen können; das hatte ihn auch nicht die Praxis gelehrt, die den Vierundzwanzigjährigen nach beendetem Studium zuerst ins Kontor der Bremer Hütte in Geisweid geführt hatte, von wo er sechs Jahre später (1913) in den Vorstand der Eisenindustrie zu Menden und Schwerte und schon 1915 ins Amt des Generaldirektors der Charlottenhütte (Niederscheiden) avanciert war; das hatte er am wenigsten vom Vater mitbekommen, dem kleinen Landwirt und Grubenholzändler, als dessen Sohn er 1883 im siegerländischen Emsdorf-Kreuztal geboren war.

Das lag drin: eine Anlage, wer weiss von welchem advokatorisch begabten und bauernschlauen Ahnen, die ihr Genüge vielleicht in einer engumgrenzten Tätigkeit gefunden hätte, wären ihrer Entfaltung nicht ganz besondere Zeitumstände entgegengekommen.

Friedrich Flick wurde, was er heute noch ist und was er schon lange war, als sein Gelsenberg-Verkauf Ferdinand Fried in den prächtigsten Publizistenzorn versetzte,

dessen er sich jemals erfreute, unter den besonderen Bedingungen der Inflation, die nach dem Ersten Weltkrieg den grössten Teil unseres Volks, Besitzbürgertums und Arbeiterschaft, an den Bettelstab brachte. «Mit ihrem wissenschaftlichen Lehrgut», heisst es in der gehobenen Sprache eines der offiziellen Montanchronisten, «wird die Kölner Handels-Hochschule zu Flicks Bundesgenossen, als in der Kriegszeit die alte Normalität umschlägt in die Konfusion der Inflations- und Nachkriegsjahre. Blosser Praxis und Routine finden sich nicht mehr im Wandel der Werte zurecht. An der Sieg rechnet alle Welt weiter in Mark = Mark. Flick sieht die Währung und die Ware selber. Er bemerkt den Währungsverfall und richtet sich danach. Die alte siegerländische Generation blickte damals nach innen, tiefer oft als je zuvor, sie kann sich von gewohnten Bahnen nicht trennen und versteift sich aufs Beharren zu den Gesetzen und Regeln von einst. Flick mit seinen zweiunddreissig Jahren lernt um und hinzu. Hinter den Gesetzen und Regeln, die in Verfall geraten sind, spürt er neue Gesetze und Spielregeln: vom Leben selber in Vormerk genommen, und dem Verwegenen zu eigenem Fortkommen angeboten.»

So dunkel auch der Rede Sinn ist, die uns der Hymniker der Schwerindustrie zum Lobe eines ihrer Mächtigsten hält, dies jedenfalls wird klar: Flick liess sich nach dem Zusammenbruch von 1918 nicht von der staats- und rechts-frommen Geldgläubigkeit derjenigen düpieren, die Mark gleich Mark setzten. Er sah, wie die andern es machten – die Reusch und die Stumm, Peter Klöckner, Otto Wolff, Jacob Michael und vor allem Hugo Stinnes: Sie setzten jede Mark, eigene Mittel, staatliche Entschädigungen, Subventionen und Kredite, in «Sachwerte» um, lieferten Kohle und Eisen gegen Eigentumstitel an Unternehmungen, schufen zwar keine neuen Werte, sondern «gruppierten sie um», indem sie sie zu Konzernen zusammenfassten, gewannen Monat um Monat an Einfluss und Macht, einfach damit, dass sie nichts weiter taten, als den Verfall der Mark vorwegzunehmen, dem sich Regierung und Behörden mit tragischem Ungeschick entgegenwarfen.

Wer da nicht mitmachte, hatte es sich selbst zuzuschreiben.

Flick mindestens dachte nicht daran, den Stahl der Charlottenhütte gegen schlechtes Geld zu verkaufen und den Ertrag zu schnell entwerteten Bankguthaben auflaufen zu lassen. Er suchte – damals noch ohne Bankunterstützung – Möglichkeiten zur produktiven Anlage der Gewinne, und da ihm der Weg ins Ruhrgebiet, zur Kohlenbasis der Charlottenhütte, von August Thyssen und Peter Klöckner versperrt wurde, griff er gleich weit hinaus ins deutsche und polnische Oberschlesien.

Im gleichen Sommer 1920, in dem Hugo Stinnes den Bochumer Verein an sich brachte – unterstützt nicht nur vom Maklergenie seines Freundes Hugo J. Herzfeld, sondern mehr noch von der Zugkraft der Überfremdungslegende, die seine Presse lancierte –, war es Friedrich Flick gelungen, sich an die ober-schlesische Bismarckhütte heranzuarbeiten, die 1872 als Kattowitzer AG für Eisenhüttenbetrieb gegründet worden war und sich unter der Leitung von Wilhelm Kollmann, Emil Marx und namentlich des welterfahrenen Max Meier zu einem hervorragenden Hüttenwerk ent-

wickelt hatte. Flick hatte in aller Stille und so geschickt die Drähte gezogen, dass er schon fast im Besitz der Mehrheit war, als im August 1920 die Börse, die Banken und die Verwaltung der Bismarckhütte merkten, dass überhaupt etwas im Gange war. Gerade diese Heimlichkeit aber erhöhte seinen Erfolg zum totalen Sieg: Die Bismarckhütte leistete der Majorisierung keinen Widerstand mehr.

Immerhin, so naiv war die öffentliche Meinung damals doch noch, die Frage nach der technisch-wirtschaftlichen Ratio der Flickschen Expansion, d.h. nach einer anderen ökonomischen Rechtfertigung zu stellen, als derjenigen, die sich im Gesetz des Dschungels anbot, welches die Inflation in Kraft gesetzt hatte. Und siehe da, die Fachpresse fand eine Antwort: Die Charlottenhütte, bei der Friedrich Flick zugleich Generaldirektor und Grossaktionär war, hatte eine schwache Stelle in der Kette ihrer von der Eisenerzgrube bis zum Walzwerk reichenden Betriebe: Die Rohstahlerzeugung war nicht ausreichend entwickelt. Die Bismarckhütte andererseits besass in Bochum die Westfälischen Stahlwerke. Offenbar also, folgerte die Presse, habe Flick die Majorität in Oberschlesien erworben, um mit dem Erwerb des Bochumer Betriebs das allzu schwache Glied in der Betriebskette der Charlottenhütte zu verstärken. Und da in der Tat die Westfälischen Stahlwerke aus dem Konzern der Bismarckhütte ausgegliedert und unter dem Namen Westfalen-Stahlwerke AG der Charlottenhütte als Tochtergesellschaft angeschlossen würden, schien sich die Vermutung der Journalisten alsbald zu bestätigen. Nur schade, dass Flick die Westfalen-Stahlwerke AG schon vor Ablauf eines einzigen Jahres, im Juni 1921, an die Rombacher Hüttenwerke verkaufte. Mit einem ansehnlichen Kursgewinn natürlich.

Inzwischen freilich hatte sich mit dem Fortschreiten der Inflation die konzernpolitische Praxis der Sachwertkäufe soweit entwickelt, dass man betriebswirtschaftliche Erwägungen über den Sinn dieser oder jener Erwerbung kaum noch anstellte. Die Öffentlichkeit nahm es kaum zur Kenntnis, als Friedrich Flick Ende 1921 die Mehrheit der Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb erwarb, die seit ihrer Gründung (1889) unter der Leitung des bedeutenden Generaldirektors Williger – er schied erst 1931 aus seinem Amt aus – eine führende Rolle in der Technisierung des oberschlesischen Bergbaus gespielt hatte.

Auch die Majorisierung der oberschlesischen Eisenindustrie AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, die 1887 gegründet und jahrzehntelang von Alexander Israel als Hüttenmann, von Alexander Zuckerkanal als Kaufmann erfolgreich geleitet worden war, vollzog sich weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit, obwohl das spekulative Genie Friedrich Flicks sich hier zum erstenmal glänzend bewährte. Der Siegerländer Generaldirektor hatte zunächst nämlich nur die Minderheit der Aktien erworben. Doch immerhin die Sperrminorität, an deren Einspruch jeder Versuch einer Kapitalerhöhung gescheitert wäre, die seine Stellung hätte schwächen oder seine Pläne durchkreuzen können. Da die Gesellschaft nur im Waldenburger Revier ein wenig ergebni-

ges Kohlen-Bergwerk besass und – wenn auch nicht hoch – verschuldet war, bot sich ihm bald Gelegenheit, seine Stellung als Grossaktionär zu nutzen: Er bot der Oberschlesischen Eisenindustrie die aus der Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetrieb ausgegliederte Preussengrube und einen Betrag von 200 Mill. Mark an, wofür er als Preis nur 60 Mill. Mark in jungen Aktien verlangte. Da aber die Aktien der Oberschlesischen Eisenindustrie mit 9'600 an der Börse notiert wurden, d.h. da sie 96mal soviel wert waren, wie ihr Nennwert besagte, erhielt er tatsächlich den Gegenwert von 5,76 Milliarden Mark – ganz davon zu schweigen, dass ihm das Aktienpaket die Mehrheit bei der Gesellschaft einbrachte. Die Sache war ganz einfach gewesen: Durch die Einbringung einer Sacheinlage – der Preussengrube –, die er einem vorher erworbenen Besitztum entnahm und einer relativ kleinen Geldsumme, die er sich durch die Beleihung eines ebenfalls kleinen Aktienpakets beschaffen konnte, hatte Friedrich Blick sich in den Besitz eines der grossen, traditionsreichen ober-schlesischen Hüttenwerke gebracht.

Zu welchem Ende? Etwa um ein betriebswirtschaftlich hervorragendes Kombinat ober-schlesischer Hütten und Zechen zu schaffen oder um den Ausbau der siegerländischen Charlottenhütte zu betreiben?

Nichts davon. Für die Charlottenhütte war nur die Eisensteingrube Neue Haardt abgefallen, die Flick vom Verkauf der Westfalen-Stahlwerke ausgenommen hatte. Den Konzern Bismarckhütte-Kattowitzer Bergbaugesellschaft, den er zunächst an die tschechisch-österreichische Gruppe Weinmann-Bosel zu veräussern versucht hatte, verhandelte er an Stinnes, d.h. an die Rheinelbe-Union, womit er den Grundstein zu seiner späteren Machtposition im Ruhrrevier legte; die Majorität bei der Oberschlesischen Eisenindustrie AG brachte er in die Linke-Hofmann-Lauchhammer AG ein, die mit der AEG das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf bei Berlin errichtete, und gab ihr ferner eine Beteiligung an seiner AG Siegener Eisenindustrie, die er mit dem Hochofenwerk Müser und der Grube Stahlberg ausgestattet hatte.

Die Bedeutung dieser Transaktionen konnte damals allerdings niemand übersehen – auch nicht Flick. Sie kamen erst zum Tragen, als die Vereinigten Stahlwerke und die Mitteldeutschen Stahlwerke gegründet wurden.

An den Vereinigten Stahlwerken, die am 7. Mai 1926 durch die Zusammenfassung der Komplexe Rheinelbe-Union, Thyssen, Phoenix und Rhein Stahl geschaffen worden waren, war Flick mittelbar als Rheinelbe-Grossaktionär beteiligt, unmittelbar aber dadurch, dass er am 1. Juli 1926 die produktiven Anlagen der Charlottenhütte AG in Attendorf, Eichen, Eisern, Weidenau und Wernsberg in die Vereinigten Stahlwerke einbrachte, wodurch die Charlottenhütte zur reinen Holdinggesellschaft wurde. Ähnlich, aber doch noch etwas komplizierter, verhielt es sich bei den Ende 1926 gegründeten Mitteldeutschen Stahlwerken.

Zunächst nämlich war im deutschen Oberschlesien eine montanindustrielle Konzentration erfolgt, die sich nicht der Art, sondern nur der Grössenordnung nach von der im Ruhrgebiet geschehenen Zusammenfassung unterschied. Die drei Konzerne

Linke-Hofmann-Lauchhammer, Oberschlesische Eisenbahnbedarfs AG und Donnersmarckhütte hatten am 19. Juni 1926 die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG mit dem Sitz in Gleiwitz errichtet. Da die Vereinigten Stahlwerke, Hauptaktionär Friedrich Flick, Grossaktionär bei Linke-Hofmann waren, die ihrerseits die dominierende Rolle bei «Oberost» spielten, ist die Tragweite dieses Vorgangs leicht abzusehen.

Es folgte nun als dritter Akt, Ende 1926, die Gründung der Mitteldeutschen Stahlwerke: In diesen neuen Konzern brachte die Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe – wo, notabene, Hauptaktionär die Vereinigten Stahlwerke, Grossaktionär aber Friedrich Flick war – die Werke Riesa, Gröditz, Lauchhammer und Burghammer, ferner ihre Beteiligung an Hennigsdorf und die auf sie entfallene Hälfte der OberostAktien ein; gleichzeitig gliederte sie ihren produktiven Restbesitz in die Linke-Hofmann-Werke AG, Breslau, und die Maschinen- und Waggon-Fabrik vorm. Busch AG, Bautzen, auf; die Vereinigten Stahlwerke gaben an «Mittelstahl» das Stahl- und Walzwerk Weber in Brandenburg ab, die Alpine Montangesellschaft übereignete ihren Besitz an Aktien der Bismarckhütte auf den Stahlverein. Neben dem mächtigen Montankonzern des Ruhrgebiets also, der bald zwei Fünftel der gesamtdeutschen Stahlerzeugung und ein Drittel der deutschen Kohlenförderung repräsentierte, hatte sich Friedrich Flick als Beherrscher der mittel- und südostdeutschen Montanreviere behauptet.

Aber das war nur der Anfang: Die Vereinigten Stahlwerke sahen je länger, je mehr, dass die Aufgaben, die sie sich im Westen gestellt hatten, all ihre Kräfte binden würden: Mittelstahl verkaufte sein Oberost-Paket und löste sich so von Schlesien; die Vereinigten Stahlwerke andererseits überliessen die Mehrheit bei den Mitteldeutschen Stahlwerken der Charlottenhütte AG und der «Maxhütte», d.h. der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH in Sulzbach-Rosenberg-Hütte, deren Mehrheit 1929 aus Röchling-Besitz an Friedrich Flicks Holding, eben die Charlottenhütte, übergegangen war.

Flick war also kein armer Mann, als er sich im Frühjahr 1932 von Gelsenberg und damit von der Herrschaft über die Vereinigten Stahlwerke trennte; obwohl ein beträchtlicher Teil des phantastisch überhöhten Verkaufserlöses, den das Reich, d.h. die Steuerzahler, nicht so sehr für das Aktienpaket, sondern für die Abwendung der freilich nicht existierenden «welschen Gefahr» gezahlt hatte, für die Abgeltung seiner Bank- und Konzernverbindlichkeiten draufgingen. Er besass immer noch die Mehrheit bei der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, die in Sachsen die alten Lauchhammer-Werke, in Brandenburg das grösste deutsche Grobwalzwerk, das aus dem kleinen Walzwerk Weber herangewachsen war, und bei Berlin das bedeutende Stahlwerk Hennigsdorf betrieb; er besass, über die Charlottenhütte, die hohe Majorität der Maximilianshütte mit Werken in Sulzbach-Rosenberg, Waldhof und Unterwellenborn bei Saalfeld; er besass immer noch Beteiligungen in Oberschlesien und nicht zuletzt einen stattlichen Anteil an «Rheinbraun», der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation.

Und damit, mit dem Rheinbraun-Kapital, beginnen wir einen neuen Abschnitt der verworren-verwirrenden Geschichte des Dr.h.c. Friedrich Flick.

Die Sache hatte damit angefangen, dass Fritz Thyssen, der Sohn des Konzernstifters August Thyssen, im Jahre 1924 für rd. 5 Mill. RMark Harpener Bergbau-Aktien an die Rheinbraun-Gesellschaft verkauft hatte, die ihren Aufstieg zur führenden Rolle im linksrheinischen Braunkohlenrevier der einfalls- und initiativreichen Arbeit ihres Generaldirektors Paul Silverberg verdankte. Der Rheinbraun-General wurde daraufhin 1925 in den Harpener Aufsichtsrat und schon zwei Jahre später als Nachfolger Robert Müsers ins Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden berufen. Sehr zum Vorteil der Harpener Bergbau-AG, wofür allein schon die Höhe der von Silverberg veranlassten produktiven Investitionen – 110 Mill. RMark in den Jahren 1926-1931 – berektes Zeugnis ablegt.

Anfang 1929 verkaufte Thyssen für weitere 12 Mill. RMark Harpener Aktien an Rheinbraun, und im gleichen Jahr erwarb die Gesellschaft für nominell 22,3 Mill. RMark Harpen-Anleihe von der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, wofür sie eigene Aktien im Nennwert von 11,7 Mill. RMark in Zahlung gab. Offenbar blieben nicht alle diese Papiere in den Rheinbraun-Tresors liegen. Doch verfügte die Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation 1932 immer noch über Harpen-Aktien im Nennwert von 36,352 Mill. RMark. Sie war der bis dahin grösste Grossaktionär einer der grössten Steinkohlenzechen des Ruhrgebiets: dank der Tatkraft Paul Silverbergs, der mit den Aktienkäufen weitgesteckte Ziele hinsichtlich des Verbandes von Braun- und Steinkohle verfolgte.

Bevor nun Dr. Friedrich Flick im Frühjahr 1932 seine Gelsenberg-Mehrheit ans Reich veräusserte, erwarb er das inzwischen auf nominell 13 Mill. RMark aufgerundete Rheinbraun-Paket der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, wofür er wahrscheinlich jenen Kredit bei der eigenen oder vielmehr bei der von ihm majorisierten Gesellschaft in Anspruch nahm, welcher der zeitgenössischen Publizistik soviel Kopferbrechen gemacht hat. Zusammen mit den 8 Mill. RMark Rheinbraun, die die Charlottenhütte schon besass – sie hatte sie kurz vorher von der krisenbedrängten Danatbank übernommen –, verfügte seine Holding nun über nominell 21 Mill. RMark in Rheinbraun-Anteilen. Friedrich Flick war über Nacht zum Hauptaktionär bei der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation geworden.

Aber daran lag ihm ganz offenbar nicht viel.

Es ging ihm nicht um die Braun-, sondern um die Steinkohle; genauer gesagt: es ging ihm um das Harpener Paket der Rheinbraun-Gesellschaft. Er schlug also einen Tausch vor: sein Rheinbraun-Paket gegen den 36 Mill.-Stapel HarpenerAktien der Rheinbraun-Gesellschaft. Vergebens freilich: Silverberg wollte nicht.

Aber Silverbergs Tage waren gezählt. Nicht nur weil die nationalsozialistische Machtergreifung bevorstand, die dem jüdischen Industriepionier doch nur eine Schonzeit gönnt hätte, ehe sie ihm den Garaus machte; sondern weil ein anderer

Interessant, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, bloss auf die Gelegenheit wartete, sich mit der Majorisierung der Rheinbraun in den Besitz einer eigenen, entwicklungsfähigen Energiebasis zu setzen.

Damit rechnete Flick. Er war überzeugt, dass das RWE ihm für sein Rheinbraun-Paket, durch dessen Erwerb das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk aus der Reihe der Minderheitsaktionäre zur unbestrittenen Herrschaft über die Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation samt ihren Beteiligungsgesellschaften aufsteigen wollte, nur zu gern den Preis zahlen würde, den ihm Silverberg verweigert hatte: die Harpen-Aktien. So geschah es denn auch. Nachdem die RWE-Verwaltung, dank der Majorität, zu der ihr Flick verholten hatte, über Rheinbraun verfügen konnte, löste sie das Wort ein, das sie Flick gegeben hatte: Sie übereignete ihm – nachträglich, notabene – das Harpen-Paket der Rheinbraun. Ein gutes Geschäft für die beiden Partner, deren einer mit geliehenem Geld und deren anderer ohne überhaupt Geld einzusetzen zu einem überaus wertvollen Besitztum gekommen war. Aber ein tragischer Handel für Silverberg, der bis dahin der unbestrittene Herr bei Rheinbraun, der unternehmerische Initiator bei Harpen und – so unglaublich das klingen mag – einer der drei stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzer beim RWE gewesen war, dessen rohstoffpolitisches Machtstreben den Handel mit Flick und seine, Silverbergs, eigne Entmachtung erst möglich gemacht hatte.

Seine Epoche ging zu Ende. Am 31. März 1933 schied Silverberg aus dem Amt des Aufsichtsratsvorsitzers bei Rheinbraun aus, am 3. August legte er den Posten des Aufsichtsratsvorsitzers bei der Harpener Bergbau AG nieder; am 23. Januar 1934 wird Dr. h.c. Friedrich Flick, der nun schon über 45,8 Prozent der Harpen-Aktien verfügt, zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Harpener Bergbau AG gewählt.

Bei Harpen kündigte die neue Zeit, die Epoche Flick, sich mit einer bemerkenswerten Transaktion an. Darüber berichtete der Geschäftsbericht für 1935: «Im August 1935 haben wir eine Neuordnung unseres Eigenkapitals dadurch vorgenommen, dass von unserem gesamten Aktienkapital von RMark 90,3 Mill. unter Einziehung von RMark 300'000.- Vorzugsaktien ein Betrag von RMark 30 Mill. in substanzgesicherte, mit mindestens 4½ Prozent verzinsliche Schuldverschreibungen umgewandelt ist.»

Was bedeutet das? Warum geschieht das? Inwiefern ist das so wichtig, dass man heute noch daran erinnert?

Der Geschäftsbericht erläutert: «Mit dieser Massnahme wurde der Zweck verfolgt, den Aktionären für einen Teil ihres Besitzes eine Mindestrente zu sichern und der Gesellschaft selbst die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital durch Tilgung dieser Schuldverschreibungen allmählich auf ein für die Zukunft angemessenes Verhältnis zum Umsatz zurückzuführen.»

Wirklich? Ist es Flick gar so sehr um das Interesse der freien Aktionäre zu tun? Und vollends: ist im Zeichen der beginnenden Rüstungskonjunktur ein Rückgang des Umsatzes zu erwarten, der es notwendig machen sollte, das Kapital «auf ein angemessenes

senes Verhältnis zum Umsatz zurückzuführen», das Grundkapital also zu verkleinern?

Wohl kaum. Die Transaktion diene zwei anderen Zwecken. Zum ersten dem Ziel der Steuereinsparung, denn für langfristiges Leihkapital brauchte weniger an den Fiskus abgeführt zu werden als für Aktienkapital. Zum zweiten und vor allem aber war es für Flick erheblich billiger – selbst wenn auch er von der Umtauschoperation betroffen war –, sich die Mehrheit eines 60 Mill.-Kapitals als die eines 90 Mill.-Kapitals zu sichern. Und in der Tat wurde schon 1936 bekannt, dass Flick seinen Anteil an Harpen auf «über 51 Prozent», d.h. auf etwa 60 Prozent, hatte erhöhen können. Das Aktienpaket wurde auf die Maxhütte übertragen, während diese die voll in ihrem Besitz befindlichen Kuxe der Gewerkschaft der Steinkohlenzeche Mont Cenis an Harpen abtrat.

Wie bei der Maximilianshütte – wo er 1929 etwas mehr als 50 Prozent aus Röchling-Besitz, 1930 weitere 25 Prozent aus belgischem Besitz erworben hatte –, war Flick nun auch bei Harpen der Herr im eigenen Haus. Zugleich hatte er erreicht, dass er für die Harpener Bergbau AG das Privileg der Hütten-Zeche in Anspruch nehmen konnte: Die Maxhütte hatte in Harpen die Kohlenbasis für ihre beständig steigende Produktion gewonnen. Weit davon entfernt, dass – wie der Geschäftsbericht für 1935 orakelt hatte – der Umsatz rückläufig und damit eine Kapitalherabsetzung notwendig geworden wäre, der Umsatz stieg, die Erzeugung nahm rapide zu: beim Erz von 833'000 t im Jahre 1935 auf 1,16 Mill. t im Jahre 1938, beim Roheisen von 318'000 auf 533'000 t, beim Rohstahl von 363'000 auf 613'000 t und beim Walzstahl von 302'000 auf 499'000 t.

Kein Wunder, dass Flick sich von der Woge der Gewinne zu neuer Expansion tragen liess. Er erwarb im Jahre 1936 von Henschel für nominell 25 (von insgesamt 63) Mill. RMark Aktien der Essener Steinkohlenbergwerke AG, die damals 4,8 Mill. t Kohlen förderte, und holte sich, was ihm an 100 Prozent noch fehlte, als das Reich im Zuge der Reprivatisierung das produktive Faustpfand herausgab. Im gleichen Jahr wurden die Beteiligungen bei Linke-Hofmann, Breslau, und der Waggon- und Maschinenfabrik AG vorm. Busch, Bautzen, die im Zuge der Sanierung abgestossen worden waren, wieder von Mittelstahl übernommen und ferner die Minderheitsbeteiligung, die Linke über die Gewerkschaft Glückhilf bei der Niederschlesischen Bergbau-AG besass, von der heimgekehrten Tochter auf die Muttergesellschaft übereignet.

Das Jahr 1937 brachte nur konzerninterne Umgruppierungen und die Umgründung der bisher als Konzernspitze dienenden Siegener Eisen-Industrie AG in die heute noch bestehende Friedrich Flick KG.

Die beiden nächsten, nun schon im Zeichen der Arisierung stehenden Jahre 1938 und 1939 waren wieder ergiebig: Zunächst konnte Flick 35-40 Prozent der Hochofenwerke Lübeck AG – heute Metallhüttenwerk Lübeck AG – aus Hahnschem Besitz an sich bringen, das Paket alsbald zur Majorität aufrunden und im Zusammenhang mit dieser Erwerbung entscheidenden Einfluss bei der Berliner Erzhandelsfirma Rawack & Grünfeld AG gewinnen. Von wesentlich grösserer Bedeutung aber war, dass es ihm

gelang, aus dem Besitz des Julius-Petschek-Konzerns die Majorität des 16,1 Mill.-Kapitals der Werschen-Weissenfelder Braunkohlen AG und der mit einem Grundkapital von 20,2 Mill. RMark ausgestatteten Anhaltischen Kohlenwerke AG zu erwerben; denn damit hatte er die bisher noch bestehende Lücke in der Brennstoffbasis seiner Hüttenwerke geschlossen: Für die sächsischen und thüringischen Stahlwerke lieferten die mitteldeutschen Braunkohlengruben, die Maxhütte in Bayern bezog Harpener Koks, die Stahl- und Walzwerke in Hennigsdorf und Brandenburg wurden von der niederschlesischen Basis aus versorgt.

Zuweilen fällt freilich ein Wermutstropfen in den Wein des Erfolgs. So damals, als Hermann Göring, der «Beauftragte für den Vierjahresplan», kurzerhand die Abtretung der Zechengruppe Herne mit den Zechen Julia, Recklinghausen I und II sowie der Zeche Victoria mit der Gewerkschaft Victoria Fortsetzung an die Reichswerke «Hermann Göring» anordnete – eines Komplexes, der immerhin ein Drittel der Harpener Förderung und ein Viertel der Kokerzeugung bestritten hatte. «Den Gegenwert für diese Steinkohlensubstanz», heisst es im Geschäftsbericht für 1939, «leisteten die Reichswerke in Braunkohlensubstanz, und zwar brachten sie ihre im Bereich des Ostelbischen Braunkohlen-Syndikats gelegenen Betriebe Welzow und Niederlausitz in die Anhaltischen Kohlenwerke ein und übertrugen die ihnen hieraus zufließenden neuen Aktien dieser Werke auf uns. In diesem Zusammenhang ist gleichzeitig die Verschmelzung der Anhaltischen Kohlenwerke mit der Werschen-Weissenfelder Braunkohlen AG und der Montanwerke-Verwaltungsgesellschaft mbH erfolgt...»

Dann kam der Krieg und nach dem Krieg der Zusammenbruch, auch für den verwegenen Zertrümmerer und Stifter riesiger Montankonzerne.

Flick wird am 13. Juni 1945 in Bad Tölz verhaftet, zweieinhalb Jahre später von einem amerikanischen Besatzungsgericht in Nürnberg zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, aber schon am 25. August 1950 im Zuge einer allgemeinen Haftzeitverkürzung aus der Landsberger Haftanstalt entlassen – nachdem wohl auch die Militärregierung sich von der Fadenscheinigkeit der Urteilsgründe überzeugt hat.

Der Siebenundsechzigjährige war durch die Haft nicht gebrochen, wie ihn auch der Verlust des weitaus grössten Teils seines Vermögens, der Hütten, Fabriken, Zechen, Gruben und Handelsgesellschaften in Ost- und Mitteldeutschland, nicht zu Boden gezwungen hatte. Es blieb ihm ja auch im Westen noch genug, um einen Neubeginn auf breiter Basis zu starten. Im Wesentlichen waren dies:

1. Die volle Verfügung über die Eisenwerk Gesellschaft Maximilianshütte, soweit deren Betriebe nicht in der Sowjetzone lagen (durch einen am 13. Dezember 1951 geschlossenen Vertrag wurden 26 Prozent der Maxhütten-Anteile auf den bayerischen Staat übertragen, inzwischen ist diese Minorität aber von der Flick KG wieder zurückerworben worden),
2. 82 Prozent der Anteile der Hochofenwerk Lübeck AG (jetzt Metallhüttenwerk Lübeck AG in Herrenwyck bei Lübeck, die als ein Unternehmen der Chemischen Industrie nicht von der montan-

industriellen Neuordnung, d.h. von der Entflechtung, betroffen wurde), die 60,2-prozentige Beteiligung an der Harpener Bergbau AG, Dortmund, die auf 56,2 Prozent abgesunkene Beteiligung an der Essener Steinkohlen-Bergwerks-AG, Essen.

Allerdings wurde die Flick-Gruppe als ganze, Dr. Friedrich Flick und seine Söhne, gemäss der Handhabung der alliierten Entflechtungsgesetze vor die Entscheidung gestellt, sich entweder vom Eisen- oder vom Kohlenbesitz zu lösen, und Friedrich Flick persönlich mit der Auflage bedacht, auf eine montanindustrielle Betätigung in Deutschland künftig zu verzichten. Aber so bitterböse das Verdikt zunächst auch aussah, der Vollzug des Urteils erwies sich als halb so schlimm.

Flick entschied sich für die Abstossung der Zechen. Während aber Alfried Krupp, der gleichfalls unter Verkaufsaufgabe gestellt wurde, die Zeit für sich arbeiten liess und erst im Dezember 1956 – nachdem Verkaufsverhandlungen mit Italien zu keinem Geschäftsabschluss geführt hatten – ein Stück aus seinem montanwirtschaftlichen Kernbesitz, die Constantin-Mehrheit, an ihm nahestehende Firmen abstiess: offenbar in der Hoffnung, dass die Verkaufsaufgabe doch noch abgewendet wird, handelte Flick überraschend schnell. Da die Verhandlungen mit der Bundesbahn sich zerschlagen hatten, nahm er Verbindung mit einer französischen Gruppe auf, die dazu führte, dass das Geschäft schon im Mai 1953 perfekt zu werden schien. In letzter Stunde sprang jedoch die wichtige de-Wendel-Gruppe mit der Begründung ab, dass sie ihren Kohlenbedarf aus den schon lange in ihrem Besitz befindlichen deutschen Zechen (Friedrich Heinrich AG und Heinrich Robert AG) decken könne. Nach einem weiteren Jahr war es dann endlich soweit: Ein aus zehn französischen Gesellschaften bestehendes Konsortium, die Sidechar, übernahm die Flicksche Harpen-Majorität. Für ein Aktienpaket im Nennwert von 76,868 Mill. DMark, das bei einem Börsenkurs von 87,5 Prozent zurzeit des Vertragsabschlusses 67,26 Mill. DMark wert war, erhielt Dr. Friedrich Flick 180 Mill. DMark, d.h. mehr als das Zweieinhalbfache, um genau zu sein: 267,62 Prozent des Marktwerts. Kein schlechtes Geschäft für Flick; aber auch kein Verlustabschluss für die Franzosen, denn Harpen ist mit seinen 1,4 bis 1,6 Milliarden t abbauwürdiger Kohlen eine der reichsten deutschen Zechen: Zu den Kohlenzügen, die die Förderung des Eschweiler Vereins, seit jüngster Zeit auch der Bergbau AG Lothringen, nach Luxemburg und den Ertrag der de-Wendel- Zechen nach Frankreich bringen, gesellen seit Jahr und Tag sich die kilometerlangen Ketten der Grossraumwagen, die den Werksebstverbrauch der Sidechar-Mitglieder mit Harpener Kohle versorgen. Auch das ist ein Aspekt der deutschen Kohlennot.

Ganz nebenbei sei noch angemerkt, dass die heute von Frankreich aus beherrschte Harpener Bergbau-AG in Ausnutzung einer Option, die der Gesellschaft schon in der Ära Flick von der Westfalenbank eingeräumt wurde, sehr schnell dazu geschritten ist, die Mehrheit bei drei von vier Unternehmungen der in Witten beheimateten Fettsynthese – Imhausen Werke GmbH, Imhausen & Co GmbH, Märkische Seifen-Industrie

KG –, einstmals der Stolz des Vierjahresplanes, an sich zu bringen.

Andrerseits bleibt nachzutragen, dass Friedrich Flick, der sich bis dahin mit Harpen in den Besitz der Chemische Werke Bergkamen AG (K 12 Mill. DMark) geteilt hatte, im ersten Halbjahr 1956 seine Bergkamen-Hälfte an die Harpener Bergbau-AG verkaufte. Zu welchem Preis, ist nicht bekannt, ist auch nicht annähernd zu errechnen, da die restlos in festen Händen liegenden Aktien an der Börse nicht notiert wurden. Doch kann er nicht ganz gering gewesen sein; fürs erste, da die Transaktion Harpen zum einzigen Herrn im Hause Bergkamen gemacht hat; zum zweiten, da die Sachanlagen, die die Gesellschaft seit der Währungsreform finanziert hat, über der 10-Mill.-Grenze liegen. Dem steht freilich gegenüber, dass Bergkamen mit seiner Fischer-Tropsch-Produktion zu den Problemunternehmen im Ruhrgebiet gehört und im Wettbewerb mit der Rohölverarbeitung schwer um sein Dasein zu kämpfen hat. So dass, wie man die Dinge auch ansieht, nur dieses eine festzustehen scheint: dass Friedrich Flick sich mit gutem Gewissen von Bergkamen getrennt hat.

Doch nun zurück zur eigentlichen Entflechtung.

Friedrich Flick besass, wie erinnerlich, auch noch die Majorität der Essener Steinkohlenbergwerke AG. Für diese Mehrheit fand sich alsbald ein kaufkräftiger deutscher Interessent: Sie wurde von der aus dem Mannesmann-Konzern entflochtenen Consolidation übernommen, die inzwischen zu Mannesmann zurückgekehrt ist. Um die Maxhütte aber nicht ganz ohne Kohlengrundlage zu lassen, sind einige Zechen und Felder (Grillo [?], Grimberg Y und [?] Dorstfeld/Oespel und die Berechtsame Monopol/Ostfeld) aus den Essener Steinkohlenbergwerken ausgegliedert und in die neugegründete Monopol Bergwerks-AG eingebracht worden. Die Monopol gehört der Maxhütte, wenn die Zechenanlagen auch noch bis 1957 an Harpen verpachtet sind. Im März 1956 hat die Maximilianshütte allerdings eine Minderheit der Monopol-Aktien an die Fränkische Energie-GmbH, Nürnberg, abgegeben, in deren Besitz sich die Mehrheit der Grosskraftwerk Franken-AG befindet.

Die Interessennahme erfolgte, so heisst es in einer Verlautbarung der Friedrich Flick KG, um es der Monopol zu ermöglichen, «an den zusätzlichen Abbau der im Nordost-Feld Monopols anstehenden bedeutenden Gaskohlenvorräte heranzugehen und durch den Verbrauch grösserer Rohgaskohlenmengen beim Grosskraftwerk Franken eine beachtliche Förderungssteigerung um 20 bis 30 Prozent der Monopol-Anlagen durchzuführen». Die erforderlichen Investitions- und Ausbauprogramme seien bereits ausgearbeitet und würden bald anlaufen.

Darüber hinaus ergeben sich aber auch bedeutende Transporteinsparungen. Die Maximilianshütte wird künftig von Franken aus mit Grosskoks beliefert werden, für den früher kaum Absatzmöglichkeiten bestanden hatten. Der auf den Monopol-Anlagen anfallende Brechkoks wird nicht mehr nach Süddeutschland versandt, sondern gelangt in die Fischer-Tropsch-Anlage der nahegelegenen Chemischen Werke Bergkamen, zu denen die Flick-Gruppe auch nach dem Besitzwechsel, der ihren 50prozentigen Bergkamen-Anteil an die Harpener Bergbau-AG überantwortete, gute Be-

ziehungen unterhält. Verständlicherweise, denn bei einer der zehn Gesellschaften des Sidechar-Konsortiums, an das Dr. Flick die Harpen-Majorität verkaufte, bei Chatilion-Commentry et Neuves-Maisons bzw. bei einer ihrer Betriebsgesellschaften, ist er seit 1955 als Grossaktionär beteiligt.

So ist also auf der Kohlenseite alles aufs Beste geordnet – in dem Sinne nämlich, dass Flick sich sogar weiter von der Kohle samt ihrer Problematik distanziert hat, als die Entflechter von ihm verlangt hatten – und was die Eisenseite angeht, ist praktisch keine umstürzende Änderung eingetreten. Das Hochofenwerk in Lübeck, das neuerdings als Metallhüttenwerk firmiert, obwohl auch hier Roheisen erschmolzen wird, blieb ohnehin im Mehrheitsbesitz der Konzernspitze, als welche die Flick-KG nach wie vor anzusehen ist. Für die Übernahme der Maximilianshütte dagegen wurde eine besondere Gesellschaft, die Merkur Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmungen mbH, Düsseldorf, gegründet. Aber auch sie ist so aufgebaut, dass der Hauschronist der Maxhütte mit Recht sagen kann, der Mehrheitsbesitz an der Eisenwerke-Gesellschaft der Maximilianshütte liege «nach wie vor geschlossen bei der Familie Flick». Heute sind an der Maxhütte die Merkur mit 74 Prozent, die Friedrich Flick KG mit 26 Prozent beteiligt.

So klar die Neuordnung des der Flick-Gruppe im Westen verbleibenden Besitztums aber auch scheint, es ist schwer, ja praktisch unmöglich, sich einen klaren Überblick über Gliederung und Reichweite des neuen Flick-Konzerns zu verschaffen. Schon darum, weil dieser Konzern nicht nur über eine Holding verfügt, wie es im Allgemeinen zu sein pflegt, sondern deren sieben oder acht besitzt. Es sind dies:

Friedrich Flick KG, Düsseldorf,
 Merkur Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmungen mbH, Düsseldorf,
 Société de Gestions et de Participations Mercure, Paris,
 Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH, Düsseldorf, Gesellschaft für Montaninteressen mbH, Düsseldorf,
 Gesellschaft für Fahrzeug- und Maschinenwerte mbH, Düsseldorf,
 Tefides-Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf,
 Verwaltungsgesellschaft Süd mbH i. L., Düsseldorf.

Was alles an Mehr- und Minderheitsbeteiligungen in den Tresors dieser Holdings- und Vermögensverwaltungsgesellschaften liegt, wissen wir nicht. Ebenso wenig ist zu erkennen, ob Unternehmen, die, wie die Linke-Hofmann-Werke GmbH in Düsseldorf oder die ATG-Maschinenbau GmbH in München, im Gewand von Produktionsgesellschaften auftreten, nicht auch gelegentlich Holding-Funktionen versehen. Und vollends bleibt es im Dunkeln, wenn eine der zahlreichen Handelsfirmen, über die Flick direkt und indirekt verfügt, das Geschäft eines Einzelgängers an sich bringt. Wir können nur, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu machen, den groben Umriss des Flick-Konzerns zeichnen – wobei immer zu bedenken ist, dass dieser Konzern keine Organisation, sondern ein lebender Organismus, das von Intellekt und Geschöpf eines

Mannes ist, dessen Lebensgesetz ihm die Erweiterung seiner Einfluss- und Machtsphäre zur Pflicht zu machen scheint.

Der Flick-Konzern

Friedrich Flick KG, Düsseldorf

(P. h. G. Dr. Friedr. Flick; Kommanditisten: Otto-Ernst Flick, Friedrich-Karl Flick)
Merkur Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmen mbH, Düsseldorf (Geschäftsführer: Otto-Ernst Flick,

Friedrich-Karl Flick, RA. Wilh. Bedbur, Konrad Kaietsch.

Gesellschafter: 1. Friedrich Flick KG mit 36,9 Mill. DMark.

2. Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH mit 100 000 DMark).

Friedrich Flick KG-Gruppe

1. *Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH*, Düsseldorf (StK 50 Mill. RMark) 100 Prozent
 - a) Daimler-Benz AG, Stuttgart (GK 72,16 Mill. DMark), 32,62 Prozent (dew. 7,62 Prozent Dr. Friedr. Flick)
 - b) Metallhüttenwerke Lübeck AG (GK 16 Mill. DMark), 56 Prozent
 - aa) Hüttenwerke Kayser AG, Lübeck (GK 4,2 Mill. DMark), 50 Prozent
2. *Gesellschaft für Montaninteressen mbH*, Düsseldorf (StK 8 Mill. DMark), 100 Prozent
 - a) Metallhüttenwerke Lübeck AG, 46 Prozent
 - aa) Norddeutscher Werkshandel GmbH, Hamburg (StK 100 000 DMark), 100 Prozent
 - bb) MAK Maschinenbau AG, Kiel (GK 7 Mill. DMark), 50 Prozent
 - b) Fränkischer Eisenhof Wollenweber & Go KG (K 450 000 DMark), 50 Prozent
 - c) Exportkontor für Stahlerzeugnisse, Maschinen und Bahnbedarf GmbH, Düsseldorf (StK 10 000 DMark), 100 Prozent
 - d) Sächsische Gussstahlwerke Döhlen GmbH, Döhlen (Sowjetzone)
 - e) Verwaltungsgesellschaft Süd mbH, in Liquidation, Düsseldorf (StK 40 000 DMark)
5. *Gesellschaft für Fahrzeug- und Maschinenwerke mbH*, Düsseldorf (StK 9 Mill. RMark), 99,973 Prozent
 - a) Fella-Werke GmbH, Feucht bei Nürnberg (StK 5 Mill. DMark), 90,65 Prozent; Rest bei der Maxhütte
 - b) Lauchhammer Maschinenbau und Stahlbau GmbH, Düsseldorf-Benrath (StK 1 Mill. DMark), 50 Prozent; (*SO Prozent bei der Demag*)

- c) Linke-Hofmann-Werke GmbH, Düsseldorf (StK 165 000 DMark), 90 Prozent
- d) Linke-Hofmann-Busch Waggon, Fahrzeug- und Maschinenbau GmbH, Salzgitter (StK 20 000 DMark), 90 Prozent
- e) ATG Maschinenbau GmbH, München (StK 500 000 DMark), 87,5 Prozent; 12,5 Prozent bei der Friedrich Flick KG)
 - aa) Siebel-ATG GmbH, München (StK 750 000 DMark), 66,67 Prozent
 - a) Flugzeugbau Nord GmbH, Hamburg StK 500 400 DMark, Bd. 1/3.
 - f) Tefides Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf (StK 20 000 DMark), 80 Prozent
- 4. *Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf* (GK 37 Mill. DMark) à 25 Prozent *
- 5. *Schrottag Bayerische Schrott-AG, Düsseldorf/Nürnberg* (GK 1 Mill. DMark). Gemeinsam mit Maxhütte Majorität
- 6. *Hansa-Eisen GmbH, Düsseldorf* (StK 2 Mill. DMark), 50 Prozent
- 7. *Deutscher Eisenhandel AG, Berlin* (GK 7,2 Mill. DMark). Massgebliche Beteiligung (gemeinsam mit Maxhütte: Maj.)
 - a) Mitteldeutsche Eisen-Handelsgesellschaft Carl Delius und Franz Ruthe GmbH, Hannover (StK 1 Mfl. DMark), 100 Prozent
 - b) Vorm. Ravene'scher Rohrhandel GmbH, Berlin (StK 300 000 DMark), 100 Prozent
 - c) Deutscher Zementhandel GmbH, Berlin und Hannover (StK 150 000 DMark), 100 Prozent
 - d) Verwaltungsgesellschaft Sickingenstr. 9-17 mbH, Berlin (StK 5000 DMark), 100 Prozent
 - e) Vorm. Ravene'scher Eisenhandel und Eisenbau GmbH, Berlin (StK 1 Mill. DM), 100 Prozent
 - aa) G. E. Dellschau GmbH, Berlin (StK 270 000 DMark), 100 Prozent
 - bb) Dellschau Stahlbau GmbH, Berlin (StK 300 000 DMark), 55 Prozent; weitere 45 Prozent bei d. G. E. Dellschau GmbH
 - a) Berliner Stahlchalungsgesellschaft mbH, Berlin (40 000 DMark), 87,5 Prozent
 - cc) Eisenlagergemeinschaft mbH, Berlin (StK 6000 DM), 100 Prozent
 - dd) Steicke & Co GmbH, Berlin (StK 5000 DMark), 100 Prozent
 - f) C. F. Weithas Nachf. GmbH, Berlin (StK 20 000 DMark), 95 Prozent
 - g) Ravené Stahl AG, Berlin (GK 1,2 Mill. DMark), 73,86 Prozent
 - aa) Vorm. J. E. Degner GmbH, Berlin-Minden (GK 150 000 DMark), 100 Prozent

- bb) Eisen-Export GmbH, Berlin
(GK 60 000 DMark), 50 Prozent; weitere 50 Prozent direkt bei Deutscher Eisenhandel AG
 - h) Köbbberling & Kurtze GmbH, Kassel
(StK 250 000 DMark), 68 Prozent
 - i) Rudolf Scheele & Co GmbH, Lübeck
(StK 240 000 DMark), 66,7 Prozent
 - k) G. E. Meisters Söhne, Hamburg
(StK 21 000 DMark), 66,7 Prozent
 - l) Walzeisen- und Metallhandel AG, Berlin und Hamburg
(GK 1 Mill. DMark), 42,5 Prozent
 - aa) Metallfabrikate GmbH, Berlin
(StK 100 000 DMark), 100 Prozent
 - m) Schulte & Schemmann KG, Hamburg
(K 951 568,59 DMark), 69,86 Prozent
 - aa) Ad. Harff & Co GmbH, Hamburg-Harburg
(StK 175 000 DMark), 100 Prozent
 - bb) Ernst Tweer GmbH, Hamburg-Altona
(StK 100 000 DMark), 100 Prozent
8. *Société des Aciéries et Tréfileries de Neuves-Maisons-Chatillon*
(K 3,677 Milliarden franz. Franc) 25 Prozent
(*Mehrh. bei: Comp. des Forges du Chatillon Commenter et Neuves Maisons SA, Paris*)
9. *Société de Gestions et de Participations Mercure, Paris*
a) Société Métallurgique Hainaut-Sambre, Couillet, Belg.
(K 630 Mill. belg. Franc), à 25 Prozent
 - aa) S. A. des Charbonnages Réunis Laura en Vereeniging Eyselshoven/
Niederl. (zusammen mit der »Arhed«)
 - bb) S. A. des Charbonnages de Houthalen, Houthalen, Verwaltung: Brüssel
(zusammen mit der Cockerill-Ougrée S. A. u. a. m.)
10. *Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar*
(GK 26,45 Mill. DMark). Mindestens 51 Prozent
 - a) Breuer-Werke GmbH, Frankfurt-Höchst
(StK 2,5 Mill. DMark), 100 Prozent
 - b) Buderus'sche Handelsgesellschaft mbH, Wetzlar
(StK 1 125 000 DMark), 100 Prozent
 - c) OMNICAL Gesellschaft für Apparatebau mbH, Wetzlar
(StK 100 000 DMark), direkt 90 Prozent, indirekt 10 Prozent
 - d) Zentroguss GmbH, Wetzlar
(StK 100 000 DMark), direkt 95 Prozent, indirekt 5 Prozent
 - e) Omniplast GmbH & Co KG, Frankfurt-Höchst
(StK 500 000 DMark), 60 Prozent
 - f) Krauss-Maffei AG, München
(GK 13 Mill. DMark), 51 Prozent
 - aa) Krauss-Maffei-Imperial GmbH, München
(StK 200 000 DMark), 25 Prozent
 - bb) Krauss-Maffei-Imperial GmbH & Co, München
(StK 400 000 DMark), 50 Prozent

- cc) Alte Haide Gemeinnützige Baugesellschaft mbH, München
(StK 506 280 DMark), 30 Prozent
 - g) Stahlwerke Röchling-Buderus AG, Wetzlar
(GK 9 Mill. DMark), 50 Prozent. Die anderen 50 Prozent bei der Röchling¹-sche Eisen- u. Stahlwerke GmbH, Völklingen, Zweigniederlassung Mannheim.
 - h) Hessische Berg- und Hüttenwerke AG, Wetzlar
(GK 15 Mill. DMark), 26 Prozent; Majorität beim Land Hessen
11. *Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG*, Sulzbach-Rosenberg (GK 60 Mill. DMark), 26 Prozent

«Merkur»-Gruppe

1. *Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG*, 74 Prozent
 - a) Monopol Bergwerks-AG, Kamen
(GK 40 Mill. DMark), Majorität; Minorität bei der Fränkische Energie GmbH
aa) »Angelika« Ruhrkohlen-Verkaufsgesellschaft mbH, Essen
 - b) Deutscher Eisenhandel AG (s. o.)
 - c) Schrottag (s. 0.)
 - d) Maxhütte Eisenhandels-GmbH, Sulzbach-Rosenberg
(StK 100 000 DMark), 100 Prozent
 - e) Maschinenfabrik Donauwörth GmbH, Donauwörth
(StK 600 000 DMark), 100 Prozent
aa) Waggon- und Maschinenbau GmbH
(StK 1,8 Mill. DMark)
 - f) Gewerkschaft Wittelsbach, Sulzbach-Rosenberg
(1000 Kuxe), 100 Prozent
 - g) Wohnungsbaugesellschaft »Heimaterde« mbH, Sulzbach-Rosenberg
(StK 100 000 DMark), 90 Prozent
 - h) Süd-Ferrum Eisenhandelsgesellschaft mbH, München
(StK 100 500 DMark), Frau Barbara Flick geb. Raabe 89,95 Prozent
aa) Süd-Ferrum Eisenhandelsgesellschaft mbH, Stuttgart
(StK 500 000 DMark), 100 Prozent
 - i) Establech Gesellschaft für Eisen-, Stahl- und Blecherzeugnisse mbH, Düsseldorf
(StK 500 000 DMark), 30 Prozent; ferner Konrad, Otto Albert und Frau Gerda Kalesch (Flick nahestehend): 30 Prozent
aa) Hanseatische Werft GmbH, Hamburg
(StK 800 000 DMark); Bet.
 - k) Auto-Union GmbH, Ingolstadt
(StK 20 Mill. DMark), 7,13 Prozent
2. *Brandenburger Eisenwerke GmbH, Düsseldorf*
(StK 10 000 DMark)

Als Flick ins tätige Leben zurückgekehrt war, verfügte er bald aus dem Verkauf seines Kohlenbesitzums über bedeutende Mittel: 180 Mill. DMark aus der Veräusserung der Harpener Majorität und einem Betrag in der Größenordnung von 40 bis 60 Mill. DMark aus dem Verkauf der Essener Steinkohlen-Mehrheit. Zu schweigen von der Handvoll Millionen, die ihm der Verkauf seines Anteils an Bergkamen noch 1956

eingebracht hat. Ein anderer, dem im siebten Jahrzehnt des Lebens zu seinen produktiven Besitztümern noch solche Vermögen zugefallen wären, hätte sich vielleicht darauf besonnen, dass es nun an der Zeit sei, der Musse zu leben, zu reisen, sich mit den Werken der Kunst bekannt zu machen, einen Obstgarten anzulegen oder auch nur einem Hobby nachzugehen, als Jäger oder Maler sich zu dilektieren: kurz, einen Traum zu verwirklichen, der ihn von Jugend an beseelt hatte.

Aber Flick hat wohl niemals geträumt, es sei denn davon, das Reich seiner wirtschaftlichen Machtübung zu erweitern. Und das hat er denn auch, seit er die Tore des Landsberger Zuchthauses durchschritt, gründlich getan.

Die ersten Jahre der Freiheit vergingen darüber, dass er sich mit den Anforderungen der montanwirtschaftlichen Neuordnung, der von den Siegern gebotenen Entflechtung, auseinandersetzte. Die Maximilianshütte wurde von der Friedrich Flick-KG, an der die Söhne Otto-Ernst und Friedrich-Karl nach wie vor als Kommanditisten beteiligt sind, an die Merkur Gesellschaft für Industrie und Handelsunternehmen übergeben, bei der sie als Geschäftsführer wirken. Allerdings mussten 26 Prozent des Maxhütte-Kapitals im Dezember 1951 von der Merkur an das Land Bayern verkauft werden; im ersten Halbjahr 1955 aber konnte die Flick-KG diesen Posten zurückerwerben, so dass das bedeutende Hüttenwerk wieder 100prozentig in der Hand der Flick-Gruppe liegt.

Was den Erlös aus dem Harpen-Verkauf angeht, so war beim Vertragsabschluss vereinbart worden, dass 42,5 Prozent des Erlöses in französischen Franc gezahlt, praktisch also zur Anlage in Frankreich verwendet werden sollten. Das ist inzwischen geschehen: Flick erwarb zunächst ein Viertel des Aktienkapitals (3,677 Milliarden Franc) der französischen Société des Acieries et Trefileries de Neuves Maisons, die zum Konzern der Compagnie des Forges de Chatillon-Commentry et Neuves-Maisons gehört, und wenig später über seine Pariser Holding, die Société de Gestions et de Participations Mercure, ein reichliches Viertel der zweitgrößten belgischen Hüttenengesellschaft: der mit einem Kapital von 630 Mill. belg. Franc ausgestatteten Société Métallurgique Hainaut-Sambre, Couillet, die in Gemeinschaft einerseits mit der luxemburgischen Arbed, andererseits mit der belgischen Cockerill-Ougrée an bedeutenden niederländischen und belgischen Steinkohlenzechen beteiligt ist.

So ist also Friedrich Flick – der nämliche Hüttenmagnat, dem man 1931/32 nachsagte, er habe, nur um die Vereinigten Stahlwerke nicht in die Hände des französischen Erbfeindes fallenzulassen, sich damit zufrieden gegeben, das Viereinhalbfache des Marktpreises vom Deutschen Reich, statt, wie er sehr wohl hätte tun können, das Fünffache oder mehr von den Franzosen zu nehmen – den Weg der Montanunion hin- und wieder zurückgegangen: hin mit dem Verkauf von Harpen und Bergkamen an die Franzosen, her mit der Beteiligung an einer französischen und einer belgischen Hüttenengesellschaft.

Aber er hat darüber auch die deutsche Industrie nicht vergessen.

Bei der Feldmühle, dem bei Weitem größten Unternehmen der deutschen Papierindustrie (K 37 Mill. DMark), beteiligte er sich mit mindestens 25 Prozent des Grund-

kapitals. Nicht weniger dürfte Hugo Stinnes, der vieljährige Aufsichtsratsvorsitzer des Unternehmens besitzen, so dass sich der sonderbare Zustand hergestellt hat, dass zwei der Sphäre der Montanindustrie entstammende Persönlichkeiten die bedeutendste der Produktionsstätten kontrollieren, die unsere Zeitungs- und Buchverlage mit Papier beliefern.

Das Interesse an der Feldmühle ist aber nicht das einzige, das der Sohn des grössten deutschen Inflationsgewinnlers und der nächst Hugo Stinnes d. Ä. erfolgreichste Konzernstifter gemeinsam haben. Sie haben zu gleichen Teilen auch das gesamte Grundkapital – nominell 7 Mill. DMark – der MAK-Maschinenbau AG Kiel erworben, das nach dem Zusammenbruch vom Land Schleswig-Holstein und der Stadt Kiel übernommen worden war: Pioniere der Reprivatisierung, die vielleicht noch bei anderer Gelegenheit von sich reden machen werden.

Von grösserer Tragweite jedoch als diese Vorgänge ist der Vorstoss in die Kraftfahrzeugproduktion, den Friedrich Flick mit Hilfe seiner riesigen Erlöse aus dem Entflechtungsgeschäft unternehmen konnte.

Früher gehörte Flicks Interesse den Schienenfahrzeugen. Davon zeugt heute noch seine Firma Linke-Hofmann-Busch, Waggon-, Fahrzeug-, Maschinenbau-GmbH, Salzgitter, die mit der bundeseigenen «Famas» (Fahrzeug- und Maschinenbau Watenstedt GmbH) eine Arbeitsgemeinschaft unterhält. Auch die ATG Maschinenbau GmbH, die über mehrere Zwischenstationen von Leipzig nach München verlagert wurde, gehörte ursprünglich in diese Kategorie. Da sie schon Ende 1952 mit der Firma des verstorbenen Flugzeugkonstruktors Siebel (der Siebel-Werke GmbH, Bad Wiessee) die Siebel-ATG GmbH errichtete – in der das Flick-Unternehmen die Mehrheit vertritt –, ist jedoch anzunehmen, dass sie sich zur gegebenen Zeit in die Konjunktur des Flugzeugbaus einschalten wird.

Das alles aber sind «kleine Fische». Die grossen, die sich im Netz verfangen, sind

1. die Daimler-Benz AG, an deren Grundkapital (72,15 Mill. DMark) die Flick-Gruppe im Augenblick, da dies geschrieben wird, mit 32,62 Prozent beteiligt ist;
2. die Auto-Union GmbH, von deren auf 20 Mill. DMark erhöhtem Stammkapital die Flick-Gruppe sich (über die Maxhütte) vorerst 7,13 Prozent zu sichern vermochte;
3. die Mehrheit bei den Buderus'schen Eisenwerken (K 26 Mill. DMark), die ihrerseits die Majorität bei der Krauss-Maffei AG (K 13 Mill. DMark), einem Unternehmen also besitzen, das ausser Lokomotiven, Maschinen, Eisen-, Leicht- und Schwermetallguss auch Omnibusse und O-Busse fertigt.

Das scheint ein stattliches Besitztum im Reich des Kraftfahrzeugbaus zu sein – zumal für einen Mann, der am 10. Juli 1957 sein vierundsiebzigstes Lebensjahr vollendete. Aber Flick müsste nicht mehr Flick sein – der unermüdliche Konzernstifter, ausgestattet mit dem feinsten Händlerinstinkt, mit dem durchdringendsten Sinn für die Machtchancen, die sich dem unerschrockenen Interpreten des Gesellschaftsrechts darbieten, und mit den kräftigsten Ellenbogen, die nach dem älteren Stinnes ein deutscher Industriekapitän zu brauchen wusste – wenn er nicht morgen die Hand nach

neuen Erwerbungen ausstrecken würde, um die alten Besitztümer in der Weise abzurunden, dass er nicht nur Mitbesitzer bleibt, sondern als Besitzer mit allen Hausherrnrechten auftreten kann. Mit Recht hat einer unter Flicks Hauschronisten ihn einen «absoluten, aufgeklärten und zur Führung fähigen Monarchen» genannt.

Das ist er in der Tat: ein Autokrat, ein Mann der einsamen Entschlüsse, ein Magnat, den es nach Macht verlangt, ein Konzernherr, der sich mit Minderheiten nicht zufrieden zu geben pflegt. Heute so wenig wie vor mehr als drei Jahrzehnten, als Felix Pinner, der kenntnisreiche Handelsredakteur des *Berliner Tageblatts*, aus Anlass der oberschlesischen Geschäfte des jungen Siegerländer Generaldirektors schrieb:

«Wohl selten haben sich weitgreifende Transaktionen und Operationen gleich denen des Konzerns Flick-Charlottenhütte unter so souveräner Nichtachtung der sogenannten unabhängigen Aktionäre abgespielt wie in diesem Falle. In keinem Geschäftsbericht, in keiner Generalversammlung der Charlottenhütte ist eine aufklärende Darstellung über die Art und Bedeutung der bereits abgeschlossenen Transaktionen, geschweige denn über die bei allen diesen Transaktionen verfolgten Pläne und Endabsichten gegeben, ist auch nur ein Wort über alle diese Dinge gesagt worden. Und nicht anders als die unabhängigen Aktionäre sind die in den angegliederten Gesellschaften verbliebenen Aufsichtsratsmitglieder, die nicht zu dem herrschenden Konzern gehörten, aber doch immerhin noch erhebliche Minoritätsinteressen vertreten und gesetzliche Funktionen im Sinne des Aktienrechts zu erfüllen hatten, behandelt worden. Irgendwelcher Einfluss auf die bestimmenden Beschlüsse ist ihnen nicht eingeräumt, kaum der zur Ausübung ihrer Aufsichtsratsfunktionen und zur Tragung der Aufsichtsverantwortlichkeit erforderliche Einblick in die Geschäfte gewährt worden. Auch solche Konzernwillkür gehört zu den symptomatischen Erscheinungen, die uns bedauerlicherweise die neue Zeit beschert hat. Aber selten hat sie sich in solcher Reinkultur gezeigt, wie im Konzern Flick-Charlottenhütte.»

STUMM – ABER NICHT BLIND

oder

FRÖHLICHE URSTÄND DES STUMM-KONZERNS

«Der Rat im Herzen eines Mannes ist wie tiefe Wasser;
aber ein Verständiger kann's merken, was er meint.»
Sprüche Salomonis, Kap. 20, V. 5

Drei Krisen drohten im Jahre 1925 das eben wiedergewonnene Vertrauen in die Solidität der deutschen Wirtschaft zu erschüttern: die Schwierigkeiten bei Georg von Giesches Erben, die Spannungen im Konzerngefüge der Rombacher Hüttenwerke und die Gefährdung des neuen Königreichs Stumm, das die Erben des Herrn von Saarbien nach dem verlorenen Krieg wiederaufgebaut hatten.

Bei allen drei schwerindustriellen Unternehmungskomplexen waren die Symptome und Ursachen der Krankheit die gleichen – Zahlungsschwierigkeiten infolge allzuschneider Expansion –, doch namentlich die Verdauungsbeschwerden im Hause Stumm hätten, wenn sie nicht durch die Verabreichung radikal wirkender Heilmittel schliesslich behoben worden wären, für die Gesamtwirtschaft gefährlich werden können.

Carl Ferdinand von Stumm hatte, wie wir uns noch erinnern, das von den Vätern übernommene Erbe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu einem stattlichen Besitztum ausgebaut: Das Neunkirchener Werk, die Halberger Hütte und die Dillinger Hüttenwerke waren der Stolz des Saargebiets. Stumm produzierte die Panzerplatten für unsere Hochseeflotte – die «Risikoflotte», die Tirpitz und sein kaiserlicher Herr für notwendig hielten, um das perfide Albion zu schrecken. Krupp baute die Geschütze, die jede Panzerung durchbrachen. Je stärker Stumms Panzerplatten wurden, desto stärker mussten Krupps Kanonen werden; je wirksamer die Kruppschen Geschütze, desto widerstandsfähiger Stumms Schiffspanzerungen. Im Wettlauf um die Überlegenheit von Angriff oder Verteidigung erstarkten die beiden Unternehmen an Ruhr und Saar, deren Herren in hohem Mass die Gunst des Obersten Kriegsherrn genossen. Als aber der Krieg ein unglückliches Ende genommen und der Oberste Kriegsherr Zuflucht im neutralen Holland gefunden hatte, schien für die beiden Wafenschmieden eine Zeit der Existenzkrise anzubrechen.

Der Schein indessen erwies sich als trügerisch.

Freilich, die Franzosen hatten sich für fünfzehn Jahre die Herrschaft über das Saargebiet gesichert und würden es nur wieder herausgehen, wenn nach Ablauf dieser Frist die Volksabstimmung gegen sie ausfallen sollte. Sie hatten sich ferner das Recht übertragen lassen, die Kohlenbergwerke auszunutzen, die sich an der Saar im Besitz des preussischen Staates befunden hatten. Eine Handhabe, die eisenschaffende Industrie zu enteignen, besaßen sie nicht. Aber als Herren der Kohlenzechen konnten sie

ihr Schwierigkeiten machen. Nicht freilich den Stumms; denn Freiherr Carl Ferdinand, im Volksmund «König Stumm», hatte ja kurz vor seinem Ableben die tief im Westfälischen liegende Gewerkschaft «Minister Achenbach» erworben, deren Schachtanlagen (in Brambauer) heute noch 1,8 Mill. t Kohle fördern. Die Stumms also hatten weniger als alle anderen Industriellen die Kohlenschikanen der Franzosen zu fürchten, die zielbewusst darauf ausgingen, die deutschen Unternehmer auszuhungern, sie mürrisch zu machen, ihren Industriebesitz zu erwerben und so, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen, die drohende Volksabstimmung zu präjudizieren.

Auch sie freilich würde man unter Druck setzen. Wenn sie sich jedoch patriotisch oder national verhielten, schrieb 1924 der *Berliner Handelsblatt-Redakteur* Felix Pinner, so würden sie dem Druck widerstehen. Denn «musste die Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren nicht aufs Äusserste gefährdet werden, wenn der deutsche Industriebesitz, die Brotgeberschaft und Quellen des Reichtums in dem Abstimmungsgebiet schon lange vorher den Abstimmungsgegnern ausgeliefert wurden?» Sicherlich. «Aber», so resümierte der Berliner Journalist mit einiger Bitterkeit, der damals schon von seiner insularen Position aus erkannte, dass die Grossindustrie an der Peripherie des Reichs – beileibe nicht nur die Stumms allein – sich bereit finden würde, dem Wirtschaftswunder ein gut Teil ihrer vaterländischen Gefühle zu opfern, «die grosse Industrie empfindet nur national, wenn die Nation unter der Fähigkeit und der Tendenz der Expansion steht: ihr nationales Prinzip ist ein wirtschaftliches Erobererprinzip. Geht es der Nation gut, so ist die Grossindustrie ihr treu; ist die Nation aber zum Abbau oder zur Einschrumpfung gezwungen, so sucht die grosse Industrie eher den Ausweg in das Internationale, ehe sie sich Nachteilen ökonomischer Natur aussetzt oder auch nur auf Vorteile dieser Art verzichtet. Die rheinisch-westfälische Industrie unter Führung des grossen Patrioten und Franzosenhassers Kirdorf hat nicht nur ihre lothringischen, sondern auch ihre luxemburgischen, ja sogar ihre deutsch bleibenden Aachener Werke an französisch-belgische Konkurrenten verkauft (gegen hohe Valuta natürlich). Und die Erben des reichsparteilichen Politikers Stumm waren im Saar-Gebiet die ersten, die unter dem Druck der französischen Schikanen in der Kohlenbelieferung 60 Prozent ihrer Neunkirchener, Dillinger und Halbacher Werke unter Ausnutzung ihrer alten Beziehungen zu französischen Wirtschaftskreisen an die Franzosen verkauften, statt ihren Besitz bis zum Zeitpunkt der Volksabstimmung und als Fundament für diese Volksabstimmung durchzuhalten. Stumms Erben haben erklärt, und die schwerindustrielle Presse im Reich hat ihnen gläubig nachgebetet, dass sie unter dem Zwang der Ereignisse gestanden hätten, dass die Fortarbeit der Werke und damit die Zukunft der Arbeiterschaft (die in solchen Fällen immer herhalten muss) gefährdet gewesen wäre, wenn die Franzosen die Kohlenbelieferung eingestellt oder erschwert hätten. Nun die Röchlings, die ganz in der gleichen Lage waren, haben weit länger Widerstand geleistet, haben sich sogar von den Franzosen ins Gefängnis sperren lassen und haben schliesslich den Erfolg erzielt, dass sie die Majorität ihrer Werke be-

halten durften, dass nur 35 Prozent den Franzosen ausgeliefert zu werden brauchten, 65 Prozent ihnen belassen wurden. Freilich hatten diese Röchlings auch nie zu den Grössen des Alldeutstums, zu den Hofgängern Wilhelm II. und den nationalen Wortführern gehört: Sie waren vom König Stumm zeit seines Lebens als Eindringlinge in das heilige Land Saarabien, als industrielle Parvenus betrachtet worden. Und doch zeigten sie – in der kritischen Stunde – mehr nationalen und mehr unternehmerischen Charakter. Dafür machten aber Stumms Erben mit ihrer leichten Anpassung an die politische Augenblickslage und an die geschäftliche Konjunktur das weitaus bessere Geschäft.»

Um genau zu sein: die Firma Gebr. Stumm GmbH verkaufte im Jahre 1920 – nachdem Ferdinand Freiherr von Stumm und andere Verwaltungsmitglieder aus dem Saargebiet ausgewiesen worden waren – 60 Prozent ihrer im preussischen und 40 Prozent ihrer im bayrischen Teil des Saargebiets liegenden Anlagen an die Franzosen. Und da sie allein für ihre Beteiligung am Neunkirchener Eisenwerk 48 Mill., für ihren Anteil am Homburger Eisenwerk 8 Mill. französische Franc erhielten, erscheint die zeitgenössische Schätzung keineswegs abwegig, die den gesamten Verkaufserlös mit 200 Mill. Franc bezifferte.

Das war, wie sich alsbald herausstellen sollte, in der Tat ein gutes Geschäft. Denn der französische Franc gehörte damals noch zur Klasse der Edelvaluten. Er war begehrt wie wenige andere Devisen. Während der Wert der Mark rapide sank, der Dollarkurs auf Mark umgerechnet 1920 auf das 15fache, 1921 auf das 25fache, 1922 auf das 450fache und 1923, wenn man den Jahresdurchschnitt nimmt, auf das 127milliardenfache, tatsächlich aber im November 1923 auf das 522milliardenfache, stieg, blieb der Dollarkurs des französischen Franc nicht nur stabil, sondern sank in den Jahren 1921 und 1922 noch etwas ab. Für denselben Dollarbetrag – etwa 19,05 Dollar – der den französischen Käufer im Jahre 1913 100 Franc gekostet hatte, musste er 1920 allerdings durchschnittlich 278,90 Franc über den Zahltisch der Wechselstube schieben, d.h. der Dollar hatte sich für den Franc-Besitzer um knapp das Dreifache verteuert. Im Jahre 1921 aber zahlte er für den gleichen Dollarbetrag nur noch 260,10 Franc und 1922 wieder etwas weniger? nämlich 237,90 Franc. Der Umschwung setzte ganz allmählich erst 1923 ein, als der Dollarkurs des Franc auf 320,1 Prozent anstieg. Genug, der Franc war in den Jahren 1920 bis 1922 mindestens so gut und 1923 beinahe noch so gut wie Gold. Der Wert unserer Mark dagegen verfiel zur nämlichen Zeit in dem Masse, dass die Fabriken die Lohngehälter zuerst an den Zahltagen, später an jedem Tage der Woche in Waschkörben von der Bank abholen mussten.

Dem rapiden Verfall des Aussenwerts unserer Währung stand nun aber der Umstand gegenüber, dass die Papiermarkpreise der Sachgüter, besonders der Aktien, mit der Entwicklung der Devisenkurse nicht Schritt hielten. Rechnete man die Aktienkurse über den Dollar – oder den Franc-Kurs in «Goldmark» um, so stellte sich heraus, dass ein Bündel Aktien der verschiedensten Art, das 1913 100'000 Mark, Goldmark

natürlich, gekostet hatte, 1920 für 14'430 «Goldmark» zu haben war, 1921 freilich wieder etwas teurer, nämlich mit 17'920 Goldmark, bezahlt werden musste, 1922 aber nur noch 9'350 und 1923 auch erst 16' 150 Goldmark kostete, obwohl man inzwischen gelernt hatte, Geld und Substanzwert sehr genau zu unterscheiden.

Die Stumms jedenfalls, die schon 1920 in den Besitz ihrer Franc gekommen waren, die, wie gesagt ebensogut, wenn nicht besser als Gold waren, sahen sich in der Lage, für die 70-80, Mill. Goldmark, welche sie aus dem Verkauf der reichlichen Hälfte ihres Saarbesitztums erlöst hatten, Anteile an rechtsrheinischen Unternehmungen zu erwerben, deren Substanzwert mit 500 bis 600 Mill. Goldmark eher zu niedrig, als zu hoch eingeschätzt war. Sicherlich trugen sie schwer an dem Martyrium des Flüchtlingsschicksals, das sie mit vielen tausend aus Elsass-Lothringen und dem Saargebiet vertriebenen Deutschen teilten; aber das Opfer wurde doch wenigstens teilweise dadurch ausgeglichen, dass sie im Reich ein Vielfaches dessen an sich zu raffen vermochten, was sie an der Saar jemals besessen hatten. Zu schweigen davon, dass ihnen auch im Saargebiet noch annähernd die Hälfte ihrer Unternehmen geblieben war.

Der allzusehr über sie hereingebrochene Reichtum brachte ihnen jedoch keinen Segen.

Zunächst freilich, in der Ära der Inflation, die alle Gesetze der Wirtschaftlichkeit als zweitrangig beiseiteschob, schien das Glück ihnen hold. Die Stumms kauften, was für Gold zu haben war, und das war nicht eben wenig. Zu der Gewerkschaft Achenbach gesellten sich die Mehrheit des Bergwerks-Vereins König Wilhelm und der Apierbecker Aktienverein für Bergbau. An die Stelle der eisenschaffenden Unternehmungen oder vielmehr der Hüttenanteile, die an der Saar verkauft worden waren, trat der Kranz der küstennahen Betriebe: das aus dem Besitz des Fürsten Henckel von Donnersmarck erworbene Stettiner Eisenwerk Kraft mit der Abteilung Niederrheinische Hütte, die Norddeutsche Hütte in Bremen und eine Beteiligung am Lübecker Hochofenwerk. Gross war die Zahl der Erwerbungen auf der Verarbeitungsstufe. Zu ihnen zählten die Gelsenkirchner Gussstahl- und Eisenwerke, die auch als Holding erhalten mussten, die Westfälischen Eisen- und Drahtwerke Langendreer, das Gussstahlwerk Witten, die Annener Gussstahlfabrik, die Vereinigten Press- und Hammerwerke, das Stahlwerk Oeking, die Eisen-Industrie zu Menden und Schwerte. Und dazu kamen dann noch die Fertigungsbetriebe der Kraftfahrzeug-, Motoren-, Eisenbahnbedarfs-, Werft- und Bauindustrie, denen die Aufgabe zugeordnet war, als Spitze des vertikalen Konzerns zu dienen.

Indes der «Konzern» bestand nur auf dem Papier. Die Käufer hatten zu wenig Bedacht darauf gewendet, enge räumliche Zusammenhänge zu schaffen, als dass das Konglomerat ihrer Unternehmungen den scharfen Rentabilitätsaufforderungen hätte standhalten können, die nach der Währungsstabilisierung wieder in ihre Rechte eintraten. Die Stumms sahen sich gezwungen, kurzfristige Kredite – grossenteils Dollar-

kredite – in bedeutender Höhe Und zu Zinsen aufzunehmen, die der erbarmungslosen Kapitalverknappung jener Jahre entsprachen. Das war auf die Dauer nicht durchzuhalten. Einmal musste die Kette reißen. Sie riss, als die Frerichs-Werft, ein Konzernbetrieb von an sich untergeordneter Bedeutung, im Herbst 1925 ihrem Mangel an Betriebsmitteln durch Aufnahme neuer Kredite abzuhelpen versuchte und dadurch die grossen Geldgeber des Konzerns auf dessen chronische Notlage aufmerksam machte.

Einen Augenblick schien es, als würde die Firma Gebr. Stumm vom Sog der Kreditkündigungen in die Tiefe gerissen. Aber dann entschlossen die Banken sich doch, mit Rücksicht auf die katastrophalen Wirkungen eines Zusammenbruchs und gedeckt durch eine Garantie des preussischen Staats, den Konzern zu sanieren. Was freilich darauf hinauslief, dass die Saarflüchtlinge sich von ihren westrheinisch erworbenen eisenschaffenden und -verarbeitenden Werken trennen mussten. Doch blieb ihnen auch nach dieser Rosskur noch, die vielen Kleinaktionären den Hals brach, der Zechenbesitz – die Zeche König Wilhelm wurde erst 1943 an Krupp verkauft –, eine Reihe von Fertigungs- und Handelsbetrieben und, notabene, ein gut Teil des hüttenmännischen Besitztums an der Saar, in das sich allerdings seit 1926 Otto Wolff Schritt für Schritt einkaufte, nachdem die französische Mehrheit an dem Neunkirchener Eisenwerk von den Stumms zurückgekauft worden war. «Es ist ein Spiel mit offenen Karten», kommentiert der Chronist des Wolff-Konzerns die Freundschaftsdienste des Kölner Schwerindustriellen und Eisenhändlers. «Es endet, wie von Anfang an verabredet: Seit 1939 teilt die Familie Stumm sich mit Otto Wolff hälftig in den Neunkirchener Besitz, dem die Homburger Eisenwerke AG angeschlossen ist.» So weit geht die Mitteilungsfreude des Konzernhistorikers allerdings wieder nicht, der Nachwelt zu berichten, unter welchen Umständen und aus welchen Beweggründen Otto Wolff dahin gelangte, auch in den inneren Ring der Festung Stumm einzudringen, indem er reichlich 13[^] Prozent der Gebrüder-Stumm-Anteile erwarb ...

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte zunächst der Glaube gerechtfertigt erscheinen, das Schicksal der Stumm-Familie werde sich diesmal noch düsterer gestalten, als es nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs den Anschein gehabt hatte. War denn nicht etwa zu befürchten, dass das unter französische Sequesterverwaltung gestellte Saarvermögen nicht in die Hände der deutschen Besitzer zurückkehren würde, und hing über dem bergmännischen Kernstück des deutsch gebliebenen Konzerns nicht auch das Damoklesschwert der Vergesellschaftung, zu der sich die Parteien bis hin zur CDU und – wenn nicht alles troy – selbst die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen bekannt hatten?

Aber auch jetzt wieder wurden die Prophezeiungen der Pessimisten ad absurdum geführt: Nicht nur, dass der Stumm-Konzern heil und intakt geblieben ist; er ist erstarkt aus dem Stahlbad des Zweiten Weltkriegs in die Wirklichkeit des deutschen Wirtschaftswunders zurückgekehrt, hat nach der Währungsreform das Kapital seiner Unternehmungen sehr günstig umstellen können und verfolgt in jüngerer Zeit expan-

sionistische Tendenzen, die alle Aufmerksamkeit verdienen. Das Damoklesschwert der Vergesellschaftung ist auf die Zeche Minister Achenbach ebensowenig niedergegangen wie auf den übrigen westdeutschen Bergbau, und das Saarvermögen ist dank den Saarverträgen in die volle Verfügung der Konzernspitze zurückgefallen.

Als «Stumm-Konzern» gilt mit Recht das industrielle Besitztum der Familie Stumm. Nur muss man wissen, dass die Familie heute nicht mehr als Einheit in die Erscheinung tritt, sondern – wie die Konzernübersicht zeigt – sich in vier mehr oder minder kopfstarke «Stämme» gliedert.

Der Stumm-Konzern

Saarländische Industriegesellschaft mbH, Brebach/Saar,

StK 648,2 Mill. Franc

(Ges.: 35 Mitglieder« des Stammes Carl Ferd. Freiherr v. Stumm-Halbergh)

Halberger Hütte GmbH, Brebach/Saar

(Ges.: Saarländische Industriegesellschaft etwa 40 Prozent Farn. Böcking)

Comp. de Pont-à-Mousson S. A., Nancy etwa 60 Prozent

Halberg Maschinenbau und Giesserei GmbH, Ludwigshafen/Rh.

(StK 7 Mill. DMark)

Württembergische Rohr-Handels gesellschaft Halberg mbH, Stuttgart-Bad Cannstatt

Bayerische Rohrhandelsgesellschaft Halberg mbH, München

Omnoplast GmbH & Co KG, Frankfurt-Höchst,

K 0,5 Mill. DMark (zus. mit Buderus'sche Eisenwerke)

»Gerobau« *Gesellschaft für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH, Frankfurt a.M.* StK 1 Mill. DMark

(zus. mit Buderus'sche Eisenwerke, Luitpoldhütte AG, Eisenwerke Gelsenkirchen)

»Deutsche Premo« *Gesellschaft für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH & Co,*

Wanne-Eickel, K 1 Mill. DMark

(zus. mit Buderus'sche Eisenwerke,

Eisenwerke Gelsenkirchen AG,

»Gerobau« . . . Frankfurt a. M.)

»Azet« *Gesellschaft für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH & Co KG, Wanne-Eickel* K 1 Mill. DMark

(zus. mit Buderus'sche Eisenwerke,

Eisenwerke Gelsenkirchen AG,

»Gerobau« . . . Frankfurt a. M.)

»Hagewe« *Gesellschaft für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH & Co KG, Ötigheim,* K 1 Mill. DMark

(zus. mit Buderus'sche Eisenwerke,

Eisenwerke Gelsenkirchen AG,

»Gerobau« . . . Frankfurt a. M.)

Société des Mines de Saizerais (Frankreich)

Entreprises Albert Cochery SA (Frankreich)

Gebrüder Stumm GmbH, Neunkirchen-Saar

StK 2,16 Milliarden Franc

(Ges.: Stamm Carl Ferdinand Frhr. von Stumm-Halberg.....	32,08 Prozent
Stamm Adolf Friedrich Frhr. von Stumm.....	15,18 Prozent
Stamm Ferdinand Eduard Frhr. von Stumm.....	21,03 Prozent
Stamm Hugo Rudolf Frhr. von Stumm-Ramholz.....	13,21 Prozent

Familie Stumm insgesamt 81,50 Prozent

Otto Wolff..... 9,44 Prozent

Eisen- und Hüttenwerke AG, Köln (O. Wolff) 4,06 Prozent

Eigene Anteile..... 5,00 Prozent

Minister Achenbach Bergwerksgesellschaft mbH, Brambauer

(als Generalbevollmächtigte der Gebr. Stumm GmbH für das Bergwerksvermögen Minister Achenbach)

*Ruhrchemie AG, Oberhausen**Steag Steinkohlen-Elektrizität AG, Essen*»Geitling« *Ruhrkohlen-Verkaufs-GmbH, Duisburg**Neunkirchener Eisenwerk AG vorm. Gebrüder Stumm, Neunkirchen/Saar,*

AK 4,5 Milliarden Franc (50 Prozent; 50 Prozent bei Eisen- und Hüttenwerke AG, Köln)

AG der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen/Saar,

AK 3,6 Milliarden Franc (25 Prozent; weitere 10-15 Prozent bei Saarländische Industriegesellschaft)

Eisen- und Stahlgesellschaft Saar-Luxemburg mbH,

StK 12 000 DMark (100 Prozent)

H. Fuchs Waggonfabrik AG, Heidelberg,

GK 2 Mill. DMark (98,55 Prozent)

Société Lorraine de Laminage Continu-Sollac-SA,

Paris, GK 6,007 Milliarden Franc (20,74 Prozent)

DAPUM-Exportation SA, Paris,

GK 100 Mill. Franc (20,36 Prozent)

Karcher Schraubenwerke GmbH, Beckingen/Saar,

StK 250 Mill. Franc (25 Prozent; weitere 15 Prozent bei Gebr. Stumm GmbH)

Karcher Schraubenwerke GmbH, Waiblingen,

StK 2 Mill. DMark (100 Prozent)

Deutsche Gerätebau GmbH, Salzkotten,

StK 3 Mill. DMark (75 Prozent; 25 bei Bayerische Verwaltung von Gebr. Stumm)

Hain, Lehmann & Co AG, Düsseldorf,

GK 3 Mill. DMark (52 Prozent; > 25 Prozent bei Kohlensäure-Industrie AG, Düsseldorf)

Brückenbau Flender GmbH, Düsseldorf,

StK 50 000 DMark (100 Prozent)

Hilgers AG, Rheinbrohl,

GK 2,2 Mill. DMark (40 Prozent; > 25 Prozent bei Kohlensäure-Industrie AG)

Steffens & Nölle AG, Berlin-Tempelhof,

GK 3 Mill. DMark (51,7 Prozent; Rest grösstenteils bei Dr. Ernst Schneider, Düsseldorf)

Bayerische Pflugfabrik GmbH, Landsberg/Lech,

StK 2,5 Mill. DMark (58,43 Prozent; Rest bei Bayerische Verwaltung von Gebr. Stumm GmbH)

Hamadruckerei GmbH, Mannheim,

StK 75 000 DMark (100 Prozent)

- Roth, Heck & Schwinn GmbH, Zweibrücken-Ixheim, Pfalz,*
StK 1 Mill. DMark (75 Prozent; Rest bei Bayerische Verwaltung von Gebr. Stumm)
Plettenberger Drahtindustrie GmbH, Plettenberg/W.,
StK 400 000 DMark (75 Prozent; Rest bei Gebr. Stumm GmbH)
- de Gruyter & Co GmbH, Duisburg,*
StK 2 Mill. DMark (100 Prozent)
- Lloyd Schifffahrt und Spedition GmbH, Mannheim,*
StK 340 000 DMark (100 Prozent)
- Ph. Oestreicher-Schlageter Kohlenhandelsgesellschaft mbH, Freiburg,*
StK 60 000 DMark (100 Prozent)
- Trefz & Co, Kohलगrosshandelsgesellschaft mbH, Mannheim,*
StK 40 000 DMark (100 Prozent)
- Georg Nungesser & Co GmbH, Gernsheim/Rhein,*
StK 200 000 DMark (50,366 Prozent)
- Montangesellschaft Saar GmbH, Düsseldorf,*
StK 300 000 DMark (100 Prozent)
- Montangesellschaft Saar GmbH, Mannheim,*
StK 500 000 DMark (100 Prozent)
- Friedr. Roesner GmbH, Augustenthal über Neuwied,*
StK 3,6 Mill. DMark (Gebr. Stumm GmbH 37,5 Prozent; Rest bei den Familienstämmen Ernst und Alfred Boesner)
- (Schrauben-, Ketten-, Drahtfabrikation)
- Bahnbedarf Rodberg GmbH, Darmstadt,*
StK 1 Mill. DMark (100 Prozent)
- Vereinigte Draht- und Metallwerke, Klein-Anheim,*
K 200 000 DMark (100 Prozent)
- Afreda GmbH, Hanau, .*
StK 5000 DMark (100 Prozent)
- Gebr. vom Brauche KG, Bredenbruch,*
K 120 000 DMark (66,7 Prozent) (Drahtwaren; Spez.: Heft- und Webedrähte)
- Schraubenwerk Neuss Fissené & Co, Neuss*
K 2,62 Mill. DMark (64 Prozent)
- Drahtwerk Hanau GmbH, Hanau,*
StK 210 000 DMark (55 Prozent)
- Mohrenstrasse 11/12 Grundstücksgesellschaft mbH, Berlin,*
StK 20 000 RMark (100 Prozent)
- Stummhilfe GmbH, Essen,*
StK 20 000 DMark (100 Prozent)

An wirtschaftlicher Bedeutung ragt der Stamm Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg – die Nachkommenschaft des Mannes, der als «König Stumm» in die politische und in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen ist – weit heraus. Nicht nur, dass auf diese Personengruppe fast ein Drittel der Anteile der Gebr. Stumm GmbH entfällt, sie allein stellt auch die Gesellschafter der Saarländischen Industriegesellschaft mbH, die die Verbindung zur Halberger Hütte herstellt, an der also nicht die Stumm-Familie als ganze, sondern nur der Stamm Stumm-Halberg beteiligt ist. Doch ragt die Saarländische Industriegesellschaft auch in den eigentlichen Stumm-Konzern hinein: insofern nämlich als sie neben der Gebr. Stumm GmbH in beträchtlichem Ausmass an der AG der Dillinger Hüttenwerke beteiligt ist.

Der Mann, in dem sich die Einheit des Konzerns am sichtbarsten und wirksamsten verkörpert, ist – namentlich nach dem Hinscheiden des Generaldirektors Dr. Ernst Deubert († 30. Mai 1956), der als Geschäftsführer sowohl der Gebr. Stumm GmbH als auch der Saarländischen Industriegesellschaft amtiert hatte – der heute Sechsendsechzigjährige Botschafter a. D. Vicco von Bülow-Schwante: ein sehr interessanter Repräsentant der alten wie der neuen Herren-Schicht unseres Vaterlands, der weniger seiner persönlichen als seiner exemplarischen Bedeutung wegen verdient, mit einer Skizze seines Lebensweges bedacht zu werden.

Ob Vicco von Bülow-Schwante «von Hause aus», von Herkunft, Tradition und Erziehung wegen, eigentlich Soldat war, mag dahingestellt bleiben. Er zählt zu seinen mütterlichen Vorfahren – seine Mutter war eine geborene von Kracht – einen Marschall von Frankreich, den Comte de Luckner, der während der Französischen Revolution hingerichtet wurde. Auch sein Vater war ein Soldatenkind, Sohn des Oberstleutnants a.D. Paul von Bülow. Vor allem aber war dieser Vater selbst ein hervorragender Soldat: 1902, nach achtunddreissigjähriger Dienstzeit, Generalquartiermeister im Generalstab; 1903 kommandierender General des III. Armee Korps; Ende 1912 Generaloberst und Inspekteur der III. Armee-Inspektion (Hannover). Die Wahl zum Domherrn von Brandenburg im April 1913 schien Krönung und Abschluss der glänzenden Laufbahn zu bilden, die den Fahnenjunker im 2. Garderegiment zu Fuss über alle Stufen der militärischen Hierarchie bis fast zu ihrer höchsten Spitze geführt hatte. Aber im Ersten Weltkrieg tat Karl von Bülow noch einen letzten Schritt die Stufenleiter hinauf: Er avancierte zum Generalfeldmarschall und führte bis zum Jahre 1916 als Oberbefehlshaber die II. Armee.

Als Vicco Karl Alexander von Bülow-Schwante im Mai 1891 geboren wurde, stand sein Vater als Oberstleutnant in Berlin: der Sohn des Offiziers aus preussischem Schwertadel war offenbar dazu bestimmt, dem Vater nachzufolgen. Zwar die Bülows hatten sich nicht nur als Soldaten bewährt, sondern ihren Landesherren auch tüchtige Beamte und Diplomaten geliefert. Da war das Paradeferd der Familie, Fürst Bernhard von Bülow, der unter Kaiser Wilhelm II. Botschafter in Rom, Staatssekretär des Äusseren (Aussenminister) und Reichskanzler gewesen war, Alfred von Bülow, Königlich Preussischer Gesandter in Luxemburg, Oldenburg, Bern und Dresden, Rudolf von Bülow, 1922-1932 Deutscher Gesandter in Asuncion, 1932-1934 Generalkonsul in Kalkutta, Detlev von Bülow, Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein u.a.m. Aus der Familie waren Juristen, Verwaltungsbeamte und Gelehrte hervorgegangen. Aber der bunte Rock galt doch wohl als das vornehmste, das eigentlich standesgemässe Gewand für die Männer, die als Preussen und Mecklenburger in die Herrenschicht ihres Landes hineingeboren waren.

Den bunten Rock schien denn auch Vicco von Bülow gewählt zu haben, da er 1910, nach bestandenerm Abitur, als Fahnenjunker in ein Kavallerieregiment eintrat und alsbald zur Kriegsschule Kassel einrückte. Kaum aber hatte der Einundzwanzigjährige das Offizierspatent in der Tasche, liess er sich zum juristischen Studium be-

urlauben. Er wählte Genf als Universität – wohl kaum in der Absicht, seine juristische Laufbahn an einem preussischen Amtsgericht zu beginnen, sondern wohl damals schon in der Auffassung, dass einem Bülow ein schneller Aufstieg in die diplomatische Elite sicher sei.

Der Krieg, der diesen Plänen ein Ende hätte setzen können, bewirkte im Gegenteil die schnellste und nachhaltigste Förderung der auf das Studium gegründeten Erwartungen, denn schon in den ersten Kriegswochen wurde der Leutnant im 2. Garde-Ulanen-Regiment verwundet. Nicht eben so schwer, dass er dem Vaterland nicht mehr zu dienen vermocht hätte, wohl aber schwer genug, um eine Verwendung im Hinterland ratsam erscheinen zu lassen. Jedenfalls wurde Vicco von Bülow bereits im Dezember 1914 zum Auswärtigen Amt kommandiert und 1915 zuerst der Gesandtschaft in Bukarest, dann der Gesandtschaft in Athen und 1917 der Wiener Botschaft zugeteilt.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs im Jahre 1919 quittierte Vicco von Bülow den diplomatischen Dienst, der unter dem «Sattlergesellen» Friedrich Ebert als Reichspräsident und im Zeichen des Versailler Diktats dem erfolgsgewohnten jungen Herrn, Sohn eines preussischen Generalfeldmarschalls und Rittmeister a. D. eines Gardekavallerieregiments, wenig verheissungsvoll erscheinen mochte. Er zählte erst achtundzwanzig Jahre. Das Leben lag noch vor ihm. Und wenn er sich zunächst auch dahin beschied, auf seinem Gut Schwante Rüben zu bauen und Fasanen zu schiessen: es würde sich schon wieder ein Tor für ihn auftun.

Das geschah im August 1925, als er die verwitwete Gräfin Helene Ida Klara Luise von Roedern ehelichte; denn die Witwe des Grafen Bolko aus schlesischem Uradel war eine geborene von Schubert: die älteste Tochter (geb. 1890) jenes Generalleutnants Conrad von Schubert, der 1881 – damals war der Sohn des Rittergutsbesitzers Theodor Schubert, Herr auf Bogislawitz, Rakelsdorf, Koschine und Kamlowe, freilich erst der Pionierhauptmann Schubert – Ida Freiin von Stumm, die älteste Tochter König Stumms, geheiratet und nach dem Hinscheiden seines Schwiegervaters (1901) die Vermögensverwaltung für dessen Witwe, seine Gattin und seine drei Schwägerinnen, d.h. für den bei Weitem vermögendsten und einflussreichsten Familienstamm Stumm-Halberg, übernommen hatte. 1899 in den preussischen Adelsstand erhoben, 1903 als Generalleutnant zur Disposition gestellt, wenig später Mitglied des Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Trier, stellvertretender Vorsitz, dann Vorsitz des Aufsichtsrats der Gebr. Stumm GmbH und Mitglied des Grubenvorstands der Gewerkschaft Minister Achenbach, war dieser Schwiegervater ein Mann nicht nur von grossem Reichtum, sondern auch von zahlreichen Konnexionen in der Welt der Industrie, der Finanz und der Politik, der seinem Eidam, wenn es die Umstände erforderten, von grossem Nutzen sein konnte. Der allerdings dachte noch nicht daran, die Landwirtschaft aufzugeben; nur dass er dem dürftigen Broterwerb in jenen Jahren der Agrarkrise und der Osthilfe nicht bloss auf Schwante, sondern auch auf den Gütern Johannesthal im Osthavelland und Wüstgra-

bow in Mecklenburg nachging. Erst das Jahr 1933 brachte den Umschwung. Während sein Schwager Carl Theodor Conrad von Schubert, der während der Ära Stresemann (1924-1930) als Staatssekretär im Auswärtigen Amt gewirkt und vom Oktober 1930 bis zum Oktober 1932 den Posten des deutschen Botschafters in Rom bekleidet hatte, im Jahre 1933 aus dem Amt schied, folgte Vicco von Bülow-Schwante dem Rufe des «Führers» und Kanzlers: Er kehrte im März 1933 in den Staatsdienst zurück und wurde im Juli des gleichen Jahres zum vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt, im Jahre darauf zum Chef des Protokolls ernannt.

Gleichzeitig stand er als SA-Standartenführer «zur Verfügung des OSAF».

Eigentlich gab es den «OSAF» gar nicht mehr.

Der erste und einzige Oberste SA-Führer, der die unheimlich klingende Dienstbezeichnung getragen hatte, Hauptmann a.D. Franz Pfeffer von Salomon, hatte sich 1930 mit Hitler überworfen und war am 29. August 1930 von seinem Amt zurückgetreten. Hitler unterliess es klüglich, den Posten wieder zu besetzen, sondern übernahm drei Tage später selbst die Oberste SA- und SS-Führung, während der telegrafisch herbeigerufene Röhm – seit 1928 Oberstleutnant in bolivianischen Diensten – zum Chef des Stabes ernannt wurde, dem übrigens auch Himmler als «Reichsführer SS» unterstellt war und bis zum 20. Juni 1934 unterstellt blieb.

Um ganze Arbeit zu machen, wurden am 1. April 1931 auch die fünf OSAF-Stellvertreter-Gebiete abgeschafft, in die bis dahin die SA gegliedert war. Was immerhin als so einschneidend empfunden wurde, dass der OSAF-Stellvertreter Ost, Hauptmann Stennes, dem die ostelbische SA unterstellt war, dagegen zu rebellieren versuchte. Vergeblich natürlich. Die auf Berlin beschränkte Rebellion wurde von der SS niedergeschlagen.

Seither galt Hitler nicht nur als der Partei-, sondern zugleich als der Oberste SA-Führer, eben als OSAF, und in dieser Eigenschaft nahm er denn auch, sei es tatsächlich, sei es bloss in der Theorie, die Beratung seines Standartenführers Vicco von Bülow-Schwante in Anspruch.

Wie dem nun sei – die Amtsstellung als «SA-Standartenführer z.V. des OSAF» war nur von kurzer Dauer und, ob als politische Sinekure oder als echter Auftrag gedacht, wie so vieles in jenen Jahren wahrscheinlich von geringer Ergiebigkeit. Sie erledigte sich mit Bülows Ernennung zum deutschen Botschafter in Brüssel. Die aber ging nicht, wie man glauben möchte, auf tiefe politische Erwägungen, sondern auf eine technische Panne zurück, welche dem Chef des Protokolls unterlaufen war.

Im Mai 1938 hatte Hitler in Begleitung eines fünfhundertköpfigen Gefolges, das in drei Sonderzügen befördert wurde, Italien einen triumphalen Staatsbesuch abgestattet, als dessen Krönung die Flottenparade in Neapel galt. Am Abend des Parade-tags fand eine Aida-Aufführung im Theater San Carlo statt – und just da geschah das Unglück.

«Am Abend dieses Tages ging noch ein schweres Gewitter nieder», berichtet der Gesandte Paul Schmidt, der gut zwei Jahrzehnte als Statist auf diplomatischer Bühne

zugebracht hat. «Es entlud sich nicht an dem italienischen Himmel, sondern über dem Haupt des deutschen Protokollchefs von Bülow-Schwante. Der Unglückliche hatte bei seiner Programmgestaltung nicht verhindert, dass Hitler, als wir nach dem zweiten Akt die Aida-Aufführung verliessen, um nach Rom zurückzufahren, barhäuptig und im einfachen Frack neben dem in voller Uniform prangenden italienischen König die Front der Ehrenkompagnie abschreiten musste. Hitler war ausser sich und Bülow-Schwante wurde seines Postens enthoben.»

Immerhin, er fiel als Botschafter in Brüssel die Treppe hinauf: eine Gunst, die er vielleicht nicht so sehr der Versöhnlichkeit des «Führers» als der Geneigtheit des seit Februar 1938 amtierenden Aussenministers von Ribbentrop verdankte, der ja auch sehr enge Beziehungen zur westdeutschen Industrie unterhielt, allerdings nicht zur Montanindustrie wie Bülow, sondern zur Sektindustrie, die mit jener indessen durch namhafte Lieferbeziehungen in enger Verbindung stand.

Wie Vicco von Bülows Laufbahn in Brüssel endete, ist bekannt. Belgiens Neutralität wurde im Mai 1940, «um dem geplanten Vorstoss der Westmächte gegen das Ruhrgebiet zuvorzukommen, durch die militärische Besatzung des Landes sichergestellt». Am 28. Mai entschloss König Leopold III. sich gegen die Mehrheit der nach London ausgewichenen Regierung Pierlot zur bedingungslosen Waffen Streckung des geschlagenen und in Flandern zusammengedrängten Heeres. Belgien wurde der deutschen Militärverwaltung unterstellt. Ein deutscher Botschafter war in Brüssel nicht mehr vonnöten. Bülow quittierte – knapp neunundvierzigjährig – den diplomatischen Dienst, um sich bis zum Ende des Krieges der Bewirtschaftung seiner Güter zu widmen. Nach dem Zusammenbruch übersiedelte er nach Düsseldorf, wo er nun endlich das schwiegerväterliche Erbe der Stummschen Vermögensverwaltung antrat: ein Mann, zum Erfolg geboren, der als Offizier und Grossgrundbesitzer, politischer Parteigänger und Diplomat sich stets auf den Höhen des Lebens behauptet hat und auch unter den Industriellen des Reviers – obwohl, weiss Gott, nicht weniger revierfremd als etwa der Bremer Krages – die ihm gebührende Stellung zu erringen vermochte. Die sechsundzwanzig Grosskreuze der verschiedenen Länder, die er nach eigener Wahl zum Frack tragen kann, tun es gewiss nicht; eher schon die Art, wie er den Frack trägt: die festliche Gewandung der Vertreter jener Schicht, die das Herrschen in Jahrhunderten gelernt hat und das festliche Repräsentieren ihres Herrschaftsanspruchs seit Jahrhunderten gewöhnt ist, einer Schicht, die an Selbst- und Machtbewusstsein den sehr viel jüngeren Herren des Schwarzen Reviers zum mindesten gewachsen ist. Worüber freilich nicht vergessen werden darf, dass gerade die brillantesten und erfolgreichsten Herren von blauem Blut sich durch ein Mass geschmeidiger Schmiegsamkeit auszeichnen, die ein Sturm wohl beugen, nicht aber wie die Eichen der roten Erde und der schwarzen Berge brechen kann.

Genug, Vicco von Bülow-Schwante ist es ohne sonderliche Mühe gelungen, im sechsten Jahrzehnt seines Lebens zu einer Schlüsselfigur der westdeutschen Wirtschaft zu werden. Und das will schon einiges heissen.

Lassen wir die Ämter und Würden Revue passieren, in die das Vertrauen der Industrie Vicco von Bülow-Schwante berufen hat, so stellen wir zunächst fest, dass er auf den Kommandohöhen des Stumm-Konzerns steht. Dazu erübrigt sich jeder Kommentar. Bemerkenswert ist höchstens der Umstand, dass Vicco von Bülow-Schwante als Aufsichtsratsvorsitzer bei der Saarländischen Industrie-Gesellschaft, als stellvertretender Vorsitz bei der Halberger Hütte und als Aufsichtsratsmitglied sowohl bei der AG der Dillinger Hüttenwerke als auch bei der Halberg Maschinenbau und Giesserei GmbH amtiert und dadurch die dominierende Rolle, die den Familienstamm Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg im Rahmen des Stumm-Konzerns spielt, sichtbar zur Erscheinung bringt.

Aufsichtsratsbeamter Vicco von Bülow-Schwantes

Vorsitzer des AB.:

Gebrüder Stumm GmbH, Neunkirchen/Saar
 Minister Achenbach, Bergwerksgesellschaft mbH, Brambauer
 Deutsche Gerätebau GmbH, Salzgitter
 Allgemeine Hoch- und Ingenieurbau AG, Düsseldorf
 Saarländische Industrie-Gesellschaft mbH, Brebach/Saar
 Dr. Hillers AG, Nähr- und Heilmittelwerk, Solingen

stellv. Vors. des AB.:

Kohlensäure-Industrie AG, Düsseldorf
 Hein, Lehmann & Co AG, Düsseldorf
 Hilgers AG, Rheinbrohl
 Steffens & Nölle AG, Berlin-Tempelhof
 Steinmüller GmbH, Gummersbach
 Halberger Hütte GmbH, Brebach/Saar

Mitgl. des AB.:

Henkel & Cie GmbH, Düsseldorf
 Henkell KG, Wiesbaden-Biebrich
 Flottmann GmbH, Herne
 Dyckerhoff & Widmann KG, München
 AG der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen/Saar
 Henschel & Sohn GmbH, Kassel
 Hahnsche Werke AG, Duisburg-Grossenbaum
 Mannesmann Hüttenwerke AG, Duisburg
 Halberg Maschinenbau und Giesserei GmbH, Ludwigshafen
 Allianz Versicherungs-AG, München

Sicherlich verdankt Herr von Bülow eine Reihe von Aufsichtsratsmandaten dem hohen gesellschaftlichen Ansehen, das er in der alten wie in der neuen Elite derjenigen genießt, die sich im Dienst für das Wohlergehen der misera plebs verzehren. Mindestens hat er bei Steinmüller und bei Flottmann, bei der Henkel & Cie GmbH, der wir das sterilisierte Lächeln der Persil-Jungfrauen und bei der Henkel KG, der wir das Festgetränk für die Höhepunkte unseres Erdenwallens verdanken, bei Dyckerhoff & Widmann und bei Henschel & Sohn keine Anteilseignerinteressen zu vertreten, wie es eigentlich im Begriff des Aufsichtsrats liegt; sondern er wurde in das Kontrollorgan dieser der Neugier der Bilanzschnüffler entzogenen Gesellschaften kooptiert, um ihnen die Reife seines Urteils, die Fülle seiner Erfahrungen und Talente, den Glanz seines Namens und die Reichweite seiner Beziehungen dienstbar zu machen.

Es kann jedoch zweifelhaft erscheinen, ob diese Gesichtspunkte auch für seine Wahl in den Aufsichtsrat der beiden eisenschaffenden Unternehmen des Mannesmann-Konzerns – der Mannesmann-Hüttenwerke und der Hahnschen Werke – den Ausschlag gegeben haben. Freilich hat Bülow-Schwante auch hier keine Aktionärsinteressen zu vertreten, da ja die Aktien der erstgenannten Gesellschaft restlos in der Hand der Mannesmann AG liegen, diejenigen der zweiten aber sich zum grösseren Teil im Besitz des Mannesmann-Konzerns befinden und zum geringeren der Familie Hahn verblieben sind. Die Kooptation in die beiden Verwaltungen dürfte vielmehr erfolgt sein, da Bülow-Schwante – teilweise in Gemeinschaft mit seinem Freund Dr. Ernst Schneider (Aufsichtsratsmitglied der Mannesmann-Hüttenwerke) – enge Beziehungen zur eisenverarbeitenden Industrie, zum Stahlbau, zur Rohr- und Baumaterialherstellung usw. besitzt. Ganz davon abgesehen natürlich, dass Vicco von Bülow-Schwante und Generaldirektor Wilhelm Zangen/Mannesmann nicht nur Anrainer *der* Düsseldorfer Prachtstrasse (Cecilienallee), sondern einander auch als Mitglieder des Aufsichtsrats der Allianz Versicherungs-AG bekannt sind.

Dr. Ernst Schneider, Düsseldorf

Präsident: Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf

Vorsitzer: Exportausschuss der Wirtschaftsvereinigung Stahl- und Eisenbau, Köln

Vorstand: Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln

Verwaltungsrat: Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Köln Defra, Deutsche Vereinigung zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich eV, Frankfurt a. Main

Kommanditist: Bankhaus C. G. Trinkaus, Düsseldorf

Vorsitzer des

Grubenvorstands: Gewerkschaft Michel, Düsseldorf

Gewerkschaft Leonhardt, Düsseldorf

Gewerkschaft Vesta, Düsseldorf

Gewerkschaft Gute Hoffnung, Düsseldorf

Vors. d. Vorst.: Kohlensäure-Industrie AG, Düsseldorf

Hauptgeschäftsf.: Agefko Kohlensäure-Werke GmbH, Düsseldorf

Lingner-Werke GmbH, Düsseldorf

Vors. d. AR: Hein, Lehmann & Co AG, Düsseldorf

Hilgers AG, Rheinbrohl

Lingner-Werke AG, Berlin

Steffens & Nölle AG, Berlin

Niederrheinische Bergwerks-AG, Düsseldorf/Neukirchen Braunkohlenberg-

werk Neurath AG, Düsseldorf/Neurath J.P. Sauer & Sohn AG, Eckernförde b. Kiel

Mgl. d. AR: Mannesmann-Hüttenwerke AG, Duisburg

Berliner Handels-Gesellschaft in Frankfurt a.M., Frankfurt/Berlin

Von besonderem Interesse aber sind die Mandate, die Bülow-Schwante als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer verwaltet. Nicht allein deshalb, weil mindestens drei von ihnen die neu erwachte Expansionsfreudigkeit des Stumm-Konzerns erkennen lassen, sondern weil diese die Brücke zum Wirken eines Mannes schlagen, der

unvermerkt in die Reihe der führenden Persönlichkeiten des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraums aufgerückt ist. Um einigermassen methodisch zu verfahren, sei zunächst nur vermerkt, dass die Deutsche Gerätebau GmbH, ein reinhlütiges Stamm-Unternehmen, die Mehrheit der Hein, Lehmann & Co AG erwarb, bei der die Kohlensäure-Industrie die Sperrminorität besitzt, wodurch die Gebrüder Stumm auch die Brückenbau Flender GmbH unter ihre Kontrolle brachten; zum zweiten, dass sie zwei Fünftel vom Grundkapital der Hilgers AG übernahm, bei dem die Kohlensäure-AG immer noch mit reichlich 25 Prozent beteiligt ist; drittens, dass die Gebr. Stumm GmbH sich als Mehrheitsaktionärin mit Dr. Ernst Schneider in den Besitz der Steffens & Nölle AG, Berlin-Tempelhof, zu teilen vermochte, die wie die vorgenannten Firmen im Stahlbau eine beachtliche Rolle spielt.

Um Inhalt und Tragweite dieser Vorgänge würdigen zu können, muss man weit zurückgreifen: Die Kohlensäure-Industrie AG, Hein, Lehmann & Co, Hilgers, die Lingner-Werke u.a.m. gehörten ursprünglich zu einem Konzern, der sich in den zwanziger Jahren um die Person des angesehenen Berliner Handelsgerichtsrats Dr. Siegfried Arndt gebildet hatte. Arndt kam «von der Kohle her»: Er war Geschäftsführer und Kapitaleigner der Charlottenburger Kohlenhandlung S. Baum GmbH sowie Grossaktionär und Aufsichtsratsvorsitzer der Braunkohlen- und Brikettwerk «Berggeist» AG in Brühl. Auf dieser Basis baute er seinen Konzern auf: einerseits in der Richtung des Stahlbaus (Hein, Lehmann & Co, Hilgers AG), andererseits in der Richtung der Kohlensäure-Industrie, wozu sich dann später (1931) die Interessen- ahme an den Lingner-Werken gesellt, deren Stammhaus – «Dresdner Chemisches Laboratorium Lingner» – 1892 das Mundwasser «Odol» auf den Markt gebracht und durch eine damals noch unerhörte Werbung bekanntgemacht hatte.

Nachdem Dr. Arndt als Jude nach den Vereinigten Staaten emigriert war, übernahm Dr. Schneider, der schon zu Anfang der dreissiger Jahre – der eigenen und der dreissiger des Jahrhunderts – Dr. Arndt in enger Mitarbeiterschaft verbunden war, die treuhänderische Leitung und einen Anteil am Grundkapital der Konzernspitze. Dabei blieb es auch nach dem Krieg. Doch machte schon bald, erst leise im Jahre 1950, vernehmlicher dann im Jahre 1951 das Börsengerücht die Runde, dass Arndt sich von seinem Besitz zu trennen beabsichtige, wobei als mutmasslicher Käufer – wie meistens in jenen Jahren der Sperrmarktspekulation – eine «Schweizer Gruppe», gelegentlich auch ein «französisches Konsortium» genannt wurde, das «hinter den Schweizern» stehe.

Nun, mit den Auslandsinteressenten war oder wurde es nichts. In die starke Mehrheit der Kohlensäure-Industrie-Aktien – mindestens 75 Prozent – teilten sich die Berliner Handels-Gesellschaft, die Trinkaus-Bank und Dr. Schneider; die Hein-Lehmann-Mehrheit und 40 Prozent der Hilgers-Aktien gingen an den Stumm-Konzern, der – vertreten durch den Familienstamm Stumm-Halberg bzw. die Saarländische Industriegesellschaft – seit altersher starke Stahlbauinteressen (Halberger Hütte) hatte. Abgerundet wurde diese Interessenähme am Stahlbau durch die Beteiligung an der Stef-

fens & Nölle AG, wo neben Stumm als Mehrheitsaktionär Dr. Schneider als Grossaktionär vertreten ist.

Aber das ist noch nicht die ganze Geschichte der Besitzumschichtungen, in deren Mittelpunkt Dr. Schneider steht. Im Jahre 1955 beteiligten die Kohlensäure-Industrie AG und Dr. Schneider sich kommanditistisch in namhafter Höhe an der ältesten Düsseldorf-Privatbank, der Aussenhandelsbank C. G. Trinkaus, bei der allerdings nach wie vor die Berliner Handelsgesellschaft und die der Handelsbank in Zürich nahestehende

C.G. Trinkaus, Düsseldorf

Pers. haft. Ges.: Bankier Kurt Forberg
Banksyndikus Dr. Johannes Zahn Bankier
Rudolf Groth

Kommanditisten:

	Stand bis Juli 1955		Stand seit Juli 1955	
	DMark	Prozent	DMark	Prozent
Dr. Hugo Glasmacher	400'000	11,1	550'000	9,5
«Albula» Vermögensverwaltungs-GmbH	1'500'000	41,7	1 875'000	32,3
Berliner Handels-Gesellschaft	1'500'000	41,7	1 875'000	32,3
Wwe. Peter Brunswig Margarete geb. Piper	200'000	5,5	250'000	4,3
<u>Kohlensäure-Industrie AG</u>	-	-	625'000	10,8
<u>Dr. Ernst Schneider</u>	-	-	625'000	10,8
<u>Insgesamt</u>	<u>3'600'000</u>	<u>100,0</u>	<u>5'800'000</u>	<u>100,0</u>

hende «Albula» Vermögensverwaltungs-Gesellschaft die Mehrheit der kommanditistischen Anteile auf sich vereinigt. Was Dr. Schneider angeht – der übrigens im Aufsichtsrat der Berliner Handels-Gesellschaft sitzt und zu diesem alten Institut der Industriefinanzierung ein freundschaftliches Verhältnis unterhält –, so ist die Folge natürlich, dass die ohnehin starke Stellung bei der Kohlensäure-Industrie, die er als Vorstandsvorsitzer und Grossaktionär besitzt, durch seine Trinkaus-Beteiligung noch verstärkt wird, da ja die Bank auch ihrerseits mindestens ein Viertel der Kohlensäure-Industrie-Anteile im Portefeuille hält.

Schliesslich muss noch verzeichnet werden, dass Dr. Schneider seit den frühen fünfziger Jahren auch in der «Michel-Gruppe» die Rolle des führenden Mannes spielt.

Die Michel-Gruppe, die ihren Namen nach den Michel-Werken in Halle a. d. Saale trägt, war das Geschöpf des Mülheimer Bankkaufmanns Georg van Meeteren, der schon mit siebenundzwanzig Jahren die Mülheimer Filiale der Deutschen Nationalbank, Bremen, übernommen hatte. In den bewegten Jahren, die dem Zusammenbruch des Kaiserreichs folgten, hatte Georg van Meeteren unter Ausnutzung aller Chancen, die die Entwertung der Mark und sein bankmännisches Wissen um das Wesen der In-

flation ihm boten, eine bunte Reihe von Unternehmungen aufgekauft, deren Kern eine Anzahl von Kali-, Stein- und Braunkohlen-Gewerkschaften bildeten. Zu ihnen gehörten die Braunkohlen-Gewerkschaften Prinzessin Viktoria und Neurath, in Neurath bei Grevenbroich; die Niederrheinische Bergwerks-AG, Neukirchen; die Gewerkschaften Beienrode, Beienrode; «Glückauf», Berka; «Gute Hoffnung», Frankleben bei Merseburg; «Ilzburg», Wustrow (Reg.-Bez. Hannover); «Leonhardt», Frankleben bei Merseburg; «Lucherberg» (Reg.-Bez. Aachen); «Michel», Frankleben bei Merseburg; Ost- und West-Ardey, Frömern bei Unna/Westf. und «Vesta», Frankleben bei Merseburg. Die Gruppe hatte ihr Zentrum in Halle, wo auch das Verkaufsbüro des als GmbH konstituierten Michel-Konzerns seinen Sitz hatte. Aber ein gut Teil der Interessen von Meeterens lagen doch im Westen: Stein- und Braunkohlenbesitz und gute, sicherlich auch auf Besitztiteln gegründete Beziehungen zu Unternehmungen von der Bedeutung der Deutschen Erdöl AG, der Stahlwerk Becker AG in Willich bei Krefeld, der Vereinigte Spinnereien AG in Rheydt und der Dortmunder Vulkan AG.

Was dem Konzern nach den Verlusten in der Sowjetzone verblieb und auch dem Verwitterungsprozess der Jahre standhielt, in denen es an einer starken und elastischen Führung fehlte, ist immerhin beachtlich: Bei jeder der vier als Holding dienenden Gewerkschaften Michel, Leonhardt, Vesta und Gute Hoffnung liegen 25 Prozent der Braunkohlenbergwerk Neurath-Aktien – d.h. das Braunkohlenbergwerk, das 1955 mit 1403 Arbeitern und Angestellten mehr als 3,5 Mill. t Rohkohle förderte, 817'000 t Briketts und 232'000 t Trockenkohle herstellte, befindet sich hundertprozentig im Besitz der Michel-Gruppe. Von den Aktien der Niederrheinische Bergwerks AG befinden sich je 28,8 Prozent im Besitz der drei Gewerkschaften Michel, Leonhardt und Vesta, so dass sich für die Michel-Gruppe eine Gesamtbeteiligung von 86,4 Prozent an dem linksrheinischen Bergwerk errechnet, das (nach dem Stand von 1955) mit seiner 4323köpfigen Belegschaft und seiner Förderung von 1,4 Mill. t Ess- und Anthrazitkohlen in der Ordnung der mittelgrossen Ruhrgebietszechen rangiert. Die Gewerkschaft Michel gehört mit einer Beteiligung von 25,2 Prozent zu den drei Grossaktionären der aus dem Wolff-Konzern entflochtenen Stahlwerke Bochum AG (K 24,2 Mill. DMark) und schliesslich ist die Michel-Verwaltung GmbH massgeblich an der J. P. Sauer & Sohn AG, Düsseldorf/Eckernförde beteiligt (K 2 Mill. DMark, etwa 650 Arbeiter und Angestellte), die auf die Erzeugung von Jagd- und Sportwaffen spezialisiert ist.

Da – um zu Dr. Schneider zurückzukehren – der dynamische Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf als Vorsitzender des Grubenvorstands aller vier Michel-Gewerkschaften und als Aufsichtsratsvorsitzender der Niederrheinische Bergwerks-AG, der Braunkohlenbergwerk Neurath AG sowie der J. P. Sauer & Sohn AG amtiert, ist völlig klar, dass er in geradezu idealer Ausschliesslichkeit die Führung der Michel-Gruppe in seiner Hand vereinigen konnte. Wir wissen nicht, ob dieser Machtfülle ein Besitzanteil an den Gewerkschaften der Gruppe entspricht; doch würde es

allem Herkommen Hohn sprechen, wäre er nicht in der Lage, seine Entscheidungen auf den sicheren Boden einer massgeblichen Beteiligung zu gründen.

Freilich steht der Stumm-Konzern in keiner unmittelbaren Verbindung zur Michel-Gruppe. Andererseits ist aber die Tatsache nicht aus der Welt zu leugnen, dass zwischen Vicco von Bülow-Schwante, dem Repräsentanten der Gebr. Stumm GmbH und des Familienstammes Stumm-Halberg bzw. der Saarländischen Industrie Gesellschaft einerseits und Dr. Ernst Schneider, dem omnipotenten Generaldirektor der Kohlensäure-Industrie AG, dem Führer der Michel-Gruppe und Kommanditisten der Trinkaus-Bank andererseits sehr enge Beziehungen bestehen: Unter der Ägide Bülow-Schneider kam es zu der massgeblichen Beteiligung des Stumm-Konzerns an den Stahlbauunternehmungen der Kohlensäure-Industrie sowie zur Übernahme der Mehrheit bei Steffens & Nölle durch die Gebr. Stumm GmbH und Dr. Schneider. Überdies stehen beide, von Bülow-Schwante und Dr. Schneider, nicht etwa als Vertreter von Aktionärsinteressen, sondern als Repräsentanten des Stahlbaus in naher Beziehung zum Mannesmann-Konzern. Von wem auch die Initiative ausgegangen sein mag: die Zusammenarbeit der beiden nach Herkommen, Schicksal und Persönlichkeit so unterschiedlichen Männer auf dem Gebiet des Stahlbaus ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Und dieser Umstand – vorläufig noch er allein – schlägt eine Brücke, die von der Société Lorraine de Laminage-Continu Sollac- SA, Paris, über die AG der Dillinger Hüttenwerke, den Stumm- und den Wolff-Konzern bis zu der Michel-Gruppe und ihrer Beteiligung an der Stahlwerke Bochum AG reicht.

Ob diese vielfach noch fliessenden und flüchtigen Zusammenhänge sich einmal zur Einheit eines Konzernzusammenhangs verdichten, muss dahingestellt bleiben. Notwendig wäre es nicht, um dem gemeinsamen Marktinteresse zu dienen, das vielleicht eher mit dem heutigen Stand der Dinge in Einklang steht. Wem aber dient die solidarische Vertretung des Marktinteresses? Der Allgemeinheit oder den Konzernen? Die Antwort, scheint uns, liegt auf der Hand: Abgesehen vom laufenden Ausbau, der Erweiterung und Modernisierung ihrer Unternehmungen, hat keine der mit nicht eben geringen Mitteln ausgestatteten Gruppen, von denen hier die Rede war, etwas Grundlegendes getan, um das Erzeugungspotential der deutschen Wirtschaft zu erhöhen. Worin sich erweist, dass die alten Konzernstifter vom Schlag der Thyssen, Stinnes, Klöckner usw. doch wohl Leute von anderem Schrot und Korn gewesen sein müssen als die gewandten Konzerndiplomaten unserer Zeit.

Stumm, weiss Gott: so stumm wie nur möglich, aber keineswegs blind für die Chancen des Wirtschaftswunders, sind die Stumms unter der Führung des Botschafters a. D. und Rittmeisters der 2. Garde-Ulanen, Vicco von Bülow-Schwante, ihren Weg gegangen, der so revierfremd, wie ein Mann nur revierfremd sein kann, auf den verschlungenen Pfaden zum Erfolg doch niemals gestrauchelt ist.

NICHT JEDER THYSSEN IST BARON

Vielerlei Thyssen-Erben

«Stachel und Stricke sind auf dem Wege des Verkehrten;
wer aber sich davon fernhält, bewahrt sein Leben.» Sprü-
che Salomonis K. 22, V. 5

«Xiaron von Thyssen verschenkt ein Schloss» ... «Herr Baron geht mit der Mode» – herrliche Aufmacher für Illustrierte und Wochenend-Blätter, die sich im Frühjahr 1956 bemühen mussten, ihren Lesern mal etwas anderes zu bieten als den seit Wochen dominierenden Grace-Kelly-Rummel.

Vollsaftig hebt der Vorspann der Reportage an, für die ein in 500'000 Exemplaren erscheinendes Wochenblatt seine erste Seite zur Verfügung stellte: «Im Hause Thyssen weiss jeder von dem Skandal um Henry und seine drei Frauen. Aber jeder kennt auch das unruhige Herz des an Jahren noch jungen, an Millionen aber reichen Barons Henry von Thyssen. Zweimal war er schon verheiratet. Das erstemal mit einer Prinzessin zur Lippe. In zweiter Ehe mit Nina Dyer, einem bildschönen Mannequin. Um nun zum drittenmal heiraten zu können, bietet er Nina Dyer ein Schloss und ausserdem eine Abfindung von 8'000 Mark monatlich – und alles nur, damit sie ihn freigibt für ein anderes Mannequin, an das er sein Herz verlor: Fiona Campbell- Walter, die Tochter eines hohen Offiziers der britischen Besatzungsarmee in Köln.»

Weiss Gott, ein smarterer Junge, dieser Baron. Als er im Begriff stand, sich von Theresa Prinzessin zur Lippe, seiner ersten Gattin, zu trennen, überhäufte er Nina Dyer mit Geschenken, unter denen ein Diamantring im Wert von 20'000 und schwarze Perlen für 10'000 Pfund Sterling, zwei Autos mit goldenen Monogrammen und Schlüsseln, ein Dauerflugschein für alle Fluglinien der Erde, eine Insel im Karibischen Meer und ein schwarzer Panther als Schosstier nur die bemerkenswertesten waren. Und sicherlich hat er – dieses Mal hinter dem Rücken der Presse – sich auch Fiona gegenüber nicht knauserig gezeigt.

Aber wer ist er nun eigentlich, dieser goldschwere super-man, der das Füllhorn des Reichtums über die Frauen ausleert, die er anbetet?

Der Reporter berichtet uns: «Die Wiege seiner Mutter stand in Ungarn. Seinem Vater gelang es, während des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz für seinen Sohn Henry einen Schweizer Pass zu erstehen. Und zu Ende des Zweiten Weltkrieges stand er eindeutig auf der Seite derer, die ihr Vermögen unablässig vergrössern.

Er kannte sich damals schon in allen Tricks des Börsenwesens aus – mit seinen vierundzwanzig Jahren, und stand unsichtbar im Hintergrund, als das berühmte Ruhrabkommen unterzeichnet wurde, das dem Fritz von Thyssen, denazifiziert und freigesprochen, eine triumphale Rückkehr in seine Welt ermöglichte.

Als Fritz von Thyssen starb, erbte Henry von Thyssen aus der Masse der Aktienpakete, die der Witwe und der Tochter zufielen – wie man sagt – rund 18 Millionen Pfund Sterling.

Und damit spekulierte er mit eiskalter Sicherheit ...»

Man kann getrost zugeben, dass das Bild, das der kleine Moritz sich von der grossen Welt macht, durch das grossmütige Verhalten des Industriebarons den Damen seiner Wahl gegenüber als zutreffend ausgewiesen wird. Wo aber Klein-Moritz über die Übung des journalistischen Handwerks jener bestimmten Art hinauswächst, das von der gefälligen Stilisierung der Prozessakten interessanter Scheidungsaffären lebt, wird er unzuverlässig.

Es hat zum Beispiel niemals jenen Fritz von Thyssen gegeben, aus dessen Hinterlassenschaft dem Baron Aktienpakete im Wert von 18 Millionen Pfund Sterling zugefallen sein sollen. Es gab immer nur den bürgerlichen Fritz Thyssen, der nach seiner Rehabilitierung nicht etwa die «triumphale Rückkehr in seine Welt antrat», sondern Deutschland im November 1949 verliess, um nach einem kurzen Aufenthalt in Brüssel endgültig nach Argentinien zu übersiedeln. Er fand nicht mehr viel Zeit, die schweren Schicksalsschläge des vorausgegangenen Jahrzehnts zu vergessen. Knapp sechzehn Monate nachdem er sich für die Emigration entschieden hatte, am 8. Februar 1951, schloss er zu Martinez bei Buenos Aires für immer die Augen. Seine Hinterlassenschaft, im Wesentlichen die der Vermögensverwaltung dienende Thyssen & Co AG und 20,74 Prozent der Vereinigte Stahlwerke-Aktien, fiel ausschliesslich und zu gleichen Teilen seiner Witwe Amalie – nach neuerer Schreibung Amelie – geb. zur Helle und seiner Tochter Anita Gräfin de Zichy zu.

Der berühmte Baron Henry von Thyssen hat seinen Onkel Fritz Thyssen jedenfalls nicht beerbt.

Doch sollte man mit den Reportern nicht allzu hart ins Gericht gehen. Allerdings hätte eine Zeitung, die sich an mehrere Millionen Leser vornehmlich im Ruhrgebiet wendet, die grössten Schnitzer vermeiden müssen und können. Aber man muss ihr einräumen, einmal, dass selbst recht gut unterrichtete Wirtschaftsexperten sich nicht mehr in der Genealogie der Familie Thyssen auskennen, obwohl sie sich jederzeit auf den «alten Thyssen» und die «Thyssen-Gruppe» berufen, zum anderen, dass die Thyssens durchaus nicht unschuldig an der Unklarheit der geschichtlichen Vorstellungen sind, die ihre Familie betreffen, sondern dass sie mit Mitteln, die den Historikern in Orwells pessimistischer Utopie *1984* alle Ehre gemacht hätten, versucht haben, selbst die einfachsten familiären Zusammenhänge und Vorgänge dem Einblick der Aussenwelt zu entziehen.

Selbst die zuverlässigsten Nachschlagewerke versagen im Falle Thyssen. Zieht man zum Beispiel das ausgezeichnete Auskunftsbuch *Wer ist's?* – das deutsche *Who's Who* – zu Rate, so findet man in den Ausgaben VII und VIII von 1914 bzw. 1922 unter dem Artikel «Thyssen, August, Grossindustr.» die lapidaren Angaben: geboren 1840. – Verheiratet – Kinder: Fritz, Ingenieur und Mitarbeiter des Vaters; August Heinrich, ungarischer Baron, Pressburg.

Von diesen Angaben stimmt auch nicht eine. August Thyssen – der «alte Thyssen» des Ruhrgebiets – war nicht 1840, sondern am 17. Mai 1842 in Eschweiler bei Aachen als Sohn eines hochangesehenen Mannes geboren, der das damals wohl einzige deutsche Drahtwalzwerk leitete, hatte die Rektoratsschule in Eschweiler und die höhere Bürgerschule in Aachen absolviert, von 1859 bis 1861 das Polytechnikum in Karlsruhe und im Anschluss daran die Handelsschule in Antwerpen besucht, trat also aufs Beste gerüstet ins tätige Leben.

Zum zweiten: August Thyssen war 1914 schon längst nicht mehr verheiratet, sondern seit 1886 geschieden.

Und drittens: er hatte nicht nur zwei, sondern vier Kinder – die drei Söhne Fritz, August und Heinrich und eine Tochter, Hedwig, die später einen Baron von Berg heiratete.

Aber das war es eben – er hatte an seiner Familie nicht viel Freude erlebt.

Keineswegs, dass die Legende zutrifft, die August Thyssen als einen humorlosen Duckmäuser zeichnet. Er war ein Unternehmer, wie es selten einen gab, arbeitswütig, von seinen Plänen besessen, selbstbewusst, jedem Schein und Gepränge abhold, viel zu stolz, um Orden und Standeserhöhungen, Besuche bei seinem kaiserlichen Herrn oder Visiten des Monarchen auf seinen Werken überhaupt in Erwägung zu ziehen, sparsam, indes den derben Freuden des Lebens durchaus nicht abgeneigt, ein starker Esser und was die Frauen angeht – so wenigstens berichten die, die ihn kannten – nicht eben wählerisch. Sein schwarzer Rock, nicht besser als der Sonntagsanzug seiner Werkmeister, Stehumelegekragen mit aufgeklammerter Schleife, ein vergriffener Filz, das Hebammenköfferchen und die Holzklasse der Staatsbahn genügten ihm. Hatte er aber die Pförtnerloge eines seiner Betriebe durchschritten, war er dort der Herr.

Er war ein Herr, aber kein feiner Herr. Gerade das Gegenteil dessen, was eine junge lebenslustige Frau von grossem gesellschaftlichem Ehrgeiz brauchte, die etwas von ihrem Geld haben wollte.

Wieviel ihm an der Scheidung lag, die 1886 – im fünfundvierzigsten Jahr seines Lebens – zustande kam, geht daraus hervor, dass er nicht nur einwilligte, seiner geschiedenen Frau eine Jahresrente von 60'000 Mark zu zahlen, sondern sich auch bereitfand, da sie auf die Auszahlung ihres Anteils verzichtete, das gesamte eheliche Vermögen jetzt schon auf die vier Kinder zu überschreiben, wodurch er, der in grossen Zeiträumen planende und in Millionen kalkulierende Unternehmer, zeitlebens Nutzniesser des Vermögens seiner Kinder wurde.

Mag sein, dass dieser Verzicht die Ursache aller späteren Schwierigkeiten im Haus August Thyssens wurde; denn von den Kindern war ihm nur Fritz, der älteste Sohn, nachgeraten.

Der Vater hüllte die Möbel auf Schloss Landsberg, das er 1903 aus Gründen der Repräsentation erworben hatte, in Schonbezüge. Er wehrte sich dagegen, die schlechten Kopien zu entfernen, die neben hochwertigen Bildern hingen, da. «sie doch auch Geld gekostet» hätten. Die Kinder dagegen, bis auf Fritz, folgten der Neigung, dem Leben die festliche Seite abzugewinnen. «Sie liebten die rauschenden. Akkorde des

Lebens», berichtet Paul Arnst in seiner ausgezeichneten *Thyssen-Monographie*, die 1925 als 7. Ergänzungshand zur *Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung* erschien, «und pflegten sich früher im Verein mit ihrer Schwester als «die aristokratische Linie im Hause Thyssen» zu bezeichnen.

Der Vater», fährt der Historiker fort, «hatte für diese Lebensweise kein Verständnis. Als sein zweiter Sohn August sich ohne sein Wissen in der Leibschwadron des Garde-Husarenregiments, die bisher noch keinen bürgerlichen Offizier aufgewiesen hatte, zum Leutnant der Reserve wählen liess, schlug seine Entrüstung helle Flammen. Mit allen Mitteln suchte er den «hochfahrenden Sinn» seines Sohns zu bekämpfen. So machte er ihm zum Beispiel Schwierigkeiten, als er sich um Aufnahme in den feudalen Unionklub bemühte.» Den leidenschaftlichen Bestrebungen der beiden Söhne, den Vater zur Stiftung eines Fideikommisses zu bewegen, die als Voraussetzung für die Nobilitierung bürgerlicher Bankiers und Industrieller galt, setzte August Thyssen seinen ebenso leidenschaftlichen Widerstand entgegen. Er dachte nicht daran, es dem Freiherrn von Stumm nachzutun, um sich etwa Freiherr Thyssen von Landsberg nennen zu können. Er übersah auch die Winke, die ihm vom Hofe gegeben wurden: dem Kaiser selbst sei eine persönliche Annäherung nicht unerwünscht. Nicht oder nicht nur aus persönlicher Abneigung gegen alles höfische Treiben, sondern weil er der Ansicht war, «dass die Politik den Händen der Hofleute entwunden und den Wirtschaftlern übertragen werden müsse».

Unter diesen Umständen musste die Kluft zwischen Vater und Söhnen sich immer breiter auftun und namentlich die Erbitterung gegenüber August, der sein Liebling gewesen war, unaufhaltsam zunehmen. «Um seinen Vater seinen Plänen zugänglich zu machen», heisst es weiter bei Arnst, «oder ihn wenigstens zu kränken, verlobte sich August vor aller Welt mit einer Dame vom Brettl. Bei Streikunruhen unterstützte er die Streikkasse und suchte auch auf andere Weise den Vater seelisch zu peinigen.»

Infolge der völlig verschiedenen Wesensart von Vater und Sohn hatte sich Thyssen jun. schon frühzeitig selbständig gemacht. Er erlitt jedoch Schiffbruch und geriet kurz vor dem Ersten Weltkrieg mit einer Verpflichtung von 11 Millionen Mark in Konkurs. Der Vater, der bereits früher vergeblich versucht hatte, den soeben erwähnten Scheidungsvertrag, der ein Viertel seines Vermögens auf seinen Sohn übertrug, durch Nichtigkeitserklärung aus der Welt zu schaffen, glaubte nunmehr eine günstige Gelegenheit gefunden zu haben, seinen Sohn von der unbeschränkten Erbfolge ausschliessen zu können. Er bot ihm an, die Schulden zu übernehmen, und stellte ihm eine Jahresrente von 130'000 Mark in Aussicht, wenn er endgültig auf sein Erbteil verzichtete. Thyssen jun. lehnte ab. Thyssen sen. strengte daraufhin, gestützt auf ein ärztliches Gutachten, 1913 das Entmündigungsverfahren gegen seinen Sohn an, das im weiteren Verlauf für beide Teile äusserst unangenehme Formen hatte. Der weltgewandte Sohn wusste sich geschickt der Gefahr zu entziehen. Die einzige Wirkung des vielbesprochenen Prozesses, «Thyssen contra Thyssen» war, dass vor der

breiten Masse eine Menge unerfreulicher Bilder aufgerollt wurde, die, von der sensationlüsternen Presse in möglichst grellen Farben geschildert, dem Vater ein gerütteltes Mass bittersten Ärgers gebracht haben.

Die Folge der unerwünschten Publizität, zu der die Familie Thyssen dank ihrer inneren Zerwürfnisse gelangt war, war die verständliche, doch weit über das Ziel hinauschiessende Abschliessung der Familie gegenüber der Öffentlichkeit, die soviel zur Entstehung der Thyssen-Legende beigetragen hat. Der Krieg kam der Taktik des Totschweigens entgegen. Die Welt vergass, was sich vor ihren Augen abgespielt hatte. Selbst der Name August Thyssen d. J. verlor sich aus dem Gedächtnis der Zeitgenossen.

Auch von dem jüngeren Bruder des verlorenen Sohns sprach man nicht mehr. Wie August hatte Heinrich Thyssen das Vaterhaus frühzeitig verlassen. Er war nach Ungarn gegangen, hatte sich dort von einem Grafen adoptieren lassen, die Baronin Margit von Bornemisza geheiratet und längere Zeit auf seinen ungarischen Gütern gelebt. Bald nach dem Ersten Weltkrieg finden wir den jungen Baron in Holland. Er bewohnte ein schönes Haus an der Stadthouderslaan in Den Haag, wo ihm am 2. April 1921 sein Sohn Hans Heinrich geboren wurde, der als der Erbe seines Vaters die Leitung eines bedeutenden montanindustriellen Konzerns übernommen hat. Die produktive Substanz der Thyssen-Bornemisza-Gruppe liegt grösstenteils in Westdeutschland, die Konzernspitze dagegen im Ausland: einerseits in Holland, wo die Bank voor Handel en Scheepvaart und die N.V. voor Handel en Scheepvaart Mij Vulcaan (beide in Rotterdam) domizilieren, und in der Schweiz, wo die Familienstiftung Kaszony zu Schwyz (in Castagnola bei Lugano) ihren Sitz hat. Nach der Schweiz nämlich war der Baron Dr. Heinrich Thyssen-Bornemisza de Kaszon Anfang der dreissiger Jahre übersiedelt, hatte 1932 in zweiter Ehe Ilse Maud Feiler geheiratet und nahm von der prächtigen Villa Favorita aus, die er in Castagnola bei Lugano erworben hatte, seine deutschen Obliegenheiten wahr: als Vorsitzter des Direktoriums der August Thyssenschen Unternehmungen des In- und Auslands, Aufsichtsratsvorsitzer der AG Oberbiller Stahlwerk, Düsseldorf, zweiter stellv. Aufsichtsratsvorsitzer des Bremer Vulkan, Schiffbau und Maschinenfabrik, Vegesack, und Aufsichtsratsmitglied sowohl der Thyssen & Co AG als auch der Vereinigten Stahlwerke, vornehmlich also als der Mann an der Spitze derjenigen Thyssen-Unternehmungen, die als Glieder des Thyssenschen «Privatkonzerns» 1926 nicht von den Vereinigten Stahlwerken übernommen worden waren.

Der kosmopolitische Thyssen-Sohn – mit seinem gräflichen Adoptivvater in Ungarn, Gütern in der Pussta, Holdinggesellschaften in Holland und einer Villa in der Schweiz – war beim deutschen Publikum wenig bekannt. Selbst gut unterrichtete Journalisten, die am «Schreibtisch des Ruhrgebiets» – um Düsseldorf bei seinem wohlverdienten Epitheton zu nennen – der täglichen Arbeit nachgehen, kannten und kennen sich da so wenig aus, dass einer von ihnen, als ein Baron Thyssen von sich reden machte, gleich auch Fritz Thyssen in den erblichen Adelsstand erhob.

Sehr zu Unrecht. Denn schliesslich stand Fritz dem Herzen des Konzern-Stifters August Thyssen gerade darum am nächsten, weil er nichts weiter war als ein treuer Arbeiter im Weinberg seines Herrn, frei vom überbordenden gesellschaftlichen Ehrgeiz, den seine Geschwister von der Mutter ererbt hatten, und auch in politischer Hinsicht kein Aussenseiter unter den westdeutschen Montanindustriellen, sondern allenfalls ein ewig junger Heisssporn. Er war das einzige Thyssen-Kind, dessen Herz nicht nach der Nobilitierung verlangte. Er blieb, wie der Vater es wünschte und vorgelebt hatte, zeit seines Lebens ein schlichter Bürger. Er hasste die Weimarer Republik wie die Mehrzahl seiner Standesgenossen. Er reiste im Oktober 1923, als sich die Putschgerüchte verdichteten, eigens nach München, um Ludendorff aus eigener Tasche 100'000 Goldmark zur Finanzierung der Wehrverbände zu übergeben, die dem roten Berlin den Garaus machen wollten. Er hat später – wieder aus eigener Initiative und eigenen Mitteln – mit insgesamt einer Million zur Auffüllung der nationalsozialistischen Kampfkasse beigetragen, obwohl er erst am 31. Mai 1923 «der Partei» beitrug. Und er hat es, frühzeitig ernüchtert, bitter bereuen müssen, dass er Hitlers Streben nach der Machtübernahme so tatkräftig unterstützt hatte: Der Schwiegersohn seiner Schwester, der Baronin Berg, der österreichische Legitimist von Remnitz – von dem Fritz Thyssen immer als von seinem Neffen sprach –, wurde sogleich nach Österreichs Heimkehr ins Reich verhaftet, da Remnitz sich weigerte, um die Strafe für seine politische Tätigkeit abzuwenden, einen Tribut an die Partei zu zahlen. Vergebens protestierte Thyssen bei Gauleiter Bürckel. Remnitz wurde ins Konzentrationslager Dachau eingewiesen.

Hier wurde Remnitz an einem der letzten Augusttage des Jahres 1939 ermordet. Er zahlte mit seinem Leben dafür, dass Fritz Thyssen die Aufforderung der Partei, an der Reichstagssitzung vom 1. September 1939 teilzunehmen und in das bedingungslose Ja der Volksvertreter zu Hitlers Kriegspolitik einzustimmen, zum erstenmal mit einer glatten Verweigerung des Gehorsams und jenem Telegramm an Goering geantwortet hatte, in welchem es hiess: «... Ich bin gegen den Krieg. Ein Krieg würde Deutschland von Russlands Rohmaterialien abhängig machen, und Deutschland würde so seiner Position als Weltmacht verlorengehen.»

Fritz Thyssen und seiner Gattin gelang es in letzter Stunde, in die Schweiz zu entkommen, von wo aus sie sich nach Frankreich wandten. Unterdessen begannen die Mühlen der legitimen Vergeltung zu mahlen: in Nummer 293 des *Reichsanzeigers* erschien am 14. Dezember 1939 die Verordnung, kraft deren Fritz Thyssens Vermögen zugunsten des Landes Preussen konfisziert wurde. Zum Treuhänder der Thyssen & Co AG, von der das Thyssensche Vermögen verwaltet worden war, wurde Kurt von Schroeder, der Mitinhaber des Kölner Bankhauses J. Stein, bestellt, in dessen Haus am 4. Januar 1933 die berühmte Begegnung von Papens mit Hitler stattgefunden hatte, auf die alsbald der Sturz der Regierung Schleicher und die Errichtung des Dritten Reichs gefolgt waren. Vom Besitztum des ermordeten Thyssen-Neffen von Rem-

nitz fiel Schloss Fuschl an den Reichsausserminister Joachim von Ribbentrop: ein würdiger Rahmen für den Empfang von Gästen des Grossdeutschen Reiches. Und endlich erschien im *Reichsanzeiger* vom 4. Februar 1940 die längst erwartete Verordnung, welche die Ausbürgerung des Ehepaares Thyssen bekanntgab.

Bald griff das Schicksal noch härter zu. Als Frankreich 1940 von deutschen Truppen besetzt worden war, wurde Thyssen in Cannes verhaftet. Man brachte ihn zunächst in eine Irrenanstalt nach Neubabelsberg, dann ins KZ und von einem Gefängnis ins andere. Er hätte sich mit einem Widerruf seiner offen bekundeten Gesinnung freikaufen können; aber sowohl er als seine Frau weigerten sich, den Machthabern zu Willen zu sein. Man brachte Thyssen nicht um; soweit hat selbst Hitler sich den durch Besitz und Tradition legitimierten Führern der deutschen Industrie gegenüber niemals vorgewagt. Aber man behielt ihn in Haft und aus der deutschen kam er 1945 in amerikanische Haft, ging wieder von Lager zu Gefängnis und von Gefängnis zu Lager, bis er, nach Jahren freigelassen, endlich den Kampf um die Wiedererlangung seines Eigentums aufnehmen konnte. In dieser Auseinandersetzung blieb er siegreich: Die annähernd 21prozentige Beteiligung an den Vereinigten Stahlwerken, der wertvollste Teil der väterlichen Hinterlassenschaft, gelangte in seine Verfügung zurück.

Aber Fritz Thyssen erlebte nicht mehr viel Freude an der Wiederherstellung seines Eigentumsrechts; Demontage und Entflechtung schienen namentlich ihm, der sein Leben in der Vorstellungswelt der Konzernpolitik und der Verbandwirtschaft zugebracht hatte, den Wert jedes montanindustriellen Besitztums radikal zu vermindern. Im November 1949 emigrierte er nach Argentinien, wo er im Februar 1951 starb. Sein Erbe fiel an Frau Amelie Thyssen geb. zur Helle und seine Tochter Anita Gräfin de Zichy.

Auch um den zweiten Stamm Thyssen, der sich von Josef, dem jüngeren Bruder des Konzernstifters August Thyssen, herleitet, hat das Revier einen Legendenkranz geflochten.

Natürlich, so wissen die jüngeren Kenner des Ruhrgebiets zu berichten, habe Josef neben dem grossen Bruder nie eine Rolle gespielt: ein primitiver Mensch, einfältig, ungebildet, als Werkmeister beschäftigt, dem man noch manches nachsehen musste, habe er August nur immer als Alibi gedient. Wenn dieser in einer Verhandlung Zeit gewinnen wollte, habe er eingewandt, er sei nicht in der Lage, allein die Entscheidung zu treffen; er müsse sich erst mit seinem Bruder Josef beraten. Tatsächlich aber sei Josef überhaupt nicht in der Lage gewesen, die Anliegen seines Bruders zu begreifen; geschweige denn, dass er das Recht gehabt habe, zur Entscheidung des Firmenchefs beizutragen.

Ebenso natürlich aber, wie diese Legende Gehör verlangt, ist sie natürlich falsch.

August Thyssen hatte am 1. April 1871 die Thyssen & Co KG, Keimzelle aller Thyssen-Unternehmungen, mit einem Gesamtkapital von 70'000 Talern gegründet, an der Augusts Vater, Friedrich Thyssen – daher die Firma «Friedrich Thyssen Bergbau AG» – sich kommanditistisch mit 35'000 Talern beteiligte, während August als

persönlich haftender Gesellschafter und einziger Geschäftsführer die Leitung des Unternehmens übernahm.

Ein Jahr nachdem Friedrich Thyssen 1877 gestorben war, trat Josef Thyssen in die Firma ein, und das Band zwischen den Brüdern wurde 1883 noch enger geknüpft, als Thyssen & Co in eine Offene Handelsgesellschaft umgewandelt wurde, in der August und Josef Thyssen als alleinige Inhaber gleichberechtigt nebeneinanderstanden. Der einzige Wandel trat dadurch ein, dass später Augusts ältester Sohn, Fritz Thyssen, als Mitinhaber neben die beiden Brüder trat. Die Umwandlung der Firma Thyssen & Co in eine Aktiengesellschaft (1911) änderte nichts an den Besitzverhältnissen: die Anteile blieben in der Hand August, Josef und Fritz Thyssens.

Dabei war Josef Thyssen alles andere als ein Statist, der sich der unverdienten Gunst erfreute, am Besitz des Bruders zu partizipieren. Er übernahm sehr bald die innere Leitung der Mülheimer Betriebe, die mit ihren schliesslich 13'000 Arbeitern und Angestellten, ihren Stahl- und vielseitigen Walzwerken, ihrem Grossmaschinenbau usw. wesentlich das Werk seines technisch-wirtschaftlichen Ingeniums waren.

Bis zu dem Tag, da er im Jahre 1915 einem Betriebsunfall erlag, hat Josef Thyssen dem Bruder als treuester Mitarbeiter zur Seite gestanden und ihm dadurch die Möglichkeit geschaffen, über die engen Grenzen der Mülheimer Firma hinaus als Konzernstifter ins Weite zu wirken. Freilich, er stand an Reichtum und Wirtschaftsmacht weit hinter August zurück: in denselben Jahren, 1908 bis 1910 etwa, als August auf ein Vermögen von 55 Mill. Mark, Fritz auch schon auf 10 bis 11 Mill. Mark geschätzt wurde, besass Josef Thyssen schätzungsweise 13 bis 14 Mill. Mark, die er übrigens, wie auch Fritz Thyssen, wenn es nottat, dem Konzernstifter bereitwillig zu Anlagezwecken zur Verfügung stellte.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg war Josefs älterer Sohn Julius, geboren zu Anfang der achtziger Jahre, in den Unternehmungen des Thyssen-Konzerns tätig gewesen. Josefs jüngerer Sohn Hans, bei Kriegsausbruch vierundzwanzigjährig, wurde Soldat und kehrte, dekoriert mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, wohlbehalten zurück. Die Josef-Söhne traten dann wenig in der Öffentlichkeit hervor; doch gehörte Hans Thyssen Ende der zwanziger Jahre dem Vorstand der Vereinigten Stahlwerke an, amtierte als Geschäftsführer der Thyssenschen Handelsgesellschaft mbH sowie als erster stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzer der Maschinenfabrik Rheinland AG, Duisburg, und sass ferner im Aufsichtsrat der Krefelder Stahlwerke AG, der AG Oberbilker Stahlwerk, Düsseldorf, der Geisweider Eisenwerke AG, des Bremer Vulkan, der Thyssen & Co AG und der von der Heydts Bank AG, Berlin. Worin sich erweist, dass der Familienstamm Josef keine ganz so geringe Rolle unter den Thyssens gespielt haben kann, wie die Legende es will.

Die Unternehmungen, die die Familie Thyssen 1926 in die Vereinigten Stahlwerke einbrachten – es handelte sich vornehmlich um die August Thyssen-Hütte, die 1919 aus der Gewerkschaft Deutscher Kaiser hervorgegangen war, die Mülheimer

Betriebe der Thyssen & Co AG, die Bergbau- und Hütten-AG Friedrichshütte in Hersdorf und die Beteiligungen an der Geisweider Eisenwerke AG, der Krefelder Stahlwerk AG und der Vereinigte Stahlwerke Van der Zypen und Wissener Eisenhütten AG – wurden mit einer 26prozentigen Beteiligung am Grundkapital des Stahlwerks abgegolten, das ursprünglich 800 Mill. RMark betragen hatte, in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre aber auf 460 Mill. RMark herabgesetzt wurde.

Wie immer aber in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens das Schicksal der Vereinigten Stahlwerke sich gestaltete, ob das Kapital zusammengelegt werden musste, die Kurse stürzten oder stiegen, die Aktienpakete die Hände wechselten, sich auflösten und sich wieder zusammenfanden: der Block der Thyssenschen Beteiligung wurde offenbar durch diese Vorgänge niemals berührt. Von den 26 Prozent Vereinigte Stahlwerke-Aktien, die die «Familie Thyssen» – in Tat und Wahrheit: Fritz Thyssen und die Erben Josef Thyssens – aus der Einbringung ihrer Unternehmungen in den Stahlverein erlöst hatte, wurde der weitaus grösste Teil – genau 20,7453 Prozent, die nach der Zusammenlegung einem Nennwert von 95,419 Mill. RMark in Vereinigte Stahlwerke-Aktien entsprachen – von Fritz Thyssen in die als Holdinggesellschaft dienende Gewerkschaft Preussen eingebracht. Sämtliche Kuxe dieser Gewerkschaft befanden sich in den Händen der Thyssen & Co AG, deren Aktien restlos Fritz Thyssen gehörten und, wie schon erwähnt, während der Jahre seiner Emigration treuhänderisch verwaltet worden waren. Er hinterliess sie zu gleichen Teilen seiner Witwe und seiner Tochter, so dass also Frau Amelie Thyssen geb. zur Helle, die am 9. Dezember 1957 ihr achtzigstes Jahr vollendet, und Anita Gräfin de Zichy je 10,372 Prozent der alten Stahlvereins-Aktien erben. Vom Rest der an die Thyssens gefallenen Anteile, d.h. der Differenz zwischen 26 und 20,74 Prozent des Grundkapitals der Vereinigten Stahlwerke, kann sich zurzeit der Entflechtung nur noch ein Teil im Besitz des Familienstamms Josef Thyssen, vertreten durch die Witwen Julius Thyssen Juliane geb. Rintelen und Hans Thyssen geb. Gertrud Schmid, befunden haben. Ein Teil des Erbes der Josef Thyssen-Nachkommen war während des Krieges anderweitig angelegt worden. So dass wir jetzt endlich das Schema des Erbgangs nachzeichnen können, dem das Thyssensche Gesamtvermögen unterworfen war.

Wir haben zu unterscheiden: zwischen den Erben Fritz Thyssens, die zum Familienstamm August Thyssen gehören, den Erben Julius und Hans Thyssens vom Familienstamm Josef Thyssen und dem Erben des Barons Dr. Heinrich Thyssen-Bornemisza de Kaszon, der wiederum dem Familienstamm August Thyssen angehört.

Was ist nun aus diesen Erbschaften geworden und wie hängen sie, wenn überhaupt noch, zusammen?

Um mit den Erbinen Fritz Thyssens zu beginnen: die beiden Damen, Witwe und Tochter des Verstorbenen, fanden als wesentlichstes Erbstück im Nachlass die Thyssen & Co AG vor: eine reine «Haltegesellschaft», wie es im gereinigten Juristendeutsch hiess, eine Kapitalverwaltungsgesellschaft mit anderen Worten, in deren

Tresor jene 20,74 Prozent der Vereinigte Stahlwerke-Aktien lagen, in deren Besitz sich dann die Erbinnen teilten.

Die Thyssen & Co AG, ausgestattet mit einem Kapital von 2,5 Mill. DMark, blieb im gemeinsamen Eigentum von Mutter und Tochter: nach wie vor als Kapitalverwaltungsgesellschaft, von der wir freilich nur wissen, dass sie die einzige Gesellschafterin der Schachtbau Thyssen GmbH in Mülheim ist, die 1908 als selbständiges Unternehmen aus der Schachtbauabteilung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser hervorging. Mit ihrem auf 3 Mill. DMark erhöhten Stammkapital, ihren mehr als 2'300 Arbeitern und Angestellten und ihrer britischen Tochtergesellschaft, der Thyssen Shaft Sinking Co. Ltd., London und Hanelly (S-Wales), stellt sie gewiss ein recht respektables Unternehmen dar. Verglichen aber mit der eigentlichen Substanz der Erbschaft, den Stahl Vereins-Aktien, erscheint sie den Zeitgenossen als ein so «kleiner Fisch», dass im Revier kaum von ihr die Rede ist.

Zur Betreuung ihres Aktienbesitzes gründete jede der beiden Erbinnen ihre eigene Verwaltungsgesellschaft, die beide mit einem Kapital von je 20 Mill. DMark ausgestattet wurden: Frau Amelie Thyssen im Dezember 1953 die Fritz Thyssen Vermögensverwaltung AG, Köln, Gräfin Anna, gen. Anita de Zichy-Thyssen die Thyssen AG für Beteiligungen, Düsseldorf. Denn in der Tat, eine mit grosser Sachkenntnis und mit viel Initiative, Mut, und nicht zu sagen: Verwegenheit ausgeübte Betreuung eröffnete ungeheure Gewinn- und Machtchancen. Wie erinnerlich war die Vereinigte Stahlwerke AG ja nicht als solche erhalten geblieben, sondern auf Anordnung der Siegermächte in siebzehn Einheitsgesellschaften entflochten oder, um mit den Sachwaltern der öffentlichen Meinung zu sprechen, «zerschlagen» worden. Die Folgen waren für die betroffenen Aktionäre nicht eigentlich unangenehm: Wer eine Vereinigte Stahlwerke-Aktie im Nennwert von 1'000 RMark besessen hatte, erhielt dafür Bezugsrechte auf Anteile der Nachfolgesellschaften im Nennwert von 3'055 DMark. Das lief schon auf eine mehr als 308prozentige Aufwertung hinaus, und wer vollends das Geld und den Spürsinn besass, nicht gleich die Bezugsrechte zu veräussern, sondern, sei es auch mit Hilfe von Krediten, tatsächlich neue Aktien zu kaufen, partizipierte bald auch an den vielfach bedeutenden Kursgewinnen der Papiere. Die Kleinaktionäre hatten freilich oft nicht die Mittel oder das Köpfchen, so klug zu handeln, sondern gaben sich mit den 300 Prozent zufrieden, wo die Geldsparer nur 6^ Prozent gerettet hatten. Das Geschäft machten die Grossaktionäre oder die Käufer der Bezugsrechte, die kühnen Spekulanten, unter denen ein Mann wie Hermann Krages nur als der primus inter pares hervorragt.

Den ganz Grossen indessen, namentlich den Thyssen-Erben und den Rheinischen Stahlwerken, brachte die Entflechtungsprozedur nicht nur Gewinn, sondern auch Sorgen. Denn ihnen war ja die Auflage gemacht worden, sich künftig auf eine der siebzehn Nachfolgesellschaften zu «konzentrieren». Sie sollten künftig nicht mehr bei mehreren grossen Montanunternehmen beteiligt sein, nicht mehr wie früher ein Über-

mass von Wirtschaftsmacht auf sich vereinigen können. Und es galt schon als grosses Entgegenkommen, dass man ihnen später gestattete, zusätzlich zu dem von ihnen gewählten Konzentrationsobjekt, sich «transitorisch», d.h. vorübergehend, auch auf weitere Unternehmen zu konzentrieren. Dass und wie dadurch jener Vorgang der «Rückverflechtung» eingeleitet wurde, der dahin geführt hat, dass einmal die montanindustriellen Konzerne heute grösser und mächtiger sind als jemals zuvor, zum anderen, dass die Grossaktionäre – Einzelpersonlichkeiten, Banken, Versicherungen usw. – heute eine unvergleichlich viel grössere Rolle spielen als vor dem Krieg, dass also die Entflechtung den mächtigsten Konzentrationsprozess ausgelöst hat, den wir seit den Tagen der grossen Inflation erlebt haben, ist oft geschildert worden. Beschränken wir uns also darauf, kurz zu skizzieren, was aus den Aktienpaketen der beiden Thyssen-Erbinnen wurde.

Frau Amelie Thyssen war überaus wohlberaten, als sie den Entschluss fasste, sich endgültig auf die Rheinische Röhrenwerke AG und transitorisch auf die Hüttenwerke Phoenix AG zu konzentrieren – zwei Unternehmen, die sich als Zuliefer- und Verarbeitungswerke aufs Schönste ergänzten. Was zunächst störte, war der transitorische Charakter der Phoenix-Beteiligung. Aber es war ja ganz einfach, diesen Makel zu tilgen, wenn man nach dem Grundsatz «aus zwei mach eins» verfahren könnte. Warum eigentlich nicht? Nach dem Buchstaben der Entflechtungsgesetzgebung war der Zusammenschluss zweier Hüttenwerke sicherlich möglich. Auch die Hohe Montanbehörde «billigte» den Plan, mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, dass das Vorhaben nicht genehmigungspflichtig sei. Der einzige Stein des Anstosses war die Opposition des Grossaktionärs Krages. Als dann auch dieses Hindernis nach einer dramatischen Auseinandersetzung aus dem Wege geräumt war, konnte die Verschmelzung der beiden Gesellschaften zur «Phoenix-Rheinrohr AG Vereinigte Hütten- und Röhrenwerke» im Sommer 1955 vollzogen werden, an deren Grundkapital von 207 Mill. DMark Frau Amelie Thyssen mit 52,135 Prozent beteiligt ist.

Das ist nun schon kein «kleiner Fisch» mehr, sondern eine ansehnliche Machtkonzentration; denn Phoenix-Rheinrohr besitzt nicht nur ihre sieben Werke – in Ruhrort, Meiderich, Mülheim, Dinslaken, Düsseldorf, Hilden und Immigrath – die 1955 über zwei Erzsinteranlagen, dreizehn Hochöfen, zwei Thomasstahlwerke mit zehn Konvertern, drei Siemens-Martin-Stahlwerke mit achtzehn Öfen, mehrere Block-, Grob- und Feinwalzwerke, Röhrenwerke, Ziehereien usw. verfügten und insgesamt 25'350 Arbeiter und Angestellte beschäftigten; das Unternehmen gebietet auch noch über eine Reihe wertvoller Beteiligungen, die, nur was den Thyssenschen

Beteiligungen der Phoenix-Rheinrohr AG

1. Wuragrohr GmbH, Wickede, StK 3 Mill. DMark, 100 Prozent,
2. Vereinigte Rohrleitungsbau (Phoenix-Märkische) GmbH, Düsseldorf, StK 3 Mill. DMark, 100 Prozent (Filialen Berlin-Mariendorf; München),
3. Lindener Eisen- und Stahlwerke GmbH, Hannover-Linden, StK 2 Mill. DMark, 100 Prozent,

4. Silika- und Schamottefabriken Martin & Pagenstecher AG, Köln-Mülheim, GK 3,45 Mill. DMark, 51,3 Prozent,
5. Rhein-Plastic-Rohr GmbH, Mannheim-Neckarau, StK 1 Mill. DMark, 50 Prozent,
6. Friedrich Thyssen Bergbau AG, Duisburg-Hamborn, GK 50 Mill. DMark, 50 Prozent,
7. Rheinische Kalksteinwerke GmbH, Wülfrath, StK 15 Mill. DMark, 32,5 Prozent,
8. Dolomitwerke GmbH, Wülfrath, StK 5 Mill. DMark, 27 Prozent,
9. Barbara Erzbergbau-AG, Düsseldorf, GK 15 Mill. DMark, 25 Prozent,
10. Rheinische Wohnstätten AG, Duisburg, GK 21,6 Mill. DMark, 20 Prozent,
11. Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf, GK 21 Mill. DMark, 9 Prozent,
12. «Wehag» Westdeutsche Wohnhäuser AG, Bochum, GK 3 Mill. DMark, 9 Prozent,
13. Canadian Western Pipe Mills Ltd., Port Moody, B. C., Canada, GK 4,2 Mill. Dollar, 100 Prozent,
14. Alberta Phoenix Tube und Pipe Ltd., Edmonton, Canada,
15. Rhinetubes Inc., Houston, Texas/USA, GK 50'000 Dollar, 40 Prozent.

Anteil an den deutschen Gesellschaften angeht, vorsichtig geschätzt 12'000 Arbeitsplätze repräsentieren mögen. An der Blohm & Voss AG ist Phoenix-Rheinrohr nicht – oder noch nicht – als Aktionärin beteiligt. Die Interessenahme geschah vielmehr in der Weise, dass die naturgemäss an der Lieferung von Schiffsblechen, Kesseln und Röhren stark interessierte Firma der ehemals führenden deutschen Schiffbaugesellschaft namhafte Anlegekredite zur Verfügung stellte und ihren Vorstandsvorsitzenden Dr. h.c. Fritz-Aurel Goergen sowie das Vorstandsmitglied Ernst-Wolf Mommsen in den Aufsichtsrat der Blohm & Voss AG delegierte.

Eine kleinere, aber kaum weniger interessante Beteiligung besitzt Frau Amelie Thyssen bei der August Thyssen-Hütte AG, die, wenn sie den Wiederaufbau endgültig hinter sich gebracht hat, wahrscheinlich wieder den Anspruch erheben kann, das modernste und vielleicht auch das grösste europäische Hüttenwerk zu betreiben: Sie kaufte sich allmählich in das Grundkapital der August Thyssen-Hütte ein, nahm auch die Kapitalerhöhungen wahr und besitzt zurzeit mit nominell 34,1 Mill. DMark einen Anteil von 15,16 Prozent an dem Unternehmen, das ihr Schwiegervater aus der Gewerkschaft Deutscher Kaiser entwickelt hat.

Das wäre an sich von geringem Interesse, wenn nicht ihre Tochter, die Gräfin de Zichy, als Grossaktionärin ihr zur Seite stünde. Die Gräfin hatte ursprünglich die Deutsche Edelstahlwerke AG, Krefeld (GK 41,4 Mill. DMark) als Konzentrationsobjekt und die Niederrheinische Hütte AG, Duisburg (GK 41,4 Mill. DMark) zum Gegenstand der «transitorischen Konzentration», zu Deutsch: des vorübergehenden Besitzes, gewählt. An beiden Unternehmungen war sie schliesslich mit etwa 55 Prozent – an den Deutschen Edelstahlwerken möglicherweise etwas höher – beteiligt. Daneben aber erwarb sie einerseits Aktien der Handelsunion AG (GK 46 Mill. DMark), in der die zahlreichen Handelsunternehmen der Vereinigten Stahlwerke zusammengefasst wurden – hier beträgt ihr Anteil etwa 30 Prozent – die Rheinischen Stahlwerke besitzen ebensoviel, die Commerzbank-Bankverein AG etwa 20 Prozent; andererseits kaufte sie, zielbewusster noch als die Mutter, Anteile der August Thyssen-Hütte.

Doch damit hat es nun freilich seine besondere Bewandnis, die nur zu verstehen

ist, wenn man beide Partner, die Käuferin und die Verkäuferin der August-Thyssen-Hütte-Anteile – abgekürzt ATH-Anteile – ins Auge fasst: seine Bewandnis insofern, als die Gräfin de Zichy oder ihre Vermögensverwaltung von einem bestimmten Zeitpunkt ab einen recht ungewöhnlichen Weg beschritt, um zu grossen Aktienpaketen der August Thyssen-Hütte zu kommen, und insofern besonders, als sie diesen Weg nur einschlagen konnte, wenn die Verwaltung der August Thyssen-Hütte ihr entgegenkam.

Wie kommt man eigentlich an Aktien? Ganz einfach. Man gibt den Auftrag an eine Bank, und die lässt die Aktien durch einen Makler an der Börse kaufen. Der Makler kauft sie bei einem anderen Makler, dessen Bank von einem Bankkunden beauftragt wurde, seine Aktien zu verkaufen: sei es, dass er Geld brauchte, dass er spekulierte oder dass er, aus gleich welchen Gründen, glaubte, der Kurs seiner Papiere werde in nächster Zeit sinken.

Es ist aber auch ein anderer Fall möglich: Es ist eben eine Aktiengesellschaft gegründet worden. Die Gründer, ein paar smarte Geschäftsleute, ihre Frauen und ein Notar, haben die Aktien übernommen. Aber nur vorübergehend. Tatsächlich haben sie ein Bankenkonsortium beauftragt, die Aktien an den Mann zu bringen. Und wenn nun ein Kunde am Bankschalter fragt, wie er sein Geld anlegen könne, wird ihm sicherlich – manchmal zu seinem Glück, manchmal zu seinem Unglück – der Rat gegeben, ein Häuflein der frischgedruckten Aktien zu erwerben.

Eine dritte Möglichkeit ergibt sich, wenn eine Aktiengesellschaft ihr Kapital erhöht, etwa weil sie Geld braucht, um ihren Betrieb zu erweitern oder um ein schon bestehendes Werk zu erwerben, eine Konkurrenzfirma aufzukaufen oder auch nur die Kapitalmehrheit bei einem Konkurrenzunternehmen in die Hand zu bekommen. Zwar wurde aus steuerlichen Gründen in den letzten Jahren vielfach der andere Weg eingeschlagen, dass die Gesellschaft obligationen, Schuldverschreibungen, ausgab; denn dadurch entging sie der im anderen Fall notwendigerweise eintretenden Erhöhung der den Gewinn empfindlich mindernden Körperschaftsteuer. Aber nehmen wir einmal an, sie ging den Weg der Kapitalerhöhung. In diesem Fall wird sie, wenn ihre Aktien an der Börse höher stehen als der Nennwert, wenn also – wie es ja oft geschieht – eine auf 100 Mark lautende Aktie mit 150 Mark gehandelt wird, ihren Aktionären ein Bezugsrecht einräumen. In der Art etwa, dass der Altaktionär für je zwei oder drei Aktien, die er bereits besitzt, eine «junge» Aktie zum Nennwert erwerben kann. In der Regel werden nicht alle Bezugsrechte ausgenützt. Viele Kleinaktionäre haben nur eine Aktie, kommen also für die Ausübung des Bezugsrechts überhaupt nicht in Frage. Andere haben kein Geld, um ein paar junge Aktien hinzuzukaufen. Dritte beteiligen sich nicht, weil sie in der Zeitung nur die Meldung über Sport und Verbrechen lesen und, da sie auch nicht zur Bank kommen, gar nicht erst erfahren, welches Geschäft sie sich entgehen lassen. Den kapitalerhöhenden Gesellschaften kann das nur recht sein, da sie von neu hinzukommenden Aktienkäufern ja den höheren, an den Börsen notierten Aktienpreis erzielen können.

Wie ging es nun bei der ATH zu?

Am 14. Mai 1954 hatte die Hauptversammlung (der Aktionäre) beschlossen, das Kapital ihrer Gesellschaft um 10 auf 115 Mill. DMark zu erhöhen. Der relativ kleine Betrag wurde vom Markt schnell aufgenommen.

Am 12. Oktober 1955 aber gab die Hauptversammlung ihre Einwilligung zu dem Vorschlag der Verwaltung: den Vorstand zu ermächtigen, im Zeitraum der nächsten fünf Jahre das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Sach- oder Bareinlagen einmalig oder mehrfach, doch höchstens um 57,5 Mill. DMark – die Hälfte des gegenwärtig ausstehenden Kapitals – zu erhöhen.

Das war allerdings kein absolutes Novum – was hat es in der Geschichte des deutschen Aktienwesens nicht schon gegeben? –, aber doch ein recht ungewöhnliches oder sagen wir: ein hintergründiges Verfahren. Schon im August 1955 nämlich hatte die ATH-Verwaltung mit der Niederrheinische Hütte AG einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen und sich von der Gräfin de Zichy, die ja, wenn auch nur transitorisch, die etwa 55prozentige Mehrheit des Unternehmens besass, eine Option auf ihr Aktienpaket einräumen lassen.

Dies Optionsrecht wurde im Frühjahr 1956 ausgeübt: Die Verwaltung erhöhte kraft ihrer Ermächtigung das Grundkapital der August Thyssen-Hütte um 35 auf 150 Mill. DMark und gab von den jungen Aktien ein Paket im Nennwert von 28,5 Mill. DMark an die Gräfin bzw. die Thyssen-AG für Beteiligungen im Austausch gegen deren Majoritätspaket Niederrheinische Hütte, das einen Nennwert von 22,8 Mill. DMark repräsentierte. Das Austauschverhältnis von 22,8 zu 28,5 oder von 100 zu 125 war nicht eben ungünstig, aber – wenn man den Paketzuschlag in Rechnung stellte – auch nicht auffallend günstig. Auffallend war höchstens, welch grosses Interesse die Gräfin de Zichy für die August Thyssen-Hütte bekundete; denn zu ihren beiden Aktienpaketen, deren Nennwert von Sachkennern auf 24,9 und 28,5 Mill. DMark geschätzt wurde, erwarb sie noch nominell 7,5 Mill. DMark ATH-Aktien hinzu. Insgesamt also besass die Gräfin im Frühsommer 1956 für etwa 60,9 Mill. DMark des kostbaren Papiers, und da Frau Amelie Thyssen für 22,74 Mill. DMark ATH-Anteile im Panzerschrank der Fritz Thyssen Vermögensverwaltung AG liegen hatte, vereinigten Mutter und Tochter mit 83,64 Mill. DMark die knappe Mehrheit, nämlich 55,8 Prozent des ATH-Kapitals, auf sich.

Das war die Situation, als die Hauptversammlung vom 17. Juli 1956 den zweigleisigen Entschluss fasste: einmal eine Kapitalerhöhung um 75 auf 225 Mill. DMark zu genehmigen und den Altaktionären ein Bezugsrecht von 2:1 (eine junge auf zwei alte Aktien) einzuräumen; zum anderen aber, der Verwaltung die Ermächtigung zu geben, das Kapital, wenn es die Umstände erforderten, um weitere 75 auf 300 Mill. DMark zu erhöhen.

Von Frau Amelie Thyssen weiss man mit ziemlicher Sicherheit und von der Gräfin de Zichy nimmt man mit einer fast an Gewissheit grenzenden Wahrscheinlichkeit an, dass sie das Recht in vollem Umfang in Anspruch nahmen, Aktien, die damals etwa 160 notierten, zum Kurs von 100 zu erwerben. Mit anderen Worten: die Fritz

Thyssen Vermögensverwaltung AG kaufte zu ihren 22,74 Mill. DMark für 11,37 Mill. DMark junge Aktien hinzu und vergrößerte dadurch ihr ATH-Paket auf nominell 34,11 Mill. DMark; die Thyssen AG für Beteiligungen dagegen war in der vorteilhaften Lage, ihren Besitz an ATH-Anteilen von nominell 60,9 um 30,45 auf 91,35 Mill. DMark zu erhöhen: was sie – anderslautenden Gerüchten entgegen, die der Gräfin de Zichy zum Jahresende ein Paket von «nur» 80 Mill. DMark zuschreiben – sicherlich auch getan hat.

Nachdem die nominell 75 Mill. DMark junger ATH-Aktien mühelos untergebracht worden sind – theoretisch war es möglich, sie restlos an die Altaktionäre abzugeben –, würden die beiden Thyssen-Erbinnen mit zusammen 125,46 Mill. DMark die nahezu 56prozentige Mehrheit bei der August Thyssen-Hütte besitzen, wenn das erstaunlich dynamische Unternehmen die Entwicklung nicht schon weitergetrieben hätte.

Das geschah durch Ausnutzung der dem Vorstand eingeräumten Befugnis, das ATH-Kapital gegen Sach- oder Bareinlagen – wobei natürlich immer nur an «Sacheinlagen», Aktienpakete nämlich, gedacht war – um weitere 75 Mill. DMark zu erhöhen.

Fürs erste erwarb die Gesellschaft im Austausch gegen nominell 15 Mill. DMark eigener Aktien weitere Anteile der Niederrheinischen Hütte. Legt man auch hier das Umtauschverhältnis 100:125 zugrunde, so erhöhte sich ihre Mehrheit von 22,8 um 12 auf 34,8 Mill. DMark, was einem Anteil von 84,1 Prozent am Grundkapital der Niederrheinischen Hütte entspräche. Zum zweiten gab die Verwaltung der ATH Ende 1956 ihren Entschluss bekannt, nun auch das Mehrheitspaket der Deutsche Edelstahlwerke AG, auf die sich die Gräfin de Zichy konzentriert hatte, von der Thyssen AG für Beteiligungen zu übernehmen. Zu welchem Umtausch Verhältnis die Transaktion stattfinden sollte, wurde nicht gesagt. Das Börsengespräch nannte die Relation 100 DEW- für 150 ATH-Aktien und dürfte damit der Wahrheit ziemlich nahekommen. Freilich, die Edelstahl-Aktien tauschten sich gegen die jüngsten Aktien der August Thyssen-Hütte im Dezember 1956 nur im Verhältnis 100:125. Doch ist zu bedenken, dass die Gräfin de Zichy ja nicht nur eine Handvoll Anteile, sondern ein Paket, sogar ein 55 bis 60prozentiges Mehrheitspaket, also nicht bloss die Aktien, sondern auch die Herrschaft – wenn auch noch nicht die mit einer Dreiviertelmehrheit verbundene volle Souveränität – über die Deutschen Edelstahlwerke abzugeben hatte. Ein 20prozentiger Paketzuschlag als Preis des Herrschaftsanspruchs, der mit dem Mehrheitspaket an den Erwerber gelangte, wäre keineswegs abwegig; es wurden in jüngster Zeit bei kleineren Objekten weit höhere Paketzuschläge gezahlt.

Unterstellen wir also die Tauschrelation 100:125 als richtig, so würde die Gräfin für eine 55prozentige DEW-Mehrheit nominell 34,2 Mill. DMark, für eine 60prozentige Majorität 37,3 Mill. DMark in Aktien der August Thyssen erhalten haben. Wir wollen annehmen, sie erzielte 35 Mill. DMark. Das ATH-Kapital, das schon durch die Aufstockung der Niederrheinisch-Hütte-Majorität um 15 auf 240 Mill. DMark gestiegen war, würde sich durch die neue Transaktion um 35 auf 275 Mill. DMark er-

höht haben. Die Gräfin müsste jetzt also für nominell 126,35 Mill. DMark, Frau Amelie Thyssen, wie erinnerlich, für 34,11 Mill. DMark ATH-Aktien, die Tochter also 45,95, die Mutter 12,40 und beide zusammen 58,35 Prozent des Grundkapitals der August Thyssen-Hütte besitzen. Ja selbst wenn die ATII-Verwaltung ihre Ermächtigung vorsorglich voll ausgenützt, das Grundkapital also auf 300 Mill. DMark erhöht hätte, würde der Anteil der Thyssen-Erbinnen um etwa 3[^] Prozent über der 50-Prozent-Grenze liegen.

Jetzt fehlt nur noch, dass das in Bank- und Börsenkreisen umlaufende Gerücht sich realisiert, wonach die ATH-Verwaltung mit dem Gedanken umgehe, die nominell 15 bis 16 Mill. DMark Handelsunion-Aktien der Gräfin, etwa 30 Prozent des Grundkapitals, zu übernehmen, von denen – wenn kein Paketzuschlag in Rechnung gestellt wurde – Ende 1956 unter Brüdern 100 gegen 168 jüngste ATH-Anteile getauscht wurden, um die Position der Thyssen-Erbinnen vollends zu festigen. Denn selbst wenn die ATH-Verwaltung die für den Handel erforderlichen rd. 26 Mill. DMark eigener Aktien nicht mehr zur Verfügung hätte und folglich das Grundkapital über die bisher geltende Ermächtigungsgrenze hinaus auf, sagen wir, 325 Mill. DMark erhöhen müsste, würde die Gräfin immer noch 46,9, Frau Amelie Thyssen 10,5 Prozent, die beiden Erbinnen zusammen also 57,4 Prozent des Gesellschaftskapitals vertreten.

Doch nun genug gerechnet. So trügerisch der Boden auch sein mag, auf dem sich unsere Kalkulation mit Zahlen von allerdings sehr hohem Wahrscheinlichkeitsgehalt bewegt, eins steht jedenfalls fest: die Erbinnen Fritz Thyssens, namentlich seine Tochter, die Gräfin de Zichy, sind bei der August Thyssen-Hütte wieder in die Stellung des Hausherrn eingerückt, die bis vor gut drei Jahrzehnten «der alte Thyssen» innegehabt hat, der Stifter und unermüdliche Mehrer des Familienreichtums.

Dabei hat die List des Gesetzes recht fühlbar die Hand im Spiel gehabt. Denn was ist denn nun eigentlich vor unseren Augen über die Bühne gegangen?

Die Gräfin de Zichy hat sich zielbewusst in die August Thyssen-Hütte eingekauft. Gut. Sie hat den Preis gezahlt, den man ihr abverlangte. Auch gut. Aber sie hat an ein paar Bissen, wie sie selten geschluckt wurden, demonstriert, dass man den Kuchen essen kann, ohne ihn zu verzehren. Sie oder vielmehr ihre Berater und Helfer haben den wenigen, die die Vorgänge nicht nur wahrnehmen, sondern auch kritisch beurteilen konnten, gezeigt, dass man unter gewissen Bedingungen die Ware erwerben und den Preis in der Tasche behalten kann.

Unter welchen Bedingungen sollte das möglich sein, ohne den Buchstaben des Gesetzes zu verletzen?

Aber das ist doch ganz einfach: unter den Bedingungen des geltenden Aktienrechts, und weiter: unter der Bedingung, dass ein Konsensus, dass Einmütigkeit zwischen Verkäufer und Käufer besteht.

Wir wollen das erst einmal am Modell erläutern: Angenommen jemand – nennen

wir ihn Herrn A – besitzt die Majorität bei der X-AG. Er verkauft sie an die Z-AG und erhält als Kaufpreis 30 Prozent der Z-Aktien. Er besitzt aber auch die Mehrheit bei der Y-AG, und auch diese verkauft er an die Z-AG, die den Kaufpreis in, sagen wir, 37 Prozent der eigenen Aktien erlegt. Herr A hat nun 67 Prozent der Z-Aktien im Panzerschrank liegen. Er kann mit Fug und Recht sagen: die Z-AG gehört mir. Der Z-AG des Herrn A aber gehören ja auch die Majoritäten bei der X- und der Y-AG, deren Verkauf ihm zur Mehrheit bei der Z-AG verholten hat. Er hat sie weggegeben und sie dennoch behalten; denn Herr A, das ist in der herzlosen Sprache des Börsenalltags ja nichts anderes als die Z-AG und, wie gesagt, die Z-AG übt Hausherrenrechte bei der X- und der Y-Gesellschaft.

Die Sache scheint so einfach, dass man sich sagt, irgendwo muss sie doch einen Haken haben. Und in der Tat, sie hat einen Haken. Denn da nach § 65 des Aktiengesetzes eine Aktiengesellschaft keine eigenen Aktien erwerben kann – es sei denn, sie würden ihr geschenkt und sie leitete keinerlei Rechte daraus ab –, so kann sie prinzipiell auch keine eigenen Aktien besitzen, die sie an den Verkäufer eines Sachwerts als Kaufpreis weiterzugeben vermöchte. Dennoch kann sie sich von diesem Haken lösen. Sie kann ja durch Kapitalerhöhungen neue Aktien schaffen, die gegen *Baroder* Sacheinlagen begeben werden. Dazu bedarf es nur zweier Voraussetzungen: der Bereitwilligkeit von Vorstand und Aufsichtsrat, der sogenannten Verwaltung, so zu verfahren, und der Genehmigung der Hauptversammlung zu der Kapitalerhöhung.

Bei der August Thyssen-Hütte waren Frau Amelie Thyssen und die Gräfin de Zichy schon Grossaktionärinnen, als das Spiel mit den Kapitalerhöhungen begann. Am Abschluss des Interessengemeinschaftsvertrages zwischen der Niederrheinischen und der August Thyssen-Hütte im August 1955 war die Gräfin also schon als Majoritätsbesitzerin beim ersten und als Grossaktionärin beim zweiten Unternehmen interessiert. Kein Zweifel, dass damals, d.h. im ersten Halbjahr 1955, bereits der Konsensus zwischen der Gräfin und der ATH-Verwaltung hergestellt wurde, den Weg einzuschlagen, der später beschritten wurde. Berechtigte Zweifel aber können daran bestehen, dass der grossartige Plan, aus Kapitalerhöhungen anfallende ATH-Aktien gegen die Mehrheitspakete Niederrheinische Hütte und Deutsche Edelstahlwerke zu tauschen, im Kopf der Gräfin oder im Kreis ihrer engsten Berater gereift ist. Wie vorteilhaft der Handel für die Thyssen-Erbin war – an die oder deren Söhne ja einmal die Hinterlassenschaft der achtzigjährigen Mutter fallen muss, die sie auf jeden Fall in den Besitz der ATH-Mehrheit bringen wird – liegt allerdings auf der Hand. Aber es ist doch auch möglich, ja es entbehrt nicht der inneren Wahrscheinlichkeit, dass die Initiative zu dem Verfahren von der Verwaltung der ATH ausging.

Man braucht dabei nicht nur oder nicht in erster Linie an Dr. h.c. Robert Pferdenges zu denken, den Nestor der westdeutschen Industriefinanzierung, der gleichzeitig bei der August Thyssen-Hütte als Vorsitzter und bei der Fritz Thyssen-Vermögensverwaltung als stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrats amtiert; es genügt,

sich daran zu erinnern, dass der erst fünfzigjährige Bergassessor a.D. Dipl.-Ing. Hans-Günther Sohl den Vorsitz im Vorstand der August Thyssen-Hütte führt: ein Mann vom gleichen dynamischen Managertypus, den der noch drei Jahre jüngere Phoenix-Rheinrohr-General Dr.h.c. Fritz-Aurel Goergen verkörpert, auf dessen Konto ganz ohne Zweifel das grösste Verdienst um den Zusammenschluss «seiner» Unternehmen gebucht werden muss. Denn das ist ja das Entscheidende: wie auch die Besitzverhältnisse sein mögen, die Managerpersönlichkeiten vom Schläge der Sohl, Goergen, Zangen (Mannesmann), Reusch (Gutehoffnungshütte) oder, um weiter zurückzugreifen, der Springorum (Hoesch), Albert Voegler (Vereinigte Stahlwerke) usw. betrachten die Unternehmen, denen sie vorstehen, durchaus als «ihre» Unternehmen, nicht als ihr Eigentum – sie denken nicht in den Kategorien des Eigentums –, sondern als ihr Tätigkeitsfeld, ihre Aufgabe, ihren Herrschaftsbereich.

Wenn, wie zu erwarten steht, die August Thyssen-Hütte im Jahre 1958 mit 3 Mill. Tonnen der grösste Stahlproduzent zum mindesten der Bundesrepublik sein wird, so wird Hans-Günther Sohl es sich als Verdienst anrechnen, dass er den einzigen Weg mit aller Entschiedenheit eingeschlagen hat, der zu diesem Ziel führte: den Weg des Tauschhandels, der uno actu die Thyssen-Erbinnen zu Mehrheitsbesitzerinnen bei der August Thyssen-Hütte machte, die August Thyssen-Hütte – in letzter Instanz also die Gräfin de Zichy – im Besitz des Kaufpreises beliess, den sie dafür bezahlte, dass sie praktisch die Herrschaft über die August Thyssen-Hütte erlangte, zugleich aber die August Thyssen-Hütte in den Besitz zweier überaus wertvoller, teils sie ergänzender, teils mit ihr im Wettbewerb stehender Unternehmenskomplexe brachte und so auch – da liegt die Ratio des Handels für Hans-Günther Sohl – die Macht- und Wirkungssphäre des ATH-Generals ganz wesentlich erweiterte. Worüber, ganz nebenbei gesagt, kein Minderheitsaktionär sich beklagen kann. Denn wenn der Nennwert der Aktien, die am Gewinn teilhaben, in knapp drei Jahren sich auch beinahe verdreifacht hat, sind doch Bedeutung und Substanzwert «seines» Unternehmens in solchem Masse gestiegen, dass der Besitz eines ATH-Papiers immer noch lohnend ist.

Freilich ist die Entwicklung noch keineswegs an ihr Ende gelangt. Womit gesagt sein soll, dass die Dynastie der Fritz Thyssen-Erben sich möglicherweise noch tiefer als bisher in ihr angestammtes Montanherzogtum einkaufen wird; zum anderen, dass die August Thyssen-Hütte sich die Verbreiterung ihrer immer noch schmalen Kohlenbasis wahrscheinlich einiges kosten lassen wird – was dann natürlich vom Augenblicksgewinn abgeht.

Wie Josef Thyssen zu Lebzeiten im Schatten des grossen Bruders August gestanden hatte, so stehen auch seine Erben weit hinter denen zurück, die ihre Ansprüche in direkter Linie vom Stifter des alten Thyssen-Konzerns herleiten.

Josef Thyssen war kein armer Mann gewesen. Ein paar Jahre vor dem Ersten Weltkrieg hatte er beinahe ein Viertel desjenigen Betrages im Vermögen, den August

Thyssen versteuerte. Natürlich bestand sein Besitz in Anteilen an den Thyssenschen Unternehmen, besonders der Thyssen & Co AG, und wenn es Not tat, leisteten er und sein Neffe Fritz, Augusts Sohn, tatkräftige Finanzhilfe bei der Verwirklichung der weit ausgreifenden Konzernpläne des alten Thyssen. So kam es, dass, als elf Jahre nach seinem Tod die Vereinigten Stahlwerke gegründet wurden, auch seine Hinterlassenschaft mit der Masse der Thyssen-Gesellschaften auf den Stahl trust übertragen wurden, dass also auch wie Fritz Thyssen seine Erben Grossaktionäre des Stahlvereins wurden. Da die «Thyssen-Gruppe», Fritz Thyssen und seine Verwandten vom Stamm Josef Thyssen, bei der Gründung der Vereinigten Stahlwerke 26 Prozent der Anteile erhalten hatte, Fritz Thyssen persönlich aber nur 20,74 der Stahlvereinsaktien hinterliess, besteht die Vermutung, dass auf die Josef Thyssen-Erben etwa fünf Prozent der Aktien entfallen waren.

Als Fritz Thyssen nach seiner Absage an Hitler enteignet, d.h. seine Privatholding, die Thyssen & Co AG, zugunsten des preussischen Staats von Herrn von Schroeder in treuhänderische Verwahrung genommen worden war, erhielten die Josef- Thyssen-Erben eine Abfindung, die mindestens teilweise aus Geld bestanden haben muss. Jedenfalls traten im Jahre 1941 Julius Thyssen mit einer Beteiligung von 5,34 Mill. RMark, die Erben Hans Thyssens – (Hans) Bodo Thyssen, (Hans) Eberhard Thyssen, Barbara und Ursula Thyssen, alle in München – mit je 1,32 Mill. RMark, diese vier zusammen also mit 5,28 Mill. RMark, ferner der derzeitige Geschäftsführer der Thyssen'schen Handelsgesellschaft mbH, Dr. Carl Härle (†), mit 180'000 RMark als Kommanditisten in die bedeutende Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co KG, Frankfurt a.M., ein: Die Beteiligung der Mülheim-Münchener Thyssen- Gruppe an dieser Gesellschaft, deren Betriebsgesellschaft, die Telefonbau und Normalzeit GmbH, Frankfurt, bei einem Stammkapital von 5 Mill. DMark in ihren vier Werken (zwei in Frankfurt, je eins in Urberach/Hessen und Berlin NW 87) mehr als dreieinhalbtausend Arbeiter und Angestellte beschäftigt, beträgt nach dem heutigen Stand der Dinge annähernd 36 Prozent.

Gegenüber dem Jahr 1941 trat im Sommer 1943 insofern eine Änderung ein, als Julius Thyssen (†) seinen kommanditistischen Anteil bis auf einen Betrag von 300'000 RMark, der auf seinen Namen stehenblieb und heute noch (!) auf seinen Namen geführt wird, an seine sieben Leibeserben verteilte. Dergestalt also, dass

Kunigunde Wegener geb. Thyssen, Büderich-Meererbusch,

Henny Remmen geb. Thyssen, Mülheim-Ruhr,

Maria Schumacher geb. Thyssen, Freiburg/Br.,

Clara Thyssen, Studentin, Mülheim-Ruhr,

Theodora Thyssen, Mülheim-Ruhr,

Hans-Josef Thyssen, Leutnant, Müllieim-Ruhr,

Juliane Nette geb. Thyssen, Herrsching,

Anteile von je 720'000 RMark erhielten.

Die Frauen bzw. Witwen Julius und Hans Thyssens, Frau Juliane Thyssen geb.

Rintelen und Frau Gertrud Thyssen geb. Schmid, wurden an dieser Anlage der Thyssen-Gelder nicht beteiligt. Doch muss noch erwähnt werden, dass die Thyssen'sche Handelsgesellschaft mbH für eigne Rechnung 300'000 RMark, für den von ihr verwalteten Julius Thyssen Nachlass 200'000 RMark vom 12 Mill.-Kapital des Frankfurter Bankhauses Hardy & Co GmbH erwarb. *Thyssen sehe Handelsgesellschaft mbH, Mülheim/Ruhr*

Thyssen sehe Handelsgesellschaft mbH, Mülheim/Ruhr

Geschäftsführer: RA Schulte zur Hausen

<i>Gesellschafter:</i> 1. Frau Juliane Thyssen geb. Rintelen,	
6 Geschäftsanteile im Gesamtbetrag von . . .	1 232 500 DMark
2. Frau Kunigunde Wegener geb. Thyssen, Meererbusch bei Düsseldorf	170 000 DMark
3. Frau Johanna Remmen geb. Thyssen, Mülheim/Ruhr	170 000 DMark
4. Frau Maria Schumacher geb. Thyssen, Freiburg/Breisgau	170 000 DMark
5. Frau Dr. med. Clara Müller geb. Thyssen, Mülheim/Ruhr	170 000 DMark
6. Frau Theodora Magnussen geb. Thyssen, Mülheim/Ruhr	170 000 DMark
7. RA Hans-Josef Thyssen, Mülheim/Ruhr . . .	170 000 DMark
8. Frau Juliane Nette geb. Thyssen, Köln	170 000 DMark
9. Direktor Schulte zur Hausen, Mülheim/Ruhr . .	127 500 DMark
<i>Stammkapital</i>	<i>2 SSO 000 DMark</i>

Nach dem Krieg (1949) wurde die Thyssen'sche Handelsgesellschaft mbH, die bisher im Dienst der beiden Zweige des Josef-Thyssen-Stammes gestanden hatte, liquidiert, 1951 bzw. 1953 aber wieder neu gegründet: sie ist heute mit einem Stammkapital von 2,55 Mill. DMark ausgestattet, das sich zu 95 Prozent im Besitz der Julius-Thyssen-Erben befindet; mit 5 Prozent ist der Geschäftsführer Rechtsanwalt Schulte zur Flausen an der Gesellschaft beteiligt. Nebenbei mag noch erwähnt werden, dass die Thyssen'sche Handelsgesellschaft mit 1 Mill. DMark oder 80 Prozent des Stammkapitals an der Simonwerk GmbH, Baubeschlagfabrik Rheda, beteiligt ist, während Bodo Thyssen vom Zweige Hans Thyssen alleiniger Gesellschafter der Hydro-Chemie GmbH, München, ist.

Doch das sind Nebendinge.

Wichtig ist nur, dass auch die Josef-Thyssen- bzw. die Julius- und Hans-Thyssen-Erben in den Wettbewerb der Grossaktionäre eintreten konnten, die stückweise die Hinterlassenschaft der Vereinigten Stahlwerke an sich brachten.

Sie müssen ihre Wünsche schon frühzeitig auf die aus dem Bestand der Gelsenkirchener Bergwerks-AG entflochtene Hamborner Bergbau-AG konzentriert und ihre Ansprüche geltend gemacht haben. Jedenfalls wurde der Fritz Thyssen Vermögensverwaltung AG bei der Gründung von der Combined Steel Group die Auflage gemacht, ein Aktienpaket der Hamborner Bergbau AG im Nennwert von insgesamt

8,034 Mill. DMark auf die Thyssen'sche Handelsgesellschaft mbH zu übertragen. Wie die Josef-Thyssen-Gruppe dann weiter verfuhr, um in den Besitz der etwa 60prozentigen Mehrheit des Hamborner Bergbau-Kapitals (von insgesamt 69 Mill. DMark) zu kommen, ist nicht bekannt. Doch liegt die Vermutung nahe, mindestens ist es theoretisch denkbar, dass ihnen noch genügend Aktien der Vereinigten Stahlwerke zur Verfügung geblieben wären, um zu diesem Ziel zu gelangen. Denn da das Hamborner Kapital nicht mehr als 5 Prozent des Kapitals aller VSt-Nachfolgegesellschaften beträgt, 60 Prozent des Grundkapitals der Hamborner Bergbau AG also 3 Prozent des alten VSt-Kapitals entsprechen, kann man sich sehr wohl vorstellen, dass die Mülheimer und Münchener Thyssens vom Stamme Josef – ungeachtet der Frankfurter Investitionen, die sie 1941 bis 1943 aus ihrer Barabfindung machten – keine unüberwindlichen Schwierigkeiten hatten, durch Ausnutzung der ihnen gebotenen Tauschchancen zum Ziele zu kommen.

Jedenfalls, sie sind jetzt Mehrheitsbesitzer der Hamborner Bergbau AG, eines keineswegs unbedeutenden Unternehmens, das sich mit der Phoenix Rheinrohr AG in den Besitz der Friedrich Thyssen Bergbau AG teilt: Hamborn förderte 1955 bei einer Gesamtbelegschaft von 9'221 Mann 2'269'500 t Kohle, vorwiegend Gas- und Gasflammkohle; die Friedrich Thyssen Bergbau AG (GK: 50 Mill. DMark), bei der reichlich die Hälfte der Förderung als Fettkohle anfällt, brachte es bei einer Belegschaft von 9'859 Arbeitnehmern auf 2'987'800 t Kohle und 1'396'240 t Koks, wovon allerdings eine kleine Menge aus amerikanischer Kohle erzeugt wurde.

Die Hamborner Bergbau AG ist durch einige Fäden auch noch mit dem Besitztum der Fritz-Thyssen-Erbinnen verknüpft: sie steht über die Friedrich Thyssen Bergbau AG mit der Phoenix-Rheinrohr AG, über die Rheinische Wohnstätten AG, die 1954 schon 8'055 Häuser mit 23'920 Wohnungen besass, und über die Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen GmbH, Duisburg-Hamborn, sowohl mit Phoenix-Rheinrohr als auch mit der August Thyssen-Hütte und über das Kraftwerk Hamborn wiederum mit der August Thyssen-Hütte in Verbindung. So dass man wohl doch folgern kann, dass ungeachtet alles Trennenden, das Zeit und Schicksal hervorgebracht haben, eine gewisse Interessensolidarität zwischen den beiden Familienstämmen August und Josef Thyssen weiterbesteht.

Seinen eigenen Weg dagegen ist schon frühzeitig der Baron unter den Söhnen August Thyssens, Dr. Heinrich Thyssen-Bornemisza de Kaszon gegangen, obwohl auch er und sein Erbe sich niemals ganz von der Familie gelöst haben.

Wie erinnerlich hatte August Thyssen bereits 1886 anlässlich seiner Scheidung sein Vermögen auf die vier Kinder überschreiben müssen, und sein Sohn Heinrich hat die Verwaltung seines Vermögensviertels, des sogenannten «Privattrusts» – zu dem die 1903 gegründeten Thyssenschen Gas- und Wasserwerke, die beiden Düsseldorfer Unternehmen: AG Oberbilker Stahlwerk und Press- und Walzwerk AG, die heute in

der Stahl- und Röhrenwerke Reisholz GmbH vereinigt sind, sowie die Majoritäten beim Bremer Vulkan und bei der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft – schon zu Lebzeiten des Vaters in die Hand genommen. Entscheidend wurde dann aber, dass Baron Thyssen-Bornemisza sich in der niederländischen Bank voor Handel en Scheepvaart mit der 96 Prozent von ihr und Thyssen majorisierten N.V. Handel en Transport Mij. Vulcaan – hervorgegangen aus der schon 1906 von August Thyssen gegründeten Transport-Kontor Vulkan GmbH, Bruckhausen und Rotterdam – und der später hinzugekommenen Familienstiftung Kaszony (in Castagnola bei Lugano) eine ausserdeutsche Holdingorganisation schuf, deren blosses Dasein den Willen zur völligen Eigenständigkeit, zur absoluten Entschlussfreiheit, zur Unabhängigkeit von der Thyssen-Familie bekundete.

Die grosse Chance seines Lebens jedoch verdankte er weniger seinem organisatorischen Ingenium als der schöpferischen Begabung des Vaters: August Thyssen hatte schon frühzeitig begonnen, die Gemeinden im engeren Umkreis seiner Produktionsstätten mit Wasser und Strom zu beliefern – die 1903 in Duisburg-Styrum gegründete Wasserwerke Thyssen & Co GmbH versorgte namentlich die Hamborner Industrie –, und er war es denn auch, der auf den kühnen Gedanken kam, die Kommunen mit Kokerei-Ferngas zu versorgen. Die erste derartige Anlage kam 1910 zustande: sie schickte das in der Kokerei von Schacht 4 der Gewerkschaft Deutscher Kaiser erzeugte Gas durch eine 50 km lange Hochdruckleitung bis nach Barmen. Im Jahre 1921 erstreckte das Gasrohrnetz sich im Süden bis Barmen, im Norden bis Wesel und beförderte die für die damaligen Verhältnisse schon beträchtliche Menge von 100 Mill. cbm im Jahr.

Als es 1926 zur Gründung der Vereinigten Stahlwerke kam, blieben auf den ausdrücklichen Wunsch August Thyssens sowohl die Thyssenschen Gas- und Wasserwerke als auch der riesige Besitz an unverritzten Kohlenfeldern der Familie erhalten. Sie gingen nicht in den neuen Hütten- und Zechenkonzern ein. Die Thyssensche Ferngasleitung mass freilich erst 135 km und hatte das Jahr über kaum mehr zu liefern vermocht als die 100 Mill. cbm, die schon im Jahre 1921 an den Mann gebracht worden waren. Aber das Ferngas, die rationelle Verwertung der im Verkokungsprozess anfallenden Gase, die noch vor gar nicht langer Zeit «abgefackelt», als unverwertbares Abfallprodukt einfach verbrannt worden waren, so dass die Feuer weit übers nächtliche Land leuchteten: das Ferngasgeschäft lag in der Luft. Schon wurde am 11. Oktober 1926 als Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrbergbaus die AG für Kohleverwertung gegründet, die spätere Ruhrgas AG, in deren Aufsichtsrat Dr. Voegler – Hugo Stinnes alter Weggenosse und nunmehr Vorstandsvorsitzer der Vereinigten Stahlwerke – den Sessel des Vorsitzers einnahm. Die Thyssens besaßen zwar keine eigene Kohlengrundlage mehr; die Zechen waren an die Vereinigten Stahlwerke übergegangen und die eben erst gegründete Gewerkschaft Walsum hatte kaum mit den Abteuarbeiten für ihre Schachtanlagen begonnen. Dafür besass die Thyssen-Gesellschaft aber schon ein Rohrleitungsnetz, Gasreinigungs- und Kompressionsanlagen, Verträge mit kommunalen Gasabnehmern und jahrzehntelange Erfahrungen – kurz,

alle Voraussetzungen, die notwendig waren, um auch ohne eigne Kohlen-Koks-Basis das Ferngasgeschäft weiterzuentwickeln, das für das junge Ferngasunternehmen des Ruhrkohlenbergbaus noch neu war.

Im fernerem Verlauf der Dinge übernahm die Ruhrgas AG – wie die Gesellschaft seit Ende 1928 firmierte – das Ferngasnetz des RWE (Rhein-Westf. Elektrizitätswerk), das dank der Initiative Hugo Stinnes' entstanden war und es in relativ kurzer Zeit auf 300 km und 38 kommunale Abnehmer (darunter Pvemscheid, Solingen, Neuss) gebracht hatte, während das Thyssensche Unternehmen nur 18 Ortschaften versorgte. Mit der Thyssenschen Gas- und Wasserwerke GmbH dagegen kam es zu einer scheidlich-friedlichen Einigung, die eine gewisse Zusammenarbeit der beiden grossen Ferngasgesellschaften, andererseits aber eine Aufteilung der Interessensphären in der Weise vorsah, dass der Thyssen-Gesellschaft das Gebiet nördlich der Linie Geldern, Hamborn, Recklinghausen als unbestrittenes Absatzgebiet zugewiesen und dass das südliche Versorgungsgebiet bis zur Linie Köln-Wuppertal je zur Hälfte auf Thyssen und Ruhrgas verteilt wurde.

Die Regelung bewährte sich. Die Stadt Köln, als deren Oberhaupt zu jener Zeit Dr. Konrad Adenauer amtierte, während Regierungsbaurat a. D. Friedrich Spennrath, seit 1951 Vorstandsmitglied, seit 1949 Generaldirektor der AEG, in Köln und Aachen als technischer Beigeordneter in städtischen Diensten stand, entschloss sich im Jahre 1929, mit beiden Gesellschaften, Thyssen und Ruhrgas, einen Ferngasversorgungsvertrag abzuschliessen. Übrigens gegen die Stimmen der Linksparteien, die es vorgezogen hätten, dass die Stadt die Gaserzeugung – sei es auch unter Verwendung englischer Kohle – weiterhin in der Hand behalten hätte.

Wie dem nun sei, die beiden Ferngasgesellschaften bauten gemeinsam die etwa 70 km lange Rohrleitungsstrecke Duisburg-Köln und begannen damit ein Programm intensiver Zusammenarbeit, als deren Ergebnis sich heute 324 km Gemeinschaftsleitungen im Besitz von Ruhrgas und Thyssen-Gas befinden.

Dagegen war die Rohrleitung Aachen-Köln, die 1930 fertiggestellt wurde, ausschliesslich das Werk der Thyssen-Gesellschaft, der es gelungen war, sich den Bezug der beim Eschweiler Bergwerksverein für den Fremddabsatz verfügbaren Gasmengen zu sichern. Damals schätzte man in Fachkreisen des Ruhrgebiets, Thyssen könne vom Eschweiler Verein jährlich 500 Mill. cbm beziehen und werde auch auf der Zeche Walsum, deren Ausbau nahezu vollendet war, Kokereianlagen errichten, die nahezu die gleiche Menge Gas über das werkseigne Rohrnetz an die kommunalen Abnehmer zu liefern vermöchten. Mit einem Potential von 1 Milliarde cbm also, so ging die Vermutung, drohe Thyssen-Gas ein gefährlicher Konkurrent für Ruhrgas zu werden.

Nun, das war in jeder Hinsicht weit übers Ziel hinausgeschossen: In Walsum wurden keine Kokereianlagen erbaut, folglich wurde auch kein Gas erzeugt, und die Lieferungen des Eschweiler Vereins blieben weit hinter der geschätzten Leistung zurück.

Die Entwicklung vollzog sich viel langsamer, als man Ende der zwanziger Jahre, unter dem Eindruck der hochgehenden Investitionskonjunktur, geschätzt und erhofft hatte. Und vollends von einem Konkurrenzkampf zwischen Thyssen- und Ruhrgas konnte kaum jemals die Rede sein.

Immerhin ist der Fortschritt, den die Thyssen-Gesellschaft gemacht hat, recht beachtlich: Im Jahre 1950 wurden mehr als 600 Mill. cbm Rohgas an die Kompressoren der Thyssensche Gas- und Wasserwerke GmbH geliefert; 1951 betrug der Umsatz rd. 755 Mill. cbm, 1952 wurde mit 1'015 Millionen zum erstenmal die Milliardengrenze überschritten, 1953 ging der Umsatz auf 1'000 Mill. cbm zurück, 1954 erreichte er 1'125 Mill. cbm und dürfte er 1955 bei etwa 1'200 Mill. cbm gelegen haben.

Für die Verteilung stehen der Thyssen-Gesellschaft zwei Zentren zur Verfügung: rechtsrheinisch das Ferngaswerk Hamborn, ausgestattet mit Kompressoren, die 206'000 cbm stündlich leisten, einer Spezialanlage für Spitzengas (Generatorgas und Flüssiggas), die es auf 20'000 cbm in der Stunde bringt, und einer Schwefelgewinnungsanlage; linksrheinisch: das wesentlich kleinere Ferngaswerk Alsdorf, dessen Kapazität zurzeit mit 78'000 cbm stündlich angegeben wird.

Hamborn bezieht sein Gas im Wesentlichen von der Zentralkokerei Friedrich Thyssen vier Achtel der Friedrich Thyssen Bergbau AG, die 1955 eine Fremdadgabe von 501,210 Mill. cbm verzeichnete, und von der Hüttenkokerei August Thyssen (ATH), die auch auf 443'579 cbm Fremdadgabe gelangte. Im Gegensatz zu diesen beiden Lieferanten, die reichlich neun Zehntel des bei ihnen anfallenden Kokereigases abgeben, liefert das Verbundbergwerk Anna des Eschweiler Bergwerkvereins nur reichlich zwei Fünftel seiner Gaserzeugung an Fremdbezieher, so dass das Ferngaswerk Alsdorf aus dieser Quelle 1955 höchstens 214,7 Mill. cbm bezogen haben kann. Dazu kamen möglicherweise noch gewisse Bezüge aus Belgien und Holland – die technischen Voraussetzungen dafür sind gegeben –; doch kann es sich nur um relativ kleine Mengen gehandelt haben.

Mit insgesamt 457 km werkseigenen Ferngasleitungen, 324 km Gemeinschaftsleitungen, die von Thyssen- und Ruhrgas betrieben werden, und einem Niederdruckgasnetz von 226 km Länge, das der direkten Versorgung von Haushalten und Gewerbebetrieben dient, stellt der Thyssensche Beitrag zur Ferngasversorgung eine höchst respektable Leistung dar. Die Kapazität der Ruhrgas AG ist freilich viermal so gross. Doch sollte, wer das in Erinnerung bringt, auch zu bedenken geben, dass die Ruhrgas AG ein Gemeinschaftsunternehmen fast des gesamten Ruhrkohlenbergbaus, die Thyssensche Gas- und Wasserwerke GmbH jedoch ein Privatunternehmen in der Hand eines Privatmanns, des Barons Hans-Heinrich Thyssen-Bornemisza de Kaszon, ist.

Was die Leistung der Thyssenschen Wasserwerke angeht – und Wasser bedeutet für die Betriebe und Menschen eines dichtbesiedelten Industriegebiets noch viel mehr als Gas –, so sei hier nur angemerkt, dass die beiden Wasserwerke Duisburg-Laar und Beckenwerth 1954 etwa 77 Mill. cbm abgaben; dass aber die Leistungsfähigkeit des

Gesamtwerks im Jahre 1955 durch die Errichtung eines dritten, völlig elektrifizierten Wasserwerks auf über 100 Mill. cbm erhöht wurde: über ein Leitungsnetz von 90 km Länge werden die grossen Industriebetriebe des nordwestlichen Ruhrgebiets versorgt; ein Ortsnetz von 252 km Länge dient der Versorgung der Haushalte und Gewerbebetriebe im Raum Duisburg-Hamborn/Dinslaken. In der Tat, die Thyssen- sche Gas- und Wasserwerke GmbH gehört zu den tragenden Pfeilern, auf denen das Ruhrgebiet ruht, das immer mehr zu einem Geschöpf aus Menschenhand wird, einer Kulturlandschaft, die versumpfen und veröden müsste, wenn sie nicht täglich aufs Neue von ihren Menschen geschützt und geschaffen würde.

Wie schon gesagt: die Idee zur Schaffung der Gas- und Wasserwerke geht noch auf den «alten Thyssen» zurück. Die Entwicklung der Bergwerksgesellschaft Walsum mbH dagegen weist seinen baronisierten Sohn als einen tüchtigen Unternehmer aus. Denn sicherlich verdient ein Mann diese Kennzeichnung, der, wie Heinrich Thyssen-Bornemisza, eine glückliche Hand in der Auswahl seiner Mitarbeiter hatte. Dass Walsum wurde, was es heute ist – ein Bergwerk, dessen Arbeiter bei einer Gesamtförderung von über 2 Mill. t im Jahr rd. 28 Prozent je Schicht mehr leisten, als im Durchschnitt des Ruhrkohlenbergbaus geleistet wird, und dessen Stromerzeugungsanlagen von über 244,2 Mill. kWh jährlicher Erzeugung etwa 174,1 Mill. kWh an Fremdbezieher abgeben können – verdankt es vor allem anderen dem technischen Ingenium und den hervorragenden Betriebsföhreigenschaften seines vieljährigen Generaldirektors Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Wilhelm Roelen, der heute noch im Walsumer Aufsichtsrat sitzt. Für die 6'250 Arbeiter und Angestellten des Unternehmens stehen 4'193 Wohnungen zur Verfügung, die soziale, hygienische und kulturelle Betreuung der Belegschaft und ihrer Angehörigen ist vorbildlich, und wenn auch das moralische Klima, das unter der Ägide des exemplarischen Katholiken Wilhelm Roelen in Walsum und Dinslaken entstanden ist, vielen von draussen Zugezogenen böse Atembeschwerden macht: die Alteingessenen fühlen sich wohl. Für die alten Getreuen hat sich seit den Tagen des seligen August Thyssen – der vor mehr als einem halben Jahrhundert in Dinslaken ein grosses Bandstahlwalzwerk und das modernste Kaltwalzwerk Europas errichtete – nicht viel geändert. Denn auch der Konzernstifter war ein treuer Sohn der Mutter Kirche; so treu sogar, dass er bei katholischen Stiftungen und karitativen Organisationen gelegentlich hoch in der Kreide stand – was angesichts der Eigenart der toten Hand, lieber oder jedenfalls eher zu nehmen als zu geben, schwerlich hoch genug bewertet werden kann.

Das ist der Unterschied: Während in Walsum und Dinslaken Thyssen immer gleich Thyssen galt, obwohl sich vor ihren Augen der Übergang der Herrschaft an den Baron vollzog, sind die Autoren und Leser der in Düsseldorf beheimateten Wochenendpresse, um nicht zu sagen: die Düsseldorfer, viel eher geneigt, jeden Thyssen für einen Baron zu halten. Wie wir wissen zu Unrecht. Unter den Enkeln August Thyssens gibt es einen Baron, der indessen kein eiskalter Spekulant, sondern, wie schon sein Vater, ein lebenskluger Montanindustrieller ist; unter den Urenkeln des alten Thyssen

finden sich zwei Grafen aus magyarischer Magnatenfamilie, und daneben gibt es eine Reihe bürgerlicher Thyssens. Doch das nur nebenbei. Das Kuriose ist, dass die Düsseldorfener beinahe recht haben, die Thyssens schlechtweg für Barone zu halten, da ja die Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH – mit ihren nahezu 4'000 Arbeitern und Angestellten, 30 Mill. DMark Kapital und etwa 150 Mill. DMark Jahresumsatz das einzige industrielle Thyssen-Unternehmen der Landeshauptstadt – tatsächlich dem Baron Thyssen-Bornemisza bzw. seinen Holdings gehört. Nur wird es sich so verhalten, dass ausserhalb des Vorortes Reisholz sich, abgesehen von den Fachleuten, nicht eben viele Düsseldorfener in den Besitzverhältnissen der Familie Thyssen auskennen werden. Sie sind, was die Thyssens angeht, der nämlichen Neigung zum schmückenden Beiwort gefolgt, der ihre Stadt die Bezeichnung «Tochter Europas» verdankt. Dergleichen gibt's und gewinnt mit der Zeit sogar eine gewisse Legitimität wie jede Legende, die Patina ansetzt.

Was aber den Baron angeht, so ist nur noch zu vermerken, dass ihm die Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik in Vegesack zu neun Zehnteln, die Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft zu drei Fünfteln und die August Thyssen-Bank AG in Berlin und Düsseldorf, ein blühendes Bankgeschäft, ganz gehören. Die 1956 gegründete Niederrheinische AG für Industrie und Handel, deren Aktien wahrscheinlich zum grössten Teil bei der Thyssensche Gas- und Wasserwerke GmbH liegen, ist nach ihrem Bestimmungszweck noch nicht hinreichend bekannt, um mehr als eine Erwähnung zu rechtfertigen. Bei der Firma Thyssen do Brasil, die zu neun Zehnteln der Bank voor Handel en Scheepvaart gehört, handelt es sich allem Anschein nach um eine Handelsgesellschaft, die dem Vertrieb der Thyssen-Erzeugnisse – Röhren, Behälter, Maschinen etc. – dient.

Als August Thyssen seine Unternehmerlaufbahn begann, beschäftigte er etwa 70 Arbeiter; am Ende seiner Karriere, als die Substanz des Thyssen-Konzerns in die Vereinigten Stahlwerke überführt wurde, waren in den Thyssen-Betrieben reichlich 65'000 Angestellte und Arbeiter tätig. Die beiden Zahlen markieren den Aufstieg, der sich dank dem Zusammentreffen einer einzigartigen unternehmerischen Begabung mit beinahe ebenso einzigartigen Zeitumständen in wenig mehr als einem halben Jahrhundert vollzogen hatte.

Heute, dreissig Jahre später, sind in den Unternehmungen, die von den Erben August und Josef Thyssens kontrolliert werden, mehr als 100'000 Arbeitnehmer, Männer und Frauen, tätig. Und zwar entfallen auf die Betriebe, die, zu den Komplexen Phoenix-Rheinrohr, August Thyssenhütte und Schachtbau Thyssen gehörig, die Wirkungssphäre der beiden Erbinnen Fritz Thyssens repräsentieren, mehr als 70'000 Menschen, auf den Thyssen-Bornemisza-Konzern etwa 18'200 und auf die Hamborner Bergbau AG, wenn man diesem Erbstück der Josef-Thyssen-Nachfahren nur 50 Prozent der Friedrich Thyssen Bergbau AG zurechnet, 14'150 Arbeitnehmer.

Das schöpferische Genie, dem die in diesen Zahlen dokumentierte Entwicklung zu danken ist, ist zweifellos August Thyssen. Die Feststellung soll die Leistung der

Erben keineswegs verkleinern. Sie waren mindestens klug genug, sich tüchtige Mitarbeiter und Berater zu wählen: Männer wie Professor Dr. Ellscheid und Dr.h.c. Fritz-Aurel Goergen, Dr.h.c. Pferdenges und Hans-Günther Sohl, Dr.E.h. Wilhelm Roelen, Dr. H. Barking, Wilhelm Schulte zur Hausen u.a.m., die sich hervorragend darauf verstanden, alle Chancen des regulären Gesellschafts- und des politischen Entflechtungsrechts zu nutzen, um mehr als die Thyssens jemals besessen haben, in die Hände der Erben zurückzuführen und die zerstreuten Teile nach den Regeln des konzernpolitischen Puzzlespiels zusammenzufügen; die auch den Besitzstand der Thyssen-Nachfahren trefflich verwalteten, ihn mehrten und ihn in technischer Hinsicht nach Kräften modernisierten.

Aber niemals und nirgends hörte man in ihrem Wirken den Funken der schöpferischen Tat knistern, der zu Lebzeiten des biederen Alten, mit den listigen Äuglein, dem schmalen Mund und dem Spitzbärtchen, so oft den ganzen Konzernbau zu gefährden schien und der doch niemals den Brand entfachte, den die selbstbewussten und traditionsstolzen Standesgenossen mit einem Gemisch von Wonne und Gruseln erwarteten. Gewiss das Kapital ist heute knapp, das Geld ist teuer – wie oft auch zurzeit August Thyssens – und die technischen Probleme, die zur Lösung drängen, ragen in eine höhere Grössenordnung hinein als vor fast einem Menschenalter. Da ist zum Beispiel die Kohlenfrage: Weder Phoenix-Rheinrohr mit ihrem 50prozentigen Anteil an der Friedrich Thyssen Bergbau AG noch die August Thyssen-Hütte mit ihrer Erin-Mehrheit, die ihr immerhin das Werksselbstverbrauchsrecht sichert, verfügen über eine auch nur einigermaßen ausreichende Kohlenbasis. Was also tun? Der einzige Ausweg aus dem Kohlendilemma, der bisher erörtert wurde, lief darauf hinaus, nach französischem Vorbild ein Konsortium grosser Hüttenwerke zu bilden, das finanziell stark genug wäre, mit einem Aufwand von schätzungsweise 300 Mill. DMark die Mehrheit der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG) zu erwerben – also wieder eine Abart des Puzzlespiels zu spielen, in dem seit Jahrzehnten die gleichen Hütten und Zechen zu immer neuen Kombinationen zusammengefügt werden.

Der alte Thyssen hatte im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts zahlreiche Felder – vornehmlich Steinkohlen-, aber auch Steinsalz- und Solquellenfelder – erworben, um dem wachsenden Kohlenbedarf seiner Hüttenwerke aus dem eigenen gerecht werden zu können. Seine Berechtsame stellten schliesslich einen geschlossenen Felderkomplex dar, der durch die Linien Xanten-Dorsten im Norden, Dorsten-Gladbeck-Dinslaken-Hamborn im Osten, Duisburg-Meiderich – Ruhrort im Süden und durch den Rhein im Westen begrenzt wurde. Man schätzte die Fläche der Thyssenschen Berechtsame schon lange vor dem Ersten Weltkrieg auf 500 Mill. qm mit einem Kohlenvorrat von 8 Milliarden t und nannte Thyssen – nicht ganz zu Unrecht, scheint uns – den «bedeutendsten Bergherrn Deutschlands.»

Dieses Besitztum ist den Thyssen-Erben zum grössten Teil erhalten geblieben: Die drei Bergwerksgesellschaften, die von den Thyssen-Erben beider Familienstäm-

me kontrolliert werden, besitzen Berechtsame von insgesamt 158 Mill. qm Oberfläche, für die drei Holdinggesellschaften, die das industrielle Erbe August Thyssens verwalten, errechnet sich die Gesamtberechtsame von 281 Mill. qm. Alles in allem verfügt die Familie also noch über einen Felderbesitz von mehr als 439 Mill. qm (= 439 qkm), unter denen nach dem heutigen Stand der Forschung eher 10 als 8 Milliarden t abbaufähiger und hochwertiger Gas-, Gasflamm- und Fettkohle vermutet werden müssen. Wenn uns eine Milchmädchenrechnung nachgesehen wird: genug, um einen Hüttenbedarf von jährlich 10 Mill. t mehr als ein halbes Jahrtausend lang zu decken. Wobei freilich vorausgesetzt wird, dass sich auch die Verhüttungstechnik über den heutigen Stand der Dinge hinaus entwickelt.

Die Kohlenfelder der Thyssen-Erben

I. Berechtsame der Bergwerksgesellschaften

Hamborner Bergbau AG	50 549 574 qm
Friedrich Thyssen Bergbau AG.....	46 835 404 qm
Bergwerksgesellschaft Walsum mbH	60 570 103 qm

I. zusammen 157 955 081 qm

II. Gemeinschaftsbesitz der Fritz Thyssen Vermögensverwaltung AG, der Thyssen AG für

Beteiligungen und der Familienstiftung Kaszony

Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Dorsten	4 378 000 qm
Gewerkschaft Friedrichsfeld	3 409 215 qm
Gewerkschaft Hiesfeld.....	19 859 822 qm
Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Lippermulde	54 457 336 qm
Gewerkschaft Lohberg II	159 022 714 qm
Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Nordlicht	40 020 552 qm

II. zusammen 281 147 639 qm

I und II zusammen: 439 102 720 qm

Hier liegt eine Aufgabe, deren Inangriffnahme der alte Thyssen sicherlich nicht bis zum heutigen Tag hinausgeschoben hätte. Und wenn sein Geist – im Verein der leitenden Thyssen-Angestellten oder am Stammtisch der alten Thyssen-Bergleute heraufbeschworen – hinter den Rauchschwaden der Pfeifen und Zigarren in der Zimmerecke hockt, im Bratenrock und Stehumlegekragen, mit aufbetonierter Schleife, das Hebammenköfferchen am Stuhlbein, den Schirm über die Stuhllehne gehängt, wird manchmal ein sarkastisches Wort über die Jugend von heute fallen: die betriebsamen Manager, die Barone, Grafen und schlichten Bürgersleute, an die die Verwaltung seiner Hinterlassenschaft gefallen ist. Sie mögen ja alle ganz gut und recht sein, auch die Herren vom Adel, denen der Alte zu Lebzeiten aus dem Weg zu gehen pflegte. Aber es fehlt ihnen doch die unternehmerische Besessenheit, der technische Fortschrittsglaube, das industrielle Missionsbewusstsein, die Entschlussfreudigkeit und die Beharrlichkeit: die seelische Kraft des schlichten Mannes, der vor keiner Macht dieser Welt den steifen Rücken gebeugt hat.

Sie sind – Baron oder Bürger – nicht mehr Geist vom Geist des alten Thyssen.

Thyssen-Bornemisza-Gruppe

- I. Familienstiftung Kaszony, Castagnola bei Lugano (Schweiz)
 - II. Bank voor Handel en Scheepvaart N. V., Rotterdam
 - Ila. N. V. Handels en Transport Mij., Vulcaan, Rotterdam
1. *Thyssensche Gas- und Wasserwerke GmbH, Duisburg-Hamborn*, StK 25 Mill. DMark, Familienstiftung Kaszony 60 Prozent Bank voor Handel en Scheepvaart N. V. 4*0 Prozent
 - (1) *Niederrheinische Gas- und Wasserwerke GmbH, Duisburg*, StK 700 000 DMark, Thyssensche Gas- und Wasserwerke GmbH 100 Prozent
 - (a) *Niederrheinische AG für Industrie und Handel, Dinslaken*, GK 20,5 Mill. DMark; Thyssensche Gas- und Wasserwerke Niederrheinische Gas- und Wasserwerke
 2. *Bergwerksgesellschaft Walsum GmbH, Dinslaken*, StK 30 Mill. DMark; Familienstiftung Kaszony 60 Prozent Bank voor Handel en Scheepvaart N. V. 40 Prozent
 - (1) *Thyssensche Kohlen- und Energiewirtschafts-GmbH, Duisburg*, StK 100 000 DMark; Bergwerksgesellschaft Walsum GmbH 100 Prozent
 3. *Stahl- und Röhrenwerke Reisholz GmbH, Düsseldorf*, StK 30 Mill. DMark; Familienstiftung Kaszony 63,111 Prozent Bank voor Handel en Scheepvaart 36,889 Prozent
 4. *Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik, Bremen-Vegesack* GK 13 Mill. DMark; Thyssen-Bornemisza-Gruppe (= Stahl- und Röhrenwerk Reisholz AG, N. V. Handel en Transport Mij., Vulcaan, Bank voor Handel en Scheepvaart) 89 Prozent
 - (1) Bremer Seetransport GmbH, Bremen, StK 5000 DMark, 100 Prozent
 - (2) Gemeinn. Wohnungsbau- und Siedlungsgen. Bremen-Nord eGmbH, Bremen, K 1 549 495 DMark, 101 Anteile (Buchrest 30 500 DMark)
 - (5) Haus der Industrie GmbH, Bremen, StK 200 000 DMark, 10 Prozent
 - (4) Brebau, Bremische Bau- und Siedlungs GmbH, Bremen, StK 1 679 814 DMark, rd. 2,5 Prozent
 - (5) Nordbremische Ges. f. Wohnungsbau mbH, Bremen-Vegesack, StK 50 000 DMark, 2 Prozent
 - (6) Hotel Parkhaus GmbH, Bremen, StK 1 438 500 DMark, 2 Prozent
 5. *Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft AG, Flensburg*, GK 4,4 Mill. DMark; Bank voor Handel en Scheepvaart 31 Prozent N. V. Handel en Transport Mij. Vulcaan 28 Prozent
 6. *August Thyssen-Bank AG, Berlin-Grünwald*, GK 16 Mill. DMark; Thyssen-Bornemisza-Gruppe 100 Prozent
 7. *Thyssen do Brasil, Brasilien*, K 10 989 Mill. Cr \$, Bank voor Handel en Scheepvaart 90 Prozent

Hamborner Bergbau AG, Duisburg-Hamborn

GK 69 Mill. DMark

1. *Friedrich Thyssen Bergbau AG, Duisburg-Hamborn*,
GK 50 Mill. DMark, 50 Prozent
(weitere 50 Prozent bei Phoenix-Rheinrohr AG) «
2. *Rheinische Wohnstätten AG, Duisburg-Meiderich*,
GK 21,6 Mill. DMark, 60 Prozent
(weitere 20 Prozent bei Phoenix-Rheinrohr AG
weitere 15 Prozent bei August Thyssen-Hütte AG und ihren Beteiligungsgesellschaften)
3. »*Wohnbau Dinslaken*« *Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft f. d. Kreis Dinslaken mbH*,
StK 965 000 DMark, 15,33 Prozent
4. »*Wehag*« *Westdeutsche Haushaltversorgung AG, Bochum*,
GK 3 Mill. DMark, 13,6 Prozent
5. *Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf*,
GK 21 Mill. DMark, 4,01 Prozent
6. *Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Duisburg-Hamborn eGmbH*,
K 1,07 Mill. DMark, 0,51 Prozent
7. *Gesellschaft für Stromwirtschaft mbH, Mülheim/Ruhr*, StK 45 000 DMark, 1,1 Prozent
8. »*Sonnenschein*« *Ruhrkohlenverkaufsgesellschaft mbH, Duisburg*,
GK 1 Mill. DMark, 12,64 Prozent
9. *Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle GmbH, Essen*,
StK 500 000 DMark, 2,06 Prozent
10. *Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten*,
GK 60 Mill. DMark, 3,49 Prozent
11. »*Steag*« *Steinkohlen Elektrizitäts AG, Essen*,
GK 25 Mill. DMark, 1,93 Prozent
12. *Transport- und Handelsmaatschappij Steenkohlen Utrecht NR, Utrecht*, GK 18 Mill. hfl,
1,02 Prozent
13. *Oberrheinische Kohlenunion Bettag, Futon & Co, Ludwigshafen*,
K 10 Mill. DMark, 0,62 Prozent
14. *Mij. Beheer Steenkohlen NR, Utrecht*,
GK 8000 hfl, 2,07 Prozent
15. *Montana Perwaltungs GmbH, Essen*,
100 000 DMark, 1,09 Prozent
16. *Kraftwerk Hamborn (SO Prozent)*,
(weitere 50 Prozent bei der Phoenix-Rheinrohr AG)
17. *Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen GmbH, Duisburg-Hamborn*,
(16,67 Prozent)
(weitere 50 Prozent bei der Phoenix-Rheinrohr AG weitere 33,37 Prozent bei August
Thyssen-Hütte AG)

Phoenix-Rheinrohr AG, Vereinigte Hütten- und Röhrenwerke, Düsseldorf

1. *Wuragrohr GmbH, Wickede/Ruhr*,
StK 3 Mill. DMark, 100 Prozent
2. *Vereinigter Rohrleitungsbau (Phoenix-Märkische) GmbH, Düsseldorf*,
StK 3 Mill. DMark, 100 Prozent

5. *Lindener Eisen- und Stahlwerke GmbH, Hannover-Linden*, StK 2 Mill. DMark, 100 Prozent
4. *Silika- und Schamottefabriken, Martin & Pagenstecher AG, Köln*, GK 3,45 Mill. DMark, 51,3 Prozent
5. *Rhein-Plastic-Rohr GmbH, Mannheim*, StK 1 Mill. DMark, 50 Prozent
6. *Friedrich Thyssen Bergbau AG, Hamborn*, GK 50 Mill. DMark, 50 Prozent
(weitere 50 Prozent bei der Hamborner Bergbau AG)
 - (1) Ruhrgas AG, Essen
 - (2) Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten
 - (3) Gesellschaft für Teerverwertung mbH, Duisburg-Meiderich
 - (4) Steinkohlen-Elektrizität AG, Essen
 - (5) »Mausegatt«-Ruhrkohlen-Verkaufsgesellschaft mbH, Essen
 - (6) Transport- und Handelsmaatschappij Steenkohlen Utrecht N. V., Utrecht
7. *Rheinische Kalksteinwerke GmbH, Wülfrath*, StK 15 Mill. DMark, 32,5 Prozent
8. *Dolomitwerke GmbH, Wülfrath*, StK 5 Mill. DMark, 27 Prozent
9. *Barbara Erzbergbau AG, Düsseldorf*, GK 15 Mill. DMark, 25 Prozent
(weitere 25 Prozent bei August Thyssen-Hütte AG,
25 Prozent bei Dortmund-Hörder-Hüttenunion AG,
9 Prozent bei Hüttenwerke Siegerland AG,
8 Prozent bei Rhein.-Westf. Eisen- und Stahlwerke AG,
8 Prozent bei Gussstahlwerk Bochumer Verein, AG.)
 - (1) Gewerkschaft Louise Brauneisenstein-Bergwerke Merlau, Post Mücke (Hessen)
1000 Kuxe, 100 Prozent
 - (2) Erzbergbau Siegerland AG, Betzdorf, GK 15 Mill. DMark, 50 Prozent
(weitere 50 Prozent bei Harz-Lahn-Erzbergbau AG)
 - (3) *Erzbergbau Porta-Damme AG, Minden*, GK 3 Mill. DMark, 50 Prozent
(weitere 50 Prozent bei Harz-Lahn-Erzbergbau AG)
 - (4) *Wohnbaugesellschaft Salzgitter GmbH, Salzgitter-Bad*, StK 12 000 DMark, 12 Prozent
 - (5) *Industriekreditbank AG, Düsseldorf*, GK 12 Mill. DMark
10. *Rheinische Wohnstätten AG, Duisbürg*, GK 21,6 Mill. DMark, 20 Prozent
11. *Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf*, GK 21 Mill. DMark, 9 Prozent
12. »Wehag«, *Westdeutsche Wohnhäuser AG, Bochum*, GK 3 Mill. DMark, 9 Prozent
13. *Canadian Western Pipe Mills Ltd., Post Moody, B. C., Canada*, GK 4,2 Mill. DMark, 100 Prozent
14. *Alberta Phoenix Tube and Pipe, Ltd., Edmonton (Canada)*,
15. *Rhinotubes Inc., Houston, Texas (USA)*,
GK 5000 Doll., 40 Prozent

16. *Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen GmbH, Duisburg-Hamborn*, StK 20 000 DMark, 50 Prozent
(weitere 33,33 Prozent bei August Thyssen-Hütte AG,
weitere 16,67 Prozent bei Hamborner Bergbau AG)

August Thyssen-Hütte AG, Duisburg-Hamborn

1. *TViederrheinische Hütte AG, Duisburg*
GK 41,4 Mill. DMark; rd. 85 Prozent
- (1) Westfälische Union AG für Eisen- und Drahtindustrie, Hamm/W.,
 - a) Baustahlgewebe GmbH, Düsseldorf,
GK 22 Mill. DMark, 100 Prozent
StK 2,2 Mill. DMark, 31,15 Prozent
 - b) Kampenwand Seilbahn GmbH, München, StK 1 Mill. DMark
 - c) Westfälische Wohnstätten AG, Dortmund, GK 18 Mill. DMark, 4 Prozent
 - d) Lehrwerkstatt Altena GmbH, Altena/W., StK 50 000 DMark, 5 Prozent
 - (2) Lennewerk Altena GmbH, Altena/W.,
StK 2,5 Mill. DMark, 100 Prozent
 - (3) Eisenwerk Steele GmbH, Essen-Steele,
StK 1 Mill. DMark 100 Prozent
 - (4) Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG, Dornap,
GK 17,56 Mill. DMark, 5 Prozent
 - (5) Rheinische Wohnstätten AG, Duisburg-Meiderich,
GK 21,6 Mill. DMark, 4 Prozent
 - (6) Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf,
GK 21 Mill. DMark, 3 Prozent
2. *Deutsche Edelstahlwerke AG, Krefeld*,
(Werke in Krefeld, Remscheid, Bochum, Dortmund, Werdohl, Hasten)
GK 41,4 Mill. DMark, 55-60 Prozent
- (1) Marathon Export GmbH, Krefeld,
StK 45 000 DMark, 100 Prozent
 - (2) Elotherm GmbH, Remscheid,
StK 150 000 DMark, 100 Prozent
 - (3) AEG-Elotherm GmbH, Remscheid,
StK 40 000 DMark, 50 Prozent
3. *Erin Bergbau AG, Castrop-Rauxel*,
GK 23 Mill. DMark, 51 Prozent
4. *Rheinische Kalksteinwerke GmbH, Wülfrath*,
StK 15 Mill. DMark, 32,5 Prozent
- (1) August Zimmermann GmbH, Wülfrath,
StK 100 000 DMark, 100 Prozent
 - (2) Westdeutsche Düngerkalk GmbH, Letmathe
 - (3) Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH, Wülfrath
 - (4) Gemeinnützige Siedlungs- und Baugenossenschaft des Kreises Brilon eGmbH,
Brilon
 - (5) Baudienstorganisation für neue Bauweisen GmbH, Bonn
 - (6) WYAG – Westdeutsche Ytong AG, Duisburg,
GK 3,5 Mill. DMark, Bet. 683 000 DMark = 19,51 Prozent
Bet. der Baudienstorganisation 555 000 DMark = 15,86 Prozent

- (7) Mörtelwerk Colonia GmbH, Köln
- (8) Mörtelwerk Essen, Barthel & Co, Essen
- (9) Mörtelwerk Bochum, Kausch & Co KG, Bochum
- (10) Gesellschaft für Stromwirtschaft mbH, Mülheim/Ruhr
- (11) Montan-Selbstversicherungs GmbH, Düsseldorf
5. *Barbara Erzbergbau AG, Düsseldorf,*
GK 15 Mill. DMark, 25 Prozent
6. *Dolomitwerke GmbH, Wülfrath,*
StK 5 Mill. DMark, 25 Prozent
 - (1) Magno-Wasserreinigungsmaterialien-Werk GmbH, Wülfrath
 - (2) Baugemeinschaft der Arbeitgeber, Hagen-Ennepe-Ruhr eGmbH, Hagen
 - (3) Gemeinnütziger Wohnungsverein eGmbH, Hagen
 - (4) Montan Selbstversicherungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
 - (5) Gesellschaft für Stromwirtschaft mbH, Mülheim/Ruhr
7. *Vereinigte Ton- und Quarzitbetriebe GmbH, Siegen,*
StK 800 000 DMark, 25 Prozent
Grubenverwaltungen Oberdreis und Westerburg (Westerwald), Borken (Kassel)
8. *Thomasphosphatfabriken GmbH, Düsseldorf,*
StK 6000 DMark, 10 Prozent
9. *Thomasmehlgesellschaft mbH, Köln,*
StK 120 000 DMark, 8,33 Prozent
10. *Gesellschaft für Teerverwertung mbH, Duisburg-Meiderich,*
StK 15 Mill. DMark, 5,18 Prozent
11. *Rheinische Wohnstätten AG, Duisburg-Meiderich,*
GK 21,6 Mill. DMark, 10 Prozent
12. *Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf,*
GK 21 Mill. DMark, 6 Prozent
13. *Bergbau- und Industrierwerke GmbH, Düsseldorf,*
StK 20 000 DMark, 7,86 Prozent
14. *»Wehag«, Westdeutsche Haushaltversorgung AG, Bochum,*
GK 3 Mill. DMark, 4,5 Prozent
15. *Kraftwerk Hamborn, Duisburg-Hamborn,*
50 Prozent (weitere 50 Prozent bei der Hamborner Bergbau AG)
16. *Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen GmbH, Duisburg-Hamborn,*
StK 20 000 DMark, 33,33 Prozent (16,67 Prozent bei der Hamborner Bergbau AG,
50,00 Prozent bei der Phoenix-Rheinrohr AG)

DIE VOM NIEDERRHEIN

Hugo Stinnes, Vater und Sohn und einige Randfiguren

«Hoffärtige Augen und stolzer Mut, die Leuchte der Gottlosen, ist Sünde. Die Ausschläge eines Emsigen bringen Überfluss; wer aber allzu jach ist, dem wird's mangeln.»

Sprüche Sal. Kap. 21, V 4 u. J*

Am Abend des 30. August 1928 war Hugo Stinnes, der Sohn des 1924 verstorbenen Konzerngewaltigen, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis des Kriminalgerichts Moabit eingeliefert worden.

Elf Monate später wurde er freigesprochen.

Dank den leidenschaftlichen Bemühungen von achtzehn Anwälten – unter denen sich auch Berlins namhaftester Strafverteidiger Dr. Alsberg befand –, die Richter in der Findung der Wahrheit zu unterstützen, hatte das Gericht entschieden, der letzte, absolut schlüssige Beweis für die Schuld des Angeklagten sei angesichts der Schwierigkeit, jahrelang zurückliegende Vorgänge zu rekonstruieren, nicht erbracht worden. Nach dem Grundsatz «In dubio pro reo» war also der junge Stinnes freizusprechen, während rechts und links von ihm der Blitzstrahl der Schuldsprüche einschlug.

Der *Berliner Lokalanzeiger* kommentierte das Urteil mit den Worten: «Der Dolch, der gegen den Träger eines den heutigen Machthabern verhassten Namens gezückt worden war, zerbrach am Recht. Die schartig gewordene Klinge aber verletzte einige Opfer.» Zu den Opfern zählte auch der junge Herr von Waldow, Hugo Stinnes' schneidiger Privatsekretär. Über die Nebenfigur ging die öffentliche Meinung mit Schweigen hinweg. Was aber die Zentralfigur des Prozesses, den jungen Stinnes, anging, so war die hauptstädtische Presse keineswegs einhellig der Auffassung, die das Hugenberg-Blatt zum Ausdruck gebracht hatte. Doch ehe wir ihr das Wort geben, wollen wir fragen, wie denn das Strafverfahren gegen den Sohn des Mannes, der noch vor wenigen Jahren der Inbegriff des Erfolgs, der wirtschaftlichen Macht und des politischen Einflusses gewesen war, überhaupt hatte zustande kommen können.

Zu diesem Behuf müssen wir weit zurückgreifen.

Das Deutsche Reich hatte den Ersten Weltkrieg grossenteils durch Krieganleihen finanziert. Die insgesamt 90 Milliarden Mark, die durch neue Krieganleihen aufgebracht worden waren, hatten freilich nur hingereicht, 54,6 Prozent der in viereinhalb Kriegsjahren auf 165 Milliarden Mark angeschwollenen Kriegsausgaben zu bestreiten; nahezu die Hälfte der Kriegskosten wurde aus der «schwebenden Schuld» des Reiches finanziert.

Immerhin gab es nur wenige Familien, die während des langen Krieges nicht freiwillig oder unter dem sanften Druck der zahllosen Werber Krieganleihe gezeichnet hätten; so dass in der Tat ein beträchtlicher Teil der deutschen Vermögen, die Spar-

groschen der Armen und die rentetragenden Vermögen des Mittelstandes, sich in papierne Forderungen gegen das Reich verwandelt hatten. Denn was die Industrie betraf, so waren deren Gewinne natürlich zum grössten Teil reinvestiert, in die Erweiterung der Betriebe untergepflügt worden, denen es ja oblag, den gefrässigen Materialkrieg – den ersten Krieg dieser Art – zu ernähren.

Deshalb entwertete, nachdem Deutschland den Krieg verloren hatte, sein Geld: erst langsam, dann schneller, doch immer noch mit kleinen Pausen, in denen der Wert der Mark gegenüber den goldhaltigen Währungen des Auslands sogar wieder anstieg, schliesslich aber so rapid, dass das Bewusstsein des Durchschnittsmenschen dem Tempo der «Inflation» kaum noch zu folgen vermochte.

Um denjenigen, die sich an diese Vorgänge nicht mehr erinnern oder die sie in der Schule «nicht gehabt haben» – es sind ihrer viel mehr, als die Älteren unter uns es sich träumen lassen –, eine Vorstellung der grossen Inflation zu geben, wollen wir ein paar Beispiele nennen:

Vor mir liegen vier Geldscheine, die immer noch den Eindruck erwecken, als kämen sie eben aus der Druckerei; sie lauten auf 500 Millionen, 500 Milliarden und eine Billion Mark. Damit hat es die folgende Bewandnis:

Die Reichsbanknote über den Betrag von 500 Millionen Mark war am Tage ihrer Begebung, dem 1. Sept. 1923, 22,65 Gold- oder Friedensmark wert;

die Reichsbanknote über 500 Milliarden Mark, den tausendfachen Betrag der eben genannten, war am 26. Oktober, dem Tag ihrer Herausgabe, 33,60 Goldmark wert;

die Reichsbanknote, die auf eine Billion Mark, d.h. den zweitausendfachen Betrag der unter 2. genannten Banknote lautete und vier Tage später, am 1. November, dem Verkehr übergeben worden war, entsprach an diesem Stichtag dem Wert von 15,30 Goldmark;

knapp drei Wochen später, am 20. November 1923, hatte die am nämlichen Tag begebene Banknote vom gleichen Nennwert, also von einer Billion Mark, nur noch den Wert einer Goldmark. –

Nun noch ein anderes Beispiel.

Ein Berliner Verlag legte seinen Zeitungen Ende November 1923 den folgenden Zettel bei:

»An unsere Postbezieher!

Die Nachzahlung (für die Zeit vom 1. bis einschließlich 30. November errechnet sich wie folgt:

Unsere <i>Berliner</i> Leser bezahlten	
in der Woche vom 1.-3. November	8 Milliarden Mark
in der Woche vom 4.-10. November	50 Milliarden Mark
in der Woche vom 17.-23. November	900 Milliarden Mark
in der Woche vom 24.-30. November	1500 Milliarden Mark

2458 Milliarden Mark.

Unsere *Postbezieher* bezahlten freibleibend 4,78 Milliarden Mark

somit Nachforderung rund 2453 Milliarden Mark.

Dieser Betrag wird in den nächsten Tagen von der Post durch Nachnahme eingezogen; wir bitten ihn bereitzuhalten.«

Diese Beispiele entstammen allerdings den letzten Wochen der Inflation; so schnell wie damals hatte die Spirale der Geldentwertung sich in den ersten Nachkriegsjahren noch nicht gedreht. Immerhin, die Inflation war doch schon fühlbar gewesen und machte sich von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat unangenehmer bemerkbar. Die Folge war, dass viele Kriegsanleihebesitzer sich von ihren Papieren trennen mussten, obwohl sie wenig genug, und je länger, desto weniger, aus dem Verkauf erlösten; denn ob das seinem Bankerott entgegeneilende Reich jemals in der Lage sein würde, nicht nur seine Währung wiederherzustellen, sondern auch die Forderungen der Anleihebesitzer wieder aufzuwerten, war gar nicht abzusehen. Schliesslich schien es vielen, sie führen umso besser, je eher sie ihre Anleihetitel verschleuderten, und es kam selbst dahin, dass Banken und Sparkassen Anleihestücke, die ihnen ins Depot gegeben worden waren, verkauften, ohne ihre Kunden zu benachrichtigen, das erlöste Geld anlegten und später, wenn die Bewertung der Anleihe noch weiter gefallen war, andere Stücke erwarben, um sie wieder dem Depot ihrer Kunden einzufügen. Der zuweilen recht ansehnliche Differenzgewinn fiel den ungetreuen Kreditanstalten zu.

Ende November 1923 begann mit der Schaffung der Rentenmark die Wiederherstellung der Währungsstabilität, die mit der Einführung der durch Gold und Devisen «gedeckten» Reichsmark und eines sorgfältig durchdachten Reichsbankstatuts ihre Krönung erfuhr.

Nun fing auch der Reichstag an, sich mit der Frage der Anleiheaufwertung zu beschäftigen. Aber selbst jetzt noch war die Skepsis so gross, dass die Börse 1'000 Mark Anleihe im Januar 1924 nur mit 60 Pfennig, im Juli 1924 mit 3 Reichsmark, am 1. September mit 9,80 Reichsmark, Mitte September aber bloss noch mit 7,10 Reichsmark und im Juni 1925 mit ganzen 4 Reichsmark bewertete. Aus dem einfachen Grund, weil die von den verarmten Anleihebesitzern dringend gewünschte Aufwertung namentlich von den Teilen der Grosswirtschaft bekämpft wurde, die relativ wenig Anleihe gezeichnet hatten, an der Aufwertung also wenig gewinnen konnten, andererseits aber fürchteten, eine grosszügige Wiederherstellung der alten Gläubigerrechte werde zu einer starken Belastung des Reichshaushalts und diese zu einer Steuererhöhung führen, der sie sich schwerlich entziehen können würden. Noch am 19. Juni 1925 hatte im Aufwertungsausschuss des Reichstags der Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Wortführer dieser Richtung geltend gemacht, jede Aufwertung bedeute «für die deutsche Wirtschaft eine ungeheure Belastung». Man würde besser daran tun, die durch die Inflation Verarmten durch soziale Hilfsmassnahmen zu unterstützen, statt ihre Forderungen aufzuwerten. Zumal die Nichtaufwertung auch für den Kredit des Reiches völlig irrelevant sei.

Dennoch wurde das «Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen» am 16. Juli 1925 vom Reichstag mit 227 gegen 196 Stimmen verabschiedet, am gleichen Tag auch vom Reichsrat mit 43 gegen 23 Stimmen genehmigt und wenige Stunden später von Reichspräsident Hindenburg in Kraft gesetzt.

Das gegen so grosse Widerstände und mit so knapper Mehrheit erzwungene Ge-

setz sprach jedem Anleihebesitzer, der fristgemäss seiner Anmeldepflicht genügt hatte, eine 2[^] prozentige Aufwertung zu. «Altbesitzer» aber, d.h. Anleiheehigner, die ihren Besitz vor dem 1. Juli 1920 erworben und ihn seitdem ununterbrochen gehabt hatten, wurden bessergestellt: Sie erhielten ausser den 25 RMark Anleiheablösungsschuld je 1'000 Mark Anleihebesitz noch einen Schein über 25 RMark «Auslösungsrecht». Jährlich sollten während eines Zeitraums von dreissig Jahren 3¹/₈ Prozent dieser Rechte ausgelost werden, und zwar nicht zum einfachen, sondern zum fünffachen Nennwert, so dass im Effekt Altanleihebesitzer mit einer 12¹/₂ Prozentigen Aufwertung rechnen konnten.

Das war des Pudels Kern des Gesetzes.

Die durch einen Stichtag markierte Scheidung in Alt- und Neubesitz bewirkte einerseits, dass Altbesitzer, deren Papiere von ungetreuen Sachwaltern vor oder nach dem Stichtag dem Depot entnommen und verkauft, jedenfalls aber erst nach dem Stichtag wiederbeschafft worden waren, um vier Fünftel ihres Aufwertungsanspruchs geprellt wurden. Andererseits gab die Unterscheidung die Handhabe für mancherlei Manipulationen ab, die nach dem Grundsatz «aus Neu mach Alt» spekulative Neubesitzer in würdige Altbesitzer verwandelte. Mit solchem Erfolg, dass statt der 20 Milliarden Altbesitz, mit denen die Gesetzgeber gerechnet hatten, 40 Milliarden angemeldet und für recht befunden wurden.

Wer Krieganleihe auf ehrliche Weise erworben hatte, hielt sie nunmehr nach Kräften fest, meldete seinen Besitz an und wartete darauf, so oder so entschädigt zu werden. Aber manchem Anleihebesitzer fehlte selbst dazu die wirtschaftliche oder moralische Kraft. Viele entschlossen sich, für einen Bruchteil der zu erwartenden Aufwertung die Zukunft vorwegzunehmen. Ihren Beständen entstammten die Anleihestücke, die an der Berliner Börse mit 5 bis 6 Mark, an der Londoner Börse sogar mit 8 Mark und mehr gehandelt wurden.

Das wusste auch der Berliner Kaufmann Kuhnert, der eben erst – wir schreiben den Sommer 1926 – eine Aktendiebstahlsaffäre hinter sich gebracht hatte, und von Herrn Kuhnert erfuhr es der aus Wien zugewanderte Kaufmann Schneid. Aber Kuhnert konnte Schneid noch mehr als diese Binsenwahrheit berichten: Frankreich und Rumänien, erzählte er, hätten mit dem Reich Staatsverträge geschlossen, kraft deren es mit dem Altbesitz ihrer Untertanen nicht ganz so genau genommen würde wie bei den Deutschen. Mindestens brauchten sie nicht den Nachweis zu führen, dass sie ihre vor dem 1. Juli 1920 erworbenen Anleihestücke seither ununterbrochen in Besitz gehabt hätten. Wenn sie ihre Krieganleihe nach dem Stichtag verkauft hätten: gut. Es genügte, wenn sie beliebige andere, später erworbene Titel vorlegten, um in den Genuss der Aufwertung zu kommen. Also – da läge doch eine grossartige Chance. Man brauchte nur jemanden in Paris oder Bukarest, der vor dem 1. Juli 1920 «nachweislich» deutsche Krieganleihe erworben, sie später aber verkauft hätte, Stücke zu liefern, die man zu 6 bis 8 Mark an deutschen und ausländischen Börsen kaufen könnte,

ihm den Weg zur Anmeldung seines Anspruchs zu ebnen und dann den Gewinn zu teilen. Kosten: na, sagen wir, mit Spesen sollen 1'000 Mark Anleihe 10 RMark kosten. Aufwertungserlös: 125 RMark je Stück, Gewinn also $125 - 10 = 115$ RMark für beide Partner. Wer 500'000 RMark in den Reibach steckte, käme mit 5,75 Mill. RMark heraus. Wenn er davon selbst 1 oder 2 Mill. RMark an den ausländischen Partner als Provision zahlen müsste, blieben noch beinahe vier Mill. RMark für ihn übrig. Wahrhaftig, das Geld liegt auf der Strasse; man braucht es nur aufzuheben.

Ob der gewitzte Kuhnert so fest von seiner Milchmädchenrechnung – namentlich von den tatsächlich nicht existierenden Staatsverträgen – überzeugt war, mag dahingestellt bleiben. Was wird in einer sommerlichen Abendstunde nicht alles bei Kaffee und Kirsch geredet. Schneid aber war überzeugt. Er begeisterte den gleichfalls aus Wien zugewanderten Leo Hirsch für die Sache, und Leo Hirsch, der zufällig nach Paris fuhr, erzählte sie Eugen Hirsch, der, wie Leo, den Wiener Staub von den Schuhen geschüttelt hatte.

Die Lawine war ins Rollen gekommen.

Eugen Hirsch sprach mit einem Pariser Winkelbankier über die Affäre, einem Herrn Schwandt von holländischer Herkunft, Direktor der Banque Central, die ihr Geschäft in drei Räumen mit drei Angestellten betrieb.

Herr Schwandt seinerseits plauderte mit Mr. Calmon, Advokat und sozialistischer Kammerabgeordneter, der erst geduldig, dann aber sehr interessiert zuhörte. Umso mehr da Schwandt selbst die Delikatesse besass, sich nicht selbst ins Geschäft zu drängen, sondern als unverdächtigen Mittelsmann einen Amsterdamer Geschäftsfreund, Herrn Hendrix, vorschlug.

So weit, so gut; jetzt fehlte nur noch der deutsche Geldgeber, der die Anleihepakete lieferte.

Aber auch da griff das Schicksal wohlwollend ein.

Eines Tages traf Eugen Hirsch einen angeheirateten Verwandten in Paris, just Herrn Nothmann, der in Hamburg als Direktor bei Hugo Stinnes tätig war. Und wie ein Blitz zuckte ihm im Gespräch der Gedanke auf: Wäre das nicht ein Geschäft für Stinnes?

Nach Hamburg zurückgekehrt, wandte sich Nothmann jedoch nicht an Stinnes persönlich, sondern zog dessen Privatsekretär, den jungen Herrn von Waldow, ins Vertrauen, der seinerseits endlich den Chef der Hugo Stinnes GmbH unterrichtete.

Nun überstürzen sich die Ereignisse.

Am 25. Oktober 1926 konferieren Hugo Stinnes, Nothmann und von Waldow über das kühne Projekt. Am 26. Oktober 1926 – so hält Hugo Stinnes in einer Aktennotiz vom 17. August 1927 fest – erhält von Waldow den Auftrag, «nach Paris zu fahren und festzustellen, ob die Sache in Ordnung geht und ob nicht etwa eine unerlaubte Handlung vorliegt».

Von Waldow macht sich sogleich auf den Weg. Ein paar Tage später, am 30. Oktober, verhandelt Nothmann in Wien, um die Anmeldung rumänischen «Altbesitzes» vorzubereiten. Sein Partner, Bela Grosz, wird zwar von seinem Anwalt auf die Be-

denklichkeit des Geschäfts hingewiesen; doch da dieser meint, Grosz würde höchstens eine Ordnungsstrafe von einigen hundert Mark riskieren, wird seine Warnung in den Wind geschlagen: Grosz schickt einen Herrn Bloch, auch wieder einen Winkelbankier, nach Berlin, der erst für 100'000 RMark, sechs Wochen später für den gleichen Betrag Kriegsanleihe erwirbt. Schneid, der sich auskennt, ist ihm behilflich, die Stücke nach einem imaginären Nummernverzeichnis zu sortieren. Die guten ins Kröpfchen, die schlechten ins Töpfchen. Die «guten» sind bei der Anleiheverwaltung als Altbesitz notiert, die «schlechten» sind Neubesitz, die man eben durch «richtige» Stücke ersetzen muss. Je 1 Million ausgelesener Stücke bringen Schneid ein Honorar von 600 RMark ein.

Unterdessen stellt Grosz die Verbindung mit Emmerich Antal, Rechtsanwalt in Temesvar, her. Antal hat gute Beziehungen zu rumänischen Banken und Sparkassen. Und in der Tat erklären sich ihrer fünf bereit, gegen die mässige Provision von 4'000 Dollar je 1 Mill. RMark Kriegsanleihe, ihre mit Hilfe des Trios Grosz-Bloch-Schneid wohlervorbenen Aufwertungsansprüche anzumelden.

Ein paar Monate später platzt das Geschäft. Beim Reichskommissar für die Anleiheablösung wird mühelos festgestellt, dass die eingereichten Stücke fast ausnahmslos aus spekulativem Neubesitz stammen. Schneid hat wohl doch nicht das richtige Nummernverzeichnis besessen. Jedenfalls, die Rumänen ziehen ihre Anmeldung zurück.

In der Zwischenzeit ist von Waldow nicht müssig gegangen. Er hat in London für bare 250'000 RMark Kriegsanleihe im Nennwert von 30 Mill. Mark kaufen lassen, woraus sich der durchaus normale Kurs von 8,33 RMark je 1'000 Mark Anleihe errechnet. Mit dem Nummernverzeichnis der Stücke fährt Schwandt nach Amsterdam, wo Freund Hendrix die Dokumente über den Alterwerb der Anleihetitel – die sogenannten Schlussnoten – anfertigt, die, am Ofen gegilbt, den Eindruck ehrwürdigen Alters hervorrufen. Im März 1927 ist es endlich soweit: Mr. Calmon meldet bei Herrn Heinzmann, dem deutschen Anleihekommissar in Paris, für sich und einige Vertraute die wohlervorbenen Aufwertungsansprüche aus Altbesitz an, die dann auch wohlwollend und vertrauensselig weitergegeben werden.

Freilich, die Beteiligten wollen nun endlich Geld sehen. Hendrix bringt eine leicht erpresserische Note in die bisher so herzlichen Beziehungen zu Waldow und seinem Chef. Calmon wird dringlich: Er schreibt an den deutschen Botschafter in Paris, den französischen Botschafter in Berlin und natürlich auch an den Anleihekommissar, um eine Beschleunigung der Anerkennung zu erwirken.

Irgendwie ist ihm unbehaglich zumute. Es gibt zu viele Mitwisser dieser Affäre. Und wirklich, knapp zwei Wochen nachdem er seine Mahnbriefe adressiert hat, am 20. Juli 1927, erscheint ein gewisser Mr. Lewit, der Schwandt in der Leitung der Banque Central abgelöst hat, bei Herrn Heinzmann, um sein Wissen um die Anleihe-schiebung gegen Provision zu verkaufen.

Calmon freilich erfährt das erst am 15. August, als er sich aufgerafft hat, dem Anleihekommisar wegen der Verschleppung seiner Anmeldung persönlich einzuheizen. Er ist erschüttert; er gibt alles zu; er weint und begibt sich sogleich zu Waldow, der wieder einmal in Paris weilt, um dessen Chef zu erpressen. Wenn Stinnes, lügt er mit frecher Stirn, nicht unverzüglich durch ihn, Calmon, 500'000 RMark an Heinzmann zahle, werde dieser die Sache dem Staatsanwalt übergeben.

Waldow ist nervenschwach genug, den Unsinn zu glauben. Am 17. August, im Berliner Hotel Esplanade, bestürmt von Waldow Hugo Stinnes, Calmon den geforderten Betrag auszuhändigen. Mit Recht weigert sich Stinnes, dem Erpresser nachzugeben.

Von Waldow scheidet aus Stinnes' Diensten aus. Nicht im Zorn; denn sein Chef schenkt ihm zum Abschied noch 30'000 RMark für treue Dienste: Ein Zuschuss zu dem Kapital, das Waldow braucht, um sich als Gutsbesitzer im Salzburgerischen anzukaufen.

Und die Lawine rollt weiter.

Knapp zwei Wochen nach dem Tag, an dem Hugo Stinnes von Waldow erfahren hat, welch ein Schwindel da aufgeplatzt ist – dem nämlichen Tage auch, da er seine Aktennotiz über Waldows erste Pariser Mission machte –, wird Stinnes in Untersuchungshaft genommen. Elf Monate später, nach langwierigen Untersuchungen, wird er freigesprochen. Es kann ihm nicht nachgewiesen werden, dass er sich eines Unrechts bewusst war, als er nahezu 0,5 Mill. RMark dazu hergab, um die Anmeldung ausländischer Aufwertungsansprüche aus Kriegsanleihebesitz zu finanzieren. Von Waldow und Bela Grosz wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Man sollte Berlin nicht sensationslüstern schelten, weil die Reichshauptstadt den Prozess als eine Sensation hinnahm. Das Verfahren gegen Stinnes war sensationeller als alle jene Skandalaffären, in denen Geschäftemacher kleinen und kleinsten Formats die Welt von sich reden machten. Denn hier ging es um einen Mann aus einer der wenigen alten Revierfamilien, die, wie Haniel, Krupp und Waldthausen, zu riesigem Reichtum und bedeutendem Einfluss auf gestiegen waren: um den Sohn Hugo Stinnes d. Ä., der den Deutschen der zwanziger Jahre weit mehr als eine historische Persönlichkeit bedeutete; der ihnen, ob sie ihn liebten oder nicht, zu einem Inbegriff des Erfolgs, der Wirtschaftsmacht und der Macht der Wirtschaft geworden war, schon fast kein Mensch mehr, sondern die Verkörperung der materiellen Kräfte ihrer Epoche, deren Walten sich jenseits von Gut und Böse entfaltete.

«Auch der alte Stinnes», schrieb nach der Urteilsfällung das *Magazin der Wirtschaft* in einer ungezeichneten Glosse, «hat manchmal fragwürdige Geschäfte gemacht, um sein industrielles Herzogtum zusammenzufügen, er war, wie niemand bestreiten kann, der erfolgreichste und grosszügigste Nutzniesser der Inflation. Aber soviel Schuld deshalb auch auf sein Haupt kommen mag, er hätte wohl nie seine Hand geboten, so minderwertige Spekulationen zu finanzieren wie sein gleichnamiger Sohn. Gemeinhin pflegte man sich die Qualitäten eines ehrbaren Kaufmanns und die

Chancen des kaufmännischen Gelderwerbs anders vorzustellen, als sie offenbar für Stinnes jr. galten. Es haben im Laufe der Jahre verschiedene Leute versucht, sich mit Hilfe der angeblichen Lücke des Anleiheablösungsgesetzes, die auch den Inhabern eines Stückekontos den Anspruch auf Altbesitz offenliess, unrechtmässig zu bereichern; aber die das taten, waren kleine Betrüger, Winkelbankiers usw., die meist beruflich irgendwie mit der Anleiheanmeldung zu tun hatten. Der Erbe des Namens Stinnes hatte in dem Bereiche, der ihm nach der Liquidierung des väterlichen Konzerns verblieb, mit Anleihekäufen von Rechts wegen überhaupt nichts zu schaffen. Dass er dennoch bereit war, ohne nähere Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten Geld zur Finanzierung eines solchen Geschäfts zur Verfügung zu stellen, nennt das Gericht unverzeihliche Fahrlässigkeit.»

Schon anlässlich der Verhaftung des jungen Stinnes war die Presse – soweit sie ihm kritisch gegenüberstand – nach der gleichen Methode verfahren, die der Kommentator des Stinnes-Urteils angewandt hatte. Sie hatte Vater und Sohn einander gegenübergestellt und, längst ehe das Gericht gesprochen hatte, ihr Verdikt zuungunsten des Sohns gefällt.

So schrieb Georg Bernhard, weiss Gott, kein «Asphaltjournalist», sondern seit 1914 Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*, seit 1916 Dozent und seit April 1928 Honorarprofessor der Berliner Handelshochschule, Vorsitzender der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse und des Vereins der Berliner Presse, ein Mann also von Erfahrung und anerkannten Verdiensten, im *Magazin der Wirtschaft* vom 13. September 1928:

«Wenn man den jungen Stinnes ganz begreifen will, muss man immer an den Vater denken. Er sieht ihm nicht nur äusserlich sehr ähnlich, er war nicht nur sein Lieblingskind, in das die Erziehung des Vaters von vornherein böse Charakterkeime senkte, sondern auch für ihn war der Vater ein Idol, dem er glaubte in allen Stücken nacheifern zu müssen. Aber so gut der Wille war, der Verstand war zu schwach. Solange der Vater lebte, vermochte der Junge wohl in seiner Atmosphäre zu handeln, meist wohl nach seinem Willen, manchmal vielleicht auch gegen ihn. Aber der Vater nahm das nicht sehr tragisch, sondern sah darin nachsichtig wohl die Regungen eigener Individualität. Aber wie es sooft bei den Jüngern ist, dass sie ihre Aposteltätigkeit auf ein Missverstehen des Meisters aufbauen, so kann man wahrscheinlich auch vom jungen Hugo Stinnes sagen, dass er den Vater missverstand, dass er überhaupt im Grossen und Im Einzelnen ein Zerrbild des von ihm missverstandenen Vaters ist ...

Beim jungen Stinnes ist aus der ganzen komplexen in sich aber sehr geordneten Anschauungswelt des Vaters nur die Einstellung gegen den Staat übriggeblieben. Der Staat hat immer unrecht. Der Staat ist unbequem. Wenn man gegen den Staat handelt, so tut man nichts Böses. Dass dieser Staat ein anderer war als der, dem der Vater gegenüberstand, dass die ganzen Voraussetzungen nicht mehr gegeben waren, die bis zu einem gewissen Grade die Handlungsweise des Vaters als Notwehr erscheinen liessen, dass letzten Endes die Taten des Vaters vielleicht sogar als eine besondere Art

von Heimatliebe (wenigstens in ihren ersten Anfängen) zu beurteilen waren, das alles weiss der Sohn nicht. Er verkörpert den schlimmsten Typus des industriellen Egoismus, der jeden Gedanken daran, dass gute Wirtschaft stets Gemeinwirtschaft sein muss, weit von sich weist ...

Das geistige Erbteil des Vaters lastet also auf dem Sohn und erklärt, wenn er wirklich schuldig sein sollte, zum Teil seine Verfehlungen. Die Erinnerung an den Vater ist sein Unglück, weil ihm der Vater nicht seine Einsicht und seinen Verstand vererbt hat, die ihm erst die Möglichkeit geben, die Erinnerungen fruchtbar zu verwerten.»

So brillant das formuliert ist, so zutreffend die These, die das Zitat vertritt, im Allgemeinen wie auch in einigen Einzelheiten sein mag und wie hoch die journalistischen Meriten des Autors eingeschätzt werden können: viel Sinn für Fairness verraten die Darlegungen nicht.

Die komplizierten Vorgänge, die den Prozess notwendig gemacht hatten, waren noch nicht geklärt, die Rolle des jungen Stinnes noch nicht erkennbar geworden – völlig aufgehehlt sollte sie niemals werden –, als das Verdikt des prominenten Journalisten erging. Der Autor griff dem Spruch des Gerichtes vor – einem Freispruch übrigens, wenn er auch nur mangels letzthin schlüssiger Beweise erfolgte –, und zwar einzig deshalb, weil das Verhalten des Sohns das Bild des Vaters zu verdunkeln schien.

Nicht nur für Hugo Stinnes d. J., auch für Georg Bernhard war der alte Stinnes ein Idol: ein Grosser unter lauter Kleinen, gross als Führer der Wirtschaft, gross als Repräsentant des Erfolgs und gross als Widersacher des Staats. Vielleicht auch gross als Übeltäter – dennoch ein Mann, dem grosse Liebe mit einer gelegentlich durchschimmernden Beimischung von Hass gebührte.

Hätte der Sohn des Grossen die Hand nach einer Beute ausgestreckt, die der vom Vater geschaffenen Tradition gemäss gewesen wäre, so hätte die öffentliche Meinung ihn auch verurteilt. Aber ihre Repräsentanten von der Art Georg Bernhards und Richard Lewinsohns (Morus), die ihr Urteil nicht nur nach den Normen der Moral und des Rechts, sondern auch nach den Grundsätzen der Ästhetik fällten, hätten nicht reagiert, als ob sie persönlich gekränkt, ja verletzt worden wären. Sie hätten zufrieden vermerkt, dass der Sohn dem Vater mindestens in dem Betracht nacheiferte, dass er dem Zug zur Grösse folgte. Jetzt aber, da man ihn in der Gesellschaft kleiner Leute ertappte – windiger Winkelbankiers, fragwürdiger Geschäftemacher, mässiger Schieber und bedenkenloser Advokaten –, die einer relativ kleinen Beute nachjagten, goss man schon deshalb die Schale des Zorns über ihn aus. Notabene: nicht weil er schuldig geworden wäre – eine Schuld im juristischen Sinn wurde ihm schlüssig nicht nachgewiesen –, sondern weil er vom Podest der Grösse herabgestiegen, weil er aus dem Nimbus hinausgetreten war, der das Haus Stinnes umgab; weil ihm nichts Grosses vorgeworfen werden konnte, sondern, um mit Morus zu sprechen, nur «mittlere Schiebungen, der Summe und der Technik nach weit unter Barmat-Format, Manipulationen, wie sie jedes grosse Schöffengericht einmal im Jahr unter die Hände bekommt».

Wie gesagt: Dieses Vorurteil der öffentlichen Meinung über den jungen Stinnes verriet nicht viel Fairness. Sicherlich traf es zu, dass er den Umgang seiner Angestellten mit Leuten geduldet hatte, mit denen der ehrbare Kaufmann selbst mittelbar nicht in Berührung kommen sollte; dass er gewillt war, ein Geschäft von der Art zu machen, wie man es grundsätzlich, auch wenn keine juristischen Bedenken ihm entgegenständen, unbedingt meiden sollte: ein Geschäft zu Lasten des Staates, das als Gewinn die mühelose Verzehnfachung des Einsatzes verhiess; dass er es unterliess, sich mit aller gebotenen Sorgfalt über die rechtliche Zulässigkeit des ihm vorgeschlagenen Projekts zu unterrichten; dass er, ohne das Bewusstsein der eigenen Schuld, dennoch das Risiko einging, objektiv schuldig zu werden. Wirklich von Interesse aber war einzig die Feststellung der Kritiker, dass der Mangel an staatsbürgerlichem Verantwortungsbewusstsein, ganz einfach an Staatsbewusstsein, den das Verhalten Hugo Stinnes d. J. verriet, dem geistigen Erbeil des Vaters entstammte. Doch je tränenreicher das Lamento der Journalisten darüber, dass der Sohn des grossen Stinnes sich auf Geschäfte so kleinen Formats eingelassen hatte, desto beklemmender tritt zutage, dass selbst sie, die Träger der öffentlichen Meinung, noch tief in die Vorstellungswelt des alten Stinnes verstrickt waren.

Hier Grösse, dort Kleinheit – das Gegensatzpaar reichte nicht aus, das Verhältnis von Vater und Sohn zu charakterisieren. Es konnte nur dazu dienen, die Stinnes-Legende zu bestätigen, die Wirklichkeit zu verzerren. Die Wirklichkeit aber war die, dass Stinnes d. Ä. einen Typus geschaffen und in seltener Reinheit verkörpert hatte, der bis zur Gegenwart, ja über unsere Tage fortwirkend, zu den Verderbern, geben wir ruhig zu: zu den grossen Verderbern, des deutschen Volkes gehört.

«Ein Beispiel wurde da gegeben», schrieb mit tieferer Einsicht in die geistig-see-lische Natur des «grossen Stinnes», als je ein anderer Schriftsteller bekundete, der Berliner Journalist Felix Pinner, «das in ungeheurer Weise zur Nachahmung anreizen musste, denn es war ein schlechtes Beispiel und brauchte sich doch nur mit einem kleinen, aber gross klingenden Wort zu schmücken, um als gutes Beispiel zu gelten. Das Beispiel war: Alles für sich selbst und nichts für die Gemeinschaft zu tun, den eignen Besitz ohne jede Hemmung zu vermehren, die Pflicht gegenüber dem Staat aber für nichts zu achten, und auf all diese Handlungen und Unterlassungen das Wort «national» zu heften.»

Stinnes d. Ä. sass als Reichstagsabgeordneter auf den Bänken der Deutschen Volkspartei; das heisst: er hätte dort gesessen, wenn er das Reich und die Volksvertretung ernst genug genommen hätte, sie eines blossen Zeitopfers wert zu halten. Dafür erschienen seine Mitarbeiter, sein Berliner Direktor Friedrich Minoux und Hugo Stinnes d. J. öfter, als ihm lieb war, im Deutschen Reichstag: vor jenem Untersuchungsausschuss, der zu ermitteln hatte, wie Stinnes die Sprengung der Marktstützungsaaktion gelingen konnte, die die Reichsbank noch im Juli 1923 mit grossem Aufwand unternommen hatte.

Damals trat Minoux noch mit all der Arroganz, zu der sich einer berechtigt, um

nicht zu sagen: verpflichtet glaubte, der dem Herzen des Grossen so nahestand wie er, für Stinnes These ein, dass nur eine gesunde, durch Arbeitszeiterhöhung auf Schwung gebrachte, durch Schleudereexporte mit Devisen angereicherte Wirtschaft ein gesundes Geld hervorbringen könne; während doch jeder Einsichtige, nein jeder, der ein Herz, einen Funken Mitgefühl für das hungernde, bis in die Tiefen seiner Daseinsgrundlagen erschütterte, vom Übel der Inflation bis ins Mark ausgezehrt Volk hatte, ganz genau wusste, dass das Gegenteil wahr sei: dass erst die Währung gesunden müsse, ehe Staat und Wirtschaft genesen könnten.

Bald darauf wandte auch Friedrich Minoux sich gegen Stinnes. «Ihm waren – spät, sehr spät – die Augen aufgegangen über seinen Herrn und Meister, über den Mann, dessen unheilvolle Inflations- und Katastrophenpolitik Deutschlands Wirtschaft bewusst zum Konkurs treiben wollte, um aus dem Reparationszwang mit einer billigen Quote herauszukommen, der aber im Rahmen dieser Konkurspolitik doch seinen Besitz ungeheuer vermehrt hatte. Eine schärfere Kritik an dem Menschen und an dem Wirtschaftspolitiker Stinnes als die nur aus volkswirtschaftlichem Widerwillen (aus keinem geschäftlichen Grunde) veranlasste Abkehr dieses Eingeweihtesten und Vertrautesten kann es überhaupt nicht geben.»

Doch gemach: auch diese Kritik tat Stinnes keinen Abbruch. Gerade zu der Zeit, da sie geäussert wurde, möglicherweise sogar infolge dieser Kritik, fand Stinnes sich mit den Männern zusammen, die dem Unheil, das seit dem Waffenstillstand über das Reich heraufgezogen war, den Folgen der «unheilvollen Inflations- und Katastrophenpolitik», die der Typ Stinnes verschuldet hatte, dadurch zu entrinnen trachteten, dass sie sich und ihre westdeutsche Heimat vom Schicksal des Reichs distanzieren. Selbst dann noch, als nach dem Höhepunkt der Krise der auf den Tod erschöpfte Volkskörper die ersten Anzeichen der Gesundung ahnen liess, und um den Preis, dass die Entziehung der dem Todkranken zukömmlichen Medizin Deutschland vollends darnieder werfen müsste.

Die Ereignisse liegen so weit zurück, dass die Älteren unter uns sich ihrer nur noch flüchtig erinnern und die Jüngeren kaum mehr von ihnen erfahren haben. Hören wir also, was Professor Ferdinand Friedensburg, Mitglied des Bundestages (für die Berliner CDU) und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, in seinem 1946 erschienenen Buch *Die Weimarer Republik* über den Ursprung der Dinge schreibt. «Die ersten Bestrebungen auf Änderung der staatsrechtlichen Stellung der Rheinlande machten sich bald nach dem Einmarsch der Besatzungsmächte im Dezember 1918 an zahlreichen Orten geltend, zunächst ohne jede Andeutung revolutionärer Absicht. Am 4. Dezember beschlossen zwei grosse Versammlungen von Zentrumsanhängern in Köln die baldige Proklamierung einer zum Deutschen Reich gehörigen rheinisch-westfälischen Republik; bekannte Politiker: Trimborn, Froberger, Kattert, Adenauer und andere waren in der Bewegung führend. Die Sozialdemokratische Partei, entschieden unitarisch gerichtet, unterstützt namentlich von der Deut-

schen Volkspartei, der einflussreiche Industrielle angehörten, leistete heftigen Widerstand und setzte durch, dass von einer Verfolgung dieser Pläne vor der Schaffung einer neuen deutschen Gesamtverfassung Abstand genommen wurde.»

Die Gesamtverfassung kam schon bald: in Gestalt der sogenannten «Weimarer Verfassung» vom 11. August 1919, deren Artikel 18 die Frage regelte, unter welchen Bedingungen Gebietsänderungen und Neubildungen von Ländern – immer freilich: im Rahmen des Reiches – möglich sein sollten.

Ursprünglich war vorgesehen, dass dergleichen «nur durch ein verfassungsänderndes Gesetz erfolgen» können solle, vorausgesetzt ferner, dass die Änderung vom Willen der Bevölkerung gefordert werde oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheische.

Aber, so heisst es in dem berühmten Verfassungskommentar (1921) von Professor Gerhard Anschütz: «die Anhänger der Loslösungsbestrebungen, namentlich der auf Abtrennung der Rheinprovinz von Preussen und auf Konstituierung derselben zu einem selbständigen Einzelstaate hinstrebende Teil der Zentrumsparlei, waren durch den Vorschlag des Verfassungsausschusses keineswegs zufriedengestellt; sie erklärten das Erfordernis eines verfassungsändernden Gesetzes für eine unerträgliche Erschwerung, eine «Erdrosselung» ihrer Bestrebungen ...»

Um dem Drängen dieser Kreise entgegenzukommen, wurde auf Betreiben der preussischen Regierung – nicht der erstaunlich passiven Reichsregierung – in Absatz 3 des Artikels 18 das Kompromiss aufgenommen, dass ein einfaches Reichsgesetz selbst für den Fall genüge, dass «eins der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird *und* ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt.»

Tatsächlich freilich brachte – wie man bei genauerem Hinsehen leicht feststellen kann – das Kompromiss eine Erschwerung gegenüber dem ursprünglichen Ausschussvorschlag. Und diese fiel umso schwerer ins Gewicht, da es der rheinischen SPD, namentlich den Bemühungen ihres Kölner Abgeordneten Sollmann, gelungen war, in enger Zusammenarbeit mit prominenten Zentrumsführern, unter denen sich auch der von Friedensburg zitierte Karl Trimborn befand, eine sogenannte Sperrklausel in die Verfassung einzubauen. Sie war in Artikel 167 der Reichsverfassung enthalten und lautete: «Die Bestimmungen des Artikel 18, Abs. 3 bis 6 treten erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft.»

Während einer zweijährigen Sperrfrist also sollten keine Volksabstimmungen über den Gebietsstand der Länder oder die Schaffung neuer Länder stattfinden können. Die Gesetzgeber wollten die Volksbefragung in dieser für das Dasein des Reiches möglicherweise entscheidenden Sache erst zulassen, wenn – so hofften sie damals – die Welle der emotionalen Willensbekundungen weitergerollt wäre.

Natürlich stiess die Sperrfrist auf den erregten Widerstand der rheinischen Politi-

ker, die die Frage, ob das Rheinland weiter bei Preussen bleiben solle, je eher, je lieber, der Entscheidung des Volkes zu überantworten wünschten. Sechs Tage bevor die Verfassung zum Grundgesetz erhoben wurde, am 5. August 1919, tagte unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Versammlung in der Kölner Bürgergesellschaft, welche die Sperrklausel des Artikel 167 RV in bewegter Debatte aufs Korn nahm. In der Entschliessung, die endlich angenommen und der Presse zum Abdruck übergeben wurde, hiess es: «Die Masse der rheinischen Bevölkerung wird nicht rasten und ruhen, gegen diese Bestimmung, die ohne den Willen der Wähler zustande gekommen ist, Sturm zu laufen. Die Freunde der rheinischen Republik werden gebeten, unverzüglich an allen Orten Organisationen zu schaffen, um den Gedanken des rheinischen Freistaats der Tat wirksam entgegenzuführen.»

Zum Vorsitzenden des in der nämlichen Versammlung gegründeten Aktionsausschusses wurde der Verbandssyndikus Dr. Karl Müller, Stadtverordneter (Zentrum) in Köln gewählt, der später, von 1921 bis 1933, als Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland amtierte.

Dr. Karl Müller nun – oder um ihn mit seinen heutigen Titeln und Würden zu nennen: Dr.phil. Dr.agr.h.c. Karl Müller, seit 1919 Stadtverordneter von Köln (Zentrum), seit 1949 Mitglied des Bundestags für den Wahlkreis Geillenkirchen-Erkelenz-Jülich (CDU), Direktor a.D., Vorstandsvorsitzender der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker eV (Bonn), Ritter des Päpstlichen Sylvesterordens und Träger des Grossen Bundesverdienstkreuzes mit Stern – erlebte knapp zweieinhalb Jahre nach der Versammlung in der Kölner Bürgergesellschaft den stolzesten Tag seiner beruflichen Laufbahn: Der achtunddreissigjährige Direktor der rheinischen Landwirtschaftskammer wurde am 22. November 1922 von Reichskanzler Dr. Cuno als Reichsernährungsminister ins Kabinett berufen.

Aber, ach, die Freude war kurz.

Zwei Tage später, am 24. November 1922, stürzte er über eine massive Interpellation des Kölner Sozialdemokraten Wilhelm Sollmann, die seine Rolle als rheinischer Politiker ins helle Licht der Reichsöffentlichkeit hob (nachzulesen in den *Verhandlungen des Reichstags*. I. Wahlperiode 1920, Band 357, S. 9139-9143). Es hat nicht den Anschein, als ob das Kabinett seinen Ernährungsminister habe retten wollen; wohl aber hat sich die Reichsregierung bemüht, die Behauptungen Sollmanns zu entkräften, wenn möglich sogar den Abgeordneten für eine Abschwächung seiner Darlegungen zu gewinnen, und diese Bemühungen auch in einer «Erklärung» zum Ausdruck gebracht.

Vergebens. Am Tage nach der Interpellation, dem 25. November also, trat Sollmann mit der folgenden «persönlichen Bemerkung» vor das Plenum des Hauses:

«In der Erklärung der Reichsregierung zum Fall des Herrn Dr. Karl Müller, Bonn standen unter anderem diese Sätze:

Auf Wunsch des Herrn Dr. Müller hat nach einem Beschluss des Kabinetts der Reichsminister der Justiz in der vergangenen Nacht die gegen Herrn Müller erhobe-

nen Vorwürfe sofort untersucht. Hierbei hat der Herr Abgeordnete Sollmann erklärt, er könne selbst nicht behaupten, dass Herr Müller zu irgendeiner Zeit die Loslösung der Rheinlande vom Reich erstrebt oder gewollt habe.

Da die Form dieser Erklärung zu dem Missverständnis Anlass geben kann, ich hätte irgendeine meiner Behauptungen zurückgenommen oder auch nur gemildert, habe ich Folgendes im Rahmen einer persönlichen Bemerkung festzustellen.

Nach der gestrigen Reichstags-sitzung liess mich der Herr Reichsminister Dr. Heinze in das Amtszimmer des Herrn Reichskanzlers bitten, wo ich neben dem Herrn Reichsjustizminister Herrn Dr. Karl Müller vorfand. Später nahm an der Sitzung, die bis gegen Mitternacht dauerte, der Reichsarbeitsminister Herr Dr. Brauns teil. Ich habe mich aus Loyalität zu diesen Besprechungen zur Verfügung gestellt.

Über den Verlauf der Sitzung habe ich für meine Person zu erklären: Ich habe eine gedrängte Skizzierung meiner Reichstagsrede gegeben und habe kein Wort, keine Behauptung zurückgenommen.

(Hört! Hört! links.)

Herr Dr. Müller hat nicht eine einzige meiner Behauptungen widerlegen können.

(Erneute Rufe links: Hört! Hört!)

Ich habe in meiner Reichstagsrede behauptet, dass Herr Dr. Müller Vorsitzender eines Aktionsausschusses zur illegalen Herbeiführung der rheinischen Republik gewesen sei. Diese Behauptung ist nicht widerlegt und nicht erschüttert worden. Ich habe behauptet, dass in diesem Aktionsausschuss unter dem Vorsitz Dr. Müllers intime Gessinnungsfreunde Dr. Dortens sassen. Das ist von Herrn Dr. Müller bestätigt worden. Ich habe behauptet, dass diese Freunde Dr. Müllers mit dem französischen General Mangin über die rheinische Republik zur Information der französischen Regierung verhandelt haben.

(Hört! Hört! links.)

Das hat Herr Dr. Müller nicht nur bestätigt, sondern er hat hinzugefügt, dass Dr. Dorten persönlich an dieser Reise der Freunde Dr. Müllers beteiligt war.

(Erneute Rufe links: Hört! Hört!)

Herr Dr. Müller hat bestätigt, dass er von dieser Rede bei Gründung seines Aktionskomitees unterrichtet war. Herr Dr. Müller hat ferner zugegeben, dass in seinem Aktionskomitee – in seinem Aktionskomitee – sich Loslösungsbestrebungen vom Reich geltend gemacht haben.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

Er hat seinen Angaben nach sich deswegen von dem Aktionskomitee zurückgezogen. Herr Dr. Müller hat jedoch nichts davon gesagt, dass er einen einzigen dieser von ihm gekannten Verschwörer gegen das Reich dem Strafrichter ausgeliefert hätte. Mithin stand Herr Reichsminister a. D. Dr. Müller im Sommer 1919 mit erklärten Mitkämpfern Dortens in einer Linie. Er war Vertrauensmann der illegalen Aktivisten; er war Vorsitzender eines von allen Parteien des Rheinlandes scharf verurteilten putschisti-

schen Aktionsausschusses. Darum war er als Reichsminister ein unmöglicher Mann.
(Beifall links.)

Dr. Müller war als Reichsminister gestürzt, nicht aber als Politiker ad absurdum geführt. Die Episode hat ihm in Köln nicht geschadet. Im Gegenteil: erst 1923, nachdem der «passive Widerstand» niedergebroschen war, ohne eine Entscheidung zugunsten des Reichs zu bringen, als nach vielen Monaten der Arbeitsruhe die Betriebe nicht wieder in Gang gebracht werden konnten, die Reparationsforderungen der Besatzungsmächte trotzdem aber weiterliefen, als die Reichsregierung schier an der Aufgabe verzweifelte, Millionen hungernder Erwerbsloser im Besatzungsgebiet zu ernähren, der Putsch der Braunhemden in München und der rote Aufruhr in Sachsen drohten, kurz, als die böse Saat aufging, die die Widersacher des Staats ausgestreut hatten: der politische Zusammenbruch und der wirtschaftliche Bankrott des Reichs unvermeidlich schienen, war Köln erneut zum Zentrum von Bestrebungen geworden, die darauf abzielten, das Rheinland, wenn möglich Rheinland-Westfalen, das industrielle Kernland des Reichs, vor dessen düster drohendem Schicksal zu bewahren.

«Diese Bewegung hatte nichts mit dem Separatismus der Matthes, Smeets und Dorten gemein, war aber für den Bestand des Reiches von desto grösserer Gefahr», schrieb 1932 der Archivrat i.R. George Soldan in seiner populären *Zeitgeschichte in Wort und Bild*, die er 1931-1934 mit Unterstützung eines alten Kollegen vom Reichsarchiv, Archivrat Stenger, herausbrachte. «Es war gewissermassen kalter Separatismus, getragen von rheinischen Persönlichkeiten von Rang und Stellung, die ihre Pläne eines Sonderstaates mit dem Gedanken umhüllten, dass sie das Rheinland nur *zeitweilig* vom Reiche abtrennen müssten. So wurde diese Bewegung, deren bedeutendste Vertreter der Kölner Oberbürgermeister Dr. *Adenauer* und der Kölner Bankier *Louis Hagen* waren und die einen von Tag zu Tag grösser werdenden Kreis namhafter Persönlichkeiten umfasste, in Kreisen, die dem Reichskanzler *Stresemann* nahestanden, als zwangsläufig begründet. Nachdem Ende Oktober der Separatistenputsch den Sonderbündlern die Macht über den grössten Teil des Rheinlandes in die Hand gespielt hatte, wurde dieser «kalte Separatismus» mehr und mehr zu einer *legalen* Bewegung, die schliesslich auch die Reichsregierung in ihren Bann zog ...

Die *Abtrennung von Preussen*, die dem Kölner Oberbürgermeister Dr. *Adenauer* schon in der Waffenstillstandszeit als ein in vieler Hinsicht durchaus erwünschter Ausweg erschienen war, konnte, nach der jetzt von ihm geäusserten Ansicht, nicht mehr genügen, man müsse sich, so führte er am 24. Oktober aus, «mit dem Gedanken abfinden, dass schlimmstenfalls eine *Loslösung vom Reich* zu erfolgen habe».

Dieser Bericht mag zutreffend sein; er scheint jedoch zu summarisch, um glaubwürdig zu wirken; schon darum, weil eine allzu grosse Verdichtung des Stoffs in der Regel zu perspektivischen Verzerrungen führt.

Wir müssen uns schon die Mühe machen, einer mehr ins Einzelne gehenden Darstellung zu folgen. Zum Glück liegt eine solche in dem zweibändigen Werk *Ruhrkampf* (1930-1932) vor, das der Feder eines geschulten Historikers und politisch interessierten Augenzeugen entstammt: des Düsseldorfer Archivrats und Museumsdirektors Dr. Paul Wentzcke, der 1929 mit der Leibniz-Medaille ausgezeichnet worden war und später als Honorarprofessor für Geschichte an die Universitäten Köln und Frankfurt berufen wurde. Wir werden also diesen Gewährsmann sprechen lassen.

All den verschlungenen Pfaden freilich, die Wentzcke in dem Bemühen abschreitet, die Wahrheit ans Licht zu bringen, werden wir nicht folgen können. Es waren in jenen Tagen – etwa von Mitte Oktober bis Mitte Dezember 1923 – allzu viele Kräfte und Gegenkräfte im Spiel, allzu viele Ereignisse überschritten und überstürzten sich, allzu viele Organisationen – der Sechser-, der Fünftehner-, der Einundzwanziger- und der Sechziger-Ausschuss, der Verhandlungsausschuss für das besetzte Gebiet und der engere Verhandlungsausschuss, der Provinziallandtag u.a.m. – waren am Werk, um das Mosaik der Ereignisse auf kleinem Raum zum klar umrissenen Bild zu gestalten. Immer bleiben ein paar Steine übrig, die sich nicht einfügen lassen; immer fehlen an einer anderen Stelle die Steine, um den Umriss des Geschehens voll ausziehen zu können.

So bleibt uns nur übrig, einige Fragen zu stellen, die unser Gewährsmann beantworten möge.

Zunächst und vor allem scheint uns wichtig, die politische Konzeption der rheinischen Politiker kennenzulernen, die, wie George Soldan andeutet, im Herbst 1923 eine weitgehende Distanzierung des Westens gegenüber dem Reich vorsah.

An jenem 24. Oktober 1923, von dem Soldan spricht, waren führende Männer der Rheinprovinz im Barmer Rathaus zusammengekommen, «um einigermassen wenigstens eine Übereinstimmung der ungeklärten Meinungen zu erzielen». «Weit über den eigentlichen Zweck hinaus», sagte Wentzcke, «wurde die Versammlung ... zur ersten Kundgebung einer neuen legalen Bewegung.»

Als erster legte der Kölner Professor der Versicherungswirtschaft Dr. Paul Moldenhauer, volksparteilicher Reichstagsabgeordneter und später, unter den Kanzlern Müller und Brüning (1920/30), Reichsminister der Finanzen, seinen Plan vor: Er forderte für das ganze besetzte Gebiet – also nicht nur für das Rheinland – «Vollmacht zur selbständigen Regelung der wichtigsten Wirtschaftsbedürfnisse, insbesondere zur Aufstellung eines eigenen Haushalts und eines eigenen Steuerrechts». Eine «staatsrechtliche Loslösung vom Reich oder auch nur von Preussen lehnte (er) ab und fand bei Sozialdemokraten und Deutschnationalen Zustimmung».

«Andere Pläne dagegen», fährt Wentzcke fort, «die die Vertreter des rheinischen Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei vorlegten, sahen die Schaffung eines neuen, für die *Dauer* bestimmten Rechtsgebildes als unvermeidliche Voraussetzung für den notwendigen Ausgleich mit Frankreich vor. Selbst eine *Abtrennung von*

Preussen, die dem Kölner Oberbürgermeister Dr. *Adenauer* mit deutlicher Anspielung an die Gedankengänge der Waffenstillstandszeit früher als ein gangbarer, in vieler Hinsicht erwünschter Ausweg erschienen war, *werde* nach seiner jetzt vorgetragenen Meinung *kaum genügen*, man müsse sich mit dem Gedanken abfinden, *dass schlimmstenfalls eine Lösung vom Reich* im Wege der Verständigung erfolge. Vielleicht, so klang die Hoffnung auf, könnten durch ein solches Zugeständnis das deutsche Volk und der deutsche Staat vom Versailler Friedensvertrag und von der Entschädigungspflicht loskommen. Das besetzte Gebiet dürfe bei einer derartigen Formung auf jeden Fall die Befreiung oder zum mindesten eine ganz wesentliche Erleichterung der Besatzung sowie die Abberufung des Rheinlandausschusses (= französisches Verwaltungsgremium unter der Führung des Oberkommissars Tirard, d. Autor) erwarten. Zum eigenen Besten Deutschlands und zur Wahrung der rheinischen Belange forderte der Vertreter des Zentrums Vollmachten für die Spitzen der politischen Parteien, um im gegenseitigen Vertrauen die endgültigen Verhandlungen mit den Besatzungsmächten aufzunehmen. Aus dem ungewissen Nebel der Meinungen schälte sich, wie Justizrat Falk (Köln) zustimmend hervorhob, *ein neuer Staat*. Mit leichter Abweichung von dem durch Adenauer umrissenen Standpunkt warnte dieser demokratische Abgeordnete vor einem freiwilligen Angebot und zog den Zwang vor; auch ihm schien es unter Umständen zum Wohle der Gesamtheit denkbar, dass rheinische Bevollmächtigte im Wege einer dringlichen Aussprache mit dem Gegner die folgenschwere Entscheidung selbst herbeiführten. Oberbürgermeister Dr. Jarres schliesslich empfahl aufs Neue die von ihm seit Wochen verfolgte «ultimative» Form, die den unbedingten, von fremden Mächten unter Duldung der übrigen «Verbündetem durchgeführten Zwang zu einer Trennung der Rheinlande voranstellte. Nur dann werde die Ablösung des besetzten Gebiets nicht als ein freiwilliger Akt von uns erfolgen, würde auch nicht von aussen als die Folge einer Insolvenzerklärung des Reiches in die Erscheinung treten, sondern sie würde verbunden sein mit einer grossen ausserpolitischen Handlung dem Feind gegenüber!»

In der Tat, was die blossen Fakten, den Inhalt der in Barmen geführten Gespräche angeht, hat George Soldan zwar gedrängt, doch korrekt berichtet. Und dieser Eindruck vertieft sich, wenn man den Fortgang der Ereignisse berücksichtigt.

Am Tag nach den Barmer Verhandlungen fand eine Aussprache grösseren Stiles in Hagen statt, die Jarres als Vorsitzender des rheinischen Provinziallandtags leitete. Zu dieser Tagung waren als Vertreter der Reichsregierung Reichskanzler Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei), Reichsinnenminister Sollmann (SPD) und der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Johannes Fuchs (Zentrum), für die preussische Regierung Ministerpräsident Braun (SPD) erschienen. Man nahm in Berlin die Dinge wichtig genug, um selbst in diesen bewegten Tagen die wichtigsten Männer «in die Provinz» zu schicken.

Stresemann, der die Reihe der Reden eröffnete, bekannte sich zu der Auffassung:

«ein Rheinstaat, der kein Rhein**bund**staat sein wolle, werde Frankreichs Ansprüchen nicht genügen, ebensowenig könne ein solches Staatsgebilde Deutschland oder auch nur die Rheinlande von Entschädigungsverpflichtungen befreien. Die nachdrückliche Feststellung, dass weder er noch der ebenfalls anwesende preussische Ministerpräsident die Erörterung einer staatsrechtlichen Lösung vom Reich oder von Preussen zulassen könnten, lehnte die insgeheim von verschiedenen Anwesenden gewünschte Erklärung ab ...»

Doch ob nun der Kanzler die Diskussion der rheinischen Loslösungsbestrebungen zulassen wollte oder nicht: in der Atmosphäre der Hagener Versammlung reichte seine Autorität nicht aus, den rheinischen Gesprächspartnern den Mund zu verbinden. Sie drängten auf eine Sofort-Entscheidung. «In der weiteren Wechselrede», so wieder Paul Wentzcke, «begnügten sich daher Konrad Adenauer und Louis Hagen als Sprecher einer kleinen, aber rührigen «Bewegungspartei», ihre Bedenken gegen jede weitere Verschleppung zu vertiefen. Dem ersten Fachmann der Kölner Börse galt die Rentenbankwährung des Reiches *vor* ihrem Eintritt in den Verkehr bereits rettungslos entwertet, die Schaffung eines eigenen rheinischen Geldes als letzter Ausweg. Der Kölner Oberbürgermeister sah unter dem Eindruck neuer Hiobsposten den grössten Teil des linken Rheinufers in den Händen der Separatisten, die eben jetzt den siegreichen Vormarsch nach München-Gladbach angetreten hätten. «Wir glauben nicht», so schloss er, «dass ein Rheinstaat von Entschädigungsverpflichtungen frei würde, aber Deutschland kann durch die neue Staatenbildung seine untragbare Belastung erleichternd In diesem Sinne und nur *im Allgemeinen deutschen Interesse* fordere er die Genehmigung der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums zur Aufnahme von Verhandlungen. Nach langem, deutlichem Schweigen, das der Sitzungsbericht besonders vermerkt, stimmen die übrigen Teilnehmer der Einsetzung eines kleineren Ausschusses zu, um die politischen Parteien zusammenzuhalten.»

Wohlgemerkt: Adenauer hatte «im Allgemeinen deutschen Interesse» gesprochen, als er zu bedenken gab, dass die Errichtung eines Rheinstaats – dessen Standort gemäss der am Vortag geäusserten Konzeption «schlimmstenfalls» ausserhalb des Reichsverbands liegen könne – die «untragbare Belastung» des Reiches «erleichtern» werde. Es scheint jedoch, dass in der öffentlichen Versammlung am Abend des gleichen Tages Äusserungen fielen, sei es von Seiten Stresemanns, sei es von Seiten des nicht minder temperamentvollen Innenministers Sollmann, die dem Bekenntnis der rheinischen Politiker zum Deutschtum nicht voll gerecht wurden. Jedenfalls schreibt der gutunterrichtete Historiker: «Nicht mit Unrecht fühlte sich Oberbürgermeister Dr. Adenauer durch die Anspielung auf hochverräterische Pläne gekränkt und gab seiner Verbitterung bei der Rückkehr unverhohlen Ausdruck.»

Wie stand, das ist unsere zweite Frage, in diesen kritischen Wochen Hugo Stinnes, der Grösste unter den Grossen des Schwarzen Reviers, zu den Bestrebungen jener Rheinlandpolitiker, von denen der Chronist als dem «Kölner Kreis» sprach?

Nun, zunächst hatte er wenig Zeit, sich gerade damals um die Probleme der Tagespolitik zu kümmern: denn er verhandelte als Vertreter des Bergbaulichen Vereins bzw. als Haupt des Sechserausschusses mit der «Mission interalliée de contrôle des usines et des mines» – der «Micum» traurigen Angedenkens – über die Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen und die Zahlung der Kohlensteuer an Frankreich. Über eine Frage also, die nicht nur unter allgemein- und reparationspolitischen Gesichtspunkten von Bedeutung, sondern für Millionen von Arbeiterfamilien, deren Ernährer seit Monaten erwerbslos waren, von Lebenswichtigkeit war.

In einem Brief an Reichskanzler Stresemann hatte er am 20. Oktober 1925 Generalvollmacht für die Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins erbeten, diese Verhandlungen zu führen, hatte darauf hingewiesen, dass die Zechen die Kosten der Lieferung nur bevorschussen könnten, «wenn die spätere Begleichung dieser Vorschüsse durch Rückzahlung seitens des Reiches in sichere Aussicht gestellt werden» könne und hatte im gleichen Atem auch eine Arbeitszeitverlängerung (zunächst) für die Bergleute gefordert, die nach seiner persönlichen Ansicht bis zu 1¹ Stunde würde betragen müssen.

Stresemanns Antwortschreiben vom 21. Oktober gewährte die Verhandlungsvollmacht und regelte die Frage, wie die vom Bergbau an die Franzosen zu zahlende Kohlensteuer auf die steuerlichen Verpflichtungen der Zechen dem Reich gegenüber verrechnet werden könnte. Was schliesslich die Bezahlung der Kohlenlieferungen anging – denn die Franzosen zahlten ja keinen gebogenen Franc an die Zechen –, so erklärte der Kanzler am 25. Oktober in Hagen, dass das Reich nach erfolgter Stabilisierung der Währung und des Reichshaushalts sich bemühen werde, einen Weg zu finden, mit dessen Hilfe Verzinsung und Abzahlung der von der Industrie vorgelegten Summe ermöglicht werden könne. Obwohl der Wert dieses Kanzlerworts vielfach angezweifelt wurde, wurden Ende 1924 und Anfang 1925 ohne Bewilligung des Reichstags – d.h. unter Verletzung des Etatsrechts – vom Reichsfinanzministerium «aus dem Juliusturm» insgesamt 715 Mill. RMark an die Ruhrindustrie gezahlt. Die Arbeitszeit der Bergleute aber wurde schon am 50. November durch ein zwischen dem Zechenverband und den Gewerkschaften geschlossenes Abkommen «zur beschleunigten Erreichung der Friedensförderung» im Sinne Hugo Stinnes' geregelt.

Zwar das Micumabkommen, das am 25. November in Düsseldorf zustande kam, war schwer – drückend schwer besonders für die, an deren Fabriken, Werkstätten und Wohnungen die Kohle vorbeigefahren wurde und die nachher als Steuerzahler die Zeche begleichen mussten.

Es bestimmte u.a.:

1. Die Bergwerke haben 15 Mill. Dollar als einmalige Abgeltung für rückständige Kohlensteuer zu zahlen;
2. alle Kohlenbestände vor dem 1. Oktober gehen in das Eigentum der Micum über;

3. etwa 18-20 Prozent der künftigen Kohlenförderung sind unentgeltlich an Frankreich und Belgien zu liefern;
4. für jede Tonne verkauften Brennstoffs ist eine Abgabe von 10 französischen Franc zu entrichten;
5. Ausfuhren sind genehmigungspflichtig;
5. die geltenden deutschen Gesetze über die Kohlewirtschaft werden nicht anerkannt;
6. die Kohlenlieferungen werden auf Reparationskonto gutgeschrieben.

Hart wie diese Regelung war – die zunächst nur bis zum 15. April 1924 galt, dann aber noch dreimal erneuert wurde –, hatte sie doch das Gute, dass sie das Fortbestehen der Reichseinheit zur Voraussetzung der Rückzahlungen machte, die die Vorschussleistungen der Zechen mit Zins und Zinseszins vergüteten.

Umso sonderbarer mutet es an, dass, wie Wentzcke berichtet, französische Zeitungen zu melden wussten, «dass selbst Hugo Stinnes «mit halbem Blick» der Trennung des Ruhrgebiets und der Rheinprovinz aus dem bisherigen Staatsverband zustimme, Stresemann geneigt sei, «eine Rheinische Republik als Augentäuschung aufzurichten»«.

Lassen wir die Stresemann-These auf sich beruhen; der Kanzler war eine labile Natur, die angesichts der Gefahr, die die Weiterzahlung der Erwerbslosenbeihilfe an die Ruhrarbeiter für die Stabilisierung der Währung bedeuten mochte, zu radikalen Lippenbekenntnissen etwa im Sinne der «Versackungstheorie» neigte. Aber Stinnes unter den Rheinstaatpolitikern – Stinnes, der im Krieg die alldeutschen Annexionsziele vertreten, der den Bochumer Verein aufgekauft hatte, «um ihn vor der Überfremdung zu retten», und dessen wirtschaftliches Interesse das Weiterbestehen des Reiches gebieterisch zu fordern schien: Stinnes als Fürsprecher der rheinischen Republik – das schien kaum glaublich.

Die Tatsachen indessen sprechen eine andere Sprache als die theoretischen Erwägungen darüber, was Stinnes im wohlverstandenen eigenen Interesse eigentlich getan haben müsste.

Am 4. November 1923 war in der zum Stinnes-Konzern gehörenden *Deutschen Allgemeinen Zeitung* ein Aufsatz aus der Feder ihres Chefredakteurs Professor Paul Lensch, eines abtrünnigen Sozialdemokraten, erschienen, in welchem dieser die Ansicht vertrat, wenn die Schaffung einer rheinischen Republik nicht verhindert werden könne, dann müsse sie auf alle Fälle «von den anständigen reichstreuen Elementen des Rheinlandes als ein grosser Staat gegründet werden, aber nicht von dem Mob der Strasse ... Das Reich hat durch Einstellung des passiven Widerstandes erklärt, dass es nicht mehr in der Lage sei, die dem Massenhunger verfallenen Provinzen an Rhein und Ruhr zu schützen. Kann die Regierung nicht mehr finanziell den Stammesbrüdern im Westen zu Hilfe kommen, so hat sie jetzt die Möglichkeit, durch verständnisvolle Beeinflussung der Frage «Rheinische Republik» den besetzten Gebieten wenigstens das politische Chaos zu ersparen.»

Das war schon mehr als ein «halber Blick» auf die rheinische Republik; es war ein Appell an die «anständigen Elemente», dem wüsten Treiben des separatistischen Gesindels durch Errichtung eines grossen Rheinstaats zuvorzukommen – notabene: nicht ihm entgegenzutreten, wie die Gewerkschaften, die namenlosen Bürger und Bauern, die versprengten Freikorpskämpfer, die jungen Arbeiter, Studenten und Schüler es taten, deren Einsatz entscheidend dazu beitrug, die Einheit des Reiches zu retten; es war die Solidarisierung mit jenen Kreisen, auf die das von Wentzcke zitierte Wort eines Ungenannten zutrifft, dass nämlich «die führenden Geistesarbeiter (d.h. führende Männer der Industrie, der Banken und der Kommunalverwaltung!) jener Tage die Schwachen waren».

Es ist nicht anzunehmen, dass Stinnes sich von den Darlegungen seines Leibjournalisten distanzierte: Das Fortbestehen des Reiches war durch die Putschgefahr in München und Sachsen, die Währungszerrüttung und die Sanktionspolitik der Franzosen so stark in Frage gestellt, dass er nicht anders dachte und handelte, als eben die «anständigen Elemente», mit denen sein Chefredakteur konspirierte.

Die Lösung des industriellen westdeutschen Kernlandes vom Reich bedeutete für ihn allerdings nicht nur, ein sinkendes Schiff zu verlassen. Stinnes war viel zu phantasievoll, um nur diesen einen Gedanken zu fassen. Er kalkulierte sicherlich auch die Möglichkeit revolutionär-sozialistischer Strömungen ein, die das Privateigentum an den Grundstoffindustrien gefährden könnten, wenn der Westen beim Reich bliebe; er rechnete vielleicht damit, dass die Endlösung des Reparationsproblems der Schwerindustrie schwere Lasten aufbürden würde; er fürchtete möglicherweise aber auch, dass ein ungeteiltes, wirtschaftlich und währungspolitisch wieder gesundetes Reich allzu stark werden würde, um die vielerlei Willkürakte und Rechtsbeugungen zu dulden, die es von den Grossen der Wirtschaft in den chaotischen Jahren der Inflation hatte hinnehmen müssen. Und schliesslich nistete tief unter der Schwelle des Bewusstseins die Vorstellung, dass je grösser die politischen Schwierigkeiten des Reichs, desto geringer die Chancen der Berliner Regierung sein würden, dem Währungsverfall ein Ende zu setzen: der grossen wundertätigen Inflation, der er inmitten von Armut, Elend und gesellschaftlicher Auflösung die ungeheuerlichste Mehrung seiner Macht und seines Reichtums verdankte.

So schloss er sich – aus komplexeren Gründen als seine Standesgenossen – den politischen Bestrebungen «der Wirtschaft» an.

Etwas betroffen liest man bei Wentzcke: «Mit einem Freimut, der Achtung, aber auch grösste Besorgnis wecken musste, hatten führende Männer des rheinischen Volkes im Beratungszimmer des (am 24. Oktober 1923 in Barmen gebildeten) Einundzwanziger-Ausschusses erklärt, dass sie niemals ein engeres Verhältnis zu dem preussischen Staat gewonnen hätten, dass die Erinnerung an den Kölner Kirchenstreit, an den Kulturkampf, an die (angebliche) Zurücksetzung der rheinischen Katholiken in der Verwaltung und all die anderen Fehler, die diese Kreise seit Jahrzehnten belastet hatten, ungetilgt sei. Bedeutende Wirtschaftsführer aller Parteien, die sich im Düssel-

dorfer Industrieklub (8. November) mit denselben Fragen beschäftigten, sollten nach dieser Ankündigung zur gleichen Stunde ebenfalls als einzigem Ausweg der staatsrechtlichen Sonderstellung der Rheinprovinz zustimmen. Vergebens wiesen die Abgeordneten Wesenfeld (Arbeitsgemeinschaft) und Haas (SPD) solche Ausfälle aufs Schärfste zurück ... Nach Fassung und Inhalt kehrten Kundgebungen des Rheinischen Freiheitsbundes von 1918/19, kehrten selbst Wendungen der von der ersten separatistischen Bewegung herausgegebenen Rechtfertigungsschrift wieder, die damals schon der Werbung Frankreichs die Wege geebnet hatten.»

So hätten also die bedeutenden Wirtschaftsführer im Industrieklub – dem nämlich, der neun Jahre später Hitler die Gelegenheit bot, die Zerschlagung der Weimarer Republik zu propagieren – sich von kultur- und konfessionspolitischen Gründen bestimmen lassen, den Rheinstaat zu fordern? Das ist schwer zu glauben. Und in der Tat scheint Wentzcke nicht so verstanden werden zu wollen; denn an einer anderen Stelle sagt er: «An der Ruhr wie am Rhein, an der Nahe wie an der Lippe mussten ... Verhandlungen und Abschluss der verschiedenen Verträge, in denen die wichtigsten Industriezweige mit dem Rheinflandausschuss und mit der Micum die Möglichkeit zur Belebung der Wirtschaftslage schufen, nicht als das Ende, sondern als der Beginn dauernder Versklavung gelten. Nicht wenige Führer von Handel und Gewerbe zogen ein politisches Abkommen, das vielleicht später zu einer gleichberechtigten, wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem bisherigen Gegner führen könne, einer zwangsweisen Ablieferung des gesamten Arbeitsertrages vor. Vielleicht, so meldeten sich Anschauungen, die gerade im deutschen Westen vor dem Weltkrieg bereits Anhänger gefunden und selbst durch das Friedensdiktat ihren lockenden Reiz nicht eingebüsst hatten, liesse sich aus dieser französisch-deutschen Industriegemeinschaft eine gewaltige Stosstruppe gegen die angelsächsische Vorherrschaft auf dem Weltmarkt bilden!»

Das klingt schon plausibler – ja, in unseren Tagen der Montanunion und der Bemühungen um den «gemeinsamen Markt» beinahe aktuell. Doch sollte man nicht vergessen – und wer könnte es je, der die Ereignisse an Rhein und Ruhr als Augenzeuge erlebt hat –, dass die Führer von Handel und Gewerbe, erst recht aber die Handvoll Politiker des Kölner Kreises, je weiter sie ihre Ziele steckten und je klüger sie zu taktieren schienen, sich umso weiter von der Masse des Volkes und von den Kräften entfernten, die die Wirklichkeit repräsentierten. «Weder die Bevollmächtigten der Industrie und der Banken noch die Abgesandten der Kommunalverwaltung und der politischen Parteien», verzeichnet unser Chronist, «die sich immer stärker als verantwortliche Verhandlungsführer fühlten, erkannten die Zeiten. Nachrichten über die erfolgreiche Abwehr der Separatisten, die Gewerkschaften, Bauern und Bürger unter stiller Unterstützung aus Reich und Ländern durchführten, sowie Einsprüche der Wähler erschienen bei der ungeheuren Unsicherheit in Währung, Wirtschaft und Verwaltung lediglich als ein ohnmächtiges Auflehnen gegen ein unabwendbares Schicksal.»

Nicht als ob es einem Manne wie Stinnes an Realismus gefehlt hätte. Aber seine

Verbindung zur Wirklichkeit war von einer anderen Art als die des Politikers; sie liess sich telefonisch herstellen: vom miternächtlichen Arbeitszimmer des «Mülheimer Kaufmanns» zum Arbeitszimmer eines anderen Finanzautokraten, von Büro zu Büro, von der Bank zur Börse, vom Schreibtisch zur Zechenverwaltung. Zur leidenden, hungernden, hoffenden, verzweifelt aufbegehrenden Kreatur besass der Mann im Assyrrerbart keine Verbindung.

Just in den Tagen, da die bedeutenden Wirtschaftsführer aller Parteien im Düsseldorfer Industrieklub konferierten, war auf Betreiben des Kölner Bankiers Louis Hagen der schon früher geforderte «engere Verhandlungsausschuss» gebildet worden, der – in seinen Verhandlungen mit den Franzosen – die wesentlichen Anschauungen der alt- und neubesetzten Gebiete nach Ständen und Landschaften zum Ausdruck bringen sollte. «Oberbürgermeister Dr. Adenauer und Geheimrat Hagen wurde «selbstverständlich» die Leitung überlassen.» Hier aber, berichtet Paul Wentzcke weiter über die erste Aussprache in dem neugeschaffenen Ausschuss, «zeigten sich ... schon starke Unterschiede über die politische Gesamtlage. Von den Vertretern der «Wirtschaft» schien kein geringerer als Hugo Stinnes für die Notwendigkeit gewonnen, den französischen Wünschen möglichst weit entgegenzukommen. Die Gewerkschaften dagegen sowie die Mehrzahl der aus dem Ruhrrevier und aus dem Südbandschnitt der besetzten Gebiete berufenen Vertrauensmänner von Industrie und Handel lehnten die unbedingte Verhandlungsbereitschaft der sogenannten Kölner Richtung ab.»

Das Pendel schlug hin und her: zwischen den Politikern, die sich entschieden gegen jede Sonderstellung des Rheinlands stemmten – nicht nur Vertretern der Linken und der Gewerkschaften, sondern auch Männern des Zentrums, unter denen der Trierer Prälat Dr. Kaas der wortgewaltigste und streitlustigste war, und Angehörigen der Reichsparteien – auf der einen Seite, und den Sprechern des Kölner Kreises, unter denen Louis Hagen und Dr. Adenauer die grösste Autorität genossen, auf der anderen Seite. Die Masse der Bevölkerung stand auf der Seite derer, die für die Unverletztheit des Reiches und Preussens eintraten; die Vertreter der Wirtschaft dagegen, vom Handwerk bis zur Schwerindustrie, grundsatzlos-opportunistisch nach jeder Chance greifend, die ihnen Gewinn oder auch nur Fortbestehen zu bieten schien, schlugen sich bald hierhin, bald dorthin.

Zwar war bereits klageworden, dass, nachdem Grossbritannien sich nicht mehr bereit zeigte, Frankreichs Rheinpolitik hinzunehmen, der schlimmste Fall, der der Kölner Richtung vorgeschwebt hatte – die Loslösung der Rheinlande vom Reich – kaum noch befürchtet werden musste (oder erhofft werden konnte); auch hatte sich schon gezeigt, dass das Gelingen der Marktstabilisierung nicht ausserhalb aller Wahrscheinlichkeit lag: Am 13. November hatte Dr. Schacht sein Amt als Reichswährungskommissar angetreten. An diesem Tag galt die «Goldmark», umgerechnet über den Dollar, 200'099'000'000 Papiermark. Bis zum 20. November stieg der Kurs weiter auf eine Billion. Der amerikanische Dollar war gleich 4,2 Billionen Papiermark – in

Zahlen = 4'200'000'000'000 M. Aber dabei blieb es dann auch: zwei, drei, vier, fünf Tage lang. Siehe da, das Experiment der Währungsstabilisierung schien zu gelingen. Die als Provisorium geschaffene Rentenmark blieb stabil, das Prestige des Reichs schnellte jählings empor. Das Notgeld der Kommunen und Grossunternehmungen dagegen – tatsächlich ein zinsloser Kredit, der in entwertetem Geld zurückgezahlt zu werden pflegte – wurde ausser Kurs gesetzt, d.h. von der Reichsbank nicht mehr eingelöst. Mit der Ära, die den einen – sowohl Privaten als auch Kommunen – riesige Inflationsgewinne, den anderen unsagbares Inflationseleid gebracht hatte, schien auch der Traum eines politisch autonomen – wie gesagt: schlimmstenfalls vom Reiche gelösten – Rheinlands zu Grabe getragen werden zu müssen.

Wer aber in Berlin geglaubt hatte, das Rheinland – will sagen: die Rhein-Staatpolitiker und «die Wirtschaft» – werde sich in die neue Sachlage fügen, die Rentenmarkwährung willkommen heissen, mit frischem Mut ans Werk der wirtschaftlichen Stabilisierung gehen und bemüht sein, die politische Gesundung und Erstarkung des Reiches zu fördern, der sah sich bitter enttäuscht.

Unser Gewährsmann berichtet aus dem Westen, der in jenen Tagen nur für wenige der «goldene Westen» war:

«Da trotz der Einführung der Rentenmark und trotz der Festigung des Reichshaushalts Börsen und Banken die neue Währung vorläufig nicht anerkannten, hatten auch diese Aushilfen in ihren Augen die Inflation lediglich verlängert. Während sich verantwortliche Vertrauensleute aller politischen Parteien aus dem gesamten Raum von Ludwigshafen bis Dortmund (bei einer Aussprache in Berlin 24./25. November) endgültig diesen gefährlichen Entwürfen versagten, liess sich die Wirtschaft nochmals dem Abgrunde zudrängen.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der in Düsseldorf und Koblenz angeknüpften Verhandlungen legte der Kölner Oberbürgermeister, der die Ablehnung der von Moldenhauer vertretenen Ersatzlösung vorausgesehen hatte, dem vom Wirtschaftsausschuss aus eigenem Entschluss eingesetzten grösseren «Verhandlungsausschuss für das besetzte Gebiet (24. November) früher von ihm angedeutete Vorschläge in neuer, festerer Fassung vor. Neben der Mehrzahl der Städtevertreter sahen auch *Hugo Stinnes*, als anerkannter Sprecher der Schwerindustrie, Bevollmächtigte des Handwerks und des Mittelstandes in der Errichtung eines rheinischen «Bundesstaates» unter Ablösung von Preussen mit internationaler Gendarmerie, selbständigem Gesandtschaftsrecht und loser Vertretung im Reichsrat den einzig gangbaren Ausweg. Selbst Abgeordnete Westfalens wollten ihre Zustimmung nicht versagen; hervorragende Wirtschaftsführer, die nach dem Abschluss der Micum-Verträge über das künftige Schicksal ihrer Werke aufs Höchste besorgt waren, stützten durch ein beredtes Schweigen Adenauers Ansicht. Französische Zeitungen wussten zu melden, dass Louis Hagen «ein wirtschaftliches und politisches Abkommen zwischen diesem autonomen Rheinland und Frankreich» in Aussicht stelle... Die Rheinisch-Westfälische Geldnoten-

bank, von der so häufig schon in kleinerem Kreis gesprochen wurde, war das eine Ziel, die Lockerung des staatsrechtlichen Gefüges an Rhein und Ruhr das andere.» Unter der Führung Louis Hagens fuhr die Bankenvereinigung von Rheinland und Westfalen fort, Pläne eines eigenen Geldinstituts zu entwickeln. Gegen die Entscheidung der Reichsbank aber, kein Notgeld mehr anzunehmen, erhob sich, wie Schacht in seinen Lebenserinnerungen erzählt, «ein Sturm der Entrüstung in allen Kreisen, die bisher von der Notgeldausgabe so köstlichen Nutzen gezogen hatten». Mit gutem Grund. «Denn ein Notgeld, welches bei der Reichsbank nicht mehr angenommen wurde, welches nicht mehr im gleichen Wert mit der Papiermark stand und nur noch auf dem Kredit der ausgehenden Firma oder Kommune stand, würde von niemandem mehr angenommen werden» (Schacht).

Hugo Stinnes hatte sich in den kritischen Wochen des Oktober und November 1923 weitgehend dem politischen Standpunkt des Kölner Kreises genähert, um nicht zu sagen: sich mit der Kölner Konzeption identifiziert. Vertrat er auch, so lautet unsere dritte Frage, in währungspolitischer Hinsicht die Auffassung seiner Kölner Gesinnungsfreunde?

Um die Antwort auf diese Frage zu finden, müssen wir – geduldig wie bisher – den Faden der Berichterstattung weiterspinnen. Erinnern wir uns: Schacht hatte das Amt des Währungskommissars übernommen, um die Währungshoheit in die starke Hand einer einzigen Instanz zurückzuführen. Die unkontrollierbare Notgeldausgabe der Gemeinden und Unternehmen musste sofort, radikal und kompromisslos gestoppt werden, wenn das Werk der Stabilisierung gelingen, das aber hiess in dieser Stunde: wenn Reich, Volk und Wirtschaft gerettet werden sollten. Der beharrliche Widerstand der im Kölner Kreis vereinigten Politiker und Unternehmer gegen diese Sofortmassnahmen musste Berlin nicht weniger alarmieren als die Bestrebungen, mit französischer Hilfe eine rheinisch-westfälische Notenbank zu errichten, die im Gebiet ihrer Währungshoheit die Voraussetzung für die Entstehung eines autonomen Rheinstaats bereitstellte; denn die Erkenntnis, dass das Geld nicht immer das Geschöpf des Staates sein muss, sondern dass der Staat sehr wohl auch ein Geschöpf der Geldordnung sein kann – eine Wahrheit, die uns die Geschichte der DMark unvergesslich ins Gedächtnis geprägt hat –, fand nicht nur unter den Franzosen begeisterte Vertreter, sondern hatte auch unter den Deutschen ihre Anhänger.

Schacht eilte deshalb am 25. November nach Köln, um die Widerspenstigen zu zähmen. Mehr als drei Stunden hörte er schweigend zu, wie «alle anwesenden Oberbürgermeister, die Führer der kommunalen Bankeinrichtungen sowie die Vorsitzenden der Handelskammern die Gefahr», die die Stilllegung der hundert- und aberhundert Notgeldpressen heraufbeschwöre, in den düstersten Farben schilderten. Dann redete er: kurz, scharf, arrogant, in eben dem Ton, den die Rheinländer bei einem Mann, den der Himmel nicht schon mit sichtbarem Erfolg gesegnet hatte, als «preussisch» empfanden: «Meine Herren, Sie haben nun drei Stunden auf mich eingeredet.

Ich gebe gern zu, dass Ihnen das Aufhören des Notgelddruckes Unannehmlichkeiten, Verlegenheiten und vielleicht auch Schwierigkeiten macht. Dennoch fällt keins Ihrer Argumente irgendwie ins Gewicht gegenüber der Notwendigkeit, die deutsche Währung wieder zu einer festen Währung zu machen. Ich bedauere, dass so mancher von Ihnen hier Zweifel geäußert hat, ob die Stabilisierung der Mark gelingen werde. Demgegenüber erkläre ich Ihnen, dass die Markstabilisierung erfolgreich durchgeführt werden wird, ohne jede Rücksicht darauf, ob für den Einzelnen hier und da Schwierigkeiten entstehen. Die breite Masse des arbeitenden deutschen Volkes muss wieder durch eine stabile Währung festen Boden unter die Füße bekommen. Infolgedessen schliesse ich unsere heutige Diskussion mit der unwiderruflichen Erklärung ab, dass die Reichsbank bei dem Entschluss, das Notgeld abzulehnen, beharren wird. Sie werden sich wieder daran gewöhnen müssen, Ihren Haushalt mit festen Geldziffern zu führen.»

«Ohne jede Rücksicht ...», «breite Masse des Volks ...», «unwiderrufliche Erklärung», «Sie werden sich daran gewöhnen müssen ...», das war die Sprache, die die Kölner, gewohnt an vertrauten Umgang mit den Wirtschaftsgewaltigsten ihrer Zeit und mit den Vertretern der Siegermächte, am wenigsten von einem hergereisten Berliner zu akzeptieren gewillt waren. Und am allerwenigsten in einer Sache, die zwei Dinge betraf, die ihren Herzen teuer waren: die mühelosen Inflationsgewinne, die sie so gern noch während einer «Übergangszeit» mitnehmen wollten, und die währungs- politische Autonomie, die ihnen auch beim jetzigen Stand der Dinge noch eine Basis zu bieten schien, für die weitergesteckten politischen Ziele zu kämpfen.

Wenn Dr. Schacht gehofft hatte, die Kölner umzustimmen, war seine Mission gescheitert. Die Männer im Gürzenich hatten die schneidende Absage Berlins an ihre Wünsche schweigend zur Kenntnis genommen. Zwar war Dr. Adenauer es, der die Aussprache leitete; aber Schacht nahm als Abgesandter der Reichsregierung das Recht in Anspruch, einfach die Diskussion zu schliessen. «Umso eiliger», berichtet unser Gewährsmann, «förderten sie die Ausführung der von Louis Hagen vorgelegten Entwürfe; am folgenden Tag schon schloss sich die Städtevereinigung den Gedankengängen ihres Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer an. Am 1. Dezember», fährt Wentzke fort, «meldete der französische Oberkommissar Paul Tirard aus einer Sitzung in Bonn ein vollständiges Einvernehmen nach Paris. Koblenz war zum Sitz der Bankverwaltung bestimmt, Köln und Düsseldorf sollten Hauptgeschäftsstellen erhalten. Als Zahlungsmittel sahen die Satzungen der Rheinisch-Westfälischen Notenbank die «Rheinmark» in Münzen und Banknoten, für deren künstlerisch ausgeführte Entwürfe bereits ein fester Druckauftrag ausgegeben war, im Werte eines Zehnteldollar vor. Für das Anlagekapital sollten zu gleichen Teilen eine deutsche und eine ausländische Gruppe eintreten, die Übertragung deutscher Anteile an Fremde war ausdrücklich untersagt. Darüber hinaus setzten die deutschen Vertreter die Zusicherung durch, dass mit der Genehmigung der Goldnotenbank durch die Reichsregierung die Durchführung des

Rentenbankgesetzes im besetzten Gebiete ermöglicht und die Ausgabe von wertbeständigem deutschen Notgeld durch die rheinischen und westfälischen Städte genehmigt würde. Unter dem wachsenden Druck, der vor allem die grösseren Gemeinden, die grösseren Werke und nicht zuletzt die Banken ungeheuer belastete, galt der Abschluss mit den Einbruchmächten zum mindesten als erträglich; weit enger jedoch als bei den Wirtschaftsverhandlungen der Micum und des Rheinlandausschusses war die Währungsfrage innerlich mit den politischen Ansprüchen verkettet, die die Besatzung aufrechterhielt und verschärfte! Die französischen Unterhändler forderten 30 Prozent der Gesamtbeteiligung und sahen je zehn weitere Hundertteile für Belgien und für «neutrale» Banken vor. Da sich die britische Regierung zurückhielt und die ganze Gründung als Unterstützung des Separatismus bezeichnete, die Ausführung jedes Unternehmens aber Dreiviertel-Mehrheit voraussetzte, war auf alle Fälle kein Beschluss ohne Zustimmung der Franzosen möglich. Zum mindesten dem Sinne nach hob die neue Fassung der Satzungen die wesentlichsten Vorbedingungen für die frühere Zustimmung des Rheinischen Provinziallandtags auf. Vor allem erreichte die Zertrümmerung der deutschen Währungseinheit eines der wichtigsten Ziele der allgemeinen französischen Rheinpolitik, die ihr noch zuletzt Adrian Daric und Maurice Barres als Voraussetzung für die dauernde Schutzherrschaft gesetzt hatten. Mit unverhohlener Freude sah die Pariser Presse in der Begründung der neuen Anstalt «den sichersten Anfang zur Gründung eines autonomen rheinischen Staates», der alle Ansprüche der Dritten Republik befriedigen werde!

Bei aller ehrlichen Überzeugung der Männer, die damals einen «Bundesstaat» zur Wiederherstellung der Verwaltung, eine Goldnotenbank zur Sicherung der Währung erstrebten, um in diesem neuen Rahmen Wirtschaft und Verkehr ihre alte Bedeutung zurückzugeben, bargen beide Pläne schwerste Gefahren für die deutsche Stellung der Lande an Rhein und Ruhr und gleichzeitig für die Erhaltung des Reiches. Besten Falles musste es Monate dauern, bis die «Rheinmark» als Zahlungsmittel Erleichterung in den abgedrosselten Geldverkehr bringen konnte.»

Wenn sich die Kölner auch über Schachts schneidiges Auftreten geärgert hatten, das einer Entweihung des Gürzenich gefährlich nahekam, hatten sie sich doch wohl nicht allzuviel aus seinem Auftreten gemacht. Berlin war weit weg, Koblenz, Hauptstadt der Rheinprovinz und Sitz der französischen Rheinlandkommission, lag nahe. Am gleichen Tag, als Tirard nach Paris melden konnte, dass nicht nur nicht alles verloren, sondern im Gegenteil noch alles zu gewinnen sei, wenn man die währungspolitischen Bestrebungen geschickt zu nützen verstünde, taten «die bedeutenderen Städte» einen weiteren Schritt, um «zu stärkerem Einfluss» auch auf dem Gebiet der Hoheitsverwaltung zu gelangen. Der losen Arbeitsgemeinschaft zwischen den linksrheinischen Landschaften und dem eigentlichen Industrierevier folgte am 1. Dezember ein strafferer Zusammenschluss aller «Städte und Landkreise der besetzten Gebiete»; unter dem Vorsitz der Vertreter von Köln (Adenauer), Krefeld (Johansen),

Mainz (Beigeordneter Erhardt) und Dortmund (Bürgermeister Fischer) nahm man im Anschluss an *frühere* Vorschläge der Reichsregierung die Ausgabe eines gemeinsamen wertbeständigen Notgeldes in Aussicht und trat zu dem Zweck mit dem zuständigen Sonderausschuss (comite monetaire) der Rheinlandkommission in Verbindung.»

Mochte Berlin sich den berechtigten Notgeldwünschen der Rheinlandpolitiker versagen, Paris hatte ein Herz und Verständnis für das besetzte Gebiet, das zugleich die industrielle Kernlandschaft Deutschlands war: das wirtschaftliche Hoheitsgebiet der Schwerindustrie, deren durch den Erfolg geadelter Führer Hugo Stinnes, Seite an Seite mit Louis Hagen und Adenauer, den Kampf für die besonderen Belange des Rheinlandes führte. Selbst die Dortmunder *Tremonia* (Zentrum) im «sonst so staatsstreuen Westfalen» akklamierte der Entschlussfreudigkeit der Gemeindevertreter, die «in den Nachkriegsjahren und während des passiven Widerstands, nicht zuletzt in den Wochen der Separatistenzeit die leider nur zu häufig verfehlte Reichspolitik ausbaden mussten».

In unbegreiflichem Starrsinn hielten sich nur die Freien Gewerkschaften abseits, deren Wortführer, der Düsseldorfer Heinrich Meyer, den «einzigem Ausgleich» darin erblickte, «dass in diesem verhängnisvollen Zwiespalt gerade die Sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften die *Einheit* aller besetzten Gebiete betonen und sich der Einführung der rein kapitalistischen Geldnotenbank, deren Zahlungsmittel der Volksmund nach dem Vornamen des Anregers den Louis d'or Hagens nannte, widersetzen müssten» (P. Wentzcke).

Konrad Adenauer und Hugo Stinnes kennen wir; wer war denn nun aber Louis Hagen, die mysteriöse Schlüsselfigur, die immer wieder im Zusammenhang mit dem Gedanken der währungs- und staatspolitischen Autonomie der Rheinländer genannt wurde?

Louis Hagen war (1855) als Sohn und Enkel Kölner Bankiers zur Welt gekommen, die noch auf den Namen Levy gehört hatten. Aus der jüdischen Tradition brach er aus; dem ererbten Beruf blieb er treu. Der junge Mann, der dem Gesetz und den Propheten den Rücken kehrte, nannte sich Hagen. Der Nibelungenschatz aber, dessen Geheimnis der neue Tronjer hütete, lag nicht auf dem Boden des Rheins, umspielt von den fischschwänzigen Töchtern des Flussgotts, sondern ein Stück uferaufwärts in Köln, am Wallrafplatz 9 und in der Grossen Budengasse 8-10, wo das väterliche Bankhaus betrieben wurde und die Freiherrn von Oppenheim ihren Geschäften nachgingen.

Als der Vater 1873 das Zeitliche gesegnet hatte, war der achtzehnjährige Louis in das ererbte Geschäft getreten, ohne jedoch seine Ausbildung zu unterbrechen, die ihn für ein Jahr an die Handelshochschule Antwerpen geführt hatte – wo auch August Thyssen wenige Jahre zuvor sein kaufmännisches Grundwissen erworben hatte – und die er, als Schüler Jacob Landaus, an einer Berliner Bank abrundete. Schon fünf Jahre darauf finden wir den Dreiundzwanzigjährigen unter den Inhabern des altberühmten Kölner Bankhauses, Sal. Oppenheim jr. & Cie; umgekehrt trat Waldemar Freiherr von Oppenheim später als Teilhaber in die Firma A. Levy, Bankgeschäft, ein.

Politisch bekannte sich Hagen, der eine Tochter des Solinger Stahlwaren- und Waffenfabrikanten Cappel heimgeführt hatte, vor dem Weltkrieg zur national-liberalen Richtung, die Bismarck- und Kaisertroue, gemildert durch einen Schuss alldeutschen Expansionsstrebens, mit den Idealen der Paulskirche zu vereinigen trachtete; als er dann aber, und zwar so erfolgreich, zum Katholizismus übergetreten war, dass der Papst ihn zum Grosskontur des Silvesterordens erhob, wurde Louis Hagen, seit 1909 liberales Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, im Jahre 1919 als Zentrumsvertreter in die ehrwürdige Körperschaft der Kölner Stadtväter gewählt: Seine Mitbürger brachten damit nur zum Ausdruck, dass und wie sehr sie den weitläufigen Tatsachensinn des Bankmanns schätzten, der nicht wie der grimme Hagen seine Nibelungentreue dadurch bewährte, dass er den armen Kaplan ins Wasser stiess und noch mit dem Ruder nach ihm schlug, um nur ja seine königlichen Herrn in den Tod führen und an ihrer Seite sterben zu können.

Waffen, freilich, die mussten sein, nicht nur solche, die der Schwiegervater in Solingen gefertigt hatte, Jagdflinten, Mensurschläger und stehende Messer, sondern moderne Vernichtungsmittel, die das Kanonenfutter kompanie- und regimentsweise frassen. Dieser Erkenntnis verdankte er die Freundschaft des Geheimen Kommerzienrats J. N. Heidemann, der schon als junger Mann (1873) der von ihm geleiteten Pulverfabrik L. Ritter in Hamm a.d.Sieg achtzehn andere Pulverfabriken angeschlossen und dadurch die «Vereinigten Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken» in Köln geschaffen hatte, die 1890 mit der Pulverfabrik Rottweil zur «Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG» verschmolzen wurde. Andererseits verdankte der junge Hagen der Freundschaft Heidemanns, dass er in die Reihe der Grossaktionäre bei Köln-Rottweil einrücken und aus dieser Position heraus hervorragenden Anteil an der Schaffung des Generalkartells der Pulver- und Sprengstoff-Industrie nehmen konnte.

«Konzentration» war die Losung, der Hagen zeit seines Lebens folgte: Auf seine Initiative ging der Zusammenschluss der Wissener Bergwerke und Hütten mit den Gebr. van der Zypen zu der Vereinigte Stahlwerke van der Zypen & Wissener Eisenhütten AG zurück; er war massgeblich beteiligt an der Fusion der Vereinigungsgesellschaft des Steinkohlenausbaus im Wurmrevier mit dem Eschweiler Bergwerksverein, den er später der Luxemburgischen Arbed zuführte; er brachte die Angliederung der aus der Cloutschen Fabrik hervorgegangenen Land- und Seekabelwerke AG mit der Felten & Guillaume Carlswerk AG und deren Verbindung mit der AEG zuwege; er stellte die Interessengemeinschaft des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins mit der Dresdner Bank her und nach deren Auflösung die Angliederung des Bankvereins an die Disconto-Gesellschaft; er sorgte für die Überführung der Kölner Maschinenbau-Anstalt an die Berlin-Anhalter Maschinenfabrik; durch seine Vermittlung kam die Überführung der Kali-Gewerkschaft Hercynia in den Besitz des Preussischen Fiskus zustande; auf ihn geht auch die Vereinigung des Hörder Bergwerks- und Hüt-

tenvereins mit der Phoenix AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb und die spätere Angliederung der Zechen Nordstern und Zollverein zurück.

Kurzum, er war ein industrieller Ehestifter ohnegleichen; ein Meister der unternehmerischen Kombinatorik; ein vom Erfolg förmlich heimgesuchter Spekulant, dem das Volk der kleinen Börsenspieler gespannt auf die Hände sah, um an seinem Glück teilzuhaben.

Er wusste viel von den personalen Zusammenhängen, den Schwierigkeiten, Bestrebungen und Hoffnungen der westdeutschen Grossunternehmen: soviel wie nur ein Grossaktionär wissen kann, der überdies das Privileg genießt, von seiner kreditsuchenden Klientel mit Nachrichten versorgt zu werden. Eben darum war er eifrig darauf bedacht, die misera plebs der Kleinaktionäre von jeglichem Mitwissen auszuschliessen und die Vertreter der öffentlichen Meinung mit allgemeinen Redensarten abzuspeisen.

Es war ihm leicht gemacht, den Nibelungenhort seines Wissens in der tiefsten Brust zu bewahren und von den Prozenten des Schatzes zu leben. Denn, wie es in einem Nachruf auf den im Oktober 1932 Verstorbenen heisst: «... intelligenter als die meisten Rhein-Ruhr-Granden brachte er es dahin, als der gewiegteste und entschiedenste Interessenwahrer in allen komplizierten Fällen betrachtet zu werden, und schliesslich wurde es zur Tradition, dass die Ruhrindustrie in alle wichtigen Gremien zunächst einmal ganz selbstverständlich Herrn Hagen entsandte, in allen wichtigen Verhandlungen ihm ihre Vertretung übertrug.» «Eine Biographie Louis Hagens», heisst es weiter von diesem Mann, der auf der Höhe seines Schaffens als Vorsitzender oder Mitglied in mehr als neunzig Aufsichtsräten sass, «würde so geradezu mit einer Geschichte der Rhein-Ruhr-Industrie in den letzten zwei, drei Jahrzehnten identisch werden». Nur müsste diese Biographie – durch die und um die die Kölner Universität sich ein unvergängliches Verdienst erwerben könnte – nicht nur die unternehmerischen Grosstaten, sondern auch das öffentliche Wirken Louis Hagens zum Gegenstand nehmen.

Es begann, wie üblich, damit, dass Louis Hagen im Jahre 1906, bereits einundfünfzigjährig, Mitglied der Kölner Industrie- und Handelskammer wurde. Von 1912 bis 1915 bekleidete er den Posten des stellvertretenden Kammerpräsidenten, um dann als Nachfolger des Kommerzienrats Dr. J. Neven Du Mont ins Amt des Präsidenten einzurücken und, nun auch schon Geheimer Kommerzienrat, wieder und wieder gewählt zu werden.

Die Wendung zur Politik war schon damit geschehen, dass Hagen 1909 als Liberaler ins Stadtparlament einzog; mit der «grossen Politik» aber kam er während des Krieges in Berührung, da der Handelskammerpräsident zugleich das Amt eines «Festungsdelegierten» versah, d.h. die Interessen der Wirtschaft gegenüber dem Festungskommandanten zu vertreten hatte, der sich natürlich nur von militärischen Gesichtspunkten leiten liess.

Die grosse Zeit des Vertrauensmanns und commis conseiller der Rhein-Ruhr-Industrie aber kam nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs: Gleich Ende 1918 führte Louis Hagen die Vertreter der Kölner Behörden und der Wirtschaft zu vertrau-

lichen Vollversammlungen der Handelskammer zusammen; 1919 gründete er die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des besetzten Gebiets; 1920 erfolgte die Zusammenfassung von Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern mit den Verbänden der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zu einem «Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet», als dessen Gründer und Führer er legitimiert schien, «in enger Fühlung mit den Staats- und Reichsbehörden» die wirtschaftlichen Interessen des besetzten Gebiets bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen wie bei der Vorbereitung der grossen internationalen Konferenzen zu vertreten.

Dass ein Mann dieses Status für die Schaffung des Rheinstaats, mindestens aber für die währungspolitische Autonomie der Rheinlande mit einer auf dem französischen Franc basierten «Rheinmark»-Währung eintrat, bedeutete also schon etwas. Auch der Umstand, dass er gegen die von der Reichsregierung eingeleitete Währungsstabilisierung Sturm lief und noch Mitte Dezember 1923, fast vier Wochen nachdem es gelungen war, den Wert der Mark zu fixieren, in aller Öffentlichkeit erklärte: «dass es den Bemühungen der Reichsregierung in absehbarer Zeit nicht gelingen werde, für das ganze Reich eine stabile Währung zu schaffen, weil die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik seit Jahren diesem Ziel widerstrebe» – auch Infamien dieser Art, kaltblütig-egozentrische Sabotagehandlungen gegen Reich und Volk, hätten die Öffentlichkeit alarmieren sollen.

Natürlich geschah nichts dergleichen. Es hatte jeder zuviel mit sich selbst zu tun, um zu erkennen, wohinaus eigentlich Louis Hagen wollte. Obwohl man gewohnt war, mit zwölf, und dreizehnstelligen Zahlen zu rechnen, war doch in jenen Monaten und Wochen, als sich die Welle der Inflation überschlug, die Kaufkraft des umlaufenden Geldes lächerlich gering. Das zeigt sich an folgendem Beispiel: Die Marburger Studenten zahlten im Sommer und Herbst des Jahres 1923 für ihr möbliertes Zimmer in der Woche ein Brot – entweder in natura oder in Geld: Anfang November 77 Milliarden, am 14. November etwa 230, am 15. schon 460 und vom 20. ab 770 Milliarden Mark. Mit einem Dollar also konnte man die Miete für fünfeinhalb Wochen bezahlen, und ein weiterer Dollar genügte, das Mittagessen in der Mensa – «Kartoffeln können nachgeholt werden» – mindestens einen Monat lang zu finanzieren. Man muss einmal bedenken, dass am 15. November 1923 an Reichsbanknoten 93 Trillionen Mark im Umlauf waren. Eine staunenerregende Zahl, weiss Gott. Tatsächlich aber nur der Gegenwert von, sage und schreibe, 155'000 Goldmark – soviel wie heute ein Haus mit fünfzehn Zimmern kostet. Und wenn gleichzeitig auch das sechs- bis siebenfache an Notgeld umlief, zu schweigen von den bis zur Unkenntlichkeit abgegriffenen Briefmarken, den kleinen Stücken der Reichsgoldanleihe und was sonst dazu herhalten musste, als Zahlungsmittel zu dienen, wäre doch mindestens das Tausendfache nötig gewesen, um den Zahlungsmittelbedarf zu decken. Nur die phantastische Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, der Umstand, dass niemand sein Bargeld auch nur eine Minute länger in der Tasche behielt, als er brauchte, um zum nächsten Laden oder zu

einer der zahllosen Kneipen und Strassenecken zu kommen, wo der Schwarzmarkt blühte, brachte einen gewissen Ausgleich. Mit dem Erfolg allerdings, dass dann das Geld weg war und der Glückliche, der am Mittag ein paar Schuhsohlen eingehandelt hatte, am Abend in die Lage kommen konnte, die Sohlen und die Schuhe dazu unter den Arm zu nehmen, um sie dem gleichen Schwarzhändler zum gleichen Preis zu verkaufen, den er sechs Stunden vorher allein für die Sohlen gezahlt hatte.

Notierung der Goldmark an der Kölner Börse und in Berlin (= Dollarkurs der Papiermark dividiert durch 4,2)

	Köln	Berlin		Köln	Berlin
5. November ...	2,38 Bill.	0,10 Bill.	26. November ...	2,74 Bill.	1,00 Bill.
6. November ...	2,62 Bill.	0,10 Bill.	27. November ...	2,45 Bill.	1,00 Bill.
7. November, ...	1,43 Bill.	0,1 f Bill.	28. November ...	2,19 Bill.	1,00 Bill.
8. November ...	0,71 Bill.	0,1 f Bill.	29. November ...	2,02 Bill.	1,00 Bill.
9. November ...	1,43 Bill.	0,1 f Bill.	30. November ...	1,90 Bill.	1,00 Bill.
10. November ...	0,83 Bill.	0,ff Bill.	1. Dezember ...	1,64 Bill.	1,00 Bill.
12. November ...	0,95 Bill.	0,1 f Bill.	5. Dezember ...	1,21 Bill.	1,00 Bill.
13. November ...	0,71 Bill.	0,20 Bill.	4. Dezember ...	1,21 Bill.	1,00 Bill.
14. November ...	1,67 Bill.	0,30 Bill.	5. Dezember ...	1,26 Bill.	1,00 Bill.
15. November ...	1,19 Bill.	0,60 Bill.	6. Dezember ...	1,14 Bill.	1,00 Bill.
16. November ...	1,43 Bill.	0,60 Bill.	7. Dezember ...	1,10 Bill.	1,00 Bill.
17. November ...	1,55 Bill.	0,60 Bill.	8. Dezember ...	1,05 Bill.	1,00 Bill.
19. November ...	2,02 Bill.	0,60 Bill.	10. Dezember ...	1,05 Bill.	1,00 Bill.
20. November ...	2,74 Bill.	1,00 Bill.	11. Dezember ...	0,99 Bill.	1,00 Bill.
22. November ...	2,38 Bill.	1,00 Bill.	12. Dezember ...	0,99 Bill.	1,00 Bill.
25. November ...	2,86 Bill.	1,00 Bill.	13. Dezember ...	1,05 Bill.	1,00 Bill.
24. November ...	2,50 Bill.	1,00 Bill.	14. Dezember ...	1,05 Bill.	1,00 Bill.

Vielleicht war der Geldbriefträger oder ein Kunde mit der fälligen Zahlung nicht gekommen, vielleicht hatte die Bank kein Bargeld mehr oder der Bote nicht genügend Waschkörbe für den Geldtransport gehabt, so dass die erwartete Lohnzahlung ausgeblieben war, die in der letzten Phase der Inflation mehrmals in der Woche, in manchen Betrieben sogar täglich erfolgte, und folglich war kein Geld für Brot und Kartoffeln mehr im Haus; also zurück zum Schwarzen Markt: der Schwarzhändler war in jedem Fall der Stärkere, entweder weil man seine Ware oder weil man sein Geld brauchte.

Dass unter diesen Umständen die wenigsten sich darüber den Kopf zerbrachen, was es mit Louis Hagens Rheinstate- und Rheinmark-Propaganda auf sich hatte, welche unmittelbare Wirkungen sie zeitigte und welchen ferngesteckten Zielen sie nachstrebte, versteht sich von selbst.

Nur die Spekulanten an den grauen und schwarzen Devisenmärkten des besetzten Gebiets konnten es nicht lassen, auf den grossen Protagonisten des Börsenspiels zu blicken. In der Woche vom 5. bis 10. November war die «Goldmark», umgerechnet

über den Dollarkurs, fünf-, sechs- bis vierundzwanzigmal, im Durchschnitt knapp zwölfmal so teuer wie in Berlin; in der darauffolgenden Woche (12.-17. November) verringerte sich das Missverhältnis so weit, dass man in Köln «nur» noch zwei- bis etwa fünfmal, durchschnittlich aber gut dreimal soviel für die Goldmark zahlte wie in der Reichshauptstadt; in der nächsten Zeit ging die Überbewertung in Köln weiter zurück. Seit dem 20. November war die Mark im unbesetzten Gebiet stabil; die Berliner Notierung lautete, solange man überhaupt noch mit der «Papiermark», der Mark alten Stils, zu tun hatte: 1 «Goldmark» = 1 Billion Papiermark. In Köln dagegen galt die Goldmark im Durchschnitt der Woche vom 19. bis zum 24. November = 2,50 Billionen; im Durchschnitt der nächsten Woche (26. November bis 1. Dezember) auch noch = 2,16 Billionen Papiermark. Dann aber tat sie einen tiefen Sturz, der vielen Spekulanten, die auf das Wort Louis Hagens geschworen und à la baisse spekuliert hatten, den Hals brach: die Bewertung der Goldmark sank in der Woche vom 3. bis zum 8. Dezember auf 1,16 Billionen, in der darauffolgenden Woche (10.-14. Dezember) auf 1,03 Billionen Papiermark.

Der Louis aus der Grossen Budengasse aber schwor, dass das alles eitler Trug sei, dass die Stabilisierung, die schon gelungen war, nicht gelingen könne, da Währungsstabilität der seit Jahren vom Reich geübten Wirtschaftspolitik Widerstreite.

In diesem Falscheid steckte, wie so oft, ein Korn Wahrheit.

Solange die Substanz des Mittelstands und der werktätigen Schichten, d.h. aller derer, die auf ein Geldeinkommen aus Arbeit oder Rente angewiesen waren, noch nicht restlos aufgezehrt war; solange es noch Narren gab, die, nach dem Vorbild der höchsten Gerichte, Mark gleich Mark setzend, ihre Eigentumstitel, Aktien, Geschäftsanteile, Fabriken, Häuser, Ländereien, Schmuck usw. gegen Papiergeld verkauften; solange die Reichsbank noch die Papiermarkwechsel der Industrie honorierte, die drei Monate später für einen winzigen Bruchteil des hingegebenen Werts eingelöst wurden; solange die Einkommen-, Umsatz- und Vermögenssteuer, die Zölle usw. nach Indexzahlen berechnet wurden, die weit, weit hinter der Entwertung zurückblieben, während allerdings die Lohnsteuern gleich abgezogen wurden: solange die grossen Nutzniesser der Inflation der Reichsregierung ihren Willen aufzwingen konnten und es ihnen noch sinnvoll erschien, mit Stinnes und Helfferich die These zu vertreten, dass erst die Wirtschaft gesunden müsse, ehe die Währung wiederhergestellt werden könne, widerstrebte die Wirtschaftspolitik des Reiches in der Tat dem Ziele der Stabilisierung.

Aber damit war es nun vorbei. Deshalb Hagens hinterhältige Angriffe auf die Stabilisierung. Deshalb die verzweifelten Versuche des commis conseiller der Schwerindustrie, Rheinland-Westfalen wenn nicht aus dem Reichsverband, doch mindestens aus der Währungsordnung des Reiches herauszulösen. Deshalb noch bis zum Ende des Jahres seine Reisen zur Rheinlandkommission in Koblenz, von deren letzter er mit der Nachricht heimkam, «dass die französisch-belgischen Banken selbständig

vorgehen würden, falls sich Deutschland nicht füge – nicht in die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Notenbank füge», sollte das heissen, die selbstverständlich unter französischem Einfluss stehen werde.

Aber, wie gesagt, das war nun alles vorbei. Man war hellhörig geworden in Berlin. Anders als Stresemann, der vor dem Chaos verzweifelt war, wichen die führenden Männer, der Reichskanzler Wilhelm Marx, auch er ein Zentrumspolitiker aus Köln, und der preussische Ministerpräsident Otto Braun (SPD), in der Verteidigung der territorialen Unversehrbarkeit des Reiches und Preussens keinen Schritt mehr zurück. Das Halt aber, das sie allen Rhein-Staat-Politikern und allen denen geboten, die immer noch hofften, auf dem Umweg über die Währungsautonomie des Rheinlands wenigstens im Westen die Politik der grosszügigen Kreditgewährung, des leichten Geldes, kurzum der Inflation fortsetzen zu können, verdankt seine Kraft vornehmlich dem Eingreifen von zwei Männern: des Duisburger Oberbürgermeisters Dr. Karl Jares, Peter Klöckners Freund, der in beiden Regierungen des Reichskanzlers Marx (1924) als Vizekanzler und Innenminister amtierte, und des Reichskommissars Dr. Hjalmar Schacht, der nach dem Tode des Reichsbankpräsidenten Ravenstein († 20. November 1923) auch in dessen Amt avanciert war.

Wäre Schacht nicht gewesen, so hätte die Reichsregierung sich am Ende vielleicht doch noch mit einer rheinisch-westfälischen Notenbank, mindestens als einer vorübergehenden Lösung, abgefunden. Aber der kluge Schacht überspielte die Franzosen und den grimmen Hagen, indem er als Notenbankpräsident an die Kollegialität des britischen Notenbankpräsidenten, d.h. des Gouverneurs der Bank von England, Montagu Norman, und als deutscher Politiker an die Gefühle des englischen Staatsmanns appellierte, der die drohende Verschiebung des europäischen Gleichgewichts zugunsten Frankreichs keineswegs gern sah.

Er fuhr Ende Dezember nach London – am Silvesterabend des Jahres 1923 lief sein Zug auf der Londoner Liverpool-Station ein –, um sich der britischen Hilfe für einen eigenen Plan zu versichern, mit dessen Verwirklichung er den Rheinmark-Politikern den Wind aus den Segeln zu nehmen beabsichtigte.

Es war ein wunderbar einfacher Plan.

Der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sollte in der Tat eine eigene Währungsbank zugestanden werden. Aber diese sollte nicht in Düsseldorf, Köln oder Koblenz ihren Sitz haben, zu 50 Prozent den Franzosen gehören und von Louis Hagen in engstem Einvernehmen mit Stinnes und seinen Standesgenossen geführt werden. Vielmehr sollte sie in Berlin domiciliieren, ausschliesslich im Besitz der Reichsbank verbleiben und von ihm, Hjalmar Schacht, geleitet werden. Vorausgesetzt nur, dass die Bank von England der Reichsbank als der Gründerin der projektierten Bank einen Dreijahreskredit von 100 Mill. Mark in Pfund Sterling gewährte.

«Meine Pläne», dozierte Dr. Schacht in der Unterhaltung mit Mr. Norman, «gehen nicht auf eine blossе Kreditgewährung. Ich habe die Absicht, neben der Reichsbank

eine zweite Währungsbank zu errichten, die ganz auf Gold abgestellt ist. Diese Bank soll lediglich Kredite gegen Wechsel geben und vornehmlich denjenigen deutschen Krediten helfen, die das Exportgeschäft wieder aufnehmen können. Lassen Sie mich diese Bank einmal Golddiskontbank nennen.»

«Wer soll die Bank leiten?» fragte Mr. Norman.

Darauf Schacht: «Die Leitung dieser Golddiskontbank wird ausschliesslich in den Händen der Reichsbank liegen.»

«Wer werden die Debitoren der Bank sein?»

«Bei dem Schwergewicht, welches die rheinisch-westfälische Industrie in der deutschen Wirtschaft hat, und nach der schweren Schädigung, die sie durch die Ruhrbesetzung erlitt, werden die Kredite in der Hauptsache in die rheinisch-westfälische Industrie fließen.»

In die Unterhandlungen platzte ein Brief des Präsidenten der Banque de Paris et des Pays Bas, Monsieur Finaly, in der dem Gouverneur der Bank von England mitgeteilt wurde, «dass ein französisches Bankenconsortium gemeinsam mit einer Gruppe rheinischer Bankiers und mit Zustimmung der Reichsregierung beabsichtige, eine eigene Notenbank im Rheinland zu errichten, die von der Reichsbank unabhängig ihre eigenen Noten herausgeben solle». Montagu Norman wurde gebeten, Monsieur Finaly «einige Londoner Banken zu benennen, die bereit sein würden, sich diesem rheinisch-französischen Bankenconsortium anzuschließen.»

Montagu Norman bedauerte, die Bitte des Pariser Bankiers abschlägig bescheiden zu müssen, da, wie er schrieb, die Bank von England hinsichtlich der geplanten rheinischen Notenbank nicht so sehr auf die Zustimmung der Reichsregierung als vielmehr auf die Meinung der Reichsbank Gewicht lege. In dieser Hinsicht nun habe er Grund zu der Annahme, dass die Reichsbank gegen das Projekt eingestellt sei. Infolgedessen bedaure er usw.

Mit der Kreditzusage der Bank von England und dem Wort ihres Gouverneurs, dank seiner Empfehlung habe eine Gruppe Londoner Bankiers sich bereit gefunden, «einige hundert Mill. Mark Wechsel, die das Giro der Golddiskontbank tragen, her einzunehmen», so dass Schacht «insgesamt mit einer halben Milliarde Betriebskapital» für seine Golddiskontbank rechnen könne, fuhr der agile Reichsbankpräsident nach Hause.

Jetzt brauchte er nur noch die Bank zu gründen, um Louis Hagen und Hugo Stinnes mit ihren rheinischen Währungsplänen mattzusetzen, kalkulierte Dr. Schacht, als er am frühen Wintermorgen in den Wagen der Bank von England stieg, der ihn zum Bahnhof brachte.

Aber so schnell, wie er gedacht hatte, ging das doch nicht vonstatten.

«Wenn ich geglaubt hatte», berichtet er in seinen Erinnerungen, «dass die Errichtung der Golddiskontbank zu Hause eine leichte Sache sein würde, so sah ich mich gründlich getäuscht. Die Gegnerschaft kam zuerst von der Seite der rheinischen Wirtschaft, die ihre Notenbank durchdrücken wollte und selbstverständlich im Reichsbankpräsidenten einen Gegner witterte. Hugo Stinnes verstieg sich im Laufe der

nächsten Tage zu der Mitteilung an die Reichsregierung, dass die rheinische Wirtschaft es ablehnen müsse, mit mir weiter zu verhandeln.»

Sie verhandelte dann aber doch mit der Reichsregierung und Schacht, wobei sie sich auf den Standpunkt stellte: «Die Reichsregierung ist bisher leider nicht in der Lage gewesen, uns Hilfe zu geben. Unsere Selbsthilfe kann nur mit Unterstützung französischen Kapitals vor sich gehen», womit gesagt war, dass der Kreis um Louis Hagen und Stinnes nach wie vor auf ihrer rheinischen Notenbank bestanden.

Jetzt erst rückte Schacht mit seinem eigenen Plan heraus.

Man bestritt ihm die Möglichkeit, das erforderliche Kapital, d.h. die 100 Millionen Reichsmark zu beschaffen, die neben dem in gleicher Höhe zugesagten britischen Kredit, in Deutschland aufgebracht werden mussten.

Da sich Schacht aber dem Reichskanzler gegenüber «für die Beschaffung der hundert Millionen stark» machte, entschied Wilhelm Marx: «Unter diesen Umständen, meine Herren, werden Sie es verstehen, dass gegenüber der Verantwortung, die der Herr Reichsbankpräsident damit übernommen hat, die Regierung es nicht verantworten kann, Ihnen die Genehmigung der rheinischen Notenbank auszufertigen.»

«Die rheinischen Herren», erinnert sich Schacht, «gaben ihrem Missvergnügen und ihrer Enttäuschung geziemend Ausdruck und entfernten sich.»

Der Chronist des «Ruhrkampfes» aber berichtet kurz und bündig über die Vorgänge: «Eine persönliche Aussprache mit der Reichsregierung, in der Louis Hagen und Hugo Stinnes noch einmal unter dem Druck der Micumverträge die Durchführung (ihrer Währungspläne, der Autor) erzwingen wollten, endete Anfang Januar zunächst auf dem währungspolitischen Gebiet mit dem Rückzug der rheinischen Sonderbestrebungen. Endgültig gaben die grossen Kölner Finanzmänner den Entwurf, um dessen Erfüllung sie monatelang mit Erbitterung gekämpft hatten, erst vier Wochen später auf! Zugleich verschwanden die letzten Schatten einer «politischen Neugestaltung der besetzten Gebiete, die sich ebenfalls nach dem Umschwung vom Ende November 1923 in der preussischen Rheinprovinz gehalten hatten.»

Im Wirbel der Ereignisse, von denen in jenen Monaten der deutsche Westen widerhallte, treten die Persönlichkeiten scharf umrissen hervor: Der Oberbürgermeister von Köln, einer der führenden Finanzmänner der Stadt und des Rheinlands und der grösste Konzernmagnat der rheinisch-westfälischen Industrie.

Niemand wird es wagen, Konrad Adenauer, sicherlich dem führenden Geist des vielzitierten Kölner Kreises, andere Beweggründe des politischen Wollens und Handelns zu unterstellen als solche, die seiner hochherzigen Vaterlandsliebe und seiner leidgeprüften Reichstreue entstammten. Wenn seine Konzeption, die nur für den schlimmsten Fall die Trennung des Rheinlands vom Reich vorsah, den Widerhall beim Volk gefunden hätte, auf den der Kölner Kreis vielleicht glaubte rechnen zu können, und vollends wenn sie durch ihre Realisierung legitimiert worden wäre, dürf-

te kein Wort darüber verloren werden. Denn jede politische Idee, die die Weihe ihrer Verwirklichung empfangen hat, ist sakrosankt. Nach dem Grundsatz «Volkes Stimme ist Gottes Stimme». Aber auch als Idee verliert eine politische Konzeption nichts von ihrer Würde, sofern sie einem Motiv entspringt, von dessen untadliger Reinheit die Welt überzeugt ist. Mag die Idee auch abgelehnt werden: die Integrität des Politikers, der sie formulierte, wird dadurch nicht in Zweifel gezogen. Wir haben das eben ja erst anlässlich des Saarstatuts erlebt. Auch hier erwies sich, dass übernationale, völkerverbindende Lösungen territorialer Probleme dem Denken Konrad Adenauers ebenso geläufig sind wie Konzeptionen, die sich im strikt nationalstaatlichem Rahmen halten. Das Saarvolk entschied sich für die nationalstaatliche Lösung, die Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland. Im Ernst aber hat kein Wohlmeinender versucht, dem Kanzler einen Vorwurf daraus zu machen, dass er einen anderen, den europäischen Weg für gangbar gehalten hatte.

Und auch damals, nach der Liquidierung des Ruhrkampfes und der Wiederherstellung von Währung und Wirtschaft, ging er unangefochten seinen Weg weiter: sowohl als Oberbürgermeister von Köln, wie auch als Präsident des preussischen Staatsrats und als Mitglied der Zentrumsparterie, unter deren prominenten Gefolgsleuten Männer wie der Prälat Kaas gerade in der Rheinstaat-Frage nicht immer Adenauers Meinung geteilt hatten.

Anders als Adenauer ist Louis Hagen zu beurteilen. Der Kölner Oberbürgermeister trug die Verantwortung für alle Schichten der seiner Verwaltungskunst anvertrauten Bevölkerung: für die darbende Witwe und die frierende Waise, für den Arbeiter, den Angestellten, den Beamten, den kleinen Geschäftsmann nicht minder als für die Herren und Damen der Kölner Finanzaristokratie, unter denen er Freunde und Gesinnungsgenossen gefunden hatte.

Der Bankier dagegen war der *commis conseiller* – Berater, Vertrauensmann und geschäftlicher Partner – der Grossindustrie, namentlich aber der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Seine Pläne wurden von einem Teil dieser Kreise gebilligt, wenn nicht gar gefördert; zielten sie doch darauf ab, durch die Errichtung eines politisch und wirtschaftlich an Frankreich und Belgien angelehnten Sonderstaates die Last der Reparationsleistungen von den Schultern der Industrie abzuwälzen, ihnen eine Art Steuerparadies zu verschaffen, in dem die Staatsführung weitgehend den Trägern der «vested interests», den Repräsentanten der Wirtschaftsmacht und ihren Vertrauensleuten, überantwortet sein würde; eines Sonderstaates, dessen Bergherren und Hüttenmänner keine Sozialisierung zu fürchten brauchten und dessen Notenbank den besonderen Wünschen der Grundstoffindustrien aufs Liberalste entgegenkommen würde. Was die Schaffung dieses industriellen Rheinburgund für das Reich bedeuten würde, kalkulierte Hagen, nicht ein. Seine Nibelungentreue galt den Freunden und Auftraggebern an Rhein und Ruhr, in deren Aufsichtsräten er sass.

Das alles vergass man, als mit der wertbeständigen Reichsmark, der Arbeitszeitverlängerung, der zweiten Phase der industriellen Konzentration und der Wiederbele-

bung des Kampfs gegen die Weimarer Republik die Welle des grossen Verzeihens über das Land ging. Der Doktor honoris causa der Universitäten Köln und Bonn und Ehrendoktor der Technischen Hochschule Aachen wurde 1925 unter die Ehrenbürger der vaterstädtischen Universität aufgenommen und – *sum cuique*, wie die preussische Losung verlangt – mit dem Ehrenzeichen I. Klasse des Roten Kreuzes ausgezeichnet. Im Übrigen versah der Handelskammerpräsident, Geheime Kommerzienrat und Grosskomtur des Silvesterordens seine vielen Ämter, als sei er niemals nach Koblenz gefahren, um mit Monsieur Tirard von der Rheinlandkommission freundschaftlichen Rat über die Errichtung eines Rheinstaats oder doch mindestens eines rheinischen Währungsinstituts zu pflegen, das mit der währungspolitischen die wirtschaftspolitische Hoheit und so am Ende auch die staatliche Eigenständigkeit der Rheinlande bringen könnte: Louis Hagen also war und blieb Vorstands- und Hauptausschussmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Dachorganisation der Handelskammern, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Preussischen Staatsrats, des Reichseisenbahnrats, des Landeseisenbahnrats Köln und des Ständigen Ausschusses der Deutschen Reichsbahn, des Rheinischen Wasserstrassenbeirats, des Rheinischen Provinziallandtages und, nicht zu vergessen, der Internationalen Handelskammer zu Paris.

Er muss ein Gigant der Arbeit, an intellektueller und physischer Kraft schier ein Atlas gewesen sein, um die Bürde all seiner Ämter und Ehren zu tragen. Doch als er Anfang Oktober 1932 starb, waren nicht alle Nekrologe auf den Ton der Verehrung gestimmt. Der Herausgeber des linksliberalen *Tagebuchs*, das ein halbes Jahr später von den Nazis verboten wurde, erinnerte sich noch sehr gut daran, dass Louis Hagen und Hugo Stinnes im Januar 1924 mit der Drohung, allen Gewalten zum Trotz «die rheinische Währung binnen acht Tagen in Szene» zu setzen, den Berliner Herren die formelle Zusage abnötigten: es sei ja doch vorgesehen, die rheinisch-westfälische Industrie bevorzugt am Kreditverkehr der projektierten Golddiskontbank teilnehmen zu lassen. Wobei der Autor sogar übersah, dass Hagen und Stinnes ihre währungspolitischen Bestrebungen dann noch vier Wochen weiterverfolgten. Jedenfalls beschloss dieser Mann, der nicht wie der finanzgewaltige Bankier zu den schimmernden Scharen der Nibelungen hinübergewechselt, sondern dem Volkstum der Väter treu geblieben war, den Nekrolog auf Louis Hagen mit den bitteren Sätzen:

«Der treue Hagen brachte seine Beute heim, er hatte sich wieder einmal verdient gemacht, und wenn von da an jemand zu behaupten wagt, dass die grossen Geschäftsleute des Rheinlands und Westfalens sich im kritischen Augenblick vielleicht doch nicht so ganz berauschend vaterländisch benommen hätten, wie es ihren früheren und späteren Phrasen entsprach, so ging seine Stimme im patriotischen Toben bezahlter Organe und Parteien unter. Es ist aber nicht gut, dass jede Lehre vergessen wird, besonders nicht in Zeiten wie diese die Lehre, dass nacktste Interessen, nicht edle Wandlungen, die Welt- und Staatsgeschichte regieren. Der Antisemitismus, dessen Propagierung sie finanziert, hat der rheinisch-westfälischen Industrie nicht verboten,

ihre wichtigsten Belange einem Hofjuden anzuvertrauen. Und die vaterländische Begeisterung, deren Verbreitung sie bezahlt, hat sie nicht gehindert, den Hofjuden zu beauftragen, mit der Sprengung der deutschen Einheit zu drohen.»

In dem grossen Spiel, das der Kölner Kreis über die Szene führte, als der Untergang des Reiches in einem Meer von Blut und Elend fast unabwendbar schien, hat Hugo Stinnes keine unbedeutende Rolle gespielt. Gewiss, es wurde erst spät offenbar, dass seine Sympathien sich den Bestrebungen zuneigten, die Rheinlande schlimmstenfalls durch die Lösung vom Reich vor dem Schicksal zu bewahren, dass auch sie in den Mahlstrom des Untergangs gerieten, jedenfalls aber, wenn schon auf die Errichtung eines Rheinstaats verzichtet werden müsste, dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zur währungspolitischen Autonomie zu verhelfen. Doch ob er nun früher oder später zum Kölner Kreis stiess, er brachte die dämonische Autorität des Mannes mit, der aus Krieg und Inflation unermesslichen Profit zu ziehen vermocht hatte, der sich in öffentlicher Reichstags Sitzung (24. November 1922) von dem Abgeordneten Dr. Breitscheid (SPD) sagen lassen musste, er habe «überhaupt die deutsche Volkswirtschaft mit einem Privatgeschäft verwechselt», der noch im Mai 1923 die verzweifelte Marktstützungsaktion der Reichsbank dazu benutzt hatte, die von ihr freigegebenen Devisen billig auf Termin zu kaufen, so dass selbst der ihm gewogene Zentrumsabgeordnete Ersing, wiederum in öffentlicher Reichstags Sitzung, zugeben musste, es könne jedenfalls nicht bestritten werden, «dass Herr Stinnes den Devisenbedarf nicht ausschliesslich für seine Werke, sondern zum erheblichen Teil dafür gebraucht habe, Kohlen für die Reichsbahn zu beschaffen» (7. Juli 1923). (Womit er den gleichen Heiterkeitserfolg erzielte wie jenes Gemeindehaupt, das seine Feststellung, die Hälfte der Gemeindevertreter seien Esel, mit den Worten widerrief, die Hälfte der Gemeindevertreter seien keine Esel.) Dieser Hugo Stinnes also, der noch aus dem Ruhrkampf Gewinn zu schlagen verstand – denn seine Hamburger Schifffahrtsgesellschaft leitete ihre Legitimation, Devisen zu hamstern, ja davon ab, dass sie, solange keine Ruhrkohlen verfügbar waren, englische Kohlen für die Reichsbahn einführen müsse – dieser grossartige Vertreter des Faustrechts gegenüber dem zu Tod ermatteten Reich, der mit dem Franzosen Lubersac ein privates Reparationsabkommen abschloss, «bei dem er sich oder seiner ad hoc zu gründenden Wiederaufbaugesellschaft für jedes auch fremden Fabriken übergebene Lieferungsabkommen eine 6prozentige Vermittlungsgebühr ausbedungen hatte» (F. Pinner), was bei Sachlieferungen in Höhe von 1 Milliarde GMark einem arbeitslosen Gewinn von 60 Mill. GMark entsprochen hätte, wenn das Abkommen durchgeführt worden wäre: dieser von der Aureole des Erfolgs umschimmerte Konzernstifter, der höher als alle anderen gestiegen war, musste den Bestrebungen der Rheinstaat-Politiker eine Vitalität von fast unwiderstehlicher Kraft vermitteln.

Dass sie dennoch scheiterten, lag daran, dass sie das Beharrungsvermögen des Volkes, die Widerstandskraft der bäuerlichen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen, die Reichstreue von Politikern aller Parteien, auch, ja gerade des Zen-

trums und der Deutschen Volkspartei, unterschätzten. «Unter Weinkrämpfen, deren sich auch ein Bismarck nicht geschämt hätte», hatte der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Drängen Dr. Jarres' nachgegeben, die Erwerbslosenunterstützung auch um den Preis im Ruhrgebiet weiterzuzahlen, dass die Währungsstabilisierung verzögert oder gefährdet werden könnte. Luthers Weinkrämpfe, oder vielmehr die Energie des Mannes, der sie hervorrief, des grandseigneurialen, trink- und ehrenfesten Duisburger Oberbürgermeisters und Reichsinnenminister Dr. Jarres waren am Ende stärker als die böse Macht des Erfolges, die Stinnes ausstrahlte.

Am 10. April 1924, zwei Monate nach der Vollendung seines vierundfünfzigsten Jahres, starb Hugo Stinnes an einem verschleppten Gallenleiden. Ein Genie im guten wie im bösen Sinn. Auf der Aktivseite seines Lebens stand die Schaffung des RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk), die dank der glücklichen Verbindung öffentlicher und privater Interessen und Kräfte zustande gekommen war, auf der Passivseite sein verhängnisvolles Wirken im Jahrzehnt 1914-1924, das ihn als grösster Nutzniesser von Krieg und Inflation auswies. Die Errichtung der Siemens-Rheinelschuckert-Union, des riesigen Elektromontankonzerns, der aus der Zusammenführung von Deutsch-Luxemburg und Bochumer Verein mit der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und der Vereinigung dieses Montankomplexes mit dem Siemens-Konzern entstanden war, repräsentierte die grösste unternehmerische Leistung der Ära Stinnes. An der Spitze des vertikal gegliederten Trusts, der von der Kohlen- und Erzförderung bis zur Fertigung des diffizilsten Schwachstromgeräts alle Stufen der Produktion zusammenfasste und natürlich auch mit einer weltumfassenden Vertriebs-Organisation ausgestattet war, standen gleichberechtigt Hugo Stinnes, Emil Kirdorf und Carl Friedrich von Siemens. In diesem Triumvirat war Stinnes die ideenreichste und bei Weitem stärkste Persönlichkeit; kein Zweifel, dass er die Führung an sich gerissen hätte, namentlich wenn es ihm gelungen wäre – und wahrscheinlich wäre es ihm geglückt –, das Unternehmen, das unter den Bedingungen der Inflation zustande gekommen war, in die härtere Zeit der Währungsstabilität hinüberzuführen. Die politischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung wären kaum abzusehen gewesen. Nun Stinnes gestorben war, «zerfiel das aufgeblähte Gebilde unter dem Druck der Goldmarkbilanzen schneller wieder in seine Bestandteile, als es entstanden war» (Georg Siemens). Der Montankomplex aber, die Rheinelschuckert-Union, der Trust, den der im Grunde schöpferischer begabte August Thyssen nicht zu schaffen vermocht hatte, das Werk des «Kaufmanns aus Mülheim», wurde zwei Jahre später der Kern der Vereinigten Stahlwerke.

In der Gedächtnisrede, die Dr. Hugenberg im Bergbau-Verein auf den Verstorbenen hielt, berichtete er, Stinnes habe kurz vor seinem Tode zu ihm gesagt: «Sehen Sie, man hat doch nicht umsonst sein ganzes Leben geschafft; man hat auch nicht nur gearbeitet, um Geld zu verdienen, und wenn es einem gelungen ist, in den kritischen Zeiten Sachwerte anzuhäufen und mit diesem Beispiel vielleicht auch anderen den Weg zu weisen, dass sie ein gleiches taten, und damit einige feste Säulen in Deutsch-

land aufrechterhielten, so hat man es doch schliesslich deshalb getan, um, wenn einmal die Zeit gekommen ist, wenn es sich nicht nur darum handelt, sich von denen, die nicht wissen, worauf es ankommt, die Macht aus der Hand nehmen zu lassen, sondern wenn es sich darum handelt, auf der Grundlage der Einheit des Reiches unseren politischen Aufstieg zu sichern, dann Opfer bringen zu können.»

Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, dass diese Meinungsäusserung tatsächlich geschehen ist; bot sie doch Hugenberg Gelegenheit, seinen grossen Freund als einen Streiter für die Einheit des Reiches zu präsentieren.

Was aber sagt dieses Stinnes-Wort tatsächlich aus?

Er, Stinnes, hat in den kritischen Zeiten Sachwerte angehäuft.

Das heisst zum ersten: die Bedingungen der grossen vaterländischen Krise waren für ihn besonders günstig gewesen, Sachwerte an sich zu bringen;

zum zweiten: die Sachwerte wurden anderen Sachwertbesitzern weggenommen;

zum dritten: um möglichst viele Sachwerte anzuhäufen, musste Stinnes darauf hinwirken, dass die Inflation bis zu dem Zeitpunkt fort dauerte, da es sich nicht mehr lohnte oder politisch nicht mehr tragbar war, die Expropriation der wirtschaftlich Schwächeren fortzusetzen.

Stinnes zielte mit dieser Sachwerthäufung darauf ab, «einige feste Säulen in Deutschland aufrecht zu erhalten, Säulen der Macht, wie er gleich darauf sagt, deren stärkste natürlich er, der grösste Sachwertaufkäufer, sein musste.

Dass Stinnes darauf bedacht war, die «Einheit des Reiches» zu retten, istbarer Unsinn: Er gab sie preis in der schwersten Stunde des Reiches, um nicht die Folgen der Inflationspolitik mittragen zu müssen, die er sehenden Auges und mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft getrieben hatte. Im Übrigen aber trifft das Stinnes-Wort zu, und man muss sich nur fragen, wer eigentlich der Naivere war: der Kaufmann aus Mülheim, der sich mit der egozentrischen Weltblindheit eines Vierjährigen gründlicher entlarvte, als der sachkundigste Gegner es vermocht hätte, oder der Presselord, für den alles wohlgetan war, was der grosse Stinnes angerichtet hatte, und alles zur Verteidigung des Inflationsgewinners geeignet, was dieser zur Rechtfertigung seiner Raubzüge Vorbringen mochte.

Als Stinnes starb, umfasste sein Konzern 1'664 selbständige Unternehmungen und selbständige Teilbetriebe sowie 2'890 Betriebsanlagen und unselbständige Teilbetriebe, insgesamt also 4'554 Einheiten, von denen nicht weniger als 572 – darunter 20 Steinkohlenbergwerke und -felder, 7 Ölfelder und -fabriken, 29 Hüttenwerke, 80 elektrotechnische Fabriken, 10 Bahnen und 9 Reedereien – auf das Ausland entfielen. Insgesamt besass Stinnes 39 Zeitungs- und Buchverlage, davon 8 in Österreich, 5 in Ungarn und 1 in der Schweiz. Er besass Wälder, Sägewerke und landwirtschaftliche Güter, Baumwoll- und Kokosplantagen, chemische Fabriken, Papier-, Zucker- und Schuhfabriken, Werften und Schifffahrtslinien, 57 Banken, Holding- und Versicherungsgesellschaften und 389 Handelsunternehmen, von denen zwei Drittel im Ausland arbeiteten.

Als Alleinerbin dieses Vermögens, das kein Einzelner mehr zu übersehen und nach den Grundsätzen sorgfältiger Kaufmannschaft zu leiten vermochte, setzte er seine Gattin ein. Nicht nur, wie von der vielstimmigen Pressekritik vermerkt wurde, um die Erbschaftssteuer zu sparen – auch deshalb natürlich –, sondern letzten Endes, weil Frau Cläre Stinnes ein Mensch von hohen wirtschaftlichen Tugenden war.

Auch Frau Cläre entstammte einem Haus von alter kaufmännischer Tradition: Ihr Grossvater H.H. von Eicken, war Gründer und Inhaber eines Handelshauses am La Plata gewesen, ehe er zum Präsidenten der Handelskammer Mülheim-Ruhr gewählt wurde; ihr Vater, der ehrenamtliche österreichische Konsul Edmund Wagenknecht, hatte sich die Kenntnis von Land und Leuten Uruguays als Chef des weltbekannten Export- und Importhauses Mellmann & Co geholt, führte dann aber die schwiegerväterliche Firma in Montevideo unter dem eigenen Namen weiter. In Montevideo wurde Cläre – damals noch Clara – Wagenknecht am 26. November 1872 geboren; die väterliche Firma, E. Wagenknecht & Cie, ging später in den Besitz des Stinnes-Konzerns über, der in Montevideo auch noch das Handelsgeschäft Eugenio Bartl & Cia besass.

Die weitgereiste und weltgewandte Tochter und Enkelin deutscher Kaufleute, die die Enge der rheinischen Heimat und die sorgfältig vorbedachten Untertanenpflichten preussischer Staatsbürger hinter sich gelassen hatten, wurde dem assyrierbärtigen Konzernfürsten eine kongeniale Gattin: Sie beschränkte ihr Interesse nicht auf die Wohltätigkeitsbestrebungen des Hauses Stinnes – das hätte ihre urwüchsige Kraft, wie man heute zu sagen pflegt, nicht ausgelastet –, sie las die Geschäftskorrespondenz des Gatten, die Bilanzen seiner Unternehmungen und die Berichte der Vertreter in aller Welt mit der grössten Anteilnahme; sie beriet ihren Mann in allen wirtschaftlichen und politischen Fragen und galt ihm besonders als Menschenkennerin von hohen Graden, die oft in personalpolitischer Hinsicht die letzte Entscheidung fällte. Ihren Kindern gegenüber scheint die Universalerin sich freilich nicht sogleich mit derselben Autorität durchgesetzt zu haben, die der Vater besessen hatte.

Die Kinder Hugo Stinnes' d.Ä.

Edmund-Hugo Stinnes	geb. 23. März 1896
Hugo Stinnes	geb. 16. Oktober 1897
Clärenore Stinnes	geb. 21. Januar 1901
Otto-Hugo Stinnes	geb. 7. April 1903
Hilde-Hugo Stinnes	geb. 13. Oktober 1904
Ernst-Hugo Stinnes	geb. 16. November 1911
Else-Hugo Stinnes	geb. 7. September 1913

Zunächst gelangte die zentrale Konzernleitung in die Hände der beiden ältesten Söhne, und das erwies sich, nachdem erst im Jahre zuvor Friedrich Minoux, der engste Vertraute des Vaters, sich in bitterer Feindschaft von Hugo Stinnes gelöst hatte, als eine Belastungsprobe mit beinahe tödlichem Ausgang.

Der Ältere, Edmund, hatte erst Ostern 1914 die Reifeprüfung am Realgymnasium Mülheim bestanden und sich in den Betrieben und Laboratorien der Dortmunder Union umgetan, als im August der Weltkrieg ausbrach. Er ging freiwillig mit und blieb als Fliegeroffizier bis zuletzt im Feld. Zurückgekehrt studierte er an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg; sehr eifrig, scheint es: mit der ungeheuren Konzentration, die die geistig ausgehungerte Generation der Kriegsstudenten auszeichnete; denn schon nach sechs Semestern (1922) stieg er ins Examen, erwarb das Diplom und promovierte auch gleich zum Dr.-Ing. Im Konzern wandte er sein Interesse vornehmlich den Problemen der Kohleveredlung, der Chemie und der Kraftfahrzeugindustrie zu. Sein Ruf, eher zum Gelehrten als zum rauhbeinigen Industriekapitän geboren zu sein, schien sich später auch dadurch zu bestätigen, dass er Margiana von Schultze-Gaevernitz, die Tochter des bekannten Freiburger Professors der Nationalökonomie, als Gattin heimführte. Wie dem nun sein mag, er war jedenfalls aus einem anderen Holz geschnitzt als der jüngere Bruder.

Hugo jr., der Liebling der Eltern, dem Vater ähnlich und seinem Herzen der Nächste, liess sich von den Fanfaren des Krieges nicht verlocken. Er blieb daheim, wurde Vaters Privatsekretär und begleitete ihn auch nach Stockholm, wohin der Kaufmann aus Mülheim sich Ende 1915 oder Anfang 1916 begeben hatte, scheinbar um eine Filiale zu errichten, tatsächlich aber, um im Auftrage des Grossen Generalstabs und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt geheimnisvolle Verhandlungen mit Russen und Japanern zu führen. Dem Vater blieb keine Geheimdepesche des deutschen Gesandten Hellmuth von Lucius verborgen, der in den Jahren vor seiner schwedischen Mission Botschaftsrat in St. Petersburg gewesen war; und was der Vater wusste, erfuhr auch der achtzehnjährige Sohn. Das Ergebnis der Reise war erstaunlicherweise, dass Hugo Stinnes d. Ä. die AG Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Überseehandel in Hamburg begründete, die sich später, unter der Leitung Hugo Stinnes d. J., als ein überaus wertvolles Instrument der Devisenbeschaffung bewährte: Mit ihrer 100'000-Tonnen-Flotte, ihrem regen Export-Import-Geschäft, ihrer nicht zu schlagenden Position in der Kohlenfahrt, ihrem Monopol für die gesamten staatlichen Seetransporte Portugals und ihren Auslandsbeteiligungen wurde sie zur Drehscheibe des Devisengeschäfts, das auch, nein besonders, in den bösesten Tagen der Inflation florierte.

Die beiden Brüder also, Edmund mit dem Sitz in Berlin, Hugo mit dem Sitz im altvertrauten Hamburg, übernahmen gemeinschaftlich die Aufgabe, das kopflastige Konzernschiff durch das klippenstarrende Meer der Deflation zu steuern.

Das konnte nicht gut gehen – und es ging auch nicht gut.

Nach einem Jahr scheinbarer Ruhe, in dem der Konzern noch Neuerwerbungen machte, kam es zum Familienkrach: Am 27. Mai 1925 schied Dr. Edmund Stinnes aus der Konzernleitung aus, indem er sein Amt als Geschäftsführer der Hugo Stinnes GmbH niederlegte.

Er ging dabei, wie zu erwarten war, nicht ganz leer aus, sondern erhielt als Abfin-

dung: das Majoritätspaket der Nordstern Versicherungs-AG, das Mehrheitspaket der «Aga» (Aktiengesellschaft für Automobilbau, GK 6,6 Mill. RMark), die im Sommer 1925 eine Tageserzeugung von 20 Wagen, gegen 100 bis 120 PKW der Opelwerke, auswies, von Dr. Stinnes aber nach amerikanischem Vorbild rationalisiert werden sollte, eine Reihe kleinerer Werte und ein Zahlungsverprechen der Hugo Stinnes GmbH, fällig ab 1926, über den Betrag von 6 Mill. RMark.

Das wäre ja nun alles ganz recht und sogar sehr billig gewesen, hätte nicht die Hugo Stinnes GmbH acht Tage später, am 5. Juni, im Reichsbankgebäude ihre Zahlungsunfähigkeit öffentlich zugegeben und ihr Schicksal einem aus nahezu sämtlichen Banken gebildeten Stützungs- oder vielmehr Liquidierungskonsortium überantworten müssen. So aber stellte die Finanzpresse als Sachwalterin der im Angesicht des stürzenden Giganten von Furcht und Schrecken übermannten Öffentlichkeit sich auf den Standpunkt: Im Augenblick, als Edmund Stinnes seinen Abfindungsvertrag geschlossen habe, sei er noch Geschäftsführer der Hugo Stinnes GmbH gewesen. Und da überdies am 27. Mai bei der Gesellschaft kein anderer Status geherrscht haben könne als am 5. Juni, sei alles «was Edmund Stinnes in jener Auseinandersetzung erhielt, von ihm selbst, in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Gesellschaft, in einem Augenblick entnommen worden, in dem sie bereits zahlungsunfähig war, und zwar ohne dass die Gesellschaft einen Gegenwert dafür erhielt». Er müsse also, lautete die Folgerung, wenn sich herausstelle, dass die Hugo Stinnes GmbH nicht nur von einer vorübergehenden Liquiditätskrise heimgesucht worden, sondern tatsächlich und endgültig zahlungsunfähig sei, die Abfindung wieder herausgeben.

Da aber lag der Hase im Pfeffer.

Es erwies sich nämlich, dass Edmund Stinnes unter dem Zwange dringender Verpflichtungen sehr bald über die erhaltenen Werte verfügt hatte: das Nordstern-Paket war an die holländische Von-der-Heydt-Gruppe verkauft und auch das Zahlungsverprechen der Hugo Stinnes GmbH im Ausland verwertet – «verkauft oder zediert oder verpfändet» – worden, so dass als einziges Wertobjekt nur noch die Aga-Mehrheit in seinen Händen verblieben war: allzuwenig, um seinem Anerbieten, notfalls die Ausfallbürgschaft für ein Defizit der Hugo Stinnes GmbH zu übernehmen, die erforderliche Substanz zu geben.

So lange der bärtige Kaufmann aus Mülheim lebte, waren die Herren der Hochfinanz sorgfältig um jeden Stinnes des Anstosses herumgegangen; über diesen aber, den der junge Edmund der öffentlichen Meinung in den Weg geworfen hatte, stolpten sie mit zornigem Nachdruck: vier der fünf Bankiers, die im Aufsichtsrat der Aga sassen – die Herren von Simson (Danat-Bank), Fürstenberg (Berliner Handels-Gesellschaft), Alfred Lehmann (Delbrück, Schickler & Co) und Kommerzienrat Frank (Disconto-Gesellschaft) – legten ihre Mandate nieder. Sie hatten Anstoss an Edmund Stinnes genommen. Nur Curt Sobernheim von der Commerzbank blieb auf seinem Beobachtungsposten und liess es zu, dass seine Bank noch ein paar Warenwechsel der un-

glücklichen Aga hereinnahm, der von allen anderen Instituten der Kredit gesperrt worden war. Der Erfolg war, dass Edmund Stinnes, aller Betriebsmittel entblösst, seinen Automobilmechanikern die Hälfte seiner Aga-Aktien als – Geschenk anbot und damit allen denjenigen recht zu geben schien, die schon zuvor die Karathältigkeit seines Bürgschaftsversprechens in Zweifel gezogen hatten.

Nun, es kam nicht dazu, dass das Geschenk gegeben oder dass es angenommen wurde – ganz genau hat die Öffentlichkeit die Vorgänge nicht erfahren. Jedenfalls arrangierte man sich: Edmund Stinnes ging auf Reisen, besuchte Nord- und Südamerika, liess sich dann in Ascona nieder und versah von hier aus seine Ämter: als Aufsichtsratsvorsitzer der Berliner Avus (Automobil-Verkehrs- und Übungsstrasse AG), als Verwaltungsratsmitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, der Deutschen Studenten-Wirtschaftshilfe und der Deutsch-Ostasiatischen Gesellschaft und als Aufsichtsratsmitglied einiger Aktiengesellschaften. Heute lebt er in Haverford, Pennsylvania (USA), einer kleinen Stadt von 40-50'000 Einwohnern, an deren Quäker-College er, dem Vernehmen nach, als Professor amtiert, steht aber mit einem Fuss noch im Hamburger Hafen: als geschäftsführender Gesellschafter der Montan-Union GmbH (StK 1,1 Mill. DMark), die ein bedeutendes Handels- und Transportgeschäft in Mineralölprodukten unterhält.

Während die «stille Gelehrtennatur» wieder zu Tätigkeiten zurückfand, die man sich wohl als weltmännisch-elegante Spielarten kontemplativer Versenkung in die Probleme des Lebens vorstellen muss, ging Hugo d.J. mit aufgekrempeelten Ärmeln an die Arbeit: zu retten, was noch zu retten war. Und wenn man es als ein Verdienst ansehen will, dass der Familie schliesslich doch noch ein ansehnliches Besitztum blieb, so gebührt es dem verkleinerten Ebenbilde des Vaters – wie gross auch die moralische Autorität der Mutter gewesen sein mag, bei der er Rat, Halt und Hilfe fand.

Hugo Stinnes d.J. kämpfte in der Drecklinie. Denn die Banken – namentlich Jakob Goldschmidt, der mit der Schwerindustrie engverbundene Danat-General (Danat = Darmstädter und Nationalbank) – hatten ihre Stinnes-Aktien unter die Losung der Liquidation, nicht der Stützung gestellt. Es ging ihnen nicht darum, durch sorgfältig dosierte Kredithergabe, Abstossung «konzernfremder», d.h. solcher Beteiligungen, die mit der Struktur eines vertikalen Montankonzerns nicht zu vereinbaren waren, und straffe Zusammenfassung der Zechen-, Hütten- und Verarbeitungsbetriebe, Transport- und Handelsunternehmungen zu einem klar gegliederten, leicht überschaubaren Ganzen ein starkes und lebensfähiges Wirtschaftsgebilde herzustellen – was durchaus möglich gewesen wäre –, sondern sie drängten mit einer schier unbegreiflichen Hast darauf, die Gläubiger, deren Forderungen mit 180 Millionen RMark errechnet worden waren, aus dem Verkauf der Konzernunternehmungen zu befriedigen.

Wenn heute gesagt wird, der 180-Millionen-Verschuldung des Stinnes-Konzerns hätten Aktiven im Gesamtwert von 1 Milliarde RMark gegenübergestanden, so klingt das allerdings übertrieben. Tatsache ist jedoch, dass im Verlauf der Liquidation, die bis zum Sommer oder Herbst 1926 einen Gesamtbetrag von etwa 100 Mill. RMark

STINNES STOSST AB

Bis Herbst 1926 wurden vom Sinnes-Konzern abgestossen

Objekt	Verkaufte Quote	Käufer	Erzielter Preis in-Mill.RM
Berliner Handelsgesellschaft	7,5 Mill. nom. (rd. 34 o/o)	»Freunde des Instituts«	10,0
Barmer Bankverein	3,8 Mill. nom. (rd. 22 o/o)	»Nahestehende«	2,50
Deutsch-Luxemburgischer Bankverein	21 Mill. nom. (rd. 52 °/o)	Schröder, London Dillon Read, New York	13,25
Siemens-Schuckert	7	Bankenkonsortium	5,0
Riebeck Montan- und Oelwerke	19 Mill. nom. (rd. 38 o/o)	IG-Farbenindustrie	16,0
Baroper Walzwerk	(rd. 35 */o)	Wolf, Netter & Jacobi	0,60
Liptäk AG für Bau- und Eisenindustrie	(rd. 20 «/»)	Britisch-Ungarische Bank	0,50
Koholyt AG	17,6 Mill. nom. (100 o/o)	Inveresk Paper-Konzern	16,0
Handelsabteilung der AG für Seeschifffahrt und Überseehandel	Gesamtgeschäft	Kommerzienrat Withoefft (Fa. Arn. Otto Meyer)	Gering, da stark verschuldet
Flotte usw. der gleichen Firma	5 Mill. nom. (100 o/o)	Deutsch-Austral, und Kosmos	6,0
<i>Deutsche Allgemeine Zeitung</i> nebst Druckerei	Gesamtgeschäft	Preussen (vorgeschoben: Salinger & Dr. Weber)	5,0
Buch- und Zellstoffgewerbe mbH	Gesamtgeschäft	Bankhaus Arnold, Druckerei H. S. Hermann, Verlag Bernh. Meyer Hamburg Preussen	8,50
Terrains in Hamburg			5,50
Terrains in Berlin (Reichstagsufer)			
Gut Zuchow, Pommern	2500 Hektar	Preussen	1,90
Westf.-Anh. Sprengstoffwerke	Minderheit	IG-Farben	0,50
Rhein-Westf. Elektrizitäts Werke (RWE)	12 Mill. nom. (rd. 20 »/»)	Preussen	12,0
AG für Südosthandel, Wien	Majorität	Dr. Netter, Ludwigshafen	1,0
AG für Hoch- und Tiefbauten, Essen	18 »/o	Konsortium Frankfurt. Banken	7

rd. 100

erbracht hatte, wertvolle Objekte – beispielsweise die Deutsch-Luxemburg-Mehrheit – ganz einfach zu Schandpreisen verschleudert worden waren; Tatsache ist ferner, dass

der grosse Auslandsbesitz des Hauses Stinnes weder jetzt noch später sichtbar in die Erscheinung trat, so dass bis in die dreissiger Jahre das Rätselraten nicht aufhörte, wo eigentlich diese vielen hundert, jedenfalls aber viele dieser mehreren hundert Beteiligungen geblieben wären, und Tatsache ist schliesslich, dass zu dem Zeitpunkt, als die noch offenstehenden Forderungen gegen den Konzern mit 80 bis 90 Mill. RMark beziffert, die restlichen Besitztümer der Familie Stinnes, gemessen an den Massstäben der Liquidationspraxis, aber höchstens noch auf den gleichen Betrag geschätzt wurden, der junge Herr Stinnes die Welt vor die Tatsache stellen konnte, dass er in Amerika die Hilfe gefunden hatte, die ihm von den Bewunderern und Geschäftsfreunden seines Vaters in Deutschland versagt worden war.

Ein Teil der Finanzpresse allerdings vertrat mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, die Auffassung, die deutschen Banken seien bei der Stinnes-Liquidation mit einem in der Kreditpraxis seltenen Wohlwollen zu Werke gegangen. Nun – wenn sie Gelegenheit gehabt hätten, ihr Wohlwollen bis zum bitteren Ende zu betätigen, wäre das Haus Stinnes «arm, aber anständig», nämlich mit nichts oder allenfalls einer Leibrente für die Universalerbin, aus der Liquidationsprozedur hervorgegangen.

Doch, wie gesagt, es sollte nicht dahin kommen.

Beraten von Freunden des Vaters – von Albert Vogler und Silverberg, namentlich aber von Heinrich Witthoefft, der für seine Firma (Arnold Otto Meyer, Hamburg) die Handelsabteilung der Hamburger Stinnes AG erworben, und dem jungen Otto Stinnes, der eben das Studium der Chemie abschliessen konnte, Gelegenheit geboten hatte, in seinem Haus die Kaufmannschaft zu erlernen – war Hugo Stinnes nach den Vereinigten Staaten gefahren, um eine Anleihe aufzunehmen, mit deren Hilfe er hoffen konnte, den Rest des Vermögens für die Familie zu retten.

Die Aktiven, die in Gefahr standen, im wohlwollenden Eifer der Banken zu Rauch zu vergehen, waren nicht unbeträchtlich: das grosse, vielgliedrige, gut eingespielte Kohlengeschäft, die zum Kohlenhandel gehörige Rhein- und Hochseeflotte (rd. 90'000 Tonnen), Hafenanlagen und rd. 50 Kohlenplätze, die 60prozentige Mehrheit beim Mülheimer Bergwerksverein, 550 der 1'000 Mathias-Stinnes-Kuxe, die Hotels (Atlantik, Hamburg; Esplanade, Berlin; Fürstenhof-Carlton, Frankfurt a.M.), die Glaswerke Ruhr, städtischer, land- und forstwirtschaftlicher Grundbesitz – nicht zu vergessen: die Erfahrungen, der Kundenstamm, der Ruf, kurzum der Goodwill des Hauses Stinnes. All das wurde von deutscher Seite auf 80 bis allenfalls 100 Mill. RMark geschätzt und wäre als Sicherheit für einen Kredit von höchstens der halben Summe gut gewesen.

Das amerikanische Bankenkonsortium hingegen – Halsey, Stewart & Co; Becker & Co; Newman, Saunders & Co – mit dem der junge Stinnes zielstrebig, selbstbewusst und energisch verhandelte, war in diesem Punkt anderer Meinung. Smarte Geschäftsleute, die sie waren, bewerteten die Yankees: den Zechenkomplex – Bergwerksbesitz und Kohlenhandel – mit 34 Mill. Dollar, den landwirtschaftlichen Grund-

besitz in Deutschland mit 2,3; die Wohnhäuser mit 1,3 und den Grundbesitz in Schweden mit 0,5 Mill. Dollar. Das entsprach einer Summe, die mit 202,02 Mill. RMark mehr als doppelt so hoch war wie die deutsche Schätzung. Die Berliner Finanzpresse, gewohnt, die Partie der Banken zu spielen, überschlug sich in Vermutungen, wie derlei zustande kommen konnte. Aber die hartgesottenen amerikanischen Geldleute wussten sehr wohl, was sie taten.

Sie prozedierten nämlich folgendermassen:

Zunächst wurden zwei Gesellschaften amerikanischen Rechts gegründet: In die eine, die Hugo Stinnes Industries Incorporation, New York, wurde der gesamte Zechenkomplex – Bergwerksbesitz, Kohlenhandel, Reedereien und Transportunternehmen – eingebracht. Die andere, nämlich die Hugo Stinnes Corporation, Baltimore, nahm sämtliche Aktien der ersten Gesellschaft sowie die schwer verwertbaren Hotel- und Geschäftshausbeteiligungen auf. Sie war die Spitze, die Dachgesellschaft des neuen Stinnes-Konzerns.

Im zweiten Akt des Verfahrens wurden von dem Bankenkonsortium für Rechnung der beiden amerikanischen Stinnes-Gesellschaften zwei Anleihen von 12,5, zusammen also 25 Mill. Dollar (= 105 Mill. RMark) aufgelegt, die im Handumdrehen überzeichnet waren. Mit gutem Grund. Denn nicht nur waren sie bei einem Ausgabekurs von 99[^] Prozent zu 7 Prozent verzinslich, die Zeichner erhielten je 1'000 Dollar Obligationen noch fünf Aktien ohne bestimmten Nennwert, sogenannte «Quotenaktien» der Hugo Stinnes Corporation gratis und das Bezugsrecht auf fünf weitere Aktien der gleichen Gesellschaft zum festen Preis von je 20 Dollar: Das schien dem Gouverneur des Staates Michigan ein Angebot von so ungewöhnlicher Gunst, dass er den Verkauf der Stinnes-Anleihen für sein Staatsgebiet untersagte. Ohne jeden Effekt natürlich. Denn der Verkauf der Anleihen ging schnell und glatt über die Bühne.

Für die Familie Stinnes – vertreten durch die Universalerbin bzw. durch die OHG Hugo Stinnes, die am 1. Oktober 1928 wieder begonnen wurde – war dabei zweierlei herausgekommen:

die 50prozentige Beteiligung an der Hugo Stinnes Corporation, die sie bis zum Ausbruch des Krieges durch Börsenkäufe auf reichlich 53 Prozent, die knappe Mehrheit an der Konzernspitze also, zu steigern vermochte;

die Verfügung über mehr als 100 Mill. RMark flüssiger Mittel, die zur Deckung der alten Konzernschulden verwandt und aus den Betriebsgewinnen laufend getilgt wurden.

Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde der Aktienbesitz der Familie Stinnes, 503 810 Aktien der Hugo Stinnes Corporation, vom Alien Property Custodian, dem Treuhänder für feindliches Eigentum, beschlagnahmt und die Anteile der Hugo Stinnes Industries Incorporation mit Genehmigung des Alien Property Custodian von der Central Manöver Bank and Trust Company, New York, treuhänderisch in Verwahrung genommen.

So stehen die Dinge noch heute.

Zwar liegt dem Kongress aufs Neue der Gesetzentwurf des Senators Johnston vor, der die Rückgabe aller deutschen Vermögenswerte zum Ziel hat – der Entwurf war am 9. Juli 1956 bereits vom Rechtsausschuss des Senats angenommen worden, musste aber, da er in der letzten Sitzungsperiode des Kongresses nicht mehr zur Gesetzesreife gedieh, nach der Neuwahl des Präsidenten wieder eingebracht werden – aber selbst wenn die Regelung im Sinne des Senators Johnston erfolgt, wird möglicherweise, wahrscheinlich sogar, das Vermögen nicht in natura – im Falle Stinnes also in Form des Aktienpakets –, sondern es wird dem Forderungsberechtigten der Eigenwert in Geld zurückgegeben.

Der «amerikanische» Stinnes-Konzern in Deutschland aber – das muss zum Lob seines resoluten Gründers oder, wenn man so will, seines Retters gesagt werden – steht heute in prächtiger Blüte. Er hat kürzlich dadurch von sich reden gemacht, dass er eine rigorose Konzentration seiner Bergwerksbesitzer ins Werk setzte.

Ein Vorgang der darauf hinauslief:

1. dass das 60-Mill.-DMark-Kapital der Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes AG um nominell 12 Mill. DMark stimmrechtsloser Vorzugsaktien aufgestockt wurde;
2. dass das Vermögen des Mülheimer Bergwerksvereins (GK 28 572 Mill. DMark) und der Diergardt-Mevissen Bergbau AG (GK 24 Mill. DMark) auf die Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes AG übertragen wurde;
3. dass die freien Aktionäre des Mülheimer Bergwerksvereins (34 Prozent) und der Diergardt-Mevissen-Bergbau AG (knapp 40 Prozent) vor die Wahl gestellt wurden, sich entweder mit den stimmrechtslosen Vorzugsaktien der Steinkohlenbergwerke Mathias Stinnes AG oder mit Geld abfinden zu lassen, wobei ihre (alten) Aktien mit 120 Prozent des Nennwerts angerechnet wurden. Allerdings haben einige Kleinaktionäre, die sich renitenterweise dieser Alternative versagten, einen Kurs von 180 Prozent erzielt;
4. dass, da der Mülheimer Verein 14 Prozent der Steinkohlenbergwerke- Mathias-Stinnes-Aktien im Vermögen hatte, eine zusätzliche Erhöhung des Konzentrationsgrades eingetreten ist.

Die Hugo Stinnes GmbH nämlich, die sich unmittelbar (zu 54 Prozent) und mittelbar (zu 46 Prozent) im Besitz der Hugo Stinnes Industries Incorporation befindet, konnte ihre Stimmgewichte bisher nur nach Massgabe ihrer 55prozentigen Beteiligung an den Bergwerken Mathias Stinnes AG geltend machen. Dadurch nun, dass jene 14 Prozent Mathias-Stinnes-Aktien die Hände gewechselt haben, tritt entweder der Fall ein, dass sie als eigene Aktien nicht mehr mitstimmen; dann vertritt die Hugo Stinnes GmbH rd. 64 Prozent des stimmberechtigten Kapitals; oder die 14 werden den 55 Prozent Mathias-Stinnes-Aktien der Hugo Stinnes GmbH zugeschlagen, dann vertritt diese deutsche Holdinggesellschaft 69 Prozent des Mathias-Stinnes-Kapitals. Was an der qualifizierten Dreiviertelmehrheit noch fehlt, wird an der Börse leicht zu beschaffen sein.

Die Fusion, in die auch die reinblütigen Stinnes-Töchter Ruhröl GmbH, Bottrop (StK 15 Mill. DMark), und Glaswerke Ruhr AG, Essen-Karnap (GK 3 Mill. DMark), einbezogen wurden, wurde von der Verwaltung mit dem Hinweis begründet: die Zusammenfassung aller Kräfte sei notwendig, um möglichst ohne Zuhilfenahme von Fremdmitteln das Kohlenfeld Wulfen (bei Dorsten) durch die Niederbringung einer Schachtanlage zu erschliessen. Nun kostet es freilich von 200 Mill. DMark aufwärts, eine Schachtanlage «auf den grünen Rasen» zu stellen, und es ist nicht ganz klar zu erkennen, was und wieviel die geschilderte Konzentration dazu beitragen kann, Eigenmittel dieser Grössenordnung herbeizuschaffen. Aber die Verwaltung muss es ja wissen, und schliesslich haben sich auch die von der Zusammenfassung der Kräfte betroffenen Aktionäre den Argumenten der Konzernleitung gefügt.

Dennoch ging es nicht ganz reibungslos zu. Ein angesehenener Montanjournalist schrieb in der «Rheinischen Post» vom 27. September 1956:

«Die Fusion der drei Stinnes-Zechen hat sich nicht ohne heftige Geburtswehen vollzogen. Die freien Aktionäre des Mülheimer Bergwerksvereins und der Diergardt Mevissen AG haben kräftig gegen die Abfindung protestiert, die ihnen die aufnehmende Gesellschaft, die Mathias Stinnes AG, in Form von stimmrechtslosen Vorzugsaktien oder in Gestalt einer Barvergütung von 120% angeboten hat. Selten sind aus Aktionärskreisen die Argumente so sachlich und mit so grosser Beredtsamkeit vorgetragen worden wie in Mülheim. Die Opponenten haben sich als eigentumsbewusste und risikofreudige Aktionäre erwiesen und sind der Verwaltung nicht nur ebenbürtig, sondern wir möchten meinen, sogar überlegen gewesen. Diese Feststellung dürfte umso eher berechtigt sein, als ausgerechnet ein Mitglied des Aufsichtsrates einen schrillen Missklang in die Verhandlung brachte. Notar Leveloh fühlte sich bemüssigt, an einen Amtskollegen, der die Opposition vertrat, die berüchtigte Frage zu stellen, seit wann er eigentlich Aktionär der Gesellschaft sei. Schon einmal hat Leveloh die Argumente einer Opposition mit der Feststellung lahmzulegen versucht, dass es sich um junge und «revierfremde» Aktionäre handele. Man kann sich deshalb nur wundern, dass Leveloh in der Hauptversammlung der Mathias Stinnes AG am Mittwoch «den Missklang bedauerte», den nicht etwa er, sondern die Opposition in den Ablauf der Verhandlungen gebracht hat. Es ist gut, dass es in der Montanindustrie nicht viele Leute dieser Art gibt und die Verwaltungen im Allgemeinen die Opposition korrekt behandeln. Bedauerlich allerdings erscheint es uns, dass ein solch temperamentvoller Herr erneut in den Aufsichtsrat einer Gesellschaft vom Range der Mathias Stinnes AG gewählt wird.»

So bedauerlich es aber auch scheinen mag, dass der gleiche Essener Rechtsanwalt und Notar, der in einer Hauptversammlung der Rheinischen Stahlwerke den Bremer Kaufmann und Grossaktionär Krages als «revierfremd» zu disqualifizieren trachtete, unangefochten in den Aufsichtsräten der Schwerindustrie weiteramtiert: dergleichen gehört nun einmal zum unternehmerischen Klima des Reviers, in dem nur der gedeiht, der sich dem Machtwort der omnipotenten, durch einen Korpsgeist ohnegleichen un-

tereinander verbundenen Verwaltungen fügt. Wer aus der Reihe tanzt, wird nicht geduldet.

Dass aber der Stinnes-Konzern, wie amerikanisch er heute auch sein mag, so fest und sicher gegründet in der Front der rheinisch-westfälischen Montanindustrie steht – als sei's ein Stück von ihr –, ist, um es immer wieder zu sagen, das Verdienst des jungen Hugo Stinnes und seiner wohlberatenen Sanierungsaktion.

Hugo Stinnes jr. war, wie es sich von selbst versteht, nach der Gründung der Hugo Stinnes Corporation deren Präsident geworden.

Zwei Jahre später, im Sommer 1928, kam dann die dumme Krieganleiheaffäre auf, in die sich Stinnes, ohne im Rechtssinne nachweisbar schuldig zu werden, hatte verstricken lassen.

Er legte seinen Präsidentenposten nieder und an seine Stelle rückte sein Schwager Dr.-Ing. Erich Will, der Sohn des bekannten Chemikers und Leiters der Zentralstelle für wissenschaftlich-technische Untersuchungen in Neubabelsberg bei Berlin, des Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Wilhelm Will.

Dr. Erich Will, vom gleichen Jahrgang wie Dr. Edmund Stinnes, Weltkriegsoffizier und nach dem Zusammenbruch Student des Maschinenbaues und der Chemie an der TH Berlin-Charlottenburg wie der älteste Stinnes-Sohn, hatte etwa gleichzeitig mit diesem seine Examina bestanden und war dann als Leiter der Abteilung Kohlechemie zur Dortmunder Union gegangen. Seine Schwester Tilde wurde die Gattin Hugo Stinnes' d. J. Sie schenkte ihm drei Söhne, von denen einer, Dieter Stinnes, heute in Montreal (Kanada) tätig ist, während ein zweiter, Will Stinnes, sich in Hamburg ansässig gemacht hat. Nach längeren Studienreisen durch Mittel- und Nordamerika, während denen er auch bei den Ford-Werken tätig gewesen war, trat Erich Will in den Vorstand der Hugo Stinnes AG für Seeschiffahrt- und Überseehandel, Hamburg, ein, wurde 1926 Vizepräsident und, wie gesagt, nach Stinnes' Rücktritt Präsident der amerikanischen Dachgesellschaft des Stinnes-Konzerns, der Hugo Stinnes Corporation, Baltimore.

Hugo Stinnes blieb freilich weiter mit dem Konzern verbunden: als Mitglied des Grubenvorstands der «Gewerkschaft Mathias Stinnes zu Karnap» und als Aufsichtsratsmitglied des Mülheimer Bergwerksvereins. Auch wurden er und sein Bruder Otto mit je 15 Prozent an der Offenen Handelsgesellschaft Hugo Stinnes beteiligt. Frau Cläre Stinnes-Wagenknecht, ihre Mutter, behielt den Hauptanteil von 70 Prozent der Gesellschaft, deren Daseinszweck wohl nicht in der Verwaltung ihrer wenigen und wenig bedeutenden Beteiligungen als in der Fortführung des traditionellen Brennstoffgeschäfts und in der Vertretung der amerikanischen Familienansprüche liegt.

Nachdem die Mehrheitsbeteiligung der Stinnes-Familie an der Hugo Stinnes Corporation als «feindliches Eigentum» beschlagnahmt und Deutschland durch den Kriegsausgang gezwungen worden war, die Beschlagnahme mit allen Konsequenzen anzuerkennen, konnte ein Mitglied der betroffenen Familie natürlich kein Amt mehr

in einem Unternehmen des nun völlig amerikanischen Konzerns bekleiden. Nur die Hoffnung – allem Anschein nach: die begründete Hoffnung – blieb, dass die amerikanischen Gesetzgeber die beschlagnahmten Vermögenswerte wieder zurückgeben, wenn auch vielleicht nicht in natura restituieren würden.

Hugo Stinnes OHG, Mülheim¹

Inhaber: Frau Cläre Stinnes-Wagenknecht, Mülheim-Ruhr Otto Stinnes, Hamburg

Beteiligungen:

1. »Etag« Erdoel- und Teerprodukten GmbH, Mülheim/Ruhr, StK 250 000 DMark (100 Prozent)
2. Schultz-Stinnes Vertrieb moderner Spezialmaschinen GmbH i. L., Mülheim/Ruhr, StK 20 000 DMark (Mehrheit)
3. Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt GmbH, Mülheim/Ruhr, 530000 DMark (50 Prozent)
 - a) Wilhelm Greve GmbH, Mülheim, StK 294 000 DMark (75 Prozent)
 - b) Preussische Verlagsanstalt GmbH (Mantel), Mülheim/Ruhr, StK 5000 DMark (100 Prozent)
4. »Brenntag« Brennstoff-, Chemikalien- und Transport AG, Mülheim/Ruhr, GK 3,6 Mill. DMark (60 Prozent)
 - a) Deutsche Doehler Guss-Werke GmbH, Essen, StK 2 Mill. DMark (100 Prozent)

¹ Filialen: 1. bis 3. »Hugo Stinnes Zweigniederlassung Brennstoff- und Schiffahrtsgesellschaft«, Stuttgart, Frankfurt a.M., Hamburg

4. »Hugo Stinnes Brennstoff- und Schiffahrtsgesellschaft, Filiale München«
5. »Hugo Stinnes Brennstoff- und Schiffahrtsgesellschaft, Zweigniederlassung München«.

Da man indes von der Hoffnung allein nicht leben kann, zu allerletzt, wenn man ein Mann von der Lebenskraft und Lebhaftigkeit eines Hugo Stinnes ist, hat dieser echte Sohn seines Vaters in aller Stille einen neuen, freilich nur kleinen Konzern aufgebaut, der eine Manövriermasse von 30 bis 50 Mill. DMark darstellen dürfte. Dieser Konzern – wenn man das Wort überhaupt auf die neue Stinnes-Gruppe anwenden darf – hat keinen Zusammenhang mit der Hugo Stinnes OHG, aus der Hugo Stinnes, wie es heisst: auf Grund geschäftlicher Meinungsverschiedenheiten, im Herbst 1956 ausgeschieden ist; vielmehr stellt er sich als ein Familienunternehmen im engsten Sinne des Wortes dar, an dem Hugo Stinnes jr., seine zweite Gattin Birte geb. Jens, seine zwei überlebenden söhne aus erster Ehe, Dieter und Will, und seine drei Kinder aus zweiter Ehe, Albert Hugo, Birte Marie und Ellen Birte, beteiligt sind.

Zwei Gesellschaften dienen der neuen Stinnesgruppe als Holdings:

*Hugo Stinnes Industrie- und
Handels GmbH, Bremen*

*Hugo Stinnes Verwaltungs GmbH,
Mülheim, Ruhr*

Niederlassungen: Kiel, Mülheim/Ruhr,
Hamburg

Geschäftsführer: Hugo Stinnes

Geschäftsführer: 1. Ehefrau Hugo Stinnes
Birte geborene Jens
2. Hugo Stinnes

<i>Gesellschafter:</i>	DMark
1. Frau Birte Stinnes	924'000
2. Hugo Stinnes	80'000
3. Will Stinnes	44'000
4. Dieter Stinnes	24'000
5. Albert Hugo Stinnes ¹	24'000
6. Birte-Marie Stinnes ¹	24'000
7. Ellen-Birte Stinnes ¹	24'000
StK	1'144'000

<i>Gesellschafter:</i>	DMark
1. Hugo Stinnes	256'000
2. Frau Birte Stinnes	24'000
3. Will Stinnes	24'000
4. Dieter Stinnes	24'000
5. Albert Hugo Stinnes ¹	24'000
6. Birte-Marie Stinnes ¹	24'000
7. Ellen-Birte Stinnes ¹	24'000
StK	400'000

¹ minderjährig

¹ minderjährig

in deren einer die Ehefrau Hugo Stinnes, Birte geb. Jens, und in deren anderer Hugo Stinnes den grössten Teil der haftenden Kapitaleinlage vertritt.

Aber dafür mögen familieninterne Gesichtspunkte massgebend sein; wichtiger ist der Besitzstand der beiden Familienholdings. Freilich, es fehlen in unserer Konzernübersicht die ganz grossen Namen, die Hütten und Zechen des Ruhrgebiets, die Stahlwerke, die Unternehmungen der Schwerchemie, mit denen Stinnes d.Ä. auf so vertrautem Fusse gestanden hatte. Aber was sein gleichnamiger Sohn wieder unter einen Hut gebracht hat, ist doch der Beachtung wert: die Brenntag GmbH mit ihrem grossen Mineralölgeschäft – an der Brenntag AG ist Hugo Stinnes persönlich mit 15,9, sein Bruder Otto mit 16 Prozent beteiligt – die bedeutenden Atlas-Werke mit Stützpunkten in Hamburg und München und namentlich die beiden Unternehmungen, in denen sich Stinnes- und Flick-Interessen überschneiden, die MAK-Maschinenbau AG, Kiel, und die Feldmühle, Deutschlands grösste Papierfabrik, zeugen davon, dass Hugo Stinnes seine Mittel mit klugem Bedacht investiert hat.

Es zieht den Sohn ebenso in die Ferne, wie es den Vater umgetrieben hatte: Hugo Stinnes jr. setzt mit der Hugo Stinnes Transozean Schifffahrt GmbH die Tradition des Hamburger Hauses fort, und er hat mit der Canada Machinery Corporation auch wieder im Ausland Fuss gefasst. Aber es war ihm seit den Tagen, da er aus dem Vorstand der von ihm selbst geschaffenen Hugo Stinnes Corporation ausscheiden musste, nicht mehr beschieden, nach dem Vermögen, mit dem die Natur ihn bedacht hat, ins grosse und weite zu wirken.

Die vom Niederrhein, deren reinsten Typus der Vater verkörperte, hatten seiner Erfolgsgläubigkeit zuviel zugemutet. Das ist ihm zum Verhängnis geworden. Er hat in den turbulenten zwanziger Jahren zu inbrünstig an den Wert und die Würde des materiellen Erfolgs geglaubt, um bei einem Geschäft, das allzu leichten und allzu grossen Erfolg versprach, die kaufmännische Sorgfalt walten zu lassen, die im Klei-

nen wie im Grossen geübt werden muss. So wurde er, wenngleich nicht im rechtlichen, so doch im menschlichen Sinne, schuldig.

Nicht schuldiger aber als seine Zeitgenossen, vornehmlich die, die das gleiche Metier betrieben wie Hugo Stinnes d. Ä., die Auftürmung von Besitz und Macht –

Die Hugo-Stinnes-Gruppe

I. *Hugo Stinnes Verwaltung GmbH:*

1. »Brenntag« Brennstoff-, Chemikalien- und Transport GmbH, Duisburg, StK 500 000 DMark (50 Prozent)
(weitere 50 Prozent bei Otto Stinnes & Co, Mülheim/Ruhr)
 - (1) »Aglukon« Gesellschaft für chemisch-pharmazeutische Präparate GmbH, Düsseldorf, StK 100 000 DMark (100 Prozent)
 - (2) Ruhrplastik GmbH, Mülheim/Ruhr, StK 50 000 DMark (90 Prozent)
 - (3) Rhein-Ruhr-Baustoff- und Betonwerk GmbH, Duisburg, StK 50 000 DMark (100 Prozent)
 - (4) Cehaponwerk GmbH, Düsseldorf, StK 20 000 DMark (100 Prozent)
 - (5) Partenreederei M.S. »Württemberg«, K 330 000 DMark (87,2 Prozent)
 - (6) O.H. Meier KG, Schrotthandel, Duisburg, K 100 000 DMark (47,5 Prozent)
 - (7) Isar-Chemie GmbH, München, StK 160 000 DMark (25 Prozent)
2. Seibert-Stinnes GmbH, Mülheim/Ruhr, StK 50000 DMark (100 Prozent)

II. *Hugo Stinnes Industrie und Handel GmbH*

1. Hugo Stinnes, Transocean Schifffahrt GmbH, Mülheim/Ruhr, StK 1 Mill. DMark (100 Prozent)
2. Atlas-Werke AG, Bremen, GK 5 Mill. DMark (75 Prozent) Organvertrag
 - (1) Wohnungsges. »Atlas« mbH, Bremen, StK 20 000 DMark (100 Prozent)
 - (2) Süd-Atlaswerke GmbH, München, StK 100 000 DMark (Mehrheit)
 - (3) M. Achgelis Söhne GmbH, Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Bremerhaven, StK 225 000 DMark (Massgebliche Beteiligung)
 - (4) C. Plath GmbH, Nautisch-Elektronische Technik, Hamburg, (massgebliche Beteiligung)
5. MAK Maschinenbau AG, Kiel, GK 7 Mill. DMark (50 Prozent)
(weitere 50 Prozent bei den Metallhüttenwerken Lübeck AG)
4. Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf, GK 36,52 Mill. DMark (mehr als 25 Prozent)
5. Canada Machinery Corporation Calt/Ontario (Canada), K 2,3 Mill. Dollar (Mehrheit)
6. Ruhr Intrans Hubstapler GmbH, Mülheim/Ruhr (100 Prozent)

nicht durch die Mehrung der produktiven Kräfte der Wirtschaft, sondern durch die Konzentration des Vorhandenen: Durch die Zusammenfassung von Zechen, Hütten, Fabriken, Reedereien, Handels- und Bankgeschäften zu Wirtschaftsgebilden, die durch ihr blosses Dasein nachhaltige Wirkungen in alle Bezirke unseres Lebens ausstrahlen; die – um es in einem Wort zu sagen – unser Denken und Trachten bis auf den heutigen Tag an die Kette einer Erfolgsgläubigkeit von nicht mehr zu überbieten-der Banalität gelegt haben.

Der prophetische Geist des Wirtschaftschronisten, dem wir die eindringlichste Darstellung des »Kaufmanns aus Mülheim« verdanken, wie Stinnes d. Ä. sich in arroganter Bescheidenheit nannte, hat den Ereignissen tiefer auf den Grund geschaut

als mancher Soziologe und all unsere hochstirnigen Kultur-Philosophen. Denn: «so ist dieser Stinnes», schrieb Felix Pinner im Jahre 1924, als sein Held noch lebte, «ein ins Kolossale gesteigerter Ausdruck, wenn man will: eine ins Überlebensgrosse übersteigerte Ausartung eines Materialismus geworden, der schon vor dem Kriege alle Säfte des deutschen Trieblebens an sich zu ziehen, alle Säfte des deutschen Kulturlebens in sich aufzulösen strebte. Jenes Materialismus, der sich ebenso in dem historischen Materialismus der marxistischen Arbeitermassenbewegung wie in dem deutschen Militarismus und in dem deutschen Wirtschaftsimperalismus gewaltsame Erscheinungsformen und forcierte Bewegungsbahnen zu schaffen suchte. Das äusserlichste Ideal dieses Materialismus und aller seiner innerlich wesensverwandten, wenn sich auch äusserlich manchmal bekämpfenden Erscheinungsformen war die Zahl, die grosse, die grössere, die grösste Zahl und jene Art von psychischer und physischer Wirkung, die von der grossen Zahl, von dieser Zahl im Sinne des Rekords, auf das Volk, soweit es im wirtschaftlichen und geistigen Sinne Masse ist, ausgeht. Das Mittel, mit dem dieser Materialismus seine Erfolge erreicht hat, war die Organisation, das heisst: die rationelle Ausnutzung des Geistes, nicht der Geist, die Erfindung selbst und um ihrer selbst willen. Nicht reine Wissenschaft war der Keim, aus dem diese Entwicklung wuchs, und das Ziel, zu dem sie immer bewusster strebte, sondern die Wissenschaft wurde «angewandt, und der Massstab, nach dem sie nicht nur angewandt, sondern auch gewertet wurde, richtete sich nach dem Mass des von ihr ausgehenden Nutzens. Statt des Gedankens herrschte immer mehr die Methode. Blüte, Fülle, Reichtum waren die Endprodukte dieser Entwicklung, ganz gewiss nicht Kultur. Und wenn sich ein Volk in dieser Lage auch der Pflege von Gemeinschaftsinteressen, von sozialen Fürsorgeeinrichtungen und Hilfswerken widmete, so geschah es doch nicht aus einem echten Sozialgefühl, aus einem inneren Gemeinschaftsgeist der herrschenden Schichten heraus, sondern aus der «Erwägung», dass man es sich ja auch auf diesem Gebiet leisten könne, die besten Organisationen zu schaffen, die stärksten Rekorde zu erreichen, weil man sich überdies berechnete, dass und mit welchen Unkosten dieser Sozialersatz die Gefahr des echten Sozialismus bannen konnte.

Ein gewonnener Krieg hätte diesen Materialismus zur Hypertrophie bringen müssen – das wäre gradlinige, logische, erwartete Entwicklung gewesen. Dass auch ein verlorener Krieg es tat, ist merkwürdig, denn das war gewiss nicht gradlinig logisch, nicht notwendig, und das Gegenteil wäre wahrscheinlicher gewesen. Das Gegenteil, nämlich reuige Abkehr vom Rekord, von der Zahl, vom Massenwahn, von der Quantität, die ja auf ihrem eigenen Gebiet versagt hatte, unterlegen und ihres Nimbus entkleidet war. Dass ein Volk in solcher Lage und nach solcher Erfahrung sich von dem Materialismus als der Anbetung des Äusseren abkehrt, sich auf sich selbst besinnt, sich seelisch erneuert und geistig vertieft, ist mehr als einmal dagewesen, auch in der deutschen Geschichte. Nach der deutschen Niederlage, die eine Niederlage des Materialismus gewesen war (auch wenn auf der Gegenseite nicht der Geist, sondern nur ein

mächtigerer und klügerer Materialismus gesiegt hatte), geschah dies nicht, sondern geschah das Gegenteil; und zwar deswegen, weil das deutsche Volk wohl geschlagen, aber nicht von seiner Niederlage und dem Grund der Niederlage innerlich überzeugt war, und weil der siegreiche Gegner, der nicht aus eigener und nicht aus einer höheren Kraft gesiegt hatte, sich mit den Mitteln desselben Materialismus zu behaupten und Deutschland mit denselben Mitteln niederzuhalten suchte. Dadurch wurde der wahre Grund und der wahre Sinn der deutschen Niederlage verdunkelt. So kam es in Deutschland statt zu der innern Erneuerung zu einer ganz krankhaften und krampfhaften Hypertrophie dieses Materialismus, und der wirtschaftliche Repräsentant dieser nationalen Bluterkrankung war Hugo Stinnes – ein Übermensch, wenn man will, aber ein Übermensch nicht aus gesundem Blut, aus bauendem Geist, sondern ein Übermensch, der seine Kraft aus den destruktiven Trieben der Zeit zog, der reich und mächtig wurde nicht mit dem wachsenden Reichtum, sondern aus der wachsenden Verarmung seines Volkes.

Dass dieses Volk in dem Organisator seiner Krankheit nicht den Verderber, sondern den Führer sah, zeigt, dass der Gott, zu dem es betet, immer noch nicht der Geist, sondern der Erfolg ist. Und so kam es, dass der mächtigste Mann, der Übermensch dieser unseligen deutschen Epoche kein Verhältnis zum Staat, kein Verhältnis zur Kultur, sondern nur ein Verhältnis zur Wirtschaft (besser: zum Geschäft) seiner Zeit finden konnte – und dabei wahrscheinlich noch von dem Dünkel besessen war, durch das Medium der Wirtschaft, Politik und Kultur beeinflussen und «organisieren» zu können. Tragisches Missgeschick für ein verirrttes und geschlagenes Volk, dass ihm kein grosser Mensch zu Gebote stand, um es aus dem Irrtum herauszuführen, dass aber von den Männern, die es tiefer in den Irrtum hineinführten, mindestens dieser eine, vielleicht sogar noch ein paar andere grosse Eigenschaften besaßen.»

Wer wollte es anzuzweifeln wagen, dass diese Worte, niedergeschrieben vor einem Dritteljahrhundert, heute wie damals zutreffen und dass sich die vom Niederrhein, die über Verbände, Parteien und parlamentarische Instanzen wie eh und je ihr Regiment über uns ausüben, in Pinner's Stinnes-Porträt aufs Getreueste konterfeit finden.

Nur freilich, dass sie – wie auch der Sohn – nicht mehr der gleichen Grössenordnung angehören wie Hugo Stinnes der Ältere. Als im Oktober 1956 die deutsche

KRUPP IST IMMER NOCH DER REICHSTE

«Den Weisen ist ihr Reichtum eine Krone;
aber die Torheit der Narren bleibt Torheit.»
Sprüche Salomonis Kap. 14, Vers 24

Presse die Nachricht brachte: Frau Vera Krupp von Bohlen und Halbach geborene Hossenfeld, geschiedene Wisbar, geschiedene Knauer habe nun auch gegen ihren dritten Gatten die Scheidungsklage in Las Vegas, Nevada (USA) angestrengt, wandte das Interesse der Öffentlichkeit sich weniger Frau Vera als Alfried Krupp zu. Denn diesem Mann, den die Gattin vor dem Scheidungsrichter der «seelischen Grausamkeit», d.h. der ehelichen Interesselosigkeit, bezichtete, war vom Schicksal bestimmt, das Leben der Reichsten unter den Reichen der Bundesrepublik zu führen.

Die Baronin Krupp, wie sie sich in den Staaten nannte, hatte mit ihren Entschädigungsforderungen selber dafür gesorgt, dass ihr Gatte unter diesem Aspekt ins Licht der Öffentlichkeit trat: Sie lauteten auf eine Jahresrente von 1 Mill. DMark und auf eine einmalige Abfindung von 21 Mill. DMark. Gewiss, sehr ansehnliche Beträge. Da aber, hatte Frau Vera geltend gemacht, Alfried Krupp über ein «Barvermögen» von mehr als 1 Milliarde DMark verfüge – was von der Krupp-Verwaltung mit Recht und mit Entrüstung abgestritten wurde –, bedeuteten ihre Millionenforderungen für Krupp höchstens so viel, wie für normale Sterbliche «ein paar Mark».

Dennoch ging Vera Krupp leer aus. Sie hatte, noch ehe ihrer Klage im Scheidungsparadies Las Vegas stattgegeben wurde, in aller Form auf jede Entschädigungszahlung verzichtet. «Ich kann mich selbst ernähren», hatte ein Passus ihrer Erklärung gelautet, «und ziehe das einfache Leben auf einer Farm in Nevada dem Leben in einem Schloss mit 380 Zimmern in Essen vor.»

Nun, das war für die amerikanische Presse bestimmt: das einfache Leben auf der Nevada-Farm, die noch mit Krupp-Geld gekauft worden war, und das Schloss auf dem Hügel, das von den Krupps längst nicht mehr bewohnt wird. Aber die amerikanischen Reporter haben sich sicherlich wenig von den Argumenten der Baronin beeindruckt lassen. Wussten sie doch, dass Frau Vera nicht nur in eigener Sache vor dem Gericht von Las Vegas plädiert hatte, sondern auch als Kronzeugin in einer zweiten Scheidungsaffäre vor den Richter zitiert worden war. Auf Betreiben der Frau Annabella Manchon, die den Umgang ihres Gatten, des millionenschweren Schwimmdockbesitzers Louis Manchon, mit der Belastungszeugin Vera Krupp zum Anlass genommen hatte, die gerichtliche Auflösung ihrer Ehe zu betreiben.

Aber nicht nur die Öffentlichkeit von Nevada, auch die tüchtigen Jungen der Essener Firma waren von der Affäre der im steigenden Saft ihrer zweiundvierzig sorglos, heiter und abwechslungsreich verlebten Jahre stehenden Frau Vera Krupp aufs Beste unterrichtet. Sie hatte wohl auch kaum versucht, ein Hehl aus ihren Ansprüchen

ans Leben und ihren mannigfaltigen Versuchen zu machen, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Kurzum, wenige Tage nachdem der Scheidungsrichter in Las Vegas seinen Spruch gefällt hatte, am 17. Januar 1957, traf das Landgericht Essen die Entscheidung, dass der Gegenklage Alfried Krupps nach deutschem Recht stattgegeben sei: Seine Ehe wurde wegen «ehewidrigen Verhaltens von Frau Vera Krupp» geschieden. Der Entschädigungsverzicht des schuldig geschiedenen Teils wurde dadurch gegenstandslos. Alfried Krupp ging juristisch als Sieger aus seinem Scheidungsprozess hervor.

Die Öffentlichkeit erfuhr erst sechs Tage später vom Ausgang des Verfahrens, das doch dem Sinn und dem Buchstaben des Rechtes nach ein öffentliches hätte sein müssen. Denn, so berichtete die Presse post festum, «in Essen (waren) die Schritte Alfried Krupps in der Scheidungssache von seiner Familie, von der Firma Krupp *und vom Landgericht* sorgfältig geheimgehalten» worden.

Das ist erstaunlich, aber wahr: eine treffliche Illustration der Sonderstellung, die nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Leben zunehmen, Alfried Krupp vom Schicksal bestimmt scheint.

Der Erbe der Krupp-Milliarden geht in der Tat einen einsamen Weg. Seine erste Ehe, wenige Jahre vor dem Krieg mit einer Hamburger Kaufmannstochter geschlossen, die auf den Namen Bahr hörte und solcherart den Anlass zu der Legende gab, der Sohn des Kanonenkönigs habe eine «Bardame» geheiratet, wurde nach dem Machtwort des Vaters geschieden. Der nahezu dreissigjährige Sohn hatte keine Wahl oder vielmehr: er war vor eine Wahl gestellt worden, die seinem Naturell nach die Entscheidung von vornherein festlegte. Die Alternative lautete: die Frau oder das Erbe, und, wie nicht anders zu erwarten war, Alfried Krupp griff nach dem Erbe, das ihm – gemäss dem Erlass, mit dem Kaiser Wilhelm II. den Vater an dessen Hochzeitstage beschenkt hatte – als einzigem unter den Söhnen das Recht gab, den Namen Krupp weiterzuführen.

Die zweite Ehe zerbrach am Hausgesetz der Krupps, das – der Obhut der greisen Frau Berta überantwortet und unbarmherzig von ihr beobachtet – dem Erben und seiner Frau ein tätiges, den Pflichten der Geschäftspolitik und der Repräsentation gewidmetes Leben vorschreibt; ein Dasein, das zwar für ein paar Hobbies Raum bietet, für Weltreisen etwa, Amateurfotografie, Jachtsegeln und freundschaftlichen Umgang mit gekrönten und ungekrönten Staatshäuptern, aber kaum eine Chance gibt, die eigene Persönlichkeit auszuleben – am allerwenigsten einer consors regni, deren Herz im synkopierten Takt mondäner Jazzmusik schlagen möchte und begierig danach strebt, den heiteren Glanz südlicher Badestrände und nächtlicher Tanzfeste zum Lebensinhalt zu machen.

So also ist dem reichsten Mann unter uns Deutschen der Lebensweg vorgezeichnet – der Weg des grossen, mit dem Gewicht des Wohlstandes kaum noch wägbaren Geschäftserfolgs –, den er nach Herkunft und Charakter beschriften hat und nach dem Gesetz des Hauses Krupp wie nach dem eigenen, in ihm selber angelegten Gesetze vollenden muss. Ein freudloser Weg – wenn nicht die Wanderung über den schmäl-

ten Grat riesigen Reichtums eben doch dem biologischen Erbe entsprechen würde, das nicht nur von den Krupps auf den Firmeninhaber gekommen ist.

Friedrich Alfred Krupp (1854-1902), der letzte aus dem Mannesstamm Krupp – von Jugend auf leidend, erdrückt von der robusten Vitalität des dominierenden Vaters, ein weicher, wenn nicht sogar schwacher Mensch –, hatte, als er mit achtundvierzig Jahren starb, zwei Töchter hinterlassen: Bertha, die damals im siebzehnten und Barbara, die im sechzehnten Lebensjahr stand. Fünf Tage nach dem erlösenden Schlaganfall, der dem Leben des seit Jahrzehnten von Asthma und Schlaflosigkeit Gequälten ein Ende gesetzt hatte, am 27. November 1902, schrieb seine Witwe Margarethe geb. Freiin von Ende – sie war die älteste Tochter des früheren Düsseldorfer Regierungspräsidenten, und Friedrich Alfred hatte seinem störrisch widerstrebenden Vater in schweren Kämpfen den Heiratskonsens abringen müssen –:

«An das Direktorium der Firma Fried. Krupp!

Ich teile hierdurch mit, dass mit dem Ableben meines lieben Mannes kraft der testamentarischen Bestimmungen des verewigten Herrn Alfred Krupp, des Vaters des Entschlafenen, die gesamte Fabrik mit allen Aussenwerken und Zubehörungen ungeteilt in das Eigentum meiner ältesten Tochter Bertha Krupp übergegangen ist, deren Rechte bis zu ihrer Grossjährigkeit ich zu vertreten habe ...»

Das also war's. In der Voraussicht, dass mit seinem Sohn der Mannesstamm aussterben werde, hatte Alfred Krupp seine einjährige Enkelin Bertha zur Erbin der Firma und der Krupp-Tradition eingesetzt. Er hatte wohl daran getan; denn auf die Tochter des dem Vater so unähnlichen Sohnes waren viele der Eigenschaften übergegangen, die den Aufstieg der Familie ermöglicht hatten: Härte gegen sich selbst und die Umgebung, Zielstrebigkeit und die bürgerliche Tugend, den Blick nicht über das Nächstliegende hinausschweifen zu lassen, die gleicherweise Engstirnigkeit und Geschlossenheit der Persönlichkeit im Gefolge zu haben pflegt – Qualitäten jedenfalls, die, wenn nur ihr Träger wohlberaten ist, die Stabilität eines Unternehmens verbürgen.

Auf die Dauer freilich konnte Alfred Krupp das Schicksal nicht unter seinen Willen zwingen. Es hatte in seiner Macht gelegen, eine reinblütige Krupp zur Erbin der Firma einzusetzen. Er konnte nicht verhindern, dass die Erbin heiratete und dass, wenn ihre Ehe mit Kindern gesegnet wurde, eine neue Familie auf dem Hügel und in der Herrschaft über die Krupp-Werke an die Stelle der Krupps trat.

Bei einem Freund ihres Vaters, dem Leiter des deutschen Archäologischen Instituts in Rom, Geheimrat Gustav Korte, lernte Bertha Krupp, noch ehe sie volljährig wurde, ihren späteren Gatten kennen: den sechsunddreissigjährigen Legationsrat der Kgl. Preussischen Gesandtschaft am Vatikan Dr. Gustav von Bohlen und Halbach.

Das geschah im Frühjahr 1906. Am 30. Mai 1906 verlobte sich das junge Paar; vier-einhalb Monate später, am 15. Oktober, fand auf dem Hügel zu Essen die Hochzeit in Anwesenheit des Deutschen Kaisers statt. Der König von Preussen hatte es sich nicht nehmen lassen, dem Haus des Kanonenkönigs seine Reverenz zu erweisen: Wie er am 26. November 1902 als erster hinter dem Sarg Friedrich Alfreds geschritten war, um «als Freund dem Verewigten die letzte Ehre zu erweisen und als Oberhaupt des Deutschen Reiches den Kaiserlichen Schild über ihm und seinem Hause zu halten», so ehrte er jetzt Witwe und Tochter des letzten vom Mannesstamm Krupp. Dem Begründer der neuen Dynastie auf dem Hügel aber, Gustav von Bohlen und Halbach, gewährte er auf dessen Antrag das Recht, «fortan für sich selbst und seinen jeweiligen Nachfolger im erblichen Besitze der Gussstahlfabrik den Namen «Krupp von Bohlen und Halbach» zu tragen». Und so stark erwies sich die Macht der Krupp-Legende, die durch das kaiserliche Wort nun ihre Legitimierung erfuhr, dass bis zum heutigen Tag die Fiktion als Realität genommen wird, es seien immer noch «die Krupps», die den Krupp-Konzern beherrschen. Obwohl doch der heutige Firmeninhaber, Alfred Krupp von Bohlen und Halbach wie seine Brüder, die das «Krupp» nicht vor den Namen setzen dürfen – ein reinblütiger Spross der Familie von Bohlen und Halbach ist.

Fragen wir also – da alle offiziellen Chronisten des Hauses ihre Aufmerksamkeit ausschliesslich dem erloschenen Geschlecht der Krupps zuwenden –, fragen wir danach, welche Bewandnis es mit den Bohlen und Halbachs hat und welches Erbgut sie auf den Hügel mitbrachten.

Gustav von Bohlen und Halbachs Grossvater väterlicherseits, Arnold Halbach, entstammte einem Geschlecht bergischer Hammerschmiede, als dessen ältester bekannter Vorfahre Peter Vormann auf der Halbach, 1584-1603 Schöffe des Hohen Gerichts zu Lüttringhausen (bei Remscheid), genannt wird. Von Müngsten bei Remscheid aus trat Arnold Halbach (geb. 3. Juli 1787) seinen Weg in die Welt an, der ihn im dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts als Vertreter für den in der väterlichen Hammerschmiede erzeugten Remscheider Stahl, raffinierten Schweisstahl, die Spezialität der bergischen Hammerwerke, in die Vereinigten Staaten führte. Als Repräsentant eines führenden Hauses unter den vielen in aller Welt vertretenen bergischen Stahlfirmen hatte Arnold Halbach in Philadelphia, wo er dreissig Jahre ansässig wurde, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in gesellschaftlicher Hinsicht grossen Erfolg. Er wurde zum Königlich Preussischen Konsul ernannt und trat durch seine Ehe mit Caroline Mathilde Bohlen in enge Beziehung zu einer Familie, die in Philadelphia eine hervorragende Rolle spielte.

Sein Schwiegervater, der Grosskaufmann Bohl Bohlen aus altem friesischem Bauerngeschlecht, war schon 1782 hinübergewandert: im letzten Jahr des grossen Freiheitskampfes, den die amerikanischen Kolonien in sieben wechselvollen Jahren gegen die Engländer ausgefochten hatten. Doch scheint er mit der alten Heimat in enger Berührung geblieben zu sein; denn seine Tochter Caroline, Halbachs Gattin, wurde am 13. Juli 1800 in Amsterdam, sein Sohn Henry Bohlen am 22. Oktober 1810 in Bremen geboren.

Arnold Bohlen-Halbach – nach amerikanischem Brauch hatte er den Namen seiner Gattin dem eigenen Namen hinzugefügt – starb, in die Heimat zurückgekehrt, am 16. Mai 1860 in Baden-Baden. Seine Frau folgte ihm zweiundzwanzig Jahre später, am 21. Februar 1882, zu Karlsruhe in den Tod.

Arnold Halbachs Ehe hatte aber nicht die einzige Verbindung zu den Bohlens gestiftet. Auch sein Sohn Gustav, der am 27. April 1831 in Philadelphia das Licht der Welt erblickt hatte, heiratete eine Bohlen. Und zwar Sophie Bohlen, die Tochter des Königlich Niederländischen Generalkonsuls zu Philadelphia, Henry Bohlen, der als amerikanischer Brigadegeneral unter General Schurz am 22. August 1862, erst zweiundfünfzigjährig, im Gefecht am Rappahounok (Virginia) den Soldatentod für die Sache der Nordstaaten fand. Obwohl am 23. Juni 1837 zu Karlsruhe geboren und am 30. Juni 1915 dortselbst gestorben, ist Sophie Bohlen doch eine «Vollblutamerikanerin»: Enkelin Bohl Bohlens, der noch vor der Anerkennung der Vereinigten Staaten durch Grossbritannien in Philadelphia ansässig geworden war und Tochter eines amerikanischen Bürgerkriegsgenerals aus seiner Ehe mit Emilia Borie, die am 24. November 1811 in Philadelphia zur Welt gekommen war und als junge Frau, am 24. September 1850, auf Schloss Hadricourt bei Paris starb.

Und nun der «badische» Grossvater – notabene: der Grossvater väterlicherseits des heute regierenden «Krupp», Gustav von Bohlen und Halbach.

Natürlich trug dieser Nachfahre bergischer Hammerschmiede und friesischer Bauern, als seine Geburt ins Register des Standesamtes Philadelphia eingetragen wurde, noch keinerlei Adelsprädikat vor dem Namen. Er begann den Lebensweg als ein schlicht-bürgerlicher Halbach; es sei denn, dass der Vater schon damals zur Erhöhung seines Prestiges den eigenen Familiennamen um den Mädchennamen seiner Gattin bereichert hatte.

Wie dem nun sei, der junge Gustav Bohlen-Halbach war ein tüchtiger Mann, der, den goldenen Boden des väterlichen Reichtums unter den Füßen, eine erstaunliche Karriere machte. Er trat nach vollendetem Rechtsstudium und ehrenhafter Promotion zum Dr. jur. in die Dienste des Fürsten ein, den ihm sein Vater unter den regierenden Landesherren des grossen deutschen Vaterlandes gleichsam ausgesucht hatte: wurde Grossherzoglich Badischer Kammerherr, Legationsrat, Ministerresident – zuletzt in Den Haag, wo ihm am 7. August 1870 sein nachmals berühmter Sohn Gustav geboren wurde –, Hofzeremonienmeister, Oberschlosshauptmann mit dem Prädikat Exzellenz und Ehrenritter des Johanniter-Ordens – welch letzterer Glücksumstand dadurch ermöglicht worden war, dass ihn der Grossherzog am 14. August 1871 als Herr «von Bohlen und Halbach» in den erblichen badischen Adelsstand erhoben hatte.

Welch eine Fülle von Paradoxien. Dem Blut nach entstammte die badische Exzellenz hergischem Arbeits- und friesischem Bauernmadel; dem Recht nach verdankte der junge Freiherr die Standeserhöhung der Huld seines Landesherrn, obwohl das badische Landekind gar kein geborener Spross «seines» Landes, sondern ein adoptier-

tes Landekind, nach Recht und Herkunft ein Bürger der Neuen Welt war. Und ausgerechnet dieser Sohn des freien Amerika, der durch die Familientradition seiner Mutter und seiner Gattin eng mit dem politischen Werden und den gesellschaftlich führenden Schichten der Vereinigten Staaten verbunden war, wurde Diplomat, Zeremonienmeister und Oberschlosshauptmann am Hof eines deutschen Fürsten von allenfalls mittelmässiger Bedeutung.

Wahrhaftig, ein schwer zu deutender Vorgang, der sich im Leben des ordenbesten Hofmannes präsentiert. War Gustav von Bohlen und Halbach allzufrüh die Erinnerung an Amerika verblasst, die weiträumige Neue Welt, «Gottes eigenes Land», die Wahlheimat der Pioniere, deren Boden das Blut seines Schwiegervaters getrunken hatte?

War ihm das Lebensgefühl fremd geblieben oder fremd geworden, das Goethe zu dem Stossseufzer bewegt hatte:

*«Amerika, du hast es besser
Als unser Kontinent, das alte,
Hast keine verfallenen Schlösser
Und keine Basalte.
Dich stören nicht im Innern,
Zu lebendiger Zeit
Unnützes Erinnern
Und vergeblicher Streit*

*Benutzt die Gegenwart mit Glück!
Und wenn nun eure Kinder dichten,
Bewahre sie ein gut Geschick
Vor Bitter-, Räuber- und Gespenstergeschichten.»*

Der gute alte Olympier! Gustav von Bohlen und Halbach schrieb zwar keine, aber erlebte «Ritter-, Räuber- und Gespenstergeschichten». Cum grano salis freilich: die Räuber- und Gespenstergeschichten nur soweit sie notwendig waren, seinem Dienst als Oberschlosshauptmann den Hintergrund jener romantischen Legitimation zu verleihen, die ihm das Leben mitsamt der vierundsechziggliedrigen Kette uradliger Ahnen versagt hatte, die Rittergeschichten jedoch mit eben der Inbrunst, die immer den Mann anfertete, der den gestern empfangenen Ritterschlag noch auf der Schulter spürt.

Aber schliesslich – Romantik hin, Rittertum her: der junge Amerikaner hatte den Sprung über den Atlantik nicht getan, um im Schosse ruinienseliger Romantik zu landen, sondern um mit Hilfe des väterlichen Geldes eine gesellschaftlich glänzende Karriere zu machen. Beziehungen zum Karlsruher Hof müssen schon vorher bestanden haben, weniger vielleicht was Arnold Halbach, als vielmehr was Henry Bohlen angeht, der das niederländische Generalkonsulat in Philadelphia offenbar als Berufsdiplomat verwaltet und in dieser Eigenschaft zurzeit, als seine Tochter geboren wurde, in Karlsruhe geweltet hatte. Jedenfalls war die Selbstbeschränkung auf einen mittleren

Hof, der überdies im Rufe liberaler Neigungen stand – ob nun die Entscheidung vom Vater oder vom Sohn getroffen wurde – ein Akt der Lebensklugheit, die zu erwerben ein Menschenalter kaum ausgereicht hätte. Alles wies den jungen Bohlen-Halbach darauf hin, seine Laufbahn im grösseren Preussen zu beginnen: die preussische Herkunft und das preussische Ehrenamt des Vaters, das dieser viele Jahre hindurch in Philadelphia betreut hatte. Aber wie hätte denn ein Bürgerlicher am Berliner Hof zum Kammerherrn ernannt werden können, selbst wenn der Souverän die Statur gehabt hätte, der Fronde der Junker entgegenzutreten? In Karlsruhe war dergleichen möglich – wie es ja auch in Weimar möglich gewesen war. Am badischen Hof konnte man nach dem Goethewort leben: «Benutzt die Gegenwart mit Glück», und im Schatten verfallener Schlösser Karriere machen, selbst wenn man unter der Sonne Amerikas aufgewachsen war. Das haben die Halbach, Vater und Sohn, intuitiv erkannt. Und das Erbe der bergischen Väter – der nüchterne Tatsachensinn, die robuste Ellbogenkraft, die Arbeit-samkeit und die pedantische Ordnungsliebe der Schmiedemeister, die ihr Genüge am Leben im kleinen, schiefgedeckten Haus am Bach, hinter sparsam geachtelten Fensterscheiben und grünen Fensterläden fanden und gleicherweise durch ihre Agenten mit aller Welt in Verbindung standen – hat dann auch den Dr. jur. Gustav Bohlen-Halbach in die Lage gesetzt, auf den Sprossen der gesellschaftlichen und beruflichen Stufenleiter so hoch zu steigen, wie es im Rahmen eines deutschen Bundesstaates nur möglich war. Bis zu dem Punkt, an dem er – sicherlich ein pinseliger Zeremonienmeister von schikanöser Akkuratess – die Hofschranzen nach seiner in jedem Fall besseren, will sagen: nach seiner eisenstirnig behaupteten, lebenslang bürgerlich-bergischen Einsicht dirigieren konnte.

Wie der Vater, so war auch der Sohn ein Karrierist von hohen Graden: Als Siebenundzwanzigjähriger trat der Heidelberger Dr. jur. und Leutnant im 2. Badischen Dragonerregiment Nr. 21 als Referendar ins Grossherzogliche Badische Ministerium des Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten ein. Doch anders als der Vater war der junge Herr von Stande – er trug den erblichen Adel ja schon seit seinem zweiten Lebensjahr –, nicht mehr darauf angewiesen, im engen Rahmen des grossherzoglichen Hofes zu verharren. Im Januar 1898 trat er in den Dienst des Auswärtigen Amtes zu Berlin, bestand im Oktober die Diplomatenprüfung und wurde im Januar 1899 zum Legations-Sekretär ernannt. Dem glatten Start folgte ein flotter Aufstieg: Juni 1899 bis Mai 1900 dritter Legationssekretär an der Kaiserlich Deutschen Botschaft in Washington, Juli 1900 bis Juni 1903 zweiter Legationssekretär an der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft in Peking, Winter 1903/04 informatorische Tätigkeit bei der Disconto-Gesellschaft in Berlin, März 1904 bis Oktober 1906 Legationssekretär der Königlich Preussischen Gesandtschaft am Vatikan, und zwar seit Oktober 1904 mit dem Titel eines Legationsrats. Das würde in der Tat zu den schönsten Hoffnungen berechtigt haben, selbst wenn dieses fünfte unter den zehn Kindern des Grossherzoglich Badischen Oberschlosshauptmannes – fünf Brüder und zwei Schwestern erlebten

noch das Glück ihres Bruders – vom Schicksal nicht mit der reichsten Erbin zusammengeführt worden wäre, die das Deutsche Reich damals zu bieten hatte. Nun aber quittierte er «zwei Wochen nach der Hochzeit den diplomatischen Dienst, übernahm im November 1906 die Leitung der Kruppschen Werke, trat in den Aufsichtsrat der am 1. Juli 1903 als solcher konstituierten Fried. Krupp AG ein und liess sich im Jahre 1910 zu dessen Vorsitzenden wählen. Im gleichen Jahr erfolgte als Beweis der besonderen Huld seines Kaiserlichen Kriegsherrn die Ernennung zum Rittmeister d.R. des Leib-Garde-Husaren-Regiments in Potsdam, das an Exklusivität kaum hinter dem Garde-du-Corps zurückstand; sein angestammter Landesherr ehrte ihn durch die Ernennung zum Grossherzoglich Badischen Kammerherrn, und um ihn die diplomatische Herkunft nicht vergessen zu lassen, wurde ihm schliesslich noch der Titel eines Königlich Preussischen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers verliehen.

Der so vielfach geehrte Enkel jenes Arnold Halbach, der noch in Philadelphia den Schweisstahl des väterlichen Hammerwerks verkauft hatte, Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Rechtsritter des Johanner-Ordens, Träger des Roten-Adler-Ordens II. Kl. mit Eichenlaub und der Königlich Kronen-Ordens II. Kl., des Grossherzoglich Badischen Ordens vom Zähringer Löwen und des Komtur-Kreuzes I. Kl. des Preussischen Hausordens von Hohenzollern, hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg das äusserste an Reichtum und gesellschaftlichem Rang erreicht, was sich ein Deutscher erträumen konnte. Darin war er, weit mehr als seine Brüder, dem Vater nachgeraten. Kein Krupp, sondern ein Spross aus bergischem und friesischem Blut mit amerikanischem Einschlag: zäh, nüchtern, pedantisch bis zur Kleinlichkeit, stets seiner Grenzen bewusst, lebensklug und, wenn es not tat, von bemerkenswerter Schläue, ein harter Herr und ein strenger Vater, ein Mann ohne jede Fähigkeit, inmitten seines grossen, auf pomphaft Repräsentation bedachten Reichtums das Leben zu geniessen. Kurzum, ein Karrierist von selten erreichter Reinheit dieses Wesenszuges; das war Dr. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der Begründer der neuen Dynastie auf dem Hügel, der Gatte Bertha Krupps, die heute mit einundsiebzig Jahren noch die Zügel der Familienherrschaft in befehlsgewohnten Händen hält, und der Vater des jetzigen Inhabers der Firma Fried. Krupp.

Wie dieser Halbach, dessen 1,64 Meter von der lieblichen Walküre Bertha Krupp um beinah Haupteslänge überragt wurden, das Regiment auf dem Hügel führte, und wie er den Erben des fideikommissartig gesicherten Familiengutes erzog, würde hinreichend Stoff für eine traurige Groteske bieten.

Da war der Hauslehrer Maag, der den jungen Alfried (geb. 13. August 1907) im Turnen, Reiten und in den Gymnasialfächern abrichtete; da war die Kruppsche Feuerwehr – getarnte Geheimpolizei des Hauses – deren Männer über den Aufenthalt eines jeden der sieben Kinder, die von 1907 bis 1922 zur Welt gekommen waren, jederzeit Bericht zu geben hatten, wenn er von ihnen verlangt wurde; da war die Hausdisziplin, die etwa eine Verspätung zur nicht wiedergutzumachenden Sünde stempel-

te; da war die Tischordnung nach dem Vorbild des Kaiserlichen Hofes, nach welcher der Hausherr das Tempo des Essens angab: Wer mit dem nervösen Schnellesser nicht mitkam und überdies das Pech gehabt hatte, an nachgeordneter Stelle bedient zu werden, sah hilflos zu, wie der eben gefüllte Teller ihm vom Lakai weggerissen wurde. Genau wie bei Kaisers. Und wenn es Eis zum Nachtschiff gegeben hatte, standen – genau wie bei Kaisers – die Gäste, die unklug genug gewesen waren, mit dem Löffeln überhaupt zu beginnen, mit schmerzenden Zähnen von der Tafel auf.

Pereat mundus, fiat disciplina.

Ordnung musste sein und wenn die Welt zugrunde ginge.

Nicht nur war dieser engstirnige, kaltherzige, autokratische Verwalter des angeheirateten Krupp-Vermögens eifrig darauf bedacht, dass es mit den Krupp-Werken seine Ordnung behielt – dass sie, hiess das, ungeachtet des alliierten und im Friedensvertrag besiegelten Rüstungsverbots, durch Beteiligung an schwedischen und niederländischen Rüstungsbetrieben in die Lage gesetzt wurden, «als Treuhänderin eines geschichtlichen Erbes die wertvollen und für die Wehrkraft unseres Volkes unersetzlichen Erfahrungen zu hüten, um zur gegebenen Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverluste wieder zur Arbeit für des Reiches Wehrmacht bereitzustehen» –, auch im engen Kreis der Familie mussten Ordnung, Disziplin und äusserste Sparsamkeit herrschen.

Nachdem Alfried die letzten drei Schuljahre am öffentlichen Gymnasium Essen-Bredeney absolviert hatte, steckte ihn der Vater in die Kruppsche Lehrwerkstatt, wo er die Anfangsgründe des Schmiede-, Schlosser- und Dreherhandwerks erlernte: Das bedeutete achtstündige Arbeitszeit, zwölf Pfennig Stundenlohn und die gestrenge väterliche Kontrolle der Arbeitskarte, die Alfried von Bohlen und Halbach wie jeder andere zu stechen hatte.

Dann kam das technische Studium in München und Aachen mit einem 500 RMark-Wechsel und der Sorge für Auto und Diener, etwa zurzeit der nationalsozialistischen Machtübernahme die Volontärzeit bei der Dresdner Bank und endlich, am 1. Oktober 1936, der Eintritt in die Firma. Ohne Rechte versteht sich: Als Alfried, dem Vater zum Trotz, die Tochter des Hamburger Importeurs Bahr heiratet, kommt es zum offenen Familienzwist. Obwohl dem Sohn alsbald der künftige Erbe geboren und auf den Namen Arndt getauft wird, setzt der Vater sich durch. Der väterlichen Drohung, ihn zu enterben, kann Alfried nicht widerstehen. Er lässt sich scheiden, behält aber den Sohn bei sich. Jetzt erst wird die Erbfolge nach dem «Generalregulativ» des Ahnherrn Alfred Krupp in dem Sinne geregelt, dass Alfried zum Alleinerben der Firma eingesetzt wird, und am 22. März 1941 tritt der Sohn – vom Saulus zum Paulus im Reich seines Vaters gewandelt – mit einem Jahresgehalt von 60'000 RMark ins Direktorium der Firma ein.

Das war der letzte Gnadenbeweis, den der kränkelnde, von den Bewährungsproben der nationalsozialistischen Revolution und des immer anstrengender werdenden Stahlbads schwerstrapazierte Grossherzoglich Badische Kammerherr und Leiter der Krupp-Werke zu vergeben hatte. Zu seinem siebzigsten Geburtstag, 1940, hatte er

noch das Goldene Ehrenzeichen der NSDAP aus der Hand des «Führers» entgegengenommen, hatte sich vom Reichswirtschaftsminister Dr. Funk den Adlerschild des Reichs mit der Widmung «Dem deutschen Wirtschaftsführer» überreichen, die beiden ihm auf den Vorschlag des Rüstungsministers Todt verliehenen Kriegsverdienstkreuze zu den beiden Eisernen Kreuzen auf den Frack heften lassen, die ihm der Erste Weltkrieg gebracht hatte, und ernstes Gesicht auf die vom «Führer» gezeichnete Urkunde niedergeblickt, durch die er, auf Vorschlag des trinkfrohen Dr. Ley, als erster deutscher Betriebsführer zum «Pionier der Arbeit» ernannt wurde.

Was konnten ihm, der so viele Ehrungen erheiratet, erarbeitet, erworben, ergeizt hatte, die späten Gunstbeweise noch bedeuten? Das Alter kam, die ersten Vorboten der Krankheit, die Gehirnblutungen, meldeten sich, denen er zehn Jahre später auf seinem Gut Blütenbach bei Salzburg erliegen würde (16. Januar 1950). Er hatte nicht mehr viel Zeit: Zweieinhalb Jahre, nachdem er die Eheaffäre seines Ältesten bereinigt und den rehabilitierten Sohn ins Kruppdirektorium aufgenommen hatte, im November des Jahres 1943, wurde die Aktiengesellschaft nach vierzigjährigem Bestehen in eine Einzelfirma zurückverwandelt, als deren Inhaberin Frau Bertha Krupp zeichnete. Doch nur, um damit die Voraussetzung für den Vollzug der nach dem Willen des «Führers» ergangenen «Lex Krupp» zu schaffen, die nichts anderes vorsah, als die Bestimmungen des alten Generalregulativs und des Kaiserlichen Erlasses Wilhelms II. Das heisst: Alfred von Bohlen und Halbach wurde nach der Verzichtleistung seiner noch von Alfred Krupp zur Alleinerbin eingesetzten und nur ad hoc in ihren Rechten wieder bestätigten Mutter alleiniger Inhaber des Familienunternehmens und dadurch zugleich mit dem Recht ausgestattet, das «Krupp» vor seinen Vatersnamen zu setzen.

Wie es weiterging, ist bekannt: am 11. März 1945 wurden durch einen letzten Angriff, der von tausend Bombern der Royal Airforce geflogen wurde, die Anlagen der Gussstahlfabrik Essen zerschlagen. Wenige Wochen später, nach dem Einmarsch der Sieger, wurde Alfred Krupp von Bohlen und Halbach in Vertretung seines in geistiger Umnachtung dahindämmenden Vaters in Haft, in Sippenhaft also, genommen. Nach mehr als zweieinhalb Jahre dauernder Untersuchungshaft begann Anfang Dezember 1947 der Prozess gegen Alfred Krupp und elf seiner Mitarbeiter vor dem Militärtribunal III in Nürnberg. Er endete mit dem Freispruch der Angeklagten in zwei Punkten (Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges; Verschwörung gegen den Frieden) und mit dem Schuldspruch in zwei anderen Punkten (Plünderung von Wirtschaftsgütern im besetzten Ausland; Begehung von Humanitäts- und Kriegsverbrechen durch Beschäftigung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener). Das Urteil lautete auf insgesamt sechsundneunzig Jahre Haft, wovon zwölf Jahre auf Alfred Krupp, zehn auf Professor Eduard Houdremont, heute Aufsichtsratsmitglied des Bochumer Vereins und der beiden noch zum Kruppschen Familienbesitz zählenden Unternehmen Westfälische Drahtindustrie und Capito & Klein AG, und weitere zehn

Jahre auf den nachmaligen Generalbevollmächtigten der Firma Fried. Krupp, Friedrich Janssen, entfielen, der 1956 verstorben ist. Gegen Krupp wurde ferner auf Einziehung des Vermögens zugunsten des Kontrollrats für Deutschland erkannt. Aber schon der derzeitige amerikanische Militärgouverneur, General Clay, stellte die Ausübung der Einziehungsbefugnis in das Belieben jedes der vier Zonenbefehlshaber. Die Sowjetrussen machten von der Befugnis in ihrer Zone selbstverständlich den ausgiebigsten Gebrauch; die Militärgouverneure der Westlichen Zonen verzichteten darauf.

Durch die Revisionsentscheidung des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy vom 31. Januar 1951 wurde der die Vermögenseinziehung betreffende Passus des Urteils aufgehoben und die Haftstrafe der Verurteilten auf die tatsächlich abgebusste Zeit begrenzt: Nach fast sechs Jahren hinter Stacheldraht und Gefängnismauern waren Alfried Krupp und seine Mitarbeiter wieder frei.

Die Rechtskraft des Urteils aber – so vermessen und herausfordernd, wie selten eins ergangen ist – wurde durch diese Revision nicht angetastet. Wohlgemerkt: es geht hier nicht um das individuelle Schicksal der zu Unrecht Verurteilten; denn es hat im Dritten Reich, während des Krieges und später unendlich viel schwerere Schicksale gegeben als das Geschick dieser Männer. Es geht darum, dass das Verfahren gegen die Industriellen zu einer Zeit begonnen und geführt wurde, als noch Millionen deutscher Kriegsgefangener die französischen Minenfelder entminten und in den belgischen Bergwerken, auf den Feldern britischer Farmer und unter unsäglich elenden Bedingungen in den Betrieben der Sowjetunion und ihrer Satelliten arbeiteten; als immer noch deutsche Zivilisten zur Zwangsarbeit nach Russland deportiert und dort festgehalten wurden – kurzum, als alles das im hohen Schwange war, was den Angeklagten vorgeworfen wurde: bei den nämlichen Mächten, die das deutsche Volk umzuerziehen vorgaben und mit moralischem Anspruch über dessen Politiker, Generale und Industrielle zu Gericht sassen.

Aber lassen wir das; es ist genug darüber geredet und geschrieben worden.

Als Alfried Krupp zurückkehrte, fand er die Edelstahlwerke in Essen-Borbeck – die modernsten ihrer Art – und die Anlagen in Wattenstedt demontiert, die Gusstahlfabrik in Essen bis in die Fundamente hinein zerstört vor. Es blieb ihm freilich noch viel, unendlich viel mehr als die öffentliche Meinung wusste oder zu wissen vorgab, genug jedenfalls, um ihm noch immer das schmückende Beiwort des Reichsten unter den Reichen zuzuerkennen. Nur lastete eine schwere Hypothek auf seinem Besitz: Niemand konnte voraussagen, welche Verpflichtungen ihm die Entflechtungspraxis der Alliierten auferlegen würde, welche Unternehmen er endgültig behalten dürfen sollte, welche andere er würde abgeben müssen und unter welchen Bedingungen die Veräußerung zu erfolgen hatte.

Nach zweijährigen Verhandlungen nicht etwa zwischen den Stahltruhändern oder den Vertretern der Bundesregierung, sondern zwischen den Bevollmächtigten Krupps und den alliierten Hohen Kommissaren kam endlich am 4. März 1953 jener «Plan für die Entflechtung, Abtrennung und Verteilung von Vermögenswerten der

Firma Fried. Krupp, Essen» zustande, der sowohl in rechtlicher als auch in materieller Hinsicht ein Unikum ist: in rechtlicher, da er zwischen einem Privatmann und den Bevollmächtigten dreier Grossmächte abgeschlossen wurde; in materieller, da die Auflagen, die Krupp gemacht wurden, nicht nur die Trennung des Krupp-Konzerns von seiner Hütten- und Kohlenbasis, sondern auch familieninterne Vermögensregelungen vorsahen.

Nicht etwa, dass Krupp enteignet wurde oder seine wertvollsten Besitztümer entschädigungslos herausgeben sollte. Ihm wurde vielmehr zur Pflicht gemacht, seinen gesamten Hütten- und Bergwerksbesitz – die Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG mit der Hüttenwerk Rheinhausen AG und der Bergwerk Rossenray AG, die Gewerkschaft (heute Bergbau AG) Constantin der Grosse, die Gewerkschaft Emscher-Lippe und die in eine «Einheitsgesellschaft» eingebrachten Zechen Hannover-Hannibal – in einem Zeitraum von fünf bzw. sieben Jahren zu verkaufen, die Capito & Klein AG und die Westfälische Drahtindustrie AG – diese allerdings entschädigungslos – an eine Reihe enger Familienangehöriger abzutreten und diesen ausserdem Barabfindungen in beträchtlicher Höhe auszusetzen.

Auf gewisse Einzelheiten des vieldiskutierten Plans werden wir noch eingehen. Hier genügen die Andeutungen über den Inhalt der Neuordnung, um die grosse Zäsur in der Geschichte des Hauses «Krupp» zu markieren: im März 1953 begann sowohl tatsächlich als auch dem Buchstaben des Rechts nach die Herrschaft der Halbachs über das Krupp-Erbe.

Das Regiment des Vaters war ein Interregnum gewesen, das, so autokratisch es sich gebärdete, seine Entscheidungen nicht aus eigenem, sondern aus abgeleitetem Recht traf. Die Lex Krupp vom November 1943 hatte freilich das Eigentum an der Firma in die Hände Alfrieds überführt; doch war seine Entscheidungsfreiheit durch die Diktatur des Dritten Reichs und die Anforderungen des Krieges weitgehend eingengt. Erst jetzt war er frei; eingeschränkt nur durch die menschliche, auf keinerlei Rechtstitel gestützte Autorität der Mutter.

Aber ist das denn nun von so überragender Bedeutung, dass es sich lohnt, darüber zu reden?

Uns scheint, ja: Der Übergang des grössten industriellen Einzel-Vermögens aus den Händen der Krupps, die es geschaffen, in den Besitz der Halbachs, die es während eines Menschenlebens verwaltet und freilich auch gemehrt haben, rechtfertigt eine Erörterung.

Erinnern wir uns: Der Grossvater väterlicherseits des heutigen Firmeninhabers Alfried war die badische Exzellenz, der Grossherzoglich Badische Ministerresident, Hofzeremonienmeister und Oberschlosshauptmann Dr. Gustav von Bohlen und Halbach, den die Huld seines Landesherrn als Vierzigjährigen in den Adelsstand erhoben hatte. Dessen Grossvater nun war ein bergischer Hammerschmied.

Die beiden haben nichts als nur dieses gemeinsam: die Neigung, ihr Dasein in engen, leichtüberschaubaren Lebensverhältnissen zu führen – in der Enge des Tals,

wo der Bach den pochenden Hammer treibt, der eine; in der Enge des Fürstenhofs, wo jeder jeden und die Geheimnisse des anderen kennt, der andere.

Was folgt daraus?

Nun – wir wollen nicht vorschnell urteilen.

Neigten auch einige unter den väterlichen Vorfahren Alfrieds dazu, ihr Genüge in der Enge eines schon gegründeten Daseins zu finden, so scheint es doch, dass andere darauf angelegt waren, ins Ferne und Grosse zu schweifen. War nicht Arnold Halbach, der Grossvater Dr. Gustav Krupps von Bohlen und Halbach, von Müngsten ausgebrochen, um sein Glück – doch halt, da irren wir schon: um das Glück des väterlichen Hauses – in den Vereinigten Staaten zu machen; hatte er nicht drei Jahrzehnte in Philadelphia zugebracht; hatte er nicht die Tochter eines alteingesessenen Grosskaufmanns, die Schwester eines amerikanischen Generals geheiratet, war er nicht in der amerikanischen Wahlheimat zu Wohlstand und grosser gesellschaftlicher Geltung gelangt? Und schliesslich, war nicht auch Gustav, sein Enkel, aus der Enge einer kinderreichen Familie und einer an die Regeln des Avancements gefesselten Beamtenlaufbahn ausgebrochen, um durch die Ehe mit Bertha Krupp ins Grosse und Weite der Lebensverhältnisse zu gelangen, die riesigen Reichtum, industrielle Macht und die Beziehung zu den gekrönten Kriegsherren verbürgten?

Verhält es sich also nicht so, dass in der Geschlechterfolge der Halbachs die Neigung, im Engen zu verharren, und der Trieb, ins Weite hinauszuschweifen, einander ablösen – als ob sich die Paradoxien des 19. Jahrhunderts in diesem Wechsel abbildeten?

Der Schein spricht dafür; doch eben nur der Schein. In Wirklichkeit kehrte Arnold Halbach in die enge Behaglichkeit des Baden-Badener Villenviertels zurück, und was seinen berühmten Enkel Gustav betraf, so brachte der all die tugendhaft-pinselige, kaltherzige, phantasielose Engstirnigkeit in seine Ehe ein, die auf dem deftigen Kulturboden geschäftsschlauer Sektenfrömmigkeit und muffiger Selbstherrlichkeit von jeher die schönsten Früchte trug.

Alfred Krupp war ein brutaler Patriarch gewesen, der den Hirtenstab wie eine Keule handhabte; ein pffiffiger Geschäftsmann und ein bösartiger Intrigant; aber doch ein grossartig-grantiger Kerl, der Baumeister der Krupp-Werke, der sich bei hoch und niedrig in Respekt zu setzen wusste. «Ich wollte», hatte er im Jahre 1885 geschrieben, «dass jemand mit grosser Begabung eine Gegenrevolte anregte zum Heile des Volkes und durch Lehre und Beweise demselben zeigen möchte, dass zunächst nur Eins helfen kann für alle Zeiten – reine Sitte, Mässigkeit in Genuss und Kleidung und Sparsamkeit.» Das Wort war – wie so viele andere Kraftworte, die seiner eifernden Feder entflossen – auf das Volk, die misera plebs, «die Leute» seines schwerindustriellen Gutshofs gemünzt.

Für sich selbst hatte die «schroffe Herrennatur mit dem warmherzigen Charakter», als den ihn einer der offiziellen Krupp-Chronisten konterfeit, jedoch etwas mehr vom Leben verlangt als «Mässigkeit in Genuss und Kleidung und Sparsamkeit» gemeinhin

zu bieten haben. Für sich selbst und seine Familie hatte dieser Herrenmensch in den Jahren 1868-1873, in nahezu sechsjähriger Bauzeit also, nach eigenen Plänen «Villa Hügel» inmitten eines Parks errichten lassen, für den Dutzende kleiner Bauern ihr Land hergegeben hatten: eine Kreuzung zwischen Bahnhof und Märchenpalast, ein Bau von grössenwahnsinnigen Dimensionen: hässlich, unbehaglich, bedrohlich, pompös – für jeden anderen als den Herrn und Baumeister des Hauses und allenfalls die schar der Lakaien ein düsterer Alptraum, der das Gefühl erstickender Angst hervorrief.

immerhin, man wusste, woran man war, bei diesem Krupp. Die gewittrige Schwüle, die dunkel-gefährliche Atmosphäre, die bis zum heutigen Tag unter der Dunstglocke des Reviers nistet, vor der die «Leute» der Zechen und Hütten sich in die Sicherheit ihrer engen Stuben, Vereinslokale und Stammtische flüchten, dieser spezifische, mit den schlagenden Wettern der Gewalttätigkeit übersättigte Ruhrgebietsmief, ist die Ausstrahlung seiner Natur und jener ihm gleichgearteten Persönlichkeiten, deren Lebenskraft den Wald der Schlote, Hochöfen und Fördertürme aus dem dünnen Boden des schwarzen Reviers hervorzauberte. Mit Männern dieser Art konnte man rechnen; ihre Reaktionen waren von vornherein abzusehen – im Guten und im schlimmen.

Mit Gustav von Bohlen und Halbach, der mit Genehmigung des Kaisers die Legende vom Fortbestehen des Krupp-Geschlechts stiftete, verhielt es sich anders.

in jungen Jahren war Gustav kein Mann der Jeunesse Dorée, der goldenen Jugend gewesen, der Väterchens Wechsel, Tantchens Goldfuchse und den Kredit bei Schneider und Gastwirt verjubelte, sondern trotz Kavallerieoffizierspatent und diplomatischer Laufbahn ein würdiger Vertreter jener Jeunesse Doublée, die den gesellschaftlichen Erfolg billig erwirbt.

So fiel es ihm denn nicht auf, dass er auch als der «Krupp», zu dessen Zeugung es nicht der Freuden und Mühen des Minnedienstes, sondern nur eines reichlich post festum gesprochenen Kaiserwortes bedurft hatte, kein Gold, nicht einmal achtkarätiges Gold war, sondern eben Double, durch dessen hauchdünnes Edelmetall sehr bald das Kupfer hindurchschimmerte: das Kupfer der Pfennige, mit denen dieser Pfennigfuchser rechnete. Denn das war er und blieb er zeitlebens, im strikten Gegensatz zu den harten Herren vom Schlag Alfred Krupps, die ihren Aufstieg der eigenen Kraft verdankten: ein schlauer, hypokritischer, harthändiger Pfennigfuchser, dem eine grandseigneurale Geste einfach zu teuer gewesen wäre.

Eine der vielen Geschichten zu diesem Thema berichtet seine Affäre mit der Familie des Reichsfreiherrn Carl Raitz von Frenzt.

Dem alten Freiherrn aus einem Kölner Geschlecht, das seinen Ursprung bis in die Tage der Sachsenkaiser zurückverfolgen kann, war in den zwanziger Jahren von den ehemals grossen Familienbesitzungen – zu denen übrigens auch Schloss Schlenderhan gehört hatte, das 1868 für 222'000 Taler von dem Kölner Freiherrn von Oppen-

heim erworben wurde – nur noch das 18 Morgen grosse Weingut in Hattenheim geblieben. Ein berühmtes Gut, auf dessen Bergen die edelsten Weine reifen, Markobrunner, Wisselsbrunner, Mannberger, Siegelsberger und Engelmansberger, und das damals schon fast dreihundert Jahre im Raitzschen Familienbesitz war.

Ob nun der Reichsfreiherr ebensowenig vom Weinbau wie vom Malen verstand – vom Malen verstand er sicherlich ebensowenig wie von der Kaufmannschaft und von der hohen Kunst der Kreditgewährung –, genug: der adlige Weingutsbesitzer war auch mit dem letzten Stückchen Vermögen fertig, just als die Weltwirtschaftskrise an die Tore seiner treuesten Kunden pochte, die jahrzehntelang die guten Hattenheimer Tropfen auf Kredit gekauft hatten.

Als ihm die Flut der Hypotheken und Schulden über den Kopf zusammenschlagen drohte, erinnerte der Reichsfreiherr sich daran, dass er oder vielmehr seine Gattin über die österreichischen Krupps doch eigentlich mit den Essener Kanonenkönigen verwandt sei. Nicht eben nah; vielleicht aber eng genug, um bei einer hypothekarischen Verschuldung von 160'000 RMark – einer Lappalie für einen Mann, der mit einem 400-Millionen-Gewinn aus dem Krieg hervorgegangen war – auf Hilfe aus Essen hoffen zu können.

Dr. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach sagte denn auch seine Hilfe zu, vorausgesetzt, dass Pvaitz vorher Konkurs anmeldete. Als es dann aber zur Zwangsversteigerung kam, fehlte der Vertreter Krupps im Publikum des Auktionators, und da kein anderer Bieter sich fand, geriet das Gut in staatliche Zwangsverwaltung.

Auf den zwangsverwalteten Weinbergen wirkte nun der alte Freiherr mit seinen Söhnen Wynand (1902) und Hanno (1906), um für die Familie, zu der noch die Freifrau und eine an Kinderlähmung leidende Tochter gehörte, das Brot zu verdienen, während die Gläubiger, soweit es möglich war, sich aus dem Verkauf des altangestammten Familienmobiliars bezahlt machten. Der Erbhofcharakter, der ihnen eine Atempause verschafft hätte, wurde den Hattenheimern auf Betreiben der Gläubiger versagt, da sie ja doch die Möglichkeit hätten, sich von den reichen Verwandten aus ihrer Not helfen zu lassen.

Hilfe kam dann auch schliesslich aus Essen: 300 RMark im Monat, als Unterhaltsbeitrag für das freiherrliche Paar und die gelähmte Baroness Erica. Sie wurde sogar bis zur Währungsreform gezahlt. Was aber das Weingut anging, so blieb es beim Alten. Selbst als Hanno, der Tausendsasa, auf einer Motorradfahrt nach Norddeutschland, die er 1937 gemeinsam mit einem der Wiener Vettern unternommen hatte, Irmgard (1912) die ältere der beiden Krupp-Töchter, kennengelernt und im Sturme erobert hatte. Ja, selbst dann noch, als der zu Anfang energisch widerstrebende Herr auf dem Hügel das töchterliche Jawort durch sein väterliches Ja bestätigt hatte und die aus jungem Geld- und altem Schwertadel am 7. April 1938 einander ehelich verbunden worden waren.

Wie tröstlich hatte es geklungen, als die Gemeinde bei der protestantischen Haus-

trauung sang:

*«Ach bleib mit Deinem Segen Bei uns,
Du reicher Herr,
Dein Gnad und alls Vermögen
In uns reichlich vermehr.»*

Wie tröstlich auch der Aspekt, der sich da aufzutun schien, als der Schwiegervater dem SA-Sturmführer Hanno Reichsfreiherrn Raitz von Frenzt als Hochzeitsgeschenk einen Mercedes schenkte. Aber damit hatte es fürs erste auch sein Bewenden. Die dreitägige Hochzeitsreise in den Schwarzwald bezahlte Hanno aus dem Gehalt, das er als Bürgermeister von St. Goarshausen bezog.

Der Segen des reichen Herrn kam endlich dann doch.

Eines Tages fragte Herr Krupp von Bohlen und Halbach den Schwiegersohn «Willst du eine Million?» Hanno meinte dagegen, wenn schon, so wäre das 1'000 Morgen grosse pommersche Kartoffelgut Biesendahlsdorf bei Kaskow ihm lieber, das die Krupps von der Familie Dewitz übernommen hatten.

Grossmütig gewährte der Schwiegervater die Bitte; nachdem er zuvor allerdings eine auf seinen Namen lautende Hypothek in Höhe von 1 Mill. RMark – die etwa dem Wert des Geschenkes entsprach – auf das Gut hatte eintragen lassen.

Drei Jahre später, 1941, pachtete Hanno Raitz von Frenzt das zwangsverwaltete Weingut des Vaters, wobei die mündliche Absprache dahin lautete – so wenigstens berichtet *Der Spiegel* vom 14. November 1951, dem wir diese Geschichte verdanken –, dass nach dem Krieg sein Bruder Wynand in den Pachtvertrag eintreten solle. Ob Hanno damals schon darüber unterrichtet war, dass Krupp in aller Heimlichkeit die auf dem Weingut lastenden Hypotheken billig aufgekauft hatte – die Hypothek der Nassauischen Landesbank beispielsweise, die mit Zins und Zinseszins auf 110'000 RMark aufgelaufen war, für 20'000 RMark in lachendem Bargeld –, wer kann das wissen? Der alte Reichsfreiherr ahnte jedenfalls nichts. Er fiel aus allen Himmeln – inzwischen war Hanno im September 1941 an der Ostfront gefallen und seine Witwe war in den Pachtvertrag eingetreten –, als Krupp in seiner Eigenschaft als Hauptgläubiger im Jahre 1943 erneut die Zwangsversteigerung des Weinguts betrieb.

Das Unheil der Versteigerung – Unheil für den letzten ihm verbliebenen Sohn, der nach dem Krieg ja das Weingut als Pächter übernehmen sollte – konnte von dem Reichsfreiherrn und seiner Schwiegertochter zwar abgewendet werden. Es brach erst später herein: insofern nämlich, als Irmgard Raitz von Frenzt geb. von Bohlen und Halbach sich nicht an die mündliche Absprache gebunden hielt, wonach Schwager Wynand, der «1946 mit 80 Pfund Lebendgewicht und eingeschlagenen Zähnen aus russischer Kriegsgefangenschaft» heimgekehrt war, nach dem Krieg in den Pachtvertrag eintreten sollte.

Ob Irmgard viel Freude an dem Weingut hatte, mag dahingestellt bleiben: Die Pacht war zwar niedrig – ursprünglich 2'000 Mark, seit 1951 ein Fünftel des Ernteer-

trags –, aber die Verzinsung der Kruppschen Hypotheken verschlang wahrscheinlich den grössten Teil des Gewinns. Umso höher ist es der jungen Freifrau anzurechnen, dass sie, die mit drei Kindern auf einem norddeutschen Forsthaus von 230 Mark monatlicher Witwenrente lebte – unbegreiflicherweise, denn die westlichen Alliierten hatten ja keinen Gebrauch von ihrer Befugnis gemacht, das Kruppvermögen einzuziehen, und Mutter Bertha dürfte zu jeder Zeit über ein persönliches Vermögen in Höhe einer neunstelligen Ziffer verfügt haben –, dass die so tief geprüfte Frau ihren Schwiegereltern seit 1950 ein» in drei Raten zahlbare Rente von 100 DMark im Monat gewährte.

Inzwischen freilich hat Irmgard den Witwenschleier abgelegt. Als Irmgard Eilenstein wurde sie im Gefolge der «Neuordnung» des Krupp-Vermögens mit gewichtigen Beteiligungen bedacht. Heute besitzt sie 15 Prozent der Capito & Klein-Aktien (GK 20 Mill. DMark) und ist mit 50 Prozent an der prosperierenden Westfälischen Drahtindustrie AG (GK 10 Mill. DMark) beteiligt.

Doch genug davon, denn es geht uns ja nicht um Irmgard, sondern um den Krupp neuerer Art, Dr. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der, wie wir andeuteten, in die Landschaft des Ruhrgebiets eine Haltung, ein Verhältnis zu Menschen und Dingen, mitgebracht hat, die nicht dem Boden des auf Weiträumigkeit angelegten Reviers, sondern in letzter Instanz der Enge einer kleinbürgerlichen Vorstellungswelt entstammt.

Das ist's, was den Ruhrgebietsdunst, wo er sich mit der spezifischen Aura der Krupps vermischt, schier unerträglich macht: die Vorstellung, dass vier Jahrzehnte lang vom Hügel herab ein Mann regiert hat – Herr über das Arbeitsschicksal von 100'000 bis (zeitweise) 200'000 Betriebsangehörigen oder eine Grossstadtbevölkerung von 400'000 bis 700'000 Menschen – der dort, wo ihm weder Staat noch Gewerkschaft hineinreden konnten, in seinen privaten Beziehungen von Mensch zu Mensch, sich von Beweggründen leiten liess, die einfach mickriger Besitzgier entsprangen. Und uns scheint, dass auch der heutige Erbe des Krupp-Dominiums unter dem Druck der Atmosphäre stehen müsse, der sich jedem auf die Brust legt, der ein Krupp-Gebäude betritt.

Wahrhaftig, er hat es nicht leicht, der Erbe, der im Schatten der beiden einander so wesensfremden Geschlechter aufwuchs, der Halbachs und der Krupps; der Mann, in dem sich das Blut und die Tradition der beiden Familien vermischt haben.

Die Last der Vergangenheit liegt schwer auf den schmalen Schultern des Fünfzigjährigen. Er hat sich zu bewähren vor dem Schattet? des Vaters, der wie er kein Krupp, sondern ein Halbach war; vor der Mutter, die ihm das Geschlecht der Krupps verkörpert; vor den Geschwistern, die das vom Urgrossvater stammende, vom Kaiser und Führer bestätigte Gesetz der Erbfolge zugunsten der zum Mythos erhobenen Firma benachteiligte; vor den Mitarbeitern, die ihm die Arbeitsroutine abnahmen; vor den Alliierten, die ihn zu Unrecht verurteilten; vor den Frauen, die ihm das Herz nicht erwärmen konnten; vor dem mutterlosen Sohn, an dem das Beispiel des Vaters sich

nicht wiederholen soll, und vor der Welt, für die er nichts weiter ist, als «Krupp» – der Mann, der er nicht ist, und zugleich der Reichste unter den reichen Erben unserer Zeit.

Wer diese Last ohne schmerzliche Mühe und ohne Schaden zu nehmen tragen wollte, müsste schon von einer beispiellos brutalen Primitivität oder ein Übermensch sein. Alfred Krupp von Bohlen und Halbach ist weder das eine noch das andere, sondern ein Mann, der sich mit seinen Problemen auseinandersetzt. Eine problematische Natur; aber – wie sich in der Wahl seiner Mitarbeiter erweist – ein Problematiker von eminenter Klugheit.

Man kann über die «Entflechtungspolitik» der Alliierten – die Aufgliederung der grossen Montan-, Chemie- und Bankkonzerne in kleinere Einheiten, die mit der Zielsetzung angeordnet wurde, die Zusammenballung allzu grosser Wirtschaftsmacht rückgängig zu machen – man kann über die Beweggründe und die moralische Seite dieses Vorgehens denken, wie man will. Eins hat sich wenigstens hinsichtlich der Montankonzerne erwiesen: sie war ein Schlag ins Wasser.

Einerseits ist der Konzentrationsgrad in der eisenschaffenden Industrie, die Konzentration der Eisen-, Rohstahl- und Walzwerkproduktion auf wenige Grossunternehmen mindestens so hoch, wenn nicht höher, als vor dem Krieg, obwohl die Vereinigten Stahlwerke, die in den dreissiger Jahren zwei Fünftel der deutschen Rohstahlerzeugung vertraten, in zahlreiche Einheitsgesellschaften aufgelöst wurden; andererseits hat gerade die Technik der Entflechtung dahin geführt, dass die Besitzkonzentration, die Häufung von Eigentumstiteln – Aktien – der neugeschaffenen Unternehmen in den Händen relativ weniger Grossaktionäre erheblich grösser geworden ist, als sie jemals war. Wenn aus keinem andern Grund, so schon deshalb, weil der Kleinaktionär im Austausch gegen seine alten Aktien so viele auf kleine Beträge lautende Bezugsrechte erhielt, wie er ohne Aufwand erheblicher Mittel gar nicht ausnutzen konnte. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sie zu verkaufen und dadurch selbst zur Entstehung der Mehrheitspakete beizutragen, die den Kleinaktionär neuer Art in zahlreichen Fällen zu einer Quantité Négligeable, zu einer ohnmächtigen Minderheit, gemacht haben.

Wenn Krupp sich also dem Entflechtungsbefehl, der in der Form der Auflage an ihn ergangen ist, seine montanindustriellen Besitzungen binnen fünf bis sieben Jahren zu verkaufen, bisher praktisch versagt hat, so hat er sich damit nicht etwa einer schwungvollen Reformbewegung in den Weg gestellt. Was rings um ihn im Revier geschah und geschieht, stand und steht nicht im Zeichen der Entflechtung, sondern im Zeichen der Rückverflechtung und der Rekonzentration, die heute schon jedes zuvor erreichte Mass übersteigt. Teilweise freilich auch – aber das ist eine Sache für sich – im Zeichen der Überfremdung besonders des Steinkohlenbergbaus. Angesichts dieser Sachlage wäre es absurd zu erwarten, dass Krupp sich Hals über Kopf in die Entflechtungsprozedur stürzen würde. Er würde gegen den Strom schwimmen, dessen Gefälle mit bestürzender Eindeutigkeit in die Richtung zunehmender montanindustrieller Machtkonzentration weist und aus dieser Richtung weder durch das Eingreifen der

Bundesregierung noch durch Massnahmen der Hohen Montanbehörde abgelenkt wird.

In diesem Sinne wird wohl auch Berthold Beitz, der vierundvierzigjährige Generalbevollmächtigte der Firma Fried. Krupp, seinen Chef beraten haben. Der gelassene Pommer, standfest auf seinen Skiern, vor der Biertheke und im Geschäftsbetrieb, der seinen Weg vom ländlichen Zemmin über Hamburg nach Essen, vom kleinen Sparkassenangestellten zu einem der leitenden Leute bei der Deutschen Shell und nach dem Krieg vom Zonenaufsichtsamt für das Versicherungswesen ins Privatkontor des Generaldirektors der Iduna-Germania Lebensversicherungs AG gemacht hat, ehe er durch die Vermittlung des Essener Bildhauers Jean Sprenger mit Alfried Krupp bekannt wurde, ist das gerade Gegenteil des Krupp-Erben. Was sich dem von traumatischen Angstvorstellungen bedrängten Problematiker zur Unauflösbarkeit verknäuelte, entwirrt sich dem klaren Blick des Mannes, der, was er wurde, der eigenen Kraft und dem Talent zur Vereinfachung verdankt: der seltenen Fähigkeit, sich selbst im Mittelpunkt des Geschehens und das Weltgeschehen als eine der simplifizierenden Analyse zugängliche Abfolge von Vorgängen zu sehen, die sich auf wenige elementare und allgemeingültige Motive zurückführen lassen. Daher sein Urteil in der Entflechtungsfrage: «Wenn Alfried Krupp es nicht sagt, weil er zu seiner Unterschrift steht, dann sage ich es vor meinem Gewissen: Die Verkaufsauflagen müssen fallen, denn die Krupp-Betriebe gehören so zusammen wie ein Bauernhof, auf dem es gute und schlechte Felder gibt.»

So urteilt ein pommerischer Bauer, so aber auch ein Industrieller, der weiss, was er will. Wie sollte sich – meint Beitz wahrscheinlich mit gutem Recht – die Bundesregierung dem Zwang dieser schlichten Argumente entziehen, sofern ihre Souveränität mehr wert ist als das Blatt Papier, auf dem sie ihr zugestanden wurde. Und bei der Meinung darüber, was recht und billig sei, ist es nicht etwa geblieben. Die Leitung des Krupp-Konzerns hat sich durchaus so verhalten, als ob mit Sicherheit damit zu rechnen sei, dass die Verkaufsauflagen eines Tags fallen würden. Freilich hat Alfried Krupp als Inhaber der Firma Fried. Krupp die Capito & Klein AG – bis auf zehn Prozent, die Oetker über das Bankhaus Lampe erworben hat – und die Westfälische Drahtindustrie AG, zwei wertvolle Verarbeitungsunternehmungen, an seine Geschwister und deren Kinder übereignet. Er hat die – allerdings weitgehend zerstörte – Norddeutsche Hütte an die Klöckner-Werke AG verkauft, die auf dem küstennahen Gelände jetzt ihre Bremer Hütte errichtet. Er hat, wie schon im Plan der Krupp-Entflechtung vorgesehen war, die Emscher-Lippe Bergbau AG an die bundeseigene Hibernia verkauft. Er hätte sich auch von seiner Majorität an der Bergbau AG Constantin der Grosse getrennt – die seit der Umgründung aus der Gewerkschaft Ver. Constantin der Grosse sogar beträchtlich erhöht werden konnte – wenn die Italiener nicht nur den guten Willen gezeigt, sondern auch die Mittel gehabt hätten, das Geschäft zum Abschluss zu bringen.

Aber der Kern des berg- und hüttenmännischen Besitztums der Firma Fried. Krupp, die Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG, mit der Hüttenwerk Rheinhausen

sen AG, in der die Friedrich-Alfred-Hütte aufgegangen ist, der Bergwerke Essen-Rossenray und 50 Prozent der Harz-Lahn-Erzbergbau AG, ferner die Hannover-Hannibal AG im Bochumer Raum ist ungeachtet der noch bestehenden Verkaufsauflagen unangetastet im Besitz des Essener Stammhauses. Vom interessanten Schicksal Constantin wird noch zu sprechen sein.

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach hat aber nicht nur alles beim alten gelassen, sondern aus der Not eine Tugend gemacht. Anstatt Gewinne aus seinem reichen montanindustriellen Besitztum zu ziehen, etwa, um sie seinen zahlreichen Handels- und Industriebetrieben zuzuwenden, wie er sehr wohl hätte tun können und sicherlich auch getan hätte, wenn ihm als unausweichliche Endlösung die Realisierung der Verkaufsaufgaben vor Augen gestanden hätte, hat er die Überschusserträge restlos wieder untergepflegt. So wurden von der Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG seit der Währungsreform 287 Mill. DMark investiert – im Geschäftsjahr 1955 allein 93 Mill. DMark – wovon nicht weniger als 239 Mill. DMark oder 83,3 Prozent aus Eigenmitteln aufgebracht werden konnten. Mindestens 60 Mill. DMark sind noch erforderlich, um auch die «Kohlenseite» des Unternehmens – die Zeche Rossenray der Bergwerke Essen-Rossenray AG – so weit zu entwickeln, dass sie nach dem Auslaufen der rechtsrheinischen Zechen (Sälzer-Amalie, Helene, Wolfsbank und Christian Levin) dazu in der Lage ist, als Kohlenbasis des Rheinhausener Hüttenwerks an die Stelle der Hannover-Hannibal-Zechen zu treten, die früher diese Funktion versahen.

Nicht als ob Krupp die als Einheitsgesellschaft ausgegründete Steinkohlenbergwerk Hannover-Hannibal AG, Bochum-Hordel, als Bestandteil seines Dominiums abgeschrieben hätte. Es sieht nicht danach aus. Denn auch hier wurde seit Jahr und Tag der Ertrag untergepflegt. Vor der Währungsreform konnten immerhin 19 Mill. RMark investiert werden. Vom X-Tag bis zum 30. September 1955 erreichten die Investitionen zum Ausbau der Schachtanlagen die Höhe von 70,2 Mill. DMark, wovon 48,9 Mill. DMark oder 69,6 Prozent im Wege der Eigenfinanzierung aufgebracht wurden. Nicht in diesen Betrag eingerechnet sind jene 21,53 Mill. DMark, die an die Deutsche Erdöl AG für den im Zuge der Neuordnung steuerfrei erfolgten Kauf der Zeche Königsgrube teilweise noch zu zahlen sind; denn nur 12 Mill. DMark konnten durch einen langfristigen Kredit finanziert werden, der Rest muss erwirtschaftet werden, nachdem allerdings bis Ende 1955 schon 4 Mill. DMark abgetragen werden konnten.

Doch nicht allein die bei der Bergbaugesellschaft geübte Investitionspolitik spricht für die Annahme, dass man in Essen kaum noch mit der Erzwingung der Verkaufsaufgaben rechnet. In die gleiche Richtung deutet der Umstand, dass Hannover-Hannibal mit der dem Essener Stammhaus verbliebenen Krupp Kohlechemie GmbH in Wanne-Eickel einen Betriebsüberlassungsvertrag abgeschlossen hat. Die seit Jahren stillliegenden Anlagen der Wassergaserzeugung sollen nicht mehr in den Dienst der wirtschaftlich überholten Fischer-Tropsch-Synthese gestellt werden. Es ist viel-

mehr beabsichtigt, auf dem Werksgelände der Krupp Kohlechemie ein Stickstoffwerk zu errichten, das am 1. April 1957 in Betrieb genommen werden und 42'000 l Reinstickstoff erzeugen sollte: 26'000 l zur Weiterverarbeitung zu Ammonsulfat, 16'000 t zur Lieferung an «eine befreundete Firma», die den Stickstoff zur Herstellung von Salpetersäure braucht. Die Errichtung der Gesamtanlage «auf der grünen Wiese» würde mindestens 60 Mill. DMark kosten. Unter den gegebenen Umständen aber – d.h. da einerseits die Anlagen der Kohlechemie zur Verfügung stehen, andererseits kein neues Kraftwerk errichtet werden muss, der Strom vielmehr von dem im Ausbau befindlichen Zechenkraftwerk bezogen werden kann – glaubt man, mit 21 Mill. DMark auszukommen, wovon die Hälfte schon durch langfristige Kreditaufnahme beschafft wurde.

Doch nun auf einem Umweg zurück zu Constantin dem Grossen.

Als im Sommer 1954 der sagenumwobene schwedische Finanzmann Axel Wenner-Gren – der Vater der Alweg-Einschienbahn – trotz seiner dreiundsiebzig Jahre das 42 Prozent starke Paket Gussstahlwerk Bochumer Verein-Aktien erwarb, das die Rheinischen Stahlwerke sich ertauscht und transitorisch in den Tresor gelegt hatten, und als er dann auch im offenen Markte kaufte, was noch zu haben war, bis die Bochumer Majorität im Besitz seiner Wegal Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mbH war, kam das seither nie dementierte Gerücht im Revier auf, dass er im Einvernehmen mit den Krupps, wenn nicht in ihrem Auftrag gehandelt habe.

An Gründen fehlte es nicht, die dem Gerücht die Farbe der Wahrheit liehen. Wenner-Gren war schon ein Freund und enger Vertrauter Gustav Krupps von Bohlen und Halbach gewesen. Der Gründer und vieljährige Generaldirektor der Elektrolux hatte 1929, als Krupp durch ein schwedisches Gesetz gezwungen worden war, seine Bofors-Beteiligung – ein knappes Drittel des Kapitals – herauszugeben, deren Besitz es ihm möglich gemacht hatte, in den Jahren des Rüstungsverbots in Tuchfühlung mit der Entwicklung der Waffentechnik zu bleiben, das Kruppsche Aktienpaket übernommen. Ob treuhänderisch oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls, Wenner-Gren und Gustav Krupp blieben gute Freunde und diese Freundschaft übertrug der alte Schwede auch auf den Sohn des Kanonenkönigs.

Als nun im Oktober 1954 Alfried Krupp und sein Generalbevollmächtigter Berthold Beitz sich nach Stockholm begaben, «um an der Geburtstagsfeier von Frau Wenner-Gren teilzunehmen», zu der der rüstige Gatte des Geburtstagskindes auch seine Finanzberater geladen hatte; als wenige Tage später Wenner-Gren bei Gelegenheit eines Besuchs, den er dem deutschen Bundeskanzler und seinem Wirtschaftsminister abstattete, aufs Entschiedenste dementierte, dass der Bochumer Verein daran denke, die Constantin-Mehrheit von Krupp zu erwerben, und als vollends der alte Kruppianer Professor Houdremont am 7. Dezember 1954 auf der Hauptversammlung des Bochumer Vereins «mit überwältigender Mehrheit» in den Aufsichtsrat gewählt wurde – da gab es kaum noch Sachkenner zwischen Dortmund und Düsseldorf, die die Substanz des Gerüchtes in Zweifel zogen. Zumal der Bochumer Verein, der fast

hundert Jahre lang in scharfer Konkurrenz zu Krupp gestanden hatte – Alfred Krupp hatte den schwäbischen Uhrmacher Jacob Mayer, aus dessen Firma der Bochumer Verein 1854 hervorgegangen war und der seine Stahlgussverfahren selber erarbeitet hatte, mit elementarem Hass und unermüdlichen Intrigen verfolgt –, in seiner Struktur genau der Kruppschen Gussstahlfabrik entsprach, die die Engländer bis in die Fundamente hinein demontiert hatten.

Die Folgerung, die die Experten einander zuflüsterten – Axel Wenner-Gren sei als Krupps Platzhalter in das Geschäft mit dem Bochumer Verein eingestiegen und werde sich über kurz oder lang aus dem Engagement wieder zurückziehen – entbehrte durchaus nicht der Schlüssigkeit. Der dreiundsiebzigjährige Ahasver des internationalen Kapitalmarkts, der nacheinander bei der Elektrolux, der Svenska Cellulosa AB. Bofors, und der Telefonos de Mexico eine führende Rolle gespielt hatte, der immer noch in Mexico eine Kette von Juweliergeschäften und auf den Bahamas ein Luxushotel betrieb und der mit genialer Hingegenheit an sein letztes grosses Projekt darauf versessen war, endlich seine Einschienenbahn zu bauen, dieser Axel Wenner-Gren schien in der Tat nicht der Mann, der darauf aus war, seinen Lebensabend als einer der führenden deutschen Montanindustriellen zu beschliessen.

Er trat denn auch bald, aber mit viel weniger Aufsehen, als sein Kommen erregt hatte, von der Szene des Ruhrgebiets wieder ab: Anderthalb Jahre nach ihrer (am 24. Mai 1954 erfolgten) Gründung ging die Wegal Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mbH, bei der das Mehrheitspaket der Bochumer-Vereins-Aktien liegt, aus dem Besitz Wenner-Grens in die Verfügung einer Gruppe über, der man es ebensowenig wie dem alten Schweden glauben möchte, dass sie bereit sei, für Zeit und Ewigkeit die Bürde eines keineswegs unproblematischen, schwierig zu handhabenden montanindustriellen Besitztums zu tragen.

Die Wegal-Gesellschafter nämlich sind nach dem heutigen Stande der Dinge:

die Münchener Rückversicherungsgesellschaft mit 4,8 Mill. DMark die Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH,

Düsseldorf..... mit 2,6 Mill. DMark

die Hamburger Kreditbank AG..... mit 2,5 Mill. DMark

C. Bert. Lilja, Stockholm 16 mit 0,1 Mill. DMark

Das heisst: Die Münchner Rück besitzt zurzeit 48 Prozent, die Dresdner-Bank-Gruppe – zu der die Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft und die Hamburger Kreditbank zählen – 51 Prozent und ein schwedischer Einzelgänger, in dem man mit einiger Sicherheit einen Vertrauensmann Wenner-Grens vermuten kann, 1 Prozent des Wegal-Stammkapitals.

Nun kommt es zwar vor, dass Banken und Versicherungsgesellschaften, eher natürlich jene als diese, industrielle Beteiligungen erwerben. Dass sich aber ein Konsortium dieser Art auf den Erwerb einer montanindustriellen Majorität einliess, wie es hier, wenn auch nur indirekt geschehen ist, ist bis auf den Fall Wegal noch nicht vorgekommen. Das ist ein Novum, und man muss annehmen, dass dieses Novum zugleich ein Provisorium ist.

Für die Annahme nun, dass Krupp es einmal sein wird, der das Provisorium durch die direkte oder indirekte Übernahme der Bochumer Majorität beenden wird, spricht ziemlich klar ein neues Argument: Im Dezember 1956 wurde bekannt, dass Krupp durch die Vermittlung der Westfalenbank 51 Prozent der Bergbau AG Constantin der Grosse an den Bochumer Verein verkauft habe und dass die Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG, die schon im Sommer aus dem Besitz einer Schweizer Gruppe 14 Prozent erworben hatte, ihren Bestand an Constantin-Aktien mit Hilfe Krupps inzwischen auf 26 Prozent erhöhen konnte.

Die Vorsorge für die montanindustrielle Zukunft des Konzerns, als die diese Ereignisse sich deuten lassen, ist umso bemerkenswerter, da Krupp im Augenblick, als ihm der Verkauf seiner Hütten und Zechen zur Pflicht gemacht wurde, erst 51 Prozent der Constantin-Kuxe – damals war Constantin noch eine Gewerkschaft – besessen hatte. Die Verstärkung seiner Majorität auf 65 bis 70 Prozent erfolgte erst nach der Umgründung der Gewerkschaft in eine Bergbau-AG, zu einer Zeit also, als die Tendenz zur montanindustriellen Rekonzentration für die Krupps schon zum richtungweisenden Beispiel geworden war.

Der Krupp-Konzern

Fried. Krupp, Essen

Mit den Betriebsabteilungen:

Fried. Krupp Apparatebau und

Blechverarbeitung

Fried. Krupp Maschinenfabriken, Essen¹

Fried. Krupp Graphische Anstalt, Essen

Fried. Krupp Warmverarbeitung

Fried. Krupp WIDIA-Fabrik, Essen

Fried. Krupp Wipla

Dental-Werkstätten, Essen

Fried. Krupp Konsum-Anstalt, Essen

Fried. Krupp Kranken-Anstalten, Essen

Fried. Krupp Energieanlagen

Fried. Krupp Gutsbetriebe, Meppen

Fried. Krupp Verwaltung, Meppen und
mit den Zweigniederlassungen:

Fried. Krupp Baubetriebe, Essen

Fried. Krupp Matthissen- und Stahlbau
Rheinhausen

Stahlbau Altbach (Württemberg)

Stahlbau Goddelau (Hessen)

Stahlbau Hannover

¹ Werksgruppe I: Lokomotiv- und Schwermaschinenbau

Werksgruppe II: Elektro- und Leichtmaschinenbau

Beteiligung

AG für Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie (Afes), Essen,

GK 10 Mill. DMark, 99,2 Prozent

Krupp Motoren- und Kraftwagenfabriken GmbH, Essen,

StK 12 Mill. DMark, 75 Prozent (25 Prozent Afes)

Krupp Kraftfahrzeuge Hamburg GmbH, StK 100'000 DMark, 100 Prozent

Krupp Kraftfahrzeuge Stuttgart GmbH, StK 350'000 DMark, 100 Prozent

Krupp Kraftfahrzeuge Berlin GmbH, StK 500'000 DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)

Krupp Kraftfahrzeuge Essen GmbH, StK 500'000 DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)

Krupp Kraftfahrzeuge Frankfurt GmbH, StK 1 Mill. DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent) Krupp

Kraftfahrzeuge Hannover GmbH, StK 1 Mill. DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent) Krupp Kraft-

fahrzeuge Köln GmbH, StK 750'000 DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)

- Krupp Kraftfahrzeuge München GmbH, StK 1 Mill. DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Krupp Kraftfahrzeuge Kassel GmbH, StK 100'000 DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Krupp Kraftfahrzeuge Nürnberg GmbH, StK 800'000 DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Fried. Krupp Dieselmotoren GmbH, Essen, StK 1 Mill. DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Krupp Kohle-Chemie GmbH, Wanne-Eickel,
 StK 20 Mill. DMark, 70 Prozent (Afes 30 Prozent)
 Chemische Forschungsgesellschaft mbH, Wanne-Eickel, StK 100'000 DMark, 51 Prozent
 Aktiengesellschaft «Weser», Bremen, GK 18 Mill. DMark, davon 3,15 Mill. DMark stimmrecht-
 lose Vorzugsaktien; Krupp: 80 Prozent der Stammaktien
 Finanz- und Verwaltungs-Gesellschaft «Weser» mbH, Bremen,
 StK 4 Mill. DMark, 100 Prozent
 Bremer Hotelgesellschaft mbH, Bremen, StK 200'000 DMark, Mehrheit Badische Wolfram-
 erz-Gesellschaft mbH, Söllingen, StK 2,5 Mill. DMark, 82,6 Prozent Harburger Eisen- und Bron-
 zewerke AG, Hamburg-Harburg,
 GK 2,55 Mill. DMark, 68,4 Prozent (Afes 25,2 Prozent)
 Krupp Seeschiffahrt GmbH, Bremen, StK 1 Mill. DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Krupp Export GmbH, Essen, StK 20'000 DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Minas Rohstoffgesellschaft mbH, Essen, StK 20'000 DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Krupp Eisenhandel München GmbH, StK 2,5 Mill. DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Krupp Eisenhandel Frankfurt GmbH, StK 2 Mill. DMark, 75 Prozent (Afes 25 Prozent)
 Krupp Eisenhandel GmbH, Düsseldorf, StK 2 Mill. DMark, 100 Prozent
 Krupp Eisenhandel GmbH, Duisburg, mit Zweigniederlassungen in Essen, Hagen, Stuttgart,
 StK 2,4 Mill. DMark, 100 Prozent
 Julius Sutter GmbH, Freiburg/Br., StK 20'000 DMark, 60 Prozent
 Krupp Kohlenhandel GmbH, Essen, StK 20'000 DMark, 100 Prozent
 Krupp Indien-Handelsgesellschaft mbH, Essen, 100'000 DMark, 40 Prozent (Afes 60 Prozent)
 Indien-Gemeinschaft Krupp-Demag GmbH, Duisburg,
 StK 2 Mill. DMark, 50 Prozent (*Demag 50 Prozent*)
 Arbeitsgemeinschaft Hüttenwerk Venezuela GHH-Demag-Krupp GmbH, Oberhausen,
 StK 90'000 DMark, 33,3 Prozent
 NV Stuwadoors Maalschappij Kruwal, Rotterdam, GK 4 Mill. hfl.
 (Grossaktionäre: Fried. Krupp, Hüttenwerk Rheinhausen AG, Hüttenwerk Oberhausen AG,
 Mahn Handel en Transport Mij., Rotterdam)
 Indústria Nacional Locomotivas (JNL) Ltda, Sao Paulo/Bras., GK 15 Mill. Cr, 55 Prozent
 Madan Arama Ve Etud Ltd., Sireki/Ankara, GK 1 Mill. türk. Pfd., 20 Prozent
 Dolberg-Glaser & Pflaum GmbH, Essen, StK 6 Mill. DMark, ca. 96 Prozent
 mit Niederlassungen in Berlin, Bremen, Dortmund, Frankfurt, Hamburg, Hildesheim,
 Köln, Mannheim, München, Stuttgart
 Krupp-Ardelt GmbH, Wilhelmshaven (Zweigniederlassung Essen),
 StK 1,2 Mill. DMark, 51 Prozent
 Sieg-Lahn Bergbau-Gesellschaft mbH, Essen, StK 1,8 Mill. RMark, 98,33 Prozent
 (nur Mantel)
 Krufter Tonbergbau und Steinindustrie GmbH, Kruft/Aar,
 StK 1,25 Mill. DMark, 98 Prozent
 Krupp-Druckenmüller GmbH, Berlin-Tempelhof, StK 2 Mill. DMark, 100 Prozent
 Georg von Cölln GmbH, Hannover, StK 2 Mill. DMark, 100 Prozent
 Leuhe & Seippel GmbH, Hamburg, StK 1,9 Mill. DMark, 100 Prozent
 Schellhaas & Druckenmüller GmbH, Bremen, StK 1,8 Mill. DMark, 100 Prozent
 Ebeling & Schürmann GmbH, Bremen, StK 150'000 DMark, 100 Prozent
 Aloverzee Handelsgesellschaft mbH, Düsseldorf, StK 500'000 DMark, 100 Prozent
 Brune & Kapesser GmbH, Essen, StK 500'000 DMark, 100 Prozent
 Ziegler & Klein GmbH, Remscheid, StK 750'000 DMark, 100 Prozent
 Bodendorfer Thermal-Sprudel GmbH, Bodendorf, StK 200'000 DMark, 100 Prozent
 Kleinwohnungsbau Krupp Gemeinnützige GmbH, Essen, StK 1,8 Mill. DMark, 100 Prozent

- Nahrungsmittelwerk Serkenrode GmbH, Serkenrode i. W., StK 2-0 000 DMark, 100 Prozent
 Bd. Blumenfeld GmbH, Hamburg, StK 880 000 DMark, 50 Prozent
(Farn. Blumenfeld 50 Prozent)
 Reederei Blumenfeld GmbH, Hamburg
 Kohlen-Stauerei GmbH, Hamburg
 Kohlen-Hebergesellschaft mbH, Hamburg
 Paridom-Möller Kohlenhandelsgesellschaft mbH, Hamburg
 Kohलगrosshandlung Ihde GmbH, Lübeck
 Bd. Blumenfeld GmbH, Berlin
- National Registrier Kassen GmbH, Frankfurt/M mit Niederlassung in Berlin,
 GK 7,5 Mill. DMark, 20 Prozent, *Rest, bis auf einen Gesellschaftsanteil von 50 DMark*
(E. R. Würsten, Berlin), bei The National Cash Register Company, Dayton/Ohio, USA
 Grahpitwerk Kropfmühl AG, München, GK 1,75 Mill. DMark, 13-14 Prozent
(weitere Grossaktionäre: Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München
Rütgerswerke AG, Frankfurt/M)
- Bankhaus Carl Chr. Gossenberg & Co KG, Essen, Afes 2 Mill. DMark Komm. Einlage Beton-
 stahl GmbH, München, StK 20 000 DMark, Afes 90 Prozent
 Hansa Rohstoffverwertung GmbH, Düsseldorf, StK 3 Mill. DMark, Afes 33,3 Prozent
(die beiden anderen Gesellschafter sind: Hüttenwerk Oberhausen AG und Hansa Eisen
Trippe & Co GmbH, Düsseldorf)
- Gewerkschaft ver. Constantin der Grosse², Bochum, 5000 Kuxe, 70 Prozent
 Constantin Handels-Gesellschaft mbH, Bochum, StK 1,8 Mill. DMark, 100 Prozent
 Stachelhaus & Buchloh GmbH, Duisburg-Ruhrort, StK 2 Mill. DMark, 62,5 Prozent
 »Wisco« Westdeutsches Industrie, und Schiffsbedarfs-Contor GmbH,
 StK 200 000 DMark, je 50 Prozent bei den beiden vorstehenden Geesllschaften
 Gerhard Moosebach GmbH, Köln, StK 80 000 DMark, 51 Prozent

Unter Verkaufsaufgabe stehend

- Steinkohlenbergwerk Hannover-Hannibal AG, GK 35 Mill. DMark, 100 Prozent«
 Bochum-Hordeler Kohlenhandelsgesellschaft mbH, StK 20000 DMark, 100 Prozent
 Norddeutsche Kohlen- und Cokes-Werke AG, Hamburg, GK 2 Mill. DMark, ? Prozent Hüt-
 ten- und Bergwerke Rheinhausen AG, Rheinhausen, GK 57,5 Mill. DMark, 100 Prozent
 Hüttenwerk Rheinhausen AG, Rheinhausen, GK 70 Mill. DMark, 100 Prozent
 Erzkontor Ruhr GmbH, Essen, StK 120 000 DMark, 25 Prozent
 Rennanlage Salzgitter-Ruhr GmbH, Salzgitter-Walenstedt,
 StK 140 000 DMark, 20 Prozent
- Bergwerke Essen-Rossenray AG, Essen, GK 30 Mill. DMark, 100 Prozent
 Gewerksch. ver. Helene & Amalie, Essen, 1000 Kuxe, 100 Prozent
 Gemein. Siedlungsges. Rossenray AG, Essen, GK 20 000 DMark, 100 Prozent
 »Geitling« Ruhrkohlenverkaufs-GmbH, Duisburg, StK 1 Mill. DMark, 9 Prozent
 Harz-Lahn Erzbergbau AG, Bad Harzburg, GK 15 Mill. DMark, 40 Prozent
 Erzbergbau Siegerland AG, Betzdorf, GK 15 Mill. DMark, 50 Prozent
 Erzbergbau Porta-Damme AG, Minden/W, GK 3 Mill. DMark, 50 Prozent

² Errichtet nach Gründung der Bergbau AG Constantin der Grosse. Dient als Holding und wird in eine GmbH umgewandelt.

Wann freilich die im Stillen betriebenen Bemühungen der Krupps, die diskriminierenden Verkaufsaufgaben abzuwenden, zum guten Ende führen werden, ist noch nicht abzusehen. Je eher das geschehen kann, desto besser. Denn nicht nur widerspricht es den Grundsätzen des Rechtsstaats, die wir doch alle, Deutsche und Angehörige der Westmächte, bejahen, dass es in unserer Wirtschaft nach zweierlei Recht zugeht, dass

was dem einen gestattet ist, dem andern verwehrt sein soll; die Praxis der Diskriminierung steht, was die Krupps angeht, auch in einem zu krassen Gegensatz zur Realität, als dass man erwarten sollte, sie würde sich durchsetzen können.

Die Wirklichkeit nämlich sieht so aus: erstens, dass die Kruppschen Verarbeitungs- und Handelsbetriebe, die 1954-55 mehr als 45'500 Arbeitskräfte beschäftigten und einen Gesamtumsatz von 1,6 Milliarden DMark erzielten, organisch mit den – unter Verkaufsaufgabe gestellten – montanindustriellen Konzernunternehmen verbunden sind, die es bei einer annähernd 40'000 köpfigen Belegschaft auf einen Umsatz von 1,1 Milliarden DMark brachten; zweitens, dass die Hütten und Zechen zu ihrem Substanzwert, der auf mindestens 1,5 Milliarden DMark geschätzt wird, niemals verkauft werden könnten; drittens und vor allem aber, dass die Firma Fried. Krupp heute schon wieder eine so bedeutende Stellung im deutschen Markt wie im Weltmarkt einnimmt, dass eine Erschütterung des Konzerns nicht ohne nachteilige Folgen für die Volks- und die Weltwirtschaft bleiben könnte.

Auch für die Krupps ist ja die Zeit nicht stehengeblieben; im Gegenteil, sie haben sich mit all der Vehemenz, deren die jugendliche Konzernführung fähig ist, dem weltweiten Aufschwung eingeordnet. Ja manchmal gewinnt man den Eindruck, dass die unruhige Vitalität des problematischen Firmeninhabers des Guten vielleicht zuviel tun könne.

Das gilt nicht so sehr, was den Ausbau des Verarbeitungskonzerns angeht. Zwar wurde allein in den beiden Wirtschaftsjahren 1953-54 und 1954-55 in die Verbesserung und Erweiterung der Produktionsanlagen ein Betrag von 170 Mill. DMark investiert. Aber an «grossen» Ereignissen gibt es wenig zu berichten. Dass Krupp im Frühjahr 1955 10 Prozent der AG Weser aus Otto-Wolff-Besitz übernommen und dadurch seinen Anteil an Deutschlands zweitgrösster Schiffswerft auf vier Fünftel erhöht hat –, dass er wenig später als Alleinkommanditist bei einer Essener Privatbank – Chr. Gossenburg & Co – eingestiegen ist und seine Einlage sehr bald vervierfacht hat; dass er die Beteiligung an der Harburger Eisen- und Bronzwerke AG auf 75 Prozent gebracht, dagegen das Kieler Gelände der Germania-Werft verkauft hat –, das sind zwar alles ganz interessante, aber an Krupp-Massstäben gemessen recht unbedeutende Ereignisse. Schwerer fällt schon ins Gewicht, dass im Sommer 1955 die Titanproduktion aufgenommen wurde, dass in den ersten Monaten des Jahres 1956 der Bau von Heizkesseln (System Hoval, nach einer Schweizer Lizenz) anlief und dass im Herbst des gleichen Jahres mit Brown-Boverie eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Elektroofenbaus zustande gebracht werden konnte. Vermerkt kann ferner werden, dass Krupp bei der zum Familienkonzern gehörenden Capito & Klein AG das Blechwalzwerk ausgebaut hat und gemeinsam mit Hannover-Hannibal ein grosses Stickstoffwerk errichtet. Aber auch das sind keine so spektakulären Ereignisse, wie man erwarten könnte: ungeachtet der riesigen Investitionen, die der auf zwei Jahre verteilte Betrag von 170 Mill. DMark für einen Verarbeitungskonzern von hoher Arbeitsinten-

sität darstellt, erhält man doch den Eindruck, dass bei Krupp ein gewisser Konservatismus, die Neigung das Bestehende zu erhalten, zu verfeinern und auszubauen, den Drang zur erneuernden Umwälzung weit überwiegt.

Sehr bewegt geht es dagegen auf dem Tätigkeitsfeld zu, dem der junge Herr im Hause Krupp sein besonderes Interesse zugewandt hat: auf dem weltweiten Gebiet der industriellen Bautätigkeit im Ausland.

Die folgende Zeittafel, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, berichtet davon:

- 1954: Planung eines Hüttenwerks für Indien durch die Indien-Gemeinschaft Krupp-Demag GmbH. Das Hüttenwerk – etwa 400 km westlich Kalkuttas – soll über eine Jahreskapazität von 1 Mill. t Rohstahl verfügen. Die Arbeiterwohnstadt Rourkela (im Staat Orissa), die bei dem Hüttenwerk entstehen wird, sieht Wohnraum für 15 000 Arbeiter und ihre Angehörigen, d.h. für rd. 100 000 Menschen vor. Gesamtkosten des Hüttenwerks voraussichtlich 1 Milliarde DMark.
- April 1955: Zwischen der Firma Fried. Krupp und der Pakistan Industrial Development Corporation wird ein Vertrag über die Errichtung eines Stahlwerks mit einer Krupp-Rennanlage bei Kot Addu in Westpakistan (400 Meilen nordöstlich von Karatschi) abgeschlossen. Die erste Baustufe sieht bei einem Kostenaufwand von 100 Mill. DMark eine Jahresproduktion von 55 000 t Rohstahl vor; später soll das Werk auf eine Jahresleistung von 300 000 t ausgebaut werden. Inbetriebnahme voraussichtlich Ende 1958.
- Juli 1955: Die Firmen Fried. Krupp und Vereinigte österreichische Eisen- und Stahlwerke (VÖEST) erhalten den Gemeinschaftsauftrag, das im Rahmen des Rourkela-Projekts geplante Sauerstoffblaswerk mit einer Kapazität von 1 Million jato zu errichten.
Stahlbau Rheinhausen (Krupp) erhält gegen scharfe internationale Konkurrenz den Auftrag, gemeinsam mit der Julius Berger Tiefbau AG in Kairo die Universitätsbrücke über den Nil zu bauen. Voraussichtliche Kosten 1,084 Mill. ägypt. Pfund (= 13,074 Mill. DMark).
- August 1955: Im Rahmen des deutsch-griechischen Kreditabkommens vom November 1953 wird zwischen den Firmen Fried. Knipp, Essen, und S. A. Hellénique de Produits et Engrais Chimiques, Athen, ein Vertrag geschlossen, der die Aufschliessung der Braunkohlenfelder von Ptolemais (Mazedonien) sowie die Errichtung einer Brikettfabrik, einer Schwelanlage und eines Elektrizitätswerks vorsieht. Kostenaufwand voraussichtlich 85 Mill. DMark.
- Februar 1956: Auf einer Pressekonferenz in Ceylon erklärt Alfried Krupp von Bohlen und Halbach sich bereit, die Bemühungen um die Erschliessung der grossen ostceylonischen Titanervorkommen zu unterstützen; sei es durch Übernahme des gesamten Projekts, sei es – falls die Regierung sich gegen diesen Vorschlag entscheide – durch Maschinenlieferungen und Stellung technischer Beihilfe.
- März 1956: Alfried Krupp von Bohlen und Halbach erklärt in Neu-Delhi vor Pressevertretern, die westdeutsche Industrie einschliesslich der Firma Krupp sei imstande, neue Industrien privaten oder öffentlichen Charakters in Indien aufzubauen. Von der Möglichkeit einer späteren Verstaatlichung indischer Industrieunternehmen hätten deutsche Firmen sich bisher nicht abschrecken lassen.

- März 1956: Nach langwährenden Verhandlungen kehrt Berth. Beitz mit dem Projekt aus Brasilien zurück, in Campo Limpo, 45 km westlich von Sao Paolo, bei einem Investitionsaufwand von 20 bis 30 Mill. DMark eine Schwermaschinenfabrik zunächst für den Bau von Diesellokomotiven, Lastkraftwagen, Traktoren und Turbinen zu errichten. Möglicherweise, so heisst es, werden sich an dem Projekt die Maschinenfabrik Voith (J. M. Voith GmbH), Heidenheim/Brenz, und die Lanz AG, Mannheim, beteiligen. Das Gelände wurde von der brasilianischen Regierung zur Verfügung gestellt; doch soll eine brasilianische Beteiligung nicht vorgesehen sein.
19. Juni 1956: Dr. Ahmed Sukamo, Staatspräsident von Indonesien, weilte zu Wirtschaftsbesprechungen mit Alfried Krupp von Bohlen und Halbach und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Steinhoff auf Villa Hügel in Essen.
- Juni 1956: Gegen starke, hauptsächlich deutsche Konkurrenz erhält Krupp den Zuschlag für die Erweiterung des Hüttenwerks Karabük (NW-Anatolien, Türkei) von 180 000 auf 400 000 jato Rohstahlkapazität. Vorgesehen sind Lieferungen im Gesamtwert von 4,3 Mill. Dollar.
- August 1956: Zwischen Fried. Krupp – vertreten durch den Delegationsleiter Erik Petersen – und dem chilenischen Verteidigungsminister Francisco Oryan wird eine Vereinbarung über die Verwirklichung einiger technischer Projekte geschlossen.
Dem Vernehmen nach handelt es sich um den Bau einer Schifswerft in Talcahuana, auf der Schiffe bis 15 000 t gebaut werden können. Die Finanzierung soll bis zur Höhe von 6 Mill. Dollar von Krupp übernommen werden. Wie es weiter heisst, habe Krupp die Errichtung einer Erzaufbereitungsanlage und den Bau eines Diesel- und Motorenwerks vorgeschlagen, das der chilenischen Luftwaffe unterstellt werden solle. Auch ist davon die Rede, er habe der chilenischen Regierung den Bau einer Kupferraffinerieanlage vorgeschlagen, deren Kosten auf 15 Mill. Dollar geschätzt werden.
- September 1956: Eine Mission von Krupp-Geologen berichtet über ihre Arbeiten im nordöstlichen Kolumbien, die der Erforschung der auf 300 Mill. t geschätzten Kohle vorkommen von El Cerrejon galten.
Es bestehen kolumbianische Pläne, auf der Basis dieser Kohle eine eigene chemische Industrie zu errichten, an deren Finanzierung sich das halbamtliche Institute de Fomento Industrial beteiligen würde.
- November 1956: Die Firmen Fried. Krupp, Hüttenwerk Rheinhausen AG, Hüttenwerk Oberhausen AG und Malm Handel en Transport Mij. gründen in Rotterdam die NV Stuwadoors Mij. Kruwal.
- Dezember 1956: Wie eine amerikanische Presseagentur meldet, kündigte Alfried Krupp bei einem Besuch in Mexiko an, im nächsten Jahr solle in Vera Cruz mit deutschen Maschinen ein Stahlröhrenwerk errichtet werden, das den Röhrenbedarf der staatlichen PEMEX (Petroleos Mexicanos) decken solle; die Kosten werden auf 20 Mill. Pesos oder 6,72 Mill. DMark geschätzt. Krupp erklärte, seine Firma sei ausserdem daran interessiert, sich gemeinsam mit mexikanischem Kapital an Zementfabriken, Düngemittelfabriken und den Staatsbahnen zu beteiligen.

Griechenland – Ägypten – Türkei – Pakistan – Indien – Ceylon – Brasilien – Venezuela – Chile – Mexiko: ein bunter Film, der da abrollt, doch nur ein Ausschnitt aus der Auslandsaktivität der Firma Fried. Krupp und ein kur zes Stück des Bildstrei-

fens, der Kunde gibt von der Bau- und Investitionstätigkeit unserer Basisindustrien – Montanindustrie, Maschinenbau, chemische Industrie – jenseits der sieben Meere.

Ein Film mit ernstem Hintergrund.

Mit ernstem Hintergrund? Ist denn die Wiedereroberung des Weltmarkts nicht eine erfreuliche Sache?

Nun, sehen wir einmal näher hin.

Wir haben seit 1952 jedes Jahr mehr, d.h. für mehr Geld, Waren ausgeführt, als wir eingeführt haben. Unsere Warenhandelsbilanz war also aktiv. 1951 bestand noch ein Passivsaldo von 149 Mill. DMark; 1952 dagegen schlossen wir mit einem Überschuss von 706 Mill. DMark ab; 1953 und 1954 waren mit Aktivsalen von 2,5 bzw. 2,7 Milliarden DMark recht ertragreiche Jahre; 1955 brachte mit einem Saldo zu unseren Gunsten von «nur» noch reichlich 1,2 Milliarden DMark einen Rückschlag, doch dafür schloss das Jahr 1956 mit einem Rekordsaldo von 2,9 Milliarden DMark auf der «richtigen» Seite der Bilanz ab.

Die Folge dieser an sich erfreulichen Erscheinung ist das Steigen der Gold- und Devisenbestände bei der Bank deutscher Länder, da die Exporterlöse ja nur zum Teil dafür in Anspruch genommen werden, unsere Importe zu finanzieren: 1950 besass unsere Notenbank noch kein Gold in nennenswerter Menge und ihre Guthaben im Ausland waren um 664 Mill. DMark geringer als ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Im nächsten Jahr sah es aber schon anders aus: Die Bank deutscher Länder konnte Ende 1951 einen Gold- und Devisenbestand von 1'523 Mill. DMark ausweisen. Und dieser Posten stieg nun von Jahr zu Jahr: auf 4'637 Mill. Ende 1952; 8'174 Mill. Ende 1953; 10'945 Mill. Ende 1954; 12'806 Mill. Ende 1955; 17'901 Mill. Ende 1956.

Wahrhaftig, eine höchst angenehme Manifestierung des Wirtschaftswunders. Ludwig XIV. und Friedrich der Grosse hätten sich die Hände gerieben, wenn sie dergleichen erlebt hätten. Denn die gekrönten Häupter und ihre kameralistischen Berater standen ja auf dem Standpunkt, je grösser die Population, die an der Hervorbringung irdischer Güter arbeitete, und je höher der Ausfuhrüberschuss war, je mehr vor allem die eigenen Forderungen an das Ausland die Forderungen des Auslands an das eigene Land übertrafen, desto besser für die nationale Wirtschaft.

Heutzutage denkt man in diesem Punkt etwas nüchterner.

Die Folge der Anhäufung von Gold und Devisen bei der Zentralbank ist ganz unabweichlich, dass auch die Menge der Kassenmittel, des umlaufenden Bargeldes und der sogenannten «Sichteinlagen», der mit täglicher Kündigung von den Unternehmern bei der Bank eingelegten Gelder, steigt. Auf eine ganz einfache Weise. Der Exporteur erhält den Erlös aus seiner Lieferung nicht in «Devisen», ausländischem Geld, Gold oder Kurswechselln auf London oder New York, ausgezahlt, sondern er bekommt eine Gutschrift bei seiner Bank, bei der in entsprechender Höhe der Betrag der Sichteinlagen wächst. Der Importeur andererseits zahlt seine Einfuhren nicht in Devisen, sondern er beauftragt seine Bank mit der Durchführung des Zahlungsvor-

gangs: Die Bank belastet sein Konto, d.h. sie entnimmt seinen Einlagen den erforderlichen Betrag, für den sie bei der Zentralbank die für die Bezahlung der Einfuhr notwendigen Devisen erwirbt; bei der Bank deutscher Länder angelangt aber verschwindet der Gegenwert der Einfuhrdevisen, Bar- oder Bankgeld, aus dem Umlauf. Da nun aber Jahr für Jahr viel weniger für die Einfuhr aufgewandt wird, als an Ausfuhrerlösen vereinnahmt wurde und sich in den Kassenbeständen der Unternehmen, sei es in der Form von Bankguthaben, sei es als Bargeld niedergeschlagen hat, wächst die Menge des Geldes beträchtlich.

*Entwicklung des Bargeldumlaufs, der Sichteinlagen und des
Gold- und Devisenbestandes 1951–1956*

	Bargeldumlauf		Sichteinlagen		Bargeldumlauf und Sichteinlagen		Gold und Devisen	
	Mill. DMark		Mill. DMark		Mill. DMark		Mill. DMark	
1951	9 323	100,00	12 707	100,00	22 030	100,00	1 523	100,00
1952	10 817	116,03	14 213	111,85	25 030	113,62	4 637	304,46
1953	11 972	128,41	16 687	131,32	28 659	130,10	8 174	536,70
1954	12 781	137,09	20 645	162,47	33 426	151,73	10 945	718,65
1955	14 088	151,11	23 434	184,42	37 522	170,32	12 806	840,84
1956	14 925	160,01	25 893	203,77	40 818	185,28	17 901	1 175,38

Dieser Automatismus: Ausfuhrsteigerung – dauernder Ausfuhrüberschuss – Devisenüberhang – Aufschwemmung des Geldumlaufs ist jedem bekannt, der sich mit den Währungsproblemen unserer Zeit beschäftigt. Ebenso aber ist uns aus bitteren Erfahrungen vertraut, dass mit zunehmender Geldmenge fast automatisch auch die Preise steigen.

Um zwei Fälle zu nennen, die nicht unter das abgegriffene Bubrum der LohnPreis-Spirale fallen: die Preise der Stadtrandgrundstücke haben sich in den letzten fünf, sechs Jahren verdoppelt, worin sich nicht nur erweist, dass die Nachfrage nach diesem absolut knappen und mit der Bevölkerungszahl zunehmend knapper werdenden Wirtschaftsgut gestiegen ist, sondern auch zum Ausdruck gelangt, dass die inflationistische Aufschwemmung des deutschen Geldumlaufs – nicht anders ist die 85 prozentige Steigerung unseres Bar- und Bankgeldvolumens in Fünfjahresfrist zu charakterisieren – diese beängstigende Preissteigerung möglich macht.

Unser zweites Beispiel ist so gewählt, dass nicht nur das Moment der Lohnentwicklung, sondern auch dasjenige der absoluten Knappheit, das noch in der Entwicklung der Bodenpreise zum Tragen kommt, eliminiert wird. Denn die Knappheit an Jagdrevieren – um die geht es in unserem Exempel – ist ja nicht von derselben Art wie die Knappheit an Grund und Boden, ohne den der Mensch nun einmal nicht wohnen und leben kann. Die bedauerliche Knappheit an Revieren ist eine bloss relative, denn

ohne Jagdreviere lässt sich auskommen, sogar noch ganz gut auskommen. Diesen Mangel kann man durch den Konsum anderer Lebensfreuden kompensieren; er ist, wie gesagt, ein bloss relativer, kein absoluter Mangel, doch eben darum ist der volkswirtschaftliche Erkenntniswert der nachstehenden Meldung, die im Februar 1957 die Runde durch unsere Presse machte, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es hiess da:

«Das sechs- bis siebenfache der bisherigen Jahrespachtsumme wurde bei einer Versteigerung von vier mittelgrossen Jagdrevieren der Kleinstadt Naumburg im hessischen Kreis Wolfhagen erzielt. Industrielle aus dem Ruhrgebiet, die mit schweren Autos gekommen waren, überboten einander derartig, dass ein Pachtzins von 13'800 Mark zustande kam. Bisher hatte die Verpachtung rund 2'000 Mark eingebracht. Die Jäger in Teilen Nordhessens hatten bereits vor einiger Zeit scharf gegen die überhöhten Preise Stellung genommen und den hessischen Jagdschutzverband gebeten, bei der Regierung schnelle Massnahmen zur Verhinderung derartiger Überangebote zu erwirken. Es gehe keinesfalls an, dass nur noch die reichen Leute Jagden pachten könnten.»

Die Überhöhung der Revierpreise, gegen die die hessischen Jäger sich verständlicherweise empörten, ist, wie jedermann sieht, nicht so geartet, dass die Theoretiker der Lohn-Preis-Spirale ihren Witz daran üben könnten. Gerade dieser Umstand macht sie so aufschlussreich. Sie zeigt nämlich, dass wir in der Entwicklung der Preise Kräfte am Werk vermuten müssen, die nichts, aber auch nichts mit dem Steigen der Löhne, offenbar aber viel mit der inflationistischen Aufblähung des Geldumlaufs zu tun haben, die ihrerseits auf die «an sich» so erfreuliche Entwicklung unseres Aussenhandels zurückführt – wenn auch der beständig höher auflaufende Devisenüberhang sicherlich nicht ihr einziger Daseinsgrund ist.

Das Verhängnisvolle aber ist nun, dass uns die Wirkungskette der Ereignisse in einen *circulus vitiosus*, einen magischen Kreis, geführt hat, dem wir nicht mehr entrinnen können. Mit steigenden Preisen nämlich wächst die Neigung zu investieren – der kleine Mann legt sein Geld, statt auf die hohe Kante, in Sachgütern an, der Geschäftsmann steckt es in werbende Anlagen, Gebäude, Maschinen und Vorräte, um möglichst ausgiebig am Segen hoher und steigender Preise zu partizipieren. Und zwar wird der Unternehmer umso eher geneigt sein, sich an Investitionen sogar von bedeutendem Ausmass zu wagen, da die begründete Aussicht besteht, einen grossen Teil der Neuanlagen aus den bei steigenden Preisen naturgemäss gleichfalls steigenden Gewinnen zu finanzieren. Ja, es besteht sogar ein gewisser Zwang zu investieren; denn flüssige Mittel, die heute nicht angelegt werden, sind bei tendentiell steigenden Preisen morgen schon weniger wert.

Je mehr aber investiert und folglich auch erzeugt wird, desto stärker wird wiederum der Zwang zu exportieren. Die Ausfuhr steigt also weiter und jeden falls stärker als die Einfuhr, der Ausfuhrüberschuss wächst, der Gold- und Devisenüberhang türmt sich höher und höher, das Geldvolumen nimmt zu, und die Preise klettern von Monat zu Monat einen Strich höher.

Das ist die deutsche Variante der weltweiten Inflation, die jenseits unserer Grenzen freilich ganz andere, hier aber nicht zur Erörterung stehende Ursachen hat. Die deutsche Spielart aber ist nur deshalb möglich, weil die Preise unserer wichtigsten Industriegüter – setzt man ihre Qualität in Rechnung – immer noch niedriger sind als diejenigen, die die konkurrierenden Industrieländer fordern. Dass dem so ist und dass die Ausfuhr gleichwohl bedeutende Gewinne abwirft, die in der Regel untergepflegt und solcherart zur erneuten Steigerung der Erzeugung wie auch der Ausfuhr verwandt werden, hat seinen Grund darin, dass die industrielle Arbeitskraft bei uns in Deutschland billiger ist als im Ausland, nicht nur als in den Vereinigten Staaten und Grossbritannien, sondern auch billiger als in den Ländern der Montanunion: Belgien und Luxemburg, Frankreich und Saargebiet. Das ergab einen Reallohnvergleich der Hohen Behörde, über den leider nur wenige deutsche Zeitungen – darunter die *Westfälischen Nachrichten* und *Die Welt* vom 22. Februar 1957 – berichtet haben.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass 1954 die Reallöhne der französischen und niederländischen Steinkohlenbergleute um 5 bis 15 Prozent, diejenigen der deutschen Bergleute um 25 bis 28 Prozent und die Realeinkommen ihrer italienischen Kollegen um 35 bis 40 Prozent niedriger lagen als die Reallöhne, die von der Spitzengruppe, den saarländischen und belgischen Bergleuten, erzielt wurden. «Bei den Stahlarbeitern», heisst es weiter, «führte Luxemburg mit einem Abstand von 10 Prozent vor Belgien. Die Einkommen der französischen, deutschen, niederländischen und saarländischen Stahlarbeiter lagen um 20 bis 33 Prozent unter dem Niveau der luxemburgischen Löhne.

Die kurzfristige Statistik der Hohen Montanbehörde, wird dann noch gesagt – doch freilich ohne dem Leser mit dem Ballast weiterer Zahlen zu kommen – habe ergeben, dass eine Tendenz zur Annäherung der Reallöhne bestehe. Da aber die Kaufkraft der in der deutschen Schwerindustrie erzielten Lohnneinkommen im Jahre 1954 durch eine Kluft von 20 bis 30 Prozent von den Reallöhnen in den anderen westeuropäischen Industrieländern – mit Ausnahme Italiens natürlich – getrennt war, dürfte der Ausgleich von Land zu Land bis zum heutigen Tag noch nicht weit gediehen sein. Immerhin errechnet sich aus den Angaben der Hohen Behörde, dass im zweiten Quartal 1956 die im deutschen Steinkohlenbergbau gezahlten Untertagelöhne bis auf 93,9 Prozent, die Übertagelöhne bis auf 88,3 Prozent an die belgischen Löhne herangekommen waren; dass die Reallöhne der deutschen Stahlarbeiter zum gleichen Zeitpunkt 77 Prozent der in Luxemburg erzielten Löhne ausmachten und dass im deutschen Erzbergbau 55,2 Prozent, im französischen dagegen 89,5 Prozent der im luxemburgischen Erzbergbau gezahlten Reallöhne verdient wurden.

Die Wirkungskette: Zurückbleiben der deutschen Reallöhne hinter der Lohnentwicklung im konkurrierenden Ausland – daher: Preiswürdigkeit des deutschen Warenangebots im Weltmarkt – steigende Ausfuhr – steigender Ausfuhrüberschuss – steigender Devisenüberhang – steigender Geldumlauf – steigende Preise – steigende Gewinne – steigende Investitionen und die Wiederholung dieses Kreislaufs auf hö-

herer und immer höherer Ebene, bis einmal unter dem Druck der inflationistischen Tendenzen die Kette reisst, ist der Alptraum unserer Wirtschaftspolitik.

Wir wollen von den Preisreden derjenigen absehen, die seit fünfzig Jahren nicht über die Inflationstheorie der Lohn-Preis-Spirale hinausgekommen sind und auch gar keinen Anlass haben, sich durch die Berücksichtigung wirklichkeitsnaher Argumente um Lohn und Brot in den Spitzenämtern der Verbandsbürokratie zu bringen.

Ernst zu nehmende Männer jedoch machen sich andere Gedanken als die um die Lohn-Preis-Spirale.

Da ist zum Beispiel Dr. Schacht.

Als der ehemalige Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister 1956 mit einer Bede zum erstenmal wieder seit dem Zusammenbruch in Essen vor die Öffentlichkeit trat, stellte er den Zusammenhang zwischen Ausfuhrüberschuss, Devisenüberhang, Aufblähung des Geldumlaufs und Preissteigerung einleuchtend dar.

Um aus dem Dilemma herauszukommen, ohne das Exportvolumen zu mindern, führte er unter dem lebhaften Beifall der Unternehmer aus, die zu seinen Füßen zusammengekommen waren, bedürfe es nur der Öffnung der beiden Julüstürme: des Julüsturms, in dem der Bundesfinanzminister Schäffer die Steuerüberschüsse verschlossen halte, und des Julüsturms, hinter dessen Mauern der Geheimrat Vocke von der Bank deutscher Länder seine Gold- und Devisenschätze hüte.

Das Verfahren sei ganz einfach, man gründe eine Bank, oder noch besser: man nehme die Golddiskontbank, die er Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht ja schon im Jahre 1924 zur Unterstützung der exportorientierten Schwerindustrie gegründet hatte, statt sie mit Mitteln aus Schäffers Julüsturm aus und stelle sie in den Dienst der Exportfinanzierung. Namentlich dann und dort, wo es sich um die Ausfuhr langlebiger Investitionsgüter – ganzer Fabriken, bergbaulicher Anlagen, Eisenbahneinrichtungen, um nicht zu sagen: Eisenbahnen, Hafenanlagen, Brücken usw. – handle, die erfahrungsgemäss nicht in lachendem Bargeld bezahlt, sondern in einem viele Jahre oder Jahrzehnte umspannenden Zeitraum abgestottert zu werden pflegen. Die Bank zahlt dem Exporteur, der einen so langfristigen Kredit in der Regel nicht gewähren kann, den ganzen oder einen namhaften Teilbetrag des vereinbarten Ausfuhrerlöses aus und tritt in der Höhe dieser Zahlung in die Forderungsrechte des Lieferanten gegenüber dem belieferten Land ein. Sie kann, Schäffers Julüsturm im Rücken, ja warten, bis der Schuldner seinen Warenkredit mit Zins und Zinseszins in vielen Jahresraten abbezahlt hat.

Da nun aber die unterentwickelten Gebiete, die auf derartige Einfuhren und langfristige Kredite angewiesen sind, kaum je in der Lage sind, die im eigenen Land anfallenden, oft recht beträchtlichen Lohn-, Gehalt- und Materialkosten für die Installation grosser Industrie- und Verkehrsanlagen zu tragen, soll die Bank – hier kommt nun der Julüsturm der Bank deutscher Länder ins Spiel – den wirtschaftlich schwachen Partnern auch noch Devisenkredite gewähren. Der Effekt, versicherte Schacht

unter dem donnernden Beifall der Anwesenden, wäre der, dass der Export gesteigert und der Exporteur bezahlt werden könne, nicht nur, ohne dass der gefährliche Devisenüberhang weiterwachse, sondern mit der erstaunlichen Wirkung, dass er allmählich abgebaut werden könne.

Wahrhaftig, ein genialer Plan, der seinen Autor ehrt. Nicht allerdings den volkswirtschaftlichen Denker, sondern den Industrierberater Schacht, der in den Ländern des Nahen und Fernen Ostens so viele vielversprechende Exportbeziehungen angeknüpft hat, deren Realisierung nur dann in Frage gestellt war, wenn selbst sein Einfallreichtum nicht ausreichte, die Frage der Kreditfinanzierung zu lösen.

Tatsächlich läuft der Schacht-Plan, um endlich einmal Fraktur zu reden, darauf hinaus, einen Kapitalexport grossen Stils anzukurbeln, dessen Kosten und Risiken der Steuerzahler zu tragen hätte, während der zu erwartende Gewinn ausschliesslich den Exportindustrien, unter ihnen vor allem den Stahl- und Stahlbau-, Maschinen- und Fahrzeugbauindustrien just von der Art zugutekäme, wie sie im Krupp-Konzern zusammengefasst sind. Gewinne einer Grössenordnung, die zur Reinvestierung geradezu herausfordern würde. Von einer inflationshemmenden oder gar antiinflationistischen Wirkung des Verfahrens aber kann nicht die Rede sein; ganz im Gegenteil. Denn ob die Exporterlöse, die die Sichteinlagen und den Bargeldumlauf aufschwemmen, den Exporteuren direkt durch die projektierte Bank ausgezahlt werden oder ob sie ihnen über ein Devisenkonto zufließen, ist Jacke wie Hose. Nur dass die zu erwartende Exportsteigerung die inflationistische Situation, in der wir seit Jahr und Tag stehen, noch verschärfen würde. Sieht Schacht es nicht oder will er nicht sehen, dass sein Vorschlag, in ein Wort zusammengefasst, die unausweichliche Wirkung hat, den Nennwert der in Deutschland umlaufenden Kaufkraft zu erhöhen, zugleich aber das ihr gegenüberstehende Warenangebot ganz wesentlich zu kürzen – denn ein bedeutender und, wenn es nach ihm, Dr. Schacht, geht: beständig wachsender Teil unserer zu Waren geronnenen Arbeitskraft würde ja exportiert und, wenn überhaupt, so erst im Laufe von Jahrzehnten bezahlt werden. Ganz davon abgesehen, dass die Reinvestierung der Exportgewinne alle Engpässe, unter denen unsere vollbeschäftigte Wirtschaft heute schon leidet, weiter einengen und so den latenten Inflationismus unserer Wunderkonjunktur, über den von den Hausfrauen bis zu den Lohn-Preis-Spiralen alle Welt stöhnt, in gefährlicher Weise verschärfen müsste.

Kommt diesem Kopf über dem steilen Stehkragen nicht die Erinnerung, dass er da etwas ganz Ähnliches propagiert wie die Losung «Kanonen statt Butter»?

Oder wollte er in seinem Essener Debut – der grosse Industrierberater und Export-Experte, der er geworden ist – ganz einfach dem *genius loci* huldigen?

Das wäre in der Tat ganz ernsthaft zu überlegen: Am 20. Juni 1956 hatte Schacht im Essener Saalbau gesprochen; schon am 24. März aber hatte *Die Welt* die folgende Meldung ihrer Essener Redaktion gebracht, die kaum einen Kilometer entfernt vom Gebäude der Krupp-Verwaltung nistet:

«Die Firma Fried. Krupp, Essen, gab bekannt, dass der Generalbevollmächtigte des

Alleininhabers der Firma Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, Berthold Beitz, anlässlich seiner Besprechungen in Washington dem Staatssekretär im US-State Department, Robert Murphy, Vorschläge zur Erweiterung der amerikanischen Regierungshilfe gemacht hat. Danach sollen als Ergänzung zu dem Hilfsprogramm der amerikanischen Regierung (Punkt IV) grosse Industrialisierungsprojekte nicht auf Spendenbasis, sondern als normale Handelsgeschäfte durchgeführt werden. Die Federführung soll dabei in Händen internationaler Konsortien von Privatfirmen liegen. Diese Konsortien sollen Auftraggebern aus industriell noch nicht entwickelten Ländern langfristige Kredite geben, die bei privaten oder öffentlichen Finanzierungsinstituten refinanziert werden sollen. Dieser Vorschlag beruhe auf der Erfahrung der Firma Krupp, dass sich neuentwickelnde Nationalstaaten eher bereit erklärten, zum Aufbau ihrer Wirtschaft die Privatindustrie in Anspruch zu nehmen, als ihre Projekte von oder mit Hilfe der öffentlichen Hand durchführen zu lassen.»

Man reibt sich die Augen, man liest und liest immer wieder, was da steht; es bleibt, nur kürzer, weniger anspruchsvoll formuliert und nicht mit dem unsinnigen Versprechen gekoppelt, den im Verborgenen wirkenden Inflationstendenzen den Garaus zu machen, es bleibt aufs Haar dasselbe, was der Schachtplan seiner vor Begeisterung tobenden Hörerschaft anzubieten hatte: Kapitalexport, durchgeführt von Privatfirmen – die Konsortien nach dem Vorbild der Indiegemeinschaft, die Krupp mit der Demag, oder der Arbeitsgemeinschaft Hüttenwerk Venezuela, die er mit der Gutehoffnungshütte und der Demag gebildet hat, variieren den Vorschlag nicht wesentlich – privater Kapitalexport also, refinanziert durch private oder öffentliche Finanzierungsinstitute. Entweder es liegt so etwas in der Luft – da die Verwirklichung solcher Projekte tatsächlich ja den Effekt hat, die Reallöhne bei steigenden Nominalentgelten unter dem Geschrei der Akrobaten an der Lohn-Preis-Spirale relativ niedrig zu halten oder auszuhöhlen, die Investitionen aus den Gewinnen zu steigern und jegliches Risiko auf die breiten Schultern der öffentlichen Hand, d.h. der Steuerzahler abzuwälzen – oder Dr. Schacht ist einem Fall von Gedankenübertragung zum Opfer gefallen oder, nun, die Berliner würden sagen: Nachtigall, ick hör' dir trapsen.

Wie dem aber auch sei, die besondere Spezies der Kruppischen Auslandsaktivität hat in der Tat einen ersten Hintergrund. Sie ist von der gleichen Art wie die lebhafteste Aktivität anderer Montan-, Maschinen- und Fahrzeugbauunternehmen, deren ungeheuer gesteigerte Exporttätigkeit unsere Weltmarktabhängigkeit gefährlich verschärft hat und die fürs Ausland oder im Ausland riesige Erzeugungsanlagen gebaut haben. Krupp diente uns nur als Anlass, die komplizierte Problematik darzustellen, in die wir da hineingeraten sind und in die wir uns, wenn anders Projekte wie der Schachtplan ernst genommen werden sollen, anscheinend immer tiefer verstricken. Man kann ruhig darüber sprechen; denn das wird niemand den Anstoss geben, den Ausweg aus dem Dilemma in der Richtung zu suchen, die eigentlich die gegebene sein sollte: in

der Richtung auf eine Erhöhung der deutschen Kaufkraft, die das Realeinkommen der Werktätigen, namentlich auch der geistig Schaffenden, seien sie nun frei oder im Angestelltenverhältnis tätig, auf das Niveau höbe, das der Entwicklung der industriellen Produktivkraft entspräche.

Was nun aber Fried. Krupp betrifft, um doch noch einmal darauf zurückzukommen, so drängt sich die Folgerung auf, dass die Vielzahl der Auslandsbeziehungen, die das Haus unterhält und die der problembeladene Firmeninhaber nach Kräften vermehrt, ihm in der Tat ein weites Feld der Bewährung eröffnet, die die Schatten der Vergangenheit und die Schemen der Gegenwart dem Halbachspross abfordern. Das könnte getrost auf sich beruhen, wenn Alfried Krupp von Bohlen und Halbach nicht der reichste Industrielle des deutschen Sprachgebiets, eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens also von hervorragender Statur, und sein Unternehmen nicht ein Konzern von so bedeutender Wirtschaftsmacht wäre, dass seine Wirtschaftspolitik zugleich ein Stück deutscher Wirtschaftspolitik ist.

AUF DER WEGE DER MOTORISIERUNG

«Wie ein Nagel in der Mauer zwischen zwei Steinen steckt,
also steckt auch Sünde zwischen Käufer und Verkäufer.
Hält er sich nicht mit Fleiss in der Furcht des Herrn,
so wird sein Haus bald zerstört werden.»
Jesus Sirach: Kap. 27 Vers 1 bis 4

August Horch († 1951), Altmeister der Kunst, schöne und repräsentative Automobile zu bauen, berichtet in seinen Lebenserinnerungen die folgende Geschichte von seinem Chef und Lehrmeister Carl Friedrich Benz (1844-1925).

Ende des Jahres 1898 wurde im Mannheimer Benz-Werk angerufen, man möchte doch einen de Dietrich-Wagen abholen, der in Ludwigshafen mit einer Panne festhänge.

Der Besitzer des Wagens kam gleich mit: Es war der Inhaber der Automobilfabrik de Dietrich & Co, ein elsässischer Baron, aus dessen Werk der reparaturbedürftige Wagen hervorgegangen war.

Wissbegierig, auf jedes Detail erpicht, wie die Jungen damals noch waren, die der Pionier der Motoren- und Automobilbauer «Papa Benz» in seine Mannschaft aufgenommen hatte, standen sie um das Fahrzeug des Elsässers herum.

«Ich kam von dem Wagen nicht mehr los», erzählte August Horch. «Mir imponierte besonders an seiner Konstruktion, dass der Motor vorn eingebaut war und dass man dadurch einen sehr langen Antriebsriemen gewann. Je länger der Riemen war, desto unempfindlicher verhielt er sich gegen jede Streckung, und mit einem solchen langen Riemen konnte man ziemlich weit fahren, bevor es notwendig wurde, ihn wieder zu kürzen.

Ich begann einen umfassenden Angriff auf Papa Benz und schilderte ihm in allen glühenden Farben den Vorteil dieser Konstruktion. Ich redete ihm wie einem kranken Kinde zu, diese Konstruktion für seine Wagen zu übernehmen.

Es war vergeblich. Er wollte nicht. Er hatte einen Standpunkt, den ich innerlich nicht ganz verwerfen konnte: Niemals hätte er eine Konstruktion von einer anderen Wagenfabrik angenommen. Es war sein Ehrgeiz, an seinen Benz-Modellen nur solche Konstruktionen zu verwenden, die in der Firma Benz entworfen und ausgearbeitet worden waren.

Er war bis in die letzte Faser korrekt. Er ging zum Beispiel aus diesen Gründen niemals in eine Ausstellung. Als er nach Paris fuhr, beschwor ich ihn geradezu, dort in die Autoausstellung zu gehen. Er lehnte es glatt ab.

«Wenn die mich da sehe», sagte er, «dann sage sie doch nur: ei guckt doch, da ist doch der Benz, der ist bloss hergekommen, um uns was wegzuschnappe.»«

So geschehen – man sollte sich das in unserer Zeit der Messen und Ausstellungen recht eindringlich vergegenwärtigen – vor knapp einem Menschenalter; nachdem schon vier Jahrzehnte zuvor Männer wie Alfred Krupp, der erste der Krupp-Tamboures, die für die Firma die Werbetrommel rührten, die internationalen Ausstellungen

aufs Wirkungsvollste zu nutzen verstanden hatten, sich umzuhören und sich hören zu lassen.

Carl Friedrich Benz und Gottlieb Daimler waren anders geartet als die mit allen Wassern der Werbetechnik gewaschenen Industriellen an Rhein und Ruhr, an den Ufern der Seine und den Gestaden des Clyde und der Themse: Nicht eigentlich Unternehmer, nicht einmal Fabrikanten, wie wir sie uns heute vorstellen, sondern von ihren Ideen umtriebene Erfinder, zweifelsüchtige Mechaniker, besessene Tüftler, nie mit dem Zufrieden, was sie zuwege gebracht hatten, sondern immer darauf bedacht, das Erreichte zu verbessern.

Der wirtschaftliche Erfolg, wie er sich – bei Benz nicht anders als bei jedem anderen Unternehmer – in der Verkaufsziffer manifestierte, kam erst in zweiter Linie.

Als einmal ein biederes Ehepaar in der Fabrik erschien, um einen von dene Wagen zu kaufen, «die von selber laufe», wies Benz die Kundschaft ab. «Ich sag'», erzählte er gern, ««soweit sinn wir noch nit, und ich verkauf Ihne kei Wage.» Aber der Mann war einfach zäh und liess nicht locker, und er wollt sich wenigstens einen Wage ansehe. Ich geh also zu meinem Sohn Eugen und sag': «Bring mal einen von den dreirädrigen Wage 'raus (wir hatten zwei), und mach aber den Rieme schön kurz.» Die Sach mit dem Rieme war nämlich so: Das Wägelche hat vorn beinah kein Gewicht gehabt, und wenn der Rieme sehr kurz gespannt war und man etwas grob einschaltete, ging der ganze Wage vorn hoch wie ein Geissbock, und wenn man's noch ein bisschen gröber machte, ging er gleich so hoch, dass man hinne wieder 'runterfiel.

Na also, mein Eugen bringt das Wägelche in den Hof, lässt den Motor anlaufe, setzt sich in den Sitz, schaltet ein ... und mein Wägelche geht hoch wie ein scheuer Gaul oder wie'n Ziegenbock ..., und wie der Mann das sieht, nimmt er in die eine Hand sein Köfferche und in die andere sei Frau, sagt «Gute Morge», und weg ist er gwese und ist nie mehr wiedergekomme ...»

Benz war gar nicht erfreut, als sein hervorragender Verkaufsleiter Julius Ganss ihn eines Tages mit der Nachricht überraschte, er habe zweihundert Wagen nach Frankreich verkauft. Fürs erste, weil die Fabrik das gar nicht leisten konnte und erst vergrössert werden musste, um dem Auftrag gewachsen zu sein; vor allem aber, weil er fürchtete, «... unser ganzes Renommee wird in Frankreich verdorbe! Da laufe dann Benz-Wage, die überhaupt noch nicht auf der Höh sind».

Viele Jahre arbeiteten Daimler und Benz nebeneinander an der Entwicklung des Automobils, jener in Cannstatt, dieser in Mannheim, in der Luftlinie durch eine Entfernung von nicht viel mehr als hundert Kilometer voneinander getrennt, ohne dass sie, deren Unternehmungen später zur Einheit der Daimler-Benz-Werke verschmolzen wurden, einander je zu Gesicht bekamen. Verkapselt ins enge Gehäuse seiner Ideen und Pläne lebte jeder sein eigenes Leben. Fast gleichzeitig gelang ihnen die erste Verwirklichung des Traumes vom selbstlaufenden Fahrzeug: 1885 erbaute Daimler sein Motorzweirad, das von einem im Jahre 1883 geschaffenen und patentierten einzyklind-

rigen Benzinmotor von 0,5 PS angetrieben wurde; 1885/86 folgte Daimler mit seinem ersten «Patent-Motorwagen», einem Dreirad, dessen ebenfalls einzylindriger Motor schon 0,8 PS leistete. Dieser Zufall war ihnen jedoch kein Fingerzeig, miteinander in Verbindung zu treten, ihre Erfahrungen auszutauschen oder nun gar ihre Bemühungen zu vereinigen. Sie blieben für sich und jeder hütete sein Geheimnis; was aber nicht ausschloss, dass bis zum frühen Tod Gottlieb Daimlers – er starb wenige Tage vor der Vollendung seines sechsundsechzigsten Jahres am 6. März 1900 – auch noch später eine überraschende Parallelität in der technischen Entwicklung der Daimler- und der Benz-Werke bestand.

Es konnte auch kaum anders sein. Bot doch das Neuland, in das die Pioniere des Motoren- und Kraftfahrzeugbaus eindringen, hier wie dort die gleichen Probleme: Aufgaben, für deren Lösung weder Erfahrungen noch eine mit Spezialmaschinen wohl ausgerüstete Industrie zur Seite standen; sondern die das technische Ingenium mit den Methoden und Mitteln des Handwerks zu lösen versuchen musste. Immer wieder enttäuscht und zurückgeworfen durch die Unzulänglichkeit des Erreichten, irritiert durch die Überlegenheit der konkurrierenden Dampfmaschine, entmutigt durch den Spott der Zeitgenossen und nur durch die Macht der schöpferischen Phantasie darin bestärkt, ihre Pläne weiterzuverfolgen, gingen die Erfinder ihren Weg, der, so windungsreich er auch sein mochte, sie niemals auf mehr als Blickweite voneinander entfernte.

Freilich, Daimler war fast bis zu seinem Tod dem benachbarten Benz eine kleine Kopflänge voraus. Er war es dann auch, der als erster ein internationales Rennen oder vielmehr eine Zuverlässigkeitsfahrt beschickte, bei der eine Höchstgeschwindigkeit von 20 km/st und ein Durchschnitt von 17 km «herausgefahren» wurde.

«Die erste Zuverlässigkeitsfahrt auf der 126 km langen Strecke Paris-Rouen am 22. Juli 1894», berichtet darüber die *Chronik der Mercedes-Benz Fahrzeuge und Motoren*, «bildete nicht nur den Beginn der traditionsreichen Geschichte der Automobilrennen und eine grosse Sensation, sondern lieferte auch den Beweis für die Richtigkeit der damals noch durchaus umstrittenen Ansicht, dass das Automobil mit Benzinmotor das kommende Strassenfahrzeug werde.

Unter den 102 gemeldeten «Wagen ohne Pferde» waren allein 20 verschiedene Antriebssysteme vertreten, darunter 30 Fahrzeuge mit Benzinmotor, 28 Dampfwagen, Fahrzeuge mit Pressluft oder Federantrieb, ja sogar ein Fahrzeug, bei dem das Gewicht des Reisenden als Motor wirken sollte. Von diesen Fahrzeugen wurden nur etwa 20 zugelassen. Erster wurde ein 20-PS-de-Dion-Bouton-Dampfwagen, dem als Zweiter und Dritter ein Peugeot, als Vierter ein Panhard-Levassor und dann wieder ein Peugeot-Wagen folgten, von denen jeder mit einem Daimler-Motor von 3 bis 4 PS ausgerüstet war. Bei der Wertung erhielten Peugeot und Panhard mit ihren Daimler-Motoren gemeinsam den Ersten Preis. Den Zweiten Preis erhielt der 20-PS-de-Dion-Bouton-Dampfwagen, der, wenngleich der Zeit nach Erster, den Bedingungen der Ausschreibung nicht entsprach. Einen weiteren Preis erhielt ein von Emile Roger ge-

steuerten Benz-Vis-à-Vis. Die Höchstgeschwindigkeit von rund 20 km/st und die höchste Durchschnittsgeschwindigkeit von 17 km/st lagen wohl noch unter den von den Radfahrern schon erreichten Geschwindigkeiten; trotzdem machten die Leistungen auf die Öffentlichkeit und auf die Fachleute einen derartigen Eindruck, dass in der von der Vereinigung französischer Ingenieure herausgegebenen Mitteilung festgestellt wurde, «dass das Rennen wahrscheinlich die definitive Lösung des Problems der mechanischen Beförderung auf der Strasse beschleunigen wird».

Selbst wenn man sich die reichlich sechs Jahrzehnte zurückdenkt, die unsere Zeit von dem motorsportlichen Ereignis des Jahres 1894 trennen, ist man betroffen darüber, wie gemischt die Gesellschaft doch war, die da um den Preis der Zuverlässigkeit im Strassenverkehr kämpfte: Nur knapp drei Zehntel der Fahrzeuge waren mit Benzinmotoren ausgestattet, waren also «Automobile» im heutigen Sinne des Wortes: fast ebenso viele Wagen wurden von Dampfkraft angetrieben, der Rest entfiel auf Vehikel von der Art, wie sie von amerikanischen Eisenbahnen schon viele Jahrzehnte zuvor betrieben wurden – nur dass die Yankees auch noch veritable Schienensegler und «Lokomotiven» eingesetzt hatten, deren PS von leibhaftigen Pferden oder Maultieren geliefert und über Treträder auf ein Getriebe übertragen wurden.

Die technische Entwicklung entfernte sich dann aber sehr schnell von diesen paradiesischen Zuständen, die durch den fast noch handwerklichen Charakter der Produktion, das tastende Experimentieren der Erfinder mit allen erdenklichen Antriebskräften, die Kapitalarmut der Industrie und den Enthusiasmus der wenigen Sportsleute gekennzeichnet waren, die sich unter Gefahr für Leib und Leben in den Dienst der guten Sache stellten.

Schon zwanzig Jahre später baute Daimler einen sechszyindrigen Tourenwagen von 28/95 PS und einen Rennwagen, dessen vierzylindriger Motor 115 PS leistete, während Benz bereits 1908 für den Grand Prix und das Semmeringrennen seine Fahrzeuge mit Motoren von 120 bzw. 150 PS ausgestattet und sich 1909 mit dem «Blitzenbenz», der es auf 200 PS brachte, den Geschwindigkeitsweltrekord geholt hatte.

Was aber dem deutschen Automobilbau fehlte, war der aufnahmefähige Markt, die breite Käuferschicht, die das Kraftfahrzeug nicht aus sportlichen Motiven, sondern zum täglichen Gebrauch erwarb.

Die Söhne des 1895 verstorbenen Adam Opel produzierten im Jahre 1900 bereits 15'000 Fahrräder der verschiedensten Art, ehe sie 1901 ihre ersten dreissig Automobile herstellten. Sie waren schon Industrielle eines ganz anderen Typus als Daimler und Benz: moderne Fabrikanten, die sich nicht scheuten, die Automobilausstellungen zu durchstöbern und nach einer französischen Lizenz (Darracq & Co) den Kleinwagenbau für deutsche Verhältnisse abzuwandeln. Auch sie freilich Sportsleute – Wilhelm Opel holte sich 1909 den Ersten Preis im Prinz-Heinrich-Rennen –, aber doch auch Geschäftsmänner, die ihr Handeln frühzeitig mit den Gesetzen der Massenerzeugung in Einklang zu bringen suchten. Im Jahre 1912 erreichte die Rüsselsheimer

Produktion, obwohl im Jahre vorher ein Grossbrand fast alle Fabrikationsräume vernichtet hatte, die märchenhaft anmutende Zahl von 3'000 Automobilen: knapp zwei Prozent dessen, was Opel 1955 leistete.

Erst der Krieg brachte eine tiefgehende Umwälzung der Verhältnisse zugunsten des Kraftfahrzeugs. Aus dem Hobby der Sportsmen wurde das Nutzfahrzeug des Materialkriegs, das Kanonen und Munition schleppte, Kurier- und Spähfahrten ausführte und schliesslich zum «Tank», zum «Panzer» oder Kampfwagen abgewandelt wurde.

Wenn wir an den Wagenpark der ersten Nachkriegsjahre zurückdenken, will uns freilich heute noch angst und bange werden. Da gab es noch keine elektrischen Anlasser, wer den Motor anwerfen wollte, musste über beachtliche Muskelkräfte und über genügend Mutterwitz oder die schmerzlich erworbene Erfahrung verfügen, dass dem unweigerlich der Daumen ausgerenkt wurde, der die Kurbel nicht mit der ganzen Hand umfasste. Und auch die Bedienung der Kulissenschaltung, meist war sie noch rechts aussen angebracht, war eher die Sache starker Männer als schwacher Frauen. Zumal wenn es galt, mit einem harten Schlag auf den Knopf, der den Schalthebel krönte, den Rückwärtsgang einzustellen. Und dann die Bremsen! Sie wirkten nur auf die beiden Hinterräder und wurden in ihrem Wert ganz wesentlich durch die eisenhart aufgepumpten Hochdruckreifen gemindert, die vielfach wie Schuhsohlen benagelt waren. Nach kurzer Zeit aber waren die Nägel zu spiegelblanken Metallscheibchen abgefahren, auf denen man selbst beim vorsichtigsten Bremsen rutschte. Als dann die Vierradbremse aufkam, mussten die mit dem neuartigen Komfort ausgestatteten Fahrzeuge ein rückwärtiges Kennzeichen – eine stilisierte 4 auf rundem Emailleschild – tragen, um die Zahl und die Schwere der Unfälle, die notwendig mit der Verschiedenartigkeit der Bremsvorrichtungen auftreten musste, auf ein erträgliches Mass zu mindern.

Dennoch, wie schon gesagt, hatte der Erste Weltkrieg dem Kraftfahrzeug eine breite Bresche geschlagen. Zehntausende junger Männer, die nie im Entferntesten daran gedacht hatten, in einem Auto zu sitzen oder gar einen Wagen zu fahren, hatten Chauffieren gelernt. Der Motor hatte sein Geheimnis verloren. Der Fahrer, der aus dem Krieg heimkam, verstand sich darauf, wenigstens die kleineren Pannen zu beheben, Reifen aufzuziehen und, wenn es Not tat, eine Reparatur zu improvisieren. Die Brüderschaft der Sportsleute, von deren Enthusiasmus die Entwicklung des Kraftfahrzeugbaus abgehängt hatte, bildete nur noch einen Teil, eine Sekte, der ständig wachsenden Automobilgemeinde. Das Automobil verlor seinen Luxuscharakter; die Innenausstattung wurde sparsamer; die Engel an der Holzdecke der Limousinen, die Füllhörner voll Obst und Blumen auf die Insassen ausleerten, wurden seltener; der teure, hochempfindliche, blasenwerfende Lack verschwand; die neuen synthetischen Werkstoffe – Spritzlacke und Kunstharze – eroberten den Karosseriebau. Das Auto wurde billiger. Im Jahre 1924 brachte Opel seinen «Laubfrosch» heraus, einen Vierzylinder von 14 PS und 700 kg Gewicht, der – das war das Entscheidende – «nur» noch 4'500 RMark kostete.

Bestand an Kraftfahrzeugen (Jahresmitte)
I. Deutsches Reich (in den Grenzen von 1937)

	Gesamtbestand					Einwohner je				
	Krafträder	Personenkraftwagen	Kraftomnibusse	Lastkraftwagen	Kraftfahrzeuge insgesamt.	Kraftrad	Pkw	Lkw	Kraftwagen ³	Kraftfahrzeug
1922	38 048	82 692	1 755	43 711	167 484	1 627	749	1416	478	370
1924	97 965	132 179	1 833	60 629	295 021	640	474	1 034	318	213
1926	263 411	206 487	5 036	90 029	576 995	242	308	707	203	110
1928	438 288	342 784	8 596	124 637	933 312	147	188	517	130	69
1930	731 237	501 254	11 984	157 432	1 419 870	89	130	413	95	46
1932	819 178	486 001	11 274	157113	1 499 724	80	135	418	97	44
1934	983 994	674 523	12 750	191 715	1 887 632	67	98	346	73	35
1936	1 184 081	945 085	15 567	282 430	2 474 591	57	71	238	52	27
1938	1 513 328	1 271 983	18 451	383 399	3 241 852	45	54	179	40	21
davon im Bundesgebiet	<i>856 711</i>	<i>712 861</i>	<i>11 556</i>	<i>214171</i>	<i>1 836 095</i>	<i>45</i>	<i>55</i>	<i>152</i>	<i>40</i>	<i>21</i>
1939	1 755 320	1 426 743	21 907	420 295	3 705 111	59	49	165	36	19
davon im Bundesgebiet	<i>1 007 780</i>	<i>798 933</i>		<i>240 508¹</i>	<i>2 099 865¹</i>	-	-	-	-	-

II. Bundesrepublik

1950	913546 ²	515 608	14 528	358 047	1 949 805	52	93	133	24	24
1951	1 180 675 ²	681573	16 520	414 343	2 493 490	41	71	116	37	19
1952	1 582 118 ²	900 371	19 599	492 608	3 274 602	31	54	98	29	15
1955	2 004 796 ²	1 126 105	22 348	554 546	4 053 734	24	45	88	24	12
1954	2 300 677 ²	1 393 358	24 775	572 491	4 699 537	21,5	35,5	86,5	20,6	10,5
1955	2 432 559 ²	1 662 886	25 514	563 887	5 184 173	20,6	50,1	88,7	18,2	9,6

¹ ohne Reichsbahn und Reichspost

¹ einschliesslich Motorroller

³ Pkw, Lkw, Kraftomnibusse

Eine neue Ära des Automobils – der Erzeugung und des Gebrauchs – hatte begonnen.

Vier Jahre nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, Mitte 1922, waren im Gebiet der Weimarer Republik nicht viel mehr Kraftfahrzeuge zugelassen als heute in Hamburg gehalten werden: nämlich 167'484 Stück. Im Laufe der nächsten sechs Jahre jedoch wuchs die Zahl aller Motorfahrzeuge auf beinahe das 6fache: und zwar die Zahl der Krafträder auf das 11-fache, diejenige der Personenkraftwagen auf das 4,6fache. In der Hochkonjunktur der zwanziger Jahre wurde der kleine Mann für die Motorisierung gewonnen. Er fuhr auf dem Kleinmotorrad ins Land der technischen Zukunft. Die Wohlstandsbildung im Mittelstand dagegen, den die Jahre der Inflation (1918-1923) erbarmungslos expropriert hatten, war noch nicht stark genug, um mit dem Trend der Lohnentwicklung und folglich mit der Motorisierung der breiten Masse überall Schritt zu halten.

Im nächsten Jahrzehnt (1928-1938) verliefen die Kurven der Motorisierung flacher und näher beieinander als vorher: 1922 war auf 370 Einwohner des Reichsgebietes, 1928 dagegen auf 69 Deutsche jeden Alters ein Kraftfahrzeug entfallen; d.h. die Dichte der Kraftfahrzeughaltung hatte sich mehr als verfünffacht. Im Jahrzehnt 1928-1938 stieg die Kraftfahrzeugdichte nur noch auf gut das 3fache: je Fahrzeug wurden 1938 etwa 21 Einwohner des sogenannten Altreichs – d.h. des Reichs in den Grenzen von 1937 – gezählt. In diesem Zeitraum jedoch führten die Personenkraftwagen eindeutig die Entwicklung an: ihre Zahl wuchs auf das 3,7fache, diejenige der Krafträder bloss knapp auf das 3,5fache. Offenbar, der Mittelstand hatte sich erholt. Aber noch stärker war sicherlich die Neigung der Staats-, Kommunal-, Militär- und Parteibürokratie, mit Hilfe der reichlich fliessenden öffentlichen Gelder an den Segnungen der Motorisierung zu partizipieren.

Wie die Dinge sich nach dem letzten Kriege entwickelten, ist uns in grossen Zügen geläufig; allerdings wurden schon 1950 in der Bundesrepublik mehr Kraftfahrzeuge gehalten als 1938 zugelassen waren. Berücksichtigt man jedoch, dass die westdeutsche Bevölkerung um 8,8 Millionen Menschen zugenommen hatte, so errechnet sich, dass im zweiten Jahr nach der Währungsreform die Dichte der Kraftfahrzeughaltung noch um ein Achtel geringer war, als sie für das letzte volle Friedensjahr ermittelt werden konnte.

Mit 24 Einwohnern je Kraftfahrzeug im Jahre 1950 – gegen nur 21 im Jahre 1938 – fing also das Wirtschaftswunder an; fünf Jahre später wurden nur noch 9,6 Bundesrepublikaner je Motorfahrzeug gezählt. Ein halbes Jahrzehnt Wirtschaftswunder hatte genügt, die Dichte der Kraftfahrzeughaltung auf das 2,5fache zu steigern. Im Einzelnen zeigt sich nun aber, dass in den verschiedenen Sparten der Kraftfahrzeughaltung die Entwicklung nicht eben stark, aber doch fühlbar und auf eine charakteristische Weise voneinander abwich. Während 1950 die absolute Zahl der in der Bundesrepublik gehaltenen Krafträder schon wieder grösser war als 1938 und die Dichte der Fahrzeughaltung nur noch wenig hinter dem Vorkriegsstand zurückblieb, war die Zahl der

Personenkraftwagen um beinahe 200'000 Einheiten niedriger als im letzten Friedensjahr, und folglich war die Fahrzeugdichte sehr viel fühlbarer reduziert als bei den Krafträdern.

Gebiet der Bundesrepublik	der Kraftrad-		Dichte ¹ der Pkwhaltung	
1938	45,4	(111,0)	54,6	(169,4)
1950	52,2	(100,0)	92,5	(100,0)
1955	20,6	(213,4)	30,1	(307,3)

Einwohner je Fahrzeug

Dann, wie gesagt, kam das Wirtschaftswunder über uns: Die Fahrzeugdichte bei den Krafträdern stieg in fünf Jahren auf das 2,5fache, bei den Personenkraftwagen dagegen auf das 3fache. Kein Zweifel also: die vier Räder haben angefangen, sich schneller zu drehen als die zwei Räder. War die Hochkonjunktur in den Zwanzigern dadurch charakterisiert, dass der Kleine Mann sich aufs Motorrad schwang, so ist die Wunderkonjunktur der Bundesrepublik dadurch gekennzeichnet, dass Arbeiter und Angestellte in schnell- wachsender Zahl hinter dem Volant eines Wagens Platz nehmen. Der Kleine Mann erobert das Auto – oder, wenn man will, umgekehrt: das Auto erobert den Kleinen Mann.

Das zeigt übrigens auch die folgende Übersicht des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg:

Verteilung der Pkw-Haltung auf die Berufsgruppen

	1. Juli 1956		1. Juli 1955	
	Stück	Prozent	Stück	Prozent
Angestellte	278 636	14,5	190 152	11,9
Handwerk	248 049	12,9	222 909	14,0
Einzelhandel	234 658	12,2	215 039	13,5
Industrie	201 924	10,5	189 044	11,9
Arbeiter	189 929	9,9	96 162	6,0
Freie Berufe	138 753	7,2	125 174	7,9
Land- und Forstwirtschaft	137 259	7,1	111 941	7,0
Grosshandel	110 495	5,7	107 775	6,8
Vermittlergewerbe	105 050	5,4	98 155	6,2
Beamte	90 468	4,7	62 417	3,9
Gewerblicher Verkehr	64 882	3,4	61 154	3,8
Behörden und Verbände	31 129	1,6	29 822	1,9
Sonstige	94 877	4,9	83 420	5,2

Zum erstenmal in der Geschichte des Automobils – des deutschen Automobils, notabene! – ist die Arbeiterschaft unter den Kraftwagenhaltern stärker, und zwar erheblich stärker vertreten als die Kategorie der Freien Berufe: der Ärzte, Anwälte, Künstler, Journalisten usw. Das war der Erfolg eines einzigen Jahres (1. Juli 1955 bis 30. Juni 1956). Und wenn nicht alles täuscht, werden die Arbeiter in den nächsten zwei, drei Jahren nicht nur die immer tiefer ins Räderwerk des Wirtschaftswunders geratenden Angehörigen der frei schaffenden Berufe weiter und immer weiter hinter sich lassen, sondern auch die Angestellten unter den Autohaltern überflügeln. Zum mindesten lässt sich das aus der Entwicklung folgern, die wir seit 1951 verzeichnen.

Angestellte und Arbeiter als Pkw-Halter

	1951	1952	1953	1954	1955	1956	Stand 1956 in Prozent des Standes 1951
Angestellte	30 854	59 446	91 681	133 804	190 152	278 636	903,1
Arbeiter	2 538	9 813	25 147	52 446	96162	189 929	7 483,4
Pkw insgesamt:	552 614	903 575	1 129 470	1 563 902	1 596 694	2 033 325 »	367,9

¹ Einschliesslich Kombi- und Krankenwagen

Man mag die Entwicklung insofern bedauern, als sie mit unbarmherziger Klarheit die materielle Abwertung des geistig schaffenden, des eigentlich schöpferischen Menschen zeigt: die unaufhaltsame Proletarisierung der kulturtragenden Schicht, deren wohlberatenen Söhne nicht mehr daran denken, das geistige Erbe der Väter anzutreten, sondern es vorziehen, sich einen Job in der Wirtschaft zu suchen, sei es an der Drehbank oder hinterm Volant des Vertreterwagens. Man mag aus diesen und vielen ähnlichen Symptomen düstere Prognosen für die Zukunft unseres Volkes und seine Stellung unter den grossen Industrienationen herleiten. Was aber die materielle Position des kleinen Mannes betrifft, so ist die Entwicklung höchst erfreulich, und wenn nur unsere Wirtschaftsführer sich wohlberaten erweisen, werden sie sie nach Kräften fördern. Ist doch der deutsche Markt der langlebigen Verkaufsgüter, von denen der Kraftwagen ja nur eins unter vielen ist, immer noch sicherer, leichter zu überblicken und mit den legitimen Mitteln der Konjunktur- und Kreditpolitik zu steuern als die jeder Kontrolle entrückten Auslandsmärkte.

Das nur nebenbei, ehe wir zu der Hauptfrage kommen, wer denn nun eigentlich unsere Kraftfahrzeuge baut.

Blenden wir zunächst zwei Jahrzehnte zurück: Wer baute 1936/37, in jenen Jahren der anlaufenden Rüstungskonjunktur, die noch nicht ganz im Zeichen der Losung «Kanonen statt Butter» standen, die Kraftfahrzeuge für den deutschen Automobilfahrer?

Unsere Übersicht zeigt, dass die Namen der grossen Produzenten, die damals den

Von allen zugelassenen Pkw entfielen auf

	1936	Stück 1937	1936	Prozent 1937
Opel	86 500	75 803	40,59	35,01
Auto-Union	50 692	54 765	23,91	25,29
Daimler-Benz	19 816	23 679	9,30	10,94
Adler	15 325	17 177	7,19	7,93
Ford	11 721	16 141	5,50	7,45
Hanomag	8 218	8 411	3,86	3,88
BMW	6 891	6 828	3,23	3,15
Hansa	5 917	5 486	2,78	2,53
Stoewer	1 024	913	0,48	0,42
Maybach	151	179	0,07	0,08
Insgesamt zugelassen:	213 117	216 538		

Markt beherrschten, uns heute noch recht vertraut ins Ohr klingen. Von den 213'117 bzw. 216'538 Personenkraftwagen, die 1936 und 1937 zugelassen wurden – gebaut wurden in diesen Jahren 244'289 bzw. 269'005 Pkw – entfielen auf die «Grossen Drei», Opel, Auto-Union und Daimler-Benz, fast drei Viertel aller Fahrzeuge, genau nämlich 73,80 bzw. 71,24 Prozent; nimmt man noch Ford und BMW hinzu, so erhöht sich der Marktanteil der fünf Grossproduzenten, die heute noch eine hervorragende Rolle in der Befriedigung der deutschen Nachfrage spielen, mit 82,53 bzw. 81,84 Pro-

Von allen zugelassenen Lkw entfielen auf

	Stück 1936	1937	1936	Prozent 1937
Opel	15 475	15 766	35,48	36,48
Ford	7 087	7 262	16,25	16,80
Hansa-Lloyd	3 855	4 347	8,84	8,92
Daimler-Benz	5 096	4 123	11,68	9,54
Büssing-NAG	2 813	2 293	6,45	5,31
Magirus	1 529	1 519	3,51	3,51
Krupp	1 438	1 269	3,30	2,94
MAN	1 147	866	2,63	2,00
Phaenomen	805	737	1,85	1,71
Henschel	786	488	1,80	1,13

Insgesamt zugelassen: 43 614

43 221

zent auf mehr als vier Fünftel des Bedarfs, der fast ausschliesslich aus der deutschen Erzeugung und nur zu einem ganz geringfügigen Teil aus der Einfuhr gedeckt wurde.

Nicht wesentlich anders liegen die Dinge bei den Lastkraftwagen. Insgesamt wurden in dieser Kategorie 43'614 Fahrzeuge im Jahre 1936, 43'221 Einheiten im darauffolgenden Jahr zugelassen. Davon bestritten die drei Grossen – Opel, Ford und Daimler-Benz – mit 63,41 bzw. 62,82 Prozent nahezu zwei Drittel, die fünf Grossen – Opel, Ford, Daimler-Benz, Hansa-Lloyd und Büssing-NAG – zwischen drei Viertel und vier Fünftel. Die marktbeherrschende Stellung der führenden Firmen war also damals schon sehr ausgeprägt, ja vielleicht stärker entwickelt als heutzutage. Mindestens wenn man die Stückzahl der von ihnen gelieferten Fahrzeuge, nicht den Wert ihrer Umsätze als Norm nimmt. Namentlich aber stellt sich heraus, dass die beiden grossen amerikanischen Firmen, Opel (General Motors) und Ford, die mit mehr als zwei Fünftel zur Deckung der Pkw-Nachfrage beitrugen und für den mächtig aufstrebenden Lastverkehr der rüstenden Wirtschaft, der Polizei, der Partei, des Heeres und der paramilitärischen Organisationen reichlich die Hälfte der zugelassenen Fahrzeuge lieferten, am braunen Wirtschaftswunder relativ stärker partizipieren konnten als am Wirtschaftswunder unserer Tage.

Notabene: der Akzent dieser Feststellung liegt auf dem Wörtchen relativ; denn selbstverständlich rangieren die absoluten Zahlen heute in einer viel höheren Gröszenordnung als vor dem Krieg, wie sehr sich auch die Relativzahlen zuungunsten der amerikanischen Firmen verschoben haben mögen.

Die 75'803 Personenkraftwagen der Opelproduktion, die 1937 für deutsche Besitzer zugelassen wurden, repräsentierten 35 Prozent des Marktes, d.h., da Ein- und Ausfuhr in den letzten Vorkriegsjahren minimal waren, ein starkes Drittel der deutschen Erzeugung. Im Jahre 1956 dagegen bestritt Opel mit 163' 143 Einheiten nur noch ein Fünftel der westdeutschen Produktion und auch, wenn man die Kombiwagen hinzurechnet, in deren Fabrikation Rüsselsheim führend ist, kommt die General-Motors-Tochter noch lange nicht an die 21-Prozent-Grenze heran. Ford schneidet bei dem Vergleich wesentlich günstiger ab: Seine 16'141 Pkw deckten 1937 knapp 7½ Prozent des innerdeutschen Bedarfs; im Jahre 1956 stellte die Kölner Firma 58'129 Personenfahrzeuge her, was einem 6,9-prozentigen Anteil an der westdeutschen Produktionsleistung entspricht.

Ganz ähnlich liegen die Dinge im Bereich der Last- und Lieferwagenerzeugung: Beide amerikanische Firmen haben ihre Produktion erhöht – Ford allerdings wesentlich stärker als Opel –, beide aber stehen heute in einem umso viel schärferen Wettbewerb mit deutschen Unternehmen, dass sich ihre Bedeutung für den deutschen Markt erheblich gemindert hat; ja man ist versucht zu sagen: dass es mit der Monopolstellung aus ist, die ihnen das Dritte Reich erstaunlicherweise konzidiert hatte.

Interessanter jedoch als die negative Seite der Medaille – der Abfall der Opel-Produktion von etwa einem Drittel auf ein Neuntel der deutschen Erzeugung, um nur dies Beispiel zu nennen – ist ihre positive Seite.

Deutsche Pkw- und Kombiwagen-Erzeugung 1955 und 1956¹

Firma	Pkw mit 3 Rädern und mit 4 Rädern ohne Ausgleichsgetriebe				Sonstige Pkw				Pkw insgesamt				Kombi-Kraftwagen				OO
	Stück		in Prozent		Stück		in Prozent		Stück		in Prozent		Stück		in Prozent		
	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	
BMW	12 917	29 947	94,80	89,18	4 558	3 769	0,66	0,46	17 475	33 716	2,48	3,99	-	-	-	-	
Heinkel	-	3 632	—	10,82	-	-	—	—	-	3 632	—	0,43	-	-	-	-	
Kroboth (Seestall/Bay.)	8	-	0,06	—	-	-	—	—	8	-	—	—	-	-	-	-	
Nordwestd. Fahrzeugbau (Lohne/Oldenburg) Auto- Union	701	-	5,14	—	-	-	-	-	701	-	0,10	—	-	-	-	-	
Borgward	-	-	—	-	24 735	17 807	3,58	2,19	24 735	17 807	3,51	2,11	1 720	3 301	3,03	5,23	
Goliath	-	-	—	-	7 108	6 067	1,03	0,75	6 108	6 067	0,87	0,72	3 671	2 970	6,46	4,70	ü tu C
Lloyd	-	-	—	-	58 222	51 764	8,42	6,38	58 222	51 764	8,25	6,12	-	-	-	-	n z m
Daimler-Benz	-	-	—	-	63 683	69 601	9,21	8,57	63 683	69 601	9,03	8,23	-	-	-	-	
Ford	-	-	-	-	52 654	58 129	7,61	7,16	52 654	58 129	7,46	6,88	9 133	10 677	16,08	16,91	C z ü
Glas	-	-	-	-	9 916	33 385	1,43	4,11	9 916	33 385	1,41	3,95	-	-	—	—	g w 3
Maico	-	-	-	-	183	2 081	0,03	0,26	183	2 081	0,03	0,25	-	-	-	—	Q §
NSU Automobil AG	-	-	-	-	-	6 403	—	0,79	-	6 403	—	0,76	-	-	-	-	5 m C
Opel	-	-	-	-	142 795	163 143	20,64	20,09	142 795	163 143	20,24	19,30	24 413	25 308	42,99	40,07	Q C z
Porsche	-	-	-	-	2 952	4 264	0,43	0,53	2 952	4 264	0,42	0,50	-	-	-	—	
Vidal & Sohn	-	-	-	-	926	-	0,13	—	926	-	0,13	-	8	1 780	0,01	2,82	
Volkswagenwerk	-	-	-	-	290 832	345 574	42,04	42,56	290 832	345 574	41,23	40,87	11 346	16 010	19,98	25,35	
Manderbach	-	-	-	-	-	-	—	—	-	-	—	—	-	1	—	-	
Ostner	-	-	-	-	-	-	—	-	-	-	—	—	2	-	—	—	
Zusammen	13 626	33 579	100,00	100,00	691 792	811 918	100,00	100,00	705 418	845 497	100,00	100,00	56 787	63 158	100,00	100,00	

¹ 1956: vorläufige Zahlen. Errechnet nach den Angaben des Verbandes der Automobilindustrie eV.

Deutsche Lastkraftwagen-Erzeugung 1955 und 1956*1

Firma	Lkw unter 1 t Nutzlast mit 1 bis unt. 31				Lkw Nutzlast mit 3 bis unter 4 t				Lkw Nutzlast mit 4 bis unter 7 t				Lkw Nutzlast mit 7 u. mehr t				Lkw insgesamt							
	Stück		in Prozent		Stück		in Prozent		Stück		in Prozent		Stück		in Prozent		Stück		in Prozent					
	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956				
Auto-Union	5336	5882	10,05	10,00															5336	5882	3,80	3,69		
Borgward					6561	6602	17,98	15,95	--	--	2481	1937	7,40	4,79	--	--	--	--	9042	8539	6,44	5,36		
Goliath	4988	4549	9,40	7,74															4988	4549	3,55			
Lloyd	621	774	1,17	1,32															621	774	0,44			
Dr. Porsche		21*		0,04					--	--	--	--	--	--	--	--	--	--		21	--	2,86		
Vidal & Sohn	5703	6556	10,75	11,15	1690	2069	4,63	5,00											7393	8625	5,27	0,013		
Opel	5897	5917	11,11	10,06	12235	12642	33,53	30,54											18132	18559	12,92	5,41		
Ford	2796	983	5,27	1,67	7586	10426	20,79	25,19	1367	3069	18,76	33,14	5795	2765	17,28	6,84			17544	17243	12,50	Q		
	27715	34106	52,22	58,01															27715	34106	19,75	10,82		
Volkswagen werk Manderbach	13	5	0,02	0,01																13	5	0,01	0,003	
Ostner					97	161	0,27	0,39												97	161	0,07	0,1	
Daimler-Benz					578	2371	1,58	5,73	3893	3640	53,42	39,30	14629	23370	43,63	57,79	4083	3294	40,93	35,02	23183	32675	16,52	20,51
Hanomag					7741	7126	21,22	17,21	500	1196	6,86	12,91									8241	8322	5,87	5,22
Klößner-H.-D.									1527	1356	20,96	14,64									6879	8483	4,90	5,36
(Magirus)													5343	5659	15,93	13,99	9	1468	0,09	15,61			1,20	1,97
Büssing													633	710	1,89	1,76	1050	901	10,53	9,58	1683	1611	1,39	0,61
MAN													1337	2082	3,99	5,15	613	1056	6,14	11,23	1950	3138	0,86	1,81
Faun-Werke													155	198	0,46	0,49	1054	773	10,57	8,22	1209	971	2,91	1,59
Henschel & Sohn -													2704	2380	8,06	5,89	1378	498	13,81	5,30	4082	2878	1,40	0,13
Fried. Krupp													355	1245	1,06	3,08	1610	1291	16,14	13,73	1965	2536		
Kaelble													9891	0,29	0,23	179	124	1,79	1,32	277	215	0,20		

Zusammen 53069 58793 100,00 100,00 36488 41397 100,00 100,00 7287 9261 100,00 100,00 33530 40437 100,00 100,00 9976 9405 100,00 100,00 140350 159293 100,00 100,00

* 1956: vorläufige Zahlen. Errechnet nach den Angaben des Verbandes der Automobilindustrie e.V.

° 0,25 t-Jagdwagen

Da ist fürs Erste, wie ein Blick auf unsere Tabellen zeigt, der wahrhaft miraculöse Aufstieg der Volkswagenerzeugung. Er begann praktisch beim Nullpunkt, als nach dem Waffenstillstand sechstausend Menschen den zu Bergen getürmten Schutt des gründlich zerstörten Werkes weggeräumt hatten, das seit 1941 etwa 60'000 Wehrmachtsfahrzeuge geliefert hatte. Schon 1946 konnten, damals noch unter alliierter Leitung, zehntausend Fahrzeuge hergestellt werden. Anfang 1949 übernahm Professor Dr.-Ing. E.h. Heinz Nordhoff die Führung der Geschäfte: Die Produktion schnellte auf 46'154 Fahrzeuge empor, von denen fast 16 Prozent exportiert wurden. Die DMark, das Räderwerk des Wirtschaftswunders, begann zu rotieren; der erste Hunger war bald gestillt; die ersten Gewinne stellten sich ein; die ersten Wünsche, die über die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse hinausgingen, meldeten sich zum Wort – und da war nun dieser Wagen: schnell, sparsam, unabhängig von Witterungseinflüssen und relativ billig. Wie hätte es anders zugehen können, als wir's erlebten? Die Käufer rissen sich um den Volkswagen. Im Jahre 1951 wurde die Hunderttausendergrenze der Produktion überschritten: 93'709 Pkw und 12'003 Transporter rollten in Wolfsburg vom Band, annähernd ein Drittel der Erzeugung wurde ausgeführt. Bereits drei Jahre später konnte das Volkswagenwerk die Meldung über die Fernschreiber geben, dass mehr als 200'000, genau 202'174 Pkw und 40'199 Transporter (einschliesslich «Kombis») erzeugt worden seien und dass sich der Exportanteil auf 44,3 Prozent erhöht habe. Und immer wieder hat man den Eindruck, erst am Anfang einer steil aufstrebenden Entwicklung zu stehen; denn 1955 verzeichnete die Produktionsstatistik des Volkswagenwerks: 290'832 Pkw, 11'346 Kombiwagen und 27'715 Nutzfahrzeuge, insgesamt also 329'893 Einheiten, von denen 54,2 Prozent ins Ausland verkauft wurden; für 1956 lauteten die entsprechenden Zahlen 345'574, 16'010 bzw. 34'106, d.h. zusammen 395'690 Fahrzeuge, was einer 20prozentigen Produktionssteigerung in einem einzigen Jahr entsprach.

Um die Dinge ganz deutlich zu machen, sei schliesslich noch erwähnt, dass allein die Pkw-Erzeugung des Volkswagenwerks die gesamte reichsdeutsche Pkw-Produktion, die 1937 die Montagehallen verliess, im Jahre 1955 um 10,81 Prozent, im Jahre 1956 um 12,85 Prozent übertraf. Rechnet man auch die Kombiwagen unter die Pkw, so steigt dieses Mehr auf 11,23 Prozent im Jahre 1955 und auf 13,44 Prozent im Jahre 1956. Mit anderen Worten: ein einziges westdeutsches Werk leistete auf dem Gebiet der Pkw-Erzeugung in den Jahren 1955 und 1956 ein Neuntel bzw. ein knappes Siebtel mehr als 1937 alle Automobilfabriken des grösseren Deutschen Reiches zusammen.

Aber sehen wir weiter zu: Im Jahre 1937 wurden 23'679 Pkw und 4'123 Lkw der Daimler-Benz-Produktion zugelassen. Angenommen, mit diesen Zahlen wären nur etwa 80 Prozent der Produktion erfasst, so wären etwa 29'600 Pkw und 5'150 Lkw hergestellt worden. Für 1956 aber lauteten die entsprechenden Ziffern 69'601 Pkw und 32'675 Lkw, die Pkw-Produktion bei Daimler-Benz hat sich gegenüber der Vorkriegszeit also verdoppelt bis verdreifacht, die Lkw-Erzeugung ist auf das 6-7fache

gestiegen. Auch Ford hat mächtig an der Gunst der Zeitläufte partizipiert, da er die Pkw-Produktion mindestens verdreifachen und die Herstellung von Lastfahrzeugen verdoppeln konnte. Die Borgward-Gruppe – Borgward, Lloyd und Goliath – brachte 1955 insgesamt 89'065, 1956 allerdings «nur» noch 75'638 Personenkraftwagen heraus und stellte 5'391 bzw. 6'271 Kombiwagen sowie 14'651 bzw. 13'862 Lkw her, kam insgesamt also im Jahre 1955 auf 109'107, im Jahre 1956 auf 95'771 Fahrzeuge. Die Hans Glas GmbH Isaria-Maschinenfabrik in Dingolfing, die in ihrem Hauptwerk sowie in den Zweigwerken Landshut und Pilsting bei Landau 2'300 Menschen beschäftigt, stellte 1955 9'916 «Goggomobile», 1956 aber bereits 33'385 Einheiten dieses Typus her, der ganz besonders auf die Bedürfnisse und die Kaufkraft des kleinen Mannes zugeschnitten ist. Hanomag und ihre Halbtochter Vidal & Sohn, die über die Rhestahl-Union zum Rhestahl-Konzern gehören, brachten es beide auf mehr als 8'000 und zusammen auf rd. 17'000 Nutzkraftfahrzeuge. Aber auch Klöckner-Humboldt-Deutz (Magirus), MAN, Krupp und Henschel & Sohn, die Produzenten der schweren und schwersten Lastwagen, konnten ihre Erzeugung vervielfachen. Nur die Auto-Union ist noch nicht wieder auf den Stand ihrer Vorkriegsproduktion gelangt.

Welches von den drei Grossunternehmen – Volkswagenwerk, Daimler-Benz oder Opel – heute als das bedeutendste Unternehmen der deutschen Kraftfahrzeugindustrie gelten kann, ist schwer zu sagen. Die Stückzahl der Erzeugung bietet natürlich keine Norm; denn in einer Statistik dieser Art gilt ein Mercedes 300 nicht mehr als ein Volkswagen. Legt man dagegen die Zahl der Beschäftigten zugrunde, so steht Daimler-Benz an der Spitze, in weitem Abstand gefolgt von den beiden anderen Grossen, die nur etwa je zwei Drittel der Daimler-Benz-Belegschaft aufweisen. Worin sich aber bloss erweist, dass die Vielzahl der Typen und die Aufwendigkeit der Erzeugung dem Rationalisierungseffekt bei Daimler-Benz einen viel kleineren Spielraum lassen als dies bei Opel und dem Volkswagenwerk der Fall ist. Die Kopfzahl der Belegschaft also kann ebenso wenig wie die Stückzahl der Erzeugung als Massstab für die Bedeutung der Unternehmen dienen. Der wertmässige Umsatz, der wohl die beste Norm abgäbe, erreichte im Jahre 1955 beim Volkswagenwerk den Betrag von 1,444 Milliarden DMark, bei Daimler-Benz die Summe von 1,435 Milliarden DMark. Opel hat die entsprechende Ziffer nicht bekanntgegeben; doch kann man vermuten, dass sie sich in der gleichen Grössenordnung bewegt wie bei den beiden anderen Grossen. Alles in allem also: die grossen Drei werden, was ihre unternehmerische Bedeutung angeht, nicht weit voneinander abweichen.

Das Statistische Bundesamt beziffert den 1955 vom gesamten westdeutschen Fahrzeugbau (ohne Lokomotiv- und Waggonbau, aber einschl. Luftfahrzeugbau) erzielten Umsatz mit 8,526 Milliarden DMark. Davon entfielen 4 bis 4¹/_{*} Milliarden DMark, also annähernd 50 Prozent, sicherlich aber mehr als die Hälfte der Kraftfahrzeugumsätze, auf die grossen Drei: Opel, VW und Daimler-Benz. Der Konzentrationsgrad, die Zusammenballung von Wirtschaftsmacht in den Händen weniger Firmen, oder, wenn man so will, weniger Persönlichkeiten, ist fast noch höher als in der

Montanindustrie. Das zeigt sich jedoch nicht nur in der schwindelerregenden Höhe der Umsätze; beinahe noch eindrucksvoller berichten die Investitionsbeträge über die Wirtschaftsmacht, die die drei Grossen der Automobilindustrie im Zeichen des Wirtschaftswunders zu akkumulieren vermochten.

Bass erstaunt war eine deutsche Wirtschaftszeitschrift, als sich aus ihren Berechnungen ergab, dass fünf der führenden Kraftfahrzeugfirmen – Opel, VW, Daimler-Benz, Ford und BMW – vom Tage der Währungsreform bis Ende 1954 nahezu eine Milliarde, genau nämlich 974,5 Mill. DMark, investiert hatten: eine Summe, die ein Vielfaches der in den DMark-Eröffnungsbilanzen ausgewiesenen Anlagewerte und ein Mehrfaches der nominellen Gesellschaftskapitalien darstellte. Und in der Tat, ein Industriezweig, dessen Grossunternehmen in der Lage sind, sich in einem halben Dutzend Jahren einen Produktionsapparat aufzubauen, dessen Wert, grob gesprochen, das 4fache dessen repräsentiert, womit sie nach dem X-Tag begonnen hatten und, notabene, das zu tun, ohne sich zu verschulden, ist schon des Staunens der Fachleute wert.

Als auch das Jahr 1955 vergangen war, oder vielmehr: als die Bilanzen für 1955 vorlagen, musste man jedoch erkennen, dass das Staunen der Experten einem ziemlich kleinen Fisch gegolten hatte. Denn nun ergab die Addition, dass allein die drei Grossen – Opel, VW und Daimler-Benz – in den 7½ Jahren seit der Währungsreform 1'237,4 Millionen, knapp 1/4 Milliarden DMark, in die Erweiterung und Modernisierung ihrer Produktionsanlagen gesteckt hatten. Das ist – obwohl wir bei der Montan- und der chemischen Industrie an grosse Zahlen gewöhnt sind – weiss Gott kein Pappenstiel.

Die Investitionen der grossen Drei 1948-1951

in Mill. DMark

	Opel	Volkswagen werk	Daimler Benz	Zu sammen
1. Anlagezugänge	456,9	455,5	345,0	1 237,4
2. Anlagen nach den DMark-Eröffnungsbilanzen .	71,2	84,6	57,2	213,0
<i>3. Anlagezugänge in Prozent der Anlagen nach den DMEB (= 1. in Prozent von 2.)</i>	<u>641,7</u>	114,8	603,1	180,9
4. Abschreibungen	246,7	286,4	255,5	788,6
<i>5. Abschreibungen in Prozent der Anlagezugänge (= Finanzierungsgrad)</i>	<u>14,0</u>	65,8	74,7	63,7

Es spricht sich so leicht hin: die grossen Drei haben seit der Währungsreform fast HA Milliarden DMark investiert und annähernd 800 Mill. DMark ihres Anlagevermögens abgeschrieben.

Aber was bedeutet das eigentlich?

Abgesehen von der Höhe des zehnstelligen Investitionsbetrages – einer Summe,

die hinreichen würde, für 150'000 Menschen 25'000 komfortable Häuser zu bauen – heisst das

erstens, dass rund zwei Drittel der Mittel, die in die Errichtung neuer und die Erweiterung alter Gebäude, in die Anschaffung zusätzlicher Maschinen, in die Modernisierung und Rationalisierung des ganzen Produktionsvorgangs, in den Bau und die luxuriöse Ausstattung der Verwaltungsgebäude, die Anschaffung aufwendiger Fahrzeuge für die leitenden Angestellten usw. gesteckt worden sind, verdient werden konnten. Denn die Abschreibungen werden ja in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den «Aufwendungen», gleich hinter dem Posten «Löhne und Gehälter», ausgewiesen. Sie stellen den «Preis für die an den Betrieb abgegebene Leistung» der Anlagengüter, Gebäude, Maschinen, Transportmittel usw., dar. Sie sind ein Kostenfaktor, und nicht der unwichtigste, der als solcher natürlich in den Preis des erzeugten Guts einkalkuliert wird. Das aber bedeutet

zweitens, dass der in so unglaublich kurzer Zeit so unglaublich weitgetriebene Auf- und Ausbau der grossen Kraftfahrzeugfirmen «über den Preis», zu Deutsch: aus der Brieftasche der Automobilkäufer finanziert wurde.

Erschwerend fällt dabei ins Gewicht, dass ein grosser, wahrscheinlich sogar der grössere Teil der Käufer den Wagen, den er am Wochenende stolz ins Grüne oder ins Blaue steuert, nicht bar bezahlt, sondern auf Kredit erworben hat. Und da er nicht gelernt hat – und niemals lernen wird – sich in dem Hexen-Einmaleins der Finanzierungsanstalten auszukennen, kommt ihm der Kauf teuer zu stehen.

Nehmen wir einmal an, um den Vorgang an einem praktischen Fall zu exemplifizieren, er bleibt 6'000 DMark schuldig, die er, bei einer «Verzinsung von 10 Prozent pro anno», in 24 Monatsraten von je 250 DMark abzustottern vereinbart. Dann gehen die Dinge folgendermassen vor sich: Der Verkäufer behält den Kraftfahrzeugbrief, der den Kraftfahrzeughalter als Eigentümer legitimiert, im Stahlschrank, denn nach dem Grundsatz des «Eigentumsvorbehaltes», der in jedem Abzahlungsvertrag steht, bleiben «alle Kaufgegenstände bis zur vollständigen Deckung sämtlicher aus dem Kaufvertrag entstandenen Verbindlichkeiten des Käufers Eigentum des Verkäufers». Der Käufer andererseits setzt sich hin und schreibt – gelähmt wie das Kaninchen unter dem Blick der Schlange – 24 Wechsel zu je 300 DMark aus: für jeden der bevorstehenden 24 Monate einen Wechsel, und wehe, wenn nur einer nicht eingelöst wird. Warum aber Monatswechsel über 300 DMark? Nun, ganz einfach: 250 DMark ist der Betrag der Monatsrate, 50 DMark der Betrag der Zinsen. Denn 10 Prozent von 6'000 DMark sind ja doch 600 DMark, so dass, da das Jahr zwölf Monate hat, monatlich 600 DMark dividiert durch 12, nach Adam Riese also 50 DMark fällig werden. Gottlob, dass dieser Adam Riese der stillschweigend akzeptierten Verzinsungsabsprache seinen Segen gibt. In Tat und Wahrheit nämlich wird der Käufer so gründlich über den Löffel halbiert, dass ihm, wenn er die Dinge sähe, wie sie wirklich sind, das kalte Grausen ankäme.

Natürlich hat es seine Richtigkeit, dass er für den ersten Monat, der dem Erwerb

des Wagens folgt, 50 DMark Zinsen zahlt. Im zweiten Monat aber schuldet er nicht mehr 6'000 DMark, sondern nach Zahlung seiner Rate bloss noch 5'750 DMark und müsste folglich nicht mehr 50, sondern bei einem 10prozentigen Jahreszins, nur 47,92 DMark zahlen. Im siebenten Monat ist seine Kapitalschuld auf 4'500 DMark abgestottert; daraus errechnet sich ein Monatszins von 37,50 DMark – aber er zahlt immer noch die nach Adam Riese herausdividierten 50 DMark.

In den zwölften Monat des ersten Jahres tritt er mit einer Kapitalschuld von 3'250 DMark ein, aus der dem Finanzier ein Monatszins von 27,08 DMark zustände – aber weit gefehlt, unser Käufer zahlt immer noch 50 DMark. Er zahlt sie auch noch im siebten Monat des zweiten Jahres, wenn er für die bis auf die Summe von 1'500 DMark getreulich abgezahlte Kaufschuld nach Recht und Billigkeit eigentlich nur einen Monatszins von 12,50 DMark zu entrichten hätte. Er zahlt seine 50 DMark im zehnten Monat statt der tatsächlich geschuldeten 6,25 DM Zinsen, er zahlt sie im elften und im zwölften Monat, obwohl der ehrbare Kaufmann ihm nur noch 4,17 DMark bzw. 2,08 DMark abnehmen dürfte, so dass sich für das letzte Vierteljahr seiner Schuldknechtschaft eine effektive Zinslast von 150 DMark statt der nach den Grundsätzen der Zinseszinsrechnung ermittelten wirklichen Zinsschuld von, sage und schreibe, 12,50 DMark ergibt. Insgesamt zahlt er während der beiden Jahre 1'200 DM Zinsen; so lautet ja die Vereinbarung. Wenn es, wie schon gesagt, nach Recht und Billigkeit zugehe, würde die Summe der Monatszinsen den Betrag von 625 DM ausmachen. Tatsächlich also hat er – wir wollen zu seinen Gunsten annehmen: ohne es zu wissen – nicht «zehn Prozent pro anno» gezahlt, wie der treuherzige Finanzier ihn glauben machte, sondern genau 19,2 Prozent. Das ist dem schon im Preis enthaltenen Beitrag zur Finanzierung der Investitionen hinzuzurechnen, den der Käufer leistet. Nur freilich, dass in die 19 Prozent sich der Finanzier des Abzahlungskaufs und die Bank teilen, die jenem, ohne das mindeste Risiko einzugehen, die erforderlichen Mittel vorstreckt, aus denen der Wagen dem Verkäufer am Tage des Kaufs bezahlt wird.

Der Autohändler hat nichts von dem Finanzierungsplan, den er dem Kunden so angelegentlich empfahl – insofern wenigstens, als er nicht einen Pfennig von den Zinsleistungen des Käufers erhält.

In Wirklichkeit laufen die Dinge folgendermassen ab. Ist der Käufer mit dem Händler handelseinig geworden, treten zwei Herren auf den Plan. Der eine ist der Vertreter des Finanzierungsinstituts, der andere – der im Nebenraum mit einer Auskunftei telefoniert – scheint aus der gleichen Branche zu sein. Man plaudert ein wenig, trinkt einen Schnaps und unterdessen packt der erste Herr einen Haufen Formulare aus der Aktenmappe auf den Tisch: Kaufvertrag, Antrag auf Kreditgewährung und als wichtigste die Wechsel. Der Käufer unterschreibt – in aller Regel ohne die vier engbedruckten Seiten des Kauf- und des Kreditvertrags zu lesen, die die allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten – was ihm vorgelegt wird. Die Formulare und Wechsel wandern in die Mappe des treuherzigen Finanzierungsexperten zurück, dessen

Worte – «zehn Prozent per anno» – noch in der Luft hängen. Dann rückt der zweite Herr den Hut aus der Stirn, bietet dem Kunden eine Zigarette an und schiebt ihm den «Antrag auf Kraftverkehrs-Versicherung» über den Tisch. Er ist mit dem Herrn aus der Abzahlungsbranche allerdings gut bekannt, aber er kommt von der Versicherung, und ohne das ausgefüllte Formular – es empfiehlt sich immer, eine hohe Versicherung zu nehmen – gibt's keine Zulassung. Ist auch diese Unterschrift geleistet, fährt ein Angestellter des Händlers, ein Spezialist natürlich, zum Verkehrsamt und kommt nach einer halben Stunde mit «den Papieren», Kraftfahrzeugbrief und Zulassung, zurück. Die Zulassung, wie der «Kraftfahrzeugschein» im Jargon der Automobilisten genannt wird, erhält der Kunde mitsamt dem Wagen, den er nun endlich im trügerischen Gefühl besteigen kann, das Fahrzeug gehöre ihm. Den Kraftfahrzeugbrief legt der Händler in den Stahlschrank. Erst wenn ihm das Finanzierungsinstitut den Kaufbetrag ausgehändigt hat, was allerdings nach wenigen Stunden oder Tagen geschehen wird, gibt er das kostbare Papier an das Kreditinstitut weiter und tritt ihm gleichzeitig den Eigentumsvorbehalt ab.

Damit ist endlich der Kreis geschlossen: Der Händler ist zu seinem Geld gekommen und kann den in laufender Rechnung bezogenen Wagen beim Werk bezahlen – das immerhin haben Industrie und Handel von der Exekution des Finanzierungsplans. Der Käufer fährt «seinen» Wagen. Aber der Wagen gehört, bis der letzte Pfennig von Kaufpreis und Zinsen gezahlt, d.h. bis der letzte Wechsel eingelöst ist, dem Finanzierungsinstitut. Die umsichtige Konstruktion des mit einer so weitgehenden Sicherheitsleistung gekoppelten Kreditvertrags gibt dem Finanzierungsinstitut die Möglichkeit, seine Verbindlichkeiten bei der Bank abzudecken, mit der es arbeitet, und das Jahr mit einem wenn auch nicht übertrieben hohen, so doch regelmässig fliessenden und beständig wachsenden Gewinn abzuschliessen. Zuweilen gehört das Abzahlungsinstitut einer Reihe von Persönlichkeiten, die nichts mit der Bank, die ihnen die Betriebsmittel leiht, zu tun hat. Daneben gibt es aber noch zwei andere Möglichkeiten, von denen man keineswegs nur theoretisch sprechen kann: dass nämlich das Finanzierungsinstitut einer Bank oder Bankengruppe oder dass es einem Grossunternehmen der Automobilindustrie gehört. Was dann allerdings darauf hinauslaufen kann (aber nicht darauf hinauskommen muss), dass die 19, 20 oder 25 Prozent, die der ahnungslose Kreditkäufer an Zinsen zu zahlen hat, in vollem Umfang sei es der Bank, sei es dem Kraftfahrzeugunternehmen zufallen.

Doch wie dem auch sei: der Kreditkauf der geschilderten Art, bei dem die Räder der Industrie, des Handels, der Finanzierung, der Bank- und der Versicherungswirtschaft lautlos ineinandergreifen, hat ganz wesentlich dazu beigetragen, den Kraftfahrzeugmarkt zu erweitern, die Preise auf einem «vernünftigen» Niveau zu halten und damit auch die Finanzierung der gewaltigen Produktionsausweitung, die wir erleben, aus der Brieftasche des Käufers ins Werk zu setzen.

Die Frage «Müssen Autos so teuer sein?» wird bis zum gewissen Grad durch die Darstellung der Methode beantwortet, die bei der Finanzierung des Abzahlungskaufs

angewendet zu werden pflegt. Aber damit ist das eigentliche Problem nicht einmal gestreift; denn die Kardinalfrage muss doch wohl lauten: «Sind die Kraftfahrzeugpreise durch die Produktionskosten gerechtfertigt?»

Die Antwort darauf ist schwer zu finden.

Wir haben freilich gesehen, dass in den Produktionskosten auch die Aufwendungen für die in den letzten Jahren sehr weit getriebene Expansion der führenden Unternehmen und für die Modernisierung und Rationalisierung der Betriebe enthalten sind; dass der Kunde im Preis seines Wagens also nicht nur zahlt, was dessen Erzeugung kostet, sondern auch, was der Bau und die Einrichtung neuer Fabriken, die Erweiterung und Verfeinerung des Maschinenparks, die Erstellung prächtiger Verwaltungsgebäude, die Aufwendigkeit des Managements und, nicht zu vergessen, was die Eroberung des Weltmarkts und die Versicherung des Exportrisikos verschlingt; mit anderen Worten, dass ihm im Preis nicht nur abverlangt wird, was sein Fahrzeug, sondern auch was der Aufbau der wirtschaftlichen Machtposition kostet, die sich in den Grossunternehmen verkörpert.

So wird es sich freilich in einem gewissen Ausmass immer und überall verhalten. Die Frage ist nur: zum ersten, ob die Inanspruchnahme des Käufers, dem gleichsam die Rolle des Kapitalmarkts aufgenötigt wird – eine Rolle freilich, die er selbst zu honorieren hat, während im andern Falle ja die Unternehmen sich verschulden müssten und Zinsen zu zahlen hätten –, ob die Belastung des Käufers also nicht allzuweit getrieben ist; zum zweiten aber, ob nicht in absehbarer Zeit ein Sättigungspunkt der Investitionstätigkeit erreicht werden könnte, von dem ab der Käufer, statt immer neue Investitionen zu finanzieren, in den Genuss des bisher auf dem Gebiet der Rationalisierung Geleisteten käme.

Nehmen wir das Beispiel des Volkswagenwerks: Im Jahre 1950 steckte in einem Volkswagen die Tagesarbeit von 55 Belegschaftsmitgliedern; im Jahre 1955 war, dank der vorbildlichen Rationalisierungsarbeit, die Professor Nordhoff und seine Mitarbeiter geleistet hatten, nur noch ein Arbeitsaufwand von 23 Normaltagen oder von täglich 23 Mann erforderlich, um ein Fahrzeug fertigzustellen. Es lässt sich ziemlich genau berechnen, dass 1955 der Anteil der Lohn- und Sozialleistungen des Unternehmens an den Produktionskosten eines Volkswagens sich auf 510 bis 520 DMark belief; woraus folgt, dass er 1950 mindestens 1'000 DMark oder mehr betragen haben muss. Diese Ersparnis ist dem Käufer vermutlich voll oder nahezu hundertprozentig zugutegekommen. Dennoch war das Volkswagenwerk in der Lage, im Zeitraum 1950 bis 1955 mehr als 400 Mill. DMark zu investieren und etwa zwei Drittel dieses nicht unbedeutenden Aufwands über den Preis zu finanzieren. Gewiss also: die Industrie tut, was sie kann. Der Rationalisierungseffekt wird dem Käufer nicht vorenthalten – denn nicht nur das Volkswagenwerk, auch die anderen Unternehmen haben ihre Preise gesenkt. Aber auch diese Feststellung dringt nicht bis zum Kern der vielschichtigen Problematik vor. Es bleibt der Eindruck, dass – wie noch jede Bilanzanalyse zeigt

hat – ein unverhältnismässig grosser Ertragsteil untergepflügt wird, der, statt durch die Kanäle der Preisbildung dem Käufer zuzufliessen, wie es nach den Gesetzen des freien Wettbewerbs denkbar, um nicht zu sagen: notwendig wäre, in letzter Instanz dazu dient, die Macht und die Herrlichkeit der Grossen zu erhöhen.

Und wer sind diese Grossen, die wir uns doch als leibhaftige Menschen vorstellen müssen; wem gehört die deutsche Automobilindustrie?

Um gleich beim Volkswagenwerk zu beginnen: die Besitzverhältnisse liegen nicht immer klar zutage.

Als am 26. Mai 1958 in Fallersleben am Mittellandkanal der Grundstein zum Volkswagenwerk gelegt wurde, berichtete der Reichsamtseiter Dr. Bodo Lafferentz – Leiter des Amtes für Reisen, Wandern und Urlaub der NS-Gemeinschaft «Kraft durch Freude», die ihrerseits eine Einrichtung der Deutschen Arbeitsfront war – wie es zu dem Volkswagenprojekt gekommen sei. Im Frühjahr 1937, führte er aus, habe Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), den Auftrag erhalten, «die Kraft der DAF zur Verwirklichung des Volkswagens» einzusetzen. Zur Durchführung dieser Aufgabe sei die «Gesellschaft zur Förderung des deutschen Volkswagens» gegründet worden, die zur Finanzierung der Sofortmassnahmen 50 Mill. RMark zugewiesen erhielt. Nach den Plänen Dr. Ferdinand Porsches sei zunächst eine Vorserie von 30 Volkswagen gebaut – den Bauauftrag hatte Daimler-Benz erhalten – und den schwersten Prüfungen unterworfen worden. Dieser Wagen nun – den Lafferentz auch in seinen technischen Einzelheiten schilderte – solle ab Werk 990 RMark kosten. Um den Kauf zu erleichtern, werde zu Beginn der zweiten Jahreshälfte ein neuartiges Spar- und Versicherungssystem eingerichtet werden. Die Mindestrate des Volkswagensparens werde 5 RMark wöchentlich, der Versicherungsbeitrag etwa 1 RMark in der Woche betragen.

So also hatte es angefangen. Der «KDF-Wagen», wie Adolf Hitler, der nach Lafferentz sprach, den Volkswagen nannte, sollte am Anfang einer Entwicklung stehen, an deren Ende sechs bis sieben Millionen Personenkraftwagen über die Strassen des Deutschen Reichs rollen sollten.

Es kam dann freilich ganz anders. Das Volkswagenwerk, von dessen Fliessband erst 1941 die ersten Wagen rollten, blieb zwar weiter im Eigentum der Deutschen Arbeitsfront, aber es stellte keine KDF-, sondern Kriegsfahrzeuge her und lieferte damit den Beweis, wie illusionär im totalitären Staat der Eigentumstitel einer Parteiorganisation werden kann.

Nach dem Krieg wurde das Volkswagenwerk als «Eigentum einer nationalsozialistischen Parteigliederung» beschlagnahmt und in treuhänderische Verwaltung genommen. 1953 erklärten die Engländer, als die gebietlich zuständige Besatzungsmacht, es werde Sache des zweiten, d.h. des 1953 gewählten Bundestags sein, die künftigen Eigentümer des «herrenlosen» Werks in der privaten Rechtsform der GmbH zu bestimmen; bis dahin aber möge das Bundesfinanzministerium das Volkswagenwerkvermögen treuhänderisch verwalten. Damit hat es jedoch sein Bewenden behalten. Das Bundesfinanzministerium kontrolliert nach wie vor das Gesellschaftskapital

der Volkswagenwerk GmbH, lässt die Kontrolle aber in seinem Namen und nach seinen Weisungen durch das Land Niedersachsen ausüben.

Beteiligungen der Volkswagenwerk GmbH

Volkswagenfinanzierungsgesellschaft mbH, Wolfsburg VW-Wohnungsbau Gemeinnützige GmbH, Wolfsburg Volkswagen do Brasil Ltda, Sao Paolo Volkswagen Ganada Ltd, Toronto

Das aber, behauptet eine Expertengruppe, könne nur ein Provisorium sein. Denn die Kontrollbefugnis der Bundesregierung leite sich von dem «Gesetz zur vorläufigen Relegung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preussischen Beteiligungen» her, dem sogenannten «Vorschaltgesetz» vom 21. Juli 1951, das nur für eine Übergangszeit klare Rechtsverhältnisse für die einheitliche Verwaltung des gesamten Industrievermögens aus dem Erbe des ehemaligen Reichs und des aufgelösten Landes Preussen schaffen wollte. Die Bundesregierung sei keineswegs endgültig der neue Eigentümer, sondern nur der vorläufige Treuhandverwalter der «herrenlosen» Industrievermögen.

Ob diese Argumentation juristisch stichhaltig ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Die erbitterten Gegner jeglicher Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand können sicherlich noch andere, wirtschaftspolitische und moralische, möglicherweise sogar theologische Beweisgründe für ihre Sache ins Feld führen. Nur eins können sie nicht: sie können nicht behaupten, die Privatisierung des Volkswagenwerks sei notwendig, weil in Wolfsburg «unwirtschaftlich» gearbeitet werde. Denn wenn ein Grossunternehmen der Automobilindustrie rentabel wirtschaftet, so ist es vor allen anderen die Volkswagenwerk GmbH. Dr. Nordhoff, Jahrgang 1899, hat sein Geschäft bei den Bayrischen Motorenwerken, bei der Adam Opel AG und in den amerikanischen Betrieben der General Motors Corporation so gründlich erlernt und weiss seine Kenntnisse und die Fähigkeiten seiner Mitarbeiter so geschickt zu nutzen, dass längst schon die Amerikaner nach Wolfsburg kommen, um zu sehen, zu hören und zu lernen, wie er das Wunder der VW-Produktion zustande gebracht hat.

Mangelnde Rentabilität – das ist, weiss Gott, kein Grund, etwas am heutigen Stand der Dinge zu ändern. Eher könnte man meinen, mit etwas weniger Rentabilität, geringeren Abschreibungen, geringeren Spannen zwischen Preisen und Kosten, zu Deutsch: mit niedrigeren Volkswagenpreisen, vor allem aber geringerer Exportintensität – wozu in aller Welt muss denn mehr als die Hälfte der VW-Produktion exportiert und der deutsche Käufer Monat um Monat vertröstet werden? – kurzum mit einem etwas weniger brillanten Management, als Dr. Nordhoff es exerziert, sei der deutschen Wirtschaft besser gedient als mit dem gegenwärtigen Status.

Um eine Revision der Volkswagenpolitik in dieser Richtung herbeizuführen – mit dem Ziel, Wolfsburg noch mehr als bisher zum Schrittmacher der Preisbildung im deutschen Kraftfahrzeugmarkt zu machen – genügen durchaus die Instanzen, deren

die Bundesregierung sich zur Ausübung ihres Kontrollrechts bedient. Zumal es ja auch einen fünfzehnköpfigen Aufsichtsrat gibt, der bei der Geschäftsführung, wenn er nur will, ein Wort mitzureden hat. –

im Bundesgebiet nach Herstellerfirmen¹ 1. Juli 1956

1. Juli 1955

	Stück	Prozent	Stück	Prozent
VW	670 166	33,0	530 432	31,8
Opel	583 543	18,9	340 615	20,4
Daimler-Benz	205 173	10,1	180 757	10,9
DRW	190 769	9,4	170 659	10,2
Ford	163 591	8,0	133 597	8,0
Lloyd	128 881	6,3	82 011	4,9
Fiat	54 348	2,7	42 955	2,6
Borgward	48 169	2,4	40 692	2,5
BMW	42 349	2,1	19 012	1,1
Goliath	31 515	1,5	24 168	1,5
Goggomobil	19 997	1,0	1 367	0,1
Messerschmitt	10 414	0,5	6 796	0,4
Renault	9 618	0,5	7 114	0,4
Sonstige	74 792	3,6	86 281	5,2
Insgesamt ²	2 053 325	100,0	1 666 456	100,0

¹ Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamts in Flensburg

² Einschliesslich Kombi- und Krankenwagen

Was die Stückzahl ihrer Erzeugung und die Volkstümlichkeit ihrer Erzeugnisse angeht, steht die Adam Opel AG dem Volkswagenwerk wenig nach; hinsichtlich des Geldwerts ihrer Umsätze im In- und im Ausland rangieren die beiden Grossen in der gleichen Grössenordnung. Fast jeder fünfte Personenkraftwagen, der über unsere Strassen, und jeder fünfte, der vom Band rollt, ist ein Opel. In der Produktion von Kombiwagen ist Rüsselsheim mit seinem Zwei-Fünftel-Anteil absolut führend, und auch in der Herstellung von Lastkraftwagen nimmt Opel einen führenden Platz ein. Nur eben: die Adam Opel AG ist eine amerikanische Firma.

Dabei ist die Gesellschaft aus dem ältesten Familienunternehmen des deutschen Fahrzeugbaus hervorgegangen, das nahezu sieben Jahrzehnte seine Unabhängigkeit hatte behaupten können.

Im Jahre 1862 war die Firma Adam Opel in Rüsselsheim von dem Schlossermeister Adam Opel, dem Sohn des ortsansässigen Schlossermeisters Wilhelm Opel, gegründet worden.

Adam Opel hatte auf seiner fünfjährigen Wanderschaft, die ihn durch Belgien und Frankreich geführt hatte, in der Pariser Nähmaschinenfabrik Journeau et Leblanc gearbeitet. Das wurde entscheidend für seine Zukunft. Heimgekehrt beschloss er, als einer der ersten in Deutschland die «Fabrikation» des neuartigen Geräts aufzunehmen. Er richtete, da der Vater den Bruch mit der Familientradition nicht dulden wollte, seine Werkstatt auf dem Gelände, ehrlich gesagt: in einem leerstehenden Kuhstall, des Onkels ein.

Wider Erwarten prosperierte das junge Unternehmen. 1879 konnte er, unterstützt durch die tüchtige Ehefrau, die die kaufmännische Leitung an sich genommen hatte, in Koblenz eine Filiale errichten. 1885 wurden von den 300 Arbeitern der Firma bereits 18'000 Nähmaschinen erzeugt.

Gedrängt von seinen fünf sportbegeisterten Söhnen – Wilhelm, Carl, Heinrich, Fritz und Ludwig, die später alle in die väterliche Firma eintraten – nahm er in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch die Fabrikation von Fahrrädern auf. Bis 1890, dem Jahr, als er mit der Erzeugung des «Niederrades» begann, waren bereits dreitausend «Hochräder» der Firma Adam Opel in die Welt hinausgegangen. Im Jahre 1900, fünf Jahre nach dem Tode des Firmengründers, wurden 15'000 Fahrräder der verschiedensten Typen, nur keine Hochräder mehr, produziert. Opel war führend auf dem Gebiet und galt, um das vorwegzunehmen, im Jahre 1927 mit einer Tageserzeugung von 4'000 Fahrrädern als die grösste Fahrradfabrik der Welt.

Jung und erfüllt von einer uns heute kaum noch verständlichen Sportbegeisterung bestürmten die Söhne ihre Mutter, die als die Patriarchin der Firma das letzte Wort zu sprechen hatte, es nun auch mit der Automobilfabrikation zu versuchen. Enthusiasmiert waren Carl und Wilhelm im Jahre 1900 von der Pariser Automobilausstellung heimgekehrt. Sie hatten ein kleines Modell der Firma Daracq & Co und die Lizenz des französischen Unternehmens erworben den Wagen für deutsche Verhältnisse abzuwandeln. 1901 wurden die ersten dreissig Kraftfahrzeuge hergestellt; das war der Anfang, aus dem schon im ersten Dezennium unseres Jahrhunderts sich eine mächtig aufblühende, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch technisch und sportlich höchst erfolgreiche Produktion entwickelt. Hatte doch Wilhelm es seinem Bruder Fritz Opel nachgetan, der um die Jahrhundertwende wohl der erfolgreichste deutsche Radrennfahrer gewesen war und sich am Volant des eigenen Wagens 1907 den Kaiserpreis und 1909 den Preis im zweiten Prinz-Heinrich-Rennen geholt hatte.

Der Brand der Fabrik, der am 19. und 20. August 1911 fast die gesamten Anlagen in Rüsselsheim vernichtet hatte, bedeutete insofern eine tiefe Zäsur in der Entwicklung der Firma, als nach der Wiederherstellung des Werks die Nähmaschinenfabrikation nicht wieder aufgenommen wurde. Zum tiefen Bedauern der Patriarchin, die gar zu gern gesehen hätte, dass wenigstens die zwölf Maschinen gebaut würden, die an der vollen Million noch fehlten.

Aber die Söhne hatten natürlich die wirtschaftlich richtige Entscheidung getroffen, als sie sich zur Beschränkung auf die Fahrzeugherzeugung – Fahrräder, Motorrä-

der und Kraftwagen – entschlossen: Schon 1912, im Jahr nach der Brandkatastrophe, brachten die 3'000 Arbeiter des Unternehmens es auf 3'000 Wagen – je Kopf der Belegschaft ein Wagen gegen reichlich sieben Fahrzeuge im Jahre 1955.

Während des Ersten Weltkriegs zählte die Firma zu den prominenten Heereslieferanten ihres Fachgebiets, und nach dem Krieg war sie die erste, die, Ende 1923, nach amerikanischem Muster zum Fliessbandsystem übergang: was ihr die Möglichkeit gab, 1924 mit einem in der Serie gefertigten Kleinwagen – dem «Laubfrosch» von 14 PS, den jedermann, der genug Geld hatte, zu 4'500 RMark kaufen konnte – in die Konjunktur der stabilen Reichsmark zu starten.

Der Erfolg gab den Brüdern, die in der Leitung der Adam Opel KG zusammen geblieben waren – es waren ihrer noch drei, denn Ludwig, der Jurist, war 1916 in Russland gefallen, Carl, der Kommerzienrat, im Februar 1927 gestorben – in der Sprache der Zahlen wiederum Recht: 1924 waren 4'600 Wagen vom Fliessband gerollt, was einer Tageserzeugung von rund 15 Wagen entsprach; 1927 konnten arbeitstäglich mehr als 200 Wagen erzeugt werden und die Zahl der Belegschaftsmitglieder war von 2'400 auf etwa 7'500 gewachsen.

Es war in der Tat ein blühendes Unternehmen, das im Dezember 1928 aus einer Kommandit- in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde: ein Haus, das stolz auf seine Familientradition und sein Deutschtum war. Der hessische Staat hatte – so wenigstens wusste damals die Presse zu melden – den Opels anlässlich der Umwandlung gewisse Steuervergünstigungen gewährt, wogegen sie sich verpflichteten, für eine Reihe von Jahren den Familiencharakter der Gesellschaft zu erhalten. Nicht dass der Regierung nun gar soviel an der Familie Opel gelegen hätte! Sie fürchtete die Überfremdung – waren doch erst kurz zuvor die Vereinigten Fahrzeugwerke Neckarsulm (NSU) unter italienischen Einfluss geraten und um ein Haar wäre es dahin gekommen, dass auch das starke Paket Daimler-Benz-Aktien, das der Spekulant Schapiro an sich gebracht hatte, in belgischen Besitz hinübergewechselt wäre. Dergleichen sollte, wenn es nach der Regierung ging, sich in Hessen nicht wiederholen.

Aber war ihre Furcht nicht ganz unbegründet? Waren die Opels denn nicht die Deutchesten der Deutschen? Hatte die Firma nicht in riesigen Zeitungsinseraten verkündet, sie habe «alles getan, das wichtige Arbeitsgebiet der Motorisierung des deutschen Verkehrs für die deutsche Wirtschaft fest in der Hand zu haben ... Nun hat der deutsche Käufer das Wort!» Hatte sie nicht die Interessenten belehrt, wer einen Opel kaufe, habe «auch das gute Gewissen, das Geld der heimischen Wirtschaft zu erhalten». Hatte sie nicht das Gewand der deutschen Cassandra angetan, als sie die düstere Weise anstimmte, wer nicht «den Takt» und «die Verantwortung» besitze, einen deutschen Wagen zu kaufen – Opel erzeugte damals zwei Fünftel aller in Deutschland gebauten Personenkraftwagen – der mache sich «an einer neuen Inflation und ihren verheerenden Folgen ... mitschuldig». Und schliesslich hatte sie nicht ihre ausgehende

Post mit dem Stempel versehen: «Bis die deutsche Zahlungsbilanz aktiv ist, bitten wir Sie, uns nur in deutschen Wagen besuchen und beliefern zu wollen.»

Gewiss, das alles hatte Opel im Dienste der nationalen Wirtschafts-idee proklamiert. Gewiss doch, die Opels waren die Deutchesten der Deutschen: Ein Vierteljahr, nachdem sie die Familien-KG in eine Familien-AG mit einem Grundkapital von 60 Mill. RMark umgewandelt hatten, im März 1929, verkauften sie 80 Prozent der Aktien – nominell 48 Mill. RMark – an die amerikanische General Motors Corporation.

Wenn sie dafür, wie die Wirtschaftspresse berichtete, einen Betrag von 120 Mill. RMark erhielten, so hätte das ihrer deutschen Tüchtigkeit alle Ehre gemacht. Denn diese Summe entsprach einem Kurs von 250 Prozent, während für Daimler-Benz und Adlerwerke damals knapp 60 Prozent, für die Aktien der Nationalen Automobil-Gesellschaft (NAG) 33 bis 38 Prozent gezahlt wurden. Auf jeden Fall haben sie einen hervorragenden Spürsinn für das Umschlagen der Konjunktur bewiesen: Im Jahre 1932, drei Jahre nach der praktisch totalen Überfremdung des alten Familienunternehmens, wurden von allen deutschen Automobilfabriken nur noch ebenso viele Personenkraftwagen gebaut (43'430), wie die Opels im Jahre 1928 produziert hatten, und wesentlich weniger, als Opel hätte herstellen können. Wie glänzend waren nun ihre Bekenntnisse zum Deutschtum gerechtfertigt, da nicht mehr sie, die deutschen Opels, sondern die Amerikaner, die amerikanische General Motors Corporation, die Wucht der Weltwirtschaftskrise aufgefangen hatte.

Sehr bald sollte sich freilich herausstellen, dass auch die Amerikaner recht gute, das heisst: recht erfolgreiche Geschäftsleute waren. Die Adam Opel AG neuer Art – sie war inzwischen restlos in den Besitz der General Motors Corporation gekommen – partizipierte kräftig an den konjunkturellen Segnungen des Dritten Reichs: 1935 konnte sie ihre Lastkraftwagenfabrik in Brandenburg bauen, 1937 erfolgte, um den Preis der Fahrradproduktion, die damals aufgegeben wurde, eine noch stärkere Konzentration auf den Kraftfahrzeugbau, 1939 wurde das gesamte Stammkapital der Frigidaire GmbH, Berlin, erworben und 1940 eine Filiale in Wien errichtet.

Im Jahre 1942 erwarb die Adam Opel AG sämtliche Aktien (nominell 770'000 RMark) der Eisengiesserei Ed. Becker & Co AG in Leipzig. Aber das war schon im Krieg, vielmehr: zu einer Zeit, als auch die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten waren, da also die Adam Opel AG als feindliches Eigentum treuhänderisch verwaltet wurde.

Treuhänder war der Frankfurter Professor Dr. Carl Heinrich August Lüer, ein höchst bemerkenswerter Mann. Er war kein Frankfurter Kind, sondern 1897 als Sohn eines Maurermeisters im hannoverschen Bockenem zur Welt gekommen, hatte 1915-1918 am Ersten Weltkrieg teilgenommen, hatte sich dann neben der kaufmännischen Tätigkeit zum Abitur vorbereitet, hatte als Werkstudent studiert. 1924 zum Dr. rer. pol. promoviert, sich dann im Bank- und Börsenfach versucht und 1927 den Weg zur NSDAP gefunden.

Als alter Kämpfer mit soliden Fachkenntnissen machte er unter Hitler brillante

Karriere: Mai 1933 Präsident der Industrie- und Handelskammer für das Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet, Frankfurt a.M., Juni 1933 Treuhänder der Arbeit, September 1933 Präsident des Rhein-Mainischen Industrie- und Handelstags, Frankfurt a.M.; November 1933 Reichstagsabgeordneter (neuer Art); April 1934 Leiter der Hauptgruppe IX (Handel) in der Gesamt-Organisation der gewerblichen Wirtschaft, der späteren Reichsgruppe Handel; Juli 1934 Honorarprofessor an der Universität Frankfurt. Ausserdem amtierte Professor Liier als stellvertretender Leiter der Reichswirtschaftskammer, als Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, als Mitglied des Generalrats der Wirtschaft, des Untersuchungsausschusses für das Bankwesen, der Akademie für deutsches Recht und des Bezirksverwaltungsgerichts in Frankfurt.

Wahrhaftig, es war nicht der Erstbeste, der da zum Treuhänder der Adam Opel AG bestellt wurde, und es spricht alles dafür, dass er seinen Ehrgeiz darein setzte, seiner Aufgabe zum Besten der Firma zu genügen. Dennoch hatte er eine traurige Bilanz aufzumachen, als im Oktober 1945 die Gesellschaft von der Militärregierung unter Vermögenskontrolle gestellt und er selbst durch den Kaufmann Ernst Ulrich Neumann als Treuhänder abgelöst wurde: 47,7 Prozent der Gebäude und 15,5 Prozent der Maschinen in Rüsselsheim waren im letzten Kriegsjahr durch Bomben zerstört worden, die Russen hatten das Brandenburger Lastkraftwagenwerk bis auf die Fundamente demontiert und die Einrichtung als Beute weggeführt, die Filiale in Wien war der Verfügung der Adam Opel AG entzogen.

Der Wiederbeginn also war schwer; so schwer wie bei allen deutschen Grossunternehmen. Aber schon ehe mit Wirkung vom 1. November 1948 die Alliierte Vermögenskontrolle aufgehoben und die General Motors Corporation in ihren Eigentumsrechten bestätigt wurde, hatte die Aufbauarbeit Früchte getragen. Im Monat der Währungsreform, Juni 1948, wurden von den 9'263 Werksangehörigen in Rüsselsheim 720 Kraftfahrzeuge gefertigt; im Dezember 1948 produzierte die 10'346-köpfige Belegschaft 2'145 Fahrzeuge; im Dezember 1949 zählte die Belegschaft 13'906 Arbeitnehmer und der Ertrag ihrer Arbeit 4'005 Einheiten.

Das war der Anfang.

Im Jahre 1955 wurde eine Monatsproduktion von annähernd 15'450, 1956 eine Monatserzeugung von rd. 17'200 Kraftfahrzeugen aller Art – Pkw, Kombis und Lkw bis zu 3 t Nutzlast – erreicht. Oder, um die Zahlen der Tagesproduktion zu nennen: 1953 waren es 396 Fahrzeuge, 1954 kam man auf 593 Einheiten, 1955 wurden 656 und Mitte 1956 etwa 720 Kraftwagen erzeugt. Das Ziel, eine arbeitstägliche Produktion von 1'000 Einheiten zu erreichen, liegt heute in greifbarer Nähe.

Welcher Anstrengungen es allerdings bedurfte, um diese Produktionserfolge unter Dach zu bringen, ergibt sich daraus, dass vom Tage der Währungsreform bis Ende 1955 fast eine halbe Milliarde DMark – genau war es der Betrag von 456,9 Mill. DMark – investiert wurde, wovon «nur» rund 54 Prozent abgeschrieben werden konn-

ten. Andererseits ergibt sich aus der Bilanzanalyse, dass die eigenen Mittel der Gesellschaft (einschliesslich der gesetzlichen und freien Rücklagen) von 95,6 Mill. DMark am sogenannten X-Tag (21. Juni 1948) um 177,5 Mill. auf 273,1 Mill. DMark Ende 1955 erhöht, d.h. nahezu verdreifacht werden konnten.

In der Tat, ein schöner Erfolg. «Der Weg, den die Firma Opel gegangen ist», kommentierte eine deutsche Wirtschaftszeitschrift, «dürfte aber einmalig sein; 1953 und 1954 wurden praktisch die gesamten seit der Währungsreform erzielten Gewinne in Form von Superdividenden (66 Prozent und 116 Prozent des Grundkapitals) ausgeschüttet und nach Abzug der Kapitalertragssteuer – die 1954 infolge des deutschamerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens nur noch 15 Prozent betrug – zum Teil transferiert, im Übrigen aber zu Kapitalerhöhungen von 80 Mill. DMark auf 110 Mill. DMark (1954) und von 110 Mill. DMark auf 200 Mill. DMark (1955) benutzt.»

Dem braucht kein Wort mehr hinzugefügt zu werden; es sei denn die Erinnerung, dass die Adam Opel AG eine hundertprozentig amerikanische Gesellschaft ist.

Adam Opel Aktiengesellschaft, Rüsselsheim

Der Vorstand: Edward W. Zdunek, Vorsitzter

Ervin H. Newcomer

Thomas J. Radl

Clark A. Riddell

Dr.-Ing. E.h. Karl Stief

Gaston A. de Wolff

stellvertretend: Heinrich Bärsch

Alfred W. Gaedertz

Johannes Günther

Kurt Mees

Friedrich Netzband

Der Aufsichtsrat: Elis S. Høglund, Vorsitzter

Louis W. F. Bailey

Lawrence S. Barrol

Paul R. Buergin

Beteiligungen der Adam Opel AG

Allgemeine Finanzierungs-GmbH, Rüsselsheim (StK 750'000 DMark) 100 Prozent

Frigidaire GmbH, Rüsselsheim-Berlin (StK 20'000 DMark) 100 Prozent

Gemeinnützige Opel-Wohnbau-Gesellschaft, Rüsselsheim (StK 100'000 DMark) 99 Prozent

Im Gegensatz zu Opel sieht man's der Ford-Werke AG, Köln-Niehl, gleich an, dass sie kein deutsches Unternehmen ist; doch anders als Opel ist sie keine rein amerikanische oder, sagen wir besser, noch keine rein amerikanische Gesellschaft, obwohl

sie auf dem besten Wege ist, sich auf Handbreite diesem Zustand zu nähern: Nach der Währungsreform besass der amerikanische Grossaktionär, die Ford Motor Company, Dearborn/USA, etwa 60 Prozent der Kapitalanteile; inzwischen ist das Grundkapital in mehreren Stufen auf 120 Mill. DMark erhöht worden und der amerikanische Anteil auf rd. 85 Prozent gewachsen. Allein der Kursgewinn, den die amerikanische Muttergesellschaft dadurch erzielte, dass sie die Macht und die Kapitalkraft besass, sich an jeder Kapitalerhöhung kräftig zu beteiligen, d.h. starke Aktienpakete zum Nennwert (von 100 Prozent) zu übernehmen, die an der Börse vielleicht doppelt so hoch bewertet wurden, geht hoch in die Millionen. Indes, mit dem Kursgewinn hat es seine eigene Bewandnis; die Kurse gehen hinauf und hinunter: im Juli 1955 stand der Kurs der Ford-Aktie bei 250, im Januar 1956 unterschritt er die 200-Prozent-Grenze, im Juli 1956 war er bei etwa 150 angelangt, im Januar 1957 glitt er von 144 auf 121 bis 123 ab und hielt sich bis zum März auf etwa diesem Stand. Der Kursgewinn also ist eine windige Sache; er wächst und schwindet, ohne dass man sich in einen Fall allzu sehr daran freuen könnte und sich im anderen Fall allzu sehr darüber beunruhigen sollte. Denn wer seine Aktien im Geldschrank behält, kommt gar nicht dazu, den Gewinn oder Verlust zu realisieren, den er auf dem Papier errechnet.

Der Aktionär, der seine Effekten nicht zu Spekulationszwecken erwirbt, fragt nach ganz anderen Dingen als nach Kursen und Kursgewinnen. Den Kleinaktionär interessiert vor allem die Dividende, den Grossaktionär, je weiter er über die Majoritätsgrenze hinaus und an den Alleinbesitz heranrückt, der Substanzwert der Gesellschaft.

Das sind nun freilich recht unterschiedliche Dinge. Denn je mehr vom Ertrag untergepflügt, je kleiner der Gewinn gehalten und je niedriger die Dividende wird, desto stärker wächst in der Regel der Substanzwert eines Unternehmens – ganz ähnlich wie der Wert eines Ackers steigt, auf dem die Lupine untergepflügt und nicht für die Viehfütterung oder für den Verkauf abgeerntet wird.

Der grosse Grundbesitzer, der nicht nur dieses Stück Land, sondern noch viele andere ertragbringende Äcker besitzt, handelt natürlich klug, wenn er sich für die Methode des Unterpflügens entscheidet. Der kleine Mann, der bloss einen bescheidenen Anteil an dem Lupinenacker besitzt, ist dagegen fürs Ernten.

Genauso verhält sich's bei den Ford-Werken. Der Grossaktionär, die gewaltige Ford Motor Company, die nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in vielen anderen Ländern gewinnbringende Unternehmen besitzt, ist daran interessiert und kann es sich leisten, den Substanzwert der deutschen Tochtergesellschaft, die sich aus einem Reparatur- zu einem Produktionsunternehmen entwickelt hat, dem Entwicklungsstadium aber noch nicht völlig entwachsen ist, durch rigoroses Unterpflügen zu steigern. Es entsprach durchaus ihrem Interesse, dass in den Jahren von der Währungsreform bis Ende 1955 insgesamt 130,6 Mill. DMark investiert wurden, obwohl

nur der ungewöhnlich niedrige Betrag von knapp 40,1 Mill. DMark (=31 Prozent) auf die Sachanlagen abgeschrieben, mit anderen Worten: über den Preis wieder «hereingeholt» werden konnten. Die Kleinaktionäre aber sahen sich immer wieder in ihren Dividendenerwartungen enttäuscht: in den Jahren 1934-1937 hatte es je 0, 1938-1943 je 5 Prozent, 1944-1949 wieder 0, 1950 allerdings 5 Prozent, 1951 aufs Neue 0, 1952 und 1953 je 3 Prozent, 1954 und 1955, auf der Höhe des Wirtschaftswunders, auch nur je 5 Prozent gegeben. Daimler-Benz dagegen hat in den vier Jahren 1952 bis 1955 nacheinander 7, 8[^], 10 und wieder 10 Prozent ausgeschüttet.

Dass dieser Zustand dem Kleinaktionär missfiel und zu scharfen, doch freilich unfruchtbaren Auseinandersetzungen auf den Hauptversammlungen führte, ist zu verstehen; ebenso verständlich, dass infolgedessen das Interesse vieler Kleinaktionäre an «ihrer» Gesellschaft nachliess und sie entweder auf den Erwerb junger Aktien verzichteten oder gar ihre Anteile verkauften; dass dadurch die Machtposition des Grossaktionärs aber nur gestärkt wurde, der unverhältnismässig viel junge Aktien zum Nennwert und relativ billige Aktien an den Börsen erwerben konnte und, um den Zirkel zu schliessen, dass je stärker der Grossaktionär, desto zielstrebigter auch sein Wille wurde, bei der Politik des Unterpflügens zu bleiben. Jetzt schon ist es soweit, dass die amerikanische Mutter im Haushalt der deutschen Tochter mit absoluter Machtvollkommenheit regiert. Vom Vollbesitz trennen sie nur noch 15 Prozent des Grundkapitals. Aber die Amerikaner können warten – und inzwischen weiterinvestieren. Welcher Preis dem Geduldigen winkt, der in die Nähe der 100-Prozent-Grenze kommt oder sich gar bis zum Alleinbesitz durchhungert, zeigt das Beispiel der amerikanischen Adam Opel AG mit ihren Superdividenden.

Es geht bei den Ford-Werken um ein Unternehmen, das sich wenn auch noch keine dominierende Position, so doch einen achtunggebietenden Rang in der Hierarchie der deutschen Automobilindustrie erkämpft hat.

Die Produktion hat sich im Zeitraum von vier Jahren verdoppelt: Sie stieg von 44'009 Fahrzeugen aller Art im Jahre 1953 über 58'464 bzw. 79'919 Stück in den Jahren 1954/55 auf 87'365 Einheiten im Jahre 1956. 1955 und 1956 bestritten die Fordwerke knapp 8,9 bzw. 8,2 Prozent des westdeutschen Kraftwagenbaus, und etwa ebenso hoch war auch der Anteil der Fordwagen am deutschen Automobilbestand. Anders gesagt: jeder zwölfte Wagen auf den Strassen der Bundesrepublik ist ein Ford. Ende 1953 waren bei der Ford-Werke AG 5'624 Belegschaftsmitglieder tätig, Ende 1955 zählte die Gesellschaft 9603 Arbeitnehmer, und wenn das mit einem Aufwand von 200 Mill. DMark rechnende. Investitionsprogramm, das Mitte 1955 anlief, 1957 abgewickelt sein wird, dürfte die Zahl der bei den Kölner Fordwerken Tätigen wahrscheinlich die 10'000-Mann-Grenze überschritten haben. Von grösserer Bedeutung aber als der quantitative Zuwachs der Belegschaft wäre die Steigerung der Produktivität, die in den Jahren 1953 bis 1955 beinahe stagnierte: 1953 wurden knapp 8, 1954 etwa 8,8, 1955 wieder nur 8,3 Wagen je Kopf der Belegschaft gefertigt. Wird es gelingen, diese Relativzahl zu erhöhen, ohne die Qualität der Erzeugung zu mindern?

Das ist eine der Schicksalsfragen, die an die Leitung der Ford-Werke gestellt werden.

Fiat Automobil AG, Heilbronn GK 8 Millionen DMark

Vorstand: Pierro Bonelli, Heilbronn *Generalbevollmächtigter:* Dir. Hanns H. Renken
Aufsichtsrat: Konrad Prinz von Bayern, Vors.
 Hugo Ratzmann (Bankhaus Lampe), Bielefeld, stellv. Vors.
 Friedrich Stähle (Arbeitnehmervertreter)

Beteiligungen der Fiat Automobil AG

1. NSU-Automobil-AG, Heilbronn,	GK 2,5 Mill. DMark, 40 Prozent
2. Marchia Kreditvermittlungsges. mbH, Heilbronn,	StK 500'000 DMark, 100 Prozent
3. Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Weinsberg	StK 500'000 DMark, 34 Prozent
4. NSU-Fiat Automobil-Vertrieb GmbH, Berlin	StK 300'000 DMark, 100 Prozent
5. Transcommerciale Handelsgesellschaft für Waren- verkehr GmbH, Heilbronn	StK 100'000 DMark, 100 Prozent
6. Fiat- und NSU-Unterstützungsgesellschaft mbH, Heilbronn,	StK 20'000 DMark, 75 Prozent

Die Fiat-Automobil AG in Heilbronn ist, wie ihr Name verrät, ein italienisches Unternehmen, deren Kapital sich zu 92 Prozent in der Hand der Fiat Fabbrica Italiano Automobile Torino und zu 8 Prozent im Besitz der NSU Automobil AG, Heilbronn, befindet.

Die Fiat unterhält einen Montagebetrieb in Heilbronn und Zweigniederlassungen mit Ersatzteillagern und Reparaturwerkstätten in Kirchseeon bei München, Frankfurt a.M. und Hamburg.

Ihr Töchterlein, die NSU-Automobil-AG, Heilbronn – nicht zu verwechseln mit der deutschen NSU-Werke AG, Neckarsulm – hatte zwar 1948 ihre Betriebsanlagen an die Fiat-Automobil AG verpachtet, ist aber neuerdings wieder zum Eigenbau übergegangen. Mit dem beachtlichen Erfolg, dass sie im Jahre 1956 3'592 Wagen des Typs «Jagst» und 2'811 Fahrzeuge vom Typ «Neckar», insgesamt also 6'403 Pkw herstellen konnte. Nimmt man die Besitzverhältnisse als Norm, so handelt es sich um italienische Fahrzeuge; denn 60 Prozent der NSU-Automobil-Aktien befinden sich im Besitz der Fiat Automobil AG und 40 Prozent liegen bei der gemeinsamen italienischen Mutter, der Turiner Fiat-Gesellschaft. Diesen Gesichtspunkt hat sich wohl auch das Landgericht Heilbronn zu eigen gemacht, dessen erstinstanzliches Urteil der NSU-Automobil-AG verbot, das NSU-Zeichen – auch in Verbindung mit dem Fiat-Zeichen – für ihre Wagen zu brauchen.

Zieht man die Summe, so ergibt sich, dass der Einfluss des Auslandskapitals in der deutschen Automobilindustrie nicht eben klein ist: Die Adam Opel AG, die Ford-

Werke AG und die NSU-Automobil-AG steuerten 1956 zusammen 300'778 Fahrzeuge zum westdeutschen Automobilbau bei, der es auf insgesamt 1'067'948 Kraftwagen aller Art brachte. Das entspricht einem Anteil von reichlich 28 Prozent. Fast jeder dritte Wagen, der in der Bundesrepublik vom Band rollt, wird von einem Auslandsunternehmen gebaut.

NSU-Automobil-AG, Heilbronn

GK 2,5 Mill. DMark

Vorstand:

Generaldir. Comm. P. Bonelli, Heilbronn

stellv. Dir. Hanns H. Renken (allein vertretungsberechtigt) *Aufsichtsrat:*

Konrad Prinz von Bayern, Hinterstein, Vors.

Georg Rümelin, Bankdirektor i. R., Heilbronn, stellv. Vors.

Hugo Ratzmann, Bankier (Bankhaus Lampe, Bielefeld)

Beteiligungen der NSU-Automobil-AG

- | | |
|---|-------------------------------|
| 1. Fiat Automobil AG, Heilbronn | GK 8 Mill. DMark, 8 Prozent |
| 2. Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Weinsberg, | StK 500'000 DMark, 66 Prozent |
| 3. Fiat- und NSU-Unterstützungsges. mbH, Heilbronn, | StK 20'000 DMark, 25 Prozent |

Mit einer gewissen Berechtigung kann man aber auch eine vierte Gesellschaft zu den Unternehmungen rechnen, bei denen der durch Kapitalbesitz gesicherte Einfluss nicht überwiegend in westdeutschen Händen liegt: die Auto-Union GmbH in Ingolstadt.

Nehmen wir die Gesellschafterliste der Auto-Union unter die Lupe, so entdecken wir die [Ernst Göhner AG, Zürich 7, Hegibachstr. 47](#), K 4 Mill. sfr., die in ihrer Fabrik Türen und Fensterrahmen herstellt, daneben aber auch das Immobiliengeschäft betreibt;

den Hauptaktionär der AG Ernst Göhner, Risch, persönlich – einen hochinteressanten Mann übrigens: Präsident der in der Zürcher Hegibachstrasse domizilierenden Ernst Göhner-Stiftung einerseits, Hauptkommanditist der Dr. Carl Hahn KG, Düsseldorf andererseits.

Diese Kommanditgesellschaft freilich hat nichts mit Türen, Fensterrahmen oder Automobilen zu tun. Die Gesellschaft, an der Ernst Göhner mit fünf Siebteln des Kapitals (von 350'000 DMark) kommanditistisch beteiligt ist, ist die Erzeugerin des bekannten Haarwassers Panteen, der für die Hygiene der leichtbekleideten Dame schwer zu entbehrenden o.b.-Tampons, der OLIGON-Chlorophyl-Drageés, des Kernt-Haarglanzmittels, des Air-Fresh-Luftverbessers und anderer kosmetisch-sanitärer Mittel, die das Leben angenehm oder, wie Erica Pappritz sicherlich finden wird, eigentlich erst erträglich und lebenswert machen. Im Übrigen ist die Dr. Carl Hahn KG die Mutter von fünf blühenden Tochterunternehmungen, die alle, Mutter und Töchter, dazu angetan sind, die Wahl des Schweizer Geschäftsmanns zu loben;

Gesellschafter der Auto-Union GmbH

	Stand Ende 1953		Stand Ende 1954		Stand Ende 1956	
	DMark	%	DMark	%	DMark	%
Ernst Göhner AG, Zürich	1 750 000	31,82	1 750 000	14,58	1 750 000	8,75
Ernst Göhner/Risch (Schw.)	750 000	13,64	2 025 000	16,87	5 764 000	28,82
Industrie Auffang GmbH	1 200 000	21,82	1 200 000	10,00	1 200 000	6,00
Auto-Union-AG	-	—	1 450 000	12,08	1 450 000	7,25
Bankhaus						
Sal. Oppenheim jr. & Cie	450 000	8,18	4 225 000	35,21	6 839 000	34,20
Dr. h. c. Friedrich Carl Fhr. von Oppenheim	233 000	4,24	233 000	1,94	388 000	1,94
Maximilianshütte AG	-	-	-	-	1 425 000	7,13
<i>Aussenst. Gesellschafter</i>	<i>4 383 000</i>	<i>79,70</i>	<i>10 883 000</i>	<i>90,68</i>	<i>18 816 000</i>	<i>94,09</i>
Dr. Rich. Bruhn, Düsseldorf	484 000	—	484 000	—	500 000	—
Dr. Carl Hahn, Düsseldorf	333 000	—	333 000	—	350 000	—
Dr. Hans Schüler, Düsseldorf	70 000	—	70 000	—	70 000	—
Paul Günther, Düsseldorf	50 000	-	50 000	—	50 000	—
Dr. Kurt Richter, Düsseldorf	30 000	—	30 000	—	30 000	—
Conrad Schulz, Düsseldorf	30 000	—	30 000	—	30 000	—
Ludwig Hensel, Düsseldorf	30 000	—	30 000	—	50 000	—
Werner Knatsch, Ingolstadt	10 000	-	10 000	—	10 000	—
Franz Färber, Ingolstadt	10 000	-	10 000	-	10 000	—
Walter Schmolla, Düsseldorf	10 000	—	10 000	—	17 000	—
Dr. Richard Kopp, Düsseldorf	10 000	—	10 000	—	17 000	—
Fritz Zerbst, Düsseldorf	50 000	-	50 000	—	50 000	-
<i>Direkt oren-Gruppe</i>	<i>1 117 000</i>	<i>20,31</i>	<i>1 117 000</i>	<i>9,31</i>	<i>1 184 000</i>	<i>3,92</i>
Stamm-Kapital	5 500 000	100,00	12 000 000	100,00	20 000 000	100,00

die Auto-Union AG, als deren Grossaktionär die Sächsische Staatsbank, vertreten durch den von der Bank deutscher Länder eingesetzten Treuhänder (46,5 Prozent), die Industrie-Finanzierungs GmbH, Dresden, vertreten durch einen Vermögenspfleger (44,7 Prozent) und Ernst Göhner, Risch, im Kreise der Eingeweihten bekannt sind; die Industrie-Auffang GmbH, Ingolstadt, deren Stammkapital (200'000 DMark) sich restlos im Besitz der Auto-Union AG befindet.

Auf die Schweizer Gesellschaft also entfallen nach dem heutigen Stand der Dinge 37,57 Prozent, auf die sowjetzonalen Gesellschafter 13,25 Prozent des Stammkapitals, was zusammen einen nicht-westdeutschen Anteil von 50,82 Prozent ausmacht. Und

das ist schon, wie man sich leicht nach den Angaben unserer Tabelle überzeugen kann, das Ergebnis einer Entwicklung zugunsten der bundesrepublikanischen Anteilseigner.

Diese Entwicklung ist durch drei Tendenzen gekennzeichnet: nämlich: 1. durch die Abnahme des nicht-bundesrepublikanischen Kapitalanteils von 66,28 Prozent Ende 1953 zunächst auf 53,53 Prozent Ende 1954 und schliesslich auf 50,82 Prozent Ende 1956;

durch das Hinschwinden des Kapitalanteils der Auto-Union-Direktoren von 20,31 Prozent auf 9,31 bzw. 5,92 Prozent; 2. durch das Anschwellen des auf die Oppenheim-Bank und ihren Mitinhaber

Friedrich Carl Freiherrn von Oppenheim entfallenden Anteils von 12,42 auf 37,15 bzw. 36,14 Prozent des Stammkapitals.

Neu ist – das bildete eine Zeitlang die Sensation der Wirtschaftspresse – der Eintritt der Flick-Gruppe in die Reihe der Auto-Union-Gesellschafter. Die Nachricht machte zuerst im Herbst 1956 die Runde, und so gross ist immer noch die Faszination, die von der Persönlichkeit Friedrich Flicks ausstrahlt, dass die Angaben über die Flick-Beteiligung, reine Ausgeburten der publizistischen Phantasie, zwischen 25 und 37 Prozent des Stammkapitals schwankten. Ja, selbst *Der Spiegel / Das Deutsche Nachrichten-Magazin*, das sich in allem, was Aktenzeichen, Spitz- und Kosenamen, Haus- und Telefonnummern betrifft, so leicht nichts vormachen lässt, schlug alle Gesetze der Akribie in den Wind, um der opinio communis zu folgen: Noch in dem *Spiegel*-Gespräch mit Professor Erhard – hier wurde die Masche zur Laufmasche – vertrat der *Spiegel*-Redakteur (nachzulesen in Nr. 8 vom 20. Februar 1957) die Auffassung (drei Zeilen unterhalb des eingblendeten Fotos, das uns Friedrich Flick im Profil zeigt), der Wirtschaftsgewaltige habe «25 Prozent bei DKW über die Maxhütte» erworben. Und unser Wirtschaftsminister nahm diese Behauptung, die eher ein Glaubensbekenntnis zur Allmacht des grossen Konzernstifters als eine «Feststellung» war, nicht etwa zum Anlass, den Gesprächspartner zu berichtigen: So geschehen, fünf Wochen nachdem jedermann der zu den Handelsregisterakten eingereichten Gesellschafterliste hätte entnehmen können, dass die Maximilianshütte nur einen Anteil von 1,425 Mill. DMark oder 7,13 Prozent des 20-Millionen-Kapitals erworben hatte.

Wenn ein *Spiegel*-Redakteur im schlichten Volkston von «DKW» spricht statt von der Auto-Union GmbH, von der er eigentlich sprechen wollte, so mag das getrost hingehen. Wer sich jedoch ernsthaft mit dem Unternehmen beschäftigt, das die ruhmreiche Tradition «der» Auto-Union fortsetzt, muss unterscheiden:

die Auto-Union AG, Ingolstadt,
die Auto-Union GmbH, Ingolstadt,
die Auto-Union Berlin GmbH, Berlin-Halensee.

Die Auto-Union AG, im Sommer 1932 dank der Initiative der Dresdner Bank, namentlich ihres damals erst vierunddreissigjährigen Experten für Industriefinanzierung, Hugo Ratzmann, geschaffen, der heute als persönlich haftender Gesellschafter

der Bielefelder Oetker-Bank Hermann Lampe KG ein reiches Wirken entfaltet, war durch den Zusammenschluss der Zschopauer Motorenwerke J.S. Rasmussen AG (DKW), Zschopau, der Horch-Werke AG, Zwickau – mit der August Horch seit 1909 nichts mehr zu tun hatte – der Audi-Werke AG, die Horch aufgebaut, bis 1920 geleitet und seither als Aufsichtsratsmitglied betreut hatte – und der Automobilinteressen entstanden, die von der Wanderer-Werke vorm. Winkelhofer & Jänicke AG, Schönau bei Chemnitz, käuflich erworben worden waren.

Sie war ein echtes Kind der Krise, diese Auto-Union: etwas schwach auf der Brust, blass und hohlwangig, wie die sächsischen Krisenkinder eben waren. Aber es steckte ein guter Kern in dem Geschöpf, dessen Frohwüchsigkeit die Fachwelt in Erstaunen setzte.

Mit 4'359 Belegschaftsmitgliedern (jeweils Ende Oktober) fing sie 1932 an, 1933 waren es 7'907 Menschen, 1934 schon 13'114 Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts, die für die Auto-Union arbeiteten, 1935/36 zählte ihre Belegschaft in den beiden Zwickauer Werken (Horch und Audi), im DKW-Werk (Zschopau), in dem Wanderer-Automobilwerk Siegmarschönau, dem Chemnitzer Elektrowerk Rösslerstrasse, der Hauptverwaltung und den Nebenstellen usw. insgesamt 16'503 bzw. 20'154 Köpfe. Und dazu kamen dann noch die Tochtergesellschaften mit ihren Betrieben und Betriebsangehörigen.

Entsprechend stieg die Erzeugung, deren Programm die Automobilproduktion von A bis Z umfasste. Die Auto-Union stellte den schönen und repräsentativen «Horch» her für die Grossen in Wirtschaft, Film und Diplomatie, einen veritablen Salon auf Rädern, dessen Motor den Treibstoff wie ein Gewohnheitssäufer schluckte, dafür aber auch, bei hervorragender Strassenlage, seine 150 km/st auf der Autobahn hergab; sie entwickelte die «Audi» zu einem sportlich-eleganten Frontantriebswagen mit einem 2- bzw. 2,3-Liter-Motor; sie fertigte als Mittelstandswagen für das ins Unabsehbare anschwellende Heer der «Amtsträger» und für alle die kleinen Unternehmer, deren Geschäft unter der Sonne des Dritten Reichs wieder aufblühte, den robusten «Wanderer» und wandte ihre besondere Aufmerksamkeit dem «kleinen DKW» zu, dem eifrig tuckernden «Leukoplastbomber», der in Tausenden von Exemplaren den Krieg, die Nachkriegsnot und die Währungsreform überlebt und der misera plebs der Betriebe, kleinen Angestellten, Redakteuren usw., für ihre Pflichtfahrten hervorragende Dienste geleistet hat. 1932 wurden 6'629 Wagen der Auto-Union oder 16,1 Prozent aller in diesem Jahr zugelassenen Pkw an deutsche Käufer verkauft, 1933 waren es 50'962 Wagen oder 23,9 Prozent (1937: 54'765 Einheiten = 25,29 Prozent). Bei den Krafträdern erweiterte sich der Marktanteil der Auto-Union von 26,8 Prozent (12'778 Krafträder) im Jahre 1932 auf 34,8 Prozent (43'581) im Jahre 1936. Rückblickend schrieb August Horch nach dem Kriege: «Vom billigen Drei-PS-Motorrad bis zur unverwüstlichen starken Reise- und Beiwagenmaschine, vom kleinen wirtschaftlichen Gebrauchswagen bis zum schnellen Kompressorwagen und zum grössten Reisewagen, der auch die höchstgespannten Ansprüche an Autokultur und Fahr-

komfort erfüllt(e), bietet (bot) die Auto-Union alles, was der deutsche Markt und der Exportwille verlangten.» Sie war, um es in einem Wort zu sagen, vor dem Krieg der zweitgrösste deutsche Pkw-Produzent und der grösste Krafraderzeuger der Welt.

Der Mann, der viel zur Schaffung der Auto-Union AG beigetragen und noch viel mehr für die staunenerregende Entwicklung des Krisenkindes getan hat, war Dr. Dr. E.h. Richard Bruhn. Er hat sich auch um den Aufbau der «neuen Auto-Union», der im September 1949 gegründeten Auto-Union GmbH, hohe Verdienste erworben, ehe er 1956 aus der Geschäftsleitung in den Aufsichtsrat des Unternehmens hinüberwechselte.

Heute sitzt die Auto-Union AG auf dem Altenteil und verwaltet ihr Vermögen: den Fundus ihrer Lizenzen und ihre Beteiligungen an der Auto-Union GmbH, die, direkt und indirekt, 13,25 Prozent vom Stammkapital der Betriebsgesellschaft ausmachen. Die Auto-Union Berlin GmbH, die der AG hundertprozentig gehört, nachdem sie den achtprozentigen Kapitalanteil des Berliner Magistrats zurückkaufen konnte, betreibt Fertigung von Zahnrädern, Elektromaterial und sonstigen Autoersatzteilen und unterhält in Wilmersdorf eine DKW-Verkaufsstelle.

Natürlich aber besteht zwischen den drei Unternehmungen, die auf die eine oder die andere Art als «Auto-Union» firmieren, ein enger personaler Zusammenhang: den Vorstand der Auto-Union AG bilden drei Direktoren der Auto-Union GmbH (Ludwig Hensel, Walter Schmolla und Dr. Hanns Schüler). Im vierköpfigen Aufsichtsrat der Auto-Union Berlin GmbH sitzen ebenfalls drei Herren der Auto-Union GmbH – als Vorsitzender Dr. Dr. E.h. Richard Bruhn, als sein Stellvertreter Dr. Carl Hahn und als Mitglied Walter Schmolla – so dass der Konzernzusammenhang, ungeachtet der lockeren Beteiligungsverhältnisse, doch recht eng und die Stellung der Auto-Union GmbH als «Konzernspitze» ganz eindeutig ist.

Auto-Union AG, Ingolstadt

GK 3 Mill. DMark

Vorstand: Ludwig H. Hensel, Ingolstadt

Walter Schmolla, Düsseldorf

Dr. Hanns

Schüler, Ingolstadt

Aufsichtsrat: RA Dr. Eduard Oehl, München, Vors.

Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Heinrich Koppenberg, Karlsruhe, stellv. Vors.

Dr. Herbert Müller, Göppingen

Beteiligungen der Auto-Union-AG

1. Auto-Union GmbH, Ingolstadt, StK 20 Mill. DMark, 7,25 Prozent
2. Industrie-Auffang GmbH, Ingolstadt, StK 200'000 DMark, 100 Prozent
 - (1) Auto-Union GmbH, Ingolstadt, 6 Prozent
3. Auto-Union Berlin GmbH, StK 2 Mill. DMark, 100 Prozent

In der Sowjetzone:

1. Mitteldeutsche Motorenwerke GmbH, Taucha (enteignet)
2. Deutsche Kühl- und Kraftmaschinen GmbH, Scharfenstein (enteignet)

3. Schmiedewerk Pirna GmbH, Pirna (enteignet)
4. Agricola GmbH, Scharfenstein (enteignet)
5. Sicht- und Zerlegewerk GmbH, Limhach, Kr. Chemnitz (enteignet)

Im Ausland:

1. F. Kment GmbH, Kralup/Tschechoslowakei (enteignet)
2. Koliner Werkzeugfabrik, Kolin/Tschechoslowakei (enteignet)
3. P. Wagner GmbH, Wien (beschlagnahm)
4. Auto-Union Ltd., Rio de Janeiro (beschlagnahm)
5. Auto-Union South Afrika Ltd., Johannesburg (beschlagnahm)

Auto-Union GmbH, Ingolstadt

StK 20 Mill. DMark

Geschäftsführer: Dr. Carl Hahn, seit 1949 Paul Günther, seit 1949

Dr. Hanns Schüler, seit 1949

Prof. Dr.-Ing. Eberan von Eberhorst, seit 1950

Dr. h.c. William Werner, seit 1.7.1956

Oskar Siebler, seit 1.10.1956 Dr. Werner Henze, seit 15.10.1956

Aufsichtsrat: Konsul Dr. h.c. Friedrich Carl Freiherr v. Oppenheim, Vors.

Ernst Göhner, Risch/Schweiz

Ministerialdir. Dr. Carl Ewers, Düsseldorf-Meererbusch

Dr.Dr. Alfred Januic, Präs. d. Bayerischen Staatsbank, München

Dr.Dr.E.h. Richard Bruhn, Düsseldorf (vorm. Dir. d. Auto-Union)

Dr. O. Burkart, Vorst. Maximilianshütte, und

drei Arbeitnehmersvertreter

Beteiligungen der Auto-Union GmbH

1. Auto-Union Kredit GmbH, Ingolstadt
2. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Ingolstadt
3. DKW-Ersatzteile-Generaldepot, Heinrich Hinterleitner GmbH, München
4. DKW-Ersatzteile-Generaldepot, E. Frankenbach GmbH, Hamburg
5. IMOSA Victoria, Spanien
6. INA Rio de Janeiro, Brasilien
7. S.A. Auto-Union, Pretoria, Südafrikanische Union

Zwar stand «die» Auto-Union mit einer Erzeugung von 49'931 Pkw im Jahre 1956 erst wieder an sechster Stelle und mit 3'111 Kombiwagen an fünfter Stelle unter den westdeutschen Unternehmen. Was aber in qualitativer Hinsicht geleistet wurde, erweist sich darin, dass aus dem «Leukoplastbomber» das DKW-Sportcoupe «3-6 Monza» entwickelt wurde, das mit seinem 40-PS-Motor auf 150 km/st kommt, dafür aber auch – so hörte man im Genfer Autosalon, März 1957 – 10'000 bis 11'000 DMark kosten soll.

Hatte die öffentliche Meinung bei der Einschätzung des Flick-Anteils an der Auto-Union weit danebengetippt, so traf die Bewertung der Flick-Beteiligung an der Daimler-Benz AG beinahe zu: Zwar nicht 35, aber doch nahezu 33 Prozent der Aktien finden sich seit 1956 im Besitz der Flick-Gruppe: Zuerst erwarb die Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetriebe, eine der vielen Holding-Gesellschaften des Flick-Konzerns, nominell 18,04 Mill. DMark (25 Prozent), später noch

einmal Dr. Friedrich Flick, vornehmlich von dem Bremer Holzfabrikanten und Spekulanten Hermann Krages, nominell 5,50 Mill. DMark (7,62 Prozent) Daimler-Benz-Aktien. Insgesamt besitzt also die Industriellengruppe – Flick- und Quandt-Konzern – 40,94 Prozent, die Gruppe der Banken, die ein enges Verhältnis zu diesem repräsentativen Unternehmen des deutschen Automobilbaus unterhalten, seitdem im Jahre 1927 die Darmstädter- und Nationalbank das Aktienpaket des Spekulanten Schapiro übernahm, um Daimler-Benz vor der Überfremdung zu retten, 41,03 Prozent der Daimler-Benz-Aktien.

Grossaktionäre der Daimler-Benz AG, Stuttgart

GK 72,15 Mill. DMark

	Mill. DMark	Prozent
1. Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetriebe mbH, Düsseldorf	18,04	25,00
2. Dr. Friedrich Flick	5,50	7,62
1. und 2. Flick-Gruppe	23,54	32,62
3. Quandt-Gruppe	6,00	8,32
4. Süddeutsche Bank	21,77	30,17
5. Rhein-Main Bank	4,55	6,31
6. Commerzbank	3,28	4,55
1.-6. Grossaktionäre zusammen	59,14	81,97

Das «älteste Automobilwerk der Welt» – denn es entstand 1926 durch den Zusammenschluss der Daimler-Motoren-Gesellschaft mit der Benz & Cie AG, deren Anfänge auf die Jahre 1882 bzw. 1883 zurückgehen – hat eine in technischer und sportlicher Hinsicht ruhmreiche Geschichte hinter sich. Und wenn man der Meldung Glauben schenken darf, dass der neue Mercedes-Benz 300 SL Roadster, der zum erstenmal im Genfer Automobil-Salon vom März 1957 gezeigt wurde, 250 km/st leistet und Steigungen von 86 Prozent (77,4%) überwinden, also fast senkrechte Wände hinauffahren kann, muss man vermuten, dass sich den alten neue Ruhmestaten hinzugesellen werden.

Heute, da wir uns besser in der Psychologie der Werbung auskennen als unsere Väter um die Jahrhundertwende, muss man gerechterweise freilich gestehen, dass ein nicht einmal kleiner Teil der Daimler- und später der Daimler-Benz-Erfolge, dem Konto des längst vergessenen Emil Jellinek gutzubringen ist. Denn dieser sportbegeisterte Weltenbummler, der noch nicht zu der Spezies gehörte, die heutzutage Benimmbücher schreibt, sondern der Autorennen fuhr und an seine vornehmen Bekannten Automobile verkaufte, diese globetrotzende Renn- und Verkaufskanone war es,

die 1899 in der «Woche von Nizza» einen 23-PS-Daimler-Phoenix-Wagen unter dem Pseudonym «Mercedes» anmeldete. Im Zeichen dieses Namens, der seiner elfjährigen Tochter gehörte, fuhr Jellinek auf seinem Daimler-Phoenix am 21. März 1899 den Ersten Preis in der Tourenfahrt von Nizza heraus. Im April 1900 kam dann, wie die Mercedes-Benz-Chronik berichtet, eine Vereinbarung zwischen Jellinek und der Daimler-Motoren-Gesellschaft zustande, in der Jellinek sich verpflichtete, sechsunddreissig nach seinen Angaben (mit tieferer Schwerepunktage, vergrössertem Radstand und stärkerem Motor) gebaute Wagen abzunehmen. Dafür wurde ihm das Recht eingeräumt, den Alleinvertrieb für Österreich, Ungarn, Frankreich, Belgien und Amerika zu übernehmen. In diesen Ländern sollte der mit einem 35-PS-Motor ausgestattete Wagen unter dem Namen «Mercedes», in allen anderen Ländern aber als «Neuer Daimler» verkauft werden.

Mercedes indessen erwies sich als unwiderstehlich. Die Familie Jellinek nannte sich später Jellinek-Mercedes, und auch die Daimler-Motoren-Gesellschaft scheint schon seit 1902, dem Jahr, in dem sie die Wortmarke «Mercedes» hatte schützen lassen, ganz allgemein am Charme dieses spanischen Mädchennamens partizipiert zu haben. Das Warenzeichen wurde als plastisch ausgeführter, emaillierter Dreizackstern, der vom an der Kühlerhaube sass, im Jahre 1911, der als Kühlerfigur geführte Dreizackstern im Ring wurde 1923 geschützt.

So haben die biedereren Schwaben bei Daimler schon frühzeitig die beiden stärksten Kräfte, die die Werbepsychologen zu mobilisieren vermochten, in den Dienst ihrer Firma gestellt: den Sex-Appeal des fremdartigen Mädchennamens, der auf so reizende Art mit der männlichen Kraft der Motoren kontrastierte, und die Verführung zum wohligen Analphabetismus. Um einen Mercedes zu erkennen, braucht man nicht lesen, soll man nicht einmal lesen können. Der Stern genügt – «hoc signo vinces», muss dem Mann wohl geträumt haben, «in diesem Zeichen wirst du siegen» – gleichgültig, ob der Mercedes-Stern sich im Auge des lesekundigen Europäers oder des farbigen Analphabeten spiegelt.

In wirtschaftlichem Betracht ging es freilich bei Daimler-Benz nicht immer von Sieg zu Sieg.

Am 3. Juli 1934, als schon die Motoren der Nazikonjunktur auf Touren zu kommen begannen, wurde das Daimler-Benz-Kapital im Verhältnis 5:3 zusammengelegt. Wer gestern Aktien im Nennwert von 50'000 RMark besessen hatte, nannte heute nur noch Anteile von nominell 30'000 RMark sein Eigen. In der letzten Phase des Krieges wurden die Werke schwer angeschlagen: Mannheim zu 20 Prozent, Untertürkheim zu 70, Gaggenau zu 80 und Sindelfingen zu 85 Prozent vernichtet. Kein Wunder, dass, als es zur DMark-Umstellung kam, die Aktionäre erneut eine Zusammenlegung im Verhältnis 5:3 hinnehmen mussten, so dass der Mann, der 1933 für 50'000 RMark Daimler-Benz-Aktien im Geldschrank liegen hatte, jetzt nur noch Papiere im Nennwert von 18'000 DMark besass. Und um das Mass der Enttäuschung voll zu machen: die Kurse waren elend. Im Jahre der Umstellung, 1951, war der höchste Kurs – der Nennwert lautete noch bis zum 15. Juli 1953 auf RMark – 83,5, der niedrigste 52,5,

die entsprechenden Zahlen waren 1952: 100 bzw. 56. Im Jahre 1953 bewegten sich die auf DMark-Basis umgerechneten Kurse zwischen 43,3 und 121,7. Dann aber ging auch für die Mercedes-Aktionäre die Sonne des Wirtschaftswunders auf: 1954 bewegte sich der Kurs ihres Papiers zwischen 127 und 152, 1955 zwischen 232 und 402, im Juli 1956 zwischen 317 und 338, im Januar 1957 zwischen 298 und 308, und dabei ist es dann bis zum März 1957 geblieben.

Rechnen wir also nach:

Der Uralt-Aktionär, der von 1933 also, ist halbwegs getrötet; der Nennwert seiner Aktien ist zwar von 50'000 RMark auf 18'000 DMark zusammengeschmolzen, aber wenn er seine Papiere an der Börse verkauft, erzielt er immerhin 54'000 DMark.

Der Altaktionär, der zwischen 1934 und 1938 für 50'000 RMark Aktien zum Kurs von 100 gekauft hatte – das war damals durchaus noch möglich –, wurde durch die Zusammenlegung zwar um 40 Prozent des Nennwertes «beraubt». Aber die 30'000 DMark, die er in Aktienform behielt, sind heute unter Brüdern 90'000 DMark wert.

Der Schlaumeier endlich, der – um keinen extremen Fall zu konstruieren – im Jahre 1953, als Daimler-Benz 50 Prozent an der Börse notierte, Aktien im Nennwert von 50'000 DMark erwarb, zahlte für das Paketchen 25'000 DMark und ein paar Zehner als Provision über den Bankschalter; heute besitzt er ein Vermögen von 150'000 DMark: sechsmal so viel wie er – ein Schwabe vermutlich, dem vom fünften Viertele ab immer wieder das betriebsame Bild des Untertürkheimer Werkgeländes vors geistige Auge geschwankt war – gegen den Willen von Frau und heiratsfähigen Töchtern riskiert hatte.

Dass diese Kursentwicklung – sehen wir von den Extremen ab, die durch die Käufe der Grossaktionäre zustande gekommen waren – dem inneren Wert des Unternehmens entspricht, steht ausser allem Zweifel; denn Daimler-Benz hat kaum weniger an den Errungenschaften des Wirtschaftswunders partizipiert als die beiden anderen Grossen.

Die Zahlen vermitteln ein eindrucksvolles Bild: vor dem Krieg, 1936/37, wurden 19'816 bzw. 23'679 Pkw der Daimler-Benz-Produktion zugelassen, was 9,30 bzw. 10,94 Prozent aller Zulassungen entsprach. Die Erzeugung war natürlich höher, ging aber auch im günstigsten Fall nicht über 25'000 Einheiten im Jahre 1936 und 30'000 Wagen im Jahre 1937 hinaus.

Zwei Jahrzehnte später, 1956/57, wurden 63'683 bzw. 69'601 Personenkraftwagen mit dem Mercedes-Stern hergestellt, was allerdings nur 9,03 bzw. 8,23 Prozent der westdeutschen Pkw-Produktion entsprach. Doch ist zu bedenken, dass das Mercedes-Programm nur relativ kostspielige schwere und mittelschwere Wagen umfasst, vom schlichten 180er für den gehobenen Mittelstand bis zum Mercedes 300, der mit Recht den Zunamen «Ruhrvolkswagen» trägt, sich aber auch – in Fortsetzung einer von den Grossen des Dritten Reichs gepflegten Tradition – grosser Beliebtheit bei den hohen Chargen der bundesrepublikanischen Politik erfreut. Genauso wie die luxuriö-

sen Mercedes-Erzeugnisse gehen aber auch die Klein- und Kleinwagen, bis beinahe zum Dreirad«wagen» und bis zum Fahrzeug ohne Ausgleichsgetriebe, als Einheiten in die Statistik ein, so dass der relativ kleine Prozentanteil der Daimler-Benz-Produktion an der gesamten Pkw-Erzeugung der Bundesrepublik ein unzulängliches Bild der wirklichen Verhältnisse darbietet.

Klarer lässt sich die ungeheure Entwicklung der Produktionskraft, die die Daimler-Benz-Betriebe genommen haben, an den Zahlen der Lkw-Produktion ablesen.

Vor dem Krieg stand Daimler-Benz als Lkw-Produzent in weitem Abstand hinter Opel und Ford, an dritter Stelle: das Unternehmen bestritt mit 5'096 Fahrzeugen im Jahre 1936 und 4'123 Lastwagen 1937 nur 11,7 bzw. 9,5 Prozent des innerdeutschen Bedarfs.

Nach dem Krieg hat die Firma sich an die Spitze der Erzeugung gesetzt und einen weiten Abstand zwischen sich und die Wettbewerber gelegt: Die 23'183 bzw. 32'675 Lkw, die Daimler-Benz 1955/56 herstellte, repräsentierten, selbst wenn man die Fahrzeuge unter 1 t Nutzlast, d.h. die Lieferwagen, in die Gesamtsumme einbezieht, 16,52 bzw. 20,51 Prozent der westdeutschen Lkw-Produktion. Nun stellt Daimler-Benz aber gar keine, das Volkswagenwerk dagegen so viele Lieferwagen her, dass Wolfsburg nicht nur in dieser Sparte dominiert, sondern auch in der Statistik der Lkw-Erzeugung den Daimler-Benz-Werken um Nasenlänge voraus ist.

Klammert man die Lieferwagen aus, so ergibt sich eine ganz andere Rangordnung als die in unserer Tabelle der «Deutschen Lastkraftwagen-Erzeugung 1955 und 1956» nachgewiesene, die nach den Angaben des Verbandes der deutschen Automobilindustrie errechnet wurde. In der reinen Lkw-Fabrikation ist Daimler-Benz seit Jahr und

Lkw-Erzeugung ohne Lieferwagen

	1955 Stück	1956 Stück	1955 Prozent	1956 Prozent
Insgesamt:	87 281	100 500	100,00	100,00
davon:				
Daimler-Benz	23 183	32 675	26,56	32,51
Ford	14 748	16 260	16,90	16,18
Opel	12 235	12 642	14,02	12,58
Borgward	9 042	8 539	10,36	8,50
Magirus ¹	6 879	8 483	7,88	8,44
Hanomag	8 241	8 322	9,44	8,28
MAN	1 950	3 138	2,23	3,12
Henschel	4 082	2 878	4,68	2,86
Krupp	1 965	2 536	2,25	2,52

¹ Klöckner-Humboldt-Deutz

Tag das mit Abstand führende Unternehmen: 1955 war reichlich jeder vierte Lastkraftwagen, der die Montagehalle verliess, 1956 fast jeder dritte ein Daimler-Benz. Ford stellte gut bzw. knapp jeden sechsten Lkw der westdeutschen Gesamtproduktion; ein Opel war 1955 jeder sechste, 1957 jeder siebente in den Werken der Bundesrepublik produzierte Lastwagen. Aber – um auch dieses Bild gleich zu berichtigen – Opel beschränkt sich auf die Herstellung der kleinen Laster mit 1 bis unter 3 t Nutzlast, eine Klasse, an der Daimler-Benz nur geringen Anteil hat. Daimler-Benz dagegen hat sich auf die mittelschweren, schweren und schwersten Fahrzeuge spezialisiert: In der Klasse der Lkw mit 3 bis unter 4 t Nutzlast bestritt Daimler-Benz 1956 39,30 Prozent (Ford: 33,14 Prozent) der Produktion, in der nächsthöheren Klasse mit 4 bis unter 7 t Nutzlast kam die Firma auf 57,59 Prozent, in der schwersten Klasse mit 7 und mehr t Nutzlast erreichte sie 35,02 Prozent der westdeutschen Erzeugung.

Die Ausrichtung des Produktionsprogramms auf den anspruchsvollen Käufer – schnelle, schöne und immer schnellere und schönere Personenfahrzeuge für die Lieblingkinder der Wirtschaftswunderfee, starke und immer stärkere Laster für die von der industriellen und landwirtschaftlichen Konjunktur begünstigten Gewerbe – das ist das Geheimnis des Daimler-Benz-Erfolgs.

Doch der Erfolg offenbart sich nur unvollkommen in den Stückzahlen der Erzeugung; viel eindrucksvoller tritt er in der Wertzahl der Umsätze zutage, die von 473,0 Mill. DMark in den anderthalb Jahren vom X-Tag bis Ende 1949 auf 1'435 Mill. DMark im Jahre 1955 emporgeschwungen ist.

Daimler-Benz hat in den sechs Jahren von 1950 bis 1955 für nahezu 5^{1/2} Milliarden DMark – genau: für 5'445,7 Mill. DMark – umsetzen können, davon für 1'563,0 Mill. DMark (= 28,7 Prozent) im Ausland. Der Umsatz dieser einen Firma repräsentierte 16,03 Prozent des vom westdeutschen Fahrzeugbau (ohne Lokomotiv- und Waggonbau, aber einschliesslich Luftfahrzeugbau) im gleichen Zeitraum erzielten Gesamtumsatzes (1955: 16,83 Prozent).

Besser als durch diese Zahlen lässt sich die Bedeutung der Daimler-Benz AG nicht kennzeichnen, die zu mehr als vier Fünftel zwei grossen Industriekonzernen und den drei führenden Grossbankgruppen gehört. –

Es ist erstaunlich, dass eine so junge Industrie Unternehmen von der Bedeutung, der Kapitalkraft und der technischen Perfektion aufweist, wie die drei Grossen: Volkswagenwerk, Opel und Daimler-Benz, sie in sich verkörpern; fast noch verwunderlicher scheint aber, dass diese Industrie von Tüftlern und Handwerkern ins Leben gerufen wurde.

Benz war als Sohn eines Lokomotivführers zur Welt gekommen, der siebenunddreissigjährig starb, ehe der Kleine sein zweites Jahr vollendet hatte. Die Mutter liess unter schweren Opfern den Jungen am Karlsruher Polytechnikum vier Jahre studieren. Aber dann arbeitete Carl Friedrich Benz längere Zeit als Schlosser bei der Karlsruher Maschinenbau-Gesellschaft. Erst ein paar Jahre später ging er als Konstrukteur zu der Mannheimer Fahrzeugfirma Schweitzer sen. und schliesslich nach Pforzheim,

wo er bei Gebr. Benckiser den Brückenbau kennenlernte und durch die Heirat mit Berta, der Tochter des eingessenen Zimmermeisters Karl Friedrich Ringer, knapp achtundzwanzigjährig seinen Hausstand begründete. Aus der kleinbürgerlich-handwerklichen Umwelt, der er Zeit seines Lebens innig verbunden blieb – schlicht, ehrlich, selbstbewusst und bescheiden – erwuchs einer der schöpferischen Unternehmer des deutschen Automobilbaus.

Adam Opel, der nicht weit von Mannheim, in Rüsselsheim, mit der Schaffung der zu seiner Zeit führenden Nähmaschinen- und Fahrradfabrik den Grund legte, auf dem die Söhne das vor dem Krieg bedeutendste Unternehmen der deutschen Automobilindustrie errichteten, war der Sohn eines Schlossers und selber Schlosser gewesen, ehe er die im Ausland erworbenen Kenntnisse dafür nutzte, Fabrikant zu werden.

August Horch, Sohn, Enkel und Urenkel von Schmieden, die seit 1706 in dem protestantischen Moseldorf Winnigen am Amboss gestanden hatten, ging nach zweieinhalbjähriger Lehre in der väterlichen Werkstatt knapp sechzehnjährig auf die Wanderschaft, die ihn über Baden, Württemberg, Bayern und Österreich nach Ungarn, Serbien und schliesslich nach Bulgarien führte. Vier Jahre später kehrte er heim: malarikrank, den Kopf voll laienhafter Kenntnisse des Maschinenbaus und das Herz von dem glühenden Wunsch erfüllt: zu studieren. 1888 ging der junge Schmiedegeselle nach Mittweida aufs Technikum. Nach sechs Semestern bestand er seine Ingenieurprüfung.

Porsche, der Sohn eines sudetendeutschen Klempners, arbeitete als Elektriker in Wien und sass am Abend als Schwarz Hörer in den Hörsälen der Universität, die ihn später zum Dr.h.c. promovierte.

Nicolaus August Otto, der Schöpfer des Verbrennungsmotors, Enkel und Sohn von Bauern, Posthaltern, Gastwirten war 1852 in Holzhausen auf der Heide, auf den Höhen des Taunus, geboren. Er erlernte das Handlungsgeschäft bei einem Einzelhändler in Nastätten, der sich für Kost, Logis und Unterweisung von Frau Otto Wb – Wb = Wittib – ein Honorar von 200 Gulden ausbedang, und zwar die Hälfte beim Eintritt, den Rest beim Anfang des dritten Lehrjahrs.

Auf die Lehrzeit, die Nicolaus August Otto als Neunzehnjähriger beendet hatte, folgte eine zweijährige Tätigkeit als «Handlungskommis» in dem Kolonialwaren- und Landesproduktengeschäft von Philipp Jakob Lindheimer in Frankfurt-Sachsenhausen. Dann arbeitete Otto fast zehn Jahre (1853-1862) als «Commis voyageur», als Reisender in Kaffee, Reis, Tee, Zucker und anderen Kolonialwaren, für zwei Kölner Firmen, zuerst für I.C. Altpeter, dann für Carl Mertens. Auf einer der Reisen, die ihn zwischen Dortmund und Luxemburg hin und her führten, lernte er 1860 die Gasmaschine des französischen Erfinders Lenoir kennen.

Damit begann die Geschichte des modernen Motorenbaus.

Otto war freilich kein Bastler; dieser Reisende in Kaffee und Zucker war ein visionärer Denker, ein schöpferischer Träumer, den eine Vorstellung – so wenig er sie fürs erste nach den Gesetzen der Wissenschaft zu motivieren vermochte – nicht mehr

losliess. Nach seinen Angaben erbaute der Kölner Mechaniker Zons 1861/62 eine Gasmaschine als Viertaktmotor. «1862 lief dieselbe», berichtete Otto später, «und war auch in demselben Jahr total ruiniert durch die heftigen Stösse, welche in derselben auftraten.» 1863 entstand die «Atmosphärische Kurbelmaschine», bei deren Konstruktion Otto sein Vorbild Lenior schon hinter sich liess. 1864 gründeten Eugen Langen aus der Familie der Kölner Zuckerindustriellen und Nicolaus August Otto die N.A. Otto & Co KG, die 1872 in die Gasmotorenfabrik Deutz AG, die Keimzelle der heutigen Klöckner-Humboldt-Deutz AG, umgewandelt wurde.

Alle die Männer, die sich als tüftelnde, ideenbesessene Erfinder um die Entwicklung des Motoren- und Automobilbaus verdient gemacht hatten – Daimler, Benz, Opel, Horch, Porsche, Otto und auch Diesel, der zwar in Paris geboren worden war, aber in Augsburg und München seine Ausbildung erhalten hatte – entstammen dem süddeutschen Raum: Süd-, Südwest- und Südostdeutschland.

Eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel ist Carl F. Borgward, der als Sohn eines Kohlenhändlers am 10. November 1890 in Altona das Licht der Welt erblickt hat.

Aber auch er gehört zu jener Spezies der Tüftler, der ruhelosen, ideenbesessenen, stets mit sich unzufriedenen, über das Erreichte rastlos hinausstrebenden Verbesserer, denen der Automobilbau seine Entstehung und Entwicklung verdankt. Aber er gehört schon nicht mehr der Generation Otto, Daimler und Benz, der kleinbürgerlich-handwerklichen Vorstellungswelt der ersten Erfinder, an. Seinem Wesen ist ein neues Element beigemischt. Carl Borgward ist, vielleicht mehr noch als Denker, Tüftler und Bastler: Unternehmer – als solcher allerdings von dem Typus, dem die Amerikaner die rugged individualists, die rauhen Individualisten zurechnen, die heute schon ziemlich rar sind.

Nachdem Borgward die Schlosserlehre hinter sich gebracht – er fing als Fünfzehnjähriger an –, sein Jahr bei den Pionieren gedient und als Werkstudent sein Studium an der Flamburger Maschinenbauschule absolviert hatte – auch Friedrich Flick hatte sein Kölner Studium durch eigene Arbeit, Artikelschreiben, finanziert –, versuchte er sein Glück in Berlin. Der Dreiundzwanzigjährige verdiente schon 410 Mark im Monat, unglaublich viel, wenn man bedenkt, dass diesem Betrag die Kaufkraft von 1'200-1'500 DMark entsprach und dass es zu Kaisers Zeiten nicht eben üppig bei Lohn und Gehalt zuring.

Dann kam der Krieg. Carl Borgward wurde im Mai 1915 verwundet. Wiederhergestellt bereiste der junge Mann als Kontrollingenieur ganz Deutschland.

Als der Krieg zu Ende gegangen war, übernahm Carl Friedrich Borgward, der sich 1919 in Bremen niedergelassen hatte, die «Bremer Reifenindustrie» – ein Unternehmen, das freilich keine Reifen, sondern landwirtschaftliche Geräte herstellte – und entwickelte aus ihr die Bremer Kühlerfabrik Borgward & Co. Zu deren Kunden gehörte die «Hansa-Lloyd-Werke AG», die vor dem Krieg durch den Zusammenschluss der Bremer Firma «Norddeutsche Automobil- und Motoren-AG (NAMAG)» mit den

im oldenburgischen Varel ansässigen Hansa-Werken entstanden war und schon über einen beträchtlichen Fundus fabrikatorischer Erfahrungen und technischer Errungenschaften verfügte.

Bald tat aber auch Borgward den ersten Schritt ins Neuland des Automobilbaus. Er konstruierte 1924 den «Blitzkarren», einen Dreiradlieferwagen, den kleine Kohlenhändler, Gemüsebauern, Paketfahrer und Handwerker zum erschwinglichen Preis von 1'000 RMark erwerben konnten.

Aus dem «Blitzkarren» entstand der «Goliath», für dessen Produktion im Jahre 1928 die «Goliath-Werke Borgward & Co» gegründet wurden.

Schon ein Jahr später, 1929, konnten Borgward und sein Teilhaber Tecklenborg – die Tecklenborgs betreiben die seit 1793 bestehende Bremer Tauwerk-Fabrik – die Aktienmehrheit der Hansa-Lloyd-Werke übernehmen, die 1931 in der Firma Goliath-Werke Borgward & Co auf ging.

Das Ausscheiden Tecklenborgs aus der Firma gab Borgward im Jahre 1937 endlich die Freiheit des Handelns, deren er zur vollen Entfaltung seiner unternehmerischen Begabung wahrscheinlich bedurfte: Er gründete die «Carl F.W. Borgward Automobil- und Motoren-Werke», die 1938 im neuen Werk Bremen-Sebaldsbrück die Produktion aufnahm und deren Erzeugnisse – Hansa 1'100, Hansa 1'700 und Hansa 2'000 – in vielen Exemplaren noch heute ihren Dienst verrichten.

Wie viele Fahrzeuge Borgward damals produzierte, ist kaum noch exakt festzustellen. Wenn die Statistik einer Wirtschaftszeitschrift zutrifft, die, offenbar nach privaten Angaben, die Borgward-Belegschaft der Jahre 1936-1938 mit 4'000, 4'500 bzw. 5'300 Köpfen angibt, so könnten auch die Produktionszahlen stimmen, die für die entsprechenden Jahre auf 17'000, 19'000 bzw. 20'000 Einheiten lauten.

Dem steht jedoch gegenüber, dass an Personenkraftwagen des «Hansa»-Typs 1936 nur 5'917 Einheiten, 1937 sogar noch weniger: 5'486 Fahrzeuge zugelassen wurden und dass auch an Lastern der Hansa-Lloyd-Produktion bloss 3'855 bzw. 4'347 Wagen vom deutschen Markt aufgenommen wurden. Entweder müsste Borgward auf Vorrat gearbeitet haben – und das erscheint für die Jahre, da schon die Rüstungskonjunktur auf Touren gekommen war, wenig wahrscheinlich – oder er müsste 1936 fast drei Fünftel, 1937 mehr als die Hälfte seiner Erzeugung exportiert haben –, und diese Hypothese klingt auch nicht gerade überzeugend; denn der Exportanteil am Gesamtumsatz der deutschen Automobilindustrie betrug damals im Höchstfall 20 Prozent.

Nun, wie dem auch sei, Borgward war schon vor dem Krieg ein Begriff im deutschen Automobilmarkt: Der knapp siebenundvierzigjährige Selfmademan hatte sich aus eigener Kraft eine Position erzwungen, die, ausgedrückt in Prozentanteilen, zwar noch bescheiden war – 1937 fertigte Borgward 2,53 Prozent der Pkw und 8,92 Prozent der Lkw, die im deutschen Markt abgesetzt wurden – in der Hierarchie der Grossunternehmen aber doch schon recht hoch rangierte. Denn immerhin stand er unter den deutschen Lkw-Produzenten an vierter, unter den Pkw-Erzeugern an achter Stelle.

Der Krieg endete traurig für den rastlos tätigen Unternehmer. Das Borgward- und

das Goliath-Werk waren 1944 fast vollständig zerstört worden, und er selbst wurde als Wehrwirtschaftsführer bis 1948 «automatisch» hinter Stacheldraht gesetzt.

Aber kaum war er frei, begann er auch schon mit der Aufbauarbeit, die binnen kurzem alles zuvor Erreichte weit in den Schatten stellen sollte.

Die wirtschaftliche Reorganisation geschah in drei Stufen: Am 10. August wurde der Gesellschaftsvertrag der «Goliath Werk GmbH» abgeschlossen (Geschäftsführer Albert Doeding und August Momberger; Gesellschafter mit einem Anteil von 1'110'000 DMark Carl Borgward, mit einem Anteil von 90'000 DMark Frau Elisabeth Borgward geb. Rühl).

Durch Gesellschaftsvertrag vom 2. Februar 1949 erfolgte die Gründung der «Lloyd Motoren-Werke GmbH» (Geschäftsführer Hans Krämer und Willi Tegtmeyer; Verteilung der Stammanteile nach der Kapitalerhöhung vom April 1956: Dr.-Ing.E.h. Carl Borgward 1'835'000 DMark; Frau Elisabeth Borgward 165'000 DMark).

Als dritte der grossen Produktionsgesellschaften wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 10. November 1949 die «Carl F. W. Borgward GmbH» konstituiert (Geschäftsführer: Carl Friedr. Wilh. Borgward, Otto Carstens, Wilhelm Schindelhauer. Gesellschafter: Carl F.W. Borgward mit einem Anteil von 9,9 Mill. DMark, Frau Elisabeth Borgward mit einer Einlage von 0,1 Mill. DMark). Sie besitzt eine Zweigniederlassung in Berlin und hat im Frühjahr 1956 mit Hilfe eines aus Lastenausgleichsmitteln gewährten 2-Mill.-DMark-Kredits Gelände und Werkhallen in Osterholz-Scharmbeck erworben, um einen Lkw-Reparaturbetrieb und, wenn die Frage der Unterbringung gelöst werden kann, eine Gesenkschmiede zu errichten. Theoretisch besteht noch die Möglichkeit, auch die Erzeugung des Lenkungsaggregats (das bisher von der Zahnradfabrik Friedrichshafen zugeliefert wurde), der Kupplung (von Fichtel & Sachs geliefert), des elektrischen Zubehörs (hauptsächlich von Bosch bezogen) und anderer Zubehörteile in eigene Regie zu nehmen.

Die Borgward-Gruppe

1. Carl F.W. Borgward GmbH, Bremen, StK 10 Mill. DMark
Carl Borgward 99 Prozent, Frau El. Borgward 1 Prozent
a) Borgward Argentina SA, K 10 Mill. Pesos
50 Prozent; *restliche 50 Prozent bei L. Freude*
b) PT Borgward-Udatin, Surabaja/Indonesien 50 Prozent;
2. Lloyd Motoren-Werke GmbH, Bremen, StK 2 Mill. DMark
Carl Borgward 91,75 Prozent, Frau El. Borgward 8,25 Prozent
3. Goliath-Werk GmbH, Bremen, StK 1,2 Mill. DMark
Carl Borgward 92,50 Prozent, Frau El. Borgward 7,50 Prozent
4. Gebr. Klencke GmbH, Bremen, StK 300'000 DMark
Carl Borgward 63,33 Prozent, Frau El. Borgward 6,67 Prozent
5. Borgward Verkaufs-Ges.mbH, Bremen, StK 200'000 DMark
Carl Borgward 80 Prozent, Frau El. Borgward 20 Prozent

6. Borgward Automobil-Verkauf sges. mbH, Hannover, StK 78'000 DMark
Carl Borgward 50 Prozent, Dipl.-Ing. Kurt Borgward 50 Prozent
7. Boteck Finanzierung GmbH, Bremen, StK 200'000 DMark
Carl Borgward 75 Prozent, Frau El. Borgward 25 Prozent
8. Versicherungsdienst Bremen GmbH, Bremen, StK 21'000 DMark
Carl Borgward 66,67 Prozent, Frau El. Borgward 33,33 Prozent
9. Dr. Carl F. W. Borgward, Bremen
10. Carl F.W. Borgward Leichtmetallwerke, Uphusen bei Bremen

Ob das in absehbarer Zeit geschieht oder geschehen kann, muss dahinstehen. Borgward hat – wie unsere Konzernübersicht zeigt – die Mehrzahl seiner Unternehmungen, namentlich die drei grossen Produktionsbetriebe, in der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung konstituiert, die mit der Haftung auch die Basis der Kreditnahme zu beschränken pflegt. Borgward hat sich schon frühzeitig auf das Gebiet des Kapitalexports gewagt und musste es hinnehmen, dass die argentinische Gesellschaft, an der er mit 50 Prozent beteiligt ist, siebzehn Monate lang – bis Januar 1957 – beschlagnahmt wurde. Und er hat schliesslich auch das Exportrisiko schmerzhaft zu fühlen bekommen, was bei einem 43prozentigen Anteil des Auslands an den Gesamtumsätzen – so war der Stand im Jahre 1955 – durchaus nicht erstaunlich ist: Als Ende 1955 in der verkaufsschwachen Saison das deutsch-schwedische Warenabkommen auslief, machte der Fahrzeugstau, der durch die Beeinträchtigung des Exportgeschäfts entstanden war, die Entlassung von 2'000 Arbeitern notwendig. Das erregte damals viel Aufsehen; obwohl die professionellen Schwarzseher bedenken sollten, dass solche Pannen im System liegen. Denn wenn ein so grosser Industriezweig wie der deutsche Fahrzeugbau seine Auslandsumsätze beständig steigert und wenn die Grossunternehmungen dieses Produktionszweigs allmählich dahin gelangen, dass sie die Hälfte oder mehr als die Hälfte ihrer Erzeugung exportieren – oft genug um den Preis, dass sie die deutsche Kundschaft viele Monate lang auf den be-

Anteil der Auslandsumsätze des Fahrzeugbaus am Gesamtumsatz¹

1950	11,49 Prozent	1953	19,24 Prozent
1951	16,52 Prozent	1954	26,63 Prozent
1952	17,59 Prozent	1955	26,88 Prozent

¹ Ohne Waggon- und Lokomotivbau; einschl. Luftfahrzeugbau

stellten Wagen warten lassen – so nimmt das Exportrisiko nicht nur in arithmetischer, sondern während unruhiger Zeiten: in geometrischer Progression zu. Anders als der in wirtschaftlicher Hinsicht übersehbare und relativ leicht kontrollierbare deutsche Markt ist ja der Weltmarkt jeglicher Kontrolle entzogen und das umso mehr, je exotisch-verlockender er sich darbietet.

Nun, Borgward ist stark genug, um die gelegentlichen, vom unterschiedlichen Trend der Binnen- und Weltmarktentwicklung ausgehenden Rückschläge gelassen hinzunehmen. Die drei grossen Produktionseinheiten beschäftigten um die Jahreswende 1955/56 immer noch mehr als 17'500 Belegschaftsmitglieder: Borgward

10'107, Goliath 2'850 und Lloyd 4'618. Und wie unsere Übersicht ausweist, kam auch im Jahre 1956 die Borgward-Produktion noch nahe an die Zahl von 100'000 Einheiten heran.

Die Borgward-Produktion¹

	Pkw				Kombiwagen				Lkw			
	Stück		Prozent der westdeutschen Produktion		Stück		Prozent der westdeutschen Produktion				Prozent der westdeutschen Produktion	
	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956
Borgward	24 735	17 807	2,11	1 720	3 301	3,03	5,23	9 042	8 539	6,44	5,36	
Goliath	6 108	6 067	0,87	0,72	3 671	2 970	6,46	4,70	4 988	4 549	3,55	2,86
Lloyd	58 222	51 764	8,25	6,12	-	-	-	-	621	774	0,44	0,49
Borgw.- Gruppe	89 065	75 638	12,63	8,95	5 391	6 271	9,49	9,93	14 651	13 862	10,43	8,71
Borgw.- Gruppe	Fahrzeuge insgesamt		1955: 109'107		1956: 95 771		Prozent-Anteil an der westdt. Produktion ²				1955: 12,09	1956: 8,97

¹ Nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie E.V.

² Pkw, Kombiwagen und Lkw (ohne Kraftomnibusse)

1955: 902'555

1956: 1'067'948

Wer sich nun allerdings aufs exakte Rechnen versteift, muss zugeben, dass, während die westdeutsche Kraftfahrzeugproduktion im Jahre 1956 um 11,83 Prozent zunahm, die Borgward-Erzeugung um 5,39 Prozent sank. Und wer noch exakter verfährt, wird erkennen, dass der Borgward-Anteil an der westdeutschen Gesamtproduktion im Jahre 1956 um 25,81 Prozent, nämlich von 12,09 auf 8,97 Prozent geschwunden ist.

Aber der fanatische Rechner sollte sich hüten, weitgehende Schlüsse aus seiner Kalkulation zu ziehen. Jedenfalls würde die eben noch pessimistisch gekrauste Stirn sich glätten, wenn sie sich über eine andere Berechnung beugte – diejenige nämlich, die den Anteil der Borgward-Fahrzeuge am gesamten Personenkraftwagenbestand der Bundesrepublik ausweist. Hier zeigt sich – nicht einmal überraschenderweise –, dass

Anteil der Borgward-Wagen am westdeutschen Pkw-Bestand

	1. Juli 1955 Stück	Prozent	1. Juli 1956 Stück	Prozent
Borgward	40 692	2/4	48 169	2,37
Goliath	24 168		31 515	1,55
Lloyd	82 011	4,92	128 881	6,34
Borgward insgesamt	146 871	8,81	208 565	10,26
Westdeutscher Pkw-Bestand	1 666 456	100,00	2 033 325	100,00

Borgward seinen deutschen Marktanteil recht erheblich, von 8,81 auf 10,26 Prozent, zu erhöhen vermochte. Was – um jetzt ebenso exakt wie vorher zu verfahren – einer Zunahme des Borgward-Anteils am westdeutschen Pkw-Bestand um lachende 16,46 Prozent entspricht.

Dieser Erfolg – doppelt erfreulich, da er auf einen erheblichen Lagerabbau schliessen lässt – kam vornehmlich durch das weitere Vordringen der Kleinwagen zustande: des «Goliath» und vor allem des «Kleinen Lloyd», den der Volksmund mit liebenswürdigem Spott «Borgward-Verschnitt» zubenannt hat.

Über der Kunst, «dem Volk aufs Maul zu schauen», die nicht erst Luther begründet und die man seit den Tagen des Reformators nicht überall verlernt hat, hat Borgward seine avantgardistischen Pläne nicht aufgegeben: Die unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. H. Focke stehende Abteilung Hubschrauberbau der Carl F.W. Borgward-Werke ist dabei, einen dreisitzigen Hubschrauber zu entwickeln, der, ausgestattet mit einem Continental-Motor von 200 PS, das ideale Beförderungsmittel für den eiligen Geschäftsmann selbst über kurze Strecken abgeben, mindestens aber dazu beitragen könnte, dem Unfalltod, dem in den letzten Jahren so viele führende Männer der Wirtschaft zum Opfer gefallen sind, Einhalt zu gebieten. Weitgehende Pläne sehen den Bau eines Hubschraubers für 20 Personen vor, und in dem brasilianischen Luftfahrtzentrum Sao José dos Campos arbeitete ein Team unter Professor Focke Ende 1956 daran, einen Verwandlungshubschrauber, den «Convertiplan», zur industriellen Baureife zu entwickeln, der senkrecht starten und landen, im Horizontalflug eine Stundengeschwindigkeit von 400 bis 500 km entwickeln und 800 kg Nutzlast tragen können soll.

Pläne und Ideen genug trägt Carl F.W. Borgward, dieser rugged Individualist unter den deutschen Industriellen, mit sich herum.

Aber täuschen wir uns nicht.

Die aufs Mechanische versessenen Naturburschen, die visionär begabten Reisenden in Kaffee und Zucker, die walzenden Schmiede und Schlosser, die Elektriker, die sich als Schwarzhörer unter die Studenten mischten – die ganze Spezies der tüftelnden und träumenden Bastler, die unsere Automobilindustrie geschaffen und gross gemacht hat, die gibt es heutzutage nicht mehr, und wenn es sie gibt, machen sie Erfindungen nach Tarif oder, sofern sie es zum Professor gebracht haben, gegen ein angemessenes Honorar.

Das Management regiert die Stunde, brillantes Management mit auswechselbaren Köpfen.

Die Individualisten der alten Art: Individualisten mit Grundsätzen, Bratenrock und Röllchen – lieber Himmel, wären die heute noch «tragbar» fürs Geschäft?

MOTOREN BRAUCHEN ÖL

Findest Du Honig, so iss davon,
soviel Dir genug ist, dass Du nicht
zu satt werdest und speiest ihn
aus.

Sal. Spr. 25/16

Auf einer Woge von Öl nahte im Ersten Weltkrieg der Sieg: nicht für uns, sondern für die interalliierten Mächte, denen unsere Heere gegenüberstanden.

Das Deutsche Reich lernte daraus. Zwischen den beiden Kriegen erlebte die Motorisierung ihre erste Konjunktur. Der kleine Mann wurde für das Motorrad gewonnen, die Zahl der Kraftwagen stieg sprunghaft, und Adolf Hitler, offensichtlich darum bemüht, neben der militärischen auch die zivile Motorisierung zu fördern, stellte bei der Grundsteinlegung zum Volkswagenwerk die utopische These auf, im deutschen Volk sei ein Bedarf von sechs oder sieben Millionen Kraftwagen – gemeint waren Personenkraftwagen – vorhanden.

Aber auch im Zweiten Weltkrieg nahte der Sieg auf der Woge des Öls nicht uns, sondern den Alliierten.

Als nach der Invasion den heranrückenden Westmächten die letzten Flakbatterien entgegengeworfen wurden, auf deren Einsatz in der Luftabwehr man umso leichter verzichten konnte, da für den Flugzeugbeschuss praktisch gar keine Munition mehr vorhanden war – für die Jaboabwehr wurden einer besonders gefährdeten Grossbatterie im süddeutschen Raum täglich drei Schuss freigegeben –, spannte man Holzgastraktoren vor die Geschütze und Munitionswagen. Und wenn ein Angriff starker Luftverbände gemeldet worden war, flogen ein paar Minuten später die deutschen Düsenjäger: nicht etwa dem Feind entgegen, sondern in Deckung. Sie hatten keinen «Sprit», keinen Kraftstoff, um den Kampf aufzunehmen. Tausende und aber Tausende Kraftwagen, Panzer und Flugzeuge waren in der zweiten Hälfte des Kriegs immobilisiert, weil ihnen der Lebenssaft der Mobilisierung fehlte. Auch das hat, vielleicht sogar entscheidend, zur deutschen Niederlage beigetragen.

Dem Dritten Reich hatte immer das Öl, sowohl das Rohöl als auch die Verarbeitungskapazität, gefehlt, um eine Motorisierung grossen Stils zu alimentieren oder, um es in der Landersprache zu sagen: um eine grosszügige Motorisierung zu «verkräften».

Zwar war es gelungen, die deutsche Erdölförderung, die 1929 zum erstenmal wieder seit dem im Zeitraum 1907-1914 erreichten Förderungsrekord von jahresdurchschnittlich 130'502 t die Hunderttausend-Tonnen-Grenze überschreiten konnte, von 237'511 im Jahre 1933 auf 884'949 t im Jahre 1939 zu steigern und diese Rekordausbeute in jedem Kriegsjahr noch zu erhöhen, bis 1944 eine Förderung von 1,99 Mill. t anfiel. Der deutschen Rüstungswirtschaft standen ferner während einiger Kriegsjahre die galizischen, rumänischen und österreichischen Ölfelder und neben den dort vor-

handenen Verarbeitungsstätten die französischen, belgischen und niederländischen Raffinationsanlagen zur Verfügung. Dazu kam die Treibstoffherzeugung der deutschen Hydrier- und Synthesewerke, die 1938 erst 830'000 t Flug- und andere Motorenbenzine geliefert hatte, 1939 aber schon auf 1'268'400 t kam, im Jahre 1943 mit 3'791'600 t (1944: 2'093'200 t) die absolute Spitze erreichte und während der sechs Jahre 1939-1944, die man mit Fug und Recht als Kriegsjahre bezeichnen kann, insgesamt 14,45 Mill. t zur Löschung des gigantischen Treibstoffdurstes unserer Kriegsmarine beitrug. Endlich gab es noch das Motorenbenzol. Aber das war wenig genug: Jahresdurchschnittlich 334'000 t im Zeitraum 1940 bis 1944, als jeder Tonne Kraftstoff eine wahrhaft kriegsentscheidende Bedeutung zugemessen wurde.

Als Hitler mit dem Einmarsch in Polen den Zweiten Weltkrieg herausforderte, sahen die Dinge auf dem kriegsentscheidenden Gebiet der Erdölwirtschaft folgendermassen aus: Die deutsche Rohölförderung erreichte 1939 – wie schon gesagt wurde – knapp 885'000 t, die deutschen Raffinerien konnten im Jahr 2,4 Mill. t «durchsetzen», d.h. verarbeiten, die Hydrier- und Synthesewerke lieferten 1,27 Mill. t Benzin und die Erzeugung von Motorenbenzol war mit weniger als 400'000 t minimal. Mit diesen Erzeugungs- und Verarbeitungskapazitäten liess der motorisierte Krieg gegen einen unendlich hoch überlegenen Gegner sich nicht bestehen, und alle Eroberungen im Westen und Osten vermochten unsere Ölposition nicht grundlegend zu verbessern.

Eine Berechnung, die sich auf Unterlagen der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie stützt, vermittelt zwar den Eindruck, dass sich in den Friedens- (lies: Rüstungs) Jahren des Hitler-Regimes der Grad der deutschen Erdölautarkie ganz wesentlich erhöhen konnte: Dem deutschen Kraftstoffverbrauch in Höhe von 2,613 Mill. t flossen im Jahr 1934 aus der Inlanderzeugung 815'000 t oder 31,2 Prozent zu; an der Deckung des Treibstoffbedarfs, der 1938 mit 5,04 Mill. t errechnet wurde, war die deutsche Erzeugung im letzten vollen Friedensjahr zu 43,9 Prozent beteiligt. Aber es hiess doch wohl den Mund recht voll nehmen, wenn angesichts dieses Zustandes – dass nicht einmal die Hälfte des deutschen Kraftstoffbedarfs aus dem Eigenen aufgebracht werden konnte – «der Führer» seinem stürmisch applaudierenden Volk verkündete, er habe «jedes Risiko einkalkuliert». Die Mär vom «kalkulierten Risiko» war eine der vielen Enten, die Hitler dem Siegeswagen vorgespannt hatte, der ihn im Flug über alle irdischen Schwierigkeiten hinweg zum Triumph tragen sollte.

Heute stehen wir einer völlig veränderten Sachlage gegenüber.

Nicht nur hat die Motorisierung des bundesrepublikanischen Deutschland ungeheure Fortschritte gemacht, mit dem Effekt, dass weite und wachsende Kreise der Arbeiter- und Angestelltenschaft zur Zahl der Kraftwagenbesitzer rechnen, auch die Erdölwirtschaft ist in eine Phase der Umwälzung eingetreten, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Die deutsche Erdölförderung hat zwar erst 1953 mit einem Ertrag von 2,189 Mill. t das Rekordjahr 1944 überholt, das einen Anfall von 1,99 Mill. t gebracht hatte. Seither aber sind die Förderzahlen beständig gestiegen: von 2,666 Mill. t im Jahre 1954

über 3,147 Mill. t 1955 auf 3,506 Mill. t im Jahre 1956. Und es ist anzunehmen, dass sie weiter von Jahr zu Jahr zunehmen wird. Verhält es sich doch auf diesem höchst eigenartigem Gebiet der Montanwirtschaft so, dass mit der Förderung auch die Reserven zu wachsen pflegen: scheinbar wider alle Vernunft; tatsächlich aber aus dem einfachen Grund, weil die Produktionsunternehmen nicht blindlings drauflos fördern, sondern je mehr sie fördern, umso systematischer darauf bedacht sind, mit allen Mitteln, die ihnen die fortschreitende Wissenschaft bietet, neue Erdölvorkommen zu erschliessen. So wurden Ende 1955 die westdeutschen Reserven, die noch im Boden ruhen, auf 65 Mill. t, Ende 1956 jedoch auf 66,4 Mill. t geschätzt, obwohl im Laufe des Jahres 1956 gut 3,5 Mill. t gefördert worden waren. Das kommt darauf hinaus, dass die echten Reserven, anstatt zu schwinden, im Laufe eines Jahres um 5 Mill. t zugenommen haben: dank der grösseren Intensität der Erdölsuche, die künftig eher noch zu- als abnehmen wird.

Diese Entwicklung ist für die deutsche Ölversorgung nicht ganz ohne Bedeutung; denn immerhin betrug der deutsche Rohölanteil am gesamten Durchsatz der in Westdeutschland arbeitenden Raffinationsanlagen im Jahr 1956 nicht weniger als 30,6 Prozent und stieg bis Februar 1957 infolge der Suezkrise auf 38,1 Prozent.

Tiefer jedoch als die an sich so erfreuliche Steigerung der Förderung hat ein anderer Vorgang – der Ausbau auf westdeutschem Boden stehender Raffinationsanlagen – in die Entwicklung eingegriffen.

Wie erinnerlich reichten die deutschen Raffinationsanlagen 1939 eben aus, um 2,4 Mill. t Rohöl durchzusetzen. Als nach dem Krieg der Schutt weggeräumt und die erste Wiederaufbauarbeit geleistet war, verfügte man in der Bundesrepublik über eine Verarbeitungskapazität von 1,2 Mill. t. Das war die Ausgangslage, aus der heraus es gelang, die Leistungsfähigkeit der grossenteils allerdings dem Auslandskapital gehörenden Raffinerien bis zum 1. Januar 1950 auf 3,723 Mill. t zu erhöhen. Während der beiden nächsten Jahre stieg sie auf 5,204 bzw. 6,815 Mill. t. Am 1. Januar 1953 war eine Kapazität von 8,135 Mill. t erreicht, jeweils am 1. Januar 1954 und 1955 verzeichnete man ein Durchsatzvermögen von 9,780 bzw. 12,640 Mill. t. Am 1. Januar 1956 hielt man bei einer Kapazität von 14,685 Mill. t, die sich während des nächsten Jahres – bis zum 1. Januar 1957 also – nur wenig: auf 14,755 Mill. t erhöhte.

Ist diese Entwicklung – die Erhöhung der westdeutschen Raffinationskapazität auf mehr als das Sechsfache dessen, was vor dem Krieg alle deutschen Raffinationsanlagen zu verarbeiten vermochten – ist dieser Vorgang allein schon geeignet, weit mehr noch als die so stark gewachsene Produktionskraft der Automobilindustrie das Staunen der Mitwelt zu erregen, so ist man geradezu betroffen, wenn man hört, dass das alles erst ein Anfang ist; denn bis zum Jahre 1959/1960 soll nach den bisher schon vorliegenden Plänen die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Raffinerien auf 31,73 Mill. t, das heisst: auf 215 Prozent des heutigen Standes gebracht, also mehr als verdoppelt werden.

Die Strukturwandlung im Bereich der Erzeugung: Vervierfachung der Rohölför-

derung und Versechsfachung der Verarbeitungskapazität – die aber in diesen Relationen nicht einmal den angemessenen Ausdruck findet, da sie durch die Gegenüberstellung der westdeutschen Zahlen für 1956 mit den gesamtdeutschen Ziffern für 1939 ermittelt wurde – wird von einer fast ebenso revolutionär anmutenden Umschichtung in die Sphäre des Aussenhandels begleitet.

Die wesentlichen Merkmale des Strukturwandels sind auf der Einfuhrseite einmal: die starke Steigerung der Rohöleinfuhr von knapp einer Million bzw. 1 1/3 Mill. t in den Vorkriegsjahren 1936 und 1938 auf 7,11 bzw. 8,00 Mill. t in den Jahren 1955 und 1956; zum anderen: die regionale Verlagerung der Rohöleinfuhr, die 1936 bzw. 1938 zu 92,88 bzw. 96,09 Prozent den Ländern des amerikanischen Doppelkontinents

Die Handelsbilanz der deutschen Erdölwirtschaft vor dem Kriege

Erdöl und Teer, roh

	1000 t	1936 Mill. RMark	1000 t	1938 Mill. RMark
<i>Einfuhr, insgesamt</i>	982,76	24,6	1 326,41	43,4
<i>Davon aus:</i>				
Vereinigte Staaten	122,87	3,5	198,77	8,5
Mexiko	358,37	9,8	201,58	7,4
Venezuela	61,47	1,6	280,84	8,2
Übriges Amerika	370,04	7,7	593,34	16,4
<i>Ausfuhr, insgesamt</i>	5,48	0,3	2,14	0,2

Kraftstoffe und Schmieröle

<i>Einfuhr, insgesamt</i>	3 235,23	169,2	3 640,55	224,8
<i>Davon aus:</i>				
Grossbritannien	33,80	2,0	17,48	1,2
Rumänien	851,58	53,1	425,42	34,9
Sowjetunion	319,11	16,6	78,59	4,8
Iran	80,39	4,2	188,09	8,1
Niederl. Indien	90,74	6,3	157,86	14,6
Vereinigte Staaten	673,09	44,8	984,25	75,9
Mexiko	20,22	1,3	231,49	12,3
Niederl. Amerika	1 047,27	35,0	1 358,60	60,3
Peru	80,61	3,5	130,09	8,5
<i>Ausfuhr, insgesamt</i>	209,21	23,0	127,38	17,4
<i>Davon nach:</i>				
Grossbritannien	33,70	4,9	26,42	3,3
Italien	13,16	2,0		
Schweden	23,80	2,1	13,48	1,8

Die Handelsbilanz der deutschen Erdölwirtschaft nach dem Krieg¹

Erdöl und Teer, roh

	1950 t Mill. DMark		1951 t Mill. DMark		1952 1000 t Mill. DMark		1953 10001 Mill. DMark			1954 t Mill. DMark		1955 t Mill. DMark		1956 t Mill. DMark	
Einfuhr, insgesamt	1 950 012	173,4	3 217 761	355,9	3 578	412,5	4 567	450,5	5 991 847	547,6	7 111 312	647,4	7 998 736	781,6	
<i>davon aus:</i> Saudi-Arabien	686 322	62,5	1 230 236	140,1	1 229 ²	140,0 ²	1 949	194,1	2 516 188	235,9	2 787 127	258,6	2 990 679	294,6	
Irak	782 193	68,8	1 029 580	112,1	1 215	145,3	1 467	147,3	1 624 195	150,5	2 120 975	197,6	2 302 253	228,4	
Kuwait	—	—	444 634 ²	48,4 ²	443 ²	55,3 ²	377	37,8	1 047 256	94,3	1 261 515	112,7	1 412 845	137,4	
Venezuela	356 295	30,8	501 067	53,9	639	67,3	655	61,9	705 529	60,8	749 760	63,3	888 143	81,6	
Ausfuhr, insgesamt	7 413	0,7	2 014	0,3	9	1,2	4	0,4	1 908	0,2	—	—	—	—	

Kraftstoffe und Schmieröle

Einfuhr, insgesamt	769 813 ⁴	108,3	467 244 ¹	86,6	666 331 ⁴	122,0	926 846 [*]	156,4	1 344 377 ⁷	185,9 ⁷	2 748 305 ⁷	357,2 ⁷	3 518 557	488,0
<i>davon aus:</i>														
Belgien-Luxemburg	31 509	7,3	29 150	7,6	34 259	6,7	64 650	9,0	216 682	17,4	342 969	28,1	—	—
Frankreich	330 087	41,4	102 855	16,9	105 481	18,5	166 999	25,5	—	—	85 841	15,4	—	—
Grossbritannien	—	—	—	—	64 332	11,2	83 818	14,1	94 827	15,6	129 960	20,2	—	—
Italien	—	—	—	—	27 904	6,1	17 195	3,0	—	—	110 225	15,6	—	—
Niederlande	81 631	10,5	36 253	6,6	52 607	10,4	105 281	15,0	325 346	39,5	734 191	91,3	—	—
Vereinigte Staaten	—	—	111 568	25,2	157 818	35,6	174 369	41,8	124 119	29,0	209 314	44,1	—	—
Venezuela	—	—	33 687	4,6	110 631	15,8	70 976	10,4	—	—	278 447	27,8	—	—
Ausfuhr, insgesamt	101 962	8,6	184 341	30,3	346 738	61,2	814 857	118,2	1 363 155	189,6	1 966 747	266,9	1 228 076	211,7
<i>davon nach:</i>														
Dänemark	10 149	1,0	36 414	6,5	142 256	24,8	185 228	28,6	255 880	38,5	373 695	52,3	—	—
Grossbritannien	9 609	1,5	54 111	11,0	51 879	8,0	138 348	14,4	—	—	—	—	—	—
Schiffsbedarf	—	—	77 818	6,3	86 480	8,4	376 661	47,6	806 598	98,6	1 125 133	135,8	—	—

¹ Zusammengestellt nach *Statistisches Jahrbuch 1952—56*, herausg. v. Statistischen Bundesamt: für 1950—1955. Für 1956 nach *Erdöl-Intimationsdienst*.² Bahrein und Kuwait³ Einschliesslich Jemen, Muscat, Oman⁴ Tonnen⁶ Davon Niederländische Antillen 232 684 t; 35,0 Mill. DMark⁶ Davon Niederländische Antillen 665 063 t; 90,9 Mill. DMark

entstammte, auf die Ölgebiete des Nahen Ostens – Saudiarabien, Irak und Kuwait –, die in den sieben Jahren 1950-1956 zusammen 28,916 Mill. t der auf 34,415 Mill. t berechneten Gesamteinfuhr stellten, d.h. 84,02 Prozent des westdeutschen Importbedarfs deckten.

Stieg die Menge des eingeführten Rohöls von 1936 bis 1955 auf gut das Achtfache, so erhöhte sich indessen der Wert der Rohölimporte auf nahezu das Zweiunddreissigfache. Dieses Auseinanderstreben der beiden Einfuhrkurven, das zunächst etwas Erschreckendes hat, lässt sich natürlich aus dem Steigen der Rohölpreise erklären. Doch ist deren Entwicklung im Einzelnen so interessant, dass wir uns nicht versagen können, einen Augenblick bei ihr zu verweilen. Unsere kleine Übersicht zeigt, was sich freilich auch ohne Statistik vermuten liess: dass nämlich der Rohölpreis, den der Verarbeiter zu zahlen hat, höchst reagibel ist, d.h. dass er aufs Feinste auf jede politische Krise reagiert. Die Jahre 1936 bis 1938, die immer tiefer in den Schatten des her-

Errechnete Einfuhrpreise je Tonne Rohöl

1936	25,03 RMark		
1938	32,72 RMark		Rüstung und Kriegsgefahr in Europa
1950	88,92 DMark	100,00	
1951	110,60 DMark	124,38	Korea-Krise
1952	115,29 DMark	129,65	
1953	98,64 DMark	110,93	Nachwirkung der Korea-Krise
1954	91,39 DMark	102,78	
1955	91,04 DMark	102,38	
1956	97,72 DMark	109,90	Suez-Krise

annahenden Krieges traten, hatten eine Erhöhung der (rechnerisch ermittelten) Einfuhrpreise um knapp ein Drittel gebracht; infolge der Korea-Krise stieg der Rohölpreis, den Westdeutschland zu zahlen hatte, um etwa drei Zehntel. Erst 1953 klang die Preiskonjunktur ab; in den Jahren 1954/1955 näherte sich der Importpreis wieder der Normallage, der etwa bei 90 DMark je Tonne liegen mag. Infolge der Suez-Krise aber mussten die Verarbeiter wieder eine Steigerung hinnehmen, die, wenn man die ganzen Jahre miteinander vergleicht, den Einfuhrpreis des Jahres 1956 um etwa 10 Prozent über den des «Normaljahres» 1950 hinaustrieb.

Was die grossen Erdölgesellschaften – die ja zugleich auf den Gebieten der Förderung und der Verarbeitung dominieren – an Gegenargumenten auch Vorbringen mögen: die Rohölpreise sind vor allem politisch reagibel, sie registrieren jede politische Krise, die Erdölmächte nehmen jede Chance wahr, ihren Nutzen aus den da und dort auftauchenden weltpolitischen Spannungen zu ziehen. Doch sei ihnen andererseits zugestanden, dass sie in Zeiten der politischen Unruhe die Erdölsuche in den politisch sicheren Gebieten intensivieren und die ihnen daraus erwachsenden, oft

recht beträchtlichen, Kosten dann eben in den Preis einkalkulieren. Womit gesagt sein soll, dass sich der Zusammenhang zwischen Preis und Politik mindestens teilweise wirtschaftlich deuten lässt.

Soviel über die Einfuhrseite.

Was die Ausfuhr angeht, so stehen wir ebenfalls einer hochinteressanten Entwicklung gegenüber. Die gesamtdeutsche Ausfuhr von Kraftstoffen und Schmierölen hatte 1936 nur 209'210 t betragen und einen Erlös von 23 Mill. RMark erbracht. 1938, als schon die Materiallager für den Kriegsfall aufgefüllt wurden, war sie naturgemäss noch kleiner. Nach dem Krieg verhielt es sich zunächst auch noch so, dass nach der Deckung des deutschen Bedarfs wenig genug für den Export übrigblieb. Im Jahre 1952 aber wurde die Vorkriegsausfuhr mengenmässig überholt, und seither ist die Bundesrepublik in die Reihe der bedeutenden Weltmarktlieferanten für Kraftstoffe und Schmieröle eingetreten – vornehmlich allerdings, weil die Bebungung ausländischer Schiffe in deutschen Häfen eine Rolle von zunehmender Bedeutung spielt. Kurzum, im Durchschnitt der Jahre 1955/56 – wir nehmen den Durchschnitt, weil das Krisenjahr 1956 nicht als typisch gelten kann – erreichte die Ausfuhrmenge mit 1,597 Mill. t nahezu das Achtfache, der Ausfuhrerlös mit 293,3 Mill. DMark mehr als das Zehnfache der 1936 für das Deutsche Reich ausgewiesenen Zahlen.

Wollte man die Probleme der westdeutschen Erdölindustrie lediglich unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten behandeln, so würde man bloss die halbe Wahrheit berichten. Gewiss ist es interessant, die Aufbauleistung auf den Gebieten der Förderung und Verarbeitung in summarischen Ziffern – als Manifestierung des Wirtschaftswunders – Revue passieren zu lassen; es ist nicht weniger fesselnd, von der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung im Bereich der Ölwirtschaft zu hören und bei der Gelegenheit festzustellen, dass die Sowjetzone 1956 – ganz legal selbstverständlich – nicht weniger als 299'144 t Fertigfabrikate im Wert von 70,599 Mill. DMark an die Bundesrepublik lieferte, wovon dem Werte nach 41 Prozent auf Dieselmotorkraftstoff und fast ebensoviel, 40,9 Prozent, auf Vergaserkraftstoff entfielen. Aber darüber sollte man nicht vergessen, dass die Geschichte der Erdölwirtschaft – in der Bundesrepublik nicht anders als überall sonst auf der Welt – die Geschichte ihrer Grossunternehmen ist.

Wer einmal einen Gang durch die Hamburger Raffinationsanlagen der Deutschen Shell oder der Esso gemacht und die himmelstürmenden Apparaturen bewundert hat, die in der Tat das letzte an technischem Raffinement darstellen, das sich Menschenhirn erklügeln können, oder wer über Lingen durchs Emsland gefahren ist und die langen, schnurgeraden, verbotenen Strassen gesehen hat, die die Wintershall AG im Wesuwer und Heseper Moor angelegt hat, um an ihre Ölfelder heranzukommen, der wird erkannt haben, was es mit der Ölindustrie auf sich hat: Sie ist mindestens ebenso kapitalintensiv wie, aber risikoreicher als die Montan- und die chemische Industrie. In den Anfängen ihrer Entwicklung konnte der vom Glück begünstigte Einzelne, Ruten-

gänger, Entdecker, Erfinder oder auch der Besitzer ölführenden Bodens, noch den Versuch wagen, durch die Maschen des ökonomischen Gesetzes zu schlüpfen – des Gesetzes der Kapitalintensität. Heute wird er es kaum noch auf den Versuch ankommen lassen, sondern den geistigen oder physischen Besitz, auf dem sich ehemals eine Ölkarriere gründen liess, zum angemessenen Preis verkaufen.

Freilich gibt es auch Ausnahmen, welche die Regel bestätigen, und eine dieser Ausnahmen ist bei uns die kleinste der acht Grossunternehmungen, die 99 Prozent der deutschen Erdölförderung bestreiten: die C. Deilmann Bergbau GmbH, Bentheim, die in ihren sämtlichen Betrieben, einschliesslich der Fabrikations- und Baubetriebe, 1955 insgesamt 3'666 Arbeiter und Angestellte beschäftigte, von denen allerdings nur 655 in der Erdölgewinnung tätig waren.

Die 1950 gegründete Betriebsgesellschaft, auf welche damals der Name der viel älteren «C.Deilmann Bergbau GmbH» überging, während diese seither als «Deilmann

Der Deilmann-Konzern
Deilmann Montan GmbH, Bentheim

Geschäftsführer: Dr. h. c. Carl Deilmann, Bentheim
Dr. Hans Günther, Marl

	DMark
<i>Gesellschafter:</i> 1. Bergassessor a. D. Dr. Carl Deilmann, Bentheim .	1704 000
2. Dipl.-Berging. H. C. Deilmann, Bentheim . . .	300 000
3. Dr. Jürgen Deilmann, Braunschweig	280 000
4. stud. ing. Erich Schmidt, Bentheim.....	108 000
5. stud. rer. mont. Hans Schmidt, Bentheim	108000
6. Frau Elinor Schüphaus geh. Deilmann, Papenburg	160 000
7. C. Deilmann Bergbau GmbH, Bentheim	400 000
	Stammkapital 3 060 000

Beteiligungen der Deilmann Montan GmbH

- C. Deilmann Bergbau GmbH, Bentheim, StK 2,5 Mill. DMark, 100 Prozent¹
- Deutsche Tiefbohr AG, Bentheim, AK 50 000 DMark, 100 Prozent (ohne Geschäftsbetrieb)
- Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt AG, Braunschweig, AK 7 Mill. DMark, 93 Prozent
- Merfeld GmbH für Torfindustrie und Ödlandkultur, Merfeld (Lkr. Coesfeld) 82 Prozent
- Namedy-Sprudel GmbH, Bentheim, StK 100 000 DMark
- Gewerkschaft Ver. Hermann Gew. Bentheim, Bentheim
- Wix & Liesenhoff Industrie- und Bau-Gesellschaft mbH, Dortmund, StK 100 000 DMark, 50 Prozent
- Sempell & Weidner GmbH, Essen
- Kaether & Co GmbH, Krefeld-Uerdingen, StK 1 Mill. DMark, Deilmann Montan 47,5 Prozent, Carl Deilmann 3 Prozent
- Westgas GmbH, Marl, StK 400 000 DMark, 25 Prozent
- EEG Emsland Erdölleitung GmbH, Osterwald, StK 450 000 DMark, 20 Prozent

¹ Im Dezember 1956 übertrugen die Gesellschafter, Dr. h. c. Carl Deilmann, Dip!.-Ing. Hans Deilmann und Dr. Jürgen Deilmann, ihre Anteile auf die Deilmann Montan GmbH.

Montan GmbH» firmiert, ist aber bloss ein Glied in der Kette der Unternehmen, die den Deilmann-Konzern bilden. Der Konzern jedoch, das ist das Erstaunliche, ist in der Tat das Lebenswerk eines Mannes, des heute erst dreiundsechzigjährigen Bergassessors a.D. Dr.h.c. Carl Deilmann aus Dortmund, der in der Welt des Öls wohl schon frühzeitig einen guten Namen gehabt hat, dem Publikum der zwanziger und dreissiger Jahre aber noch nicht als Grossunternehmer bekannt war.

Zwei Umstände lassen jedoch darauf schliessen, dass die Woge der Ölkonjunktur, die während der zwölfjährigen Dauer des Tausendjährigen Reiches den Ertrag unserer Ölfelder auf das Achtfache steigen liess, die C. Deilmann Bergbau GmbH schon zu Beginn des Krieges hoch in die Gewinnzone getragen hatte.

Zum ersten war Carl Deilmann im Jahre 1940 weit genug, sich in der Geschäftsführung der C. Deilmann Bergbau GmbH (alten Stils) einen hochqualifizierten Fachmann hinzuzugesellen: den Bergassessor a. D. Dr.-Ing. Hans-Christoph Seeböhm. Der Siebenunddreissigjährige, seit 1931 Bergassessor, war von 1933 bis 1938 als stellvertretender Werksleiter bei der Oehringen Bergbau AG und der Preussengrube AG in Gleiwitz/OS tätig gewesen, hatte 1938/39 als Betriebsdirektor bei der Erzbergbau GmbH, Ringelheim, gearbeitet, war dann die letzte und steilste Stufe der bergmännischen Hierarchie aufgerückt, zum Bergwerksdirektor der Hohenlohe-Werke AG, und war schliesslich im Jahre 1940 als Geschäftsführer zu Deilmann gegangen. In diesem Amt blieb er – der dann auch bald in den Vorstand der Braunschweiger Maschinenbau-Anstalt eintrat – bis Anfang 1950. (Sein Ausscheiden aus der Geschäftsführung der C. Deilmann Bergbau GmbH ist unter dem 20. Februar 1950 im Handelsregister des Amtsgerichts Bentheim eingetragen.) Und man kann sich eine recht deutliche Vorstellung sowohl von der Arbeitskraft unseres heutigen Bundesverkehrsministers als auch von der Wertschätzung machen, deren sich die von ihm vertretene Firma erfreute, wenn man hört, dass er – immer neben seiner Geschäftsführertätigkeit – von 1946 bis 1948 als Minister für Aufbau und Arbeit bzw. (seit 1947) für Arbeit, Aufbau und Gesundheitswesen des Landes Niedersachsen amtierte, von 1946 bis zum heutigen Tag das Präsidium der Industrie- und Handelskammer Braunschweig versah, dem Niedersächsischen Landtag, 1948/49 dem Parlamentarischen Rat in Frankfurt und seit 1949 dem Bundestag angehörte und am Ende, doch, wie gesagt, noch vor seinem Ausscheiden bei Deilmann, den schwierigen Posten des Bundesverkehrsministers übernahm: Hervorragend qualifiziert für das Amt, da er fast ein Jahrzehnt an führender Stelle in der Treibstoffindustrie tätig gewesen war.

Zum zweiten konnte die C. Deilmann Bergbau GmbH 1941 einen Betriebsführungs- und Gewinngemeinschaftsvertrag mit der Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt AG abschliessen, der am 1. Januar 1942 in Kraft trat.

Das besagte freilich noch nicht viel. Denn das heruntergewirtschaftete Unternehmen, das 1933 sein Kapital im Verhältnis 40:1 auf 40'000 RMark zusammengelegt hatte, um es gleichzeitig durch Ausgabe neuer Aktien auf 400'000 RMark zu erhöhen,

verfügte nach einer erneuten Kürzung, die sich 1934 als notwendig erwiesen hatte, 1940 nur noch über ein Grundkapital von 300'000 RMark. Unter der Führung Deilmanns und dank der planmässigen Förderung, die die Wirtschaftspolitik des Dritten Reichs allen Betrieben angedeihen liess, die dem Streben nach ernährungswirtschaftlicher Unabhängigkeit dienten, erholte sich das auf den Bau von Zuckerfabriken spezialisierte Unternehmen aber sehr bald. Die Glücksträhne riss auch nach dem Krieg nicht ab. Obwohl ihre Anlagen schwer angeschlagen waren, konnte die Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt im Jahre 1949 die Firma J. Meissner, Dippe-Werk Schladen, käuflich erwerben, war 1951 in der Lage, ihr Kapital im Verhältnis 1:1,6 auf 480'000 DMark umzustellen und es stufenweise auf 7 Mill. DMark zu erhöhen – wovon sich 93 bis 95 Prozent im Besitz der Deilmann Montan GmbH befinden. Ihr Programm umfasst heute neben dem Bau kompletter Anlagen für die Zuckerindustrie, die landwirtschaftliche Trocknung und die Konservenindustrie aber auch die Fertigung von Anlagen für den Bergbau, die Erdölgewinnung und die chemische Industrie und fügt sich so aufs Beste in den weitgespannten Rahmen der Deilmann-Produktion ein, der einerseits die Torf-, Erdöl- und Erdgasgewinnung aus eigenen Feldern – im Jemen freilich haben selbst die Deilmann-Spezialisten kein Öl erbohren können –, ferner die maschinelle Ausrüstung von Erdölfirmen, den Schacht- und Industriebau im Allgemeinen und den Bau landwirtschaftlicher Verarbeitungsanlagen im Besonderen, den Grau- und Stahlguss und nicht zuletzt die Fertigung von Stahlfenstern umfasst.

Man sieht dem bescheidenen Verwaltungsgebäude der Deilmann Montan GmbH in Bentheim nicht an, was hinter seinen Mauern geplant und geschaffen wird. Vergewärtigt man sich aber, was die einzelnen Unternehmen leisten, die in knapp einem Vierteljahrhundert zur Deilmann-Gruppe vereinigt wurden, so erkennt man, dass aus dem Erdöl nicht nur der Treibstoff des Strassenverkehrs, sondern auch ein vehement wirkender Treibstoff der wirtschaftlichen Expansion gewonnen wurde.

Während sich hinter dem Namen Deilmann ein gemischter Konzern, und zwar ein Familienkonzern ganz individueller Prägung, verbirgt, handelt es sich bei der Deutschen Schacht- und Tiefbaugesellschaft mbH um ein rein erdölwirtschaftliches Unternehmen. Daher auch die hohe Kapital- und die geringe Arbeitsintensität: Bei einer Kapitalausstattung von 20 Mill. DMark – das Stammkapital befindet sich voll im Besitz der bundeseigenen AG für Bergbau- und Hüttenbetriebe, Salzgitter-Drütte – werden nur 700 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die 1954 jedoch zwei Drittel mehr förderten, als die Deilmann-Felder hervorbrachten.

Wie ernst das Problem der Kapitalintensität zu nehmen ist, erweist sich auch am Beispiel der Deutschen Erdöl-AG, Hamburg: Diese Gesellschaft, die, ausgestattet mit einem Grundkapital von 135'556 Mill. DMark, 1954 mehr als 452'000 t Erdöl förderte, was knapp 17 Prozent der westdeutschen Gesamtausbeute entsprach, und 1955 ihre Produktion auf etwa 587'000 t oder 18,7 Prozent der westdeutschen Förderung

erhöhte, hat in den siebeneinhalb Jahren von der Währungsreform bis Ende 1955 den gewaltigen Betrag von 290 Mill. DMark investiert, von dem 180 Mill. DMark oder nahezu zwei Drittel (62,1 Prozent) durch Abschreibungen finanziert wurden.

Die DEA ist allerdings – wie ihr Name irrtümlich vermuten lässt – kein reines Erdöl-, sondern ein energiewirtschaftliches Allround-Unternehmen, das vor dem Krieg neben Erdölgewinnung, Raffination und Steinkohlenbergbau im mitteldeutschen Raum auch Braunkohlenbergbau betrieb und namentlich auf dem Gebiet der Braunkohlenverarbeitung eine führende Stellung behauptete. Nach dem Verlust der mitteldeutschen Besitztümer blieben der DEA in Westdeutschland das Steinkohlenbergwerk Graf Bismarck (Förderung i.J. 1955: 2,68 Mill. t), das 1952 als GmbH konstituiert wurde, und die Zeche Königsgrube (Förderung 1955: 616'000 t), die mit Wirkung vom 1. Januar 1954 in das Eigentum der Steinkohlenbergwerk Hannover-Hannibal AG (Krupp) übergang. Insgesamt hat die DEA im Zeitraum 1948-55 rd. 21,5 Mill. t Kohle – vornehmlich Gas- und Gasflammkohle – gefördert, von den 1'416 Mill. kWh Zechenstrom, die sie erzeugte, 564 Mill. kWh abgeben können und darüber hinaus noch namhafte Mengen Koks, Gas, Kohlenwertstoffe und Ziegelsteine produziert und verkauft.

Von den nahezu 300 Mill. DMark, die die Deutsche Erdöl AG investierte, ist ein Teil natürlich dem Steinkohlenbergbau zugeflossen, der künftig noch ausgiebiger bedacht werden soll als bisher; das Schwergewicht der Anlagetätigkeit aber lag bis Ende 1955 zweifellos auf dem Gebiet der Erdölförderung und -Verarbeitung:

- 1949 wurde gemeinsam mit der Firma Ernst Schliemann's Ölwerke, Hamburg, eine Schmierölraffinerie auf dem Grasbrook in Hamburg errichtet;
- 1950 wurde mit dem Bau einer Krackanlage auf dem Gelände des Werkes Heide begonnen und wurden 70 Prozent des Stammkapitals der zur GmbH umgegründeten Ernst Schliemann's Ölwerke übernommen;
- 1951 wurden die Mineralölwerke Harmsen GmbH, Kiel (Fettfabrik) erworben, die Mineralölwerk Grasbrook GmbH als Betriebsstätte der DEA eingegliedert, der Anteil an der Ernst Schliemann's Ölwerke GmbH, die zur DEA-Schliemann Mineralölgesellschaft mbH umgewandelt wurde, von 70 auf 82 Prozent erhöht;
- 1952 wurde die Krackanlage in Heide fertiggestellt und ein etwa 35prozentiger Anteil an der Deutschen Gasolin AG erworben;
- 1955 beteiligte sich die DEA mit 5 Mill. DMark (= 33 Prozent) an der neugegründeten Kohle-Öl-Chemie GmbH, Gelsenkirchen.

Neben diesen Investitionen waren erhebliche Aufwendungen notwendig, um die Ausbeute aus den alten Feldern zu erhöhen und neue Felder zu erschliessen. Der Kapitaleinsatz hat sich allerdings gelohnt:

Erdölförderung der DEA¹

	1952	1953	1954	1955
<i>1. Erdölwerke Holstein (Heide)²</i>				
Erdöl t	77 746	110 099	150 022	192 028
Erdölgas cbm	1 465 163	1 631 306	4 654 297	5 801 753
Belegschaft	1113	1 341	1474	1 548
<i>2. Erdölwerke Wietze (ohne Schachtbetrieb)³</i>				
Rohöl t	19 116	16 703	15 587	13 229
Belegschaft	1 047	1 071	1 043	1037
<i>3. Erdölschacht Wietze</i>				
Rohöl t	22 818	21 529	22 432	23 934
Belegschaft	423	414	393	372
<i>4. Erdölwerke Wohne⁴</i>				
Erdöl t	174 740	249 696	264 426	357 474
Erdölgas cbm	3 454 501	3 992 120	3 848 818	7 405 359
Belegschaft	500	571	770	818
1.-4. zusammen:				
Erdöl t	297 420	398 027	452 467	586 665
Erdölgas cbm	4 919 664	5 623 426	8 503 115	13 207 092
Belegschaft	3 085	3 397	3 680	3 775

¹ Zusammengestellt nach Angaben des Jahrbuchs des Deutschen Bergbaus 1954-1956.² Felder: Heide 100Prozent, Plön 100Prozent, Boostedt 33Prozent, Bramstedt 33Prozent, Kiel 100 Prozent.³ Felder: Wietze 100Prozent, Thören 50Prozent, Nienhagen 14Prozent, Pfungstadt 100 Prozent.⁴ Felder: Hohne 100Prozent, Wesendorf 50 Prozent, Gifhorn 100 Prozent, Hankensbüttel-Süd 100Prozent, Hankensbüttel-Mitte 16% Prozent, Oerrel-Süd 100 Prozent.² bis ⁴ Angaben für 1955.

Bei einem nur wenig gestiegenen Arbeitsaufwand – die Kopfzahl der Belegschaft nahm von 1952 bis 1955 um 22,4 Prozent zu – ist es der DEA gelungen, im Zeitraum von vier Jahren den Erdölertrag ihrer Felder zu verdoppeln und die Erdgasausbeute nahezu zu verdreifachen. Sowohl die Produktions- als auch die Belegschaftszahlen weichen von den Angaben des Wirtschaftsverbandes Erdölgewinnung (s.o.) – z.T. sogar erheblich – ab.

Wenn man die Zahlenangaben des Wirtschaftsverbandes Erdölgewinnung zugrunde legt, ergibt sich für den Zeitraum 1952-1955 sogar eine Steigerung der Erdöl-ausbeute um 234,4 Prozent und eine Erhöhung des DEA-Anteils an der westdeutschen Gesamtförderung von 14,26 auf 18,65 Prozent.

Wie dem nun sei, die Deutsche Erdöl-AG hat auf dem Gebiet der Erdölförderung während der letzten Jahre weit über den Durchschnitt hinausgehende Erfolge und, wenn man die Förderzahlen als Massstab nimmt, mehr Glück gehabt als selbst die

grösste Rohölproduzentin der Bundesrepublik: die Gewerkschaft Elwerath. Zwar hat auch dieses Unternehmen seine Förderung in den vier Jahren 1952/55 von 433'750 auf 734'557 t, d.h. um mehr als zwei Drittel (+69,35 Prozent), erhöhen können, gleichzeitig aber nahm der Elwerath-Anteil an der Gesamtproduktion von 24,71 auf 23,35 Prozent ab.

Nun, das sind Schwankungen, die für einen so stark von den Wechselfällen des Glückes abhängigen Produktionszweig durchaus normal sind. Die westdeutsche Erdölwirtschaft hat im Jahre 1955 nicht weniger als 135 Aufschlussbohrungen unternommen, die aneinandergereiht eine Gesamtlänge von 178'956,10 m aufweisen oder, um es anders zu sagen, die fast 179 km tief in die Erdrinde eindringen würden, wenn man Bohrung auf Bohrung stellen könnte. Von diesen Aufschlussbohrungen waren nur 15 fündig; d.h. nur jede neunte lohnte die beträchtlichen Kosten der Arbeit. 92 Bohrungen verliefen erfolglos; bei 28 hatte sich bis zum Jahresende noch nicht entschieden, ob das bohrende Unternehmen Kopf oder Adler geworfen hatte. Man sieht, es gehört viel Geld und auch einiges Glück dazu, sich im Erdölgeschäft nur zu behaupten.

Wer freilich über das nötige Geld verfügt, dem wird auf die Dauer das Glück nicht versagt bleiben. Denn auch in den Erdölfeldern ist der liebe Gott bei den stärkeren Bataillonen: bei den mit reicheren Mitteln ausgestatteten Gesellschaften, denen sobald nicht der Atem ausgeht, der Erde mit den besseren Geologen und Ingenieuren, mit den feineren Untersuchungsmethoden und den raffinierteren Geräten zu Leibe zu gehen.

Gewerkschaft Elwerath, Hannover

Grubenvorstand: Dir. Dr. Martin Schunck, Hannover

Dir. Prof. Dr. Oskar Deicher, Ehlershausen

Aufsichtsrat: 1. General dir. Gerhard Geyer (Vors. d. Vorstands der Esso AG)

2. Dir. Otto Werthmann (Vors. d. Grubenvorstands der Gewerkschaft Wintershall)

3. Dir. Wilhelm Zentgraf (Grubenvorstand der Gewerkschaft Wintershall, Vorstand der Wintershall AG)

4. Senatspräsident i. R. Karl Manderscheid

5. Kaufmann. Angestellter August Georg Brust

6. Arbeiter Hermann Heussmann

Verteilung der Elwerath-Kuxe

	Kuxe	Prozentanteil an den alten	
		Kuxen	freien Kuxen
1. Wintershall AG	339	33,9	42,371
2. Erben Theo Seifer	125	12, /	11,621
3. Fabrikant Karl Seifer	101	10,1	12,621
4. Senatspräsident i. R. Karl Manderscheid	5	0f	0,621
5. Esso AG	115	11,1	14,371
6. Deutsche Shell AG	115	11,1	14,371
7. Gewerkschaft Elwerath	200	20,0	-

In diesem Betracht aber ist die Gewerkschaft Elwerath die Crème de la Crème, das Feinste vom Feinen. Zählen doch zu ihren Gewerken Gesellschaften von ausserordentlicher Kapitalkraft. Einer Aktiengesellschaft kann es normalerweise – d.h. wenn das Grundkapital voll eingezahlt ist – absolut gleichgültig sein, ob ihre Aktionäre kleine oder grosse Leute sind; und ein Aktionär kann schlimmstenfalls den Betrag einbüßen, den er für seine Aktien gezahlt hat. Ähnlich verhält es sich bei der GmbH, ganz anders aber bei der Gewerkschaft.

Wenn eine Gewerkschaft ins Leben tritt, wird sie nicht gleich mit Kapital ausgestattet. Sie gibt «Kuxe» aus – hundert, tausend oder mehrere, höchstens aber zehntausend Stück – die zwischen «Gewerkschaft» und «Gewerken», den Inhabern der Kuxe, ein Verhältnis wechselseitiger Rechte und Pflichten herstellen. Das Allgemeine Berggesetz umschreibt diese Wechselbeziehung in dürren, aber vielsagenden Worten; § 102 sagt: «Die Werken nehmen nach dem Verhältnis ihrer Kuxe an dem Gewinn oder Verlust teil.

Sie sind verpflichtet, die Beiträge, welche zur Erfüllung der Schuldverbindlichkeiten der Gewerkschaft und zum Betriebe erforderlich sind, nach Verhältnis ihrer Kuxe zu zahlen.»

Die Werken müssen «Zubussen» leisten, um den Betrieb ihrer Gewerkschaft in Gang zu bringen, Zubussen, wenn das Unternehmen in Schulden gerät, Zubussen, wenn die Betriebsführung, und wiederum Zubussen, wenn eine beschlossene Betriebsweiterung die Aufbringung entsprechender Mittel notwendig macht. Die Gewerkschaft ist grundsätzlich also auf dem Prinzip der Eigenfinanzierung durch die Werken aufgebaut: ein hervorragendes Mittel, um das Dutzend bäuerlicher Werken, das sich zusammengetan hat, um einen in den Berg getriebenen Stollen in gemeinsamer Arbeit abzubauen, beispielsweise vor den Risiken einer Expansion zu bewahren; aber ein gefährliches Ding, wenn die ins Grosse geratene Gewerkschaft von ihren Werken erhebliche Zubussen verlangt.

Es ist nicht von ungefähr so, dass die grossen Gewerkschaften höchst exklusive Körperschaften sind; denn nur wer auch in Krisenzeiten über die zur Zubusse notwendigen Mittel verfügt, hält es durch, sich unter den Werken zu behaupten.

Liest man unter diesem Gesichtspunkt die Liste der Elwerath-Werken, so nimmt es nicht wunder, dass neben den Inhabern der Firma Wilh. Seifer & Cie, Ehranger Walzenmühle – den Erben des am 5. April 1946 verstorbenen Theo Seifer und dem Fabrikanten Karl Seifer – so kapitalstarke Werken wie die Esso AG, die Deutsche Shell AG und, an führender Stelle, die Wintershall AG stehen. Zwar dürfte Elwerath schon vor vielen Jahren oder Jahrzehnten in die Gewinnzone eingetreten sein und ihre Mittel – sie verfügte schon Ende 1952 über ein Kapital von 58 Mill. DMark – reichen wahrscheinlich aus, allen vernünftigen Erfordernissen der Eigenfinanzierung zu genügen. Aber die Zeiten waren für die Erdölindustrie nicht immer so ergiebig, wie sie im Dritten Reich waren und wie sie im Zeichen des Wirtschaftswunders wieder sind. Ganz davon abgesehen, dass kostspielige Risiken einer besonderen Art nun einmal in

der Natur der Erdölförderung liegen. Die Exklusivität der Gewerkschaft Wintershall hat sich jedenfalls nicht von ungefähr hergestellt, und was – um auf den Kern der Dinge zu kommen – das Verhältnis Wintershall-Elwerath angeht, so hat diese Beziehung ihre zwei, höchst unterschiedlichen, Seiten. Einerseits nimmt die Wintershall AG bei der Gewerkschaft Elwerath eine absolut dominierende Stellung ein; das ist der Lohn nicht nur ihrer in vielen – meist allerdings recht guten – Jahren bewährten Gewerkschaftstreue, sondern auch der Zusammenarbeit beider Unternehmen auf dem Gebiet der Erdölverarbeitung. Andererseits besitzt die Gewerkschaft in der Aktiengesellschaft einen Gewerken, dessen Bedeutung nicht nur auf seiner Vormachtstellung im Kalibergbau und auf seiner starken Position in der Erdölgewinnung, -Verarbeitung und -Verteilung, sondern auch darauf beruht, dass die Wintershall AG zu den tragenden Säulen der Quandt-Gruppe gehört und solcherart an der Macht und der Herrlichkeit einer der stärksten deutschen Kapitalgruppen partizipiert.

Die Quandt-Gruppe also ist ein gewaltiger Konzern – vergleichbar dem Oetker- und dem Werhahn-Konzern – der sich, ganz obenhin formuliert, in fünf Komplexe gliedert: den Wintershall-, den Accumulatoren-, den Industriewerke Karlsruhe-, den Draeger-Werke-Komplex und den Komplex um die AG für Industriebeteiligungen. Geschaffen wurde er von einem der eigenartigsten und vielleicht auch eigenwilligsten Männer, die jemals Wirtschaftsgeschichte gemacht haben: Günther Quandt aus Pritzwalk in der Mark Brandenburg, ursprünglich Textilindustrieller, im Ersten Weltkrieg Leiter der Reichswoll-AG, dann Referent im Reichswirtschaftsministerium, später Mitarbeiter des Kali-Gewaltigen Rosterg, Ehrendoktor der Preussischen Bergakademie Rosterg, spekulativer Aktienkäufer und erster Gatte der unglückseligen Magda Goebbels. Als Günther Quandt Ende 1954 starb, ein einsamer Mann, der niemals recht Zeit zu leben gehabt hatte, soll sein Erbe zwischen den beiden Söhnen Herbert und Harald geteilt worden sein, und zwar in der Weise, dass Herbert, der ältere, den Wintershall-Komplex, die AG für Anlagewerte, dem Vernehmen nach auch den Accumulatoren-Komplex und die textilindustriellen Interessen übernommen habe, die sich um die als Holdinggesellschaft dienende Draeger Werke GmbH, Ludwigsburg, gruppieren; Harald, so heisst es, seien im Wesentlichen die metallindustriellen Interessen zugefallen.

Ob diese ungleiche Erbteilung tatsächlich stattgefunden hat, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls scheint es sicherer, davon auszugehen, dass der Familienverband noch intakt ist, dass man folglich auch heute noch von der Quandt-Gruppe als einem Familienkonzern sprechen kann, als auf das Erbteilungsgeflüster der Börse zu hören.

Die Spitze der Wintershall-Gruppe bildet die Gewerkschaft Wintershall, Celle; sie dient als Holding, betreibt aber auch zwei Kaliwerke: den Schacht Grimberg in Heringen/Werra und das Werk Herfa-Neurode. Die Mehrheit der Wintershall-Kuxe liegt im Besitz der Familie Quandt, eine starke Minderheit, schätzungsweise 50 Prozent der 4'000 Kuxe, gehört holländischen Interessenten.

Auch die Wintershall AG, Celle/Kassel, ist ein janusköpfiges Unternehmen. Einerseits betreibt sie die Erdölwerke Niedersachsen (Förderung), Bamstorf, Kr. Graf-schaft Diepholz, und die Erdölraffinerie Salzbergen sowie die Kaliwerke Bergmanns-segen/Hugo, Lehrte, Hildesia, Diekholzen bei Hildesheim, und Neu-hof/Ellers, Neu-hof, Kr. Fulda. Andererseits «hält» oder verwaltet sie eine grosse Anzahl von Betei-lungen, darunter auch die Mehrheitsbeteiligung von 51 bis 53 Prozent an der Bur-bach Kaliwerke AG, die ihr überdies durch einen Organvertrag verbunden ist.

Die Verbindung aber zwischen den beiden grossen Unternehmen, die auf den Na-men Wintershall hören, ist dadurch gegeben, dass die Gewerkschaft 49 Prozent der Wintershall-Aktien und dass der Mehrheitsbesitzer der Kuxe – die Familie Quandt also – weitere zwei Prozent der Aktien besitzt. Woraus hervorgeht, dass die höchste Instanz in der Wintershall-Gruppe «die Quandts» sind – sei es nun Herbert allein oder seien es, was uns wahrscheinlicher klingt, die Brüder Herbert und Harald Quandt.

Kaliförderung der Wintershall-Gruppe

	1954	1955
Gewerkschaft Wintershall	4 079 306	3 823 234
Wintershall AG	1 594 632	2 132 372
Wintershall-Förderung	5 673 938	5 955 606
Burbach-Kaliwerke AG	2 607 418	2 714 318
Wintershall- und Burbach-Förderung	8 281 356	8 669 924
Westdeutsche Förderung	15 576'000	16 107'000
<i>Anteil der Wintershall- und Burbach-Förderung a. d. westdt. Förderung</i>	<i>53,2 Prozent</i>	<i>53,8 Prozent</i>

Wie schon gesagt wurde, ist Wintershall eine Grossmacht auf dem Gebiet der Ka-liförderung und -Verarbeitung. Die Vereinigte Kaliwerke Salzdetfurth AG fördert zwar ebenso viel wie die beiden Wintershall-Gesellschaften zusammen. Nachdem aber die Wintershall AG auch die bedeutende Burbach-Kaliwerke AG majorisiert und durch einen Organvertrag vollends in ihre Machtsphäre einbeziehen konnte, stellt die dreigliedrige Wintershall-Gruppe nicht weniger als 53 bis 54 Prozent der westdeut-schen Kaliförderung. Das heisst: sie übt einen marktbeherrschenden Einfluss von sol-cher Unwiderstehlichkeit aus, wie er selten – allenfalls noch auf den Gebieten der Margarine- und der Waschmittelproduktion – realisiert werden kann. Die Zeche zah-len in erster Instanz die Bauern, in zweiter, endgültig also, die Konsumenten, deren Wortführer darüber Klarheit schaffen sollten, dass die relative Höhe der Kalipreise nichts mit der stets zitierten Lohnpreisspirale zu tun haben kann. Denn

Preisindex (1938 = 100)

für:	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Kalkammonsalpeter	169	182	197	216	217	217
Thomasphosphat	143	188	226	220	209	209
<i>Kalisalze</i>	<i>159</i>	<i>193</i>	<i>221</i>	<i>230</i>	<i>231</i>	<i>236</i>
Inländische Grundstoffe land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	180	203	216	206	213	218

Quelle: Statistisches Bundesamt.

da die marktbeherrschende Wintershall- Gruppe Ende 1955 weniger als 10'000 Arbeitskräfte in der Kaligewinnung beschäftigte (Burbach: 4'076, Wintershall AG 2'736, Gewerkschaft Wintershall 3'003), darf man wohl folgern, dass der Kalibergbau – im Gegensatz zum Steinkohlenbergbau – so kapitalintensiv ist, dass die Löhne in der Preiskalkulation nicht entscheidend zu Buch schlagen.

Jedenfalls steht fest, dass der Kalibergbau im Gegensatz zu den versunkenen Jahrzehnten der anarchischen Preis-, Syndikats- und Quotenkämpfe sich heute sicher konsolidiert hat – nachdem er endgültig in die Hände von drei Gruppen, zwei deutschen und einer Auslandsgruppe, gelangt ist. Namentlich aber, dass die Wintershall-Gruppe eine Kapitalmacht repräsentiert, die nach Substanz, Tradition und Temperament darauf angelegt scheint, nach dem Lorbeer des Monopols zu greifen. Nicht nur auf dem Gebiet der Kaliproduktion, sondern auch im Bereich der Erdölwirtschaft.

Kali und Erdöl – wie passt das zusammen?

Nun es passt – und sogar recht gut – zueinander.

Wo Kali unter dem Erdboden lagert, findet man Salz, und wo Steinsalz gewonnen wird, ist Erdöl zu vermuten. Das steht in jedem Handbuch der Ölgeologie und wurde auch durch die Erfahrungen des deutschen Kalibergbaus bestätigt: Burbach gelang es Ende der zwanziger Jahre, in dem Kalischacht Volkenrode Öl zu fördern, das nach dem neuen Hydrierverfahren der IG-Farbenindustrie im nahegelegenen Leuna-Werk raffiniert wurde. Vor allem aber stieg Wintershall unter der Führung August Bostergs entschlossen ins Ölgeschäft ein.

Im Jahre 1931 erwarb die Wintershall AG 312 der insgesamt 1'000 Kuxe der Gewerkschaft Elwerath, den Kern ihres heutigen Elwerath-Anteils, an den sich im Laufe der Jahrzehnte weitere 27 Kuxe angelagert haben, so dass sie heute 42,4 Prozent der freien Elwerath-Kuxe, nämlich 339 von 800 Kuxen, besitzt.

Damit fing es an; doch mit dem Anfang war Rosterg erst auf den Appetit gekommen.

Gleichfalls im Jahre 1931 schloss sich die Wintershall AG mit der Anton Raky, Tiefbohrungen AG, Salzgitter, zum sogenannten Raky-Wintershall-Konsortium zusammen, um die Erdöl- und Erdgasvorkommen in den Gemarkungen Nienhagen und

Westerzelle aufzuschliessen und auszubeuten. Das Konsortium war von kurzer Dauer; es wurde schon 1934 restlos in den Besitz der Wintershall AG überführt.

Hier sei uns eine Zwischenschaltung gestattet, weil alles, was für Elwerath wichtig war oder ist, seine Bedeutung auch für den grössten Elwerath-Gewerke, die Wintershall AG, hat: Im gleichen Jahr als Wintershall in die Reihe der Elwerath-Gewerke eintrat, gründeten die Gewerkschaft Elwerath und die staats- (heute: bundes)-eigene Preussische Bergwerks- und Hütten AG, die sogenannte Preussag, die Gewerkschaft Deutsche Erdöl-Raffinerie-Deurag – die in Misburg eine moderne Krackanlage zur Verarbeitung des von den Gewerke geförderten Erdöls errichtete: Elwerath übernahm 600, die Preussag 400 Kuxe. So blieb auch – und zwar bis Ende 1953 – die Relation bei der Gewerkschaft Neue Erdöl-Raffinerie-Nerag, die sämtliche Kuxe der «Deurag» übernahm, also einziger Gewerke der Gewerkschaft Deutsche Erdöl-Raffinerie wurde.

Im Jahre 1954 trat in der Verteilung der Kuxe eine Änderung ein. Elwerath gab 90 ihrer 600 Kuxe, die Preussag 20 ihrer 400 Kuxe ab. In diese 110 Kuxe teilten sich zu gleichen Teilen die Esso-AG und die zur Deutsche Shell-Gruppe gehörende Deutsche Gesellschaft für Erdölinteressen GmbH, Hamburg. Und um die tatsächlich seit Langem bestehende Vereinigung der Gewerkschaften Deurag und Nerag auch formell zum Abschluss zu bringen, fasste am 23. November 1955 «die Gewerkeversammlung der Gewerkschaft Deutsche Erdöl-Raffinerie-Deurag, die Nerag also, die ja der einzige Deurag-Gewerke war, den Entschluss, das Vermögen der Deurag «unter Ausschluss der Abwicklung» auf die Nerag zu übertragen, die seither als «Gewerkschaft Erdöl-Raffinerie Deurag-Nerag» firmiert.

Gewerke der Gewerkschaft Erdöl-Raffinerie Deurag-Nerag

1. Gewerkschaft	Elwerath.....	510 Kuxe
2. Preussag.....		380 Kuxe
3. Esso AG.....		55 Kuxe
4. Deutsche Gesellschaft für Erdöl-Interessen GmbH (Shell)		55 Kuxe

Aufsichtsrat der Gewerkschaft Erdöl-Raffinerie Deurag-Nerag

1. Gen.-Dir. Hubert von Drimmelen (Vors. d. Vorst. Deutsche Shell AG)
2. Gen.-Dir. Gerhard Geyer (Vors. d. Vorst. Esso AG)
3. Ministerialrat a. D. Dr. Friedrich Krämer, Hannover
4. Staatssekretär a. D. Dr. Karl Schneider, Bonn
5. Dir. Dr. Martin Schunck, Grubenvorstand Gewerkschaft Elwerath
6. Dir. Wilhelm Zentgraf, Grubenvorstand Gewerkschaft Wintershall

Aber weiter in der Ölgeschichte von Wintershall im Jahre 1935 – in der Zwischenzeit (1932-1934) hatte sich Wintershall um den Ausbau der Kaliseite des Konzerns

bemüht und (1932) das erste Paket Westfalenbank-Aktien erworben –, 1935 also kaufte die Wintershall AG sich mit 75 Prozent in Naphta-Industrie und Tank-Anlagen AG «Nitag» ein, deren restliche Aktien 1939 erworben wurden.

Im Jahre 1938 übernahm die Nitag die Pennsylvania Mineralöl- und Kraftstoff-Vertrieb GmbH, Mannheim; 1959 beteiligte sich die Wintershall AG an der Erdöl-Produktions-Gesellschaft mbH, Wien, und 1941, dem unwiderstehlichen Zug zum Osten nachgebend, gleich an zwei Neugründungen, die den Kundigen erraten liessen, wie die Grenzen des «grossdeutschen Lebensraums» verlaufen sollten: an der Kontinentalen Öl-AG, Berlin, und an der Ungarisch-Deutschen Erdölwerke GmbH, Budapest.

Alles in allem: es war ein stattliches Ölprogramm, das die Wintershall AG in einem Jahrzehnt absolviert hatte. Der unglückliche Ausgang des Krieges beraubte sie allerdings ihrer zahlreichen Kaliwerke in der Sowjetzone und nahm ihr auch das – völlig zerstörte – Treibstoffwerk Lützkendorf in Krumpa bei Merseburg. Aber unverdrossen ging Wintershall daran, die dem Konzern im Westen verbliebenen Betriebsstätten wiederaufzubauen.

Schon 1947 konnte Wintershall wieder annähernd 110'000 t Rohöl oder 19,1 Prozent der westdeutschen Ölausbeute fördern, während Elwerath es auf 142'000 t oder 24,6 Prozent brachte. 1948 wurde die stark zerstörte Raffinerie in Salzbergen wieder aufgebaut. In das Jahr 1950 fällt der Baubeginn der grossen Erdölraffinerie in Holt-Hausen bei Lingen (Emsland), die von der Gewerkschaft Erdöl-Raffinerie Emsland, Lingen, errichtet wurde, an welcher die Wintershall AG zu 65, die Gewerkschaft Elwerath zu 35 Prozent beteiligt ist. Die Anlage kam 1954 und besitzt heute eine Durchsatzkapazität von 750'000 t.

Ganz gross zu schreiben aber ist das Jahr 1952 in der Ölgeschichte des Wintershall-Konzerns: in diesem Jahr übernahmen die Wintershall AG und die Deutsche Erdöl AG aus dem Besitz der Esso AG, der Deutsche Shell AG, der IG-Farbenindustrie und der Anglo Saxon Petrol Company Ltd, London, zusammen 97,5 Prozent der Deutsche-Gasolin-Aktien (AK: 13,2 Mill. DMark); und zwar Wintershall 65, die DEA 35 Prozent des Pakets, was darauf hinauslief, dass an Wintershall 63,375 Prozent, an die DEA 34,125 Prozent der Aktien dieser grossen Handelsgesellschaft fielen. Im Jahre 1955 wurde die reinblütige Wintershall-Tochter Nitag Deutsche Treibstoff AG, Hamburg, (AK: 12 Mill. DMark), mit der Deutsche Gasolin AG, Berlin, zur Deutsche Gasolin-Nitag AG zusammengeschlossen: verständlicherweise, denn jene war ein Grosshandels-, diese ein Einzelhandelsunternehmen. Nun wissen wir zur Stunde (März 1957) zwar noch nicht, wo die neue Gasolin-Nitag ihren Sitz haben und mit welchem Kapital sie ausgestattet sein wird. In Hannover, wo sie domizilieren soll, kann das Amtsgericht keine Auskunft geben: Die Firma ist hier (noch) nicht eingetragen. Der Effekt dieser Transaktion mit Zeitzünder aber war natürlich, dass der Wintershall-Anteil an der neuen Gasolin sich beträchtlich, die Experten vermuten: auf 81 Prozent, erhöht hat; womit wieder ein schönes Beispiel für die Richtigkeit der These

geliefert wurde, dass man nach den Grundsätzen des deutschen Gesellschaftsrechts den Kuchen essen kann, ohne ihn zu verzehren. Denn, wenn man's recht betrachtet, läuft die Fusion ja darauf hinaus, dass die Nitag jetzt zwar der neuen Gasolin gehört, dass aber, dank dem Umstand, dass der Wintershall-Anteil an der Gasolin von knapp zwei Drittel auf mehr als vier Fünftel stieg, die Verfügungsgewalt der Wintershall über die Nitag kaum wesentlich gemindert wurde oder, um es ganz krass zu sagen, dass der Preis, den der Käufer zahlte, in die eigene Tasche zurückfloss. Inzwischen ist zwar der Wintershall-Anteil an der Deutsche Gasolin-Nitag AG auf ein Konsortium übergegangen. Aber das ändert nicht viel an Zweck und Erfolg der Transaktion. Denn einer der Konsorten ist wieder die Wintershall AG und der eine oder der andere gehört vermutlich der Wintershall- oder der Quandt-Gruppe an. Da die Wintershall AG gleichzeitig dem Benzin-Benzol-Verband (BV Aral AG) beigetreten ist und dessen Tankstellen für den Absatz ihrer Fertigerzeugnisse benutzen kann, besteht aber auch die Möglichkeit, dass die BV Aral AG, ein Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrkohlenbergbaus, dem Konsortium beigetreten ist, das die ausschliessliche Herrschaft über die Deutsche Gasolin Nitag AG ausübt.

Es liegt eine gewisse Ironie des Schicksals darin, dass etwa zur gleichen Zeit, als Wintershall der Treibstoffvertriebsorganisation des Ruhrkohlenbergbaus beitrug, die Wintershall AG und die ihr nahestehende Westfalenbank AG – Wintershall ist zu 26,5 Prozent an diesem prosperierenden Institut beteiligt – die starke Mehrheit der bedeutenden Bergbau AG Lothringen (Förderung i. J. 1955: 2,035 Mill. t Kohle; Koksproduktion: 567'372 t; Belegschaft: 8'745 Angestellte und Arbeiter) an die luxemburgische Arbed verkaufte und damit aus dem Steinkohlenbergbau ausschied. Nicht so sehr vielleicht, um sich von dieser «Problemindustrie» zu lösen, über der immer noch das Damoklesschwert der «Überführung in Gemeineigentum» hängt, sondern eher, um den Erlös dem Ausbau der treibstoffwirtschaftlichen Seite des Konzerns zuzuwenden.

Wie man darüber auch denken mag, soviel steht jedenfalls fest: die Wintershall AG gehört zu den grossen Erdölmächten in Deutschland. Sie ist durch Beteiligung und Gemeinschaftsbesitz so eng mit Elwerath verbunden, dass man diese Gewerkschaft ihrem Konzernbereich zurechnen kann, in den folglich nicht nur gut 39 Prozent der deutschen Erdölförderung, sondern neuerdings auch mehr als 80 Prozent der Erdgasförderung fallen (1955 Wintershall 53,1 Prozent, Elwerath 27,4 Prozent), die von 87,5 Mill. cbm im Jahre 1954 auf 239,6 Mill. cbm im Jahre 1955 gestiegen ist. Sie verfügt unmittelbar über die Raffinerie Salzbergen, gemeinsam mit Elwerath über die Gewerkschaft Erdöl-Raffinerie Emsland und partizipiert über die Elwerath an der Majorität bei der Gewerkschaft Erdölraffinerie Deurag-Nerag – was zusätzlich noch dadurch bestätigt wird, dass die Gewerkschaft Wintershall durch ein Mitglied ihres Grubenvorstandes im Aufsichtsrat der Deurag-Nerag vertreten ist. Sie dominiert nach wie vor unter den Aktionären der Deutsche Gasolin-Nitag AG, die ein riesiges Tankstellennetz, ausgedehnten Grosshandel und eine Raffinerie in Dollbergen betreibt

(Mineralö Raffinerie Dollbergen GmbH, Lehrte; Deutsche Gasolin 50 Prozent, Wintershall 50 Prozent), die zurzeit allerdings stillgelegt ist. Sie steht über die Gasolin mit der Deutsche Erdöl AG, der BV Aral AG und der Possehl Eisen- und Kohlenhandel GmbH, Lübeck, in Verbindung, die sich mit der Nitag Deutsche Treibstoff AG in den Besitz der Nitag-Possehl Vereinigter Mineralölhandel GmbH, Lübeck (StK 250'000 DMark), teilt. In der Mihag Handelsgesellschaft für Mineralölerzeugnisse mbH, Düsseldorf (StK 1 Mill. DMark), deren Stammkapital ihr restlos gehört und die ihr überdies durch einen Organvertrag verbunden ist, steht ihr noch eine besondere Grosshandelsorganisation zur Verfügung, und schliesslich ist sie zu zwei Fünftel auch am Stammkapital (450'000 DMark) der Emsland Erdölleitung GmbH, EEG, Neuenhaus, beteiligt.

Da kann's ihr wahrhaftig am nahrhaften Segen nicht fehlen, den die Woge der Motorisierung ans Land schwemmt.

Bei der Gelegenheit aber sollte man sich daran erinnern, dass die Wintershall AG nur einen von fünf Komplexen der Quandt-Gruppe darstellt und dass auch die anderen Komplexe irgendwie an den Wohltaten der Motorisierung partizipieren.

Da ist zunächst die Quandt-Beteiligung bei der Daimler-Benz AG, die zwar nur 8,32 Prozent ausmacht, aber immerhin den Gegenwert von nominell 6 Mill. DMark – das waren nach dem Börsenkurs von Ende März 1957 lachende 18,72 Mill. DMark – repräsentiert.

Viel wichtiger ist natürlich, dass die Accumulatoren Fabrik AG, Hagen, zum Konzerndominium der Quandtfamilie gehört: denn dieses marktbeherrschende Unternehmen tut – unterstützt von ihren Töchtern: der Dominik Werke GmbH, Hoppecke, der Pertrix Union GmbH, Ellwangen, der Deutsche Edison Accumulatoren Company, Frankfurt a.M., der Concordia Elektrizitäts AG, Dortmund, und der N.V. Bataafsche Accu-Fabriek, Rotterdam – alles was in ihren Kräften steht, den Akkumulatoren- und Batterienbedarf, den Bedarf an Spezialbirnen und selbst an Handfeuerlöschern (Concordia) des Automobilisten diesseits und jenseits der Bundesgrenzen zu decken. Andere Töchter – die Varta-Plastic GmbH, Wächtersbach, und die «Energit» Fabrik für Press-Stoffe und Automobil-Zubehör GmbH, Renningen/Württemberg, liefern jene Kunststoffherzeugnisse für den Automobilbau, deren massenhafte Verwendung in der Automobilindustrie – begonnen von den Amerikanern Anfang der zwanziger Jahre – entscheidend dazu beigetragen hat, das Automobil zu einem relativ billigen Gebrauchsfahrzeug zu machen. Und wenn der Motorradfahrer Gummistiefel oder ähnliches braucht – auch dafür sorgt ein Accu-Töchterlein von reinstem Blute: die Afina Gummiwerke GmbH in Hannover.

Die Industrierwerke Karlsruhe AG mit der Schaerer-Werke GmbH, Karlsruhe, der Mauser-Werke AG, Oberndorf/Neckar, der Mauser-Werke KG, Waldeck bei Kassel, der Mauser Messzeug GmbH, Oberndorf, und der Otnima-Werk Gutschlag & Co GmbH, gleichfalls in Oberndorf – um nur einige ihrer Beteiligungen zu nennen – ist

in der Lage, Fahrzeugteile, namentlich aber alle für den Motoren- und Fahrzeugbau erforderlichen Maschinen, Geräte und Apparate zu liefern.

Die zum Komplex der AG für Industriebeteiligungen, Stuttgart, gehörende Busch-Jaeger Dürener Metallwerke AG produziert Metalle und Metallteile aller Art, Press- und Spritzteile aus Kunststoffen, Elektromaterial usw., wie sie auch im Kraftfahrzeugbau verwendet werden; die Keller & Knappich GmbH Maschinenfabrik, Augsburg, fertigt unter anderem Spezialfahrzeuge wie Müllwagen und Benzintankwagen.

Die Süddeutsche Baumwollindustrie AG, Kuchen/Württemberg, an der neben einer schweizerischen Mehrheitsgruppe die Draegerwerke GmbH, Ludwigsburg, beteiligt ist, stellt in der Hauptsache freilich Kleider- und Wäschestoffe her, produziert aber auch Baumwoll-, Zellwoll- u.a. Gewebe für den technischen Bedarf, dem man wohl auch den Bedarf der Automobilindustrie an Sitz- und Schonbezügen zurechnen darf.

Und vollends die Correcta-Werke GmbH, Bad Wildungen, deren Mehrheit sich im Besitz der Quandts befindet, ist ein überaus wichtiges Mitglied in der Lieferantenfamilie des Fahrzeuggewerbes. Denn einerseits umfasst ihr Produktionsprogramm alles, was das Sitzen und Fahren bequem macht, Schaumgummipolster, Autogarnituren, Matratzen, Kopf-, Sitz- und Reisekissen; andererseits fertigt Correcta Schulterpolster, Schweissblätter, Büstenfüller, Correcta Schaum – textilkaschiert – und nicht zuletzt, Artikel für den medizinischen und sanitären Bedarf: kurz all jene massenindustriell erzeugten Hilfsmittel, welche geeignet sind, die von der Mitfahlerin eingebrachte Substanz zu jener verführerischen Erscheinung zu formen, deren Liebreiz schon manchem Fahrer gefährlich, wenn nicht zum Verhängnis geworden ist.

Aber sie leben nun einmal gefährlich – die Herren hinterm Volant. Und so erweist sich denn an diesem Tüpfel auf dem i, dass der alte Herr Quandt alle Chancen bedacht und wahrgenommen hat, die die Woge der Motorisierung herantrug. Die Söhne brauchen nur in seine Fusstapfen zu treten. –

Doch um zu unseren Erdölproduzenten zurückzukehren: In der Liste der deutschen Grossunternehmen finden wir noch die Deutsche Schacht- und Tiefbohrgesellschaft mbH, Lingen, und die Preussische Bergwerks- und Hütten AG (Preussag), deren Zweigniederlassung Erdöl- und Bohrverwaltung, Hannover, die Bohr- und Erdölgewinnungsbetriebe Berkhöpen, Broistedt, Eddesse-Ölheim, Etzel, Georgsdorf, Kronsberg, Lehrte, Reitbrook und Vorhop betreibt. Beide sind bundeseigene Gesellschaften, da jene der AG für Bergbau und Hüttenbetriebe, Salzgitter-Drütte, diese der Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG, Hamburg, gehört: Ihr reichlich 18prozentiger Anteil an der westdeutschen Erdölförderung repräsentiert den Einbruch der öffentlichen Hand in die friedlichen Gefilde der freien Wirtschaft. In 62,03 Prozent unseres Rohölaufkommens teilen sich:

1. die C. Deilmann Bergbau GmbH (1955: 4,22 Prozent)
2. die Deutsche Erdöl AG (18,65 Prozent)
3. die Gruppe Wintershall-Elwerath (39,16 Prozent)

Das ist die deutsche Seite der Medaille: zwei Unternehmen der öffentlichen Hand, eine zweigliedrige Gruppe und zwei Gesellschaften bestreiten 80,09 Prozent der Förderung.

Und nun die Kehrseite der Schaumünze: 19,07 Prozent der Erdölausebeute wurden 1955 von zwei Auslandsunternehmen gefördert. Die Mobil Oil AG in Deutschland – die ihren vertrauten Namen «Deutsche Vacuum Öl AG» ablegte, da ihre Werbepsychologen die Auffassung vertraten, die Konsumenten verbänden mit dem Wort «Vacuum» die negative Vorstellung der Leere – mit ihren Tochtergesellschaften, der Gewerkschaft Siegfried und der Bayerische Mineral-Industrie AG, kam 1955 auf 360'441 t oder 11,45 Prozent, die Gewerkschaft Brigitta, in deren Kuxe sich die Standard Oil Co of New Jersey und die Maatschappij tot Exploratie van Delftstoffen of 30 Carel van Bylandtlaan teilen, erreichte 239'850 t oder 7,62 Prozent der westdeutschen Erdölförderung.

Der Auslandsanteil an der Grundstoffindustrie, der Ausbeutung der deutschen Ölfelder, ist also ziemlich niedrig. Umso grösser ist er am Erdöltransport, an der Rohöl-Verarbeitung und der Verteilung der Endprodukte. Und wenn uns nicht alles täuscht, wird der Auslandsanteil auf diesen Stufen der Erdölwirtschaft, auf denen grössere Mengen umgeschlagen und sehr viel höhere Werte umgesetzt werden, sich in den kommenden Jahren noch erheblich steigern.

In welchen Grössenordnungen man hier zu denken hat, zeigen zunächst die Umsatzzahlen: Die Esso AG kam 1954 auf 1'114 Mill. DMark, 1955 auf 1'416 Mill. DMark; die Deutsche Shell AG erreichte 936 bzw. 1'103 Mill. DMark; die britische BP Benzin- und Petroleum GmbH wies in den drei Jahren 1954 bis 1956 nacheinander 521 Mill. DMark, 637 bzw. 804 Mill. DMark als Umsätze aus; die Scholven-Chemie AG, ein Unternehmen der öffentlichen Hand, da ihre Aktien sich voll im Besitz der Bergwerksgesellschaft Hibernia AG befinden, konnte 1954/1955 immerhin mit 154 bzw. 218 Mill. DMark aufwarten. Um ein Gegenbeispiel aus der Sphäre der Verteilung zu geben: die BV Aral AG, die als geschäftsführendes Organ des Benzin-Benzolverbandes, einer Gemeinschaftsorganisation des Ruhrkohlenbergbaus und der ihm nahestehenden Unternehmungen der Kohlechemie, den Treibstoff bekanntlich an den letzten Mann bringt, erzielte 1954/1955 Umsätze in Höhe von 1,14 bzw. 1,36 Milliarden DMark.

In den Umsatzzahlen sind freilich noch die recht beträchtlichen Summen enthalten, die für Zölle und Mineralölsteuern entrichtet wurden: im Jahre 1955 beispielsweise bei der Esso AG 369 Mill. DMark, bei der Deutsche Shell AG 382 Mill. DMark. Aber auch, wenn man dem Rechnung trägt, bleiben die Umsätze erstaunlich hoch. Sie liegen bei der grössten Gesellschaft knapp über oder knapp unter der Milliarden-grenze, und es ist klar, dass Umsatzerfolge dieser Grössenordnung den Unternehmen nicht in den Schoss gefallen sind, sondern den Lohn beharrlicher Arbeit, unermüdlicher Werbetätigkeit und bedeutender Investitionen darstellen.

So steckte die Esso AG in den siebeneinhalb Jahren, die nach der Währungsreform vergingen, insgesamt 206 Mill. DMark in ihre Verarbeitungs-, Transport- und

Verteilungsanlagen, und zwar allein in den drei Jahren 1953-1955 191,32 Mill. DMark, von denen sie nur 86,24 Mill. DMark oder 45,08 Prozent durch Abschreibungen finanzieren konnte. Die Deutsche Shell AG investierte sogar noch etwas mehr, nämlich insgesamt 233,04 Mill. DMark im Zeitraum 1948-1955. In den drei Jahren 1953-1955 lag sie mit einem Gesamtbetrag von 101,44 Mill. DMark jedoch weit hinter Esso zurück; war aber gegenüber der amerikanischen Gesellschaft insofern im Vorteil, als sie 62,22 Mill. DMark oder 61,34 Prozent der Neuanlagen durch Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu decken vermochte. Der Scholven-Chemie dagegen waren enge Grenzen gesetzt: Sie konnte von 1948 bis Ende 1954 dem Anlagevermögen bloss etwa 76 Mill. DMark zuführen, von denen der Erdölverarbeitung 42,5 Mill. DMark zugute gekommen sind.

Es ist denn aber auch Gewaltiges geleistet worden.

Erinnern wir uns, dass 1939 die gesamte im Reichsgebiet vorhandene Durchsatzkapazität 2,4 Mill. t betrug und dass die in Westdeutschland tätigen Raffinerien im Jahre 1947 erst wieder 1,2 Mill. t verarbeiten konnten, so klingt es fast märchenhaft, dass bis zum 1. Januar 1955 schon wieder eine Raffinationskapazität von 12,64 Mill. t erreicht worden war.

Dem Wein der Genugtuung ist freilich ein Wermuttropfen beigemischt; denn Anfang 1955 entfiel nahezu die Hälfte der westdeutschen Raffinationskapazität auf ausländische Unternehmungen: Da die Ruhrbau Mineralölraffinerie GmbH damals noch in deutschem Besitz war (Brabag 75 Prozent; Farbenfabriken Bayer 25 Prozent), errechnet sich ein Auslandsanteil von genau 45,79 Prozent.

Nun ist zwar dank der besseren Ausnutzung und der Verbesserung der Anlagen, im Fall der Gelsenberg Benzin AG infolge ihres Ausbaus, die Leistungsfähigkeit der deutschen Raffinerien in den beiden Jahren 1955/1956 wesentlich stärker gestiegen als die Kapazität der Verarbeitungsstätten, über die das Auslandskapital in Westdeutschland verfügt. Die Kapazität der deutschen Raffinerien erhöhte sich um 22,1 Prozent, diejenige der Auslandsunternehmen nur um 12,4 Prozent; wobei noch bedacht werden muss, dass der Besitzwechsel bei der Ruhrbau GmbH – deren Stammkapital zu 75 Prozent aus der Hand der deutschen Brabag ins Eigentum der belgischen Petrofina übergang – auf Kosten der deutschen Leistungsfähigkeit ging und der Kapazität der Fremdunternehmen zugute kam. Dennoch hat sich nicht viel an der Besitzverteilung geändert: Anfang 1957 verfügte das Fremdkapital immer noch über 43,75 Prozent des in Westdeutschland vorhandenen Durchsatzvermögens. Und daran wird sich nach menschlichem Ermessen in naher Zukunft nicht nur nichts ändern; im Gegenteil, es scheint dahin kommen zu sollen, dass die Betriebe des leistungsstarken anglo-amerikanischen Ölkapitals einen weiten Vorsprung vor den deutschen Anlagen gewinnen werden.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten nämlich soll bis 1959/60 die Raffinationskapazität nur um 2,950 Mill. t bei drei deutschen Unternehmen erhöht werden, die übrigens eine gewisse Typähnlichkeit aufweisen: bei der Ruhrchemie AG, einem

Durchsatzkapazität der in Westdeutschland tätigen Raffinerien
in 1000 jato

	1. Januar 1955	Geplante Er- weitung 1. Januar 1957 1959 60	rungen bis	Stand etwa 1960
I. Deutsche Raffinerien:				
Badische Anilin & Soda Fabrik (BASF)	48	48	-	48
Deutsche Erdöl AG	650	850	-	850
Deutsche Gasolin AG	120	120 ¹	-	120
Gelsenberg Benzin AG	1 800	3 000	-	3 000
Gew. Erdölraffinerie Deurag-Nerag ²	550	760	-	760
Gew. Erdöl-Raffinerie Emsland ³ .	550	750	-	750
Gew. Greiff	24	24	-	24
Kraftstoff Handelsges. mbH, Essen.	80	80	-	80
Mineralölwerke Albert Sengewalt.	42 ¹	42 ¹	-	42
Ruhrchemie AG	280	280	+ 250	530
Scholven Chemie AG ⁴	1 000	1 000	+ 1000	2 000
Union Rhein. Braunk. Kraftstoff AG ⁶	1 300	1 300	+ 1700	3 000
Wintershall AG	100	105	-	105
Zeller & Gmelin	8 ¹	8 ¹	-	8
I. Zusammen	6 552 (6852)⁴	8 367	+ 2 950	11 317
II. Ausländische Raffinerien:				
BP Benzin- & Petroleum GmbH	1 400	1 500	+ 3 400	4 900
Deutsche Shell AG	1 100	1 120	+ 5 400	6 520
Esso AG	2 140	2 350	+ 3 500	5 850
Mineralöl- u. Asphaltwerke AG (Mawag)	100	130		130
Mobil Oil AG in Deutschland.	710	770	+ 600	1 370
Ölwerke Julius Schindler GmbH ⁵ einschl. Mineralölwerke, Peine	218	218		218
Ruhrhau Mineralölraffinerie GmbH	(300 ¹) ⁷	300 ¹	-	300
Purfma Mineralölraffinerie AG	-	-	+ 1 000	1 000
Ruhröl GmbH	120	120	+ 120	240
II. Zusammen	6 088 (5788)⁹	6 508	+ 14 020	20 528
I. und II. Insgesamt	12 640	14 875	+ 16 970	31 845

¹ Liegt z. Z. still.² Direkte Auslandsbeteiligung 11 Prozent; indirekte Auslandsbeteiligung (über Gew. Elwerath) 11,7 Prozent; zusammen: 22,7 Prozent.³ Indirekte Auslandsbeteiligung (über Gew. Elwerath): 14,95 Prozent.⁴ Verarbeitete 1954 und 1955 für die BP je 200'000 t Rohöl im Jahr.⁵ Gehört ebenso wie die BP Benzin- & Petroleum GmbH zum Konzern der British Petroleum Co. Ltd., London, der früheren Anglo-Iranian Oil Co. Ltd.⁶ Setzte für Rechnung der Deutsche Shell AG durch: 1953: 586'000 t; 1954: 677000 t; 1955: 741'000 t Rohöl.⁷ Damals noch nicht in Auslandsbesitz.⁸ Mit Ruhrbau.⁹ Ohne Ruhrbau.

Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrbergbaus, um 250'000 t, bei der bundeseigenen Scholven-Chemie AG um 1 Mill. t und bei der Union Rheinische Braunkohlenkraftstoff AG, die über ihre Grossaktionäre – Rheinische AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation (41,2 Prozent) und Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube AG (41,2 Prozent) – zum Konzern des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks gehört, um 1,7 Mill. t.

Allerdings beabsichtigt auch die Gelsenberg Benzin AG, die restlos der Gelsenkirchener Bergwerks-AG gehört, ihre Raffinationsanlagen auszubauen. Über die Einzelheiten ihres Programms schweigt sie sich aus. Aber selbst wenn sie die Kapazität um 3 Mill. auf 6 Mill. t erhöhen würde, würde das Durchsatzvermögen der deutschen Raffinerien im Laufe der nächsten drei bis vier Jahre um höchstens 6 Mill. jato, d.h. gegenüber dem Stand vom Januar 1957 um etwa sieben Zehntel, steigen.

Die Auslandsgesellschaften dagegen planen und haben zum Teil schon damit begonnen, ihre Raffinationskapazität bis 1959/60 um 14,02 Mill. jato auf 20,528 Mill. t zu bringen, sie also gut zu verdreifachen.

Die BP-Benzin- & Petroleum GmbH, die ebenso wie die Ölwerke Julius Schindler GmbH zum Konzern der früheren Anglo-Iranian Oil Co gehört, die jetzt als The British Petroleum Company, Ltd, London, firmiert – gleichsam der Deckname der britischen Admiralität, die 52,2 Prozent der British Petroleum-Anteile besitzt – erhöht das Durchsatzvermögen ihrer Raffinerie in Hamburg-Finkenwerder um 0,4 Mill. t. Zur Finanzierung der Arbeiten, die schon 1957 beendet werden sollen, wurde im März 1957 eine Anleihe von 25 Mill. DMark aufgelegt. Im Rheinland beabsichtigt sie eine Grossanlage zu bauen. Im ersten Bauabschnitt – bis 1960 – soll eine Kapazität von 3 Mill. jato erreicht werden, die auf einer zweiten Baustufe verdoppelt werden soll.

Die Deutsche Shell AG – die seit geraumer Zeit beträchtliche Mengen Rohöl bei der Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG (1955: 741'000 t) verarbeiten lässt – hat ihre Ziele am weitesten gesteckt. Sie will die Kapazität ihrer Harburger Raffinerie um 1,9 bis 2,1 Mill. jato aufstocken und beabsichtigt ferner eine Grossraffinerie im Godorfer Hafen, zwischen Köln und Bonn, zu errichten, die nach Abschluss der ersten Baustufe (1960) 3,6 bis 4 Mill. jato verarbeiten können und in einem zweiten Bauabschnitt eine Verdoppelung ihrer Kapazität erfahren soll. Wir haben in unserer Übersicht die niedrigsten Planziffern, nämlich einen Zuwachs um $1,9 + 3,5 = 5,4$ Mill. jato, aufgenommen.

Die Godorfer Anlage soll ein wichtiges Verbindungsstück im Pipeline-System der N.V. «Sappem» bilden, das Marseille mit Rotterdam verbinden und Abzweigungen nach Paris, Strassburg, Antwerpen und Wesel-Gelsenkirchen erhalten soll. Die Interessenten des Projekts, die am 21. September 1956 auf der ersten Sitzung der Gesellschaft in den Haag vertreten waren, sind vor allem die Royal Dutch Shell, die Initiatorin des Plans, und weiter auf britischer Seite die Muttergesellschaft der BP, die Brit-

ish Petroleum Co; auf deutscher Seite: die Deutsche Erdöl AG, Gelsenberg Benzin AG, Ruhrchemie AG, Scholven-Chemie AG und Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG; auf belgischer Seite die Cie. Financiere Belge des Pétroles (Petrofina), die nicht nur die Mehrheit der Ruhrbau GmbH erworben, sondern auch in Duisburg die Purfina Mineralö Raffinerie AG gegründet hat, die sie mit einer Raffinationskapazität von 1 Mill. jato ausstatten will; auf französischer Seite die Cie. Française des Pétroles und die Pechelbronn SAEM; auf amerikanischer Seite endlich die Caltex, die auf mancherlei Weise – über die Caltex Oil (Germany) GmbH, in Gemeinschaft mit der Brabag über die Caltex Tank-Kraft GmbH sowie in Zusammenarbeit mit der Firma Georg Oest & Cie, Freudenstadt – im deutschen Treibstoff markt Fuss zu fassen sucht; ferner die grösste Erdölgesellschaft der Welt, die Standard Oil Co of New Jersey, die uns als Mutter der Esso AG nahesteht, und die Socony Mobil Oil Co, aus deren fruchtbarem Schoss «unsere» Mobil Oil AG in Deutschland hervorgegangen ist.

Vermutlich wird zunächst das Rohrleitungssystem Rotterdam-Godorf mit Abzweigung nach Wesel-Gelsenkirchen gebaut werden, über das die neue Shell-Raffinerie am Rhein und die Raffinationsanlagen des Ruhrgebiets mit dem in Rotterdam und Antwerpen angelandeten Rohöl (vornehmlich lateinamerikanischer Herkunft) versorgt werden soll. Die Linie Marseille-Godorf-Rotterdam wird dem Transport von Rohölen nächstlicher Provenienz dienen, sei es, dass das Öl von Godorf weitergepumpt oder dort und von den Ruhrgebietsraffinerien verarbeitet werden wird.

Schliesslich sei daran erinnert, dass die Deutsche Shell auch auf dem Gebiet der Petrochemie Pionierarbeit leistet. Sie besitzt gemeinsam mit der Badische Anilin- & Soda Fabrik AG (BASF), einer Nachfolgegesellschaft des IG-Farben-Trusts, die Rheinische Olefinwerke GmbH (StK 30 Mill. DMark), deren Werk mit der Erzeugung von Hochdruck-Polyäthylen (Lupoi H), Äthylbenzol und Epikote-Anstrichen im September 1955 seine Tätigkeit aufgenommen hat. Inzwischen haben die Gesellschafter beschlossen, die Kapazität der Lupoi-Anlage bis Ende 1958 mit einem Kapitalaufwand von 140 Mill. DMark von 10'000 t auf 30'000 bis 35'000 t zu erhöhen.

Während die Deutsche Shell AG in den kommenden drei bis vier Jahren mit einem Investitionsaufwand von mindestens 550 Mill. DMark rechnet, veranschlagt die Esso AG den Kapitalbedarf ihres Investitionsprogramms etwas niedriger, auf rund eine halbe Milliarde DMark.

Die Erzeugung ihres Harburger Werks – 2,026 Mill. t im Jahre 1955 –, von der nur ein Teil an den 4'400 Tankstellen der Gesellschaft in die Kraftstoffbehälter deutscher Fahrzeuge gepumpt wurde, reicht längst nicht mehr aus, mit dem stürmisch fortschreitenden Energiebedarf Schritt zu halten. Vor allem fehlt es an Heizölen deutscher Erzeugung. Daher das «umfassende und kühne Investitionsprogramm» der Gesellschaft, das einen Kostenaufwand von 200 Mill. DMark vorsieht, um bis 1959 nördlich von Köln ein Werk auf den grünen Rasen zu stellen, dessen Erzeugung zu 40 Prozent aus schwerem Heizöl, zu 36 Prozent aus Gasöl, ferner aus leichten und

mittleren Heizölen bestehen wird. Nach Abschluss des ersten Bauabschnitts (1959) sollen 5 Mill. t, nach Abschluss des zweiten (1961) 5 Mill. t im Jahr durchgesetzt werden.

An zweiter Stelle rangiert im Investitionsprogramm der Esso AG der Ausbau ihrer heute schon stattlichen Tankerflotte, wofür sie zunächst einmal 150 Mill. DMark anzulegen gedenkt. Das scheint noch ziemlich niedrig gegriffen. Denn die zehn Tankschiffe, die für die Esso Tankschiff-Reederei GmbH (StK 15 Mill. DMark) bestellt worden sind – sieben mit einer Tragfähigkeit von 46'000 t, von denen die Hamburger Howaldtswerke vier, die Kieler Howaldtswerke eins, die AG Weser (Krupp) zwei bauen, und drei 56'000-Tonner, die bei der Deutschen Werft auf Kiel gelegt wurden – werden für den Betrag kaum zu haben sein. Die Tragfähigkeit der sechs seegängigen Esso-Tanker beträgt zurzeit 110'086 t; wenn 1961 die neuen Schiffe fahrbereit sind, wird die Esso-Flotte rund 541'000 t tragen, d.h. etwa 70 Prozent des Rohöls transportieren können, das sie für ihren stark gewachsenen Durchsatz benötigt.

Weniger kostspielig als die Lösung der Aufgabe, den Überseetransport derart sicherzustellen, dass politische Spannungen von der Art der Suez-Krise sich nicht mehr auf die gleiche verhängnisvolle Weise auswirken können wie bisher, wird die Bewältigung des Problems sein, den Überlandtransport nach amerikanischem Vorbild auf Pipelines umzustellen.

Nachdem man sich lange um die Trasse der projektierten Rohrleitung gestritten hatte – sollte sie nun von Rotterdam oder von Wilhelmshaven über das Ruhrgebiet nach Köln führen? – entschied man sich endlich für den Ausgangspunkt Wilhelmshaven. Überraschend schnell wurde dann, am 15. November 1956, die «Nord-West Ölleitung GmbH» gegründet, an deren 65-Millionen-Kapital die Esso AG mit 47,2 Prozent, BP mit 26,5 Prozent, Purfina Mineral-Ölraffinerie AG (= Petrofina) mit 8,5 Prozent, das internationale Ölkapital also mit 81,8 Prozent, die Scholven-Chemie AG mit 7,7 Prozent, Union Rheinkraft (= RWE) mit 6,8 und Ruhrchemie mit 5,7 Prozent, die deutsche Seite folglich nur mit 18,2 Prozent beteiligt ist.

Erinnern wir uns, dass der Rockefeller-Trust der Standard Oil-Gesellschaften seinen erbarmungslos gegen Raffinerien, Rohölproduzenten, Eisenbahnen und Reedereien geführten Konkurrenzkampf nur gewinnen konnte, weil er sich frühzeitig des amerikanischen Pipeline-Systems bemächtigt hatte, erinnern wir uns ferner, dass die Nord-West-Ölleitung so auch das Sappeur-System vom anglo-amerikanischen Ölkapital beherrscht wird, so kommt man notwendig zu dem Schluss, dass die westdeutsche Erdölwirtschaft sich sehenden Auges dem Regiment des internationalen Ölkapitals unterworfen hat.

Das mag nun aber sein, wie es will. Jedenfalls wurden zu Geschäftsführern der neuen Gesellschaft zwei Deutsche bestellt: Dr.-Ing. Günther Clemens und Friedrich Wilhelm Krüger; die Ruhrgas AG hat die umfangreichen technischen Planungsarbeiten übernommen, die der Verlegung der Rohrleitung vorausgehen, und schon am 15. Februar 1957 konnte der «Erdöl-Informationsdienst» melden: «Die Trasse für die geplante 550 km lange Rohöl-Pipeline von Wilhelmshaven zu den Mineralölverarbei-

tungsgewerken an Rhein und Ruhr ist jetzt in grossen Zügen festgelegt worden. Danach wird die Rohrleitung, die einen Durchmesser von 28 Zoll haben soll, von Wilhelmshaven aus zunächst in südwestlicher Richtung verlaufen, dann östlich der Städte Meppen und Lingen vorbeiführen, um nach der Überquerung der Ems bei dem Ort Hünxe den Nordrand des Ruhrgebiets bzw. im Gebiet von Dinslaken-Sterkrade (nach Abzweigungen zu den einzelnen Ruhr-Raffinerien) die Autobahn zu erreichen. An der Autobahn entlang wird die Pipeline voraussichtlich bis Leverkusen führen, dort den Rhein kreuzen, die am gegenüberliegenden Ufer gelegene Esso-Raffinerie berühren und dann um den westlichen Stadtrand von Köln herum bei dem Hydrierwerk Weseling wieder das Rheinufer erreichen.

Man rechnet damit, dass die Verlegung der Leitung bereits Ende dieses Jahres in Angriff genommen und dann im Laufe von zehn Monaten beendet werden kann.» –

Um es noch einmal zusammenzufassen: allein die «grossen Drei» – BP, Deutsche Shell und Esso – werden in den nächsten drei, vier Jahren die deutsche Raffinationskapazität um mindestens 12,3 Mill. jato, d.h. um fast genau das Leistungsvermögen erhöhen, das alle in Westdeutschland tätigen Raffinerien, deutsche und ausländische, Anfang 1955 besessen hatten. Fast wichtiger aber erscheint es, dass sie auch das im Entstehen begriffene westdeutsche und westeuropäische Pipeline-System unter ihre Herrschaft gebracht haben und ihren Anteil an der Tankflotte energisch ausbauen.

Daneben nimmt sich die Expansion der «Mobil Oil AG in Deutschland», die ihre Anlagen in Bremen-Oslebshausen bis 1958 um 0,6 Mill. jato auf eine Jahresleistung von 1,37 Mill. t ausbaut, fast bescheiden aus. Immerhin, die Mobil Oil gehört, wie wir uns erinnern, auch zu den namhaften «deutschen» Rohölproduzenten, und da sie überdies über eine Flotte verfügt, die alles in allem eine Tragfähigkeit von annähernd 31'000 t aufweist, ist sie doch wohl den bedeutenden Erdölmächten in Westdeutschland zuzuzählen. Ganz davon abgesehen, dass ihre Mutter, die Socony Mobil Oil Company Inc, New York, zu den Weltmächten der Erdölwirtschaft gerechnet werden muss.

Purфина Mineralölraffinerie AG, Duisburg, AK 5 Mill. DMark

Vorstand: Dr. Herbert Kimmerle, Vorsitzender

Dipl.-Ing. Emil Bock

Aufsichtsrat: Dir. Helmuth Wohlthat, Düsseldorf, Vorsitzender Gen.-Dir.

Jaques Meens, Brüssel

Kaufmann Kurt Scheuerte, Heilbronn

Aus einer wohlhabenden und kinderreichen Familie kommt übrigens auch die 1956 in Duisburg gegründete «Purфина Mineralölraffinerie AG». Sie ist eine Tochtergesellschaft der Compagnie Financière Belge des Pétroles SA (Petrofina), die zuvor schon den 75prozentigen Brabag-Anteil an der Ruhrbau Mineralölraffinerie GmbH übernommen hatte. Das jüngste Kind der Petrofina wird reich ausgestattet werden.

Die Muttergesellschaft baut für die Purfina eine Raffinationsanlage in Duisburg – nach modernsten Gesichtspunkten natürlich – die zunächst 70 Mill. DMark kosten und einen Durchsatz von 1 Mill. t jato leisten wird, in einer zweiten Baustufe aber auf eine Kapazität von 3 Mill. t gebracht werden soll. Den inzwischen modernisierten und mit Nebenbetrieben versehenen Ruhrbauanlagen ist die Aufgabe zugeordnet, den Schmierölbedarf der Purfina-Tankstellen zu decken, die heute schon an den westdeutschen Strassen entstehen: Sie werden von der Deutschen Purfina GmbH, Frankfurt, beliefert, die später die Duisburger Purfina-Erzeugnisse an den Mann bringen wird. –

Die Ruhröl GmbH, Bottrop (StK 15 Mill. DMark), nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Aktiengesellschaft in Mülheim/Ruhr (AK 100'000 DMark), erzeugt keine Treibstoffe, sondern verarbeitet das Rohöl zu so unaussprechlichen Chemikalien wie Phtalsäureanhydrid, Maleinsäureanhydrid, Tetrahydro-Phtalsäureanhydrid, Endomethylen-Tetrahydro-Phtalsäure usw., so dass die relativ kleine Erhöhung der Kapazität von 120'000 auf 240'000 jato, sowohl hinsichtlich des Kostenaufwandes als auch der Ertragssteigerung, wahrscheinlich hoch zu Buch schlagen wird. Da sie jedoch nicht armer Leute Kind, sondern wie auch die AG ein Tochterunternehmen des amerikanischen Stinnes-Konzerns ist, der als Einziger neben Krupp es sich leisten kann (in der Nähe von Haltern) ein Bergwerk auf dem grünen Rasen zu errichten, sind die Kosten das letzte, was ihre Expansion behindern könnte.

Um unserer Chronistenpflicht zu genügen, sei schliesslich noch nachgetragen, dass die Mineralöl- und Asphaltwerke AG, Hamburg, die sogenannte «Mawag», sich praktisch in den Händen der New Yorker Familie Melamid befindet und ihr Geschäft nur in dem engen Rahmen betreibt, den ihr das relativ kleine Aktienkapital von 0,6 Mill. DMark absteckt.

Die in der Raffination engagierten Auslandsunternehmen sind aber nicht die einzigen, in denen sich das Interesse des internationalen Ölkapitals für den deutschen Markt manifestiert, der im Zeichen des Wirtschaftswunders so überaus attraktiv geworden ist.

Da ist zunächst die California Texas Corporation Caltex, Delaware, kurz genannt «Caltex»: im Jahre 1936 von der Standard Oil Company of California und der Texas Company gegründet, um die gemeinsamen Förderrechte der gleichberechtigten Gründungsgesellschaften im Ausland wahrzunehmen und ihre Erzeugnisse ausserhalb der Vereinigten Staaten zu vertreiben – ein weltumspannendes Unternehmen mit zahlreichen Tochtergesellschaften, deren Kette von Australien und Neuseeland bis Norwegen und Westindien reicht. Zwar ist sie nicht selbst – wie ein deutsches Handelsblatt irrtümlich meldete – an der berühmten oder, wie die französische Presse anlässlich des Suez-Konflikts in zorniger Erregung schrieb, an der berüchtigten Arabien American Oil Company «Aramco» beteiligt. Doch liegen je 30 Prozent des Aramco-Kapitals in den Händen ihrer beiden Mütter; von den restlichen 40 besitzt die uns (über die Esso AG) nahestehende Standard Oil Co of New Jersey ebenfalls 30, die Socony Mobil Oil Co Inc., die Mutter der Mobil Oil AG in Deutschland, schliesslich 10 Prozent

Grossunternehmen der Erdölförderung¹

	Förderung in Tonnen			Anteil an der Gesamtförderung in Prozent			Zahl der Beschäftigten ²		
	1953	1954	1955	1953	1954	1955	1953	1954	1955
C. Deilmann Bergbau GmbH	106 657	122 682	132 448	4,87	4,60	4,22	654	636	655
Deutsche Erdöl AG (DEA)	356 961	452 443	586 642	16,31	16,97	18,63	2 511	2 525	2 644
DeutscheSchacht- u. Tiefbohrges. mbH ¹	163 729	202 707	251 901	7,48	7,60	7,37	611	651	632
Preuss. Bergwerks- und Hütten AG ⁴	210 629	276 317	336,475	9,62	10,37	10,69	1 568	1 599	1 546
Gewerkschaft FJwerath	509 507	613 141	734 557	23,28	23,00	23,33	5 310	3 556	3 790
Wintershall AG	331 014	428 027	497 575	13,12	16,06	13,81	1 343	1 380	1 462
Deutsche Grossunternehmen	1 678 497	2 095 317	2 519 598	76,68	78,60	80,09	9 997	10 347	10 729
Mobil Oil AG in Deutschland	216 226	261 137	326 715	9,88	9,80	10,38	1 017	1 162	1 281
Bay. Mineral-Industrie AG (Mobil Oil)	—	164	5 484	—	0,01	0,11	5	6	9
Gewerkschaft Siegfried (Mobil Oil)	28 358	55 959	30 242	1,30	1,33	0,96	55	21	2
Gewerkschaft Brigitta	243 586	246 306	239 850	11,13	9,24	7,62	813	810	781
Grossunterneh. d. Auslandskapitals	488 170	543 546	600 291	22,31	20,40	19,07	1 890	1 999	2 073
Acht Grossunternehmen zusammen	2 166 667	2 638 863	5 119 889	98,99	99,00	99,16	11 887	12 346	12 802

¹ Nadi Angaben des Wirtschaftsverbandes Erdölgewinnung e. V., Hannover.² In den Förderbetrieben.³ Stammkap.: 20 Mill. DMark; gehört restlos der bundeseigenen AG für Bergbau- und Hüttenbetriebe, Salzgitter-Dritte.⁴ Grundkap.: 75 Mill. DMark; gehört restlos d. bundeseigenen Vereinigte Elektrizitäts- u. Bergwerks AG.⁵ Ohne die unbedeutende Förderung der Gewerkschaften Adelheid, Sidone und Thekla. [§] 23 bzw. 28,75 Prozent der Kuxe im Besitz des anglo-amerikanischen Ölkapitals, s. u.

des Aktienkapitals. Immerhin, die Caltex ist in Ägypten durch zwei Gesellschaften, in Algerien, Aden und der Südafrikanischen Union durch je ein Tochterunternehmen vertreten, so dass man nicht umhinkann, bei ihr ein besonderes Interesse am politisch-wirtschaftlichen Geschehen im afrikanisch-arabischen Raum zu vermuten.

Was Deutschland angeht, so dient die Caltex Oil (Germany) GmbH, Hamburg, als reine Holdinggesellschaft. Sie teilt sich – hier wird die Sache erst interessant – mit der Brabag in das 6,6-Mill.-DMark-Kapital der Caltex Tank-Kraft Mineralöl GmbH,

Hannover, die unter dem Caltex-Stern die Treibstoffe verkauft, die von der Caltex Oil Company (Italy) S.p.A. in Trecate und von der Caltex Petroleum Maatschappij N.V. in Pernis raffiniert werden. Anfang 1957 hat die Caltex auch in Süddeutschland Fuss gefasst: Die Caltex Tank-Kraft einigte sich mit der seit 1913 bestehenden Firma Georg Oest & Cie, Freudenstadt, dahin, dass an deren 270 Tankstellen – ihre Zahl wird sehr bald erheblich steigen – künftig nicht mehr der unter der Händlermarke «Avia» gehandelte Kraftstoffvertrieben, sondern «Caltex» verkauft wird. Wir werden unter dem Caltex-Stem künftig also noch öfter tanken als bisher.

Neben der Caltex ist seit November 1955 die «Total» Treibstoffgesellschaft mbH, Düsseldorf, mit eigenen Tankstellen auf den Plan getreten. Das Unternehmen ist eine Tochtergesellschaft der Compagnie Française des Pétroles S.A. (C.F.P.), Paris, an der übrigens der französische Staat mit 35 Prozent beteiligt ist. Sie steht ferner mit der Omnipetrol GmbH für Erdölverwertung, Frankfurt a.M., und deren hundertprozentiger Tochter, der Deutsch-Überseeische Petroleum AG, Hamburg, in verwandtschaftlichen Beziehungen. Und zwar auf folgende etwas komplizierte Weise: Unsere Frankfurter Omnipetrol gehört zu gleichen Teilen der Omnium Française des Pétroles S.A. und ihrer Schweizer Tochter, der Omnium des Pétroles S.A., Genf; andererseits ist die Omnium Française des Pétroles massgeblich an der Compagnie Française des Pétroles beteiligt: Wenn sie auch nicht gerade Schwestern sind, so sind die «Total» und die «Omnipetrol» doch mindestens Kusinen.

Weiter wollen wir die genealogische Metapher nicht ausbauen. Genug, dass auch dies letzte Beispiel geeignet scheint, das grosse und beständig wachsende Interesse des Auslandskapitals am deutschen Treibstoffmarkt zu illustrieren.

Die Anteilnahme ist angesichts der Woge der Motorisierung verständlich, die über Westdeutschland hinreicht.

Weniger verständlich wäre es, wenn deutsches Kapital in den Iran und die Türkei exportiert würde, um die Erschliessung dubioser Ölfelder, die Errichtung von Raffinerien, den Bau einer Pipeline von Südpersien bis zu einem türkischen Hafen und, nicht zuletzt, ein grosses politisches Risiko zu finanzieren, anstatt die lukrativen Möglichkeiten auszuschöpfen, die der deutsche Markt bei sehr viel geringerem Risiko noch lange bieten wird.

CHEMIE KEHRT IN DIE MACHT ZURÜCK

Wenn der Reiche redet, so schweigt jeder
dermann, und sein Wort hebt man in den
Himmel.
Sirach 13/28

Wenn man heutzutage noch den Spiegel fragen könnte: «Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Mächtigste im Land?» so würde der nach einer Minute indignierten Schweigens wahrscheinlich antworten: «Sie lesen wohl keine Zeitung, Herr?» und nach einer weiteren Pause ziemlich verdrossen über so viel Unkenntnis: «Die Leute von Eisen und Kohle, natürlich. Sehen Sie sich doch mal die neuen Konzerne an.»

Vor einem Vierteljahrhundert dagegen, Anfang der dreissiger Jahre, hätte das Spieglein ganz anders geredet. «Dass ich nicht lache», könnt's aus dem Rahmen geklungen haben; «die Montanindustrie schleppt sich hart an der Pleite vorbei, Flick ist im Begriff, beim Stahlverein auszusteigen, da bleibt doch nur die IG-Farben: der Hermann Schmitz, der Duisberg und der Bosch, die Leute wissen, was sie wollen. Die brauchen keine Regierung, um mit den Japanern, den Amerikanern und den Franzosen zu verhandeln. Schon lange nicht. Die machen ihre Handelsverträge selbst. Und jetzt reden sie sogar den Bauern nach dem Munde. Kredite für die Landwirtschaft, Osthilfe und was weiss ich, damit die Bauern Kunstdünger kaufen können – beim Farbentrust natürlich.»

Es ist freilich lange her, dass man den sprechenden Spiegel befragen konnte. Damals gab es noch grausame, leichtsinnige und eitle Königinnen; hinter den sieben Bergen lag nicht Bonn, sondern das Reich der Zwerge, die dem beleidigten Recht zum Triumph verhalfen; der Spiegel redete in kurzen, klaren, schlichten Formeln und war als publizistische Autorität über jeden Zweifel erhaben. Kurzum, es war alles ganz anders als in unseren Tagen, da auch das ehrlichste Magazin, das der Wissbegierige befragt, nicht mehr geben kann, als ein zwar wohlinformierter, doch nur nach allzu menschlichen Massstäben gutunterrichteter Journalist zu bieten vermag: Vermutungen, die der Wahrheit nahe kommen, denen man also nur einen winzigen Bruchteil der Autorität zubilligt, welche dem Zauberspiegel zugestanden wurde.

Stellt man das alles in Rechnung, wenn man den Aufsatz liest, den Jan Barchusen – alias Dr. Erwin Topf vom *Berliner Tageblatt*, der heute für den Wirtschaftsteil der *Zeit* verantwortlich zeichnet – unter der Headline «Schatzwechsel – und was dann?» für Nr. 32 der *Weltbühne* vom 11. August 1931 geschrieben hatte, so ist man zum ersten betroffen über das Mass der Pressefreiheit, die es damals noch gab, und über den Mut des bürgerlichen Journalisten, der sich ihrer in einem höchst suspekten Magazin der Meinungen, eben der *Weltbühne*, bediente; zum anderen aber dadurch, dass der Autor, so nahe er auch der Wahrheit kam, nicht zwei Monate weit in die Zukunft sehen konnte: anders gesagt, dass es ihm immer im Gegensatz zum Spiegel versagt blieb, aus seiner völlig zutreffenden Diagnose eine durch den Gang der Ereignisse hinlänglich bestätigte Prognose abzuleiten.

Aber geben wir endlich Erwin-Jahn Topf-Bargenliusen das Wort.

«Unser Reichsarbeitsminister, Herr Adam Stegerwald», hebt sein Artikel an, «mag es als persönlichen Erfolg für sich buchen, dass die Kandidatur des Geheimrats Schmitz von der IG Farben für den Posten des Reichswirtschaftsministers nach einem heftigen Ausfall des *Deutschen* gänzlich von der Bildfläche verschwunden ist. *Der Deutsche* nämlich, das Blatt der christlichen Gewerkschaften, wollte keinen neuen Wirtschaftsminister. Man glaubt wohl bei den «Christen», dass Adam Stegerwald das wirtschaftliche Ressort im Reichskabinett am besten auch weiterhin allein verwalten könne.

Der Finanzdirektor bei der IG Farben, Geheimrat Schmitz, wird freilich nicht sehr traurig darüber gewesen sein, dass er gar nicht erst in die Verlegenheit gekommen ist, sich über seine Bereitwilligkeit, als Wirtschaftsminister dem Reich zu dienen, positiv oder negativ zu äussern. Er bleibt weiter im Hintergrund als der unverantwortliche Ratgeber der Reichsregierung in allen wirtschaftlichen Fragen. Und diese Stellung ist ja für ihn in jeder Hinsicht bequemer und angenehmer als die Verwaltung eines Ministerportefeuilles.

Weshalb soll sich der Farbentrust exponieren, wenn die Dinge ohnedies schon soweit in Ordnung sind, dass gegen seinen Willen kein Sperling von den Dächern der Wilhelm-Strasse fällt? Was soll der IG schon passieren? Das mächtigste wirtschaftliche Reichsressort – Adam Stegerwald, der nur in den Aussenbezirken der Wirtschaftspolitik gebieten darf, ist dort fast ohne jeden Einfluss – bleibt ja doch, besonders in kritischen Zeiten, das Finanzministerium. Und da ist, bei der wechselseitigen grossen Schätzung, die Schmitz und Dietrich füreinander empfinden, die Sache der IG Farben bestens aufgehoben. Es ist ja noch gar nicht so lange her, dass der «persönliche Referent» des Reichsfinanzministers, sein Vorzimmermann also, ein Oberregierungsrat, das Geheimnis dieser Beziehungen ausgeplaudert hat: Wer die Dinge etwas näher kenne, so schrieb er, der wisse auch, dass die Grossindustrie bei dem Erlass der Wirtschaftsnotverordnungen der Ministerialbürokratie still mitgearbeitet habe. So sehen diese Verordnungen denn ja auch aus.

Allmählich hat es sich nun herumgesprochen, dass die IG Farben, und mit ihr die übrige Grossindustrie, selbst in den Zeiten des Unglücks und der Krise eine reiche Ernte an wirtschaftspolitischen Errungenschaften hat halten können. Mögen andere Hunger leiden – ihre Krippen werden von den Wirtschaftsministerien immer wieder aufs Neue gefüllt. So schlimm hat man es beim Reich zugunsten der Leuna-Leute getrieben, beim Benzinzoll und bei der Einfuhrsperre für Stickstoff, dass selbst eines der sanftesten Regierungsblätter aufbegehrte. Welchem Faktum wir das bittere, aber berechnete Wort vom «IG Deutschland» verdanken.»

Das «sanfte Regierungsblatt», von dem Bargenhusen spricht, war das *Berliner Tageblatt*, und der Autor, der das «bittere, aber berechnete Wort vom «IG Deutschland!»« – von der Interessengemeinschaft Deutschland – geprägt hatte, war, wenn wir uns recht erinnern, niemand anders gewesen als Bargenhusens alter ego, sein anderes

Ich: Erwin Topf, der nämliche Topf, in dem heute die *Zeit* – auch wieder ein Regierungsblatt, wengleich nicht eben ein sanftes – das wirtschaftspolitische Süsschen der Offiziellen und Hochmögenden auf dem Feuer hält.

Doch das nur nebenbei.

Viel wichtiger scheint uns einerseits die Tatsache, dass ein bürgerlicher Journalist, dessen Pseudonym nicht nur in Fachkreisen bekannt war, im Jahre 1931 den Mut aufbrachte, die Machtstellung des Farbentrusts und die Ohnmacht der Regierung mit der Feststellung festzunageln, dass gegen den Willen des Trusts «kein Sperling von den Dächern der Wilhelmstrasse» falle; andererseits aber der Umstand, dass er nicht ahnte, wie wenig mit der Erledigung der Kandidatur Schmitz die Frage ihrer Regierungsbeteiligung auch für die IG Farbenindustrie abgetan war.

Adam Stegerwald war als Verwalter des «wichtigsten wirtschaftlichen Reichsresorts», des Reichsarbeitsministeriums, sicherlich ein mächtiger Mann und seine Zeitung, das Blatt der Christlichen Gewerkschaften, *Der Deutsche*, ein publizistisches Organ, dessen Bedeutung im reziproken Verhältnis zur Zahl seiner Leser stand, also sehr gross war. Gleichwohl – es gab Mächte, mit denen der Minister sich nicht messen konnte: Knapp zwei Monate nachdem Topf-Bargenhusen in der *Weltbühne* geschrieben hatte, dass die Kandidatur des IG-Farben-Magnaten Hermann Schmitz «gänzlich von der Bildfläche verschwunden» sei, am 9. Oktober 1931, wurde ein anderes Mitglied des IG-Farben-Vorstandes, Professor Dr. Hermann Warmbold – seit Januar 1922 Vorstandsmitglied der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik (BASF), die im Dezember 1925 unter Übernahme der führenden Chemie-Unternehmen zur IG Farbenindustrie umgegründet worden war – von Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning als Wirtschaftsminister in sein zweites Kabinett berufen.

In dieser kurzlebigen Regierung (9. Oktober 1931-30. Mai 1932) amtierte neben ihm noch Adam Stegerwald als Arbeitsminister.

Herr von Papen, Brünings Nachfolger im Kanzleramt (1. Juni-17. November 1932), hatte für den Gewerkschaftler Stegerwald, mochte er noch so christlich sein, keine Verwendung mehr. Er berief einen Fachmann, den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversorgungsgerichts, Dr. Hugo Schäffer, als Arbeitsminister. Bei Warmbold aber war es ein ander Ding. Der IG-Farben-Professor blieb auch in Papens «Kabinett der Barone» Wirtschaftsminister. Und als Papen abtreten musste, übernahm ihn der General von Schleicher, der zu seinem Unglück nach der Kanzlerwürde gegriffen hatte – er hielt sich nur acht Wochen (3. Dezember 1932 – 28. Januar 1933) und wurde beim grossen Aufwaschen, dem der SA-Stabschef Röhm zum Opfer fiel, von den Nazis erschossen –, in der gleichen Funktion, als Reichswirtschaftsminister, in die Regierung.

Dann freilich war es aus mit der Regierungsbeteiligung der IG Farben. Sie hatte zu lange im Lager des Freihandels verweilt, sich zu spät zu den düngungsintensiven Blut- und Boden-Idealen des Dritten Reichs bekannt, um für Hitler «politisch tragbar»

zu sein. Was aber ihre wirtschaftliche Vorrangstellung betraf, so brachte die «Machtübernahme» keine Wendung für den Farben-Trust.

Topf-Bargenhusens Verdienste um die Historiographie der IG wird dadurch nicht geschmälert, dass er es unterliess, daran zu erinnern, dass auch der Versicherungsfachmann Professor Paul Moldenhauer – der Kölner Volksparteiler, der vom 23. Dezember 1929 bis zum 27. März 1930 unter dem Sozialdemokraten Piermann Müller und vom 30. März bis zum 20. Juni 1930 im ersten Kabinett Brüning als Finanzminister des Reiches amtierte – der IG Farbenindustrie manchen Gefallen tun konnte. Beispielsweise war seinem Einfluss das Zustandekommen jenes Geheimvertrags zwischen Reich und IG zu verdanken, der die Ausgleichsabgabe auf inländische Treibstoffe, die allgemein 3,80 RMark je Doppelzentner betrug, für die Leuna-Produktion auf zehn Pfennig festsetzte. Erst im Juni 1932 setzte die Konkurrenz durch, nicht etwa, dass die IG Farben ebensoviel zahlen musste wie sie, sondern dass alle nur noch den geringen Satz von 0,10 RMark als Ausgleichsabgabe abzuführen hatten. Allerdings währte die Freude nur dreieinhalb Monde. Dann wurde die Ausgleichsabgabe für alle auf 1 RMark fixiert.

Inzwischen waren jedoch die Benzinzölle erhöht worden. Ein Segen für die Inlandsproduzenten, namentlich für die IG. Denn, so schrieb 1932 Helmut Wickel in seinem Buch *IG Deutschland. Ein Staat im Staate*: «Allein die in der Notverordnung vom Juni 1931 festgesetzte Erhöhung der Benzinzölle bedeutet für die IG bei einer Produktion von 100'000 t Benzin eine Subvention von 8 Mill. Mark. Steigert sie nun ihre Produktion auf 300'000 t, so hat sie durch diese eine Notverordnung einen Überverdienst von rund 24 Mill. Mark. An den vorhergegangenen Zollmassnahmen gegen die Erdöleinfuhr hatte sie natürlich auch schon verdient. Die Finanzberatung der Regierung durch Hermann Schmitz ist also für den Farbentrust recht einträglich.»

Auf dergleichen Einzelheiten kam Jan-Erwin, wie gesagt, nicht zu sprechen. Er hatte sie nur angedeutet: sowohl die kalte Subventionierung der Benzinproduktion, die auf zollpolitischem Wege geschah, wie auch die Einfuhrsperre für Stickstoff – verfügt in einer durch die Drohung der Firma erzwungenen Notverordnung des ersten Kabinetts Brüning; sonst müsse das Leuna-Werk stillgelegt werden – welche zur Folge hatte, dass der Stickstoffpreis um 66 Prozent stieg.

Aber was nützte die publizistische Kanonade, die Topf-Bargenhusen und ein paar Gleichgesinnte gegen den «Staat im Staate» eröffnet hatten? Im Berliner Zeitungsquartier war ihr Echo noch nicht verrollt, als an die Seite des im wahrsten Sinne Geheimen Rats Schmitz, des geheimen Wirtschaftsberaters der letzten Weimarer Regierungen, als Wirtschaftsminister der IG-Farben-Mann Warmbold trat. Ein hochelastischer Politiker, der nicht nur Bilanzen, sondern auch in den Sternen des politischen Himmels zu lesen verstand. Er machte die Entdeckung, dass nicht mehr der Freihandel, den Carl Duisberg jahrzehntelang als nationale Notwendigkeit proklamiert hatte, für Deutschland und die IG vonnöten, sondern dass dem Reich und dem Staat im Staate besser

mit dem von der Landwirtschaft geforderten System der Autarkie gedient sei. Zwar würden dadurch nicht nur die Getreide-, sondern auch die Stickstoffpreise «angehoben», die Düngemittel also verteuert werden. Aber was verschlug das schon? Im dritten Quartal des Jahres 1952 – als Warmbold Wirtschaftsminister war – übernahm das Reich die Ausfallbürgschaft für den Herbstbezug von stickstoffhaltigen Düngemitteln. Warmbolds Firma, die iG Farbenindustrie, brauchte nicht mehr wie die tausend und abertausend Lieferanten in den ländlichen Kleinstädten um ihr Geld zu zittern; schlimmstenfalls würde das Reich einspringen.

Ein jüngst erschienenenes Buch, das auf 241 Seiten holzfreien Papiers über das «Erbe der iG Farben» berichtet, enthält nichts von alledem, was in der hohen Blütezeit des Konzerns die spitzen Federn der Publizisten beflügelt und die Gemüter des Publikums bewegt hatte. Zwar liest sich dieses Buch, versichert die Ankündigung, «dank seiner farbigen Sprache, des immer wieder aufscheinenden Humors und der buntgetupften Kontraste fast wie ein Industrie-Roman». Aber da sieht man mal wieder, mit wie sparsamen Mitteln ein guter Journalist auskommt: farbige Sprache, Humor und buntgetupfte Kontraste, alles, ja fast noch mehr, als der tagesmüde Leser erwarten kann, hat er zu bieten, ohne auch nur in einem Satz die historische Wahrheit zu bemühen. und dabei hätte er es doch so leicht gehabt, die farbigsten, kontrastreichsten, humorvollsten Einzelheiten in reicher Fülle zu erfahren. Der «Chefkorrespondent der Wochenzeitschrift *Die Zeit* für das Rhein-Ruhrgebiet», der den jüngsten IG-Panegyrikus schrieb, hätte nur seinen Ressortleiter bei der *Zeit*, Erwin-Jan Topf-Bargenhusen, zu fragen brauchen, um von diesem hervorragenden Publizisten auf das Präziseste über die Vorgänge unterrichtet zu werden, die den Farben-Trust vor dem Krieg zu einem «Staat im Staate» gemacht hatten, der sehr wohl in der Lage war, den Lenkern unserer staatlichen Geschicke seinen Willen aufzuzwingen.

Wie war es denn eigentlich zur Entstehung der IG Farbenindustrie gekommen?

Carl Duisberg (1861-1955), der Sohn eines Barmer Bandwirkers, der zusammen mit seinem Freund und Chef die Farbenfabriken Friedrich Bayer in Elberfeld zu einem der führenden Unternehmen der chemischen Industrie entwickelt hatte, hatte im Jahre 1905 mit Friedrich Bayer eine Reise durch die Vereinigten Staaten gemacht. Tief beeindruckt von der Konzentrationsbewegung, die auf den Gebieten der Öl-, Stahl- und Elektroindustrie zur Entstehung marktbeherrschender Trusts geführt hatte, war er Ende des Jahres heimgekommen und hatte sich unverzüglich niedergesetzt, um in einer mehrere hundert Seiten starken Denkschrift seine Erfahrungen zu dem Vorschlag zu verarbeiten, dergleichen auch für die chemische Industrie Deutschlands zu verwirklichen. Er zeichnete ein düsteres Bild vom Zustand der tatsächlich blühenden Industrie. «Je mehr ...», heisst es auf Seite 548 der Denkschrift, «das farbstoffkonsumierende Ausland dazu übergeht, sich durch hohe Zollsätze gegen den Import fremd-

ländischer Ware abzuschliessen, je mehr deutsche Fabrikationsfilialen im Ausland entstehen, umso grösser wird das Elend in unseren deutschen Fabrikationsstädten werden, in denen dann infolge des Ausfalls des ausländischen Bedarfs nicht mehr genügend zu tun ist.»

Aber er lässt den Mut nicht fahren. Fünf Seiten weiter sagt er: «Gewiss, all diese Schwierigkeiten sind zu überwinden; und *im Kampf der Produzenten gegen die Konsumenten*, im Wettbewerb der Fabrikanten untereinander, im generellen Kampf des Menschen ums Dasein überhaupt, sind immer noch Mittel und Wege gefunden worden, um über die Missstände hinwegzukommen.»

Die Mittel und Wege nun, die sich dem suchenden Geist im speziellen Fall der chemischen Industrie anbieten, sind einfach genug. Man brauche nur, so lautete schon 1903 Duisbergs Vorschlag, die sechs grössten Aktiengesellschaften der chemischen Industrie zu einer Gesellschaft zu verschmelzen, die nach dem damaligen Stand der Dinge mit einem Kapital von 144,6 Mill. Mark ausgestattet werden sollte, und später noch die wichtigsten Privatfirmen einzubeziehen, um aller Schwierigkeiten Herr zu werden.

Indessen, so glatt, wie er es sich vorgestellt hatte, gingen die Dinge doch nicht über die Bühne. Es gelang ihm wohl, eine Interessengemeinschaft zwischen Bayer, der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik und der Berliner Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Agfa) herzustellen. Die Höchster Farbwerke aber blieben ausserhalb des Dreibundes. Sie gingen ein Bündnis mit der Frankfurter Firma Leopold Cassella ein, dem zwei Jahre später (1906), die Firma Kalle beitrat. Das war alles, was sich fürs erste erreichen liess.

«Die grosse IG aber wurde erst 1916 zusammengeschweisst, und zwar durch den Krieg», berichtet Carl Duisberg in seinen 1933 erschienenen Lebenserinnerungen (S.98): Gemeint ist damit der noch relativ lockere Verband, in dem unter dem Namen «Interessengemeinschaft der deutschen Teerfabriken» die beiden 1904 bzw. 1906 gestifteten Gruppen zusammengefasst und durch die Hinzunahme der Uerdinger Firma Weilerter-Meer und der Chemische Fabrik Griesheim aufgerundet worden waren: ein «Provisorium», vorgesehen für die Dauer von neunzig Jahren, aus dem endlich durch die Fusion der beteiligten Firmen am 9. Dezember 1925 die berühmte IG Farbenindustrie AG, mit dem Sitz in Frankfurt, entstand.

Die Gesellschaft wurde zunächst mit einem Grundkapital von 646 Mill. RMark ausgestattet, das im September 1926 auf 1'100 Mill. RMark erhöht wurde. Da aber starke Pakete Stamm- und Vorzugsaktien in Vorrat gehalten wurden, blieb die Erhöhung zumindest teilweise theoretisch. Jedenfalls sind die folgenden Angaben, die das Vorstandsmitglied Dr. Bosch 1928 bzw. 1930 dem «Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft» im Rahmen eines Gutachtens übermittelte, besser als die nominellen Wertzahlen des Aktienkapitals geeignet, einen Eindruck von der Bedeutung des Trusts zu geben: Im Jahre 1925 verfügte die IG über 37 Produktionsstätten und 91 deutsche Verkaufsniederlassungen, bis 1929 war die Zahl der Produktionsstätten auf 46 gestiegen, diejenige der Verkaufsniederlassungen dank der Zusammenfassung bisher konkurrierender Betriebe auf 45 gesunken.

Am 1. Januar 1927 zählte die IG 67'760 Arbeiter und 20'338 Angestellte, insgesamt also 88'098 Belegschaftsmitglieder, drei Jahre später verzeichnete sie 74'603 Arbeiter und 22'915 Angestellte, d.h. eine Belegschaft von 97'518 Köpfen.

Das Gesamtkapital der Firma (Eigen- und Fremdkapital) stieg von 1,12 Milliarden RMark im Jahre 1925 auf 1,75 Milliarden RMark im Jahre 1929. Und die Zahl der Syndikate, Konventionen und Kartelle, denen sie tonangebend angehörte, war so gross, dass man besser darauf verzichtet, sie aufzuzählen. Nur dies sei noch nachgetragen, dass allein an deutschen IG-Farben-Beteiligungen vor dem Zusammenbruch von 1945 insgesamt 214 gezählt wurden, von denen allerdings 45 – darunter so überaus wertvolle wie die Ammoniakwerk Merseburg GmbH und die A. Riebeck'sche Montanwerk AG – hinter dem Eisernen Vorhang lagen.

Die Nachkriegsgeschichte des Farbentrusts – wie die Sowjets in ihrem Machtbereich die IG-Farben-Beute heimführten, wie der Konzern in den westlichen Besatzungszonen unter Treuhänderschaft gestellt wurde, wie die Franzosen die Badische Anilin- & Soda-Fabrik am liebsten stehend verzehrt und die Amerikaner die Farbwerke Hoechst im Sinne des Morgenthau-Plans zu gern nur zu Kleinholz zerkleinert hätten, während die Engländer nach Art von Gentleman-Kaufleuten bereit waren, in ihrer Zone ein lebensfähiges Konzerngebilde als Nachfolgeinstitut in Kauf zu nehmen, wie endlich die Vernunft siegte, annähernd wenigstens, und wie zum guten Schluss die Entflechtung zustande kam – das alles ist oft genug erzählt worden: zuletzt noch, unter Tränen lächelnd, von den humorvollen Chronisten des IG-Farben-Erbes.

Was ist, um auf den Kern der Dinge zu kommen, für jeden der 137'513 Aktionäre der alten IG Farben bei der Entflechtungsprozedur herausgekommen? Obwohl die Anteilseigner durch ihre Interessenvertreter scharfen Protest gegen das Arbeitsergebnis der IG-Liquidatoren erheben liessen, muss man doch sagen: sie sind nicht nur glimpflich davongekommen, sondern sie haben über die Massen gut abgeschnitten.

Zunächst einmal erhielt jeder Aktionär im Tausch gegen IG-Farben-Aktien im Nennwert von 1'000 RMark

250 DMark Badische Anilin- & Soda-Fabrik
 25 DMark Cassella Farbwerke Mainkur
 285 DMark Farbenfabriken Bayer
 210 DMark Farbwerke Hoechst,

d.h. das Recht, für insgesamt 770 DMark Aktien dieser vier Nachfolgesellschaften zu beziehen, das freilich nicht jeder Kleinaktionär voll ausnutzen konnte, da er sonst etwas hätte zuzahlen müssen. (Denn Aktien lauten mindestens auf 100 DMark oder auf ein Vielfaches von 100 DMark.) Er konnte einen Teil seiner Bezugsrechte aber vorteilhaft verkaufen und wurde auf diese Weise zum unschuldigen Werkzeug des Konzentrationsprozesses, der groteskerweise die Folge des Entflechtungswerks war: Nicht nur bei der IG Farbenindustrie, sondern auch im Bereich der Montanindustrie

hat die Zahl der Kleinaktionäre ab-, die Zahl der Grossaktionäre zugenommen. Einfach weil die kleinen Leute nicht in der Lage waren, ohne Kreditaufnahmen ihr Bezugsrecht voll auszunützen.

Zu den Bezugsrechten kamen die «Liquidationsanteilscheine», deren Wert mit insgesamt 145 DMark je 1'000 RMark Aktienbesitz angesetzt werden kann. Sie sind noch nicht voll ausgeschüttet. Ein kleiner Rest, nominell etwa 30 DMark je 1'000 RMark Altbesitz, wird sich erst realisieren, wenn alle Ansprüche der IG-Farben-Gläubiger, namentlich die Schadenersatzansprüche der KZ-Häftlinge, die in Auschwitz für den Konzern gearbeitet haben – Ansprüche, deren juristische Berechtigung zwar von der IG bestritten werden, die aus Gründen der Menschlichkeit aber im Vergleichsverfahren honoriert werden sollen –, voll befriedigt sein werden.

Dem Nennwert nach haben also die Aktionäre des Konzerns für je 1'000 RMark etwa 915 DMark erhalten. Dem Nennwert nach, wie gesagt, oder «nominell» 915 DMark, um in der Fachsprache zu reden. Tatsächlich aber stellt dieser Nennwert einen Marktwert von mindestens doppelter Höhe dar. Das heisst: wer für seine 100'000 RMark alter IG-Aktien Anteile der Nachfolgesellschaften und «Liquis» im Nennwert von rd. 91'500 DMark erhalten hat, kann sie durch seine Bank für etwa 200'000 DMark – manchmal für etwas weniger, manchmal für etwas mehr – an der Börse verkaufen lassen. 200'000 DMark für 100'000 RMark – das lässt sich schon eher hören als der Spruch der Währungsgesetzgebung, der dem Geldsparer für 100'000 RMark Altbesitz das Almosen von 6500 DMark zubilligte.

Wie steht es nun aber mit den grossen Nachfolgesellschaften selbst.

Um zunächst dies vorwegzunehmen: die Aktien der Cassella Farbwerke AG Mainkur, Frankfurt a.M. (43,1 Mill. DMark), liegen heute zu je mindestens 25 Prozent im Portefeuille der Farbenfabriken Bayer und der Badischen Anilin- & SodaFabrik und auch die Farbwerke Hoechst besitzen ein paar Prozent. D.h.: die drei grossen Nachfolgesellschaften besitzen die Mehrheit bei Cassella, so dass wir uns mit dieser Firma nicht mehr zu beschäftigen brauchen.

Bleiben also die grossen Drei, deren jede, Bayer, Hoechst und BASF, einen vielgliedrigen Konzern repräsentiert.

Wenn man die tränenfeuchten Blätter jener Kapitel umwendet, in denen der Chronist des IG-Farben-Erbes vom grossen Nachkriegsleid des Konzerns und seiner zu Unrecht unter Anklage gestellten Direktoren berichtet, gewinnt man den Eindruck: hier ist etwas nie wieder Gutzumachendes geschehen. So gross und mächtig der Farbentrust auch war, das kann er nicht überleben, und wenn seine Nachfolgesellschaften sich auch als lebensfähig erweisen sollten, in ihrer Summe werden sie die frühere Bedeutung nicht zurückgewinnen.

Wenn etwas Richtiges an diesen Überlegungen sein sollte – und das ist immerhin denkbar –, so aber nur deshalb, weil die ausserhalb des Konzernverbandes stehende Industrie sich noch kräftiger erholt hat als die Nachfolge-Institute der IG.

Doch beschränken wir uns einmal auf diese, die Erben der IG Farbenindustrie AG.

Im Jahre 1955 erreichte der Umsatz der BASF einschliesslich ihrer reinblütigen Töchter 1'365 Mill. DMark (1956: 1'498 Mill.), der Hoechst-Umsatz 1'270 Mill. DMark und der Umsatz bei Bayer 1'437 Mill. DMark. Insgesamt also vereinigten die Drei Grossen einen Umsatz von 4'072 Mill. DMark auf sich, was einem Anteil von reichlich 30,75 Prozent des westdeutschen Gesamtumsatzes in der Sparte «Chemische Industrie» entspricht.

Der Anteil der big three an der Arbeitskraft, die Ende 1955 im Dienste der westdeutschen Chemie stand, war sogar noch etwas grösser: Die BASF beschäftigte 33'319, Hoechst 36'135 (1956 sogar 39'615), Bayer 44'831 (46'826) Menschen. In Summa waren es 114'285 Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts, 31,86 Prozent der westdeutschen Gesamtbelegschaft der chemischen Industrie, darunter zahlreiche Akademiker, die das nach vielen tausend Einzelpositionen zählende Produktionsprogramm und die Aufgaben des Vertriebs, der Werbung, der Instandhaltung der Werksanlagen usw. für ihre Realisierung in Anspruch nahmen.

Im groben Umriss also stellt die Situation sich heute so dar, dass die Nachfolgeinstitute der IG annähernd ein Drittel der Arbeitskapazität und der Umsatzleistung der chemischen Industrie Westdeutschlands auf sich vereinigen, noch einfacher: dass sie ein Drittel dieses Gewerbszweiges repräsentieren, der, am Umsatz gemessen, die einschneidende Industrie um ein geringes an Bedeutung übertrifft.

Ein Urteil darüber, ob das nun viel oder wenig ist, steht auf ebenso schwankendem Boden wie die Entscheidung, dass dieses Mädchen schöner sei als jenes. Der eine meint dies, der andere das; weil der eine zuerst auf die Beine, der andere aufs Gesicht, der dritte aufs fetthaltige Gewebe blickt, um der Lieblichkeit der Anwärterinnen auf den Schönheitspreis innezuwerden.

Doch wenn wir auch auf ein kategorisches Urteil verzichten – was die IG-Nachfolge betrifft –, können wir doch die Frage aufwerfen, ob die Erben so klug mit ihrem Pfunde gewuchert haben, dass sie sich mit dem Erblasser, dem «Staat im Staate», messen können.

Wir wählen für den Vergleich das Jahr 1940 und lassen uns von einem Börsenhandbuch berichten, wie es damals, als die IG eine zweifellos kriegsentscheidende Rolle spielte, mit dem Farben-Trust aussah. Es heisst da: «Entwicklung 1940: Die in den Werken der Firma in jahrzehntelangen, wagemutigen und zähen Anstrengungen vornehmlich auf synthetischem Wege neuentwickelten Erzeugnisse, wie Stickstoffverbindungen, Leuna-Benzin, IG-Leichtmetalle, Vistra-Zellwolle, IG-Kunststoffe und der deutsche Kautschuk «Buna» sollten im Wesentlichen der Erweiterung und Verbesserung der allgemeinen Güterversorgung dienen. Die stärkste Rechtfertigung erfahren diese Leistungen jedoch jetzt im Einsatz und in der Bewährung dieser Stoffe im deutschen Schicksalskampf, dessen Notwendigkeiten die Arbeit des Unternehmens im vergangenen Jahr bestimmt haben. Auch nach Kriegsbeginn wurden noch

zahlreiche neue Erfindungen technisch und wirtschaftlich nutzbar gemacht.

Im Dienste der Rüstung und des Vierjahresplans hat die Firma neue grosse Investitionen vorgenommen und dadurch die Leistungen und den Geschäftsumfang des Unternehmens beträchtlich erhöht. An die finanzielle Leistungsfähigkeit wurden entsprechend grosse Anforderungen gestellt. – Um die Steigerung der Ausfuhr war die Firma ständig bemüht. Der Auslandsumsatz hat sich im Gesamtwert bemerkenswert gut gehalten. Kriegsbedingten Ausfällen im Überseegeschäft stand eine erhöhte Ausfuhr nach einer Reihe von europäischen Ländern gegenüber. – Bei der planmässigen Neuordnung des europäischen Gross-Wirtschaftsraums ergaben sich für das Unternehmen auf dem Chemiesektor wichtige Aufgaben, die es erfolgversprechend in Angriff genommen hat. – November 1941 Gründung der «Francolor», Paris.»

Man würde die Wirkung des Liedes, das der Barde des Börsengeschäfts auf den industriellen Beitrag der IG Farben zum deutschen Schicksalskampf anstimmte, nur abschwächen, wollte man diesen Zeilen ein Wort des Kommentars hinzufügen. Der Farben-Trust stand 1940 auf der Höhe seiner Leistungskraft: einer der grössten Rohstofflieferanten des Materialkrieges, ein Machtfaktor in den rastlosen Bemühungen des Dritten Reiches, jene «planmässige Neuordnung des europäischen Grosswirtschaftsraums» zu realisieren, die die «Tat» als Idee längst schon vorweggenommen hatte, ehe die Idee zur Tat fortschreiten konnte.

Eine gewisse Beweiskraft wird man dem Vergleich der Bilanzzahlen von 1940 mit denen von 1955 also wohl zumessen können, und da ergibt sich nun folgendes Bild:

<i>IG Farbenindustrie</i> 1940	<i>IG-Nachfolger</i> 1955	
	<i>Grundkapital</i>	DMark
	BASF	510,00 Mill.
	Bayer	387,70 Mill.
	Hoechst.....	385,00 Mill.
763,2 Mill. RMark 100,00	zusammen.....	1282,70 Mill. 168,07
	<i>Anlagevermögen</i>	DMark
	BASF	718,97 Mill.
	Bayer	777,11 Mill.
	Hoechst.....	575,94 Mill.
606,45 Mill. RMark 100,00	zusammen.....	2072,02 Mill. 341,66
	<i>Rücklagen</i>	DMark
	BASF	175,24 Mill.
	Bayer	189,20 Mill.
	Hoechst.....	195,74 Mill.
241,11 Mill. RMark 100,00	zusammen.....	560,18 Mill. 233,33

<i>IG Farbenindustrie</i> 1940	<i>IG-Nachfolger</i> 19 55	
	<i>Eigene Mittel</i>	DMark
	BASF	723,70 Mill.
	Bayer	637,68 Mill.
	Hoechst.....	647,42 Mill.
1063,06 Mill. RMark	zusammen.....	2008,80 Mill.
<u>100,00</u>		<u>188,06</u>

Deckung des Anlagevermögens durch die Eigenmittel

175,29 Prozent

96,95 Prozent

	<i>Bilanzsumme</i>	DMark
	BASF	1362,18 Mill.
	Bayer	1446,63 Mill.
	Hoechst.....	1125,58 Mill.
1868,39 Mill. RMark	zusammen.....	3934,39 Mill.
<u>100,00</u>		<u>210,58</u>

Wie die Dinge Ende 1955 standen, war die Kapitalausstattung der IG-Nachfolger noch nicht so weit gediehen, wie sie hätte sein sollen. Das Grundkapital der drei Erben war nur um zwei Drittel grösser als das Aktienkapital der alten IG Farben – was angesichts der Preisentwicklung, die sowohl die Anlagegüter als auch die Rohstoffe der chemischen Industrie betroffen hat, bei Weitem nicht ausreichte, um den Anforderungen zu genügen, die die Bilanzkritik an den Status einer Firma stellen muss.

Freilich haben die Erben bedeutende Rücklagen machen und dergestalt ihre Eigenmittel beträchtlich erhöhen können. Aber auch damit haben sie es nicht geschafft, die muskelstrotzende Finanzkraft, die den Erblasser auszeichnete, auch nur annähernd wiederherzustellen. Bei der alten IG verhielt es sich so, dass die Eigenmittel das Anlagevermögen um reichlich 75 Prozent überdeckten. Das war schon ein luxuriöser Status, der sich mit den Gesetzen der Wirtschaftlichkeit kaum mehr vertrug und bis zu einem gewissen Grade den Notstand der Zeit, d.h. den Mangel an Anlagemöglichkeiten zum Ausdruck brachte. Bei den Nachfolgern sehen wir nun, dass sowohl bei Hoechst (+24,11 Prozent) als auch bei BASF (+6,58 Prozent) eine Überdeckung des Anlagevermögens stattfindet, während allerdings Bayer (um 17,94 Prozent) hinter dem Soll zurückbleibt, das die Bilanzkritik fordert; so dass in der Summe die Eigenmittel der Grossen Drei nicht ganz an den Eichstrich herankommen (-3,05 Prozent), den der Bilanzpedant erreicht oder überschritten sehen möchte.

Des Pudels Kern ist natürlich das Anlagevermögen, das – DMark gleich RMark gesetzt – Ende 1955 mit fast dem Dreieinhalbfachen des Betrages zu Buch stand, der 1940 ausgewiesen worden war. Hätten die IG-Farben-Erben nicht so kräftig investiert (und abgeschrieben), wie sie glaubten, tun zu sollen und vor ihren Aktionären verantworten zu können, so würde das Bilanzbild freilich etwas anders aussehen.

*Investierungen und Abschreibungen der IG-Nachfolger ohne
Tochtergesellschaften*

	Investition Mill. Mark	1954 Abschreibungen		Investition Mill. Mark	1955 Abschreibungen	
		Mill. Mark	Prozent der In- vestition		Mill. Mark	Prozent der In- vestition
BASF	179,44	87,13	48,56	280,01	103,67	37,02
Bayer	193,06	89,24	46,22	239,10	127,04	13,13
Hoechst	105,93	50,32	47,50	166,11	67,01	40,34
zusammen	478,43	226,69	47,38	685,22	297,72	43,45

Ob den Aktionären damit im Endeffekt gedient wäre, ist eine offene, vielfach schon diskutierte und niemals schlüssig beantwortete – vielleicht auch nicht endgültig zu beantwortende – Frage. Ein Problem allerdings, das insofern keine echte Streitfrage aufwirft, da je weiter der Aktienbesitz gestreut, desto schrankenloser die Omnipotenz der Verwaltung ist. Und die Verwaltung wird sich in aller Regel dahin entscheiden, die produktive Substanz «ihres» Unternehmens zu mehren, das heisst, zu investieren: als Schrittmacher des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts im Kampf mit der Konkurrenz das Anlagevermögen zu steigern, sei's auch auf Kosten der Aktionäre und, da ja die Abschreibungen als Aufwendungen im Preis «wieder hereinkommen» müssen, ganz sicher auf Kosten der Verbraucher. Doch wie man die Investitionspolitik der Grossunternehmen auch beurteilen mag – die Aktionäre und die Verbraucher teilen in diesem Punkte nicht immer die Auffassung der Verwaltungen, und wenn sich die beamteten Hüter des Wirtschaftswunders ihre Gedanken über die Lohn-Preis-Spirale machen, stossen sie bei einigem Glück vielleicht auch auf die Problematik der Investitionen – dies eine steht jedenfalls fest: Höhe und Qualität der Anlagen, die die Drei Grössten der chemischen Industrie nach der Währungsreform gemacht haben, können uns durchaus als Massstab dienen, an dem sich ihre Bedeutung ablesen lässt.

Es geht da in der Tat um bedeutende Werte. Denn sicherlich haben die drei grossen IG-Farben-Nachfolger – einschliesslich der Mittel, die die IG Farben bis zur Entflechtung anlegte – seit dem X-Tag etwa 3,1 bis 3,2 Milliarden DMark in den Wiederaufbau, die Modernisierung und Erweiterung ihrer Anlagen gesteckt, ganz davon zu schweigen, was sie den Vertriebsorganisationen im In- und Ausland und der Erwerbung namhafter Beteiligungen in Brasilien, Argentinien, Chile, den Vereinigten Staaten, Schweden, der Schweiz und Österreich zugewendet haben. Für die Zeit von 1952 bis 1955 errechnet sich für die BASF, Bayer und Hoechst ein Investitionsaufwand von annähernd 1,8 Milliarden DMark, von dem allein auf die zweite Hälfte der Vierjahresperiode ein Betrag von 1'163,7 Mill. DMark entfällt. In diesen Summen sind die oft recht beträchtlichen Investitionen der Tochtergesellschaften nicht einmal enthalten, die beispielsweise bei den beiden hundertprozentigen Hoechst-Töchtern Knap-

sack-Griesheim AG und Kalle & Co AG im Jahre 1954 auf 27,9 Mill. DMark und 1955 auf 67,6 Mill. DMark aufliefen und die, um ein anderes Beispiel zu nennen, die beiden Gesellschafter der Rheinische Olefinwerke GmbH, die BASF und die Deutsche Shell AG, bis 1957 oder 1958 mit einem weit über der 100-Millionen-Grenze liegenden Betrag in Anspruch nehmen dürften.

Wenn wir die Vorgänge des Jahres 1956 besser als zur Stunde überblicken können, werden wir wahrscheinlich feststellen, dass die drei grossen Nachfolgesellschaften der alten IG seit 1952 nicht weniger als 2,5 bis 2,6 Milliarden DMark investiert haben und dass die von ihnen und ihren Tochtergesellschaften seit der Währungsreform getätigten Anlagen eher über als unter der 3-Milliarden-Grenze liegen. Vermutlich werden wir aber auch hören, dass die Lawine der Investitionen weiterrollt.

Die Macht, die sich in den Händen der drei Nachfolgeverwaltungen zusammenfasst, deren Unternehmen in einigen Produktionsgebieten freilich miteinander konkurrieren, andererseits aber durch ein System gemeinsamer Beteiligungen miteinander in Verbindung stehen, ist sicherlich nicht geringer, als die Macht der alten IG zu jener Zeit war, da sie den Wirtschaftsjournalisten im Mosse-Haus als ein «Staat im Staate» galt. Der zentralistische Staat freilich, den die IG Farbenindustrie darstellte, ist zerschlagen: aufgelöst in drei Stammesherzogtümer, ein rheinisches, ein mainfränkisches und ein pfälzisches, die nach dem Grundsatz des extremen Föderalismus, zu dem sie sich bekennen, völlig getrennt agieren – wiewohl sie, das lässt sich nicht leugnen, durch eine Fülle sachlicher und personaler Beziehungen miteinander kommunizieren, vor allem aber durch die zahlreichen Interessen solidarisch verbunden sind, die sie dem Markt, dem Staat, der Hochfinanz und nicht zuletzt auch der misera plebs der Aktionäre gegenüber vertreten.

Einen IG-Farben-Minister von der Art des seligen Warmhold und eine Graue Eminenz, die, wie der Geheimrat Hermann Schmitz, die Regierung im Sinn der Chemie im Allgemeinen und der IG im Besonderen beriete – das gibt es allerdings nicht mehr.

Oder etwa doch?

Nun, unser Atomminister, der von Dezember 1953 bis Mitte Oktober 1956 das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen verwaltet hatte, der um die Theorie und Praxis der Elektrochemie hochverdiente Dr.-Ing. Siegfried Balke – in sachlicher Hinsicht der Mann, der geradezu prädestiniert scheint, vom Ministersessel aus die friedliche Anwendung der Atomenergie zu steuern – ist, genau besehen, nur ein 49prozentiger Hoechst-Repräsentant. Denn in eben dieser Höhe ist die Farbwerke Hoechst AG an der bedeutenden Wacker Chemie GmbH, München (StK 40 Mill. DMark), beteiligt, während die entscheidenden 51 Prozent in den Händen der Dr. Alexander Wacker Familiengesellschaft mbH liegen.

Der methodisch denkende Soziologe könnte fast vermuten, es walte ein System in der Auswahl der Bundesminister, die nach dem Willen der Regierungsspitze den

Kontakt zwischen Wirtschaft und Staatsführung herstellen. Denn alle haben das eine Moment gemeinsam: sie sind keineswegs von der höchsten Stufe der wirtschaftlichen Hierarchie ins Kabinett hinübergewechselt.

Da ist zuerst Dr. Balke – wie gesagt: der leitende Mann einer der vielen Gesellschaften, an der die grosse Farbwerke Hoechst AG beteiligt, in diesem Fall aber nur zu 49 Prozent interessiert ist.

Da treffen wir zum zweiten Dr. Hans-Christoph Seebohm, vor seinem Eintritt ins Bundeskabinett Geschäftsführer bei der C. Deilmann Bergbau GmbH, einem zwar recht bedeutenden und überaus regsamen Unternehmen, das aber keineswegs zu den ganz grossen Firmen auf dem Gebiet der Erdölförderung gehört.

Der Bundesminister für Wohnungsbau, drittens, Dr. Viktor Emanuel Preusker, amtierte vor seiner Ministerzeit als Volkswirt der Hardy & Co GmbH, eines Bankhauses mittlerer Grösse, an dem die Dresdner-Bank-Gruppe nur noch zu gut einem Drittel, dafür aber auch die Grossen des Industriekapitals, von Persil bis Quandt und von Henckel von Donnersmarck bis zu den Thyssens, beteiligt sind.

Dr. Würmeling endlich ist nur insofern als Repräsentant der OHG Werhahn zu betrachten, als er dem Vorstand der Basalt AG, Linz, angehört, an welcher der Werhahn-Konzern direkt und indirekt mit etwa 35-40 Prozent beteiligt ist.

Der vertraute Berater des Kanzlers, der, was den materiellen Hintergrund und die persönliche Autorität betrifft, allenfalls mit dem Geheimrat Schmitz verglichen werden kann, Dr.h.c. Robert Pferdenges, vertritt das Bankfach und steht sowohl der Versicherungswirtschaft wie der Schwerindustrie nahe.

Die vier Herren dagegen, die als genaue Kenner die sachlichen Belange der Wirtschaft im Bundeskabinett zur Sprache bringen können, kommen nicht aus Machtpositionen, die auch nur im Entferntesten an die Stellung heranreichen, die dereinst der IG-Farben-Professor Warmbold innegehabt hat. Einer der vier ist Dr. Balke – wenn man so sagen darf: ein achtkarätiges Glied in der Kette des Hoechst-Konzerns. Aber auch in dieser Legierung überwiegen die Qualitäten des Edelmetalls die minderen Eigenschaften der Beimischung.

In weitem Abstand auf die drei legitimen Erben des Farben-Trusts – die, wenn alles nach Wunsch geht, noch eine Ausschüttung in Höhe von 135 Mill. DMark aus der Hinterlassenschaft des Giganten erwarten dürfen – folgt in der Skala der Grossunternehmen die Chemische Werke Hüls AG.

Nicht dass die IG nichts mit der Firma zu tun gehabt hätte, die 1956 eine 13'300-köpfige Belegschaft beschäftigte, von der Währungsreform bis Ende 1956 insgesamt 333.5 Mill. DMark investieren konnte und in dem fünfjährigen Zeitraum 1952-1956 nicht weniger als für 1,86 Milliarden DMark, davon in den Jahren 1955-1956 für 427,5 bzw. 470 Mill. DMark umsetzte. Im Gegenteil, dieses Ruhrgebietsunternehmen, dessen Bedeutung durch jede der genannten Ziffern illustriert wird, wurde im Mai 1938 unter starker Beteiligung der IG mit der Zweckbestimmung gegründet, nach besten Kräften zur Versorgung des damals schon Grossdeutschen Reiches mit synthetischem

Kautschuk beizutragen: von den 50 Mill. RMark des Stammkapitals – die Chemische Werke Hüls AG war als GmbH konstituiert worden – übernahmen die IG Farbenindustrie 74, die staatseigene Bergwerksgesellschaft Hibernia 26 Prozent. Und bei diesem Verteilungsschlüssel blieb es auch, als das Gesellschaftskapital 1940 auf 80, 1942 auf 120 Mill. RMark erhöht wurde.

Durch elf direkte, darunter fünf schwere Luftangriffe stark angeschlagen, erlebte Hüls das Ende des Krieges. Zwar hatte das Werk, das im November 1945 unter britische Kontrolle gestellt wurde, die Buna-Erzeugung schon im Juni 1945 wieder aufnehmen können, aber zehn Tage nach der Währungsreform verboten die Alliierten die Produktion, offenbar da sie glaubten, dass deutschen Reifen aus synthetischem Kautschuk Eigenschaften innewohnten, die den Frieden der Welt oder doch mindestens die Sicherheit ihrer Soldaten gefährden könnten. Um das Ärgernis vollends aus dem Wege zu räumen, wurde noch am 19. September 1949 die Teildemontage des Werks verfügt. Der Spuk währte jedoch nur eine kurze Zeit: Am 1. Dezember des gleichen Jahres wurde die Demontage eingestellt, am 16. auch der Demontagebefehl zurückgenommen, im Mai 1951 erhielt Hüls die Erlaubnis, wieder 500 t Buna – künstlichen Kautschuk – im Monat zu produzieren und im Dezember 1955 erfolgte die Aufhebung aller für Hüls angeordneten Kontrollen, Einschränkungen und Verbote. Gegenwärtig sind neue Synthese-Anlagen im Bau, die mit einer Kapazität von 45'000 jato Buna ausgestattet werden und 140 Mill. DMark kosten sollen. Den Betrieb wird die 1955 gegründete Buna-Werke Hüls GmbH, Marl, übernehmen, an deren Stammkapital (120'000 DMark) die Chemische Werke Hüls AG mit 50 Prozent, Bayer, BASF und Hoechst mit je $16\frac{2}{3}$ Prozent beteiligt sind.

Doch blenden wir wieder ein paar Jahre zurück.

Drei Tage nachdem die Alliierten dem Unternehmen die volle Freiheit, zu produzieren, zu investieren und zu bauen, zurückgegeben und auch die Gesellschafter in ihre Rechte wieder eingesetzt hatten, am 19. Dezember 1955, trat die Gesellschaftsversammlung der GmbH zusammen, auf der die IG Farben-Industrie durch ihre Liquidatoren vertreten war.

Hier wurde die GmbH in eine AG umgewandelt und uno actu die Neuverteilung der Kapitalanteile vorgenommen:

Die IG Farbenindustrie AG i.L. (= in Liquidation) gab 24 Prozent, die Hibernia 1 Prozent ihrer Aktien ab, so dass jene noch 50, diese noch 25 Prozent der Hüls-Anteile behielt.

Das 50-Prozent-Paket der IG wurde in eine eigens gegründete AG, die Chemie Verwaltungs-AG, eingebracht, deren Aktien zwar restlos der IG Farbenindustrie gehören, aber für ihre Rechnung von einem Treuhändergremium verwaltet werden. Was die Altaktionäre des Farben-Konzerns angeht, so haben sie als Inhaber von Liquidationsanteilscheinen auch Anteilscheine an der neuen «Hüls-Holding», eben der Chemie Verwaltungs-AG, erhalten, deren Wert aber erst feststeht und sich realisieren lässt, wenn eine Einigung zwischen der IG und allen denen, die (als ehemalige Häft-

linge des Konzentrationslagers Auschwitz) Entschädigungsansprüche an die IG Farbenindustrie AG i.L. angemeldet haben, herbeigeführt worden ist.

Von der zweiten Hälfte der Aktien behielt die Hibernia 25 Prozent; die restlichen 25 Prozent wurden von der Kohleverwertungsgesellschaft mbH, Essen, übernommen, deren Stammkapital (56 Mill. DMark) zu gleichen Teilen der Ruhrgas AG, der STEAG Steinkohlen-Elektrizitäts-AG und der Gelsenberg-Benzin AG, mittelbar also der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, gehört.

Gemessen am Grundkapital rangiert die Dynamit AG, vormals Alfred Nobel & Co, Troisdorf, mit 47 Mill. DMark weit unter der Chemische Werke Hüls AG, die, wie erinnerlich, mit einem Kapital von 120 Mill. DMark ausgestattet ist. Nimmt man jedoch die Bilanzsumme als Norm – dort 265,95 Mill. DMark (i. J. 1955), hier 595,65 Mill. DMark – so ordnen die beiden Unternehmen sich einer Grössenklasse ein, die zwischen den Grossen Drei und den zahlreichen Gesellschaften liegt, die auf Bilanzsummen von 50 bis 150 Mill. DMark kommen.

Sie haben aber nicht nur dieses Charakteristikum, sondern auch die Herkunft gemeinsam. Denn wie bei Hüls, so war auch bei der Dynamit AG die IG Farbenindustrie massgeblich beteiligt. Freilich besass sie nur 45,65 Prozent des Aktienkapitals von 47,125 Mill. RMark. Aber in dieser Minderheitsbeteiligung waren 125'000 RMark Vorzugsaktien enthalten, die sich des hundertfachen Stimmrechts erfreuten, so dass die IG in Tat und Wahrheit die Rechte eines Grossaktionärs geltend machen konnte, der über 71,9 Prozent des gesamten Grosskapitals gebot, de facto also über die qualifizierte Stimmenmehrheit verfügte.

Als es zur Entflechtung kam, wurden die so auffallend hoch privilegierten Vorzugsaktien eingezogen und die 47 Mill. RMark im Verhältnis 1:1, also auf 47 Mill. DMark, umgestellt.

In einem komplizierten Tauschverfahren erhielt die Rheinische Stahlwerke AG, die einerseits zu den Grossaktionären der Vereinigten Stahlwerke gezählt, andererseits aber dem Dominium der IG Farben angehört hatte, 26,55 Prozent der Dynamit-Aktien. Seitdem hat sie ihren Anteil auf 51,5 Prozent erhöht. Neben ihr steht als zweiter Grossaktionär die berühmte Schweizer Maschinen-, Waffen- und Munitionsfirma Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon Bührle & Co, Zürich 11 – praktisch das Ehepaar Bührle-Schalk; denn Emil Bührle-Schalk ist der «unbeschränkt haftende Gesellschafter», Charlotte Bührle-Schalk die einzige Kommanditistin bei «Oerlikon». Die Machtstellung der beiden Grossaktionäre kommt denn auch darin zum Ausdruck, dass Emil Bührle-Schalk als stellvertretender Vorsitzter und der Bergwerksdirektor Rudolf Stöter-Tillmann, Vorstandsmitglied der rheinstahleigenen Arenberg Bergbau GmbH, als Mitglied im Aufsichtsrat der Dynamit AG sitzen.

Ganz strikt darf man die Dynamit AG freilich nicht mehr bei der altangestammten Firma nehmen; denn sie stellt nicht nur Sprengstoffe, sondern zahlreiche andere Produkte her: das Werk Troisdorf betreibt eine Zündhütchen-Fabrik, vor allem aber eine

Kunststoff-Fabrik, deren Produktionsprogramm von der Nitrocellulose bis zum Polyvinylchlorid und zu den verschiedensten gepressten und gespritzten Kunststoff-Fabrikaten reicht.

Das Werk Schlebusch erzeugt industrielle Sprengstoffe und Schwefelsäure, Werk Würgendorf nur industrielle Sprengstoffe, Werk Adolzfurt (Württemberg) Schwarzpulver, Werk Stadeln neben Jagd- und Sportmunition auch Maschinen, darunter zum Beispiel Rechenmaschinen; Werk Rheinfelden endlich ist ein reiner Chemiebetrieb, der Natronlauge und Chlor, Salzsäure, Ätznatron, Chlorkalk, Bleichlauge, Lösungsmittel und Vinylchlorid produziert.

Zu den gesellschaftseigenen Betrieben gesellen sich eine Reihe von Tochterunternehmen, unter denen sich zwar recht eindrucksvolle befinden, doch freilich nicht genug, um mit gutem Gewissen vom «Dynamit-Konzern» zu sprechen.

Beteiligungen der Dynamit AG

1. Gustav Genschow & Co AG, Berlin und Köln (AK 2,069 Mill. DMark), VA 100 Prozent, StA 90,48 Prozent
 - a) Hruby & Co oHG, Hachenburg/Westerwald,
2. Deutsche Pyrotechnische Fabriken GmbH, Clebronn/Wbg. (StK 1,2 Mill. DMark), 100 Prozent
3. Deutsche Jagdpatronenfabrik GmbH, Rottweil a. N. (StK 500'000 DMark), 100 Prozent
4. Dynarohr-Werk GmbH, Mülheim-Ruhr (StK 1 Mill. DMark), 50 Prozent, 50 Prozent bei der Rhein.-Westj. Eisen- und Stahlwerke AG (Rheinstahl-Konzern)
5. Eckert & Ziegler GmbH, Weissenburg/Bayern (StK 300'000 DMark), 100 Prozent
6. Rheinisches Spritzgusswerk GmbH, Weissenburg/Bayern (StK 200'000 DMark), 100 Prozent
7. Dynamit Nobel Saarwellingen GmbH, Saarwellingen (StK 600 Mill. ffrs), 58 Prozent
8. Sprühtechnik GmbH, Rheinfelden/Bad. (StK 20'000 DMark), 100 Prozent
9. Prof. Dr. Paul Müller Stiftung GmbH, Troisdorf (StK 5'000 DMark), 100 Prozent

Anders verhält es sich mit der Wasag-Chemie AG, Essen, die zwar nur mit einem Grundkapital von 10 Mill. DMark ausgestattet ist, aber dennoch als Spitze eines bedeutenden und recht unternehmungslustigen Konzerns gelten kann.

Fragt man, was eigentlich der rätselhafte Name der Firma bedeutet, so erhält man gleichzeitig die Geschichte ihrer Entstehung. Die Wasag-Chemie wurde 1943 aus der «Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft, Chemische Fabriken Westfalit» zunächst als GmbH mit der Bestimmung ausgegründet, die zivilen Fertigungszweige ihrer Schwestergesellschaft zu übernehmen. Die Umgründung zur Wasag-Chemie AG (AK 25 Mill. RMark) erfolgte am 29. Februar 1944.

Da reichlich 56 Prozent ihres Grundkapitals von verschiedenen IG-Farben-Töchtern, namentlich der Ammoniakwerk Merseburg GmbH gehalten wurden, teilte sie nach dem Kriege natürlich das Entflechtungsschicksal des Farben-Trusts. Aber sie brachte nicht viel mehr in die Liquidationsmasse ein, denn natürlich wurden die Wer-

rke in der Sowjetzone: Reinsdorf, Coswig und Elsnig entschädigungslos enteignet und mit den sowjetzonalen Beteiligungen der AG der Chemischen-Fabriken Pommerensdorf-Milch gingen auch deren sowjetzonale Produktionsstätten in Oranienburg und Stettin, Pommerensdorf und Salzwedel verloren.

Die ihr im Westen verbliebene Substanz – das Sprengstoffwerk Sythen bei Haltern und der Krefelder Betrieb einer Tochtergesellschaft, der Zünderwerke Ernst Brün GmbH – liessen die Anordnung der Alliierten Hochkommission, das Wasag-Kapital im Verhältnis 5:2 auf 10 Mill. DM zusammenzulegen, mindestens gerechtfertigt erscheinen.

Aber bald folgte wieder Sonnenschein auf den Regen.

Im Jahre 1955 trat die Dynamit AG – vielleicht nicht ganz freiwillig – ihren 60prozentigen Anteil an der Rheinische Gummi- und Celluloidfabrik AG, Mannheim-Neckarau, sowie ihren 65prozentigen Anteil an der J.F. Eisfeld GmbH, Dörten-Kunigunde an die Wasag ab und gab als Gesellschafter ihre Einwilligung dazu, dass das Werk Neumarkt der Deutsche Pyrotechnische Fabriken GmbH von der Wasag erworben wurde.

Der Anfang war gemacht. Unter der energischen Führung Bertholds von Bohlen und Halbach, der inzwischen die Mehrheit der Wasag erworben hatte und zum 1. Juli 1953 in den Vorstand der Firma eingetreten war – der zweite Grossaktionär der Wasag ist das Bankhaus Hardy & Co –, durchlief die Wasag eine steil aufstrebende Entwicklung: Sie steht durch ihre 50prozentige Beteiligung an der Rhein-Plastic-Rohr GmbH, Mannheim (StK 8 Mill. DMark), mit der Phoenix-Rheinrohr AG, über die Nitrochemie GmbH, München, von deren 4 Mill. DMark Kapital sie 75 Prozent besitzt, mit der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft mbH in Verbindung und teilt sich mit der zum RWE-Komplex gehörenden Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG in den Besitz der Stickstoff werke Krefeld GmbH, die erst im März 1957 mit einem Stammkapital von vorläufig 5 Mill. DMark gegründet wurde. Gemeinsam mit der Krupp Kohlechemie GmbH (51 Prozent) unterhält die Wasag (49 Prozent) die Chemische Forschungsgesellschaft mbH, Wanne-Eickel (StK 100'000 DMark) – wohl zu unterscheiden von der Chemische Studiengesellschaft mbH, Essen, deren Stammkapital (20'000 DMark) restlos in Wasag-Besitz ist. Der agile Bruder des Krupp-Erben hat aber auch neue Fäden zum Ausland geknüpft – so ist die Celatino SA, die mittelamerikanische Tochter der mächtigen Celanese Corporation of America, zu 30, die Wasag direkt und indirekt zu 70 Prozent an der Rheinische Polyester-GmbH, Mannheim (StK 630'000 DMark) beteiligt; die Wasag besitzt ferner einen Anteil an der Ferplex Chemicals Inc., New York, und teilt sich mit der Brüsseler Firma Poudrierie Royale de We Heren, Cooppal & Cie in den Besitz und Betrieb der Recherches Chimiques SA, Brüssel – so dass also die Wasag neuen Stils über nicht weniger als drei Forschungsinstitute verfügt: ein hundertprozentig eigenes, eins in Gemeinschaft mit Krupp und eins zusammen mit einer belgischen Sprengstoff-Firma.

Bemerkenswert ist die Neigung zur stärkeren Konzentration des konzerneigenen Besitztums. Die Zünderwerke Ernst Brün GmbH ist längst in eine Krefelder Zweig-

niederlassung der Wasag umgewandelt worden, und im Frühjahr 1957 wurde beschlossen, die Superphosphat-Fabrik Nordenham AG, an der die Wasag direkt zwar nur zu 1,8 Prozent, über die Guano-Werke AG, Hamburg (52,5 Prozent) und die Union Fabrik Chemischer Producte, Nordenham (53 Prozent), aber zu 76,3 Prozent beteiligt ist, mit der Guano-Werke AG zu fusionieren, deren Kapital im Zuge dieser Transaktion von 5,6 Mill. DMark auf 6,275 Mill. DMark erhöht werden soll.

An sonstigen Beteiligungen ist noch zu erwähnen: die Schäfer & Flottmann GmbH, Essen (StK 120'000 DMark), die zur Hälfte der Wasag gehört, und die Hüttenchemie GmbH, Mannheim (StK 1 Mill. DMark), an der die Wasag, die Guano-Werke AG und die Oranienburger Chemische Fabrik AG, Hamburg (AK 300'000 DMark), von deren Aktien wiederum 38,72 Prozent bei den Guano-Werken liegen, zu je 25 Prozent beteiligt sind.

Die Mehrheit an diesem nicht ganz unkompliziert gebauten Konzern besitzt, wie gesagt, Berthold von Bohlen und Halbach. Ob allein oder in Gemeinschaft mit seinem 1956 aus russischer Gefangenschaft heimgekehrten Bruder Harald soll dahinstehen. Da aber im März 1957 die Juridwerke AG, deren Aktien sich vollzählig im Besitze Bertholds befanden, zur Bohlen-Industrie AG, Glinde bei Hamburg, umgegründet wurde (AK 8,8 Mill. DMark), die künftig den Brüdern Berthold und Harald als gemeinsame Holding ihren industriellen Interessen dienen soll, da in diese Holding die Wasag-Mehrheit sowie das Stammkapital der Juridwerke GmbH (7,6 Mill. DMark) – der grössten westdeutschen Produzentin von Bremsbelegen – eingebracht wurden, da ferner beide Brüder je 20 Prozent des Aktienkapitals (von 20 Mill. DMark) der Capito & Klein AG besitzen, die sie wohl auch in die Holding einbrachten, kann man wohl annehmen, dass Berthold schon lange das Interesse des gefangenen Bruders wahrgenommen hat und dass die Bekundungen brüderlicher Sorge in der Errichtung der Bohlen-Industrie AG nur ihre letzte, sichtbare Manifestierung gefunden haben.

Aber das mag nun das Familiengeheimnis der Bohlen und Halbachs bleiben.

Interessant ist nur, wie sich das Erbe der IG Farben verteilt hat: Der Löwenanteil fiel an die drei grossen Nachfolgeinstitute, die rheinisch-mainisch-pfälzischen Chemieherzogtümer, die den Staat im Staat abgelöst haben; bei Hüls hat die Ruhrbergbau, vertreten durch eine bundeseigene Zechengesellschaft und ein Gemeinschaftsunternehmen des privaten Bergbaus, sich wenigstens die Hälfte der Anteile gesichert – bisher; die Mehrheit bei der Dynamit AG liegt in den Händen von Rhestahl und Oerlikon; die Majorität bei der Wasag haben die Brüder Alfred Krupps – Berthold und Harald von Bohlen und Halbach – in ihre gemeinsame Holding eingebracht.

Die Verzahnung zwischen Chemie und Montanindustrie ist unverkennbar ein Signum unserer Wirtschaftsepoche. Dafür liessen sich zahlreiche weitere Beispiele anführen als die bisher schon genannten: der Übergang der qualifizierten Minderheit bei der Rütgerswerke AG in die Pläne der Klöckner-Erben (Klöckner & Co), die Zu-

sammenarbeit der BASF und der Shell auf dem Gebiete der Petrochemie, das Produktionsprogramm der Ruhröl GmbH und vieles andere mehr. Und ebenso unverkennbar scheint uns, dass eher die Montan- als die chemische Industrie heute den Anspruch erheben kann, als Staat im Staate aestimiert zu werden.

Dennoch ist die Machtkonzentration, die uns in den Grossunternehmen der Chemie begegnet, recht beachtlich. Denn zieht man die Bilanz aus der Nachkriegsentwicklung, so tritt das folgende Bild vor Augen:

Von den 1902 Unternehmen der chemischen Industrie Westdeutschlands, die 1955 rd. 358'700 Belegschaftsmitglieder zählten und einen Umsatz von 15,241 Milliarden DMark erzielten,

entfielen auf 18 Gesellschaften etwa 200'000 Arbeiter und Angestellte (= 56 Prozent) und Umsätze in Höhe von 8,1 Milliarden DMark (= 61 Prozent);

von diesen 18 aber vereinigten ihrer drei – die Grossen Erben des Farben-Trusts – 114'300 Werk tätige (= 32 Prozent) und einen Umsatz von knapp 4,1 Milliarden DMark (=31 Prozent) auf sich.

Etwas vereinfachend kann man auch sagen: ein knappes Drittel der Umsätze entfällt auf drei Grossunternehmen, das zweite, ebenfalls knappe Drittel auf fünfzehn Gesellschaften, von denen die eine oder die andere zum Konzern einer der Grossen Drei gehört, das letzte, zugestandenermassen starke Drittel steuern die «übrigen» 1'884 Unternehmen zum Umsatz der Chemischen Industrie Westdeutschlands bei.

Die Entflechtung des Farben-Trusts hatte freilich den Erfolg, dass nicht mehr *ein* Grossunternehmen, das selbst von einem sanften Regierungsblatt als «Staat im Staate» apostrophiert wurde, sondern dass ihrer drei, die Nachfolgesellschaften, ein Drittel der Chemieumsätze (1956 waren es 31,7 Prozent) kontrollieren. Nur wird dieser Erfolg durch die fatale Konsequenz der von den Alliierten befohlenen und argusäugig überwachten Entflechtungsprozedur ein wenig in Frage gestellt, dass an die Stelle der 137'500 Altaktionäre eine sehr viel kleinere Zahl finanzstärkerer Anteilseigner getreten ist, in deren Händen sich die Aktien der Nachfolgeinstitute zusammenfassen. Aber das ist im Zusammenhang dieser Betrachtung nicht einmal von entscheidender Bedeutung.

Symptomatisch für unser Wirtschaftsschicksal und von entscheidender Bedeutung für den Bereich der Chemiewirtschaft, zu dem, notabene, nicht nur die Erzeuger, sondern auch vielerlei Verbraucher, vom industriellen Verarbeiter bis zum Endverbraucher chemischer Erzeugnisse, zählen, sind vielmehr zwei andere Dinge:

Zum ersten der Umstand, dass heute wieder wie eh und je eine Handvoll grosser und grösster Firmen eine absolute marktbeherrschende Rolle spielen, unter denen drei oder vier oder sei's auch ein halbes Dutzend – ohne dass sie Abreden treffen oder zu treffen brauchen – die Funktion der «price leadership», der «Preisführerschaft», ausüben;

zum zweiten die Tatsache, dass die drei grössten Unternehmen seit der Währungsreform etwa 3,2 Milliarden DMark investieren und diese Anlagen schätzungsweise

zur Hälfte durch Abschreibungen, d.h. da Abschreibungen als Aufwendungen in die Kostenrechnung eingehen, «über den Preis» finanzieren konnten.

Sicherlich waren die Investitionen und Abschreibungen der kleineren Unternehmen absolut und anteilig geringer als die der big three. Da jedoch die kleinen und mittleren der Preisführerschaft der grossen zu folgen pflegen, läuft das höchstens darauf hinaus, dass ihnen eine sogenannte Differentialrente zufällt. Theoretisch wenigstens. Denn praktisch wird diese Rente dadurch aufgezehrt, dass sie, eben weil sie sich keine im Endeffekt doch immer kostensparenden Investitionen leisten können, teurer produzieren als die finanzstarken Schrittmacher auf dem Gebiet des technischen Fortschritts.

Zusammenfassend: erstens, der Wiederaufbau ist über den Preis finanziert, mit anderen Worten die Kosten des Wiederaufbaus sind zum grossen Teil auf den Verbraucher abgewälzt worden, und zweitens

unter den kostenbestimmenden Momenten spielt die price leadership der Grossen eine entscheidende, wenn auch in Zahlen schwer einzuschätzende Rolle.

Wo bleibt denn aber die Lohn-Preis-Spirale?

Nun nehmen wir zum guten Schluss auch diese Frage ein wenig unter die Lupe.

Für die chemische Industrie Westdeutschlands errechnen sich je *Arbeiterstunde* folgende Zahlen, die dem aufmerksamen Beobachter eine ganze Menge zu sagen haben.

	Löhne Pf		Umsätze DMark		Kohleverbrauch kg SKE		Stromverbrauch kWh	
1950	135,51	100,00	14,04	100,00	13,26	100,00	16,70	100,00
1951	161,21	119,14	18,2	129,06	11,74	88,54	17,17	102,81
1952	169,00	124,90	17,94	127,78	11,88	89,59	19,18	114,85
1953	179,29	132,50	20,01	142,52	12,26	92,46	19,94	119,40
1954	185,53	137,11	21,25		12,65	95,25	21,54	128,98
1955	196,89	145,51	22,87	162,89	12,70	95,76	22,42	134,25
1956	219,42	162,16	24,24	172,65	12,70	95,76	24,08	144,19

Die Löhne sind, das muss zugegeben werden, seit 1950 stark gestiegen; wesentlich stärker aber sind – immer auf die Arbeiterstunde bezogen – die Umsätze gewachsen. Teils weil die Preise – besonders der Schwerchemikalien, wie Salzsäure, Soda, Aetznatron, Aluminiumsulfat u.a. – erhöht werden konnten; teils aber auch, weil dank der Rationalisierungen, die durch die Investitionen erzielt wurden, die Produktivität der Arbeit zunahm, und zwar – das zeigen die beiden letzten Doppelkolonnen unserer Aufstellung – wahrscheinlich schneller wuchs als der Mehrverbrauch an Energierohstoffen, Kohle und Strom, der ja mit Mechanisierung und Automatisierung Hand in Hand zu gehen pflegt.

So schlüssig die Theorie von der Lohn-Preis-Spirale auf den ersten Blick scheint, als so brüchig erweist sich ihre Argumentation auf den zweiten Blick.

Gewiss könnten die industriellen Gewinne höher sein, wenn die Löhne niedriger wären; ob aber auch die Preise dem Zurückbleiben oder dem relativen Absinken folgen würden, ist eine ganz andere Frage. Denn die Preise werden im Markt «gemacht» und hier entscheidet immer der Stärkere, der Preisführer, der beileibe nicht stets auch der Produzent sein muss, sondern – das zeigt sich am Beispiel der Grundstückspreise, der Preise für Kunstgegenstände, kurz überall da, wo das Angebot absolut knapp ist – auch der Verbraucher, der kaufkraftstrotzende Bieter, sein kann.

Eine gewisse Chance aber, das Ziel der Angebotsverknappung anzusteuern und dadurch die Konkurrenz der kaufkräftigen Bieter herauszufordern – man denke doch nur an die Volkswagenkäufer, denen die Herren in Wolfsburg den Brotkorb so hoch wie nur möglich gehängt haben – bietet sich der Industrie in der Intensivierung ihrer Exporttätigkeit. So auch der chemischen Industrie, und wie sie mit diesem Pfund zu wuchern verstand, zeigt unsere Übersicht über den

Auslandsanteil am Umsatz der chemischen Industrie

1950	12,32 Prozent	100,00
1951	17,22 Prozent	139,77
1952	14,42 Prozent	117,05
1953	17,18 Prozent	139,45
1954	19,59 Prozent	119,01
1955	20,22 Prozent	164,12
1956	21,14 Prozent	171,59

Weiss Gott, die Verkaufsdirektoren der chemischen Industrie haben die Hände nicht in den Schoss gelegt. Obwohl der Gesamtumsatz ihrer Firmen sich seit 1950 mehr als verdoppelt hat (1956: 4-113 Prozent), ist der Exportanteil an den Umsätzen um fast Dreiviertel gewachsen. Das schlägt sich nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar, in den Ertragsrechnungen der Unternehmen nieder. Insofern nämlich, als der Export das Inlandsangebot verknappt und damit jenes Moment der Käuferkonkurrenz ins Spiel bringt, das etwa im Markt der neuen wie der gebrauchten Volkswagen nur sichtbarer zutage tritt als in den vielerlei Märkten der chemischen Industrie, hier aber auch dazu beiträgt, die ohnehin grosse Macht der wenigen zu stärken, denen die Rolle der Preisführerschaft zufällt.

Wahrhaftig, die chemische Industrie ist in die Macht zurückgekehrt, wenn es auch heute nicht mehr die IG Farben gibt, der, um mit Erwin-Jan Topf-Bargenhusen zu sprechen, auch der Neid zugestehen musste, dass sie ein Staat im Staate, ja stärker als die Regierung der Weimarer Republik war.

TEXTILINDUSTRIE IM KONJUNKTURSCHIATTEN

Es ist besser, dass einer seines Tuns warte,
dabei er gedeiht, denn sich viel vermesse
und dabei ein Bettler bleibe.

Siracli 10/30

Die Textilindustriellen sind die Stillen im Lande.

Der Schneider wirft den Stoffballen auf den Tisch, entfaltet das Tuch, lässt die Glanzlichter darauf spielen, drapiert es über die Schulter des Kunden, damit er sieht, wie ihm die Farbe zu Gesicht steht, greift fest zupackend ins Gewebe, das elastisch zurückspringt, ohne Knitterfalten zu hinterlassen; dann weist er daraufhin, dass es sich hier um eine englische, dort um eine deutsche Ware handelt, und vielleicht wird er noch hinzufügen, dass dieser Stoff aus Aachen, jener aus Mönchen-Gladbach, ein dritter aus Süddeutschland kommt. Aber damit hat er auch alles getan, was handelsüblich ist. Den Namen des Fabrikanten nennt er nicht, und täte er es, würde der Kunde kaum eine Vorstellung mit der Firma verbinden. Kleider- und Wäschestoffe sind keine Markenartikel oder sie sind es nur in seltenen Fällen. Strick- und Nähgarne kauft man schon längst nach der Marke. Aber die Hersteller der gängigen Gewebe und vollends deren Zulieferanten, die Spinner, Färber, Ausrüster usw., bleiben im Hintergründe verborgen: Sie gehören zu den Unbekannten, die Stillen im Lande, deren Namen über den Kreis ihrer Arbeitnehmer und gewerblichen Kunden selten hinausdringt.

Dabei ist die Textilindustrie, gemessen an der Zahl ihrer Arbeitnehmer, eines der bedeutendsten deutschen Gewerbe. Sie beschäftigte im Durchschnitt des Jahres 1956 nicht weniger als 659'129 Menschen oder 9,14 Prozent aller industriellen Arbeitnehmer und wurde in dieser Hinsicht nur vom Maschinenbau übertroffen, bei dem 784'088 Arbeiter und Angestellte – knapp 11,22 Prozent der industriellen Gesamtbelegschaft des goldenen Westens – in Lohn und Brot standen. Ja, würde man noch die mehr als 500'000 «Mann» der Bekleidungsindustrie hinzurechnen – «Mann» bedeutet in diesem Falle allerdings vorwiegend Frau –, so käme man auf eine Zahl von annähernd 1 Million Menschen (im Januar 1957 waren es 986'801), die in der riesigen terra incognita der Textil- und Bekleidungsindustrie ihr Brot gewinnen.

Es gibt grosse, selbst riesige textilindustrielle Unternehmen, die dennoch weder der breiten Masse der Endverbraucher noch dem nach Millionen zählenden Publikum der am Wertpapierbesitz Interessierten bekannt sind. Zum ersten weil der Konsument ja nur selten mit dem Fabrikanten in Berührung kommt, sondern seinen Kammgarn oder Flanell, die Popeline, das Inlett oder die Betttücher meist schon zu gebrauchsfertigen Erzeugnissen verarbeitet kauft; zum zweiten aber, weil die grösste Zahl der Firmen, auch diejenigen, die in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften konstituiert sind, sich in Familienbesitz befinden: seit Jahrzehnten oder Generationen in der Hand

eines kleinen Personenkreises liegen, dessen Mitglieder kein Interesse daran haben, in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Nicht weil sie etwas zu verheimlichen hätten, sondern weil es zur individualistischen Tradition dieses ältesten deutschen Industriezweiges gehört, möglichst nicht sichtbar in Erscheinung zu treten.

Ob sich das vorteilhaft oder abträglich für das Textilgewerbe auswirkt, ist eine Frage, die auf ein so weites Feld der soziologischen Problematik hinausweist, dass sie mit einem Wort nicht zu beantworten ist. Wir können den Tatbestand nur feststellen und ferner konstatieren, dass die stärker zur solidarischen Interessenvertretung neigenden oder geeigneten, im breiten Publikum der Verbraucher und Effektenbesitzer bekannteren, mit wenigen, einprägsamen Namen indentifizierbaren, der Preisführerschaft der Grossen folgenden Industriezweige wesentlich engeren Anschluss an die Mengen-, namentlich aber an die Preiskonjunktur des Wirtschaftswunders gefunden haben, als zu ihrer eigenen Überraschung just die Textil- und die Bekleidungsindustrie herstellen konnte.

Denn so verhält es sich in der Tat: Die Textilindustrie stellte im Jahre 1956 zwar 9,14 Prozent aller industriellen Arbeitnehmer Westdeutschlands und trug zur Gesamtzahl der industriellen Arbeiterstunden sogar noch etwas mehr, nämlich 9,25 Prozent, bei – worin sich erweist, dass sie bis zu einem gewissen Grad an der Vollbeschäftigung partizipierte –, ihre Umsätze dagegen blieben mit 7,79 Prozent der westdeutschen Industrieumsätze weit hinter dem Durchschnitt und so auch hinter den Erwartungen zurück, die die Textilindustriellen in den Flitterwochen der Nachholkonjunktur gehegt hatten. Die Entwicklung versagte ihnen nicht nur die Erfüllung ihrer Hoffnungen, sondern brachte ihnen die Enttäuschung, dass ihr Gewerbe, das, am Arbeitsaufwand gemessen, an zweiter Stelle in der Skala der Industrien rangierte, dem Umsatz nach die vierte Stelle erreichte: an erster Stelle stand 1956 die Ernährungsindustrie, in weitem Abstand gefolgt vom Maschinenbau, dann kam die eischaffende und dann erst die Textilindustrie.

Es ist nicht leicht, sich ein Bild des vielschichtigen Vorgangs zu machen, der dahin geführt hat, dass sich die Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie seit 1950 von Jahr zu Jahr verschlechtert hat, während die Situation der Gesamtindustrie sich beständig verbesserte, der Bergbau und die Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrien sogar einen einzigartigen Aufschwung erlebten, in dessen Gefolge sie sich auch strukturell zu festigen vermochten.

Würde man nur die Umsatzergebnisse der verschiedenen Industriezweige einander gegenüberstellen, so würde nicht viel dabei herauskommen; nicht viel mehr jedenfalls als etwa der Einwand der schwerindustriellen Interessen-Vertreter: ja freilich seien die Umsätze des Kohlenbergbaus, der eischaffenden Industrie, des Maschinenbaus usw. gestiegen, aber noch stärker hätten sich die Kosten erhöht, und namentlich setzte ihnen die Überhöhung der Lohnaufwendungen derart zu, dass die Gewinnspannen bedrohlich geschrumpft seien. Zahlen, um diesen Einwand zu belegen, würden gern zur Verfügung gestellt.

Nun schön, dagegen lässt sich zunächst nichts erwidern. Es bleibt dem Chronisten

nur übrig, zu rechnen, zu rechnen und wieder zu rechnen, wenn er dahinterkommen will, wie die erstaunliche Diskrepanz der Entwicklungsleihen zustande kommen konnte, die einen Teil unserer Industrie im Schatten, einen anderen in der wärmenden Sonne des Wirtschaftswunders zeigt.

Rechnet man den gesamten Lohnaufwand der Industrie und einiger ihrer Hauptzweige auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Arbeiter – auf sogenannte Arbeiterstunden – um, so erhält man Reihen, die die Durchschnittslöhne aller Arbeiterkategorien ausweisen, die also die Löhne für gelernte, angelehrte und ungelernete, Männer- und Frauenarbeit in einen theoretischen Durchschnitt zusammenfassen. Diese Durchschnittslöhne sind in der Textil- und Bekleidungsindustrie wesentlich niedriger als diejenigen, die sich für die Gesamtindustrie errechnen. Aus dem einfachen Grund, weil in der Textilindustrie fast zwei Drittel, in der Bekleidungsindustrie nahezu neun Zehntel der «Arbeiter» un- oder angelehrte Arbeiterinnen sind.

*Löhne und Umsätze je Arbeiterstunde*¹
(in Pfennig bzw. DMark)

	Textilindustrie		Bekleidungsindustrie		Gesamtindustrie	Grundstoff- und Textilindustrie						Investitionsindustrie		
						Bergbau		Produktions- Gesamtindustrien		Güter- in Prozent		guter- industrien der		
	Lohn Pf	Umsatz DMark	Lohn Pf	Umsatz DMark		Lohn DMark	Umsatz Pf i	Lohn DMark	Umsatz Pf DMark	Lohn Pf	Umsatz DMark	Lohn Pf	Umsatz DMark	
1950	107,75	9,44	91,10	7,72	127,79	8,70	164,41	3,97	136,35	10,47	129,16	6,74	84,32	108,51
1951	124,57	11,49	102,64	8,80	147,94	10,76	192,86	4,80	160,09	14,22	149,46	8,41	84,20	106,78
1952	129,98	10,53	106,48	8,50	157,94	11,37	209,02	5,62	172,02	15,35	159,69	9,58	82,30	92,61
1953	136,36	10,38	111,90	8,52	164,06	11,59	215,02	5,82	180,44	15,46	165,92	9,95	83,12	89,56
1954	138,89	10,65	114,10	8,74	169,17	12,23	227,01	6,34	186,70	16,61	170,77	10,49	82,10	87,08
1955	145,69	11,32	121,12	9,17	180,29	13,34	246,00	6,98	200,62	18,74	181,64	11,46	80,81	84,96
1956	160,05	12,00	134,00	9,96	198,05	14,34	273,10	7,76	221,45	20,08	199,26	12,17	80,81	83,68

1956 gegen 145,54 127,12 147,09 129,02 154,98 164,83 166,11 195,47 162,41 191,79 154,27 180,56 95,84 77,12
1950 (=100)

*Prozent-Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz*¹

	Textilindustrie	Bekleidungsindustrie	Gesamtindustrie	Bergbau	Produktions- Gesamtindustrien	Güter- in Prozent	guter- industrien der
1950	14,08	14,94	18,87	47,67	16,96	25,78	
1956	16,89	16,91	18,21	41,79	14,75	22,52	

¹ Errechnet auf Grund der Angaben des Statistischen Bundesamts.

Nun sind im Zeitraum 1950-1956 die Löhne zwar auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie erheblich gestiegen: dort nämlich um 45,5, hier um 47,1 Prozent. Dem steht jedoch gegenüber, dass die gesamtindustrielle Lohnsteigerung in unserem Beobachtungszeitraum sich mit rund 55 Prozent, für den Bergbau sogar mit reichlich 66 Prozent errechnet. So dass ein naives Gemüt sich der Folgerung zugänglich zeigen könnte, die Textilindustriellen hätten doch also viel besser abgeschnitten. Wie dem auch anders? Im Jahre 1950 lag der Durchschnittslohn der Textilarbeiter um 15,7 Prozent, 1956 dagegen um 19,2 Prozent unter dem gesamtindustriellen Lohnniveau. Und ein Vergleich mit dem Bergbau zeigt geradezu staunenerregende Differenzen zugunsten der Textil- und zuungunsten der Montanindustriellen. Lagen doch die Textil-löhne im Jahre 1950 um nicht weniger als 35,5 Prozent, 1956 aber sogar um 41,4 Prozent unter den Durchschnittslöhnen, die im deutschen Bergbau gezahlt wurden.

Offenbar: die Lohn-Preis-Spirale scheint, was die Schwerindustrie angeht, doch wohl kein leeres Wort zu sein.

Aber sehen wir weiter zu.

In unserer Tabelle steht immer neben der Zahlenkolonne, die den Lohnaufwand, eine zweite Zahlenreihe, die den «Umsatz je Arbeiterstunde» ausweist.

Diese zweite Kolonne wurde aus folgendem Grund errechnet: Wenn ein Betrieb die Zahl seiner Arbeiter von, sagen wir, 1'000 auf 1'200 Köpfe erhöht, steigt natürlich sein Umsatz. Nicht notwendigerweise steigt aber auch der Beitrag, den jeder einzelne Arbeiter zum Gesamtumsatz des Unternehmens leistet – der Umsatz je Arbeiter oder, noch besser, der Umsatz je Arbeiterstunde –, und wenn vollends noch, wie es ja tatsächlich geschehen ist, die Löhne von Jahr zu Jahr steigen, kann man gewärtig sein, das Argument zu hören: Was nützt uns die schönste Umsatzsteigerung, was hilft uns die gegenwärtige Mengenkonjunktur, wenn die Lohnsteigerungen nicht nur den Mehrertrag, sondern noch einen Teil unserer Vermögenssubstanz auffressen? Je mehr Leute wir einstellen, desto schneller werden wir von der Lohn-Preis-Spirale ruiniert.

Um die Stichhaltigkeit dieses Einwands zu prüfen, gibt es nur eins: man muss das Element der Mehrbeschäftigung aus den Umsatzzahlen eliminieren, indem man die Umsätze je Arbeiterstunde errechnet, um ein Bild zu gewinnen, das der Wirklichkeit einen Schritt näherkommt. Wenn man einerseits den Lohnaufwand, andererseits den Umsatz je Arbeiterstunde kennt, kann man immerhin feststellen, was es mit dem Argument von der Lohn-Preis-Spirale auf sich hat. Das ist schon ein Fortschritt; obgleich eine Menge anderer Fragen – wieviel vom Mehrumsatz je Arbeiterstunde der Verteuerung der Rohstoffkosten, der Rationalisierung des Arbeitsvorgangs, dem Mehreinsatz von Maschinen, der Automatisierung usw. gutgeschrieben werden muss – notwendigerweise offenbleiben müssen.

Also sehen wir einmal zu.

Für die Textil- und Bekleidungsindustrie müssen wir in der Tat eine erhebliche Verschlechterung der Situation feststellen: Obwohl diese beiden überaus menschenreichen Gewerbebezüge bis zu einem gewissen Grad den Anschluss an die gesamtindustrielle Lohnentwicklung verloren haben, die Löhne im Jahre 1956 wesentlich tiefer unter dem gesamtindustriellen Pegelstand lagen als schon im Jahre 1950, sind sie doch ganz erheblich schneller gestiegen als die Umsätze: Je Arbeiterstunde hat sich der Lohnaufwand der Textil- und Bekleidungsindustrie im Zeitraum 1950 bis 1956 um 45,5 bzw. 47.1 Prozent erhöht, die Umsätze je Arbeiterstunde sind dagegen nur um 27.1 bzw. 29,0 Prozent gestiegen.

Mit diesem Ergebnis kontrastiert aufs Entschiedenste das Bild, das die Gesamtindustrie im Allgemeinen, die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien im Besonderen bietet.

Zwar sehen wir, dass die industriellen Löhne überhaupt in den sieben fetten Jahren des Wirtschaftswunders (1950-1956) um rd. 55 Prozent gestiegen sind; dafür konnten die Umsätze je Arbeiterstunde aber auch um 64,8 Prozent gesteigert werden.

Im Bergbau steht einer 66prozentigen Lohnsteigerung eine mehr als 95prozentige Erhöhung der je Arbeiterstunde erzielten Umsätze gegenüber; die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien – an deren Umsatz im Jahre 1956 die eisenschaffende Industrie mit 26,7, die chemische Industrie mit 25,9 Prozent beteiligt waren – verzeichneten eine Lohnsteigerung um 62,4 und eine auf die Arbeiterstunde berechnete Umsatzsteigerung um 91,8 Prozent; die Investitionsgüterindustrien – vornehmlich Maschinen-, Kraftfahrzeug-, Stahlbau und elektrotechnische Industrie – kamen bei einer Lohnsteigerung, die mit 54,3 Prozent noch knapp unter dem gesamtindustriellen Niveau lag, immerhin auf eine Umsatzsteigerung je Arbeiterstunde von 80,6 Prozent. Ohne Zweifel also: die Textil- und Bekleidungsindustrie ist tief in den Schatten unserer Wirtschaftsepoche getreten, die Schwerindustrie und alle jene Industrien dagegen, die für die maschinelle Ausrüstung unserer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe, für die Belieferung der Produktion mit Energiemitteln, chemischen Grundstoffen usw. arbeiten, haben sich einen Dauerplatz an der Sonne erobert. Gewiss, sie zahlen gute Löhne, besser jedenfalls als die Textilindustrie. Dennoch ist in der Textilindustrie der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz von 14,1 Prozent im Jahre 1950 auf 16,9 Prozent gestiegen, im Bergbau dagegen von 47,7 auf 41,8 Prozent, in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien von 17,0 auf 14,8 Prozent und in den Investitionsgüterindustrien von 25,8 auf 22,5 Prozent gefallen.

Gerade dort also, wo von der Lohn-Preis-Spirale am meisten und am tränenseligsten geredet wird, steht sie auf unsicherstem Boden.

Die Situation hätte für die Textil- und Bekleidungsindustrie gefährlicher werden können, als sie tatsächlich wurde, wenn nicht der Preis der meisten von ihr verarbeiteten Rohstoffe seit 1950 bedeutend gesunken wäre. Für inländische Rohwolle wurde 1956 rd. 29 Prozent, für ausländische Rohwolle 25, für Baumwolle 5 Prozent und für Reyon (Kunstseide) 1 Prozent weniger gezahlt als 1950. Textilien – die Stoffe also, die von der Bekleidungsindustrie verarbeitet werden – waren 1955 um 12 Prozent, 1956 um durchschnittlich 10 Prozent billiger als 1950. Und da die beiden Industriezweige stark «rohstofforientiert» sind, d.h. da ihre Aufwendungen für die Rohstoffbeschaffung die dominierenden Kostenelemente darstellen, schlug die angedeutete Preisentwicklung entscheidend zu ihren Gunsten zu Buch.

Es fehlte aber auch nicht an bitteren Tropfen, die in den Wein der Kostenkalkulation fielen. Da waren zuerst die Löhne, deren Auftrieb sich die Textilindustriellen nur zum geringen Teil zu entziehen vermochten. Zum zweiten aber galt es, den steil aufstrebenden Preistrend abzufangen, der sich für zahlreiche Güter durchgesetzt hatte, die für die Aufrechterhaltung aller und so auch der textilindustriellen Betriebe unentbehrlich sind: Steinkohle war 1956 um 66 Prozent (Februar 1957: um 76 Prozent), Braunkohle um 59 (68), Dieselkraftstoff um 38 (56) und elektrischer Strom um 40 (43) Prozent teurer als 1950. Für Portlandzement zahlte man 34 (40), für Ziegeln 24 (26), für Stabstahl 82 (92), für Walzdraht ebenfalls 82 (92) und für Grobbleche 95

(105) Prozent mehr als im Basisjahr 1950. Schwefelsäure war um 50 (52) und gewerbliche Arbeitsmaschinen waren um 45 (51) Prozent im Preis gestiegen. Auf Erweiterungsbauten und neue Maschinen konnte man allenfalls verzichten. Aber Kohle, Strom und Dieselmotoren, Schwefelsäure für die Produktion und Baustoffe für die Reparaturen mussten alljährlich in grösseren Mengen und zu höheren Preisen bezogen werden.

Da half kein Klagen, und das Klagen half umso weniger, als diejenigen, die ihren Platz auf der Sonnenseite der Konjunktur zu behaupten vermochten, die Macht hatten und sie geschickt zu nutzen verstanden, ihren Willen hinsichtlich der Preisgestaltung durchzusetzen.

Es ist unmöglich, zu verstehen, was auf der Licht- und was auf der Schattenseite unserer Wirtschaft während der letzten fünf, sechs Jahre vorgegangen ist, wenn man nicht auch der Frage nachgeht, auf die diese Andeutung abzielt.

Was hat es also damit auf sich, dass eine bestimmte Kategorie von Unternehmen die Macht hatte, ihren Willen hinsichtlich der Preisgestaltung durchzusetzen?

Die Antwort auf diese naive Frage lautet ebenso naiv: ihre parlamentarischen Wortführer waren in der Lage, in harten Kämpfen das «Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft» vom 7. Januar 1952 durchzupauken.

Der Paragraph 1 dieses Gesetzes, der sich erstaunlicherweise der besonderen Anteilnahme, um nicht zu sagen: der hitzigen Gegnerschaft weiter Kreise erfreute, sagte in Ziffer eins: «Zur Deckung des vordringlichen Investitionsbedarfs des Kohlenbergbaus, der eisenschaffenden Industrie und der Energiewirtschaft hat die gewerbliche Wirtschaft ... einen einmaligen Beitrag (Investitionshilfe) zu leisten, der eine Milliarde Deutsche Mark zu erbringen hat.» Obwohl es vielen Gewerbetreibenden schwer genug fiel, ihren Beitrag zu der Investitionshilfe-Milliarde zu leisten – wofür sie übrigens verzinsliche Obligationen in entsprechender Höhe erhielten –, war dieser Paragraph volkswirtschaftlich ziemlich harmlos. Am Kreditsegen der Investitionshilfe partizipierte nur die kleine Zahl von 187 Unternehmen, darunter auch solche der öffentlichen Hand. Die 56 Unternehmen des Kohlenbergbaus und der eisenschaffenden Industrie, die Investitionshilfe in Anspruch nahmen, erhielten insgesamt 525 Mill. DM, aus denen nur knapp 18,4 Prozent ihrer Investitionen bestritten werden konnten.

In volks- und privatwirtschaftlicher Hinsicht wesentlich folgenreicher, ja in seinen Wirkungen geradezu revolutionierend, war der von der Allgemeinheit kaum beachtete Paragraph 56 des Gesetzes, der den privilegierten schwerindustriellen und energiewirtschaftlichen Unternehmen das Recht einräumte, neben den normalen Abschreibungen auf die während eines gewissen Zeitraums angeschafften oder hergestellten Anlagegüter (1. Januar 1952 bis 31. Dezember 1955) Sonderabschreibungen in beträchtlicher Höhe zu machen. Zu dieser Gesetzesbestimmung sagt der Münchner Professor Ottmar Bühler in seinem Handkommentar zum Einkommensteuergesetz (S. 164-165):

«Die drei durch das InvHG geförderten grossen Industrien: Kohlen- und Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie und Energiewirtschaft, sollten in ihrer volkswirtschaftlich wichtigen Investitionstätigkeit noch weiter als durch die Zuwendung von 1 Milliarde DMark gefördert werden, die mit der Investitionshilfe aufzubringen war ... Es dürfen nach diesem § 36 InvHG, und zwar ohne dass es sich um Ersatzbeschaffungen handeln muss, für Anschaffungen oder Herstellungen in der Zeit vom 1. Januar 1952 bis 31. Dezember 1955 im Jahr der Anschaffung und in den beiden folgenden Wirtschaftsjahren, normalerweise also in *drei Jahren*, und zwar wieder *neben den normalen Abschreibungen an Abschreibungen* vorgenommen werden:

1. *bei beweglichen Wirtschaftsgütern insgesamt 50 Prozent bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern (also z.B. Schachtanlagen) 30 Prozent.* Die Bestellungen müssen bis 31. Dezember 1955 erfolgt sein, die Abschreibungen können dann noch für 1956 (aber nicht länger) vorgenommen werden ...

Die Abschreibungsfreiheit konnte nach § 8 der 2. DurchfVO (zum InvHG) vom 23. August 1952 (BGBl. I S. 587) bereits für Teilerstellungskosten und sogar auch für Anzahlungen auf Anschaffungskonto im Wirtschaftsjahr der Teilerstellung und Anzahlungen in den beiden folgenden Wirtschaftsjahren in Anspruch genommen werden. Mit der Zulassung von Abschreibungen auf noch nicht in Gebrauch genommene, ja noch gar nicht gelieferte Maschinen usw. wird die heutige Hauptfunktion der Abschreibungen, steuerliche Erleichterungen für Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen, in interessanter Weise gesetzesamtlich bestätigt; von der Grundausgestaltung der Abschreibungen für Abnutzungen, wie sie § 7 EinkStG im Auge hat, hat man sich damit offensichtlich erheblich entfernt!»

Mit diesen Darlegungen ist aber nur die steuerliche Wirkung der Privilegierung erfasst, die jedermann, der als Gewerbetreibender Einkommensteuer zahlen muss, einschätzen kann: was er auf seine Maschinen, Anlagen, Baulichkeiten usw. «abschreiben» kann, entgeht auf jeden Fall der Gewinnbesteuerung. Und wenn die Abschreibungsquote so hoch bemessen ist, wie sie im Investitionshilfegesetz für die notleidende Schwerindustrie angesetzt wurde, macht die Steuerersparnis einen ganz hübschen Batzen aus.

Neben dieser steuertechnischen muss man aber noch eine wirtschaftliche Überlegung anstellen.

Wenn Prof. Friedrich Bülow im *Wörterbuch der Wirtschaft* schreibt, die Abschreibung Sorge dafür, «dass ein Teil der zufließenden Erlöse nicht als Gewinn ausgeschüttet wird und so die Erhaltung der Kapazität des Anlagenparks sichergestellt ist», so trifft das allerdings zu, aber es trifft nicht des Pudels Kern.

Man muss sich überlegen, dass die Abschreibung, deren bilanztechnische Aufgabe es ist, der Wertminderung eines Anlageguts, einer Maschine, eines Fahrzeugs oder eines Gebäudes, gerecht zu werden – genau wie die Lohn- und Sozialleistungen,

die Steuerzahlungen und der Gewinn –, in der Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens unter den Aufwendungen erscheint, um sie nach Wesen und Wirkung richtig einzuschätzen. «In der Kostenrechnung», heisst es deshalb in Dr. Gablers *Wirtschaftslexikon*, «ist die Abschreibung der Preis für die an den Betrieb in der Periode abgegebene Leistung (der Anlagegüter). Die Abschreibung ist ein wichtiger Kostenfaktor und wird genau wie die übrigen Kostenarten in die Kalkulation aufgenommen.»

Abschreibungen sind Aufwendungen, echte Kosten, die als solche natürlich in die Kalkulation des Preises eingehen: Das muss man sich stets vergegenwärtigen, wenn man den widerspruchsvollen Materialisierungen des Wirtschaftswunders gerecht werden will. Abschreibungen engen natürlich die Gewinnzone ein, aber sie machen es möglich, über den Preis, d.h. aus der Kasse des Kunden, Investitionen zu finanzieren; die produktive Substanz eines Unternehmens anzureichern, selbst wenn es darüber in die «roten Ziffern» buchmässiger Verluste gerät.

Aber nun weiter: Im Jahre 1936 wurde – immer nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – in Deutschland ein Betrag von 8'972 Mill. RMark investiert (ohne Verteidigungsaufwand und «Erwerb von beweglichem Sachvermögen der öffentlichen Hand»), und zwar zu 4'000 Mill. RMark oder 44,6 Prozent aus Abschreibungen.

Auf Preise von 1936 umgerechnet wurden in der Bundesrepublik 1950 dagegen 10'680 Mill., 1955 sogar 18'918 Mill. RMark, im Zeitraum 1950-1955 insgesamt 87'245 Mill. oder jahresdurchschnittlich 14'541 Mill. DMark investiert.

Abgeschrieben, d.h. über den Preis finanziert, wurde jedoch erheblich weniger – nämlich nur 27'610 Mill. Mark in der sechsjährigen Beobachtungsperiode oder reichlich 31,6 Prozent des Investitionsbetrages.

Nun könnten wir schon aus den Bestimmungen des Investitionshilfegesetzes folgern, dass in der Schwerindustrie die Abschreibungen sehr viel grösser waren und einen weit über dem Durchschnitt liegenden Grad der Selbstfinanzierung, notabene: der Eigenfinanzierung ungemein grosser, hoch in die Milliardenbeträge gehender Investitionen zuliessen. Aus Berechnungen des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau aber ergibt sich ein zahlenmässig exaktes Bild: 26 Zechengesellschaften des Reviers, die 55,4 Prozent der Ruhrkohlenförderung vertraten, investierten 1953 insgesamt 418,09 Mill. DMark, 1954 sogar 482,85 Mill. DMark. Ihre Normalabschreibungen erreichten 1953 etwa 42, im Jahre 1954 rund 46 Prozent, die Sonderabschreibungen 34 bzw. 40 Prozent des Investitionsbetrages. Mit anderen Worten: in den beiden Jahren 1953 und 1954 wurden die bedeutenden Investitionen dieser Gesellschaften, die, notabene, wenig mehr als die Hälfte des Ruhrkohlenbergbaus vertraten, zu 76 bzw. 86 Prozent über den Preis finanziert. Und ähnliche Verhältnisse treffen wir in der eisenschaffenden Industrie an, wo bis in das Jahr 1956 hinein 60 bis 80 Prozent der

riesigen Investitionen in Hochöfen, Stahlkonverten, Walzenstrassen usw. durch Abschreibungen, wieder also über den Preis, finanziert werden konnten.

Ein Akt der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung also – das Investitionshilfegesetz –, erzwungen durch die Überzeugungskraft der Argumente, die die Interessenvertreter der Schwerindustrie an den Mann bringen konnten, hat die Preisbewegung entfesselt, die heute von den Sprechern und Freunden der privilegierten Industrien und in heroischer Selbstverblendung auch von den durch die Entwicklung Benachteiligten der bösen Lohn-Preis-Spirale zur Last gelegt wird. Der Zusammenhang zwischen der Hybris der Gesetzgebung, dem Übermass der Abschreibungen und der Preisentwicklung auf dem Gebiet der schwerindustriellen Erzeugung, von der Kohle bis zum Feinblech, ist so evident, dass jeder Student der Betriebswirtschaftslehre im vierten Semester ihn durchschauen kann. Aber die terribles simplificateurs, die schrecklichen Vereinfacher, haben aus der Theorie von der Lohn-Preis-Spirale einen Markenartikel gemacht, ohne den der intellektuelle Haushalt der Wirtschaftspolitiker von Bang und Namen einfach nicht mehr auskommen kann.

Natürlich hat die Preissteigerung der industriellen Grundstoffe sich zu allererst im Sektor der Investitionsgüterindustrien ausgewirkt. Fürs erste, weil diese Industrien stark energie- und stahlorientiert sind; zum zweiten aber, weil sie in der Schwerindustrie einen Markt von robuster Kaufkraft fanden.

Die zweite Konsequenz der Entwicklung war die, dass unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung, die die Montanindustrien, die Produzenten der industriellen Grundstoffe und Investitionsgüter, die Bauwirtschaft usw. in Bausch und Bogen akzeptierten, auch die Löhne beträchtlich steigen mussten.

Die Textilindustrie, um endlich wieder zu ihr zurückzukehren, konnte sich von der Lohnentwicklung nicht ausschliessen. Sie musste ihr, wenn auch mit einigem Abstand, folgen. Und auch das mag sie hart genug angekommen sein. Denn wenn sie, bis 1955 wenigstens, ihre wichtigsten Rohstoffe auch von Jahr zu Jahr preisgünstiger einkaufen konnte – 1956 ist in dieser Beziehung ein Wandel eingetreten –, hatte sie doch für die Energierohstoffe, für alle Mittel zur Instandhaltung ihres Anlageparks und für die notdürftigste Regenerierung ihres Maschinenbestandes in jedem Jahr soviel mehr aufzuwenden als in jedem Jahr vorher, dass an grosszügige Investitionen zum Zweck einer durchgreifenden Rationalisierung und Modernisierung nicht zu denken war. Insgesamt wurden von dieser der Arbeiterzahl nach zweitgrössten deutschen Industrie, die 1955 für 13,4, im Jahre 1956 für 14,4 Milliarden DMark umsetzte, im vergangenen Jahr, sage und schreibe, 330 Mill. DMark, im Jahr zuvor 300 Mill. DMark investiert: soviel etwa, wie ein einziger Hütten-Zechen-Konzern in die Verjüngung und Erweiterung seiner Anlagen stecken konnte und nicht viel mehr als einer der drei grossen IG-Farben-Nachfolger der eigenen Unternehmensfamilie zuzuwenden vermochte. Freilich ist es vorgekommen, dass das eine oder das andere Grossunternehmen der Textilindustrie so viel oder noch mehr abschreiben konnte wie investiert wurde. Aber nicht weil die Abschreibungsquote so hoch, sondern weil die In-

vestitionsrate so gering war. Die Steuer- und wirtschaftspolitisch manipulierte Konjunktur der Hütten und Zechen und ihre Folgewirkungen sind der Textil- und Bekleidungsindustrie teuer zu stehen gekommen.

Natürlich nagen die Textilindustriellen, namentlich die Grossen unter ihnen, keineswegs am Hungertuch – so tief sie auch in den Schatten der Konjunktur geraten sind. Sie bewohnen prächtige Villen inmitten herrlicher Parks, sie fahren starke Wagen des modernsten Typs, sie bauen private Zufahrtstrassen – Betreten verboten! – zu ihren Häusern, sie partizipieren an den Wohltaten der Mengenkonzunktur, und sie haben nach besten Kräften auch die Exportchancen der letzten Jahre wahrgenommen. Von 1950 bis 1956 stieg der Auslandsanteil an den Umsätzen der Textilindustrie um 110 Prozent. Welch ein erfreulicher Anblick! Nur ist zu bedenken, dass die Exportquote sich seit 1950 auf ganze 3,65 Prozent und 1956 auch erst auf 7,67 Prozent der textilindustriellen Erzeugung stellte. Nicht eben üppig, muss man zugeben.

Und nicht eben üppig, wie schon gesagt, waren auch die Investitionen der Textilindustrie, deren hochbetagte, vielfach schon von den Vätern und Vorvätern betriebene Fabriken unter den «Feindeinwirkungen» der Kriegs- und Nachkriegsjahre längst nicht im gleichen Masse gelitten hatten wie die Betriebe der Schwerindustrie, die – angerührt vom Zauberstab mannigfacher Investitionshilfen – aus der Asche der Bombenexplosionen und Demontage-Sprengungen verjüngt wie der Phönix emporgestiegen sind.

Nicht als ob die Textilindustrie nun gar nichts für die Verjüngung ihres Maschinenparks unternommen hätte. Der Index der Textilmaschinenerzeugung ist von 1950 bis 1956 um etwa drei Fünftel, der Produktionswert in dieser Branche sogar um reichlich vier Fünftel auf 647,5 Mill. DMark gestiegen. Nur leider verhält es sich so, dass 1950 dem Wert nach ein gutes Viertel, 1951 mehr als ein Drittel, 1952 und 1953 die Hälfte, 1954 sogar 56,3 und 1955 wieder 56,6 Prozent der in Westdeutschland gebauten Textilmaschinen ins Ausland verkauft wurden. Die deutsche Textilindustrie, die sie bitter nötig hätte und noch viel mehr hätte aufstellen müssen, um mit modernen Mustern, grösseren Breiten und anspruchsvollen Qualitäten nicht nur den Wettbewerb im Weltmarkt zu bestehen, sondern auch die verwöhnte deutsche Kundschaft zu befriedigen, vor allem aber, um mit einigen Erfolgsaussichten die Konkurrenz mit jenen kapitalstarken Industrien aufzunehmen, die ihre «dauerhaften Verbrauchsgüter» – Fahrzeuge, Kühlschränke, Musiktruhen und Fernsehapparate – auf Kosten der Kleider- und Wäscheschränke in beständig steigenden Mengen an den Mann bringen: Die deutsche Textilindustrie ist nicht mehr in der Lage, auch nur die Hälfte der in Deutschland gebauten Textilmaschinen aufzunehmen. Mit den Maschinen, die sie nicht kaufen kann, werden draussen, im Nahen und im Fernen Osten, in Südamerika, Frankreich, Italien, Holland usw. die Konkurrenzindustrien ausgestattet.

Das alles gilt freilich nur cum grano salis: in sehr viel höherem Masse für die nach Tausenden zählenden kleinen und mittleren Unternehmen als für die wenigen Gros-

sen, die sich – Familienbesitz ist charakteristisch für das ganze Gewerbe – in den Händen der alten, reichen Industriellenfamilien befinden.

Wer aber kennt sie schon, diese grossen Familien? Wer kennt draussen im Lande die Kämpers in Rheine? Ihre Baumwoll- und Zellwollgarne, ihre Flanelle und Finette, ihr Köper und Kattun, ihr Nessel und Renforce kommen meist schon verarbeitet auf den Ladentisch, und kein Mensch kommt darauf, nach dem Namen der Fabrikanten zu fragen. Sie ganz vorzüglich gehören zu den Stillen im Lande, obwohl die nord-westfälische Stadt Rheine mit ihren rund 50'000 Einwohnern das Reich der Kämpers ist. In dem Masse wenigstens, wie eine Mittelstadt, deren erwerbstätige Bevölkerung zu einem guten Drittel in den Betrieben einer Familie arbeitet, als das Dominium dieser Sippe gelten kann.

Die Geschichte der Familie reicht weit in die Zeit der Handweberei, des Manufakturbetriebs und des Verlagswesens zurück. Zu grossem Reichtum gelangte das Geschlecht erst in der zweiten Hälfte des letzten und in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts.

Vier Brüder waren es, die in Rheine die industrielle Aufbauarbeit leisteten: Der Geheime Kommerzienrat August Kämpers (geb. 1839) und die Kommerzienräte Carl (geb. 1851), Hermann (geb. 1854) und Alfred Kämpers (geb. 1858). Ein fünfter Bruder, Ernst Kämpers, war in jungen Jahren nach Indien ausgewandert und hinterliess das grosse Vermögen, das er als Baumwollpflanzer erworben hatte – man wusste in den Privatkontoren der Stadt zu berichten, dass es sich um 20 Mill. Mark handelte – seinen Brüdern und einer Nichte, die als die Tochter des Fabrikanten Gustav Timmermann (Inhaber der Spinnerei und Weberei G. Timmermann & Werner, Rheine) zugleich das Kind einer geborenen Kämpers war.

Aber auch ohne die indischen Millionen waren die Herren Kämpers reiche Leute: August Kämpers, Inhaber der 1886 errichteten Firma F. A. Kämpers, bei der schon fünf, sechs Jahre vor dem Ersten Weltkrieg 67'000 Spindeln surrten und 2'150 mechanische Webstühle klapperten, wurde auf 14-15 Mill. Mark geschätzt; die Brüder Hermann und Alfred Kämpers, die sich in den Besitz der seit 1879 bestehenden Firma C. Kämpers Söhne teilten (etwa 1910: 105'000 Spindeln und 1'400 Webstühle) besaßen jeder ein Vermögen von 7-8 Mill. Mark; Carl Kämpers endlich, der seinem gleichnamigen Sohn im Jahre 1909 die schon im Jahre 1836 gegründete Baumwollspinnerei und Weberei Kämpers & Timmermann (mit 40'000 Spindeln und 745 Webstühlen) hinterliess, dürfte etwa 5-6 Mill. Mark in die Scheuern der Firma eingefahren haben. In summa repräsentierten die Familienhäupter des Kämpers-Clans schon zu Kaisers Zeiten ein Vermögen von 35-40 Mill. Mark, Goldmark natürlich, deren Kaufkraft eher drei- als zweimal so gross war wie diejenige unserer DMark.

Heute begegnen wir dem Namen Kämpers bei fünf textilindustriellen Unternehmen in Rheine.

Das grösste ist nach wie vor die Firma F.A. Kämpers, die in ihren vier Betrieben etwa zweieinhalbtausend Menschen beschäftigt. Als persönlich haftende Gesellschaf-

ter haben drei männliche Nachkommen des Geheimen Kommerzienrats – August Rudolf, Gustav und Alfred Kämpers – die Geschäftsleitung inne. In das kommanditistische Kapital von 5,25 Mill. DMark teilen sich drei überlebende Töchter des Firmengründers und die Erben oder Rechtsnachfolger von zwei inzwischen verstorbenen Töchtern: insgesamt elf Kommanditisten beiderlei Geschlechts – während der lebenskluge Geheimrat die Erbfolge ursprünglich so geregelt hatte, dass er zu tätigen und voll verantwortlichen Inhabern die Söhne, nur Männer also, zu Kapitaleignern, die am Ende des Jahres bloss die Rente in Anspruch zu nehmen hatten, die Töchter, nur Frauen also, bestimmt hatte.

Die der Grösse nach an zweiter Stelle rangierende Firma C. Kämpers Söhne – sie mag zurzeit 1'800 bis 2'000 Belegschaftsmitglieder zählen – ist im Erbgang an Paul und Albert Kämpers, die Söhne des Kommerzienrats Alfred Kämpers gefallen, der bis kurz vor dem Krieg gemeinsam mit seinem kommerzienrätlichen Bruder Hermann die Geschicke des 1879 gegründeten Unternehmens geleitet hatte.

Im Jahre 1912 aber errichtete Fiermann eine eigene Firma, die heute als Kommanditgesellschaft geführte Spinnerei und Weberei Hermann Kämpers, als deren Inhaber oder persönlich haftende Gesellschafter die vier überlebenden von ursprünglich sechs Söhnen – Fritz, Ernst, Hermann und Franz – verantwortlich zeichnen, während die kommanditistischen Einlagen – insgesamt 2'932'800 DMark – sich auf achtundzwanzig Persönlichkeiten verteilen, die durch Geburt, Heirat oder Schwägerschaft samt und sonders der Gründerfamilie angehören. Freilich tragen nur noch zwölf der achtundzwanzig Kommanditisten den Namen Kämpers; ihrer sechzehn sind durch Heirat anderen grossen Familien verbunden: derjenigen des Generals Hünermann, der Familie der Bocholter Textilfabrikanten Herding, der Industriellen- und Bankiersfamilie Driessen (Rheiner Bankverein Ledebor, Driessen & Co) und der Rheiner Fabrikantenfamilie Dyckhoff, von denen übrigens die Familie Driessen – allerdings durch andere Mitglieder – auch unter den Kommanditisten der Firma F.A. Kämpers vertreten ist.

Bei der ältesten der Kämpers-Firmen, dem 1835 errichteten Haus Kämpers & Timmermann, das der 1909 verstorbene Kommerzienrat Carl Kämpers als alleiniger Inhaber geführt hatte, das dann aber in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt wurde, finden wir ausschliesslich Träger des Namens Kämpers: Persönlich haftender Gesellschafter ist Karl Godfried Kämpers, die 700'000 DMark des kommanditistischen Kapitals verteilen sich auf sieben Mitglieder seiner engeren Familie, von denen zwei Persönlichkeiten Anteile von je 140'000 DMark, die restlichen fünf Anteile im Betrage von je 84'000 DMark besitzen. Die Firma beschäftigt zurzeit etwa 400 Belegschaftsmitglieder.

Noch kleiner ist die jüngste der Kämpers-Gründungen, die Everhard Kämpers GmbH, die 1914 errichtet und 1947 umgegründet wurde. Sie beschäftigt in ihren Betrieben – Wäschefabrik mit vorgelagerter Buntweberei – rd. 200 Arbeitskräfte. Auch ist sie insofern bemerkenswert, als hier das Prinzip der Reinblütigkeit durchbrochen

zu sein scheint; denn an dem Stammkapital (von 490'000 DMark) ist Wilhelm Kumpers nur mit der Hälfte, Dr. Alfred Kindermann und Eugen Kindermann mit je einem Viertel beteiligt. Die gleichen Herren besitzen in Ibbenbüren aber noch ein zweites Unternehmen, die Gebr. Timmermann vorm. B. Többen GmbH (StK 534'000 DMark), in deren Weberei ebenso viele Menschen tätig sind wie in den Rheiner Betrieben.

Leider hat sich noch kein Chronist gefunden – von einem deutschen Galsworthy zu schweigen –, um uns die Kumpers-Saga zu schreiben. Geschähe das aber, so hätte der Autor eine reizvolle Aufgabe zu lösen. Denn da das Haus Kumpers nach dem erlauchten Vorbild des Hauses Österreich sich an das Wort gehalten hat «Bella gerant alii – vos felices Kumpers nubete» – Kriege mögen die anderen führen, ihr glücklichen Kumpers heiratet! –, hat kein frivoler Wettbewerb das Vermögen des Kumpers-Clans verzehren noch auch die Rangfolge der alten Kumpers-Firmen, die sich zurzeit des alten und des jungen Kaisers herstellte, stören können. Die Familie hat ihren Vermögensstand nicht nur behauptet, sondern das Vermögen gemehrt. Es wurde 1908-1910 auf 35-40 Mill. Mark geschätzt; heute dürfte es, wenn man den Arbeitsplatz in der kapitalintensiven, maschinell gut ausgestatteten Textilindustrie mit 22'500 bis 25'000 DMark einschätzt und auch den good will der Firmen in Rechnung stellt, zwischen 130-140 Mill. DMark liegen, d.h. einen zehn- bis zwanzigprozentigen Kaufkraftzuwachs gegenüber der goldenen Kaiserzeit aufweisen: Was nach zwei verlorenen Weltkriegen, schweren Krisenjahren und heftigen inneren Erschütterungen als ein beruhigender Beweis für die Stabilität der grossen Industrievermögen genommen werden kann, die sich in Familienbesitz zu behaupten vermochten.

Ganz nebenbei sei jedoch bemerkt, dass die gleichfalls in Rheine ansässige Firma Hollweg, Kumpers & Comp. KG – ein Unternehmen, das dem Umschlag und der Lagerung von Massen- und Stückgut dient, über Sandsteinbrüche verfügt und die Gewinnung von Werksteinen betreibt – nichts oder nichts mehr mit den Kumpers zu tun hat. Das Unternehmen gehört restlos zur Domäne der wirtschaftsmächtigen Neusser Familie Werhahn. Persönlich haftender Gesellschafter ist Ernst Werhahn, Neuss, einziger Kommanditist der Gesellschaft – die übrigens Zweigniederlassungen in Neuss und Duisburg besitzt – die OHG Wilhelm Werhahn. Aber auch diese Feststellung kann dazu beitragen, die Korrosionsfestigkeit der riesigen Familienvermögen ins Licht zu setzen, deren Erben an der Gestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen nachhaltiger mitwirken als mancher stimmungswaltige Politiker.

Das gilt auch von der Familie van Delden, deren Macht an den Grenzen ihres nordwestfälischen Textilimperiums keineswegs endet.

In vielleicht noch höherem Mass als Rheine das Reich der Kumpers ist Gronau die Domäne derer van Delden. Ihre Werke liegen links und rechts des Eisenbahnstrangs, der nach Holland hinausführt. Der Fremde, der den Bahnhof verlässt, läuft geradewegs auf das Verwaltungsgebäude der Firma M. van Delden & Co zu: ein backsteinerner Angsttraum, durchgeistert von ornamentalen Zieraten in fast weissem

Stein. Wendet er sich nach links, so überblickt er einen Teil der Gerrit-van-Del- den-Werke: düsterragende Bauten mit zinnenbewehrten Ecktürmen, deren Bestimmung schwer zu enträtseln ist; dazwischen helle, moderne Bauten, durch deren Fenster der Neugierige, der sich in die von hohen Mauern eingezwängte Strassenschlucht zwischen den Betriebsgebäuden vorwagt – dem Fussgänger bleibt keine Chance, wenn da zwei Lastzüge einander begegnen –, in riesige, beinah menschenleere Spinnssäle blickt. Eine Arbeiterin bedient bis zu 32 Maschinen: eine Tätigkeit, die keine grosse körperliche Mühe, aber viel Aufmerksamkeit erfordert und sicherlich nicht zu den gesündesten Arbeiten gehört, die ein junges Mädchen verrichten kann.

Aber man verdient Geld bei den Delden. Es wird in drei Schichten gearbeitet. Die jungen Dinger, die fünfzig, sechzig Mark in der Woche heimbringen und fünfzehn oder höchstens zwanzig als Kostgeld abgeben, gewöhnen sich frühzeitig ans Geld-ausgeben. Nicht immer zu ihrem Besten. Denn wenn später der Mann im Akkord auch achtzig oder neunzig Mark in der Woche verdient, lassen die Raten, die für die Möbel, das Radio, das Fahrzeug usw. bezahlt werden, weniger übrig, als das junge Mädchen zur Verfügung hatte, und wenn die Kinder kommen, kann es sogar recht schmal zugehen in der Zweizimmerwohnung.

Der Stammvater der van Delden oder vielmehr ihres Wohlstands war Jan van Delden. Er war 1798 im niederländischen Deventer geboren und in jungen Jahren als Leinen- und Garnhändler nach Nordhorn gekommen. In den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und seines Lebens wurde er Fabrikant – nicht selbständig allerdings, sondern als Teilhaber seines Schwiegersohns Willem Stroink, der 1836 aus Enschede nach Nordhorn übersiedelt war und drei Jahre später in der deutschen Wahlheimat eine Baumwollweberei errichtet hatte. Die Delden-Töchter haben auch später noch gern in die Familie Stroink eingeheiratet.

Die Ehe des Patriarchen Jan van Delden (1798-1872) war reich mit Söhnen gesegnet. Gemeinsam mit Ernst und Derk gründete der Vater, nachdem er sich in den sechziger Jahren von Stroink getrennt hatte, die Firma J. van Delden & Söhne. Sicherlich ein bedeutendes Unternehmen, das aber nur bis in die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts bestanden hat.

Von wesentlich grösserer Bedeutung waren die Gründungen zweier anderer Söhne, Mathieus und Gerrits van Delden.

Mathieu war Ende 1845 als Siebzehnjähriger in die Höhere Webschule zu Elberfeld eingetreten. Nach einem Jahr und vier Monaten bestätigte ihm das Abgangszeugnis seiner Lehrer, dass er, bei lobenswertem Fleiss und Betragen, gelernt hatte, was die Anstalt ihm bieten konnte.

Es folgte zunächst ein anderhalbjähriges Volontariat bei der Pique-Westen-Fabrik Neuhaus & Ley und dann eine dreijährige Tätigkeit in baumwollenen Hosenstoffen, über die der junge Mann drei Jahre später in einem Bewerbungsschreiben an die Barmer Firma A. Rittershaus berichtete: «Nach 1^h Jahren bot sich durch A. Besser die Gelegenheit, meine Stellung zu verwechseln und dadurch in einer grösseren Fabrik

rik tätig zu sein. Bei demselben führte ich das erste Jahr noch als Volontär lediglich die Fabrik in baumwollenen Hosenstoffen und veränderte das zweite Jahr meine Stellung im Hause, indem ich durch den Austritt des Bruders meines Prinzipals dessen Stelle auf dem Comptoir übernahm gegen Salär von Th. 150 und dabei das Lager und anfertigen der Muster usw. besorgte. Das dritte Jahr, welches diesen Herbst abläuft, wurde mein Salär verdoppelt, indem ich die Geschäfte auf dem Comptoir und Lager allein besorgte und machte das letzte halbe Jahr, nachdem der Reisende ausgetreten war, die Reisen für das fragliche Haus im Oberlande. Da mein Prinzipal nun gleich wieder einen Reisenden engagierte, so würde ich meine Stelle gern gegen eine Reise-stelle vertauschen, um dadurch Gelegenheit zu haben, meine Geschäftskenntnisse zu vermehren und mir in pekuniärer Hinsicht eine angenehme Stellung zu verschaffen.»

Ob Mathieu die in pekuniärer Hinsicht angenehme Reisetstellung bei A. Rittershaus bekam, ist nicht bekannt. Man möchte es ihm wünschen. Denn der junge Mann sollte ja wohl in erster Linie den Vater entlasten, der eben erst tief in die Tasche gegriffen hatte, um dem Sohn eine ungestörte Ausbildungszeit zu sichern. Vater Jan nämlich war Mitglied eines Vereins in Osnabrück geworden, der in § 1 seines Statuts ohne jeden Anflug von falscher Scham deklarierte: «Der Zweck des Vereins besteht darin, die Mitglieder desselben von der Erfüllung der Militärdienstpflicht zu befreien.» Genauer hätte es vielleicht heissen müssen, «die Mitglieder desselben oder deren Angehörige von der Dienstpflicht zu befreien». Denn die Sache lief darauf hinaus, dass Jan van Delden den Betrag von 75 Talern an den Verein zahlte, wofür dieser, erfolgreich natürlich, sich bemühte, einen Ersatzmann für Mathieu van Delden zu beschaffen.

Jedenfalls ist Mathieu van Delden höchstens noch drei Jahre «gereist»: 1854 trat er in die Firma Jordaen & van Heek ein, deren holländische Gründer seit 1844-1845 in Gronau eine Garnschlichterei betrieben.

Damit beginnt die Geschichte der ersten grossen Van-Delden-Firmen, die auf unsere Tage gekommen sind. Denn schon am 1. Juli 1854 trat Mathieu als Gesellschafter in die Firma ein, die seit diesem Termin als «M. van Delden & Co» firmierte. Die 5'000 Taler, die er brauchte, um die örtlichen Einrichtungen zu übernehmen, wird ihm zum grossen Teil der Vater zur Verfügung gestellt haben; als Betriebskapital dienten die Einlagen der Vorbesitzer, Jordaen und van Heek. Elf Jahre später, am 22. September 1865, wurde die offene Handelsgesellschaft in eine Kommanditgesellschaft umgegründet – mit Mathieu van Delden als persönlich haftendem Gesellschafter und der niederländischen Firma van Heek & Co, Enschede, als Kommanditistin.

Welche Bedeutung das junge Haus «M.v. Delden & Co» in der Welt des Kattuns sich errang, geht daraus hervor, dass es in den sechs Jahren 1865-1870 Leerschüsse in der Gesamthöhe von 191'700 Talern und in den vier Jahren 1871-1874 fast denselben Betrag, nämlich 190'000 Taler, erzielte. Was unter Brüdern im einen wie im anderen Zeitraum der Kaufkraft von je 3 Mill. DMark entsprach.

So konnte es Mathieu denn auch nicht schwerfallen, dem Bruder Gerrit, der viele Jahre die Färberei bei M.van Delden & Co geleitet hatte, zur Selbständigkeit zu verhelfen: Als 1875 die Firma Gerrit van Delden & Co gegründet wurde, beteiligte sich M.van Delden & Co mit einer Einlage von 150'000 Mark an der neuen Kommanditgesellschaft. Acht Jahre später wiederholte sich das gleiche Spiel bei der Westfälischen Jutespinnerei und Weberei in Ahaus. Gerrit, offenbar die stärkere Unternehmerpersönlichkeit, gründete die Gesellschaft; Mathieu, der konservative, bedächtige, blindlings vertrauende Bruder, griff tief in die Tasche, um den Start des Unternehmens zu erleichtern, aber wohl auch, um der eigenen Familie einen Anteil am Erfolg des geschäftlich kühneren Bruders zu sichern.

Mit der Jutespinnerei tritt ein neuer van Delden ins Dämmerlicht der Geschichte, der wahrscheinlich auch ein Sohn des Stammvaters Jan van Delden war: der Emdener Arzt Dr. Fritz van Delden. Vermählt mit Martha geb. Brons, einer Tochter jenes Ysaac Brons, der 1848 unter den Mitgliedern des Frankfurter Parlaments in der Paulskirche gesessen hatte – später heiratete Mathieus Sohn Jan eine Urenkelin Ysaac Brons –, war er der Vater Jans und Ysaacs van Delden, denen Onkel Gerrit die Leitung der Westfälischen Jutespinnerei und Weberei anvertraute: Dr. Willy van Delden, seit 1921 Vorstandsmitglied der Westfälischen Jute und einer der bekanntesten Vertreter nicht nur der Delden-Familie, sondern der westfälischen Textilindustrie überhaupt, ist ein Sohn Ysaacs van Delden, der wie sein Bruder Jan eine Tochter der mit den Delden so eng verbundenen niederländischen Textilindustriellenfamilie van Heek zur Frau genommen hatte.

Doch nun genug von der wahrhaft labyrinthischen Genealogie des Clans, in der sich nur noch die Häupter der Sippe auskennen mögen. Fragen wir lieber nach den Besitztümern der Delden-Familie.

Die älteste der heute noch bestehenden Firmen, M. van Delden & Co, war 1865 in eine Kommanditgesellschaft, 1890 in eine offene Handelsgesellschaft und 1936 in eine KG zurückverwandelt worden. In allem Wechsel aber blieb das eine bestehen: sie war und blieb ein Familienunternehmen im engsten Sinne des Wortes. Im Jahre 1889 hatte Mathieu van Delden die Söhne Willem (1858-1921) und Dr. Jan (1860-1923), 1892 Sohn Hermann-Julius (1863-1940) in die Firma aufgenommen. Vier, fünf Jahre nach dem Tode des Gründers († 1904) und ebenso viele Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde das Vermögen der drei Firmeninhaber auf 810 Mill. GMark geschätzt. Das scheint jedoch ziemlich bescheiden; denn in der Fabrik drehten sich 55'000 Spindeln, arbeiteten 1050 Webstühle und standen schon damals 1'700 Männer und Frauen in Lohn und Brot, so dass sich – nehmt alles nur in allem – doch wohl ein wesentlich höherer Substanzwert errechnet als die Firmeninhaber bescheidenweise dem Fiskus gegenüber eingestanden.

Die Inhaber des Hauses Gerrit van Delden & Comp, das von 1875 bis 1921 als Kommanditgesellschaft geführt worden war und erst mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in die Rechtsform der offenen Handelsgesellschaft überführt wurde, waren zur nämli-

chen Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: der alte Gerrit van Delden, seine Söhne Dr. Hendrik (geb. 1872) und Mathieu (1875) sowie ein Kommerzienrat Heinrich Meier, dessen Namen seither aus der Chronik der Gronauer Industrie verschwunden ist. Der Betrieb galt mit seinen 550'000 Spindeln als eins der grössten deutschen Unternehmen seiner Art, und dem entsprachen auch die Vermögensschätzungen, die dem Kommerzienrat Gerrit van Delden 10-11 Mill. GMark und jedem seiner Söhne 2-5 Mill. GMark, den Männern des Familienzweigs Gerrit van Delden also 14-17 Mill. GMark, zubilligten.

Seither ist der innere Wert der Firmen erheblich gewachsen. M. van Delden & Co mit seinen ca. 1'800 Arbeitern, die in der Spinnerei und Weberei, der Färberei und Druckerei, der Appreturanstalt usw. tätig sind, dürfte ein werbendes Vermögen von 50-80 Mill. DMark darstellen. Die Masse des Vermögens liegt in den Händen der persönlich haftenden Gesellschafter: Mathieus, der das Erbe Willems van Delden antrat, und Bernhards, der seinem Vater Dr. Jan van Delden nachfolgte. Die Kommanditisten gliedern sich in drei Gruppen. Die fünf ersten Persönlichkeiten der Kommanditistenliste, die über Einlagen von insgesamt 1'011'685,65 DMark verfügen, sind die Erben des 1940 verstorbenen Hermann-Julius van Delden, dessen kommanditistischer Anteil mit 2'069'875,87 BMark zu Buch gestanden hatte; Albert und Walter van Delden (180'000 DMark) haben ihren Bruder Hermann beerbt; bei den sechs an letzter Stelle stehenden Kommanditisten, die insgesamt 250'000 DMark vertreten, scheint es sich um Angehörige der fünften Generation nach dem Familienstifter Jan van Delden zu handeln.

Alles in allem: das kommanditistische Kapital ist nicht gross; im Gegenteil, es ist mit 1'421'685,65 DMark überraschend klein: seine Verzinsung würde, selbst wenn

M. v. Delden & Co, Gronau

Persönlich haftende Gesellschafter: Mathieu van Delden
Bernhard van Delden

<i>Kommanditisten:</i>	DMark
1. Frau Gertr. Stroink geb. van Delden, Gronau	386 987.58
2. Frau Marie Stroink geb. van Delden, Gronau	186 987.58
3. Frau Else Burkhard geb. van Delden, Bentheim.....	186 987.58
4. Otto van Delden, Epe	186 987.58
5. Frau Bernhard van Delden geb. von Trotha, Gronau ...	63 733.33
6. Albert van Delden, Gronau	90'000.00
7. Walter van Delden, Gronau	90'000.00
8. Stefan Wolf van Delden, Gronau	75'000.00
9. Christoffer Jan van Delden, Gronau	75'000.00
10. Thomas Bernhard van Delden, Gronau	30'000.00
11. Almuth Elisabeth van Delden, Gronau	30'000.00
12. Maritta van Delden, Gronau	10'000.00
13. Claudia Renate van Delden, Gronau	10'000.00
	1'421'683.65

man einen Satz von 20 Prozent zugrunde legte, kaum mehr als ein halbes Prozent des Firmenvermögens in Anspruch nehmen. Dies und der Umstand, dass man in der Liste der kommanditistisch Beteiligten keinen anderen als den Namen van Delden antrifft, beweist, dass die Firma ein echtes Familienunternehmen geblieben ist, in welchem die Inhaber, Mathieu und Bernhard van Delden, wie eh und je als die Herren im eigenen Hause schalten.

Über jeden Zweifel erhaben, ja reiner ausgeprägt als zu Lebzeiten des alten Gerrit van Delden, ist die Bindung an die Gründerfamilie bei Gerrit van Delden & Co, bei der es keine Kommanditisten, sondern nur die beiden Söhne Dr. Hendriks van Delden, Nico und Gerrit, als Firmeninhaber gibt.

Wie hoch die Bedeutung dieses Gronauer Hauses eingeschätzt werden muss, zeigt einmal die Zahl der Belegschaftsmitglieder, die Ende 1955 mit 2597 angegeben wurde, zum anderen die Zahl der Spindeln – nach dem Stande von 1955: 252'240 Spinnspindeln und 114'378 Zwirns- und Spinnspindeln –, die in den sechs Fabrikgebäuden des Unternehmens Baum- und Zellwolle zu den Ausgangsstoffen der Wäschestoff-Weberei verarbeiten. Doch ob man nun den Substanzwert der Firma mit 65 oder mit 75 Mill. DMark annimmt – in dieser Grössenordnung muss er vermutet werden –, der Reichtum des Hauses ist damit auch nicht annähernd erfasst.

Zum ersten gehören der Firma Gerrit van Delden & Comp in Gronau noch die Westfälische Textilfaser-GmbH (StK 200'000 DMark) und die Westfälische Garnveredlung GmbH (StK 60'000 DMark). Zum anderen sind da noch die grossen Unternehmen, an denen die verschiedenen Zweige und Firmen der Familie führend beteiligt sind.

Um mit der Westfälischen Jute-Spinnerei und Weberei zu beginnen, die, wie erinnerlich, 1883 von Gerrit van Delden begründet wurde, so können wir feststellen, dass an diesem bedeutenden Unternehmen die niederländische Firma ter Horst & Co, Rijssen, mit 21,6 Prozent des Grundkapitals (5,4 Mill. DMark), im Übrigen aber ausschliesslich Firmen und Persönlichkeiten der grösseren Delden-Familie beteiligt sind: M. van Delden & Co beispielsweise besitzt 16,33 Prozent, Gerrit van Delden & Comp zwar nur 3,87 Prozent, dafür aber vertritt Gerrit van Delden teils als Eigen –, teils als Fremdbesitz weitere 9,64 Prozent, so dass auch sein Unternehmen den gebührenden Einfluss geltend machen kann. Im Grunde aber ist es, solange die Mitglieder der Delden-Sippe untereinander einig sind – und es besteht keinerlei sachlicher oder persön-

Beteiligungen der Westfälischen Jutespinnerei

1. Vereinigte Weberei Salzgitter-Stadtoldendorf Kübler & Co, Stadtoldendorf, K 5,6 Mill. DMark, 25 Prozent
2. Jute-Spinnerei und Weberei AG, Kassel, AK 1,574 Mill. DMark, 24,4 Prozent
3. Ahaus-Enscheder Eisenbahngesellschaft, Ahaus, AK 0,8 Mill. DMark, 32,2 Prozent
4. Van Delden & Seesbrugger, Papiersackfabrik, Ahaus, K 0,375 Mill. DMark, 73,3 Prozent
5. Gebild- & Frottierweberei Georg Richter & Co, Ahaus, K 200'000 DMark, 0,50 Prozent

licher Grund, sich zu veruneinigen –, einigermaßen gleichgültig, wie sich die Aktienpakete verteilen. Genug, dass die Delden – die beiden Gronauer Häuser und der Aliauser Zweig – die Herren bei der westfälischen Jute sind und dass sie damit auch über eine Reihe wertvoller Beteiligungen gebieten.

An der Baumwollspinnerei Gronau, die mit einem Grundkapital von 3,2 Mill. DMark ausgestattet ist und etwa 1'100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, ist die Familie van Delden direkt und über ihre Unternehmen mit 31,93 Prozent, eine Gruppe holländischer Aktionäre, die teils in Enschede, teils in Almelo ansässig sind, mit 24,79 Prozent und Lorenz Hahn, ein im Ruhrgebiet bekannter und auf den Hauptversammlungen gefürchteter Effektenkapitalist vom alten Schrot und Korn, mit 10,31 Prozent beteiligt. Der reich verästelte Ahauser Zweig der Familie Delden besitzt in der Firma van Delden & Co GmbH, Coesfeld (StK 810'000 DMark) ein florierendes Unternehmen, das unter der Leitung von Erich und Helmich van Delden, eine Baumwollweberei und Färberei betreibt.

Darüber hinaus ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass – um nur die Grössten zu nennen – Van-Delden-Beteiligungen bei der Thüringische Zellwolle AG, Gronau, der Baumwollspinnerei Germania, Epe, der Ravensberger Spinnerei AG, Bielefeld, beim Gerling-Konzern und nicht zuletzt bei der Westfalenbank AG, Bochum, der Hausbank des Wintershall-Konzerns, bestehen, deren Aufsichtsrat Dr. Willy van Delden als Vorsitzender, Carl Ludwig Kumpers aus Rheine als Mitglied angehören. Es ist nach alledem verständlich, dass in dem Dreieck Gronau-Ahaus-Coesfeld der Name van Delden nur mit Schauern der Ehrfurcht genannt wird.

Derselben Kategorie, wengleich nicht derselben Grössenordnung wie die Kumpers und van Delden, gehört im nordwestfälischen Raum noch die in Greven ansässige Familie Schründer an, deren Einfluss sich auf die Firmen J. Schründer Söhne, Bunt-Spinn-Weberei Gebr. Schründer, Greverer Baumwollspinnerei AG und Schründer & Cramer, Spinnerei, Weberei und Näherei erstreckt, sowie die Familie Cramer (Anton Cramer & Co), die mit den Schründer, Biederlack und Temming zu den Grossaktionären der Greverer Baumwollspinnerei gehört, bei Schründer & Cramer in Greven und bei der Firma Cramer, Temming & Co in Mönchen-Gladbach beteiligt ist.

Familienbesitz wohin man blickt, auch wo das Unternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft auftritt. Bei der Gladbacher Wollindustrie AG vorm. L. Josten zum Beispiel (AK 6,4 Mill. DMark, rd. 1'300 Arbeitskräfte) sind die Erben Dr. Hugo Henkels (Persil) mit 40 Prozent und der Kanzlerberater und Oppenheim-Bankier Dr. h.c. Pferdenges gleichfalls mit einem starken Paket beteiligt. Die Anteile der J.F. Adolff AG (10,8 Mill. DMark), die in ihren Werken Backnang und Backnang-Steinbach mit Zweigbetrieben in Dietenheim, Illertissen und Ehingen 2'871 Menschen, ferner bei ihren Tochtergesellschaften – Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, Mechanische Trikotweberei Mattes & Leitz AG, Besigheim a.N., und Schwäbische Textilwerke AG, Ebersbach a. d.F. – weitere 2'565 Frauen und Männer, insgesamt also

5'436 Belegschaftsmitglieder beschäftigt, befindet sich voll in Familienbesitz. Ungeachtet der Publizität, zu der die Rechtsform das Unternehmen verpflichtet, lässt die Familie sich aber nicht allzu tief in die Karten sehen. Etwas weinerlich stellte jüngst eine grosse Zeitung fest, dass auf der Hauptversammlung im Februar 1957 die «Öffentlichkeit ausgeschlossen» war. «In den Aufsichtsrat ist bemerkenswerterweise Wilhelm Zangen, der Vorstandsvorsitzer der Mannesmann AG eingetreten», fährt der Berichterstatter fort. Wofür das nun aber bemerkenswert ist – etwa dafür, dass die Grossen, zu denen sowohl Adolff wie Zangen ohne Zweifel gehören, einander auch dann ergänzen können, wenn sie aus so verschiedenen Industrien kommen, wie aus der Textilbranche einerseits, der Röhrenfabrikation andererseits, oder dafür vielleicht, dass sie gemeinsame wirtschaftspolitische Interessen vertreten oder durch das Band gemeinsamer politischer Ansichten verbunden sind –, das zu enträtseln überlässt der Chronist der Phantasie seiner Leser.

Nun, sei's drum. Wir kommen in unserem Bericht nun zu jenem Unternehmen, welches das grösste seiner Art, aber zugleich das in den Grundlagen seiner Existenz am schwersten erschütterte ist: zur Christian Dierig AG in Augsburg.

Vor mehr als einhundertundfünfzig Jahren, 1805, wurde das Stammhaus von Christian Gottlob Dierig im schlesischen Oberlangenberg gegründet. Anderthalb Jahrhunderte sind über das Unternehmen hinweggegangen: die Freiheitskriege, der Preussisch-Dänische, der Preussisch-Österreichische und der Deutsch-Französische Krieg, der Erste und der Zweite Weltkrieg, die Aufstände der Weber, die Revolution von 1848, der Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Einsturz des «Tausendjährigen Reichs», dem die Vorsehung nur zwölf irdische Jahre beschieden hatte. Die Firma Dierig überlebte alle Kriege, Aufstände, Umwälzungen und Zusammenbrüche. Sie war ins Leben getreten, als in den schlesischen Dörfern sich Tausende von Spinnrädern drehten und in den engen Stuben die Handwebstühle klapperten. Sie hat die Zeit erlebt, als der Manufakturbetrieb und das Verlagswesen blühten: die Jahrzehnte, als die Weber, die das vom Verleger gelieferte Garn verarbeiteten, für ihre «mühevollen vierzehn- bis sechzehnstündigen Arbeit, zugleich für Abnutzung der Gerätschaften, Benutzung der Wohnräume, Heizung und Beleuchtung, für Beihilfe von Frau und Kindern» täglich nicht mehr als zwei bis drei Groschen verdienten. Nicht nur damals und in den Krisenjahren der Weimarer Republik war ein Stück Hundefleisch ein Lekerbissen für die schlesischen und sächsischen Textilarbeiter. Auch unter der Herrschaft der Nationalsozialisten gab es in den südostdeutschen Gebieten, wo die Textilindustrie blühte, noch Hundemetzgereien – das konnte selbst Goebbels den Korrespondenten der Auslandspresse nicht ableugnen, die Tags zuvor die einschlägigen Anordnungen über das Schlachten von Hunden und das gewerbliche Feilbieten von Hundefleisch im Reichsgesetzblatt gelesen hatten.

Doch, wie gesagt, dergleichen Schwächen und Mängel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung fochten die Firma Dierig nicht an. Friedrich, der Sohn

des Gründers, der den entscheidenden Schritt über den Hand- oder Manufakturbetrieb hinaus zur «Fabrikation» im heutigen Sinne des Wortes getan hatte, zum Maschinenbetrieb also, brachte es schon zum Geheimen Kommerzienrat – was wesentlich schwerer wog und teurer zu stehen kam als der «Kommerzienrat», den auch ein Getreidehändler sich leisten konnte. Sein Sohn Dr.-Ing. e.h. Friedrich Dierig, übrigens der Schwiegersohn des Geheimen Kommerzienrats und Besitzers der Königlichen Hofmühle in Dresden-Plauen, Traugott Bienert, war gleichfalls Geheimer Kommerzienrat. Die Männer der vierten Generation waren indessen nicht mehr in der Lage, auf der Stufenleiter der Titulaturhierarchie in die Bereiche der gesellschaftlichen Exklusivität aufzusteigen, die freilich noch weit hinter derjenigen eines aktiven Leutnants zurückstand. Immerhin zog Wolfgang Dierig in den Schlesischen Provinziallandtag ein, was gesellschaftlich wesentlich mehr galt als die Mitgliedschaft im Reichs- oder Landtag, und wurde, wie es der Ehrenkodex der geistig engagierten Demokratie gebot, zum Ehrensator der Breslauer Friedrich-Wilhelm-Universität ernannt, während sein Bruder Gottfried als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats seine Kräfte in den Dienst des Allgemeinwohls stellte.

Was aber viel wichtiger war: sie wurden die eigentlichen Stifter des Dierig-Konzerns; denn ihnen gelang es in erbitterten Auseinandersetzungen mit dem allmächtigen Aufsichtsratsvorsitzenden der F.H. Hammern AG, Fritz Häcker, die auf der Gegenseite nicht immer mit den lautersten Mitteln geführt wurden, dieses wertvolle Unternehmen Schritt für Schritt enger an die Firma Dierig zu binden. Christian Dierig – seit 1902 als GmbH betrieben und 1928 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt – hatte seinen Sitz in Oberlangenbielau und betrieb Zweigwerke in Gellenau (Grafschaft Glatz), Frankenberg (Sachsen) und Berlin-Grünau. Aber er hatte auch schon in Augsburg Fuss gefasst (Mühlbachweberei), hatte ferner im Jahre 1929 die Mehrheit der Baumwollspinnerei am Stadtbach, Augsburg, und 1932 die Majorität bei der Mechanischen Weberei am Fichtelbach, Augsburg, erworben. Durch die Fusion mit Hammern, die 1935 aus der zweimal begründeten Interessengemeinschaft (1924 und 1930) hervorging, kam Dierig endgültig in den Mehrheitsbesitz der Augsburger Buntweberei Riedinger, der Haunstetter Spinnerei und Weberei, der Spinnerei und Weberei Kottern sowie der Textilausrüstung und Druckerei Prinz AG. 1936 beteiligte sich die Gesellschaft führend, d.h. unter Übernahme der Majorität, an der Gründung der Schlesischen Zellwolle AG in Hirschberg, übernahm ein starkes Paket der neugegründeten Kurmärkischen Zellwolle und Zellulose AG, Wittenberge, und konnte noch 1941 ihre 1922 an der Ernst Mallinckrodt AG, Leipzig, erworbene Majorität auf 100 Prozent aufrunden. Kurzum: Dierig hatte sich aus kleinsten Anfängen heraus in einer fast hundertfünfzigjährigen Geschichte zum führenden kontinentaleuropäischen Konzern der Baumwollverarbeitung entwickelt, der mit seinen 15'000 Arbeitern, seinen 800'000 Spindeln und 14'000 Webstühlen – so lauten die fast unglaublich klingenden Angaben der Chronik – ein veritables Königreich in der Welt des gesponne-

nen, gewebten, gefärbten und bedruckten Kattuns darstellte.

Durch den Kriegsausgang verlor die Christian Dierig AG mit den sieben Werken, die sie selbst und ihre Tochtergesellschaften jenseits der Zonengrenze betrieben hatten, 105'000 Spindeln, 5'100 Webstühle, zwei Stoffdruckereien, zwei Ausrüstungsanstalten, eine Kaliko- und Kunstlederfabrik und eine Näherei. Zu schweigen von den Anlagen der Zellwollerzeugung, die in dieser Verlustbilanz nicht enthalten sind.

Aber noch schwerer als diese vielbeklagten Verluste müssen die Zerstörungen im Westen den Konzern betroffen haben. Wenn es zutrifft, dass Dierig vor dem Krieg über 800'000 Spindeln – davon allein in der Baumwollspinnerei am Stadtbach über 300'000 – und über 14'000 Webstühle verfügt hat, so müssen unter Berücksichtigung der mittel- und ostdeutschen Verluste fast 700'000 Spindeln und 8'900 Webstühle in den westdeutschen Betrieben des Konzerns gearbeitet haben. Da Dierig um die Jahreswende 1955/56, nach mindestens sechsjähriger Wiederaufbauarbeit, in Westdeutschland aber erst wieder über 251'896 Spindeln aller Art – 183'448 bei den eigenen Werken einschliesslich der Hammersen-Betriebe, 68'448 bei den Tochtergesellschaften – und über 5'595 Webstühle verfügte, von denen 3'543 auf Dierig-Hammersen und 2'052 auf die Töchter entfielen, drängt sich mit zwingender Notwendigkeit die Folgerung auf, dass die durch Bomben und Granaten im Westen verursachten Verluste ein Mehrfaches dessen ausmachten, was dem Konzern im Osten verloren ging. Allerdings wird man annehmen können, dass die Verjüngung des Maschinen-

Beteiligungen der Christian Dierig AG, Augsburg

AK 40 Mill. DMark; Werke: Werk am Stadtbach, Werlachspinnerei, Senkelbachweberei, Fichtelbacliweberei, Mühlbachweberei

1. F.A. Hammersen AG, Osnabrück, AK 5 Mill. DMark, 100 Prozent Werke: Osnabrück, Rheine, Bocholt, Rheydt
2. Ernst Mallinckrodt GmbH, Augsburg, StK 300'000 DMark, 100 Prozent
3. Augsburgs Buntweberei Riedinger AG, Augsburg, AK 8 Mill. DMark, 100 Prozent
 - (1) Aura Weberei GmbH, Augsburg, StK 640'000 DMark, 100 Prozent
 - (2) Schwäbische Damenkleiderfabrik Augsburg, StK 440'000 DMark, 100 Prozent
4. Textilausrüsterei und Druckerei Prinz AG, AK 4 Mill. DMark, 75 Prozent
5. Haunstetter Spinnerei und Weberei, Haunstetten/Augsburg, AK 3,5 Mill. DMark, 77 Prozent

parks, die notgedrungen stattfinden musste, auch ihr Gutes hatte und dass bei intensiverer Ausnutzung der vorhandenen Maschinen jede einzelne heute mehr hergibt, als sie früher zu leisten vermochte. Darüber sollte man aber nicht vergessen, dass den 75 Mill. RMark Kriegs- und Kriegsfolgenverlusten, die Dierig zu beklagen hat, bis Ende 1955 erst wieder Investitionen in Höhe von 34,07 Mill. DMark gegenüberstanden: eine Lappalie, wenn man sie mit den Anlagezugängen der Schwerindustrie, der Chemie, der Automobil- und der Ölindustrie vergleicht. Freilich konnten gleichzeitig

42,75 Mill. DMark – d.s. 125,5 Prozent der Investitionen – abgeschrieben werden. Aber das beweist doch nur, dass die Investitionen, milde gesagt, absolut unzulänglich waren, so dass bei restloser Ausschöpfung aller steuerlichen Möglichkeiten das überraschend günstige, jedoch nur relativ günstige, Verhältnis der Anlage-Zugänge zu den Abschreibungen herauskommen musste. Die Notwendigkeit, bedeutende Mittel, und zwar nach Möglichkeit Eigenmittel, zu mobilisieren, um die Verjüngung, Erweiterung und Rationalisierung der produktiven Anlagen zu finanzieren, besteht nach wie vor weiter. Aus diesem Grunde hat ja auch die Vermögensverwaltungsgesellschaft der Familie Dierig, die Textil-Treuhand GmbH, in deren Besitz sich etwa drei Viertel des Dierig-Kapitals befindet, nominell 5 Mill. DMark ihrer B-Aktien unentgeltlich und

Liste der Gesellschafter der Textil-Treuhand GmbH, Augsburg

Liste der Gesellschafter der Textil-Treuhand GmbH, Augsburg

Stand 31. Dezember 1955

	DMark
Friedrich Dierig, Oberreg.-Rat, Augsburg, Argonstrasse 5	1 955 660-
Erika Liebs, Karlsruhe, Karl-Schremp-Strasse 23	122 070-
Eckart Liebs, Sohn der Erika Liebs, Karlsruhe, Karl-Schremp-Strasse 23	100 000-
Detlef Liebs, Sohn der Erika Liebs, Karlsruhe, Karl-Schremp-Strasse 23 .	100 000-
Rüdiger Liebs, Sohn der Erika Liebs, Karlsruhe, Karl-Schremp-Strasse 23	100 000-
Hartmut Liebs, Sohn der Erika Liebs, Karlsruhe, Karl-Schremp-Strasse 23	100 000-
Felicitas Silbe, Augsburg, Kleiststrasse 12.....	222 070-
Rainer Silbe, Kind der Felicitas Silbe.....	100 000-
Heidrun Silbe, Kind der Felicitas Silbe.....	100 000-
Gabriele Silbe, Kind der Felicitas Silbe.....	100 000-
Herta Dierig, Marquartstein, Loitshauer Strasse 24	572 070-
Thomas Michalke, Sohn der Herta Dierig	100 000-
Hans Joachim Dierig, vertreten durch seinen Abwesenheitspfleger	
Herrn Andreas Hillmer, Augsburg, Derchinger Strasse 98	522 070-
Christian Gottfried Dierig, Augsburg, Carron-du-Val-Strasse 29	1 378 090-
Stephanie Dierig, Tochter des Christian Gottfried Dierig	50 000-
Barbara Dierig, Tochter des Christian Gottfried Dierig	50 000-
Barbara Jannasch, Lower Seabright, Halifax/Kanada	1 488 090-
Dr. Hans Christian Dierig, Leitershofen, Anhauser Weg 25	1 207 090-
Hans Dieter Dierig, Sohn des Dr. Hans Christian Dierig.....	50 000-
Karin Dierig, Tochter des Dr. Hans Christian Dierig.....	50 000-
Elke Dierig, Tochter des Dr. Hans Christian Dierig	50 000-
Klaus-Uwe Dierig, Sohn des Dr. Hans Christian Dierig.....	50 000-
Liselotte Seidel, Augsburg, Oberländerstrasse 52	1 157 090-
Annemarie Bayerlander geb. Seidel, Augsburg, Leitershofen Strasse . .	50 000-
Peter Seidel, Augsburg, Oberländerstrasse 52	50 000-
Lore Haller geb. Seidel, Augsburg, Oberländerstrasse 52	50 000-
Ursula Seidel, Tochter der Liselotte Seidel, Augsburg	50 000-
Manfred Seidel, Sohn der Liselotte Seidel, Augsburg	403 320-
Victor Dierig, Lübeck-Marli, Folke-Bernadotte-Strasse 18	240 000-
Victor Dierig, Lübeck-Marli, Treuhanddepot.....	912 900-
Charlotte Bamberg, Bad Aibling, Krankenhausstrasse 1.....	500 000-
Ursula Meyer, Göggingen bei Augsburg, Römerweg 28.....	130 000-
Hans Gerd Meyer, Göggingen bei Augsburg, Römerweg 28	130 000-
Ernst Eckart Meyer, Sohn der Ursula Meyer	130 000-
Übertrag	12 090 520-

	DMark
	Übertrag 12 090 520.-
Georg Friedrich Meyer, Sohn der Ursula Meyer	130'000.-
Claus Henning Meyer, Sohn der Ursula Meyer.....	130'000.-
Hildegard von Cranach, Forstamt Entenpfuhl über Sobernheim	760'000.-
Barbara von Cranach, Tochter der Hildegard von Cranach	130'000.-
Karin von Cranach, Tochter der Hildegard von Cranach.....	130'000.-
Marie Luise Bamberg, Bad Aibling, Krankenhausstrasse 1	1 020'000.-
Grete Radike, Augsburg, Hippelstrasse 14	323'820.-
Christa Merkel, geb. Radike, Augsburg, Hippelstrasse 14	203'300.-
Inge Radike, Tochter der Grete Radike, Augsburg.....	203'300.-
Brigitte Radike, Tochter der Grete Radike, Augsburg.....	203'300.-
Hermann Georg Radike, Sohn der Grete Radike, Augsburg	203'300.-
Martin Radike, Augsburg, Schrofenstrasse 20	1 057'020.-
Gertraude Müller, Berlin-Zehlendorf, Gutzmannstrasse 30	1 057'040.-
Annalise Heyne, Ihrlerstein, B 14 [^] , bei Kelheim	391'610.-
Rolf Heyne, Sohn der Annalise Heyne, Ihrlerstein, B 14 [^] , bei Kelheim	40'000.-
Michael Heyne, Sohn der Annalise Heyne, Ihrlerstein, B 14 [^] , bei Kelheim	40'000.-
Rosemarie Mittelstaedt, Zürich 51, Winterthurstrasse 688	231'000.-
Ekkehard Hillmer, Augsburg, Ziethenstrasse 1	50'000.
18'394'210.-	
Eigene Stammanteile.....	445 790.-
	18 840'000.-

2 Mill. zum Kurs von 50 Prozent zur Verfügung gestellt und dadurch ermöglicht, einen Buchgewinn von 6 Mill. DMark den offenen Rücklagen zuzuführen. Und gleichfalls aus diesem Grund hat die Verwaltung der Augsburger Buntweberei Riedinger vorgeschlagen, statt Dividenden für das Geschäftsjahr 1956 auszuschütten, den nicht einmal unbeträchtlichen Gewinn unterzupflügen, d.h. ihn einer Kapitalerhöhungsrücklage zur Verfügung zu stellen. Wir wollen uns die Einzelheiten dieses komplizierten Projekts ersparen, das gleichzeitig eine Kapitalerhöhung von 8 auf 10 Mill. DMark vorsieht. Genug, dass der Vorschlag zeigt, wie zielstrebig die Familie Dierig, die ja den Löwenanteil nicht nur am Gewinn, sondern auch am augenblicklichen Gewinnverzicht hat, daraufhin arbeitet, die Produktivität und Rentabilität des alten Unternehmens wiederherzustellen.

Nun hat zwar die Finanzverwaltung der Textilindustrie zugestanden, dass sie bei der Bemessung der Abschreibungen das schnelle Veralten ihrer Anlagen in Rechnung stellen und sich der «degressiven» Abschreibungsmethode bedienen darf. Auf diese Weise werden verhältnismässig grosse Investitionen durch Abschreibungen finanziert und über den Preis wieder «hereingeholt» werden können – ähnlich wie es bei den in geradezu groteskem Ausmasse privilegierten Industrien: Schwerindustrie, Energiewirtschaft und Schiffbau, geschehen ist und teilweise noch geschieht. Nur muss man sich auch über die Folgen klarwerden: Höhere Abschreibungen bedeuten höhere Kosten; höhere Kosten rechtfertigen höhere Preise. Können die höheren Preise nicht realisiert werden, da die Kundschaft sich weigert, sie zu zahlen, oder in andere Anschaffungen ausweicht –d.h. statt des relativ teuren Anzugs den relativ billigen

Kühlschrank kauft, der eben darum billiger ist als im vergangenen Jahr, weil sich die Investitionen der Kühlschrankindustrie auswirken –, so geraten die Textilunternehmen unweigerlich in die roten Ziffern der Verlustzone. Können die höheren Preise sich aber durchsetzen, so wird sich ebenso unweigerlich ein Klagegeschrei darüber erheben, dass die Preisschraube wieder einmal um eine Drehung angezogen habe. Was jedoch, notabene, die logische und sinnvolle Konsequenz der steuerlichen Privilegierung der Textilindustrie darstellt.

Schon jetzt widerhallen die offiziellen Verlautbarungen vom Bundeswirtschaftsministerium bis zur Kreditanstalt für Wiederaufbau von der bewegten Klage darüber, dass die Inanspruchnahme der Investitionsgüterindustrien sinkt, da die auf Kosten des Sparens zunehmende Konsumneigung die Mittel auffresse, die für die Anlage in Produktionsmitteln – namentlich der Schwerindustrie – notwendig sei. Welch eine groteske Bolschewisierung des Wirtschaftsdenkens, die das rastlose Fortschreiten des Investierens um des Investierens willen und damit jene groteske Aufblähung unserer Investitionsgüterindustrien fordert, die uns nur noch den kurzfristigen Ausweg lässt, zu exportieren und sogar Kapital zu exportieren, ehe wir merken, dass auch dieser Ausweg in der Sackgasse der Inflation endet. Welch eine Verblendung, immer neue Privilegierungen für die Schwerindustrie zu fordern – wie es jüngst erst auf der Hauptversammlung des Eschweiler Bergwerksvereins geschah, eines in luxemburgisch-französischem Besitz befindlichen Unternehmens übrigens, wo der Sprecher der Verwaltung in einem Atemzug höhere Abschreibungen, höhere Investitionen, höhere Selbstfinanzierung und höhere Kohlenpreise verlangte – ohne zu bedenken, dass die Ratio, die endgültige Rechtfertigung alles Investierens, doch schliesslich die Verbrauchssteigerung ist.

Die Textilindustrie, eine der wichtigsten Konsumgüterindustrien, hat lange im Schatten der Konjunktur gestanden. Die alten, reichen Familien, in deren Händen die Grossunternehmen liegen, haben die konjunkturelle Untertemperatur ausgehalten, weil sie immer noch einiges zusetzen hatten, aber viele kleine Unternehmen sind in Schwierigkeiten geraten. Nun ist es für sie an der Zeit, auf die Sonnenseite zu kommen. Dazu können sie selbst einiges beitragen. Denn das Beispiel der dem Verbraucher nächststehenden Erzeuger – der Strumpf- und Miederwarenfabrikanten etwa – hat ja gezeigt, nicht nur, dass der Kunde mit guten Markenartikeln und psychologisch eingängiger Markenwerbung leicht aus der Reserve des Konsumverzichts herauszulocken ist, sondern auch, dass die Erzeugung hochwertiger Standard- oder Markenware der Industrie einen stärkeren Rückhalt gegenüber dem Handel gibt. Aber die Hilfe muss auch von aussen herkommen. Vor allem in der Weise, dass Klarheit darüber geschaffen wird, was im ersten Jahrzehnt des Wirtschaftswunders betrieben wurde: die Privilegierung der Investitions- und Produktionsgüterindustrien auf Kosten sowohl der Massenkaufkraft als auch des Wiederaufbaus der Verbrauchsgüterindustrien.

VOM KAUFLADEN ZUM KAUFHAUS

Wenn dir's wohl geht, so gedenke,
dass dir's wieder übel gehen kann; und
wenn dir's übel geht, so gedenke, dass
dir's wieder wohl gehen kann.

Sirach 11/26

Am 1. März 1882 lasen die Bürger von Gera in ihrem Blatt die folgende Anzeige:
«P.P.

Dem verehrten Publikum Geras und Umgebung die ergebene Mitteilung, dass
ich am hiesigen Platze

Sorge 23 ein Garn-, Knopf-, Posamentier-,
Weiss- und Wollwarengeschäft unter der Firma

Hermann Tietz

eröffnet habe.

Indem ich mich beehre, Sie hiervon in Kenntnis zu setzen, bitte ich zugleich um
Ihr geneigtes Wohlwollen und gebe Ihnen die Versicherung, dass ich durch strenge
Rechtlichkeit mich desselben würdig zeigen werde.

Vielseitige in den angesehensten Exporthäusern gesammelte Erfahrungen und
ausgebreitete Bekanntschaft, sowie genügende Mittel haben mir die ersten Bezugs-
quellen geöffnet, was mich hoffen lässt, hinsichts grosser Auswahl und billiger Preis-
notierungen jede Konkurrenz zu bestehen und auch Ihren Beifall zu finden.

Haben Sie die Güte, mich mit Ihrem Besuche zu beehren und genehmigen Sie die
Versicherung meiner Hochachtung

Hermann Tietz

Sorge 23 im Hause des Herrn Anton Pertzel.»

Zugegeben, es geschah nicht viel in der Hauptstadt des Fürstentums Reuss jüngere
Linie, was ihren dreissigtausend Einwohnern Abwechslung hätte bieten können. An
der Seite des nun schon fünfzehn Jahre regierenden Fürsten Heinrich XIV. lebte noch
seine Gattin, Herzogin Agnes von Württemberg. Der Klatsch fand wenig Gelegen-
heit, sich mit dem Leben am Hof zu beschäftigen. Friederike Grätz, durch sächsische
Erhebung spätere Frau von Saalburg, war noch nicht aufgetaucht. Sie trat erst fünf,
sechs Jahre später ins Leben des Fürsten, der, 1886 verwitwet, die Dame seines Her-
zes im Jahre 1890 zur morganatischen Gattin erhob. So hätte man glauben können,
dass schon aus Mangel an Gesprächsstoff der wortreiche Appell des weitgereisten
Hermann Tietz, der erst kürzlich mit seinem Neffen Oskar zugewandert war, an das
p.p. Publikum Geras einen lebhaften Widerhall finden würde.

Aber weit gefehlt. Das Publikum zögerte fürs erste, dem einfenstrigen Geschäft
im Hause des Herrn Anton Pertzel, hinter dessen Ladentisch Onkel Hermann und

Neffe Oskar Tietz, assistiert von einer Verkäuferin, bedienten, sein Wohlwollen zuzuwenden. Die Lösung des ersten Verkaufstages betrug 34,50 Mark. Der erste Wochenmarkttag, zu dem die kargen Bäuerlein und die Frauen der Kupfer-, Eisenerz- und Braunkohlenbergleute in die Stadt gewandert waren, ungeduldig erwartet von den Ladeninhabern im Hause Sorge 23, erbrachte ganze 107 Mark. Und doch wurde damals in Gera der Grundstein zu jenem Konzern gelegt, der fünfundsiebzig Jahre später, am 28. März 1957, in Köln ein siebenstöckiges Warenhaus mit 12'000 Quadratmeter Verkaufsfläche und 1'200 Angestellten eröffnete: eins der vielen modernen Häuser, die der Hertie-Konzern in Berlin und den Städten der Bundesrepublik betreibt.

Die Tietz, deren Namen in der Abkürzung Hertie, Her(mann) Tie(tz), fortlebt, waren bemerkenswerte Leute.

Ursprünglich sephardische Juden waren sie über Avignon nach Holland, der Zuflucht der von den Inquisitoren Verfolgten, gekommen. Von hier wanderte Jacob Isaac (1736-1798) nach dem Warthegau aus: ein reicher Mann; denn er besass Geld genug, vom preussischen König das Gut Urschwanzow Czlicie zu erwerben. Jacob Isaacs Sohn Hirsch (1766-1833), der als Geschenk der Emanzipation den Zunamen Tietz erhielt – ein anderer Teil der Familie nannte sich Graupe –, wählte den Weiler Birnbaum in der Provinz Posen als Wohnsitz. Von ihm stammt sowohl David ab, der Begründer der «reichen» Tietz-Familie, die zuerst in Birnbaum, dann in Berlin eine Grosshandlung für Kurzwaren betrieb, als auch Salomon, von dem sich die weitverzweigte Familie der «Warenhaus»-Tietz herleitet.

Von seinen Söhnen wissen wir, dass Julius Tietz ein Warenhaus in Nürnberg, mit Filialen in Plauen und Greiz, der Hauptstadt des Fürstentums Reuss ältere Linie, errichtete; dass Markus sich als Kaufhausbesitzer in Bamberg niederliess und Zweigbetriebe in Chemnitz und Schweinfurt begründete; dass Hermann (1837-1907) in jungen Jahren nach Amerika auswanderte, als Farmer in den Südstaaten, dann als Kaufmann in Tennessy bei Memphis lebte, als reicher Mann 1870 heimkehrte, um am Deutsch-Französischen Krieg teilzunehmen, nach dem Krieg seine Brüder Heinrich und Kaskel als Altprodukthändler in Prenzlau «etablierte» und schliesslich mit seinem Neffen Oskar das Geschäft in Gera eröffnete; von Jakob aber (1814-1887), Oskars Vater, berichtet die Chronik, er habe in Birnbaum ein höchst bescheidenes Fuhrgeschäft betrieben, nachdem er wie auch die grundbesitzende Familie seiner Frau Johanna geb. Kielezki – die noch das Goldgeld in den Schränken stapelte und den Gästen auf silbernen Schüsseln servieren liess – ihr Vermögen im Gefolge des Polenaufstandes verloren gehabt hatten.

So sonderbar es klingt, die Söhne und Enkel Salomon Tietz' waren nicht die einzigen Kinder des winzigen, unbekanntes Weilers Birnbaum im fernen Posen, die in die Geschichte des deutschen Warenhauses eingegangen sind. Aus Birnbaum kam auch die Familie Knopf, die das Grossherzogtum Baden, die Joske und die Ury, die das Königreich Sachsen mit einem Netz von Warenhäusern überzogen. Hermann

Wronker, der vor dem Ersten Weltkrieg das Warenhaus S. Wronker & Cie in Frankfurt betrieb, entstammte der ländlichen Umgebung Birnbaums. Und, um etwas weiter hinauszugreifen, auch die Conitzer, die Hirsch und die Lindemann, die es zu recht beachtlichen Warenhaussystemen brachten, kamen aus dem Osten, dessen Städtchen, Marktflücken und Weiler dem Westen nicht einmal dem Namen nach bekannt waren: Söhne und Enkel talmudistisch frommer Juden, von keiner händlerischen oder handwerklichen Zunfttradition belastete klare Köpfe waren es, die im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts aus der Enge des kleinstädtischen Lebens aufbrachen, die im Osten besonders schwer auf diesen geistig aktiven Menschen lastete, um das nachzuholen, was der Einzelhandel im Ausland dem deutschen voraus hatte: In Frankreich waren schon in der ersten Kaiserzeit zahlreiche Warenhäuser entstanden – «Le Petit St. Thomas», «La fille mal gardée», «Le diable boiteux», «Le masque de fer», «Les deux Margots» – zu denen sich später «Printemps», «Louvre», die «Galerie Lafayette» und «Au bon marché» gesellten; London hatte das grosse Warenhaus Whiteley Ltd, Amerika die Firma Marshall, Field Cie. Das alles waren keine jüdischen Gründungen, sondern mitsamt ihren Organisationsgrundsätzen – Orientierung am Massenbedarf, Zusammenfassung möglichst vieler Artikel auf einer Verkaufsfläche, Barverkauf und Bezug vom Fabrikanten – Ergebnisse des rational argumentierenden Geistes, der nur mehr rechnerisch verfahrenen Kaufmannspraxis. Möglich, dass Felix Sombart recht hatte, wenn er nicht ohne Bitterkeit resümierte, im Warenhausbetrieb erschienen Ware und Publikum «nur noch als qualitätslose Grössen, mit denen rechnerisch geschickt umzugehen die Aufgabe des Unternehmens wird. Auch der innere Betrieb eines derartigen Unternehmens wird aller Seele beraubt ... Wie Glieder eines leblosen Mechanismus wirken die tausend und abertausend Angestellten ein unpersönliches Gesamtwerk, und ihr wohlgeordnetes, seelenloses Ineinandergreifen stellt recht eigentlich ein Sinnbild des gesamten modernen Wirtschaftslebens vor ...» Bloss geht es nicht an, den Warenhausbetrieb für eine spezifisch jüdische Schöpfung auszugeben: Er ist viel früher als in Deutschland und ohne wesentlichen Anteil jüdischer Initiative im Ausland entstanden. In Deutschland allerdings haben die springlebendige geistige Aktivität und die Fähigkeit zum voraussetzungslos rechnerischen Denken, die namentlich das Judentum der östlichen Provinzen auszeichnete, ihren hohen Anteil an der Entwicklung gehabt.

Da waren, um wieder bei Gera zu beginnen, die beiden Tietz, Onkel und Neffe; die in ihrem Lädchen von acht Meter Frontbreite und 16 Meter Tiefe Garn, Zwirn und Knöpfe, Posamenterie und Weisswaren verkauften: der Ältere, der Amerikafahrer, ein Mann von vielerlei Berufskennntnissen, aber bei aller Grosszügigkeit doch ein vorsichtiger Rechner; der Jüngere, der dreizehnjährig die Volksschule verlassen und bei Kaskel Tietz in Prenzlau das Manufakturwaren- und Altproduktengeschäft erlernt hatte, nach achtjähriger Lehrzeit, 1879, zu seinem älteren Bruder nach Stralsund gegangen war, um für ihn Pommern, Mecklenburg und Brandenburg zu bereisen, und der schliesslich auch als Kommis in einem Möbel- und Teppichgeschäft bei einem

Monatsgehalt von 80 Mark Berlin kennengelernt hatte – was waren sie denn anders als Männer mit einigem ersparten Geld, einiger Weltkenntnis, einigen praktischen Erfahrungen und dem Willen, sich zu behaupten? Sie hatten wenig Bücherkenntnisse und keinerlei Hochschulwissen. Sie kannten sich in den Bedürfnissen ihrer Umwelt aus, konnten rechnen und waren in der Lage, ein paar einfache Überlegungen wie etwa die anzustellen, dass es besser sei, billig, aber nur gegen bar zu verkaufen und dass es schliesslich doch möglich sein müsse, unter Umgehung des Grosshandels direkt beim Fabrikanten einzukaufen. Aber wenn auch beide das einsahen: Hermann Tietz besass mit seinen fünfundvierzig Jahren schon nicht mehr die intellektuelle Konsequenz, den Mut und die Elastizität der Jugend, nach den gewonnenen Erkenntnissen zu handeln. Er wie auch die anderen Mitglieder der Familie stemmten sich gegen die Neuerungen, die Oskar Tietz einführen wollte.

Dennoch setzte der junge Mann sich durch. Es gelang ihm, seine Verwandten von den Vorteilen des gemeinsamen Einkaufs direkt beim Produzenten zu überzeugen, und wenn auch vielen Fabrikanten die Aufträge nicht hoch genug schienen, um die Belieferung der Firma Tietz zu rechtfertigen, und andere durch den Vorwand überlistet werden mussten, es handle sich nur um Probekäufe, schliesslich wurde Oskar Tietz doch ein gerngesehener Kunde in den Fabrikantoren der Textilindustrie. In wenigen Jahren hatte er das Unwahrscheinliche geschafft: der Umsatz des Geschäfts in Gera, das schon im zweiten Jahr seines Bestehens durch die Hinzunahme des Ladenlokals der Firma A. Wolff & Comp, seine Verkaufsfläche verdoppelt hatte, stieg in Jahresfrist von 107'000 auf mehr als 200'000 Mark und erreichte im Jahre 1887 den für Gera unglaublich hohen Betrag von einigen Millionen. Im gleichen Jahr nahm Oskar Tietz die Pflgetochter seines Onkels und Teilhabers, Betty Meyer, zur Frau. Hermann Tietz aber schied mit einem ansehnlichen Vermögen, keinem Millionenvermögen freilich, aus der Firma aus, von dessen Zinsen er bis zum Jahre 1907 gemächlich lebte.

Wie es weiterging, hat Oskar Tietz kurz vor dem Ersten Weltkrieg dem Journalisten Dr. Ernst Friedegg berichtet:

«Ich war dazumal noch ein ganz junger Mann», erzählte er rückblickend, «und mein Sinnen und Trachten ging nun darauf, aus der Enge der Provinzstadt hinauszukommen. Mich lockten keineswegs die Genüsse der Grossstadt, aber ich hatte den Wunsch, meinen Wohnsitz nach einem Einkaufszentrum zu verlegen. Lange schwankte ich unentschlossen zwischen Berlin und München. Da ich bei aller Unternehmungslust noch heute kaufmännische Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit halte, entschied ich mich schliesslich für München – in der Erkenntnis, dass ich in dem geschäftlich schon stark entwickelten Berlin nur ein kleiner Baum im Wald sein könne. Ich mietete also in München am sehr belebten Karlsplatz einen Laden von recht mässiger Ausdehnung. Mein Geschäftsprinzip, billig zu verkaufen und möglichst schnell umzusetzen, bewährte sich auch in München, und im ersten Münchner Jahr nahm ich eine volle Million Mark ein. Das war gar nicht wenig, wenn

man bedenkt, dass mein Münchner Laden nicht grösser war als der, in dem wir in Gera angingen, und dass das Münchner Engros- und Fabrikationsgeschäft in jenen Zeiten nicht sehr stark ausgeprägt war. Ich selbst betrieb in München nur den Detailhandel und lieferte nach wie vor grössere Posten nur an Verwandte. Die Gründung meines Münchner Hauses fällt ins Jahr 1889. Zwei Jahre darauf eröffnete ich eine Filiale in der Rumfordstrasse; 1894 mietete ich das Café Imperial an der Schützenstrasse, baute es zu einem Warenhause grösseren Stils um, nahm Küchen-, Korb-, Spielwaren und bald darauf auch Glas, Porzellan, Teppiche und Schuhwaren unter die Verkaufsartikel auf und dehnte den Bau immer weiter aus. Von München aus errichtete ich in rascher Folge eine Reihe süddeutscher Filialen.

1899 konnte ich zu einem verhältnismässig billigen Preis in der Leipziger Strasse zu Berlin grosse Grundstücke kaufen und etwa zu derselben Zeit wie A. Wertheim, im September 1900, ein Warenhaus grossen Stils eröffnen. Sechs Jahre darauf liess ich mich auch am Alexanderplatz nieder; dazwischen entstanden die Häuser im Osten Berlins, in Hamburg und an anderen deutschen Plätzen. Nun kaufe ich natürlich schon längere Zeit allein ein. Das heisst: das Einkäufen besorgt ein ganzes Heer von Menschen, die ich eigens dazu abgerichtet habe, wie ich denn überhaupt sagen darf, dass mit wenigen Ausnahmen alle Menschen, die noch in deutschen Warenhäusern an wichtigen Posten stehen, durch meine Schule gegangen sind. Bei allen meinen Häusern habe ich den Bau selbst überwacht, die Organisation selbst geschaffen, mindestens die ersten Verkaufstage selbst geleitet.»

Nicht berichtet wird in diesem Rückblick über die Widerstände gegen die Entwicklung des Warenhauswesens, die aus den Kreisen des Fachhandels, des Handwerks und der politischen Parteien kamen, die sich zu Fürsprechern des Mittelstandes machten. Die Einführung der Warenhaus-Sondersteuer in einer Reihe deutscher Länder (Bayern 1899, Preussen und Sachsen 1900, Württemberg 1903, Baden, Braunschweig und Elsass-Lothringen 1904) bleibt ebenso unerwähnt wie der Kampf, den Oskar Tietz als Vorsitzender des 1903 gegründeten Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser und später als Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gegen die diskriminierende Behandlung der Grossunternehmen geführt hat. Freilich mit geringem Erfolg. Denn erst im Jahre 1940 – nachdem die Machthaber des Dritten Reichs vergeblich versucht hatten, durch oft wiederholte Boykottaktionen dem «jüdischen» Warenhaus den Garaus zu machen – wurde die Warenhaussteuer abgeschafft.

Umso grösser aber war der unternehmerische Erfolg des kleinen Weisswarenhändlers aus Birnbaum: Oskar Tietz hinterliess seinen Söhnen Martin und Georg und seinem Schwiegersohn Dr. Hugo Zwillingen ein blühendes Unternehmen, das, unangefochten von Krieg und Inflation, schon 1926 in Berlin das KdW am Wittenbergplatz und die Jandorfschen Kaufhäuser, ferner im Jahre 1927 den Conitzer-Konzern übernehmen konnte, dessen Begründer – Moses Conitzer, Marienwerder (Westpreus-

sen), und seine Söhne Nathan, Alex und Hermann – seit 1882 zweiundzwanzig Kaufhäuser errichtet oder durch Kauf erworben hatten.

So war also der Besitzstand des Hertie-Konzerns – in dessen Firma der Name des älteren Mitbegründers Hermann Tietz pietätvollerweise erhalten blieb – Ende der zwanziger Jahre recht stattlich. Allein in Berlin besass er zehn Warenhäuser (das Kaufhaus des Westens [KdW] und die Warenhäuser Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Bellealliancestrasse, Wilmersdorfer Strasse, Kottbuser Damm, Brunnenstrasse, Andreasstrasse und Chausseestrasse). Dazu kamen «in der Provinz»: das gross ausgebaute Stammhaus zu Gera, das erst im Jahre 1927 erworbene Kaufhaus Mühlberg in Dresden sowie die Häuser in München, Hamburg, Stuttgart, Karlsruhe, Weimar und Plauen. Die Kaufhäuser Komischer Kaiser, Erfurt; Wolff Krimmer Nachf., Guben; und H.C. Tietz, Chemnitz, Schweinfurt und Bamberg, waren als «Anschlusshäuser» eng mit dem Konzern verbunden. Der Conitzer-Konzern umfasste die Firmen:

M. Conitzer & Söhne, Allenstein/Ostpr.
 Conitzer & Co, Aschersleben
 M. Conitzer & Söhne, Brandenburg/Havel
 M. Conitzer & Söhne, Coburg
 A. Goldstein, Eislehen
 M. Conitzer & Söhne, Gotha/Thür.
 Löhenstein & Freudenthal, Hildesheim
 Gebr. Jacohy, Insterhurg/Ostpr.
 Berliner Warenhaus A. Bennheim, Königsherg/Pr.
 M. Conitzer & Söhne, Marienburg/Westpr.
 M. Conitzer & Söhne, Marienwerder/Westpr.

Conitzer & Co, Merseburg
 Modehaus Wilhelm Schönbeck, Nordhausen
 M. Conitzer & Söhne, Osnabrück
 M. Conitzer & Söhne, Bathenow/Havel
 Conitzer & Co, Schönebeck/Elbe
 Epege, Schwerin/Mecklenburg
 Conitzer & Co, Seehausen/Altm.
 Epege, Stendal
 Conitzer & Co, Tangerhütte
 Conitzer & Co, Tangermünde/Elbe
 S. Plaut, Uelzen/Hann.

Der Hertie-Konzern verfügte ferner über vier Einkaufshäuser – Sächsische Textilgesellschaft mbH, Chemnitz, Bergische Textilgesellschaft mbH, Elberfeld, Vogtländische Textilgesellschaft, Plauen i. Vogtland und Offenbacher Handels- und Industriegesellschaft mbH, Offenbach a.M. –, über Lagerhäuser in München und Bahrenfeld, über die Mechanische Feinweberei AG, Adlershof bei Berlin, und über das Kontorhaus Imperial in München. Mit seinen 16'500 Angestellten war Hermann Tietz, «der grösste Warenhauskonzern Europas im Eigenbesitz», wie er von sich versichern konnte, das zweitgrösste deutsche Unternehmen seiner Art: recht eigentlich das Werk eines Mannes, das die Männer der zweiten Generation nur noch ausgebaut hatten.

Die Krise der frühen dreissiger Jahre – verschärft durch die Warenhausfeindliche Agitation der Nationalsozialisten, der Kampfbünde des Mittelstands, vieler Landesverbände des Einzelhandels und selbst der katholischen Kirche, vertreten durch die Bischöflichen Ordinariate – brachte auch den Hertie-Konzern in ernste Schwierigkeiten. Die Belegschaftszahl war von 1950 bis 1955 um 15 Prozent, der Umsatz jedoch um 46,6 Prozent gesunken, d.h. das Gewicht der Betriebskosten hatte in dem Masse zugenommen, dass das Unternehmen in die Verlustzone gedrängt wurde, während

gleichzeitig die Schuldenlast wuchs. Wäre es nach Hitler gegangen, so hätte man den Hertie-Konzern seinem Schicksal überlassen; ungeachtet des Schadens, der daraus den industriellen und landwirtschaftlichen Lieferanten erwachsen wäre – zu schweigen von den immer noch vierzehntausend Arbeitnehmern, die der Bankerott des Unternehmens auf die Strasse geworfen hätte. Dass es nicht dazu kam, war das Verdienst des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt, der eben erst seinen Vorstandsposten bei der Allianz-Versicherungsgesellschaft aufgegeben hatte, um Dr. Hugenberg abzulösen: Er setzte es in einer erregten, zwei Stunden dauernden Auseinandersetzung durch, dass der «Führer und Kanzler» die Sanierung des Hertie-Konzerns genehmigte. Eine Bankengruppe, der auch die dem Reich nahestehende Akzept- und Kreditbank angehörte, gab die erforderlichen Kredite her. Freilich nicht, ohne sich ein Tauschpfand von denkbar hohem Substanz- und noch höherem Zukunftswert zu sichern. Insofern nämlich, als die Gläubigergruppe die «Hertie-Kaufhaus-Beteiligungs-GmbH» bildete, die massgebenden Einfluss auf den Konzern ausüben konnte und auch tatsächlich ausübte.

Um die Beteiligung zu ermöglichen, gleichzeitig aber das Risiko zu beschränken, wurde die bisher als offene Handelsgesellschaft betriebene Firma Hermann Tietz & Co in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt. Das geschah durch den Gesellschaftsvertrag vom 24. Juli 1933, der die «Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH» ins Leben rief. Diese Gesellschaft besteht immer noch als Konzernspitze, und man kann sagen, sie steht heute im vollen Flor des Wirtschaftswunders. Nur insofern ist eine Änderung eingetreten – abgesehen natürlich von den schweren Verlusten des Hertie-Konzerns im Sowjetsektor Berlins und in der Sowjetzone – als die Bankengruppe, die im Jahre der Machtergreifung den Löwenanteil am Geschäftskapital übernommen hatte, aus der Liste der Gesellschafter verschwunden ist. Der Hertie-Konzern ist vielmehr restlos in den Besitz der Hamburger Familie Karg bzw. der Kargschen Familienstiftung übergegangen, die ihren Sitz im Alsterhaus, jenem Hamburger Kaufhaus am Jungfernstieg hat, das als Zweigniederlassung der Hertie Waren- und Kaufhaus-GmbH unlängst «sein» fünfundsiebzigjähriges Bestehen, d.h. das Bestehen der Hermann-Tietz-Firmen, feiern konnte.

Gesellschaften des neuen Hertie-Konzerns

1. *Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Berlin*

Geschäftsführer: Georg Karg, Berlin

Hans-Georg Karg, Berlin Dr. Guido Schell, Berlin

Gesellschafter: 1. Georg Karg, Hamburg 36, Jungfernstieg 16-20 DMark
238 000

2. Kargsche Familienstiftung, Hamburg 36,
Jungfernstieg 16-20 11 662 000

3. Warenhaus Hertie GmbH, Hamburg 36,
Jungfernstieg 16-20 100 000

Stammkapital: 12 000 000

DIE NEUGLIEDERUNG DES HERTIE-KONZERNS

II. Union Vereinigte Kauf Stätten GmbH, München

Geschäftsführer: Hans-Georg Karg, München

Dr. Guido Schell, Hamburg DMark

<i>Gesellschafter:</i> 1. Georg Karg, Hamburg 36	80000
2. Hans Georg Karg, Berlin-W 30	1960000
3. Frau Gräfin von Norman, Icking	1960000
4. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Berlin-W 30	1500000

Stammkapital:5500000

III. Hertie Vereinigte Kauf Stätten GmbH, Berlin

Geschäftsführer: Dr. Guido Schell, Berlin

Hans Georg Karg, Berlin *Gesellschafter:* 1. Georg Karg, Hamburg

56	40000
2. Hans-Georg Karg, Berlin.....	980000
5. Brigitte Gräfin von Norman, Icking	980000
4. Union Vereinigte Kaufstätten GmbH, München	2 000 000

Stammkapital: 4 000 000

Welche Bedeutung der Hertie-Konzern heute noch oder schon wieder hat, ist schwer zu sagen, denn es stehen weder Bilanzzahlen zur Verfügung noch werden von der Konzernleitung Angaben über Verkaufsfläche, Belegschaft und Umsätze der Kaufhäuser gemacht. Sicher ist freilich, dass nach den schweren Verlusten in Berlin, Ost- und Mitteldeutschland der Konzern auf seinen alten Platz in der Hierarchie der Warenhausgruppen nicht zurückkehren konnte; ebenso sicher aber auch, dass der überaus rührige Hertie-Konzern neuer Art mit seinen mindestens neunzehn Waren-

Kaufhäuser der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH

1. Kaufhaus des Westens (KdW), Berlin
2. Kaufhaus Sternberg, Berlin
3. Kaufhaus Paul Held Nachf., Berlin
4. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Wiesbaden
5. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Braunschweig
6. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Wuppertal
7. Kaufhaus Hansa, Kaiserslautern
8. Ringkaufhaus, Nürnberg
9. Kauf Stätte für Alle, Stuttgart
10. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt-Höchst
11. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Hamburg-Bergedorf
12. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Hamburg-Altona
13. Kaufhaus Hansa, Frankfurt a.M.
14. Kaufhaus Hansa, Mannheim
15. Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Köln
16. Alsterhaus, Zweigniederlassung der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Hamburg

Kaufhäuser der Union Vereinigte Kaufstätten GmbH

1. Union Vereinigte Kaufstätten GmbH, München
2. Union Vereinigte Kaufstätten GmbH, Zweigniederlassung Karlsruhe
3. Union Vereinigte Kaufstätten GmbH, Zweigniederlassung Stuttgart
4. Kaufhaus Hertie, Zweigniederlassung Landshut der Union Vereinigte Kaufstätten GmbH

häusern in Berlin und der Bundesrepublik schon jetzt eine hervorragende Rolle spielt und sich mit seinem gegenwärtigen Besitzstand nicht bescheiden, sondern versuchen wird, die Machtsphäre der Familie Karg im westdeutschen Einzelhandel beständig zu erweitern.

Oskar Tietz, der Schöpfer des Hertie-Konzerns, war am 18. April 1858 in Birnbaum geboren. Neun Jahre früher, am 3. März 1849, hatte sein Bruder Leonhard das Licht der Welt erblickt; und auch dieser Sohn des verarmten Fuhrhalters Jacob Tietz, der noch selber die Fuhrwerke führte, die die Kaufleute und ihre Waren zu den Messen und Märkten der entlegensten Ostprovinzen und auch manchmal hinüber ins Polnische brachten, wurde zum Stifter eines der grössten deutschen, ja zeitweilig über die Grenzen des Reiches hinausgreifenden Warenhauskonzerns.

Leonhard war wie Oskar in jungen Jahren bei Onkel Kaskel in Prenzlau in die Lehre gekommen. Dann hatte er für die «reiche Linie» der Familie, die Nachkommen Davids, die damals noch in Birnbaum unter der Firma Gebr. Tietz eine Grosshandlung für Kurz- und Posamentierwaren betrieben, ausgedehnte Reisen gemacht. Es scheint, dass er aufgeschlossener als Oskar für die musische Seite des Lebens war, für Oper und Schauspiel, Kunst, Literatur und Wissenschaft. Vor allem aber war er doch wohl wie sein Bruder ein Kaufmann von seltenen Gaben, der Mann, der ein Gespür für das Neue hatte, für das Massenzeitalter, das die industrielle Zivilisation heraufgeführt hatte, für die Epoche, die auch im Einzelhandel zur Entstehung neuer, den schnelllebigen Bedürfnissen fluktuierender Bevölkerungsmassen adäquater Betriebsformen führen musste.

Die erste Geschäftsgründung, die er gemeinsam mit einem Jugendfreund in Frankfurt a.d. Oder unter der Firma Winkelmann Nachf. gewagt hatte, hatte kurzen Bestand. Leonhard trennte sich schnell von seinem Sozium und gründete am 14. August 1879, nun schon dreissigjährig, das Kurz-, Weiss- und Wollwarengeschäft Leonhard Tietz in Stralsund, Ossenreierstrasse 31, das dank dem Prinzip, billig, aber zu Festpreisen und nur gegen bare Kasse zu verkaufen, schon bald erweitert werden und Niederlassungen in Schweinfurt und Amberg errichten konnte.

Den Zug ins Grosse gewann das Unternehmen aber erst, nachdem Leonhard Tietz im Jahre 1889 in Elberfeld ein ähnliches Geschäft errichtet und 1890 auch seinen Wohnsitz dorthin, ins Herz des schnell aufblühenden rheinischen Industriegebiets, verlegt hatte. Nun folgten die Filialgründungen Schlag auf Schlag: 1890 in Barmen und Koblenz; 1891 in Köln und Remscheid; 1892 bis 1898 in Aachen, Mainz, Düren,

Düsseldorf sowie in Köln, das seine alte Tradition als Markt eines weiträumigen Gebiets erneut bewährte, die Einrichtung der Stadtfilialen Ehrenstrasse, Weyerstrasse und Eigelstein.

All diese Niederlassungen waren freilich noch Textilkaufhäuser vom Typ des Stralsunder Stammhauses. Das erste Warenhaus – übrigens auch das erste seiner Art in Westdeutschland – wurde 1896 in Köln errichtet, und der Umstand, dass Leonhard Tietz sehr bald den Sitz der Verwaltung in dieses Haus verlegte, beweist ebenso wie die Gründungen im Jahrzehnt 1901 bis 1911 – Bonn, Krefeld, Köln-Mülheim, Kassel; 1924 kam noch Mayen hinzu –, dass Leonhard Tietz erst jetzt seine Endform gefunden hatte: das Warenhaus, das darauf angelegt war, den gesamten Konsumbedarf eines Massenpublikums zu decken, dessen Qualitätsansprüche auf eine mittlere Linie gebracht werden konnten.

Dieser Leitvorstellung folgend, drang Leonhard Tietz auch ins Ausland vor. In Antwerpen wurde 1900 ein eigenes, später grosszügig ausgebautes Warenhaus errichtet, dem alsbald Filialgründungen in Mecheln, St. Nicolaas, Brügge, Brüssel und Lüttich folgten, die dann in eine eigens errichtete Aktiengesellschaft, die Société Anonyme Grands Magasins Leonhard Tietz (AK 6 Mill. belg. Franc) eingebracht wurden. Der Auslandsbesitz ging im Gefolge des Ersten Weltkriegs verloren. Doch scheint es, dass Leonhard Tietz sich in den zwanziger Jahren an dem niederländischen Warenhaus-Konzern NV De Bijenkorf, Amsterdam, und an der Passage-Kaufhaus AG, Saarbrücken, beteiligt hat.

Anders als Hermann Tietz, der, ebenso wie seine Erben, Wert darauf gelegt hatte, auch in der Rechtsform des Konzerns den Charakter des Familienunternehmens zum Ausdruck zu bringen, entschloss Leonhard Tietz sich dazu, sein Besitztum in eine Aktiengesellschaft einzubringen. Die Anteile der am 17. März 1905 gegründeten Leonhard Tietz AG – nominell 10 Mill. Mark – blieben zunächst freilich im Familienbesitz. Als dann aber die Kapitalerhöhungen kamen – 1907 auf 12,5 Mill. Mark und bis zum Jahre 1914 auf 17,5 Mill. Mark – und vollends als die Leonhard-Tietz-Aktie als erstes deutsches Warenhauspapier an der Berliner Börse eingeführt worden war, ging der Gesellschaft der Charakter des Familienbesitzums mehr und mehr verloren.

Leonhard Tietz, der den Söhnen Alfred-Leonhard und Gerhard nach seinem Tod (15. November 1914) ein starkes Mehrheitspaket hinterlassen konnte, hatte die Gefahren, die in der einmal begonnenen Entwicklung beschlossen lagen, noch nicht zu überblicken vermocht. Später traten sie offen zutage. Ende der zwanziger Jahre – das Aktienkapital setzte sich bis Ende 1928 aus nominell 31 Mill. RMark Stammaktien und 200'000 RMark Vorzugsaktien zusammen, die mit dem 75fachen Stimmrecht ausgestattet waren – hatten zwei Berliner Grossspekulanten, der ebenso berüchtigte wie berühmte Ingenieur, Automobilhändler und Generaldirektor (der Neuen Boden AG) Jakob Schapiro, der auch bei NSU und Daimler-Benz die Hände im Spiel hatte, und der Privatbankier Berglas Leonhard-Tietz-Aktien im Nennwert von insgesamt 12 Mill. RMark an sich bringen können, was einem Börsenwert von etwa 36 Mill. RMark

entsprach. Das wäre weiter nicht schlimm gewesen, wenn die spekulativen Käufer die Finanzkraft besessen hätten, ihre Pakete zu halten. Aber eben das konnten sie nicht. Das Schapiro-Paket löste sich auf, die Aktien vagabundierten an den Börsen, drückten den Kurs und wurden grossenteils von einigen Grossbanken – vornehmlich der Danatbank und der Disconto-Gesellschaft, aufgekauft. Berglas verkaufte nominell 1[^] Mill. an das Bankhaus Lazard Speyer-Ellissen und erhielt für den Rest einen Kredit von 3[^] Mill. RMark. Jedenfalls war das spekulative Hin und Her durchaus dazu angetan, einen Schatten auf den Leonhard-Tietz-Konzern zu werfen. Namentlich als sich auf der Hauptversammlung vom Juli 1929 herausstellte, dass von dem inzwischen auf 37,2 Mill. RMark erhöhten Aktienkapital nur noch Stammaktien im Nennwert von 11,57 Mill. RMark und jene 200'000 RMark Vorzugsaktien in den Händen der Tietz-Familie lagen, deren 75faches Stimmrecht der Verwaltung ein Gewicht gab, als ob sie nominell 26,57 Mill. RMark, d.h. die 71,4prozentige Mehrheit, zu vertreten hätte: Die kommerzielle Philosophie des als-ob war praktisch, aber doch nicht sehr repräsentativ.

Der innere Wert des Konzerns war allerdings über jedes Börsengerücht erhaben. Denn Leonhard Tietz war gut über die Inflation hinweggekommen. Die Zentralisierung des Einkaufs in einigen grossen selbständig handelnden Einkaufshäusern – Berlin, Chemnitz, Offenbach und Köln – hatte sich bewährt. Bewährt hatte sich auch, dass der Konzern sich mit Massen in die Erzeugung eingeschaltet hatte: Das Berliner Einkaufshaus produzierte Konfektion und Leibwäsche, der Chemnitzer Betrieb Strümpfe, und überdies unterhielt der Konzern eine Strickwarenfabrik in Bitburg, eine Stickeriefabrik in Plauen (Vogtland) und eine Baumwollweberei in Siebenbrunn bei Augsburg. Nach der Wiederherstellung der Währungsstabilität wurden die Fabrikationsbetriebe zwar nicht ganz aufgegeben, aber auch nicht mehr ausgebaut, wie es damals noch der Karstadt-Konzern glaubte tun zu sollen. Denn, erklärte Alfred Leonhard Tietz vor der Enquete-Kommission, «wenn ein Rückschlag kommt, dann hat man bei der Selbstfabrikation das Risiko sowohl im Handel wie in der Fabrikation zu tragen. Allerdings hat man bei der Hausse auch die Möglichkeit, zweimal zu verdienen. Aber wir sahen ein, dass die Gefahr, bei der Baisse zweimal Verluste zu haben, grösser sei, als der Vorteil, bei der Hausse zweimal Gewinne zu erzielen.» 1936 wurden die Produktionsbetriebe endgültig ausgegliedert oder liquidiert.

Umso energischer wurde die Erweiterung der Handelsorganisation des Konzerns betrieben.

Im Jahre 1925 erfolgte die Gründung der Ehape-Einheitspreis-Handelsgesellschaft mbH, Köln, der heutigen Kaufhalle GmbH: eine Pioniertat vom Gesichtspunkt der Grossunternehmen; zugleich aber ein Schritt, der den Staub der warenhausfeindlichen Agitation hoch aufwirbelte.

1926 wurden einige Geschäfte des früheren Emdenkonzerns in Aachen (Gebr. Kaufmann GmbH), Krefeld, Mülheim/Ruhr und Hanau, 1929/30 die Betriebe und

Grundstücke der Lindemann & Co AG in Frankfurt am Main und Breslau übernommen – deren Masse allerdings im einen wie im andern Fall an Karstadt gelangte (s. u.) und kaum ein Jahr verging bis 1931, in dem die Presse nicht die Gründung neuer Filialen oder die Übernahme seit Langem bestehender Einzelhandelsgeschäfte durch Leonhard Tietz melden konnte.

Als die Firma 1929 ihr fünfzigjähriges Jubiläum feierte, wurde Alfred Leonhard Tietz, der Erbe des Gründers und Vorstandsvorsitzender der Leonhard Tietz AG, als der erfolgreiche Leiter von 43 Waren- und Kaufhäusern von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln zum Ehrendoktor ernannt. Er stand im Zenit seiner Laufbahn. Knapp vier Jahre später wurde die Leonhard Tietz AG, die in den Krisenjahren 1930 bis 1933 einen fast 50prozentigen Umsatzrückgang zu verzeichnen gehabt hatte, umbenannt. Sie hiess jetzt «Westdeutsche Kaufhof AG (vormals Leonhard Tietz AG), Köln». Heute ist aus der Firma «Kaufhof AG» auch die letzte Erinnerung an den Kaufmann aus Birnbaum getilgt, der vor nahezu acht Jahrzehnten den Grundstein des stolzen Konzernbaus gelegt hatte.

Denn, in der Tat, das muss man den Nachfolgern der Tietz-Familie zugestehen: Ein ragender Konzernbau ist die Kaufhof AG bis auf den heutigen Tag geblieben; oder besser: zur Rolle eines Konzerns von überragender Bedeutung ist die Gesellschaft in den Jahren des Wirtschaftswunders wieder aufgestiegen.

Von den 41 Häusern mit einer Verkaufsfläche von 158'000 qm, über die der Kaufhof-Konzern vor Kriegsbeginn verfügte, hatten nur die drei Häuser in Hamborn, Bonn und Lüdenscheid (Verkaufsfläche 8'000 qm) den Krieg einigermaßen heil überstanden. Vom Tage der Währungsreform bis Ende 1955 hatte die Kaufhof AG 151,628 Mill. DMark in den Wiederaufbau oder die Neuerrichtung ihrer Filialgebäude investieren können, zum grossen Teil «über den Preis», vermöge der Anlageabschreibungen, die mit 83,144 Mill. DMark nicht weniger als 54,83 Prozent der Anlagezugänge erreichten.

Das Ergebnis dieser von den Impulsen der Nachholkonjunktur getragenen Entwicklung war höchst erfreulich: Die Verkaufsfläche wuchs von Jahr zu Jahr:

von 87'505 qm Ende 1951 auf 108'000 qm Ende 1952 auf 127'000 qm
Ende 1953 auf 137'000 qm Ende 1954

Ende 1955 wurden wieder 35 Kaufhof-Filialen – darunter das Haus Franz H. Winkelmann Nachf. in Aschaffenburg, das Saale-Kaufhaus in Hof und der Kaufhof am Stachus in München – betrieben, die eine Verkaufsfläche von 153'000 qm aufwiesen. Der Kaufhof war wieder da. An die Stelle der 41 Vorkriegshäuser waren zwar nur mehr 35 getreten, und auch die Verkaufsfläche war um knapp 3,2 Prozent kleiner als 1939. Dafür ist, an der Verkaufsfläche gemessen, die Durchschnittsgrösse der einzelnen Kaufhof-Filialen um mehr als ein Achtel gewachsen, und man kann annehmen, dass die grössere Fläche rationeller genutzt wird; denn während zurzeit der Hochkon-

junktur, im Jahre 1930, etwa 15'000 Belegschaftsmitglieder in den damals noch 43 Häusern des Konzerns gezählt wurden, stieg ihre Zahl von 11'903 Ende 1953, über 13'693 Ende 1954 und 15'872 Ende 1955 auf 17'986 am 1. Oktober 1956. Der Jahresumsatz wuchs noch stärker; nämlich von 485,434 Mill. DMark im Jahre 1953 auf 567,658 bzw. 658,601 Mill. DMark in den Jahren 1954 und 1955. Woraus sich errechnet, dass sich die Umsatzleistung je Kopf der Belegschaft von 1953 bis 1955 um etwa ein Sechstel, von 36'000 auf 42'000 DMark, erhöht hat.

Wie erinnerlich, war der Hertie-Konzern bis zum «Umbruch» des Jahres 1933 Familieneigentum geblieben, während der Anteil der Gründerfamilie an der Leonhard

Beteiligungen der Kaufhof AG

	Kapital DMark	Beteiligungquote in Prozent
Kaufhalle GmbH, Köln	10'000'000	100
<u>Anker Kaufstätte GmbH, Mannheim</u>	<u>2'000'000</u>	100
<u>Union Modegrosshandel GmbH, Köln</u>	<u>2'000'000</u>	100
<u>Handelsstätte Mauritius GmbH, Köln</u>	<u>100'000</u>	100
<u>Werbehäus GmbH, Köln</u>	<u>20'000</u>	100
Zentra Auto Handelsgesellschaft mbH, Köln	20'000	100
«Geka» Das Kaufhaus für Mode und Heim GmbH, Köln	15'000	100
Grundstücksgesellschaft Ernst Ludwigs-Platz mbH, Köln	100'000	90
<u>Argenta Schokoladenwerk GmbH, Köln</u>	<u>50'000</u>	50
WKV Waren-Kredit-Verkehrsbank GmbH, Köln	11 500'000	37
Grundstücksgesellschaft Schildergasse mbH, Köln	100'000	10
Wohnungsbaugesellschaft mbH, Alfred Prüfer & Co, <u>Rhevd</u>	<u>22 600</u>	100
<u>Kaufhof Corporation, New York</u>	<u>1'000 \$</u>	100

Tietz AG schon damals auf ein Drittel gesunken war, so dass sie ihr Hausherrnrecht nur noch vermittels der Vorzugsaktien geltend machen konnte, die mit dem 75fachen Stimmrecht ausgestattet waren. Die Umstellung der Eigentumsverhältnisse vollzog sich also verhältnismässig schnell und reibungslos. Heute sind an der Kaufhof AG zwei Düsseldorfer Grossbanken – die Rhein-Ruhr-Bank AG (Dresdner Bank) und die Commerzbank-Bankverein AG – mit je etwas mehr als 25 Prozent beteiligt. Neben diesen beiden, die sich in die knappe Mehrheit teilen, steht als Grossaktionär die Wuppertaler Familie Frowein bzw. die Gruppe der ihr nahestehenden Firmen, in deren Händen sich mehr als zwölf Prozent des Grundkapitals vereinigen dürften. Überdies stellen die Froweins – was kaum von ungefähr geschehen kann – in der Person des Familienpatriarchen Abraham Frowein den Aufsichtsratsvorsitzer der Kaufhof AG, der Kaufhalle GmbH, der Union Modegrosshandel GmbH und der Anker Kauf Stätte GmbH, während das Aufsichtsratsmitglied der Konzernspitze, Harald Frowein, persönlich haftender Gesellschafter der Frowein & Co KG a. A. und Teilhaber der Firma Abr. & Gebr. Frowein, auf der Hauptversammlung der Kaufhof AG die beiden Aktienpakete als «Fremdbesitz» zu vertreten pflegt, die letzthin 12,14 Prozent des Kauf-

hof-Kapitals ausmachten. Im Übrigen verteilen sich die Kaufhof-Aktien auf zahlreiche Kleinaktionäre, von denen der grössere Teil durch eine wahre Heerschar von Banken auf der Hauptversammlung vertreten wird.

Es ist gewiss keine Fügung des Zufalls, dass unsere grössten Warenhaus-Konzerne ihre Entstehung in wenige nahe beieinanderliegende Jahre zurückdatieren können. Die Geschichte der Kaufhof-AG beginnt im Jahre 1879. Der Hertie-Konzern nennt das Jahr 1882 als das Geburtsjahr seines Hauses. Im Jahre 1881 schliesslich wurde, so will die Chronik der Rudolf Karstadt AG, der Grundstein dieses Konzerns gelegt, der die beiden anderen an Grösse und Bedeutung noch überragt. Freilich verhält es sich nicht etwa so, dass die Männer, die damals in Stralsund, Gera und Wismar ihre Textilläden eröffneten, wissen konnten, welchem Schicksal sie entgegengingen. Man kann auch nicht einfach sagen, die Zeit kam ihnen entgegen, sondern nur, dass sie die rechten Leute waren, die Gunst der Stunde zu erkennen, die freilich wie niemals vorher und selten nachher dem Kaufmann der richtigen Art, dem kühlen, klaren, wagemutigen Rechner, in die Hand arbeitete.

Rudolph Karstadt, geboren am 16. Februar 1856 als Sohn eines Färbermeisters zu Grevesmühlen in Mecklenburg, hatte 1881 mit Hilfe seiner Schwester in Wismar ein «Manufactur-, Confections- und Tuchgeschäft» eröffnet, das noch auf den Namen seines Vaters geführt werden musste, da nach der Mecklenburgischen Gewerbeordnung ein Kaufmann erst nach Vollendung des dreissigsten Jahres ein selbständiges Geschäft betreiben konnte. Die Handlung, nach den gleichen Grundsätzen betrieben, die die Brüder Tietz in Gera und Stralsund anwandten, gab dem jungen Unternehmer die Möglichkeit, schon bald eine Reihe von Filialen in Mecklenburg zu errichten. Mit gleichem Glück scheint auch sein Bruder Ernst gearbeitet zu haben; denn 1900, so berichtet die Firmengeschichte, konnte Rudolph eine Kette von neun Filialen seines Bruders Ernst übernehmen.

Die nächsten Jahre führten Rudolph Karstadt nach Hamburg, Bremen und Hannover. Doch erst im Jahre 1910 sprengte er den Rahmen der bisherigen Geschäftsführung, indem er mit der Errichtung eines Warenhauses in Kiel sich vom reinen Textilhandel löste. Das Warenhaus an der Mönckebergstrasse zu Hamburg, das 1912 eröffnet wurde, zeigte ihn nun schon als den Warenhauskaufmann, der sich anschickte, den Wettbewerb mit den Tietz-Konzernen aufzunehmen. Die Schicksalsstunde für Karstadt aber schlug erst im Weltkrieg, als Rudolph Karstadt, der noch im Jahre 1915 den Stettiner Neubau seiner Bestimmung übergeben hatte, seinen künftigen Partner kennenlernte.

Dieser Partner war der Westfale Theodor Althoff, geboren am 9. Oktober 1858, der 1885, als Siebenundzwanzig jähriger, in Dülmen das Kurz-, Weiss- und Wollwarengeschäft seiner Mutter übernommen, dann aber wohl nach den gleichen umstürzlerischen Grundsätzen geführt hatte – Verkauf zu Festpreisen und nur gegen bar –, die sich in Stralsund, Wismar und Gera so glänzend bewährt hatten. Das konnte freilich Theodor Althoff nicht wissen, und er hätte auch weder Zeit noch Gelegenheit

gehabt, die Geschäftsbedingungen seiner Branche im fernen Mittel- und Ostdeutschland zu studieren. Die Entwicklung lag in der Luft; heraufgeführt durch das Auftreten jener grossen, schnellfluktuierenden, von der Scholle gelösten Bevölkerungsmassen, die die Entstehung der Industriegesellschaft mobilisiert hatte. Den Arbeiterfrauen, deren Männer heute hierhin, morgen dorthin der Arbeit nachzogen, konnte man keinen Kredit einräumen. Dagegen musste man ihnen, die noch ganz anders als heute mit den Pfennigen in der Lohntüte zu rechnen hatten, die Ware billig und zu Festpreisen verkaufen, um ihre Kundschaft zu gewinnen und von ihnen weiterempfohlen zu werden. Grosser Umsatz, kleiner Nutzen – das machte das Geschäft lohnend. Damals auch schon in Dülmen. Und so konnte denn Althoff bereits in den Jahren 1887/1893 in Gladbeck, Bottrop und Essen Filialen errichten.

Im Jahre 1896 verlegte Theodor Althoff seinen Wohnsitz in die Provinzhauptstadt Münster, wo er ein Einzelhandelsgeschäft erworben hatte und in der Folge die zentrale Einkaufsorganisation errichtete, deren Tätigkeit vielleicht mehr als alles andere dazu beitrug, dass die Firma nun bald über den Rahmen des Herkömmlichen hinauswachsen konnte. Die Marksteine der fernerer Entwicklung sind: 1904 Errichtung des Warenhauses in Dortmund; 1912, nach dreimaliger Verlegung der Essener Filiale, Fertigstellung des Warenhauses am Limbecker Platz; 1914 Eröffnung des Hauses in Leipzig, des grössten und modernsten Warenhauses, das Althoff bis dahin erbaut hatte.

Die Begegnung der beiden erfolgreichen Kaufleute führte dazu, dass im Februar 1918 die Rudolph Karstadt KG gegründet wurde, an der die Firma Theodor Althoff sich kommanditistisch beteiligte. Schon 1919 rückten die Unternehmen mit der Zusammenlegung ihrer Einkaufsorganisationen noch enger aneinander. Am 18. Mai 1920 erfolgte dann mit der Errichtung der Rudolph Karstadt AG, in der die beiden bisher selbständigen Firmen aufgingen, die Fusionierung zum grössten deutschen Warenhausunternehmen, dem dieser Rang seither nicht mehr streitig gemacht werden konnte.

Zwei Merkmale kennzeichnen die Konzerngeschichte der zwanziger Jahre: der Hang zur «vertikalen» Organisation und ein Ausdehnungsdrang, dessen Dynamik eher der Geisteshaltung der Schwerindustrie entsprach als der nüchtern-kalkulatorischen Mentalität des ehrbaren Kaufmanns.

Neben acht Einkaufszentralen verfügte Karstadt Ende der zwanziger Jahre über siebzehn Fabriken und zahlreiche Werkstätten – Zeugnisse jenes kaufmännisch problematischen Trachtens, den Konzern «vertikal» von unten nach oben, von der Erzeugung bis an den Ladentisch, auszubauen, das nicht wenig zu seinen späteren Schwierigkeiten beigetragen hat.

Die Expansionsfreudigkeit der Karstadt-Verwaltung andererseits bekundete sich nicht nur in der Errichtung zahlreicher grosser und kleiner Filialbetriebe, sondern auch in der Angliederung alter Geschäfte. So wurden 1926 die deutschen Einzelhandelsgeschäfte der Hamburger Firma M.I. Emden – darunter das heute noch unter dem Namen Oberpollinger geführte Münchener Kaufhaus – und 1929 insgesamt 15 Filialen

des seit 1887 bestehenden Lindemann-Konzerns übernommen; wobei übrigens – wie schon erwähnt wurde – beidemal auch die Leonhard Tietz AG von der Partie war. Jedenfalls zählten im Jahre 1930 nicht weniger als 89 Warenhausbetriebe zu den Filialen des Karstadt-Konzerns, von denen 58 unter dem Namen Karstadt, 14 unter dem Namen Althoff, 5 unter dem Namen Lindemann und 12 unter anderen Namen geführt wurden. Ungerechnet die 53 Filialen der 1926 begründeten Epa Einheitspreis AG, deren Anteile sich restlos in Karstadt-Besitz befanden.

Die Hybris dieser Entwicklung, die Blindheit der von den Gründerfamilien dominierten Verwaltung gegenüber der Fragwürdigkeit der Reichsmarkkonjunktur, die übermütige Verachtung der elementarsten Grundsätze kaufmännischen Denkens konnten nicht ungestraft bleiben. Die Krise traf den Karstadt-Konzern, in Tat und Wahrheit die Gründerfamilien, mit vernichtender Wucht. Im Jahre 1932 wurde das Grundkapital der Rudolph Karstadt AG von 80 auf 75 Mill. RMark, 1933 jedoch auf 7,66 Mill. RMark herabgesetzt. Das heisst: die Gründerfamilien verloren mehr als neun Zehntel ihres Vermögens. Die gleichzeitig erfolgende Wiedererhöhung des Kapitals auf 28,854 Mill. RMark, 1936 auf 36 und 1942 auf 60 Mill. RMark brachte Karstadt weitgehend unter die Herrschaft der Grossbanken (Dresdner Bank und Commerzbank), die auch die Mehrheit der Epa übernahmen. Ihr Regiment wirkte sich jedoch wohltätig aus: In den 67 Warenhäusern, die der Konzern gehalten hatte, stand 1939 eine Verkaufsfläche von rund 261'000 qm zur Verfügung und die Belegschaft zählte immer noch 21'000 Köpfe gegen 23'428 im Jahre 1930 und 19'902 im Krisenjahr 1933.

Von diesen 67 Häusern hat die Rudolph Karstadt AG jenseits des Eisernen Vorhangs 25 verloren und die verbliebenen 42 waren zum grössten Teil zerstört. Dennoch besass die Verwaltung Optimismus genug, das Aktienkapital nach der Währungsreform im Verhältnis 1:1 umzustellen. Durchaus zu Recht. Denn Karstadt beschäftigt heute in seinen 47 wiederhergestellten Filialen, in denen eine Verkaufsfläche von 186'000 qm zur Verfügung steht, und seinen acht Einkaufszentralen rund 24'000 Belegschaftsmitglieder: mehr als je in der goldenen Zeit, als noch die Häuser in Ost- und Mitteldeutschland, in Königsberg, Stettin und Schwerin, in Greifswald, Güstrow, Halle, Guben usw. zum Konzern gehörten.

Beteiligungen der Rudolph Karstadt AG

Kasseler Druckerei- und Färberei AG, Kassel-Bettenhausen, AK 4,5 Mill. DMark, 100 Prozent
 Kontorhaus Fehrhelliner Platz GmbH, StK 1,5 Mill. DMark, 100 Prozent
 Erka Handelsgesellschaft mbH, Essen, StK 1 Mill. DMark, 100 Prozent
 Alka Nürnberger Warenhandelsgesellschaft mbH, Nürnberg, StK 100'000 DMark, 100 Prozent
 Karstadt Unterstützungsfonds GmbH, Hamburg, StK 20'000 DMark, 100 Prozent
 Karstadt Unterstützungsfonds für Kinderreiche GmbH, Hamburg, StK 20'000 DMark, 100 Prozent
 Westdeutsche Kepa Kaufhaus GmbH, Essen, StK 7 Mill. DMark, 75 Prozent

Kepa Kaufhaus GmH, Berlin, 2 Mill. DMark, 75 Prozent
 Kaufhaus Horten AG, Duisburg, AK 0,96 Mill. DMark, 100 Prozent
 Argenta Schokoladenwerk GmbH, Köln, StK 50'000 DMark, 50 Prozent

Auch die Nachfolgesellschaften der Epa, die Essener und die Berliner Kepa, sind bis auf einen Rest von 25 Prozent, der in Berlin von der Dresdner-Bank-Gruppe, in Essen von der Commerzbank-Gruppe gehalten wird, in den Schoss des Karstadt-Konzerns zurückgekehrt. So dass uns nur noch die Aufgabe bleibt, die Frage zu beantworten, wem denn nun heute dieses grösste Grossunternehmen des deutschen Einzelhandels gehört.

Ganz einfach sind die Besitzverhältnisse bei Karstadt nicht zu überblicken; denn von den grossen Anteilseignern bekennt sich nur die Commerzbank-Gruppe, vertreten durch die Commerzbank-Bankverein AG, Düsseldorf, offen zum Besitz von 25 Prozent des Karstadt-Kapitals.

Nun gehört aber dem Aufsichtsrat als stellvertretender Vorsitzter der Automobilhändler Jos.C. Uebel, Rüsselsheim, an, und zwar in seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter der Nachlassverwaltung Dr. Fritz Opel, Rüsselsheim, und in der gleichen Funktion treffen wir ihn auch im Aufsichtsrat der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, an der die Familie Opel einen namhaften Anteil besitzt.

Andererseits weist die Mitgliederliste des Karstadt-Aufsichtsrats den Namen des Dipl.-Wirtschaftsprüfers Hans Freuler auf, Vorstandsmitglied der Hansa AG, Basel, Handels- und Finanzierungsgeschäfte, der als Generalbevollmächtigter der Nachlassverwaltung Hans von Opel, Basel, in das Kontrollorgan des Karstadt-Konzerns gewählt wurde.

Josef Uebel vertrat auf der Hauptversammlung von 1956 ein Paket eigener Aktien im Nennwert von insgesamt 779'600 DMark, daneben aber einen höheren, wenn auch nicht sehr grossen Betrag fremder Aktien. Anders Hans Freuler, Basel, der nur den kleinen Betrag von nominell 53'000 DMark als Eigenbesitz, dagegen den stattlichen Block von 11,135 Mill. DMark – was vor der Kapitalerhöhung von 60 auf 72 Mill. DMark einer etwa 18,6prozentigen Beteiligung entsprach – als Fremdbesitz angemeldet hatte.

Der Schluss scheint also zwingend, dass die Familie Opel, vornehmlich natürlich der Zweig, der durch die Nachlass-Verwaltung Hans von Opel repräsentiert wird, zu den Grossaktionären der Rudolph Karstadt AG gehört. Trifft diese Vermutung zu – und es spricht alles dafür, dass sie richtig ist –, so dürfte der Besitz der Commerzbank- und der deutschen Opel-Gruppe hei der 50-Prozent-Grenze liegen.

Als grössere Aktionäre sind dann noch zu nennen: die Hamburger Bankhäuser Brinkmann, Wirtz & Co und Münchmeyer & Co, von denen jenes 1,75, dieses 0,74 Prozent des Karstadt-Kapitals vertritt. Und schliesslich ist da noch die [Züricher Warenhausfirma Grands Magasins Jelmoli SA](#), deren Karstadt-Paket von allerdings nur 0,83 Prozent des Grundkapitals von ihrer Immobiliengesellschaft, der Turicum AG, verwaltet wird. Freilich, ob es damit sein Bewenden hat, ist nicht ganz klar. Denn

immerhin sitzt der Vorsitzende des Jelmoli-Direktoriums, Heinrich Stiefelmeier, im Aufsichtsrat der Rudolph Karstadt AG. Aber das soll nun sein, wie es will, von entscheidender Bedeutung ist nur, dass wir unter den Grossaktionären, die einen kontrollierenden Einfluss ausüben können, bei der Kaufhof AG und der Rudolph Karstadt AG die nämliche Bankgruppe – die Commerzbank – finden: ein Umstand, der sicherlich geeignet ist, zwischen den beiden Warenhauskonzernen ein gewisses Solidaritätsverhältnis zu stiften.

Bei Karstadt wie bei der Kaufhof AG hat die Entwicklung dahin geführt, dass das Regime des persönlichen Besitzes, unter dem die deutschen Warenhauskonzerne zu Grösse und Bedeutung gelangt sind, durch die im Anonymen geübte Herrschaft von Grossaktionären oder Aktionärsgruppen abgelöst wurde. Aber das ist durchaus nicht das typische Merkmal der Situation, sondern eher die Ausnahme von der Regel. Der Hertie-Konzern ist, wie wir gesehen haben, in den Besitz der Familie Karg übergegangen. Helmut Horten, der Spross einer Kölner Juristenfamilie, der den Merkur- und den Köster-Komplex, d.h. den früheren Schocken-Konzern und den von Jakob Michael entwickelten Defaka-Konzern, zum Horten-Konzern, zusammengefasst hat, herrscht über seine drei Dutzend Warenhäuser als unumschränkt gebietender Herr. Die Anteile der Westdeutschen Handels AG, Köln, die über eine Gruppe von zehn Kaufhäusern, zwei Textilgrosshandlungen und zwei Fabriken gebietet, befinden sich restlos in den Händen der im Rheinland und in Westfalen beheimateten Familie Sinn. Die Münchener Lodenfabrik Joh. Georg Frey – Eigentum der Familien Frey, Stalf und Nagel – steht im Mittelpunkt eines Ringes von Einzelhandelsunternehmungen (Modehaus Stalf, München; Stalf & Görig, München; Hettlage, Augsburg; L. Weniger, Berlin; Carl Sangermann, Köln; Dreisser, Wien), an denen sie mehr oder minder hoch beteiligt ist, und ist durch die vier Angehörigen der Familie Frey und die zwei Mitglieder der Familie Nagel, die zu ihren Inhabern zählen, auch mit der Lodenfrey Verkaufshaus GmbH, München, aufs Engste verbunden.

Die Firma C. & A. Brenninkmeyer, im Volksmund genannt «C & A.», die im Januar 1947 aus einer Aktiengesellschaft in eine GmbH umgewandelt wurde, ist wahrscheinlich gleichfalls Familienbesitz. Doch liegen die Dinge hier schon weniger durchsichtig, als gemeinhin bei den Familienkonzernen der Fall ist, so dass es geboten scheint, einen Augenblick bei dieser interessanten Firma zu verweilen.

Die Brenninkmeyers kommen wie die Hettlage, die Peek und die Cloppenburg alle aus dem gleichen nordwestfälischen Gebiet, das namentlich zurzeit der napoleonischen Kontinentalperre die Drehscheibe des deutsch-niederländischen Schmuggels bildete. Die «Hollandloopers» schafften bei Nacht und Nebel ihre Kiepen mit Bielefelder Leinen über die Grenze und kamen die Nacht darauf mit Baumwolle, Kaffee, Tee, Tabak und Zucker zurück – den verbotenen Genüssen, die von britischen und amerikanischen Blockadbrechern an stillen Plätzen gelandet oder auf holländische Fischereifahrzeuge umgeladen worden waren.

Später konnten die Grenzgänger das Paschen nicht lassen. Bis sich ihr bürgerlicher Wohlstand soweit gemehrt hatte, dass er zur Gründung ortsfester Geschäfte ausreichte und mit dem ambulanten Gewerbe auch die Pflege des hochentwickelten Talents aufgegeben werden konnte, zwischen den Grenzpfählen und durch die Maschen des Gesetzes hindurch zum Ziel des ökonomischen Strebens zu gelangen. Doch scheint sich als Erbe der kühnen und handfesten Männer, die sich darauf verstanden, die Diktatur des Korsen zum eigenen Besten zu nutzen, eine gewisse Wendigkeit und Aggressivität des Geschäftsgebarens in den Familien erhalten zu haben, für die im Übrigen die Welt an der Landesgrenze nicht auf hörte. Sie heirateten über die Grenze oder holten sich ihre Frauen von drüben; sie wanderten aus, gründeten Geschäfte diesseits und jenseits der Schlagbäume, und was vor allem die Brenninkmeyer angeht, ist es heute nicht mehr möglich, die eine oder die andere Nationalität, am wenigsten vielleicht die deutsche, für sie in Anspruch zu nehmen. Es gibt deutsche, holländische, englische und amerikanische Mitglieder der weitverbreiteten Familie, wie es deutsche, holländische, englische und möglicherweise auch amerikanische Brenninkmeyer-Geschäfte gibt. Der Besuch der sowjetrussischen Diskusmeisterin Nina Ponomarjewa bei den Londoner Brenninkmeyers wurde der Anlass zu jenem Zwischenfall, in dessen Gefolge die Russin unter der Anschuldigung vor dem Polizeirichter erscheinen musste, ohne Bezahlung ein paar Hüte mitgenommen zu haben. Dem Vorfall verdankt der deutsche Zeitungsleser die Kenntnis, dass C. & A. auch in England floriert. Wer aber Holland kennt, wird sich recht gut erinnern, dass Brenninkmeyer durchaus zur niederländischen Kaufhausprominenz gerechnet werden kann.

Nach alledem wird niemand mehr durch die Feststellung überrascht werden kön-

C. & A. Brenninkmeyer GmbH, Düsseldorf

Geschäftsführer: Johannes Preyss, Düsseldorf
 Clemens Athmer, Hamburg-Blankenese
 Paul Kürten, Essen-Bredeney Hugo Strotmann, Düsseldorf Raymund Brenninkmeyer, Frankfurt a.M. August Paul Brenninkmeyer, Düsseldorf Heinrich Brenninkmeyer, Mannheim Josef Otto Brenninkmeyer, Düsseldorf Robert Günther Brenninkmeyer, Düsseldorf

DMark

Gesellschafter: DUCENA N.V., Amsterdam..... 9 246
 510

Willihordus Cornelius Brenninkmeyer, London .	859 050
Benedictus Franz Brenninkmeyer, New York ..	93 760
Leo Felix Maria Brenninkmeyer, Sutton- Coldfield/England	35
.....	910
Maria Anna Wortelboer-Brenninkmeyer, Huisduinen/Holland	35

Übertrag: 10 307 050

		DMark
		Übertrag: 10 307 050
Felicitas Maria Van Den Weiden-Brenninkmeyer,		
Aerdenhout/Holland		35 910
Heinrich Alphonsus Brenninkmeyer, Heidelberg		35 910
Margarita-Maria Valkenberg-Br enninkmeyer,		
Tilburg/Holland.....		35 910
Edwin Alphons Maria Brenninkmeyer,		
Rotterdam/Holland.....		85 320
Eleonore Maria Brenninkmeyer, Amsterdam .		85320
Rosemary Brenninkmeyer, Amsterdam		85320
Bernhard Brenninkmeyer, London		979 830
Wolfgang Brenninkmeyer, Amsterdam		83200
Josef Otto Brenninkmeyer, Düsseldorf		83200
Franz Otto Brenninkmeyer, Düsseldorf		83200
Eugen Brenninkmeyer, London		799 830
		Stammkapital 12 700'000

Niederlassungen: Berlin-Charlottenburg, Berlin-Neukölln, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt a.M., Hagen, Hamburg, Hamburg-Altona, Hamburg-Barmbeck, Hannover, Köln, Mannheim, M.-Gladbach, München, Wiesbaden, Wuppertal-Barmen, Wuppertal-Elberfeld.

nen, dass die C. & A. Brenninkmeyer GmbH nur insofern als eine «deutsche» Firma gelten kann, als sie ihren Sitz in Düsseldorf hat, während sie tatsächlich ein beinahe reinlütiges Auslandsunternehmen ist. Die Gesellschafterliste bietet die Probe aufs Exempel: Vom Stammkapital der Gesellschaft, das im August 1956 von 9,1 auf 12,7 Mill. DMark erhöht wurde, befinden sich 72,81 Prozent im Besitz der DUCENA N.V., Amsterdam – einer Holding, die offenbar der Bestimmung dient, den in- und ausländischen Geschäftsbesitz der Familie Brenninkmeyer zu verwalten – weitere 25,60 Prozent liegen in den Händen nichtdeutscher Mitglieder der Brenninkmeyer-Familie oder doch solcher Familienangehöriger, die ihren ständigen Wohnsitz im Ausland haben, und nur 1,59 Prozent lassen sich unter Vorbehalt als deutscher Besitz ausmachen.

C. & A. Brenninkmeyer mitsamt den 24 Kaufhauspalästen, die die Gesellschaft in der Bundesrepublik und West-Berlin betreibt, ist in der Tat kein deutsches Unternehmen, sondern, wenn man so will, viel mehr: die private Vorwegnahme der europäischen Wirtschaftsunion, die Manifestierung des Glaubens an die Übernationalität des Wirtschaftsgeschehens, im Übrigen aber ein florierendes Geschäft, dessen Leiter sich in der Sorge für den deutschen Verbraucher verzehren. Nicht nur, dass der 1956 verstorbene Geschäftsführer der Niederlassung Hannover, Bundestagsabgeordneter Wilhelm Naegel, als Vorsitzender des wichtigen Bundestagsausschusses für Wirtschaftspolitik sowie des Handelsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstags, als Vorstandsmitglied des Bundes katholischer Unternehmer und Ehrenpräsident des Bundesverbandes des deutschen Textileinzelhandels – um nur diese Ämter zu nennen – seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und allzu früh ver

braucht hat, auch die Firma, vertreten durch ihre leitenden Herren, scheut weder Mühe noch Kosten, um hart am Kunden, immer mitten in dem prächtigen Geschäft zu bleiben, das sich aus der Kombination von Wirtschaftswunder, Nachholbedarf und Dürftigkeit ergibt.

Die Formtreue, die der Anzug seinem Käufer zu halten verspricht, ist ebenso ein Ergebnis der rastlosen Vorsorge für die Kundschaft wie die «Dicke Freundschaft, seit vielen Jahren bewährt und mit besonderer Liebe gepflegt», die die Firma mit den vollschlanken Töchtern des Wirtschaftswunders, um nicht zu sagen: Europas, verbindet.

Vom Kundenkredit will Brenninkmeyer freilich nichts wissen. Sein stets wiederholtes Glaubensbekenntnis lautet: «Barverkauf ist *doch* vorteilhafter!» Mit Recht. Denn das mit eherner Konsequenz befolgte Prinzip des Barverkaufs hat den Erfolg des Kaufhaussystems begründet und auch dem Käufer manche Sorge gespart.

So ist denn Brenninkmeyer eine respektable Macht im deutschen Textileinzelhandel geworden. Übrigens auch eine meinungsbildende Macht. Denn die ganzseitigen Zeitungsinserate, die C. & A. – wie übrigens alle Waren- und Kaufhäuser – zu vergeben pflegen, gehören zu den wichtigsten Finanzierungsquellen unserer Tagespresse.

Wie weit diese Macht reicht, können wir allerdings nicht wissen. Wer das erfahren wollte, müsste einen Einblick in die Bücher der dem Brenninkmeyer-Konzern gehörenden Allgemeinen Kapitalanlage AG, Düsseldorf, haben. Aber das, was wir wissen, genügt schon, um mit allem gebotenen Respekt von C & A, ihrer Formtreue, ihrer dicken Freundschaft mit den stärkeren Damen, der Unternehmungslust ihrer führenden Köpfe und der Übernationalität ihrer Wirtschaftsgesinnung zu sprechen.

«DER GRÖSSTE BAUKONZERN DEUTSCHLANDS»

Nimmst du einen Fremden zu dir ein,
so wird er dir Unruhe machen und dich
aus deinem Eigentum treiben.
Sirach 11/35

– so hiess es im Jahre 1929 von der AG für Verkehrswesen und vielleicht trifft diese Charakteristik für die Gesellschaft auch heute noch zu, die seit 1954 als «AG für Verkehrswesen und Industrie», Frankfurt a.M., firmiert.

Aber das allein wäre noch kein zureichender Grund, die AGVI für besonders interessant zu halten. Sie ist die grösste deutsche Holdinggesellschaft auf dem Gebiet des Verkehrswesens, obwohl das Schienennetz der von ihr kontrollierten Gesellschaften nur noch rund 1'000 km misst: relativ wenig, nachdem ihre Bahnen seit 1928 über 3'730 km Streckenlänge verfügt hatten, zu denen sich im Laufe der Zeit weitere 1'000 km an Autobuslinien gesellten. Aber die Verkehrsleistung ihrer Beteiligungsgesellschaften – 36 Mill. Fahrgäste und 70 Mill. t/km im Jahre 1955 – kann sich immer noch sehen lassen. Und was ihre bauindustriellen und bauwirtschaftlichen Interessen angeht, die sie bis in die jüngste Zeit noch ausgedehnt hat, so nimmt sie tatsächlich einen hervorragenden Rang auf diesem Gebiet unseres Wirtschaftslebens ein.

Dennoch – was sagen die Zahlen uns schon? Allenfalls, dass hier ein grosses Vermögen verwaltet wird, das mit viel Glück und Geschick über den Zusammenbruch, die Substanzverluste im Osten und die Ära westdeutscher Verstaatlichungsversuche hinweggerettet wurde. Was aber wirklich interessant ist, kann weder aus den Bilanzzahlen noch aus den Angaben über den Besitzstand der AGVI herausgelesen werden. Unser Interesse verdient vor allem vielmehr die Persönlichkeit des Mannes, der die Gesellschaft gross gemacht hat und sie bis zum heutigen Tage beherrscht, des Mannes, in dessen Wirken sich in seltener Klarheit erweist, dass nicht Institutionen, sondern Persönlichkeiten den Ablauf des Wirtschaftslebens bestimmen.

Dieser Mann ist Dr. Erich Lübbert, seit 1949 Aufsichtsratsvorsitzer der AG für Verkehrswesen und Industrie. Dr. Lübbert ist nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur AGVI gestossen, sondern er ist – um das Wort in der übertragenen Bedeutung zu gebrauchen – schon bald nach dem ersten Krieg, in den Jahren der Inflation, zu seiner Gesellschaft, d.h. zum Besitz der Aktienmehrheit gekommen: damals noch ein recht junger Mann, der aber schon ein buntbewegtes und höchst erfolgreiches Leben hinter sich gebracht hatte.

Er war im Januar 1883 in Buchwald in der Provinz Posen als Sohn eines Gutsbesitzers, der einer Breslauer Kaufmannsfamilie entstammte, zur Welt gekommen. 1901 Reifeprüfung in Posen, dann einjährig-freiwilliger Militärdienst, Studium der Rechtswissenschaft in Berlin und Breslau, 1905 Referendarexamen, 1906 Promotion in Breslau: es war der Bildungsgang eines braven Sohns aus gutem Hause, den der jun-

ge Herr Lübbert in den ruhigen Jahren der goldenen Kinderzeit absolvierte, und nichts wies daraufhin, dass der Referendar, der die ersten Stationen des Ausbildungsdienstes in Posen ableistete, am Treiben der grossen Welt bald teilnehmen würde. Gedämpft klang der Waffenlärm in die stille Heimat herüber: Der Burenkrieg endete 1902 damit, dass der Orangefreistaat britische Kronkolonie wurde; die Engländer hatten im Somaliland schwere Kämpfe gegen aufständische Derwische unter Hadschi ben-Abdullah zu bestehen; die Holländer unterwarfen auf Java das Reich der Atschinesen ihrer Kolonialherrschaft; in Deutsch-Südwestafrika führte der Eingeborene Hendrik Witboi die Hottentotten zum Aufstand, der erst 1908 niedergeschlagen wurde; der Russisch-Japanische Krieg ging siegreich für die asiatische Seite aus. Es brannte an den Grenzen der weissen Welt. Der Kolonialimperialismus der europäischen Nationen musste dem aufmerksamen Beobachter schon in der Geburtsstunde als ein fragwürdiges und kostspieliges Unterfangen erscheinen. Aber soweit pflegte man nicht zu denken, wenn man weit ab vom Schuss sass. Der Zeitungsleser in Posen – wie sicherlich auch in Remscheid oder in Chemnitz – las die Berichte von fernen Kriegsschauplätzen mit genussvoller Anteilnahme, in die sich höchstens das leise Bedauern mischte, nicht selber mitmachen zu können.

Und vielleicht war es dann auch das kaum eingestandene Gefühl, in der entlegensten Provinz des Königreichs Preussen das Abenteuer des Lebens zu verpassen, das den jungen Lübbert weitertrieb. Er ging nach Hamburg, um seine Referendarzeit zu beenden. Hamburg war das Tor zur Welt – anders als Posen eine grosse, unbekannte Stadt, ein Hafen- und Handelsplatz, dessen fiebrige Betriebsamkeit den Juristen und dessen lässig-arrogante Zugeknöpftheit den Spross einer patriarchalischen Umwelt mit mancherlei schwer zu meisternden Problemen konfrontierten. Oder sagen wir lieber: konfrontiert hätten, wenn Lübbert der Mann danach gewesen wäre, sich in Probleme verstricken zu lassen.

Aber, weiss Gott, das konnte ihm nicht geschehen. Pünktlich im Jahre 1908 bestand er in Hamburg sein zweites juristisches Examen. 1909 liess er sich als Rechtsanwalt in der Hansestadt nieder, und schon im nämlichen Jahr unternahm er im Auftrag der Gesellschaft Süd-Kamerun eine Reise in ihr Interessengebiet. Die wenigen Jahre, die er in Hamburg verbracht hatte, hatten Lübbert genügt, sich die Basis zum Absprung in jene Welt zu schaffen, in der ein zielbewusster junger Mann von guter Herkunft und solider Berufsausbildung, von kraftvoller Gesundheit, starkem Selbstbewusstsein und unsentimentaler Klarheit des Denkens noch etwas werden konnte. Er kehrte nur noch nach Hamburg zurück, um sein Büro aufzulösen und liess sich Anfang 1910 in Lüderitzbucht, Hafen- und Hauptstadt des diamantenreichen Schutzgebiets Deutsch-Südwestafrika, nieder.

Lübbert hatte Erfolg. Verdientermassen Erfolg; denn als Kommentator der in den afrikanischen Besitzungen geltenden Bergverordnungen war er alsbald eine juristische Autorität, um den die Diamantengesellschaften sich rissen. Er vereinigte schon

eine Reihe von Aufsichtsratsmandaten in seiner Hand, als er 1915 zum Ersten Vorsitzenden der Lüderitzbuchter Minenkammer gewählt wurde und schliesslich gab es nur wenige Unternehmen von Bedeutung, in deren Verwaltung der Spezialist für das kolonialafrikanische Bergrecht nicht ein entscheidendes Wort mitreden konnte.

Schliesslich – das heisst: bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Sommer 1914, den Erich Lübbert als Offizier der deutschen Schutztruppe mitmachte. Aber auch dann hatte er seine afrikanische Rolle noch nicht ausgespielt. Ganz im Gegenteil. Er war 1919 massgebend an der Gründung der Consolidated Diamond Mines of South-West-Africa S.W. A. Limited, Kapstadt, beteiligt, in der fast alle deutschen Diamantengesellschaften zusammengeschlossen waren. Dass die Leitung des Unternehmens, dessen Aufgabe es war, die deutschen Vermögen in Südwestafrika vor der Beschlagnahme zu retten, in Lübberts erfahrene und energische Hände gelegt wurde, war schon fast selbstverständlich. Er löste seine Aufgabe zur vollen Zufriedenheit seiner Mandanten und sicherlich auch zum eigenen, wohlverdienten Nutzen. Denn als er 1924, nachdem die Liquidation der meisten deutschen Diamantengesellschaften abgeschlossen war, nach Hamburg zurückkehrte, sah er sich schon im Besitz der Aktienmehrheit bei der AG für Verkehrswesen. Er hatte die Inflation genutzt, «seine» Gesellschaft für gute südafrikanische Pfunde relativ billig zu kaufen. Lübberts Beziehungen zur Verkehrs-AG waren auf eine sehr natürliche Weise zustande gekommen.

Die AG für Verkehrswesen nämlich, die 1901 als Finanzierungsgesellschaft für die hochangesehene Stettiner Hoch- und Tiefbaufirma Lenz & Co GmbH gegründet worden war – auf deren Konto übrigens der Bau, notabene: der von ihr meist auch vorfinanzierte Bau, eines Drittels aller deutschen Privatbahnen entfällt –, hatte im Jahre 1904 die Deutsche Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft, Berlin, gegründet. Dieses Unternehmen, eine Tochter der AG für Verkehrswesen und eine Enkelin der Lenz & Co GmbH, kam mit ihrer Grossmutter, der geborenen Lenz, gross ins Kolonialgeschäft: In enger Zusammenarbeit erbauten die beiden einander so nahestehenden Gesellschaften 1'702 km des insgesamt 4'348 km messenden Streckennetzes, d.h. zwei Fünftel der kolonialafrikanischen Bahnen.

Ob Lübbert seine advokatorischen Fähigkeiten auch in den Dienst dieser blühenden Kolonialgesellschaften stellen konnte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls kannte er sie gut, und als mit dem Krieg auch ihr koloniales Tätigkeitsfeld verloren war, die Not in Deutschland regierte und die Inflation den Effektenpreis ausgehöhlt hatte, kaufte er sich ohne viel Aufhebens in den Besitz der AG für Verkehrswesen ein: 1924 nach Hamburg zurückgekehrt übernahm er, zunächst als Delegierter des Aufsichtsrats, seit 1926 als Vorstandsvorsitzender oder, wie es damals noch hiess, als «Generaldirektor» die Leitung der AG für Verkehrswesen. Die Deutsche Kolonial-Eisenbahn- und Betriebsgesellschaft wurde 1927 zur Allgemeinen Baugesellschaft Lenz & Co (Kolonial-Gesellschaft) umgegründet, übernahm von der Lenz & Co GmbH als wertvollste Aktivposten das geschulte Personal und den Auftragsbestand der Firma und gab für die Zukunft den Rahmen ab, in dem die AG für Verkehrswesen

ihr grosses, beständig wachsendes Baugeschäft konzentrierte, während die Lenz & Co GmbH der AG für Verkehrswesen, sozusagen dem Lübbert-Konzern, als Betriebsgesellschaft für einige ihrer Bahnen diente.

Der junge Generaldirektor und Majoritätsaktionär der Verkehrs-AG machte bald von sich reden: Nachdem seine Gesellschaft 1926 die Mehrheit der Westdeutschen Eisenbahngesellschaft AG, Köln, übernommen hatte – die endgültige Fusion erfolgte 1928 –, gebot sie über 57 Bahnen mit einem Streckennetz von rd. 2'500 km. Die Fusion mit der «Allgemeinen Deutschen Eisenbahn AG (Adea)» im Jahre 1927 erhöhte die Zahl der kontrollierten Bahnen um 17, die Streckenkilometer um 950. Durch die Übernahme der «Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft», Frankfurt a.M., kamen 1929 weitere 14 Bahnen mit 320 km Betriebslänge unter das Regiment Erich Lübberts, der solcherart nun über ein Streckennetz von mehr als 3'700 km verfügte. Auf dem Gebiet des Bauwesens endlich brachte die massgebliche Beteiligung an der Dyckerhoff & Widmann AG, die damals noch ihren Sitz in Wiesbaden-Biebrich hatte, eine erhebliche Erweiterung der Einfluss- und Machtsphäre. Genug jedenfalls, dass eine Wirtschaftszeitschrift im März 1928 resümierte: «Die Expansion der AG für Verkehrswesen hat in den letzten Jahren dem kritischen Beobachter oft genug Herzklopfen verursacht. Man vergegenwärtige sich die Vorgänge der letzten Jahre: Ein noch junger Geschäftsmann hat in der Inflation durch Überfremdung die Majorität an sich gebracht, hat sich – ohne eigentlich Fachmann zu sein – zum Vorstand gemacht, die alten Verwaltungsmitglieder und -Banken in eine Nebenrolle gedrängt, hat dann eine rapide Expansion durch Angliederung weiterer Eisenbahnen und Entwicklung des bisher fernliegenden Baugeschäfts betrieben, Jahr für Jahr hohe Dividenden ausgeschüttet und durch billige Bezugsrechte neue Kapitalien an sich gezogen. Seit der Kapitalumstellung wurde allein das Kapital der AG für Verkehrswesen von 9 auf 30 Mill. RMark erhöht, daneben aber auch durch Ausgabe von 7,5 Mill. RMark Aktien einer neuen Baugesellschaft Lenz & Co beträchtliche Gelder aufgenommen. Während auf anderen Gebieten Inflationsaufkäufer fast überall wieder den alten erfahrenen Persönlichkeiten und Gruppen weichen mussten, hat sich der Beherrscher der AG für Verkehrswesen, Dr. Lübbert, nicht nur gehalten, sondern durch weitere Aufkäufe und Fusionen einen Konzern geschaffen, der im neuen Geschäftsbericht mit Stolz als «der umfangreichste deutsche Privatbahnkonzern» (81 Bahnen mit 3'741,7 km Streckenlänge) bezeichnet wird. In der Generalversammlung haben denn auch die Aktionäre ihre Befriedigung über die Entwicklung (Dividende 11 Prozent) zum Ausdruck gebracht und lobend hervorgehoben, dass die Gesellschaft durch Expansion auch auf dem Gebiet des Baugeschäfts (Beteiligung an Dyckerhoff & Widmann nebst Tochtergesellschaften) für «gesunde Risikoverteilung» gesorgt habe. Gewiss, die bisherige Entwicklung hat der neuen Leitung recht gegeben. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Weg der schnellen Ausbreitung und schnellen Kapitalvergrößerung seine Gefahren hat.»

Die Gefahren sollten sich denn auch bald zu Schwierigkeiten verdichten: Ende

1950 musste die Allgemeine Baugesellschaft Lenz & Co die Vereinbarung kündigen, die sie Anfang des Jahres mit Dyckerhoff & Widmann über eine gemeinsame Tätigkeit getroffen hatte. Wenige Monate später löste die AG für Verkehrswesen ihre Konzernverbindung zu Dyckerhoff & Widmann auf. Vor allem aber war Lenz, das heisst in Wirklichkeit: der Verkehrswesen-Konzern, durch die Übernahme der Industriebau Held & Francke AG bzw. durch die Erwerbung des Majoritätspakets, in Bedrängnis geraten. Lübbert, der sich bei diesem Geschäft von den Banken übervorteilt glaubte, versuchte, die Banken-Vertreter im Aufsichtsrat der AG für Verkehrswesen regresspflichtig zu machen. Vergeblich natürlich. Stattdessen erwies es sich als unumgänglich, die Allgemeine Baugesellschaft Lenz & Co zu sanieren, was nur in der Weise geschehen konnte, dass die Verkehrs-AG einen guten Teil ihrer Lenz-Aktien zur Einziehung herausgab. Sie erhielt dafür zwar je ein Drittel der Anteile an der N.V. Bouw Maatschappij Dyckerhoff & Widmann und der N.V. Albelan Baggeren Bouw Maatschappij, beide in Den Haag. Andererseits aber minderte sich dadurch ihre Lenz-Beteiligung beträchtlich (die heute nur noch 25 Prozent beträgt). Die Industriebau Held & Francke AG aber erwies sich als unrettbar verloren. Die Sanierungsversuche waren zu spät gekommen. Im Februar 1931 musste sie das Vergleichsverfahren anmelden.

Das alles vermochte aber die Machtstellung des Generaldirektors nicht zu erschüttern, obwohl er schon längst nicht mehr die Aktienmehrheit «seiner» Gesellschaft besass. Im Gegenteil. Als nach dem grossen Krach mit den Banken, zu dem es auf der Hauptversammlung des Jahres 1930 gekommen war, die Bankenvertreter den Aufsichtsrat verlassen hatten und an ihre Stelle unter anderen der ehemalige Reichsschatz- und Wiederaufbauminister des Kabinetts Cuno, Geheimer Regierungsrat Heinrich F. Albert, als Vertreter der englischen Gruppe getreten war, die den an den Ostwerke-Konzern gezahlten Kaufpreis für die Industriebau Held & Francke AG – ein Zwei-Millionen-Paket Verkehrsaktien – an sich gebracht hatte, als Günther Quandt und der ihm befreundete Privatbankier Hamel (Sponholtz & Co), ein zweiter Vertreter der englischen Aktionärsgruppe (Sir Albert Bennet) und als Repräsentant der niederländischen Interessenten ein Direktor der Nederlandsche Landbouwbank im Aufsichtsrat Platz genommen hatten, hatte die autoritäre Amtsführung des Generaldirektors fast noch grössere Chancen als vorher, da er sich der geschlossenen Front der Banken gegenübergesehen hatte: Dr. Lübbert, im Nebenamt Mitglied des Finanzrats bei der Bundesleitung des «Stahlhelm», beherrschte seinen Konzern wie zuvor. Natürlich im Einverständnis mit der Quandt-Gruppe, die allmählich zur höchstbeteiligten Grossaktionärin erstarkte, und dann auch wieder der Banken, die, von der Berliner Handelsgesellschaft bis zur Bank der Deutschen Arbeit, ihre Vertreter aufs Neue in den Aufsichtsrat des Verkehrswesen-Konzerns delegiert hatten.

Ein hervorragendes Stück Arbeit – nicht das letzte seines taten- und erfolgreichen Lebens – konnte Dr. Lübbert dank seiner Machtstellung im Verkehrswesen-Konzern 1936/37 zuwege bringen.

Wie erinnerlich hatte die AG für Verkehrswesen ihre Konzernbeziehungen zur Dyckerhoff & Widmann AG 1931 gelöst; dann hatte sie sich 1933 aber doch an der Sanierung dieser bedeutenden – heute wohl der bedeutendsten deutschen – Baugesellschaft beteiligt. Im Jahre 1936 erhöhte sie ihre Beteiligung und Anfang 1937 erwarb sie das starke Dyckerhoff & Widmann-Paket, das die Bank Deutscher Arbeit, d.i. die Bank der Deutschen Arbeitsfront, in Händen hatte. Das geschah indessen nicht, um die Dyckerhoff & Widmann-Aktien im eigenen, d.h. im Portefeuille der AG für Verkehrswesen zu halten: Im März 1937 übernahm vielmehr ein von Dr. Lübbert geführtes Konsortium sämtliche von seiner Gesellschaft gehaltenen und erworbenen Aktien der Dyckerhoff & Widmann AG, die zusammen mit den Anteilen, die er diesseits und jenseits der Reichsgrenzen im freien Markt hatte kaufen können, 90 Prozent ihres Grundkapitals ausmachten. Durch Gesellschaftsvertrag vom 29. April 1937 wurde alsdann – Dr. Lübbert war immer ein Mann von schnellen Entschlüssen – die Dyckerhoff & Widmann AG in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, in die als persönlich haftende Gesellschafter Dr. Erich Lübbert und Dr.-Ing. Eugen Schulz eintraten. Damit begann, man kann schon sagen: eine neue Phase der grossunternehmerisch organisierten deutschen Bauindustrie. Doch ehe wir diesen Faden unserer Erzählung weiterspinnen, gibt es noch einiges über die AG für Verkehrswesen zu berichten. Nicht, dass der Konzern nach 1937 noch wesentliche Neuerwerbungen gemacht hätte. Im Zeichen der Rüstungskonjunktur und des Krieges wurde der Besitzstand eher von überflüssigem Ballast befreit als erweitert. Und es verdient nur als Kuriosum berichtet zu werden, dass die AG für Verkehrswesen 1942 anfang, sich auch für den Bau und Betrieb von Schiffen zu interessieren, woran – eine erstaunliche Manifestierung der im Stalingrad-Jahr herrschenden Siegesgewissheit – heutigentags noch die «Schalenschiffbau Dr. Erich Lübbert & Co KG» erinnert.

Erst als der Krieg zu Ende ging und erst recht, nachdem die Kapitulation vollzogen war, wird die Konzerngeschichte wieder interessant, dann allerdings über die Massen fesselnd; denn jetzt bewährte Dr. Lübbert sich zum zweitenmal als der Mann, der es vermochte, ein grosses, ihm zu treuen Händen anvertrautes Besitztum vor dem Zugriff des Feindes zu retten.

So vorausschauend freilich wie die Verwaltung des Phrix-Konzerns, die schon 1944 die Verlagerung ihrer Vermögenssubstanz nach Westdeutschland und Westeuropa in die Wege geleitet hatte, war Lübbert nicht gewesen. Er wartete, bis die Russen vor Berlin standen, ehe er die Weisung gab, die umfangreichen Aktienpakete der Gesellschaft, deren Transport unendliche Schwierigkeiten gemacht hätte, zu verbrennen – vorausgesetzt natürlich, dass die Gesellschaften, auf die sie lauteten, ihm Interimscheine ausgestellt hatten. Seine Sorge galt dann vor allem zwei Aufgaben: der Anlage des nach dem Westen geretteten Barvermögens in Sachwerten; denn wie er aus eigener Erfahrung wusste, würde das Geld des total besiegten Reiches im Feuer der Inflation zu einem Nichts verzehrt werden; zum andern der Errichtung einer Auffanggesellschaft – es war dies die Verkehrswesen-West GmbH, ein Unternehmen von ähnli-

cher Art wie damals die Consolidated Diamond Mines – in die das Konzernvermögen eingebracht werden konnte. «Die Verkehrswesen-West GmbH», heisst es in der Gesellschaftschronik, «machte eine Unterstellung unter Treuhänderschaft gemäss Gesetz Nr. 52 gegenstandslos.»

Bei der Aufstellung der DMark-Eröffnungsbilanz wurde der Gesamtverlust der AG für Verkehrswesen, von dem der grösste Teil natürlich jenseits des Eisernen Vorhangs entstanden war, mit 32,5 Mill., d.i. etwa der Hälfte des Gesellschaftsvermögens, beziffert; und dementsprechend wurde das Kapital im Verhältnis 2 zu 1 von 36 Mill. RMark auf 18 Mill. DMark umgestellt. Das war bitter für die Aktionäre; doch liegt ein gewisser Trost darin, dass ihr Papier im Frühjahr 1957 wieder mit 170 Prozent des Nennwerts gehandelt wurde: Ihre Abwertungsquote beträgt also nur 15 Prozent, während die Geldsparer einen Verlust von 93,5 Prozent hinnehmen mussten.

Ende 1949 wurde Dr. Erich Lübbert zum Aufsichtsratsvorsitzer der AG für Verkehrswesen gewählt; vierzehn Tage später trat sein Schwiegersohn Dr. Otto Ullrich – der übrigens bei der Lenz Bau AG, der Norddeutsche Portland-Cementfabriken AG und der Vorwohler Portland-Cementfabriken AG den Vorsitz im Aufsichtsrat führt – dem Vorstand der AG für Verkehrswesen bei.

Beteiligungen der AG für Verkehrswesen und Industrie, Frankfurt a.M.

I. An Bahngesellschaften

1. Allgemeine Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft mbH, Berlin, StK 100'000 DMark, 100 Prozent
2. Deutsche Eisenbahn GmbH, Frankfurt a.M., StK 880'000 DMark, « 50 Prozent
3. Industriebahn AG, Frankfurt a.M., AK 700'000 DMark, 50 Prozent
4. Vereinigte Kleinbahnen GmbH, Frankfurt a.M., StK 1,76 Mill. DMark, « 50 Prozent
5. Lenz & Co GmbH, Berlin, StK 250'000 DMark, « 50 Prozent
6. Moselbahn AG, Trier, AK 5 Mill. DMark, « 50 Prozent
7. Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft, Stuttgart, AK 3,6 Mill. DMark,
> 50 Prozent
8. Württembergische Nebenbahnen AG, Stuttgart, AK 2,292 Mill. DMark, « 50 Prozent
9. Braunschweig-Schöninger Eisenbahn AG, Braunschweig, AK 1,975 Mill. DMark,
> 50 Prozent
10. Rinteln-Stadthagener Eisenbahn-Gesellschaft, Hamburg, AK 3,524 Mill. DMark,
> 50 Prozent
11. Farge-Vegesacker Eisenbahn-Gesellschaft, Hamburg, AK 1,5 Mill. DMark, « 50 Prozent
12. Kleinbahn AG Kiel-Schönberg, Kiel, AK 950'000 DMark, « 50 Prozent
13. Bremisch-Hannoversche Kleinbahn AG, Frankfurt, AK 1,41 Mill. DMark
14. Teutoburger Wald-Eisenbahn-Gesellschaft, Hamburg, AK 6,65 Mill. DMark,
> 25 Prozent
15. Kleinbahn-AG Kiel-Segeberg, Kiel, AK 1,713 Mill. DMark, « 25 Prozent
16. Hildesheim-Peiner Kreis-Eisenbahn Gesellschaft, Hildesheim, AK 1,712 Mill. DMark,
> 25 Prozent

II. Bauwirtschaftliche Beteiligungen

1. Lenz-Bau AG, Hamburg, AK 4 Mill. DMark, rd. 25 Prozent
2. Lenz & Co Süddeutsche Baugesellschaft mbH, München-Nürnberg, StK 800'000 DMark, fast 100 Prozent
3. Strassenbau-Gesellschaft Kemna-Lenz GmbH, Berlin, StK 30'000 DMark, 100 Prozent

4. Wayss & Freitag AG, Frankfurt a.M., AK 4 Mill. DMark, 30-40 Prozent
 5. Norddeutsche Portland-Cementfabriken AG, Hannover, AK 6 Mill. DMark, 25 Prozent
 6. Dyckerhoff & Widmann KG, Hambuxg/München, Kommandit. Beteiligung und Personalunion
 7. Zentrum am Zoo Geschäftsbauten AG, Berlin, AK 2 Mill. DMark, fast 100 Prozent
 8. Wohnungsbau-Gesellschaft Kurfürstenstrasse GmbH, Berlin-Wilmersdorf, StK 500 000 DMark, > 50 Prozent
 9. Wilmersdorfer Grundstücks-Verwaltungs-AG, Berlin, AK 600 000 DMark, 45 Prozent
 10. Vereinigte Baustoffwerke Bodenwerder GmbH, Bodenwerde, StK 4,5 Mill. DMark
- III. Andere Beteiligungen*
1. Triton-Belco AG, Hamburg, AK 4 Mill. DMark, > 25 Prozent (Sanitäre Anlagen, Armaturen und Beschläge)
 2. Karl Schenck Maschinenfabrik GmbH, Darmstadt, StK 3 Mill. DMark, 25 Prozent
 3. Norddeutsche Kohlen- und Cokes-Werke AG, Hamburg, AK 2,48 Mill. DMark

In gleicher Funktion gehört er der Verwaltung zahlreicher anderer Gesellschaften des Verkehrswesen-Konzerns an. Kurzum, die Herrschaft des Hauses Lübbert über den grössten deutschen Privatbahn- und Baukonzern Deutschlands scheint auch im vierten Jahrzehnt ihres Bestehens, ungebrochen wie eh und je, fortzudauern.

Von grösserer Bedeutung und tieferer Hintergründigkeit aber ist sicherlich die Dyckerhoff-Widmann-Domäne für die Familie des ehemaligen Kolonialpioniers und erfolgreichen Konzernstifters.

Das erkennt man allerdings nicht auf den ersten Blick.

Dr. Lübbert, auf dessen Initiative die Herauslösung der Dyckerhoff & Widmann AG aus dem Konzernzusammenhang und ihre Umgründung zur Kommanditgesellschaft zurückgeht, trat freilich der Gesellschaft sogleich als persönlich haftender Gesellschafter bei und ist, ebenso wie sein dienstältester Kollege Dr. Eugen Schulz, allein vertretungsberechtigt; während die später hinzugekommenen Gesellschafter, Dr.-Ing. Ulrich Finsterwalder, Reinhard Jecht und Dipl.-Ing. Egon Ruf, die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen persönlich haftenden Gesellschafter oder einem Prokuristen zu vertreten berechtigt sind.

Immerhin, die Stimme eines Einzelnen fällt in einem fünfköpfigen Inhaberkollegium nicht allzu schwer ins Gewicht, so gross im Übrigen seine menschliche Autorität sein mag, wenn der Sprecher nicht die stärkeren Bataillone des Vermögensbesitzers hinter sich hat. Und da scheint es – auf den ersten Blick, wie gesagt – denn doch bedenklich zu hapern. Zugegeben, die Träger des Namens Lübbert – Ehefrau und Sohn des Inhabers und noch zwei männliche Verwandte – vertreten kommanditistische Einlagen in Höhe von 521'500 DMark, drei Inhaber der Familie Schulz dagegen nur 223'000 DMark und von den Gattinnen der Inhaber minderen Rechts: Frau Eva Finsterwalder und Frau Anneliese Jecht je 160'000, Frau Sofie Ruf 50'000 DMark, bei einem kommanditistischen Kapital von insgesamt 12'365'500 DMark weiss Gott nicht eben viel; wenngleich sich für die Lübberts ein «Löwenanteil» von 4,22 Prozent,

für die Angehörigen der vier anderen Firmeninhaber aber nur eine Beteiligung von 3,58 Prozent an den kommanditistischen Einlagen errechnet.

Aber, wie schon gesagt, das Ganze ist eine Milchmädchenrechnung; denn Dr. Lübbert hatte acht Töchter, die heute samt und sonders unter dem Namen ihrer Ehegatten in der Liste der Kommanditisten verzeichnet stehen. Es sind

	Einlage DMark
1. Frau Maria Knie, Tübingen.....	198'000
2. Else Scherkamp, Hamburg.....	40'000
3. Gerda Friedrichs, Wedel bei Hamburg.....	158'000
4. Inge Ullrich, Frankfurt a. M.....	248'000
5. Helga Schaary, Hamburg.....	40'000
6. Dagmar Gräfin Roedern, Romsthal Kr. Schlüchtern	4 595'000
7. Irmela Ziros, Hamburg.....	218'000
8. Sigrid Pienaar, Johannesburg (Südafrika).....	150'000
1.-8. zusammen:	5 647'000

Der Gesamtbetrag der Einlagen auf den Namen der Lübbert-Töchter erreicht die stattliche Summe von 5,647 Mill. DMark, so dass sich der Anteil der ganzen Familie auf 6'168'500 DMark oder fast die Hälfte (49,885 Prozent) des Kommanditkapitals erhöht.

Aber ganz ohne Skepsis kann man auch diese Berechnung nicht hinnehmen.

Die Zahlen sind allerdings richtig. Zum Nachdenken stimmt nur der Umstand, dass eine der Töchter, Dagmar Gräfin Roedern, mit einer Beteiligung von 4'595'000 DMark, alle anderen zusammen aber bloss mit 1'052'000 DMark ausgestattet wurden; dass also – soweit darf unsere Vermutung doch wohl gehen – in der Mitgift dieser Tochter die Dyckerhoff-Widmann-Beteiligung eine besondere Rolle spielt.

Nun, vielleicht lässt sich der Schlüssel des arithmetischen Rätsels gar nicht so weit ab von dem Lebensweg finden, den die Helden unserer Geschichte zurückgelegt haben.

Conrad Erdmann Carl-Bolko Victor Graf von Roedern, der Gatte Dagens geb. Lübbert, war eins der fünf Kinder (Bolko, Margarete, Conrad, Erika und Siegfried), welche die verwitwete Helene Gräfin von Roedern geb. von Schubert in die Ehe eingebracht hatte, die sie am 27. August 1925 mit dem Rittmeister a.D. Vicco von Bülow – nach seinem Gut Schwante im Kreise Osthavelland, von Bülow-Schwante genannt – eingegangen war.

Als Besitzer eines Landsitzes in Sommerswalde war Dr. Lübbert viele Jahre der Nachbar des Gutsherrn auf Schwante; und da es wohl nicht nur in den Sternen, sondern womöglich auf weissem Papier geschrieben stand, dass Herr von Bülow-Schwante seinem Schwiegervater, dem Generalleutnant z.D. Conrad von Schubert, in der Verwaltung des Stumm-Halbergschen Familienvermögens nachfolgen sollte, die dieser als Schwiegersohn König Stumms übernommen hatte, stand den beiden Nachbarn auch dann eine Fülle fesselnder Themen zur Verfügung, wenn das Gespräch über die aktuellen Fragen der Politik und des Wetters sich erschöpft hatte.

Dort sprach der rührige Konzern-Stifter, der theoretisch und praktisch alle Möglichkeiten der Herrschaftsausübung kannte, die das Gesellschaftsrecht bietet, der prominenteste Mann der deutschen Bauindustrie, hier der diplomatisch gebildete Gutsherr, acht Jahre jünger als sein Gesprächspartner, der, wenn nicht alle Zeichen trogen, der-einst in die Führung eines Konzerns einrücken würde, dessen Werke als Baustahlproduzenten mancherlei Beziehungen zur Bauindustrie herstellten.

Aber noch lebte Herr von Schubert, noch bewirtschaftete Herr von Bülow sein märkisches Gut, noch mögen die Gespräche der beiden Weltkriegsoffiziere und Weltbürger sich öfter mit tagespolitischen Gegenständen beschäftigt haben, die der eine aus der Perspektive des prominenten Stahlhelmanhängers, der andere unter dem Aspekt des Mannes sah, der gleich nach dem Machtantritt Adolf Hitlers dem Ruf seines «Führers» als Diplomat und SA-Standartenführer «zur besonderen Verfügung des OSAF» Folge leistete. Herr von Bülow wurde 1933 Vortragender Legationsrat, 1934 Protokollchef im Auswärtigen Amt, schliesslich im Jahre 1938 Botschafter in Brüssel, blieb aber nach der Besetzung Belgiens nicht mehr im Auswärtigen Dienst, sondern kehrte 1940 zur Bewirtschaftung seiner Güter Schwante im Osthavelland und Wüstgrabow in Mecklenburg zurück.

Unterdessen hatte, im Jahre 1937, Dr. Lübbert «seine» Dyckerhoff-Widmann-Domäne errichtet, und nun mögen die Gespräche der Nachbarn wohl doch schon öfter um die Frage gekreist sein, welche Aufgaben und Chancen, gewaltige Chancen, notabene, sich für die Bauindustrie aus dem Wiederaufbau der deutschen Städte ergeben würden, auf welche die Bomber der Westmächte Monat um Monat grössere Bombenlasten abwarfen. Nicht dass der Endsieg in Zweifel gezogen wurde. Aber gesetzt auch den Fall, er wäre nicht so total, wie die Kriegführung allmählich total geworden war, wiederaufgebaut müssten die deutschen Städte ja dennoch werden. Die Bauindustrie und ihre montanindustriellen Zulieferanten gingen einer gewaltigen Nachkriegskonjunktur entgegen – «so oder so», wie der «Führer» zu sagen pflegte.

Es war also kein Grund zu resignieren, als der sowjetische Vormarsch den Generaldirektor und seine AG für Verkehrswesen von Berlin nach Hamburg, den Gutsherrn von seinen Gütern nach Düsseldorf vertrieb.

Der Wiederaufbau im engsten Sinne des Wortes, die grosse Konjunktur musste kommen, und sie würde die beiden Herren bereit finden, sich aufs Neue in den Dienst einer deutschen Aufgabe zu stellen.

So geschah es denn auch: Dr. Lübbert rettete das Vermögen des Verkehrswesen-Konzerns und der Botschafter a.D. von Bülow-Schwante übernahm nicht nur die Verwaltung des Stumm-Halbergischen Familienvermögens, sondern beteiligte sich in der Position des Aufsichtsratsvorsitzers später auch an der Führung des Stumm-Konzerns.

Von besonderer Bedeutung aber sollte die Fügung des Schicksals, die die beiden Männer zusammengeführt hatte, für die Bauindustrie werden. Dass Vicco von Bülow-Schwante als Mitglied in den Aufsichtsrat der AG für Verkehrswesen gewählt wurde,

am gleichen Tage, dem 16. Dezember 1949, als Dr. Lübbert im Sessel des Aufsichtsratsvorsitzers Platz nahm, war nur von vorübergehender Bedeutung. Als sehr viel nachhaltiger erwies sich die Voraussicht der Väter, die mit der Ehe ihrer Kinder, des Grafen Conrad von Roedern und Dagmars geb. Lübbert, eine so innige Verbindung auf dem Gebiet der Bauindustrie zu stiften verstanden hatten.

In dünnen Zahlen sehen die Dinge so aus: Die Gräfin Dagmar von Roedern besitzt ein reichliches Drittel der Dyckerhoff-Widmann-Einlagen, Graf Conrad von Roedern gehört zu den Gesellschaftern der Gebrüder Stumm GmbH und der Saarländischen Industriegesellschaft mbH, dessen Anteile sich im Erbgang noch erhöhen werden. Herr von Bülow-Schwante ist mit 200'000 DMark – einer Summe von freilich nur symbolischer Bedeutung –, seine Tochter, Frau Gabriele von Arnim, mit 10'000 DMark bei Dyckerhoff & Widmann beteiligt.

Übersetzen wir, was die Zahlen nur unzulänglich aussagen, in die Sprache des Lebens, so heisst das: Zwei Familien von gewaltiger Wirtschaftsmacht haben zueinander gefunden. Der Chef der einen, Dr. Lübbert, gebietet über den Verkehrswesen-Konzern, mit seinen bauwirtschaftlichen Beteiligungen – Wayss & Freytag AG, Lenz-Bau AG, Lenz & Co Süddeutsche Baugesellschaft mbH, Norddeutsche Portland-Cementfabriken AG und seinen Wohnbau- und Grundstücksgesellschaften sowie, gestützt auf die Mehrheit der kommanditistischen Einlagen, über die Dyckerhoff & Widmann KG. Der Chef der anderen – Familienhaupt der Linie Stumm-Halberg mindestens hinsichtlich der Vermögensverwaltung –, Botschafter a.D. Vicco von Bülow-Schwante, ist als Aufsichtsratsvorsitzer der Gebr. Stumm GmbH, der Minister Achenbach Bergwerksgesellschaft mbH und der Saarländische Industrie Gesellschaft mbH massgebend an der Führung des wieder recht expansionsfreudigen Stumm-Konzerns beteiligt. Der Stumm-Konzern aber ist heute eine Grossmacht in der Bauindustrie. Nicht nur, dass er (mit 50 Prozent) an der Neunkirchner Eisenwerk AG vorm. Gebrüder Stumm und über Neunkirchen und die Saarländische Industriegesellschaft an der AG der Dillinger Hüttenwerke beteiligt ist, die den südwestdeutschen Markt mit einem guten Teil der dort benötigten Stahlbauelemente versorgen; fast noch wichtiger erscheint, dass er neuerdings über die Deutsche Gerätebau GmbH, die grossen Stahlbauunternehmen Hein, Lehmann & Co AG, Düsseldorf, mit der Brückenbau Flender GmbH, Düsseldorf, Steffens & Nölle AG, Berlin-Tempelhof, und Hilgers AG, Rheinbrohl, kontrolliert; dass er die bauindustriell wichtige Roth, Heck & Schwinn GmbH in Zweibrücken-Ixheim (Draht, Beton-Stahlgitter usw.) mit der Plettenberger Drahtindustrie GmbH besitzt und über seinen Anteil bei der Friedrich Boesner GmbH, Augustenthal, Einfluss bei bauindustriell so interessanten Firmen wie die Schraubenwerk Neuss Fissene & Co KG, die grösste Holzschraubenproduzentin Deutschlands, und die Drahtwerk Hanau GmbH ausüben kann.

Die Saarländische Industriegesellschaft vollends, die sich restlos im Besitz von fünfunddreissig Mitgliedern des Stammes Stumm-Halberg befindet, als deren Vermögensverwalter Vicco von Bülow-Schwante, zweiter Gatte einer Stumm-Enkelin

und Stiefvater des Grafen Conrad von Roedern amtet, besitzt über die Halberger Hütte, an der sie in namhafter Höhe beteiligt ist, zahlreiche bauindustrielle Interessen. Denn die Halberger Hütte ist an der «Gerobau» Ges. für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH, Frankfurt, der «Deutsche Premo» Ges. für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH & Co KG, Wanne-Eickel, der «Deutsche Premo» & Co KG, Bonn, der «Azet» Ges. für Rohrund Baumaterialherstellung mbH & Co KG, Wanne-Eickel, der «Hagewe» Ges. für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH & Co KG, Otigheim, u.a.m. beteiligt.

Schliesslich besteht über die Beteiligung der AG für Verkehrswesen an der Vereinigte Baustoffwerke Bodenwerder GmbH, an der wiederum die OMZ Vereinigte Ost- und Mitteldeutsche Zement AG, Dortmund, beteiligt ist, auch ein dünner Draht zu der feudalen Schaffgotsch Bergwerksgesellschaft mbH, München, der Spitze des Bubiag-Konzerns.

Die Dyckerhoff-Widmann KG – mit ihren mehr als 8'000 Arbeitern, ihren 398'000 qm bebauter Grundfläche, ihren sechsundzwanzig Niederlassungen und sechs Betonwerken (in Berlin-Spandau, München-Riem, Hamburg-Moorfleet, Karlsruhe, Kiel-Wik und Neuss) ohnehin schon eins der grössten, wenn nicht das grösste Bauunternehmen der Bundesrepublik – steht also im Mittelpunkt eines Netzes personaler und sachlicher Beziehungen, dessen Fäden in den Händen der beiden Familien- und Konzernhäupter Lübbert und von Bülow-Schwante zusammenlaufen. Sie ist keine Holdinggesellschaft, und man kann von ihr keineswegs als von der Spitzengesellschaft eines Konzerns reden. Das macht sie umso interessanter. Denn das System solidarischen Handelns einer ungeheuren Vielzahl von Unternehmungen, die keines Kartells, keines juristisch greifbaren Zusammenschlusses und nicht einmal einer Absprache bedürfen, um das Gewicht ihrer Macht und die Macht ihrer Interessen fühl – bar zu machen, findet in ihr den geradezu idealtypischen Ausdruck.

Gesellschafterliste der Dyckerhoff & Widmann KG

Persönlich haftende Gesellschafter: Dr. Erich Lübbert, Hamburg

Dr.-Ing. Eugen Schulz, München

Dr.-Ing. Ulrich Finsterwalder, München

Dipl.-Ing. Reinhard Jecht, München

Dipl.-Ing. Egon Ruf, München

	DMark
1. Irmela Lübbert geh. Wagner, Hamburg.....	400'000
2. Maria Knie geb. Lübbert, Tübingen..... 198'000	
3. Else Scherkamp geh. Lübbert, Hamburg.....	40'000
4. Gerda Friedrichs geh. Lübbert, Wedel h. Hamburg	158'000
5. Inge Ullrich geb. Lübbert, Frankfurt a. M.....	248'000
6. Otto Grub, Hamburg.....	38'000
7. Elli Kreisselmeier geh. Korn, Rothenburg o.d.Tauber	360'000
8. Theodora Schulz geh. Klein, München.....	900'000
9. Vicco von Bülow-Schwante, Düsseldorf.....	200'000

Übertrag: 2'542'000

DIE GESELLSCHAFTER DER DYCKERHOFF & WIDMANN KG

	DMark
	Übertrag: 2 542 000
10. Dr. med. Herbert Schulz, München.....	110 000
11. Dr. Mathilde Wolff, Schliersee	590 000
12. Dr. Christoph Schulz, Nürnberg.....	13 000
13. Helga Schaary geb. <i>Lübbert</i> , Hamburg.....	40 000
14. Dr.-Ing. E. h. Hans Kreisselmeier, Rothenburg o. d. T.	90 000
15. Olga Krebs geb. Müggenburg, Essen-Rüttenscheid .	110 000
16. Wiltrud Krebs, Essen-Rüttenscheid	20 000
17. Wwe. Käthe Drewes geb. Schulzenberg, Garmisch-Partenkirchen	32 000
18. Dir. Paul Schulz, Laichingen/Wbg.....	100 000
19. Wwe. Wilhelmine Rosenhauer geb. Feineis, Marktheidenfeld/Main	10 000
20. Dipl.-Ing. Paul Rosenhauer, Wolfsburg.....	10 000
21. Hildegard Stolz geb. Rosenhauer, München . . .	12 000
22. Hermann Kreisselmeier, Rothenburg o. d. Tauber .	40 000
23. Leonore Böker geb. Kreisselmeier, Remscheid . . .	40 000
24. Dagmar Gräfin von Roedern geb. <i>Lübbert</i> , Romsthal	4 595 000
25. Irmela Ziros geb. <i>Lübbert</i> , Hamburg	218 000
26. Erich <i>Lübbert</i> jr., Hamburg	109 500
27. AG für Verkehrswesen, Frankfurt a.M.....	160 000
28. Margarethe Bethke geb. Grollwitz, Hamburg . . .	28 000
29. Dr. jur. Franz Ott, Neubiberg.....	20 000
30. Hans Michael Rosenhauer, minderjähr., Berlin . .	12 000
31. Alfred <i>Lübbert</i> , Kaufmann in Hamburg.....	6 000
32. Martin <i>Lübbert</i> , Darmstadt	6 000
33. Gabriele v. Arnim geb. v. Bülow-Schwante, Düssel dorf	10 000 200 000
34. Helga Schlaeger, Berlin	2 000
35. Selbstversicherung Autarka GmbH, München . . .	25 000
36. Klara von der Maisburg, München	25 000
37. Else Papeuberg geb. Krüger, Unterthingau	100 000
38. Hans-Wilhelm von Tümping, Frankfurt a. M. . . .	100 000
39. Ursula Ebert, Hamburg	160 000
40. Eva Finsterwalder geb. Habild, München	5 000 160
41. Dr.jur. Wolfgang Koepfel, Frankfurt a.M. . . .	000
42. Amalie Jehl geb. Böhme, München	
43. Allgemeine Lokalbahn- und Kraftwerke AG, Frankfurt a. M	2 000 000
44. Maria-Luise Gräfin von Sponeck geb. von <i>Tümping</i> , B. Homburg v. d. H.....	40000
45. Gisela von Tümping, München	40000
46. Sigrid Pienaar geb. <i>Lübbert</i> , Johannesburg (Süd-Afr. Union).....	150000
47. Dr. Harald Elsner von Gronow, Wolfshagen ...	65 000
48. Sofie Ruf geb. Balzer	50000
49. Dr. Edward v. Schwarzkoppen, Frankfurt a. M. . . .	50 000
50. Philipp Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, Lich . .	250 000
51. Paula von Tümping, Frankfurt a. M.....	20000

UNSERE ZUKUNFT AUF DEM WASSER

Sprich nicht: Was hilft mir's, und was hab ich nun davon?

Sprich nicht: Ich habe genug; wie kann mir's nun fehlen?

Sirach 11/24, 25

Schiffe besitzen oder nicht besitzen, entscheidet die Frage, ob die Welt in der Lage ist, den Anforderungen des Aussenhandels zu genügen.

Die Menschheit wächst Tag für Tag um 120'000 Seelen, wie die Theologen, oder Esser, wie die Wirtschaftler sagen würden. Die Weltbevölkerung hat, trotz Krisen, Krieg und Krankheit, in jedem der drei Jahrzehnte 1920-1950 um 10 bis 11 Prozent, im Jahrfünft 1950-1955 aber um annähernd 9 Prozent zugenommen. Das scheint beunruhigend, ist es aber nicht: Die wichtigsten Getreidearten, Weizen, Mais und Reis, liefern heute Ernten, deren Ertrag noch etwas höher ist als der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahrzehnte.

Etwas anders liegen die Dinge, wenn wir die ans Wunderbare grenzende Ausweitung der industriellen Aktivität ins Auge fassen.

Im Zeitraum 1938-1950 ist der Index der industriellen Erzeugung um 116 Prozent gestiegen. Das ist höchst erfreulich. Aber zu diesem Ergebnis haben nicht nur die alten Industrienationen, sondern auch die wirtschaftlich jungen Völker beigetragen, die erst kürzlich dem Kolonialstatut entwachsen oder sich ihrer nationalpolitischen Eigenständigkeit bewusst geworden sind. Ihre Anforderungen ans Leben steigen. Mindestens wollen sie sich täglich satt essen können; und ihre Führer, die wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich dominierenden Schichten, proklamieren das praktische Ideal, die Rohstoffe des eigenen Landes im eigenen Land zu verarbeiten.

Das bedeutet tendentiell steigende Preise der schärfer umworbene Grundnahrungsmittel und industriellen Rohstoffe; und diese Situation wird, was die Rohstoffe angeht, noch wesentlich dadurch verschärft, dass die industrielle Erzeugung im engeren Sinne der bergbaulichen Produktion der industriellen Rohstoffe – Kohle, Erze, Erdöl usw. – weit vorausgeeilt ist. Ist doch der Index der industriellen Weltproduktion im Zeitraum 1938-1955 um 120 Prozent, der Index der bergbaulichen Erzeugung aber nur um 79 Prozent gestiegen.

Was hat das nun aber mit unserem Thema, den Schiffen, zu tun? Es scheint uns: eine ganze Menge.

Denn je höher der Wettbewerb der Verbraucher die Preise der Grundnahrungsmittel und der industriellen Grundstoffe treibt, desto mehr müssen wir für sie in der Form industrieller Erzeugnisse zahlen. Je mehr wir zu zahlen haben, desto höher steigt notgedrungen auch die industrielle Aktivität der alten Industrieländer, aus deren Ertrag jährlich ein absolut und relativ grösserer Anteil als Entgelt der überseeischen Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr abgezweigt werden muss. Die Schraube dreht

sich ohne Ende, und mit jeder Drehung steigt der Bedarf an Schiffsraum, dem die Aufgabe zufällt, das Hin und Her der Güterbewegung zu bewältigen.

Hinzu kommt aber noch etwas anderes: die ungeheuer schnell fortschreitende Motorisierung, die einerseits die Konsequenz des mit der industriellen Aktivität zunehmenden Wohlstands der alten Industrieländer – der steigenden Gewinne und Löhne – darstellt, andererseits aber auch im Zuge der technischen Entwicklung liegt, der namentlich die Schifffahrt zu folgen gezwungen ist. Der Weltbestand an Automobilen wuchs von 42,51 Millionen Einheiten im Jahre 1938 auf 92,75 Millionen im Jahre 1955 oder um 118,2 Prozent; die Tonnage der seegängigen Motorschiffe erhöhte sich in der gleichen Zeit von 15,233 Mill. BRT auf 34,524 Mill. BRT oder um 126,6 Prozent; dagegen verzeichnete die Dampfschifffahrt nur noch einen Tonnagezuwachs von 55,637 auf 66,045 Mill. BRT oder um 27,9 Prozent. Woraus sich ergibt, dass der Treibstoffbedarf der rohstoffarmen Industrienationen, die ja am ausgiebigsten am Fortschreiten der Motorisierung partizipiert haben, sich in weniger als zwei Jahrzehnten weit mehr als verdoppelt haben muss. Berücksichtigt man überdies, dass der Heizölverbrauch sowohl unter den Kesseln der Industrie, der Dampfschifffahrt und der Wohnungsbeheizung gewaltig gestiegen ist, so erkennt man leicht, dass riesige und Jahr für Jahr steigende Erdölmengen – roh und raffiniert – über den Ozean transportiert werden mussten, um den Bedarf der alten Welt zu befriedigen. Mit der Folge, dass nicht nur die Nachfrage nach Schiffsraum wachsen, sondern auch seine Zusammensetzung sich zugunsten der Tanker ändern musste.

Die Wirkungskette des wirtschaftlichen Geschehens – als deren Glieder wir genannt haben: wachsende Bevölkerung und wachsender Wohlstand der Welt, Steigerung der industriellen Aktivität, Verschärfung des Nachfragewettbewerbs um Nahrungsmittel und Rohstoffe, Zunahme der Menge industrieller Erzeugnisse, die als Entgelt für die absolut knappen Bodenschätze hergegeben werden müssen – endet immer wieder bei der Feststellung, dass die Verfügung über mehr oder weniger Schiffsraum für die Wohlfahrt der produzierenden und handelstreibenden Welt von entscheidender Bedeutung ist. Denn je schneller die Industrialisierung und Motorisierung fortschreitet, desto dringender wird einerseits der Bedarf an Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhren, desto zwingender aber auch die Notwendigkeit, die knappen Erträge des Bodens mit steigenden Mengen industrieller Erzeugnisse zu bezahlen. Die Schraube dreht sich, und mit jeder Windung steigt der Bedarf an Schiffsraum.

Unsere nächste Frage muss daher lauten: Wie ist der Bedarf bisher gedeckt worden, und welche Folgerungen können wir aus der Vergangenheit ziehen?

Die Antwort ist in der Tat überraschend.

Man erwartet, den Zahlen der Statistik die Bestätigung der oft gehörten Argumentation entnehmen zu können, der Welthandel sei doppelt so schnell gewachsen wie der Schiffsbestand der Welthandelsflotte. Es sei also notwendig, Schiffe, Schiffe und noch einmal Schiffe zu bauen, um der sich überstürzenden Nachfrage nach Transportraum genügen zu können. Aber die Dinge liegen nun einmal ganz anders.

Gewiss, wenn man von den Wertzahlen ausgeht, dann trifft die Behauptung zu: Der Wert der Weltausfuhr stieg von 100,0 im Jahre 1937 auf 353,4 im Jahre 1955, die Tonnage der Welthandelsflotte dagegen wuchs in der gleichen Zeit nur von 100,0 auf 154,1 und tatsächlich scheint es, dass die Kreise, die an der Beweiskraft «ihrer» Zahlen interessiert sind, sich der intellektuellen Falschmünzerei schuldig gemacht haben, die beiden inkommensurablen Grössen Wert und Raum miteinander verglichen zu haben.

Das geht natürlich nicht an. Man kann, wenn man sich überhaupt schon auf das Abenteuer des statistischen Vergleichs einlassen will, den verfügbaren Schiffsraum nur mit den Gütermengen vergleichen, die in den Welthandel eingehen.

Welthandel und Welthandelsflotte¹

	Mengen- index des Welt- handels	Entwicklung der Welthandelsflotte				Leistung der Welthandelsflotte			
		Insgesamt		davon Tankerflotte		Insgesamt		dav. Tankschiffahrt	
		1000 BRT 1937 = 100	1000 BRT 1937 = 100	1000 BRT 1937 = 100	1000 BRT 1937 = 100	Mill.t 1937 = 100	Mill.t 1937 = 100		
1937	100,0	65 271	100,0	9 957	100,0	490	100,0	105	100,0
1947	—	83 514	127,9	15 718	157,9	450	91,8	—	—
1948	97,2	—	—	—	—	490	100,0	—	—
1949	104,2	—	—	—	—	510	104,1	—	—
1950	118,1	84 583	129,6	16 866	169,4	550	112,2	225	214,3
1951	131,9	87 245	133,7	18 210	182,9	640	130,6	255	242,9
1952	130,6	90180	138,2	19 989	200,8	660	134,7	285	271,4
1953	138,9	93 352	143,0	21 964	220,6	680	138,8	295	281,0
1954	145,8	97 422	149,3	24 624	247,3	720	146,9	320	304,8
1955	156,9	100 569	154,1	26 455	265,7	820	167,3	360	342,9
1956	-	105 200	161,2	28 283 ¹	284,1	-	-	—	—

¹ Zusammengestellt bzw. errechnet nach Angaben der Statistischen Abteilung der Vereinten Nationen.

² Errechnet nach der Angabe der Londoner Tankreederei Davis & Newman, die den Bestand der Welt-tankerflotte zum 1. Januar 1957 mit 45,253 Mill. tdw (1 tdw = rd. 0,625 BRT) angibt.

Und auch dann bleibt zu bedenken, dass bloss ein Teil des internationalen Warenaustauschs die sieben Meere zu überbrücken hat, während ein nicht einmal kleiner Teil auf dem Landweg oder den Binnenwasserstrassen bewältigt wird.

Liest man unter diesem Vorbehalt unsere Zusammenstellung «Welthandel und Welthandelsflotte», so erkennt man mit einiger Überraschung, dass – gemessen am «Normalzustand» des Jahres 1937 – das Volumen der Welthandelsflotte bisher immer ausgereicht hat, das Volumen des Welthandels bequem zu bewältigen. Bis 1954 war das Wachstum des Schiffsbestandes demjenigen der in den Welthandel eingehenden Gütermengen immer um einige Punkte voraus. Das änderte sich freilich im Jahre 1955: Die Welthandelsflotte wuchs nicht mehr so schnell wie das Volumen des Welt-handels. Dennoch war die Flotte ihrer Aufgabe gewachsen, ja mehr als gewachsen: Die Reisegeschwindigkeiten konnten gesteigert, die Ent- und Belastungsvorgänge in dem Masse beschleunigt werden, dass der überseeische Gütertransport, der noch erheblich stärker als der Welthandel im ganzen gewachsen war, ohne fühlbare Schwierigkeiten ins Werk gesetzt wurde.

Was in dieser Hinsicht möglich ist, lassen die für die Tankschiffahrt ermittelten Zahlen vermuten. Zwar ist die Tankerflotte kräftig gewachsen, aber noch auffallender

ist ihre Leistungssteigerung: Drei Tanker leisten heute dasselbe, was vor dem Kriege vier Schiffe der gleichen Tonnage leisteten. Sei es, dass ihre Geschwindigkeit erhöht wurde, sei es, dass die Zeit für Laden und Löschen verkürzt werden konnte, oder sei's auch, dass die Leistungssteigerung nur eine scheinbare ist, da der Transportweg Naher Osten-Europa, der heute eine erheblich grössere Rolle spielt als vor dem Kriege, kürzer ist als der Seeweg Venezuela- bzw. Golfhäfen-Europa.

Aber wie dem auch sei, das Bild, das die Zahlen, und zwar die wirklich vergleichbaren Raum-Mengen-Zahlen, vermitteln, spricht so vernehmlich gegen die Beweiskraft, um nicht zu sagen: die Ehrlichkeit der Behauptung, der Welthandel sei «doppelt so schnell gewachsen wie die Tonnage der Welthandelsflotte», dass der logische Widersinn dieses Schlagworts nur noch mit einem Wort gestreift werden soll: «Welthandel» und «zwischenstaatlicher Gütertausch» sind Synonyme. Die Güter, die ausgetauscht worden sind, konnten auch transportiert werden. Da sie transportiert werden konnten, stand der erforderliche Transportraum zur Verfügung. Wenn aber und sofern der Bestand an Transport- bzw. Schiffsraum hinter der mengenmässigen Entwicklung des Welthandels zurückgeblieben ist, so wurde die Verknappung durch eine entsprechende Leistungssteigerung ausgeglichen. Mit Recht hat daher der Zentralverband der französischen Reeder (das «Comité central des armateurs de France») im Frühjahr 1957 darauf hingewiesen, dass das jetzige Weltbau-Programm von ca. 30 Mill. BRT bei einer Weltflotte von über 100 Mill. BRT im Falle einer weltwirtschaftlichen Krise eine Gefahr für die Schifffahrt bedeute. Er hätte sogar sagen können, dass die Indiennahme dieser 30 Mill. BRT schon dann eine Gefahr für die Schifffahrt herauf beschwören müsse, wenn das Welthandelsvolumen, ohne dass es zu einer Krise käme, künftig langsamer wachse als im zurückliegenden Jahrzehnt, und dass das Heilmittel, welches er für den Krisenfall empfiehlt – das Abwracken der überalterten Schiffe, «die in normalen Zeiten schon längst hätten ausscheiden müssen» –, je eher es angewendet werde, umso heilsamer sein könne. Vorausgesetzt natürlich, dass es gelingt, der so verjüngten Weltflotte höhere Leistungen abzugewinnen, als die überaltete Flotte hervorbrachte.

Nun, unsere Sorgen sind das nicht oder nur insoweit, als von einer weltweiten Schifffahrtskrise auch unsere Flotte als ein Bestandteil der Welthandelsflotte betroffen werden müsste. Es mag sein, dass der Beweggrund der expansionsfreudigen Haltung, die wir in weiten Schifffahrtskreisen des Auslandes antreffen, in der Bereitwilligkeit zahlreicher Regierungen – der französischen, der britischen, der US-amerikanischen u.a.m. – gegeben ist, den Schiffsbau aus staatlichen Mitteln zu subventionieren. Auch hat sich in den letzten Jahren erwiesen, dass Secondhand-Schiffe höhere Preise erzielen, als ein Reeder bezahlen muss, der ein Schiff in Auftrag gibt, doch ein, zwei Jahre warten muss, bis es fertiggestellt ist. Der Spatz in der Hand ist eben besser als die Taube auf dem Dach: Ein Schiff, das im Augenblick einer politischen Krise, wenn erfahrungsgemäss ein Run auf den einsatzbereiten Schiffsraum stattfindet, oder in

Zeiten der Hochkonjunktur verfügbar ist, hat einen höheren Wert – mag es auch ein paar Jahre auf dem Rücken haben – als der Neubau, der erst über Jahr und Tag vom Stapel läuft. Man kann es verkaufen oder verchartern; es bringt sein Geld und zahlt sich aus, wenn es monate- oder jahrelang eingemottet wird.

Aber, wie gesagt, das sind unsere Sorgen nicht.

Das Problem der deutschen Seeschifffahrt ist nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Schiffen: Am 1. Januar 1939 wurden im Deutschen Reich 3'781 Seeschiffe (von mehr als 50 cbm = rd. 17,65 BRT) mit insgesamt 4'346'000 BRT gezählt. Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums besass die Bundesrepublik am 1. Januar 1956 erst wieder 3'506 seegängige Schiffe mit 3'100'901 BRT oder 71,35 Prozent der Vorkriegstonnage.

Die von dem Hamburger Verlag Eckardt & Merstorf zusammengestellte Schiffsliste, die nur einen Teil der vom Verkehrsministerium erfassten Einheiten berücksichtigt, gibt für den 1. Januar 1957 an: 1'219 Seeschiffe mit einer Gesamttonnage von 3'200'821 BRT und 311 Fischereifahrzeuge (von mehr als 100 BRT) mit insgesamt 134'780 BRT, zusammen also 1'530 Einheiten mit 3'335'601 BRT. Man greift sicherlich nicht zu hoch, wenn man annimmt, dass sich nach den Erhebungsmethoden des Bundeswirtschaftsministeriums ein Bestand von mindestens 3,5 Mill. BRT oder von reichlich 80 Prozent der Vorkriegstonnage errechnen würde.

Das ist immer noch sehr wenig.

Aber es ist tröstlich, zu wissen, dass die westdeutschen Reeder damit rechnen, dass unsere bzw. ihre Handelsflotte im Jahre 1957 um 450'000 BRT wachsen, d.h. auf 91 Prozent des Schiffsbestandes kommen wird, der 1939 unter der deutschen Flagge fuhr. Wenn freilich das deutsche Bauprogramm abgewickelt sein wird, das schon Anfang 1957 einen Auftragsbestand von 1,5 Mill. BRT im Wert von rund 2 Milliarden DMark umfasste, werden wir mit einer Tonnage von mehr als 5 Mill. BRT vor der Frage stehen, ob das wesentlich kleinere Hinterland unserer Häfen der im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich grösseren Flotte ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten bieten kann.

Damit soll keineswegs gesagt sein, dass unsere Reeder, ähnlich wie die französischen, Grund hätten, das Heranreifen einer kritischen Situation zu fürchten. Und zwar aus einem überaus simplen Grund: Es gibt wohl keine Handelsflotte auf der Welt – ausser denen, die unter den «billigen Flaggen» der «Flags of Convenience» der «Pan-Hon-Lib-Länder» (Panama, Honduras, Liberia) fahren –, die sich eines ähnlich günstigen Altersaufbaus erfreut wie die deutsche Reedereiflotte, und es liegt in der Natur der Sache, dass der Verjüngungsprozess nun weiter fortschreiten kann: Von den 2,6 Mill. BRT der westdeutschen Reedertonnage entfielen Anfang 1956 63,6 Prozent auf die Altersklasse «bis zu 5 Jahre», 6-10jährig waren 6,5 Prozent, d.h. sieben Zehntel unseres Schiffsraumes war in den Nachkriegsjahren, der weitaus, grösste Teil im ersten Jahrfünft des Wirtschaftswunders, erbaut. Die Kriegsbauten – d.h. die 11-15jährigen – stellten nur 3,7 Prozent der Tonnage, 16-20 Jahre zählten 4,4 Prozent, 21-25

Jahre 1,5 Prozent und vor dem Jahr 1930 waren 20,3 Prozent des Schiffsraumes erbaut worden. Der Anteil der echten Veteranen, die vor dem Krieg vom Stapel gelauften waren und am Stichtag unserer Statistik mindestens 16 Jahre auf den Planken hatten, wird nun von Jahr zu Jahr zurückgehen: von 26,2 Prozent der Reedertonnage Anfang 1956 auf schätzungsweise 22 Prozent Anfang 1957, 19-20 Prozent Anfang 1958 usw. Sodass man also sagen kann: die brandneue Handelsflotte, über die wir heute verfügen, eine Flotte, die jung genug ist, um auch in kritischen Zeiten ihr Brot zu verdienen, ist eins der schönsten Geschenke des Wirtschaftswunders.

Nun leert Fortuna freilich ihr Füllhorn nicht blindlings über Gerechte und Ungerechte. Sie wählt die Glückskinder sorgfältig aus und ist, wie man von einer der ältesten Gottheiten füglich erwarten darf, klug genug, ihre Gaben in solcher Gestalt darzubieten, dass sie nicht unnötigerweise den Neid derjenigen erwecken, die nach dem ehernen Gesetz der Wirtschaft, will sagen: der Knappheit, leer ausgehen müssen.

Das Geschenk an die deutsche Schifffahrt bestand aus dem unscheinbaren § 7 d des Einkommensteuergesetzes, der 1949 geschaffen und später mehrfach geändert wurde, und aus dem «Gesetz über Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen» vom Jahre 1950. Aber ehe wir auf diese Gesetze eingehen, muss eindringlich daran erinnert werden, dass nach der Kapitulation nicht nur die deutschen Werften beschlagnahmt wurden und als eine jener Industrien, die im Sinne des Morgenthau-Plans als «überflüssig» galten, zur Demontage bereitgestellt werden mussten, sondern dass auch die deutsche Handelsflotte bis auf die kleinen und kleinsten Küsten- und Fischereifahrzeuge von den Siegern als Beute in Anspruch genommen wurde. Am 7. Mai 1945 zählte die westdeutsche Reedertonnage nur noch 94'000 BRT, Mitte 1949, ein Jahr nach der Währungsreform, verfügte die Bundesrepublik erst wieder über 300'234 BRT, während Japan, das eine nicht weniger vernichtende Niederlage als Deutschland erlitten hatte, immerhin noch 1,564 Mill. BRT besass – kurzum, Deutschland musste beim Wiederaufbau seiner Flotte am Nullpunkt beginnen. Aber das konnte nicht etwa schon gleich nach dem Waffenstillstand geschehen, sondern erst nachdem im April 1949 Klarheit in der Frage der Demontage geschaffen worden war – u.a. durften Blohm & Voss und die Zweigbetriebe Reiherstieg und Brandenburg der Deutschen Werft nicht wiederaufgebaut werden – und nachdem endlich das Petersberg-Abkommen vom 22. November 1949 den «Bau von Ozeanschiffen, ausschliesslich jener ursprünglich für Passagierverkehr bestimmten, sowie von Tankschiffen bis zu 7'200 t, Fischerbooten bis zu 650 t und Küstenschiffen bis zu 2'700 t bei nicht grösserer Durchschnittsgeschwindigkeit als 12 Knoten» wieder zugelassen hatte.

Die Beschränkungen, die der Freiheit des Schiffsbaus – einer Freiheit mit Leine und Maulkorb – hier noch gesetzt waren, wurden für die Erledigung von Exportaufträgen im Oktober 1950, für den Bau deutscher Schiffe durch das zweite Petersberg-Abkommen vom 3. April 1951 aufgehoben. Jetzt erst konnten die legislativen Geschenke an Schifffahrt und Schiffbau ihre Wirkung zur vollen Entfaltung bringen.

Der Paragraph 7 d, der durch das zweite Steuerneueordnungs-gesetz in das Einkommensteuergesetz eingefügt worden war, sieht vor, dass bei Schiffen, die nach dem 31. Dezember 1948 angeschafft oder hergestellt worden sind, neben den normalen Abschreibungen «im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in dem darauffolgenden Jahr bis zu je 15 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt werden können». Nach dieser Bestimmung, die übrigens immer noch in Kraft ist, erhielt der Reeder das Privileg, neuangeschaffte oder neuhergestellte sowie wiederhergestellte Schiffe, die durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstört worden waren, binnen zwei Jahren zur Hälfte ihres Beschaffungswertes abzuschreiben: ein Steuerprivileg, dessen Wert sich schon aus der Überlegung ergibt, dass ein 8'000-Tonnen-Frachter gut und gern seine 10,7-11,2 Mill. DMark kostet.

Dazu trat im Jahre darauf der (durch das Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer-Änderungsgesetz vom 29.4.1950 geschaffene) § 7 d, Absatz II, der die Möglichkeit bot, Zuschüsse oder unverzinsliche Darlehen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten vom Einkommen, dem sie entnommen waren, «abzusetzen», sofern diese Zuwendungen «einem Unternehmen für den von ihm bei einer Werft im Bundesgebiet oder im Lande Berlin in Auftrag gegebenen Bau oder Umbau eines zum Erwerb durch die Schifffahrt dienenden Schiffes gegeben» wurden.

Wer genug Geld verdient hatte, konnte einen oft beträchtlichen Teil seines Einkommens dank diesem Paragraphen vor dem Zugriff des Finanzamts retten. Solange sein Schuldner keine Rückzahlungen leistete, blieb der gesamte Darlehensbetrag steuerfrei. Begannen die Amortisationsbeträge zu fließen, so wurden sie als Betriebseinnahmen – notabene: nicht als Einkommen – verbucht; und da sie natürlich nur ratenweise gezahlt wurden, konnte der Kreditgeber schon aus diesem Grunde gewiss sein, mit einer erheblichen Steuerersparnis davonzukommen. Der Fall jedoch, dass ein Wildfremder einem Wildfremden einen Schiffbaukredit gewährt, war wohl verhältnismässig selten und auch aus einem Grunde nicht recht interessant. Interessant wurde die Situation erst dort, wo das kreditnehmende Unternehmen dem Buchstaben des Gesetzes nach zwar selbständig, tatsächlich aber ein Tochterunternehmen des Kreditgebers war. Professor Bühler bemerkt hierzu in seinem Kommentar zum Einkommensteuergesetz: «Die Nutzbarmachung dieser Bestimmung für grosse Unternehmungen nahm hier oft noch grössere Dimensionen als bei § 7 c (Wohnungsbauzuschüsse und -darlehen) an, da zum Beispiel eine Tankerflottille auf dem Rhein, zu deren Anschaffung mittels beherrschter Tochtergesellschaften dieser § 7 d II verhalf, in noch höherem Masse eigenen Machtzuwachs darstellen konnte als erstellte Wohnungen.

Die Hingabe war von Anerkennung der Förderungswürdigkeit seitens des Verkehrsministeriums abhängig, weil Konzentration des Schiffbaus auf gewisse Typen wünschenswert erschien und sie auf diese Weise erreicht werden konnte. So hat der § 7 d II an dem Neuaufbau der Handelsflotte – und dem Aufschwung der deutschen Werften! – auch wirklich redlichen Anteil gehabt.» Er blieb allerdings nur bis zum

31. Dezember 1954 in Kraft, weil sich am Ende vielleicht doch die Kritik an der doppelten Privilegierung der Konzerne entzündet hätte, deren Schiffahrtsgeschäft nur einen Teil ihrer vielschichtigen Unternehmenskomplexe bildeten. In dieser Frist aber hat er «redlich» dazu beigetragen, die Investition von mindestens 4 Milliarden DMark in den Wiederaufbau unserer Handelsflotte nicht nur möglich, sondern zu einem überaus lukrativen Geschäft zu machen. Eben deshalb ist es jedoch zu verstehen, dass sich heute Stimmen der Kritik erheben – nicht etwa aus den Reihen der Steuerzahler, die die Lasten der Privilegierung zu tragen hatten, sondern aus den Kreisen der Reeder, die schmerzlich unter dem Eindruck leiden, der § 7 d II sei allzufrüh abgeschafft worden. Jedenfalls wird man annehmen können, der Reeder, Fabrikant und Konsul Thomas Entz, Präsidialmitglied des Verbandes Deutscher Reeder und im Übrigen ein Mann, der geschäftlich, persönlich und gesinnungsmässig Hugo Stinnes d. J. nahesteht, habe nicht nur seine persönliche Meinung, sondern die Auffassung seiner Standesgenossen zum Ausdruck gebracht, als er im Januar 1957 in einer Vortragsreihe der Berliner Industrie- und Handelskammer daran erinnerte, dass neben Japan die Bundesrepublik das einzige Land der Welt sei, dessen Handelsflotte kleiner ist als in der Vorkriegszeit. Um daran die Feststellung zu knüpfen: Gegenüber den uninteressierten Stimmen in Bonn ... erscheine es doch sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass hier eine Investitionslücke bestehe, in der wir zurückgeblieben seien, und dazu auf einem volkswirtschaftlich so wichtigen Gebiet. Es habe keinen Zweck, nach Fehlern zu suchen, die gemacht worden seien; wahrscheinlich sei der Hauptschaden darin zu suchen, dass es diesmal an Wiederaufbauleistungen des Staates, im Gegensatz zurzeit nach dem Ersten Weltkrieg, und an einer Organisation des Wiederaufbaues gefehlt habe ... Nun, gar so streng sollte der Konsul doch nicht mit Bonn ins Gericht gehen; denn der Gesetzgeber hat es ja keineswegs bei jenem steuerlichen Doppelprivileg, das der berühmte Paragraph 7 d den Reedern gewährte, sein Bewenden finden lassen. Vielmehr hat der Bundestag – wenn wir uns recht erinnern: mit grosser Mehrheit – im Juli 1950 auch das «Gesetz über Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen» verabschiedet, das für Altreeder, die nach 1939 Schiffe verloren hatten, Wiederaufbaukredite bis zu 40 Prozent der Neubau-, Anschaffungsoder Instandsetzungskosten vorsah und auch die Neureeder nicht ganz unbedacht liess, denen Kredite bis zu 20 Prozent ihrer Neubau- oder Anschaffungskosten gewährt werden konnten. Insgesamt sind bis Ende 1954 aus steuerbegünstigten zinslosen Darlehen oder Zuschüssen, aus Wiederaufbaudarlehen der öffentlichen Hand und zinsverbilligten ECA-Mitteln Investitionsbeträge in Höhe von 3,4 Milliarden DMark auf den Wiederaufbau der westdeutschen Handelsflotte verwendet worden. Ungerechnet die selbstfinanzierte Investitionsleistung, zu der das Abschreibungsprivileg nach § 7 d I den Reedern die Handhabe bot und immer noch bietet.

Angesichts so vielfältiger Begünstigungen von Schiffbau und Schiffahrt können eigentlich nur die, die den Nutzen davon hatten, Bonn der «Uninteressiertheit» be-

zichtigen. Die anderen, die nämlich, die die Zeche zu zahlen hatten, die misera plebs der Steuerzahler und Verbraucher, werden eher der Auffassung zuneigen, das Interesse der Gesetzgeber für die christliche Schifffahrt sei wahrlich weit genug gegangen.

Doch ist es müssig darüber zu rechten, ob zuviel oder zuwenig für die Schifffahrt getan worden sei. Genug, dass sie sich wie der Phönix verjüngt aus der Asche des Bombenkrieges erhoben hat; und wenn dem Vogel nun auch noch einiges an der Spannweite fehlt, die seine Flügel vor dem Kriege besaßen, so kann man getrost erwarten, dass er noch wächst. In zwei, drei Jahren wird das Schwingenpaar mächtiger sein und sich kräftiger regen als jemals zuvor. Nicht zuletzt dank dem Umstand, dass der Krieg nur die irdischen Manifestierungen des ordnenden Geistes, doch weder die Ordnung noch den Geist zu zerstören vermochte, die im Lebensprozess der Schifffahrt walten.

Die alte Rangordnung der handel- und seefahrttreibenden Plätze hat sich nicht nur erhalten; sie hat sich nach dem Wegfall der Ostseehäfen von Stettin bis Memel noch schärfer akzentuiert: Hamburg ist, an der Tonnage gemessen, der Heimathafen für drei Fünftel, Bremen der Ankerplatz für ein Viertel der Handelsflotte geworden. Über kurz oder lang werden die beiden grossen Nordseehäfen mehr Güter umschlagen und ihre Reeder werden über mehr Schiffe mit einer grösseren Tonnage gebieten als in den besten der zwanziger und dreissiger Jahre. Das Gesetz, nach dem sie angetreten, hat nichts von seiner Kraft verloren; im Gegenteil, es bringt sich nachhaltiger zur Geltung als zuvor.

Das ist erstaunlich; doch fast noch erstaunlicher ist der Umstand, dass die alten Namen, die mit der Geschichte der Grossen Fahrt verbunden sind, alle noch leben. So wenigstens lehrt es der Augenschein. Aber hinter der Fassade der altehrwürdigen Firmen hat sich doch einiges, ja hat sich so vieles verändert, dass man dem Phönix aus der Asche wohl seine jugendlich-robuste Kraft, nicht mehr jedoch sein reinblütiges Hanseatum glauben kann. Ganz spurlos sind Krieg und Nachkriegszeit nicht über die seefahrenden Geschlechter hinweggegangen.

Die Hamburg-Amerika-Linie – die alte «Hapag» (Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Actien-Gesellschaft) – ist beispielhaft für das Schicksal des hanseatischen Reederpatriziats. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte Albert Ballin, der geniale Sohn eines jüdischen Auswandereragenten, die Hapag-Flotte, zu der die Dampfer «Imperator», «Vaterland» und «Bismarck», die grössten Schiffe der Welt, gehörten, auf den Stand von 1,36 Mill. BRT gebracht. Nach dem Versailler Frieden musste die Hapag-Flotte, die regelmässig 75 Überseelinien befahren und in 400 Häfen angelegt hatte, an die Siegermächte ausgeliefert werden.

Zwischen den beiden Weltkriegen wurde die Flotte mit dem Erfolg wiederaufgebaut, dass sie im Jahre 1939 aufs Neue über den stattlichen Bestand von 108 Seeschiffen mit 750'132 BRT verfügt, unter denen sich die grossen Passagierschiffe «Albert

Ballin», «Deutschland», «Hamburg» und «New York» von je 21'000 bis 22'000 BRT befanden. Am Tage der Kapitulation aber bestand die Hapag-Flotte nur mehr aus 23 Schiffen mit 138'722 BRT, obwohl noch während des Krieges 14 Seeschiffe mit einer Tonnage von 44'752 BRT – Frachter von relativ kleiner Abmessung – hinzugekommen waren.

Nach dem Zusammenbruch erlebte die Hapag zum zweitenmal das Schicksal der Besiegten. Die Sieger nahmen ihre Flotte zum zweitenmal in Besitz. Aber zum zweitenmal ging die Hapag an das schwere Werk des Wiederaufbaus: Im Jahre 1950 besass sie erst ein Schiff mit 2'400 BRT; am 1. Januar 1957 fuhren wieder 34 Schiffe mit einer Tonnage von 181'014 BRT unter der blau-weissen Hapag-Flagge, die in der Mitte den schwarzen Anker auf gelbem Schild zeigt. Zwölf Schiffe mit 74'750 BRT waren am gleichen Stichtag in Bau; sieben können schon 1957, fünf werden 1958 in Dienst gestellt werden.

Wem das Erreichte allzu bescheiden dünkt, möge sich vergegenwärtigen, dass, wie der Geschäftsbericht für 1955 sagte, die voraussichtlichen Anschaffungskosten für die im Berichtszeitpunkt vorhandenen vierunddreissig und die damals in Auftrag gegebenen zehn Schiffe von zusammen rd. 250'000 BRT rd. 435,5 Mill. DMark betragen werden (woraus sich errechnet, dass der Wiederaufbau der Vorkriegsflotte in der alten Grösse mindestens 1,35 Milliarden DMark kosten würde). Sie werden finanziert, heisst es sinngemäss weiter, zu 31,9 Prozent aus Eigenmitteln, zu 21,2 Prozent aus Wiederaufbaudarlehen und zu 46,9 Prozent aus langfristigen Krediten: ein Beispiel, das eindrucksvoll demonstriert, dass ungeachtet aller Beihilfen und Privilegierungen ein altes Unternehmen, das so gut wie alles verloren hatte, nicht leicht zur früheren Grösse und Bedeutung zurückkehren kann.

Man kann jedoch sicher sein, dass die Hapag ihren Weg machen wird. Zwar scheint die Romantik der grossen Passagierschiffe für alle Zeiten dahinzusein. Aber nicht nur bei der Hapag, sondern ganz allgemein; denn den 38'000 Passagierplätzen, über die die deutsche Handelsflotte 1939 verfügte, standen um die Jahreswende 1955/56 nur noch 3'885 Plätze gegenüber, von denen 2'127 (= 55 Prozent) auf Schiffe entfielen, die höchstens zwölf Passagiere befördern konnten. Die Zeit ist nüchterner geworden. Die Hapag treibt Fracht- und Tankschiffahrt – zehn ihrer vier- unddreissig Schiffe sind Tanker –, und es sind nüchterne Rechner, die das Ruder der damals grössten deutschen Fahrgastreederei führen.

Der führende Mann bei der Hapag ist heute der Hamburger Reeder Behrend Schuchmann sen., Aufsichtsratsvorsitzer und Grossaktionär der Hamburg-Amerika-Linie, von Hause aus aber das Haupt der Bugsier-, Reederei- und Bergungs-AG, deren Kapitäne die härtesten Männer und deren Eigner die schärfsten Rechner zu sein pflegen, die die Christliche Schifffahrt Deutscher Nation hervorzubringen vermag. Seitdem die Stinnes-Gruppe sich aus dem Kreis der Aktionäre zurückgezogen und Philipp Reemtsma sein Mehrheitspaket von nominell 24 Mill. DMark abgegeben hat, liegt die qualifizierte Mehrheit des Hapag-Kapitals (46,37 Mill. DMark) bei der Gruppe Schuchmann und der Deutsche-Bank-Gruppe: Behrend Schuchmann vertritt ein Pa-

ket von 15'279'200 DMark, die Bugsier-, Reederei- und Bergungs-AG einen Betrag von nominell 7'344'800 DMark, insgesamt also vereinigt die Schuchmann- Gruppe 22,624 Mill. DMark oder 48,79 Prozent des Grundkapitals auf sich; noch nicht die rechnerische Mehrheit, nach aller bisherigen Erfahrung aber die Hauptversammlungs-majorität der Hamburg-Amerika-Linie. An zweiter Stelle stehen die drei grossen Regionalbanken der Deutschen Bank mit nominell 8'893'800 DMark oder 19,18 Prozent des Grundkapitals. Die alte Warburg-Bank, Brinkmann, Wirtz & Co, hält 435'600 DMark oder 0,94 Prozent im Portefeuille. Der Rest der Hapag-Aktien, etwa 31 Prozent des Nennwerts, verteilt sich auf Kleinaktionäre.

Das Kernstück der Schuchmann-Gruppe, die in der Tat die dominierende Rolle bei der Hapag spielt, bildet die Bugsier-, Reederei- und Bergungs-AG, Hamburg (AK 2,145 Mill. DMark), als deren alleiniges Vorstandsmitglied Behrend-Janssen Schuchmann amtiert, während Behrend Schuchmann, wie bei der Hapag, das Amt des Aufsichtsratsvorsitzers versieht. Das Grundkapital liegt zu gut 99,81 Prozent bei der «Schuchmann-Gesellschaft für Bugsier- und Bergungs-Reederei, Hamburg» – Inhaber: Behrend Schuchmann, Hamburg, Hermann Schuchmann, Hamburg, und Heinrich Schuchmann, Bremerhaven –; sie ist also eine reine Familiengesellschaft, deren Bedeutung an der geringfügigen Kapitalausstattung nicht abzulesen ist. Wichtiger ist es, zu wissen, dass ihre Hamburger Tonnage 23'441 BRT, die in Bremerhaven unterhaltene Tonnage 30'443 BRT misst und dass unter den vierundzwanzig Einheiten ihrer Flotte, neben den durch die Suez-Kanal-Affäre berühmt gewordenen Hebeschiffen «Energie» und «Ausdauer», neben zahlreichen kleinen Motorschiffen und Schleppern sich auch recht respektable Frachtschiffe «Cuxhaven» (9'390 BRT), «Geestemünde» (9'393 BRT), «Friedenau» (8'435 BRT), «Birkenau» (7'526 BRT) und «Eilenau» (5'199 BRT) befinden. Zur Schuchmann-Gruppe gehören ferner die W. Schuchmann-Reederei, Bremerhaven (Inhaber: Behrend, Hermann und Heinrich Schuchmann), mit 5 Einheiten von insgesamt 16'730 BRT, die Velox Stauerei- und Hafenbetriebs-GmbH, Hamburg, der Nordische Bergungs-Verein, der allerdings nur den Dampf Schlepper «Möwe» (201 BRT) bereedert, und die Reederei-, Bugsier- und Bergungs-GmbH, Hamburg, die kein eigenes Reederei-Geschäft betreibt.

In Bremerhaven werden die Schuchmanns in andachtsvollem Ton zu den «reichsten Deutschen» gerechnet. Ob das zutrifft, ist schwer zu beurteilen, obwohl man leicht nachrechnen kann, dass allein die Flotte der Familiengesellschaften einen Substanzwert von 130 bis 140 Mill. DMark repräsentiert. Aber nicht diese, sondern die menschliche Seite der Schuchmann-Legende erwärmt die Gemüter in den Seemannskneipen und Klubhäusern zwischen Wesermünde und Geestemünde: Wenn der eine erzählt, wie die Schuchmann-Jungens nach Feierabend Ketten säubern und sortieren mussten, statt tanzen zu gehen; wenn der andere berichtet, wie sie das brennende Naphtaschiff angingen, das die Holländer schon aufgegeben hatten – Schritt für Schritt mit Schaumlöschern sich vortastend, immer gewärtig, in die Luft geblasen zu

werden, bis sie es schliesslich doch im Schlepp hatten. (Die langen Gesichter der Holländer!) Wenn der dritte dann zu berichten weiss, man habe die Jungens von einer Tanzerei geholt, in Frack und weisser Weste seien sie an Bord gekommen, hätten das Ölzeug übergezogen und seien bei Windstärke zehn hinausgefahren, wenn es ein Schiff in Seenot zu bergen galt. Und immer seien sie dabeigewesen, wo es einen Tumult gab. Immer mitten darin. Legenden, Legenden! Legenden, die die Wahrheit eindringlicher sichtbar machen als Bilanzen: Diese Schuchmanns, ein Geschlecht von harthändiger Schlagfertigkeit, robust und berechnend, rücksichtslos gegen sich und andere, hochmütig gegenüber der Gefahr und versessen darauf, Geld zu machen, diese Nachfahren von Schiffern und Strandläufern haben die Gunst der Stunde genutzt. Sie haben die grösste Spezialflotte ihrer Art aufgebaut, und man kann sicher sein, dass auch die Hapag, die sie ja praktisch in der Tasche haben, mit ihrer mittelgrossen Flotte mittelgrosser Schiffe nicht mehr nach dem welken Lorbeer der repräsentativen Passagierfahrt greifen, sondern sich klugerweise dazu verstehen wird, beweglich zu bleiben und die wechselnden Chancen der Frachtfahrt wahrzunehmen, wo immer sie sich bieten.

Ob das gleiche auch vom Norddeutschen Lloyd, der anderen der beiden grossen Reedereien gilt, die einmal den Stolz des seefahrtbegeisterten Deutschland bildeten, ist nach dem heutigen Stand der Dinge mit Sicherheit noch nicht auszumachen.

Der Lloyd hat sich in der Nachkriegszeit schwerer getan als die Hapag. Das geht allein schon daraus hervor, dass drei Viertel des Schiffsraums, der auf die siebenunddreissig grossen und mittleren Einheiten des Lloyd mit insgesamt 220'088 BRT entfällt, dem Buchstaben des Rechtes nach nicht dem Norddeutschen Lloyd gehören. Vielmehr verhält es sich so, dass die Roland Linie Schifffahrts GmbH, Bremen, deren Stammkapital von 50'000 DMark sich restlos im Besitz der Norddeutschen Kreditbank befindet, Eigentümerin von zwanzig unter der Lloyd-Flagge fahrenden Schiffen mit einer Tonnage von 92'820 BRT ist und dass der Orlanda Reederei GmbH, an der die Norddeutsche Kreditbank mit 51, die Verwaltungs- und Treuhand GmbH, Düsseldorf, mit 49 Prozent beteiligt ist, weitere zehn Lloyd-Schiffe mit 72'525 BRT gehören. Die Gründe, die die Gesellschaft seinerzeit bewogen, sich dieser eigenartigen Rechtskonstruktion zu bedienen, müssen jedenfalls sehr triftiger Art gewesen sein. Sie hingen mit dem noch lange Zeit nach dem Krieg ungeklärten internationalen Rechtsstatus der Bundesrepublik zusammen. Heute sind sie überholt, so dass der Übernahme der beiden Gesellschaften oder ihrer Schiffe in das Vermögen des Lloyd kaum noch ernsthafte Schwierigkeiten entgegenstehen. Das wird vielleicht schon die nächste Zukunft lehren. Aber auch wenn der Norddeutsche Lloyd wieder in der offiziellen Schiffsliste als Eigentümer seiner Flotte erscheint, deren siebenunddreissig grosse und mittlere Einheiten eine Tonnage von 220'088 BRT und deren sechsundzwanzig kleine Schiffe insgesamt 7'544 BRT besitzen, heisst das noch nicht, dass der Lloyd seine Sorgen los wäre. Gewiss, der Substanzwert der Flotte repräsentiert ein

Vermögen von 430-450 Mill. DMark. Dem stehen jedoch erhebliche Verpflichtungen gegenüber; keine Konzernschulden von der Art, wie sie zahlreiche Reedereien in der schönen Zeit, als noch der Absatz II des § 7d regierte, sei es bei Mutter- und Schwes-tergesellschaften, sei es bei Grossaktionären machen konnten, sondern echte, harte, klare Verbindlichkeiten, die fristgerecht verzinst und getilgt werden müssen. Aber ganz davon abgesehen, werden die leitenden Männer des Lloyd sehr bald vor der Entscheidung stehen, ob und in welcher Richtung sie ihre Flotte weiter ausbauen sollen, ob es sich empfiehlt, den grossen oder den mittleren Schiffen das Übergewicht zu geben, ob sie beim repräsentativen Prinzip der Linienfahrt bleiben können, oder ob es nicht vorteilhafter ist, dem Grundsatz der grösseren Beweglichkeit, d.h. der Tramp-fahrt, den Vorzug zu geben. Vor allem aber haben sie sich mit der Möglichkeit, um nicht zu sagen: mit der Tatsache, auseinanderzusetzen, dass der Einbruch der Schwer-industrie in den Bereich der Hochseereederei in den nächsten Jahren auf breiter Front erweitert werden wird, und die Frage zu prüfen, ob es nicht ratsam sei, gerade für sie, die für den Ruhmestitel der splendid isolation schwer zugezahlt haben, Anschluss an eine Montangruppe zu suchen. Auf so schmalem Grad gehen wenige Grossunterne-hmen der Schifffahrt der Zukunft entgegen wie der Lloyd, der sich vor die Alternative gestellt sieht, unter Anker und Schlüssel nicht nur den eigenen Besitzstand, sondern auch das Prinzip der merchant-adventurers und der hanseatischen Eigenständigkeit zu verteidigen, oder die Expansion der politisch, wirtschaftlich und organisatorisch über-legenen Montanindustrie als «historisch notwendig» zu akzeptieren. Je höher der Lloyd seine Ziele steckt, je grössere Schiffe er baut, je schneller er seine Flotte ver-mehrt, je traditionsstolzer er bei der Politik der gebundenen Linienfahrt verharret, desto wahrscheinlicher ist es, dass das stille Ringen, das schon begonnen hat, zugunsten der montanindustriellen newcomers ausgehen wird. Aber noch hat der Lloyd sich der Ent-scheidungsfreiheit nicht begeben, noch ist er reaktionsfähig, beweglich genug, um je-weils auf der Linie des geringsten Widerstandes und der grössten Gewinnchance zu operieren. Obwohl er nicht die Vorteile für sich in Anspruch nehmen konnte, die un-sere bewusst oder unbewusst konzernfreundliche Steuergesetzgebung den Konzern-reedereien nach § 7d Abs. II zuspielte, hat er doch noch die Möglichkeit, sich für eine Politik des Masshaltens zu entscheiden, die unter den gegebenen Umständen eine mittlere Flotte mittelgrosser Schiffe umso eindringlicher als das unternehmerische Optimum empfiehlt, da die deutsche Flotte in Kürze über die 4- und die 5-Millionen-Tonnen-Grenze hinauswachsen und damit rechnen müssen wird, verschärfte Wettbe-werbsbedingungen vorzufinden.

Eine solche Flotte besitzt beispielsweise die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesell-schaft «Hansa» in Bremen, an der das Vorstandsmitglied Herrn. Helms jr. mit 26 Pro-zent des Grundkapitals beteiligt ist: ihre vierundvierzig Schiffe – von denen das grös-te der 1945 erbaute, 1950 umgebaute Dampfer «Argenfels» mit 8'286 BRT ist – be-sitzen eine Gesamttonnage von 206'950 BRT und werden vornehmlich im – Linien-

dienst nach dem Roten Meer, dem Persischen Golf, West-Pakistan und Indien eingesetzt. Von den neueren Bauten überschreitet nur einer – das MS «Kybfels» mit 7'003 BRT – die 7'000-BRT-Grenze.

Welche Wiederaufbauleistung die Gesellschaft hinter sich gebracht hat, geht daraus hervor, dass ihr Schiffsbestand in der DMark-Eröffnungsbilanz mit 5,52 Mill. DMark, in der Bilanz zum 31. Dezember 1955 dagegen mit 129,70 Mill. DMark ausgewiesen wurde. Allerdings stiegen in der gleichen Zeit die Verbindlichkeiten, vornehmlich die kurzfristigen Schulden, von 1,448 Millionen auf 172,874 Millionen DMark. Das war der Preis, der für den Wiederaufbau der Flotte gezahlt werden musste. Andererseits aber ist leicht zu erkennen, dass die Bewertung des Schiffsbestandes auch unter Berücksichtigung der bisher erfolgten Abschreibungen – 41,51 Mill. DMark vom Tage der Währungsreform bis Ende 1955 – ungewöhnlich niedrig greift. Der Neubauwert der Flotte dürfte nahe bei der 400-Millionen-Grenze, ihr Secondhand-Wert eher noch darüber liegen. Jedenfalls muss das Vorhandensein stiller Reserven in bedeutender Höhe vermutet werden. Und das ist bei einem Unternehmen, das, wie der Lloyd, von den Wohltaten der steuerlichen Privilegierung weitgehend ausgeschlossen war und seinen Weg in die Zukunft ohne die Stütze suchen muss, die andere Reedereien an mächtigen Konzernfreunden finden, ja von grosser Bedeutung.

Wir können nicht wissen, wie die Gesellschaften, die nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind – die offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht –, ihr Reedereigeschäft wiederaufgebaut haben; ob sie mit denselben Sorgen zu kämpfen hatten wie die ausserhalb aller Konzernzusammenhänge stehenden Aktiengesellschaften, oder ob sie die Gunst der Wirtschaftswunderjahre behender zu nutzen verstanden als die Grossen, die sich einer ruhmreichen Tradition verpflichtet fühlen. Nur soviel ergibt der Augenschein: sie haben sich fleissig gerührt, unablässig gebaut und verfügen heute wieder über stattliche Flotten, deren Beweglichkeit ihre Rentabilität über jeden Zweifel erhebt.

Da ist in Bremen etwa die Reederei Richard Adler & Söhne mit achtundzwanzig

Richard Adler & Söhne KG

<i>Persönlich haftende Gesellschafter:</i>	Richard Adler	
	Max Friedrich Wilhelm Herbert Adler	
	Richard Claus Wilhelm Herbert Adler jr.	
<i>Kommanditisten:</i>	Gerhard Richard Petter Adler	9 288,72 DMark
	Niels Christian Adler	9 288,72 DMark
	Inge Johanne Marie Adler	9 288,72 DMark
	Gerh. Werner John Christian Adler	9 288,72 DMark

Schiffen und 40'171 BRT, deren Gesellschafter auch die Neue Bremer Schiffahrts-Gesellschaft mbH mit einem Motorschiff zu 1'118 BRT und die Adler Werft GmbH für kleine Schiffe besitzen. Da ist in Lübeck der Reeder Egon Oldendorff, unter dessen neunzehn Schiffen mit insgesamt 50'612 BRT sich freilich nur fünf Neubauten

aus der Nachkriegszeit befinden. Da ist in Hamburg die altberühmte, Ende des 18. Jahrhunderts gegründete Firma Rob. M. Slomann jr., Reeder und Schiffsmakler – Inhaber sind: John Alfred Edye, Max, Henry S. und Claus Edye sowie M. Reinicke – deren Fracht-, Kühl- und Fruchtschifflotte gegenwärtig elf Einheiten mit 26'778 RRT zählt und die als einzige Kommanditistin auch an der Mathies Reederei KG (Inhaber: fünf Mitglieder der Familie Sommer) mit acht Schiffen zu 8'911 BRT beteiligt ist. Von ähnlicher Art ist die Firma F. Laeisz in Hamburg, die aus der Segelschiffsreederei jenes legendären Ferdinand Laeisz hervorgegangen ist, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vom Buchbinderlehrling zum Hutstafferer, Huthändler, Exporteur und schliesslich zum Reeder avancierte: Auch sie und ebenso ihre Tochtergesellschaft, die Afrikanische Frucht-Compagnie Laeisz & Co, die beide in Familienbesitz verblieben sind, bereedern beinahe ausschliesslich Kühlschiffe: jene fünf Einheiten mit 12'236 BRT, diese vier Schiffe mit 11'037 BRT. Die Hamburger Firma John T. Essberger – Inhaber: John T. Essberger, L. von Rantzau und Dr. R. Stödter – besitzt eine Flotte von 13 Einheiten mit 58'939 BRT; aber das ist noch nicht alles: die Essberger-Reederei, vertreten durch John T. Essberger, Elsa Essberger und Liselotte von Rantzau, ist an der Deutsch-Afrikanischen Schiffahrts-Gesellschaft, die ihrerseits sieben Schiffe mit 34'244 BRT zählt, mit reichlich zwei Dritteln des Stammkapitals beteiligt. So dass man, um gerecht zu sein, der «Gruppe Essberger» die Verfügung über zwanzig Schiffe mit insgesamt 93'183 BRT, in Tat und Wahrheit also das Kommando, d.h., notabene, nicht das ausschliessliche Eigentum, über einen höchst produktiven Substanzwert von 170-Mill. DMark zubilligen muss.

Die seit 1893 bestehende Hamburger Firma Ernst Russ endlich mit der im Jahre 1919 gegründeten Schiffahrt- und Assekuranz Ges. E. Russ & Co – Gesellschafter hier und dort: Ernst Günther Russ, Paul L. Lorenz-Meyer und Dr. Heinrich Riensberg – bietet ein besonders eindrucksvolles Beispiel der glückhaften Fahrt, die die mittleren Unternehmen etwa seit der Währungsreform machen konnten. Sie bereedert zurzeit neunzehn Schiffe mit 55'000 BRT, von denen nur vier kleine Einheiten mit 3'966 BRT alt, aber keineswegs gebrechlich sind, und ein Schiff von 1'217 BRT, das dem Baujahr 1935 entstammt. Mit anderen Worten: 49'817 BRT oder 90,58 Prozent der Tonnage wurden in den Jahren 1949 bis 1955 erbaut, stehen also im rüstigsten Alter. Weitere 33'900 BRT, die sich auf zwei Einheiten zu je 14'750 BRT und zwei Schiffe von je 2'200 BRT verteilen, waren Anfang 1957 in Bau. So dass also unter dem roten Stern der Russ-Linie demnächst annähernd 89'000 BRT fahren und Zeugnis für die Zuversicht ihrer Reeder ablegen können.

Eine Übergangsform in der Reihe der mittleren Reedereien, deren Flotten einen Substanzwert von 50-200 Mill. DMark repräsentieren, stellen die Unternehmen der Gruppe dar, die sich um den Reeder, Kohलगrosshändler und -importeur Konsul Hendrik Fisser und seinen Bruder Dr. Carl Fisser gebildet hat. Zu dieser Gruppe, deren Glieder durch Personalunion der Eigner, Gesellschafter, Beteiligten und Geschäfts-

führer mehr oder minder eng verbunden sind, gehören: die Hendrik Fisser AG, Emden, die Fisser Schifffahrt GmbH, Emden, die Firmen Fisser & v. Doornum, Emden, und Fisser & v. Doornum, Hamburg, die Fisser Schifffahrt-Ges. mbH & Co KG, Bremen, die Hendrik Fisser Schifffahrt GmbH, Köln, die «Porta» Hamburger Reederei GmbH, Hamburg, die «Transatlanta» Schifffahrt GmbH, Hamburg, die Seereederei «Weserland» GmbH, Bremen, die Kohलगrosshandlungs-, Import-, Export- und Reedereifirma Reunert & Co GmbH, Hamburg, die «Mittelland» Kohlenhandels GmbH, Braunschweig, Hannover und Kassel, die Kunstseiden- und Perlon-Zwirnerei Böhringer & Reuss GmbH, Winterlingen/Wttbg., die aus der Kunstseidenspinnerei Böhringer & Reuss, Offenburg/Baden, hervorgegangen ist, und die Ostfriesische Torfindustrie GmbH, Emden. Insgesamt bereedert diese Gruppe, die in der glücklichen Lage war, alle Privilegien der Steuergesetzgebung auszuschöpfen, neunzehn Schiffe – weit überwiegend Nachkriegsbauten – mit 64'060 BRT. Mit welchem wirtschaftlichen Erfolg, ist natürlich nicht abzusehen. Doch kann man annehmen, dass der Konsul, der schon in den zwanziger Jahren als stellvertretender Vorsitzter des Rheinischen Braunkohlen-Syndikats amtierte und heute das Amt des ersten Vorsitzenden im Kohलगrosshändler-Verband Nordwest e.V., Bremen, bekleidet, beim Ausbau seiner wirtschaftlichen Position im Zeichen des Wirtschaftswunders eine glückliche Hand gehabt hat.

Die Fisser-Gruppe stellt, wie gesagt, eine Übergangsform dar. Die Konzerndefinition des Reichsfinanzhofs – «Ein Unternehmen, das unter einheitlicher Leitung steht und dessen Teile als autonome Einheiten aus sich selbst nicht mehr begriffen werden können, so dass zur Erklärung ihrer Stellung in der Gesamtwirtschaft eine Bezugnahme auf diesen planmässig aufgebauten Konzern notwendig ist» – trifft höchstens teilweise auf die Gruppe zu: auf jene Reedereien nämlich, die durch Personalunion der Geschäftsführung untereinander verbunden und solcherart darauf angelegt sind, ihre Entscheidungen einem grösseren Plan einzuordnen. Im ganzen aber ist der Zusammenhang der Unternehmen zu lose, als dass er der strengen Definition des Reichsfinanzhofs genügen könnte.

Anders steht es mit der «Flotte» – um dieses stolze Wort zu gebrauchen – des Persil-Konzerns. Denn hier handelt es sich in der Tat um den Bestandteil eines Grossunternehmens, dessen Glieder planmässig gesteuert werden: Die Geschäftsführer der Globus-Reederei GmbH, Hamburg – Dr. Jost Henkel, Dr. Willy Manchot und Friedrich Malitz –, sind auch Geschäftsführer der Henkel & Cie GmbH und der Persil GmbH; elf der achtundzwanzig Globus-Gesellschafter sind gleichzeitig Gesellschafter der beiden Firmen, die die Konzernspitze bilden; die restlichen siebzehn Gesellschafter der Globus-Reederei sind Angehörige, Kinder, der Henkel-Persil-Gesellschafter; die Globus-Flotte, vier in den Jahren 1952-1956 erbaute Schiffe mit 20'402 BRT, wird ebenso wie das 4'022 BRT messende Motorschiff «Muansa» (Baujahr 1954) der zum Persil-Konzern zählenden Meridian Schifffahrtsges. mbH KG von der Ersten Deutschen Walfang Ges. mbH bereedert, die bekanntermassen die Flottentra-

dition des Düsseldorfer Waschmittel-Konzerns vertritt. Der Konzernzusammenhang ist also so klar wie nur möglich. Und was die Planmässigkeit der Bewirtschaftung angeht, so erhellt sich auch daraus, dass die Globus-Schiffe vornehmlich dazu dienen, die Fettrohstoffe aus Afrika heranzuschaffen, die in den Waschmittelfabriken des Konzerns verarbeitet werden.

Nun macht der Substanzwert der nagelneuen Persil-Flotte, den man mit 40-50 Mill. DMark ansetzen kann, freilich noch keinen Betrag aus, der bei einem Konzern von der riesigen Grösse und unübersehbaren Verzweigkeit der Henkel-Gruppe schwer ins Gewicht fiele; wenngleich man gewiss sein kann, dass die Düsseldorfer Persil-Könige alle Chancen nicht nur der Abschreibung, sondern auch der steuerlich privilegierten Kredithergabe nach § 7d des Einkommensteuergesetzes wahrgenommen haben, um den Aufbau ihrer Reedereien so billig wie möglich zu finanzieren. Interessant ist vielmehr zweierlei: einmal die Tatsache überhaupt, dass die Industrie in die Front der Reederei einbricht – wie sie ja längst auch einen grossen Teil des Handels mit ihren Erzeugnissen an sich gebracht hat –; zum zweiten: dass dieser Einbruch den Konzernen ganz wesentlich dadurch erleichtert wurde, dass die Investitionskredite, die sie bis Ende 1954 ihren eigenen Firmen, in letzter Instanz also sich selbst, gewährten, das Steuerprivileg genossen, als Betriebsausgaben und, wenn sie zurückgezahlt werden – was nicht notwendigerweise geschehen muss –, als Betriebs-einnahmen behandelt zu werden.

Viel interessanter jedoch als die «Persil-Flotte» ist, um das Wort zu gebrauchen, das der Hamburger Volksmund geprägt hat, die «Backpulverflotte» Rudolf August Oetkers, in dessen Händen die Fäden eines der grossen deutschen Konzerne zusammenlaufen: Nicht etwa weil Oetker grösser als Persil wäre – die beiden Konzerne werden einander an Kapitalmacht nichts nachgeben –, sondern aus dem einfachen Grund, weil Oetker heute der grösste deutsche Reeder ist und weil er es zuwege gebracht, seine Flotte, die noch einige tausend Tonnen mehr hat als die Lloyd-Flotte, im Zeichen des Wirtschaftswunders aufzubauen.

Zur Gruppe der Oetker-Reedereien gehört zunächst einmal die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft Eggert & Amsinck, die 1871 als Aktiengesellschaft begründet worden war und im Dezember 1950 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt wurde. Persönlich haftende Gesellschafter waren John C. Eggert und Herbert G.L. Amsinck; am kommanditistischen Kapital von 4,96 Mill. DMark waren die OHG Dr. August Oetker mit 49,40 Prozent, die Vereinsbank mit 46,77, die Theodor Wille KG – die übrigens zu den Gesellschaftern von Kaiser's Kaffeesgeschäft gehört – mit 2,62 und die Firma Nottebohm & Co mit 1,21 Prozent beteiligt. So blieb es fünf Jahre lang. Ende 1955 schieden die Herren Eggert und Amsinck als persönlich haftende Gesellschafter aus; an ihre Stelle trat Rudolf August Oetker, während die OHG Dr. August Oetker sämtliche kommanditistische Einlagen übernahm, die sie zugleich auf den Betrag von 13,404 Mill. DMark erhöhte.

Die Flotte der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die

solcherart ein reinblütiges Oetker-Unternehmen geworden ist, besteht aus zwölf Schiffen mit 84'438 BRT: ein Geschwader brandneuer Schiffe; denn je eins wurde in den Jahren 1950, 1952 und 1953 erbaut; drei stammen aus dem Jahre 1951, je zwei aus dem Jahre 1954, 1955 und 1956.

Die Hamburger Reedereifirma Rud. A. Oetker, an der Rudolf August Oetker und seine Schwester Ursula Oetker geb. Oetker im gleichen Verhältnis wie an der Konzernspitze, nämlich mit 80 bzw. 20 Prozent, beteiligt sind, besitzt eine noch grössere Flotte als die «Hamburg-Süd». Ihre dreizehn Schiffe – fünf Tanker und acht Trockenfrachter – messen ca. 109'832 BRT. Die Angabe muss deshalb in vorläufigen Zahlen erfolgen, da der erst kürzlich fertiggestellte Dampfer «Berlioga» im 4. Nachtrag zum Register des «Germanischen Lloyd» mit «ca. 6'400 BRT» verzeichnet steht. Aber das ist unwichtig. Von grösserem Interesse erscheint die Tatsache, dass der Tankdampfer «Caroline Oetker», der nach seiner Fertigstellung (im Januar 1957) für zwei Jahre an die Royal Dutch Shell-Gruppe verchartert wurde, mit 22'269 BRT und einer Tragfähigkeit von 33'308 t gegenwärtig das grösste unter der Flagge der Bundesrepublik fahrende Handelsschiff ist und dass die Oetker-Reederei gegenwärtig über Tankschiffe mit einer Tragfähigkeit von ca. 103'200 t verfügt. Vor allem aber muss der Umstand unser Staunen erregen, dass die Flotte der Reederei Rudolf A. Oetker noch jünger ist als diejenige der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft: stammen doch je drei ihrer Schiffe aus den Jahren 1953 und 1955, vier aus dem Jahre 1954 und drei aus 1956. Nur zwei käuflich erworbene Schiffe haben ihre erste Jugend schon hinter sich, stehen aber immer noch im rüstigen Mannesalter. Es handelt sich einmal um den Tankdampfer «Vesthav» mit 10'339 BRT, den Oetker in Schweden kaufte und unter dem Namen «Heinrich Christian Oetker» in Dienst stellte; zum zweiten um das ehemals norwegische Tankmotorschiff «Sysla», das 1941 erbaut wurde und über 10'341 BRT verfügt, vermutlich also der gleichen Bauserie entstammt wie die «Vesthav». Der Name dieser jüngsten Neuerwerbung, «Johan Carel Oetker» zeigt übrigens, wie weit die seelische Angleichung des Bielefelder Puddingpulverfabrikanten an die Neigungen des Hanseatentums schon fortgeschritten ist.

Während, wie schon gesagt wurde, das Tankschiff «Caroline Oetker» an die britisch-niederländische Shell-Gruppe verchartert ist, fahren sechs Schiffe der Rudolf A. Oetker-Reederei – «Bonita», «Ravensberg», «Cap Blanco», «Cap Frio», «Cap Roca» und «Cap Verde» – im Dienste der Hamburg-Süd. Unter ihrer Flagge fährt auch das 4'142 BRT messende Motorschiff «Sparrenburg» (Baujahr 1951) der Chemische Fabrik Budenheim AG, Mainz, deren Aktien fast hundertprozentig in Oetker-Besitz liegen. Andererseits wird die Flotte der Reeder-Union AG, Kiel, einer reinblütigen Tochter des Oetker-Konzerns, deren drei Schiffe (aus den Baujahren 1929, 1952 und 1953) eine Tonnage von 15'325 BRT auf sich vereinigen, von der Firma Rudolf A. Oetker bereedert, in deren Diensten schliesslich noch das schwedische Motorschiff «Martita» und das 5'879 BRT messende Motorschiff «Gustav Pistor» (Baujahr 1953)

der Florida-Schiffahrts-GmbH, Hamburg, stehen, deren gesamtes Stammkapital Oetker von der Knapsack-Griesheim AG erworben hat.

Wir haben nun schon vier oder, wenn man will, fünf Oetker-Reedereien kennengelernt: die Hamburg-Süd, Rudolf A. Oetker, Florida, Reeder-Union und die Chemische Fabrik Budenheim AG. Aber das ist beileibe nicht alles. Zum Oetker-Konzern gehören mit Haut und Haaren noch die Firma Bock, Godeffroy & Co, in deren Besitz sich das gesamte Stammkapital der Deutsche Levante-Linie GmbH befindet, sowie die Hammaburg-Reederei GmbH, für die Bock, Godeffroy & Co als korrespondierender Reeder fungiert. Von den sieben Schiffen der Firma Bock, Godeffroy & Co, mit insgesamt 21'179 BRT, von denen zwei vor dem Krieg, fünf in den Jahren 1951/1953 erbaut wurden, fahren die meisten, aber nicht alle oder nicht regelmässig alle im Dienst der Deutschen Levante-Linie. Das heisst aber nicht, dass der verfügbare Schiffsraum zu gross ist; denn die Levante-Linie hat nicht nur das einzige Hamburg-Schiff, die 1953 erbaute «Damaskus» (4'524 BRT), sondern auch zwei Schiffe der Fisser-Gruppe und einen Frachter der Emdener Dampferkompagnie eingesetzt.

Jedenfalls erweist sich in allem, was man aus den Schiffslisten, dem täglich erscheinenden Verzeichnis der Schiffsbewegungen und den Auskünften über die Schiffsladungen herauslesen kann, dass Rudolf A. Oetker mit seinen acht Reedereien, die über ca. 245'400 BRT eigenen Schiffsraums im Wert von schätzungsweise 460-470 Mill. DMark gebieten, ein souveränes Spiel von faszinierender Sicherheit und verwirrender Beweglichkeit treibt. Dieser Mann, der einen komplizierten Konzern aufgebaut hat, der über vielerlei Nähr- und Nahrungsmittelfabriken, chemische, Papier-, Maschinen- und Textilfabriken, Reedereien, Banken, Brauereien, Textil- und Kunsthandlungen, Verlags- und landwirtschaftliche Unternehmen, Hotels u.a.m. gebietet, scheint sein finanzielles und betriebswirtschaftliches Virtuosenstum auch im Bereich der Hochseereederei zu bewähren. Wahrscheinlich weil sein Gemütsleben sich folgerichtig und höchst diszipliniert darauf beschränkt, alle Kräfte des Geistes und der Seele in den Dienst der Begabung zu stellen, was ihm auch immer begegnet, Menschen, Dinge, politische und wirtschaftliche Vorgänge, in kalkulatorische Positionen umzurechnen, sie bar aller Qualitäten nur noch als quantitativ vergleichbare, beliebige auswechselbare Rechnungsposten zu sehen.

Die Fähigkeit, in vertretbaren Grössen zu denken, ist altes Geisteserbe im Hause Oetker. Man sagt von der Börse, sie handle mit vertretbaren Gütern; denn eine Tonne Weizen, Mais, Kaffee oder Tee sei so gut wie die andere, die eine könne an die Stelle der anderen treten, sie sei eben «vertretbar». Aber das gilt doch nur in gewissen Grenzen, die durch die Vielfalt der Sorten gezogen sind. Bei Oetker dagegen war ein Päckchen Puddingpulver oder Backpulver von jeher genau von der gleichen Beschaffenheit wie die Milliarden anderen Päckchen, mit denen die Firma die Welt beschenkt hat. Hier herrschte und herrscht das Prinzip der Vertretbarkeit uneingeschränkt; dergestalt, dass jedes Päckchen nur noch als eine kalkulatorische Rechnungseinheit da-

steht, mit jedem anderen vergleichbar wie ein Pfennig mit dem anderen: ein qualitativ unterschiedsloses Massenerzeugnis für den Massenbedarf, der es verlernt hat, qualitative Unterschiede zu erkennen oder nur zu erwarten, bis auf den einen: den Unterschied der Kochfertigkeit, die Differenzierung nach dem Gesichtspunkt, ob die Speise in kürzerer oder längerer Zeit zubereitet werden kann.

Das Prinzip der Vertretbarkeit, abgewandelt zur Geschäftspolitik des kalkulatorischen Opportunismus, ist wahrscheinlich auch das Geheimnis des Erfolgs, den Oetker als Reeder erzielt hat. Jedes Schiff kann, wie die Gelegenheit es will oder opportun erscheinen lässt, unter jeder der verschiedenen Konzernflaggen fahren. Heute hier, morgen dort. Es kann an eine fremde Reederei verchartert werden, und von fremden Reedern werden Schiffe für die Fahrt im Verband der Oetker-Reedereien gechartert. Mann und Schiff sind vertretbar, sofern sie nur die Qualität haben, Ladungen von A nach B zu befördern. Keine Tradition; kein falscher Stolz, die grösste deutsche Flotte zu bereedern – denn Oetker verfügt ja über mehrere Hausflotten mittlerer Grösse –, kein Ehrgeiz, mit luxuriösen, schnellen und grossen Fahrgastschiffen die Leistungsfähigkeit der deutschen Schifffahrt zu repräsentieren, stellen sich der kalkulatorisch ermittelten Entscheidung in den Weg. Die Romantik Ballins ist überholt. Man will verdienen, nichts als verdienen. Und verdienen kann nur, wer sich darauf versteht, zu rechnen und Risiken zu vermeiden.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn ein Mann wie Rudolf A. Oetker die grossen Chancen übersehen hätte, die die Gesetzgebung den Wiederaufbaufreudigen Reedern, in viel höherem Masse aber noch den Konzernen, die sich bereit fanden, ins Reedereigeschäft einzusteigen, in der Form von Steuerprivilegien darbot. Er hat sie genutzt wie kein anderer, und man kann sicher sein, dass die Annalen der deutschen Schifffahrt noch viel mehr über ihn berichten werden, als man nach dem ersten Jahrzehnt des Wirtschaftswunders über ihn nachlesen kann. Heute schon ist ein Vermögen von schätzungsweise 450 Mill. DMark in den Reedereien des Oetker-Konzerns investiert; es ist nicht einzusehen, warum es dabei bleiben sollte, selbst wenn – wie es nun freilich zu erwarten steht – die Konjunktur der Weltschifffahrt nicht hält, was sie so lange zu versprechen schien.

Anders als Oetker haben einige Montankonzerne schon frühzeitig eine gewisse Tradition im Reedereigeschäft begründet. Namentlich gilt das von dem Stifter des grössten deutschen Montantrusts, der auch den Grundstein zu den Vereinigten Stahlwerken gelegt hatte, ohne jedoch ihre Errichtung zu erleben: für Hugo Stinnes den Älteren.

Um seine riesigen Kriegsgewinne anzulegen, gründete der «Kaufmann aus Mülheim», wie er sich Zeit seines Lebens nannte, noch während des Ersten Weltkriegs die später vielgenannte heiss umstrittene «Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Überseehandel», als deren Zweck er ins Handelsregister eintragen liess: «Seeschifffahrt jeder Art, einschliesslich der Herstellung aller der dazu dienenden Betriebsmittel im In- und Auslande, Handel mit allen Erzeugnissen des Bergbaus, der

Hüttenindustrie, der chemischen und elektrischen Industrie, der Landwirtschaft sowie Handel mit Waren, Fertigfabrikaten, Halbfabrikaten und Rohprodukten aller Art, insbesondere mit Lebens- und Futtermitteln, mineralischen, tierischen und pflanzlichen Ölen, Baumwolle und sonstigen Textilrohstoffen, Häuten, Jute, Holz, Zellulose, Papier und allen Erzeugnissen der weiterverarbeitenden Industrie, ferner der Umschlag und die Lagerung solcher Erzeugnisse, insbesondere soweit sie aus dem Ausland kommen oder ins Ausland gehen. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, die Herstellung, Gewinnung und Verarbeitung von Waren, Fertigfabrikaten, Halbfabrikaten und Rohprodukten aller Art in eigenen Betrieben vorzunehmen.» Welchen Zwecken sie dann wirklich oder vornehmlich diene, ob der Schifffahrt oder dem Handel, dem Umschlag, der Lagerung oder der Erzeugung der vielerlei Waren, die in der Definition genannt wurden, oder – wie in den Reichstagsdebatten der Jahre 1922 und 1923 oft behauptet wurde – der mehr oder minder legalen, um nicht zu sagen: illegalen, Devisenbeschaffung, kann heute dahingestellt bleiben. Jedenfalls bekundete Stinnes ein grosses und weit vorausblickendes Schifffahrtsinteresse. Davon zeugt nicht nur die Errichtung der Stinnes-Reederei im Rahmen seines Hauskonzerns; er beteiligte sich auch an der Woermann- und der Deutsch-Ostafrika-Linie, an der Hapag, in deren Aufsichtsrat er gewählt wurde, und am Norddeutschen Lloyd, wo er trotz inständigen Bemühens nicht in den Aufsichtsrat aufgenommen wurde.

Erstaunlicherweise hat gerade dieser Teil seines Lebenswerks sich in den Händen der Erben behaupten, ja sogar mehren können; nicht nur bei der amerikanischen Stinnes-Gruppe, sondern auch bei den Gesellschaften, die der Familie verblieben sind.

Am stärksten sind die Schifffahrtsinteressen des Hauses Stinnes heute in der Person Hugo Stinnes d. J. vertreten, der schon, als der Vater noch lebte, dem grossen, vielgestaltigen und manchmal recht problematischen Reedereigeschäft vorgestanden hatte. Die Hugo Stinnes Industrie und Handel GmbH, Bremen, deren Stammkapital (von 1,144 Mill. DMark) sich zu 80,77 Prozent im Besitz der Stinnes-Gattin Birte geb. Jensen und zu 6,99 Prozent in der Hand Hugo Stinnes d. J. befindet, während der Rest sich auf die fünf Kinder Hugo Stinnes' aus erster und zweiter Ehe verteilt, besitzt drei Schiffe der Baujahre 1924, 1953 und 1955 mit insgesamt 12'890 BRT. Sie werden von ihrer Tochtergesellschaft, der Hugo Stinnes Transozean Schifffahrt GmbH, Mülheim/Ruhr, bereedert, die ihrerseits über acht Schiffe mit 42'620 BRT verfügt. Von diesen acht Einheiten ist nur das 9'500 BRT messende Tankschiff «Hugo Stinnes» nach dem Krieg – im Jahre 1956 – erbaut; zwei Schiffe stammen noch aus dem Jahre 1914, drei aus 1921, je eins aus den Jahren 1923 und 1924 und eins aus 1930. Der Tanker «Transpazifik Hugo Stinnes» (12'151 BRT), der noch im Register 1957 des Germanischen Lloyd als Schiff der Hugo Stinnes Transozean GmbH geführt wird, ist offenbar ins Ausland verkauft worden. Dagegen befindet sich ein Tankschiff von gleichem Typ und gleicher Grösse wie die «Hugo Stinnes» unter der Baunummer 292 bei den Nordseewerken Bremen in Bau, so dass sich die Tonnage der Hugo-Stinnes-Flotte

demnächst von 55'510 auf 65'010 BRT erhöhen wird.

Mindestens mittelbar ist aber der Kreis der von Hugo Stinnes vertretenen Schiffahrtsinteressen weitergezogen. Denn erstens teilen die Brüder Hugo und Otto Stinnes bzw. ihre Firmen, die Hugo Stinnes Verwaltung GmbH und die Firma Otto Stinnes & Co, sich in das Stammkapital der «Brenntag» Brennstoff-, Chemikalien- und Transport-GmbH, Duisburg, die in Hamburg fünf Schiffe (der Baujahre 1915, 1919, 1924, 1928 und 1952) mit zusammen 25'655 BRT bereedert. Zum zweiten ist er, wenn auch nur in bescheidenem Ausmass, neben Otto Stinnes, Nora Hermann und der Hugo Stinnes OHG, an der «Brenntag» Brennstoff-, Chemikalien- und Transport AG, Mülheim/Ruhr, beteiligt, unter deren Flagge drei in den Jahren 1953, 1954 und 1956 erbaute Schiffe mit 14'449 BRT fahren.

Die Hamburger Zweigniederlassung der Hugo Stinnes OHG, an der nach dem Ausscheiden Hugo Stinnes d. J. nur mehr Cläre Stinnes, die Witwe des legendären «Kaufmanns aus Mülheim», und ihr Sohn Otto beteiligt sind, bereedert vier kleine, aber neue Schiffe (1942, 1950, 1952 und 1953) mit insgesamt 12'844 BRT; die Firma Otto Stinnes & Co ist Korrespondentreeeder für Parteenreederei des 1956 erbauten Motorschiffs «Westfalen» (8'944 BRT); und schliesslich besteht seit 1956 noch die «Schiffs- und Industriebeteiligungen GmbH», Düsseldorf, an deren Stammkapital (50'000 DMark) Otto Stinnes mit 48, seine Mutter mit 4 und zwei andere Familienmitglieder mit je 24 Prozent beteiligt sind. Alles in allem werden von den Gesellschaften der Familie Stinnes 121'573 BRT bereedert; wobei zu berücksichtigen ist, dass zwei Schiffe mit 3'671 BRT auf die Atlanta-Schiffahrts-GmbH, Berlin, entfallen, für die die Hamburger Zweigniederlassung der Hugo Stinnes OHG als Korrespondentreeeder fungiert. Stellt man in Rechnung, dass der Zeitwert dieser Flotte eher über als unter der 200-Mill.-DMark-Grenze liegt, so muss man den Erben des grossen Stinnes, namentlich seinem gleichnamigen Sohn, der das Wirtschafts-Schicksal der Familie aufs Nachhaltigste bestimmt hat, doch das Verdienst zubilligen, dass sie gut über die Runden – Krise, Krieg und Zusammenbruch – gekommen sind, die für zahllose andere Tod und Elend bedeuteten.

Wesentlich weniger als die Stinnes-Familie hat der amerikanische Konzern aus der Hinterlassenschaft des 1924 verstorbenen Hugo Stinnes herübergerettet: Die Hugo Stinnes Reederei AG besitzt nur noch zwei bejahrte Schiffe, die Dampfer «Rhein» und «Ruhr», mit zusammen 6'320 BRT. Die Poseidon Schiffahrt GmbH, die restlos der Hugo Stinnes GmbH, also den Amerikanern, gehört, bereedert eine buntgemischte Flotte von elf Schiffen mit insgesamt 58'637 BRT, von denen sechs in den Jahren 1911-1939, fünf im Zeitraum 1950-1954 erbaut worden sind. Rechnet man den 1957 fertiggestellten Dampfer «Hohenbüchen» (499 BRT) hinzu, so errechnet sich für die amerikanische Stinnes-Gruppe eine seegängige Tonnage von 45'456 BRT.

Doch um die Liste der mit der Schwerindustrie verbundenen Reedereien fortzusetzen: Für die Oldenburg-Portugiesische Dampfschiff-Reederei Kusen, Heitmann &

Cie, Hamburg – einziger Kommanditist: die Franz Haniel & Cie GmbH, Duisburg, die zu dem riesigen Komplex der Haniel-Interessen rechnet, der von Rheinpreussen bis zum Konzern der Gutehoffnungshütte reicht – für die Oldenburg-Portugiesische also fahren 12 Schiffe mit 35'516 BRT, von denen nur zwei aus der Vorkriegszeit (1929 bzw. 1937) stammen.

Die Hedwigshütte Kohlen- und Kokswerke AG, Hamburg, deren Aktien zum grössten Teil der zum Konzern der Gelsenkirchener Bergwerks AG gehörenden Raab-Karcher GmbH, Karlsruhe, der montanindustriell stark interessierten Schering AG, Berlin (Concordia Bergbau AG), und der Kohlengrosshandlung Caesar Wollheim, München, gehören, bereedert einen 1945 erbauten Dampfer und zwei Motorschiffe (Baujahr 1910 bzw. 1955) von insgesamt 12'105 BRT. Ein Motorschiff von 15'700 tdw Tragkraft – entsprechend etwa 10'000 BRT – ist für die Hedwigshütte bei der Stülcken-Werft in Bau. Die Eisen- und Metall KG Lehr & Co, Gelsenkirchen-Kommanditisten: Mannesmann, Hoesch (über die Industrierwerte AG) und Rheinmetall-Borsig –, betreibt keine Hochseereederei. Ihre vierzehn Schiffe mit 5'043 BRT, unter denen sich keine Nachkriegsbauten, wohl aber Veteranen aus den Jahren 1897, 1901, 1907 und 1909 befinden, sind Schlepper, Leichter, Schwimmkräne, Bergungsdampfer u.a.m.

Auch die Reederei der Metall AG, des führenden Konzerns der deutschen Metallindustrie, die Unterweser AG, Bremen, besitzt eine stattliche Schlepperflotte. Sie zählt vierzehn Einheiten mit 1'426 BRT und wird ständig weiter ausgebaut. Das Schergewicht liegt aber doch bei der Hochseeflotte mit acht Schiffen und 38'299 BRT. Der Schiffsbestand ist allerdings nicht so nagelneu wie, sagen wir einmal, bei Oetker: Je ein Schiff entstammt noch den Jahren 1922 und 1928, drei wurden 1942 erbaut, zwei konnten 1955 und eins 1955 fertiggestellt werden. Immerhin aber vereinigen die drei Nachkriegsbauten mit 22'955 BRT drei Fünftel des Grossschiffsraums der Unterweser AG auf sich, so dass man der Metallgesellschaft doch auch zubilligen muss, sie habe sich darauf verstanden, vom Goldregen aus dem Füllhorn des Wirtschaftswunders einige Tropfen abzubekommen.

Die Seereederei «Frigga» AG, Hamburg, unterhält enge Beziehungen zum nördlichen Götterhimmel, zum Ruhrkohlenbergbau und zur August Thyssen-Hütte. Ihre Schiffe heissen «Thor», «Baldur», «Odin», «Hödur», «Frigga» usw. Ihre Aktionäre sind die Rohstoffhandel Düsseldorf GmbH & Co KG, deren verzwickte Konstruktion

Rohstoffhandel GmbH & Co KG, Düsseldorf,

Persönlich haftende Gesellschafter der KG: Rohstoffhandel GmbH, Düsseldorf

Kommanditist: Dr. August Theodor Wuppermann, Fabrikant in Leverkusen-Schlebusch Einlage: 2 550'000 DMark

Rohstoffhandel GmbH, Düsseldorf

Kapital: 250'000 DMark

1 110'000 DMark Westfalenbank

2 70'000 DMark Direktor Paul Berrang, Düsseldorf

3 70'000 DMark Direktor Karl Thomasik, Düsseldorf

Geschäftsführer: Karl Thomasik

stellv. Geschäftsführer: Hermann Lüttgen

allein schon die montanindustrielle Herkunft verraten würde, mit 42,5 Prozent, die Westfälische Transport AG, Dortmund, und die Frachtcontor GmbH, Hamburg, bei der die Westfälische Transport AG und die Montana Verwaltungsgesellschaft mbH, Essen, die knappe Zweidrittelmehrheit besitzen, mit je 25 Prozent und die Hoesch Werke AG mit 7,5 Prozent. Was die August Thyssen-Hütte angeht, so fungiert sie als deren korrespondierender Reeder für den 1945 erbauten Dampfer «August Thyssen» (7'124 BRT). Von den neuen Schiffen mit 47'144 BRT, die unter der Friggaflagge fahren, sind fünf mit 30'375 BRT oder zwei Drittel der gesamten Tonnage Nachkriegsbauten der Jahre 1951-1955. Ein Motorschiff («Vale») mit 14'750 t dw lief Ende Mai 1957 bei den Nordseewerken Emden für die Frigga-Reederei vom Stapel. Weitere sieben Schiffe – darunter vier Bulk-Carrier mit je 16'600 t dw und zwei offene/geschlossene Shelterdecker mit 10'550/12'900 t dw – sind bei der gleichen Werft in Bau oder in Auftrag gegeben. So dass die Frigga, wenn ihr Bauprogramm abgewickelt ist, einen Zuwachs von 75'000 bis 85'000 BRT zu verzeichnen haben dürfte. Kurzum, die Wikingerflotte des Ruhrkohlenbergbaus kann sich schon sehen lassen.

Die Flotten, die bisher schon im Dienste westdeutscher Montankonzerne (einschliesslich der Stinnes-Familie) fuhren, haben mit ihren knapp 320'000 BRT und einer Tragkraft von rd. 450'000 t dw die auf sich selbst gestellten Reeder bisher nicht beunruhigt.

Das hat sich jedoch gründlich geändert, seitdem die Schwerindustrie begonnen hat, mit dem Bau grosser Schiffe für den Massenguttransport – Erz, Kohle, Öl – eine Bresche in die Front der Schifffahrt zu schlagen. Die Anfänge freilich scheinen nicht besorgniserregend: Die zum Haniel-Komplex gehörende Hüttenwerk Oberhausen AG lässt in Holland zwei Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 12'500 bzw. 15'000 t bauen, die auch in Holland bereedert werden sollen. Die Rhestahl-Union AG, Düsseldorf, die Verarbeitungsholding der Rheinischen Stahlwerke, hat bei ihrer eigenen Werft, der Nordseewerke Emden GmbH, zwei Bulk-Carrier mit je 15'000 t dw in Auftrag gegeben. Für die Phoenix-Rheinrohr AG ist im März 1957 auf der Werft der ihr nahestehenden Blohm & Voss AG als erstes Schiff einer Serie von vier – anderen Meldungen zufolge von sechs – Einheiten der Motorfrachter «Amelie Thyssen» mit einer Tragfähigkeit von 15'450 t vom Stapel gelaufen. Zwei Bulk-Carrier von je 25'000 t dw wurden unter den Baunummern 805/806 im Mai 1957 bei Blohm & Voss in Auftrag gegeben. Die Klöckner-Werke AG hat ihre Absicht bekundet, sich eine eigene Flotte zuzulegen. Die August Thyssen-Hütte, die ja schon ein Schiff besitzt, das von der Seereederei Frigga bereedert wird, soll dem Vernehmen nach gleichfalls gewillt sein, dem Zuge der Zeit zu folgen. Krupp, dessen Interesse an der Schifffahrt sich bisher in Reederei-Beteiligungen erschöpfte – er ist über die AG Weser beispielsweise an der Atlas-Levante-Linie mit 16,7 Prozent und mit einem kleinen Betrag auch am Norddeutschen Lloyd beteiligt –, soll dem Gedanken an eine eigene Flotte keineswegs ablehnend gegenüberstehen.

Das alles freilich ist noch ganz ungefährlich; aber ehe man sich's versieht, so argumentieren die hanseatischen Reeder, sind die ersten paar hunderttausend Tonnen erreicht und zu dem Ärger der Christlichen Seefahrt über die billigen Flaggen und die diskriminierenden Massnahmen der jungen Nationen mit ihren irrsinnig überhöhten Hafen- und Konsulatsgebühren kommt dann noch die Sorge, wie der «kleine Mann» den Wettbewerb mit den kapitalstarken Konzernflotten bestehen soll. Kann er erwarten, dass die Banken ihm Kredit geben, wenn die Lage sich für ihn zuspitzen sollte? Die Banken wissen schliesslich auch, dass die Schwerindustrie ihre eigenen Werften hat und bald noch mehr haben wird als heute; denn demnächst wird ja auch Howaldt vom Sog der Privatisierung erfasst werden. Die Industrie kann billiger zu Schiffsraum kommen als der unabhängige Reeder. Was denn nun aber, wenn's einmal kritisch wird. Werden die Konzernreedereien so delikats sein, sich auf die Verladung von Kohle und Erz für den Hausbedarf zu beschränken? Werden sie nicht auch andere Fracht fahren? Vor allem aber: werden die Werften, die heute mehr als die Hälfte ihrer Erzeugung exportieren, notabene: die Werften, die zum grossen Teil der Montanindustrie gehören, ihr nahestehen oder von ihr abhängig sind, aufhören zu bauen, wenn die Nachfrage des Auslands einmal nachlässt? Oder ist nicht eher zu erwarten, dass sie, denen die nicht nur in Deutschland, sondern die im Ausland vielleicht noch freigiebiger geübte Subventionierung der Schifffahrt zu einem gewaltigen Ausbau ihrer Kapazität verholpen hat, für ihre kapitalstarken Muttergesellschaften veritable Handelsflotten bauen werden, die die unabhängigen Reeder in Grund und Boden konkurrieren können, nachdem, auch das ist zu bedenken, die deutsche Industrie das Ausland nicht nur mit Schiffen, sondern selbst mit eigenen Schiffbauanlagen, See- und Flusswerften, ausgestattet hat?

Noch ist die Situation nicht kritisch, wenngleich die Frachtraten im Frühjahr 1957 fühlbar gesunken sind. Dennoch machen die auf weite Sicht disponierenden Reeder sich schwere Gedanken, und nicht zuletzt gründen sich ihre Sorgen auf die im Treibhausklima des Wirtschaftswunders erstarkte und weiterwuchernde Leistungsfähigkeit der deutschen Werften, unter denen diejenigen, die der Schwerindustrie nahestehen, als besonders leistungsfähig bekannt sind.

Wie steht es nun also mit unserem Schiffbau? Hat er seine Erzeugungskapazität tatsächlich in einem solchen Masse erweitert, dass sich Gedankengänge von der Art, wie sie angedeutet wurden, objektiv rechtfertigen lassen? Haben wir Anlass, Gefahren zu fürchten, die von einer Überexpansion der Werftindustrie ihren Ausgang nehmen könnten?

Nun, wenn man die jüngsten Produktionszahlen des westdeutschen Schiffbaus mit den Vorkriegszahlen vergleicht, die damals jedoch für das «Reichsgebiet» mit seinen grossen Ostseewerften in Schichau, Danzig, Stettin usw. galten, dann schlägt es einem zuerst doch den Atem: Im Hochkonjunkturjahr 1928 liefen insgesamt 299'200 BRT auf allen reichsdeutschen Werften vom Stapel, weniger also als 1951 auf den

Werften der Bundesrepublik. In den Jahren des nationalsozialistischen Wirtschaftsaufschwungs, als schon die als KdF-Schiffe getarnten Truppentransporter für den Kriegsfall gebaut und Jahr für Jahr mehr als die Hälfte des Schiffsraums im Dienst der Devisenbeschaffung exportiert wurde, erreichten die Stapelläufe im Zeitraum 1957-1939 insgesamt 400'000 BRT, 490'000 BRT bzw. 392'500 BRT. Das heisst: in der Vorkriegszeit bauten alle reichsdeutschen Werften in den beiden besten Jahren weniger Schiffe als auf den Werften der Bundesrepublik in jedem einzelnen der Jahre 1954-1956 vom Stapel liefen; denn 1954 wurden in Westdeutschland 956'300 BRT, 1955 und 1956 aber 926'900 bzw. 988'000 BRT fertiggestellt.

Handelsschiffbau' in Deutschland, und der Welt (in 1000 BRT)

	1938	1951	1952	1953	1954	1955	1956 ^s
Bundesrepublik	(490,0)	318,4	520,0	818,4	956,3	926,9	988,0*
Grossbritannien	1 026,0	1 341,0	1 503,0	1 316,0	1 410,0	1 468,0	1 385,0
Schweden	166,0	404,0	454,0	478,4	534,8	524,5	489,0
Niederlande	239,8	216,9	295,9	336,8	403,9	396,6	449,0
Frankreich	47,3	222,6	212,7	232,0	268,3	325,2	299,0
Italien	93,5	112,3	132,0	260,0	161,7	167,0	558,0
Vereinigte Staaten	160,0	160,0	468,0	528,0	475,0	71,0	169,0
Japan	442,0	434,4	608,8	556,8	413,8	847,0	1 746,0
Welt	2 976,0	3 643,0	4 396,0	5 076,0	5 235,0	5 330,0	6 670,0

Prozentanteile am Weltschiff-

<i>Bundesrepublik</i>	<i>(16,1)²</i>	<i>8,7</i>	<i>11,8</i>	<i>16,1</i>	<i>18,3</i>	<i>17,4</i>	<i>14,8</i>
<i>Grossbritannien</i>	<i>34,1</i>	<i>36,8</i>	<i>29,6</i>	<i>21,9</i>	<i>26,9</i>	<i>27,1</i>	<i>20,7</i>
<i>Schweden</i>	<i>1,6</i>	<i>11,1</i>	<i>10,3</i>	<i>9,4</i>	<i>10,4</i>	<i>9,8</i>	<i>7,3</i>
<i>Japan</i>	<i>14,9</i>	<i>11,9</i>	<i>13,8</i>	<i>11,0</i>	<i>7,9</i>	<i>11,9</i>	<i>26,2</i>

¹ Vom Stapel gelaufen. Handelsschiffe von 100 BRT und mehr.

² Deutsches Reich.

⁵ Vorläufige Zahlen nach *Lloyds Register*.

* *Wirtschafts-Correspondent* 1957, Nr. 18.

Das Erstaunen, ja man kann sagen: das leichte Erschrecken, mildert sich aber, wenn man den deutschen Schiffbau im Rahmen der Entwicklung sieht, den der Weltschiffbau nach dem Kriege genommen hat. Die Leistung der deutschen Werftindustrie hat sich – Reichsgebiet gleich Bundesgebiet gesetzt – gegenüber dem besten Vorkriegsjahr zwar mehr als verdoppelt; aber auch das Ergebnis des Weltschiffbaus war 1955 um 79, 1956 dank der Vervierfachung der japanischen Vorkriegsleistung sogar um 124 Prozent grösser als 1938. Die unerhörte Produktionssteigerung der westdeutschen Werften ist also kein isoliertes Phänomen, keine Erscheinung sui generis; sie erklärt sich vielmehr daraus, dass Deutschland am internationalen Trend der Erneuerung und Erweiterung der Welthandelsflotte partizipiert.

Aber die Bezugnahme auf die weltwirtschaftlichen Kräfte und Vorgänge vermag das deutsche Wirtschaftswunder, soweit es sich im Bereich des Schiffbaus materialisierte,

siert hat, doch nur teilweise und keineswegs zufriedenstellend zu erklären. Immerhin, wir haben die grossen, modernen und überaus leistungsfähigen Ostseewerften von Stettin bis Memel verloren; «die Zone» hat auch die mitteldeutschen Elbwerften verinnahmt, die heute, da Hamburger Reeder wieder bei ihnen bauen lassen, viel von sich reden machen. Und nicht nur das: Die der Bundesrepublik verbliebenen Werften waren furchtbar zerstört, wurden dann noch demontiert und waren jahrelang durch einengende Bestimmungen behindert, deren Beachtung von den Besatzungsmächten erbarmungslos erzwungen wurde.

Der westdeutsche Schiffbau fing, wie kaum eine andere Industrie, nach dem Krieg beim Nullpunkt an.

Reparaturarbeiten für alliierte Rechnung, Bau kleinster Fischerei- und Küstenfahrzeuge: damit begann es. Das erste grössere Schiff der deutschen Handelsflotte, das in der Nachkriegszeit von einer deutschen Werft erbaut wurde, ist der Dampfer «Rotenfels», früher «Mariposa», mit 8'468 BRT. Er wurde 1947 auf der Werft der Lübecker Flender-Werke AG fertiggestellt, aber nicht für deutsche, sondern für fremde Rechnung, und erst später von der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft «Hansa» erworben. Ebenso verhielt es sich mit dem 1948 bei der Lübecker Flender-Werke AG erbauten Dampfer «Ganges», der früheren «Maribella», von 8'376 BRT: Auch dieses Schiff, das heute von F. A. Detjen bereedert wird, kam erst auf Umwegen in deutschen Besitz.

Die Lage fing erst im Jahre 1950 an, sich zu normalisieren, als nach (unvollständigen) Angaben der UNO rd. 155'000 BRT auf westdeutschen Werften erbaut wurden. Die grössten Schiffe, die in jenen ersten Jahren des deutschen Flottenwunders für deutsche Reeder vom Stapel liefen, waren: bei der Deutschen Werft die drei je 3'600 BRT messenden Motorschiffe «Las Palmas», «Tanger» und Tenerife» für die ihr nahestehende – d.h. gleichfalls zur Haniel-Gruppe gehörende – Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffs-Reederei; beim Bremer Vulkan der Dampfer «Antares» (2'696 BRT) für die Argo Reederei; bei den Nordseewerken Emden das Motorschiff «Irmingard» (jetzt «Transquebec») mit 3'419 BRT, das an die Poseidon Schiffahrt GmbH geliefert wurde. Über diese Grössenordnung ging keine der grossen deutschen Werften hinaus. 1951 aber baute die Deutsche Werft schon einen Siebentausendtonner für Leonhard & Blumberger. Die Nordseewerke Emden lieferten vier Sechstausender für die Seereederei «Frigga», Jobs. Fritzen & Sohn, Bernhard Schulte und die Fisser-Schiffahrt GmbH. Die Howaldswerke Hamburg konnten in diesem Jahr, das mit insgesamt 318'400 BRT schon wieder in die Nähe der Vorkriegsleistung der gesamtdeutschen Werftindustrie kam, drei Siebentausender («Santa Catarina», «Santa Elena», «Santa Isabel») für die Hamburg-Südamerikanische und zwei Fünftausender («Odenwald» und «Spreewald») für die Hamburg-Amerika-Linie fertigstellen. Kurzum, die Wohltaten der Steuerprivilegien, die den Reedern zugehört waren, kamen nun auch den Werften zugute: Ihre Auftragsbücher füllten sich, ihre Leistungsfähigkeit wuchs,

ihre Produktionsanlagen, wurden wieder hergestellt, verbessert und bald auch erweitert. Aber kaum jemand wäre so vermessen gewesen, auch bloss zu hoffen, was nur zu bald Wirklichkeit werden sollte: dass nämlich Erzeugung und Umsatz des westdeutschen Schiffbaus sich in den Jahren 1951 bis 1953 mehr als verdoppeln und im Zeitraum 1951 bis 1956 reichlich verdreifachen würde.

Diese Entwicklung ist umso eindrucksvoller, als sie, wie schon gesagt wurde, beim Nullpunkt begann, aber nicht bereits bald nach dem Waffenstillstand, sondern erst geraume Zeit nach der Währungsreform einsetzte: gegen den ursprünglichen Willen der Siegermächte, die die Seegeltung Deutschlands und alles, was mit ihr zusammenhing, als ein gefährliches Politicum behandelt hatten. Den Umschwung hatte nicht schon der kalte Krieg gebracht, dessen erste Schlachten 1946 geschlagen wurden, sondern seine Erwärmung zur Koreakrise; denn nun galt der Schiffbau nicht mehr nur da-

Umsatz des deutschen Schiffbaus¹ (in 1000 DMark)

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	Prozentzu- wachs A-gegenüber 1950 B-gegenüber 1952
Insgesamt	400854	620 409	1058212	1 444 802	1738 235	1883244	2043 666	A+ 409,83 B+ 93,12
dav. Inland	320707	476100	641120	932997	966 701	1067806	959 640	A+ 199,23 B+ 49,68
dav. Ausland	80 147	144 309	417 092	511 805	771534	815 438	1084 026	A+1252,55 B+ 159,90
<i>Prozentanteil des Auslands- umsatzes am Gesamt- Umsatz</i>	<i>19,99</i>	<i>23,26</i>	<i>39,41</i>	<i>35,42</i>	<i>40,93</i>	<i>43,30</i>	<i>53,04</i>	<i>B+ 34,59</i>

Ohne die nicht zum Schiffbau gehörenden Teile der kombinierten, d.h. der mehreren Industriegruppen oder -zweigen angehörenden Betriebe.

rum als förderungswürdig, weil Deutschland Schiffe braucht und die von der steigenden Flut der Wunderkonjunktur getragenen Reeder Schiffe kaufen konnten, sondern weil Handelsschiffe aller Art, Trockenfrachter, Tanker, Erz- und Kohleschiffe, sich als ein begehrtes Exportgut erwiesen. Im Jahre 1956 war der an deutsche Reeder verkaufte Schiffsraum dreimal so gross wie 1950; dagegen wurde 1956 drei- zehneinhalbmal soviel exportiert wie 1950. Man wird allerdings, um den Eindruck abzuschwächen, den diese Relativzahlen hervorrufen müssen, nicht ganz zu Unrecht einwenden können, dass der Anteil des Auslandsabsatzes am gesamten Umsatz des deutschen Schiffbaus mit 53,04 Prozent im Jahre 1956 erst wieder auf den Vorkriegsstand gekommen sei, ja dass im Jahre 1937 sogar 54,33 Prozent der 400'000 BRT, die auf deutschen Werften vom Stapel liefen, exportiert worden wären. Das trifft allerdings zu. Nur

macht es eben doch einen Unterschied aus, ob die Hälfte von 400'000 oder die Hälfte von 1 Mill. BRT ans Ausland verkauft wird, zumal zu erwarten steht, dass der Anteil der zum Export gelangenden an der gesamten auf westdeutschen Werften erbauten Tonnage 1957 und in den folgenden zwei, drei Jahren irgendwo zwischen sechzig und siebenzig Prozent liegen wird.

Wer sich nun aber darum bemüht, ein Bild der Rangordnung zu gewinnen, die sich zwischen den grossen Werften in den Jahren des Schiffbaubooms hergestellt hat, sieht sich einem fast hoffnungslosen Unterfangen gegenüber: So etwa wie der Mann, der versucht, die Sau, die er zum Schlachten führen will, am eingeseiften Schwanz zu halten. Jede Quelle, die mit der Würde vollendeter Autorität daherplätschert, nennt ihre eigenen höchst individuellen Zahlen. Am sichersten scheinen immer noch die Angaben zu sein, die das offiziöse *Handbuch der Werften* (herausgegeben von Prof. Dr.-Ing. K. Wendel) macht, dessen Zusammenstellungen in der Ausgabe von 1956 unseren Berechnungen zugrunde gelegt wurden.

Um die von Jahr zu Jahr auftretenden Schwankungen der Bauleistung auszuschalten, die beim Schiffbau besonders gross sind – denn wenn ein Schiff in 14 Jahren gebaut wurde, wird es natürlich dem zweiten, d.h. dem Jahr des Stapellaufs zugerechnet –, wurden die Bauleistungen der Jahre 1954 und 1955 zu einer Zahl zusammengefasst. Auf diese Weise wurde die folgende Bedeutungsskala der führenden deutschen Werften ermittelt:

Werft	Konzernzugehörigkeit	Abgelieferter Schiffsraum 1954/55 in BRT
AG Weser, Bremen	Fried. Krupp	270 285
Kieler Howaldtswerke AG	Bundesrepublik	260 973
Deutsche Werft AG Hamburg	Gutehoffnungshütte Mebrh. (Familie Haniel) AEG	234 118
Bremer Vulkan	Thyssen-Bornemisza-Gruppe	145 501
Flensburger Schiffbau-Gesellschaft	Thyssen-Bornemisza-Gruppe	84 117
	Thyssen-Bornemisza-Gruppe insgesamt	229 618
Howaldtswerke Hamburg AG	Bundesrepublik	139 099
Lübecker Flender-Werke AG	Commerzbank 68,9 Prozent Dredner Bank 51,1 Prozent	110 940
Nordseewerke Emden GmbH	Rheinische Stahlwerke über Rhein- stahl Union	104 415
Stülckenwerft		
H.C. Stülcken Sohn, Hamburg		69 569
Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG, Berlin	Hoesch Werke AG (über: Industrie- werte AG)	47 019
Atlas-Werke AG, Bremen	Hugo Stinnes Industrie und Handel GmbH (Hugo Stinnes)	7 692

Ob man das nun bedauern mag oder nicht: unsere Liste zeigt, dass die mit den Konzernen der Schwerindustrie – Krupp, Gutehoffnungshütte, Thyssen-Bornemisza, Rhein Stahl, Hoesch und Hugo Stinnes – verbundenen Werften 1954/55 annähernd die

Hälfte – 47,4 Prozent – der seegängigen Schiffe bauten, die in Westdeutschland vom Stapel liefen, bzw. dass, wenn man die Lübecker Flender-Werke einbezieht, 53,3 Prozent der Bauleistung auf die konzerngebundenen Werften entfielen. Andererseits stellen wir fest, dass die beiden Werften der öffentlichen Hand, die Kieler Howaldtswerke AG und die Howaldtswerke Hamburg AG, ein reichliches Fünftel (21,2 Prozent) der Schiffbauleistung bestritten.

Soweit aus diesen Ermittlungen hervorgeht, dass die kapitalstärksten Unternehmen den Seeschiffbau zu ihrer Sache gemacht haben, bieten die Zahlen keine Überraschungen. Der Bau seegängiger Schiffe ist nun einmal kein Gegenstand mittlerer und kleiner Betriebe: Die bundesamtliche Statistik zeigt, dass von den 230 Schiffbaubetrieben die 16 Grossbetriebe mit 1'000 und mehr Beschäftigten 71,6 Prozent aller in der Werftindustrie tätigen Arbeitskräfte auf sich vereinigen. Nur im Kohlenbergbau und in der eisenschaffenden Industrie ist die Konzentration der Arbeitskräfte auf wenige Grossbetriebe stärker als im Schiffbau. Mit anderen Worten: die Werftindustrie gehört ihrer betrieblichen Struktur nach zur gleichen Unternehmenskategorie wie die Montanindustrie.

Das ist natürlich nicht der einzige und nicht einmal der ausschlaggebende Grund des schwerindustriellen Schiffbauinteresses. Wichtiger ist der Umstand, dass der Schiff- wie der Stahlbau den grössten Teil seines Baumaterials – Bleche, Träger, Kessel, Rohre usw. – von der Schwerindustrie bezieht. So dass man sich leicht errechnen kann, um wieviel die Konkurrenzkraft einer Werft gesteigert wird, die diese Baustoffe nicht im Markt kaufen muss, sondern sie und vielleicht auch die Kohle, die die sehr energieintensive Werftindustrie in grossen Mengen verbraucht, von ihrer Muttergesellschaft beziehen kann. Weit mehr noch als der Maschinenbau ist also der Schiffbau geeignet, sich jenen «vertikalen», vom Erz bis zur Schraube reichenden Konzernen einzufügen, denen seit Krupp, Thyssen und Stinnes die Liebe der Schwerindustrie gilt.

Auf dieser Linie liegt denn auch die Interessenahme der Phoenix-Rheinrohr AG bei Blohm & Voss. Die Investitionsdarlehen, die das schwerindustrielle Thyssen- Unternehmen der damals noch in Familienbesitz liegenden Werft in Höhe von insgesamt 12 Mill. DMark gewährt hatte – die Stadt Hamburg hatte 7,15 Mill. DMark als eigenen Kredit gegeben und die Bürgschaft für Bankenkredite im Betrag von 9,9 Mill. DMark übernommen, um den durch alliierte Verbote während eines Jahrzehnts verhinderten Wiederaufbau der Werft zu ermöglichen –, die Thyssen-Kredite also wurden im Frühjahr 1957 in eine 50prozentige Beteiligung der Phoenix-Rheinrohr an der Blohm & Voss AG umgewandelt. Aber der schwerindustrielle Einfluss scheint doch wohl weiterzugehen und massiver begründet zu sein, als die Beteiligung vermuten lässt. Jedenfalls wird Blohm & Voss für seinen Hauptaktionär vier bzw. sechs grosse Erzfrachter bauen – eine, die «Amelie Thyssen», ist schon vom Stapel gelaufen –, die aber nicht von Phoenix-Rheinrohr, sondern in ihrem Auftrag von dem Hamburger Reeder Christian F. Ahrenkiel bereedert werden.

Die alte, grosse Werft, ein Wahrzeichen der Hamburger Industrie, hat in der Tat einen glücklichen Start gehabt. Sie beschäftigt zurzeit wieder viertausend Arbeiter und konnte schon in den Monaten Februar, Mai und Juni drei Fahrgastschiffe von je 2'200 BRT nach Norwegen liefern. Für holländische Rechnung wurden im November 1956 und im Februar 1957 zwei Motorfrachter von je 10' 130 tdw fertiggestellt, was zusammen einer Tonnage von 13'000 bis 14'000 BRT entsprechen mag. Ein Schiff von gleicher Art und Grösse und zwei Kohle-Erz-Frachter von je 15'500 tdw sind für niederländische Reeder, ein Frachter von 10'000 tdw ist überdies für einen norwegischen Käufer in Bau. Insgesamt erreichte der Auftragsbestand der Werft am 1. April 1957 die bemerkenswerte Höhe von 131'000 tdw oder von 85'000 bis 95'000 BRT; daran gemessen nimmt Blohm & Voss unter den Hamburger Werften schon jetzt wieder den fünften Platz ein: bereit und sicherlich auch in der Lage, mit Hilfe seiner schwerindustriellen Freunde und Miteigentümer in der Hierarchie des deutschen Schiffbaus bald noch höher zu steigen.

Allerdings, die Konkurrenz ist ihr noch weit voraus. Um nur von den Hamburger Grossunternehmen zu sprechen: Die Deutsche Werft konnte 1956 insgesamt achtzehn Schiffe mit 246'000 tdw oder 168'000 BRT abliefern, wovon 73 Prozent ins Ausland gingen; die Howaldtswerke brachten es auf immerhin 84'315 BRT. Vor allem aber sind die Auftragsbücher der schon seit Langem arbeitenden Werften in einem Mass mit Bestellungen gefüllt, dass den Beobachter ein leiser Schrecken überkommen kann.

Anfang des Jahres wurde der Auftragsbestand aller Werften der Welt von Fachleuten auf 29-30 Mill. BRT oder etwa 45 Mill. tdw, d.h. auf knapp 30 Prozent der Welthandelsflotte, geschätzt.

Bei deutschen Werften lagen am 1. April 1957 Aufträge über Schiffsraum mit einer Tragfähigkeit von 8,2 Mill. tdw oder von 5,3 bis etwa 5,8 Mill. BRT vor. Das entsprach der Schiffbauleistung aller Werften der Welt im Jahre 1955 oder, um eine andere Vergleichszahl zu nennen: der bei den deutschen Werften in Auftrag gegebene Schiffsraum war am 1. April 1957 um drei Fünftel grösser als unsere gesamte Handelsflotte.

Von diesem Auftragsbestand hatte die Deutsche Werft allein 1,4 Mill. tdw – die Hälfte an Tankschiffen – verbucht. Die Howaldtswerke Hamburg AG verfügte über Aufträge in Höhe von 580'000 tdw. In weitem Abstand folgte die Ottenser Eisenwerk AG, mit einem Auftragsbestand von 211'000 tdw. Dann kam die Stülckenwerft mit 200'000 tdw und, wie gesagt, an fünfter Stelle die altberühmte Blohm & Voss AG (die bis 1956 noch als Steinwerder Industrie AG firmiert hatte).

Unter den führenden Unternehmen der Hamburger Werftindustrie verdient unser besonderes Interesse neben der Howaldtswerke Hamburg AG, deren Privatisierung bisher nur daran scheiterte, dass das Käuferkonsortium – Dortmund-Hörder Hüttenunion (48 Prozent), Siemens (26 Prozent), Norddeutsche Bank (26 Prozent) – sich mit dem Bund über den Preis nicht einigen konnte, ganz ohne Zweifel die Ottenser Eisen-

werk AG. Einzig aus dem Grund, weil sie zum Kernstück der Unternehmen geworden ist, die Willy Schlieker um sich oder, wenn man so will, um die Willy H. Schlieker GmbH gruppiert hat. Denn dieser Sohn eines Hamburger Werftarbeiters, der vor dem Krieg noch ein ganz unbekannter, wenn auch zuletzt recht gutverdienender junger

Die Unternehmen der Schlieker-Gruppe

Die *Willy H. Schlieker GmbH*, Hamburg/Düsseldorf

StK: 1,5 Mill. DMark, 80 Prozent Willy H. Schlieker

20 Prozent Ehefrau Marga Schlieker besitzt

1. Otto R. Krause Eisengrosshaus GmbH, Düsseldorf (90 Prozent; 10 Prozent bei Marga Schlieker)
2. Schrottverwertung Niederrhein GmbH, Düsseldorf
3. Eisen- und Stahlverarbeitung GmbH, Frankfurt/Main
4. Metall- und Kaltwalzwerk GmbH, Langenberg/Rhl.
5. Walzwerk Neviges Willy Schlieker & Co, Neviges (P. h. G. Willy Schlieker)
6. Ottenser Eisenwerk AG, Hamburg, AK 2,5 Mill. DMark, 94 Prozent
7. Reederei Willy Schlieker & Co, Hamburg, P.h.G. Willy Schlieker, 2 Dampfer mit 4'643 bzw. 6'005 BRT
8. Algemeene Handel Maatschappij, N. V. Rotterdam

Mann und während des Krieges zunächst der Experte der Vereinigten Stahlwerke für alle Fragen der Kriegswirtschaft, dann aber der Mitarbeiter des Rüstungsministers Speer auf dem Gebiet der Stahlindustrie war, verkörpert den selten gewordenen Unternehmertypus, den die Amerikaner den *rugged individualists* zurechnen, den ellbogenstarken Individualisten, die einen Gedanken nicht nur zu Ende denken können – was auch schon selten genug ist –, sondern darauf brennen, ihn zu verwirklichen. Schlieker, der nach dem Krieg als Eisenhändler wieder anfing, hat seine ersten Millionen 1949 im Eisenhandel mit der Ostzone verdient. Fast möchte man sagen: Ohn all Verdienst und Würdigkeit. Denn die Vermittler, die das Geschäft «in der Hand hatten» – sie haben den Ertrag ihrer Tätigkeit buchstäblich in die Strümpfe, d.h. in die Opal Strumpfwerke GmbH, gesteckt –, wurden ihm von einem Düsseldorfer Journalisten zugeführt. Aber Schlieker war dann eben doch derjenige, der die Rohre betreiben musste, um die es ging, der für die Finanzierung und schliesslich auch dafür zu sorgen hatte, dass die roten Auftraggeber zahlten.

Später hat Schlieker an dem berühmten Tauschgeschäft deutscher Stahl gegen amerikanische Kohle noch viel mehr verdient. Aber ungeachtet seiner grossen Handelserfolge trieb es ihn stärker zur Produktion. Heute gehört er zu den führenden Erzeugern hochwertiger Spezialbleche, und – um nach Hamburg zurückzukommen – seine Ottenser Eisenwerk AG steht unter den Unternehmen der Hamburger Werftindustrie an dritter Stelle.

Die Gesellschaft betreibt in Hamburg-Altona eine Dampfkesselfabrik und eine Maschinenfabrik, in Hamburg die Peute-Werft oberhalb der Elbbrücken und auf gepachtetem Gelände in Steinwerder eine neue Werft, deren Gelände an das der Stül-

ckenwerft und der Blohm & Voss AG angrenzt. Hier auf Steinwerder scheint Schlieker weitreichende Pläne verwirklichen zu wollen: Schon im März 1953 erwarb die Ottenser Eisenwerk AG die auf dem Steinwerder Pachtgelände stehenden stark kriegszerstörten Baulichkeiten zum Preise von rd. 1,5 Mill. DMark. Anfang April 1957 machte die Gesellschaft, d.h. natürlich Schlieker, dem Hamburger Senat den Vorschlag, das staatseigene Trockendock Elbe 17 auf Steinwerder – das grösste seiner Art in Europa –, das die Kriegsmarine 1938-1941 mit einem Kostenaufwand von 28 Mill. RMark erbaut hatte und das dann die Engländer 1949/1950 demontiert hatten, bis 1959 wiederaufzubauen. Schlieker würde sich die Wiederherstellung des Docks, das jetzt vom Ottenser Eisenwerk und der Stülckenwerft als Hafenbecken benutzt wird, 15 Mill. DMark kosten lassen; müsste aber wohl seine Einwilligung dazu geben, dass auch andere Werften die 326x56 m messende Dockanlage, die Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 100'000 t (= 65'000 bis 70'000 BRT) aufnehmen kann, mitbenutzen dürfen. Immerhin, wenn der Plan verwirklicht wird, ist Schlieker sogar der Deutschen Werft eine Schiffslänge voraus.

Aber weiter: Im Mai 1957 ging das Stammkapital der Henschel Maschinenbau GmbH auf Hamburg-Steinwerder aus dem Besitz des Dr.-Ing.e.h. Oscar Henschel, eines Mitglieds der bekannten Kasseler Fabrikantenfamilie, an die Stülckenwerft über. Gleichzeitig wurde bekannt, dass das Gelände und die Gebäude der Henschel-Betriebe von der Stülckenwerft und der Ottenser Eisenwerk AG übernommen werden. Die Ottenser Eisenwerk AG, heisst es weiter, werde den wesentlichen Teil der von Henschel betriebenen Motoren- und Maschinenfertigung fortsetzen, auf Steinwerder natürlich, wohin konsequenterweise nun auch die entsprechende Fabrikation verlegt werden soll, die die Gesellschaft bisher in Altona betrieben hat.

Man hat also von Willy Schlieker, der mit seinen dreiundvierzig Jahren schon mancherlei berechtigtes Staunen erregt hat, noch einige Überraschungen zu erwarten. Er gehört sicherlich nicht zu den Zeitgenossen, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Wie könnte er auch? Er ist ein Egozentriker, der an sich leidet und es an anderen vergilt, dass er leidet. Aber er ist nun einmal eine Unternehmerpersönlichkeit, die die Natur mit einer aussergewöhnlichen Kraft, zu denken und zu handeln, und die das Schicksal mit dem Glück bedacht hat, das immer mit den stärkeren Bataillonen marschiert.

Doch mag er auch nicht überall Liebe oder gar Gegenliebe finden, eins hat er sich schnell gewonnen: das Vertrauen der Geschäftspartner. Anfang April hatte die Ottenser Eisenwerk AG einen Auftragsbestand von 211'000 tdw verbucht: drei Bauxit-Erzfrachter für amerikanische Rechnung von je 16'000 tdw, drei schnelle Motorfrachter der gleichen Abmessung für N. Kulukundis, New York, zwei 14'000-Tonnen-Tanker für die Standard Vacuum Oil Co, New York, zwei 14'000-Tonnen-Volldecker für ausländische Rechnung, von denen einer an die Great Eastern Shipping Co in Bombay geliefert wird u.a.m. Seither, Anfang Mai, hat die Norse Ore Carrier Corp., die man eigentlich im skandinavischen Norden vermutet, die aber tatsächlich ihren

Sitz in Monrovia, der Hauptstadt der Negerrepublik Liberia, hat, acht Erzfrachter von je 18'500 tdw, das sind insgesamt 148'000 tdw, bestellt. Notabene: bei einem Unternehmen, das im Grossschiffbau noch ein Neuling ist; denn auch bei der neuen Werft auf Steinwerder sind bisher nur Frachter bis etwa 4'400 tdw vom Stapel gelaufen. Aber so geht es zu auf der Welt: Wer Glück hat, besitzt auch Vertrauen.

In diesem Betracht kann man, ohne vermessen zu sein, Willy Schlieker als repräsentativ für die Christliche Schifffahrt Deutscher Nation mitsamt unserem Schiffbau nehmen. Wir wissen nicht, wohin die Fahrt geht; wir sehen nur, dass der Wind mächtig die Segel schwellt und dass die Steuerleute das deutsche Geschwader auf einem eignen Kurs steuern.

GESTERN – HEUTE – MORGEN

Es sind alle Dinge so voll Mühe,
dass es niemand ausreden kann.
Das Auge sieht sich nimmer satt
und das Ohr hört sich nimmer satt.
Was ist's, das geschehen ist? Eben
das hernach geschehen wird.
Was ist's, das man getan hat? Eben das man
hernach wieder tun wird; und geschieht
nichts Neues unter der Sonne.
Prediger 1/8, 9

Im August 1932 – wir schrieben bereits die Regierung des Herrenreiters Franz von Papen – erschien im *Tagebuch*, einer glänzend redigierten und vielgelesenen Zeitschrift, eine zornbebende Kritik über Hjalmar Schachts Schrift *Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik*.

Natürlich hatte der Reichsbankpräsident a.D., der 1932 noch nicht gelernt hatte, die Harzburger Frontkämpfer nach Anhängern des schwerindustriellen Würdenträgers Geheimrat Hugenberg und Gefolgsleuten Adolf Hitlers zu unterscheiden, in seinen Grundsätzen auch die «unter marxistischem Einfluss stehende Regierung» angegriffen: den «Wirtschaftsbükratismus» des Staats, wie man dazumal sagte, oder das «Eingreifen der öffentlichen Hand in die Wirtschaft» wie man heute sagen würde. Dergleichen war damals genauso populär, wie es in unseren Tagen erscheint; und wie im Jahre 1957 so war auch vor einem Vierteljahrhundert die nüchterne Kritik an der billigen Scharlatanerie derjenigen, die die Heiligkeit des Eigentums durch die Gier der öffentlichen Hand in Gefahr gebracht sahen, ein heikles Unterfangen für den Kritiker.

Aber der junge Doktor der Staatswissenschaften liess sich durch keinerlei opportunistische Bedenken davon abhalten, dem «hohlen Pathos» des Mannes, dessen publizistisches Wirken er für verhängnisvoll hielt, mit der Feststellung zu begegnen: «Schachts Kritik an dem Wirtschaftsbükratismus stützt sich im Wesentlichen auf Tatsachenfälschung. Er stellt es so hin, als ob der Staat sich danach gedrängt habe, Unternehmer zu werden oder Subventionen zu gewähren. Die Sozialdemokratie hätte, nachdem sie zusammen mit anderen Parteien an die Macht gelangt ist, hinsichtlich der Sozialisierung privater Wirtschaftsbetriebe wahrhaftig nicht rücksichtsvoller verfahren können, und es ist noch sehr die Frage, ob man ihr diese Haltung zugute rechnen soll. Wenn die «unter marxistischem Einfluss stehende Regierung», wie im Falle der Bankenstützungen, intervenierend eingriff, so geschah dies immer unter dem Zwang, mindestens aus vermeintlichem, und niemals aus dem Wunsch oder mit der Folge echter Sozialisierung. Ob Herm Schacht andererseits aber wirklich nicht bekannt ist, dass beispielsweise staatliche Bergwerke heute rentabler arbeiten und besser durch die Krise kommen, weil sie, eben infolge ihrer bürokratischen und damit wohl auch schwerfälligeren Verwaltung, das Hexentempo der Rationalisierung nicht im

gleichen Masse mitmachen? Eine gleiche Übung in der privaten Wirtschaft hätte möglicherweise die massenhaften Kapitalfehlleitungen verhüten und uns einen grossen Teil der ausländischen Verschuldung, gegen die Herr Schacht so wettert, ersparen können. Es ist also mindestens noch sehr die Frage, welches System sich in der deutschen Nachkriegsperiode vorteilhafter ausgewirkt hätte. Der Herr Reichsbankpräsident a.D. geht aber in seinen Grundsätzen den Problemen grundsätzlich aus dem Weg, er schimpft nur ...

Jedermann steht es frei, zu glauben, dass die der privaten Initiative unterstehende Wirtschaft die beste oder doch die unserer wirtschaftlichen Struktur adäquate sei. Aber dass «eine andere Wirtschaftsform überhaupt keine Verteilung zulässt», – eine derart lächerliche Behauptung blieb der Weisheit Schachtens vorbehalten.»

Dr. – noch nicht Professor – Ludwig Erhard, der Autor der Schacht-Kritik, der dieses Zitat entnommen ist, war 1932 so wenig Sozialist, wie er es 1957 ist. Aber er war doch Wissenschaftler und Manns genug, dem Interessentengewäsch vom verderblichen Wirken der öffentlichen Hand die aus der Erfahrung einiger Jahrzehnte gewonnene und durch die jüngste Entwicklung bestätigte Erkenntnis entgegenzusetzen, dass staatliche Unternehmen, Bergwerke zum Beispiel, durchaus in der Lage wären, rentabel zu arbeiten. Sie waren sogar – wie aktuell klingt das doch – in der Lage gewesen, jene massenhaften Kapitalfehlleitungen zu verhüten, in die sich die Privatindustrie vom Hexentempo der Rationalisierung hatte treiben lassen.

Was nun aber die Sozialdemokratie anging, so vertrat Erhard die historisch zutreffende Meinung, dass sie «hinsichtlich der Sozialisierung privater Wirtschaftsbetriebe wahrhaftig nicht rücksichtsvoller (hätte) verfahren können». Und in der Tat, die Überführung beispielsweise der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Staatsbesitz war lange vor dem Ersten Weltkrieg nicht etwa von der SPD, sondern von dem konservativen Handelsminister des Königs von Preussen, Herrn Theodor von Möller aus Kupferhammer bei Brackwede, erzwungen worden. Gegen den erbitterten Widerstand der Industrie, der Banken und Maximilian Hardens, der in der richtigen Erkenntnis, wie wenig das Wort des Publizisten wiegen werde, erst einmal Hibernia- Aktionär geworden war, um seinem Kampf gegen die Enteignung der Anteilseigner die Würde der Legitimität zu sichern. Aber Erhard ging 1932 sogar noch weiter. Er überbot die Feststellung, wie rücksichtsvoll, um nicht zu sagen: harmlos, die SPD an das Problem der Sozialisierung herangegangen sei, mit der Meinungsäusserung, es sei «noch sehr die Frage, ob man ihr diese Haltung zugute rechnen» solle. Was doch nur heissen kann, nach seiner, Dr. L. Erhards, wissenschaftlich begründeten Auffassung, wäre es für die deutsche Volkswirtschaft von Segen gewesen, wenn die Sozialdemokratie als Regierungspartei ihre Macht genutzt hätte, tatsächlich jene privaten Wirtschaftsbetriebe zu sozialisieren, deren Kapitalfehlleitungen nicht zuletzt das namenlose Krisenelend verschuldet hatten, das über Deutschland hereingebrochen war.

Es ist erstaunlich, wie sich in einem Vierteljahrhundert die Aspekte wandeln können, unter denen der gleiche Mann das gleiche Problem behandelt.

Ob Erhard nun der Initiator oder bloss der Fürsprecher der Privatisierung bundes-eigener und wohl auch anderer Betriebe der öffentlichen Hand ist – des Volkswagenwerks und der Howaldtswerke Hamburg AG, um nur zwei der vielen zu nennen, die die Kreuzfahrer für die Sache des Privateigentums auf die Agenda gesetzt haben – es scheint doch, dass er wohlberaten wäre, die Würde seines Amtes und seiner sechs Jahrzehnte zugunsten der kritischen Unbefangenheit zu vergessen, die den Fünfunddreissigjährigen ausgezeichnet hatte.

Es geht ja heute nicht nur darum, wie Schacht damals tat, einen Sündenbock zu suchen, etwa Herrn Nordhoff in die Wüste zu jagen. Der Leiter des Volkswagenwerks, das wird ihm niemand bestreiten, hat ja in geradezu vollendeter Weise das Exempel statuiert, dass ein riesiges Unternehmen der öffentlichen Hand so rentabel wie nur irgendein Privatbetrieb, ja vielleicht noch wirtschaftlicher, für die Gesamtwirtschaft, den Markt, den Autokäufer überhaupt, nicht nur den Volkswagenkunden, für den Betriebsarbeiter und für die Umwelt des Betriebes erspriesslicher arbeiten kann als eine private Gesellschaft. Es geht also gar nicht um eine praktische Frage. Die Arbeit des Volkswagenwerks hat niemand geschadet, aber vielen genutzt. Sie gilt als so vorbildlich, dass selbst die Amerikaner die Leistung der Werksleitung bestaunen. Es geht ums Prinzip, es geht um den «Grundsatz», es geht wieder einmal um «Herrn Schachts «Grundsätze»«, nur dass diese «Grundsätze» heute von dem Mann vertreten werden, der sie – besonders aber den Grundsatz von der Infallibilität des Privateigentums oder, um es anders zu sagen, von der absoluten Verwerflichkeit der öffentlichen Wirtschaftstätigkeit – vor einem Vierteljahrhundert mit der schneidigen Schärfe des kritischen Geistes bekämpfte.

Nun, habeat! Ein Mann kann in zweieinhalb Jahrzehnten genug hinzulernt haben, um seine Meinung zu ändern. Aber auf eine Frage wird man doch wohl eine Antwort, die Antwort eines in vielen Jahren geschulten Wirtschaftswissenschaftlers, erwarten können. Auf welchen gesamtwirtschaftlichen Nutzen kann man zählen, wenn ein von zehn-, fünfzig- oder hunderttausend Aktionären aufgebrachtes Kapital nicht etwa der Wirtschaft, sondern den Kassen der Bundesrepublik zugeleitet wird? Notabene: dieses riesige Kapital wird nicht etwa werbend angelegt; es liegt vielmehr in der Logik dieses absurden Plans, es nicht zu investieren. Wie es auch immer verausgabt wird, es kann und soll nicht die Bestimmung jeglichen Kapitals erfüllen, der Steigerung der Produktivität zu dienen. Es soll einzig als Preis dafür erhalten, einem Grundsatz zuliebe einen Eigentumswechsel ins Werk zu setzen. Nicht etwa, dass es den Volkswagenwerkaktionären oder denen, die es werden wollen, an Möglichkeiten fehlte, ihre Ersparnisse wirtschaftlich sinnvoll anzulegen, Aktien privater Unternehmen zu kaufen, Schuldverschreibungen grosser Industriegesellschaften zu erwerben, Hypothekendarlehen zu geben oder sich an einem auf die Erweiterung seiner Tätigkeit oder den Ausbau seiner Anlagen bedachten Betrieb zu beteiligen. Dergleichen Chancen gibt es in Hülle und Fülle; und wenn sie mit Vorsicht gesucht, mit klugem Bedacht genutzt werden, haben sie sich bisher noch immer als lohnend erwiesen.

Von der produktiven Verwertung ihrer Spargroschen aber sollen die VW-Aktionäre abgezogen werden. Der Kaufpreis für die geplanten VW-Aktien soll dem Bund zufließen, um dergestalt den Übergang des Volkswagenwerks aus dem Eigentum des Bundes ins Eigentum einer privaten Gesellschaft zu finanzieren.

Wie aber könnte sich für die neuen Eigentümer, für die – so ist es doch geplant – zeh-, fünfzig- oder hunderttausend Kleinaktionäre die Vorstellung ihres Eigentums realisieren? Soll es dabei sein Bewenden haben, dass sie ihre Dividenden, mal mehr, mal weniger als fünf Prozent, kassieren, die Freuden des Eigentums also nur insofern erleben, als sie im Gegensatz zum Obligationen gläubiger am Risiko des Unternehmens partizipieren. Oder sollen sie etwa an der unternehmerischen Willensbildung beteiligt werden? Wenn ja, erwartet man denn im Ernst, dass die Masse der Aktionäre, die der Bevölkerungszahl einer mittleren Stadt entspräche, von München, Stuttgart, Hamburg oder Krefeld nach Wolfsburg zur Hauptversammlung anreisen wird? Und gesetzt, das geschähe, erwartet man, dass eine nach Zehntausenden zählende Versammlung in der Lage wäre, wirtschaftlich sinnvolle Entschlüsse zu fassen? Gut also, man wird dafür Vorsorge treffen, dass die Kleinaktionäre ihr Stimmrecht delegieren können: an Banken, Holdinggesellschaften, Interessenverbände oder was auch immer an dergleichen Organisationen aufgegeben werden kann, in denen erwiesenermassen immer wieder die Banken den Ton angeben. Dann würde also, wie es ja bei so vielen anderen Aktiengesellschaften die Übung ist, eine Handvoll interessierter Manager endlich auch beim Volkswagenwerk ihren Einfluss geltend machen können. Das wäre aber auch die einzige Ratio, der einzige Sinn, den man der geplanten Aktion unterlegen könnte: die Stärkung der ohnehin hochkonzentrierten Wirtschaftsmacht jener Kreise, deren Vertreter, wie man in jeder Präsenzliste nachlesen kann, die unternehmerische Willensbildung, soweit sie sich noch in den Hauptversammlungen unserer Aktiengesellschaften vollzieht, zu bestimmen pflegen – der Grossbanken und ihrer Holdinggesellschaften.

Freilich sieht der Gesetzesvorschlag vor, das Depotstimmrecht der Banken im Fall des Volkswagenwerks zeitlich und sachlich zu beschränken. Da Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte, Steuerberater und Buchsachverständige es aber unbefristet für die Aktionäre sollen ausüben können, liesse sich schon ein Ausweg zugunsten der in der Handhabung der Stimmrechtspraxis erfahrenen Institutionen finden. Denn wenn kein, aber auch gar kein praktisch gangbarer Weg sich zeigen würde, die Entscheidung der Hauptversammlung mit Hilfe eines unbürokratisch geübten Depotstimmrechts ins Spiel zu bringen, liefe die Umwandlung der bundeseignen VW-GmbH in eine AG ja schliesslich darauf hinaus, die Macht der Verwaltung totalitär zu machen.

Aber wozu das Lamento? Unser Bundesfinanzminister hat 1953 sein Wort darauf verpfändet, dass er nie seine Einwilligung für die Privatisierung des Volkswagenwerks geben werde. Schon darum nicht, weil ihm die Substanz des grossen, gut eingespielten, rentablen Unternehmens lieber ist als der Erlös aus dem Verkauf dieses

wertvollen Stücks des Bundesvermögens, der verschiedenen Fonds – beispielsweise zur Unterstützung der Saarlwirtschaft, der Wasserwirtschaft und des Mittelstands – zugeführt werden soll.

Also glauben wir ihm. Aber bleiben wir skeptisch, denn es gibt – abgesehen von der MAK Maschinenbau AG, Kiel, die das Land Schleswig-Holstein an Flick und Stinnes verkauft hat – schon einen echten Modellfall der Privatisierung: den Fall der Zeche Victoria.

Dieses Bergwerk – nach dem Stand von 1955: 4'055 Arbeiter und Angestellte, Kohlenförderung 1'224'000 t, Kokszerzeugung 423'365 t, Gaserzeugung 196,7 Mill. cbm, Stromerzeugung 56,1 Mill. kWh – war Ende 1939 auf Görings Befehl von der Harpener Bergbau AG an die Reichswerke AG für Berg- und Hüttenbetriebe «Hermann Göring» verkauft worden; übrigens nicht nur die Zeche Victoria, sondern auch die Zechen Julia und Recklinghausen I und II, die samt und sonders mit der Gewerkschaft Sachsen in Heessen vereinigt wurden. Am 15. Januar 1940 wurde die neugeschaffene Zechengruppe auf den Namen «Steinkohlgewerkschaft der Reichswerke» getauft, im Juli 1954 erhielt sie die Bezeichnung «Märkische Steinkohlgewerkschaft», unter der sie heute noch als eine Tochtergesellschaft der bundeseigenen AG für Berg- und Hüttenbetriebe geführt wird.

«Den Gegenwert für diese Steinkohlensubstanz», hiess es im Harpener Geschäftsbericht für 1939, «leisteten die Reichswerke in Braunkohlensubstanz, und zwar brachten sie ihre im Bereich des Braunkohlensyndikats gelegenen Betriebe Welzow und Niederlausitz in die Anhaltischen Kohlenwerke ein und übertrugen die ihnen hieraus zufließenden neuen Aktien auf uns.»

Die Harpener Bergbau AG hatte also einen, vermutlich sogar angemessenen, Kaufpreis in Form junger Aktien der Anhaltischen Kohlenwerke erhalten. Die alten Aktien dieses wertvollen Unternehmens des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus befanden sich bereits im Besitz Friedrich Flicks, der damals auch schon die Mehrheit der Harpener Bergbau-AG an sich gebracht hatte, so dass also der ganze Handel auf ein – von Flick aus gesehen freilich höchst unfreiwilliges – Geschäft zwischen ihm, Friedrich Flick, und den Reichswerken hinauslief.

Nun hat zwar Dr. Friedrich Flick seine Harpen-Majorität im April 1954 an ein französisches Konsortium, die Sidechar, verkauft und dabei einen Preis erzielt, der ein Mehrfaches des derzeitigen Börsenwerts darstellte. Gleichwohl fühlte er sich geschädigt; denn wenn die Harpener Bergbau AG im Zeitpunkt ihrer Veräusserung an die Franzosen noch jene Zechen besessen hätte, zu deren Verkauf sie Göring 1939 gezwungen hatte, würde Flick sicherlich einen noch höheren Preis erzielt haben können. Das Paket Anhaltische Kohlenwerke, das er zwar nicht erst 1939 erworben, sondern nur um die jungen Aktien oder einen Teil der damals neugeschaffenen Anhalter Aktien aufgestockt hatte, tröstete ihn wenig. Die Anhaltischen Kohlenwerke sind längst VEB, Volkseigener Betrieb, der DDR geworden.

Also prozessierte Flick gegen die ehemaligen Reichswerke; und da auch der frühere Braunkohlenkönig Petschek, der als tschechischer Jude wahrscheinlich schwerere Verluste als selbst Friedrich Flick erlitten hat, Entschädigungsforderungen

an die AG für Berg- und Hüttenbetriebe geltend machte, kam im Vergleichswege schliesslich der folgende Ringtausch zustande:

Erster Schritt: Friedrich Flick verkauft nominell 46 Mill. DMark Aktien der Anhaltische Kohlenwerke AG (AK 95 Mill. DMark) an die Harpener Bergbau AG, die dafür 30 bis 40 Mill. DMark (West) zahlt.

Zweiter Schritt: Die Harpener Bergbau AG gibt das von Flick erworbene Paket Anhaltische Kohlenwerke an die AG für Berg- und Hüttenbetriebe, und zwar als Kaufpreis für die Zeche Victoria.

Dritter Schritt: Die AG für Berg- und Hüttenbetriebe gibt die Hälfte der Anhaltische-Kohlenwerke-Aktien, nominell 23 Mill. DMark, an Petschek weiter, dessen Entschädigungsansprüche damit abgegolten sind.

Vierter Schritt: Wenn die Wiedervereinigung kommt, wird die AG für Berg- und Hüttenbetriebe, neben Petschek, in ihre Aktionärsrechte bei der Anhaltische Kohlenwerke AG eintreten.

Ein komplizierter Vorgang, aber eine primitive Moral. Zum ersten: ein wertvolles Stück Bundesvermögen wurde zugunsten der französisch beherrschten Harpener Bergbau AG privatisiert. Die bisher schon recht stattlichen Koksmengen – 1955 waren es 1,7 Mill. t oder 51,4 Prozent der Erzeugung –, die Harpen im «inneren Werksverkehr» den Hüttenwerken seines französischen Grossaktionärs zukommen liess, können mindestens um einen Teil der beträchtlichen Victoria-Produktion erhöht werden. Immerhin: ein Pluspunkt für die Montanunion.

Zum zweiten: Dr. Flick erhielt ein paar Dutzend Millionen für die Hergabe eines wert- oder sagen wir: eines zurzeit noch gegenstandslosen Aktienpakets.

In Summa also: Harpen, d.h. praktisch ihr französischer Mehrheitsaktionär, hat aus Bundesbesitz ein Bergwerk, Flick von Harpen den Kaufpreis der Zeche, 30 bis 40 Mill. DMark, die bundeseigene AG für Berg- und Hüttenbetriebe einen Wechsel auf die Zukunft erhalten. Jedenfalls ist auf diese Weise «neues Eigentum» geschaffen worden, sogar ohne Sterilisierung des entsprechenden Kapitals, die bei der Privatisierung des Volkswagenwerks in Kauf genommen werden müsste; denn Flick wird ja den Erlös aus dem Vergleichsverfahren, sei es in Deutschland, sei es in einem anderen Mitgliedsstaat der Montanunion, investieren.

Im Übrigen aber sieht es mit der Schaffung neuen Eigentums, die definitionsgemäss nicht nur die eben anlaufende Privatisierung öffentlichen Eigentums, sondern auch die Bodenbesitzreform leisten soll, gar nicht sehr hoffnungsvoll aus.

Die Privatisierung von der Art wie die Rückführung der Zeche Victoria in den Besitz einer grossen Bergbaugesellschaft oder den geplanten Verkauf der Howaldswerke Hamburg AG an ein dreigliedriges Konsortium, das von einem unter niederländischem Einfluss stehenden Unternehmen der eisenschaffenden Industrie geführt wird, wird schon das Ihre dazu beitragen. Betriebe der öffentlichen Hand in Eigentum mächtiger Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Die Entwicklung bedarf vielleicht noch einer gewissen publizistischen Vorbereitung; aber wenn sie erst einmal ins Rollen gekommen ist, wird es gut sein, die Dinge sowenig wie möglich zu diskutieren.

Alles Grosse braucht Zeit und Ruhe, um auszureifen. Das hat – sehr eindrucksvoll, wenn man es recht betrachtet – ja auch das Schicksal der Bodenreform gezeigt. Es fing mit viel Tamtam an: ein Gesetz, eine Handvoll Durchführungsgesetze und Verwaltungsvorschriften in Hülle und Fülle in jedem westdeutschen Land. Hätte die öffentliche Meinung mit der entsprechenden Lautstärke auf die Arbeit der Legislatoren reagiert, das Für und Wider der Reformgesetzgebung lebhaft erörtert, sich möglicherweise sogar über das lässige Tempo ihrer Durchführung ereifert – wer weiss, vielleicht wäre doch etwas daraus geworden. Aber die Öffentlichkeit schwieg; und so hat das Publikum gar nicht gemerkt, dass die Bodenreform ohne Geläut zu Grabe getragen worden ist. Denn so muss man wohl sagen, wenn man die Ziffern würdigt, die das erste Jahrzehnt westdeutscher Bodenreform ausweist: insgesamt wurden in den Jahren 1945-1954 6'899 bäuerliche Siedlungsstellen mit einem Areal von 106'768 ha geschaffen, die etwa ein Drittel Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe und ein halbes Prozent der land- und forstwirtschaftlich genutzten Bodenfläche der Bundesrepublik repräsentieren. Darüber hinaus sind 74'088 nichtbäuerliche Siedlungsstellen mit zusammen 52'946 Hektar oder knapp drei Morgen Land je Stelle entstanden. Nicht eben viel, gemessen an dem gesetzgeberischen Kraftaufwand der ersten Jahre, und herzlich wenig, wenn man den Hunger des deutschen Normalverbrauchers nach einem Stück Boden unter den Füßen und dem eigenen Dach überm Kopf als Massstab nimmt.

Die Macht des Schweigens, die die Bewegung der Bodenreform erstickt und das Gelingen der Absicht vereitelt hat, individuelles Siedlungseigentum in grossem Umfang zu schaffen, hat sich besonders wohlätig aber auch hinsichtlich des Wohnungsbaus erwiesen, dessen Förderung sich die Gesetzgeber besonders angelegen sein liessen: vor allem anderen mit dem berühmten § 7c des Einkommensteuergesetzes, der, um mit Professor Bühler zu reden, eine wahrhaft «romanhafte Entwicklung» genommen hat. Welcher Fachmann es auch unternähme, den Roman dieses Paragraphen zu schreiben – und, weiss Gott, er verdiente es, geschrieben zu werden –, er müsste zu dem gleichen Ergebnis kommen wie der Gelehrte, der in seinem Handkommentar sagt: «Sicher hat der § 7c am Bau der 400'000 Wohnungen in jedem der Jahre seit 1950 einen beträchtlichen Anteil, aber dieser Nutzen ist teuer und nicht ohne Einbruch in die Steuermoral erkaufte. Dabei wirkte besonders fatal Folgendes: Je grösser eine Unternehmung oder Gesellschaft war, je mehr andere Unternehmen oder Gesellschaften sie irgendwie beherrschte und je mehr Kredit ein solcher Unternehmer fand, desto grössere Summen konnte er unter Kombination der beiden Wege des § 7c (Gewährung zinsloser Kredite und verlorener Zuschüsse) aus der Steuer herausbringen.»

Wir können es uns ersparen, der von Professor Bühler zitierten Behauptung der «politischen Agitation» im Einzelnen nachzugehen, «unsere Steuergesetze prallten trotz ihrer hohen Progression an finanzkräftigen Steuerzahlern ganz einfach ab», um der Wahrheit näherzukommen. Was unter dem Schutz des § 7c vorgegangen ist, lassen die Zahlen mindestens ahnen:

Ende 1955 besaßen die Unternehmen des Ruhrkohlenbergbaus insgesamt 57'750 werkseigene Wohnhäuser mit 168'916 Wohnungen. Dazu kamen dann noch die Baulichkeiten der montanindustriellen Wohnbaugesellschaften (Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf; Ruhrwohnungsbau AG, Dortmund; Westfälische Wohnstätten AG, Dortmund; Rheinisch-Westfälische Wohnstätten AG, Essen; Rheinische Wohnstätten AG, Duisburg): Ihrer fünf besaßen Ende 1954 insgesamt 26,65 Mill. qm Gelände, von denen 18,40 Mill. qm bebaut waren. Die Zahl der Wohnhäuser, die von vier Gesellschaften errichtet worden waren, (für die Ruhrwohnungsbau AG fehlt die Zahl der Häuser), wird mit 22 901 Einheiten angegeben; insgesamt hatten die fünf Gesellschaften 88'568 Wohnungen vermietet. In diesen Zahlen sind die Häuser und Wohnungen der zahlreichen Tochtergesellschaften, die sich um jedes der grossen Wohnbauunternehmen gruppieren, noch nicht enthalten. Aber auch ohne dies sind die Zahlen von einer fast ehrfurchtgebietenden Höhe. Denn wenn man, so bescheiden wie möglich, annimmt, dass der Ruhrbergbau und die montanindustriellen Wohnbaugesellschaften Ende 1955 insgesamt 265'000 Wohnungen vermietet hatten und dass die eisenschaffende Industrie, einschliesslich Krupp, über weitere 20'000 Werkswohnungen verfügte, so kommt man auf eine Gesamtzahl von 285'000 Wohnungen, über die die Schwerindustrie nicht zuletzt dank der Wohltaten des romanhaften §7c des Einkommensteuergesetzes Ende 1955 gebieten konnte: genug um eine Bevölkerung von etwa 1,2 Millionen aufzunehmen.

Die Macht, die die Schwerindustrie als Grund- und Hausbesitzer dank dem verständnisvollen und von der öffentlichen Meinung stillschweigend akzeptierten Beistand der Gesetzgebung in ihrer Hand zusammenfassen konnte – die Macht über den unbehausten Menschen unserer Tage –, trägt sicherlich nicht wenig dazu bei, das Machtpotential zu steigern, das als Folge der Rekonzentration und des Aufschwungs der Produktion die grossen Konzerne der Montanindustrie verkörpern. Statt neue Einzelheiten vorzubringen, die diesen Vorgang doch nur unzulänglich illustrieren könnten, seien hier nur einige Zahlenpaare genannt: Im Zeitraum 1936-1938 wurden im Deutschen Reich (einschl. Saargebiet) je Kopf und Jahr 263 kg Stahl verbraucht, 1955 waren es 410 kg (+55,9 Prozent). Die entsprechenden Zahlen lauten für die USA 318 bzw. 620 kg (+95 Prozent). Die Vereinigten Staaten sind uns als Stahlverbraucher immer noch weit voraus. Freilich. Aber Westdeutschland stand 1955 vor Schweden (402 kg) und England (367 kg) in dieser Hinsicht Amerika am nächsten unter allen Ländern der Welt.

Was andererseits den Energieverbrauch angeht, an dem sich im Zeitalter des elektrifizierten Haushalts und der Motorisierung nicht nur die Produktivkraft, sondern in höherem Masse noch der Lebensstandard eines Volkes bemisst, so stehen wir zwar sehr weit hinter Amerika und einigen europäischen Ländern zurück, weisen aber eine schnellere Progression als selbst die USA aus. Stieg doch der deutsche bzw. der westdeutsche Energieverbrauch, auf Steinkohle umgerechnet, von 2,12 t je Kopf im Jahre

1937 auf 3,35 t im Jahre 1955 (+58 Prozent), während er in den Vereinigten Staaten «nur» noch von 5,89 t auf 8,25 t (+40,1 Prozent) zunahm.

Immerhin zeigen auch diese Zahlen, um wieviel die Bedeutung der Montanindustrie in ihrer Gesamtheit – der grossen Konzerne, die die Basisproduktion vom Bergbau bis zur Stahlerzeugung beherrschen – für die Masse des deutschen Volks gewachsen ist, wieviel breiter, stärker, fester fundiert die materielle Basis ihrer Macht geworden ist, wieviel weiter der Einfluss reicht, den sie, weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus, ausüben kann.

Aber es verhält sich beileibe nicht so, dass wir dem Phänomen der Machtkonzentration nur im Bereich der Schwerindustrie, der chemischen Industrie oder etwa der Kreditwirtschaft begegnen.

Ein naheliegendes Beispiel, das auch den «kleinen Mann» angeht, sei es als Angehörigen, sei es als Kunden des Gewerbes, bietet etwa die Bauwirtschaft.

In Nordrhein-Westfalen zählte das Bauhauptgewerbe im Juli 1950 noch 11'184 Kleinbetriebe – d.h. Betriebe mit 1-9 Beschäftigten – in denen 44'967 Menschen oder 15,7 Prozent aller im Bauhauptgewerbe Tätigen arbeiteten, im Juli 1956 waren nur noch 7'649 Kleinbetriebe mit 34'134 Betriebsangehörigen vorhanden, die 7,7 Prozent der Gewerbeangehörigen repräsentierten.

Und nun die Kehrseite der Medaille: Im Juli 1950 gab es erst 133 Grossbetriebe – d.h. solche mit 200 und mehr Betriebsangehörigen – bei denen 51'005 Angestellte und Arbeiter oder 17,8 Prozent aller zum Bauhauptgewerbe zählenden Arbeitnehmer arbeiteten. Im Juli 1956 zählte man 282 Grossbetriebe, deren 115'286 Betriebsangehörige 26,3 Prozent aller im Bauhauptgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer stellten. Und jeder Frostperiode fallen, wenn sie nur lang genug andauert, weitere Kleinbetriebe zum Opfer, die nicht den Kredit oder den Rückhalt bei mächtigen Konzernen haben, um die arbeitslose Zeit zu überdauern. Aber auch die grossen Bauunternehmen werden ihres Lebens oft nicht mehr froh; denn wenn sie schon das Glück hatten, einen lohnenden Auftrag der Schwerindustrie zu verbuchen, können sie fast sicher damit

*Maschinen- und Geräteausstattung des Bauhauptgewerbes in
Nordrhein – Westfalen*

Stück	Geräteart:	Ende Juli 1950	Ende Juli 1956
	Betonmischer	14 323	30 611
	Turmdrehkrane	82	2 022
	Bauaufzüge	8 197	16 010
	Förderbänder	1 373	4 909
	Bagger	605	2 489
	Lastwagen	4 232	9 690
	Strassenwalzen	671	1 768
	Kompressoren	1 883	4 026
	Pumpen	4 085	6 690
	Rammen	906	2 376
	Stahlrohrgerüste	512 ¹	2 494

¹Tonnen

rechnen, dass sie alsbald von den Vertretern einer Baustoffhandlung aufgesucht werden, die dem auftraggebenden Konzern nahesteht, und dann zu Preisen kaufen müssen, die sie mit saurer Miene zur Kenntnis nehmen. Das ist indessen nur ärgerlich und keineswegs tragisch zu nehmen; denn wenn man sich einmal die Entwicklung der Geräteausstattung ansieht, die sich nur die größeren Baubetriebe leisten können, so sieht man doch, dass der Konzentrationsprozess im Bauhauptgewerbe von einer so gewaltigen Anreicherung der produktiven Substanz begleitet war, wie man es selbst im Zeichen des Wirtschaftswunders kaum für möglich gehalten hätte.

Unter den zahlreichen Vorgängen, die geeignet sind, das Übergreifen des Konzentrationsprozesses auf die Sphäre der Verarbeitung zu illustrieren, verdient unsere besondere Anteilnahme die Interessenausweitung bei Grundig und bei Diehl.

Die Grundig-Radiowerke GmbH, Fürth/Bayern, die Max Grundig nach dem Krieg aus kleinsten Anfängen geschaffen hat – er beschäftigte 1947 68, in Worten: achtundsechzig Ukrainerinnen und 1948 auch erst 368 «Mann» beiderlei Geschlechts mit der Erzeugung des «Heinzelmann»-Geräts –, verfügt heute in Bayern über sechs Werke mit 13'000 Arbeitnehmern und ein Montagewerk in Belgien; der Bau eines weiteren Werks wurde in Bayreuth in Angriff genommen. Wie ihm bei einem Umsatz von 162 Mill. DMark im Jahre 1955 und schätzungsweise 200 Mill. DMark im Jahre 1956, wovon die Hälfte auf den Auslandsumsatz entfiel, das Kunststück gelang, die Ausweitung seiner Produktion weitgehend durch Eigenfinanzierung ins Werk zu setzen, ist schwer zu begreifen – auch wenn man berücksichtigt, dass die Rundfunkindustrie ihrer Struktur nach arbeitsintensiv ist und folglich weniger Investitionsaufwand erfordert als etwa die Schwer- oder, um einen ganz anderen Gewerbezweig zu nennen – die Margarineindustrie. Immerhin, Grundig schaffte es, die in seiner Branche spektakulärste Expansion aus eigener Kraft, vielleicht sogar: aus eigenem Vermögen, durchzustehen. Und nicht nur das. Im Januar 1957 erwarb er – vermutlich allerdings mit Bankenunterstützung – die Mehrheit des 8-Mill.-Kapitals der Triumph-Werke Nürnberg AG: eines Unternehmens, dessen Produktion bei einer 3'600-köpfigen Belegschaft zu zwei Dritteln aus Schreib- und Buchungsmaschinen, zu einem Drittel aus Fahr- und Motorrädern, Mopeds und Zubehörteilen des Zweiradbaus besteht.

Nicht weniger überraschend als die Nachricht von dieser Interessennahme war im Monat zuvor die Meldung, dass die Metall-Guss- und Presswerk Heinrich Diehl GmbH, Nürnberg (Gesellschafter Heinrich Diehl mit 4,5 Mill. DMark, Werner, Peter und Thomas Diehl als Erben der Frau Grete Diehl mit zusammen 0,5 Mill. DMark) die Mehrheit der Gebr. Junghans AG, Schramberg (AK 7,98 Mill. DMark), einer der bekanntesten deutschen Uhrenfabriken, erworben und sich mit etwa 36 Prozent auch an der Brunsviga Maschinenwerke AG, Braunschweig, beteiligt habe, während die zum AEG-Konzern gehörende Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven, einen etwas grösseren Anteil, dem Vernehmen nach: 46 Prozent, in ihren Besitz bringen konnte.

Diehl produziert selbst Rechenmaschinen (Archimedes-Lizenz), Uhren und allen Zubehör für die einschlägigen Fabrikationen; insofern scheint der Konzentrationsvorgang, in dessen Mittelpunkt die Nürnberger Firma steht, durchaus organisch. Beachtend ist nur, dass wir auch in diesem Fall Zeugen eines Konzentrationsprozesses sind, der für zwei alte, in aller Welt bekannte Firmen- Junghans und Brunsviga – den Verlust ihrer unternehmerischen Eigenständigkeit im Gefolge gehabt hat.

Auf einem Gebiet freilich ist die Konzentration geringer geworden, als sie schon lange vor dem Krieg war: in der Zigarettenindustrie. Vor dem Krieg beherrschten Reemtsma und Neuerburg etwa 85 Prozent der Erzeugung, heute teilen sich vier oder fünf Firmen in diesen Anteil.

Da ist zunächst die British American Tobacco Co (C.E.) GmbH, Hamburg, mit der Haus Bergmann Zigarettenfabrik GmbH, Hamburg, der Garbaty GmbH, Hamburg, und der Batberg Cigarettenfabrik GmbH, Bayreuth, die ihre neue Blüte namentlich dem Aufkommen jener Geschmacksrichtung verdankt, welche die orientalische Zigarette als «zu leicht» ablehnt.

Da ist zum zweiten die Haus Neuerburg GmbH, Trier (Gesellschafter Heinrich, Elisabeth, Gottfried und Helmut Neuerburg, Frau Margarete Köser und Frau Irmgard von Rodenkirchen), deren Marken Overstolz, Haus Neuerburg Orient, Ravenklau, Mercedes und Löwenbrück – sich immer noch grosser Beliebtheit erfreuen. Es ist jedoch kennzeichnend, dass das «Haus Neuerburg» seine wirtschaftliche Stellung nicht mehr ausschliesslich auf die Zigarettenfabrikation gründet, sondern sich mit grossem Erfolg einem neuen Wirtschaftszweig, der industriellen Obstverwertung, zugewandt hat: Die Neuerburg Obsterei, Trier, an der Paul, Herman und Gottfried Neuerburg als persönlich haftende Gesellschafter, Frau Margarete Köser geb. Neuerburg

Brinkmann GmbH, Bremen

Geschäftsführer: Wolfgang Ritter

	Jürgen Wilhelm Fahl	DMark
<i>Gesellschafter:</i>	Wolfgang Ritter.....	191 400
	Helmut Ritter	72 200
	Frau Maria-Elisa Kristinus	138 600
	Jürgen Wilhelm Fahl	22 800
	Brinkmann GmbH	55 000

Stammkapital: 480'000

Kristinus GmbH, München

Geschäftsführer: Konsul Dr. Friedrich Kristinus

	August Becker	DMark
<i>Gesellschafter:</i>	Konsul Dr. Friedrich Kristinus.....	80 000
	Wolfgang Ritter	80 000
	Maria-Elisa Kristinus	40 000

Stammkapital: 200'000

und Heinrich Neuerburg als Kommanditisten beteiligt sind, sowie die Lorenz und Lihn Obstedelerzeugnisse GmbH, die von ihrem Alleingesellschafter Herman Neuerburg geleitet wird, spielen eine hervorragende Rolle in ihrem Wirtschaftsgebiet.

Die Bremer Firma Brinkmann GmbH dagegen und die mit ihr eng verbundene Münchner Firma Kristinus GmbH sind beim Tabak geblieben. Sie haben sich heute schon einen bedeutenden Marktanteil gesichert, den sie mit Hilfe einer energischen und geschickten Werbung immer noch ausweiten. Das Brinkmann-Programm umfasst die Marken Alva, Lux, Mokri, Texas, Lloyd, Lande und Sultan; Kristinus produziert zwei 7[^] Pf-Zigaretten (Tonga und Job), ferner die Marken Medina, Gloria, Filtra, Stella, Peer, Lord, Lawrence und Prince of Wales.

Den Löwenanteil am deutschen Zigarettenmarkt besitzt aber, wenn nicht alles trägt, immer noch Reemtsma, d.h. die H.F. & Ph.F. Reemtsma KG mit ihrer Betriebsgesellschaft, der Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH, Hamburg; denn auf ihr Konto kommen: Ova, Ernte 23, Eckstein, Juno, Salem, Zuban, Gelbe Sorte, Senoussi, Astor,

H.F. & Ph.F. Reemtsma KG, Hamburg

Persönlich haftende

Gesellschafter: Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH DMark

Kommanditisten:

1. Hermann F. Reemtsma, Hamburg	3 240'000
2. Philipp F. Reemtsma, Hamburg	6 840'000
3. Alwin Reemtsma	720'000
4. Herbert Gütschow, München	2 196'000
5. Wwe. Gerda Heldern geb. Peimann, Hamburg	900'000
6. Prof. Dr. Philipp Möhring, Karlsruhe	2 604'000
7. Turmac Tabak Maatschappij	

1-7. zusammen: 18'000'000

Gesellschafter der Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH, Hamburg

1. Philipp Reemtsma i. Gesamthandgemeinschaft mit Jan Phil. R. Hamburg-Blankenese	DMark 1'900'000
2. Jan-Phil. Reemtsma, Hamburg-Blankenese	150'000
3. Herrn. Hinrich Reemtsma, Hamburg-Blankenese	1'000'000
4. Herbert Gütschow, München	152 500
5. Frau Kathleen Heegaard, Hamburg	152 500
6. Frau Louise Keller, Bad Wildungen	152 500
7. Frau Elaine Hitzbleck, Düsseldorf	152 500
8. Feiko Reemtsma, Hamburg-Bahrenfeld	100'000
9. Jan Berend Reemtsma, Salzhausen	100'000
10. Felix Schnur, New York	285'000
11. Mrs. Gertrud S. Rychtarik, New York	285'000
12. Mr. Jules Alexander, New York	285'000
13. Mr. Alexander Craven, New York	285'000

Stammkapital: 5'000'000

Abdulla und Erste Sorte – alle die Marken, die dem Raucher seit Jahrzehnten als feststehende Begriffe gelten. Wenn einmal die Reemtsma-Saga geschrieben wird, so wird sie auf einem ostfriesischen Bauernhof beginnen, wird dann vom Glück und Geld eines Kantinenpächters in Erfurt berichten, der 1910 als Teilhaber in die Firma «Dixi» eintrat, die ihre Zigarettenfabrikation in einer Siebenzimmerwohnung betrieb, und sich aldann den erfolgreichen Söhnen des unternehmungslustigen Vaters zuwenden. Sie wird nicht nur Familiengeschichte, sondern auch Wirtschafts-, Steuer- und Konzerngeschichte, Skandal- und Prozessgeschichte und ein wenig selbst aus der Geschichte des Dritten Reiches bringen, kurzum, sie kann – wenn der Autor nur will – das bunteste Kapitel zur Sittengeschichte unserer Epoche beisteuern, das man sich vorzustellen vermag.

Zum Schluss wird sie vielleicht davon erzählen, dass die Wikinger, der Erobererzüge müde geworden, nicht mehr darauf aus sind, die blauumwölkte Welt der Zigarette allein zu beherrschen, sondern dass sie eher darauf Bedacht nehmen, ihren Reichtum risikofrei anzulegen und behaglich zu geniessen. Die Familie Reemtsma besitzt heute nicht nur ihren Zigarettenkonzern, sondern sie hat sich – da Bier und Zigaretten nun einmal zusammengehören – über die Firma Beck & Co den entscheidenden Anteil an der Haake-Beck Brauerei AG, Bremen, gesichert, die ihrerseits die Winterhuder Brauerei, Hamburg, zu 100 Prozent, die Mehrheit bei der Aktienbrauerei Karlsburg, Bremerhaven, mit der Bürgerhaus Lehe GmbH in Bremen-Lehe, der Hemelinger Aktien-Brauerei, Bremen-Hemeligen, und der Bremer Brauerei AG, einer Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft, sowie etwa ein Drittel der Union-Brauerei AG, Bremen, und der «Casino» AG, gleichfalls in Bremen, besitzt. Sie ist ferner zu etwa 5 Prozent an der Ilseder Hütte beteiligt, und schliesslich bewirtschaftet Philipp Reemtsma noch die Schleswig-Holsteinischen Güter Trenthorst und Wulmenau (zusammen 989 ha) in der Gemeinde Westerau, Kreis Stormarn, die mit ihrem Reichtum an Pferden und Kühen etwas von der Neigung des ostfriesischen Bauernstämmings verraten, zum bodenständigen Tagewerk der Väter zurückzukehren.

So fehlt zum Schluss nicht einmal die Idylle in der Darstellung der Epochen: die luxuriöse Idylle patriarchalischer Neigungen zu Ackerbau und Viehzucht inmitten einer Welt, deren Menschen sich im Hunger nach dreissig Quadratmetern Wohnfläche und einem Gärtchen für die Kinder verzehren.

Gottlob, dass wir in dieser Welt die Luft der Freiheit atmen können. Aber darüber können und sollen wir nicht versäumen, uns Rechenschaft über die grossen Machtverschiebungen und -Zusammenballungen zu geben, die unseren Anteil, den Anteil der schlichten Staatsbürger, an der Gestaltung unserer materiellen und kulturellen Daseinsbedingungen immer enger eingrenzen. Der Mechanismus der Kräfte, die im Zeichen des Wirtschaftswunders und mit der Zielsetzung entfesselt wurden, die wirtschaftliche Produktivität und den Wohlstand Deutschlands zu heben, hat unversehens dahin geführt, in den Händen weniger mehr Wirtschaftsmacht zu konzentrieren, als wir jemals bei einem so kleinen Kreis von Persönlichkeiten vereinigt sahen. Die Farce

der Entflechtung ist fast schon vergessen, die Macht der Konzerne grösser als zuvor. Ihnen, den Grossen der Wirtschaft, den alten reichen Familien und der kleinen Zahl der newcomers, denen Glück, Zufall, Brutalität und Findigkeit, aber auch persönliche Unzulänglichkeit und Unkenntnis der wirtschaftlichen Kräfte und Zusammenhänge auf Seiten der politisch Verantwortlichen zu oftmals unverdienten Erfolgen verholfen hat, ihnen und der Hierarchie ihrer Interessenvertretungen gehört Deutschland in einem Mass, das die Aufmerksamkeit, ja die Besorgnis aller Verantwortungsbewussten erregen muss. Und zwar umso mehr, da der Anteil des Auslandskapitals an den produktiven Kräften unserer Wirtschaft beständig wächst, während andererseits deutsches Kapital in steigendem Umfang ins Ausland abwandert.

Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, von den Männern, denen es die Regierung anvertraut, in den kommenden Jahren zu erwarten, dass sie der Frage, wem denn nun Deutschland gehört, wer in letzter Instanz über die materiellen Lebensbedingungen des deutschen Volkes gebietet, die grösste Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Aktien des Volkswagenwerks sind keine Antwort auf diese Frage.

Die Antwort können nur die in Freiheit gewählten Volksvertretungen geben, die, gestützt auf die öffentliche Meinung, immer aufs Neue das Problem zu diskutieren haben, wie öffentliches und privates Interesse in Einklang zu bringen seien. Doch dazu bedarf es nicht nur der genauesten Kenntnis des Wirtschaftsprozesses, sondern auch des leidenschaftlichen Willens der Gesetzgeber, die Kräfte der Wirtschaft planvoll zu steuern und unter ihrer Kontrolle zu halten.

PERSONEN- UND FIRMIENREGISTER

- Aachener Feuerversicherungsges. 262 f
Aachener Rückvers.-Gesellschaft 261, 267 f, 289, 292
Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit 263
Aachener Volkszeitung 157
Aachener u. Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft,
Aachen 261, 265, 267 ff, 274, 288, 292, 295, 297, 300
Aachener u. Münchener Feuerversicherungsgesellschaft, Berlin 289
Aachener- und Münchener Lebensversicherungsges.-AG, Karlsruhe 261, 264, 267
Aachen-Leipziger Vers. AG 288 f, 289, 292, 295, 300
Aachen-Potsdamer Lebensversicherungs AG 264
Abendpost 211, 215 f
Abendzeitung GmbH 230 ff
Abs, Hermann J. 225
Accumulatoren Fabrik AG, Hagen 536
Achenbach, Heinrich von 103 M.
Achgelis Söhne GmbH,
Bremerhaven 427
Adenauer, Dr. Konrad 364, 385, 389, 391 f, 397, 400 ff, 410 f, 411
Adickes, Oberbürgermeister 127
Adler, Richard 642
Adler, Max Friedr. Wilh. Herbert 642
Adler jr., Rich. Claus Wilh. Herbert 642
Adler, Gerhard Rich. Petter 642
Adler, Niels Christian 642
Adler, Inge Johanne Marie 642
Adler, Gerh. Werner John Christian 642
Adler & Söhne KG, Reederei Richard 642
Adlerwerke 492
Adler Werft GmbH 642
Adolf AG, J. F. 588
AEG 192, 364, 403
AEG-Elotherm GmbH, Remscheid 373
AEG-Konzern 672
Afina-Gummiwerke GmbH 536 «Ag»
Aktiengesellschaft für Automobilbau 418
Agefko Kohlensäure-Werke GmbH,
Düsseldorf 337
Agrira-Verlag 181
«Aglukon» Gesellschaft f. chem.-pharmazeutische Präparate GmbH, Düsseldorf 427
Agnes von Württemberg, Herzogin 595
Agrar- und Commerzbank 137
Agricola, Prof. Rudolf 208
Agricola GmbH, Scharfenstein 503
Agrippina Allgemeine Versicherungs AG, Köln 277, 278, 292, 295, 300
Agrippina-Gruppe 277
Agrippina Lebensversicherungs-AG, Berlin 277, 289, 295
«Agrippina» See-, Fluss- u. Landtransport-Versicherungs-Gesellschaft, Köln 277, 278, 289, 293, 295, 297
AG der Chem. Fabriken, Pommerendorf-Milch 565
AG f. Bergbau u. Hüttenbetriebe, Salzgitter-Drütte 546, 667 f
AG für Bergbau u. Zinkhüttenbetriebe, Lipine 75
AG für Hoch- und Tiefbauten, Essen 199, 420
AG f. Industriebeteiligungen 530
AG für Kohleverwertung 363
AG Siegener Eisenindustrie 308
AG Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Überseehandel 648
AG für Südosthandel, Wien 420
AG für Teer und Erdölindustrie 64
AG f. Unternehmungen d. Eisen- und Stahlindustrie, Essen 453
AG für Verkehrswesen u. Industrie, Frankfurt/M. 616, 618 ff, 621 f, 622, 625, 627 f
Aktiengesellschaft «Weser», Bremen 454, 542, 657
AG Oberbilker Stahlwerke, Düsseldorf 362
Ahaus-Enscheder Eisenbahn-Ges., Ahaus 587
Ahrenkiel, Christian F. 658
Aktienbrauerei Karlsberg, Bremerhaven 675
«Ala» Allgem. Anzeigen GmbH 129 ff, 134, 136, 143, 153
Albelan Baggeren Bouw-Maatschappij, N. V. Den Haag 620
Alberta Phoenix Tube and Pipe Ltd., Edmonton/Canada 353, 372
Albert, Heinrich F. 620
«Albingia» Versicherungs-AG 289, 292, 295, 297, 300
«Albula» Vermögensverwaltungs GmbH 339
Alexander, Dr. H. G. 187
Alexander, Jules 674
Alfreda GmbH, Hanau 331
Alien Property Custodian 422
Alka Nürnberger Warenhandelsges.mBH, Nürnberg 610
Allgemeine Handel Maatschappij, N. V. Rotterdam 660
Allgemeine Baugesellschaft Lenz & Co 618, 619
Allgem. Deutsche Eisenbahn AG 619
Allgem. Deutsche Eisenbahnbetriebsgesellschaft mbH, Berlin 622
Allgem. Deutsche Kreditanstalt 81
Allgem. Finanzierungs-GmbH, Rüsselsheim 494
Allgem. Hoch- und Ingenieurbau AG, Düsseldorf 336
Allgem. Kapitalanlage AG, Düsseldorf 616
Allgemeine Köln. Rundschau 208
Allgem. Lokalbahn und Kraftwerke AG, Frankfurt/M. 628
Allgem. Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG 289, 292, 295, 297, 300
Allgem. Verlagsges. mbH, Frankfurt 223 f, 227
Allianz-Konzern 256 ff
Allianz Lebensversicherungs- AG, Stuttgart 251
Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank AG 256
Allianz Versicherungs AG, München-Berlin 245, 250, 251, 274, 289, 292 f, 295, 297, 300, 336 f, 601
Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-AG 246, 256
Aloverzee Handelsges. mbH, Düsseldorf 454
Alsborg, Dr. Rechtsanwalt 375
Alte Haide Gemeinnützige Bauges. mbH, München 320
Alterum Kredit AG 136
Alterum Verwaltungs-GmbH 146, 153
Althoff, Theodor 608 f
Altonaer Nachrichten 177
Alpine Montan-Gesellschaft 309
Altpeter, I. C. 509
Alzheimer, Dr. Alois 250
Amoneit, Alkea 146
Ammoniakwerk Merseburg GmbH 554, 564
Amsinck, Herbert G. C. 645
Anders, Carl N. 213

- «Angelika» Ruhrkohlen-Verkaufsges.
mbH, Essen 320
- Anglo-Iranian Oil Co, Ltd. 540 f, 547
- Anglo Saxon Petrol Company Ltd. London 534
- Anhaltische Kohlen AG 313, 667 f
- Anilin- & Sodafabrik AG 541
- Anker Kaufstätte GmbH, Mannheim 607
- Annener Gussstahlfabrik 327
- Ansmann, Bankhaus Heinz 257
- Anschütz, Prof. Gerhard 57, 58, 386
- Anstalt für Rückversicherung Deutscher
Tierversicherungsvereine AG 290
- Antal, Emmerich 380
- Apirbecker Aktienverein für Bergbau
327
- Arabian American Oil Company «Aram-
co» 545
- Arbed Luxemburg 319, 321
- Arbeitsgemeinschaft Hüttenwerk Vene-
zucla 465
- Arbeitsgemeinschaft südd. Heimatzeitun-
gen GmbH 169
- Arco Verlag, Graf Maximilian 117
- Ardey Verlag GmbH, Dortmund 202,
204
- Arenberg, Engelbert Ludwig Herzog von
55, 63
- Arenbergsche AG für Bergbau- und
Hüttenbetrieb 69, 93, 95, 96, 97, 563
- Aretin, Erwein Freiherr von 150, 151
- Argenta Schokoladenwerk GmbH, Köln
607, 611
- Argo-Reederei 655
- Arnim, Gabriele Luise von 114, 626, 628
- Arndt, Dr. Siegfried 338
- Arnhold Bankgesch. Gebr. 65
- Arnhold, Max 65
- Arnhold, Georg 65
- Arnhold, Geh. Kommerzienrat 65, 78
- Arnold, Bankhaus 420
- Arnold, Karl 160, 164, 205, 208
- Arnst, Paul 345
- Asbacher Hütte 99
- Aschrott, Sigmund 68
- Assicuranz Compagnie Mercur, Bremen
251
- Associated Press 135, 186
- Asthöwer, Familie 98
- ATG Maschinenbau GmbH, München
316, 318, 322
- Athmer, Clemens 613
- Atlanta-Schiffahrts-GmbH, Berlin 650
- Atlas Lebensversicherungs-AG, Heidel-
berg 261, 267, 290
- Atlas-Werke AG, Bremen 428, 657
- Auer-Gesellschaft 68
- Augstein, Rudolf 177, 184 ff
- Auguste Viktoria, Kaiserin 13, 15 f, 17
- Autorisks, Algemeene Verzekering
Maatschappij Amsterdam 266
- Aura Weberei GmbH, Augsburg 591
- Ausland-Anzeigen-GmbH, Essen 128 f
- Ausland GmbH 128, 134
- Auslands-Verlags-GmbH 136
- Automobil-, Verkehrs- und Übungs-
strasse AG 419
- Auto-Union-GmbH, Ingolstadt 320, 322,
476, 478 f, 498, 499 f, 502 f, 503
- Auto-Union Berlin GmbH, Berlin-Ha-
lensee 500, 502
- Auto-Union AG, Ingolstadt 501 f, 502
- Auto-Union Kredit GmbH, Ingolstadt
503
- Auto-Union Ltd., Rio de Janeiro 503
- Auto-Union South Africa Ltd.,
Johannesburg 503
- S.A. Auto-Union, Pretoria, Südafrik.
Union 503
- Azet Gesellschaft für Rohr- und
Baumaterialherstellung mbH & Co
KG, Wanne-Eickel
- Badische Pferdeversicherungs-Anstalt,
München 251
- Badische Wolframmerz-Ges. mbH, Söllin-
gen 454
- Bäder-Nachrichten-Schnelldienst-
GmbH, Berlin 81
- Bahlsen's Keksfabrik KG, Hannover 224
ff
- Bailey, Louis W. F. 494
- Balke, Dr.-Ing. Siegfried 560 f
- Ballestrem, Graf Franz von 63
- Ballestremsche Montanwerke, Gräfl. von
63
- Ballin, Albert 637, 648
- Bamberger 118
- Bamberg, Charlotte 592
- Bamberg, Marie Luise 593
- Bang, Friederun 146
- Bank der Deutschen Arbeit 620 f, 621
- Bank deutscher Länder 459 f, 499
- Banque de Paris et des Pays Bas 409
- Bank voor Handel en Scheepvaart N.V.
Rotterdam 363, 367, 370
- Barbara Erzbergbau AG, Düsseldorf
353, 372, 374
- Barbencon, Johann von 55
- Bagel, Düsseldorf 68
- Bargenhusen, Jahn 548, 549, 551, 569
- Barmer Bankverein 420
- Baroper Walzwerk 420
- Barrol, Lawrence S. 494
- Barsch, Gerhard 186
- Bärsch, Heinrich 494
- Bartels, Wolfgang 198, 200
- Barth v. Wehrenalp, Erwin 207
- Bartl & Cia, Eugenio 416
- Barking, Dr. H. 368 Basalt AG, Linz 561
- Basse & Selve, Altena 66
- Batberg Cigarettenfabrik GmbH, Bay-
reuth 673
- Baubeschlagfabrik Rheda 361
- Baudienstorganisation für neue Bauwei-
sen GmbH, Bonn 373
- Baugemeinschaft d. Arbeitgeber, Hagen-
Ennepe-Ruhr GmbH, Hagen 374
- Baumgarten, Hans 218 f
- Baumgarten, Prof. 109
- Baumhoff, Josef 208
- Baustahlgewebe GmbH, Düsseldorf 373
- Bayer, Friedrich 552 f
- Bayerlander, Annemarie 592
- Bayerische Mineral-Industrie-AG
(Mobil-Oil) 538, 546
- Bayer. Pflugfabrik GmbH, Lands-
berg/Lech 330
- Bayerische Rohrhandelsges. Halberg
mbH, München 329
- Bayerische Rückvers. AG 298
- Bayerische Versicherungsbank Aktien-
gesellschaft, vorm. Versicherungsan-
stalten d. Bayerischen Hypotheken-
Wechselbank 251, 295, 298,
- Bayr. Hypotheken u. Wechselbank,
München 455 München 455
- Beckerath 118
- Becker (Favag) 244
- Becker, Dr. Heinrich 203 f
- Becker, Dr. Johann 139, 141 f
- Becker, Johannes, Winterberg 198, 200
- Becker, Stahlwerk AG, Willich 340
- Becker & Wrietzner Verlag 165
- Becker, Ed. & Co AG, Leipzig 492,
675
- Beck u. Co 675
- Beckler und Gutmann 135
- Beiersdorf, P. & Co AG, Hamburg 239
- Beitz, Berthold 449, 458, 865
- Benckiser, Gebr. 508
- Benkenburg, Wilhelm 128
- Bennet, Sir Albert 620
- Bentheim-Tecklenburg, Graf von 262
- Benzt, Carl Friedrich 467 f, 468, 508
- Benzt & Cie AG 504
- Benzin-Benzol-Verband (BV
Aral AG) 535, 538
- Beratungsstelle für Stahlverwertung 192
- Berg, Fritz 250
- Berg, Baronin von 347

- Berg-Metallbank, Frankfurt/M. 127
 Bergbau- und Hütten-AG Friedrichs-
 hütte 350
 Bergbau- u. Hüttenbetriebe AG, Salzgit-
 ter-Drütte 525, 537
 Bergbau- und Industriewerke GmbH,
 Düsseldorf 374 Bergbau-Verein 414
 Berger, Julius 250
 Berger Tiefbau AG, Julius 47, 457
 Berggeist AG, Brühl 338
 Berghes, Ferry von 95, 97
 Berghes, Maja von 95
 Bergische Textilges. mbH, Elberfeld 600
 Berglas 604 f
 Bergmann Zigarettfabrik GmbH,
 Haus, Hamburg 673
 Bergungs-AG 638 Bergwerksges.
 Dahlbusch 225
 Bergwerksges. Georg von Giesches
 Erben 54
 Bergwerksges. Trier mbH 94
 Bergwerksges. Walsum mbH, Dinslaken
 369 f
 Bergwerksverein König Wilhelm 327
 Berlin-Anhalter Maschinenfabrik 403
 Berliner Abendblatt 302
 Berliner Abendpost 81, 127
 Berliner Aktienges. für Anilinfabrikation
 (Agfa) 553
 Berliner Feuer-Versicherungsanstalt
 290, 292 f, 295, 298, 300
 Berliner Gaswerke 242
 Berliner Hagel-Assecuranz Gesellschaft
 von 1832,
 Berlin 251, 261, 290
 Berliner Handelsblatt 325
 Berliner Handels-Gesellschaft
 Frankfurt a.M. 81, 130, 225, 418, 420,
 620, 628
 Berliner Handelskammer 252
 Berliner Illustrierte Zeitung 80, 127
 Berliner Lokalanzeiger 80, 81, 85, 133,
 375
 Berliner Morgenpost 127, 174, 183
 Berliner Morgenzeitung 48, 64, 79
 Berliner Stahlschalungsges. mbH, Berlin
 318
 Berliner Tageblatt 48, 64, 79, 127, 218 f,
 323, 548
 Berliner Volkszeitung 48, 64, 79
 Berliner Warenhaus A. Benn-
 heim, Königsberg/Ostpr. 600
 Berliner Zeitungsdrucke GmbH 182
 Berlinische Lebensversicherung-AG,
 Berlin-Wiesbaden 251,
 290, 292 f, 298, 300
 Bernhard, Georg 219, 382 f
 Bernhard, Prof. Ludwig 129, 131, 133,
 137, 139 f, 143, 144
 Berning, Dr. 213
 Bernstein, Eduard 121
 Berrang, Dir. Paul 651
 Besser, A. 583
 Besser, Klaus 183
 Bethke, Margarethe 628
 Bethlen-Falva-Hütte 75
 Bethmann-Hollweg, von Theodor 130
 Betonstahl GmbH, München 455
 Betz, Dr. Anton 151, 161 f, 173, 205
 Bienert, Traugott 590
 Bild am Sonntag 176, 180
 Bild-Zeitung 174, 176, 179 f, 182
 Bilz und Fraund GmbH, Zeitschriften-
 verlag Dr. 219
 Bing, Albert 62
 Bintz-Verlag GmbH, Offenbach a.M.
 215 f
 Bintz, Udo 216
 Bintz, Saskia 216
 Birkel 347
 Bishop, W. H. General 164
 Bismarck, Fürst Otto von 19, 25, 27, 91,
 414, 526
 Bismarck-Bohlen, Pauline Gräfin von
 88
 Bismarckhütte, Kattowitzer Bergbaue-
 sellschaft, Konzern 306 f, 308, 309
 Bleichröder, Dr. jur. James von 69, 78
 Bleichröder, Gerson von 52, 69
 Bleichröder, Hans von 66
 Blessing Karl 224 ff, 227
 Blohm & Voss AG 353, 634, 652,
 658 ff
 Blumenfeld, Reederei, Hamburg 455
 Bd. Blumenfeld GmbH, Berlin 455
 Bd. Blumenfeld GmbH, Hamburg 455
 BMW Bayrische Motoren-Werke 191,
 476, 478, 482, 488
 Bock, Emil Dipl.-Ing. 544
 Bochum-Hordeler Kohlenhandelsges.
 mbH 455
 Bochumer Verein 44, 192, 251, 306,
 394, 414, 440, 451 ff
 Bock, Godeffroy & Co 647
 Böcking, Heinrich 100
 Böcking, Rudolf 100, 111
 Böcking, Gustav 100
 Böcking, Eduard 100
 Böcking, Charlotte geb. Stumm 100
 Böcking, Karl August Bernhard 101
 Böcking, Ida 100
 Böcking, Rudolf u. Co 102, 110 f
 Bodendorfer Thermal-Sprudel GmbH,
 Bodendorf 454
 Boehmer, Brigitte von 146
 Boehm, General von 14
 Boehmer, Hanna 146
 Boesner, Ernst 331
 Boesner, Alfred 331
 Boesner GmbH, Friedrich, Augustenthal
 331, 626
 Bohl, Dr. Franz 250
 Bohlen, Bohl 434, 435
 Bohlen, Henry 434
 Bohlen, Caroline Mathilde 434
 Bohlen, Sophie 435
 Bohlen-Industrie AG, Glinde 566
 Bohlen-Halbach, Arnold 435
 Bohlen und Halbach, Alfried von 440
 Bohlen u. Halbach, Berthold von 94,
 565f
 Bohlen u. Halbach, Harald von 439, 566
 Bohlen-Halbach, Gustav von 433,
 434, 435, 436, 437, 442, 444
 Bohrer, Harry 185, 187
 Böhmer, Renate 97
 Böhringer & Reuss GmbH, Winterlin-
 gen, Wtbg. 644
 Böhringer & Reuss, Offenburg/Baden
 644
 Böker, Leonore 628
 Bollert GmbH, Köln 95
 Böninger, Adeline 64, 87
 Böninger, Theodor 88
 Bonelli, Piero 497, 498
 Bonner Lebensversicherung AG, Bonn
 277
 Borbet, Charlotte 146
 Borchers, Friedrich 249
 Borgward Automobil- und Motoren-
 Werke, Carl F.W. 191, 478, 507, 511,
 512, 514
 Borgward, Carl Friedrich 510 f, 512,
 514, 515
 Borgward, Elisabeth 512 f, 513
 Borgward, Kurt 513
 Borgward Argentina SA 512 Borgward
 Automobil-Verkaufs-ges. mbH,
 Hannover 513
 Borgward Leichtmetallwerke, Uphusen
 513
 Borgward-Udatin, Surabaia/Indonesien
 512
 Borgward Verkaufs-Ges. mbH, Bremen
 512
 Bornemisza, Baronin Margit von 346
 Börner, Dr. Hellmut 272
 Borsig, Ernst von 48, 68
 Borsig, Conrad von 48, 68
 Borsig, Maschinenfabrik A. 68
 Bosch GmbH, Robert, Stuttgart 191,
 312, 512, 548 Bosch, Dr. Robert 553
 Boteck Finanzierungen GmbH, Bremen
 513
 Bötow, Julius 48, 67
 Bowen, Hildegard 114
 Bowen, Ilse 114
 BP Benzin und Petroleum GmbH 226,
 400, 538, 540, 541, 544
 Brabag 539, 545
 Brächtisches Consortium 93

- Brandenburger Eisenwerke GmbH,
 Düsseldorf 320
 Brauchitsch, Margarete von 89
 Braucke KG, Gebrüder vom
 Bredenbruch 331
 Brandl, Hermann 146, 149
 Brandl, Käte 147
 Braun, Otto 391, 408
 Braun, Willi 110
 Braun, Elisabeth 110
 Braun GmbH, 329
 Braune, Ursula 97
 Brauns, Dr. Heinrich 388
 Braunkohlen- und Brikettindustrie AG,
 Berlin 64
 Braunschweig, Barbara von 147
 Braunschweiger Zeitung 157
 Braunschweig-Schöninger Eisenbahn
 AG, Braunschweig 622
 Braunschweigische Maschinenbau-
 Anstalt AG, Braunschweig 523 ff
 Brebau, Bremische Bau- und Siedlungs
 GmbH, Bremen 370
 Bredow, Helene 114
 Bredow, Gisbert Graf von 117
 Bredt, Gustav 272
 Breitenbach, von 16 Breitscheid, Dr.
 413 Brauer 93
 Bremer Brauerei AG 675
 Bremer Hotelges. mbH, Bremen 454
 Bremer Hütte 305
 Bremer Seetransport GmbH, Bremen
 370
 Bremer Tauwerk-Fabrik 511
 Bremer Vulkan, Schiffbau- und
 Maschinenfabrik 346, 349, 363,
 370, 655, 657
 Breuer-Werke GmbH, FrankfurtHöchst
 319
 Bremen GmbH, Versicherungsdienst
 513
 Bremisch-Hannoversche Kleinbahn
 AG, Frankfurt 622
 Brenning, Ursula 197
 Brennkemeyer, Familie 614
 Brennkemeyer, Willibrordus Cornelius
 615
 Brennkemeyer, Benedictus Franz 615
 Brennkemeyer, Leo Felix Maria 615
 Brennkemeyer, Raymond 613
 Brennkemeyer, Aug. Paul 613
 Brennkemeyer, Heinrich 613
 Brennkemeyer, Josef Otto 613
 Brennkemeyer, Rob. Günther 613
 Brennkemeyer, Heinz Alphonsus
 614
 Brennkemeyer, Edwin Alphons
 Maria 614
 Brennkemeyer, Eleonore Maria 614
 Brennkemeyer, Rosemary 614
 Brennkemeyer, Bernhard 614
 Brennkemeyer, Wolfgang 614
 Brennkemeyer, Josef Otto 614
 Brennkemeyer Franz Otto 614
 Brennkemeyer, Eugen 614
 Brennkemeyer GmbH, C. & A.,
 Düsseldorf 612 ff, 615
 Brennkemeyer-Konzern 615
 «Brenntag» Brennstoff-, Chemikalien
 und Transport AG, Mülheim/R. 426 f
 «Brenntag» Brennstoff-, Chemikalien-
 und Transport-GmbH, Duisburg 427 f,
 650
 Brentano, Dr. med. Adolf 89
 Brentano, Frieda 89
 Brigitte, Frauenzeitschrift 183
 Brinkmann, Wirtz u. Co, Bankhaus,
 Hamburg 611, 634
 Brinkmann GmbH, Bremen 673 f
 Britisch-Ungarische Bank 420
 British American Tobacco Co, GmbH,
 Hamburg 293, 673
 British Petroleum Co, Ltd., London 540,
 547
 Britzer Kies- und Sandgrubenges. 70
 Brockdorf, Gräfin v. 14
 Brons, Ysaac 585
 Broschek, & Co 177 f, 182
 Brost, Erich 197 ff, 201
 Bruckmann, F., KG 231 f
 Bruemmer-Glausten, Baronin
 Barbara von 115
 Brümmer, Baroness Anya v. 115
 Brüggemann 264
 Bruhn, Dr.Dr.Eh. Richard 499, 502 f
 Brüm GmbH, Ernst, Zünderwerke 565
 Brune & Kapesser GmbH, Essen 454
 Brünig, Dr. Gustav von 72
 Brünig, Adolf von 72
 Brünig, Reichskanzler Heinrich Dr.
 302, 304, 390, 550
 Brunsviga Maschinenwerke AG, Braun-
 schweig 672 f
 Brunswig, Peter 339
 Brunswig, Margarete 339
 Brust, August Georg 528
 Bubiag-Konzern 627
 Bucerius, Dr. Gerd 176 f, 183 ff
 Bucerius, Gertrud 185
 Buchetmann, Dr. Franz 249
 Büchner 150 f
 Buch- und Zellstoffgewerbe mbH 420
 Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar 319,
 322, 239
 Buderus'sche Handelsges. mbH, Wetzlar
 319
 Buergin, Paul R. 494
 Bugsier-, Reederei- u. Bergungs-AG,
 Hamburg 638 f
 Bühler, Prof. Ottmar 635, 669
 Bührlé & Co, Zürich 563
 Bührlé-Schalk, Charlotte 563
 Bührlé-Schalk, Emil 563
 Bülow, Prof. Friedrich 576
 Bülow, Alfred von 332
 Bülow, Bernhard Fürst von 19 f,
 22 f, 83, 332
 Bülow, Detlev von 332
 Bülow, Karl von 332
 Bülow, Paul von 332
 Bülow, Rudolf von 332
 Bülow, Ursula von 147
 Bülow-Schwante, Vicco von 113,
 250, 335 ff, 341, 624 ff, 627
 Bülow-Schwante, Helene von 113
 Bumkes Tabellenverlag GmbH,
 Dortmund 202
 Buna-Werke Hüls GmbH, Marl 562
 Bundesverband der Deutschen Industrie,
 Köln 337
 Bundesverband der Deutschen Schrott-
 wirtschaft 207
 Bundesverband des priv. Bankgewerbes
 269
 Bunsen, Marie von 13, 15
 Burchard, Emil Emanuel von 26
 Burbach AG 531 f
 Burbach, Dr. Otto 250
 Burg, Dr. Marie 182
 Burgsdorf, von 94
 Burkhard, Else 586
 Burkard, Dr. O. 503
 Busch AG, Bautzen 309
 Busch-Jaeger Dürener Metallwerke AG
 537
 Büssing-NAG 476 f, 479
 Butzengeiger, Dr. Karl 250
 Buttersack, Dr. Felix 231
 Büxenstein, Druckerei 150
 BV Aral AG 536, 538 BZ 174, 183
 BZ am Mittag 80, 127
 California Texas Corporation
 Caltex, Delaware 545
 Calmon, Mr. 379, 380, 381
 Caltex Oil Company (Italy) S.p.A.,
 Treccate 547
 Caltex Oil/Germany/GmbH 542
 Caltex Tank Kraft Mineralöl GmbH,
 Hannover 542, 547
 Caltex Petroleum Maatschappij N.V.
 Pernis 547
 Campell-Walter, Fiona 342
 Camphausen, Finanzminister 264
 Camphausen, A. & L., Köln 265
 Canada Machinery Corporation, Calt/
 Ontario 428 f
 Canadian Western Pipe Mills Ltd. Port
 Moody 353, 372
 Capito & Klein AG 440, 442, 449, 456,
 566 Cappel 403
 Carlebach, Emil 212
 Carp, Eduard 68, 87
 «Casino» AG, Bremen 675
 Casella & Co GmbH, Leopold
 69, 70, 72, 553
 Casella Farbwerk AG Mankur, Fr./M.
 554 f

- CDU 159, 188, 201, 328, 385, 387
 Cehabonwerk GmbH, Düsseldorf, 427
 Central Hanover Bank and Trust
 Company, New York 422
 Central-Krankenversicherung-AG 293,
 295
 Celanese Corporation of America 565
 Celatino SA 565
 Central-Krankenversicherungs-AG, Köln
 277
 Chaloner, Major 185
 Charlottenhütte 304 ff, 305 ff, 307 ff,
 308 ff, 310
 Comp. des Forges du Chatillon Com-
 munity et Neuves Maisons SA, Paris
 316, 319
 Chemie-Trust-AG 244
 Chem. Fabrik Budenheim AG, Mainz
 646
 Chem. Fabrik Griesheim 553
 Chem. Fabriken Westfalit 564
 Chem. Forschungs-ges. mbH, Wanne-
 Eickel 454, 565
 Chem. Werke Bergkamen AG 192, 315
 Chemie Verwaltungs-AG 562
 Chem. Studienges. mbH, Essen 565
 Chemische Werke Hüls AG, Marl 561 ff
 Chevallerie, Dr. Otto de la 147
 Christ und Welt Verlag GmbH 208
 Cie Financière Belge des Pétroles (Petro-
 fina) 542
 Class, Annelies 147
 Class, Heinrich 119, 121, 127, 140,
 144
 Claus, Aachen 112
 Clay, General 441
 Clemens, Günther, Dr.-Ing. 543
 Cockerill Ougrée S.A. 319, 321
 Cölln GmbH, Georg von 454
 Colonia Köln. Feuer- und Köln. Unfall-
 vers. AG 271
 Colonia Köln. Versicherungs-AG 261,
 265, 268 ff, 271 f, 292 f, 296, 299
 Colonia Rückversicherungs AG 266, 269
 ff, 272
 Combined Steel Group 361
 Commerzbank 418, 504, 610 ff, 657
 Commerzbank-Bankverein AG, Düssel-
 dorf 353, 607, 611
 Commerz- und Privatbank 139
 Compagnie de Pont-à-Mousson SA,
 Nancy 329
 Compagnie Française des Pétroles S.A.
 547
 Concordia Bergbau AG 651
 Concordia Elektrizitäts-AG 536
 Concordia Lebensvers.-AG. 261, 267,
 269 f, 296
 Condor Verlag GmbH, Karlsruhe 216
 Conitzer & Co, Aschersleben 600
 Conitzer & Co, Merseburg 600
 Conitzer & Co, Schönebeck/Elbe 600
 Conitzer & Co, Seehausen/Alt. 600
 Conitzer & Co, Tangerhütte 600
 Conitzer & Co, Tangermünde/Elbe 600
 Conitzer & Söhne, Allenstein 600
 Conitzer & Söhne, Brandenburg 600
 Conitzer & Söhne, Coburg 600
 Conitzer & Söhne, Gotha/Thür. 600
 Conitzer & Söhne, Marienburg/ Wpr.
 600
 Conitzer & Söhne, Marienwerder 600
 Conitzer & Söhne, Osnabrück 600
 Conitzer & Söhne, Rathenow/ Havel 600
 Conitzer, Moses 599
 Conitzer, Nathan 599
 Conitzer, Alex 599
 Conitzer, Hermann 600
 Conitzer, Fam. 597
 Conitzer-Konzern 599 f
 Conraths, Peter 207
 Consolidated Diamond Mines of South-
 West-Africa S.W.A. Ltd., Kapstadt
 618, 621
 Constantin Handels-Ges. mbH,
 Bochum 455
 Constanze 176, 189
 Constanze Verlags GmbH 182 f, 189
 Constellation Insurance Company, New
 York 251
 Continental Gummi-Werke AG, Hanno-
 ver 611
 Correcta Werke GmbH 537
 Cossmann, Prof. 151
 Cramer, Temming & Co, 588
 Cramer & Co, Apton 588
 Cramer-Klett, Theodor Freiherr von 248
 Cranach, Barbara von 593
 Cranach, Hildegard von 593
 Cranach, Karin von 593
 Craven, Alexander 674
 Credit Lyonnais 303
 Cron, Dr. Helmut 156, 167, 173
 Croy, Anna von 55
 Cuno, Dr. Wilhelm, Reichskanzler 150,
 387
 Daily Telegraph 19, 20
 Daimler-Benz AG, Stuttgart 226,
 317, 322, 476 ff, 479, 481 f, 487, 492,
 503 f, 504, 506 ff, 510, 536, 604
 Daimler, Gottlieb 468 ff
 Daimler-Motoren-Gesellschaft 504 f
 Dammert, Dr. Rudolf
 Danatbank 418, 605
 Daniel, Jens 188
 Danziger Neueste Nachrichten 84
 Darmstädter Bank 248, 504
 Darmstädter Echo 157
 Darracq u. Co 470, 490
 Das Echo 134
 Das Neue Blatt 181
 Das Volk 157
 Daube & Co 129
 Davis & Newman, Tankreederei 631
 DAVUM-Exportation SA, Paris 330
 DEA-Schliemann Mineralölgese-
 lschaft mbH 526
 Defaka-Konzern 612
 Degner GmbH, vorm. J. E., Berlin-
 Minden 318
 Dehler, Thomas 166
 Deicher, Oskar Dr. Dir. Prof. 528
 Deilmann Montan GmbH, Bentheim
 523 ff
 Deilmann, C. Bergbau GmbH, Bent-
 heim 523 f, 537, 546, 561
 Deilmann, Dr.h.c. Carl 523 ff
 Deilmann, H.C. Dipl. Berging. 523
 Deilmann Carl Dr. Bergassessor a.D.
 523 f
 Deilmann, Dr. Jürgen 523
 Delbrück, Klemens von 26
 Delbrück, Schickler & Co 418
 Delbrück von der Heydt & Co, Bank-
 haus 278
 Dellschau G. E. & Stahlbau GmbH,
 Berlin 318
 Dellschau Stahlbau GmbH, Berlin 318
 Delden, Familie van 582 f, 585, 588
 Delden, Albert van 586
 Delden, Almuth Elisabeth van 586
 Delden, Bernhard van 586
 Delden, Christoffer Jan van 586
 Delden, Claudia Renate van 586
 Delden, Derk van 583
 Delden, Erich van 588
 Delden, Ernst van 583
 Delden, Dr. Fritz van 585
 Delden, Gerrit van 583
 Delden, Helmich van 588
 Delden, Dr. Hendrik van 586
 Delden, Hermann Julius van 585, 586
 Delden, Dr. Jan van 583, 585, 588
 Delden, Maritta van 586
 Delden, Martha van 585
 Delden, Mathieu van 583, 586
 Delden, Nico van 587
 Delden, Otto van 586
 Delden, Stefan Wolf van 586
 Delden, Thomas Bernh. van 586
 Delden, Walter van 596
 Delden, Willem van 585
 Delden, Dr. Willy van 585, 588

- Delden, Ysaac van 585 Delden van & Co GmbH, Coesfeld 588
- Delden & Comp., Gerrit van 585, 587
- Delden & Söhne, Jan van 583
- Delden & Co, M. van, Gronau 582, 584 f, 586 f
- Delden van & Seesbrugger, Papiersackfabrik, Ahaus 587
- Delden-Werke, Gerrit van 583
- DEMAG 94 f, 192, 226, 269
- DENA-AG 214
- Denffler, Dr. Herbert von 249
- Der Grenzjäger, Zentralorgan d. Bundesgrenzschutzverbandes e. V. 196
- Der Spiegel 176, 184, 186 ff, 189 f, 193, 446, 500 *Der Stern* 176, 184, 238
- Der Volkswille 157
- Detjen, F. A. 655
- Deubert, Dr. Ernst 332
- Deutsch-Afrik. Schiffahrt-Ges. 643
- Deutsch-Belg.-Luxemb. Handelskammer, Brüssel 268
- Deutsche Gesellschaft f. Erdöl-Interessen GmbH 533
- Deutsch-Luxemburgischer Bankverein 420
- Deutsch-Luxemburg. Bergwerksgesellschaft 136
- Deutsch-Ostasiatische Gesellschaft 419
- Deutsch-Überseeische Petroleum AG, Hamburg 545
- Deutsche Adressbuch GmbH August Scherl 81, 134
- Deutsche Allgemeine Zeitung 394, 420
- Deutsche Aussendienst GmbH 140 f, 141
- Deutsche Bank 96
- Deutsche Bank AG West 272
- Deutsche Dampfschiffahrts-Ges. «Hansa», Bremen 641
- Deutsche Demokratische Partei 390
- Deutsche Doehler Guss-Werke GmbH, Essen 426 Deutsche Edeltahlwerke AG,
- Krefeld 353, 356, 373
- Deutsche Edison Accumulatoren Company, Frankfurt a.M. 536
- Deutsche Eisenbahn GmbH, Frankfurt 622
- Deutsche Erdöl AG 94 ff, 226, 340, 450, 525 ff, 534, 536 f, 542, 546 f
- Deutsche Erdöl-Raffinerie Deurag 533
- Deutsche Gasglühlicht AG 68
- Deutsche Gasolin AG 526, 534, 535, 536, 540,
- Deutsche Gasolin AG Nitag 534 f
- Deutsche Gerätebau GmbH, Salzkotten 225, 330, 336, 338, 626
- Deutsche Gewerbehaus AG 137, 141
- Deutsche Glocke Verlag 207
- Deutsche Illustrierte 238
- Deutsche Jagdpatronenfabrik GmbH, Rottweil a.N. 564
- Deutsche Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebsges., Berlin 618
- Deutsche Kranken-Versicherungs-AG Berlin-Schöneberg 251, 290, 293, 296
- Deutsche Kredit-Verein AG 137
- Deutsche Kühl- u. Kraftmaschinen GmbH, Scharfenstein 502
- Deutsche Levante-Linie GmbH 647
- Deutsche Libbey Owens Ges. f. masch. Glasherstellung 225
- Deutsche Nachrichten und Korrespondenz GmbH 152
- Deutsche Nationalbank Bremen 339
- Deutsche Premo» Ges. f. Rohr- u. Baumaterialherst. mbH & Co KG, Wanne-Eickel 627
- Deutsche Presse-Agentur 214
- Deutsche Provinz-Verlag GmbH 152
- Deutsche Purfina GmbH 545
- Deutsche Pyrotechnische Fabriken GmbH, Clebronn 564 f
- Deutsche Schacht- und Tiefbohrges. mbH 525, 537, 546
- Deutsche Shell AG 449, 522, 528 f, 533 f, 538 ff, 541, 544, 560
- Deutsche Sport-Verlag GmbH, Berlin 81
- Deutsche Tafelglas AG, Fürth 224 ff, 227
- Deutsche Tiefbohr AG, Bentheim 523
- Deutsche Vacuum Öl AG, Hamburg 224 ff, 227, 538
- Deutsche Vereinigung z. Förderung d. Wirtschaftsbeziehungen m. Frankreich e. V., Frankfurt 337
- Deutsche Volkspartei 386, 391, 414
- Deutsche Warentreuhand AG 185
- Deutsche Werft 543, 634, 655, 659
- Deutscher Bauernbund 122
- Deutscher Eisenhandel AG, Düsseldorf 67, 318, 320
- Deutscher Gewerkschaftsbund 241
- Deutscher Industrie- und Handelstag 269
- Deutscher Journalisten-Verband 123, 154, 156
- Deutscher Lloyd Versicherungs-AG 290, 292 f, 299
- Deutscher Lloyd Lebensversicherung AG 290, 293, 295 f, 299
- Deutscher Messediens 135
- Deutscher Verlagsverein Düsseldorf 131, 133, 138, 140, 142
- Deutscher Telegraph Dr. Rudolf Dammert GmbH 134
- Deutscher Wochenzeitschriften Verlag GmbH, Dortmund 202 ff, 205
- Deutscher Zementhandel GmbH, Berlin und Hannover 318
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 385
- Deutsches Industrie-Institut 104
- Deutsches Rotes Kreuz 196, 269 v. Dewitz, Familie 446
- Die Abendzeitung 174, 229 ff
- Die Abendzeitung GmbH 175
- Die Freiheit 157
- Die Neue Zeitung 163 ff, 166, 217
- Die Gegenwart GmbH 213
- Diehl GmbH, Metall-Guss- und Presswerk Heinrich, Nürnberg 672
- Diehl, Grete 672
- Diehl, Heinrich 672
- Diehl, Peter 672
- Diehl, Thomas 672
- Diehl, Werner 672
- Die Rheinpfalz 157
- Diergardt-Mevissen Bergbau AG 423 f, 424
- Dierig AG, Christian, Augsburg 589, 591
- Dierig, Barbara 592
- Dierig, Christian 590
- Dierig, Christian Gottfried 592
- Dierig, Christian Gottlob 589
- Dierig, Dr. Hans Christian 592
- Dierig, Elke 592
- Dierig, Friedrich 590, 592
- Dierig, Gottfried 590
- Dierig, Hans Dieter 592
- Dierig, Hans Joachim 592
- Dierig, Herta 592
- Dierig, Karin 592
- Dierig, Klaus-Uwe 592
- Dierig, Stephanie 592
- Dierig, Victor 592
- Dierig, Wolfgang 590
- Dietrich de & Co, Automobilfabrik 467
- Dietrich, Dr., Reichspressechef 220
- Dietrich, Reichsfinanzminister 302, 304
- Dietrich-Troeltsch, Ernst 183
- Die Welt 157, 174, 176, 181, 184, 230, 232, 304 f, 462, 464
- Die Welt Verlagsges. mbH 181
- Die Weltbühne 550
- Die Zeit GmbH, Verlag 214
- Die Zeit 176, 184, 550, 548, 552
- Dillinger Hütte 100 ff, 110
- Dillinger Hüttenwerke AG 324 f, 330 f, 336, 341, 626
- Dinnendahl, Franz 43
- Dippe, Gebrüder, Quedlinburg 67
- Dippe, Fritz von 67
- Dippe, Emmi von 68
- Dippe, Karl von 68
- Dirksen, Dr. jur. Willi von 66

- Disconto-Gesellschaft 52, 81, 96, 264, 271 f, 403, 605
 «Dixi» Fa. 675
 Doertenbadi, Erda 114
 Dohany, Werner 215
 Dohany, Ernst 215 Dohna, Fürst zu 18
 Dohna-Schlodien, Graf Fabian 83
 Dolberg-Glaser & Pflaum GmbH, Essen 454
 Dolomitwerke GmbH, Wülfrath 353, 374
 Dom-Brauerei AG, Köln 95
 Dombrowski, Erich 217 ff
 Dominik Werk GmbH 536
 Dönhoff, Aug. Hermann Graf von 115
 Dönhoff, Joh. Christoph Graf von 115
 Dönhoff, Maria Christine Gräfin von 115
 Donnersmarckhütte 309
 Donnersmarck, Graf Henckel von Max 54/61, 69
 Donnersmarck, Graf von Arthur 67, 71
 Donnersmarck, Graf von Edgar 67
 Donersmarck, Graf von Lazarus 67, 68, 71
 Donnersmarck, Fürst Guido Henckel von 74, 75, 76, 131, 327
 Dorten, Dr. 388 f
 Dortmunder Generalanzeiger 204
 Dortmunder Hafen-AG 202 Dortmund-
 Hörder Hüttenunion AG 372, 659
 Dortmunder Stadtwerke AG 202
 Dortmunder Vulkan AG 340
 Dovifat, Prof. 172
 Draeger-Werke GmbH 530, 537
 Drahtwerk Hanau GmbH, Hanau 331, 626
 Dreisser, Wien, Modehaus 612
 Dresdner Bank 302 f, 403, 439, 500, 607, 619, 657
 Dresdner Chem. Laboratorium Lingner 338
 Dresdner Neueste Nachrichten 84
 Drewes, Käthe 628
 Driessen & Co 581
 Driessen, Familie 581
 Drimmelen, Hubert v., Gen. Dir. 533
 Droste, Heinrich 137, 150, 165
 Droste & Tewes 137
 Droste-Verlag, Düsseldorf 200
 Druck- und Verlagshaus GmbH, Frankfurt a.M. 212 f
 Duisberg, Carl 551 ff
 Duisburger Kupferhütte 192
 DUCENA N. V., Amsterdam 613 f
 Dumcke, Paul 244
 Dunlop 222
 Dürkheim-Montmartin, Graf Eckhart von 88
 Dürremer, Hans 230 f
 Düsseldorf Bergwerks- und Hüttenbe-
 darf 95
 Düsseldorf Nachrichten 205
 Düsseldorf Röhren- und Eisenwalz-
 werke 87
 Dyckerhoff & Widmann AG 619 ff, 623, 626
 Dyckerhoff & Widmann KG, Hamburg/
 München 336, 623, 626 f Dyckerhoff
 & Widmann, N.V. Bouw Maatschap-
 pij 620
 Dyckerhoff Portlandzementwerke AG 222
 Dyckerhoff, Farn. 581
 Dyer, Nina 342
 Dynamit AG 563 ff, 566
 Dynamit Nobel Saarwellingen
 GmbH, Saarwellingen 564
 Dynarohr-Werk GmbH, Mülheim /Ruhr 564
 Ebeling & Schürmann GmbH, Bremen 454
 Eberhorst, Prof. Dr.-Ing. Eberan von 503
 Eberitsch, Otto 215 f
 Ebert, Friedrich 333
 Ebert, Ursula 628
 Eckhard, Maria 147
 Eckhardt & Merstorf, Verlag 633
 Eckert, Christian 305
 Eckert & Ziegler GmbH, Weissenburg /
 Bayern 564
 Econ Verlag GmbH 207
 Edey, Claus 643
 Edey, Henry 643
 Edey, John Alfred 643
 Edey, Max 643
 EEG Emsland Erdölleitung GmbH,
 Neuenhaus 523, 536
 Eggebrecht, Axel 177 f
 Eggert, John C. 645
 Eglöfstein, von 16
 Ehape-Einheitspreis-Handelsges. mbH,
 Köln 605
 Ehrlich, Leonhard 195
 Ehrlich, Prof. Paul 64
 Ehrlich'sches Institut 64
 Ehrlich & Sohn KG, Lübeck 196
 Eichwede, Dr. Kurt 88
 Eichwede, Heinrich 88
 Eichwede, Elvira 88
 Eichwede, Dr. Bruno 88
 Eicken, H.H. von 416
 Eigenhilfe Sachversicherung AG 293
 Eilenstein, Irmgard 447
 Einem, von 26
 Eisenbahn und Häfen GmbH, Duisburg-
 Hamborn 371
 Eisenbergwerk Uhlenbroch 57
 Eisen-Export GmbH, Berlin 319
 Eisenindustrie zu Menden und Schwerte 327
 Eisenlagergemeinschaft mbH, Berlin 318
 Eisenlohr, Elly 147
 Eisenlohr, Erika 147
 Eisen- und Hüttenwerke AG, Köln 115, 330
 Eisen & Krawehl Schirmfabrik 202
 Eisen- und Stahlges. Saar-Luxemb. mbH 330
 Eisen- und Stahlverarbeitung GmbH,
 Frankfurt/M. 660
 Eisenwerke Gelsenkirchen AG 329
 Eisenwerkges. Maximilianshütte Sulz-
 bach-Rosenberg 369, 320
 Eisenwerk Kraft bei Stettin 61
 Eisfeld GmbH, J. F. 565
 Elegante Welt Verlags-GmbH, Düssel-
 dorf 202, 204
 Elektrizitäts- u. Bergwerks AG 537
 Elektrolux 452
 Ellscheid, Prof. Dr. 688
 Elothern GmbH, Remscheid 373
 Elsner von, Grunov, Dr. Harald 628
 Elwerath, Gewerkschaft, Hannover 528, 529, 530, 532, 533, 534, 535
 Emden, M. J., Hamburg 609
 Emischer-Lippe Bergbau AG 449
 Emsland GmbH 536
 Energie-Verlag GmbH, Heidelberg 199
 Eftergit Fabrik f. Pressstoffe u. Autom-
 obil-Zubehör GmbH, Renningen /Württ. 536
 Engels, Paula 117
 Entreprises Albert Cochery SA, Frank-
 reich 329
 Entz, Thomas 636
 Eos Volks- u. Lebensversicherungs- AG 292
 Epa Einheitspreis AG 610
 Epege, Schwerin/Mecklenburg 600
 Epege, Stendal 600
 Eppberger, Ella 643
 Eppberger, John F. 643
 Erbs, Generaldir. 76
 Erdöl-Produktions-Ges. mbH, Wien 534
 Erdöl-Raffinerie Deurag-Nerag 533
 Erdöl-Raffinerie Emsland 534, 535
 Erdölwerke Hohne 527
 Erdölwerke Holstein 527
 Erdölwerke Wietze 527
 Erhard, Heinrich 44, 144
 Erhard, Dr. Ludwig 664
 Erhardt, Mainz 402
 Erin Bergbau-AG, Rauxel 373
 Erka Handelsges. mbH, Essen 610
 Erste Deutsche Walfang GmbH 644

- Erzbergbau GmbH 524
 Erzbergbau Porta-Damme AG, Minden 372
 Erzberger, Mathias 26, 53
 Erzkontor Ruhr GmbH, Essen
 Eschweiler Bergwerksverein 369, 403
 Essberger, Elsa 643
 Essberger, John F. 643
 Essener Allgem. Zeitung 198
 Essener Creditanstalt 69, 95 f
 Essener Steinkohlen-Bergwerk AG 312, 314, 315
 Essener Tageblatt 201
 Essener Volkszeitung 85
 Essen-Rossenray Bergwerke AG, Essen 450, 455
 Esso AG 225, 522, 528, 529, 533, 534, 538, 539, 541, 542, 544, 545, 547
 Esso Tankschiff-Reederei GmbH 543
 Esso Otis Elevator Co 222
 Estabtech Ges. für Eisen-, Stahl- und Blecherzeugnisse mbH, Düsseldorf 192, 320
 «Etag» Erdöl- und Teerproduktion GmbH, Mülheim/Ruhr 426
 Eternit AG 192
 «Europa» Allgem. Rückversicherungs-AG, Baden-Baden 261, 270
 Europäische Güter- & Reisegepäckversicherungs-AG, Berlin 251
 Eversmann, Rud. Wilh. 250
 Ewers, Dr. Carl 503
 Exportausschuss der Wirtschaftsver. Stahl- u. Eisenbau, Köln 337
 Exportkontor für Stahlerzeugnisse, Maschinen- und Bahnbedarf GmbH, Düsseldorf 317
 Export-Trade 133

 Fahl, Jürgen Wilhelm 673
 Fahrenhorst Walther 137
 Falk, Kultusminister 16
 Falk, Justizrat 391
 «Famas», Fahrzeug- und Maschinenbau Watenstedt GmbH 322
 Farbwerke Höchst AG, Fkf.- Höchst 69, 72, 192 f, 226, 534, 553, 555, 557 ff, 560 ff
 Färber, Franz 499
 Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen 192 f, 554 f, 557 ff, 562
 Farge-Vegesacker Eisenbahn- Ges., Hamburg 622
 Faun-Werke 479
 FDP 159
 Feldmühle Papier- u. Zellstoffwerke AG, Düsseldorf 318, 428
 Fella-Werke GmbH, Feucht 317
 Feiler, Ilse Maud 346
 Fellingner, Karl 97
 Ferngaswerk Alsdorf 365
 Ferngaswerk Hamborn 365

 Ferplex Chemicals Inc., New York 565
 Felten & Guillaume Carlswerk AG 403
 Fiat Automobil AG, Heilbronn 497 f
 Fiat- und NSU-Unterstützungsgesellschaft mbH, Heilbronn 497 f
 Fichtel & Sachs 192, 512
 Film-Revue 216
 Film und Frau 176, 195
 Finaly 409
 Finanz- und Verwaltungsges. «Weser» mbH, Bremen 454
 Finde, August von 256, 258
 Finde, Wilhelm von 248 f, 256, 278
 Finsterwalder, Eva 623, 628
 Finsterwalder, Dr. Ing. Ulrich 623, 627
 Fischbacher Hütte 100
 Fischei, Artur 64
 Fischer, Bürgermeister, Dortmund 402
 Fisser AG, Hendrik, Emden 644
 Fisser, Dr. Carl 643
 Fisser, Hendrik 642
 Fisser Schifffahrt GmbH, Hendrik, Emden 644, 655
 Fisser Schifffahrt GmbH, Hendrik, Köln 644
 Fisser Schifffahrt Ges. mbH & Co KG, Bremen 644
 Fissene & Co, Schraubenwerk, Neuss 331
 Fleischer, Lucy 65, 87
 Fleischer, Richard 65
 Fleitmann, Theodor 71
 Flender GmbH, Brückenbau, Düsseldorf 330, 338, 626
 Flender Werke AG, Lübeck 655, 657 f
 Flensburger Privatbank 228
 Flensburger Schiffsbau-Ges. AG, Flensburg 228, 363, 367, 370, 657
 Flensburger Tageblatt 157, 228
 Flensburger Zeitungsverlags-GmbH 228
 Flick, Barbara 320
 Flick, Dr.h.c. Friedrich 302 ff, 305 ff, 307, 311 ff, 314 ff, 317, 321, 500, 504, 667 f
 Flick, Friedrich-Karl 317, 321
 Flick, Otto-Ernst 317, 321
 Flick-Konzern 303, 316, 323, 503 f
 Flick KG, Friedrich, Düsseldorf 312, 316 f, 321
 Flick Holding, Friedrich 309
 Florida-Schiffahrts-GmbH, Hamburg 647
 Flottmann, GmbH, Herne 336
 Flugzeugbau Nord GmbH, Hamburg 318
 Focke, Prof. Dr.-Ing. H. 515
 Focke-Wulf GmbH 205
 Fölik, Paul 147

 «Foncière» Allgem. Versicherungsgesellschaft AG, Budapest 266
 Forberg, Kurt 339
 Ford Motor Company, Dearborn /USA 495
 Ford-Werke AG, Köln 191, 474, 476, 478 ff, 482, 494 ff, 507 f
 Forges de Chatillon-Commentry et Nueves Maisons 321
 Fortuna Rückversicherungs-AG, München 261, 264, 267 f
 Frachtcontor GmbH, Hamburg 652
 Frank, Kommerzienrat (Diskont-Gesellschaft) 418 Franken AG 315
 Frankenbach GmbH, München 503
 Frankenberg und Ludwigsdorf, Alexander von 117
 Frankenberg und Ludwigsdorf, Viktoria von 117
 Frankfurter Allgemeine Zeitung 174, 211 f, 216 ff, 219 f, 223, 228, 235
 Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 217 f, 221, 223, 227
 Frankfurter Generalanzeiger 83, 218
 Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG (Favag) 244, 250
 Frankfurter Lebensversicherungs-AG 247
 Frankfurter Nachtausgabe 174, 211, 213
 Frankfurter Nadiriditen 150
 Frankfurter Neue Presse 174, 213, 216
 Frankfurter Rundschau 157 211 f, 216
 Frankfurter Societätsdruckerei GmbH 71, 83, 152, 213 ff, 217, 220
 Frankfurter Verlag für Illustrierte Zeitschriften GmbH 213
 Frankfurter Versicherungs-AG, Frankfurt 251
 Frankfurter Zeitung 25, 71, 83, 151, 214 f, 219 f, 227
 Fränkische Energie-GmbH 315, 320
 Frankona Rück- u. Mitvers.-AG 299
 Franz Ferdinand, Erzherzog v. Oesterreich 21
 Franz Josef, Kaiser v. Oesterreich 116
 Freund, Adolf 223
 v. Frege, Abtnaundorf 112
 Frege & Co, Bankhaus 112
 Freuler, Hans 611
 Frerichs-Werft 328
 Frey, Familie 612
 Frey, Johann Georg 612
 Friedegg, Dr. Ernst 84, 598
 Freude, L. 512

- Fried, Prof. Ferdinand 181, 232, 303 ff
 Friedländer, Prof. Ferdinand 385
 Friedländer & Co KG, Breslau 64
 Friedländer-Fuld, Freih. von 48, 52, 64, 78, 79
 Werner Friedmann-Institut München e.V. 230
 Friedmann, Werner 229 ff
 Friedrich-Alfred-Hütte 450
 Friedrich der Grosse 14, 459
 Friedrich-Wilhelm III. 52
 Friedrich-Wilhelm IV. 52
 Friedrich-Wilhelm-Hütte 43
 Friedrich I., Kaiser 52, 109
 Friedrichs, Gerda 624, 627
 Friedrichshafen, Zahnradfabrik 512
 «Frigga» AG, Hamburg 651, 655
 Frigga Grundstücksverwertungs-GmbH, Berlin 251
 Frigidaire GmbH, Rüsselsheim/Berlin 492, 494
 Frik, Karl 216
 Fritzen & Sohn, Johs. 655
 Froberger 385
 Froscher Emil 215
 Frowein, Abr. & Gebr. 607
 Frowein, Abraham 607
 Frowein, Harald 607
 Fuchs & Co 84
 Fuchs, Dr. Fritz 208
 Fuchs, Dr. Johannes 391
 Fuchs Waggonfabrik AG, Heidelberg 330
 Funcke AG, Aktienbrauerei, Carl 95
 Funcke, Dr. Philipp 92
 Funk, Dr. 440
 Funke, Jacob 197 f
 Funk und Film 195
 Fuldaer Volkszeitung 157
 Fürstenberg, Karl 81
- Gabler, Dr. 577
 Gaedertz, Alfred W. 494
 Gahlen, Herta von 95
 Gahlen, Hugo von 95 f, 98
 Ganske, Kurt 194 f
 Garbaty GmbH, Hamburg 673
 Gans, Leo 72
 «Geha» Das Kaufhaus für Mode und Heim GmbH, Köln 607
 Geisweider Eisenwerke AG 349 f
 «Geitling» Ruhrkohlen-Verkaufs-GmbH, Duisburg 330, 455
 Gelsenberg-Benzin AG 147, 539, 540, 541, 542, 563
 Gelsenkirchener Bergwerks AG 94, 119, 136, 137, 149, 226, 303, 304, 310, 361, 368, 414, 541, 563, 651
 Gelsenkirchener Gussstahl und Eisenwerk 87
 Gemeinnützige Opel-Wohnbau Ges., Rüsselsheim 494
- Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH, Wülfrath 373
 Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgen. Bremen-Nord GmbH, Bremen 370
 Gemeinnützige Siedlungs- und Bauge-nossenschaft des Kreises Brilon GmbH, Brilon 373
 Gemeinnützige Wohnungsbau-Ges. Ingolstadt 503
 Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft Duisburg-Hamborn GmbH 371
 Gemeinnütziger Wohnungsverein GmbH, Hagen 374
 Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen GmbH, Duisburg- Hamborn 362, 373, 374
 General Motors 477, 488, 492, 493
 Genossenschaftsbank Poznan 138, 141, Genschow & Co AG, Berlin und Köln 564
 Gerær Tagblatt 218
 Gerling-Konzern 588
 Germania, Baumwollspinnerei 588
 Gerobau GmbH, Frankf. a.M. 329, 627
 Gerold, Karl 212 f
 Gerrix Glas 192
 Gerstenmaier, Dr. Eugen 208
 Gesamtverb. Deutscher Ruhe- und War-testandsbeamter und Hinterbliebener e.V. 196
 Gesamtverband deutscher Zeitungsverle-ger 154, 214
 Ges. für Fahrzeug- und Maschinenwerke mbH, Düsseldorf 316, 517
 Ges. für Montaninteressen mbH, Düssel-dorf 316, 317
 Gesellschaft für Stromwirtschaft mbH, Mülheim/Ruhr 371, 374
 Gesellschaft Süd-Kamerun 617
 Gesellschaft f. Teerverwertung mbH, Duisburg-Meiderich 372, 374
 Gossler, Kriegsminister von 98
 Getreiderentenbank für Landwirtschaft 137
 Gewerbehäus AG 149
 Gewerkschaft Adelheid 546
 Gewerkschaft Alte Haase 202
 Gewerkschaft Arenberg 97
 Gewerkschaft Beienrode 340
 Gewerkschaft Bismarck 56
 Gewerkschaft Brigitta 546
 Gewerkschaft Constantin d. Gr. 442, 455
 Gewerkschaft Deutscher Kaiser 349, 363
 Gewerkschaft Emscher-Lippe 442
 Gewerkschaft Erdöl Raffinerie Emsland 535, 547
 Gewerkschaft Elwerath 546, 547
 Gewerkschaft Erdölraffinerie Deurag-Nerag 335, 540
- Gewerkschaft Friedrich der Grosse 69, 71, 93, 94
 Gewerkschaft Friedrichsfeld 369
 Gewerkschaft Fröhliche Morgensonne 87
 Gewerkschaft Glückauf 346
 Gewerkschaft Glückhilf 312
 Gewerkschaft Gottesegen 202
 Gewerkschaft Greiff 540
 Gewerkschaft Gute Hoffnung 337, 340
 Gewerkschaft Hiesfeld 369
 Gewerkschaft Isenburg 349
 Gewerkschaft Leonhardt 337, 340
 Gewerkschaft Lohberg II 369
 Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Nordlicht 369
 Gewerkschaft Louise Brauneisenstein-Bergwerke Merlau, 372
 Gewerkschaft Lucherberg 340
 Gewerkschaft Mathias Stinnes zu Karnap 425
 Gewerkschaft Michel 337, 340
 Gewerkschaft Minister von Achenbach 326 f, 329 Gewerkschaft Neurath 340
 Gewerkschaft Neurother Kohlen- und Tonwerke 72
 Gewerkschaft Orange 69, 93
 Gewerkschaft Reussen 350
 Gewerkschaft Sachsen 667
 Gewerkschaft Sidonie 546
 Gewerkschaft Siegfried 546
 Gewerkschaft Prinzessin Victoria 340
 Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Altendorf 71, 94
 Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Dorsten 369
 Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Hedwigswunsch 63
 Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Heinrich 87
 Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Lippenmulde 369
 Gewerkschaft der Steinkohlenzeche Mont Cenis 312
 Gewerkschaft Thekla 546
 Gewerkschaft Unser Fritz 72
 Gewerkschaft Ver. Hermann Gew. Bentheim, Bentheim 523
 Gewerkschaft Vesta 337, 340
 Gewerkschaft Walsum 363
 Gewerkschaft Wintershall 530 ff
 Gewerkschaft Wittelsbach, Sulzbach-Rosenberg 320
 Gewerkschaft Zollverein 89
 Geyer, Gerhard, Generaldir. 528, 533
 GHH-Demag-Krupp GmbH, Oberhausen 457
 Giesche, Georg von 54
 Giessener Freie Presse 157
 Gilde Deutsche Versicherungs-AG, Düs-seldorf 292
 Girardet, W. 199, 205

- Girardet, Graph. Betriebe und Verlag, Essen 199
- Gladbacher Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft, M.- Glad- 261, 269, 274, 290, 293, 296, 299, 300
- Gladbacher Lebensversicherungs-AG, M.-Gladbach 261, 292, 296, 299
- Gladbacher Rückversicherungs- AG, M.-Gladbach 261, 292, 300
- Gladbacher Wollindustrie AG vorm. L. Josten 588
- Glas GmbH, Hans, Isaria Maschinenfabrik, Dingolfing 481
- Glasmacher, Dr. Hugo 339
- Glaswerke Ruhr AG, Essen-Karnap 421, 424
- Globus Versicherungs AG, Hamburg 251
- Globus-Reederei GmbH, Hamburg 644
- Goebbels, Dr. Joseph 149, 530, 589
- Göhner AG 499
- Göhner, Ernst 498, 499, 503
- Goergen, Dr.h.c. Fritz-Aurel 353, 359, 368
- Göring, Hermann 313, 347, 667
- Goek, Carl 250
- Goetz, Irmi von 114
- Godulla 76
- Goldacker, Hans von 147
- Goliath-Werke 478, 479, 511, 512, 514
- Goldschagg, Edmund 229
- Goldschmidt, Jacob 419
- Goldschmidt, Leopold 213
- Goldschmidt, Maximilian 52
- Goldschmidt-Rothschild, Freiherr Albert von 65
- Goldschmidt-Rothschild, Freiherr Erich von 68
- Goldschmidt-Rothschild, Freiin Lucy von 69
- Goldschmidt-Rothschild, Maximilian Benedikt, Frh. von 52, 62, 65, 68, 69, 74
- Goldschmidt-Rothschild, Freiherr Rudolf von 65
- Goldstein, A., Eisleben 600
- Goudefroy, Dr. Hans 250
- Gossenberg & Co KG, Bankhaus Carl Chr. 455, 456
- Gothaer Transport- u. Rückversicherung AG 296
- Gräfenbacher Hütte 99
- Grätz, Friederike 595
- Graevenitz, Margarethe von 114
- Grands Magasins Jelmoli SA 611
- Graupe, Farn. 596
- Great Eastern Shipping Co, Bombay 661
- Georgii, Dr. 256
- Greve GmbH, Mülheim 426
- Grevenbroich, Maschinenfabrik 271
- Grevenor Baumwollspinnerei AG 588
- Griebisch, Emil, Graphische Betriebe KG 204
- Grillo, Friedrich 91, 95
- Gross, E. 164
- Grosz, Bela 379 f, 381
- Groth, Rudolf 339
- Grub, Otto 627
- Grundbesitzverwaltung Münchener Rüde GmbH, München 251
- Grundig, Max 671 f
- Grundig-Radiowerke GmbH, Fürth/Bayern 671
- Grundstücksges. Ernst Ludwigs-Platz mbH, Köln 607
- Grundstücksges. Schildergasse mbH, Köln 607
- Grunelius, Bankier 52 Grunelius, Anna Luise 71
- Grüner, Richard 185
- de Gruyter & Co GmbH, Duisburg 331
- Guaita, Sophie von 72 Guano-Werke AG, Hamburg 566
- Günther, Dr. Hans 523
- Günther, Johannes 494
- Günther, Paul 499, 503
- Gütsfeld, Wilhelm 184
- Gütschow, Herbert 674
- Guillaume, Arnold von 71
- Guillaume, Max von 70
- Guillaume, Theodor von 71
- Gussstahlwerk Bochumer Verein AG 372
- Gussstahlwerk Witten AG 259, 327
- Gutehoffnungshütte 43 f, 68 f, 86, 89, 150 f, 359, 651, 657
- Haake-Beck Brauerei AG, Bremen 675
- Haas, Willy 181
- Haase, Alfred 250
- Haase, Georg 69
- Haase, Lagerbierbrauerei E. 69
- Haasenstien & Vogler AG 129 f
- Hachenberger 103
- Häcker, Fritz 590
- Hadschiben-Abdullah 617
- Hafenbrädl, Centa 207
- Haffner, Dr. Alexander 224 f
- Hagen, Louis 88, 131 f, 140, 389, 392, 397 f, 400, 402 ff, 406, 408, 410 ff
- Hagen, Frau verw. Louis 88
- «Hagewe» Ges. für Rohr- und Baumaterialherstellung mbH & Co KG, Ottingheim 329, 627
- Hagmaier, Dr. Heinrich 249
- Hahn, Dr. Carl 499, 502 f
- Hahn, Farn. 337
- Hahn KG, Düsseldorf 498
- Hahnsche Werke AG, Duisburg 336 f
- Halbach, Arnold 434 f, 438, 443
- Halberg Maschinenbau und Giesserei GmbH, Ludwigshafen/Rh. 329, 336
- Halberger Hütte GmbH, Brebach/Saar 66, 100 ff, 110 f, 324 f, 329, 331, 336, 627
- Halem Adelheid von 97
- Haller, Lore 592
- Halsey, Stewart & Co 421
- Hamacke, Dr. Wilhelm 201
- Hamadrukerei GmbH, Mannheim 330
- Hamann, Dr. Kurt 250
- Hamborner Bergbau AG, Duisburg-Hamborn 36, 1 f, 367, 369 f, 370, 372 ff
- Hamburg-Bremer-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft 293 f
- Hamburg-Bremer Rückversicherungs-AG 294
- Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG 251, 290, 292 ff, 296, 299 f
- Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft Eggert & Am-sinck, Hamburg 645
- Hamburger Abendblatt 174, 176 f, 179
- Hamburger Anzeiger 176
- Hamburger Echo 176, 179
- Hamburger Eisenwerke AG 326, 328
- Hamburger Freie Presse 157, 179
- Hamburger Fremdenblatt 177, 182
- Hamburger Kreditbank AG
- Hamburger Lebensversicherung AG 294
- Hamburger Morgenpost 157, 174, 176, 179
- Hamburger Volkszeitung 179
- Hammaburg-Reederei GmbH 647
- Hammacher, Dr. jur. Friedrich 91
- Hammerbacher, Dr. Hans Leonhard 250
- Hammerich u. Lesser Verlag GmbH 177 f, 182
- Hammersen AG, F.A., Osnabrück 590 f
- Hammerstein, Dr. Christian Freiherr von 147
- Hammerstein-Loxten Adolf Freiherr von 117
- Hammerstein-Loxten, Henriette Freiher-rin von 117
- «Hammonia» Hamburger Sach-vers.-Ges. 247
- Handelsabteilung der AG für Seeschiff-fahrt und Überseehandel 420
- Handelsblatt GmbH, Düsseldorf 160, 206 f
- Handelskammer Mülheim/Ruhr 416
- Handelsstätte Mauritius GmbH, Köln 607
- Handelsunion AG 353
- Haniel, Familie 86, 87, 98, 381, 620

- Haniel, Adeline 87
 Haniel, Alma 68, 87
 Haniel, Alfred 88
 Haniel, August 69, 87, 94
 Haniel, Berta 71, 80
 Haniel, Edgar 89
 Haniel, Gerhard 43, 86
 Haniel, Franz 43, 63, 69, 86, 89
 Haniel, Friederike 89
 Haniel, Hugo 88
 Haniel, Karl 151
 Haniel, Louis 71, 88
 Haniel, Max 88
 Haniel, Richard 88
 Haniel Rudolf 88
 Haniel, Thusnelda 71
 Haniel, Edgar von 89
 Haniel, Eugen von 89
 Haniel, John von 89, 90
 Haniel von Haimhausen, Eduard 89
 Haniel St Cie GmbH, Franz, Duisburg 43, 63 f, 87 f, 651
 Haniel & Lueg, Düsseldorf 63, 69, 87 f
 Hanomag 70, 476, 479, 481, 507
 Hannover-Hannibal AG, Bochum-Hordel 450, 455, 526
 Hannoversche Bank 70
 Hannoversche Neueste Nachrichten 208
 Hannoversche Presse 157
 Hansa AG, Basel 611
 Hansa-Eisen GmbH, Düsseldorf 318
 Hansa Lebensversicherung AG, Hamburg 251
 Hansa-Lloyd-Werke AG 471, 476, 510 f
 Hansa Rohstoffverwertung GmbH, Düsseldorf 455
 Hansa-Werke 510
 Hanseatische Treuhand GmbH 132
 Hanseatische Werft GmbH, Hamburg 320
 Hansemann, Adolf von 264 f
 Hansemann, David 262 f, 264
 Hansemann, Walter 177
 Haussner, Konrad 44
 «Hapag» Hamburg-Amerikanische Paketfahrt AG 637 ff, 640, 649
 Harburger Eisen- und Bronzewerke AG, Hamburg-Harburg 454, 456
 Harden, Maximilian 664
 Hardy & Co GmbH, Bankhaus 302, 361, 561, 565
 Harff & Co GmbH, Hamburg-Harburg 319
 Harkort, Friedrich 43
 Härle, Dr. Carl 360
 Harmsen GmbH 526
 Harpener Bergbau-AG 107, 310, 311 f, 314, 315, 667 f
 Hartleben, Otto Erich 153
 Hartmann, Jürgen 146
 Hartmann, Ursula 146
 Harz-Lahn Erzbergbau AG, Bad Harzburg 450, 455
 Hasenclever, Aenne 203
 Hasse, Georg 48
 Hatzfeld-Wildenburg, Fürst Hermann von 112
 Hatzfeld-Wildenburg, Ursula, Gräfin von 112
 Haunstetter Spinnerei u. Weberei, Haunstetten/Augsburg 590 f
 Haus der Industrie GmbH, Bremen 370
 Haus, Karl 269 f, 276, 278
 Haus, Dr. Rudolf 146
 Haux, Jürgen 147
 Havenstein, Reichsbankpräsident 408
 Hayessen, Clemens 147
 Hayessen, Egbert 147
 Hayessen, Emma 147
 Hecht, Dr. Wendelin 214 f
 Hecht, Amalie 214
 Hecht, Raimund 214
 Hedwigshütte Kohlen- u. Kokswerke AG, Hamburg 651
 Heegaard, Kathleen 674
 Heek, van 584 f
 Heek & Co, Enschede 584
 Heidelberger Tageblatt 179
 Heidemann, J. N. 403
 Heimbürg, Elisabeth von 114
 Heimbürg, Helene von 110
 Heimbürg, Dr. Joachim von 114
 Heimbürg, Kurt von 110
 Hein, Lehmann & Co AG, Düsseldorf 224 ff, 227, 300, 336 ff, 626
 Heineken, Dr.-Ing. Philipp 256
 Heine, Reichstagsabgeordneter 22
 Heine, Heinrich 194
 Heinen, Rheinhold 207 f
 Heinicke Ladenbau 244
 Heinkel-Werke 478
 Heinold, Dr. Reinhold 164 f, 168
 Heinrich, Hans 230 f
 Heinrichshütte, Hattingen 45
 Heise, Hildegard 147
 Heinze, Dr. 388
 Heinzmann 380 f
 Held & Francke AG 620
 Held Nachfolger, Kaufhaus, Paul 602
 Heldern, Gerda 674
 Helfferich, Karl 407
 Hellenique de Produits et Engrais Chimiques, Athen 457
 Hellwege, Heinrich Peter 160, 174, 208
 Hellwig, Dr. Fritz 102 ff
 Hemelinger Aktien-Brauerei, Bremen-Hemelingen 675
 Hendrix 379 f
 Henke, Paul 222
 Henkel, Dr. Hugo 225, 588
 Henkel, Dr. Jost 644
 Henkel & Cie GmbH, Düsseldorf 336, 644
 Henckell KG, Wiesbaden-Biebrich 336
 Henle, Dr. Günter 250
 Hensch, Hermann, Oberbürgermeister 276
 Henschel, Carl 45, 48, 63, 77, 476, 507
 Henschel, Dr.-Ing. e. h. Oscar 661
 Henschel Maschinenbau GmbH 661
 Henschel & Sohn GmbH, Kassel 45, 63, 336, 474, 481
 Hensel, Ludwig 499, 502
 Henze, Dr. Werner 503
 Herding, Familie 581
 Hergt, Oskar 136, 142
 Herkner, Prof. 109
 Herrmann, Dr. Alfons 250
 Hermann, Nora 650
 Hermann, Druckerei H. S. 420
 Hermes Kreditversicherungs-AG, Berlin-München 251, 290, 294, 299
 Herold Depeschenbureau GmbH 134
 Herre, Paul 24
 Herrfeld, Hugo J. 306 Hertie GmbH, Warenhaus, Hamburg 601
 Hertie-Kaufhaus-Beteiligungs-GmbH 601
 Hertie-Konzern 600 ff, 607 f, 612
 Hertie Vereinigte Kaufstätten GmbH, Berlin 602
 Hertie Waren- und Kaufhaus-GmbH, Berlin 601 f
 Herz, Wilhelm 48
 Hess, Dr. Hans 249, 252
 Hessische Berg- u. Hüttenwerke AG, Wetzlar 320
 Hessische Druck- und Verlagsanstalt GmbH 200 Hessische Nachrichten 157, 174, 200
 Hessische Post 200
 Hessische Zeitung 211
 Hettlage, Augsburg 612
 Heusch, Albert 268
 Heusch, Hermann, Oberbürgermeister 268
 Heusch, August Söhne, Augsburg 268
 Heuser, Amalie 117
 Heuss, Prof. Theodor 160, 208
 Heussmann, Hermann 528
 Heydebrand, von 22, 24
 von der Heydt's Bank AG, Berlin 349
 Heymann, Bankier 54
 Heyne, Annalise 593
 Heyne, Michael 593
 Heyne, Rolf 593
 Hibernia AG 538
 Hibernia Bergwerksgesellschaft 56, 562, 664
 Hilden AG, Eisenwerk 192
 Hildesheim-Peiner Kreis-Eisenbahn Gesellschaft, Hildesheim

- Hilger, Ewald 91
 Hilgers AG, Rheinbrohl 330, 336 ff, 626
 Hillen-Ziegfeld, A. 204
 Hillers AG, Solingen, Dr. 336
 Hillmer, Andreas 592
 Hillmer, Ekkehard 593
 Himmler, Heinrich 334
 Hindenburg von Beneckendorff, Reichs-
 präsident Paul von 14, 377
 Hinsberg, Fischer & Comp., Barmer
 Bankverein 271
 Hinterleitner GmbH, München 503
 Hintze, Paul von 26
 Hirsch, Eugen 379
 Hirsch, Familie 597
 Hirsch, Leo 379
 Hirsch's Telegraphisches Bureau, Louis
 134
 Hüttdorfer Brauerei AG, Köln 95
 Hitler, Adolf 151, 252, 334, 347, 396,
 487, 492, 516 f, 601, 625
 Hitzbleck, Elaine 674
 Hobbing, Reimar 149
 Hobby 199
 Hochofenwerke Lübeck AG 312
 Hoesch, Albert 45
 Hoesch, Wilhelm 45
 Hoesch Werke AG 45, 137, 192, 359,
 651, 652, 657
 Hoetzsch, Cornelia 14
 Hoffmann, Karl 26
 Hoffmann, Freiherr Louis von 69, 111
 Hoffmann, Ludwig Ferdinand von 111
 Hoffmann, Pauline Freiin von 69
 Hoffmann u. Campe Verlag 194
 Hoffmann & Reiber KG 222
 Hoffmann, Werner G. 222, 224
 Hoglund, Elis S. 494
 Hohenlohe Werke AG 61, 64, 76
 Hohenlohe-Oehringen, Fürst Kraft, Chri-
 stian zu 61, 74, 76
 Hollweg, Kümpers & Comp. KG, 582
 Holnstein, Gräfin Eugenie von 88
 Hooffacker, Alfons 250
 Hopp & Co, Papiergrosshandel 202
 Hoppecke 536
 Hör zu 176 f, 238
 Horch, August 467, 501, 509 f
 Horch-Werke AG, Zwickau 501
 Hörder Bergwerks- und Hüttenverein
 403
 Hörder Verein 43
 ter Horst & Co, Rijssen 587
 Horstmann, Georg 83 f
 Horstmann, Elise 83
 Horstmann, M.u.G. 83
 Horten, Helmut 612
 Horten-Konzern 612
 Hotel Parkhaus GmbH, Bremen 330, 370
 Hotelbetriebsgesellschaft Berlin 68
 Howaldtswerke AG, Kiel 226, 542, 657
 f
 Howaldtswerke Hamburg AG 655, 657
 ff, 664, 668
 Houdremont, Prof. Eduard 440 f
 Hruby & Co oHG, Hachenburg/ Wester-
 wald 564
 Huber, Dr. Heinz 147
 Huber, Herta 97
 Huber, Irma 97
 Huber, Dr. Willi 147
 Huber, Dr. Wolfgang 147
 Huch, Ricarda 263
 Huck, Andreas M. 232
 Huck, August 83
 Huck, Harald 232
 Huck, Waldemar 84
 Huck, Wolfgang 84
 Huck, Dr. Wolfgang 231 f
 Huck & Co, J.M. 83
 Huck-Konzern 84
 Hugenberg, Dr. Alfred 122, 127 ff, 133
 ff, 136, 137 f, 139, 141, 144, 252,
 414, 601, 663
 Hugenberg, Gerhard 146
 Hugenberg, Gertrud 146
 Hugenberg & Co KG 145
 Hugenberg-Konzern 138, 144 f
 HUK-Versicherungen-Haftpflicht-, Un-
 fall-, Kraftverkehr- und Rechtsschutz-
 Versicherung 281, 285
 Huldskinsky, Oskar 67, 78
 Huldshinsksche Hüttenwerke AG 67
 Hülsen-Haeseler, Graf von 22 ff
 Hülsen-Haeseler, Gräfin von 23
 Hummel Gesellschaft, Hermann 214
 Hummel, Hermann 152, 214
 Hunsrücker Werke 100
 Hundhausen, Ingenieur 271
 Hünermann, General 581
 Hutchins, Florence 117
 Hückelkotten 93
 Hüttenchemie GmbH, Mannheim 566
 Hüttenwerk Geislautern 100 f
 Hüttenwerke Siegerland AG 372
 Hütz, Carl Friedr. 250
 Huyssen, Heinrich 43, 86
 Huyssen, Louis 91
 Huyssen, Familie 87
 Hydrierwerk Wesseling 543
 Hydro-Chemie GmbH, München 361
 Iduna-Germania Lebensvers.-AG 449
 IG-Farbenindustrie AG 420, 532, 534,
 541, 548 ff, 551 ff, 555 ff, 558, 560 ff,
 563, 569
 Ihde GmbH, Lübeck 455
 Isleder Hütte 675
 Imhausen Werke GmbH 314
 IMOSA Victoria, Spanien 503
 IMPRIMATOR Gemeinnützige Ges.
 mbH 214
 INA Rio de Janeiro, Brasilien 503
 Indien-Gemeinschaft Krupp-Demag
 GmbH, Duisburg 454
 Industrie-Auffang-GmbH, Ingolstadt
 499, 502
 Industria Nacional Locomotivas Ltda,
 Sao Paolo 454
 Industriebahn AG, Frankfurt a.M. 622
 Industriebank AG, Essen 200
 Industriedruck AG, Essen 201
 Industrie-Finanzierungs-GmbH, Dres-
 den 499
 Industriekreditbank AG, Düsseldorf 372
 industrie- und Handelskammer Augsburg
 224, 226
 Industrie- und Handelskammer Aachen
 268
 Industrie- und Handelskammer Dort-
 mund 202
 Industrie- und Handelskammer Düssel-
 dorf 337 Industriewerke AG 651, 657
 Internationale Handelskammer, Paris
 412
 Internationaler Nachrichtendienst GmbH
 143
 Inversesk Paper-Konzern 420
 Ippen, Dr. Rolf 126 f, 183, 197 f
 Isaac, Jacob 596
 Isar-Chemie GmbH München 427
 Israel, Alexander 307
 Isarwerke GmbH, München 251

 Jacobi, Hugo 69, 86 f
 Jacobi, Julius Gottlob 43
 Jacobi, Rudolf von 43
 Jacobi, Haniel & Huyssen 43
 Jacobi, Gebr., Insterburg/Ostpr. 600
 Jaeger, Egon 147
 Jahr, John 188 f
 Jahn, Robert 91
 Jannasch, Barbara 592
 Jannssen, Friedrich 441
 Jarres, Dr. Karl 391, 408, 414
 Januic, Dr. Dr. Alfred 503
 Jecht, Dipl.-Ing. Reinhard 623, 627
 Jecht, Anneliese 623
 Jeihl, Amalie 628
 Jellinek, Familie 505
 Jellinek, Emil 504 f Jenisch, von 19 f
 Jersey & Co, Manchester 65
 Joest, August von 271, 276
 Joest, Carl 271
 Johannssen 401
 Johnston, Senator 423
 Jordan & van Heek, Fa. 584
 Joske, Fam. 596

- Journeau et Leblanc 490
 Junghans AG, Gebr., Schramberg 672 f
 Juridwerke AG 566
 Jute-Spinnerei und Weberei AG, Kassel 587
- Kaas, Prälat Dr. 397, 411
 Kabelwerke Rheydt AG 269
 Kaelble 479
 Kali-Gewerkschaft Hercynia 403
 Kali-Industrie AG 94
 Kaether & Co GmbH, Krefeld-Uerdingen 523
 Kahler, Ingeborg 147
 Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 419
 Kaiser's Kaffeegeschäft 645
 Kaletsch, Gerda 320
 Kaletsch, Konrad 317, 320
 Kaletsch, Otto Albert 320
 Kaliwerke Adolfs-Glück AG, 96
 Kalle & Co AG 553, 560
 Kammann 93
 Kammgarnspinnerei Kaiserslautern 588
 Kampenwand Seilbahn GmbH, München 373
 Kanert, Herbert 147
 Karcher Schraubenwerke GmbH, Beckingen/Saar 330
 Karg'sche Familienstiftung, Hamburg 601
 Karg, Georg 601 f
 Karg, Hans-Georg 601 f
 Karlsruhe Industriewerke AG 536
 Karlsruher Lebensversicherungs-AG 251
 Karlsruher Lebensversicherungsbank 247
 Karlsruher Maschinenbau-Gesellschaft 508
 Karmainsky, Hans von 147
 Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Weinsberg 497 f
 Karstadt AG, Rudolf 608 ff, 609, 611 f
 Karstadt, Konzern 605, 611
 Karstadt, Ernst 608
 Karstadt, Rudolf 608
 Karstadt Unterstützungsfonds f. Kinderreiche GmbH, Hamburg 610
 Karstadt Unterstützungsfonds GmbH, Hamburg 610
 Kastell, Felix Freiherr von 117
 Kastl, Dr. Ludwig 244, 250
 Kasseler Druckerei- u. Färberei AG, Kassel-Bettenhausen 610
 Kaszonyi, Familienstiftung 370
 Kattowitz AG für Bergbau u. Hüttenbetrieb 62, 77, 307 f, 385
 Kaufhalle GmbH, Köln 605, 607
 Kaufhaus Horten AG, Duisburg 611
 Kaufhof AG 606 ff, 612
 Kaufhof Corporation, New York 607
- Kaufhof-Konzern 606
 Kaufmann GmbH, Gebr. 605
 Kaulitz 103
 Kayser AG, Lübeck 317
 Keils Nachf. GmbH, Ernst 81
 Keller & Knappich GmbH Maschinenfabrik, Augsburg 537
 Keller, Louise 674
 Kepa Kaufhaus GmbH, Berlin 611
 Kimmerle, Dr. Herbert 543
 Kindermann, Dr. Alfred 582
 Kindermann, Eugen 582
 Kindler, Revue-Verleger 183
 Kirchfeld GmbH, Franz 192
 Kirdorf, Emil 119, 128, 133, 137, 139 f, 122, 305, 414
 Kirschbaum 244
 Kisch, Prof. Wilhelm 245 f
 Kisskalt, Dr. Wilhelm 244, 250
 Kleinbahn AG Kiel-Segeberg, Kiel 622
 Kleinbahn AG Kiel-Schönberg, Kiel 622
 Kleist, Gertrud 147
 Klenau, Annemarie von 214
 Klepper, Otto 222
 Klett & Co 248
 Kling, Otto 250
 Klinkenberg, Dr. Werner 147
 Klitzsch, Anna 147
 Klitzsch, Christa 147
 Klitzsch, Gisela 147
 Klitzsch, Dr. Ludwig 136, 141 f,
 Klitzsch, Ilse 147
 Klitzsch, Regina 147
 Klitzsch, Renate 147
 Klitzsch, Traute 147
 Klöckner, Familie 110
 Klöckner & Co 95, 566
 Klöckner, Peter 44, 118, 137, 305 f, 408
 Klöckner-Humboldt-Deutz AG 271, 479, 481, 507
 Klöckner-Werke AG 94, 192, 652
 Kluthe, Hans A. 213 f
 Kment, F. GmbH, Kralup/Tschechoslowakei 503
 Knapsack-Griesheim AG 560, 647
 Knie, Maria 624, 627
 Knobloch, Burckhard von 147
 Knobloch, Dankwart von 146
 Knobloch, Gudrun von 147
 Knopf, Familie 596
 Knoop, Ludwig von 65
 Knorr, Dr. Hermann 208
 Knorr & Hirth 150 f
 Koch, Rudolf 52
 Köbberling & Kurtze GmbH, Kassel 319
 Koepfel, Dr. jur. Wolfgang 628
 Kohle-Öl-Chemie GmbH 526
 Köhler, Generaldir. 76
 Koholyt AG 420
 Kohलगrosshändler-Verband Nordwest e.V., Bremen 644
- Kohlen-Hebergesellschaft mbH, Hamburg 455
 Kohlensäure-Industrie AG, Düsseldorf 225, 330, 336 ff, 339, 341
 Kohlen-Stauerei GmbH, Hamburg 455
 Kohleverwertungsges. mbH, Essen 226, 563
 Koliner Werkzeugfabrik, Kolin/Tschechoslowakei 503
 Kollmann, Wilh. 306
 Köln-Neuessener Bergwerksverein 137
 Kölner Bergbauverein 93
 Kölner Industrie- und Handelskammer 404
 Kölner Maschinenbau-Anstalt 403
 Kölner Lloyd, Allgemeine Versicherungs-AG, Köln 277 f, 296
 Kölnische Glas-Versicherungs-AG, Köln 261
 Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft 261, 270 f, 296
 Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft, Köln 261, 266 f, 269 ff, 272, 296
 Kölnische Rundschau 157, 165, 168, 174, 207
 Kölnische Unfallversicherungs-AG 268
 Kölnische Verlagsdruckerei GmbH 208
 Kölnische Volkszeitung 135, 207
 Kölnische Zeitung 82, 126, 207, 304
 Kölsch, Irmgard 203
 Königlich Statistisches Landesamt 36, 49
 Königliches Institut für experimentelle Therapie 64
 Königshütte 43
 Königsgrube 526
 Konrad, Prinz von Bayern 497 f
 Kontinentale Öl-AG, Berlin 539
 Kontorhaus Fehrbelliner Platz GmbH 610
 Kopp, Dr. Richard 499
 Koppel, Leopold 48, 68
 Koppel, Arthur 48
 Koppel & Co, Bankhaus 68
 Koppenberg, Dr.-Ing. E.h. 502
 Korn, Karl 219
 Körner, Hildegard 147
 Körner & Co, F.W. 70
 Korte, Edith 97
 Korte, Robert 95
 Korte, Gustav 433
 Köser, Margarete 673
 Kottmeier, Anton 249
 Kracht, von 332
 Kraftstoff Handelsges. mbH, Essen 547
 Kraft, Eisenwerk 75
 «Kraft» Versicherungs-AG, Berlin 250 f
 Kraftwerk Hamborn, Duisburg-Hamborn 371, 374

- Krages, Hermann 504
 Krämer, Dr. Friedrich 533
 Krämer, Hans 512
 Kratsch, Werner 499
 Krause & Co, F.W., Bankhaus 244
 Krause Eisengrosshaus GmbH, Otto R., Düsseldorf 660
 Krause, Friedrich Wilhelm v. 52, 72
 Krauss-Maffei AG, München 319, 322
 Krauss-Maffei-Imperial GmbH, München 319
 Krawehl, Papiergrosshandel 202
 Krawehl, Familie 98
 Krawehl, Ernst 90
 Krawehl, Georg 94
 Krawehl, Hans 90, 97
 Krawehl, Inge 203
 Krawehl, Otto 94, 96
 Krawehl, Rolf 202, 205
 Krebs, Olga 628
 Krebs, Wiltrud 628
 Krefelder Stahlwerke AG 349 f
 Kreisselmeier, Elli 627
 Kreisselmeier, Dr.-Ing. E.h. Hans 628
 Kreisselmeier, Hermann 628
 Klencke GmbH, Bremen, Gebr. 512
 Krengel, Dr. Hellmuth 216
 Kreuzenbeck 93
 Kretschmann, Asta von 97
 Krimpmann, Heinz 250
 Kristall 176, 238
 Kristinus GmbH, München 673 f
 Kristinus, Dr. Friedrich 673
 Kristinus, Maria-Elisa 673
 Kronen-Brauerei AG, Essen-Borbeck 95
 Kropfmühl AG, München 455
 Krufter Tonbergbau und Steinindustrie GmbH, Kruf/Aar 454
 Krüger, Auguste 203
 Krüger, Friedrich Wilhelm 542
 Krüger, Gustav 203
 Krüger, Hermann 203
 Krüger, Horst 203
 Krüger, Margarete 203
 Krüger, Rudolf 203
 Krüger, von, Reg.-Rat 132
 Krüger, Grundstücksgesellschaft mbH 202
 Krüger KG, Dortmund 202
 Krupp AG, Fried. 128, 130, 438
 Krupp Apparatebau und Blechverarbeitung 453
 Krupp-Achenfeld 43 Krupp-Ardelt GmbH, Wilhelmshaven 454
 Krupp Baubetriebe, Essen 453
 Krupp-Demag GmbH, Indien-Gemeinschaft 457
 Krupp Dieselmotoren GmbH, Essen 454
 Krupp-Druckenmüller GmbH, Berlin-Tempelhof 454
 Krupp Energieanlagen, Fr. 453
 Krupp Eisenhandel GmbH Düsseldorf 434
 Krupp Eisenhandel GmbH, Duisburg 454
 Krupp Eisenhandel München GmbH 454
 Krupp Eisenhandel Frankfurt GmbH 454
 Krupp Export GmbH, Essen 454
 Krupp, Firma Fried. 432 f, 438, 439, 441 f, 449, 457, 464, 479, 507, 670
 Krupp Gemeinnützige Kleinwohnungsbau GmbH, Essen 454
 Krupp Gutsbetriebe, Meppen 453
 Krupp Grafische Anstalt, Essen 453
 Krupp Indien-Handelsges. mbH, Essen 454
 Krupp Kohlechemie GmbH, Wanne-Eickel 450, 454, 565
 Krupp Kohlenhandel GmbH, Essen 454
 Krupp Konsum-Anstalt, Essen 453
 Krupp Kraftfahrzeuge, Hamburg GmbH 453
 Krupp Kraftfahrzeuge Stuttgart GmbH 453
 Krupp Kraftfahrzeuge Berlin GmbH 453
 Krupp Kraftfahrzeuge Essen GmbH 453
 Krupp Kraftfahrzeuge Frankfurt-GmbH 453
 Krupp Kraftfahrzeuge Hannover GmbH 453
 Krupp Kraftfahrzeuge Köln GmbH 453
 Krupp Kraftfahrzeuge München GmbH 454
 Krupp Kraftfahrzeuge Kassel GmbH 454
 Krupp Kraftfahrzeuge Nürnberg GmbH 454
 Krupp Kranken-Anstalten Essen 453
 Krupp Seeschiffahrt GmbH, Bremen 454
 Krupp Maschinenfabrik Essen 453
 Krupp WIDIA-Fabrik, Essen 453
 Krupp Wipla Dental-Werkstätten Essen 453
 Krupp, Alfred 68, 73, 85, 91, 433 f, 443, 452, 467
 Krupp, Barbara 68, 73
 Krupp, Friedrich 43, 192 f, 453 f, 458, 466
 Krupp, Irmgard 445
 Krupp, Margarethe 433
 Krupp von Bohlen und Halbach, Alfred 314, 431 f, 434, 439 ff, 443, 448 ff, 458, 465
 Krupp von Bohlen und Halbach, Bertha 61, 73, 85, 432 f, 438, 440, 443, 447
 Krupp von Bohlen und Halbach, Dr. Gustav 438, 442 f, 451
 Krupp von Bohlen und Halbach, Vera von 431 f
 Kübler & Co, Stadtoldendorf 587
 Kuby, Erich 185, 187 f
 Kues, Nicolaus von 227
 Kühlmann-Camprubi, Ulrike von 115
 Kühlmann, Knut Freiherr v. 115
 Kühlmann, Otto von 112
 Kühlmann, Rieh, von 112
 Kuhnert 379, 578
 Kulmiz, Eugen von 65
 Kulmiz GmbH 65
 Kulukundis, N., New York 661
 Kümpers, Albert 581
 Kümpers, Alfred 580, 581
 Kümpers, August 580
 Kümpers, Carl 580
 Kümpers, Carl Ludwig 582
 Kümpers, Ernst 581
 Kümpers, Franz 581
 Kümpers, Fritz 581
 Kümpers, Gustav 581
 Kümpers, Hermann 580/81
 Kümpers, Karl Godfried 581
 Kümpers, Paul 581
 Kümpers, Rudolf 581
 Kümpers, Wilhelm 582
 Kümpers, F. A. 580 f
 Kümpers GmbH, Everhard 581
 Kümpers & Timmermann 580 f
 Kümpers Söhne, C. 580 f
 Kurmärkische Zellwolle u. Zellulose AG, Wittenberge 590
 Kürten, Paul 613
 Kusen, Heitmann & Cie Dampfschiff-Reederei, Hamburg 650
 Lachenmayr, Johann 250
 Lachmann & Mosse, Hans 80
 Laeisz & Co 643
 Laeisz, Fa. F. 643
 Lafferentz, Dr. Bodo 487
 Lampe, Bankhaus 497, 501
 Landau, Jacob 402
 Landbank AG 137
 Landesverb. d. bayer. Industrie 226
 Landesverkehrsverband Westfalen e.V. 204
 Landesvereinigung der industriellen Arbeitgebernordrhein-Westfalen, Düsseldorf 226
 Land- und Seekabelwerke AG 403
 Langen, Arnold 271
 Langen, Eugen 271 f, 510
 Langen, Eugen Gottlieb von 271 f
 Langen, Hans Rudolf 271

- Langen, Joh. Gottlieb 271
 Langen, Joh. Jacob 271
 Langnamverein 104
 Lanschück, Gerda 147
 Lanz AG, Mannheim 458
 Lauchhammer Maschinenbau u. Stahlbau GmbH, Düsseldorf 317
 Laupenmühlen u. Dierichs, Bochum 198
 LDP 222
 Lehmann, Prof. 109
 Lehmann, Alfred 418
 Lehmann, Otto F. 147
 Lehner & Co KG, Frankfurt a.M. 365
 Lehr & Co, Eisen- und Metall KG, Gelsenkirchen 651 Lehrwerkstatt Altena GmbH, Altena/W. 373
 Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt 290, 293
 Leipziger Modeverlag, Vobach 150
 Lennewerk Altena GmbH, Altena/W. 373
 Lenoir 509 f
 Lensch, Prof. Paul 394
 Lensing, Lambert 201
 Lenz & Co GmbH, Berlin 622
 Lenz & Co GmbH, Lübeck 618
 Lenz & Co Südd. Bauges. mbH, Mü.-Nürnberg 622
 Lenz-Bau AG, Hamburg 622, 626
 Leonhard & Blumberger 655
 Leopold III., König der Belgier 335
 Lessing, Carl Robert 84
 Leuhe & Seippel GmbH, Hamburg 454
 Leveloh 424
 Levy, Bankhaus A. 131, 140, 402
 Lewinsohn, Richard 59, 80, 138, 383
 Lewit 380
 Ley, Dr. 440, 487
 Libbey-Owens-Ford-Glass Co, Toledo/Ohio 225
 Liebs, Detlef 592
 Liebs, Erika 592
 Liebs, Hartmut 592
 Liebs, Rüdiger 592
 Ligne, Prinzessin Hedwige von 56
 Lilja, C. Bert. 452
 Lindemann-Konzern 610
 Lindemann & Co AG, Frankfurt/M. 605
 Lindener Eisen- und Stahlwerke GmbH, Hannover-Linden 352, 372
 Lindeiner-Wildau 142
 Lindheimer, Philipp Jacob 509
 Lingen-Werke-AG, Berlin 337
 Lingen-Werke GmbH, Düsseldorf 337 f
- Linke-Hoffmann-Busch Waggon-Fahrzeug- und Maschinenbau GmbH, Salzgitter 318, 322
 Linke-Hoffmann-Werke AG 309, 316
 Linke-Hoffmann-Werke GmbH, Düsseldorf 318
 Linke-Hofmann-Lauchhammer AG 308 f
 Liptäk AG für Bau- und Eisenindustrie 420
 Lippe, Prinzessin Theresa zu 342
 Lloyd Motoren-Werke GmbH, Bremen 512, 514
 Lloyd Schifffahrt und Spedition GmbH, Mannheim 337
 Lobe, Paul 34
 Löbenstein & Freudenthal, Hildesheim 600
 Lodenfrey Verkaufs GmbH, München 612
 Loerbrocks, Wilhelm 91
 Loerse, Ottmar von 272
 Loewenstein, Dr. Hans von und zu 147
 Loewenstein, O.-Ing Louis Ferdinand von 139
 Loewenstein, Wilhelm von und zu 147
 Lohmann & Co 90
 Lorenz AG 192
 Lorenz-Meyer, Paul L. 643
 Lorenz und Lihn Obstedelerzeugnisse GmbH 674
 Lübbert, Dr. Erich 615, 617 ff, 620 ff, 623 f, 625 ff
 Lübbert, Alfred 628
 Lübbert, Martin 628
 Lübbert, Frieda 628
 Lübbert, Irmela 627
 Lübbert-Konzern 618
 Lübbert & Co KG, Schalen-Schiffbau Dr. Erich 621
 Lübecker Maschinenbau AG 192
 Lübecker Nadirriditen 157
 Lübecker Nachrichten GmbH 195
 Lubersac 413
 Lucius, Hellmuth von 417
 Lucius, Freifrau Hedwig von 110
 Lucius, Freiin Irma von 114
 Lucius, Jutta von 114
 Luckner, Comte de 332
 Lüderitzbucher Minenkammer 617
 Ludendorff, Erich 347
 Ludwig I., König von Bayern 263
 Ludwig XIV., König v. Frankreich 459
 Lueg, Heinrich 68 f
 Lueg, Karl 68
 Lüer, Prof. Dr. Carl Heinrich August 492 f
 Luise, Grossherzogin von Baden 23
 Luitpoldhütte AG 329
- Luther, Dr. Hans 414
 Lüttgen, Hermann 651
 Maag 438
 Maatschappij tot Exploratie van Delfstoffen of 30 Carel van Bylandtlaan 538
 Mackensen, August von 18
 Madaa Arama Ve Etud Ltd., Sireki/Ankara 454
 Madsack & Co KG 83
 Mainzer Verlagsanstalt 212
 Mannesmannröhren-Werke AG, Deutsch.-öster. 44
 Märkische Seifenindustrie KG 315
 Märkische Steinkohlen-Gewerkschaft 667
 Magdeburger Allgemeine Lebens- u. Rentenversicherungs AG 291, 293
 Magdeburger Bergwerks-AG 94, 96
 Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft 291, 292, 293, 294, 295, 297, 299, 300
 Magdeburger Rückversicherungs-Actien-Gesellschaft 291, 293, 299
 Maggi 239
 Magirus 476, 507
 Magnis, Anton Graf von 72
 Magnus, Bankier 52
 Magnussen, Theodora 361
 Magus-Wasserreinigungsmaterialien-Werk GmbH, Wülfrath 374
 Mahn Handel en Transport Mij., Rotterdam 454
 Mahr, Werner 254
 Maico 478
 Main-Echo 157
 MAK-Maschinenbau-AG, Kiel 317, 322, 428, 666
 Malec, Edith 147
 Malitz, Friedrich 644
 Mallinckrodt AG, Leipzig 590
 Mallinckrodt GmbH, Ernst, Augsburg 590
 Malsburg, Klara von der 628
 MAN 476, 479, 481, 507
 Manchon, Annabella 431
 Manchon, Louis 431
 Manchof, Dr. Willy 644
 Manderbach 478, 479
 Manderscheid, Karl, Senatspräsident i.R. 528
 Mangin, General 388
 Mann, Joh. Bern. 147
 Mann, Kap. a. D. 139, 140, 142
 Mannesmann AG 337, 589, 651
 Mannesmannröhren-Werke AG Düsseldorf 94, 337
 Mannesmann-Konzern 95, 315, 337
 Mannheimer, Erik von 303
 Mannheimer Lebensversicherungs-Gesellschaft AG 291

- Marathon Export GmbH, Krefeld 373
 Marchia Kreditvermittlungsgesellschaft mbH, Heilbronn 497
 Margarine Verkaufs-Union GmbH, Hamburg 224 ff, 227
 Marshall, Field Cie, Chicago 597
 Mart, Ferd. Ritter von 115
 Martin, Rudolf 87
 Martin, Valentin 250
 Marx, Emil 306
 Marx, Wilhelm 408, 410
 Maschinenbau-Unternehmungen AG 94 f
 Maschinenfabrik Donauwörth GmbH 320
 Maschinenfabrik Buckau, R. Wolf AG, Neuss-Grevenbroich 70, 271
 Maschinenfabrik Meer AG, 95
 Maschinenfabrik Schenck GmbH, Darmstadt 623
 Mathies Reederei KG 643
 Mathis, Dr. med. Gudrun 148
 Mattes & Leitz AG, Besigheim a.N. 588
 Matthes 389
 Matthiessen, H.H. 224 f, 227
 Mattner, Marianne 147
 Matuschka, Guido Graf von 117
 «Mausegatt»-Ruhrkohlenverkaufsgesellschaft mbH, Essen 372
 Mauser Messzeug GmbH 536
 Mauser Werke AG 536
 Mauser Werke KG 536
 Maxhütte Eisenhandels-GmbH, Sulzbach-Rosenberg 320
 Maximilianshütte 313, 315, 321 f, 500, 503
 Maybach 476
 Maybach, von Minister 104
 Mechanische Feinweberei AG, Adlershof 600
 McCloy, John J. 153
 Mayer, Jacob 452
 Meens, Gen.-Dir. Jaques 543
 Meertens, Winand 208
 Meerten, Georg von 339 f
 Mees, Kurt 494
 Meesmann, Dr. Otto 148
 Meier, Max 306
 Meier, Heinrich 586
 Meier KG, Schrotthandel, Duisburg 427
 Meister, Dr. Herbert von 52, 66
 Meister, Lucius & Co 66
 Meister, Lucius & Brüning AG 66
 Meisters Söhne, G.E., Hamburg 319
 Meissner, J. Dippe-Werk Schladen 525
 Mejer, Otto 148
 Mellmann & Co 416
 Mende, Dr. Erich 208
 Mendelssohn & Co, Bankhaus 64, 68, 71
 Mendelssohn, Franz von 64, 72
 Mendelssohn, Robert von 64, 68
 Mendelssohn-Bartholdy, Ernst von 63 f, 78
 Mendelssohn-Bartholdy, Paul von 64
 Menge, Dr. Arthur 225
 Merck, Finck & Co, Bankhaus 98, 248 f, 256 f, 259, 278
 Merfeld GmbH,
 Merfeld 523
 Meridian Schiffahrtsges. mbH KG 644
 Merkel, Christa 593
 Merkur Ges. für Industrie und Handelsunternehmungen 316, 321
 Mertens, Carl 509
 Mertens, Max 250
 Mertens, Dr. Rieh. 269
 Metall AG 651
 Metallhüttenwerk Lübeck AG 342
 Metallfabrikate GmbH, Berlin 319
 Metallhüttenwerke Lübeck AG 192, 317, 342, 428
 Metall- u. Kaltwalzwerk GmbH, Langenberg/Rhl. 660
 Metzler, Carl von 52, 71
 Meuschel, Walter 250
 Meyer, Arnold Otto 139, 421
 Meyer, Betty 598
 Meyer, Heinrich 402
 Meyer, Ernst 250
 Meyer, Ursula 592
 Meyer, Hans Gerd 592
 Meyer, Ernst Eckart 592
 Meyer, Georg Friedrich 593
 Meyer, Claus Henning 593
 Meyer, Gerhard L., Geh. Kom. Rat 70
 Meyer, Ingeborg von 148
 Meyer-Cohn, Bankhaus 54
 Meyer, Fa. Arn. Otto 420
 Meyer, Verlag Bernhard 420
 Miag Mühlenbau 244
 Michael, Else von 88
 Michael, Jakob 306, 612
 Michalke, Thomas Michel-Konzern 340
 Michel-Verwaltung GmbH 340
 Michel-Werke, Halle 339
 Middelhaue, Dr. Friedrich 160, 208
 Mihag Handelsgesellschaft für Mineralölerzeugnisse mbH, Düsseldorf 536
 Miller, von, Gesandter 20
 Minas Rohstoffges. mbH, Essen 454
 Mineralöl- u. Asphaltwerke-AG (Mawag) 544, 547
 Minister Achenbach Bergwerksgesellschaft mbH, Brambauer 330, 333, 336, 626
 Minoux, Friedrich 384 f, 416
 Mitteldeutsche Eisen-Handelsgesellschaft Carl Delius und Franz Ruthe GmbH, Hannover 518
 Mitteldeutsche Stahlwerke 308 f
 Mitteldeutsche Motorenwerke GmbH, Fancha 502
 Mitteleuropäische Versicherungs AG, Köln 277, 278, 299
 «Mittelland» Kohlenhandels- GmbH, Braunschweig «Mittelstahl» Stahl- und Walzwerk Weber 309
 Mirbach, Frhr. von 53
 Mittelstaedt, Rosemarie 593
 Mij, Beheer Steenkohlen N.V., Utrecht 371
 Mobil Oil AG 538, 541, 543 f, 546 f
 Mobil Oil Co Inc. New York 225, 227
 Mohr, Hedda 148
 Mohrenstr. 11/12 Grundstücksges. mbH, Berlin 331
 Möhring, Prof. Dr. Philipp 674
 Moldenhauer, Prof. Dr. Paul 390, 551
 Möller, Theodor von 664
 Momberger, August 512
 Mommssen, Ernst-Wolf 353
 Montag 93
 Monopol Bergwerks-AG, Kamen 315, 320
 Mont, Marcus du 82 f
 Monts de Mazin, Graf Anton 89
 Monts de Mazin, Gräfin Henriette 89
 Montana Verwaltungsges. mbH, Essen 371, 652
 Montan-Selbstversicherungs GmbH, Düsseldorf 374
 Montan-Union GmbH 419
 Montangesellschaft Saar mbH, Düsseldorf 331
 Montanwerke Verwaltungsgesellschaft mbH 313
 Mönning, Dr. Hugo 208
 Mörtelwerk Bochum Kausch & Co KG, Bochum 374
 Mörtelwerk Colonia GmbH, Köln 374
 Mörtelwerk Essen, Barthel & Co, Essen 374
 Moosebach GmbH, Köln 455
 Moselbahn AG, Trier 622
 Mosse, Rudolf 48, 64, 78 f, 81, 84, 85, 127 f, 129 f, 233
 Mosse, Emil 80
 Motag Versicherungs AG, Berlin 261, 267
 Motorenfabrik Oberursel 271
 Muchel, Dr. Victor 223
 Mülheimer Bergwerksverein 421, 423, 425
 Müller, Dr. med. Clara 361
 Müller, Gertraude 593
 Müller, Dr. Herbert 502
 Müller, Hermann 551

- Müller, Dr. Karl 387 ff
Müller, Dr. Rudolf 222
Müller, Otto, Geh. Kom. Rat 71
Müller-Meiningen, Dr. 26
Müller & Co, Otto 71
Müller Stiftung GmbH, Prof. Dr. Paul 564
Mumm von Schwarzenstein, Albert 72
Mumm & Co, Bankhaus A. 72
Münchener Hagelversicherung AG, München 261
Münchener Lebensversicherungsanstalt AG 297, 299
Münchener Illustrierte Presse 150
Münchener Neueste Nachrichten 150 f, 229
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft 244, 246 ff, 250 f, 256 ff, 259 f, 299, 452
Münchener Vermögensverwaltung GmbH, München 251
Münchener und Aachener Mobiliar-Feuer Vers. Ges. 263
Münchener Zeitung 83
Münchener Zeitungs-Verlag KG 231 ff
Münchmeyer & Co, Bankhaus 611
Münchner Merkur 174, 229 ff
Münchner Illustrierte 228 f, 238
Mundhenke, Julius 216
Münemann, Rudolf 279 f
Mulvany 104
Murphy, Robert 465
Müser, Robert 310
Müser 133
Mutuum Darlehens AG 136, 141 f, 153
- Naegel, Wilhelm 614
Nachlassverwaltung Opel, Dr. Fritz v. Opel, Rüsselsheim 611
Nachlassverwaltung Hans von Opel, Basel 611
Nägel, Familie 612
Nahmer, Paul von der 249
NAMEDY-Sprudel GmbH, Bentheim 523
Nannen, Henri 185
Nannen-Verlag, Henri 184
Naphta-Industrie und Tank-Anlagen AG «Nitag» 534
Nassauische Landesbank 446
«National» Allgemeine Versicherungs-AG, Lübeck 261, 266, 270, 291, 293, 294, 299
National, Lebensversicherungs-AG, Lübeck 261
National Automobil-Gesellschaft 492
Nationalbank 504
National Cash Register Company, Dayton/Ohio 455
«National» Lebensversicherungs-AG 270, 291, 294, 295, 297
National Registrier-Kassen GmbH, Frankfurt/M. 455
- Naumann, Friedrich 109
Nette, Juliane 360 f
Netzband, Friedrich 494
Neue Augsburger Kattunfabrik 226
Neue Boden AG 604
Neue Bremer Schiffsahrts-Ges.mBH 642
Neue Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG 246
Neue Illustrierte 238
Neue Münchener Verlags GmbH 230 f
Neunkirchener Eisenwerk AG, vorm. Gebr. Stumm 100, 102, 105, 324 ff, 328, 330
Neunkirchener Tageblatt 104 f
Neue Presse GmbH, Verlag 211, 213 f, 217
Neuerburg GmbH, Trier 673
Neuerburg Obsterei, Trier 673
Neuerburg, Elisabeth 673
Neuerburg, Gottfried 673
Neuerburg, Heinrich 673
Neuerburg, Helmuth 673
Neuerburg, Hermann 673
Neuerburg, Paul 673
Neue Rheinische Zeitung 206
Neue Ruhr-Zeitung 157, 183
Neue Verlags-GmbH, Karlsruhe 216
Neue Württembergische Zeitung 157
- Neuer Staat, Verlag 152
Neuhaus & Ley 583
Neuland AG 136 f
Neumann-Cosel, von 16, 18
Neumann, Friedrich 30, 32
Neumann, Dr. Johann 132, 138, 139 ff, 142
Neumann, Dr. Käthe 148
Neumann-Kollibay, Dr. med. Hanna 148
Neurath AG, Braunkohlenbergwerk 225, 337, 340
Neven du Mont 82, 84, 126
Neven du Mont, Alfred 82 f
Neven du Mont, Josef 82 f
Neven du Mont, Marcus 82 f
Newcomer, Erwin H. 494
Newman, Saunders & Co 421
New Week 185
Niederrhein GmbH, Düsseldorf 660
Niederrheinische AG f. Industrie u. Handel 367
Niederrheinische Bergwerks-AG, Düsseldorf/Neukirchen 225, 337, 340
Niederrheinische Gas- u. Wasserwerke GmbH, Dinslaken 370
Niederrheinische Hütte AG, Duisburg 353, 355 f, 373
Niederschlesische Bergbau-AG 312
Niedner, Dr. 23
Niemann, W. 141
Nierhaus, Werner 249
- Nitrochemie GmbH, München 565
Nitag Deutsche Treibstoff AG, Hamburg 534, 536
Nitag-Posselth Vereinigter Mineralölhandel GmbH, Lübeck 536
Nobel & Co, Troisdorf 563
Noe, J. 164 f
Noelle, Gertrud 148
Noelle, Gottfried 148
Noelle, Jutta 148
Nolte, Elise 148
Nordbremische Gesellschaft für Wohnungsbau mbH, Bremen-Vegesack 370
Norddeutsche Automobil- und Motoren-AG (NAMAG) 510
Norddeutsche Bank 81, 659
Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt GmbH, Mülheim/Ruhr 149, 426
Norddeutsche Hütte 327
Norddeutsche Kohlen- u. Kokswerk AG, Hamburg 64, 455, 623
Norddeutsche Kreditbank 640
Norddeutsche Nachrichten 176
Norddeutsche Portland-Zementfabriken AG, Hannover 622, 623
Norddeutscher Lloyd 256, 640, 641 f, 649, 652
Norddeutscher Werkshandel GmbH 317
Norddeutsche See- und Fluss-Versicherungs-AG, Stettin 266
Norddeutsche Verlagsges. mbH, Lübeck 195
Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft 291, 293, 294
Nordhoff, Prof. Dr.-Ing. E. h. Heinz 480, 486, 488, 665
Nordischer Bergungs-Verein 639
Nordseewerke Emden GmbH 652, 655, 657
Nordstern, Allgemeine Versicherungs-AG Berlin/Köln 261, 268 ff, 272
Nordstern Lebensversicherung-AG, Köln 261, 267, 270, 272
Nordstern Rückversicherungs-AG, Köln/Berlin 261, 268 f
Nordstern Versicherungs-AG 418
Nordwestdeutsche Fahrzeugbau 478
Nordwestdeutscher Zeitungs- u. Zeitschriftenverlag 208
Nord-West Ölleitung GmbH 542
NORD-WEST Schuheinkaufsgenossenschaft mbH 199
Nordwest-Zeitung 157
Normann, Brigitte Gräfin v. 602
Norman, Montagu 408, 409
Norse Ore Carrier Corporation 661
Nothmann 379
Nottebohm & Co, 645

- NSDAP 145, 440, 492
 NSU 191, 604
 NSU-Automobil-AG, Heilbronn 478, 497, 498
 NSU-Fiat Automobil-Vertrieb GmbH, Berlin 497
 NSU-Werke AG, Neckarsulm 497
 Nungesser & Co GmbH, Georg, Gernsheim/Rh. 331
 N.V. Bataafsche Accu-Fabriek 536
 NV de Bijenkoof, Warenhaus-Konzern 604
 N.V. Handels en Transport Mij., Vulcaan, Rotterdam 363, 370
 NV Stuwadoors-Maatschappij Kruwal, Rotterdam 454, 458
 NWDR Hamburg 178
- Obermayr, Henriette 116
 Oberhausen AG, Hüttenwerk 454 f, 458, 652
 Oberpollinger, Kaufhaus 609
 Oberschles. Eisenindustrie AG 307 f
 Oberschlesische Eisenbedarfs AG 65, 309
 Oberschlesische Portlandzementfabrik, Oppeln 65
 Oeder, Prof. Georg 71, 88
 Oeder, Ludwig 71
 Oehl, Dr. Eduard 502
 Oehringen Bergbau AG 524
 Oerlikon, Bührlle-Schalk 563, 566
 Oest & Cie., Georg 541, 545
 Oestreicher-Schlageder Ph., Kohlenhandlungsges. mbH, Freiburg 331
 Oetker-Konzern 530, 647 f
 Oetker-Reederei, R. A. 646
 Oetker, Dr. Otto August 645
 Oetker, Rudolf August 645 ff, 646, 648
 Oetker, Ursula 646
 Oesers, Albert 219
 Offenbacher Handels- und Industrie-gesellschaft mbH, Offenbach a.M. 600
 Oldenburg Zeitung 215
 Oldenburgische Versicherungs-Gesellschaft, Oldenburg 261, 264, 267 f
 Oldenburg-Januschau, Elard von 35, 59 f
 Oldendorff, Egon 642 Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven 672
 OMNICAL Ges. für Apparatebau mbH, Wetzlar 319
 Omnipetrol GmbH 545
 Omniplast GmbH & Co KG Frankfurt und Höchst 319, 329
 Omnium des Pétroles S. A., Genf 545
 Omnium Française des Pétroles S.A. 545
- OMZ Ver. Ost- und Mitteldeutsche Zement AG, Dortmund 627
 Opal Strumpfwerke GmbH 660
 Opel, Fa. Adam 498 f
 Opel AG, Adam 488, 491 f, 493 f, 496 f
 Opel, Familie 491, 611
 Opel, Adam 470, 489 f, 492, 509
 Opel, Carl 490 f
 Opel, Fritz 490
 Opel, Heinrich 490
 Opel, Ludwig 490
 Opel, Wilhelm 489
 Oppenberg, D. 164
 Oppenheim, Ada Freiin von 117
 Oppenheim, Albert Frh. von 67, 117
 Oppenheim, Eduard Frh. von 117
 Oppenheim, Emil Frh. von 117
 Oppenheim, Emma Freiin von 117
 Oppenheim, Emmy Freiin von 117
 Oppenheim, Felix Frh. von 117
 Oppenheim, Friedrich Carl Frh. von 276, 499, 503
 Oppenheim, Henriette Freiin von 117
 Oppenheim, Klara Freiin von 117
 Oppenheim, Maria Freiin von 117
 Oppenheim, Dr. jur. Max Frh. von 117
 Oppenheim, Paul Frh. von 117
 Oppenheim, Simon Frh. Von 116, 131, 177
 Oppenheim, Waldemar Frh. von 402
 Oppenheim, Wanda Freiin von 117
 Sal. Oppenheim jr. & Cie, Bankhaus 67, 117, 131, 265 f, 288 f, 276, 278, 285, 402, 499
 Opriba Privatverwaltungs AG 145 f, 149
 Orenstein, Benno 48
 Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau AG, Berlin 192, 657
 «Orion» Vers. AG 266
 Orlanda Reederei GmbH 640
 Oertren, Ilse v. 14
 Orwell 343
 Oryan, Francisco 458
 Ostbank für Handel und Gewerbe 137, 141 f
 Ostdeutsche Privatbank AG 136 f, 140 ff, 143, 145 f
 Ostfriesische Torfindustrie GmbH, Emden 644 Ostner 478 f
 Otinima-Werk Gutschlag & Co GmbH 536
 Ott, Dr. jur. Franz 628
- Ottenser Eisenwerk AG, Hamburg 659 ff
 Otto & Co KG 510
 Otto, Nicolaus August 271, 509 f
- Pakistan Industrial Development Corporation 457
 Papen, Franz von 347, 550
 Papenberg, Else 628
 Paridom-Möller Kohlenhandlungsges. mbH, Hamburg 454
 Partenreederei M. S. «Württemberg» 427
 Passage-Kaufhaus AG, Saarbrücken 604
 Pastor, Dr. Carl Arthur 267, 276
 Pastor, Farn. 98
 Patria Literarische Verlags-GmbH 135
 Patria, Versicherungs-AG, Köln 277
 Peiner Walzwerk AG 70
 Pennsylvania GmbH 534
 Pentzlin, Dr. Kurt 224 f
 Perglas, Maria Freiin
 Pergier von 117
 Persil GmbH 644
 Persil-Konzern 644
 Pertrix Union GmbH, Ellwangen 536
 Petroleos Mexicanos 458
 Petzei, Anton 595 Petersen, Erik 458
 Petschek-Konzern, Julius 312
 Peute-Werft 660
 Pfeifer, Emil 271
 Pfeifer & Langon KG 270, 272, 276, 278
 Pfeifer & Langen KG 270, 272, Pfeiffer 92
 Pfeffer von Salomon, Franz 334
 Pfeil, Gräfin Jutta 97
 Pferdenges, Dr. h.c. Robert 225, 268, 270, 276, 278, 358, 368, 561, 588
 Phänomen 476
 Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb 403
 Phoenix-Rheinrohr AG 149, 192, 352 f, 362, 367 f, 371, 374, 652, 658
 Phönix-Brauerei GmbH, Essen 95
 Phrix-Konzern 621
 Plancy, Georg Comte de 117
 Platen-Hallermond, Gräfin von 111
 Plath GmbH, Hamburg 427
 Plaut, S., Uelzen/Hann. 600
 Pless, Hans-Heinz XV., Fürst von 62, 74
 Plettenburger Drahtindustrie GmbH, Plettenburg/W. 331, 626
 Piccard, Lucienne 62
 Pickert, Albrecht 224 f
 Pienaar, Sigrid 624, 628

- Piepenstode, Caspar 43
 Piepenstode, Hermann Dietrich 43
 Pierlot 335
 Pinner, Felix 323, 325, 384, 413, 429
 Pintsch AG, Julius 70, 95
 Pintsch, Richard 48, 70
 Poggi, Franz 94 v. 117
 Podbielski, Margarethe von 53
 Podbielski, Viktor A. T. von 53
 Poensgen, Ernst 149
 Poensgen, Dr. Georg 148
 Poensgen, Gerrit 148
 Poensgen, Gisbert 148
 Poensgen, Gustav 94
 Poensgen, Helmut 148
 Poensgen, Luzie 94
 Pohl, Dr. Ernst 250
 Pohle, Dr. Wolf gang 115
 Pol, Heinz 152
 Ponomarjewa, Nina 613
 Popper & Co KG, Dortmund 148
 Porsche, Dr.h.c. 479, 487, 509 f
 «Porta» Hamburger Reederei GmbH,
 Hamburg 644
 Pöschl Wolfgang 198, 200
 Poseidon Schiffahrt GmbH 650, 655
 Potsdamer Lebensversicherungs-AG
 264
 Possehl GmbH 536
 Potthoff, Dr. Adolf 204
 Potthoff, Dr. Erich 160, 206
 Poudrier Royale de Wetteren Cooppal
 & Cie 565
 Prakt. Wegweiser GmbH, Würzburg 81
 Preiss, Peter 198
 Press Central Telegraphen Agentur 134
 Press Photo Radio GmbH 182
 Press- u. Walzwerk AG 362
 Preussengrube AG, 63, 77, 524
 Preussische Bank 264
 Preussische Bergwerks- u. Hütten AG
 533, 537, 546
 Preuss. Nationalversicherungs-Ges.,
 Stettin 266
 Preuss. Pfandbriefbank 137
 Preussische Verlagsanstalt GmbH, Mül-
 heim/R. 426
 Preusker, Dr. Viktor Emanuel 561
 Preys, Johannes 613
 Prinz AG, Textilausrüstung und Dru-
 ckerei 590 f
 Progress-Reisebüro GmbH 207
 Purfina Mineralölraffinerie AG 403,
 541 f, 543, 547
 Quandt-Konzern 504
 Quandt, Günther 48, 530, 620
 Quandt, Harald 530 f
 Quandt, Herbert 530
 Quick 184, 228, 238
 Raab Karcher GmbH 149, 651
 Radike, Brigitte 593
 Radike, Grete 593
 Radike, Hermann Georg 593
 Radike, Inge 593
 Radike, Martin 593
 Radi, Thomas J. 494
 Radziwill, Ferdinand Fürst 72
 Raffinerie Salzbergen 535
 Racky, Anton Tiefbohrungen AG,
 Salzgitter 532
 Raky-Wintershall-Konsort. 532
 Rank, Maria 187
 Ranken, Hanns H. 498
 Rantzau, Graf 14
 Rantzau, Liselotte von 643
 Raitz von Frenzt, Carl 444
 Raitz von Frenzt, Erica 445
 Raitz von Frenzt, Frh. Hanno 446
 Raitz von Frenzt, Irmgard 446
 Raitz von Frenzt, Wynand 445
 Rasmussen AG, Zschopauer Motoren-
 werke, J. S. 501
 Rath, Emil vom 46, 66
 Rath, Schöller & Skene GmbH, vom 66
 Rath & Breth 271
 Ratibor, Viktor Herzog von 68
 Ratzmann, Hugo 497, 500
 Ravene, Louis 67, 78
 Ravene'scher Rohrhandel GmbH, Berlin
 318
 Ravene Stahl AG, Berlin 318
 Ravene Söhne, Jakob 67
 Ravensberger Spinnerei AG, Bielefeld
 588
 Rawack & Grünfeld AG 312
 Reaseguradora de las Americas, Havana,
 Cuba Recherches Chimiques SA, Brüs-
 sel 565
 Reckmann, Walter 213
 Reden, Graf von, Malapane 43
 Redern, Graf Wilhelm von 64
 Reederei-, Bugsier- u. Bergungs-GmbH,
 Hamburg 639
 Reeder-Union AG, Kiel 646
 Reemtsma, Cigarettenfabriken GmbH,
 Hamburg 674
 Reemtsma KG, H. F. & Ph. F., Hamburg
 239, 674
 Reemtsma, Alwin 674
 Reemtsma, Feiko 674
 Reemtsma, Hermann F. 674
 Reemtsma, Herrn. Hinrich 674
 Reemtsma, Jan Berend 674
 Reemtsma, Jan-Philipp 674
 Reemtsma, Philipp 638, 674, 675
 Reger, Erik 241
 Reichsbank 252
 Reichsdienst für die deutsche Presse 152
 Reichsverband der Deutschen Industrie
 244
 Reichsverband der Privatversicherer
 252
 Reichswerke AG für Berg- und Hüttenbe-
 triebe 94, 667
 Reichswoll AG 530
 Reimann, von 262
 Reinicke, M. 643
 Reisholz GmbH, Düsseldorf 192, 370
 Remmen, Henny 360
 Remmen, Johanna 361
 Remnitz, von 347
 Renken, Hans W. 497
 Rennert & Co, GmbH, Hamburg 644
 Reusch, Familie 306
 Reusch, Gen.-Direktor 151, 359
 Reuss Heinrich XIV, Fürst von 595
 Revue 228, 238
 Rhein, Eduard 178
 Rheinbablen, von 16
 Rhein-Elbe-Union 308, 414
 Rheiner Bankverein Ledeboer 581
 Rheinhausen AG, Hütten- und Berg-
 werke 442, 449, 453 ff, 458
 Rheinische AG für Braunkohlenberg-
 bau u. Brikettfabrikation, Köln 309
 f, 311, 540
 Rheinische Anthrazit-Werke 107
 Rheinische Druckerei GmbH, M.-
 Gladbach 205 Rheinische Garantie
 und Kautions- versicherungs-AG,
 Mainz 251
 Rheinische Gummi- u. Celluloidfabrik
 AG, Mannheim-Neckarau 565
 Rheinische Kalksteinwerke GmbH,
 Wülfrath 353, 372 f
 Rheinische Olefinwerke GmbH 560
 Rheinische Post 157, 160 f, 165 f, 174,
 186, 205 f, 208, 235, 237, 424
 Rheinischer Merkur Vers.-AG 297
 Rheinische Röhrenwerke AG 352
 Rheinisches Spritzgusswerk GmbH,
 Weissenburg/B. 564
 Rheinische Stahlwerke AG, Essen 97,
 351, 451, 652, 657
 Rheinische Wohnstätten AG, Duis-
 burg-Meiderich 353, 362, 370, 372 f,
 374, 670
 Rheinisch-Westfälische Bodencredit-
 bank 269, 271 f
 Rheinisch-Westfälische Eisen- u. Stahl-
 werke AG 372, 564
 Rheinisch-Westfälische Kalkwerke
 AG, Dornap 373
 Rheinisch-Westfälische Sprengstoff
 AG 94
 Rheinisch-Westfälische Wohnstätten
 AG, Essen 670
 Rheinisch-Westfälische Notenbank 400
 Rheinisch-Westfälischer Elektrizitäts-
 Konzern 540
 Rheinland AG, Duisburg 349
 Rhein-Main-Bank 504

- Rheinmetall-AG, Düsseldorf 44
 Rheinmetall-Borsig AG 651 Rhein-
 Neckar-Zeitung 208
 Rhein-Plastic-Rohr GmbH, Mannheim-
 Neckarau 353, 372, 565
 Rheinische Polyester-GmbH, Mannheim
 565
 Rhein-Ruhr-Bank AG 607
 Rhein-Ruhr-Baustoff- u. Betonwerk
 GmbH, Duisburg 427
 Rhein-Ruhr-Zeitung 201
 Rheinische Stahlwerke AG, Essen 353,
 424, 481, 564, 566
 Rheinstahl-Union Maschinen- u. Stahl-
 bau AG, Düsseldorf 481, 652, 657
 Rhinetubes Inc., Houston, Texas (USA)
 353, 372
 Rhodius-Koenigs, Bankhaus 303
 Ribbentrop, Joachim von 335, 348
 Richter & Co, Gebild- & Frottierwebe-
 rei, Georg, Ahaus 587
 Richter, Karl 203
 Richter, Käthe 203
 Richter, Dr. Kurt 499
 Richthofen, Ulrich Freiherr von 55
 Riddell, Clark A. 494
 Riebeck Montan- und Ölwerke 420
 Riebeck'sche Montanwerke AG, A. 554
 Riedesel, Freifrau zu Eisenbach,
 Magdalene 148
 Riedinger, Augsb., Buntweberei AG
 590, 591, 593
 Riensberg, Dr. Heinrich 643
 Ring Württembergischer Heimatzeitun-
 gen GmbH 172
 Ringer, Berta 509
 Ringer, Karl Friedrich 509
 Rinteln-Stadthagener Eisenbahn-Ges.
 622
 Rippei, Otto 201
 Ritter, Helmut 673
 Ritter, Wolfgang 673
 Ritter, Pulverfabrik L. 403
 Ritterhaus, A. 583, 584
 Robert AG, Heinrich 314
 Röchling-Buderus AG, Wetzlar 320
 Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke
 GmbH, Völklingen 320
 Röchling 326
 Rockefeller-Trust 542
 Roddergrube AG 540
 Rodberg GmbH, Darmstadt 331
 Rodenkirchen, Irmgard von 673
 Röderbacher 99
 Roedern, Bolko Graf von 333
 Roedern, Conrad Graf von 624, 626 f
 Roedern, Dagmar Gräfin von 624, 626,
 628
 Roedern, Helene Gräfin von 333, 624
 Roedern, Hubertus Graf von 114
 Roedern, Ida Maria von 113
 Roedern, Irmgard Gräfin von 114
 Roedern, Max Erdmann Graf von 114
 Roelen, Dr.-Ing. E. h. Wilhelm 366, 368
 Roesener, Dr. August 148
 Rogge, Ursula 147
 Roggenrentenbank 137, 141
 Rogger, Emilie 470
 Rohbraken Familienverwaltungs GmbH
 141
 Rohstoffhandel GmbH & Co KG, Düs-
 seldorf 651
 Roland Linie Schifffahrts-GmbH, Bre-
 men 640
 Rombacher Hüttenwerke GmbH, Düs-
 seldorf 307
 Römer, Gustav 198, 200
 Rörig, Dr. Hans 161
 Rösch, Hans 250
 Rosenbeck, Theodor 146
 Rosenhauer, Hans Michael 628
 Rosenhauer, Dipl.-Ing. Paul 628
 Rosenhauer, Wilhelmine 628
 Rösner, Regierungsrat 141
 Rossenray AG, Bergwerk, Essen 442,
 455
 Rosterg, August 305, 532
 Rossmann, Erich 33 f
 Roth, Heck & Schwinn GmbH, Zwei-
 brücken-Ixheim 330, 626
 Rothenburger Lebensversicherungs-AG,
 Köln 261, 270
 Rothschild, Haus 265 Rothschild, Friedr.
 Wilhelm von 52, 62, 73
 Rothschild, Freifrau Mathilde von 62, 73
 Rothschild-Goldschmidt, Maximilian
 Benedikt Freiherr von 74
 Rothschild-Goldschmidt, Minna Freifrau
 von 74
 Royal Airforce 440
 Royal Dutch Shell 540 Rückversiche-
 rungs-AG Colonia, Köln 261, 291,
 297
 Rudert, Arno 212 f
 Rudert, Friedel 213
 Ruelle, Josef Ia 125 f
 Ruf, Dipl.-Ing. Egon 623, 627
 Ruf, Sofie 623, 628
 Ruhrbau Mineralölraffinerie GmbH 339,
 541, 543, 547
 Ruhrchemie AG, Oberhausen Holten
 330, 371 f, 540 f, 547
 Ruhrgas AG, Essen 192, 224, 226,
 363 ff, 372, 542, 563
 Ruhrgebiet GmbH, Zeitungsverlag 183,
 198, 200
 Ruhr Intrans Hubstapler GmbH, Mül-
 heim/Ruhr 428 Ruhr-Nachrichten 201
 Ruhr-Nachrichten GmbH, Dortmund
 201
 Ruhröl GmbH, Bottrop 424, 544, 547,
 567
 Ruhrplastik GmbH, Mülheim/R. 427
 Ruhrstahl AG, Witten 192
 Ruhrwohnungsbau AG 670
 Ruperti, Dr. Ernst Gustav 250
 Russ, Ernst Günther 643
 Russ, Fa. Ernst 643
 Russ & Co, Schifffahrt- und Assekuranz-
 Ges. E. 643
 Rütgerswerke AG, Frankfurt/M. 455,
 566
 Rümelin, Georg 498
 Russische Montan-Industrie AG 64
 RWE, Rheinisch-Westfälisches Elektriz-
 tätswerk 311, 364, 414, 420
 Rychtarik, Gertrud S. 674
 S.A. des Charbonnages Réunion Laura en
 Vereinigung Eygelshoven/Niederl,
 319
 S.A. des Charbonnages de Houthalen,
 Houthalen 319
 Saarbrücker Handelskammer 104
 Saarländische Industrie-Ges. mbH 329
 ff, 332, 336, 338, 341, 626
 Sächs. Gussstahlwerke Döhlen GmbH,
 Döhlen 317
 Sächsische Staatsbank 499
 Sächsische Textilges. mbH, Chemnitz
 600
 Salamander AG, Stuttgart 224 ff
 Salinger & Dr. Weber 420
 Salzbergen 531
 Salzgitter-Ruhr GmbH, Salzgitter-Wa-
 lenstedt 455
 Sangermann, Carl, Köln 612 Sauer &
 Sohn AG, Eckerförde b. Kiel 337, 340
 Saurma-Jeltsch, Elisabeth Freifrau von
 115
 Saxe, Lydia 148
 Schaaffhausen'scher Bankverein 271 f,
 403
 Schaaffhausen, Abraham 265
 Schaary, Helga 624, 628
 Schacht, Dr. Hjalmar 181, 252, 399 ff,
 408 ff, 463 ff
 Schaeerwerke GmbH, 536
 Schäfer & Flottmann, GmbH, Essen
 566
 Schäffer, Dr. Hugo 550
 Schaffgotsch Bergwerksges. mbH,
 München 76, 627
 Schaffgotsch, Friedr. v. 67
 Schaffgotsch, Gräfin 61
 Schaffgotsch, Hans-Ulrich Graf
 von 62, 74, 76
 Schaffgotsche Werke GmbH, Gräflich
 76 f
 Schanz, R. 141
 Schapiro 491, 504, 604
 Schauberg, Kath. Jakobine 82
 Schaubergsche Druckerei 82
 Scheel, Walter 208
 Scheele & Co GmbH, Rudolf, Lübeck
 319
 Scheibe, Maria 148
 Scheibler 112

- Scheibler, Eugenie 72
 Schell, Dr. Guido 601 f
 Schellhaas & Druckenmüller GmbH,
 Bremen 454
 Schende, Alice von 115
 Schende, Christina 115
 Schende, Gabriele 115
 Schering AG, Berlin 651
 Scherkamp, Else 624, 627
 Scherl, August 80, 81, 82, 84 f, 127 f,
 130 ff
 Scherl GmbH, August 81, 130 ff, 136,
 143, 145 ff
 Scherl Handels- und Verwaltung KG,
 August 145
 Scherl-Konzern 137, 140, 145, 149
 Scherl Nachf. KG, August 146, 149
 Scheuerle, Kurt, Kaufmann 543
 Schichau, Erich 77, 78
 Schichauwerft 45, 63, 77
 Schickler, Freiherr von 52
 Schiess AG, Düsseldorf 251
 Schiess-Defries AG, Düsseldorf 94
 Schiess, Ernst 71, 94
 Schiess, Helene Elisabeth 71, 94
 Schiffer, Eugen 15, 16
 Schiffsbedarfs-Contor GmbH 455
 Schiffs- und Industriebeteiligungen
 GmbH, Düsseldorf 650
 Schindler GmbH, Ölwerke Julius 547
 Schindzinger, Francesca 114
 Schlaeger, Helga 628
 Schlager, Karl Friedr. von 250
 Schleichner, General von 181, 304, 550
 Schlesische AG für Bergbau und Zink-
 hüttenbetriebe, Lipine 61
 Schlesische Feuerversicherungs-Gesell-
 schaft, Köln 251, 265, 267, 270, 292,
 295, 297, 299
 Schlesische Immobilien AG 65
 Schles.-Köln. Lebensvers.-Bank AG
 271
 Schlesische Zellwolle AG 590
 Schleswig-Holsteinische Westbank 228
 Schlieke GmbH, Willy H. 660
 Schlieker & Co, Reederei Willy, Ham-
 burg 660
 Schlieker & Co, Walzwerk Neviges
 Willy, Neviges 660
 Schlieker, Marga 660 ff
 Schlieker, Willy 660 ff
 Schliemann, Ernst 526
 Schmalenbach, Eugen 305
 Schmid, Max H. 224 ff, 250
 Schmidt, Erich 523
 Schmidt, Ewald 185
 Schmidt, Hans 523
 Schmidt, Paul 334
 Schmidt, Walter 276
 Schmitt, Dr. 601
 Schmitt, Dr. Kurt 249, 252
 Schmitt, Walter 266
 Schmitz, Hermann 548 ff, 560
 Schmitz-Waldhausen 97
 Schmoller, Walter 499, 502
 Schnuck, Anne-Dorothea 203
 Schneider, Dr. Ernst 225, 330, 337 ff,
 341
 Schneider, Dr. Karl 533
 Schneider, Robert 250
 Schneider-Schott, Heinz 223
 Schnur, Felix 674
 Schöckel-Konzern 612
 Schoen, Wilhelm Frhr. von 20
 Scholven-Chemie AG 538 ff, 541 f
 Scholz, Adolf von 26
 Schönbeck, Modehaus Wilhelm 600
 Schöningh, Dr. Franz Josef 229 f
 Schorlemer, von 132
 Schottländer, Julius 65, 68
 Schottländer, Dr. Paul 65
 Schott's Söhne oHG 223
 Schwandt 380
 Schroeder, Kurt von 347
 Schrotttag, Bayr. Schrott-AG, Düssel-
 dorf / Nürnberg 192, 318, 320
 Schröder & Cramer 588 Schröder,
 Gebr. 588 Schröder Söhne, Fa. G.
 588
 Schubert, Andreas von 114, 132, 138
 Schubert, Conrad von 110, 113, 333 f,
 624 f
 Schubert, Ida von 110
 Schubert, Theodor 333
 Schuchmann-Reederei, W., Bremerha-
 ven 639
 Schuchmann, Behrend 638
 Schuchmann, Behrend-Janssen 639
 Schuchmann, Hermann 639
 Schuchmann, Heinrich 639
 Schüchtermann & Kremer-Baum AG 94
 Süddeutsche Bank 504
 Schuhmacher, Maria 360 f
 Schüler, Dr. Hanns 499, 502 f
 Schulte, Bernhard 655
 Schulte, Heinrich August, Eisenhandlung
 67
 Schulte, Marcel 213
 Schulte & Schemmann KG, Hamburg
 319
 Schulte zur Hausen, Wilhelm 368
 Schultz-Stinnes Vertrieb mod. Spezial-
 masch. GmbH i. L., Mülheim/Ruhr
 426
 Schultze, Dr. Georg 148
 Schultze-Gaevernitz, Margiana von 417
 Schulz, Conrad 499
 Schulz, Dr. Christoph 628
 Schulz, Dr.-Ing. Eugen 621, 623, 627
 Schulz, Dr. med. Herbert 628
 Schulz, Dir. Paul 628
 Schulz, Theodora 627
 Schulz, Familie 623
 Schundt, Otto 148
 Schüphan, Elinor 523
 Schürer AG, Julius, Augsburg 226
 Schurz, General 435
 Schurck, Dr. Martin 528, 533
 Schwabach, Dr. Paul von 66, 70
 Schwäbische Damenkleiderfabrik Augs-
 burg 591
 Schwäbische Post 157
 Schwäbische Textilwerke AG,
 Ebersbach a. d. F.
 Schwäbisches Tagblatt 157
 Schwandt 379
 Schwann, M. 33
 Schwarzkoppen, Dr. Edward von 628
 Schweitzer sen., Mannheim 508
 Schwerin, Fr. A. von 134 f
 Schwingenstein, August 229 f
 «Securities» Bremer Allgemeine Vers.-
 AG 297
 Seebohm, Dr. Hans-Christoph 524
 Seeckt, Hans von 144
 Seelning, Dr. Otto 224 f, 227
 Seibert-Stinnes GmbH, Mülheim/Ruhr
 427
 Seidel, Liselotte 592
 Seidel, Peter 592
 Seidel, Ursula 592
 Seidel, Manfred 592
 Seifer & Cie, Wilh., Ehranger Walzen-
 mühle 529
 Seifer, Karl 528 f
 Seifer, Theo 528 f
 Seligmann, Leopold 265
 Selve, Kommerzienrat 48, 66
 Sempell, Hedwig 148
 Sempell & Weidner GmbH, Essen 523
 Senden, Gustav von 22
 Selbstversicherung Autarka GmbH,
 München 628
 Sengewalt, Mineralölwerke Albert 547
 Serkenrode GmbH, Serkenrode 455
 Sethe, Paul 221
 Shell 191, 541, 566
 Sicht- und Zerlegewerk GmbH, Lim-
 bach 503
 Sidechar Konsortium 314
 Siebel-Werke GmbH, Bad Wiessee 322
 Siebel-ATG GmbH, München 318, 322
 Siebler, Oskar 503
 Sieg-Lahn Bergbau-Ges. mbH, Essen
 454
 Siegener Eisen-Industrie-AG 312
 Siegerland AG, Bechdorf 455
 Siemens, Arnold von 70
 Siemens, Carl Friedrich von 414
 Siemens, Dr. Ernst von 250
 Siemens, Dr. Werner von 66, 70, 78
 Siemens, Wilhelm von 66
 Siemens & Halske 66, 70
 Siemens-Konzern 414

- Siemens-Rheinlbe-Schuckert- Union
414
- Siemens-Schuckert-Werke-AG, Erlangen
420, 659
- Sierstorpff 110 Silbe, Felicitas 592
- Silbe, Gabriele 592
- Silbe, Heidrun 592
- Silbe, Rainer 592 Silesia AG 65
- Silesia, Allgemeine Versicherungs- AG,
Köln 261, 267, 270
- Silika- und Schamottfabriken Martin &
Pagenstecher AG, Köln-Mülheim 353,
372
- Silier, Egon 164 f
- Silverberg, Paul 310 f, 421
- Simon, Dr. jur. Eduard 69, 78
- Simon, Dr. Kurt 214
- Simon, Felix 83, 214
- Simon, Irma 214
- Simon, James 66, 78
- Simon, Josefa 214
- Simon, Handlungshaus Gebr. 69
- Simonwerk GmbH 361
- Simson, von 418 Singer 22
- Sinn, Familie 612
- Slavia gegenseitige Versicherungsbank,
Prag 250
- Slomann jr., Rob. M. 643
- Smeets 389
- Sobernheim, Curt 418
- Société Anonyme Grands Magasin Léon-
hard Tietz 604
- Société de Gestions de Participations
Mercure, Paris 316, 319, 321
- Société des Mines des Saizernais 329
- Société des Acieries et Trefileris de
Neuves-Maisons-Chatillon 319, 321
- Société Financière de Transport et
d'Entre-prises Industrielles, Bruxelles
225
- Société Lorraine de Laminage Continu-
Sollac-SA, Paris 330, 341
- Société Metallurgique Hainaut-Sambre,
Coullet, Belg. 319, 321
- Socony Mobil Oil Co, Inc., New York
541, 543 f
- Sogheb, Viktoria Gräfin 117
- Sohl, Dipl.-Ing. Hans-Günther 359,
368
- Soldau, George 389 ff
- Sollmann, Wilhelm 387 f, 386 ff, 391
- Solms-Baruth, Fürst zu 72 Solms-
Hohensolms-Lich, Philipp Fürst zu
628
- Solquellenbergwerk Ottershall 57
- Solquellenbergwerk Waltrop 57
- Solvay-Konzern 225
- Sombart, Werner 79
- Sommer, Familie 643
- Sonnemann, Leopold 71, 82 ff, 214, 227
- «Sonnenschein» Ruhrkohlenverkaufs-
ges. mbH, Duisburg 371
- Sonntagsblatt 176
- Sorge, Dr. Kurt 137 SPD 35, 118, 159,
202, 211, 386, 391, 396, 402, 408,
413, 664
- Speyer-Ellissen, Bankh. Lazard 62 f, 84,
605
- Speyer, Dr. Edgar 62
- Speyer, Eduard Beit von 62
- Speyer, Georg 63
- Speyer, Hanna Lucie 62
- Speyer, Jenner 62
- Spiecker, Dr. Carl 201
- Spiegelverlag GmbH 176, 183, 189
- Spiehoff, Arthur 39
- Sponneck, Marie-Luise Gräfin von 628
- Sponholtz & Co 620
- Sprenger, Jean 449
- Springer, Axel 174, 176 ff, 180, 183 f,
232
- Springer, Heinrich 177 f
- Springer & Sohn KG, Axel 179, 182
- Springer-Verlag GmbH, Axel 176 f,
181 f
- Springorum, Friedrich 137
- Springorum, Dr. Willy 148
- Sprühtechnik GmbH, Rheinfelden/Bad.
564
- Spumrath, Friedrich 364 Stachelhans &
Buchloh GmbH, Duisburg-Ruhrort
485
- Stahlbau Altbach 453
- Stahlbau Goddelau 453
- Stahlbau Hannover 453
- Stahlwerk Oeking 327
- Stahlwerke Bochum AG 192, 251, 340f
- Stahlwerke Südwestfalen AG 149, 257
- Stahl- u. Röhrenwerke Reisholz GmbH,
Düsseldorf 362, 370
- Stahl- u. Walzwerke Henningsdorf 308,
313
- Stähle, Friedrich 497
- Stalf, Familie 612
- Stalf & Görig, München 612
- Stalf, München, Modehaus 612
- Standard Oil Co of New Jersey 225,
538, 541, 544
- Standard Oil Company of California 544
- Standard-Vacuum Oil Comp., New York
225, 661
- Star-Revue 176
- STEAG Steinkohlen-Elektrizität AG,
Essen 330, 371 f, 563
- Steele GmbH, Essen-Steele 373
- Steffens & Noelle AG, Berlin-Tempel-
hof 330, 336 ff, 341, 626
- Steffensmeier, Dr. Heinrich 201
- Stegerwald, Adam 550
- Steicke & Co GmbH, Berlin 318
- Stein, Adolf 135
- Stein, Dr. Emil 148
- Stein, H. J. 265
- Stein, Bankhaus G. 347
- Steiner, Ernst 250
- Steinhoff, Fritz 203, 208
- Steinhoff 458
- Steinkohlenbergwerk Andalusien 75
- Steinkohlenbergwerk Eintracht Tiefbau
94
- Steinkohlenbergwerk Ewald-König Lud-
wig 94
- Steinkohlenbergwerk Ludwigsglück 148
- Steinkohlenbergwerk Minister Achen-
bach 110
- Steinkohlengewerkschaft der Reichs-
werke 667
- Steinmüller GmbH, Gemmersbach 336
- Steinwerder Industrie AG 659
- Stempka, Roman 186, 188
- Stenger 389
- Stenzel, Dr. Hugo 213 f
- Stephan, Dr. 76
- Sterck, Hedwig 148
- Stettiner Chamottfabrik AG 66
- Stettiner Eisenwerk Kraft 327
- Stettiner Kreditanstalt AG 266
- Stettiner Rückversicherungs-AG,
Lübeck 261, 266, 270
- Stickstoffwerke Krefeld GmbH 565
- Stief, Karl 494
- Stiefelmeier, Heinrich 612
- Hugo Stinnes GmbH 222, 379, 417 f,
423, 650
- Hugo Stinnes OHG 422, 425 f, 650 AG
- Hugo Stinnes für Seeschiffahrt- u.
Überseehandel, Hamburg 417, 425
- Mathias Stinnes AG, Steinkohlen-
bergw. 423 f
- Hugo Stinnes Brennstoff- und Schiff-
fahrtsgesellschaft 426
- Otto Stinnes & Co, Mülheim/Ruhr 427,
650
- Stinnes Corporation, Baltimore, Hugo
422, 425, 428
- Hugo Stinnes Industrie und Handel
GmbH, Bremen 427, 649, 657
- Stinnes Industries Incorporation 422
- Stinnes-Konzern 150, 416, 419 f, 423,
425, 544
- Hugo Stinnes Reederei AG 650
- Hugo Stinnes Transozean Schifffahrt
GmbH, Mülheim/Ruhr 427 f, 649
- Hugo Stinnes Verwaltung GmbH,
Mülheim/Ruhr 427, 650
- Stinnes, Hugo 66, 118, 306, 308, 322,
363 f, 375, 379, 381, 383 f, 392 ff,
395, 397 ff, 402, 409 f, 412 ff, 415 ff,
419, 421, 425 ff, 428, 430, 636, 648
ff, 657

- Stinnes, Albert Hugo 426
 Stinnes, Birte 427
 Stinnes, Birte Marie 427
 Stinnes, Cläre geb. Wagenknecht 416, 650
 Stinnes, Clärenore 416
 Stinnes, Dieter 425
 Stinnes, Fanny 89
 Stinnes, Dr. Edmund Hugo 416, 417, 418, 425
 Stinnes, Ellen-Birte 427
 Stinnes, Else Hugo 416
 Stinnes, Ernst Hugo 416
 Stinnes, Hilde Hugo 416
 Stinnes, Otto 416, 421, 425, 428, 650
 Stinnes, Tilde 425
 Stinnes, Will 425
 Stock, Gerhard Harald 148
 Stock, Irmgard 148
 Stock, Jutta 148
 Stöcker 79, 109
 Stödter, Dr. R. 643
 Stoewer 476
 Stolberg, Gräfin Magdalene 20
 Stolberg-Rosslar, Jost Christian, Fürst zu 70
 Stolberg-Wernigerode, Christian Ernst Hermann, Fürst zu 66
 Stolz, Hildegard 628
 Storch, Anton 160, 208
 Stöter-Tillmann, Rudolf 563
 Strachwitz, Nora Gräfin von 115
 Strassenbau-Ges. Kemma-Lenz mbH, Berlin 622
 Strauss, Ottmar 135
 Sträter, Dr. Artur 160, 208
 Sträter, Heinrich 203
 Streckler, Ludwig 223
 Streckler, Willy 223
 Streitberger, Robert 185
 Strantz, von 98, 100
 Stresemann, Gustav 135, 253, 334, 389, 391, 393, 408
 Stroink, Gertrud 586
 Stroink, Marie 586
 Stroink, Wilhelm 583
 Strotmann, Hugo 613
 Stülcken-Werft 651, 654, 657, 661
 Stumm OHG, Gebr. 100
 Stumm-Konzern 328, 336, 341, 626
 Stumm GmbH, Gebr. 66, 69, 110 f, 115 f, 225, 326, 328 ff, 332 ff, 336, 338, 341, 626
 Stumm, Adolf Friedrich von 111, 330
 Stumm, Carl 115
 Stumm, Cecilie 11, 115, 411
 Stumm, Charlotte 100
 Stumm, Christian Philipp 99, 100
 Stumm, Ferdinand 69, 101, 110, 113, 115
 Stumm, Ferdinand Carl von 112
 Stumm, Ferdinand Eduard von 115, 330
 Stumm, Friedrich 113
 Stumm, Fritz 111, 115
 Stumm, Friedrich Nikolaus von 116
 Stumm, Friedrich Philipp 99, 100
 Stumm, Gustav 114
 Stumm, Henriette 100
 Stumm, Huberta 115
 Stumm, Hugo 101, 113
 Stumm, Ida 333
 Stumm, Johann Ferdinand 99
 Stumm, Johann Heinrich 99
 Stumm, Johann Michael 115
 Stumm, Johann Nikolaus 99
 Stumm, Karin 114
 Stumm, Karl Ferdinand 100 ff, 104, 109, 324, 375
 Stumm, Mathilde 111
 Stumm, Nikolaus 115
 Stumm, Pauline 111
 Stumm, Ulrike 114
 Stumm, Waltraud 115
 Stumm, Willi 113 Stumm, Braun von Botho 114
 Stumm-Halberg, Carl 66, 114
 Stumm-Halberg, Carl Ferdinand 329, 336
 Stumm-Ramholz, Hugo-Rudolf Frh. v. 112, 115, 330
 Stummhilfe GmbH, Essen 331
 Stuttgarter Zeitung 173 f, 228
 Stuttg. Zeitungsverlag GmbH 228
 Süd-Atlaswerke GmbH, München 427
 Süddeutsche Bank 225
 Süddeutsche Bauges. mbH 626
 Süddeutsche Baumwollindustrie AG 537
 Süddeutsche Heimatzeitungen GmbH 171
 Süddeutsche Spinnfaser AG, Kulmbach 274
 Süddeutsche Zeitung 157, 173 f, 229 ff, 235
 Süddeutsche Zellwolle AG 273
 Süddeutscher Verlag GmbH, München 173, 230 f
 Süd-Ferrum, Eisenhandelsges. mbH, München 320
 Süd-Ferrum, Eisenhandelsges. mbH, Stuttgart 320 Südkurier 157
 Südwestdeutscher Zeitungsverband GmbH 171
 Südwestdeutsche Bank 244
 Suhrkamp, Peter 219
 Sukarno, Dr. Ahmed 457
 Sunlicht Ges. 225
 Superphosphatfabrik Nordenham AG, Nordenham 566
 Süsterhenn, Prof. 208
 Sutter GmbH, Freiburg/Br. 454
 Svenska Cellulosa AB., Bofors 452
 Svenska Tändsticks AG 222
 Swart, Dr. Friedrich 141, 148
 Swart, Haiko 148
 Swart, Swantje 148
 Swart, Tjalda 148 Sydow, Rheinhold von 26
 Tägliche Rundschau 84, 181
 Technische Hochschule Aachen 412
 Tecklenborg 511
 Tefides-Verwaltungsbes. mbH, Düsseldorf 316, 318
 Tegeler Maschinenfabrik A. Borsig 48
 Tegtmeyer, Willi 512
 Telefonbau u. Normalzeit Lehner & Co KG, Frankfurt a.M. 360
 Telefonos de Mexico 452
 Telegraphen-Union GmbH 134 f, 143
 Tenbergen, Albert 126
 Tetens, Dr. Fritz 141
 Teutoburger Wald-Eisenbahn-Ges., Hamburg 622
 Textil-Treuhand GmbH 592
 Textor, Oberst 169
 Thieme, Carl von 247 ff, 256
 Thomasitz, Dr. Karl 651
 Thomasmehlgesellschaft mbH, Köln 374
 Thomasphosphatfabriken GmbH, Düsseldorf 374
 Thompson, Dr. 225
 Thorndike, Ilse 148
 Thüringische Zellwolle AG, Gronau 588
 «Thuringia» Feuer- und Lebensversicherungsges. 247, 264, 267, 270
 Thuringia-Rück 268
 Thuringia Versicherungs-Aktiengesellschaft München 261, 291, 292, 295, 297, 299, 300
 Thyssen, August 63, 118, 306, 308, 310, 343 ff, 346 ff, 345, 348 ff, 360, 362 f, 366 f, 402, 414
 Thyssen, Amelie 343, 348, 350, 352, 355, 357
 Thyssen, Bodo 360
 Thyssen, Clara 360
 Thyssen, Eberhard 360
 Thyssen, Fritz 341, 342, 344, 346, 348, 360
 Thyssen, Gertrud 360
 Thyssen, Hans 349
 Thyssen, Hans Josef 360
 Thyssen, Hedwig 344
 Thyssen, Josef 348
 Thyssen, Juliane 350, 360
 Thyssen, Julius 349
 Thyssen, Theodora 360
 Thyssen, Ursula 360
 Thyssen-Bornemisza de Kaszon, Baron Heinrich 118, 344, 346, 350, 362, 365
 Thyssen-Bornemisza de Kaszon, Baron Hans-Heinrich 346
 Thyssen, Familie 343, 350, 561
 Thyssen-Erben 118, 359, 360 f, 367

- Thyssen AG für Beteiligungen 369
 Thyssen & Co AG 343, 346 ff, 349 f, 360
 Friedrich Thyssen Bergbau AG, Duisburg-Hamborn, 348 f, 353, 362, 365, 367, 368 f, 370, 372
 August Thyssenbank AG, Berlin-Grunewald 370
 August Thyssen-Hütte AG, Duisburg-Hamborn 202, 269, 349, 353 ff, 356 ff, 359, 362, 365, 368 f, 371 ff, 651 f
 Thyssen do Brasil 367, 370
 Thyssens Gas- und Wasserwerke GmbH 362 ff, 365 ff, 370
 Thyssens Handelsgesellschaft mbH 349, 360 f, 362
 Thyssens Kohlen- und Energiewirtschafts-GmbH, Duisburg 370
 Thyssen Shaft Sinking Co, Ltd. London 351
 Thyssen Vermögensverwaltung AG, Fritz 351, 355, 361, 369
 Täglicher Vermögensanzeiger und Fremdenführer 133
 Tiele-Winckler, Graf Franz-Hubert Peter von 62, 74, 76, 77, 132
 Tietz AG, Leonhard 604, 606, 607, 610
 Tietz, Alfred-Leonhard 604, 605, 606
 Tietz, Familie 605, 606
 Tietz, Gebr. 598, 603
 Tietz, H.C., Chemnitz 600
 Tietz, Georg 599
 Tietz, Gerhard 604
 Tietz, Heinrich 506
 Tietz, Hermann 595, 596, 598, 600, 601
 Tietz, Jacob 503
 Tietz, Johanna 596
 Tietz, Julius 596
 Tietz, Kaskel 596, 597, 603
 Tietz, Leonhard 603, 604, 605
 Tietz, Markus 596
 Tietz, Martin 599
 Tietz, Oskar 596, 598, 599, 603
 Tietz, Salomon 596
 Thurn und Taxis, Alb. Maria Lamoral Fürst von 67
 Times 185
 Timmermann, Gustav 580
 Timmermann, vorm. B.
 Többen GmbH, Gebr. 582
 Timmermann & Werner, Rheine 580
 Tippelskirch & Co 53
 Tirard, Paul 400, 401, 412
 Tönnies, Prof. 109
 Topf, Dr. Erwin 548, 549, 569
 Tornado Verwaltungsgesellschaft mbH 146
 Tornado, Fabrik elektr. Maschinen u. Apparate GmbH 199
 Total* Treibstoffges. mbH, Düsseldorf 545
 «Transatlanta» Schifffahrt GmbH, Hamburg 644
 Transatlantische Versicherungs-AG 291, 293, 294, 297, 301
 Transport-Kontoi' Vulkan GmbH 363
 Transport-, Kredit-, Luftfahrtversicherung 285
 Transport- und Handelsmaatschappij Steenkohlen Utrecht N.V., Utrecht 371, 372
 Transcommerciale Handelsgesellschaft für Warenverkehr GmbH, Heilbronn 497
 Trefz & Co Kohlenhandlungsgesellschaft mbH, Mannheim 331
 Treibstoffwerk Lützkendorf, Krumpa 534
 Tremonia 402
 Trimborn, Karl 385, 386
 Trinkaus, C. G., Bankhaus 225, 337 f, 339, 341
 Trippe & Co GmbH, Düsseldorf 455
 Triton-Belco AG, Hamburg 623
 Triumph-Werke, Nürnberg AG 672
 Tron, Dr. Walter 250
 Trotha, von 586
 Tümping, Gisela von 628
 Tümping, Hans-Wilhelm von 628
 Tümping, Paula von 628
 Tüngel, Richard 185
 Turmac Tabak Maatschappij, Amsterdam 674
 Turicum AG 611
 Tweer GmbH, Ernst, Hamburg-Altona 319
 Uebel, Jos. C. 611
 UFA Universum-Film AG 141, 142, 143, 149, 152
 Uhles, Eduard 70
 Uhles, Emil 88, 89
 Ullrich, Inge 624, 627
 Ullrich, Dr. Otto 622
 Ullstein 80, 84
 Ullstein, Else 80
 Ullstein, Dr. Franz 80
 Ullstein, Hermann 80
 Ullstein, Leopold 80, 128
 Ullstein, Louis 80
 Ullstein, Martha 183
 Ullstein, Rudolf 80
 Ullstein AG 174, 182
 Ullstein & Co 80, 152
 Ungarisch-Deutsches Erdölwerk GmbH 534
 Union Allgemeine Deutsche Hagel Versicherungs-Ges., Hamburg 251
 Union-Brauerei AG, Bremen 675
 Union Modegrosshandel GmbH, Köln 607
 Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG 540 ff, 547, 565
 Union u. Rhein Vers.-AG 291, 297
 Union Vereinigte Kaufstätten GmbH, München 602 f
 «Unitas», Ligue des Propriétaires, Hasselt 266
 United Press 135
 Ueckersen AG, Bremen 651
 Ury, Fam. 596
 Vag, Ernst 203
 Valkenberg-Brenninkmeyer, Margaritha-Maria 614
 Varta-Plastic GmbH 336
 Vaterländische Feuerversicherungsgesellschaft 262
 Vaternahm, Dr. Erich 208
 Valentini, von 20, 21, 22
 Veldenzer Hütte 99
 Velox Stauerei- und Hafensbetriebs-GmbH, Hamburg 639
 Velten & Guilleaume Carlswerke AG, Köln 70, 71
 Velten & Guilleaume, mech. Hanfpinnerei und Bindfadenfabrik, Köln 71
 Vera-Verlagsanstalt GmbH 142 f, 153
 Verbandsbergwerk Anna 365
 Verband der Automobilindustrie e.V. 479
 Verband der chemischen Industrie e.V. 207
 Verband der graphischen Betriebe Westfalen-Lippe e.V. 202
 Verband Deutscher Eisenwarenhändler 166
 Verband Deutscher Reeder 636
 Verein Chemischer Fabriken 65
 Verein der Süddeutschen Textilindustrie 226
 Verein Deutscher Zeitungsverleger e.V. 154, 219
 Ver. Baustoffwerke Bodenwerder GmbH 623, 627
 Vereinigte Berlinische und Preussische Lebensversicherungsgesellschaft 247
 Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, Frankfurt/M. 251
 Vereinigte Deutsche Nickelwerke AG, vorm. Westfäl. Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte & Co, Schwerte 71
 Vereinigte Draht- u. Metallwerke, Klein Anheim 331
 Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG 546
 Vereinigte Fahrzeugwerk Neckarsulm (NSU) 491
 Vereinigte Hütten- und Röhrenwerke, Düsseldorf 371
 Vereinigte Kaliwerke Salzdettfurth AG 531

- Vereinigte Kleinbahnen GmbH, Frankfurt a.M. 622
- Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG 403
- Vereinigte Krankenversicherung AG Berlin-München 251, 291 f, 294 f, 299, 301
- Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke 457
- Vereinigte Oberschles. Hüttenwerke AG, Gleiwitz 309 Vereinigte Press- u. Hammerwerke 327
- Vereinigte Rheinisch-Westfälische Pulverfabriken 403
- Vereinigte Rohrleitungsbau GmbH, Düsseldorf 352, 371
- Vereinigte Spinnereien AG, Rheydt 340
- Vereinigte Stahlwerke van der Zypen & Wissener Eisenhütten AG 302 ff, 308 f, 346, 348 ff, 353, 359 ff, 362 f, 367, 403
- Vereinigte Ton- und Quarzitbetriebe GmbH, Siegen 374
- Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken 95
- Vereinigte Wirtschaftsdienste (VWD) 214
- Vereinigte Zünder- und Kabelwerke AG 149
- Vereinigung der Industrie- und Handelskammern 405
- Verkehrswesen-Konzern 620 f, 623, 625 f
- Verlag Soziale Welt GmbH, Dortmund 204
- Verlag des Rheinischen. Merkur 208
- Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH, Düsseldorf 316, 503 f
- Verwaltungsgesellschaft Sickingenstr. 9-17 mbH, Berlin 318
- Verwaltungsgesellschaft Süd mbH i. L., Düsseldorf 316 f
- Verwaltungs- und Treuhand- GmbH, Düsseldorf 640
- Vester, Max 201
- VEW, Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG 202
- Victoria Rückversicherungs-AG 291
- Vidal & Sohn 478 ff
- Virchow, Professor Rudolf 101
- VKW Vereinigte Kesselwerke, Düsseldorf 94, 192 f
- Vocke, Geheimrat 463
- Voegler, Albert 359, 363
- Vogel AG, Otto 224, 226
- Vogel, Dr. Friedrich 169 f, 165, 205 ff
- Vogl, Ludwig 231 f
- Vogler, Dr. Albert 137, 139, 149, 305, 421
- Vogler, Helene 148 f
- Vogtländische Textilges., Plauen i. Vogtland 600
- Voigt & Haeffner AG 95
- Voith GmbH, J. M. 458
- Volkshilfe Lebensversicherungs-AG, Berlin 261, 291
- Volkshilfe Lebensversicherung-AG 267 f, 289, 294, 297
- Volkswagen Canada Ltd., Toronto 488
- Volkswagen do Brasil, Ltda, Sao Paulo 488
- Volkswagenfinanzierungs-Ges. GmbH, Wolfsburg 488
- Volkswagenwerk GmbH, Wolfsburg 191, 478 ff, 486 ff, 489, 507, 664
- Volkswagen-Wohnungsbau Gemeinnützige GmbH, Wolfsburg 488
- Vormann auf der Halbach, Peter 434
- Voss & Co KG 182
- Voss, Karl 178
- Vossische Zeitung 83, 84, 127, 181, 219 f, 382
- Wacker, Dr. Alexander 560
- Wacker Chemie GmbH, München 560
- Wagenknecht, Edmund 416
- Wagenknecht & Cie, E. 416
- Wagon- und Maschinenbau GmbH 320
- Wagner, Dr. Leo 139 ff
- Wagner, Ernst 105
- Wagner GmbH, Wien 503
- Waldow, von 375, 379 ff
- Waldhausen & Co, Düsseldorf 98, 250
- Waldhausen & Co, Essen 90, 95 ff, 98
- Waldhausen, Wilhelm & Conrad 90
- Waldhausen, Albert 69, 93
- Waldhausen, Amalie von 94
- Waldhausen, Angelika 95
- Waldhausen, August von 71, 93, 94, 95, 96, 97
- Waldhausen, Clara v. 97
- Waldhausen, Conrad 90
- Waldhausen, Edith v. 95
- Waldhausen, Ernst v. 93, 96
- Waldhausen, Eugen v. 69, 96
- Waldhausen, Fritz v. 96, 97
- Georg 90, 97
- Gottfried Wilhelm 91, 96
- Waldhausen, Gustav 96
- Waldhausen, Gustav Adolf 91
- Waldhausen, Hans 90
- Waldhausen, Heinrich v. 90, 94, 96
- Waldhausen, Helene 97
- Waldhausen, Helga 97
- Waldhausen, Dr. Helmuth v.
- Waldhausen Herbert 90
- Waldhausen, Jobst 90
- Waldhausen, Justus 90
- Waldhausen, Karl Heinrich 97
- Waldhausen, Maria v. 97
- Waldhausen, Olga 97
- Waldhausen, Oskar v. 97
- Waldhausen, Robert 97 Rudolf 97, 97
- Waldhausen, Wilhelm 90 f, 94, Walleney 93
- Walzeisen- und Metallhandel AG, Berlin und Hamburg 319
- Wand, Dr. Theodor 250
- Wanderer Automobilwerke GmbH, Chemnitz 501
- Wandsbecker Post 176
- Warmbold, Prof. Dr. Hermann 550 ff, 561
- Wärsten, E. R. 455
- Wasag-Chemie AG, Essen 94, 564 ff
- Waso-Druckerei 201
- Wayss & Freitag AG, Frankfurt a.M. 623
- WAZ 174, 183, 197, 200
- WAZ Verlagsges. mbH, Bochum-Essen 198
- Weber, Max 139
- Weber, Walzwerke 309
- Wedel, Hausminister v. 14
- Wegal Vermögensverwaltungs-Ges. mbH, Köln 251, 451 f
- Wegener, Dr. Henning 250
- Wegener, Kunigunde 360 f
- «Wegah» Westdeutsche Haushaltversorgung AG, Bochum 371, 374
- «Wegah» Westdeutsche Wohnhäuser AG, Bochum 353, 372
- Weiden-Brennknecht, Felicitas Maria van den 614
- Weil 225
- Weiler ter Meer 553
- Weinberg, Dr. phil. Arthur von 70
- Weinberg, Karl von 53, 69, 70
- Weithes Nachf. GmbH, C.F., Berlin 318
- Welt am Sonntag 176, 181, 200
- Weltbild 228
- Weltwoche 180 Weiter, Erich 219 ff, 227
- Wendel, Prof., Dr.-Ing. K. 657
- Wenderoth, Dr. Erich 205
- Weniger, L., Berlin 612
- Wenner-Gren, Axel 130, 451 f
- Wentzcke, Prof. Dr. Paul 390, 392, 394, 396 f, 402
- Wenzel, Cattro 148
- Werbehaus GmbH, Köln 607
- Werhahn, Familie 582
- Werhahn, Ernst 582
- Werhahn, Peter 119
- Werhahn, Peter Wilhelm 119
- Werhahn OHG, Wilhelm 119, 561, 582

- Werhahn-Konzern 70, 530, 561
 Werner, Dr.h.c. William 503
 Werra-Verlag GmbH 214
 Werschen-Weissenfeler Braunkohlen-AG 313
 Wertelboer-Brenninkmeyer, Maria-Anna 613
 Wertheim, A. 66, 599
 Werthmann, Dir. Otto 528
 Wesenfeld 396
 «Weserland» GmbH, Bremen 644
 Weserkurier 157
 Westdeutsche Allgemeine Zeitung 126, 157, 174, 183, 197 ff, 237
 Westdeutsche Düngekalk GmbH, Letmathe 373
 Westdeutsche Eisenbahnges. AG, Köln 619
 Westdeutsche Finanzierungsgesellschaft mbH 280
 Westdeutsche Handels AG, Köln 612
 Westdeutsche Kaufhof AG, Köln 606
 Westdeutsche Kaufhaus GmbH, Essen 610
 Westdeutsche Rundschau 208
 Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf 353, 371 ff, 374, 670
 Westdeutscher Handelsdienst 135
 Westdeutscher Zeitungsverlag GmbH 205
 Westend-Verlag GmbH 135, 143
 Westfalenbank AG, Bochum 453, 535, 588, 651
 Westfalendruck GmbH & Co KG, Dortmund 202 ff, 205
 Westfalenpost 208
 Westfalenverlag GmbH, Dortmund 202, 204
 Westfalenzeitung 157
 Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff AG 94, 96, 420, 564
 Westfälische Drahtindustrie 440, 442, 447
 Westfälische Eisen- und Drahtwerke Langendreer 327
 Westfälische Garnveredelung GmbH 587
 Westfälische Jutespinnerei 587
 Westfälische Kaufmannsgilde, Dortmund 202
 Westfälische Zeitung 204
 Westfälische Nachrichten 462
 Westfälische Rundschau 157, 174, 202, 204, 208, 237 f
 Westfälische Stahlwerke AG 307 f
 Westfälische Textilfaser-GmbH 587
 Westfälische Transport AG, Dortmund 652
 Westfälische Union AG f. Eisen- und Drahtindustrie, Hamm/W. 373
 Westfälische Verlagsges. mbH, Dortmund 202 ff
 Westfälische Verwaltungsakademie e.V. 204
 Westfälische Wohnstätten AG, Dortmund 373
 Westfälischer Bauernverein 122
 Westfälischer Heimatbund e.V., Münster 204
 Westfälischer Journalistenverband 161
 Westgas GmbH, Marl 523
 Weyer, Willi 208
 Whiteley Ltd., London 597
 Wiedenfeld, Kurt 305
 Wiener Allianz Versicherungs-AG 250
 Wijdeveld-Brenninkmeyer, Carola-Maria 613
 Wilhelm-Ernst, Grossherzog von Sachsen-Weimar 70
 Wilhelm I., Kaiser 18, 39, 52, 85
 Wilhelm II., Kaiser 18, 24, 41, 52, 109, 326, 332, 432
 Willemssen 262, 265
 Will und Lothe KG 217, 221, 223
 Will, Dr.-Ing. Erich 425
 Will, Dr. Wilhelm 425
 Wille KG, Theodor 465
 Williger, Gustav 77
 Williger, Generaldir. 307
 Wilmersdorfer Grundstücks-Verwaltungs-AG, Berlin 623
 Wilmowski, Freifrau, Barbara
 Wilmowski, Freiherr Tilo v. Winbauer, Alois 179
 Windeck, J. 141
 Winkelmann Nachfolger, Franz H. 603, 606
 Winckelhofer & Jänicke AG, Schönau 501
 Winkhaus, Fritz 137, 139
 Winkler & Co KG 145
 Winter, Dr. Paul, Werke 213
 Winterhuder Brauerei, Hamburg 675
 Wintershall AG 96, 522, 528 ff, 531, 533 ff, 536, 546 f
 Wintershall-Konzern 534, 588
 Wirthle, Werner 213 f
 Wirthle, Kluthe & Co KG 213
 Wirthmüller, Richard 250
 Wirtschaftliche Genossenschaft der Presse GmbH 214
 Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V. 387
 «Wisco» Westdeutsche Industrie 455
 Wiskott, Eugen, Dr.-Ing. 139
 Wissener Eisenhütte AG 350
 Witboi, Hendrik 617
 Witte, Marie-Luise 97
 Witthoefft, Heinrich 139, 420 f
 Wise & Liesenhoff Industriebauges. mbH, Dortmund 523
 WKV Waren-Kredit-Verkehrsbank GmbH, Köln 607
 Wohnungsges. «Atlas» mbH, Bremen 427
 Wohnungsbauges. «Heimaterde» mbH, Sulzbach-Rosenberg 320
 Wohnungsbau-Ges. Kurfürstenstrasse GmbH, Berlin-Wilmersdorf 623
 Wohnungsbauges. mbH Alfred Prüfer & Co, Rheydt 607
 Wohnbauges. Salzgitter mbH, Salzgitter-Bad 372
 «Wohnbau Dinslaken» mbH 371
 Wohlthat, Helmut, Ministerialdir. a.D. 543
 Wolff, Dr. Mathilde 628
 Wolf, Netter & Jacobi 420
 Wolf, Otto, OHG, Köln 115 f, 238, 340
 Wolff, Otto 110, 135, 192 f, 278, 305 f, 328, 330
 Wolff, Otto von Amerongen 116
 Wolf-Niederbieber, Otto 116
 Wolf, Dr.-Ing. Rudolf 70
 Wolff & Comp., Fa. A. 598
 Wolff & Sohn, GmbH, Karlsruhe 239
 Wolff Krimmer Nachf., Guben 600
 Wolffsches Telegraphen-Bureau 141
 Wolff, Gaston A. de 494 Wolff, Theodor 79, 85, 127, 218 Wollenweber & Co KG 317
 Wollheim, Kohlegrosshandlung Caesar, München 651
 Wollheim, Cäsar 65
 Wortlay, Oberst Stewart 19, 20
 Wrietzner, Hugo 164 f
 Wronker, Hermann 596
 Wronker & Cie, S. 597
 Wuppermann, Dr. Aug. Theodor 651
 Wuragrohr GmbH, Wichede/Ruhr 352, 371
 Würmeling, Dr. Minister 561
 Württemberg. Eisenbahn-Ges., Stuttgart 622
 Württembergische Feuerversicherung AG 292 f, 297, 299 ff
 Württembergische Nebenbahnen AG, Stuttgart 622
 Württemberg. Rohr-Handelsges. Halberg mbH, Stuttgart-Bad Cannstatt 329
 Württembergische und Badische Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften AG 291, 297, 301
 Württembergische Zeitung 84
 Wusthoff 93
 WYAG-Westdeutsche Ytong AG, Duisburg 373
 Zahn, Dr. Johannes 339
 Zahn, Peter von 177
 Zangen, Wilhelm 250, 337, 589
 Zdunek, Edward 494
 Zeche Amalia 93
 Zeche Carolus Magnus 93
 Zeche Christian Levin 93
 Zeche Eintracht Tiefbau 71, 87
 Zeche Hannover-Hannibal 442
 Zeche Heinrich Theodor 93

- Zeche Hercules 93
Zeche Julia 313
Zeche König Wilhelm 328
Zeche Nordstern 404
Zeche Prosper 93
Zeche Recklinghausen 313
Zeche Rossenay 450
Zeche Vereinigte Bonifacius 93
Zeche Vereinigte Helena 93
Zeche Viktoria 313, 666
Zeche Victoria Mathias 93
Zeche Wolfsbank 93
Zeche Wohlgemut 43
Zedlitz-Trützscher, Graf Robert 17, 52
- Zehrer, Hans 181, 304
Zeit-Verlag E. Schmidt &. Co
GmbH, Hamburg 185
Zeller & Gmelin 547
Zellstofffabrik Waldhof 222, 224 ff
Zentgraf, Dir. Wilhelm 528, 533
Zentra Auto Handelsges. mbH, Köln
607
Zentraleuropäische Versicherungs-AG
292
Zentroguss GmbH, Wetzlar 319
Zentrum am Zoo Geschäftsbauten AG,
Berlin 623
Zerbst, Fritz 499
- Zichy, Anita Gräfin de 343, 348,
350 f
Ziegler & Klein GmbH, Remscheid
454
Ziervogel, Dr. F. W. 224, 226
Ziese, Carl H. 45, 48, 63, 77 f
Zimmermann, Prof. Fried. 112, 232,
304
Zimmermann GmbH, Wülfrath 373
Ziros, Irmela 624, 628
Zons 510
Zuckerandl, Alexander 307
Zwillenberg, Dr. Hugo 549
Zypen, Gebr. van der 403